Die Protokolle der Weisen von Zion erfüllt

Band II
Teil 1

Johannes Rothkranz

Pro Fide Catholica

Widmung

In tiefster Demut, Ehrfurcht und Dankbarkeit gewidmet sei dieses Werk an erster Stelle der großen WIDERSACHERIN Satans und seines gesamten höllischen wie irdischen Anhangs, der unbefleckt empfangenen Gottesmutter und Himmelskönigin MARIA insbesondere als der Jungfrau von GUADALUPE, deren nicht von Menschenhand gemaltes, 450 Jahre altes, trotz verheerender Sprengstoff- und Säureattentate wutentbrannter Satansdiener **bis heute unversehrtes** Bildnis auf einem schäbigen, grob gewobenen Indio-Mantel aus einer natürlicherweise höchstens 20 Jahre haltbaren Pflanzenfaser ein handgreifliches, beständiges Wunder der Allmacht des DREIFALTIGEN GOTTES darstellt. Sie, die unüberwindliche Schlangenzertreterin, preist die Kirche an ihrem höchsten Festtag **Mariä Himmelfahrt** (15. August) im Hymnus des Morgenlobs (Laudes) des Stundengebets:



Solis, o Virgo, radiis amicta,
Bis caput senis redimita stellis,
Luna cui praebet pedibus scabellum
Inclita fulges.

Mortis, inferni domitrixque noxae,
Assides Christo studiosa nostri,
Teque reginam celebrai potentem
Terra polusque.

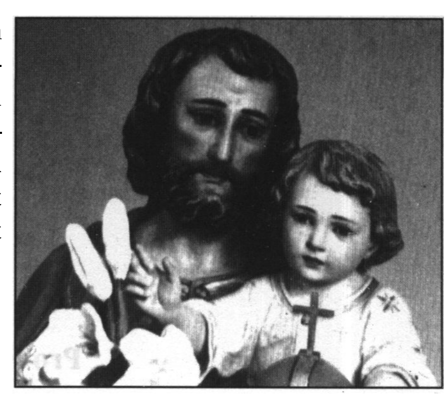
Damna sedperstat soboli minari
Creditae quondam tibi dirus anguis;
Mater, huc clemens ades, et maligni
Contere collum.

O Jungfrau, von der Sonne Strahl bekleidet,
Umkränzet mit zwölf Sternen ist dein Haupt,
Der Mond dient dir zum Schemel deiner Füße,
Erhaben strahlst du.

Als Herrin über Sünde, Tod und Hölle
Thronst du bei Christus, stets um uns besorgt;
Es feiern Dich als mächt 'ge Königin
Himmel und Erde.

Den dir einst anvertrauten Kindern nachzustellen
Hört unterdes nicht auf die graus 'ge Schlange;
O Mutter, steh uns gnädig bei, zertritt doch
Das Haupt dem Bösen!

Gewidmet sei dieses Werk sodann auch dem jungfräulichen Bräutigam MARIENS und gesetzlichen Vater JESU aus dem königlichen Stamm und Geschlecht DAVIDS, dem heiligen JOSEF, dem **«Schutzherrn der heiligen Kirche»,** ohne dessen in anhaltendem Gebet erlangte mächtige Fürsprache das Buch nicht hätte erscheinen können.



OMNIA AD MAIOREM DEI GLORIAM

Johannes Rothkranz

Die «Protokolle der Weisen von Zion» - erfüllt!

Band II

Die unsichtbare Macht

Teil 1

Die Verschuldung der Staaten

Pro Fide Catholica

Titelbild nach einem Ölgemälde des Kunstmalers Horst A.O. Schmidt mit dem Namen «Die Versklavung II»

Der Künstler schrieb dazu:

«Die Heilige Schrift berichtet in der Offenbarung des Johannes 13, Vers 15-17, daß alle, welche nicht des Tieres Bild anbeteten, getötet würden. Und es macht, daß die Kleinen und Großen, die Reichen und die Armen, die Freien und die Knechte allesamt sich ein Malzeichen geben an ihre rechte Hand oder an ihre Stirn, daß niemand kaufen oder verkaufen kann, er habe denn das Malzeichen, nämlich den Namen des Tieres oder die Zahl seines Namens. Wir lesen auch, daß es die Zahl eines Menschen ist: 666.

«Die optische Beleglesung macht es möglich, jede Kodierung zu lesen und - entsprechend der Programmierung - über einen Elektrodenspeicher abzufragen, ob die Wünsche des signierten Menschen zugelassen werden dürfen.

«So entsteht der „Gläserne Mensch".

«Unser künftiges Zahlungsmittel, der EURO, die von uns nicht gewünschte Währung, eine Zwangswährung, ein weiteres Mittel, die Freiheit unseres Volkes zu beschränken und an andere, seit Jahrzehnten instabile Währungen zu koppeln, wird vermutlich schlimmere Auswirkungen auf unser Volk haben als der Vertrag von Versailles. Unendliche Ketten der Versklavung!

«Diese grausame Vorstellung führte den Pinsel in meiner Hand im Mai des Jahres 2001.»

Postfach 22; D-87467 Durach
Credo: Pro Fide Catholica
Druck": Eigendruck
Printed in Germany 2011

Alleinverantwortlich für den
Inhalt: Johannes Rothkranz

Band 2: ISBN 978-3-938235-63-8
A. Schmid, Oberstr. 57, 56341 Filsen, keine Korrespondenzadresse
Internet: verlag-anton-schmid.de
Tel./Fax: 0831 /218 95

Vorwort

Es hat weit länger gedauert als ursprünglich gedacht, bis dieser Fortsetzungsband erscheinen kann. Das zeitliche Zusammentreffen mit der europäischen «Staatsschuldenkrise» ist sozusagen ein Glücksfall. Staatsschulden sind freilich absolut nicht das, als was man sie uns gewöhnlich präsentiert. Auch der Verfasser selber mußte sich im Zuge seiner intensiven Befassung mit dem Stoff von einer ganzen Reihe bisher gehegter, irriger Vorstellungen frei machen. Wenn dieses Buch im einen oder anderen Sinne jeweils «quer» zu praktisch allen übrigen Publikationen steht, die sich demselben Themenkomplex widmen, liegt das am Bemühen, der Sache wirklich kompromißlos auf den Grund zu gehen. Dabei waren Veröffentlichungen aus dem englischen Sprachraum insgesamt erheblich hilfreicher als solche, die im deutschen Sprachraum verfügbar sind.

Dennoch ist der Verfasser allen Autoren, die er konsultiert hat, Dank schuldig. Wo er ihnen um der Wahrheit willen nicht folgen konnte, dankt er zumindest für die Denkprozesse, die ihre sachlich unzureichenden oder unzutreffenden Ausfuhrungen auslösten. Da der vorliegende Band durchaus wissenschaftlichen «Ehrgeiz» hat, werden abweichende Meinungen im sachlich gebotenen Maße vorgestellt und diskutiert. Dabei hat sich der Verfasser bemüht, im Sinne der klassischen Definition der Kardinaltugend der Gerechtigkeit jedem das Seine' zuteilwerden zu lassen. Wo in der eingesehenen Literatur offenbar bloße Denkfehler oder Flüchtigkeit vorliegen, werden sie lediglich aufgezeigt und korrigiert. Solche Autoren hingegen, bei denen man sich des Eindrucks nicht erwehren kann, daß sie zumindest partiell gar nicht daran interessiert waren/sind, der Wahrheit eine Gasse zu bahnen, müssen es sich gefallen lassen, härter angefaßt zu werden.

Bezüglich der Rechtschreibung, Zitierweise usf. sei auf das Vorwort «Liebe Leser-innen) ...» in Band 1/1 verwiesen.

Dieser Band ist zweifellos keine Bettlektüre. Die Mühe, den nicht ganz leichten Grundsatzkapiteln zu folgen und bei der Lektüre nichts zu überschlagen, wird jedoch reich belohnt: mit einem perfekten Durchblick durch das nur scheinbar undurchschaubare' Geschehen an den sogenannten «Finanzmärkten». Da wir alle bisher in zumindest teilweise falschen Vorstellungen befangen waren, ist durchaus zu empfehlen, die vorderen Kapitel mehrmals zu lesen, bis sich die wichtigsten Dinge genügend eingeprägt haben.

Wer indessen die geldtheoretischen Ausfuhrungen trotz aller Bemühungen des Verfassers, sie für jedermann verständlich zu präsentieren, gar zu schwierig finden sollte, kann sich natürlich jederzeit ausklinken und sogleich mit dem immerhin ein Viertel des ganzen Bandes füllenden Schlußkapitel fortfahren. Er wird dann zwar dort nicht unbedingt *allen* **technischen** Einzelheiten zu folgen vermögen, jedoch einen sehr gediegenen und *problemlos verständlichen* Überblick über die entscheidende Rolle des Hauses ROTHSCHILD in puncto internationale Staatsverschuldung' bekommen.

Zur Veranschaulichung der teilweise abstrakten Zusammenhänge, aber auch zur Veranschaulichung der enormen (Geld-)Machtfulle des Hauses Rothschild ist diesem Band ein farbiger Bildteil beigefugt. Dieser Bildteil ist so angeordnet, daß man ihn sich *unabhängig vom Buchtext* der Reihe nach zu Gemüte führen kann. Im Text wird jeweils an passender Stelle durch große Pfeile auf die thematisch zugehörigen Bildseiten verwiesen.

Besonderer Dank gilt allen emsigen «Lieferanten» von wichtigem Quellenmaterial.

Redaktionsschluß war Ende Juni 2011. Ganz wenige besonders wichtige Ergänzungen stammen noch aus den beiden Folgemonaten Juli/August.

22. August 2011, am Fest des Unbefleckten Herzens Mariä *Johannes Rothkranz*

Einführung in Band II

«Unsere Macht wird, da gegenwärtig alle Mächte ins Wanken geraten, unüberwindlicher sein als jede andere, weil sie solange unsichtbar sein wird, bis sie soweit gekräftigt ist, daß sie keine List mehr untergraben kann.[1] (Erste Sitzung/S. 23)

«Ein Auge ist, das alles sieht, auch was in dunkler Nacht geschieht» (alter christlicher Sinnspruch).

«Denn meine Augen sind auf alle ihre Wege gerichtet. Sie sind mir nicht verborgen, und ihre Schuld ist meinen Augen nicht verhüllt» (Jer. 16, 17).

«Denn nichts ist verborgen, das nicht offenbar wird; und nichts ist geheim, das nicht bekanntwerden und an den Tag kommen wird» (Luk. 8, 17).

Der Gesamttitel dieses II. Bandes nimmt, wie man sieht, direkt Bezug auf eine ganz grundsätzliche These der PROTOKOLLE selber. Die beiden Begriffe «Macht» und «Gewalt» sind in der deutschen Sprache ebenso austauschbar wie im Englischen ihre Entsprechungen «might» und «power». Die «unsichtbare Macht» ist also dasselbe wie die «unsichtbare Gewalt». Rein formal besteht nun in der modernen «Demokratie» eine dreifache Teilung der Staats*macht*, die sogenannte «Gewaltenteilung».

Die *erste* Gewalt oder Macht ist die gesetzgebende oder die Legislative; sie hat ihren Sitz im Parlament.

Die *zweite* Gewalt oder Macht ist die ausfuhrende oder die Exekutive, d.h. die Regierung.

Die *dritte* Gewalt oder Macht ist die richterliche oder die Judikative; sie wird vom Justizapparat ausgeübt.

Als inoffizielle «*vierte* Gewalt» oder Macht haben sich bereits seit dem Ende des 19. Jahrhunderts die großen Massenmedien herausgebildet. Längst leugnet niemand mehr ernsthaft, daß ihre Macht diejenige der drei offiziellen «demokratischen» Gewalten in den Schatten stellt.

Auf jede dieser vier Gewalten findet das zynische Wort der PROTOKOLLE von der Unsichtbarkeit «unserer» Macht gleichermaßen Anwendung.

[1] *GOTTFRIED ZUR BEEK* (Hrsg.), Die Geheimnisse der Weisen von Zion in deutscher Sprache herausgegeben, 8. Aufl. Charlottenburg 1923. - Nach dieser Ausgabe werden die PROTOKOLLE im ganzen vorliegenden Werk zitiert. Übrigens hat auch dieser Text wiederum sehr bemerkenswerterweise in MAURICE JOLYS *Dialogen* **kein** Gegenstück (vgl. die exakte Textgegenüberstellung Dialoge/PROTOKOLLE bei *ULRICH FLEISCHHAUER,* Die echten Protokolle der Weisen von Zion. Sachverständigengutachten, erstattet im Auftrage des Richteramtes V in Bern, Erfurt 1935, S. 288), ist also geistiges «Eigengut» des oder der PROTOKOLLE-Verfasser!

Doch die bei weitem «unsichtbarste» Macht oder Gewalt, und eben darum auch die «unüberwindlichste» von allen, ist jene, die einer ihrer im Vordergrund agierenden Vertreter «aus den Völkern» im Jahre 2000 wörtlich als *«die **fünfte** Gewalt»* im Staat bezeichnete, nämlich die «*Finanzwelt*». Es war ROLF E. BREUER, der damalige Vorstandschef des mit Abstand größten Finanzinstituts der Bundesrepublik, der *Deutschen Bank*, der sich nicht scheute, auch noch die mustergültig «demokratische» Begründung beizufügen: «Sie [die Finanzwelt] kann Politik besser auf richtige Ziele verpflichten als das Volk.»[2]

Das Schlimme daran ist: er hatte recht. Die «Finanzwelt» *kann* die Politik **besser** verpflichten als das Volk, denn sie sitzt am längsten Hebel. Sie kann die Politik rigoros **verpflichten,** denn ihr unwiderstehlicher Hebel ist der Geldhahn, den sie ganzen Staaten bzw. Volkswirtschaften in kürzester Zeit abzudrehen vermag. Sie kann die Politik auf die **«richtigen»** Ziele verpflichten, die eben gerade *nicht* diejenigen des *Volkes* sind, sondern - natürlich jene der PROTOKOLLE ...

Das Hauptinstrument, mittels dessen die vom internationalen Geldhaus ROTHSCHILD beherrschte «Finanzwelt» die nationale wie internationale «Politik» auf die «richtigen» Ziele «verpflichtet», ist die seit nunmehr fast zwei Jahrhunderten im Gange befindliche immer erbarmungslosere Verschuldung praktisch aller Staaten der Erde. Und weil diese systematische Ver-, ja Überschuldung der Staaten teils direkt, teils indirekt mit dem uralten Vorrecht der Kaiser und Könige, das Geld zu schöpfen, Hand in Hand geht, verleiht sie der ROTHSCHLLD-dominierten «Finanzwelt» obendrein fast unbeschränkte Gewalt über sämtliche Währungen des Globus.

Die einzige echte Beschränkung, die derzeit noch existiert, liegt paradoxerweise in der Notwendigkeit, diese ungeheure Macht immer noch möglichst **unsichtbar** auszuüben - *«bis sie soweit gekräftigt ist, daß sie keine List mehr untergraben kann.»*

Gerade weil die «fünfte» Gewalt oder Macht die stärkste ist, und weil von ihren Inhabern sogar die «vierte» Gewalt oder Macht abhängt, aber auch wegen ihres allerinnigsten Zusammenhangs mit der in Band I, Teil 2 in allgemeinerer Form präsentierten «Macht des Geldes» soll sie im Rahmen unserer geplanten Gesamtdarstellung der PROTOKOLLARISCHEN «unsichtbaren Macht» *zuerst* ans Licht gebracht und einer gründlichen Betrachtung unterzogen werden. So Gott will, wird sich Teil 2 der kaum weniger «unsichtbaren» «vierten» Gewalt, Teil 3 dann den drei herkömmlichen «demokratischen» Gewalten widmen.

[2] Zit. n. *WOLFGANG BERGER* in: «Humane Wirtschaft» Nr. 3 (Mai-Juni) 2010, S. 7.

5. Die Verschuldung der Staaten

«Jede Staatsanleihe liefert den deutlichen Beweis dafür, daß der betreffende Staat schlecht verwaltet wird und seine Hoheitsrechte nicht richtig anzuwenden weiß. Die Anleihen schweben wie ein Damoklesschwert über dem Haupte der nichtjüdischen Herrscher; statt ihren Bedarf im Wege einer zeitweiligen Steuer bei ihren Untertanen zu decken, betteln sie mit flehend emporgehobenen Händen unsere jüdischen Geldgeber an. (...) Solange die Anleihen sich auf das Inland beschränkten, ließen die Nichtjuden mit ihrer Anleihewirtschaft das Geld aus den Taschen der Armen in die Taschen der Reichen fließen. Nachdem wir jedoch die maßgebenden Persönlichkeiten bestochen hatten, um die Aufnahme auswärtiger Anleihen durchzusetzen, flössen alle staatlichen Reichtümer unfehlbar in unsere Taschen. Seitdem sind uns alle Nichtjuden zins- und abgabepflichtig geworden. Leichtsinn und Kurzsichtigkeit der nichtjüdischen Herrscher in allen Fragen der staatlichen Geld- und Steuerwirtschaft, Käuflichkeit und Unfähigkeit der höchsten Staatsbeamten haben alle nichtjüdischen Staaten uns gegenüber in eine derartige Schuldknechtschaft gestürzt, daß sie sich niemals davon befreien können.»[1] (Zwanzigste Sitzung/S. 66)

«Gefallen, gefallen ist das große Babylon. Es ist geworden zur Behausung von Teufeln, zum Schlupfwinkel aller unreinen Geister, zum Schlupfwinkel aller unreinen Vögel, zum Schlupfwinkel aller unreinen und abscheulichen Tiere. Denn von Glutwein ihrer Unzucht haben alle Völker getrunken. Auch die Könige der Erde buhlten mit ihr, und die Kaufleute der Erde haben sich an ihrem gewaltigen Luxus bereichert» (Apok. 18, 2-3).

«Da werden weinen und wehklagen über sie die Könige der Erde, die mit ihr gebuhlt und geschwelgt haben, wenn sie den Rauch ihres Brandes sehen. Sie werden von ferne stehen aus Entsetzen vor ihrer Qual und rufen: „Wehe, wehe, du große Stadt, Babylon, du mächtige Stadt, daß in einer Stunde das Gericht über dich gekommen ist!"» (Apok. 18, 9-10).

«Auch die Kaufleute der Erde weinen und klagen über sie, denn ihre Ware kauft niemand mehr» (Apok. 18, 11).

[1] Nur zum ersten Teil dieses Textes (vor der Auslassungsklammer) existiert in MAURICE JOLYS *Dialogen* eine - schwache - Entsprechung; sie lautet (zit. n. *ULRICH FLEISCHHAUER*, Die echten Protokolle der Weisen von Zion. Sachverständigengutachten, erstattet im Auftrage des Richteramtes V in Bern, Erfurt 1935, S. 355f): «Sicherlich sind nur wenige Regierungen nicht gezwungen, zu Anleihen ihre Zuflucht zu nehmen; aber ebenso sicher steht es fest, daß sie hiervon nur mit aller Schonung Gebrauch machen sollen; es wäre unmoralisch und gefahrlich, wenn sie künftige Generationen mit riesigen Lasten, die in keinem Verhältnisse mit den wahrscheinlichen Einnahmen stehen, beschweren würden.» - Der ganze hochwichtige Abschnitt über die *nie mehr abzuschüttelnde Auslandsverschuldung,* wie überhaupt fast die Hälfte des 20. Kapitels der Protokolle, hat dagegen bei *JOLY* keinerlei Anknüpfungspunkt oder gar Vorbild!

Gewiß hätte ein etwaiger «Fälscher» bereits Ende des 19. oder Anfang des 20. Jahrhunderts, also zur Zeit der Endredaktion der PROTOKOLLE, durchaus den uns hier beschäftigenden Textabschnitt formulieren können. Er wäre nämlich schon damals nicht unbedingt falsch gewesen. Der Reichtum der Hure Babylon war bereits ins Unermeßliche gewachsen und die Könige der Erde lagen schon lange mit ihr im Bett. Doch das eigentlich Frappierende ist ja, daß die Prophezeihung, die damals im letzten Satz unseres vorstehenden PROTOKOLLE-Zitats ausgesprochen wurde, mehr als ein ganzes Jahrhundert lang, nämlich bis heute, ungeschmälert ihre Gültigkeit bewahrt hat! Kein einziger der damals noch mehr oder weniger *notorisch* bei den ROTHSCHILDS & Co. verschuldeten Staaten hat sich je dauerhaft aus seiner finanziellen Misere zu befreien vermocht. Stattdessen gerieten im Laufe des 20. Jahrhunderts immer noch mehr (vielfach am Ende des Kolonialzeitalters erst neu entstandene), ja schließlich nahezu *alle* Staaten der Welt in die vielbeschworene Schuldenfalle, und dies ohne jede realistische Aussicht, ihr je wieder zu entkommen.

Was aber noch merkwürdiger ist: tatsächlich steht kein einziger Staat lediglich bei seinen eigenen Bürgern in der Kreide. Vielmehr ist - eigentlich etwas ganz Unbegreifliches - jeder dieser Habenichtse meist mindestens zur Hälfte (!) bei soundsovielen anderen **auswärtigen** Habenichtsen verschuldet: gegenwärtig z.B. das bankrotte Griechenland insbesondere beim chronisch schuldengeplagten Deutschland, die überschuldeten früheren Ostblockländer vor allem beim seinerseits hoffnungslos überschuldeten Österreich, die finanziell bedenklich wackelnden USA zum nicht unbeträchtlichen Teil bei den selber finanziell schwerst angeschlagenen Ländern Japan und Großbritannien, und so weiter!

Wie aber ist so etwas überhaupt möglich!? Wie kann, wer selbst bereits enorme Schulden hat, anderen immer noch neue Zigmilliardenkredite geben? Oder, anders herum gefragt: Wie kommt es, daß die Bürger aller Staaten es mit solcher unglaublichen Gleichförmigkeit vorziehen, ihre «Ersparnisse» großenteils nicht im eigenen Gemeinwesen, sondern im jeweiligen Ausland «anzulegen»? Denn so lautet doch die uns unentwegt präsentierte Standardtheorie: die Schulden der Staaten sind letztlich nichts anderes als die angelegten «Ersparnisse» irgendwelcher, hauptsächlich der je eigenen «Bürger» . . .

Nun, wir werden noch sehen, daß diese Theorie eine schamlose Lüge ist. Eine Lüge ganz im Dienste der nötigen «Unsichtbarkeit» der «fünften Gewalt».

Der berühmte amerikanische Dichter EZRA POUND hat das fundamentale Problem präzise auf den Punkt gebracht: «Solange du nicht weißt, wer wem was geliehen hat, weißt du gar nichts über die Politik, weißt du gar nichts über die Geschichte, weißt du nichts über die internationalen Streitigkeiten.»[2]

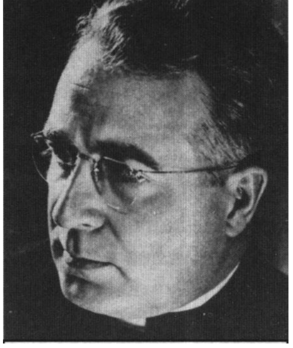
Ein paar Kronzeugen vorab ...

EZRA POUNDS von Politik, Expertenwelt und etablierten Massenmedien nach Kräften unterdrückte Schlüsselfrage «Wer genau hat wem genau was genau geliehen?» ist zentrales Thema des vorliegenden Teilbandes. Sie soll jedoch nicht, wie es leider in den kleinen, alternativen Medien und Buchpublikationen oft genug geschieht, bloß pauschal und ohne hinlängliche Belege, sondern so detailliert und so fundiert wie möglich beantwortet werden.

[2] Zit. n. *MICHAEL COLLINS PIPER,* The New Babylon. Those Who Reign Supreme [Das neue Babylon. Jene, die unangefochten herrschen], 2. Aufl. Washington, D.C. 2009, S. I.

Ein erstes wichtiges Indiz dafür, daß die PROTOKOLLE nicht bloß prahlen, liefern uns eine Reihe von Leuten, die doch anzunehmenderweise wissen, wovon sie reden.

Der seinerzeit durch seine fulminanten Rundfunkvorträge amerikaweit bekanntgewordene katholische Priester und Vorkämpfer für eine gerechte Geldordnung in den USA CHARLES COUGHLIN veröffentlichte am 31. März 1941 in der von ihm gegründeten Zeitschrift *Social Justice* unter der Überschrift *Jews Resent Term ‚International Banker' - Juden verübeln Ausdruck ‚Internationaler Bankier'* den folgenden kurzen, aber vielsagenden Artikel:



Father Charles E. Coughlin

«Im Kongreß gab kürzlich Senator RUFUS C. HOLMAN aus Oregon in einer gegen das *Lease-Lend*-Gesetz gerichteten Rede die unverblümte Erklärung ab, daß HITLER wenigstens die Kontrolle der internationalen Bankiers über die Lebensverhältnisse [lives] des deutschen Volkes gebrochen habe[3].

«Er fügte hinzu, es wäre gut, wenn diese Kontrolle auch in den Vereinigten Staaten und England gebrochen würde.

«Laut der *New York Herald Tribüne* wurde er zwei Tage danach von HERMAN HOFFMAN, einem Rechtsanwalt und Großmeister des *Unabhängigen Ordens B 'rith Abraham,* wegen seiner „impliziten Attacke auf die jüdische Rasse" angegriffen.

«In einem Telegramm ließ Mr. HOFFMAN HOLMAN wissen: „Sie schulden dem amerikanischen Volk Abbitte . . . wenn Sie sich auf das Niveau des niedrigsten menschlichen Wesens [= HITLER!] hinablassen und seine Stellungnahmen gegen eine große Rasse nachplappern."

«Nun hatte aber Senator HOLMAN weder das Wort „Jude" benutzt noch irgendwie auf Juden angespielt, außer in Mr. HOFFMANS Auslegung des Ausdrucks „internationaler Bankier".

«Da Mr. HOFFMAN, der Präsident der Strafverteidigervereinigung des Bezirks New York, den Ausdruck so bereitwillig akzeptierte, um damit seine Rassegenossen zu identifizieren, sollte man meinen, es gäbe diesbezüglich nicht mehr viel zu diskutieren.»[4]

Mit einem Wort: für den hochrangigen jüdischen Verbandsfunktionär HERMAN HOFFMAN konnten jene «internationalen Bankiers», die mittels ihrer Staatsanleihen Deutschland, die USA und England gleichermaßen kontrollierten, nur Juden sein.

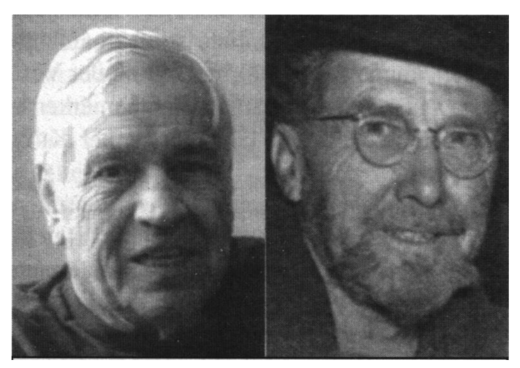
Ein paar Jahrzehnte später machte der von EZRA POUND persönlich mit der Erforschung der Hintergründe des US-amerikanischen Währungs- und Finanzwesens beauftragte Autor EUSTACE MULLINS (+ 2010) eine ähnlich verblüffende Erfahrung: «Ich bekam es erstmals mit [der *ADL]* zu tun, als ich mein erstes Buch *Secrets of the Federal Reserve — Geheimnisse der US-Zentralbank* herausbrachte. Die *Antiverleumdungsliga [Anti-Defamation League, ADL]* griff es sofort als „antisemitisch" an und behauptete,

[3] Das war übrigens ein grandioser Irrtum, wie sich weiter unten im vorliegenden Band noch zeigen wird! Hier sei lediglich schon einmal *HENRYMAKOW,* der vom Talmudismus, in dem er aufgezogen wurde, absolut nichts mehr wissen will, mit der zutreffenden Feststellung zitiert: «Die illuminierten Bankiers sind für über 100 Jahre [öffentlich] sichtbar gewesen, aber die hilflosen Gojim haben es nicht geschafft, irgendeinen ernsthaften Widerstand auf die Beine zu stellen. Selbst HITLER war bloß kontrollierte Opposition» *{HENRY MAKOW,* Illuminati 2. Deceit and Seduction [Illuminaten Band 2. Täuschung und Verführung], Winnipeg 2010, S. 17).

[4] Zit. n. d. Faksimile-Abdruck des Artikels in: «Truth At Last Book News», undatiert (Frühsommer 2010), S. 3.

ich sei ein „Antisemit". Dabei steht in dem ganzen Buch kein einziges Wort über Juden.»[5]

Wer - wie der Verfasser dieser Zeilen - das betreffende Werk vollständig gelesen hat, kann diesen Sachverhalt nur rückhaltlos bestätigen. Es werden immer bloß Namen genannt, Namen von Juden wie von Nichtjuden, allerdings - ohne daß man dies dem Autor MULLINS im geringsten anlasten dürfte - aus sachlich zwingend gebotenen Gründen ungefähr im numerischen Verhältnis von 1 zu 1, einem Zahlenverhältnis, das sicher Anlaß zu ausgedehntem Grübeln gibt. . .



LINKS: Eustace Mutlins, Erforscher der .internationalen Bankiers'. RECHTS: sein berühmter Auftraggeber Ezra Pound.

Manche Leute machen es sich freilich etwas zu einfach mit der Erklärung dieses ungewöhnlichen Phänomens. Da bekommt man etwa zu hören: «Den Juden erwuchs ihre Rolle als Geldverleiher einst aufgrund des christlichen Zinsnahmeverbotes. Der Zins war dem Geldwesen zugehörig, doch Christen durften ihn nicht erheben, irgendjemand mußte die Aufgabe übernehmen.»[6] Diese seltsame Art der Argumentation ist *im Grundsatz* von derselben Güte wie die folgende: ‚Den gottlosen Schwerverbrechern erwächst ihre Rolle als Mörder aus dem christlichen Tötungsverbot. Der Mord ist aus dem menschlichen Zusammenleben nun einmal nicht wegzudenken, doch Christen dürfen ihn nicht begehen, irgendjemand muß also diese Aufgabe übernehmen.' Ob wohl die eilfertigen Verteidiger des mittelalterlichen jüdischen Wuchers[7] auch *diesem* perversen Räsonnement zustimmen würden? Wohl kaum.

Jüdische Wortführer selbst begründen die unbestrittene Dominanz des internationalen Geldverleihwesens durch Juden denn auch ganz anders. Sie sehen sie vor dem Hintergrund des immerwährenden feindlichen religiösen Gegensatzes zwischen antichristlichem Talmudo-Kabbalismus und katholischer Kirche bzw. christlicher Gesellschaft. So zum Beispiel GERALD KREFETZ in seinem Buch *Jews and Money - Juden und Geld,* herausgekommen in den USA 1982: «Der Erwerb von Geld [durch Juden] ist zu einer Reflexhandlung geworden, so instinktiv wie das Zusammenkneifen des Auges, sobald eine Hand es bedroht, und eine so sichere Reaktion wie die Flucht einer Antilope in der Se-

[5] *EUSTACE MULLINS* in: «American Free Press», 27.7.2009, S. A-3.

[6] *SIMON BICHLMAIER,* ZU Geld und Ökonomie. Von der Erstellung eines diskutierbaren Ganzen, Gelnhausen 2009, S. 338.

[7] Zu ihnen gehört auch *REINER BISCHOFF,* Entmachtung der Hochfinanz. Demokratie, Frieden, Arbeit für alle, Natur- und Kulturbewahrung sind möglich, 2. verb. Aufl. Süderbrarup 2002 (Hervorh. hinzugefugt), der auf Seite 295 betont: «In den Heiligen Schriften der **drei westlichen Weltreligionen** finden sich **Zinsverbote:** im **Alten Testament,** ganz eindeutig im Koran, weniger ausdrücklich in den Evangelien», nur um gleich auf der nächsten Seite (!) bezüglich der Juden das Gegenteil zu behaupten: man «ging [im katholischen Mittelalter] zu den einzigen Leuten, denen das Geldgeschäft **gestattet** war, den **Juden»** . . . Dieser groteske Selbstwiderspruch rührt aber daher, daß man entweder aus religiöser Interesselosigkeit oder ideologischer Verbohrtheit nicht weiß oder nicht begreifen will, daß 1) das *alttestamentliche* Judentum keine eigenständige «Weltreligion», sondern die Vorstufe des Christentums/der katholischen Kirche war, während 2) das nach- und antichristliche *talmudo-kabbalistische* Judentum mit dem alttestamentlichen außer ein paar Äußerlichkeiten nichts gemein hat.

rengeti-Ebene. . . . Für den Juden ist Geld Sicherheit, ein Überlebenswerkzeug. Über die Jahre hinweg ist die Handhabung, der Gewinn, die Schöpfung [!!!] und das Sparen von Geld zu einer schönen Kunst erhoben worden - das Ergebnis eines defensiven Sozialverhaltens, das von einer Generation an die nächste weitergegeben wurde.»[8]

Für HENRY MAKOW, einen Kanadier, der mit seiner jüdischen, d.h. talmudisch-kabbalistischen Herkunft radikal gebrochen hat und dem Christentum zuneigt, ist das nur die halbe Wahrheit. Wer mit pseudomessianischer Inbrunst dem antichristlichen Gegenentwurf der PROTOKOLLE zum Siege verhelfen will, kann sich unmöglich mit bloßer Verteidigung begnügen; er muß vielmehr unablässig angreifen. MAKOW, der bemerkenswerterweise die PROTOKOLLE ohne Umschweife für echt hält[9], korrigiert daher KREFETZ' beschönigende Darstellung rigoros:

«Das Christentum hatte nie eine Chance. Während das Christentum die Menschen lehrte, nach geistlicher Vervollkommnung zu streben, betrachtete das Judentum Reichtum als ein Zeichen göttlicher Gunst. Wie alle wahren Religionen[10] ist das Christentum eine geistliche Disziplin. Es veranschlagt zwei Ordnungen, 1. eine höhere, sittliche (jenseitige oder geistliche) Ordnung, bezogen auf die Seele und das ewige Leben, und 2. eine niedere oder sinnliche Ordnung, bezogen auf diese Welt und den Leib. Das Wesen aller wahren Religionen besteht darin, die Menschheit durch Zügelung der niederen fleischlichen Ordnung (Gier, Wollust, Machtstreben) zugunsten unserer geistlichen Bestrebungen (Wahrheit, Schönheit, Friede, Harmonie, Gerechtigkeit) zu erheben. Geradeso, wie es für einen Aszeten undenkbar ist, ein Bordell zu betreiben, kann ein emsthafter Christ kein Händler sein, d.h. kaufen und mit Gewinn wieder verkaufen. Er will Gott dienen statt dem Mammon. Die Juden füllten hocherfreut dieses Vakuum und beherrschten bald weite Bereiche des Handels.»[11]

Vor allem natürlich des Geldhandels. Und immer mit dem gemeinsam verfolgten Ziel, die Christen zu überflügeln. In einer von den jüdischen Historikern SALO W. BARON, ARCADIUS KAHAN u.a. 1975 in den USA herausgegebenen *Wirtschaftsgeschichte der Juden (The Economic History of the Jews)* wird das sogar eigens hervorgehoben. Die ab der Mitte des 19. Jahrhunderts frisch eingewanderten deutschen Juden, so heißt es dort, widmeten sich vielfach alsbald dem Investment-Bankgeschäft. Um die dafür benötigten großen Geldbeträge zusammenzubringen, «nutzten diese jüdischen Häuser nicht bloß ihre weitgefächerten europäischen Verbindungen, vor allem in Frankreich, England und Deutschland, sondern schufen auch eine Kette ineinandergreifender Partnerschaften und Direktorate, was sie dazu befähigte, schnell Summen aufzubringen, die viele Male höher waren als ihre individuellen Kapitalien, und erfolgreich mit nichtjüdischen Firmen zu konkurrieren [!], die um ein Mehrfaches größer waren. Es war nicht nur üblich, daß die Kinder und Verwandten einer Firma untereinander heirateten, eheliche Verbindun-

[8] Zit. n. *PIPER* a.a.O., S. 109.

[9] Vgl. *HENRY MAKOW*, The Illuminati. The Cult that Hijacked the World [Die Illuminaten. Der Kult, der die ganze Welt zur Geisel nahm], Winnipeg 2008, S. 11 lf: «. . . die Echtheit der PROTOKOLLE ist für jeden Wohlinformierten mit einer offenen Geisteshaltung evident. Sie beschreiben die Welt, in der wir leben. (...) In meinen Augen sind „PROTOKOLLE-Leugner" Mittäter dieser Verschwörung, die für den größten Teil menschlichen Leids verantwortlich ist und zu noch viel größerem Leid fuhren wird. Als Jude will ich diese Schuld nicht auf mir haben, auch nicht auf anderen unschuldigen Juden oder [nicht wirklich eingeweihten] Freimaurern.»

[10] *MAKOW* ist trotz seiner tiefen Sympathie für das Christentum leider noch kein überzeugter Katholik; andernfalls wüßte er, daß es nur eine einzige wahre Religion gibt.

[11] *MAKOW* a.a.O., S. 18.

gen gab es häufig auch zwischen verschiedenen jüdischen Bankiersfamilien, so bei den KUHNS, den LOEBS, den SCHIFFS und den WARBURGS. Oft heirateten die Kinder solcher Familien auch in Familien großer deutsch-jüdischer Gesellschaften ein, die auf einer Vielzahl anderer Geschäftsfelder tätig waren, und diese letzteren gingen dann dazu über, Kapital durch die Bankhäuser aufzunehmen, mit denen sie sich verbunden hatten. Gesellschaftlich war das Ergebnis solcher geschäftlichen und verwandtschaftlichen Bindungen die Schaffung einer in New York ansässigen deutsch-jüdischen Banken- und Geschäftsaristokratie, deren Nachkommen für mehr als ein Jahrhundert beständig eine beherrschende Rolle im finanziellen, kulturellen und politischen Leben der amerikanisch-jüdischen Gemeinde und - in geringerem Ausmaß - der ganzen amerikanischen Nation [!] spielten.»[12]

Und nun freuen sich also Amerikas Juden über ihren Reichtum. Etwa CHARLES SLLBERMAN im Jahre 1985: «. . . die Juden . . . stehen im Durchschnitt besser da als die Angehörigen der meisten anderen ethnischen oder religiösen Gruppen. 1984 beispielsweise hatten weniger als eine von sechs jüdischen Familien ein Einkommen von weniger als 20 000 Dollar, gegenüber einer von zweien unter nicht-spanischstämmigen Weißen. Am anderen Ende der Einkommenspyramide hatten 41 Prozent der jüdischen Haushalte Einkommen von 50 000 Dollar oder mehr - viermal soviele wie bei den nicht-spanischstämmigen Weißen.»[13]

Oder LENNI BRENNER zum annähernd selben Zeitpunkt: «Wenn [die Juden] 2,54 Prozent der Bevölkerung ausmachen, so beziehen sie annähernd 5 Prozent des nationalen Einkommens. Juden machen fast 7 Prozent der Mittel- und Oberklasse des Landes zusammengenommen aus. . . . Und während fast 5 Prozent der jüdischen Bevölkerung in Millionärsfamilien leben, stellten Juden zwischen 1982 und 1985 schwankende 23 bis 26 Prozent der 400 reichsten Amerikaner und vielleicht noch mehr der steuerzahlenden Millionärsbevölkerung, die 1980 mit 574 342 Personen beziffert wurde. Es gibt keinen Zweifel daran, daß die amerikanische Judenheit [Jewry] im Mittel die reichste ethnische oder religiöse Gruppierung des Landes ist.»[14]

Sehr viel näher an unserem Thema, der Verschuldung der Staaten, lag jedoch bereits am 10. September 1920 der Artikel *Jews in World Reconstruction - Juden im Wiederaufbau der Welt* eines gewissen SVETOZAR TONJOROV in der amerikanisch-jüdischen Zeitschrift *The American Hebrew.* Da hieß es nämlich wörtlich:

«Aus dem wirtschaftlichen Chaos, aus der Unzufriedenheit - und es war, wohlgemerkt, eine berechtigte Unzufriedenheit - des Juden entwickelte sich das organisierte Kapital mit seinem Arbeitsinstrumentarium, dem Bankensystem.

«Das war eine große Errungenschaft - eine beinahe so große Errungenschaft wie die Entwicklung der organisierten Regierung aus den selbstsüchtigen Aktionen der Barone und ihres Über-Barons. Schrittweise, in jedem Land der Welt, gingen die Regierung der Barone und die Regierung des jüdischen Bankiers ein Bündnis ein, das bis hinauf zum Ausbruch des großen Krieges die zweifache Macht bildete, welche überall die Geschikke der Nationen und der Einzelmenschen kontrollierte und offenbar auch jetzt noch kontrolliert.»[15]

[12] Zit. n. *PIPER* a.a.O., S. 158.

[13] Zit. n. ebd. S. 249.

[14] Zit. n. ebd. S. 250.

[15] Zit. n. *E. PERRIN SCHWARTZ* (Hrsg.), Father Coughlin Answers His Critics [Hochwürden Coughlin antwortet seinen Kritikern], 3. Aufl. Marietta, GA 1997 (1. Aufl. 1940), S. 47.

Im selben Artikel hieß es weiter - und man könnte meinen, man läse nicht den *American Hebrew,* sondern nachgerade die PROTOKOLLE selber — :

«In jedem Land arbeitet derselbe Genius, der zuerst den Kapitalismus schuf, um ein großes rassisches [!] und universales Bedürfnis zu befriedigen, und dann gegen dessen unverantwortliche Übergriffe rebellierte [= Kommunismus!], gegenwärtig daran, einen besseren Zustand der Gesellschaft zu schaffen, zu seinem eigenen Nutzen [!] und zum größeren Glück aller anderen Völker.»[16]

Ja, das «große **rassische** Bedürfnis» und der **«eigene** Nutzen», auf den da die «Regierung des **jüdischen** Bankiers» in dialektischem Einvernehmen mit den kommunistischen Revolutionären hinarbeitete, was sollte es anderes sein als die von den PROTOKOLLEN erträumte Weltherrschaft des jüdischen Pseudomessias, den die christliche Überlieferung seit jeher als den endzeitlichen Antichristen erwartet!? Vor allem aber: wie sollte der «jüdische Bankier» seine weltweite «Regierung» - vorgeblich «gemeinsam» mit den nichtjüdischen «Baronen» - anders ausüben als mittels der «fünften Gewalt», also der Macht über sämtliche Staatsfinanzen des Erdballs?

Die vom Papst persönlich überwachte, im Vatikan gedruckte und herausgegebene Jesuitenzeitschrift *La Civiltà Cattolica* machte sich lediglich zum Echo dieses enormen jüdischen Geständnisses, wenn sie in ihrer Ausgabe vom 19. Mai 1928 auf Seite 341 beklagte, die «völlige Toleranz» oder «der Status eher schon einer Vorzugsbehandlung als bloß schlichter Freiheit oder Gleichheit, der den Juden zugebilligt wurde», habe «zu ihrer unangefochtenen Vorherrschaft auf vielen Feldern des öffentlichen Lebens, insbesondere im Bereich der Wirtschaft und Industrie sowie in der **Hochfinanz** [geführt], wo sie ein **diktatorisches Übergewicht** innehaben, das ihnen die **Macht** verleiht, **in politischen und finanziellen Angelegenheiten ohne Furcht vor Rivalen Gesetze für Staaten und Regierungen zu machen,** wie es während des großen Krieges geschehen ist»[17].

Das nahm zweifelsohne Bezug auf die damals schon erschreckend weit fortgeschrittene Verschuldung praktisch aller Staaten Europas und vieler Staaten ganz Amerikas sowie - indirekt — des gesamten britischen *Commonwealth* wie auch der europäischen Kolonien in Asien, Afrika und Ozeanien überhaupt. Suchte man nach einer authentischen Vorlage für den eingangs zitierten Abschnitt aus den PROTOKOLLEN über die Verschuldung der Staaten, so fände man sie - just bei dem britisch-jüdischen Staatsmann und Autor mit mehr oder weniger zynischen Anspielungen gesättigter Schlüsselromane BENJAMIN DisRAELi! «1844 zitierte Lord BEACONSFIELD (BENJAMIN D'ISRAELI) LIONEL ROTHSCHILD mit den Worten: „Gibt es etwas Absurderes als daß eine Nation sich an eine einzelne Person wendet, um ihren Kredit aufrechtzuerhalten, und mit ihrem Kredit ihre Existenz als Staat und ihr Wohlergehen als Volk?"»[18]

LIONEL ROTHSCHILD, damaliger Chef der Londoner Zentrale des internationalen Bankhauses ROTHSCHILD und damit Oberhaupt der ganzen großen Familie, sprach natürlich von sich selbst. Und DISRAELI, der immerhin das Plaudern nie lassen konnte, verdanken wir des weiteren die wichtige Feststellung: «Alle großen Ereignisse sind verdreht, die meisten gewichtigen Ursachen verheimlicht worden. Sollte die Geschichte Englands

[16] Zit. n. ebd. S. 48.

[17] Zit. n. ebd. S. 79; Hervorhebungen hinzugefügt.

[18] *GERTRUDE COOGAN,* Money Creators. Who Creates Money? Who Should Create It? [Geldschöpfer. Wer schöpft das Geld? Wer sollte es schöpfen?], 13. unveränd. Nachdr. Palmdale, CA 1998 (Erstausgabe 1935), S. 264: «Can anything be more absurd than that a nation should apply to an individual to maintain its credit, and, with its credit, its existence as an empire, and its comfort as a people …?»

je von jemandem geschrieben werden, der das [nötige] Wissen und den Mut hat, wäre die Welt verblüfft.»[19] Das dürfte sich vor allem auf das einschneidendste Ereignis in der nachreformatorischen Geschichte Englands bezogen haben: die Gründung der *Bank von England* 1694 und die gleichzeitige komplette Abtretung des königlichen Münzregals, d.h. des königlichen Vorrechtes, das Geld zu schöpfen, an diese ersten «Zentralbankiers», die Vorläufer der ROTHSCHILDS, die sich dann gute hundert Jahre später in ein bereits gemachtes Nest setzen konnten, das sie bis auf den heutigen Tag nicht mehr verlassen sollten ...

... und noch ein paar Grundsatzbemerkungen

Neu waren die zynischen Feststellungen der PROTOKOLLE, denen dieser Band gewidmet ist, natürlich längst nicht mehr, als sie im letzten Jahrzehnt des 19. Jahrhunderts niedergeschrieben wurden. Bereits ein halbes Jahrhundert vorher, im Revolutionsjahr 1848, hatte sich die Rothschildsche Geldmacht so «innig» der Staatsfinanzen aller möglichen europäischen Staaten «angenommen», daß ein Zeitgenosse die folgende Klage anstimmte: «Ganz Europa ist der Herrschaft Israels verpfändet. Die Weltherrschaft, welche so viele Eroberer geträumt haben, die Juden haben sie in Händen; Jerusalem hat allen Reichen der Erde Tribut auferlegt; der beste Teil der Staatseinnahmen in allen Ländern, der reine Ertrag der Arbeit aller Arbeiter fließt in den Beutel der Juden unter dem Namen Zinsen der Nationalschuld. Durch das europäische Staatsschuldenwesen hat sich der Jude eine Hypothek auf alle Staaten versichert, eine Hypothek, welche die Staaten mit ihren Einkünften nimmer ablösen können.»[20] Das Problem ist also weit über 150 Jahre alt, in deren Verlauf es sich allerdings noch verschärft hat.

Ehe wir uns nun im einzelnen ansehen wollen, mittels welcher unglaublichen Schlichen die ROTHSCHILDS und ihr Orbit «neuer Millionäre» bzw. «neuer Milliardäre» (siehe Band I, Teil 2) bis heute, und heute mehr als je zuvor, die ganze Welt im eisernen Würgegriff gigantischer öffentlicher Verschuldung halten, ohne daß die Welt es weiß und begreift, muß nochmals an den letzten Sinn und Zweck des ganzen erinnert werden.

HENRY MAKOW, der die ROTHSCHILDS zutreffenderweise als Oberhäupter der «Illuminaten» bezeichnet, weist mit Recht jede vordergründige Erklärung zurück: «Wir bilden uns ein, daß sie schrankenlose Macht und unbegrenzten Reichtum wollen, doch das sind nur Nebenprodukte. Das Motiv der Illuminaten ist Haß auf Gott und die Menschheit.» «Das Wesen des politischen Kampfes ist tatsächlich geistlicher Art, es ist eine kosmische Schlacht zwischen Gott (dem Guten) und Satan (dem Bösen) um die Seele des Menschen.»[21]

Daher liegt auch das einzige wirkliche Heilmittel nicht auf währungs- und finanztechnischer Ebene (wiewohl die natürlich nicht zu vernachlässigen ist bzw. wäre!). «Wir opfern uns auf für das, was wir lieben. Wenn wir Gott lieben, opfern wir uns für Ihn auf. Die Leute fragen, wie sie die Neue Weltordnung bekämpfen sollen. Nichts würde die Illuminaten mehr stören als eine Wiederbelebung des Glaubens an Gott. Millionen, die

[19] Zit. n. «Impact», August/September 2009, S. 13; dort zit. n. *RALPH FRANKLIN KEELING,* Gruesome Harvest: The Allies' Postwar War Against The German People [Grausige Ernte: Der Nachkriegs-Krieg der Alliierten gegen das deutsche Volk], Neuausg. Torrance, CA 1992, S. 64 (Erstausgabe Chicago 1947).

[20] *BOOST,* Die Geschichte und die Propheten, Augsburg 1848, S. 246, zit. n. *REBBERT,* Christenschutz - nicht Judenhatz. Ein Volksbüchlein, 3. Aufl. Paderborn 1876, S. 8.

[21] *MAKOW* a.a.O., S. 66 bzw. 81.

willens sind, für Gott zu kämpfen und zu sterben, würden ihnen höllische Angst einjagen. . . . Wenn das wirkliche Ziel der Illuminaten darin liegt, Gott auszuschalten, folgt daraus, daß wir Gott in den Mittelpunkt unseres Denkens stellen sollten. Die Leute fragen: „Was sollen wir tun?" Seht euch nicht nach Führung durch andere um. Sucht die Führung durch Gott. Die beste Art, die Finsternis zu bekämpfen, ist, das Licht leuchten zu lassen.»[22]

*

KEVIN PHILLIPS, Verfasser eines aktuellen Buches über «schlechtes Geld», weist auf das - **nach** der heute grassierenden Gottlosigkeit bzw. religiösen Beliebigkeit - wohl größte Problem hin, das sicherlich gelöst werden müßte, ehe an eine wirkliche Befreiung aus der Rothschildschen Schuldenfalle zu denken wäre. «Viele Leute meinen heute, das gegenwärtige Finanzwesen sei zu kompliziert, als daß der Normalbürger es begreifen oder handhaben könnte. . . . Dementsprechend entschuldigen sich die Amerikaner»[23] für ihr Desinteresse. Dabei ist das Interesse der Amerikaner an Finanz- und Währungsfragen sogar noch groß im Vergleich etwa zu dem praktisch *gar nicht* vorhandenen der Franzosen, um hier nur sie zu nennen.

Auch in Deutschland bzw. im deutschen Sprachraum hält sich die Wißbegier bezüglich grundlegender Geldfragen leider in recht engen Grenzen. Es kommt hinzu, daß die offizielle Wirtschaftswissenschaft, von wenigen bemerkenswerten Ausnahmen abgesehen, zur Erhellung der wahren Vorgänge auf den «internationalen Finanzmärkten» bzw. im ganz entscheidenden Bereich der Geldschöpfung und der dort bereits beginnenden Staatsverschuldung nicht nur kaum etwas beiträgt, sondern vielfach sogar gerade umgekehrt dichte Nebelschwaden verbreitet. Teils geschieht das absichtlich, noch viel mehr jedoch infolge geistiger Trägheit, schäbigen Mitläufertums und nackten, von keinerlei moralischen Prinzipien behinderten Karrierestrebens. Dasselbe gilt für die Masse der Medienschaffenden und der uns vordergründig «regierenden» Politiker.

Ein weiteres Hemmnis stellt der Umstand dar, daß die moderne Wirtschaftswissenschaft in mehrere divergierende Schulen gespalten ist, deren Anhänger teilweise seit vielen Jahrzehnten völlig fruchtlose ideologische Grabenkämpfe gegeneinander ausfechten. Schon 1934 klagte der frühere US-Senator ROBERT L. OWEN, von Haus aus selber Bankier, «die schlichten Grundsätze der Finanzwissenschaft» seien «durch gelehrte Wirtschaftswissenschaftler vernebelt worden. Die Wirtschaftsgelehrten erfüllen meiner Ansicht nach eine Beschreibung eines Herrn, die ich einmal vernahm, derzufolge er „eine Enzyklopädie unverdauter Falschinformationen war".»[24] Und ROLAND BAADER, selbst von Beruf Nationalökonom, räumte noch im Jahre 2004 anstandslos ein, «daß von kaum einem Berufsstand so viel Unsinn verzapft wird wie von Ökonomen»[25].

Nun kann leider auch nicht wahrheitsgemäß behauptet werden, die Geldfrage sei simpel. Und gerade die moderne Staatsverschuldung bzw. ihr Zustandekommen gehört zum

[22] Ebd. S. 68.

[23] *KEVIN PHILLIPS,* Bad Money. Reckless Finance, Failed Politics, and the Global Crisis of American Capitalism [Schlechtes Geld. Rücksichtslose Finanzwelt, gescheiterte Politik und die globale Krise des amerikanischen Kapitalismus], New York 2008, S. 52.

[24] *ROBERT L. OWEN* (Vorwort) in: *COOGAN* a.a.O., S. XII.

[25] *ROLAND BAADER,* Geld, Gott und Gottspieler. Am Vorabend der nächsten Weltwirtschaftskrise, 2. Aufl. Gräfelfing 2005, S. 197.

Kompliziertesten auf dem Gebiet der Wirtschaftswissenschaft. Schuld daran ist exakt die von den **PROTOKOLLEN** ja nicht umsonst so schadenfroh beklatschte **«Unsichtbarkeit»** «unserer Macht», hier also der Rothschildschen Macht über die Staatsfinanzen. Diese Unsichtbarkeit resultiert indes schlicht aus der ganz bewußt fabrizierten und fortlaufend kultivierten Undurchschaubarkeit der einzelnen Vorgänge und ihrer Folgen. Ehe wir klarsehen werden, gibt es also einiges zu entwirren . . .

Doch nur Mut! Niemand lasse sich abschrecken! Es wird hiermit **feierlich versprochen,** daß die Entwirrung des Knäuels so langsam, Schritt für Schritt, so gut verständlich, in so einfachen Worten und so anschaulich erfolgen soll, daß sie statt zur Qual zum Vergnügen wird! Kein einziger Fachausdruck wird unerklärt bleiben. Kein nötiger Gedankenschritt wird stillschweigend übersprungen, keinerlei Fachwissen ist vorausgesetzt. Mitbringen sollte man lediglich eine gesunde Portion Neugier bzw. Wissensdurst sowie die Bereitschaft, sich unter dem sanften Druck der ausgebreiteten Tatsachen und Argumente gegebenenfalls von einigen bisher ganz unschuldig gehegten Irrmeinungen zu verabschieden. Also, auf geht's!

A. Was genau ist das eigentlich: «Geld»?

Der Staat hat Schulden. Wer Schulden hat, hat sich *Geld* geliehen. Das *Geld* soll er irgendwann später zurückzahlen. Es geht also wesentlich um *Geld.* Und im ersten Moment glaubt man natürlich, genau zu wissen, was «Geld» ist. Schließlich geht man ja von Jugend auf tagtäglich damit um. Dabei ist, so erstaunlich das scheinen mag, was man denn nun im einzelnen unter «Geld» zu verstehen habe und was nicht, eine unter Fachleuten bis zur Stunde heftig debattierte Streitfrage!

Die weltbekannte amerikanische Börsenzeitung *The Wall Street Journal* berichtete am 24. September 1971, daß auf einer hochrangig besetzten Expertentagung keine Einigung darüber erzielt worden war, was «Geld» sei. Am 29. August 1975 stellte dasselbe führende Organ der «fünften Gewalt» erneut die Frage «Was ist heutzutage Geld?» Seine Antwort: «Die mit dieser Geheimwissenschaft [der Beobachtung der Geldversorgung] befaßten Männer und Frauen sind im einzelnen nicht sicher, woraus die Geldversorgung besteht.»[26] Wir werden also, um das komplexe Phänomen der Staatsschulden zu durchschauen, nicht darum herumkommen, uns erst einmal klarzumachen, was «Geld» überhaupt ist.

1) Die drei Aufgaben oder Funktionen des Geldes

Einig ist man sich immerhin darüber, daß Geld, was auch immer es im einzelnen sei, drei verschiedene, wiewohl eng miteinander zusammenhängende Aufgaben erfüllen muß. Erstens ist es *Tauschmittel* für Güter und Dienstleistungen aller Art. Weil der *direkte* Austausch von Gütern und Dienstleistungen zu schwerfällig, zu kompliziert, ja meist unter den heutigen Bedingungen gar nicht möglich wäre, schiebt sich das Geld als vermittelnde Instanz zwischen die Tauschvorgänge. Nur Geld ist problemlos gegen *alles* tauschbar. Der Tausch, den man mit Geld bewerkstelligt, heißt üblicherweise (Bezahlung; das Geld wird daher auch als Zahlungsmittel bezeichnet.

Zur Tausch- oder Zahlungsfunktion des Geldes gesellt sich zweitens die Aufgabe, als *Vergleichsmaßstab* für den (Markt-)Wert der verschiedenen Güter und Dienstleistungen zu fungieren. Alles, was überhaupt irgendwo zum Kauf, also zum Tausch, angeboten wird, hat seinen Preis, und dieser Preis wird stets in Geldeinheiten angegeben: ein Pfund Brot kostet 1 Euro, ein Rasierapparat 100 Euro, ein Mittelklassewagen 30 000 Euro, und so weiter. Der Käufer eines Rasierapparats könnte sich also für dasselbe Geld 50 Kilogramm Brot leisten, müßte aber den 300fachen Betrag für den Mittelklassewagen hinblättern. Beides läßt sich anhand der Meßfunktion des Geldes jederzeit genau ausrechnen. Ohne Geld als Maßstab wäre es hingegen sehr schwierig, den Wert eines Mittelklassewagens gegenüber einem Rasierapparat oder einem Pfund Brot anzugeben . ..

Die dritte Aufgabe des Geldes ist seine sogenannte *Wertauft>ewahrungsfunktion,* aber hier fängt leider der Streit der Experten bereits an! Die einen beklagen, diese oder jene bestimmte Art von Geld sei zur Wertaufbewahrung grundsätzlich ungeeignet und gehöre

[26] Vgl. bzw. zit. n. *G. EDWARD GRIFFIN,* The Creature from Jekyll Island. A Second Look at the Federal Reserve [Das Geschöpf von Jekyll Island. Ein zweiter Blick auf die Federal Reserve], 4. Aufl. Westlake Village, CA 2002, S. 136. - Dieses Werk liegt inzwischen auch in deutscher Übersetzung vor; ich verwende hier jedoch ausschließlich die amerikanische Originalausgabe. Die o.a. Jahreszahl bezeichnet, ausweislich des Copyrights, das Jahr der letztmaligen Überarbeitung und Aktualisierung des erstmals 1994 publizierten Buches; das mir vorliegende Exemplar ist der *insgesamt* 17. Druck (und zugleich der seit 2002 vierte Nachdruck) vom Juni 2005.

daher durch besseres Geld ersetzt; andere weisen darauf hin, daß letztlich überhaupt keine Art von Geld mit Sicherheit jenen Wert aufbewahren kann, den es bewahren soll. Noch andere erklären die Wertaufbewahrungsfunktion des Geldes für grundsätzlich illegitim und schädlich und möchten sie beseitigt wissen.

Indessen ist das Problem leicht zu lösen, wenn man sich klarmacht, welcher «Wert» es denn eigentlich ist, der da aufbewahrt werden soll. ANDREAS ARGENS meint, Geld sei «gespeicherte Arbeitskraft»[27]. Das stimmt, wenn es richtig verstanden wird. Geld ist letztlich immer der Gegenwert für irgendwo von irgendwem *schon verausgabte* Arbeitskraft, also, besser ausgedrückt, für *geleistete Arbeit.* Zumindest *sollte* es das unbedingt sein. Daß es sich in der Realität leider teilweise anders verhält, werden wir bei der näheren Betrachtung des Zinses, aber auch der Geldschöpfung sehen.

Jede Ware und jede Dienstleistung, die man für Geld überhaupt bekommen kann, ist entweder das Ergebnis menschlicher Arbeit oder sogar direkt selber menschliche Arbeitsleistung. Zwar wird der Wert der verschiedenen menschlichen Arbeitsleistungen im einzelnen höchst unterschiedlich eingeschätzt und - in Geld - bemessen; das ändert jedoch nichts am Prinzip.

Geld erhält man, falls nicht geschenkt (was immer nur sehr begrenzt möglich ist), im Austausch gegen geleistete Arbeit. Geld ist daher nichts anderes als der allgemein anerkannte Nachweis dafür, daß man gearbeitet hat. Und dieser Nachweis berechtigt dazu, ein - in Geldwert gemessen! - gleiches Quantum an geleisteter Arbeit von der Gesellschaft zurückzuerhalten. Wessen Arbeitsleistung oder welches Produkt menschlicher Arbeitsleistung der einzelne jeweils im Austausch gegen seine eigene geleistete Arbeit in Anspruch nehmen will oder nicht, bleibt natürlich seiner freien Wahl anheimgestellt.

Der *Wert,* den das Geld *außjewahren* soll, ist also immer die eigene schon erbrachte Arbeitsleistung. Sieht man genauer hin, zeigt sich jedoch: es ist eigentlich nur der *Gegenwert* der eigenen, schon erbrachten Arbeitsleistung. Denn die eigene Arbeitsleistung ist ja längst weg: man *hat* gearbeitet, man hat das Produkt seiner Arbeit *weggegeben* - eben gegen Geld. Die eigene Arbeitsleistung, das eigene Arbeitsprodukt, die lassen sich nicht mehr zurückholen! Soll also das dafür erhaltene Geld dennoch deren «Wert» «aufbewahren», dann kann es sich in Wirklichkeit nur um den entsprechenden *Gegenwert* handeln. Dieser Gegenwert muß aber von anderen Gliedern der Gesellschaft entweder schon erbracht worden sein oder irgendwann in der Zukunft noch erbracht werden. Ist dies aus irgendwelchen Gründen nicht der Fall, kann das Geld, das man für die eigene Arbeitsleistung erhalten hat, seine Wertaufbewahrungsfunktion unmöglich erfüllen: wenn außer mir selbst keiner gearbeitet hat bzw. arbeiten will, werde ich mir für das Geld nirgendwo etwas kaufen können - es ist wertlos!

Verdeutlichen wir uns das anhand eines simplen Beispiels aus alten Tagen. Der Dorfbäcker hat, wie jeden Tag, Brot und Brötchen für das ganze Dorf gebacken, und alle kommen auch heute morgen bei ihm kaufen: der Dorfmetzger, der Dorfmüller, der Dorfschuster, der Dorfschneider, die Bauern. Mit dem Geld, das er von ihnen allen soeben erhalten hat, möchte der Dorfbäcker am Nachmittag nun seinerseits bei ihnen einkaufen bzw. ihre Dienste in Anspruch nehmen. Doch diesmal wird er vom Pech verfolgt. Tut mir leid, sagt der Dorfmetzger, ich habe keine Wurst mehr im Laden und schlachte erst in zwei Wochen wieder. Nein, heute habe ich kein Mehl, sagt der Dorfmüller, ich muß erst warten, bis der Bach wieder genug Wasser führt und den leeren Mühlteich einigermaßen aufgefüllt hat, ehe ich mahlen kann. Nichts zu machen, sagt der Dorfschuster, ich

[27] *ANDREAS ARGENS,* Gebt unser Geld zurück! Vom Währungsuntergang zum Staatsbankrott, Tübingen 2009, S. 90.

bin seit Tagen krank und weiß noch nicht, wann ich wieder werde arbeiten können. Der Stoff ist mir ausgegangen, bedauert der Dorfschneider, und die nächste Lieferung kommt erst übermorgen; aber auch dann sind noch etliche andere Leute zuerst an der Reihe. Keine Eier da, winkt der Bauer ärgerlich ab, der Fuchs hat heute nacht im Hühnerstall gewütet und keine einzige Henne am Leben gelassen. Und so weiter! Da kann der Dorfbäcker also sein Geld absolut nicht mehr nutzbringend loswerden, weil alle seine Kunden nicht gearbeitet haben, nicht arbeiten können oder aus anderen Gründen keine Gegenwerte anzubieten vermögen.

Man sieht unmittelbar ein: die Wertaufbewahrungsfunktion des Geldes hängt unlösbar mit der beständigen Wertschöpfung in der gesamten Volkswirtschaft zusammen. Je weniger produziert, je weniger Dienstleistungen erbracht werden, desto weniger wird das Geld seinen Wert bewahren können.

Aber soll es das überhaupt, Wert *aufbewahren*? Und wenn ja, wie lange denn eigentlich? Bis zum nächsten Einkauf morgen, in einer Woche, in einem Monat, in einem halben Jahr, in drei Jahren? Sicherlich - da sind sich alle einig -, wenn es sich um Einkäufe des mehr oder weniger üblichen Bedarfs handelt. Je größer eine geplante Anschaffung ist, desto länger muß man nun einmal dafür sparen, und in dieser Zeit soll das gesparte Geld selbstverständlich den Gegenwert der eigenen schon geleisteten Arbeit, die es ja repräsentiert und dokumentiert, aufbewahren.

Aber darüber hinaus? Über Jahrzehnte, über halbe Jahrhunderte? Ja, natürlich, was denn sonst, rufen die Besitzer der großen Geldvermögen, aber auch die kleinen Leute, die per Lebensversicherung oder ähnlichen langfristigen Geldanlagen ihre Altersversorgung sichern wollen. Nein, solange auf keinen Fall, entgegnen die Anhänger der sogenannten Freiwirtschaftslehre, denn in der Zwischenzeit werden zahlreiche Produkte menschlicher Arbeit nutzlos verrotten, weil das «aufbewahrte», also langfristig zurückgehaltene, oft förmlich im vielzitierten «Sparstrumpf» gehortete Geld nicht gegen sie eingetauscht wurde. Es werden sogar viele Menschen arbeitslos werden, weil das als «Wert» aufbewahrte/gehortete Geld ihre Dienstleistungen oder Produkte nicht mehr abruft.

Das Anliegen der Freiwirtschaftler ist - in Grenzen - berechtigt, aber ihre Argumentation ist schief. Gerade sie selbst sind es doch, die inflationsfreies, langfristig wertstabiles Geld einführen möchten! Wertstabil ist das Geld aber definitionsgemäß nur dann, wenn es seinen Wert, d.h. den Wert der geleisteten Arbeit, die es dokumentiert und repräsentiert, **auch über lange Zeiträume** bewahrt. Weiter ist zu bedenken, daß bei Lebensversicherungen oder Pensionsfonds «aufbewahrtes» Geld ja sofort als Kredit wieder in den Wirtschaftskreislauf gelangt, so daß dort also gar kein Ausfall der gewohnten und von den Produzenten/Dienstleistern mit Recht erwarteten Nachfrage entsteht. Dieser schädliche Nachfrageausfall entsteht vielmehr nur dort, wo Geld in großen Mengen jahrzehntelang zu Hause oder im Banksafe gehortet wird.

Indessen kann der - ggf. sicherlich beklagenswerte - Mißstand für die Volkswirtschaft schädlicher Geldhortung nicht gegen die Legitimität, ja sogar Unerläßlichkeit der Wertaufbewahrungsfunktion des Geldes ins Feld geführt werden. (Geld-)Wert durch Geldhortung aufzubewahren ist nicht der richtige Weg, aber Geld, das seinen Wert (und damit den Wert der menschlichen Arbeit) nicht bewahrt, kann auch seine beiden anderen Funktionen nicht mehr ordnungsgemäß erfüllen: es vergleicht nämlich beim Tausch «Äpfel mit Birnen» und büßt eben dadurch seine neutrale Maßstabfunktion genauso ein wie seine neutrale Tauschfunktion. Es begünstigt jene, die gestern gearbeitet haben und heute kaufen, gegenüber denen, die erst heute arbeiten und morgen kaufen. Es benachteiligt andererseits jene, die vorgestern arbeiteten, aber erst übermorgen kaufen möchten.

Im übrigen ist die Geldhortung - entgegen allen Beteuerungen der Freiwirtschaftler - 1) bezogen auf die gesamte effektive Geldmenge in aller Regel ein bloßes Randphänomen, genauso wie die durch sie angeblich bedingten «Unterbrechungen des Geldumlaufs»; 2) gehen die ständigen Störungen des Geldumlaufs praktisch vollständig auf das Konto des perversen **aktuellen Schuldgeldsystems** als solchen, mit dem wir uns noch sehr intensiv befassen werden.

2) Woraus besteht Geld?

Wenn wir einmal beiseitelassen, woraus Geld im Laufe der Menschheitsgeschichte bei den verschiedenen Völkern schon alles bestanden hat, und uns sinnvollerweise auf das PROTOKOLLARISCHE Zeitalter beschränken, können wir sagen: Geld besteht grundsätzlich entweder aus Metall, Papier oder bloßen (ggf. auch rein elektronisch gespeicherten) Bucheinträgen. Und entgegen den ideologisch motivierten Behauptungen einiger weniger Experten muß man - mit der großen Mehrzahl der Fachleute unterschiedlichster Orientierung - zugeben: Geld kann seine dreifache Funktion in allen drei Varianten *prinzipiell* gleich gut oder schlecht erfüllen. Mit anderen Worten: woraus Geld besteht, spielt für sein Funktionieren *letztlich* keine Rolle!

Engagierte Verfechter der gegenwärtig wieder beliebten Theorie, wirklich «gutes», «wertbeständiges» Geld könne nur aus Gold (und Silber) bestehen, werden an dieser Stelle vermutlich empört aufschreien, was ihnen unbenommen sei. Wer von ihnen nichtsdestoweniger so klug ist, sich nicht einzubilden, er habe die Weisheit ganz für sich allein gepachtet, ist herzlich eingeladen, sich möglichst unbefangen mit den weiteren diesbezüglichen Überlegungen auseinanderzusetzen, die im vorliegenden Band in verschiedenen Zusammenhängen noch folgen werden; möglicherweise wird er daraufhin sogar seine bisherige Meinung ändern.

Man muß freilich zugeben, daß der Streit darüber, was Geld sei und was nicht, zum nicht geringen Teil mit der geschichtlichen Entwicklung des Geldwesens insbesondere in Europa und Nordamerika zusammenhängt. Papiergeld war nämlich hier (anders als in China) ursprünglich nur eine Art von Ersatz für Münzgeld, ein «Gutschein», den man theoretisch jederzeit wieder gegen Gold-, Silber- und manchmal auch Kupfermünzen einlösen konnte. Daraus leiten Goldfetischisten wie ROLAND BAADER ohne weiteres ab, «unser heutiges, gegen nichts mehr einlösbares Papiergeld» sei «[s]chon gar nicht... als Geld zu bezeichnen. Es ist heiße Luft, der man den betrügerischen Namen *Geld* gegeben hat.»[28] Das hält Herrn BAADER aber nicht davon ab, sein Buch gegen Papiergeld in den Handel zu bringen . .. Also nur ein Tausch von «heißer Luft» gegen «heiße Luft»?

Andere Leute fallen ins gegenteilige Extrem. Der Amerikaner SILAS W. ADAMS vertrat bereits 1958 emsthaft die Auffassung, das eigentliche Geld sei das Buchgeld der Banken, denn Bargeld, ob nun Scheine oder Münzen, werde ja nur auf ausdrückliches Verlangen der Bankkunden ausgegeben, von ihnen aber immer wieder zurückgebracht, während der allergrößte Teil der Zahlungen jedoch im bargeldlosen Bankscheckverkehr erfolge![29]

Der bekannte Freiwirtschaftler HELMUT CREUTZ wiederum sieht das genau umgekehrt: Die auf den Girokonten der Bankkunden verbuchten Geldbeträge, also das Buch-

[28] *BAADER* a.a.O., S. 29.

[29] Vgl. *SILAS WALTER ADAMS,* The Legalized Crime of Banking and a Constitutional Remedy [Das legalisierte Verbrechen des Bankgeschäfts und eine verfassungsgemäße Abhilfe], 3. unveränd. Nachdr. Palmdale, CA 2004 (Erstausgabe 1958), S. 153f.

geld, sind ihm zufolge *kein* Geld, sondern bloße Guthaben. Freilich muß er einräumen, daß man mit diesen sogenannten Sichtguthaben, die auch gerne als «Giralgeld» bezeichnet werden, nichtsdestoweniger Zahlungen leisten kann.[30] Daher schlägt er vor, Bargeld und Sichtguthaben (= Buchgeld) unter der Rubrik «Zahlungsmittel» zusammenzufassen.[31] Dann allerdings fragt sich, wieso das Buchgeld kein reales Geld sein soll. Die Antwort liegt in der falschen Theorie der Geldschöpfung, die CREUTZ jahrzehntelang vertreten hat und immer noch verficht[32]. Wir werden bald näher darauf zu sprechen kommen. So falsch wie diese Theorie ist jedenfalls auch die daraus abgeleitete Meinung, Buchgeld sei kein Geld.

3) Muß Geld «gedeckt» sein?

Ja, natürlich! Aber nicht durch Gold oder Silber, das irgendwo in schwerbewachten Tresoren einer Zentralbank schlummert und dort niemandem etwas nützt, auch nicht durch den Gold- oder Silbergehalt der Geldmünzen selber, der ebenfalls niemandem etwas nützt (solange man die Münzen nicht einschmilzt!), sondern durch ein reichliches Angebot an Waren und Dienstleistungen aller Art! Jede andere Form der vermeintlichen «Deckung» ist sinn- und nutzlos.

So manche ideologisch festgelegte Verfechter der gegenwärtig wieder vielbeschworenen «Golddeckung» werden zwar nie aufhören, es zu bestreiten, aber eigentlich sollte bereits unser kleines Beispiel vom Dorfbäcker genügen, um uns das einsehen zu lassen. Er kommt mit seinem Geld der Reihe nach zum Metzger, Müller, Schuster, Schneider, Bauern, aber niemand hat ihm etwas an Waren oder Dienstleistungen anzubieten. Spielt es da eine Rolle, ob das Geld, das er absolut nicht in die gewünschten Dinge umtauschen kann, *weil sie einfach nicht da sind,* aus bloßem Papier, aus goldgedecktem Papier oder gar aus Goldmünzen besteht? Offensichtlich nicht. Selbst wenn es sich um reine Goldmünzen handelte, könnte er sie nicht essen, davon kein Brot backen, sie nicht an die Füße stecken und sich nicht darin kleiden!

Aber würden die Leute, bei denen der Dorfbäcker kaufen möchte, nicht bereitwilliger für Goldmünzen arbeiten als für bloße Papierscheine? Offenbar nicht, denn ihnen fehlen momentan schlicht die Produktionsmittel, und deren sofortige Beschaffung kann das Winken mit Goldgeld ebensowenig bewirken wie das Angebot von Papiergeld.

Muß Geld nicht trotzdem noch durch etwas anderes «gedeckt» sein als durch das bloße Waren- und Dienstleistungsangebot? Richtig, es fehlt noch jenes Element, welches das Geld zum *gesetzlichen Zahlungsmittel* macht, und das ist seine Einführung bzw. seine Anerkennung durch die staatliche Autorität! Diese staatliche Autorität ist von derart ausschlaggebender Bedeutung für die allgemeine, bereitwillige Annahme des Geldes - egal *welchen* Geldes! - *als* Geld, daß *letztlich* alle Experten, sogar die Goldfanatiker, es nicht leugnen können[33].

[30] Vgl. *HELMUT CREUTZ,* Die 29 Irrtümer rund ums Geld, München - Wien 2004, S. 19f.

[31] Vgl. *HELMUT CREUTZ,* Das Geld-Syndrom. Wege zu einer krisenfreien Wirtschaftsordnung. Erweiterte Taschenbuchauflage, o.A. (ca. 2000), S. 61.

[32] Vgl. *HELMUT CREUTZ,* Dauerbrenner Geldschöpfung, in: «Humane Wirtschaft» Nr. 3 (Mai-Juni) 2010, S. 13-22, insbesondere S. 17f.

[33] Wer es dennoch versucht, ist *MURRAYROTHBARD,* Das Schein-Geld-System. Wie der Staat unser Geld zerstört, Gräfelfing 2000 (Übersetzung der 4. Aufl. Auburn/USA 1990), S. 25: «Es stimmt, daß Münzen einen höheren Preis als Barren erzielten. Doch die Ursache dafür lag nicht in einer

Der Amerikaner ALEXANDER DEL MAR war gegen Ende des 19. Jahrhunderts, als in den USA und im größten Teil Europas der strikte Goldstandard, also die strenge Golddeckung des Geldes, herrschte, ein international führender Experte für Geschichte und technische Praxis des Geldwesens; seine diesbezüglichen Schriften sind von solchem bleibenden Wert, daß sie bis heute immer wieder nachgedruckt werden. DEL MAR war nun interessanterweise keineswegs von den besonderen Vorzügen einer gold- oder silbergedeckten Währung überzeugt, und dies gerade *weil* er die enorme Schädlichkeit der spekulativen Machenschaften der «internationalen Bankiers» auf diesem Gebiet klar erkannte.

Bloßes Gold oder Silber als solches, stellte DEL MAR im Jahre 1890 im Rahmen eines Vortrags in London fest, ist nie und nirgends Geld gewesen und kann es auch gar nicht sein - weil ihm die staatliche Beglaubigung abgeht. «Sie könnten einen Stapel von Barren so hoch wie die St.-Pauls-Kathedrale besitzen und doch außerstande sein, damit eine Schuld in Höhe eines einzigen Pfunds Sterling zu begleichen.»[34] «Es ist eine weitverbreitete Ansicht geworden, daß eine Münze, etwa ein Sovereign oder ein Dollar, lediglich ein Stück Metall ist, dessen Wert durch sein Gewicht und seine Reinheit bestimmt wird, welches Gewicht und welche Reinheit vom Staat beglaubigt wird, und daß dies alles ist, was ein solcher Stempel oder ein solches Siegel des Staates bewirkt. Doch das ist so weit von der Wahrheit entfernt, daß ich wage zu behaupten: würde der Staat zwei Sorten von Münzen mit genau demselben Gewicht und derselben Reinheit herstellen, wobei der einen aufgeprägt wäre „Dieses Stück enthält 25,8 Korn [grains] Gold, 90 % rein", der anderen dagegen bloß „Dieses Stück ist ein Dollar", so würde bei geöffneter Münzprägeanstalt für die erstere und unter der Annahme, alle übrigen Münzgesetze wären aufgehoben, die letztere einen Mehrwert von mindestens zwanzig Prozent erzielen. Wären aber die Münzprägeanstalten für die private Münzprägung geschlossen, würde dieser Mehrwert auf 50, 100, eventuell mehrere Hundert Prozent steigen. So groß ist die Überlegen-

mysteriösen Eigenschaft der Münzen, sondern ließ sich aus der Tatsache ableiten, daß es teurer ist, Münzen aus Barren herzustellen, als sie umgekehrt wieder zu Barren einzuschmelzen.» Doch dem stehen die harten Fakten entgegen, die *ALEXANDER DEL MAR,* Money and Civilization. Or, a History of the Monetary Laws and Systems of Various States Since the Dark Ages, and Their Influence Upon Civilization [Geld und Zivilisation. Oder, eine Geschichte der Geldgesetze und -systeme seit dem Mittelalter und ihres Einflusses auf die Zivilisation], unveränd. Nachdr. Hawthorne, CA 1975 (Erstausgabe 1886) dokumentiert hat: In Holland wurden 1847 per Gesetz Goldbarren, sog. «Guillaumes d'or», als Geld, allerdings nicht als gesetzliches Zahlungsmittel eingeführt, «da man erwartete, sie würden aufgrund ihres Metallwertes umlaufen. Das Resultat war, daß die Leute sie nicht annahmen. 1851 und 1853 wurden rund 1 500 Guillaumes geprägt. Danach gab man ihre Produktion auf. Es existierte keine Nachfrage nach ihnen.» In den USA wurden per Gesetz 1873 Silberbarren mit 420 Korn Silbergehalt unter dem Namen «Handels-Dollars» eingeführt und als gesetzliches Zahlungsmittel im Wert von 5 $ deklariert. Dem zum Trotz «liefen sie so schleppend um, daß sie durch Gesetz vom 22. Juli 1876 ihrer gesetzlichen Zahlungsfunktion entkleidet wurden… . Wer sie angenommen hatte, beeilte sich, sie mit einem Abschlag [= Verlust!] von 5 bis 10 Prozent zu verkaufen.» Gleichzeitig liefen zwei Sorten 5-Dollar-Münzen mit deutlich geringerem Silbergehalt (412,5 Korn die einen, ja sogar nur 385,8 Korn die anderen) völlig reibungslos um (S. 17 Anm. 1)! - «. . . In Kalifornien und Australien . . . hat es Fälle gegeben, in denen die Goldschürfer freiwillig für Silbermünzen das Doppelte, Vierfache (und in einem Fall das Sechzehnfache) ihres Metallwertes in Goldstaub bezahlten (S. 148).»

[34] *ALEXANDER DEL MAR,* Barbara Villiers: or History of Monetary Crimes [Barbara Villiers oder Geschichte der Geld-Verbrechen], unveränd. Nachdruck Hawthorne/CA 1983 (Erstausgabe 1899), S. 95.

heit gesetzlicher Zahlungsmittel über bloße Stücke von Metall, so groß der Wert des Siegels und der Deckung durch die Regierung .. ,»[35]

Dieselbe Feststellung traf im Jahre 1913 der berühmte US-Kongreßabgeordnete und unermüdliche Vorkämpfer einer verfassungskonformen US-Währungsordnung CHARLES A. LLNDBERGH (sen.), auch er ein erklärter Gegner des zahlreichen boshaften ROTHSCHILD-Manipulationen unterliegenden Goldstandards:

«Ich weiß, und jeder sorgsame Forscher weiß es ebenfalls, ob er es zugibt oder nicht, daß der Umstand, daß die Regierung dem Gold die Privilegien eines gesetzlichen Zahlungsmittels aufprägt, eine erhöhte und künstliche Nachfrage danach hervorruft, und folglich einen Handelswert, der sehr viel höher ist, als er es wäre, wenn dem Gold nicht dieses Privileg eines gesetzlichen Zahlungsmittels aufgeprägt wäre. Meiner Meinung nach würde der Wert, den Gold besäße, wenn es entmonetisiert [= seiner offiziellen Geldeigenschaft entkleidet] würde, zehn Prozent seines gegenwärtigen Preises nicht übersteigen____Was das Grundsätzliche angeht, so besteht kein Unterschied zwischen der Stempelung von Gold zum gesetzlichen Zahlungsmittel durch die Regierung und dem seinem Besitzer dadurch verschafften Vorteil seines gesteigerten Werts und demselben Stempelungsvorgang, wenn er auf bloßes Papier angewandt wird.»[36]

Der radikale Goldfetischist G. EDWARD GRIFFIN seinerseits bemerkt im Eifer des Gefechts gar nicht, daß seine Empörung über die im Laufe der Geschichte gelegentlich (aber keineswegs immer!) durch staatliche Strafandrohungen formlich erzwungene Annahme von Papiergeld sich als Argument gegen ihn selber wendet. Er zitiert aus dem Bericht von MARCO POLO über das chinesische Papiergeld, das damals, im 13. Jahrhundert, in Europa noch unbekannt war: «Mit diesen Papierstücken, die angefertigt worden sind, wie ich geschildert habe, läßt er [der Kaiser von China] alle Zahlungen auf seine eigene Rechnung ausfuhren, und er läßt sie überall in allen seinen Reichen umlaufen. ... Und niemand, für wie bedeutend er sich auch halten mag, wagt es, sie bei Strafe des Todes zu verschmähen. Und tatsächlich nimmt jedermann sie bereitwillig an.»[37]

Na also, was wollen Sie denn noch mehr, bester Mr. GRIFFIN? Wenn jeder das Papiergeld bereitwillig annimmt, ist doch alles in Ordnung. Sie selber tun's ja auch und leben dabei nicht schlecht. Was wäre denn besser, wenn statt Papier Gold als Geld umliefe? ‚Dann gäbe es keine Inflation', antworten Sie wie aus der Pistole geschossen, ‚nur dann hätten wir stabiles, wertbeständiges Geld!'

Nun denn, Mr. GRIFFIN ist Amerikaner, und im Sommer 2010 konnte man in der Presse Erstaunliches lesen. Eine Umfrage des bekannten Zogöy-Meinungsforschungsinstituts vom Dezember 2008 unter 4835 erwachsenen US-Amerikanern hatte ergeben: über 40 % von ihnen[38] war unbekannt, daß Angebot und Nachfrage den Preis (= Geldwert) sämtlicher Waren bestimmen! Nun gilt aber dieser unumstößliche Grundsatz auch für die Geldversorgung, ganz gleich, ob das Geld aus Gold, Papier oder was immer sonst besteht! GRIFFIN scheint das nie begriffen zu haben, obwohl er bei seinem Landsmann DEL

[35] Ebd. S. 39.

[36] *CHARLES A. LINDBERGH,* Banking and Currency and The Money Trust [Bankgeschäft, Währung und das Geld-Kartell], unveränd. Nachdr. Palmdale, CA 2000 (Erstausgabe 1913), S. 125.

[37] Zit. n. *GRIFFIN* a.a.O., S. 156.

[38] Vgl. «American Free Press», 28.6.2010, S. 2. Der Wert von über 40 % ergibt sich aus den dort genannten Zahlen: ahnungslos waren 22,3 % der (jeweils nach eigener Einschätzung!) «Konservativen» und 17,6 % der «sehr Konservativen», aber 60,1 % der «Liberalen» und sogar 67,6 % der «sehr Liberalen». Die US-Bevölkerung ist ziemlich gleichmäßig zwischen «Konservativen» und «Liberalen» gespalten.

MAR detailliert hätte nachlesen können, wie oft bereits in der Geschichte plötzliche große Goldfunde (oder Goldraube) zu schweren inflationären Wirtschaftsstörungen führten - weil einem gleichgebliebenen Warenangebot schlagartig viel zu viel Goldgeld gegenüberstand!

4) Angebot und Nachfrage bestimmen den Preis

Auf dem «Markt» (so nennt man abstrahierend die Gesamtheit des ständigen Kaufs- und Verkaufsgeschehens) werden Waren und Dienstleistungen von den Verkäufern angeboten und von den Käufern nachgefragt. Doch weder das Angebot noch die Nachfrage sind konstante Größen. Vielmehr unterliegen sie sowohl örtlich als auch zeitlich aus den unterschiedlichsten Gründen immer wieder ungleichmäßigen Schwankungen.

Auf der Grundlage des jeweils augenblicklich bestehenden Verhältnisses zwischen Angebot und Nachfrage kann jederzeit eine von acht (!) verschiedenen Veränderungen eintreten, nämlich:

1) Angebot und Nachfrage wachsen im Gleichschritt.
2) Angebot und Nachfrage schrumpfen im Gleichschritt.
3) Das Angebot steigt, aber die Nachfrage bleibt gleich.
4) Das Angebot sinkt, aber die Nachfrage bleibt gleich.
5) Das Angebot bleibt gleich, doch die Nachfrage sinkt.
6) Das Angebot bleibt gleich, doch die Nachfrage steigt.
7) Das Angebot wächst, aber die Nachfrage schrumpft.
8) Das Angebot schrumpft, aber die Nachfrage wächst.

Jede dieser Veränderungen wirkt sich gewöhnlich, sobald man sie auf dem «Markt» bemerkt, auf den Preis der davon betroffenen Ware(n) aus, und zwar streng gesetzmäßig.

In den Fällen 1) oder 2) bleibt der Preis unverändert. Greifen wir erneut zum Beispiel des Dorfbäckers. Sonntags ist seine Bäckerei geschlossen; trotzdem müssen alle Dorfbewohner auch sonntags essen. Sie kaufen also samstags doppelt soviel Brot wie an den übrigen Wochentagen. Der Bäcker weiß das, bäckt am frühen Samstagmorgen doppelt soviel wie sonst und bietet dieses doppelte Quantum in seinem Laden an. Er wird alles zum üblichen Preis los; umgekehrt können auch alle Dorfbewohner ihren verdoppelten Bedarf zum gewohnten Preis decken, denn das Verhältais von Angebot und Nachfrage ist ja gleichgeblieben. 100 angebotene Brote : 100 nachgefragten Broten = 1 : 1 ; 200 angebotene Brote : 200 verkauften Broten = ebenfalls 1:1.

Die Fälle 3), 5) und 7) haben grundsätzlich ein und denselben Effekt: das Angebot wird größer als die Nachfrage. Da spielt es keine wesentliche Rolle, ob der Bäcker, um den letzten angebrochenen Sack alten Mehls aufzubrauchen, 20 Brote mehr als die üblichen 100 gebacken hat, ob er vergessen hat, daß heute die katholischen Dorfbewohner das Quatemberfasten einhalten, so daß nur 80 von den üblichen 100 Broten nachgefragt werden, oder ob er versehentlich 10 Brote zuviel gebacken hat, während dummerweise einige Familien in der Nacht an Darmgrippe erkrankt sind und daher ausgerechnet heute nur 90 Brote nachgefragt werden. In allen drei Fällen sind es 20 Brote zuviel. Sobald der Bäcker das merkt, wird er versuchen, die überzähligen Brote trotzdem heute noch abzusetzen, denn morgen sind sie nicht mehr frisch. Dazu kann er seine Kunden aber nur bewegen, indem er den Preis senkt. Das günstigere Angebot wird den einen oder anderen dazu verleiten, mehr Brot zu kaufen, als er eigentlich vorhatte, so daß zum Schluß die Regale geleert sind.

Auch die Fälle 4), 6) und 8) haben im Prinzip ein und denselben Effekt: die Nachfrage übersteigt das Angebot. Den Bäcker wurmt es, daß er gestern 120 Brote notgedrun-

gen für den Preis von 100 verkaufen mußte; er hat dabei Verlust gemacht, denn der 20prozentige Mehraufwand an Mehl, eigener Arbeit und Energie zum Backen ist ihm ja nicht vergütet worden. Heute wird er daher versuchen, das wieder mehr als wettzumachen. Nur 50 statt der gewohnten 100 Brote liegen im Laden! Gleich bei der ersten Kundin entschuldigt sich der Bäcker mit irgendeiner glaubhaften Ausrede dafür, heute leider *ausnahmsweise* nur die Hälfte der üblichen Menge anbieten zu können, dafür aber den doppelten Preis verlangen zu müssen. Die Frau will jedoch nicht mehr Geld für Brot ausgeben als sonst. Sie überlegt sich also rasch, daß sie zur Not für einen Tag auch mit einem halben Brot - statt eines ganzen - auskommen wird, und zahlt für das halbe Brot denselben Preis wie normalerweise für ein ganzes. Dasselbe tun die meisten übrigen Kunden. Manche kaufen sogar trotzdem ein ganzes Brot und legen das Doppelte dafür hin; die letzten Interessenten gehen daraufhin leer aus. Für den Bäcker ist das ein Signal, daß er den bisherigen normalen Brotpreis ruhig um ein paar Pfennig anheben kann; er wird das demnächst ausprobieren.

Angebot und Nachfrage regeln nun aber nicht bloß den Preis der Waren, sondern auch den Wert des Geldes selber. Allerdings muß man hier sehr genau hinsehen, worin denn in diesem Falle das «Angebot» und worin die «Nachfrage» besteht. Und da stellt sich heraus, daß sich die gewohnten Verhältnisse umkehren. Nicht mehr die Verkäufer bieten an und die Käufer fragen nach, sondern **die Verkäufer halten Nachfrage nach Geld für ihre Waren und die Käufer bieten Geld dafür an!** Das Geld wird daher in dieser Betrachtung zur angebotenen «Ware», und die Ware/Dienstleistung wird zum Nachfrage haltenden «Geld»!

Ob das solchermaßen von den Käufern «angebotene» Geld nun an Wert gewinnt oder verliert, läßt sich jedoch nicht an seinem Verhältnis zu irgendeiner bestimmten Einzelware (z.B. Brot, DVD-Spieler, Maßanzug, Autoreparatur), auch nicht an seinem Verhältnis zu bestimmten Warengruppen (z.B. Lebensmittel, Unterhaltungselektronik, Bekleidung, Handwerks-Dienstleistungen), sondern nur an seinem Verhältnis zur *Gesamtheit* des Waren- und Dienstleistungsangebots in einer bestimmten Volkswirtschaft ablesen.

Verringert sich die Menge des insgesamt «umlaufenden», also von Hand zu Hand bzw. von Konto zu Konto wandernden Geldes um die Hälfte, so werden auch binnen kurzer Zeit (nämlich sobald sie die plötzliche Geldknappheit bemerken) alle Käufer für alle möglichen Waren nur noch die Hälfte des bisherigen Kaufpreises «anbieten». Die Verkäufer, also die «Nachfrager» nach Geld, müssen sich damit abfinden, daß das «Geldangebot» um die Hälfte geschrumpft ist, und folglich doppelt soviel Waren hergeben wie bisher, um ihre «Geldnachfrage» befriedigen zu können. Es herrscht eben Deflation, also Schrumpfung der Geldversorgung und damit des Geld«angebots». Für sein Geld bekommt man jetzt doppelt soviel an Waren oder Dienstleistungen, es ist also **doppelt soviel wert** wie vorher.

Dem Dorfbäcker, der noch die alten Preise hat, erklären seine Kunden aufgebracht, daß sie ihm das Brot zum bisherigen Preis schlicht nicht mehr abkaufen können, denn ihr Einkommen ist um die Hälfte gesunken. Wenn er ihnen also nicht ebenfalls die Hälfte nachläßt oder umgekehrt zwei Brote zum bisherigen Preis von einem überläßt, soll er gefälligst zusehen, mit wem er künftig noch Geschäfte macht. Und wirklich bleibt ihm von Tag zu Tag mehr Brot einfach im Laden liegen. Er muß dem Druck schleunigst nachgeben, sonst hat sein Handwerk keine Zukunft mehr. Dem Müller zahlt er freilich bei der nächsten Lieferung auch seinerseits nur noch den halben Preis für das Mehl bzw. verlangt zum bisherigen Preis die doppelte Menge - unter Hinweis auf den entsprechend gefallenen Brotpreis usw.

Vermehrt sich dagegen die Menge des umlaufenden Geldes auf das Doppelte, so haben alle Leute plötzlich entsprechend mehr Geld in der Tasche. Die Freude darüber währt jedoch nicht lange, denn den Verkäufern ist das verdoppelte «Geldangebot» der Käufer ja nicht verborgen geblieben. Ihre «Nachfrage» nach dem jetzt massenhaft angebotenen Geld hat sich indessen nicht verstärkt, denn ihr Warenvorrat ist ja gleichgeblieben. Wollen die «Geldanbieter», d.h. die Käufer, dennoch ihr Geld an die «Geldnachfrager», d.h. die Verkäufer, «loswerden», müssen sie für die Waren oder Dienstleistungen doppelt soviel hinlegen wie bisher. Es herrscht eben Inflation, also Aufblähung der Geldversorgung und damit des Geld«angebots». Für sein Geld bekommt man jetzt nur noch halb soviel an Waren oder Dienstleistungen, es ist also **nur noch halb soviel wert** wie vorher.

Überall muß ich plötzlich doppelt soviel ausgeben wie bisher, sagt sich der Dorfbäkker, der Schuster hat sich meine neuen Schuhe glatt zweimal bezahlen lassen, der Müller wollte zum gewohnten Preis nur noch halb soviel Mehl liefern wie sonst. . ., da werde ich also den Brotpreis ebenfalls verdoppeln müssen. Und siehe da, die Kunden sind tatsächlich anstandslos bereit, für sein Brot den zweifachen Betrag auf die Theke zu legen, denn sie *haben* offenbar das nötige Geld.

Deflation und Inflation sind die beiden einander entgegengesetzten möglichen Mißstände des Geldwesens. Idealerweise sollte, selbst wenn andere Faktoren den Preis *einzelner* Waren steigen oder sinken lassen, das *allgemeine* Preisniveau einer Volkswirtschaft möglichst konstant bleiben. Dazu wäre natürlich unbedingt erforderlich, daß die umlaufende Geldmenge stets im selben Verhältnis zur jeweils angebotenen Menge und Qualität an Waren und Dienstleistungen stünde. Dafür zu sorgen hätten jene, die das Geld in Umlauf bringen. *Daß*, und vor allem *warum*, sie es **nicht** tun, hängt auf das engste mit dem Komplex der modernen Staatsverschuldung zusammen. Näheres dazu später.

Halten wir hier als wesentliche Einsicht fest: der Wert des Geldes hängt nicht von irgendeiner äußerlichen «Deckung» durch Edelmetalle o.ä. ab, sondern einzig und allein von seiner Menge im Verhältnis zur Menge dessen, was man damit jeweils auf dem «Markt» kaufen kann. Je größer die Geldmenge bei gleichbleibender oder gar schrumpfender Warenmenge, desto geringer der Wert des Geldes; je geringer die Geldmenge bei gleichbleibender oder gar wachsender Warenmenge, desto höher der Wert des Geldes.

Ganz kurz gefaßt: Das jeweils vorhandene Waren- und Dienstleistungsangebot ist die jeweils aktuelle «Deckung» der jeweils aktuell umlaufenden Geldmenge; das Verhältnis dieser Geldmenge (= Angebot) zur Waren- und Dienstleistungsmenge (= Nachfrage) allein bestimmt den Geldwert.

5) Kurzer Überblick über die Entwicklung des Geldwesens

Die Eigenart der hier zu behandelnden, außerordentlich facettenreichen Thematik bringt es mit sich, daß wir uns ihrem Kern nur kreis- bzw. spiralförmig nähern können. Was also am Anfang oft nur skizziert, erwähnt oder angedeutet werden kann, wird im weiteren Verlauf (unter Umständen sogar mehrfach) wiederkehren, dann allerdings von Mal zu Mal vertieft werden.

Während wir die *Einzelheiten* der «Entstehung» des Geldes im PROTOKOLLARISCHEN Zeitalter erst im Kapitel über die sogenannte «Geldschöpfung», dann nochmals - und *noch* genauer - bei der direkten Betrachtung der Staatsschulden ausbreiten können, soll hier nur ein erster, äußerst knapper Überblick geboten werden.

Münzgeld aus Edel- oder anderen relativ seltenen Metallen wie namentlich Kupfer war die ursprüngliche Form des Geldes bei den meisten Völkern. Man wird MURRAY ROTHBARD schwerlich widersprechen können, wenn er die Entstehung des Geldes aus dem

Tauschhandel ableitet und feststellt, dabei habe sich als «Geld» ganz von selbst schließlich jene «(Tausch-)Ware» etabliert, die dazu in praktischer Hinsicht am geeignetsten war: «Es ist klar, daß in jeder Gesellschaft nach und nach die marktgängigsten Güter als Tauschmittel ausgewählt werden. Je mehr sie als Tauschmittel verwendet werden, desto stärker wächst wegen dieser Verwendung auch die Nachfrage nach ihnen, und so werden sie immer marktgängiger. Das Ergebnis ist eine sich verstärkende Spirale: Eine höhere Marktgängigkeit verursacht eine größere Verbreitung als Tauschmittel, was wiederum für höhere Marktgängigkeit sorgt usw. Schließlich werden ein oder zwei Güter als allgemeine Tauschmittel - d.h. für fast alle Tauschhandlungen - verwendet, und diese nennt man Geld.»[39]

Die beiden «Waren», die sich solchermaßen fast überall auf der Welt vorrangig als Geld herauskristallisierten, waren die Edelmetalle Silber und Gold. Diese schlichte Erklärung der Geldentstehung ist so einleuchtend, daß man sich nur wundern kann, wenn andere Autoren zunächst behaupten, die Geldentstehung sei «immer noch» *ungeklärt*, und dann über schier endlose Seiten hinweg als ihre eigene «Theorie» zur Geldentstehung komplizierte gedankliche Verrenkungen präsentieren, denen ersichtlich jede Plausibilität abgeht[40].

Damit soll aber keineswegs gesagt sein, daß **ROTHBARDs** harsche Zurückweisung aller Geldformen, die keinen eigenen «Waren»wert besitzen, als bloßes «Scheingeld» berechtigt wäre. Was er und seine ganze Schule (LUDWIG VON MISES, FRIEDRICH AUGUST HAYEK etc.) geflissentlich übersehen, ist der doch offen vor aller Augen liegende Umstand, daß jene «Ware», die schließlich zu «Geld» geworden ist, damit ihren Warencharakter ohnehin verloren hat!

Während jede andere Ware zu dem ihr ursprünglich zugedachten Zweck entweder geoder verbraucht wird, ist das bei den zu Geld gewordenen Waren Silber und Gold nicht mehr der Fall. Wer sie z.B. zur würdigen Verzierung von Gotteshäusern und gottesdienstlichen Gegenständen verwenden, als Schmuck tragen oder in technischen Geräten als optimale elektrische Leiter verarbeiten will, zu welcher Art von Zwecken sie ursprünglich einzig als Waren gehandelt wurden und teilweise auch jetzt noch werden, kann sie nicht gleichzeitig als Tauschmittel verwenden; umgekehrt kann, wer sie als Tauschmittel einsetzen will, mit ihnen ansonsten rein gar nichts mehr anfangen. Genau deshalb lungern ja viele Tausende von Tonnen mit größter Mühe kilometertief aus dem Erdboden geholten Goldes gleich anschließend wieder jahrzehntelang als grob gegossene Goldbarren hinter dicken und schwerbewachten Tresorwänden herum, wo niemand sie glänzen

[39] *ROTHBARD* a.a.O., S. 18. Die weitergehende Behauptung (ebd. S. 90f), Gold habe sich «über viele Jahrhunderte auf dem freien Markt zum geeignetsten Geld» «entwickelt», wobei angeblich «[a]m wichtigsten war, daß Angebot und Bereitstellung des Goldes allein den Marktkräften überlassen blieb und nicht der Willkür staatlicher Notenpressen», blendet allerdings in geradezu lächerlicher, der verbohrten «liberalistischen» Ideologie des Autors geschuldeter Weise aus, daß Gold schon immer das «Metall der Könige» war und damit staatlicher Regulierung unterlag, Jahrtausende ehe es überhaupt «Notenpressen» gab! Seine «Geldwerdung» kann man sich schwerlich anders denken, als daß sie maßgeblich auf dem Wege des «Waren»tauschverkehrs der Herrscher mit ihren Untertanen (Besteuerung/Tribute/Staatsausgaben) erfolgte.

[40] *BERND STRIEGEL*, Über das Geld. Geschichte und Zukunft des Wirtschaftens, Blaubeuren bei Ulm 2004, benötigt volle 120 Seiten (S. 29-149), um den an sich ganz einfachen Sachverhalt so gewaltig zu verkomplizieren, daß am Schluß (bes. S. 105ff) etwas total künstlich Konstruiertes und völlig Unglaubhaftes herauskommt. Der Fehler liegt aber darin, daß der Autor die Entstehung zweier Dinge gleichzeitig aufweisen will: des Geldes *und* des Zinses, obwohl beide *ursprünglich* gar nichts miteinander zu tun haben!

sehen, geschweige denn sonst etwas von ihnen haben kann! Genau deshalb war auch die Erfindung solcher Geldarten, die **von vornherein** gar keinen Warencharakter mehr besitzen, sondern eindeutig **nur** als Tauschmittel taugen, in und an sich eine riesige Verbesserung des Geldwesens, woran alle Mißbräuche (gegen die grundsätzlich *nichts* gefeit ist!) nichts ändern.

Das Papiergeld haben die Chinesen zu Beginn des 9. Jahrhunderts n. Chr. erfunden. Angeblich war es «am Anfang mit Gold aus dem Staatsschatz gedeckt»[41], aber offenbar nicht in Gold einlösbar, also kein Gutschein für Gold, kein Nachweis über ein Goldguthaben. Von daher nennt die amerikanische Expertin ELLEN HODGSON BROWN es mit Recht die erste «Fiat-Währung»[42], nämlich «Geld, das laut Anordnung der Regierung gesetzliches Zahlungsmittel ist»[43].

Die verschiedentlich zu lesende Behauptung, in Europa dagegen sei Papiergeld erst 1661, nämlich als «Daler»-Geldscheine der Bank von Schweden, aufgetaucht[44], ist allerdings irrig. Denn schon 1240 gab die italienische Handelsstadt Mailand, die wegen Handelsstörungen zu diesem Zeitpunkt kein Silber mehr besaß, das erste europäische Papiergeld heraus, das sie später, als sich die Lage gebessert hatte, wieder einzog und durch Silbermünzen ersetzte[45].

Geld aus Lederstücken war sogar eine *europäische* Erfindung. PHILIPP I. von Frankreich hatte sie im 11. Jahrhundert erstmals aufgebracht; 1122 tat Venedig in einer Notlage dasselbe, löste das Leder aber später wieder gegen Metallgeld ein[46]. Auch FRIEDRICH II. von Sizilien 1237 und der englische König EDWARD I. gegen Ende des 13. Jahrhunderts ließen zeitweilig Ledergeld umlaufen, ebenso KARL DER WEISE von Frankreich Mitte des 14. Jahrhunderts[47].

In England bestand ein großer Teil des umlaufenden Geldes vom Beginn des 12. Jahrhunderts bis zum Beginn des 19. Jahrhunderts aus bloßen, individuell beschrifteten Kerbhölzern, den sogenannten «Tallies», obwohl es gleichzeitig auch Goldmünzen gab[48].

Das heutige Papiergeld hat jedoch einen ganz anderen Ursprung als das chinesische oder die frühen europäischen Papier- und Leder-Notwährungen. Es erwuchs tatsächlich erst in der Neuzeit aus der Praxis englischer (bzw. englisch-jüdischer) Goldschmiede, Gold von Privatleuten in ihren Tresoren - gegen eine Gebühr - sicher zu verwahren und eine Empfangsbestätigung dafür auszustellen. Wer diese Quittung oder dieses Zertifikat zurückbrachte, bekam dann die darauf vermerkte Menge an Gold - abzüglich der Gebühr - wieder ausgehändigt. Indem also diese Quittungen «so gut wie Gold» (weil jeder-

[41] *ARGENS* a.a.O., S. 107.

[42] Das lateinische Wort «fiat» heißt soviel wie «es werde, es geschehe». Bei der Weltschöpfung sprach Gott «Fiat lux - es werde Licht», und es ward das Licht. «Fiat-Geld» ist also Geld, das nur dadurch Geldcharakter gewinnt, daß eine Regierung von sich aus wertlosem Material gleichsam zuruft: «Werde zu Geld!»

[43] *ELLENHODGSONBROWN,* Der Dollar-Crash. Was Banker Ihnen nicht erzählen, Rottenburg 2008, S. 88.

[44] Z.B. *ARGENS* a.a.O., S. 107 u. 155.

[45] Vgl. *ALEXANDER DEL MAR,* Money and Civilization ... a.a.O., S. 54.

[46] Lt. ebd. S. 29.

[47] Lt. ebd. S. 64f.

[48] Vgl. dazu sehr eingehend *DAVID ASTLE*, The Tallies, A Tangled Tale and The Beginning and the Ending. Two Essays [Die Tallies, eine verwickelte Geschichte und Der Anfang und das Ende. Zwei Aufsätze], Toronto 1997, S. 1-18; *COOGAN* a.a.O., S. 313ff; auch *HODGSON BROWN* a.a.O., S. 89.

zeit wieder in dieses einlösbar) waren, konnte man sie ersatzweise als Geld benutzen. Der Käufer gab dem Verkäufer für seine Ware statt Goldmünzen nur die entsprechende Goldschmied-Quittung; der Verkäufer konnte sich ja dann, wenn er wollte, beim betreffenden Goldschmied das Gold holen - oder die Quittung erneut an jemanden anderen zu Zahlungszwecken weitergeben. Erste solche Goldschmied-Quittungen oder -Zertifikate sind für das Jahr 1633 belegt[49].

Die Leute merkten sehr rasch, daß die Bezahlung mit solchen Gold-Zertifikaten, aus denen später die Banknoten wurden, sehr viel bequemer war. Man brauchte sich nicht mit Gold oder Silber zu schleppen, konnte das Papiergeld sehr viel unauffälliger und in sehr viel größeren Summen bei sich führen oder auch über weite Strecken transportieren.

Die nächste überraschende Entdeckung war die, daß man sogar auf die Einlösung des Papiergeldes in Gold oder Silber völlig verzichten konnte. Solange keine Panik ausbrach, war nämlich sowieso fast niemand an der Einlösung von Papier in Edelmetall interessiert. Wenn man also Banknoten einführte, die vom Staat als gesetzliches Zahlungsmittel mindestens akzeptiert, wenn nicht gar deklariert wurden, dabei aber von vornherein in gar kein Edelmetall mehr einlösbar waren, konnte diesbezüglich auch keine Panik mehr entstehen, d.h. Gerüchte oder zutreffende Nachrichten, eine bestimmte Bank (oder gar «die» Banken) besitze nicht mehr genug Gold bzw. Silber, um alle von ihr (bzw. von ihnen) ausgegebenen Noten einzulösen, hatten gar keine Grundlage mehr.

Von daher konnte ALEXANDER DEL MAR schon 1886, als die meisten Banknoten noch einlösbar waren, die Feststellung treffen: «Daß nichtkonvertible oder nichteinlösbare Noten auf einen Mehrwert gegenüber Metallmünzen mit demselben Nennwert gebracht werden können, ist durch zahlreiche Beispiele aus der Geldgeschichte solcher Länder belegt, wo sowohl Noten als auch Münzen gleichzeitig gesetzliches Zahlungsmittel waren. Wenn die Noten [sogar] einziges gesetzliches Zahlungsmittel sind, können sie mittels Verringerung oder Begrenzung [ihrer Menge] auf jeden gewünschten Mehrwert gegenüber Münzen gebracht werden.»[50]

Ein höchst eindrucksvolles Beispiel dafür bringt DEL MAR tatsächlich an anderer Stelle. Ab 1848 waren die Noten der *Bank von Österreich* nicht mehr in Metall einlösbar, wurden aber dafür zum gesetzlichen Zahlungsmittel in ganz Österreich-Ungarn erklärt. Daraufhin besaßen sie bis 1886, also bis zum Zeitpunkt der Abfassung von DEL MARS Buch, fast immer einen - wiewohl sehr stark schwankenden - Mehrwert von gut 1 bis zu vollen 50 % (!) gegenüber Silber- und Goldmünzen des gleichen Nennwerts; nur zweimal fielen sie kurzzeitig unter den Gleichstand mit den ihnen entsprechenden Münzen[51].

[49] Lt. *ARGENS* a.a.O., S. 155.

[50] *DEL MAR,* Money and Civilization ... a.a.O., S. 156 Anm. 2.

[51] Ebd! S. 336: «Bis zum 1. Februar 1848 standen sie gleichauf mit Standard-Silbermünzen; während des Rests des Monats standen sie ein wenig darunter. Im Juni 1848 stieg ihr Mehrwert gegenüber Silbermünzen auf 17 Prozent; im August fiel er auf 6'A Prozent. Im September, nach dem Beginn des Krieges mit Ungarn, stieg er auf 22 Prozent, und beim Friedensschluß ein Jahr später fiel er auf 7 Prozent. 1850, dank der russischen Wirren, stieg der Mehrwert über Silbermünzen auf33 Prozent; 1851 stand er bei 30; 1852 gab die Regierung eine neue Serie von Papiernoten heraus; 1853 fiel der Mehrwert über Silbermünzen auf 8 Prozent; im Januar 1854 stieg er auf 22; später im selben Jahr, als der Krimkrieg ausbrach und die Ausgabe von Noten erhöht wurde [!!], auf 39; 1857 betrug er 8; im November 1858 fiel er auf Gleichstand, und eine zeitweilige Wiederaufnahme des Einlösens durch Münzen schloß sich an. Im Dezember 1858 stieg der Mehrwert auf 1 x/%\ 1859 brach der Krieg mit Italien und Frankreich aus, die Bank suspendierte erneut ihre Einlösungen, und Silbermünzen stiegen auf einen Mehrwert von 16 bis 42 Prozent; am 31. Januar 1860 [betrug der Mehrwert der Noten über Silbermünzen wieder] 33 Prozent; im

Bereits um die Wende zum 20. Jahrhundert begann dann das Buchgeld der Banken allem Bargeld, ob nun Edelmetallmünzen oder Papierscheine, den Rang abzulaufen.

Eine heute (außer in den USA) praktisch nicht mehr vorhandene Zwischenstufe, die sich aber über den größten Teil des 20. Jahrhunderts zu halten vermochte, waren die Schecks, die es erlaubten, um ein Vielfaches höhere Beträge, als sie einzelnen Banknoten aufgedruckt waren, mittels eines einzigen Papierstücks zu bezahlen.

Heutzutage sind bloße elektronische «Buch»einträge in Computerdateien, die sich wiederum elektronisch in winzigen Sekundenbruchteilen rund um den Globus verschieben lassen, zur in sich «wertlosesten» und dennoch perfekt funktionierenden Form von Geld geworden.

6) Allgemeine Definition des Geldes

Abgesehen von den wenigen keiner besseren Einsicht zugänglichen Goldideologen sind sich alle Fachleute denn auch seit eh und je einig: Geld kann *alles* sein, was die dreifache Geldfunktion zuverlässig erfüllt.

ALEXANDER DEL MAR 1886: «Der Wert eines Geldstücks, bestehe es nun aus Gold, Silber, Messing, Papier oder irgendeiner anderen Substanz, ganz egal, was seine Herstellung kosten mag, und ganz egal, welchen Stempel oder welche Prägung es tragen mag, ganz egal, ob die Aufprägung irgendetwas verspricht oder nicht, egal auch, ob sie von der Regierung stammt oder nicht, hängt (umgekehrt proportional) von der Zahl solcher Stücke ab, die als Geld in Gebrauch oder dazu bestimmt sind. Das Prägemal der [staatlichen] Autorität dient sicherlich dazu, zu unterscheiden, was Geld und was kein Geld ist; doch weder dieses Prägemal noch der aufgeprägte Nennwert verschafft ihm irgendeinen Wert, der nämlich einzig und allein durch die Zahl [der Stücke] reguliert wird. Und hier ist der Beweis dafür: hält man die Zahl konstant, kann der aufgeprägte Nennwert geändert werden, ohne den Wert im geringsten zu tangieren, während umgekehrt, selbst wenn der aufgeprägte Nennwert gleichbleibt, bei einer Änderung der Zahl [der Stücke] der Wert sofort anfangen wird, sich im umgekehrten Verhältnis ihr anzugleichen.»[52]

Mit anderen Worten: je mehr 100-Euro-Scheine man druckt und in Umlauf bringt, desto weniger wird jeder einzelne Schein wert sein, solange nicht im gleichen Maß das Warenangebot in der Eurozone steigt. Und wenn es in ganz Euroland kein anderes Geld als lauter 500-Euro-Scheine gäbe, und plötzlich würden sämtliche 500-Euro-Scheine eingezogen, um sie Stück für Stück gegen 1000-Euro-Scheine auszuwechseln, wäre jeder einzelne 1000-Euro-Schein kein bißchen mehr wert als vorher ein 500-Euro-Schein: man könnte für den neuen 1000-Euro-Schein kein bißchen mehr kaufen als für den alten 500-Euro-Schein. Würden aber umgekehrt schlagartig alle 500-Euro-Noten eingezogen und in neue 250-Euro-Scheine umgetauscht, könnte man ab sofort für 250 Euro genausoviel kaufen wie vorher für 500 Euro.

September 1860 33 bis 34; 1861 im Jahresdurchschnitt 41%, auf dem Höhepunkt 50; 1862 durchschnittlich 28 mit Ausschlägen zwischen 17 und 39. Im Dezember 1862 wurde ein folgenloses Gesetz erlassen, das die Bank verpflichtete, die Einlösung ab dem 1. Januar 1867 wieder aufzunehmen. 1863 war der Mehrwert 13,8 Prozent; 1864 15,7; 1865 8,3; 1866, Krieg mit Preußen, durchschnittlicher Mehrwert 19,84, Schwankungen zwischen *2'A* und 33 Prozent, eine neue Ausgabe von Staatsnoten wurde gebilligt; 1867 24,31; 1868 14-48; 1869 21,02; 1870 21,89; 1871 20,38; 1872 9,27. 1873 betrug der Mehrwert über Silbermünzen 7,82, über Goldmünzen 10,92 Prozent; 1874 über Silber 5,09, über Gold 11,2; 1875 über Silber 3,23, über Gold 16,69; 1876 über Silber 2,96, über Gold 25,70; 1886 mit Silber Gleichstand, über Gold 25 Prozent.»

[52] Ebd. S. 302.

Würden hingegen urplötzlich die Hälfte aller vorhandenen 500-Euro-Scheine ersatzlos eingezogen, wäre jeder noch umlaufende 500-Euro-Schein ab sofort doppelt soviel, also 1000 Euro wert. Brächte man genau umgekehrt von jetzt auf gleich noch einmal soviele 500-Euro-Scheine in Umlauf wie bisher, gäbe es für jeden 500-Euro-Schein nur noch Waren oder Dienstleistungen im Wert von 250 Euro zu kaufen.

Die Zahl, die auf den Scheinen stünde, verlöre also in allen diesen Fällen ihre vorige Bedeutung; der reale Wert einer Euro-Note entspräche - nach bisherigen, gewohnten Maßstäben - überhaupt nicht mehr dem aufgedruckten.

CHARLES A. LINDBERGH 1913: «Was immer an Kaufkraft [im Münz- oder Papiergeld] steckt, ist - abgesehen vom geringen Metallwert des einen und dem vernachlässigbaren Papierwert des anderen - rein regierungsamtlichen Ursprungs, und das ist der Kredit des Volkes.»[53]

Was man damals, übrigens auch im deutschen Sprachraum, gerne als «Kredit» eines Landes oder Volkes bezeichnete, meint nichts anderes als die tagtäglich neu erbrachte bzw. zu erbringende Arbeitsleistung, also die gesamte Warenproduktion und die Gesamtheit der Dienstleistungen der jeweiligen Volkswirtschaft.

Fr. CHARLES E. COUGHLIN 1936: «Ist die Substanz, aus der das Geld besteht, von Bedeutung? Nein. Es ist der gesetzliche Status, den es durch den Aufdruck der Regierung erhält, der es für alle als Geld annehmbar macht, bestehe es nun aus Metall (Schlagpresse-Geld) oder aus Papier (Druckerpresse-Geld). „Geld ist ein durch Gesetz zu dem Zweck geschaffener Wert, ein Bewertungsmaßstab und ein gültiges Tauschmittel für Zahlungen zu sein" (CERNUSCHI, italienischer Wirtschaftswissenschaftler, in „Numisma or Legal Tender"). „Ein Gegenstand ist dazu bestimmt, Geld zu sein, aufgrund seines Vollzugs gewisser Funktionen, ohne Rücksicht auf seine Form oder Substanz" (American Cyclopedia, Bd. II, Seite 735). „Geld hat Wert nur durch Gesetz und nicht von Natur aus" (Aus der „Politeia" von ARISTOTELES).»[54]

ALFRED O'RAHILLY, 1942: «Geld als solches - abgesehen von seiner materiellen Beurkundung - ist etwas Immaterielles: es ist eine moralische und gesetzliche Beziehung, etwas vom Menschen Eingeführtes, das folglich in der Natur oder in der Tierwelt nicht besteht. Es ist ein gesellschaftlich anerkanntes, von einer Person auf eine andere übertragbares Kaufrecht. Es wird nicht aus irgendetwas hergestellt: es wird schlicht ausgegeben oder geschaffen, geradeso wie jemand eine Versprechung macht oder eine vertragliche Beziehung herstellt. Der Staat als Repräsentant der Gesellschaft gibt Geld heraus[55], das gewöhnlich auf Papier- oder Metallstücken dokumentiert wird, jedoch auch bloß durch ein paar Ziffern in Tinte in den Büchern der Zentralbank dokumentiert werden kann. Die Banken geben Geld durch Banknoten und mehr noch durch reine Einträge in ihren Büchern heraus, die wir von einem auf den anderen durch Schecks übertragen, d.h. indem wir den Bankier anweisen, seine Bucheinträge [entsprechend] zu ändern.»[56]

[53] *LINDBERGH* a.a.O., S. 105.

[54] *CHARLESE. COUGHLIN,* Money! Questions and Answers [Geld! Fragen und Antworten], unveränd. Nachdruck o.A. (Erstausgabe 1936), S. 29.

[55] Das ist hier rein abstrakt als jener ideale Zustand formuliert, der eigentlich herrschen **müßte** und bis zur Gründung der *Bank von England* 1694 auch wirklich überall bestand, heute jedoch so gut wie nirgends auf der Welt mehr anzutreffen ist! Die Fortsetzung des Textes gibt die **tatsächliche** Praxis an, die etwa ab der Mitte des 19. Jahrhunderts (und bis heute) in ganz Europa herrschend wurde.

[56] Zit. n. *DENIS FAHEY,* Money Manipulation and Social Order [Geldmanipulation und soziale Ordnung], 4. Aufl. Palmdale, CA 1992 (1. Aufl. 1944), S. 87; der zitierte Text von Prof. *O'KAHIL-*

JERRY VOORHIS, 1943: «Der „Wert" unseres Geldes bestimmt sich dadurch, was es kaufen wird, niemals dadurch, woraus es gemacht ist. Der beste Beweis dafür im landesweiten Maßstab wurde 1934 erbracht, als der Präsident verkündete, ab sofort würden nur noch 60 % des bisherigen Goldgehalts in einem amerikanischen Standard-Dollar stekken. Manche „Experten" sagten, es werde zu einem starken Preisanstieg kommen. Doch es kam *nicht* dazu. Die Preise änderten sich kaum, falls überhaupt. Offenbar begriffen die Leute weithin, wie wenig Unterschied es tatsächlich für sie machte, wieviele „Körner Gold" ein eingebildeter Dollar in sich trug. Wiederum: hat ein Silberdollar mehr Wert als ein 5-Dollar-Papierschein? Versuchen Sie nur einmal, jemanden dazu zu bringen, seinen 5-Dollar-Schein gegen Ihren Silberdollar einzutauschen! Oder nehmen wir an, jemand böte Ihnen einen Scheck über 50 Dollar für eine 10-Dollar-Goldmünze an. Würden sie ihn annehmen? Natürlich würden sie das. Doch das Papier, auf dem der Scheck geschrieben ist, ist wertlos. Genau wie das Papier des 5-Dollar-Scheins. Hingegen sind das Gold und Silber in sich etwas wert.»[57]

A. N. FIELD, 1957: «[Es ist daran zu erinnern], daß nicht das, woraus das Geld besteht oder worauf es fußt, seinen Reichtums-Wert, anders gesagt, seine Kaufkraft gegenüber Waren und Dienstleistungen bestimmt. Der Wert des Geldes gründet sich, wie alle anderen wirtschaftlichen Werte, auf Angebot und Nachfrage. Verdoppeln Sie die Geldmenge, und bei unverändertem Güter- und Dienstleistungsangebot werden die Preise sich sehr schnell verdoppeln.»[58]

Kommen wir also nun endlich zur gültigen Definition des Geldes. Ihre wohl kürzeste und prägnanteste Form, die im englischen Original ein schönes Wortspiel bildet, das sich leider im Deutschen nicht adäquat wiedergeben läßt, findet sich bei GERTRUDE COOGAN:

> «Geld ist das *Nichts,* das Sie für *etwas* bekommen, ehe sie *alles* bekommen können - Money is the *nothing* you get for *something* before you can get *anything.*»

COOGAN erläutert diesen Merksatz so: «Geld ist das Nichts. Es ist ein Stück Papier, das von sich aus nichts wert ist, Sie jedoch dazu berechtigt, gegen seine Aushändigung wertvolle Güter zu beanspruchen. Sie erhielten es (falls Sie nicht einer jener Privilegierten sind, die das Recht haben, es zu schöpfen), indem Sie Ihre Zeit und Ihre Dienste auf eine produktive Tätigkeit verwendeten. Wenn Sie für einen Wochenlohn arbeiten, haben Sie soundsoviele Stunden pro Tag und soundsoviel von Ihrer geistigen und leiblichen Energie auf die Erzeugung von etwas Nützlichem für die Gesellschaft verwendet. Das Geld, das Sie im Gegenzug für Ihre Arbeit bekamen, ist für Sie ohne Wert, bis Sie es für physische Güter oder für Dienstleistungen weggeben.»[59]

Wenn wir hier nachfolgend ohne nähere Erläuterung von «Geld» sprechen, ist grundsätzlich Äargeld, d.h. Scheine und/oder Münzen, oder an Bargeld strikt gekoppeltes, es lediglich *vertretendes* «Buchgeld» gemeint. Zu jener Art von Buchgeld, die tatsächlich *neben* dem Bargeld, also *zusätzlich zu ihm* existiert, werden wir erst im Kapitel über die «Geldschöpfung» kommen.

LY, seinerzeit Präsident des University College von Cork in Irland, stammt aus der Zeitschrift «The Standard» vom 17. April 1942.

[57] *JERRY VOORHIS,* Out of Debt, Out of Danger. Proposais for War Finance and Tomorrow's Money [Frei von Schulden, frei von Gefahr. Vorschläge für die Kriegsfinanzen und das Geld von morgen], Washington, D.C. 2010 (2. Faksimile-Nachdruck d. Originalausgabe 1943), S. 102.

[58] *A. N. FIELD,* The Bretton Woods Plot [Das Komplott von Bretton Woods], unveränd. Nachdr. Palmdale, CA o.J. (Erstausgabe 1957), S. 21.

[59] *COOGAN* a.a.O., S. 330.

B. Schulden und Zinsen

Wer selbst nicht genug Geld hat, um seine gegenwärtigen Bedürfnisse an Waren oder Dienstleistungen zu befriedigen, der muß sich welches leihen. Was man von jemandem geliehen hat, das ist man ihm zurückzuerstatten «schuldig». Man steht bei ihm «in der Schuld», man hat bei ihm «Schulden». Obwohl das eigentlich für jeden beliebigen Gegenstand gilt, den man ausgeliehen hat, sprechen wir üblicherweise doch nur bei geborgtem *Geld* von «Schulden».

Wer zuwenig Geld hat, kann es nur bei jemandem leihen, der davon momentan mehr als genug, nämlich zuviel hat. Niemand wird ja einem anderen Geld borgen, das er selbst gegenwärtig benötigt. Soviel läßt sich ganz allgemein über jede Art von Schulden sagen. Aber alles weitere, was noch zu sagen ist, gilt schon nicht mehr unbesehen für alles, was gemeinhin als «Schulden» bezeichnet wird.

1) Zwei sehr verschiedene Arten von Schulden

Geld fällt, wie gezeigt, nicht vom Himmel, sondern wird von Menschen gemacht. Welche Menschen es denn nun eigentlich genau sind, die das Geld machen, gehört indes zu den umstrittensten, aber auch spannendsten Fragen der merkwürdigerweise sogenannten *«Geldtheorie»*. Wir werden uns bald noch sehr intensiv damit zu beschäftigen haben. Jedenfalls gibt es Leute, die das Geld, das sie anderen «leihen», keineswegs selbst (auf welche Weise auch immer) zu verdienen, ja nicht einmal zu stehlen, im Lotto zu gewinnen oder zu erben brauchen. Stattdessen genießen sie das unerhörte Vorrecht, Geld einfach zu **machen** - und es dann anderen zu «leihen». Gewinnbringend, auf Zinsen und Zinseszinsen!

Genau von dieser Art ist nun *der größte Teil* der modernen Staatsschulden - weltweit! Doch die «fünfte Macht» im Staat, die «Finanzwelt», hat nicht das geringste Interesse daran, diese Ungeheuerlichkeit in den Medien oder wenigstens in den Wirtschaftswissenschaften breitzutreten, und man versteht sofort, warum. Schließlich freuen sich die **PROTOKOLLE** ja nicht umsonst über die **‚Unsichtbarkeit' ‚unserer Macht'.**

Wir werden die von den Geldmachern beim Geldmachen selber erzeugten «Schulden» künftig als **«fiktive»,** d.h. bloß **eingebildete,** rein **künstliche** Schulden bezeichnen.

Die andere Art von Schulden ist diejenige, die wir alle kennen. Vermögende Zeitgenossen, aber auch eifrige «kleine Sparer» haben einen Teil ihres *selbsterworbenen* Einkommens beiseitegelegt, den sie ihrer Bank anvertrauen, damit die das Geld zinsbringend irgendwo anders wieder «anlegt». Die Bank legt das Geld an, indem sie es an einzelne «Konsumenten», an investitionsbereite Unternehmen oder sogar an den Staat verleiht. Das kann natürlich direkt oder indirekt (über «Fondsgesellschaften» etc.) geschehen und trägt alle möglichen erfindungsreichen, werbewirksamen Namen. Wenn jemand z.B. bei seiner Bank «Bundesobligationen» «kauft», heißt das nichts anderes, als daß die Bank sein als «Kaufpreis» über den Bankschalter geschobenes Spargeld als «Kredit» an den Bundesfinanzminister weiterreicht. Die vom deutschen Staat auf diese «Schulden» zu zahlenden Zinsen teilen sich dann die Bank und der «Sparer» im vorher von der Bank festgelegten Verhältnis.

So verhält es sich zumindest in der uns allen ständig weisgemachten Theorie. Daß die Realität ganz anders aussieht, sei hier bloß schon einmal angedeutet . . . Immerhin sind Ausleihen von echtem, selbsterworbenem Geld auch *außerhalb* der Banken möglich, im kleinen wie im großen. Ihnen entsprechen dann auch *echte* Schulden bei jeweils demjenigen, der sich das Geld lieh.

2) Schulden und Guthaben

Das Gegenteil von «Schulden» ist nicht «Geld», sondern «Guthaben». Peter leiht seinem Freund Paul 10 Euro. Eine Woche später erinnert er ihn daran, indem er sagt: «Du weißt ja, ich *habe* bei dir noch 10 Euro *gut.»* «Ja», sagt Paul, «ich weiß, daß ich dir noch 10 Euro *schulde.»* Was für Paul, den Schuldner oder Kreditnehmer, also **Schulden** sind, das ist für Peter, seinen Gläubiger oder Kreditgeber, ein **Guthaben.** Wer von beiden **hat** aber nun tatsächlich die 10 Euro, also das **Geld?**

Solange er es noch nicht für den geplanten Zweck verausgabt hat, steckt es im Portemonnaie des Schuldners Paul. Danach hat es jedoch keiner von beiden mehr; es ist im allgemeinen Wirtschaftskreislauf verschwunden. Paul wird die 10 Euro zuerst erarbeiten, also aus dem allgemeinen Wirtschaftskreislauf wiedergewinnen müssen, ehe er sie Peter zurückerstatten kann. Sobald dies geschehen sein wird, wird Paul **keine Schulden** und Peter **kein Guthaben** mehr, Peter dafür aber wieder das **Geld** haben.

Das alles klingt herzlich banal, ist es jedoch keineswegs. Vielmehr lernen wir daraus: Geld ist kein Guthaben, ein Guthaben ist kein Geld! Guthaben sind immer nur *Rechtsansprüche* auf die *Rückgabe* von Geld.

Gilt das auch für unsere sogenannten «Sichtguthaben», also für das sogenannte «Geld» auf unserem Girokonto bei der Bank? Allerdings! Wir haben der Bank (kurzfristig, nämlich auf jederzeitigen Abruf) unser Geld geliehen; die Bank ist unsere Schuldnerin, wir sind ihre Gläubiger. Die Bank erkennt das an, indem sie unsere «Einlage» von Bargeld als «Guthaben», d.h. als *Anspruch auf Rückzahlung,* auf unserem Girokonto verbucht. «Geld» als solches hingegen haben wir keines «auf der Bank», es sei denn, es läge als Bargeld wohlverwahrt in einem Bankschließfach!

«Gibt es irgendwelche rechtlichen Belege dafür, daß Sie, wenn Sie eine Einlage in der Bank haben, kein wirkliches Geld auf der Bank haben? Ja. Im Jahre 1923 erließ das Berufungsgericht des [US-Bundes-]Staats Missouri folgendes Urteil, das von den Höchstgerichten vieler Bundesstaaten bestätigt wurde: „Wenn eine Einlage in einer Bank erfolgt, werden die eingelegten Gelder zu Geldern der Bank, während die Einlage zu ganz gewöhnlichen Schulden [der Bank beim Einleger], nicht aber zu einem Treuhanddepot für ihren Einleger wird."»[60]

Mit anderen Worten: Die Bank bewahrt das Bargeld, das ich selbst oder auch andere Leute (z.B. mein Patenonkel, mein Arbeitgeber, meine Kunden) entweder direkt oder aus der Ferne per Überweisung auf mein Girokonto «einzahlen», also dort «einlegen», nicht etwa treuhänderisch auf. Vielmehr betrachtet sie es als *ihr* leihweise überlassen und verleiht es - gemäß der offiziell hochgehaltenen Theorie ... - möglichst sofort auf eigene Rechnung zinsbringend weiter (obwohl sie *mir* heutzutage keinerlei Zinsen mehr dafür zahlt!). Tatsächlich jedoch leiht sie es keineswegs aus, sondern verbucht/hinterlegt es lediglich als ihre sogenannten «Reserven». Das gilt heute in Deutschland immer noch genauso wie 1923 in den USA - Näheres dazu später!

Die *dennoch* übliche Praxis der Banken, bloße Sichtguthaben regelrecht als «Geld» zu behandeln, indem bloße Guthabenbeträge per Überweisung zur Zahlung ganz realer Rechnungen verwendet werden, stellt *von daher* einen schwerwiegenden Mißbrauch dar. Gerade weil dieser Mißbrauch jedoch so wunderschön vernebeln hilft, was sich im modernen Geld(schöpfungs)wesen *tatsächlich* abspielt, wird er von allen vier «demokratischen» Gewalten anstandslos geduldet - wie es die «fünfte», d.h. die Rothschildsche Ge-

[60] *COUGHLIN* a.a.O., S. 90.

walt nun einmal will . . . Wir kommen noch dazu und müssen es hier bei dieser Andeutung belassen.

Wenn Peter dem Paul 10 Euro leiht, hat Peter bei Paul ein Guthaben von 10 Euro, Paul hingegen bei Peter Schulden von 10 Euro. Die Höhe der Schulden entspricht also exakt der Höhe des Guthabens: 10 Euro. Dieser schlichte, direkt einleuchtende Grundsatz gilt immer und überall, selbst für scheinbar noch so verwickelte Schuldverhältnisse. In einem gegebenen System entspricht die *Gesamthöhe* der Schulden (allerdings *ohne* die darauf zusätzlich erhobenen Zinsen) notwendigerweise auf Heller und Pfennig genau der *Gesamthöhe* der Guthaben. Dabei spielt es überhaupt keine Rolle, auf wieviele verschiedene Personen oder Institutionen und in welcher «Stückelung» sich die Schulden auf der einen, die Guthaben auf der anderen Seite verteilen. Ob eine Person bei 10 anderen Leuten je individuell mit 100 Euro verschuldet ist oder umgekehrt 10 Leute individuell mit je 100 Euro bei einer einzigen Person in der Kreide stehen: in beiden Fällen betragen Schulden wie Guthaben insgesamt 1000 Euro. Im ersteren Fall liegt die volle Schuldenlast von 1000 Euro auf einer einzigen Person, während sich das dementsprechende Guthaben von ebenfalls 1000 Euro auf 10 Leute verteilt; im letzteren Fall verteilt sich die Schuldenlast von 1000 Euro auf 10 Leute, während eine einzige Person über das dementsprechende Guthaben von 1000 Euro verfügt.

Eine bestimmte Summe Bargeld kann theoretisch (und *gelegentlich* auch in der Realität) ein Vielfaches ihrer selbst an Schulden samt den ihnen notwendigerweise entsprechenden Guthaben erzeugen. Das geschieht dadurch, daß z.B. ein und derselbe 10-Euro-Schein mehrmals nacheinander verliehen wird. Peter leiht Paul 10 Euro. Gesamthöhe der Schulden/Guthaben: 10 Euro. Paul kauft mit den 10 Euro bei Karl ein. Karl leiht den von Paul erhaltenen 10-Euro-Schein seiner Schwester Karin. Gesamthöhe der Schulden/Guthaben: 20 Euro. Karin läßt sich für den 10-Euro-Schein von Sabine frisieren; Sabine borgt das Geld ihrem Sohn Hans. Gesamthöhe der Schulden/Guthaben: 30 Euro. Und so weiter!

Derselbe 10-Euro-Schein kann diese dreimal höheren Schulden/Guthaben aber auch - zumindest theoretisch - wieder abbauen. Hans schenkt Paul, mit dem er befreundet ist, die 10 Euro zum Geburtstag. Paul bringt den Schein Peter zurück. 10 Euro Schulden/Guthaben verschwinden. Gesamthöhe der Schulden/Guthaben: nur noch 20 Euro. Peter begleicht mit den zurückerhaltenen 10 Euro bei Karin eine Rechnung: Karin gibt den Schein ihrem Bruder Karl zurück. Weitere 10 Euro Schulden/Guthaben verschwinden. Gesamthöhe der Schulden/Guthaben: nur noch 10 Euro. Karl läßt sich von Sabines Sohn Hans den Rasen mähen und entlohnt ihn mit dem 10-Euro-Schein. Hans beeilt sich, das Geld seiner Mutter zurückzugeben. Die letzten 10 Euro Schulden/Guthaben sind damit verschwunden!

In der Praxis werden leider nur die allerwenigsten Schulden auf solche Weise wieder aus der Welt geschafft, denn die geheimen Geldschöpfer ebenso wie die mehr oder weniger vermögenden sonstigen «Sparer» und «Anleger» *wollen* ihr Geld ja immer neu «anlegen», suchen deshalb sogar nach Kräften zu *vermeiden*, daß es dauerhaft zu ihnen zurückkehrt! «Schulden», sagt MATTHIAS CHANG, «sind der Lebenssaft der Geldverleiher und Bankiers. . . . Schulden sind ihre Aktivposten und ihr Einkommen. Wo keine Schulden, da keine Aktivposten und kein Einkommen, keine obszönen Profite!»[61] Jede Form der Geldanlage (außer direkten Unternehmensbeteiligungen, also vor allem Aktien,

[61] *MATTHIAS CHANG,* The Shadow Money Lenders and the Global Financial Tsunami [Die Schatten-Geldverleiher und der weltweite Finanz-Tsunami], Washington, D.C. 2009, S. XXVII bzw. XXVIII.

die «nur» an eine *rechtlich unverbindliche* «Renditeerwartung» geknüpft sind) bedingt aber mit logischer Zwangsläufigkeit neue Schulden. Und diese Schulden nehmen nicht etwa ab, sondern wachsen mindestens im selben Tempo wie die darauf ständig zu zahlenden Zinsen und Zinseszinsen und die eben dadurch ständig weiter anschwellenden «Anlage»gelder...

Werden «normale» Schulden zurückgezahlt, verschwindet dadurch zwar das ihnen entsprechende Guthaben, nicht aber das Geld. Vielmehr tritt das Geld an die Stelle des Guthabens. Solange Paul von Peter 10 Euro geliehen hatte, verfugte Peter nur über ein Guthaben von 10 Euro; seit Paul ihm diese 10 Euro wieder zurückgegeben hat, besitzt Paul kein Guthaben mehr, sondern das dementsprechende Geld selber, also den 10-Euro-Schein.

Werden jedoch fiktive Schulden zurückgezahlt, verschwindet damit nicht bloß ein Guthaben, sondern auch das Geld selber! Natürlich verschwindet es nicht physisch; die Scheine oder Münzen bleiben selbstverständlich das, was sie sind, solange man sie nicht zerreißt, einstampft, verbrennt oder einschmilzt. Aber es verschwindet aus dem Geld- bzw. Wirtschaftskreislauf, denn wenigstens **eines** dürfen seine Macher glücklicherweise *nicht,* zumindest nicht *direkt:* damit im Supermarkt einkaufen gehen. Sie können es nur «ausleihen» oder wieder zurücknehmen und aus ihren Büchern löschen oder, falls es sich um Bargeld handelt, im Tresor als «Reserve» verstauen.

3) Was sind Zinsen?

Was sie, die Geldmacher, *jederzeit* im Supermarkt ausgeben dürfen, sind die enormen Zinsen und Zinseszinsen, die sie mit ihren boshaften fiktiven, also rein künstlichen «Schulden» entweder direkt oder indirekt erzielen. Wie das im einzelnen vor sich geht, werden wir später noch sehen. Zunächst verdient jedoch der Zins als solcher unsere ganze Aufmerksamkeit.

Die offizielle Wirtschaftswissenschaft oder Ökonomie hat die Definition dessen, was der Zins denn nun ist, nach Kräften verunklart. Nicht erst heute, sondern schon seit Jahrhunderten, so daß Papst BENEDIKT XIV. in seiner gegen den Zins gerichteten Enzyklika *Fix pervenit* von 1745 immer wieder betonen mußte, was die Kirche verurteile sei lediglich der *eigentliche* Zins, aber keiner der anderen sogenannten «Titel», auf die hin ein Geldverleiher von seinem Schuldner mehr als das zurückverlange, was er ihm ursprünglich geborgt habe.

Der Zins im strikten Sinne - und nur um ihn geht es hier - ist daher ausschließlich jener Geldbetrag, den der Kreditgeber als Forderung auf die geliehene Summe aufschlägt, um sich für die zeitweilige Hergabe seines Geldes *belohnen* zu lassen. Alle übrigen sogenannten «Zinsbestandteile», wenn es sie denn überhaupt gibt, stellen *keinen* «Lohn» dar und verdienen daher auch die Bezeichnung «Zins» *nicht.* Als «Bestandteile» dessen, was die Banken und andere Kreditgeber dennoch schlicht «Zins» bzw. «Zinsrate» zu nennen belieben, müßte man sie allerdings rein faktisch akzeptieren - wenn es sie denn wirklich gäbe ...

Ganz groß in der Aufspaltung des **Banken-Kreditzinses** in möglichst viele «unschuldige» Einzelbestandteile sind ausgerechnet die zinskritischen Anhänger der Theorien von SILVIO GESELL, also die sogenannten Freiwirtschaftler. Ihr hierzulande seit rund zwei Jahrzehnten wohl führender Kopf HELMUT CREUTZ wird nicht müde, in seinen Büchern und Zeitschriftenbeiträgen immer wieder folgende *zwei* bzw. **fünf** «Zinsbestandteile» aufzuzählen[62]:

[62] Siehe *CREUTZ,* Das Geld-Syndrom . . . a.a.O., S. 128 (Darstellung 12), unverändert übernom-

1) «*Guthabenzins*», bestehend aus
a) **«Grundzins»,**
b) **«Knappheitsaufschlag»** und
c) **«Inflationsaufschlag»,**
2) «*Bankmarge*», bestehend aus
a) **«Sachkosten» und**
b) **«Überschuß vor Steuern».**

Dabei bedeuten:
1) a)+b) den «tatsächlichen Gewinn des Sparers»,
1) c) den «Ausgleich für Geldentwertung»,
2) a) die Ausgaben für «Personal, Gebäude, Risiko»,
2) b) den Gewinn der Bank.

Als seine Quelle für diese Einteilung nennt *CREUTZ* erst neuerdings die «*Bundesbank*». Er hat also seit Jahr und Tag bereitwilligst, ohne es jedoch zu erkennen zu geben, deren - leider völlig desinformative! - Sicht der Dinge übernommen. Ohne es alles hier schon im einzelnen nachweisen zu können, wollen wir lediglich darauf aufmerksam machen, daß alle fünf genannten «Bestandteile» sich in der Realität auf einen einzigen reduzieren: den «Grundzins» und gar nichts sonst! Daß diesen ungeteilten Zins auch in mehr als neun von zehn Fällen einzig die Bank und keine «Sparer» erhalten, werden wir noch sehen; desgleichen wird sich zeigen, daß weitgehend im Belieben der Banken bzw. ihrer Eigentümer steht, was sie mit diesem Zins anfangen und wieviel davon sie als offiziellen «Überschuß vor Steuern» zu deklarieren geruhen.

Der einzige Zinsbestandteil, dessen Nichtvorhandensein gleich hier aufgezeigt werden kann, ist der angebliche «Knappheitsaufschlag», den CREUTZ in GESELLS Fahrwasser auf die verderbliche «Geldhortung» zurückführen will. In Wirklichkeit spielt die jedoch nahezu keine Rolle, weil die Banken jederzeit soviel (Buch-)Geld aus nichts schaffen können und wollen, wie ihre Kreditnehmer bei ihnen «nachfragen» und ihre Einschätzung des jeweiligen «Risikos» als Kredit auszureichen erlaubt. . . *Knapp* kann das Geld in diesem perversen **aktuellen Schuldgeldsystem** eigentlich nie werden, es sei denn infolge des zunehmenden «Risikos», welches dieses auf der gesamten Volkswirtschaft lastende Schuldgeld selber erzeugt! Alle Einzelheiten dazu werden uns weiter unten noch beschäftigen. Da Geld also nie «knapp» ist (es herrscht ja sogar offiziell immer und stets «Inflation», d.h. Geld*überhang\)*, kann im Zins unmöglich ein «Knappheitsaufschlag» enthalten sein.

Im wesentlichen werden denn auch von der etablierten Geldwissenschaft heute nur noch zwei «Zinsbestandteile» außer dem eigentlichen oder «Grund»- bzw. «Ur»zins aufgezählt: die Risikoprämie, auch Risikozuschlag genannt, und der Inflationsausgleich. ROLAND BAADER, der offenbar die Zinsnahme beschönigen möchte, um sie rechtfertigen zu können, sucht den Zins sogar vollständig auf die Risikoprämie zu reduzieren bzw. mit ihr zu identifizieren[63]. Doch das bleibt eine Außenseiterposition, und dies völlig zu Recht. Wie alle anderen bereitwillig zugeben, heißt der «Risikozuschlag» ja genau deshalb so, weil er *dem eigentlichen oder «Urzins»* noch «zugeschlagen» wird. Um welches Risiko

men z.B. von *BLSCHOFF* a.a.O., S. 324. Jüngstens von *CREUTZ* wieder - unverändert - präsentiert in: «Humane Wirtschaft» Nr. 6 (November-Dezember) 2010, S. 9.

[63] Vgl. *BAADER* a.a.O., S. 152: «Der Sparer, der seine Ersparnisse ausleiht, ist „Kapitalist", indem er mit Aussicht auf Gewinn und mit dem Risiko des möglichen Verlustes etwas wagt. Eine andere Art von tatsächlich bezahltem - von einer Person an eine andere bezahltem Zins (und Zinseszins) kann es in einer freien Marktwirtschaft mit ehrlichem marktwirtschaftlichem Geld nicht geben. Alles geliehene oder verliehene Geld steht „im Feuer" mit ungewissem Ausgang.»

geht es hier? Nun, ganz einfach um die Gefahr, daß der Schuldner das Geld nicht mehr zurückzahlt bzw. -zahlen kann und alles verloren ist. Angeblich um sich dagegen zu versichern, erheben die Geldverleiher also eine Art von Zwangs-Versicherungsbeitrag, den jeder zahlen muß, der sich bei ihnen *überhaupt* verschulden will. Vergleichen kann man das mit der modernen Kraftfahrzeug-Haftpflichtversicherung, die ja auch jeder zahlen muß, der überhaupt ein (halt *möglicherweise* Unfälle verursachendes!) Auto besitzen will.

Man sieht auch sofort, daß eine solche Zwangsversicherung gegen Kreditausfall glaubhaft, falls überhaupt, nur von *professionellen* Geldverleihern, also von den Banken, auf den Urzins aufgeschlagen werden könnte, denn wer lediglich privat einem guten Freund oder Bekannten einmalig Geld leiht, um ihm aus einer unvorhergesehenen Notlage zu helfen, wird sich für diesen Einzelfall überhaupt nicht durch irgendeinen «Risikozuschlag» «versichern» können. Jede Versicherung funktioniert nur als Umlage: das anhand von Erfahrungswerten statistisch vorausberechnete Risiko wird auf alle Beteiligten,-also hier auf alle Schuldner, anteilsmäßig umgelegt. Dabei müssen letztlich die guten, also rückzahlungswilligen und -fähigen Schuldner für die schlechten mithaften. Das gilt selbst dann, wenn der Gläubiger den seiner Einschätzung nach schlechteren Schuldnern von vornherein eine höhere Risikoprämie abverlangt als den guten (so wie die Kfz-Haftpflichtversicherung es ja auch mit den mutmaßlich oder tatsächlich schlechteren Autofahrern hält!).

Gegen diese Art der «Rückzahlungsversicherung» wäre gar nichts einzuwenden, ließen sich die Banken bei ihrer Kreditvergabe vom jeweiligen Schuldner nicht ohnehin genügend materielle «Sicherheiten» als Pfander übereignen, um jedes «Risiko» bereits *dadurch* **auszuschließen!** Da aber Bankkredite grundsätzlich nie anders als gegen «ausreichende Sicherheiten» gewährt werden, können sie unmöglich einen «Risikozuschlag» enthalten.

Der andere behauptete «Zinsbestandteil» ist der sogenannte Inflationsausgleich. Er soll sicherstellen, daß der Geldverleiher im Augenblick der Rückzahlung soviel *tatsächlichen* Geld*wert,* d.h. soviel *Kaufkraft* zurückerhält, wie er vormals dem Schuldner leihweise überlassen hat. Das Anliegen als solches wäre, abstrakt betrachtet, legitim, obwohl man noch nie gehört hat, daß Gläubiger von ihren Schuldnern *weniger* als die ursprünglich geliehene Summe zurückverlangt hätten, wenn zufälligerweise statt Inflation einmal Deflation, also statt Geldentwertung Geldaufwertung herrschte . ..

Unter den Bedingungen der heutigen, von der «fünften Gewalt» dirigierten Geldwirtschaft produzieren allerdings die heimlichen Macher des Geldes, wie wir noch sehen werden, ganz bewußt und planmäßig immerwährende Inflation (= Geldentwertung), ein Vorgehen, das sich ironischerweise nur deshalb als «unumgänglich» erweist, weil schon bei der Geldentstehung (und erst recht hinterher) auch fortwährend Zinsen genommen und als Zinseszinsen angehäuft werden . . . Da beißt sich also die Katze selber in den Schwanz!

Es bleibt daher, sieht man von der CREUTZschen «Bankmarge» ab, die nämlich bloß eine Dienstleistungsgebühr ist und keinesfalls in Form von *Prozenten* erhoben werden dürfte (!), als einziger «Zinsbestandteil» nur *der sittlich illegitime* und *wirtschaftlich wie gesellschaftlich enorm schädliche* eigentliche oder Urzins übrig. Dabei ist es ganz gleichgültig, welche verschiedenen Namen dieser Urzins trägt. Er mag sich, wie CHARLES LINDBERGH anmerkt, ebenso gut «Dividende» oder «Rendite» auf geliehenes «Kapital» nennen, ohne daß dies etwas an seinem Charakter ändert[64]. Überdies versteckt er sich

[64] Vgl. *LINDBERGH* a.a.O., S. 84.

auch noch hinter den wie im einzelnen immer bezeichneten «Erträgen», die sogar alles nominell »«verschuldete (!), aber wirtschaftlich genutzte Sachvermögen *mindestens* erbringen muß, um überhaupt mit den anderen, offiziell zinstragenden «Anlageformen» konkurrieren zu können[65].

Halten wir also fest: Zins[66] ist der «Lohn», den die Geldverleiher von ihren Schuldnern einzig dafür verlangen, daß sie ihnen ihr überschüssiges (oder gar frisch geschöpftes!) Geld eine Zeitlang leihweise überlassen. Der berühmte britische Ökonom JOHN MAYNARD KEYNES hat den letzteren Teil der Wahrheit (Zinsen auf *gerade erst geschöpftes* Geld . . .) zwar großzügig «übersehen», wenigstens den ersteren Teil (Zinsen auf *schon vorhandenes, angespartes* Geld) jedoch präzise auf den Punkt gebracht: Der Zins, sagte er, ist die **«Belohnung für die Nichthortung von Geld»[67].** Oder dann eben auch die **Belohnung für die Herausgabe weiteren, frisch geschöpften Geldes.** Doch dazu kommen wir noch.

4) Wozu der Zins?

Offenbar entspringt er dem unausrottbaren menschlichen Bestreben, es den toten Gegenständen gleichzutun, die nämlich mit strikter physikalischer Gesetzmäßigkeit immer dem Weg des geringsten Widerstandes folgen. Etwas für nichts, Geld ohne eigene Anstrengung, buchstäblich «mühelos» zu bekommen ist nun einmal außerordentlich verlokkend. Die Gelegenheit dazu bietet sich jedesmal dann, wenn irgendwelche Mitmenschen unbedingt zusätzliches Geld brauchen. Ihre augenblickliche Notlage, die sie zum Leihen von Geld förmlich *zwingt,* läßt sich dazu benutzen, ihnen den Zins *abzupressen.*

So war es jedenfalls den größten Teil der Geschichte hindurch. Erst die neuzeitliche Industrialisierung und Technisierung hat der Zinsnahme ganz neue Möglichkeiten eröffnet. Die Geldverleiher nutzen hier zwar keine individuelle Notlage aus, machen aber jede größere Investition in die industrielle Produktion und den zugehörigen Großvertrieb irgendwelcher Güter erbarmungslos davon abhängig, daß ihr investiertes Leihkapital verzinst wird. Die moralische Anrüchigkeit mag vordergründig geringer erscheinen, denn niemand, der dazu das Geld nicht hat, *muß* ja unbedingt einen Industriebetrieb gründen oder ausbauen. Doch das Prinzip bleibt dasselbe: mühelose, weil leistungslose Zinseinkommen werden auf Kosten jener erzielt, die sie mühsam erarbeiten, und das ist ja nicht nur der Unternehmensgründer bzw. -chef, das sind ja alle seine Angestellten und Arbeiter! Abgesehen davon gäbe es, wie wir noch sehen werden, im **aktuellen Schuldgeldsystem,** das je nach Land bereits seit zwei bis drei Jahrhunderten herrscht, ohne «Kreditnehmer» **überhaupt kein Geld.** Mag also in der Praxis auch nicht jeder einzelne direkt gezwungen sein, sich persönlich *zinspflichtig* zu verschulden - die «Gesellschaft» als ganze und der Staat *sind* es!

Die (keineswegs nur jüdischen!) Geldverleiher suchen diesen zumindest objektivermaßen ehrenrührigen Tatbestand seit eh und je zu bemänteln. Entweder mit bloßen wohlklingenden Redensarten, oder mit vorgeblichen «Nachweisen» dessen, daß ihrer Zinsnahme sehr wohl eine sie rechtfertigende «Leistung» zugrundeliege.

[65] Vgl. dazu *CREUTZ,* Das Geld-Syndrom . . . a.a.O., S. 332-335.

[66] Im Deutschen spricht man, sobald es um konkrete Summen geht, gewöhnlich in der Mehrzahl, also von «Zinse«» statt bloß von Zins, selbst wenn man nur einen einzigen Zinsbetrag im Auge hat. Diese Besonderheit findet sich in anderen Sprachen nicht.

[67] Zit. n. *CREUTZ,* Die 29 Irrtümer . .. a.a.O., S. 134.

Eine bloße Redensart ist die Behauptung, alles habe nun einmal seinen Preis und der Zins sei halt schlicht und einfach der «Preis des Geldes». Wie man leicht sieht, geht dieses Gerede gleich zweifach an der Wirklichkeit vorbei. Einmal ist mit GERHOCH REISEGGER darauf hinzuweisen, daß das Geld ja gar nicht verkauft, sondern nur ausgeliehen wird; wenn es aber den Eigentümer gar nicht wechselt, kann auch kein «Preis» dafür gezahlt werden[68]. Zum zweiten ist Geld selber gar keine Ware oder Dienstleistung, sondern lediglich das neutrale *Mittel* zum Austausch von Waren oder Dienstleistungen. Nur diese letzteren *können* also überhaupt *gekauft* werden; nur sie haben einen *Preis.*

Der dennoch fälschlich so genannte An- und Verkauf von Fremdwährungen gegen Eigenwährung (z.B. Dollar gegen Euro) oder umgekehrt auf dem ebenso irreführend so genannten Devisenmarkt ist kein *Warentausch,* sondern lediglich die Auswechselung des neutralen Tauschmittels einer bestimmmten Volkswirtschaft oder eines bestimmten Volkswirtschaftsverbunds gegen das neutrale Tauschmittel einer anderen Volkswirtschaft. Einziger Zweck dieser Übung sollte eigentlich (und *kann* auch *letztlich* immer nur) sein, dadurch Zugriff auf das Waren- und Dienstleistungsangebot der betreffenden fremden Volkswirtschaft zu erhalten. Auf dem «Devisenmarkt» wird daher kein Geld «gekauft», sondern nur welches *gewechselt.*

Die Ausrede, der Zins müsse als «Preis» für geliehenes Geld angesehen werden, verfängt also nicht. Deshalb haben sich die Zinsnehmer auch längst etwas viel Schlaueres einfallen lassen. Der Zins, versichern sie, ist die Belohnung dafür, daß der Geldverleiher darauf Verzicht «leistet», das schöne Geld für seine eigenen Bedürfnisse auszugeben. Sogar die meisten amerikanischen Gegner des aktuellen, ROTHSCHILD-kontrollierten US- bzw. Weltfinanzsystems halten das für ein legitimes Argument und haben gegen den Zins als vorgeblichen «Lohn für Konsumverzicht» nichts einzuwenden. Wer dem Käufer eines Eigenheims den Großteil der dafür nötigen Summe über eine Laufzeit von 30 Jahren vorstreckt, meint etwa GRIFFIN, «verdient es, für die Überlassung des Gebrauchs seines Kapitals über eine halbe Lebensspanne hinweg entschädigt zu werden»[69], wobei diese «Entschädigung», wie GRIFFIN selbst genau vorrechnet, bei einem jährlichen Zinssatz von 11 % im mühelosen Hinzugewinn des Eineinhalbfachen der geliehenen Summe besteht[70]!

Bei näherem Zusehen fallt der Versuch, den Zins als «Lohn für Konsumverzicht» darzustellen, jedoch restlos in sich zusammen. Wenn der zeitweilige Verzicht auf den «Gebrauch», also auf das *Ausgeben* des eigenen Spargeldes tatsächlich eine Belohnung verdiente, sagt CREUTZ treffend, «dann müßte logischerweise auch deijenige Zinsen bekommen, der sein übriges Geld zu Hause in der Schublade oder im Safe ansammelt»[71] . . . Das geschieht natürlich nicht - woher denn auch!? Lächerlich ist überdies die Vorstellung, wer sein Geld verleihe, tue das aus lauter Nächstenliebe, unter quälendem, oft viele Jahre währenden «Verzicht» auf eigenen «Konsum»[72]! So etwas mag vielleicht unter

[68] Vgl. *GERHOCH REISEGGER,* Wege aus dem Globalisierungschaos. Grundlagen für eine neue Wirtschaftsordnung, Tübingen 2009, S. 169.

[69] *GRIFFIN* a.a.O., S. 191. Ähnlich argumentiert auch *COOGAN* a.a.O., S. 118f; selbst die insgesamt doch eher zinskritische *HODGSONBROWN* a.a.O., S. 339 u. 486 scheint Konsumverzicht als mögliche Rechtfertigung der Zinsnahme gelten zu lassen.

[70] Käme dabei der Zinseszinseffekt zum Tragen, wäre es noch gewaltig viel mehr.

[71] *HELMUT CREUTZ* in: «Humanwirtschaft» Juni/Juli 2002, S. 33; ähnlich ders., Das Geld-Syndrom ... a.a.O., S. 176.

[72] Die Absurdität dieses Gedankens wird besonders von *BICHLMAIER* a.a.O., S. 367 u. 383f treffend herausgestellt.

Blutsverwandten ganz selten einmal vorkommen, aber genau die werden dann nicht bloß auf den eigenen gegenwärtigen «Konsum», sondern auch auf jeden Zins als «Lohn» verzichten.

Die übliche Realität dagegen sieht bekanntlich völlig anders aus. Wer jenseits der laufenden Befriedigung seiner gewohnten, alltäglichen Bedürfnisse kein Geld übrighat, wird auch keines zu Ausleihezwecken beiseitelegen können. Nur wer mehr Einkommen bezieht, als er gegenwärtig nützlicher- und sinnvollerweise überhaupt verbrauchen *kann,* vermag nennenswerte Summen zu sparen und wird das auch tun; «Konsumverzicht» leistet er dabei jedoch nicht im geringsten! Sicherlich gibt es daneben auch die «kleinen Sparer», die zugunsten des Aufbaus einer bescheidenen privaten Altersvorsorge tatsächlich in einem gewissen Rahmen «Konsumverzicht» üben müssen. Aber dieser Verzicht verdient keinerlei Lohn, denn er wird ja nicht etwa geleistet, um einem bedürftigen Kreditnehmer mitleidig aus seiner akuten Klemme zu helfen, sondern *ausschließlich zum eigenen Nutzen* Dasselbe gilt erst recht für alle *professionellen* Geldverleiher, die auch den Löwenanteil aller je überhaupt anfallenden Zinsen einstreichen, sprich: für die *Banken.* Deren Eigentümer und/oder hochvermögende Groß-Anleger betreiben den Geldverleih doch von vornherein nicht etwa als «Konsumverzicht», sondern als höchst profitables *Geschäft.* Sie reißen sich sogar förmlich darum, auf «Konsum zu verzichten», indem sie sich mittels aufwendiger Werbeaktionen ständig auf die Suche nach neuen Schuldnern begeben, denen sie das ach so schmerzlich «vom Munde abgesparte» Geld als möglichst hoch verzinsliche Kredite aufbinden können! In Wirklichkeit verzichten sie schon allein deshalb auf gar nichts, weil sie das ausgeliehene «Geld» jeweils erst im Moment des «Ausleihens» **aus nichts schöpfen!** Alles Nähere dazu später ...

Eine nur scheinbar plausiblere Verfeinerung des gänzlich unhaltbaren Gefasels vom Zins als «Lohn für Konsumverzicht» stellt die Behauptung dar, der Zins sei aber jedenfalls eine «Prämie für Liquiditätsaufgabe». Das aus dem Lateinischen kommende Fremdwort «Liquidität» heißt nichts anderes als «Flüssigkeit». Und es ist hier auch ganz im Sinne der Umgangssprache gemeint. «Ich bin nicht mehr *flüssig*», sagt jemand, wenn er kein *Bargeld* mehr bei sich trägt und/oder sein Girokonto leer ist. Dabei kann er durchaus noch über große Summen «angelegten» «Geldes» verfügen. Doch die sind gegenwärtig «festgelegt», stellen nämlich bloße *Guthaben* dar (siehe oben!), über die er also jetzt nicht *als Geld* verfügen kann. Um das zu können, müßte er sie erst wieder «flüssig» machen, das heißt, er müßte sie sich aufs Girokonto umbuchen oder in bar auszahlen lassen.

Wer sein überschüssiges Geld verleiht, ist diesbezüglich nicht mehr «flüssig», verzichtet also insoweit auf «Liquidität», «gibt Liquidität auf». Und wenigstens *dafür,* so wird behauptet, verdiene er .entschädigt' bzw. ‚belohnt', nämlich ‚prämiert' zu werden. Man müsse, ja bedenken: «Geld ist die universellste Option in der Volkswirtschaft . . .: Die Kassenhaltung ermöglicht es, so lange zu warten, bis sich eine günstige Investitionsgelegenheit ergibt (also eine Warteoption!), oder sich für den Fall ausbleibender Umsätze gegen Zahlungsunfähigkeit abzusichern. Für die Aufgabe dieses Flexibilitätsvorteils, der in einer unsicheren Welt wichtig ist, verlangt der Geldbesitzer einen Aufpreis»[73], nämlich den Zins.

[73] *DIRK LÖHR,* in: «Humane Wirtschaft» Nr. 6 (November-Dezember) 2009, S. 19. - Der Freiwirtschaftler *BISCHOFF* a.a.O., S. 307 fächert in Anlehnung an JOHN MAYNARD KEYNES den Liquiditäts- oder Flexibilitätsvorteil noch weiter auf: «Wessen Kasse gefüllt ist, kann ungestört die laufenden Geschäfte erledigen (Faktor „ *Umsatzmotiv*"); er besitzt einen finanziellen Rückhalt für die Unsicherheiten der Zukunft („ *Vorsichtsmotiv");* und er kann jederzeit gewinnbringende Gelegenheiten nutzen („ *Spekulationsmotiv").*»

Darauf kann man nur wieder entgegnen: Wer den Flexibilitäts-, d.h. den *Beweglich-fe/tevorteil* aufgibt, den ihm das Behalten seines gesparten Geldes, also die damit gegebene *Liquidität* verschafft, kann sich das offenbar gut leisten, andernfalls er es gar nicht täte! Das wiederum heißt jedoch: Was für andere Leute unter anderen Umständen ein wirklicher Vorteil sein mag (auf den sie dann aber auch keinesfalls verzichten werden!), ist für ihn selber *kein* Vorteil. Weder rechnet er damit, das Geld künftig anderswo ertragbringend investieren zu können, noch hat er den Eintritt persönlicher Zahlungsunfähigkeit zu befürchten, wenn er es jemandem ausleiht. Kürzer formuliert: er kann mit diesem überschüssigen Geld auf absehbare Zeit *nichts anfangen*! Die mit dem Aufbewahren des überschüssigen Geldes verbundene Liquidität verschafft ihm keinen Vorteil, ist für ihn nutzlos. Woraufhin will er aber dann eine «Prämie» beanspruchen, wenn er diese für ihn selbst ganz unnütze Liquidität «aufgibt»? Erg/Ztf ja gar nichts *auf.*

Außerdem: Gewerbsmäßige Geldverleiher, also wiederum Kreditinstitute und ihre Groß-Anleger, jagen bekanntlich jahrein jahraus um die Wette solchen Kunden nach, die ihnen den angeblichen «Liquiditätsvorteil» rauben sollen, der beste Beweis dafür, daß diesen Geldverleihern der angebliche «Vorteil» überhaupt nichts gilt . . . Wie sollte er auch, wenn sie prinzipiell jederzeit «Liquidität» aus dem Ärmel schütteln können, indem sie «Kredite» **aus nichts erzeugen?!**

Der jüdische Theoretiker **MURRAY ROTHBARD,** der gleichen Schule wie **ROLAND BAADER** zugehörig, will uns den Zins dennoch auf ganz ähnliche Weise schmackhaft machen, indem er beteuert, dieser drücke «die höhere Bewertung gegenwärtiger Güter gegenüber zukünftigen Gütern am Markt aus»[74]. Man sieht leicht, daß dies nur eine andere Formulierung entweder des «Flexibilitätsvorteils» oder des «Liquiditätsverzichts» ist. In Wirklichkeit können Bankiers mit ihrem aus nichts erzeugten Geld in der *Gegenwart* absolut nichts anderes anfangen, als es «auszuleihen», denn andernfalls würden sie sofort der Geldfälscherei angeklagt, verhaftet und verurteilt. Aber auch sonst wird unweigerlich nur derjenige sein (hoffentlich) ehrlich erworbenes Geld an andere verleihen, dessen *gegenwärtiger* Bedarf an Gütern bereits völlig gesättigt ist! Die Argumentation bleibt also so hohl und verlogen wie zuvor.

Er muß aber trotzdem sein, der Zins, rufen die Ökonomen wie aus einem Mund, denn er hat einen ganz wichtigen Zweck zu erfüllen! Geld ist grundsätzlich knapp; deshalb darf es nur dorthin fließen, wo es am nutzbringendsten, d.h. *am rentabelsten* eingesetzt wird, und dafür kann nur der Zins sorgen! Das nennen wir Volkswirte die ‚Allokationsfunktion' des Zinses, und wir meinen damit seine Aufgabe und Fähigkeit, das (Kredit-) Geld fortwährend zielgenau an die ‚richtigen' Stellen in der Volkswirtschaft zu dirigieren.

Schon ‚zu billige' Kredite, also solche, auf die ein ‚zu niedriger' Zins gefordert wird, fuhren gemäß dieser in allen einschlägigen Lehrbüchern ausgewalzten Theorie zu schädlicher Geldverschwendung'. Sie «senden falsche Signale an die Geschäftswelt aus und verleiten die Unternehmer zu unwirtschaftlichen Investitionen. Diese Über- und Fehlinvestitionen lassen sich nicht durchhalten, erweisen sich irgendwann als falsch und müssen bereinigt werden. Es kommt zu Krisen und Zusammenbrüchen.»[75] Noch viel schlimmer wäre es demzufolge, wenn *gar* kein Zins mehr gefordert würde! Selbst ein so ausgewiesener Zinskritiker wie HELMUT CREUTZ glaubt denn auch zugestehen zu müssen, der Zins habe «als Knappheitspreis durchaus eine Berechtigung»[76].

[74] *ROTHBARD* a.a.O., S. 52.

[75] *BAADER* a.a.O., S. 123; vgl. auch S. 138.

[76] *CREUTZ,* Die 29 Irrtümer ... a.a.O., S. 253.

Nun hat jedoch Geld erstens, wie schon gesagt, keinen «Preis», weil es keine Ware ist. Zweitens wäre Geld in einem wirklich geordneten Finanzwesen, wie es CREUTZ selbst doch so angelegentlich befürwortet, überhaupt nicht «knapp», sondern entspräche jederzeit genau dem vorhandenen Potential an mobilisierbarer Arbeitskraft und mobilisierbaren Produktionsmitteln! Drittens ist es auch jetzt ganz sicher nicht «knapp», denn es wird ja ständig im Übermaß produziert (Dauer-Inflation)! Viertens kann diese merkwürdige Argumentation weder Zinsen auf Konsumentenkredite noch Zinsen auf Staatsanleihen im geringsten rechtfertigen, denn beide sind und bleiben völlig unproduktiv und damit unrentabel, egal wie hoch die Zinsen immer steigen mögen!

Fünftens stellt, was BLCHLMALER ganz zu Recht hervorhebt, schon die bloße Rückzahlung eines Kredits als solchen, also *ohne* Zinsen, eine derartige Belastung für jeden Kreditnehmer dar, daß er sich auch bei zinsfreien Krediten sehr genau überlegen müßte, ob er das geliehene Geld mit den geplanten Investitionen wieder herausholen könnte oder nicht[77]! Sechstens ist - mit vielen anderen - darauf aufmerksam zu machen, daß «rentable» Investitionen für eine Volkswirtschaft, aber auch für den ganzen Globus (Stichwort «Umwelt»!) nicht notwendigerweise besser sind als - zumindest kurzfristig - «unrentable»; häufig genug verhält es sich gerade umgekehrt!

Endlich, siebtens, müßten wir, wenn die Theorie von der «Allokationsfunktion» des Zinses zuträfe, rein wirtschaftlich gesehen schon längst in der besten aller möglichen Welten leben. Wäre es tatsächlich, wie etwa BAADER glaubt, «eine wichtige Funktion des Zinses in der Marktwirtschaft, die Schuldner zu disziplinieren und das Kapital zum besten Unternehmen und zur besten Verwendung zu lenken»[78], dürfte es beispielsweise in der allezeit straff zinsbelasteten Bundesrepublik Deutschland unmöglich Jahr für Jahr mit grausiger Regelmäßigkeit zu Zehntausenden von Firmenzusammenbrüchen kommen, wobei sich diese Bankrotte - genau entgegen der Baaderschen These - ausgerechnet am Ende von i/oc/zzinsphasen noch stark vermehren, während ihre Zahl bei anhaltend *niedrigen* Zinsen wenigstens spürbar zurückgeht[79] ...

5) Der Zinseszins

Er ist es, der längerfristige Schulden, also auch und vor allem die uns hier beschäftigenden Staatsschulden, im Laufe weniger Jahrzehnte immer rascher in immer schwindelerregendere Höhen treibt. Dennoch, oder vielmehr gerade deshalb, führt er in den ansonsten durchaus redseligen Lehrbüchern der Geldtheorie und der Ökonomie bestenfalls ein Schattendasein[80]. So will es nun einmal die «fünfte Gewalt», auf daß ihre von den PROTOKOLLEN besungene unüberwindliche' «Macht» so «unsichtbar» wie nur möglich bleibe...

Amerikanische kritische Experten neigen überdies dazu, die Explosivkraft des Zinseszinses entweder gänzlich zu ignorieren oder doch sträflich zu vernachlässigen[81], weil sie

[77] Vgl. ***BICHLMAIER*** a.a.O., S. 409.

[78] *BAADER* a.a.O., S. 115.

[79] Vgl. dazu den genauen Nachweis in: *CREUTZ*, Die 29 Irrtümer... a.a.O., S. 90f (Graphik!).

[80] Vgl. ***BICHLMAIER*** a.a.O., S. 412f: «Das Phänomen des Zinseszinses wird in der Ökonomie ebenfalls nur hin und wieder beschrieben ... So lassen beispielsweise das Standardwerk der Geldtheorie, die „*Einfiihrung in die Geldtheorie*" von OTMAR ISSING [einem langjährigen *Bundesbank-* bzw. ISZß-Direktor!], wie auch das Volkswirtschaftslehrbuch von BARTLING/LUZIUS oder z.B. die „*Grundlagen des Geldwesens*" von G. MUSSEL das Wort „Zinseszins" gleich ganz weg.»

[81] Vgl. z.B. *COOGAN* a.a.O.; während im ganzen Buch der Zins nur am Rande und der Zinseszins so gut wie gar nicht vorkommt, erklärt die Autorin auf S. 271 ausdrücklich, das Kernproblem

den Schwerpunkt ihrer Analysen zu einseitig auf den Skandal *privater* Geldschöpfung in Form verzinslichen *Schuldgeldes* legen. Deutschsprachige Zinskritiker, die nahezu sämtlich der Freiwirtschaftsschule des SILVIO GESELL nahestehen, machen es leider fast durchweg genau umgekehrt. Im vorliegenden Buch sollen *beide* Schlüsselfaktoren der verhängnisvollen Schuldenentstehung gebührend berücksichtigt und miteinander verknüpft werden, weil nur so eine vollständige Aufhellung des mysteriösen Phänomens weltweit grassierender (Auslands-)Verschuldung der Staaten möglich wird.

Zinseszins, das ist jener Zins, der fällig wird, wenn der Geldverleiher seine jeweils erhaltenen Zins«erträge» sofort auch ihrerseits wieder zinsträchtig ausleiht. Am Anfang vergibt er beispielsweise auf ein Jahr 100 Euro gegen 10 % Zinsen als Darlehen. Am Jahresende muß ihm sein Schuldner also 100 Euro zurückzahlen und 10 Euro zusätzlich als Zins abliefern. Dem nächsten Schuldner kann der Geldverleiher nun schon 110 Euro borgen, erneut auf ein Jahr bei 10 % Verzinsung. Diesmal bekommt er die 110 Euro + 11 Euro Zinsen zurück. Für diese insgesamt 121 Euro sucht er sich im dritten Jahr einen dritten «Abnehmer», der ihm dann 121 + 12,10 Euro Zinsen zurückzahlen muß. Nach drei Jahren sind aus den 100 Euro schon 133,10 geworden. Und dabei wächst das Leihkapital nicht etwa gleichmäßig, sondern am Anfang noch relativ langsam, später jedoch immer schneller.

Mathematiker haben längst herausgefunden, daß es eine ganz schlichte Formel gibt, mittels deren sich berechnen läßt, nach wieviel Jahren eine auf Zinseszins angelegte Geldsumme sich jeweils (annähernd) verdoppelt. Man teile einfach die Zahl 70 durch den Jahreszinssatz[82]! Unser Geldverleiher wird mithin bei seinen 10 % Zinsen schon nach sieben Jahren (70 : 10 % = 7 Jahre) aus den anfänglichen 100 Euro 200 gemacht haben. Nach weiteren sieben, also insgesamt 14 Jahren sind es 400, nach 21 Jahren 800, nach 28 Jahren 1600, nach 35 Jahren 3200, nach 42 Jahren 6400, nach 49 Jahren 12 800 Euro, also eine sagenhafte Verl28fachung des Ausgangsbetrags oder, anders ausgedrückt, eine Rendite von 12 700 %! Hätte der Geldverleiher anfangs statt bloß 100 Euro deren 1 Million ausgeliehen, besäße er jetzt 128 Millionen! Es fragt sich halt nur, woher solche unvorstellbaren Renditen eigentlich kommen sollen . . .

«Würden diejenigen, welche die Zinsen bekommen, diese vollständig für den Konsum oder für Eigenkapitalinvestitionen ausgeben, gäbe es kein Problem», sagt REISEGGER. In diesem Fall fiele nämlich gar kein Zinseszins an. «Tatsächlich kann man aber feststellen, daß der überwiegende Teil der Zinserträge wieder veranlagt wird. Geldguthabenbesitzer sind eben in der Regel an der Vergrößerung ihrer Geldguthaben und nicht an einem Abbau der Geldguthaben interessiert.»[83] Ab einer bestimmten Höhe läßt sich mit diesen Zinseszins-Guthaben ohnehin nichts Sinnvolles mehr «konsumieren»; man kann sie - wenn man sie denn nicht im Sinne des Evangeliums an die Armen verschenken will[84] -

sei die «private Geldschöpfiings- und -Vernichtungsgewalt», hingegen bestehe «keine Notwendigkeit, sich gegen die *Reichen* als solche zu wenden». Dasselbe versichern zwar die Freiwirtschaftler auch immer wieder, aber bei ihnen hat es eher den Charakter eines Lippenbekenntnisses. Tatsächlich sind es nämlich genau die (sehr) «Reichen» und *nur* sie, die unterm Strich vom Zinseszins profitieren und darum freiwillig von ihm auch niemals lassen werden! Genaueres dazu später.

82 Vgl. *BICHLMAIER* a.a.O., S. 412. - Andere (z.B. *JAMES A. TRAFICANT* in: «American Free Press», 26.4.2010, S. 23) kennen diese «70er-Regel» als «72er-Regel». Offenbar wird es bei Verwendung der 70er-Regel zu einer leichten Aufrundung, bei Verwendung der 72er-Regel zu einer leichten Abrundung des tatsächlichen Betrags kommen.

83 *REISEGGER* a.a.O., S. 272; im Text steht original (sprachlich falsch) «Geldguthabensbesitzer».

84 Vgl. Luk. 12, 33: «Verkauft, was ihr habt, und gebt Almosen! Macht euch Beutel, die nicht

eigentlich nur noch «anlegen». Der Milliardär und langjährige Vorsitzende des *Jüdischen Weltkongresses* EDGAR BRONFMAN, ganz und gar kein Jünger Christi und seines heiligen Evangeliums, hat denn auch einmal festgestellt: «Aus 100 Dollar 110 Dollar zu machen ist Arbeit. Aus 100 Millionen Dollar 110 Millionen zu machen, ist unvermeidlich.»[85]

Weisen wir nur gleich hier schon darauf hin, daß die Banken als die hauptsächlichen «Geldanleger» den Zinseszins freilich auf ganz andere Weise erzeugen und einfordern als vorstehend geschildert. Trotzdem ist die Wirkung natürlich dieselbe. Alles Nähere dazu im folgenden Unterkapitel.

Sogar CHARLES LINDBERGH unterschätzte zu seiner Zeit die volkswirtschaftlich verheerenden Wirkungen des Zinseszinses, die selbst dann - zwar deutlich zeitverzögert, aber doch irgendwann - *unweigerlich* eintreten *müßten,* wenn das Geld von seinen Machern in den Banken nicht bereits von vornherein als zinsbelastete Schuld in Umlauf gebracht würde. «Wenn Zinsen, Dividenden und Renditen [nur] auf den Ersparnissen jener fußten, denen sie gezahlt werden, oder auf gerecht und anständig erworbenem Kapital, so gäbe es keine gefährliche Anhäufung. Nur ein paar wenige sparen und beziehen Zinsen auf einen Teil ihres laufenden Einkommens, aber die breite Öffentlichkeit spart doch überhaupt nichts, worauf sie entweder Zinsen oder Dividenden kassieren könnte.»[86] In Wirklichkeit genügt, wie sich mathematisch leicht zeigen läßt und wie der absolut vorhersagbare Ausgang jeder beliebigen Partie des Gesellschaftsspiels *Monopoly* beweist, *im Prinzip* schon die Existenz *eines einzigen* **systematisch** auf Zinseszinsen erpichten «Sparers» oder Kapitalisten in einer gegebenen Volkswirtschaft, um die verhängnisvolle Geld(vermögens)anhäufung unwiderruflich in Gang zu setzen. Denn auch dann kommt ja schon jene, LINDBERGH durchaus geläufige *«geometrische Progression»*[87] oder - wie wir im Deutschen eher sagen - jenes *,exponentielle Wachstum'* des Zinseszinses ins Rollen, das er selber durch die folgende Tabelle illustrierte[88]:

«Ein Dollar, ausgeliehen für 100 Jahre auf Zinseszins zu

3 % jährlich würde anwachsen auf	19,25 $
6 % jährlich würde anwachsen auf	340,00 $
8 % jährlich würde anwachsen auf	2 203,00 $
10 % jährlich würde anwachsen auf	13 808,00 $
12 % jährlich würde anwachsen auf	84 075,00 $
18 % jährlich würde anwachsen auf	15 145 007,00 $
24 % jährlich würde anwachsen auf	2 551 798 404,00 $.»

Die immer gewaltigeren Summen am Ende der Tabelle enthalten jeweils nur 1 Dollar ursprüngliches Leihkapital; alles «übrige» sind *reine Zinseszinsen* Und wer die 24 % Jahreszinsen in der letzten Tabellenzeile für wirklichkeitsfremd hält, möge sich an jene 25 % Jahresrendite erinnern, die der Chef der ROTHSCHLLD-kontrollierten[89] *Deutschen*

veralten, einen Schatz im Himmel, der nicht abnimmt, wo kein Dieb herankommt und den keine Motte zerstört.» - Luk. 16, 9: «Macht euch Freunde mit dem trügerischen Mammon, damit sie euch, wenn es zu Ende geht, aufnehmen in die ewigen Wohnungen.»

85 Zit. n. *CREUTZ,* Die 29 Irrtümer ... a.a.O., S. 193.

86 *LINDBERGH* a.a.O., S. 79.

87 Ebd. S. 80.

88 Ebd. S. 84.

89 Was, wie schon andere vor ihm, auch *MAKOW* a.a.O., S. 215 annimmt: die *Deutsche Bank* schließe «wahrscheinlich [probably] ROTHSCHILD-Interessen ein». Wir werden noch zeigen, daß

Bank JOSEF ACKERMANN im Jahre 2009 bekanntlich zum - durchaus realistischen - Geschäftsziel seines Instituts erklärte! Immerhin waren es im Jahre 2006 sogar 30 % gewesen[90], eine theoretische[91] Kapitalverdoppelung in jeweils deutlich weniger als zweieinhalb (70 : 30 % = 2,3) bzw. drei (70 : 25 % = 2,8) Jahren!!

Auch ansonsten spiegelt die Tabelle durchaus die Realität wider. Obwohl in der Praxis nicht *alle* Zinsen immer neu angelegt werden und *zumindest einige* Geldvermögen sich durch damit getätigte Ausgaben verringern, bestanden beispielsweise in Deutschland bereits in den 1980er Jahren rund vier Fünftel der jährlichen sogenannten «Neuersparnisse» aus - reinen Zinseszinsen[92].

Welchen himmelweiten Unterschied es macht, ob wenigstens «nur» Zinsen, oder aber darüber hinaus auch noch Zinseszinsen genommen werden, verdeutlicht CREUTZ an folgendem Beispiel[93]: Wer im Jahre von Christi Geburt 1 Pfennig auf 5 % Jahreszins angelegt und die Zinsen nie abgehoben hätte, dessen Vermögen hätte sich im Jahre 2004 beim damaligen Goldpreis auf 264 Milliarden Kugeln reinen Goldes jeweils mit dem Gewicht des ganzen Erdballs belaufen! Wären die Zinsen, also bei 5 % je ein Zwanzigstelpfennig, jedoch alljährlich abgehoben worden, hätten sie sich bis 2004 nur auf kümmerliche 1 Mark und einen Fünftelpfennig summiert. ..

Zinsfreunde vom Schlage eines ROLAND BAADER haben diesen für sie höchst unangenehmen, zumal mathematisch ja unumstößlichen Tatsachen nichts als Schimpftiraden und sonstige hohle Rhetorik entgegenzusetzen. «Seit fast einem Jahrhundert sind in der ökonomischen Vulgärliteratur (nicht selten aber auch in wissenschaftlichen Texten) Theorien in Umlauf, die von der Selbstzerstörung des Kapitalismus durch die „Zins- und Zinseszinsfalle" künden. Meist werden mathematische Exponentialreihen nach dem Muster .Schachbrett und Weizenkörner' als Beleg dafür angeführt, daß die automatisch ins Astronomische wachsende Zins- und Zinseszinslast den Kapitalismus mit logischer Stringenz und tödlicher Gewißheit in die Überschuldung und damit in den Zusammenbruch führen muß. Die Autoren solchen Unsinns haben wenig vom Kapitalismus verstanden.»[94]

Dabei leugnet BAADER nicht einmal, daß der auch ihm zufolge «zerstörerische Zins- und Zinseszins-Mechanismus»[95] den «Kapitalismus» ruinieren muß! Allerdings ist für

dies sogar *sicher* der Fall ist.

90 Vgl. *ALFRED MECHTERSHEIMER,* Zur Strategie der «Heuschrecken». Wie aggressive Finanzinvestoren die deutsche Wirtschaft ruinieren. Unser-Land-Studie 2/2006, 3. akt. u. erw. Aufl. Starnberg 2007, S. 6: «Die *Deutsche Bank* hat 2006 rund 30 Prozent verdient.»

91 Es ist unklar, ob es sich um die Rendite *vor* oder *nach Steuern* handelt. In einem Artikel von *S. AFHÜPPE/P. KÖHLER/T. SIGMUND* in: «Handelsblatt», 30.4.2011 (Hervorh. hinzugefugt) wurde der Chef der *Deutschen Bank* JOSEF ACKERMANN für seine jüngste «Strategie» gelobt, «die nun ihre positive Wirkung zeigt - den Quartalsgewinn von 2,1 Milliarden Euro **nach Steuern.** Nur 2007, kurz vor der Finanzkrise, verdiente die Bank in einem Quartal noch etwas mehr. Das jetzige Ergebnis entspricht einer **Eigenkapitalrendite von 24 Prozent** und ist von ACKERMANNS 25-Prozent-Ziel gar nicht mehr so weit entfernt.» Falls hier nicht ein journalistischer Irrtum vorliegen sollte, gehen die Verfasser des Beitrags wohl begründetermaßen davon aus, daß die *Deutsche Bank,* die ja nicht von ungefähr über **mehrere hundert** «Töchter» in allen möglichen **Steueroasen** des Globus verfügt, so gut wie keine oder gar keine Steuern zahlt, so daß ihr Gewinn «vor Steuern» mit demjenigen «nach Steuern» praktisch identisch ist...

92 Lt. *CREUTZ,* Die 29 Irrtümer... a.a.O., S. 186.

93 Ebd. S. 184.

94 *BAADER* a.a.O., S. 149.

95 Ebd. S. 155.

ihn das aktuelle System nicht der «wahre», sondern der «falsche und nur so genannte Kapitalismus», der angeblich von den «Regierungen» in «sozialistischer» Weise manipuliert wird. Auch die immerhin als «betrügerisch» gegeißelte (aber nicht näher erläuterte . . .) Kreditvergabepraxis der Banken ist mitschuld. Im echten Kapitalismus dagegen, so glaubt BAADER, wären Zins und Zinseszins, weil «natürlich» statt «künstlich», kein Problem[96]. Diesen «frommen» Glauben lassen er und seinesgleichen sich offenbar durch nichts und niemanden rauben, schon gar nicht durch noch so klare mathematische Aufweise. Wie sagte doch vor einiger Zeit - sinngemäß - der Philosoph ROBERT SPAEMANN so richtig? ‚Hinge von den evidenten Wahrheiten der Mathematik die Weltanschauung der Menschen ab, dann wären selbst sie umstritten.' SPAEMANN hätte diese bedrückende Einsicht, wie Herr BAADER beweist, nicht einmal im Irrealis zu formulieren brauchen …

6) Die Sprengkraft des Zinses

Die Zinsnahme als solche ist ungerecht, sofern sie etwas gegen nichts verlangt. Schon dadurch allein kann es zu erheblicher Unordnung in der Gesellschaft kommen. Wirklich zerstörerisch wird der Zins freilich erst in Form des Zinseszinses, die er früher oder später **immer** annehmen wird. Wo verkürzend vom Zins gesprochen wird, ist natürlich immer mindestens *auch,* wenn nicht sogar *in erster Linie* der Zinseszins gemeint. Ganz sicher gilt das für die folgende, aus dem Jahre 1991 stammende, aber bleibend gültige Würdigung der kaum zu überschätzenden Bedeutung des Zinses für unser aller Alltagsleben:

«. . . der Zins, diese kleine Zahl zwischen fünf und zwölf Prozent, ist einer der zentralen Nervenstränge der Weltwirtschaft. Er läßt sie gut oder schlecht funktionieren oder sogar explodieren [!]. Er läßt täglich Milliardenbeträge um die Welt sausen, macht ganze Länder reich oder pleite, treibt Bankiers, Investoren und Bauherren zur Euphorie oder Verzweiflung. Und er ist international: Kein Land, das an die weltweiten Kapitalflüsse angeschlossen sein will, kann sich vom Trend abkoppeln. Die Wirkung hoher, niedriger oder veränderter Zinsen zeigt deutlich, wie die global verflochtene Wirtschaft gegen Ende des 20. Jahrhunderts funktioniert: Kein Rädchen dreht sich, ohne eine Vielzahl von Folgewirkungen auszulösen. Zinsen sind dabei eines der zentralen Rädchen. Sie sind eine politische Größe, wichtiger noch als der Dollarkurs oder der Rohölpreis. Sie haben Signalwirkung, so wie einst der Brotpreis.»[97]

Die schlimmen Auswirkungen des Zinses für den allergrößten Teil der Menschheit (abzüglich nur der wirklich großen Geldanleger und -macher) sind außerordentlich vielfältig und zugleich allesamt von ihm unabtrennbar! Wir zählen sie der Reihe nach auf und stoßen dabei ganz von selbst immer wieder auf unser eigentliches Thema: die inzwischen allgegenwärtigen Staatsschulden!

1) Der Zins läßt die nur noch vorgeblich «freie» Marktwirtschaft zum erbarmungslosen Raubtierkapitalismus verkommen: das einzige, was zählt, ist nicht mehr die Höhe und Qualität persönlicher Arbeits*leistung,* sondern nur - genau umgekehrt - die Höhe des leistungs/ose« Zinseinkommens, dem allein nämlich alle «Marktmacht» eignet.
2) Der Zins zwingt den Schuldner, letztlich also die ganze nur mäßig-, wenig- oder gar **nicht**«vermögende» Menschheit (!), mit mathematischer Unerbittlichkeit dazu, «immer mehr Vermögensbestände an den Geldgeber [zu] verpfänden. Am Ende gehört diesem alles was der Schuldner besitzt, einschließlich Haus und Hof.»[98]

[96] Vgl. ebd. S. 152-156.
[97] *SIEGLINDEARZBERGER* in: «P.M. Perspektive» Nr. 23,1991, S. 68.
[98] *CREUTZ,* Das Geld-Syndrom . . . a.a.O., S. 77. - *RALF PRENGEL* in: «Deutschland» Nr. 1/2 (Ja-

3) Der Zins verteuert sämtliche Waren und Dienstleistungen so enorm, daß das Riesenheer der kleinen «Sparer» seine bloß eingebildeten Zins«gewinne» immer nur selber zahlt - und natürlich die demgegenüber so realen wie exorbitanten Zinsgewinne der wenigen Großanleger noch dazu! Dieser seit geraumer Zeit von den Freiwirtschaftlern wieder sehr häufig und sehr betont herausgestrichene Sachverhalt" war bereits CHARLES LINDBERGH 1913, aber auch dem Geldreformer GOTTFRIED FEDER 1921 wohlbekannt. Ersterer schrieb: «Der Verbraucher ist ein Schuldner, weil er es dem Erzeuger schuldig ist, seinen Teil an den Zinsen und Gebühren zu zahlen, die im gegenwärtigen System zu den Erzeugerkosten hinzukommen. Infolgedessen sind wir alle virtuelle Schuldner, und nur vergleichsweise wenige von uns haben genügend [an andere vergebene] Kredite und Gewinne, um die[se versteckte Zins-]Schuld wettzumachen ..,»[100]

Der letztere beschränkte seine Analyse auf das Beispiel der uns später ohnehin noch eingehend beschäftigenden, bis heute immer neu als «Wertpapiere» unters Volk gebrachten *Staatsanleihen,* obwohl diese Analyse im Grundsatz genauso für alle käuflichen Produkte überhaupt gilt: «Die klare Erkenntnis der wirklichen Verhältnisse wird dadurch verschleiert, daß neben den wenigen Groß-Leihkapitalbesitzern, die prozentual die weitaus größte Masse der Zinspapiere in ihrem Besitze halten, viele Millionen mittlerer und kleiner Kapitalisten ... ihre Ersparnisse ebenfalls in zinstragenden Wertpapieren angelegt haben. Diese Leute haben kleine Zinsbeträge aus ihren Wertpapieren zu erwarten; vor dieser angenehmen Tatsache nun vergessen sie, daß sie diese Zinsen - weil eben der Staat nur geben kann, was er seinen Bürgern wieder in irgendeiner Form abnehmen muß - *selbst* bezahlen müssen durch direkte oder - damit man es noch weniger merken soll - indirekte Steuern. Aber nicht nur die eigenen Zinsen müssen von den Zinsempfängern selbst bezahlt werden, auch ein gut Teil [sie] der an die Groß-Leihkapitalbesitzer abzuführenden Zinsen muß von den kleinen Zinsnehmern mitbezahlt werden.»[101]

nuar/Februar) 2005, S. 34f formuliert denselben Sachverhalt sehr viel technischer so (Hervorh. hinzugefügt): «Die Zinszahlungen verschieben das Giralgeld, als zu Geldkapital gewordene Forderungen, vom realwirtschaftlichen Geldkreislauf in den finanzwirtschaftlichen Geldkapitalkreislauf, mit einer Tendenz, die die der Realwirtschaft zur Verfugung stehenden Zahlungsmittel gegen „Null" treibt. . . . Während dieses Prozeßablaufes werden die auf die Gesamtverschuldung falligen Zinsen bei den Banken zu Geldkapital und **die gesamte Sachwertschöpfung wird zur Erzeugung von Haftungsmasse für den nicht tilgbaren Teil des Gesamtkredits degradiert.»**

[99] Vgl. z.B. die Zeitschrift «Der dritte Weg»/«Humanwirtschaft»/«Humane Wirtschaft» seit ca. 1995 *passim.* Erst jüngst wieder sehr eingehend: *HELMUT CREUTZ,* Armut und Reichtum driften auseinander - Die Rolle der zinsbedingten Umverteilung, in: «Humane Wirtschaft» Nr. 5 (September-Oktober) 2010, S. 2-7. Die GESELL-Anhänger oder -Sympathisanten sprechen seit vielen Jahren von - in Deutschland, aber ganz ähnlich auch überall sonst - *durchschnittlich* etwa 30 bis 40 Prozent versteckter Zinsbelastung in *allen Preisen, Steuern, Gebühren und Abgaben. CREUTZ* kommt im genannten Artikel auf 34,8 %. Wir werden jedoch später sehen, daß die Zinsbelastung in Wirklichkeit noch *weit* höher liegt, als von den Freiwirtschaftlern unter leider teilweise falschen Voraussetzungen errechnet!

[100] *LINDBERGH* a.a.O., S. 93.

[101] *GOTTFRIED FEDER,* Kampf gegen die Hochfinanz. Eine Hauptquelle zur Ideengeschichte und Frühzeit des Nationalsozialismus. Faksimile-Dokumentation der Ausgabe München 1935, Bremen 2003, S. 131, Hervorh. original. - Unser Zitat stammt (vgl. ebd. S. 113) aus einem in diesen *Sammelband* meist älterer Federscher Texte aufgenommenen Auszug aus dem bereits

Das gilt indessen, wie schon gesagt, nicht bloß für die Staatsanleihen, an denen sich die kleinen Sparer beteiligen dürfen, sondern für sämtliche Produkte der Volkswirtschaft. Dabei wird im *Durchschnitt* der Zinsanteil in allen Preisen exakt den in der betrachteten Volkswirtschaft jährlich anfallenden Gesamtzinsen entsprechen. Die wachsen von Jahr zu Jahr, und mit ihnen also auch die versteckte Zinslast in den Preisen.

RALF PRENGEL hat zur Verdeutlichung dieses Sachverhalts ein vereinfachtes, aber im Grundsatz völlig korrektes Modellbeispiel konstruiert und durchgerechnet, in dem folgende Voraussetzungen gelten:

1. Alles umlaufende Geld ist Schuldgeld, d.h. es ist von seinen Machern nur «leihweise» überhaupt in Umlauf gebracht worden.
2. Die umlaufende Geldmenge = Gesamtverschuldung einer bestimmten Volkswirtschaft (also z.B. der Bundesrepublik Deutschland) beträgt am Anfang 100 Milliarden, die jährliche Zinsrate konstant 10 Prozent.
3. Alles umlaufende Geld wechselt pro Jahr nur einmal seinen Besitzer, so daß also die Gesamtheit der Preise aller pro Jahr verkauften Waren und Dienstleistungen = die umlaufende Geldmenge = 100 Milliarden ist.
4. Die jeweils am Jahresende auf die Gesamtverschuldung von 100 Milliarden zu entrichtenden Zinsen werden, wie übrigens seit Jahrzehnten in Deutschland und anderswo **bei den Staatsschulden** *zugegebenermaßen* der Fall (!), nicht etwa abbezahlt, sondern kommen jeweils am Beginn des Folgejahres als **Neuverschuldung** (die Finanzminister nennen das vernebelnd «Nettokreditaufnahme») hinzu. Daß sich dies aus sachlogisch zwingenden Gründen auch bei der Gesamtheit der übrigen, also der Privat- und Unternehmensschulden **genauso** verhält, werden wir später noch sehen. Punkt 4 des Beispiels ist daher völlig realistisch!

Die Vereinfachung des Beispiels gegenüber der Wirklichkeit besteht somit nur darin, daß *erstens* sofort mit 100 Milliarden begonnen wird, *zweitens* das Vorhandensein winziger Mengen schuldenfrei in Umlauf gekommenen Geldes (Näheres dazu später!) ausgeklammert bleibt, *drittens* die umlaufende Geldmenge mit der jährlichen Preis-Gesamtsumme gleichgesetzt wird, *viertens* der Geldumlauf extrem verlangsamt ist, somit die durch den in der Realität sehr viel schnelleren bzw. häufigeren Geldumlauf bewirkte zeitliche «Streckung» des Zinseszinseffektes außerachtgelassen wird.

Das also vorausgeschickt, sei hier PRENGELs Beispiel-Tabelle wiedergegeben[102]:

JAHR	VERSCHULDUNG	ZINSEN = NEUKREDIT
1.	100.000.000.000	0
2.	110.000.000.000	10.000.000.000
3..	121.000.000.000	11.000.000.000
4.	133.100.000.000	12.100.000.000
5.	146.410.000.000	13.310.000.000
6.	161.051.000.000	14.641.000.000
7.	177.156.100.000	16.105.100.000
8.	194.871.710.000	17.715.610.000
9.	214.358.881.000	19.487.171.000
10.	235.794.769.100	21.435.888.100
11.	259.374.246.000	23.579.476.910

1921 in München erschienenen, von *FEDER* gemeinsam mit *A. BUCKELEY* verfaßten Werk «Der kommende Steuerstreik».

[102] *RALFPRENGEL* a.a.O., S. 31.

12.	285.311.670.600	25.937.424.600
13.	313.842.837.700	28.531.167.060
14.	345.227.121.500	31.384.283.770
15.	379.749.833.600	34.522.712.150
16.	417.724.817.000	37.974.983.360
17.	459.497.298.700	41.772.481.700
18.	505.447.028.570	45.949.729.870

Der Betrag der Zinsen = Neukredite im 18. Jahr entspricht unter den vereinfachten Bedingungen, die in diesem Modell herrschen, dem Zinsanteil, der im Vorjahr in allen Preisen insgesamt enthalten war! Mit knapp 46 Milliarden liegt er also nach 17 Jahren schon bei knapp 46 Prozent. Wir werden später im einzelnen sehen, daß das Modell trotz seiner Vereinfachungen die Wirklichkeit praktisch exakt abbildet.

4) Der Zins ruft im einen Teil der Welt einen permanenten, direkt systemimmanenten und daher innerhalb des herrschenden Systems auf keine Weise behebbaren Mangel an Kaufkraft hervor, der dafür sorgt, daß *niemals* alle erzeugten Waren und/oder angebotenen Dienstleistungen zum den Erzeugerkosten angemessenen Preis abgesetzt werden können, sondern stets ein beträchtlicher Teil entweder verschleudert oder gar auf den Müll gekippt werden muß, *obwohl dafür zumindest teilweise durchaus Bedarf bestünde*[103]!

5) Der Zins ruft im anderen Teil der Welt auf dieselbe Weise einen Mangel an Kaufkraft hervor, der dafür sorgt, daß *niemals* alle dringend benötigten und an sich auch durchaus verfüg- bzw. herstellbaren *Investitionsgüter* beschafft werden können, so daß stets ein großer Teil der dortigen Menschen nicht einmal das zum Leben Allernötigste produzieren kann! Diese unbedingt lebensnotwendigen Güter «könnten, wenn es gelingen würde, den Kapitalzins vom Gelde wegzunehmen, in bedarfsdeckender Menge produziert und bereitgestellt werden. Damit wäre die Menschheit nicht mehr zu immerwährender Armut und zu immerwährendem Hunger verurteilt - man glaube etwa ja nicht, daß wir in unseren Breiten nur deshalb nicht Hunger leiden müssen, weil wir

[103] Den exakten Nachweis dessen fuhrt beispielsweise *GEORGE KNUPFFER*, The Struggle for World Power [Der Kampf um die Weltmacht], 3. gründl. durchges. Aufl. London 1971, S. 65: «Allgemein gesprochen, sind jene, die Geld für geleistetet Arbeit erhalten, imstande, alle Beträge zu bezahlen, welche die Gesamtheit der Lohnanteile im Preis aller Güter bilden. Es ist offensichtlich, daß die Summe der gezahlten Löhne (einschließlich der [Unternehmer-]Gewinne) gleichzeitig die Summe der Preise ist, abgesehen vom in ihnen steckenden Zinsbestandteil. Es dürfte also keinen Kaufkraftmangel, keine Arbeitslosigkeit geben. Was im ganzen Land an Löhnen bezahlt wird, drückt sich im Gesamtpreis aller Güter aus, und deshalb werden sie allesamt absetzbar sein und niemandem wird es an einem Kunden für Waren oder Dienstleistungen mangeln. Mit anderen Worten, der Teil des Preises eines Artikels, der Bezahlung für geleistete Arbeit ist, kann von jenen bezahlt werden, welche die Arbeit leisten. Hingegen kann jener Teil des Preises, der zur Zahlung der Zinsen für Kredite abgezweigt wird, nur von denjenigen bezahlt werden, die auch dieses [Zins-] Einkommen erhalten, zusätzlich zu den Löhnen für geleistete Arbeit. Und dadurch entsteht ein Mangel an Kaufkraft, weil nur wenige Zinsen bekommen [ohne sie jedoch zu verausgaben bzw. angesichts ihrer *Enormität* überhaupt sinnvoll verausgaben zu *können]]*, und dieser Mangel konzentriert sich bei den wirtschaftlich Schwächsten, die jeder Kaufkraft beraubt bleiben, nämlich den Arbeitslosen. Tatsächlich ließe sich zeigen, daß eine zahlenmäßige Beziehung zwischen dem Anteil beschäftigungsloser Menschen und dem jeweils herrschenden Zinsniveau besteht.» - Wirklich aufgezeigt hat diesen *erstaunlich strikten* quantitativen Zusammenhang denn auch gleich mehrfach *HELMUT CREUTZ*, beispielsweise in «Das Geld-Syndrom ...» a.a.O., S. 475 (Graphik!).

eine so toll funktionierende Wirtschaft hätten; wir hungern nur deshalb nicht, weil die Menschen in Afrika, Südamerika und Asien an unserer Stelle hungern!»[104]

6) Der Zins schädigt die Volkswirtschaft, indem er ab einer bestimmten Höhe gerade die wirtschaftlich stärksten Produktions- und Dienstleistungsunternehmen nicht nur dazu verleitet, sondern unter betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten oft sogar förmlich dazu *nötigt,* von der reale Werte schaffenden *Produktion* auf die keine realen Werte schaffende *Spekulation* bzw. auf den ebenfalls völlig unproduktiven *Geldverleih* überzugehen.

   «Verschuldete Unternehmen», erläutert CREUTZ, «unterlassen bei hohen Zinsen fast alle Investitionen, weil es fraglich ist, ob sie die Kreditkosten über die Preise an den Markt weitergeben können. . . . Für die liquiden Firmen, die mit eigenem Geld Investitionen finanzieren könnten, ist es dagegen in Hochzinsphasen durchweg attraktiver, ihr Geld auf dem Kapitalmarkt anzulegen. So kommt es, daß manche Firmen in solchen Zeiten mehr durch das Verleihen ihrer überschüssigen Geldmittel verdienen als durch ihre Produktion.»[105] Zum Beleg dessen zitiert CREUTZ aus einem Redebeitrag von HORST EHMKE im deutschen Bundestag am 13. Oktober 1982: «Die Firma *Daimler-Benz* hat im Jahre 1981 an ihren Einnahmen aus Vermögen, vor allem an *Zinseinnahmen,* mehr verdient als am Verkauf ihrer Lkw- und Pkw-Produktion. Ähnliches gilt für andere Großunternehmen.»[106]

7) Der Zins verhindert mit gesetzmäßiger Zwangsläufigkeit jede Investition in noch so nützliche, ja sogar dringende bzw. gesellschaftlich erwünschte, sinnvolle Arbeitsplätze schaffende Unternehmen und/oder Projekte, die keine mindestens seiner aktuellen Höhe entsprechende Rendite *glaubhaft in Aussicht stellt.* «Denn niemand wird sein Geld von der Bank holen und in ein Unternehmen investieren, wenn dieses nicht wenigstens so viel abzuwerfen verspricht, wie man vorher bei der Bank ohne Arbeit und Risiko erhalten hat! Somit ist die Absicherung dieser Zinsbedienung [in Form einer mindestens gleichhohen .Rendite'] auch die Voraussetzung für die Schaffung eines jeden Arbeitsplatzes. Wird diese Zinshürde nicht übersprungen, kommt es in der kapitalistischen Wirtschaft zu keiner Investition, und sei sie auch noch so sinnvoll oder notwendig.»[107]

   Umgekehrt formuliert: «Erst ohne Zinsen können wenig renditeträchtige, langfristige Projekte angegangen werden, da verzinstes Kapital dafür ganz einfach zu teuer ist. Würde das Geld auch ohne Zins . . . zuverlässig zirkulieren, würden langfristige Vorhaben oder nicht renditefähige Sozialprojekte nicht mehr schon am kurzfristigen Renditekriterium scheitern müssen.»[108]

8) Der Zins erzwingt weltweit ein unaufhörliches Wirtschaftswachstum, ohne jede Rücksicht auf die Begrenztheit des Erdballs und seiner Ressourcen, die Verletzlichkeit der Umwelt, oder wenigstens die Endlichkeit der durch materielle Produkte überhaupt stillbaren menschlichen Bedürfhisse! Das wollen oder gar dürfen (!) immer noch viel zu viele vollmundige Kritiker unbegrenzten Wachstums, allen voran der von den Geld-

[104] *STRIEGEL* a.a.O., S. 402.

[105] *CREUTZ,* Das Geld-Syndrom . . . a.a.O., S. 478.

[106] Ebd. S. 479 (Kasten); Hervorh. original.

[107] *CREUTZ,* Die 29 Irrtümer . . . a.a.O., S. 281. In Wirklichkeit stammen freilich die wenigsten Unternehmenskredite aus Spargeldern, doch dazu später. Trotzdem stimmt, daß niemand eine Investition tätigen kann, die nicht *vorhersehbarerweise* mindestens die Zinskosten erwirtschaftet.

[108] *BICHLMAIER* a.a.O., S. 323.

machern und Groß-Geldverleihern selber installierte *Club ofRome* mit seinem zutiefst heuchlerischen, als «Bericht» getarnten Tendenz-Schmöker *Die Grenzen des Wachstums* von 1970, nicht zur Kenntnis nehmen, obwohl dieses absurde Wachstum keinen anderen Antrieb hat als den Zins allein! Es muß immer noch «mehr» an Waren und Dienstleistungen erarbeitet werden in dem verzweifelten, aber aus mathematisch evidenten Gründen a priori zum Scheitern verurteilten Versuch, die ins immer Riesenhaftere wachsenden Zinsbeträge durch entsprechende Verkaufserlöse aufzubringen[109]. Erzielt wird dadurch nur ein mehr oder weniger großer Zeitgewinn bis zum dennoch absehbaren Zusammenbruch ...

9) Der Zins führt mit oder ohne ständiges Wirtschaftswachstum zu immer schnellerem, immer absurderem Schuldenwachstum, das klarerweise nur in einem Totalzusammenbruch enden kann. «Zinsen müssen im Geschäftsleben von Überschüssen abgezweigt werden, beim Staat von den Steuereinnahmen, die ja auch aus privaten Geschäftsaktivitäten (Gewinnen) stammen. Wie kann eine Volkswirtschaft (die Summe der Wirtschaftsunternehmen) mit ca. 2 % Wachstum (Gewinn) 8-9 % Zinsen zahlen? Nur indem neue Schulden gemacht werden.»[110]

Anders herum formuliert: Die dank Zins und Zinseszins ständig wachsenden Geldmengen müssen in Form von «Geldanlagen», also *Schulden,* immer wieder neu in den Geldkreislauf zurückgeholt werden, um - wie schon erklärt - keine Deflation ausbrechen zu lassen. Nun wächst aber die Geld- bzw. Kreditmenge - dem Zinseszins sei «Dank»! - grundsätzlich schneller als die Wirtschaftsleistung - sofern diese überhaupt noch wächst, was ja in manchen Jahren nicht einmal der Fall ist. Folglich müssen «die Verschuldungen in unseren Volkswirtschaften . . . auch dann ständig wachsen, wenn die Wirtschaftsleistung nur wenig oder gar nicht zulegt»[111] - mit umso katastrophaleren Folgen!

10) Der Zins ist DIE von Fachwelt, Politik und Medien mit boshafter Hartnäckigkeit total beschwiegene Ursache der immer rascher fortschreitenden Umverteilung von Arm zu Reich bzw. von Bettelarm zu Superreich auf dem ganzen Erdball. Weil das Leihkapital mit seinen leistungs/ose« Zinsansprüchen *immer* **zuerst** bedient werden muß (dafür weiß die **«fünfte** Gewalt» zuverlässig zu sorgen!), teilen sich die *eigentlichen* Leistungserbringer, d.h. die Masse der *arbeitenden* bzw. arbeitsw/7//ge«, jedoch zwangs-arbeitslosen Bevölkerung, in das, was hinterher noch übrigbleibt. Und das ist dank Zinseszinseffekt immer weniger! Selbst im «reichen» Deutschland ist, trotz starker Zunahme der Zahl der Lohnarbeiter, der Anteil aller Nettolöhne am Bruttosozialprodukt von 37 % im Jahre 1950 auf nur noch 28 % im Jahre 2000 zurückgegangen, bei bis heute unvermindert fallender Tendenz! Im selben Zeitraum kletterte dagegen der Anteil sämtlicher Bankzinsen am Bruttosozialprodukt von 3 auf über 18 %, bei weiter steigender Tendenz! Die Zinserträge haben sich also in einem halben Jahrhun-

[109] *CREUTZ,* Das Geld-Syndrom ... a.a.O., S. 425 zitiert den Schweizer Nationalökonomen *GOTTFRIED BOMBACH* mit einem dasselbe sehr viel technischer formulierenden Text von Anfang 1991: «Solange die Wachstumsrate des nominalen Bruttosozialproduktes das Niveau des Zinssatzes ... erreicht, bleibt die Zinslastquote unverändert... Dies ist der Hauptgrund, warum auch umweltbewußte Ökonomen den Standpunkt vertreten, daß wir uns ... ein Nullwachstum gar nicht leisten können.»

[110] *WALDEMAR SCHNEIDER* in: «TOKO-Zeit-Kompass», 12.7.1991, S. 3. Allerdings werden wir später noch sehen, daß Staatsschulden entgegen dem Anschein im langjährigen Durchschnitt gar nicht aus Steuermitteln zurückgezahlt, sondern bloß unaufhörlich um- und aufgeschuldet werden ...!

[111] *CREUTZ,* Die 29 Irrtümer... a.a.O., S. 195.

dert mehr als versechsfacht, während die Nettolöhne mehr als ein Viertel einbüßten[112]!

Direkt sichtbar wird diese schleichende Einbuße an der stetigen Zunahme nicht bloß der (von den amtlichen Statistikern auftragsgemäß mit allen verfügbaren Mitteln heruntermanipulierten!) Arbeitslosigkeit, sondern auch des sogenannten «Niedriglohnsektors». Statt den Zins als Ursache anzuprangern, beklagen die Experten freilich immer nur vordergründig das Phänomen; hier der inzwischen bereits wieder überholte Stand von 2006: «Die Zahlen sind eindeutig: Deutschland hat tatsächlich einen großen Niedriglohnsektor, und der ist seit Mitte der 1990er Jahre deutlich gewachsen. . . . Neben 2,5 Millionen Mini-Jobbern und 1,4 Millionen weiteren Teilzeitbeschäftigten erhalten auch 3 Millionen Vollzeitbeschäftigte einen Niedriglohn. Rund zwei Drittel der Niedriglohnbeschäftigten haben eine abgeschlossene Berufsausbildung, 10 Prozent sogar einen Hochschulabschluß, die überwiegende Mehrheit ist älter als 30 Jahre und nur ein knappes Drittel übt einfache Tätigkeiten aus. Fazit: Der Niedriglohnsektor frißt sich langsam in alle Beschäftigtengruppen und Arbeitsmarktsegmente hinein.»[113]

Und was schlägt der Experte als Heilmittel vor? Die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns - statt einer radikalen Reform unseres ROTHSCHLLD-kontrollierten **Schuldgeldsystems** mit eingebautem ruinösen Zinseszinseffekt! Dabei läuft dieser famose Lösungsvorschlag auf nichts anderes hinaus als auf das berüchtigte Verfahren, *ein* Loch zu stopfen, indem man an anderer Stelle ein *noch größeres* aufreißt. Denn das Geld zur Zahlung der Mindestlöhne steht schlicht nicht zu Verfugung, weil es bereits als Zins(eszins) abgeflossen ist und fortwährend weiter abfließt, in immer reißenderen Strömen! Gesetzliche Mindestlöhne können daher nur den doppelten Effekt haben, einerseits das Heer der Arbeitslosen zu vergrößern und andererseits zahlreiche bisherige Bezieher höherer Löhne auf das Niveau dieser glorreichen Mindestlöhne abstürzen zu lassen!

Zinsfreund ROLAND BAADER nennt eine weitere wichtige Facette der Umverteilungswirkung des Zinses beim Namen, den Zins selber jedoch nicht: «Zwischen 1982 und 1998 ist die Arbeitsproduktivität in Deutschland um 50 % gestiegen. Das bedeutet, daß die Kaufkraft der verfugbaren Einkommen ebenfalls um rund fünfzig Prozent hätte zunehmen müssen. In Wirklichkeit aber ist das verfügbare Einkommen der Deutschen in dieser Periode real konstant geblieben. Und das bedeutet, daß der gesamte Produktivitätsfortschritt, der eigentlich den Beschäftigten hätte zugute kommen müssen, über gestiegene Steuern und Abgaben sowie über Inflation sozialisiert worden ist.»[114] Nun sind aber, wie wir noch sehen werden, «gestiegene Steuern und Abgaben» genauso wie «Inflation» *direkte* Folgen des **aktuellen Schuldgeldsystems** mit seiner unabwendbaren Staatsverschuldung und seinem verheerenden Zinseszinseffekt. Richtig hätte BAADER daher formulieren müssen: ‚Und das bedeutet, daß der gesamte Produktivitätsfortschritt, der eigentlich den Beschäftigten hätte zugute kommen müssen, dank Zinseszins den leistungslosen Einkommen der Geldverleiher zugeflossen ist.'

Die *Süddeutsche Zeitung,* herausgegeben von ihrem Miteigentümer JOHANNES FRIEDMANN, einem Glaubensbruder der ROTHSCHILDS, erweckt gerne den Anschein, auf der Seite der «Armen» zu stehen. Den Zins als solchen thematisiert sie allerdings

[112] Vgl. ebd., S. 144ff.

[113] *REINHARD BISPINCK* in: «Betriebs-Berater» 61. Jg., Nr. 49 (4.12.2006), S. 1.

[114] *BAADER* a.a.O., S. 212.

nicht. Immerhin hat das Blatt Anfang Juni 2006 an prominenter Stelle mitgeteilt, die aktuelle jährliche Umverteilung ‚von unten nach oben' *allein durch Geldkapitalbesitz* belaufe sich in Deutschland auf rund 500 Milliarden Euro[115]. Das entsprach also, bei den ebenfalls dort genannten 4,26 Billionen Geldvermögen in Deutschland 2005, einer durchschnittlichen «Rendite» (= Zins) von stolzen 12 Prozent[116]! «*Dazu* kommen noch die Einnahmen aus Immobilien- und Grundbesitz»[117], d.h. Miet- und Pachtzinsen, die natürlich den Umverteilungseffekt um einen zwei- oder gar dreistelligen Milliardenbetrag verstärken.

Bereits 1983 besaßen die reicheren 50 % der deutschen Haushalte 96 % sämtlichen Geldvermögens, während die ärmeren 50 % sich in die übrigen 4 % des Geldvermögens teilen durften! Man kann diesen im Prinzip weltweit zu beobachtenden Sachverhalt auch umgekehrt betrachten. So verfügten 1999 in der Schweiz die reichsten 3 % der Bevölkerung über (annähernd) die eine Hälfte aller steuerpflichtigen Reinvermögen, die übrigen 97 % der Eidgenossen über die andere Hälfte.[118]

Im Jahre 2006 gehörte den - offiziell - 400 reichsten Milliardären der USA **zusammengenommen** ein Vermögen von 1,2 Billionen = 1 200 Milliarden Dollar. Im selben Jahr mußten sich 1,2 Milliarden Menschen mit einem *täglichen* Einkommen von 0 bis 1 Dollar begnügen, also **zusammengenommen** mit weit weniger als 1,2 Milliarden Dollar, d.h. mit weit weniger als einem Tausendstel des kombinierten US-Milliardärs **Vermögens!**[119]

7) Zins und Inflation als siamesische Zwillinge

Der Zins ist endlich auch DIE von Fachwelt, Politik und Medien mit boshafter Hartnäckigkeit total beschwiegene Ursache der immerwährenden Geldmengenaufblähung (= Inflation). Selbst die Zinskritiker der freiwirtschaftlichen Schule verschließen im allgemeinen aus rein ideologischen Gründen die Augen vor dieser Tatsache. Einer ihrer bekanntesten Vertreter, HELMUT CREUTZ, verficht wider alle Evidenz bis heute hartnäckig die Meinung, sämtliche Zinseszinsbeträge auf den stetig anschwellenden Konten der Großanleger stammten aus ‚häufigen, stetig wiederholten Zahlungsvorgängen', die mit der immergleichen relativ geringen Menge umlaufenden Bargeldes getätigt würden.

Als vermeintlichen ‚Beweis' der Möglichkeit (und darum auch Tatsächlichkeit[120]) ihrer These führen die Freiwirtschaftler gerne das hübsche Geschichtchen vom Zirkus an, in dem jeder bei jedem verschuldet ist, bis einer ein Geldstück findet, mit dessen Hilfe reihum sämtliche Schulden in zwei Durchgängen beglichen werden.

«Ein Clown fand in der Manege ein blankes 5-Mark-Stück. Er ging damit zum Pferdeknecht und sagte: „Ich bin dir ja noch zehn Mark schuldig; hier gebe ich dir einstwei-

[115] Lt. *BICHLMAIER* a.a.O., S. 321; als Quelle genannt wird die «Süddeutsche» vom 3.-5.6.2006, S. 2.

[116] Die sogenannten «Geldvermögen» werden allerdings aus später noch eingehend zu besprechenden Gründen regelmäßig weit höher beziffert, als sie tatsächlich sind; im selben Maße muß daher auch die behauptete jährliche Umverteilung reduziert werden. Am *prozentual* errechenbaren Umverteilungsfaktor ändert sich dadurch jedoch vermutlich wenig oder gar nichts.

[117] *BICHLMAIER* ebd.

[118] Vgl. *CREUTZ,* Das Geld-Syndrom ... a.a.O., S. 303-306.

[119] Vgl. «Humanwirtschaft» Nr. 2 (März-April) 2007, S. 13.

[120] Was natürlich bereits einen logischen Kurzschluß darstellt, denn längst nicht alles, was möglich ist, ist auch real existent!

len fünf Mark zurück, dann schulde ich dir nur noch fünf." Der Pferdeknecht bedankte sich, ging zum Stallmeister, von dem er ebenfalls zehn Mark geliehen hatte, und sagte ihm dasselbe. Der Stallmeister dankte, ging zum Schulreiter und zahlte auch bei diesem die Hälfte einer Schuld von zehn Mark zurück. Ebenso handelte der Schulreiter beim Direktor des Zirkus, und der Direktor, der sich mal vom Clown zehn Mark geliehen hatte, tat dasselbe bei diesem: „Da August, hier hast du schon einmal fünf Mark, die anderen fünf bekommst du später." Mit den erhaltenen fünf Mark beglich der Clown nun seine Restschuld beim Pferdeknecht, dieser seine beim Stallmeister, der beim Schulreiter und dieser wiederum beim Direktor, der dann erneut den Clown beiseitenahm, um bei ihm die restlichen Schulden von fünf Mark zu tilgen. So bekam der Clown das gefundene 5-Mark-Stück zurück und alle waren ihre Schulden los!»

CREUTZ, der uns das erzählt[121], weist mit Recht daraufhin, daß das 5-Mark-Stück auch auf jede andere Weise in den anfanglichen Besitz des Clowns hätte gelangen können. Worum es also einzig geht, ist nicht das *Finden* von Geld zwecks Schuldenbegleichung, sondern die angebliche Erkenntnis, «daß umlaufendes Geld nicht nur unzählige Male zum Kaufen oder Verschenken, sondern ebenso unzählige Male zum Verleihen oder zum Tilgen benutzt werden kann. Und sowenig sich die benutzte Geldmenge in unserer Geschichte durch die Kette von Tilgungen verändert hat (es gab immer nur ein 5-Mark-Stück!), so wenig verändert sich auch die in der Wirtschaft genutzte Geldmenge durch die dort ablaufenden Ketten von Verleihvorgängen, sooft sie sich auch wiederholen und zu welchen Summen sie sich aufaddieren oder durch Tilgungen wieder verringern mögen. Was sich verändert, sind immer nur die Bestände an Guthaben und Schulden, nicht aber die des Geldes.»[122]

Nun begeht jedoch der Erzähler des schönen Geschichtchens leider einen entscheidenden Denkfehler, und der liegt bereits in den stillschweigend gemachten *widerspruchsvollen* Voraussetzungen. In diesem seltsamen Zirkus hat offenbar niemand Geld, denn jeder leiht es sich beim anderen, und das in einer geschlossenen Kette. Nun kann aber niemand geben, was er nicht hat! Wenn keiner Geld hat, kann auch keiner welches ausleihen! Wer sich als erster von einem anderen Zirkuskollegen fünf oder gar zehn Mark lieh, befand sich doch bereits in akuter Geldnot. Folglich lieh er sich die zehn Mark, um sie für etwas ihm Wichtiges auszugeben, keinesfalls aber, um sie an einen anderen Kollegen weiterzuverleihen, und das auch noch zinslos! Schon hier mußte also die Kette der zirkusinternen Leihvorgänge abbrechen. Und derjenige, der ihm die 10 Mark lieh, hatte genügend weiteres Geld, um sie entbehren zu können, vermochte also gar nicht in die Verlegenheit zu geraten, bei einem anderen Kollegen gleichzeitig Geld leihen zu müssen. Auch auf dieser Seite mußte daher die Kette abbrechen. Kurzum: eine solche «Volkswirtschaft» wie die hier unter dem Bild eines Zirkus beschriebene existiert nirgendwo, denn es wäre eine a priori geldlose Gesellschaft, in der dennoch reihum Geld verliehen würde - ein perfekter *Widerspruch in sich*

Versuchen wir demgegenüber einmal, dieselbe Geschichte richtig zu erzählen, d.h. unter realistischen Voraussetzungen. An *einer* Stelle in der Volkswirtschaft bzw. im Zirkus wird zunächst einmal das Geld erzeugt und in Umlauf gebracht, dies aber *immer nur leihweise gegen Zinsen.* Weisen wir also diese Rolle dem Zirkus*direktor* zu. Alle übrigen Zirkusleute sind, ob nun zusätzlich noch gelegentlich untereinander verschuldet oder nicht, daher auf jeden Fall *permanent* beim Zirkus*direktor* verschuldet, während der es auf gar keinen Fall notwendig hat, sich bei irgendjemandem zu verschulden, denn er kann das Geld notfalls *machen,* und außerdem kassiert er jede Menge *Zinsen.*

121 *CREUTZ,* Das Geld-Syndrom ... a.a.O., S. 70f.
122 Ebd. S. 71f.

Nun ist der Direktor nicht so dumm, Geld im Überfluß zu machen, denn das würde ja galoppierende Geldentwertung bedeuten, und sehr bald würde niemand im Zirkus das wertlose Geld mehr akzeptieren! Er macht daher am Anfang auch sein eigenes Geld nur in derselben Höhe wie das aller anderen; er macht für jeden Zirkusmitarbeiter, sich selbst eingeschlossen 10 Mark in unterschiedlicher Stückelung. Je zehn frisch gemachte Mark verleiht er nun an den Clown, den Pferdeknecht, den Stallmeister, den Schulreiter, ja sogar an sich selbst - gegen 10 % Zinsen pro Jahr. „Am 31. Dezember um 17 Uhr, Leute, will ich von jedem von euch die 10 Mark samt 10 % Zinsen, also insgesamt 11 Mark, hier auf meinem Tisch sehen", verkündet er bei der Geldausgabe am 1. Januar.

50 Mark hat der Zirkusdirektor am 1. Januar ausgegeben, an jeden, sich selbst eingeschlossen zehn. 11 Mark soll jeder am 31. Dezember zurückzahlen, ehe er sich erneut Geld leihen kann, denn bekanntlich erhalten ja nur «gute» Schuldner «frischen» Kredit ... 5 x 11, das sind 55 Mark. ‚Hmm', überlegt sich der Direktor zwei Tage später, verflixt, das kann ja gar nicht funktionieren. Wie sollen am 31. Dezember um 17 Uhr 55 Mark auf meinem Tisch liegen, wenn ich überhaupt nur 50 produziert und ausgegeben habe? Aber halt, ich weiß, was ich tue! Ich mache beizeiten heimlich noch fünf Mark in unauffälligen Fünf- und Zehn-Pfennig-Stücken dazu; die gebe ich, vorsichtig übers Jahr verteilt, für dies und jenes aus. Dann können meine Leute mir am Ende problemlos jeder 11 Mark zurückbringen.'

Die übrigen Zirkusleute wundern sich insgeheim darüber, daß sie im Laufe des Jahres für dieselben Dinge allmählich immer mehr Geld hinlegen müssen; im Dezember sind es schon fast 10 Prozent Preisaufschlag! Nur der Direktor weiß, daß er die Geldmenge um 10 % aufgebläht und damit das Geld um fast 10 Prozent entwertet hat, um seine 10 Prozent Zinsen überhaupt kassieren zu können. Eigentlich müßte den anderen das am Rückzahlungstag bewußt werden - *wenn* sie sich dessen noch entsinnen würden, daß es am Jahresanfang doch nur insgesamt 50 Mark waren. Aber keiner von ihnen hat sich näher dafür interessiert, wie ihr Direktor das Machen und Ausleihen von Geld denn nun im einzelnen handhabt, und so kommt es, daß sie am 31. Dezember gar nicht mehr wissen, wieviel Geld am 1. Januar insgesamt ausgegeben wurde.

Der Zirkusdirektor lacht sich ins Fäustchen und läßt am nächsten Tag, dem 1. Januar des neuen Jahres, das Spiel von vorn beginnen. Er nennt jetzt 15 Mark sein eigen, gibt an die vier anderen je 11 Mark leihweise aus - und wird die von ihnen für den kommenden 31. Dezember erneut verlangten 10 Prozent im Laufe des neuen Jahres wiederum zusätzlich produzieren und heimlich in Umlauf bringen, damit jeder von ihnen ihm auch wirklich zum gleichen Zeitpunkt 12,10 Mark zurückzahlen kann.

Trotz einer jährlichen Inflation von 10 % macht der Zirkusdirektor unterm Strich ein glänzendes Geschäft und verteilt das jeweils insgesamt vorhandene Geld in stetig zunehmendem Maße von den Zirkusleuten zu sich selbst um. Schon nach dem ersten Jahr gehören ihm 4 Mark, die er von den übrigen als Zins eingestrichen hat (1 Mark Zins stammt *pro forma* von ihm selbst), zusätzlich. Falls er sie nicht verleihen, sondern für persönliche Zwecke ausgeben will, kann er hingehen und für das zweite Jahr einfach wieder nur 10 Mark an jeden ausleihen. In diesem Falle braucht er auch keine zusätzliche Inflation zu machen. Besser steht er sich natürlich, wenn er zunächst den Zinseszinseffekt voll ausnutzt und erst in ein paar Jahren einen - dann nur «kleinen»! - Teil der aufgelaufenen Zinseszinsen selbst konsumiert. Die Inflation, die er jährlich erzeugen muß, um die Zinszahlungen der übrigen Zirkusleute zu ermöglichen, schadet ihm selbst sehr viel weniger als ihnen. Denn jede einzelne Mark ist bei 10 % Inflation zwar nur noch 90 Pfennig[123] wert. Aber er besitzt ja 15 Mark, während alle anderen nur 10 Mark haben. Er

[123] Genaugenommen wären es knapp 91 Pfennig, was aber hier vernachlässigt werden kann.

kann also jedenfalls genau eineinhalbmal soviel kaufen wie sie! Und er kann auf jeden Fall - inflationsbereinigt - für 15 x 0,90 = 13,50 Mark sehr viel mehr kaufen als vorher ohne Inflation für bloß 10 Mark, während die vier übrigen Zirkusleute - inflationsbereinigt[124] - für nur noch je 9 Mark kaufen können.

Man mag einwenden, unser modifiziertes Geschichtchen sei ebenfalls ganz unrealistisch. Denn Kredite werden doch an jedem Geschäftstag zu den unterschiedlichsten Laufzeiten und Zinssätzen vergeben, so daß auch an jedem Geschäftstag des Jahres irgendwo irgendwelche Rückzahlungen fällig werden. Außerdem werden Kredite meist nicht auf einmal, sondern in Raten zurückgezahlt. Infolgedessen verteilt sich alles auf gut 300 Tage, brauchen also niemals alles vorhandene Bargeld und alle zusätzlichen Zinsbeträge in ein und demselben Moment «auf dem Tisch zu liegen», sondern theoretisch nur der ungefähr 300. Teil davon. Folglich könnte es möglicherweise doch so funktionieren wie im Creutzschen Zirkus!

Indessen ist die Realität sehr viel komplexer als jede Zirkusgeschichte. Daher befindet sich immer und ewig ein Großteil des «umlaufenden» Bargeldes, aber auch des Buchgeldes, leider im Moment fälliger Zinszahlungen gerade am falschen Ort, also auf den Konten bzw. in den Portemonnaies oder Registrierkassen der falschen Leute. Und interessanterweise wird gerade die Creutzsche Version des Ausleihzirkus für CREUTZ und seine Parteigänger zum Bumerang, sobald man zugibt, daß sie immerhin *teilweise* doch realitätsnäher ist, als es zunächst scheint. Denn es gibt natürlich durchaus Ketten von Ausleihvorgängen, vielleicht sogar hier und da einmal solche, die sich zufälligerweise kreisförmig wieder schließen. **Aber eben nur dank des Zinses und seiner Kapriolen!** Geschäftsbank A leiht Geschäftsbank B, die gerade keine Reserven mehr hat, gegen relativ bescheidene Zinsversprechen Bargeld. Geschäftsbank B reicht das Geld gegen höhere Zinsen als Kredit an einen industriellen Investor weiter. Bei plötzlich allgemein steigendem Zinsniveau kann es sein, daß dieser industrielle Investor aber das von der Bank zu immer noch relativ «günstigeren» Festzinsen geliehene Geld gar nicht in neues Sachkapital investiert, sondern lieber erneut (zins-)gewinnbringend irgendwo anders anlegt. Da wird also tatsächlich unter Umständen mit physisch ein und denselben Geldscheinen eine mehrfache Schuld samt dem ihr entsprechenden mehrfachen Guthaben erzeugt.

Doch gerade solche riskanten Ausleihketten erfordern die plötzliche Zugabe frisch geschöpften, also zusätzlichen, also Inflation erzeugenden Geldes, sobald irgendetwas Unvorhergesehenes geschieht. Es ist eigentlich *immer* hochriskant, geliehenes Geld weiterzuverleihen. Den kleinen Sparern wird das erst bewußt, wenn «ihre» Bank plötzlich das bei ihr «angelegte», also ihr *geliehene* Geld nicht mehr auszahlen kann, weil irgendwelche Bankenschuldner ihrerseits mit der Kreditrückzahlung in Verzug geraten sind. Eilt da nicht die Zentralbank, eilen also da nicht die Geldmacher mit neuem, frisch produzierten Geld zu Hilfe, bleibt irgendjemand der Dumme und hat sein Geld verloren.

Die aktuelle globusweite Bankenkrise hat das wieder auf das schlagendste bewiesen. Billionen «frischen» Geldes wurden da als «Geldspritzen» in die sogenannten Geldmärkte «gepumpt». Angeblich nur als mehr oder weniger kurzfristige «Überbrückungskredite». Wieviel davon jedoch - entgegen den treuherzigen Bekundungen der Geldmacher und der mit dem frischgemachten Geld Beglückten - trotzdem dauerhaft in Umlauf bleibt, um keine weiteren Zusammenbrüche zu riskieren, das kann nur vermutet werden.

[124] Wir werden später sehen, daß diese Art vermeintlicher «Inflationsbereinigung» in Wirklichkeit ein Nullsummenspiel und mithin total überflüssig ist. Das läßt sich auch hier schon unmittelbar an den Zahlen ablesen, denn das Verhältnis von 15 zu 10 ist dasselbe wie das von 13,50 zu 9, nämlich 1,5 zu 1.

Der letzte Grund für derartige inflationstreibende «Geldspritzen» ist jedenfalls immer derselbe: irgendwo in der Ausleihkette fehlte einem Schuldner zum Fälligkeitszeitpunkt das für die Zinszahlungen nötige Geld, und dies, weil es zumindest bis zum entscheidenden Zeitpunkt *nirgends aufzutreiben,* also «nicht vorhanden» war! Dieser eine Fehlbetrag wäre aber imstande gewesen, schlagartig die ganze Ausleihkette zusammenbrechen zu lassen. Oft sind sogar gleich mehrere Ketten betroffen, wenn nämlich ein Großschuldner bei einer ganzen Reihe verschiedener (ihrerseits bei anderen Geldgebern verschuldeter) Gläubiger in der Kreide steht und plötzlich keinen von ihnen mehr zu befriedigen vermag.

Einzig wenn die Gläubiger ihre *ratenweise* erhaltenen Zinserträge jeweils *sofort* wieder für Waren oder Dienstleistungen ausgeben würden, hätten die Schuldner wenigstens theoretisch die Möglichkeit, ohne zusätzlich umlaufendes Geld sozusagen durch «schnelleres» Geldverdienen oder, was dasselbe ist, durch mehr/längeres Arbeiten pro Tag, Woche oder Monat die auf das «umlaufende» Bar- und Buchgeld aufgesattelten Zinssummen *rechtzeitig* zu erwirtschaften[125]. Aber dann gäbe es einleuchtenderweise weder Zinseszinsen noch ständig exponentiell wachsende Geldvermögen. Das weiß auch CREUTZ. Ihm zufolge «ist von Tag zu Tag weniger damit zu rechnen, daß alle Schuldner in der Lage wären, ihre Kredite mit der gleichen Regelmäßigkeit zurückzuzahlen, mit der man sie einst aufgenommen hat. Außerdem würde ein solcher Schuldenabbau nur möglich sein, wenn die Sparer die zurückerhaltenen Geldbeträge jeweils in voller Höhe selbst ausgeben oder [unternehmerisch] investieren würden.»[126]

In einem der extrem raren Medienbeiträge zur Zinsthematik mit echtem Aufklärungswert - vermutlich ein «Ausrutscher» des von der «fünften Gewalt» völlig abhängigen Wochenblatts *Die Zeit* - hieß es denn auch: «[Die] Geschichte kennt nur Akkumulation, das Anhäufen großer Vermögen durch Zins und Zinseszins. Lediglich Krieg, Enteignung oder eben Depression haben der Akkumulation Einhalt geboten.»[127] Obwohl also die Gläubiger - von statistisch bedeutungslosen Ausnahmen abgesehen - gar nicht daran denken, ihre Zinserträge jeweils *sofort* wieder bei den Schuldnern - gegen deren Arbeitsleistung - abzuliefern, will CREUTZ uns unbedingt glauben machen, das Geld für die Zinszahlungen fehle grundsätzlich nie. Sein vermeintlich unschlagbares Argument: «Würde für diese Zahlungen tatsächlich das Geld fehlen, dann wäre unsere Volkswirtschaft schon längst zusammengebrochen. Denn die kreditbezogenen Zinszahlungen in Deutschland lagen bereits im Jahre 2001 bei 391 Milliarden Euro und damit beim Vierfachen der umlaufenden Bargeldmenge! Und müßte die Notenbank tatsächlich die Geldmenge in Höhe der Zinszahlungen in der Wirtschaft erhöhen, hätten wir längst eine galoppierende Inflation.»[128]

Darauf ist zweierlei zu antworten. Erstens «vergißt» CREUTZ, daß die Geldmacher neben dem Bargeld auch Buchgeld in enormer Höhe erzeugen. Er «vergißt» das, weil er es - wie wir noch sehen werden, unter glatter Leugnung des Offensichtlichen! - bestreitet. Dabei ist gerade das schreiende Mißverhältnis zwischen Bargeld und Zinszahlungen bereits ein klares Indiz dafür, daß mit Bargeld allein die wahnsinnigen Zinssummen nie-

[125] Diese leider nur rein theoretisch bestehende, in der Praxis jedoch - wie wir noch sehen werden - ausgeschlossene Möglichkeit bringt nicht von ungefähr der Zinsfreund, aber gleichzeitige Inflationsgegner (!) *GRIFFIN* a.a.O., S. 192 engagiert ins Gespräch ...

[126] *HELMUT CREUTZ* in: «Humanwirtschaft» Nr. 5 (September-Oktober) 2007, S. 10.

[127] *VON HEUSIGER,* Verdammt zum Wachsen, in: «Die Zeit» Nr. 48/2004, zit. n. *BICHLMAIER* a.a.O., S. 54.

[128] *CREUTZ,* Die 29 Irrtümer... a.a.O., S. 76.

mals aufzubringen wären. Sie sind allerdings, zweitens, trotz der zusätzlichen enormen Buchgeldschöpfung des Bankensystems *nie* wirklich aufzubringen, denn niemand behauptet, die Geldmacher erzeugten je wirklich soviel Geld, daß davon *alle* Zinsen problemlos bezahlt werden könnten. Das wurde zwar einfachheitshalber in unserer kleinen abgeänderten Geschichte vom Zirkusdirektor als Geldmacher so dargestellt, entspricht aber nirgends der Realität. Andernfalls käme es ja nicht allein in Deutschland alljährlich zu Zehntausenden von Insolvenzen (Insolvenz = Zahlungsunfähigkeit!) und zu daraufhin von den Gläubigern zähneknirschend (oder auch nicht, denn ihnen bleiben ja normalerweise die als «Sicherheiten» verpfändeten Sachwerte . . .) vorzunehmenden «Abschreibungen», also Ausfällen von Kreditrückzahlungen, in Höhe von jährlich plus minus 40 Milliarden Euro[129]!

Zitieren wir noch ein paar Fachleute zum unlöslichen Zusammenhang von Zinseszins und ständiger Aufblähung der umlaufenden Geldmenge. Immer vorausgesetzt ist dabei bereits, was wir erst weiter unten detailliert nachweisen werden: daß so gut wie alles Geld der Welt, ob nun Dollar, Euro, Yen, Pfund oder was immer sonst, von den Geldmachern nur als zinsbehafteter «Kredit» in Umlauf gebracht wird, ein Faktum, das auf *seine* Weise (er ,kennt' nur ,Bargeld'!) nicht einmal HELMUT CREUTZ leugnet, obwohl er es - nachsichtig formuliert - auch nicht gerade in den Mittelpunkt seiner Arbeit stellt. ..

* GEORGE KNUPFFER: «. . . Die Bankiers schöpfen aus nichts durch bloßen Bucheintrag 100 Pfund zugunsten des Kreditnehmers und fordern nach einer bestimmten Zeit, zum Beispiel ein Jahr, sagen wir mal 105 Pfund zurück. Nun mag es durchaus sein, daß der einzelne Kreditnehmer mit Hilfe des erhaltenen Kredits einen Gewinn gemacht hat und somit eine höhere Summe zurückzuzahlen vermag als er ursprünglich bekam, doch das Wirtschaftssystem als ganzes kann den Banken keine Summe zurückbringen, die den geschöpften und in Umlauf gebrachten Betrag übersteigt. Daraus folgt natürlich, daß das Wirtschaftssystem als ganzes die benötigten zusätzlichen Gelder wiederum von den Banken leihen und sich zur Zahlung weiterer Zinsen auf diese neuen Kredite verpflichten muß, und diese Zinsen werden wieder auf dieselbe Weise bezahlt»[130], also durch immerwährende (Schuld-)Geldneuschöpfung = Inflation!


George Knupffer

* ANONYMUS («MAX»): Ihren «Kredit läßt sich die Bank mit einem Zins bezahlen, welcher aber selbst nicht mit dem Kredit mitkreiert [mitgeschöpft] wird. Da dieser Zins also fehlt, begibt sich jeder Schuldner ins Hamsterlaufrad, wo er in einer Aufholjagd anderen ihr Kreditgeld abjagen muß. Dies erzwingt letztlich das Wachstum in der Wirtschaft, denn jeder muß jährlich zumindest um den Zinsbetrag mehr leisten. D.h. jeder

129 Vgl *ANDREAS WODOK* in: «Die Tagespost», genaues Datum leider nicht mehr eruierbar (August 2005): «Gingen privaten und öffentlichen Gläubigern im ersten Halbjahr 2004 noch fast 23 Milliarden Euro durch Insolvenzen verloren, so waren es von Januar bis Juni 2005 „nur" knapp neunzehn Milliarden Euro.» Aufs ganze Jahr hochgerechnet waren das also 2004 knapp 46, 2005 knapp 38 Milliarden Euro. - Von der jüngsten Bankenkrise mit Ausfallen bei den Banken selber von gleich Hunderten Milliarden Euro sehen wir hier ab, um den Gedankengang nicht unnötig zu komplizieren. Weiter unten wird jedoch gezeigt werden, daß und warum die Banken seit rund zwei Jahrzehnten ständig mit riesigen Beträgen untereinander verschuldet sind. Ihre gegenseitigen Schulden sind zinspflichtig und gehorchen damit prinzipiell denselben Gesetzen wie alle anderen Schulden auch.

130 *KNUPFFER* a.a.O., S. 66.

muß sich entweder tiefer verschulden oder mehr leisten.»[131] Da der mit verzweifelter Anstrengung erbrachten Mehrleistung jedoch keine höhere Geldmenge gegenübersteht, verrottet sie größtenteils in den Lagern oder Regalen, es sei denn, sie werde zu - den zusätzlichen Zinsbetrag jedoch ebensowenig erwirtschaftenden! - Schleuderpreisen abgesetzt. Die jeweils falligen Zinsen können daher so oder so immer nur durch weitere Verschuldung = weitere Kreditgeldschöpfung = weitere Inflation aufgebracht werden!

* ROGER LANGRICK: «Wenn 100 $ geschöpft und 110 $ zurückgefordert werden, dann führt das dazu, daß alle Schuldner einer Nation ständig einem Phantom nachjagen, das sich nicht einfangen läßt: die frei erfundenen zehn Dollar, die nie geschöpft wurden. Die Schulden sind in der Tat unbezahlbar. Jedes Mal, wenn für die Nation 100 $ geschöpft werden, steigt die Gesamtverschuldung der Nation gegenüber dem System um 110 Dollar. Die einzige Lösung besteht derzeit darin, einen zusätzlichen Kredit aufzunehmen, um die Kapitalsumme plus die darauf erhobenen Zinsen zu decken.»[132] Diese Darstellung ist natürlich etwas zu simpel. Denn angenommen, es sollten ab dem zweiten Monat nach der Kreditaufnahme bis zum Jahresende jeden Monat Raten von 10 $ zurückgezahlt werden, ginge das immerhin zehn Monate lang gut. Erst im 11. und letzten Monat wäre kein Geld mehr für die letzte Rate vorhanden, es sei denn, die Geldmacher hätten die inzwischen bei ihnen eingetroffenen Ratenzahlungen von 10 x 10 $ jeweils sofort wieder an 10 andere Schuldner ausgeliehen, von denen durchschnittlich jeder bereits wieder für mindestens 1 $ beim ursprünglichen Erstschuldner dessen Erzeugnisse gekauft hätte. In diesem Falle könnte er auch die eigentlich «fehlenden», «überzähligen» 10 $ Zinsen pünktlich zurückzahlen, während die 10 neuen Schuldner jeweils noch soundsoviel Monate Zeit hätten, bis *ihre* letzten Rückzahlungen fällig würden. *Strecken*- bzw. *zeitweise* kann und wird es also *vereinzelt,* d.h. für einzelne Kredite und ihre Rückzahlung, einmal so funktionieren, wie HELMUT CREUTZ möchte. Doch je verwickelter die Verhältnisse - und sie sind in einer modernen Volkswirtschaft beinahe unendlich verwikkelt -, desto öfter geht die schöne Modellrechnung einfach nicht mehr auf und Schuldner stehen tatsächlich ohne den zusätzlich benötigten Zinsbetrag da, den sie dann nur noch durch eine erneute Um- bzw. Aufschuldung zu beschaffen vermögen. Diese die umlaufende Geldmenge aufblähende, also *inflationierende* «Lösung» freilich verschiebt das Problem lediglich in die Zukunft und verschärft es zugleich.

* ELLEN HODGSON BROWN: «Jemand bezahlt die ganze Zeit Zinsen für das meiste Geld, das auf der Welt zirkuliert. Aus einem Dollar, der fünf Prozent Zinsen erzielt, werden aufgrund des Zinseszinses in 14 Jahren zwei Dollar. Bei dieser Zuwachsrate streichen die Banken alle 14 Jahre genauso viel Zinsen ein, wie es 14 Jahre vorher Geld auf der ganzen Welt gab. Das erklärt, warum die Geldmenge M3 [in den USA] seit Beginn ihrer jährlichen Erfassung durch die *FED [*= die US-Zentralbank] alle 14 Jahre um 100 Prozent oder sogar mehr gestiegen ist.»[133] Tatsächlich ist sie sogar zwischen 1973 und 1987 um beinahe 400 % gestiegen[134], was sich dadurch erklärt, daß die Zinsen, zumal in der berüchtigten Hochzinsphase von 1980/81, durchschnittlich sehr viel höher lagen als bei mageren 5 Prozent. Wenn wir uns wieder der - übrigens offenbar auch von HODGSON BROWN hier angewandten - 70er-Regel entsinnen, verdoppelt sich die Geldmenge bei 10 statt 5 Prozent Zinsen nicht in 14, sondern schon in 7 Jahren, was einer Vervier-

[131] *«MAX»* in: «Recht und Wahrheit» Nr. 1+2 (Januar/Februar) 2008, S. 16.

[132] Zit. n. *HODGSON BROWN* a.a.O., S. 488.

[133] Ebd. S. 405.

[134] Vgl. ebd.: von 900 Mrd. 1973 auf 3500 Mrd. Dollar 1987!

fachung in 14 Jahren entspricht. Demnach lag das Zinsniveau in den USA zwischen 1973 und 1987 durchschnittlich sogar bei rund 10 Prozent.

Die offizielle Volkswirtschaftslehre bzw. Geldtheorie, die der «fünften Gewalt» wissentlich oder unwissentlich zu Diensten steht, wo immer es darum geht, ihre ungeheure Macht durch raffinierte Verschleierung oder notfalls auch plumpe Leugnung zu verbergen, hält natürlich für die von den Geldmachern planmäßig erzeugte Dauerinflation eine ganz andere «Erklärung» bereit. Die werden wir gebührend zerpflücken, sobald wir uns im nächsten Unterkapitel noch genauer mit der Inflation befassen.

8) Kann man den Zins abschaffen?

Der Zins ist - selbst ohne Zinseszinseffekt - unsittlich; nur aus diesem Grund hat ihn die Kirche ja verboten. Er ist unsittlich, weil, wie auch HODGSON BROWN weiß, «Menschen, die für dies Geld nicht gearbeitet haben, es von Menschen nehmen, die das Geld im Schweiße ihres Angesichts verdient haben»[135].

Aber man kann den Zins scheinbar auf keine Weise aus der Welt schaffen. Sogar der Kirche ist es nicht gelungen, sagen die Freiwirtschaftler, bester Beweis dafür, daß es nicht geht! Selbst immer wieder unternommene staatliche Versuche, wenigstens die Zins*höhe* zu begrenzen, sind fehlgeschlagen. Es bildete sich - ähnlich dem «Schwarzmarkt» bei staatlichen Preisregulierungen - alsbald ein illegaler, «grauer Markt» für Zinsen heraus. Als die deutsche Bundesregierung zuletzt 1965-1967 versuchte, die Soll- und Habenzinsen der Banken per «Zinsverordnung» festzusetzen, erfanden die hiesigen Banken für ihre Kreditvergabe schlicht neue Namen und Prozeduren, umgingen so den Wortlaut der Verordnung - und kassierten von ihren Schuldnern höhere bzw. zahlten ihren «Sparern» niedrigere Zinsen als «verordnet»; der Versuch mußte schließlich aufgegeben werden[136]!

Der Islam verbietet zwar offiziell den Zins, vermag ihn aber noch weniger zu unterbinden als es die Kirche vermochte. Islamische Banken tun der bloßen Form Genüge, indem sie den Zins anders (z.B. als «Gewinnbeteiligung»[137], «Provision»[138] o.ä.) deklarie-

135 *HODGSONBROWN* a.a.O., S. 495.

136 Vgl. *GÜNTER FRANKE,* Notenbank und Finanzmärkte, in: *Deutsche Bundesbank* (Hrsg.), Fünfzig Jahre Deutsche Mark. Notenbank und Währung in Deutschland seit 1948, S. 257-306, hier: S. 296f.

137 Ygj *CREUTZ,* Die 29 Irrtümer... a.a.O., S. 256: «So nutzt man z.B. die gesammelten Spareinlagen der Kunden zur Finanzierung von Unternehmen, an deren Gewinnen dann auch die Sparer beteiligt werden, und zwar durchweg mit Sätzen, die weitgehend den sonst üblichen Zinsen entsprechen.»

138 ygj *FRANKSTOCKER* in: «Welt am Sonntag», 3.10.2004: «So gibt es beispielsweise den klassischen Konsumentenkredit nicht. Wenn jemand ein Auto kaufen will und nicht über die entsprechenden Geldmittel verfügt, schließt er einen Vertrag mit der Bank. Sie erwirbt daraufhin das Auto und verkauft es dann an den Konsumenten weiter - allerdings mit einem Aufschlag. Diese erhöhte Summe bezahlt der Käufer dann in festgelegten Raten zurück.» - Ähnlich *Jui CHAKRAVORTY* in: «Mercury Business News» (Johannesburg), 25.4.2006 über neuerdings «scharia-verträgliche» Eigenheimfinanzierungen durch US-Banken: «In Michigan hat die *University Bancorp* ein *Murhaba* genanntes Modell entwickelt, bei dem die Bank das Haus kauft und es schrittweise an den Hauskäufer veräußert, nachdem sie eine zusätzliche Marge aufgeschlagen hat. Das Modell ist ein Volltreffer gewesen: die Bank hat im letzten Jahr 1 Million Dollar Gewinn verzeichnet, seit sie eine islamische Finanzabteilung eingerichtet hat. . . . Der in Kalifornien ansässige Geldverleiher *Lariba* - was im Arabischen „kein Zins" bedeutet - vergibt ein anders struk-

ren; der objektive Sachverhalt der Zins- und Zinseszinsnahme ändert sich dadurch natürlich nicht! Laut CASPAR DOHMEN im Jahre 2008 «waren die Muslime in der Umgehung des Zinsverbots durchaus kreativ, und bei mehr als dreihundert Banken in 75 Ländern sind heute schariakonforme Finanzprodukte erhältlich»[139]. Auch der bekannte Ökonom JOCHEN SCHUMANN konstatiert trocken: «Die Praxis von Finanzmärkten mit Kapital aus islamischen Ländern hat allerdings Wege gefunden, das islamische Zinsverbot zu umgehen.»[140]

Dennoch gäbe es eine Lösung, die zumindest vordergründig dem GeWzins als solchen den Garaus machen könnte. GERHOCH REISEGGER hat sie entworfen, und sie lautet: vom Staat selber ausgegebene zinsfreie Kredite für Staat und Unternehmen, Besicherung privater «Konsumenten»kredite durch entsprechende Pfänder, aber **Entzug des Rechtsschutzes** für alle etwaigen Zinszahlungsvereinbarungen auf solche Kredite![141] Mit anderen Worten: Zinsen wären, selbst falls vertraglich noch so feierlich vereinbart, vor Gericht **nicht einklagbar,** bräuchten also nicht gezahlt zu werden!

Dann wird eben niemand mehr Kredit erhalten, weil kein Kapitalist dazu bereit sein wird, sein überschüssiges Geld zinslos vorzustrecken, kontern die Zinsfreunde. Dieser Einwand war schon GOTTFRIED FEDER geläufig; er entgegnete darauf unerschrocken: «Wir wollen gar nicht mehr, daß jemand sein Geld herleiht.»[142]

Im Grundsatz kann man dem nur beipflichten. Nun hat die Sache allerdings einen Haken. SILVIO GESELL und seine ganze Freiwirtschafitsschule weisen darauf hin, daß die Besitzer großer Geldvermögen objektivermaßen über ein erhebliches Erpressungspotential verfügen. Will man ihre überschüssigen Kapitalien nicht mehr gegen Zins leihen, so werden sie eben gehortet und solchermaßen dem Wirtschaftskreislauf entzogen! Das jedoch muß schnurstracks in eine gefährliche Deflation führen!

Bis hierhin ist die übliche Argumentation der Freiwirtschaftler nachvollziehbar. Weiter als bis hierher pflegen sie allerdings in **dieser** Richtung auch niemals zu gehen. Dabei sollte man doch wenigstens probeweise den Faden einmal weiterspinnen. Genau wie ein Schachspieler, der die nächsten fünf, acht oder gar zehn Züge und Gegenzüge des Spiels schon vorausberechnet. Die Großkapitalisten horten also ihre Riesenvermögen. Aber was ist daran so furchtbar? Die nunmehr *wirklich* **strikt staatliche** Notenbank mit ihrer riesigen Statistikabteilung weiß doch genau, um welche Beträge es sich handelt. Warum also schleust sie nicht einfach anstelle des gehorteten Geldes ebensoviel neues, zusätzliches Geld - in Form ohnedies erforderlicher, aber bisher wegen Geldmangels vernachlässigter staatlicher Aufträge und Ausgaben, eventuell sogar in Form eines an alle in gleicher Höhe ausgezahlten «Bürgergeldes» - in den Wirtschaftskreislauf?

Diesen Schritt können die Besitzer der großen Geldvermögen zwar rein theoretisch zu durchkreuzen versuchen, indem sie jetzt plötzlich in einen nie gesehenen Konsumrausch

turiertes islamisches Hypothekendarlehen. Sein Modell begründet eine gemeinsame Kapital-Partnerschaft zwischen Bank und Käufer, um das Haus zu erwerben. Es überträgt dann schrittweise Eigentumsanteile [von der Bank an den Käufer], verpflichtet den Bewohner [= Käufer] aber zur Zahlung einer auf die beiden Besitzer [also Bank und Käufer/Bewohner] [anteilsmäßig] aufgeteilten marktgerechten Miete», deren einer Teil natürlich fiktiv ist, weil der Käufer / Bewohner ihn an sich selbst zahlt, während der andere Teil faktisch den Zinsertrag der Bank darstellt!

[139] *CASPAR DOHMEN*, Let's make Money. Was macht die Bank mit unserem Geld?, Freiburg 2008, S. 43.

[M] *JOCHEN SCHUMANN IW.* «Neue Zürcher Zeitung», 30./31.12.2006.

[141] Vgl. *REISEGGER* a.a.O., S. 171f.

[142] *FEDER* a.a.O., S. 60.

verfallen, also ihre riesigen Geldhorte schlagartig, in konzertierter Aktion, gegen alles eintauschen, was auf dem Güter- und Dienstleistungsmarkt überhaupt erhältlich ist. Doch werden sie das wirklich tun? Wenn ja, haben sie damit ihr Pulver definitiv verschossen! Zinsen und Zinseszinsen werden sie nie mehr bekommen, die jetzt als letzte «Gegenwehr» wild verschleuderten Vermögen also nie mehr neu anhäufen können! Der staatlichen Zentralbank bleibt nur noch eines zu tun: diesen einmaligen, von den Milliardären und Multimillionären mutwillig ausgelösten Inflationsschub durch alsbaldige Einziehung des überschüssigen Geldes aufzufangen. Danach ist der Spuk ein für allemal zu Ende.

Für die Freiwirtschaftler wäre das zu schön, um wahr zu sein. Gewiß, sagen sie, der «Konsumrawsc/z» als Gegenmaßnahme der Großvermögenden würde unfehlbar ausbrechen; nur würde er sich keineswegs auf Konsumgüter, sondern auf sämtliche erreichbaren **Investitionsgüter** erstrecken! Also auf Grund und Boden, auf Immobilien aller Art, auf Unternehmen und Unternehmensbeteiligungen, auf Erträge abwerfende Infrastrukturen wie Post, Telekommunikation, Wasser- und Energieversorgung, Straßen-, Schienen- und Luftverkehr! Man darf ja nicht vergessen, worauf uns weiter oben schon CHARLES LINDBERGH aufmerksam machte: daß nämlich Bodenpacht, Mieteinnahmen und Unternehmensdividenden nur andere Formen bzw. Namen des immergleichen Zinses sind! *Leistungslose* Einkommen also, die sich im Grundsatz genauso per Zinseszinseffekt in luftige Höhen aufschaukeln lassen wie der *Geldzins* als solcher!

Nun denn, man muß es zugeben: wo sie Recht haben, da haben sie Recht, die Freiwirtschaftler. Aus Herrn REISEGGERs prächtigem Vorschlag kann somit leider nichts werden. Sein einziges Resultat wäre: Der ,Zins' ist tot, es lebe die ,Rendite'! Es sei denn, sämtliche Investititonsgüter würden verstaatlicht und damit für die Renditejäger tabu. Doch das gab es schon einmal, im real existierenden Kommunismus, und die damit gemachten Erfahrungen sind abschreckend genug . . .

Was also dann?

Es gäbe dennoch eine perfekte Lösung. Theoretisch ließe sie sich problemlos durchführen. In der Praxis stehen dem seit zweihundert Jahren namentlich die ROTHSCHILDS samt ihrem stetig wachsenden Orbit «neuer Milliardäre» im Wege. Aber auch ohne sie würde diese seit dem Sündenfall verfluchte Erde niemals zum Paradies. Der von den ROTHSCHILDS & Co. allezeit heimlich, bisweilen sogar offen geforderte Kommunismus, der ja bekanntlich das Paradies auf Erden schaffen wollte bzw. will, hat geheuchelt, ja heuchelt heute noch, diese Lösung zu sein. Wäre er nicht hinter seiner durchsichtigen Fassade von A bis Z so elendiglich verlogen, stünde er damit der Wahrheit gar nicht so fern.

Wenn jeder genug, aber keiner zuviel Geld hätte, würden sich alle Kredite und mit ihnen alle Zinsen erübrigen. Wo immer und wann immer die Menschheit zugelassen hat, daß einzelne ihrer Glieder als Privatleute *überschüssige* Gelder erwerben (oder gar erzeugen!) **und behalten** durften, dort und dann waren auch Zins und Zinseszins unausweichlich. Im idealen Staat würden **alle,** ganz gleich wie legal auch immer erworbenen, Gelder ab einer bestimmten, dem guten Durchschnitt entsprechenden[143] Höhe **unerbittlich weggesteuert.** Das faule Gerede von der damit angeblich «wegbrechenden» «Leistungsmotivation» entlarvt sich selbst, denn jene, aus deren Mund es kommt, sind mit tödlicher Regelmäßigkeit immer nur die Besitzer leistungsloser Vermögen oder Leute,

[143] Das wären also keinesfalls die von *HARALD WOZNIEWSKI* bzw. dem ihn zustimmend zitierenden *JÜRGEN KREMER* (in: «Humane Wirtschaft» Nr. 6 [November-Dezember] 2010, S. 6f) allen Ernstes als «Obergrenze» vorgeschlagenen «50 Millionen Euro» . . . !

die zumindest danach streben! **Jeder** sittlich nicht völlig verdorbene Mensch hat von Natur aus das hinlängliche Motiv, sich durch eigener Hände Arbeit den *nötigen* (nicht: den *überflüssigen*!) Lebensunterhalt zu erwerben, solange er dies irgend kann.

Hingegen hat niemand ein gottgegebenes «Recht» darauf, im Luxus - und sei er auch selbsterworben - zu leben, schon gar nicht, wenn er unter dem Banner Christi marschiert. Den größten Teil ihrer Geschichte hindurch ist die gesamte Menschheit ohne den Luxus industriell erzeugter Massengüter ausgekommen; sie bedurfte keines unternehmerischen Investitionskapitals, keiner Unternehmenskredite. Ebensowenig bedurften die Kaiser, Könige und Fürsten der *zinsträchtigen* Kreditaufnahme bei ihren Untertanen, solange sie echte Herrscherautorität besaßen. *Ihr* «Luxus» war übrigens - grundsätzlich betrachtet - der einzige legitime, denn er bezog sich nicht auf die jeweilige Person, sondern auf ihr Amt und die ihm zukommende Würde. Privatkredite waren auf individuelle, unverschuldete Notlagen beschränkt und wurden von Verwandten, guten Freunden oder Wohltätern zinslos gewährt.

Hätten nicht maßgebliche Kreise der christlichen - katholischen! - Welt ab dem Beginn des 14. Jahrhunderts ganz allmählich den verderblichen Geist des antichristlichen Talmudismus und Kabbalismus in sich aufgenommen, hätte es dabei bleiben können. Die Welt wäre dadurch beileibe nicht zum Paradies geworden. Aber sie hätte auch weiterhin dem Himmel unvergleichlich näher gestanden, als sie es heute tut. Lassen wir es bei dieser Lösungsskizze bewenden .. .

C. Inflation

Von ihr war vorstehend schon viel die Rede. Aber sie ist ein weit komplexeres Phänomen, als die offiziell veröffentlichten Inflationsraten auch nur ahnen lassen! Im wesentlichen immer vom Zins verursacht, hängt sie mit unserem eigentlichen Thema, den Staatsschulden so eng und unter so vielen Aspekten zusammen, daß wir auf ihre eingehendere Betrachtung unmöglich verzichten können. Dies umso weniger, als sie in der Fachliteratur unter nahezu sämtlichen Gesichtspunkten heftig umstritten ist, so daß man über sie die widersprüchlichsten Dinge lesen kann! Machen wir uns also daran, den Wust zu lichten!

Vorausgeschickt muß allerdings noch werden, daß Inflation eigentlich nicht unabhängig davon betrachtet werden kann, *wie* das Geld überhaupt ins Dasein kommt. Indessen würden wir uns hier heillos verheddern, wenn wir die beiden Themenkreise «Inflation» und «Geldentstehung» gemeinsam bzw. gleichzeitig untersuchen wollten. Deshalb nehmen wir lieber in Kauf, daß unsere zunächst gewonnenen Erkenntnisse über die Inflation im folgenden Unterkapitel D. über die «Geldschöpfung» nochmals - stillschweigend - *ein wenig* korrigiert werden. Da es sich bei diesen später nötigen Korrekturen nur um Randaspekte der Inflation handelt[144], bleibt alles hier nachstehend Erarbeitete im wesentlichen doch bereits (end-)gültig.

Freilich müssen im Verlauf unserer Überlegungen einige allgemein als solche betrachtete «Wahrheiten» auch von uns zunächst *scheinbar* akzeptiert werden, ehe sie sich schließlich als Irrtümer herausstellen. *Wirklich* **end**-gültig sind daher erst die am **Ende** dieses Unterkapitels C. zusammenfassend aufgelisteten Ergebnisse!

1) Was ist Inflation?

Bei dieser allerschlichtesten Frage fängt bezeichnenderweise die Verwirrung bereits an. Inflation ist allgemeine Preissteigerung, sagen die einen. Inflation ist Aufblähung der Geldmenge, sagen die anderen. Beides ist vertretbar, aber beides ist nicht ganz dasselbe!

Der Idealfall für jeden Wirtschaftskreislauf ist bekanntlich der, daß weder Inflation noch Deflation, sondern eben *allgemeine* bzw. *durchschnittliche* Preisstabilität herrscht. Wir haben schon gesehen, daß es stabile Preise nur dort gibt, wo das Verhältnis zwischen Angebot und Nachfrage gleichbleibt. Dabei dürfen Angebot und Nachfrage ohne weiteres *im Gleichschritt* wachsen oder schrumpfen; nur ihr *Verhältnis* zueinander darf sich nicht ändern, jedenfalls nicht für lange Zeit.

Nun sind aber, wie ebenfalls schon gezeigt, grundsätzlich zwei verschiedene Änderungen dieses Verhältnisses möglich: entweder vergrößert sich das Angebot gegenüber der Nachfrage, oder umgekehrt. Wir entsinnen uns: Sobald es um Inflation oder Deflation geht, ist *Geld* das **Angebot,** sind die *Waren und Dienstleistungen* die **Nachfrage.** Und Inflation bedeutet immer eine Vergrößerung des Geldangebots gegenüber den das Geld nachfragenden Waren und Dienstleistungen.

Nun ist aber diese «Vergrößerung» nur eine solche des Verhältnisses, also nur eine *relative.* Deshalb kann sie auch von beiden Seiten dieses Verhältnisses ausgehen. Erhöht sich das Verhältnis von Geld zu käuflichen Gütern vom Idealzustand 1 zu 1 plötzlich auf

[144] Die nötigen Korrekturen erwachsen eigentlich nur daraus, daß sich die weitverbreitete und im vorliegenden Unterkapitel *einfachheitshalber* als zutreffend vorausgesetzte Annahme, Bankkredite würden aus «angelegten Spargeldern» vergeben, im nächsten Unterkapitel als völlig falsch herausstellen wird.

2 zu 1, können also zwei ganz verschiedene Ursachen vorliegen: entweder die Geldmenge wurde verdoppelt, während die Gütermenge gleichblieb, oder die Gütermenge hat sich halbiert, während die Geldmenge gleichblieb. Der Effekt ist natürlich in beiden Fällen identisch, nämlich eine Aufblähung - d.h. *unnütze* Vermehrung - der Geldmenge. Keineswegs identisch sind aber die Verursacher! Die *Geldmenge erhöhen* können nämlich einzig die Geldmacher. Die *Gütermenge vermindern* können hingegen viele verschiedene Faktoren, einzeln oder kombiniert: Arbeitsstreiks, Energie- und/oder Rohstoffengpässe, Naturkatastrophen, Bürgerkriege, Großspekulanten.

In der Realität werden dennoch *letztlich* immer die **Geldmacher** die wahren Schuldigen sein, wenn es zu einer **dauerhaften** *allgemeinen* Preissteigerung kommt, denn ihre *offizielle* Aufgabe ist ja eine doppelte: Sie sollen nicht nur das jeweils benötigte Geld schaffen und in Umlauf bringen, sondern auch umgekehrt das gegebenenfalls überflüssig werdende Geld wieder einziehen und vernichten.

Inflation wird also in jedem Falle von den Geldmachern erzeugt, entweder durch Tun oder durch Unterlassen! Was aber *ist* nun Inflation: relative Aufblähung der Geldmenge oder allgemeine Preissteigerung? Darauf kann man nur antworten: beides. Denn die relative Aufblähung der Geldmenge ist ja klarerweise **einzige,** also **notwendige** *Ursache* der allgemeinen Preissteigerung, diese letztere daher **immer,** d.h. **notwendig** die *Wirkung* der ersteren. Weil nun aber **notwendige** Ursache und Wirkung nur gemeinsam oder gar nicht existieren können, ist Inflation stets beides. Ursächlich gesprochen ist sie Aufblähung der Geldmenge, von der Wirkung her betrachtet ist sie allgemeine Preissteigerung.

Ein Teil der Verwirrung, die das Phänomen der Inflation umgibt, beruht auf der Verwendung unscharfer Begriffe. Das lateinische Wort «inflare» bedeutet exakt «aufblasen, aufblähen», die «Inflation» ist also «Aufblähung», «Erzeugung einer Blase». Aufgeblasen oder aufgebläht ist aber immer nur etwas, was sich über seine normale, typische oder seinem Zweck gemäße, eigentlich seinsollende Gestalt und Größe hinaus ausdehnt. Das wird gerne vergessen oder verschwiegen, wenn von «Inflation» die Rede ist. US-Senator ROBERT OWEN klagte schon vor vielen Jahrzehnten:

«Die absichtliche Benutzung irreführender Ausdrücke hat die Geldwissenschaft verunklart. So verwenden zum Beispiel die sogenannten Geldexperten und Finanzjournalisten das Wort Inflation, um die gerechtfertigte Ausweitung der Geldmenge zu geißeln, während Inflation in Wirklichkeit eine *ungerechtfertigte* Ausweitung meint. Sie verwenden Deflation, was [ursprünglich!] die gerechtfertigte Verringerung einer vorherigen ungerechten Ausweitung, d.h. die Rückführung einer vorherigen Inflation bedeutet, zur Bezeichnung einer *ungerechtfertigten* Verringerung, um diese ungerechte Verringerung zu befürworten.»[145] Tatsächlich bedeutet Deflation vom eigentlichen Wortsinn her das genaue Gegenteil von «Aufblähung», nämlich «Abschwellung» (z.B. einer Beule!) im Sinne der *Rückgängigmachung* oder Heilung eines *Miß*stands. So gesehen ist der Ausdruck Deflation zur Bezeichnung einer *übermäßigen, schädlichen* Schrumpfung der Geldmenge völlig ungeeignet. Wir werden diesbezüglich zwar das Rad der Sprachentwicklung nicht mehr zurückzudrehen vermögen. Eisern beharren müssen wir jedoch darauf, daß nicht jede Vermehrung der umlaufenden Geldmenge schon Inflation ist; solange nämlich durch eine Geldvermehrung gar keine **allgemeine** Preissteigerung eintritt, kann von Inflation keine Rede sein!

Dasselbe gilt aber auch von der unbesehenen Gleichsetzung *irgendwelcher* Preissteigerungen mit «Inflation». Bei der allmonatlichen offiziellen Verkündung der jeweils aktuellsten Inflationsrate wird in diesem Punkt - aus noch zu besprechenden Gründen! - so

[145] *ROBERTL. OWEN* (Vorwort) in: *COOGAN* a.a.O., S. V.

ständig wie planmäßig gesündigt, indem es beispielsweise heißt, die Inflationsrate habe sich «wegen gestiegener Energiekosten» erhöht, oder, sie sei «wegen gefallener Preise für Fleisch- und Molkereiprodukte» gesunken. Bereits solche «Erläuterungen» zeigen dem echten Fachmann unfehlbar an, daß die nach derartigen Methoden berechnete angebliche «Inflationsrate» ein Muster ohne jeden (Auskunfts-)Wert ist.

Wieso das? Weil Inflation unmöglich als *Folge* egal welcher **einzelnen** *Preissteigerungen* dieser oder jener Waren bzw. Warengruppen eintreten kann (selbst falls diese erhöhten Preise Ausdruck echter Knappheit der *betreffenden* Waren sein sollten), **solange die Geldmenge nicht entsprechend erhöht wird!** Bleibt die Geldmenge gleich, gibt es nur zwei Arten von Reaktion des *Gesamtmarktes* auf gestiegene Preise einzelner Waren, beispielweise von Heizöl. Entweder wird *durchschnittlich* weniger Heizöl als sonst gekauft, weil das zusätzliche Geld für den erhöhten Kaufpreis nicht vorhanden ist. Oder es wird zwar soviel Heizöl wie auch sonst zum höheren Preis gekauft, weil man nun einmal im Winter heizen *muß*-, dafür bleibt aber von anderen Waren, die weniger oder überhaupt nicht dringend benötigt werden, *durchschnittlich* entsprechend mehr unverkauft, woraufhin deren Produzenten bzw. Verkäufer sich sehr bald genötigt sehen werden, *ihre* Preise zu *senken*,[146] Die Folge: das allgemeine = durchschnittliche Preisniveau bleibt genauso konstant wie die umlaufende Geldmenge, von Inflation gibt es keine Spur!

Wird aber tatsächlich die umlaufende Geldmenge vermehrt, so wird sich das keineswegs nur beim Heizöl, sondern *durchschnittlich* bei *sämtlichen* Waren und Dienstleistungen durch einen - im einzelnen sicherlich unterschiedlich großen - Preisanstieg bemerkbar machen. Das schließt nicht aus, daß etliche Güter im Gesamtsortiment aus ganz anderen Gründen (starke Produktivitätssteigerung, Sommerschlußverkauf, Konkurrenz durch zunehmende Billigimporte aus dem Ausland etc. etc.) dennoch, *entgegen dem Trend*, im Preis gleichbleiben oder sogar billiger werden können. Auch das Heizöl, dessen Preis nämlich ständigen Manipulationen durch internationale Großspekulanten unterliegt, so daß *daran* auf gar keinen Fall abgelesen werden kann, ob sich in irgendeiner Volkswirtschaft die umlaufende Geldmenge erhöht hat oder nicht. ..

Genau dasselbe gilt übrigens für den Anstieg der Löhne und Gehälter, also der «Preise» für geleistete Arbeit. Dieser Anstieg *allein* kann **nie** Anzeichen fur Inflation sein. Denn solange nicht mehr Geld im Umlauf ist als zuvor, werden die Löhne und Gehälter immer nur auf Kosten des gleichzeitigen Sinkens anderer Preise zu steigen vermögen. Oder es steigt nur ein Teil der Löhne, während ein anderer Teil dementsprechend sinkt. Oder der Lohnanstieg wird durch eine Verringerung der *Zahl* der Entlohnten, also durch im Gleichschritt steigende Arbeitslosigkeit ausgeglichen!

Herrscht dagegen - dank gewachsener Geldmenge - ein wirklich *allgemeiner* Preisanstieg, müssen natürlich auch die Löhne und Gehälter als die Preise für Arbeit mitsteigen. Die Lohn- und Gehaltsempfänger werden dann regelmäßig ein doppeltes Argument anfuhren, um höhere Preise für ihre Arbeit einzufordern:

1) alle Waren und Dienstleistungen sind *durchschnittlich* teurer geworden; folglich bedarf es auch bei den Löhnen einer Erhöhung zwecks «Inflationsausgleichs»;

2) die gestiegenen Preise fur Waren und Dienstleistungen bedeuten eine - jedenfalls *nominelle* - Gewinnsteigerung der Arbeitgeber; folglich müssen auch die Löhne im Sinne einer gerechten «Gewinnbeteiligung» entsprechend gesteigert werden.

Entgegen der ständigen Desinformation durch Politik, Massenmedien und Wirtschafts-«experten» sind jedoch weder die Preise noch die Löhne Ursache der nie stillstehenden

[146] In der Praxis wird natürlich eine *Kombination* beider möglichen Marktreaktionen zu beobachten sein.

«Inflationsspirale», sondern einzig die stetige Geldmengenausweitung durch die Geldmacher, die indessen ihrerseits durch den Zinseszins als **letzte** Ursache bedingt wird!

Halten wir also fest: Inflation ist die **immer** von den Geldmachern zu verantwortende **dauerhafte relative Aufblähung** der umlaufenden Geldmenge bzw. die damit untrennbar verbundene **dauerhafte allgemeine** Preissteigerung. Aus dieser Definition darf kein einziges der **fett** hervorgehobenen Wörter verschwinden, ohne daß sie dadurch falsch würde!

2) Ist Inflation feststellbar?

Selbst das wird von manchen bestritten! Klar ist folgendes: «Selbst bei stabilem Preisniveau werden die Preise aller einzelnen Waren nicht aufhören, sich auf- und abzubewegen wie die Wellen des Meeres, entsprechend Angebot und Nachfrage jeder einzelnen Ware.»[147]

Daraus jedoch zu schließen, folglich könne überhaupt nicht festgestellt werden, welchen Einfluß die Vermehrung oder Verringerung der umlaufenden Geldmenge auf das allgemeine Preisniveau habe, wäre schlichtweg Unsinn. Dennoch gibt es vereinzelt Stimmen, die solchen Unsinn ernsthaft vertreten.

Da war zum Beispiel 1935 KARL RÜBEL, der die angebliche «Unmöglichkeit» der Feststellung von Inflation so begründen wollte: «Überhaupt stellen die Preise nicht ausschließlich geldseitige Reflexbewegungen dar. Einen sicheren Anhaltspunkt für die Unterscheidung geld- und warenbedingter Preisbildungen gibt es aber nicht.» Und nochmals: «Man übersieht dabei . . ., daß der jeweilige Stand der Warenpreise (Indexbewegung) kein objektives Barometer für die Wertbeständigkeit des Geldes sein kann, da sich in der Indexziffer Preisbewegungen wiederspiegeln [sie], die nicht ausschließlich geldseitig, sondern auch noch warenseitig bedingt sind, d.h. solche, die von strukturellen, technisch fortschrittlichen und klimatischen Einflüssen herrühren, eben Ergebnisse eines dynamischen Wirtschaftsprozesses sind.»[148]

Daran ist höchstens soviel richtig, daß man über kurze Zeitspannen hinweg und bei unzureichender Breite der Preisbeobachtung im Zweifel sein kann, ob die festgestellten Preisveränderungen Folge etwaiger Geldvermehrung oder anderer, «warenseitiger» Ursachen sind. Spätestens über mehrere Jahre hinweg und bei konsequenter Berücksichtigung sämtlicher Warengruppen kann aber unmöglich zweifelhaft sein, daß die beispielsweise festgestellte durchschnittliche 30prozentige Verteuerung innerhalb von nur fünf Jahren Auswirkung entsprechend starker Geldvermehrung ist, zumal wenn man doch - wie unsere Inflationsstatistiker! - obendrein über die *mengenmäßige* Veränderung der Warenproduktion bzw. des Warenangebots im selben Zeitraum genau informiert ist!

Auch ROLAND BAADER gibt sich redlich Mühe, Inflation als eine nicht objektivierbare Größe hinzustellen. Dem von ihm hochgelobten amerikanischen Ökonomen FRANK SHOSTAK folgend, glaubt BAADER zu wissen, daß «die allgemeine Kaufkraft des Geldes nicht quantitativ definiert und zu keinem Zeitpunkt festgestellt werden kann», woraus er messerscharf folgert: «[W]enn auch die Veränderungen der Kaufkraft nicht definiert und nicht gemessen werden können, dann kann man diese allgemeine Kaufkraft ebenso wenig stabilisieren' wie ihr Spiegelbild: das allgemeine Preisniveau. . . . Anders gesagt: Wenn es der Zentralbank gelingt, das statistisch ermittelte Preisniveau zu stabilisieren,

[147] *FIELD* a.a.O., S. 22.

[148] *KARL RÜBEL,* Pläne zur Gründung eines internationalen Bankinstituts. Eine kritische Untersuchung, Erlangen-Bruck 1935, S. 114 bzw. 136f.

so bedeutet das in keiner Weise, daß es ihr auch gelungen wäre, die Preise oder die relativen Preise zu stabilisieren.»[149] Daß derselbe BAADER sich nur 16 Seiten später entrüstet, gegenwärtig werde «Kaufkraft in gespenstigen Größenordnungen vernichtet (der Dollar von 1913 - bei Gründung der *FED* - ist heute höchstens noch 5 Cents wert)»[150] spricht absolut nicht für seine Fähigkeit, zusammenhängend zu denken, tut er doch hier genau das, was er kurz zuvor für strikt unmöglich erklärt hat: er «definiert quantitativ», und zwar ganz präzise, «die allgemeine Kaufkraft des Geldes», nämlich des US-Dollars, «zu einem Zeitpunkt», ja sogar zu zweien, nämlich sowohl 1913 als auch 2004!

Angesichts dieser glorreichen Selbstwiderlegung bleibt nur noch anzumerken, daß ein stabiles Preisniveau zwar keine absolut stabilen Preise *einzelner* Waren garantiert, wohl aber deren Ausschläge nach oben oder unten in weitgehend, bei vielen Waren des täglichen Bedarfs sogar in weitestgehend vorhersagbarer Weise begrenzt. Außerdem sorgt es dafür, daß die Käufer umso sicherer sein können, für ihr gestern verdientes Geld auch morgen noch Waren oder Dienstleistungen im bisher gewohnten Umfang zu erhalten, je mehr *verschiedene* Waren und/oder Dienstleistungen sie dafür eintauschen, denn umso zuverlässiger werden sich dann hier etwas gestiegene, dort etwas gesunkene Preise einzelner Güter doch wieder *insgesamt,* d.h. *im Durchschnitt* auf der Höhe des allgemeinen Preisniveaus einpendeln.

«G

3) Führt jede Geldvermehrung zu Inflation

Nein! Bisher haben wir die Inflation nur als Aufblähung der umlaufenden Geldmenge *gegenüber sämtlichen Waren und Dienstleistungen* betrachtet. Wir werden alsbald sehen, daß demgegenüber noch verschiedene andere Formen der Inflation existieren, die an die Stelle dieser Standard-Inflation (oder auch neben sie) treten können. Das vorausgesetzt, gibt es sechs denkbare Fälle, in denen die Vermehrung der umlaufenden Geldmenge entweder zu gar keiner, zu keiner nennenswerten oder jedenfalls zu keiner bzw. keiner nennenswerten Inflation auf dem normalen Güter- und Dienstleistungsmarkt führt:

1) Die Geldmenge wird ordnungsgemäß immer nur im selben Maße vermehrt, in dem die Produktion von Gütern und Dienstleistungen wächst.

2) Die Geldmenge wird vorsichtig bzw. wohlkalkuliert über dieses Maß hinaus vermehrt, dies aber nur, um noch brachliegende Kapazitäten bei Produzenten und Dienstleistern auszulasten.

3) Die Geldmenge wird erheblich vermehrt, jedoch - genau kontrolliert! - einzig zum Zweck des rapiden Aufbaus weiterer Produktions- und/oder Dienstleistungskapazitäten.

4) Die Geldmenge wird zwar erheblich vermehrt, aber die Geldhortung steigt im selben Maße.

5) Die Geldmenge wird zwar erheblich vermehrt, doch dieser Überschuß fließt vollständig in solche (spekulativen) «Märkte», die vom normalen Güter- und Dienstleistungsmarkt ganz oder fast ganz abgekoppelt sind.

6) Die Geldmenge wird zwar erheblich vermehrt, doch dieser Überschuß fließt vollständig ins Ausland ab und verbleibt auch dort, so daß sich die Inflation dorthin verlagert.

[149] *BAADER* a.a.O., S. 167.

[150] Ebd. S. 183f.

Möglichkeit Nr. 1 ist der leider rein theoretisch bleibende Idealfall; sie bedarf keines weiteren Kommentars.

Möglichkeit Nr. 6 ist beim US-Dollar dank seiner Funktion als Welt-Leitwährung bzw. Welt-Reservewährung seit Jahrzehnten Realität. Auf Einzelheiten kann erst später eingegangen werden. Wir wenden uns daher den verbleibenden Möglichkeiten Nr. 2 bis Nr. 5 zu.

Möglichkeit Nr. 2 kommt dem Idealfall Nr. 1 nahe, wird aber von vielen Ökonomen bestritten, obwohl sie nicht bloß theoretisch einleuchtet, sondern schon oft in der Praxis beobachtet wurde! GRIFFIN zitiert den jüdischen Önonomen MURRAY ROTHBARD zustimmend mit der Behauptung: «Mehr Geld stellt nicht mehr Kapital zu Verfügung, ist nicht produktiver, erlaubt kein Wirtschaftswachstum'.»[151]

Dieser dogmatisch, ohne nähere Begründung vorgetragenen These hält HODGSON BROWN jedoch ganz zu Recht die unschlagbare Argumentation von JOHN MAYNARD KEYNES entgegen, die sie in eigenen Worten vorträgt: «Wenn beispielsweise ein Schuhhändler, der viele unverkaufte Schuhe in seinen Regalen stehen hat, plötzlich mehr Kunden bekommt, dann erhöht er deshalb seine Preise nicht. Er verkauft einfach nur mehr Schuhe. Gehen ihm die Schuhe aus, bestellt er neue in der Fabrik, die dann entsprechend mehr herstellt. Erhöhte er seine Preise, so gingen seine Kunden in das nächste Schuhgeschäft, wo die Schuhe noch zu dem niedrigeren Preis verkauft werden. Mehr Geld in die Wirtschaft zu pumpen wäre *nur dann* inflationär, wenn den Produzenten die Arbeitskräfte und das Produktionsmaterial ausgingen, um mehr Güter herstellen zu können. Ansonsten stiegen Angebot und Nachfrage gemeinsam und die Preise blieben stabil.»[152]

Dafür ist natürlich vorausgesetzt, daß die Geldmenge nur entsprechend den absehbarerweise mobilisierbaren Produktionskapazitäten erhöht wird. Die Preise werden zwar daraufhin ggf. *momentan* sogar «inflationär» steigen, auf diese Weise jedoch die Wirtschaft in ungeahntem Maße ankurbeln. ALEXANDER DEL MAR hatte diesen Mechanismus schon lange vor KEYNES in der Praxis beobachtet, so auch in Japan. «Die seltenen Intervalle wirtschaftlichen Fortschritts», stellte er 1886 fest, «waren jedesmal Intervalle zunehmender Geldmenge und steigender Preise. Dieselbe Entsprechung zwischen diesen Erscheinungen, die HUME in der Wirtschaft Englands und ALISON in deijenigen Roms beobachtete, findet sich in der Geschichte Japans. Nicht hohen, sondern steigenden Preisen folgte immer und stets der Fortschritt, und nicht niedrigen, sondern fallenden der Niedergang.» Zuletzt war das ihm zufolge zwischen 1878 und 1880 der Fall gewesen, als durch die stark vermehrte Ausgabe von Papiergeld «der Handel des Landes nie gesehene Dimensionen annahm und die Industrie einen mächtigen Auftrieb erhielt», eine Entwicklung, die leider durch den 1880 beginnenden Einzug von umlaufendem Geld - übrigens dank «-westlicher» Ratgeber! - zuverlässig wieder abgewürgt wurde .. .[153]

HODGSON BROWN nennt als weitere, moderne Beispiele US-Präsident ROOSEVELTS Kriegswirtschaftswunder[154] sowie - noch überzeugender - die jüngste Entwicklung in China: «Im März 2006 gab die *People 's Bank of China* bekannt, daß ihre Geldmenge M2 um satte 18,8 Prozent gegenüber dem Vorjahr gestiegen war. Nach der klassischen

[151] *GRIFFIN* a.a.O., S. 143. - Ähnlich äußert sich z.B. der ROTHBARD-Anhänger *BAADER* a.a.O., S. 128f.

[152] *HODGSONBROWN* a.a.O., S. 129; Hervorh. original.

[153] *DEL MAR,* Money and Civilization ... a.a.O., S. 402f bzw. 396.

[154] *HODGSON BROWN* a.a.O., S. 191: «Die Arbeitslosigkeit sank von über 17 Prozent auf knapp über ein Prozent. Mit der Verdoppelung der Geldmenge wuchs auch die Wirtschaft auf das Doppelte ihres vorherigen Umfangs - das schnellste Wachstum in der Geschichte der USA.»

Wirtschaftstheorie hätte dieses explosive Wachstum die Wirtschaft durch eine unkontrollierte Preisinflation stark behindern müssen. Aber so war es nicht. Anfang 2007 lag die Preisinflation in China lediglich bei zwei bis drei Prozent. 2006 überholte China sogar Frankreich und Großbritannien und wurde viertgrößte Wirtschaftsnation der Welt. Im Inland stiegen die Verkäufe um 13 Prozent und die Industrieproduktion nahm um 16,6 Prozent zu.»[155]

Möglichkeit Nr. 3 unterscheidet sich eigentlich nur graduell von derjenigen Nr. 2. GOTTFRIED FEDER hatte sie schon Ende der 1920er Jahre zur Behebung der damaligen deutschen Wirtschaftsmisere vorgeschlagen und verteidigte sie im Mai 1932 gegen Mißverständnisse wie folgt: «Wenn ich in meinem Buch „Der Deutsche Staat auf nationaler und sozialer Grundlage" verschiedentlich auf die „Sach wertdeckung" des von der geplanten „Bau- und Wirtschaftsbank" zu emittierenden [= neu auszugebenden] Geldes hingewiesen habe, so sollte das nicht heißen, daß es auf die „Deckung" ankomme, die der Geldschöpfung vorangehe, die gewissermaßen die Basis der zusätzlichen Emission [= Geldausgabe] darstelle — *Geld kann niemals durch bereits vorhandene Sachwerte „gedeckt" werden*[156] -, sondern es soll heißen, daß es auf die „Deckung" ankommt, die die Geldschöpfung erst schaffen soll. Auf die *Verwendung* der zusätzlichen Geldschöpfung kommt es entscheidend an, ob [nämlich] diese zu *produktiven* oder zu *konsumtiven* [sie] Zwecken erfolgt.»[157]

Obwohl HJALMAR SCHACHT, unter ADOLF HITLER bis Anfang 1939 Präsident der *Reichsbank*, sich stets von FEDER distanzierte und ihn nach eigenem Bekunden sogar bei HITLER kaltstellte[158], setzte er doch exakt FEDERs Vorschlag um - mit bestem Erfolg! Seine über vier Jahre hinweg bis zum Gesamtbetrag von 12 Milliarden Mark neu ausgegebenen «Mefo-Wechsel» hatten, wie er selbst später sagte, «nahezu den Charakter von Geld ... Sie konnten von Banken, Sparkassen und Firmen genauso wie bares Geld als Kasse gehalten werden.»[159] Und entgegen oft zu hörenden Behauptungen, damit sei die Inflation ‚in Wirklichkeit nur verschoben' worden, beharrt SCHACHT zurecht darauf, die Inflation habe erst begonnen, als ihm bzw. der *Reichsbank* ab Ende 1938 nicht mehr erlaubt worden sei, wie geplant und gefordert die inzwischen nicht mehr benötigten Mefo-Wechsel wieder einzuziehen[160].

«Man hat später viel darüber diskutiert, wie es möglich gewesen sei, daß das Mefo-Wechselsystem keine Inflation mit sich geführt habe. Man kann aus dem oben Gesagten die Antwort entnehmen. Mit jedem Mefo-Wechsel war ein Warenumschlag verbunden.

[155] Ebd. S. 313.

[156] Das ist leider eine mißverständliche, wenn nicht gar direkt falsche Behauptung. Geld ist nämlich in jedem Augenblick durch jene Güter und Dienstleistungen gedeckt, die auch in diesem Augenblick auf dem Markt zu bekommen sind; inwieweit es darüber hinaus bereits für die Zukunft durch die bloß *zu erwartende* künftige Produktion von Waren und Dienstleistungen gedeckt ist, kann letztlich auch erst die Zukunft, das heißt aber, die jeweilige zukünftige *Gegenwart*, erweisen! *FEDER* wollte wohl sagen: ‚**Zusätzlich** in Umlauf zu bringendes Geld kann nie durch die schon vorhandenen Sachwerte gedeckt werden (sondern nur duch auch **zusätzlich** zu schaffende Güter).'

[157] *FEDER* a.a.O., S. 327; Hervorh. original. Der Text entstammt der Zeitschrift «Die Deutsche Volkswirtschaft» Nr. 5 (Mai) 1932.

[158] Vgl. *HJALMAR SCHACHT,* Magie des Geldes. Schwund oder Bestand der Mark, Düsseldorf-Wien 1966, S. 66 u. 200.

[159] Ebd. S. 148.

[160] Vgl. ebd. S. 151fu. öfter.

Nur Wechsel, die einen Warenübergang von der einen Hand in die andere bewirkten, wurden finanziert. So hielten sich Geldumlauf und Güterumlauf ständig im Gleichgewicht.»[161] Mit anderen Worten: Mefo-Wechsel, d.h. *zusätzliches Geld*, gab es nur gegen *zusätzlich frischproduzierte* Güter und für nichts sonst, «Finanz- und Vorschußwechsel gab es nicht»[162]. Die zusätzlichen Güter wurden aber umgekehrt in dem beruhigenden Wissen darum produziert, daß man sie gegen Mefo-Wechsel *garantiert* werde absetzen können!

Daß der erklärte Zinsgegner FEDER ihm das Rezept geliefert hatte, mochte der mit sämtlichen ROTHSCHILD-abhängigen Geldmachern international verbandelte Zinsfreund SCHACHT bis zuletzt nicht zugeben; stattdessen berief er sich lieber auf KEYNES: «Der englische Nationalökonom JOHN MAYNARD KEYNES hat das Problem theoretisch behandelt, und die Mefo-Aktion hat die praktische Anwendungsmöglichkeit erwiesen. Aber die Voraussetzungen, unter denen die Anwendung ohne Nachteil erfolgen kann, sind nicht immer gegeben. Gegeben waren sie in Deutschland mit der Depressionszeit der dreißiger Jahre. Es waren keine Rohstoffvorräte mehr vorhanden, Fabrikräume und Lager standen leer, Maschinen liefen nicht mehr, und sechseinhalb Millionen Arbeitswillige waren beschäftigungslos. Erspartes liquides Kapital, das man hätte einsetzen können, war nicht vorhanden. Bei so stark eingeschränkter Produktion war auch eine baldige Neubildung von [Sach-]Kapital nicht möglich. Nur wenn die brachliegenden starken Produktionskräfte wieder in Gang gesetzt wurden, war eine rasche [Sach-]Kapitalbildung möglich. Dieses zu erwartende [Sach-]Kapital wurde in der Mefo-Aktion durch Kredit vorweggenommen. Schlug die Produktion, die mit diesem Kredit in Gang gesetzt wurde, fehl, dann war das Mefo-Experiment mißglückt. Dann wurde das gedruckte Geld nicht durch [Sach-]Kapitalbildung wieder ausgeglichen, dann war die Inflation da. Hierin lag die Gefahr. Sie wurde durch die Ankurbelung unternehmerischer Initiative, durch Fleiß, Disziplin und Organisation der deutschen Wirtschaft vermieden.»[163] Damit ist Möglichkeit Nr. 3 vom Fachmann Nr. 1 persönlich hinreichend erläutert.

Möglichkeit Nr. 4 einer Inflationsvermeidung trotz beträchtlicher Geldvermehrung ist die annähernd im Gleichschritt marschierende Geldhortung vor allem durch Großvermögende. Sie findet tatsächlich ständig in - bezogen auf Bargeld - erheblichem Umfang statt, wie die Geldmacher selber gelegentlich einräumen müssen[164]. Zuletzt, nämlich

[161] Ebd. S. 154.

[162] Ebd. S. 149.

[163] Ebd. S. 152f.

[164] *CREUTZ*, Die 29 Irrtümer . . . a.a.O., S. 40f verweist beispielsweise auf eine Studie der *Deutschen Bundesbank* von 1995. Obwohl die sich nur mit dem Ausland befaßte, kam sie zu dem - sorgfältig geschätzten - Resultat, daß damals sage und schreibe «30 bis 40 Prozent der herausgegebenen Bargeldmenge ins Ausland verschwunden war! Das heißt, von dem von der *Bundesbank* immer als „umlaufende Geldmenge" bezeichneten Bargeldbestand lief rund ein Drittel gar nicht in Deutschland um. Ja, es lief eigentlich gar nicht um, auch nicht im Ausland, denn dort wurde es, vor allem zur Umgehung der Inflation im eigenen Land, weitgehend als reines Sparmittel in Tresoren und Verstecken aufbewahrt. Eine weiterführende Untersuchung, die sich dieser Frage bezogen auf das Inland gewidmet hätte, ist leider bisher unterblieben. Nach Andeutungen und Schätzungen aus Bankerkreisen muß man aber davon ausgehen, daß von der in Deutschland verbliebenen DM-Menge noch einmal etwa ein Drittel für Inlandshortungen abgezogen werden muß. . . . Das heißt konkret: Von der in Umlauf gegebenen DM-Zahlungsmittelmenge war in den 1990er-Jahren in Wirklichkeit nur knapp ein Drittel tatsächlich in einem halbwegs regelmäßigen und damit nachfrageaktiven Umlauf!» Allerdings bleibt bei *CREUTZ* aus ideologischen Gründen stets außer Betracht, daß neben dem Bargeld unvergleichlich viel mehr zusätzliches *Buchgeld* auf den Girokonten ziemlich regelmäßig umläuft.

2009, wurde seitens der *Deutschen Bundesbank* gar amtlich festgestellt, «daß sich der Anteil der Bargeld-Haltung am gesamten Bargeldumlauf in den vergangenen zehn Jahren verdoppelt habe. Von 328 Mrd. EUR Bargeld werde nur 31 Mrd. EUR [= weniger als 10 %!!!] fur bare Zahlungen verwendet. Rund 75 bis 80 Mrd. EUR seien ins Ausland abgeflossen. Der Rest werde offensichtlich für andere Zwecke verwendet. . ,»[165]

Nicht einmal der Zins, wie erinnerlich laut KEYNES angeblich die «Belohnung für die Nichthortung von Geld», kann diese enorme Bargeldhaltung verhindern! In der Realität handelt es sich freilich um eine reine Gespensterdiskussion, denn wie sich noch zeigen wird, kommt Bargeld — nicht auf die Zahl der Vorgänge, sondern auf die Höhe der gezahlten Beträge bezogen - schon seit weit über hundert Jahren bloß noch für rund fünf Prozent aller Zahlungen auf; den «Rest» von 95 % erledigen Schecks und Überweisungen, also das sogenannte Buchgeld, das sich gar nicht unmittelbar «horten» läßt! Von daher ist das insbesondere von den GESELL-Anhängern so eifrig beschworene Phänomen der Geldhortung, noch abgesehen von der beträchtlichen Unschärfe des Begriffs «Hortung»[166], aufs ganze gesehen größenmäßig nahezu bedeutungslos.

Möglichkeit Nr. 5, die Inflationsverlagerung in andere, für die Masse der Nicht- und Geringvermögenden eher abseitige oder gar völlig unzugängliche «Märkte», führt uns schnurstracks zum nächsten Unterkapitel.

4) Verschiedene Formen von Inflation

«MARC FABER, einer der bekanntesten und erfolgreichsten Fonds-Manager weltweit, hat recht, wenn er sagt: „Ist überschießende Liquidität [= den Güterzuwachs überschießender Papiergeldzuwachs, R.B.] erst einmal geschaffen, dann fließt das Geld rasch von einem Sektor in den anderen [z.B. aus Aktien in Immobilien oder von einer Währung in die andere, R.B.] und kann somit zu einer Serie neuer Blasen führen."»[167] Natürlich braucht der «überschießende Zuwachs» kein Papiergeld zu sein; es kann sich genausogut um (elektronisches) Buchgeld handeln. Und dieses überschüssige Geld «fließt» immer erst dann «von einem Sektor in den anderen», wenn der vorige Sektor sich soweit aufgebläht hat, daß die «Blase platzt».

Bei den «Sektoren», die sich zu solcher isolierten Aufblähung anbieten, handelt es sich letztlich immer um die vier folgenden:

1) Aktien bzw. Börsen«produkte» überhaupt; dazu zählen seit einem Vierteljahrhundert auch (und in der Praxis sogar an allererster Stelle!) die vielfach gar nicht offiziell an der Börse gehandelten sogenannten «Derivate».

[165] «Humane Wirtschaft» Nr. 5 (September-Oktober) 2009 unter Berufung auf einen Artikel der Ulmer «Südwest-Presse» vom 8.7.2009.

[166] *ROTHBARD* a.a.O., S. 35 Anm. 11 fragt ganz richtig: «Ab welchem Punkt wird aus der Kasse eines Menschen ein schimpflicher „Hort" bzw. der vorsichtige Mensch zum Geizhals? Es ist unmöglich, dafür ein genaues Kriterium anzugeben. Im allgemeinen bedeutet die Beschuldigung des „Hortens", daß *A* mehr Bargeld besitzt als *B* es für angemessen hält.» - Weiter stellt er (S. 36, Hervorh. original) zutreffend fest, es sei, im strengen Sinne genommen, «irreführend, zu sagen, daß Geld sich „im Umlauf befindet"», denn «eigentlich befindet sich Geld nicht „im Umlauf'. Es wird von Zeit zu Zeit von der Kasse einer Person in die einer anderen *übertragen.* Die Existenz von Geld hängt von der Bereitschaft der Menschen ab, Kassen zu halten.» Von daher könnte man *ROTHBARDS* eigene Definition der «Hortung» *alternativ* auch so formulieren: «Im allgemeinen bedeutet die Beschuldigung des „Hortens", daß *A* Bargeld länger in seiner Kasse liegen läßt als *B* es für angemessen hält.»

[167] *BAADER* a.a.O., S. 118.

2) Immobilien, und zwar natürlich nur solche, die sich - hoffentlich! - «rentieren», also land- und forstwirtschaftlich nutzbare Flächen, bauentwicklungs- und damit besonders «wertsteigerungs»fahige Grundstücke, Gewerbe-Immobilien (Bürotürme, Ladengeschäfte, Lagerhallen etc.) und Mietwohnungen.

3) Rohstoffe aller Art, insbesondere Erdöl, Kohle, Erze und Rohmetalle, Holz, Getreide, Kaffee, Kakao, Baumwolle, Schlachtvieh, allerdings kaum je alles gleichzeitig.

4) Devisen, also Fremdwährungen, die auf den «Devisenmärkten» in riesigen Summen tagtäglich millionenfach gegeneinander getauscht werden, ohne - im statistischen Durchschnitt! - jemals dem normalen Wirtschaftskreislauf zu Verfügung zu stehen.

Alle diese Sonderformen der Inflation pflegen einander wechselseitig oder reihum abzulösen, ohne daß die Reihenfolge allerdings vorhersagbar wäre. Immer jedoch ist zwingend vorausgesetzt, daß die umlaufende Geldmenge noch **über** die ihr jeweils gegenüberstehende Gesamtheit von Waren und Dienstleistungen (außer eben Immobilien, Rohstoffen, Wertpapieren, Devisen) **hinaus** ausgeweitet wird bzw. schon worden ist!

Ironischerweise wird der inflationäre oder «Blasen»-Charakter eines langanhaltenden Anstiegs der Börsenkurse oder der Immobilienpreise, der Rohstoffindizes oder der Devisenkurse von den meisten daran beteiligten Spekulanten nicht erkannt, von Fachwelt und Massenmedien auch nur selten als solcher beim Namen genannt. Gewöhnlich erst hinterher, nach dem jähen Absturz, wissen sie alle auf einmal (oder wollen schon immer gewußt haben …), daß es sich um eine «Blase» handelte, die «irgendwann platzen mußte».

Zum Beispiel Prof. WILHELM HANKEL, der als langjähriger Präsident der *Hessischen Landesbank* gleichzeitig auch im Vorstand der *Deutschen Bundesbank* saß und damit einer der - vordergründigen - Geldmacher persönlich war, **nach** dem Ausbruch der jüngsten «Finanzkrise», nämlich 2009: «Im Finanzsektor wurde ein Vielfaches von dem verdient, was der Unternehmenssektor an Werten schaffte - aber womit? Nicht mit realem Wirtschaftswachstum, Produktivität und vermehrter Sachkapitalausstattung, sondern immer höheren inflatorischen [!] Preisaufschlägen auf das real Vorhandene, denn daß Aktien und andere Geldanlagen immer teurer wurden, besagte ja nicht, daß die realen Sach- und Firmenvermögen im selben Verhältnis mitwuchsen.»[168]

Sehen wir uns die vier «Sektoren», auf welche die Inflation großenteils auszuweichen pflegt, noch ein wenig näher an.

1) **Wertpapiere.** Da sind zuerst die börsennotierten Aktien. RALF PRENGEL[169] folgend, muß man auf die Absurdität der Preisbildung beim Aktienhandel hinweisen. Damit *sämtliche* Aktien im Nennwert von insgesamt soundsoviel Milliarden Euro etwa der *Siemens AG* schlagartig ihren «Börsenwert» um 4 Prozent steigern, genügt es, daß *eine einzige* Aktie um 4 Prozent teurer verkauft wird als zuvor! Dabei hat sich am realen Sachwert sowie der realen Güter- und Dienstleistungsproduktion der Firma *Siemens* nicht das geringste geändert; das alles bleibt bei 0 % «Wertsteigerung» stehen. Wohl aber können jetzt im Prinzip sämtliche, auf zig Milliarden Euro veranschlagten *Siemens-Aktien* von ihren aktuellen Inhabern bei den Banken um 4 % höher *beliehen,* d.h. als Sicherheiten (= Pfander) gegen 4 % höhere, neue Kredite hinterlegt werden! Die neuen Kredite

[168] Zit. n. *MICHAEL GRANDT,* Der Staatsbankrott kommt! Hintergründe, die man kennen muss, Rottenburg 2010, S. 67. - Von diesem Werk sind in rascher Folge etliche jeweils verbesserte und aktualisierte Neuauflagen erschienen, die jedoch von mir nicht mehr eigens konsultiert werden konnten. Möglicherweise sind jene Fehler der Erstauflage, die leider nachfolgend je an ihrem Platz bemängelt werden müssen, aus den jüngeren Ausgaben verschwunden.

[169] *RALF PRENGEL* in: «Deutschland» Nr. 3/4 (März/April) 2005, S. 37.

in Höhe vieler Hundert Millionen Euro (4 % von 10 Milliarden sind schon 400 Millionen) werden, solange es am Aktienmarkt aufwärts zu gehen verspricht, meist sofort *wieder* zur Börsenspekulation eingesetzt, helfen als *zusätzlich* verfügbares Geld den «Wert» *weiterer* Aktien hochzutreiben, die auch ihrerseits höher beleihbar werden - und das inflationäre Spiel kann von vorn beginnen. Einziges Glück für Otto Normalverbraucher: die sich unaufhörlich aufblähende Geldmenge verbleibt weitestgehend im Kreis der Börsenspekulanten und wirkt sich daher auf dem normalen Güter- und Dienstleistungsmarkt kaum oder gar nicht als Preissteigerung aus.

Wem der Aktienhandel zu langweilig bzw. zu wenig «rentierlich» erscheint, der steigt auf die sehr viel riskanteren, aber zugleich im Erfolgsfalle auch sehr viel einträglicheren Derivate um. Die von ihnen gebildete «Blase» stellt denn auch alles andere total in den Schatten. Um hier nur drei Zahlen aus der Unmenge verfugbarer Statistiken zu nennen: Der weltweite Jahresumsatz mit Derivaten betrug 2005 an den Börsen unvorstellbare 800 Billionen $, außerhalb der Börsen nochmals geschätzte 220 Billionen, also insgesamt über 1 Trillion $, mehr als das 20fache des Bruttosozialprodukts der ganzen Welt; allein auf die *Deutsche Bank* entfielen davon 17 Billionen oder ein gutes Drittel des Welt-Bruttosozialprodukts[170]. Das Bruttosozialprodukt ist die Gesamtheit der pro Jahr erzeugten Güter und Dienstleistungen!

Allerdings bleibt zu beachten, daß es sich bei diesen Zahlen gleich doppelt um reine Nennwerte handelt. Denn «nur» ein - relativ! - «winziger» Bruchteil davon, laut REISEGGER durchschnittlich 1,5 bis 2,5 Prozent ihres Nennwerts[171], stellt den tatsächlichen *Marktwert* dar, zu dem die Derivate gehandelt werden. Selbst das bedeutet für 2005 immer noch 15 bis 25 Billionen $ oder ein knappes Drittel bis weit über die Hälfte des Welt-Bruttosozialprodukts! Doch dieser «Marktwert» steht glücklicherweise nur auf derselben Stufe wie derjenige der normalen Aktien. Er ist nochmals ein bloßer *Nennwert*, denn er kann ja nie auch nur annähernd in Geld «realisiert» werden: je mehr Aktien eines Unternehmens auf einen Schlag abgestoßen werden, desto tiefer fällt ihr Preis und damit ihr «Wert»; je höher ihr «Wert» sein soll, desto weniger kann man davon verkaufen = in Geld eintauschen! Wie schon gesagt: Angebot und Nachfrage bestimmen den Preis, und an der Börse, wo jeder Handel zugleich eine spekulative Wette ist, tritt hinzu, daß ein mengenmäßig (zu) hohes Angebot an Papieren grundsätzlich als verdächtig gilt und den Preis daher umso stärker drückt. Bei den hochspekulativen Derivaten verhält sich das ganz genauso. Dennoch bedingen Derivate inzwischen einen Großteil der ständigen - inflationären - Geldneuschöpfung durch die verschwiegenen Geldmacher.

Der inflationäre Charakter des vor allem ab 1999 aufgebauten riesigen Hochs an den US-amerikanischen Börsen, dem im Herbst 2000 ein entsprechend tiefer Sturz folgte, war z.B. deutlich daran ablesbar, daß der Nennwert sämtlicher an den US-Börsen notierten Aktien (= US-Börsenkapitalisierung) zuletzt 50 Prozent der Welt-Börsenkapitalisierung betrug, während die USA nur ein knappes Drittel des Welt-Bruttosozialprodukts erzeugten[172], wovon jedoch nochmals rund ein Fünftel auf die im wesentlichen *unproduktive* Finanzwirtschaft entfiel[173]!

[170] Vgl. *LOTHAR KOMP* in: «Neue Solidarität» Nr. 20/2005 (Weltnetzausgabe auf *http://www.solidaritaet.com*, konsultiert am 17.5.2005).

[171] Vgl. *REISEGGER* a.a.O., S. 232.

[172] Lt. *ROBERT MOTZKUHN*, Crashonomics. Vom Börsenkrach zur Weltwirtschaftskrise, Tübingen 2002, S. 233.

[173] Lt. *PHILLIPS* a.a.O., S. VIII; er nennt «20 bis 21 Prozent» für die Jahre 2004-2006, so daß es 1999/2000 kaum viel weniger gewesen sein dürfte. - Lt. ebd. S. 29 waren 2004 sogar erschrek-

2) **Immobilien.** Die zuletzt ab 2007 in den USA aufgetretene «Immobilienkrise» war eigentlich nur eine indirekte und wurde daher zutreffenderweise zumeist lieber als «Finanz*» oder «Bankenkrise» bezeichnet. Dennoch war auch hier neugeschaffenes, überschüssiges Geld in Form von Hypothekenkrediten in den Immobilienmarkt, diesmal allerdings in denjenigen für *Eigenheime,* «geflossen». Deren Preise stiegen daraufhin inflationär, d.h. ohne zugrundeliegende sachliche Wertsteigerung, an, bis auch diese «Blase platzte».

3) **Rohstoffe.** «Seit 2002 erleben wir stark steigende Preise auf allen Rohstoffgebieten. . . . Die Zugewinne des Öls waren am akutesten während der Jahre 2004/2005. . . . In den Jahren 2005 und 2006 führten die Metalle den Preisreigen an. . . . Ab dem Jahr 2006 waren die agrarischen und anderen Rohstoffe an der Reihe, die Rohstoffinflation anzuführen.»[174]

4) **Devisen.** Die durch ihren - auf Kursgewinne abzielenden - ständigen ‚Handel' bedingte Inflation ist eine fortwährende, die also stets *neben* den übrigen, sich abwechselnden Formen existiert. Auch sie erzeugt Blasen, die zwar nicht so spektakulär «platzen» wie die anderen, sich jedoch in jüngerer Zeit vor allem als starke Abwertung des US-Dollars gegenüber dem Euro, oder umgekehrt, äußern. Einmal werden von den Geldmachern zuviel neue Dollars erzeugt. Das macht den Dollar «billig» gegenüber dem Euro (und anderen Währungen); man bekommt mehr Dollars für Euros, so daß die Spekulanten sich auf den Euro stürzen, der durch diese erhöhte «Nachfrage» noch «teurer» gegenüber dem Dollar wird. Die ROTHSCHILD-kontrollierten Geldmacher kehren dieses Spiel irgendwann gezielt um, indem sie den Euro noch stärker als den Dollar inflationieren, so daß die Spekulanten erneut in den jetzt gegenüber dem Euro wieder «wertvolleren» bzw. «an Wert gewinnenden» Dollar flüchten (müssen). Zuletzt konnten wir das beim auffallend plötzlichen «Ausbruch» der Griechenlandkrise beobachten. Wie diese Krise deutlich erkennen ließ, hängt die auf dem Devisenmarkt ständig vorhandene Inflation besonders eng mit der in Form von Staatsschulden ebenfalls dauerhaft bestehenden zusammen.

5) **«Umweltschutz».** Eine bisher noch nicht erwähnte, ganz neue Sonderform der Inflation bereiten die ROTHSCHILDS hinter den Kulissen seit über zehn Jahren vor. Sie benötigen diesen neuen «Kanal» für weiteres Inflationsgeld dringend, um den längst absehbaren kommenden Zusammenbruch des Weitfinanzsystems noch solange hinauszuzögern, bis er der **endgültigen** Verwirklichung ihrer PROTOKOLLARISCHEN Pläne optimal in die Hände spielt. Die Rede ist vom angeblichen «Klimawandel» und dem bereits begonnen **Börsenhandel** mit sogenannten «Verschmutzungsrechten».

Um hier nicht auszuufern, sei dazu nur soviel bemerkt: Es war nicht irgendwer, sondern ein Spitzenmann der ROTHSCHILD-kontrollierten *Deutschen Bank,* nämlich KEVIN PARKER, der Chef ihrer Abteilung für Vermögensverwaltung, der im Januar 2010 in New York verkündete, der «Klimawandel sei der größte Anlagetrend aller Zeiten. Zehn Billionen Dollar wird die Umwandlung zu einer klimafreundlichen Weltwirtschaft kosten, rund 90 Prozent davon muß von privaten Investoren kommen!»[175] Gegründet wurde die diesem «Anlagetrend» zugehörige Börse *Chicago Climate Exchange* (CCY) von

kende *44 Prozent* aller US-Unternehmensgewinne lediglich auf dem «Finanzsektor» erwirtschaftet worden! - Produktiv sind lediglich die *echten* Dienstleistungen der Finanzinstitute, die jedoch nur einen Bruchteil ihrer Aktivitäten ausmachen. Als deren bei weitem bedeutendste hervorzuheben ist die Abwicklung des Zahlungsverkehrs.

ARGENS a.a.O., S. 96.

[175] «Handelsblatt», 18.1.2010, Weltnetzversion, zit. n. «Der freie Mensch» Nr. 5-6 (Mai-Juni) 2010, S. 37.

RICHARD SANDOR, einem mutmaßlichen Glaubensgenossen der ROTHSCHILDS, auch die jüdische Großbank *Goldman Sachs* ist seit 2006 mit vollen 10 Prozent daran beteiligt. Im März 2007 erklärte Lord GUTHRIE, Direktor der Londoner ROTHSCHILD-Zentrale *N.M. Rothschild & Sons*, die politischen Führer der Welt sollten «die globale Klimakrise mit einer einzigen Stimme ansprechen und Regeln auferlegen, die weltweit gelten».[176] Seitdem wandelte sich die *CCX* zur in London ansässigen *Climate Exchange PLC*, die wiederum im April 2010 von der *Intercontinental Exchange (ICE)* im amerikanischen Atlanta gekauft wurde[177] - wahrscheinlich, um die tatsächlichen Besitzverhältnisse zu verschleiern. Die nächste gigantische «Blase» steht also jedenfalls bereit, um das unausbleibliche Platzen der übrigen mehr als aufzufangen.

Alle vorstehend vorgestellten und erläuterten Formen isolierter Inflation betreffen die **spekulativen** «Sektoren» des Marktes. Als **Spekulation** bezeichnet man das Bestreben, einzig und allein durch ständigen Kauf und Wiederverkauf irgendwelcher Dinge, hier also Wertpapiere, Immobilien, Rohstoffe oder Devisen, *leistungslose*[178] Gewinne zu erzielen. ANDREAS BANGEMANN hat jüngst darauf hingewiesen, daß diese in großem und größtem Stil betriebene Spekulation jede Menge Kapital erfordert, «das auf Girokonten gehalten wird, um damit durch schnelle Transaktionen Gewinne in kürzester Zeit zu realisieren», und somit als «Quasi-Hortung» angesehen werden kann[179]. Selbst nach Verlusten, erst recht aber nach Gewinnen treibt die zur Sucht gewordene Gier die meisten «Spieler» in diesem globalen «Casino» dazu, es immer weiter zu versuchen, so daß nur sehr wenig von den dort pausenlos hin- und hergejagten Riesensummen jemals auf dem normalen Markt Nachfrage halten wird.

Wir können jedenfalls alle Sonderformen der Inflation passenderweise unter der Bezeichnung **Spekulationsinflation** zusammenfassen. Sie sind zwar nicht völlig hermetisch, aber doch ziemlich «dicht» vom allgemeinen Güter- und Dienstleistungsmarkt abgeschottet[180]. Alarmierende Meldungen aus jüngster Zeit, die *wahre* Inflationsrate, hier verstanden als **Geldmengenaufblähung,** in den USA habe in den letzten paar Jahren unglaubliche 14 bis 20 Prozent[181], im Euroraum immerhin 2008 bereits 12 Prozent[182]

[176] Alles lt. bzw. zit. n. *VICTOR THORN* in: «American Free Press», 24.5.2010, S. 4.

[177] Lt. «Der freie Mensch» Nr. 7-8 (Juli-August) 2010, S. 22f.

[178] Die dennoch natürlich nötige .Arbeit' des Spekulanten, eben das Spekulieren, ist keine Leistung im volkswirtschaftlichen Sinne, weil sie nichts für andere Nützliches produziert und einzig ihm persönlich zugutekommt.

[179] Vgl. *ANDREAS BANGEMANN* in: «Humane Wirtschaft» Nr. 4 (Juli-August) 2010, S. 3.

[180] Die stärkste Verbindung zum Standard-Markt, und daher auch den stärksten Einfluß auf die dortige Standard-Inflation, haben Rohstoff- und Immobilienblasen, denn die mit Inflationsgeld spekulativ hochgetriebenen Großhandelspreise bzw. Mietraten müssen ja letztlich von der Masse der Nicht-Spekulanten aufgebracht werden. Allerdings werden diese spekulativ erhöhten Preise dort, wo sie auf die jeweiligen «Endprodukte» durchschlagen, jedesmal ziemlich bald für immer mehr Menschen unbezahlbar und führen eben dadurch zum Zusammenbruch der Spekulation, d.h. zum «Platzen» der «Blase», so daß sie die Standard-Inflationsrate nicht dauerhaft bzw. nicht durchschlagend erhöhen können. Börsenblasen sind trotz allen vordergründigen Geredes der «Experten» von den realen Renditen der börsengehandelten Produktions- oder Dienstleistungsunternehmen fast gänzlich losgelöst, zwingen diese Unternehmen daher *durchschnittlich* kaum zu stärkeren Preiserhöhungen für ihre Produkte, tragen mithin zur Standard-Inflationsrate nur wenig oder gar nichts bei.

[181] Vgl. *ARGENS* a.a.O., S. 319 (13,64 % 2009); S. 327 (Anstieg von M3 um 18 % jährlich seit 2006); *BICHLMAIER* a.a.O., S. 275 (14 % 2007); *PHILLIPS* a.a.O., S. 88 (M3 um 14 % gewachsen 2007); *HELMUT WILD* in: «Recht und Wahrheit» Nr. 11+12 (November/Dezember) 2008, S. 10

betragen, werden vermutlich zutreffen. Sie relativieren sich jedoch erheblich dadurch, daß diese Inflation zum größten Teil bloß das *Spekulationskapital* aufbläht. «Die Schulden», sagt KEVIN PHILLIPS, «welche die Vereinigten Staaten in den letzten paar Jahren angehäuft haben, haben der Volkswirtschaft nur 30-40 Prozent jenes Anreizes beschert, den ihr zusätzliche Schulden noch vor 25 oder 40 Jahren verschafften. Wieso? Weil Geld, das 1970 oder 1984 aufgenommen wurde, um für Fabriken, neue Düsenkampfflugzeuge, Lehrer oder Autobahnen ausgegeben zu werden, weit mehr Wirkung an der Basis der Bevölkerung hatte als das Geld, das heute von zehntausend Hedgefonds aufgenommen wird, um die Hebelwirkung ihrer eigennützigen Spekulationen zu verdoppeln.»[183]

Die Spekulationsinflation nährt sich zwar großenteils aus den - eben inflationären! - Zinseszinseinnahmen der Großvermögenden. Denn die setzen ihre zu Millionen und Milliarden angehäuften Zinseszinseinkünfte, mit denen sie kaum etwas anderes anzufangen wissen, vermehrt zu Spekulationszwecken ein. Dennoch begrenzt bzw. verlangsamt die Spekulation das Geldmengenwachstum nicht! Denn das auf Girokonten zu Dauer-Spekulationszwecken «quasi-gehortete» Geld fordert zwar **an seinem Ort** keine *neuen* Zinsen und Zinseszinsen mehr (sondern stattdessen - allerdings ungewisse - Spekulationsrenditen aus schon vorhandenem Geld) ein; auf ihm lasten jedoch unweigerlich **irgendwo anders** jene Bankzinsen, gegen die es überhaupt nur als «Kredit» ursprünglich ins Dasein gelangt ist und im Dasein verbleibt! Soll daher das irgendwann *immer* fällige Platzen einer spekulativen Blase verhindert oder wenigstens gemildert (in Wirklichkeit nur hinausgeschoben!) werden, wie zuletzt ab 2008 globusweit vorgeführt, werden natürlich wieder riesige Mengen zusätzlichen inflationären Geldes fällig, getarnt als sogenannte «Rettungspakete» für Spekulationsgeschädigte Großbanken ...

5) Inflationsim- und -export

Inflation kann einem Land bzw. einem Währungsraum wie der Eurozone jederzeit von außen aufgenötigt werden, wenn, wie ja inzwischen längst von der «fünften Gewalt» *im wesentlichen* weltweit erzwungen, erst einmal sogenannter «freier Kapitalverkehr» zwischen den verschiedenen Ländern bzw. Währungszonen herrscht.

Export und Import, d.h. Aus- und Einfuhr, bedingen einander absolut: Export aus einem Land bedeutet gleichzeitig Import in ein anderes, und umgekehrt. Wenn z.B. Autos aus Japan nach Deutschland exportiert werden, importiert also Deutschland Autos aus Japan. Immerhin werden sich die ex- bzw. importierten Waren - in diesem Falle Autos - nach Durchführung des Ex- bzw. Imports nicht mehr in Japan, sondern in Deutschland befinden.

Inflation kann zwar ebenfalls ex- bzw. importiert werden; die Besonderheit dabei ist jedoch die, daß sich der Vorgang in der Mehrzahl der Fälle eher mit einer ansteckenden Krankheit vergleichen läßt. Wie die Krankheit denjenigen nicht verläßt, der einen anderen damit ansteckt, so bleibt nämlich auch für gewöhnlich die Inflation in jenem Land bestehen, das sie in ein anderes «exportiert». Mit anderen Worten: man kann meist nur im uneigentlichen Sinne von «Export» bzw. «Import» einer Inflation reden.

(14 % in den «letzten Jahren», «inzwischen 17 %»); *CHRISTOPHER J. PETHERICK* in: «American Free Press», 27.7.2009, S. 6 (M3 um 18 % gewachsen 2009); ders. in: «American Free Press», 18.1.2010, S. 4 (aktuell 20 % «nach manchen Schätzungen»),

[182] Vgl. *BICHLMAIER* a.a.O., S. 152 unter Berufung auf «WirtschaftsWoche», 2.6.2008.

[183] *PHILLIPS* a.a.O., S. 53.

Der bekannteste Fall von Inflationsexport ist derjenige, der auf der Internationalen Währungskonferenz von Bretton Woods 1944 sozusagen festgeschrieben wurde. Und das ging so:

1) Der US-Dollar wurde dort bekanntlich zum Gold in ein festes Verhältnis gebracht: je 35 $ mußten durch 1 Unze Gold «gedeckt» sein und konnten von ausländischen Notenbanken bei der US-Notenbank auch wirklich gegen eine Unze Gold eingelöst werden.

2) Alle übrigen Währungen der auf der Konferenz vertretenen Länder wurden *direkt* zum US-Dollar (und folglich *indirekt* auch zum Gold sowie zueinander) ebenfalls in ein jeweils festes Verhältnis gebracht; die Regierungen der betreffenden Länder verpflichteten sich, dieses *direkte* Verhältnis nötigenfalls durch aktive Eingriffe («Interventionen») ihrer Notenbanken aufrechtzuerhalten bzw. schnellstmöglich wiederherzustellen.

Zunächst blieb das also eine reine Angelegenheit der Notenbanken. Druckte die US-Notenbank mehr Dollars als in den USA benötigt wurden (oder ließ sie mehr im Umlauf, als erforderlich), verlor der Dollar durch diese inflationäre Geldmengenausweitung natürlich an Wert, nicht bloß in den USA selber, sondern auch gegenüber allen ausländischen Währungen an den internationalen Devisenmärkten.

Um diesen drohenden Wertverlust des Dollars zu verhindern, durfte jedoch die US-Notenbank die selbsterzeugten überschüssigen Dollars z.B. bei der *Bank von England* in britische Pfund und/oder bei der *Bank von Frankreich* in französische Francs eintauschen. Dollarsummen in theoretisch beliebiger Höhe mußten die auswärtigen Notenbanken also gegen eigene Währung entgegennehmen, bis das in Bretton Woods festgelegte Wertverhältnis des Dollars zum Pfund und/oder zum Franc auch auf dem freien Devisenmarkt wiederhergestellt war! Besaß nun aber die *Bank von England* nicht mehr genügend Pfund oder die *Bank von Frankreich* nicht mehr genügend Franc, um die überschüssigen Dollars «anzukaufen», mußte sie halt neue, zusätzliche Pfund- bzw. Franc-Noten drucken . . .! Damit war also die in den USA erzeugte Inflation auch in England und Frankreich angekommen, denn die frisch gedruckten Pfund- und Franc-Scheine waren ja in England und Frankreich genauso überzählig - d.h. **inflationär** - wie in den USA jene Dollars, gegen die sie eingetauscht wurden. Und genauso, wie die «angekauften» Inflationsdollars wenigstens theoretisch[184] irgendwann in die USA zurückkehren mußten, so mußten auch mit tödlicher Sicherheit irgendwann die Inflationspfund nach England und die Inflationsfrancs nach Frankreich zurückkehren, um dort das allgemeine Preisniveau in die Höhe zu treiben[185].

Diese Art von Dollar-Inflationsexport verschärfte sich noch erheblich, als 1959 darüber hinaus die «freie Konvertibilität», d.h. freie **Umtauschbarkeit** zwischen **allen** am System von Bretton Woods, d.h. am dort eingerichteten *Internationalen Währungsfonds (IWF)* beteiligten Währungen vertraglich vereinbart wurde. Von da an konnten nämlich auch *Privatpersonen* (vornehmlich Währungsspekulanten . . .) z.B. beliebig viele US-Dollars in anderen Ländern gegen dortige Währung eintauschen **oder umgekehrt,** und

184 \yir erläutern diese nötige Einschränkung ganz kurz im letzten Absatz dieses Unterkapitels, sehr viel eingehender erst später an ihrem eigentlichen Ort.

185 Ygi *SCHACHT* a.a.O., S. 122: «Eine Währung ist brauchbar nur dort, wo sie gesetzliches Zahlungsmittel ist. Natürlich werden Währungen im normalen internationalen Wirtschaftsverkehr hin und her gehandelt, aber letztlich können sie nur in ihrem Ursprungsland verbraucht werden. Käufer fremder Währungen ist immer nur, wer in fremdem Land Schulden zu zahlen hat oder Waren einkaufen will. Die Währung ist der nationalste aller Wirtschaftsfaktoren.»

zwar immer zum selben, 1944 in Bretton Woods ein für allemal festgelegten Umtauschkurs, also ohne jedes Risiko[186]! Inzwischen gehörte auch Deutschland zum System. «Freute man sich augenblicklich über die Möglichkeit, beliebige Devisenmengen mit deutschem Gelde erwerben zu können, so übersah man, daß auch ausländische Währungen in beliebiger Menge in Deutsche Mark getauscht werden konnten. Exporterlöse, ausländische Kredite und Kapitalinvestitionen flössen infolge des deutschen Wirtschaftsaufschwungs in großer Menge nach Deutschland hinein und bewirkten durch ihren Umtausch in Deutsche Mark eine Zunahme der umlaufenden Geldmenge, deren Regulierung die *Bundesbank* nicht mehr zu steuern in der Lage war.»[187]

Was da auf einmal alles hereinströmte und gegen zusätzlich gedruckte DM-Noten entgegengenommen werden mußte, waren aber jetzt nicht mehr bloß inflationierte US-Dollars, sondern auch beispielsweise stark inflationierte italienische Lire und französische Francs. Beide Währungen waren durch die internationalen Geldmacher noch stärker aufgebläht worden als die Deutsche Mark, mußten jedoch vom deutschen Bankensystem zum immerselben Bretton-Woods-Wechselkurs abgenommen werden. Deshalb «begannen 1963 unsere Nachbarn uns mit ihren kaufschwachen Währungen zu überschütten, um mit der zum festen Kurs eingetauschten kaufstärkeren Mark bei uns einzukaufen. Das trug zwar zur Ausdehnung unseres Exports bei, aber gleichzeitig auch zur inflatorischen Vermehrung unseres Geldumlaufs.»[188]

Wir brauchen uns nicht unnötig lange mit dem Phänomen des Inflationsexports aufzuhalten, weil sich ohnedies noch herausstellen wird, daß die Drahtzieher hinter all diesen scheinbar schicksalhaften oder angeblich durch bloße «Fehler» bedingten Manövern immer dieselben sind. Weisen wir daher nur noch kurz darauf hin, daß Inflation auch *nach* dem endgültigen Zusammenbruch der festen Wechselkurse von Bretton Woods 1971 bzw. 1973 weiterhin munter ex- und importiert wurde und wird. Fällt z.B. der von der US-Notenbank extrem aufgeblähte Dollar im Verhältnis zu den übrigen großen Währungen zu stark, werden die Amerikaner ihre relativ wertloser gewordenen Dollars zweimal umdrehen, bevor sie damit in Japan oder in der Eurozone noch Einkäufe tätigen. Der japanische und europäische Warenexport in die USA bricht also ein. Um ihm wiederaufzuhelfen, «müssen» daraufhin die *Europäische Zentralbank {EZB)* und die *Bank von Japan* «intervenieren»[189]. Dem Gesetz von Angebot und Nachfrage folgend, «kaufen»

186 Ygj pIELD a.a.O., S. 22: «Freie Konvertibilität bedeutet, daß die Regierung oder Zentralbank eines /JPF-Mitgliedslandes verpflichtet ist, US-Dollars zum festgelegten Wechselkurs und in unbegrenzter Menge an jeden zu verkaufen, der Dollars zur Zahlung einer laufenden Transaktion verlangt und die dafür nötige Summe in örtlichem Geld auf den Tisch legt.» Das war aber z.B. in Deutschland weit weniger das Problem als der umgekehrte Fall: massenhafter «Verkauf» von US-Dollars und anderen Fremdwährungen gegen DM!

187 *SCHACHT* a.a.O., S. 190f. Wie ebd. S. 198 näher erläutert wird, hätte eine Erhöhung der Leitzinsen zwar die Kredite «verteuert» und dadurch die rein inländische Geldvermehrung gebremst, dafür aber angesichts so hoher Zinsrenditen umso mehr ausländisches Kapital angelockt - obwohl *SCHACHT* uns nicht verrät, wieso denn eigentlich die ausländischen Anleger bzw. Banken **eher** Abnehmer für ihre dank hoher Leitzinsen «teuren» DM-Kredite gefunden hätten als die inländischen Anleger bzw. Banken für ihre dank derselben Leitzinsen **genauso** «teuren» DM-Kredite . . . Zumindest *dieses* angebliche «Dilemma», von dem *SCHACHT* an derselben Stelle merkwürdigerweise auch nur sagt, die *Bundesbank* habe *‚geglaubt'*, sich darin zu befinden, war also gar keines!

188 Ebd. S. 198.

189 Vgl. z.B. *JACOB A. FRENKEL/MORRIS GOLDSTEIN,* Die internationale Rolle der Deutschen Mark, in: *Deutsche Bundesbank* (Hrsg.), Fünfzig Jahre Deutsche Mark. Notenbank und Währung in

sie gegen Unmengen frisch produzierter Euros und Yen (= Inflation) solange Dollars auf, bis der solchermaßen plötzlich «stärker nachgefragte» Dollar an den Devisenmärkten wieder auf ein höheres Kursniveau gestiegen ist, so daß die Amerikaner in Europa oder Japan wieder *mehr* Waren für ihr Geld bekommen können - die Europäer und Japaner hingegen im *eigenen* Land für *ihr* Geld weniger . . .

Nur in die wirtschaftsschwachen Länder der 2. oder 3. Welt wird die Inflation nicht wie eine ansteckende Krankheit, sondern eher nach Art einer Ware exportiert! Dort tritt die importierte Geldentwertung nämlich meist sofort als sogenannte galoppierende oder «Hyper»inflation mit Jahresraten von vielen Zig, etlichen Hundert oder gar Tausenden von Prozent auf. Grund für die plötzliche enorme allgemeine Preissteigerung ist aber keine *vorangegangene* Geldmengenvermehrung im eigenen Land. Vielmehr haben ausländische Devisenspekulanten durch entsprechend schlaue Manipulationen eine so starke und jähe Abwertung der Landeswährung erzwungen, daß sämtliche Importwaren mit einem Mal enorm im Preis steigen und damit unerschwinglich werden. *Erst jetzt* reagiert die landeseigene Notenbank mit dem so verzweifelten wie nutzlosen Versuch, durch starke Geldmengenerhöhung die Kaufkraft der inländischen Bevölkerung gegenüber diesen oft sogar lebensnotwendigen Importwaren (Nahrungsmittel!) zu erhöhen. Nutzlos bleibt das, weil alsbald die nächste Abwertung gegenüber den starken westlichen Auslandswährungen durch die internationalen Devisenhändler folgt . . ,[190], eine aus *eigener* Kraft praktisch nicht mehr anzuhaltende Todesspirale. Die Spekulanten selber treten denn auch schließlich als «letzte Retter» auf - gegen entsprechend harte Zugeständnisse. Wir kommen noch dazu.

Verschiedentlich wird behauptet, der Export insbesondere der US-Dollar-Inflation nach Europa ermögliche es den Exporteuren, hier also den Amerikanern, mit ihren wertloser gewordenen, aber just im Zuge des «Exports» z.B. gegen «stärkere», also wertvo/-*lere* Euros *eingetauschten* Dollars in der Eurozone besonders günstig einkaufen zu gehen[191]. Dem scheint entgegenzustehen, daß die Sache doch umgekehrt genauso funktioniert. Durch den Inflationsimport wird ja zeitgleich der Euro ebenfalls wertloser, so daß sich genausogut behaupten ließe, die Europäer könnten jetzt mit den gegen «billigere» Euros eingetauschten «stärkeren» Dollars in den USA günstiger kaufen. Theoretisch müßten sich also beide Effekte wechselseitig aufheben; sowohl in den USA als auch in der Eurozone sollte die praktisch *gleichzeitig* erfolgte Geldmengenerhöhung eigentlich die Preise auch *gleichzeitig* in die Höhe treiben!

Daß dem in der Praxis nicht so ist, daß also die Amerikaner, genauer gesagt (!), die jeweiligen Besitzer der großen US-Dollarvermögen durch den Inflationsexport wirklich einen beträchtlichen Einkaufsvorteil erlangen, hängt engstens damit zusammen, daß der US-Dollar die sogenannte Welt-Reservewährung ist. Daß also die anderswohin exportierten Überschußdollars entgegen dem, was normalerweise zu erwaren wäre, meist gar nicht mehr in die USA zurückkehren, sondern bei den Notenbanken der «Importländer als schönfärberisch sogenannte «Reserven» jähre- und jahrzehntelang nutzlos in den Tresoren liegenbleiben. Doch das rührt bereits an eines der schmutzigen Geheimnisse «unserer» in den PROTOKOLLEN besungenen .unsichtbaren' «Macht», das indessen hier noch nicht im einzelnen enthüllt werden kann, weil uns noch ein paar Voraussetzungen dazu fehlen.

Deutschland seit 1948, S. 723-771, hier: S. 751 Anm. 43: «.. . hat die Schwäche des Dollars in den neunziger Jahren andere Industrieländer zu umfangreichen Interventionen zugunsten des Dollars veranlaßt und eine Anhäufung von Dollars in ihren Reservebeständen bewirkt. ..»

190 Vgl. dazu im einzelnen *HODGSONBROWN* a.a.O., S. 289-297.

191 Vgl. z.B. *BICHLMAIER* a.a.O., S. 171f.

6) Wer macht die Inflation?

Diese Frage wurde eigentlich weiter oben schon beantwortet. Da sie jedoch heftig umstritten ist, muß sie noch weiter geklärt werden.

Als Lefe/verantwortliche für das Geldmachen kommen rein theoretisch drei verschiedene Institutionen in Betracht: 1) die Zentral- oder Notenbanken; 2) die Regierungen; 3) die Geschäftsbanken.

Wer sich einbildet oder anderen einreden will, die Zentralbanken der westlichen Welt und darüber hinaus seien Einrichtungen der jeweiligen Regierung und tanzten gehorsam nach deren Pfeife, wird natürlich behaupten, die «Regierungen» machten die Inflation. Einen «Grund» dafür halten diese Desinformanten, zu denen neben ROTHBARD[192] und BAADER[193], von denen man gar nichts anderes erwartet, leider auch BANDULET[194], GRIFFIN[195] und sogar ARGENS[196] zählen, selbstverständlich ebenfalls bereit: die «Regierun-

[192] Vgl. *ROTHBARD* a.a.O., S. 56, S. 61 («Bis vor ein paar Jahrhunderten gab es noch keine Banken, und daher war der Staat noch nicht in dem Maße wie heute in der Lage, den Bankenapparat zur massiven Inflationierung zu verwenden.»), und im selben Sinne S. 69, 71, 75f; der Übersetzer *JÖRG GUIDO HÜLSMANN* bläst in seinem eigenen umfänglichen «Nachwort» auf S. 113f u. 121 f wacker ins selbe Horn!

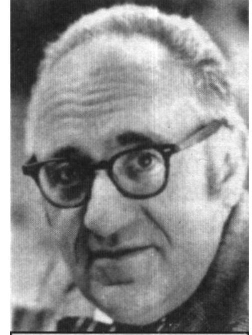
[193] Vgl. *BAADER* a.a.O., S. 124,130,134,270f u. öfter! S. 43 wird der israelische Militärhistoriker *MARTIN VAN CREVELD* zustimmend wie folgt zitiert: «Nun, da den Staaten endlich die beabsichtigte Eroberung des Geldes gelungen war, besaßen sie dank der absoluten Herrschaft über die Wirtschaft die Möglichkeit, sich gegenseitig in bis dahin und seither beispiellosem Ausmaß ... zu bekämpfen.» Dreister kann man kaum lügen . . .

[194] Vgl. *BRUNO BANDULET,* Die letzten Jahre des Euro. Ein Bericht über das Geld, das die Deutschen nicht wollten, 2. Aufl. Rottenburg 2010, S. 33f: «Regierungen» haben «die Notenbanken vor allem zu dem Zweck gegründet, bei ihnen Kredite aufnehmen und inflationieren zu können»; ebd. S. 124 hängt sich der Autor, der es jedoch an anderen Stellen seines Buches durchaus besser weiß (!), für die Wiederholung dieser These sogar direkt an *BAADER* an; ebd. S. 168 schwadroniert er über die «Fähigkeit der Staatsapparate und ihrer [!] Notenbanken, das Unvermeidliche hinauszuschieben».

[195] Vgl. *GRIFFIN* a.a.O., S. 162, 259 u. öfter, wo Inflation immer nur als «versteckte Steuer» dargestellt und angeprangert wird, «durch welche die Regierungen sofortige Kaufkraft ohne Besteuerung gewinnen». Tatsächlich kommt das von den Banken und eben gerade nicht von den Regierungen *inflationär* geschöpfte Geld jedoch keiner «Regierung», sondern den Großvermögenden, also vor allem den Großbankbesitzern selber und ihren Anlegern, als Zinseszinszahlungen zugute!

[196] Vgl. *ARGENS* a.a.O., S. 100, wo es tatsächlich heißt: «,Unser Staat' ist der Hauptnutznießer der Inflation», und dies, weil angeblich «,unser Staat' die Preise treibt»! Hier ist trotz aller sonstigen fachlichen Beschlagenheit anscheinend nie richtig begriffen worden, daß sich die «Preise», auch alle hier damit gemeinten *staatlichen Gebühren,* niemals «treiben» lassen, wenn die umlaufende Geldmenge nicht erhöht wird, und darauf hat der Staat gerade wegen seiner Verschuldung längst jeden Einfluß verloren, so daß seine stetigen Gebührenerhöhungen auch immer nur der heimlichen Rothschildschen Geldvermehrung hinterherzulaufen vermögen. Würde *bei gleichbleibender Geldmenge* der Staat wirklich ständig seine Gebühren erhöhen, müßten nach ADAM RIESE alle übrigen Waren und Dienstleistungen durchschnittlich im Preis *sinken* statt ebenfalls zu steigen; schlimmstenfalls bräche die Wirtschaft zusammen, weil niemand mehr die exorbitanten Gebühren zu zahlen imstande wäre und alle bankrott gingen! - Dieselbe unsinnige Argumentation findet sich bei *DANIEL ECKERT,* Weltkrieg der Währungen. Wie Euro, Gold und Yuan um das Erbe des Dollar kämpfen, 2. Aufl. München 2010, S. 222: «größter Nutznießer» der Inflation ist auch hier angeblich «der Staat», denn «[a]nders als Private oder die meisten Unternehmen steigert die Regierung ihre Einkünfte proportional zum allgemeinen Preisniveau». Das ist eine prächtige Milchmädchenrechnung, denn wenn wirklich das **allgemeine** (!) Preisniveau steigt, erhöhen sich logisch zwangsläufig **im Durchschnitt** die Einkünfte **aller** Unternehmen und die Einkünfte **aller** Beschäftigten (Löhne/Gehälter sind bekanntlich die **Preise** für geleistete Arbeit!) **im selben Verhältnis** wie die des Staates!

gen» wollen auf diese Weise, mittels «heimlicher Besteuerung», ihre Staatsschulden «loswerden». Indessen, wenn ihnen die Zentralbank doch *gehört* und sie darin *wirklich* das Sagen haben - warum *haben* sie dann überhaupt Staatsschulden? Darauf wissen unsere Desinformanten nichts Einleuchtendes mehr zu antworten, sondern beginnen zu schwafeln. Wegen zu üppiger «Wahlgeschenke» reichen angeblich die Steuern nicht[197]. Na und? Wem die Zentralbank gehört, der kann doch Geld für Wahlgeschenke drucken und ausgeben soviel er will, völlig schulden- und zinsenfrei!


Murray Rothbard

Es ist sonnenklar: wäre der Staat wirklich Herr der Zentralbank, wie übrigens auch von dem notorischen Freimaurer[198] HJALMAR SCHACHT glatt wahrheitswidrig behauptet[199], wäre es die jeweilige Regierung, die das Geld machte, und niemand sonst. Wenn sie es aber selbst machte, bräuchte sie es selbstverständlich nicht zu leihen. Daß sie sich permanent Geld leihen muß, beweist daher voll und ganz, daß sie es nicht selbst machen kann bzw. darf.

Bleiben also nur noch entweder die Banken oder die Zentralbanken. Um hier schon vorwegzunehmen, was im nächsten Kapitel auf das genaueste nachgewiesen werden wird: jede westliche - und spätestens seit dem Zerreißen des Eisernen Vorhangs auch jede östliche - Zentralbank gehört direkt oder indirekt den (Groß-) Banken des Landes oder auch darüber hinaus, und die wiederum werden im wesentlichen von jenen «internationalen Bankiers» kontrolliert, die nach dem eingangs zitierten offenen Eingeständnis des jüdischen Verbandsfunktionärs HERMAN HOFFMAN praktisch allesamt der von ihm sogenannten «jüdischen Rasse» angehören.

Indem also - ganz entgegen dem in der Öffentlichkeit eifrig erweckten Anschein - die Zentralbanken den großen Geschäftsbanken unterstehen und keineswegs umgekehrt, sind die Großbanken die wahren Geldmacher. Wie wir ebenfalls im nächsten Kapitel sehen werden, erzeugen sie auch wirklich den *größten Teil* alles «umlaufenden» Geldes, nämlich das *Buchgeld,* zumeist in Eigenregie. Die Zentral- oder Notenbank dagegen pro-

197 Ygj *BAADER* a.a.O., S. 129f: «Die politischen Kasten der westlichen Welt ließen sich diesen Rat [von KEYNES], bei jedem Anzeichen von konjunktureller Schwäche oder von steigender Arbeitslosigkeit mehr Geld auszugeben und Schulden zu machen, nicht zweimal sagen. . . . Wählerstimmen waren nun mit beliebigen Summen käuflich und die politischen Zampanos konnten sich als Erlöser von allen Übeln aufspielen. Kein Wunder also, daß die Regierungen diese Politik — mit Hilfe ihrer Zentralbanken - jahrzehntelang mit wachsender Begeisterung betrieben.»

198 Er selbst erwähnt zwar seine Logenmitgliedschaft mit keinem Wort, obwohl sein hier benutztes Werk mit selbstbiographischen Einzelheiten ausgefüllt bzw. ausgeziert ist, die bei seiner frühesten Jugend beginnen! Sie steht aber einwandfrei fest. *LORENZ JÄGER,* Hinter dem Großen Orient. Freimaurerei und Revolutionsbewegungen, Wien - Leipzig 2009, S. 108 faßt die diesbezüglichen Ausführungen von *REINHARD MARKNER* in der «Frankfurter Allgemeinen Zeitung» vom 20.8.2008 wie folgt zusammen: «Am 22. September 1915, so MARKNER, lud RICHARD KLEFFEL, Vorstand des *Deutschen Großlogenbundes,* die Vertreter aller Großlogen deshalb zu einer außerordentlichen Versammlung „behufs Beratung über eine höchst dringende und wichtige Angelegenheit" ein. Bei dieser Beratung sprach HJALMAR SCHACHT, der spätere Reichsbankpräsident und dann auch Wirtschaftsminister unter HITLER, über seine türkischen Eindrücke, die er bei einer Reise im Sommer 1909 gesammelt hatte. SCHACHT gehörte, wie MARKNER weiter mitteilt, der Berliner Loge *Urania zur Unsterblichkeit* an. Nach MARKNERS Referat lernte SCHACHT in Saloniki die ersten türkischen Freimaurer kennen, und auch im weiteren Verlauf der Reise fanden er und seine beiden Begleiter in ihren Kreisen überall „die freundlichste Aufnahme und Behandlung".»

199 Vgl. *SCHACHT* a.a.O., S. 100: «Keine Notenbank darf gegen ihre eigene Regierung handeln. Die Regierung ist Herr der Notenbank und kann ihre Kreditpolitik beeinflussen.»

duziert, von ein paar allerdings bedeutenden Ausnahmen abgesehen, im wesentlichen «nur» das Papiergeld, und zwar in dem Maße, in welchem es von den Großbanken angefordert wird, die es ggf. auch an die kleineren Banken weiterreichen. Dem Staat bleiben als einziges Geld, das er noch machen darf, die Münzen, aber selbst darin ist er nicht wirklich frei.

Wer nun das Geld *überhaupt* erzeugt, der erzeugt auch das jeweils *überschüssige* Geld, der erzeugt auch die *Inflation**.

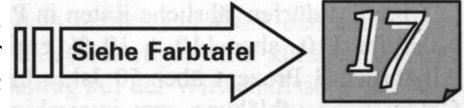
Ehe wir fortfahren, müssen wir uns also eines vollkommen klarmachen und stets im Hinterkopf behalten: Die wahre Hierarchie oder Rangordnung der «fünften Gewalt» verläuft **nachweislich** genau umgekehrt wie man uns allenthalben weismachen will, nämlich:

1) Die oberste und wahre Befehlsgewalt bezüglich des Geldmachens haben die ROTHSCHILD-kontrollierten und/oder ROTHSCHLLD-assoziierten Großbanken mit den ROTHSCHILDS persönlich an der Spitze.

2) Zur Verschleierung dessen wird als erste «Frontorganisation» jeweils eine Zentralbank vorgeschoben, die angeblich ganz allein das Geld (abzüglich der Münzen) macht und in Umlauf bringt.

3) Zur nochmaligen Absicherung wird als zweite «Front» vor die Zentralbank der «Staat» bzw. die «Regierung» geschoben, denen die Zentralbank angeblich gehört.

Ein paar umständliche Zeremonien, die alles genau anders herum erscheinen lassen als es in Wirklichkeit ist, müssen die ROTHSCHILDS und ihr Orbit natürlich in Kauf nehmen, damit das breite Publikum nicht merkt, daß die «fünfte Gewalt» längst die Macht ergriffen hat. Tatsache ist jedenfalls: In *Geldsachen* überhaupt, ganz sicher jedoch beim Geldwerte« sind die «demokratisch gewählten» Regierungen lediglich das unterste, rein befehlsempfangende Ausführungsorgan der Großbanken. Dagegen haben die Zentralbanken nicht bloß ausführende sondern überdies beratende Funktion und treffen innerhalb gewisser Grenzen routinemäßig auch eigene Entscheidungen. Alle größeren Abweichungen von der Routine bedürfen jedoch zumindest der vorherigen Absegnung durch die maßgeblichen Eigentümer der Zentralbanken, die «internationalen Bankiers», wenn sie nicht gar von ihnen selbst ausgeheckt und angestoßen werden.



Behalten wir das gut im Gedächtnis, wenn nachfolgend statt von den Banken immer nur von den vorgeblich «staatlichen» *Zentralbanken* die Rede ist. Denn offiziell geben zwar nicht die Geschäftsbanken, wohl aber die als «staatlich» firmierenden Zentralbanken durchaus zu, daß sie permanent Inflation machen. Das ist indessen nur der Fachwelt bewußt, kaum der Journaille und gar nicht dem breiten Publikum. Dem wird nur gerade umgekehrt erzählt, zumal in Deutschland, die Zentralbank müsse Preisstabilität garantieren oder jedenfalls «vorrangig» anstreben, und sie tue das tatsächlich mit Bravour!

Um denn auch beides, Inflation und Preisstabilität, so widersprüchlich es objektivermaßen ist, wenigstens mit bloßen Worten unter einen Hut zu bringen, haben sich die Zentralbankiers längst etwas ganz Famoses einfallen lassen. Sie «definieren», was «Preisstabilität» sei, gemäß ihren bzw. ihrer heimlichen Herren eigenen Bedürfnissen. Und dann lautet die Definition im Prinzip so: «1-3 % Inflation = Preisstabilität»[200]! Wobei klar sein dürfte, daß hier entweder der Begriff «Inflation» oder derjenige «Preisstabilität» schamlos verbogen werden muß, um beide tollkühn durch ein Gleichheitszeichen verbinden zu können ...

200 Ygi *FRENKEL/GOLDSTEIN* a.a.O., S. 764: «. . . wobei Preisstabilität als eine Inflationsrate von etwa 1-3 % interpretiert wird».

Die *Deutsche Bundesbank* zum Beispiel setzte sich - angeblich *offiziell* erst ab 1979, faktisch jedoch von Anfang an - bei ihrer sogenannten Geldmengensteuerung **alljährlich** eine «kurzfristig als „unvermeidbar" akzeptierte Preissteigerungsrate» zum Ziel, «Mitte der achtziger Jahre ersetzt durch das Konzept einer „normativen" Preissteigerungsrate»[201]! Dabei betrug die «unvermeidliche Preissteigerungsrate», ein Begriff, der übrigens 1985 «erstmals» nicht mehr erwähnt wurde, weil er ‚anstößig' wirkte und ‚zu Mißverständnissen Anlaß gab'[202], 1982-1983 stolze 3,5 %, später nur noch 2 %, was aber rein theoretisch blieb, weil es der *Bundesbank* leider, leider fast nie «gelang», wenigstens diese Zielmarke zu treffen[203]; gewöhnlich wurde sie mehr oder weniger stark *überschritten!* Durchschnittlich «erzielt» wurden in den 50 Jahren zwischen 1948 und 1998 «knapp 3 %» Inflation, gemäß der 70er-Regel also 70 : 3 = 23,3, d.h. alle 23,3 Jahre eine Verdoppelung der Preise = eine Halbierung der Kaufkraft und damit des Wertes der D-Mark, insgesamt also eine Entwertung der D-Mark um rund 77 % Prozent oder mehr als Dreiviertel!

Dabei bleibt übrigens, um es hier einzuflechten, immer sehr genau zu beachten, wovon man jeweils spricht. Denn Inflation als - ursächliche - **Geldmengenausweitung** ergibt in Prozenten oder Bruchteilen ausgedrückt keineswegs dieselben Zahlen wie Inflation als - verursachte - **Preissteigerung,** und die drückt sich nochmals in ganz anderen Zahlen aus als die ihr entsprechende **Geldentwertung!** Weiter ist unbedingt zu berücksichtigen, ob eine Steigerung «*aufi*> oder «*um*» soundsoviel Prozent erfolgt, denn auch das ist beileibe nicht dasselbe!

Eine Geldmengenausweitung **auf** 100, 200, 300, 400, 1000 % fuhrt zu einer Preissteigerung von 0, 100, 200, 300, 900 %, obwohl alles gar nicht teurer, doppelt, dreimal, viermal, zehnmal so teuer wird (!); sie bedingt aber «nur» eine Geldentwertung von 0, 50, 66,6, 75, 90 %.

Eine Geldmengenausweitung **um** 100, 200, 300, 400, 1000 % dagegen führt auch zu einer Preissteigerung von 100, 200, 300, 400, 1000 %, wobei jedoch alles zwei-, drei-, vier-, fünf-, elfmal so teuer wird; sie hat aber dabei «nur» eine Geldentwertung von 50, 66,6, 75, 80, 91 % zur Folge!

Überdies dürfen jährliche Raten in Prozenten nicht einfach addiert werden! 100 + 10 % ergibt 110, aber 110 + 10 % ergibt nicht mehr bloß 120, sondern bereits 121. Alljährlich 3 Prozent über 50 Jahre hinweg sind also nicht etwa 3 % x 50 = 150 % Geldmengenaufblähung, was immerhin bereits einer Entwertung der DM von 100 % : (100+150=)250 % = 0,4, also um 60 % oder drei Fünftel auf nur noch 40 % oder 40 Pfennig gleichkäme. Vielmehr entsprechen sie, wie die 70er-Regel überschlägig und die mühsamere Nachrechnung exakt ergibt, einer Entwertung von 77,2 % oder gut drei Vierteln bis-knapp vier Fünfteln auf nur noch 22,8 % oder 22,8 Pfennig!

Die *Bundesbank* gibt also selbst zu, durch ihre «unvermeidliche» bzw. «normative» «Preissteigerung» (eigentlich müßte es ja heißen: **Geldmengenaufblähung!)** über 50

[201] *ERNSTBALTENSPERGER,* Geldpolitik bei wachsender Integration (1979-1996), in: *Deutsche Bundesbank* (Hrsg.), Fünfzig Jahre Deutsche Mark. Notenbank und Währung in Deutschland seit 1948, S. 475-559, hier: S. 480 (auch Anm. 2). Vgl. auch ebd. S. 495 Anm. 5 Forts., wo der «normative» Preisanstieg dahingehend verharmlost wird, daß er «angesichts der statistischen Ungenauigkeit der Inflationsmessung und der Qualitätssteigerungen beim Güter- und Dienstleistungsangebot mit dem Ziel der Preisstabilität vereinbar erscheint» ... - also nicht mit der Preisstabilität selber, sondern nur mit dem Ziel, an dem man jedoch absichtsvoll immer nur vorbeischießt.

[202] Ebd. S. 494.

[203] Vgl. ebd. S. 492, 504, 530f, 535 sowie bezüglich der Zielverfehlung S. 492-536 *passim.*

Jahre hinweg jede Mark wertmäßig auf bloß noch 22,8 Pfennig reduziert zu haben. Damit steht sie aber nicht allein da. So hatten sich im Jahre 1996 «die Zentralbanken von Neuseeland, Kanada, U.K., Schweden, Finnland, Australien und Spanien explizite Inflationsziele gesetzt»[204]. Explizit heißt hier nur soviel wie «offiziell veröffentlicht», denn «implizit» kommt **im aktuell herrschenden Schuldgeldsystem** gar keine Notenbank umhin, sich solche anrüchigen Ziele zu setzen. Mittlerweile geben denn auch die *EZB,* die US-Notenbank *Federal Reserve System {FED)* und weitere Zentralbanken «explizit» zu, ähnliche «Inflationsziele» zu verfolgen, freilich nur mit höchst mäßigem Erfolg . . .

Über die *EZB* hieß es Anfang April 2003: «Die Teuerungsrate blieb damit [mit 2,4 % jährlich] zum achten Mal in Folge [d.h. acht Monate lang] über der von der *Europäischen Zentralbank {EZB)* festgelegten Warnschwelle von 2,0 Prozent. Nur unter dieser Marke herrscht nach den Regeln der *EZB* Preisstabilität.»[205] Demnach wären also für die sogenannten europäischen «Währungshüter» 1,9 % Inflation = Preisstabilität, ganz «explizit»! In Wirklichkeit gehen sie freilich noch erheblich darüber hinaus, denn für die Geldmenge M3, zu welcher neben dem Bar- und Giralgeld auch so gut wie alle mittel- und langfristigen «Geldanlagen», also nahezu sämtliches Bar- und Buchgeld, gehört, werden inzwischen satte 4,5 % «Geldmengenwachstum» «angestrebt» (jedoch nicht erreicht, sondern mit zeitweilig über 10 % erneut leider, leider um etliche Meter «verfehlt» .. ,)[206].

Bei der amerikanischen *FED* waren es im Juli 2006 demgegenüber wieder bescheidene 2 Prozent Inflation, die von ihrem *Offenmarktausschuß* einfach schon für das ganze Jahr 2007 «vorhergesagt» wurden, mit dem beruhigenden Zusatz, das sei «das obere Ende des annehmbaren Bereichs»[207]!

In Südafrika näherte sich die Inflation im Oktober 2006 nach Angaben der dortigen Zentralbank der 6-Prozent-Marke, was ebenfalls «dem oberen Ende des Zielbereichs von 3-6 Prozent der Bank» entsprach[208].

Über Brasilien hieß es 2011: «Ende April lag die jährliche Inflationsrate bei 6,51 Prozent - und notierte damit erstmals seit 2005 über der von Regierung und Notenbank tolerierten Höchstgrenze von 6,5 Prozent.»[209]

Neuerdings sucht sogar die etablierte Presse dem breiten Publikum den anrüchigen Sachverhalt nahezubringen und ihn gleichzeitig zu rechtfertigen! Ein kürzlich von der *Deutschen Presseagentur {dpa)* verantworteter Beitrag auf der Wirtschaftsseite der Kasseler Tageszeitung *Hessisch-Niedersächsische Allgemeine {HNA)* erläuterte: «Von Infla-

[204] *RUDOLF RICHTER,* Die Geldpolitik im Spiegel der wissenschaftlichen Diskussion, in: *Deutsche Bundesbank* (Hrsg.), Fünfzig Jahre Deutsche Mark. Notenbank und Währung in Deutschland seit 1948, S. 561-606, hier: S. 588 Anm. 174.

[205] Dpa-Meldung in: «Die Tagespost», 1.4.2003.

[206] Lt. *BICHLMAIER* a.a.O., S. 144. *BANDULET* a.a.O., S. 36f präzisiert, die *EZB* habe diese jährliche Wachstumsrate für M3 schon im Dezember 1998 festgelegt. Dafür «wurde eine Inflationsrate von knapp zwei Prozent zugrundegelegt, außerdem ein reales Wirtschaftswachstum von zwei bis zweieinhalb Prozent und zusätzlich ein leichter Rückgang der Umlaufgeschwindigkeit des Geldes - macht zusammen rund 4,5 Prozent.» Auch ihm zufolge wurde diese Rate aber nie eingehalten. 1999 betrug sie knapp 6 %, sank 2001/2002 für eine Weile sogar unter 4,5 %, erreichte aber 2003 wieder stolze 9 % und 2007 sogar 12 %, ehe sie 2009 finanzkrisenbedingt auf Null fiel - wo sie unter Garantie nicht lange verharrt haben wird!

[207] *SCOTTLANMAN/STEVE MATTHEWS* in: «Mercury Business News» (Johannesburg), 27.10.2006.

[208] *ETHEL HAZELHURST* in: «Mercury Business News» (Johannesburg), 13.10.2006.

[209] *DENNIS KREMER* in: «Financial Times Deutschland», 11.5.2011.

tion sollte nur gesprochen werden, wenn die Preise längerfristig steigen und sich die Teuerungsrate länger **über der Zwei-Prozent-Marke** hält.» Zitiert wurde sodann der mutmaßlich jüdische Rektor der *Otto Beisheim School of Management* MICHAEL FRENKEL mit der Schein-Begründung: «Für das Zusammenspiel der Teilnehmer in einer Marktwirtschaft sei eine leichte Teuerung notwendig. „Nur so können die Signale richtig abgelesen werden: Was ist knapper geworden, was ist wertvoller."» Die Falschheit dieser Auskunft springt in die Augen: gerade die ständige, aber in ihrer Höhe schwankende «Teuerung» **erschwert** doch die Unterscheidung zwischen knappheitsbedingter Teuerung einerseits und inflationärer Teuerung andererseits! Trotzdem blieben die Artikelschreiber dabei: «Die *Europäische Zentralbank (EZB)* sieht [!] unter der Führung von Präsident JEAN-CLAUDE TRICHET bei einer Inflation von zwei Prozent Preisstabilität.»[210] Da könnte genausogut jeder Steuerbürger sagen: ‚Ich sehe bei einer Steuerunterschlagung von zwei Prozent Steuerehrlichkeit' ...

Es steht somit fest, daß es **offiziell zugegebenermaßen** die *Zentralbanken* sind, die die Geldmenge unentwegt aufblähen. Im folgenden großen und für den vorliegenden Band zentralen Kapitel über die Geldschöpfung wird nun aber zweierlei gezeigt werden:

1) Die Zentralbank gehört nicht etwa der Regierung bzw. dem Staat, sondern *rein formal* «den», also allen privaten Geschäftsbanken als ihr Zentralorgan, *tatsächlich* jedoch nur den jeweils ganz wenigen international gesteuerten Bankenr/esen unter den Geschäftsbanken des jeweiligen Landes, die allein nämlich die *effektive* Kontrolle über dieses Zentralorgan ausüben und mithin seine sogenannte «Geldpolitik» *bestimmen.* Zentralbanken der Schwellen- und Entwicklungsländer werden auf diversen Wegen ebenfalls vom «westlichen» ROTHSCHILD-dominierten Bankensystem kontrolliert und gesteuert. Global gesehen handelt es sich daher, wie HENRY MAKOW treffend sagt, um ein ganzes «hydraköpflges Zentralbankenkartell»[211]!

   Wäre es anders, hätte sich die US-Regierung als (nicht zuletzt infolge ihrer drückenden «Staatsschulden») Erfullungsgehilfin der Rothschildschen «fünften Gewalt» nicht so sehr beeilt, zuerst in Afghanistan (nach 2001), dann auch im Irak (nach 2003) *endlich* eine **(von ihr kontrollierte)** Zentralbank zu installieren, so daß im Jahre 2005 angeblich nur noch ganze **fünf** (!) Länder der Erde *ohne* Zentralbank waren, nämlich der Iran, Nordkorea, der Sudan, Kuba und Libyen[212] . . . Und nicht einmal das stimmt! Zumindest Libyen und der Iran verfügen offenbar schon seit Jahrzehnten sehr wohl über eine Zentralbank. Die Wirtschaftspresse präsentierte 2010/2011, ohne freilich anzugeben, wie lange diese Institute bzw. Ämter schon existieren, sogar mit Konterfei + freimaurerischer Signalgeste (!) einen MAHMUD BAHMANI als «Chef der iranischen Zentralbank»[213] und einen FARHAT BENGDARA als «Chef der [libyschen] Zentralbank»[214], die MUAMMAR AL-GADDAFI anscheinend bei seiner Machtübernahme 1969

[210] Dpa-Beitrag in: «HNA», 25.1.2011; Hervorh. hinzugefügt.

[211] *MAKOW,* Illuminati 2 ... a.a.O., S. 11: «the hydra headed central banking cartel».

[212] Lt. *ANDREW CARRINGTONHITCHCOCK,* The Synagogue of Satan [Die Synagoge Satans], 2. Aufl. Austin/Texas 2007, S. 282; vgl. auch S. 251 u. 269. - Das Werk ist 2009 in deutscher Übersetzung unter dem Titel «Satans Banker. Die Finanzgeschichte der globalen Vereinnahmung durch Rothschild & Co.» in Gelnhausen-Roth erschienen, wurde jedoch leider so **erbärmlich** schlecht übersetzt, daß die Ausgabe, trotz ihrer (gegenüber der Originalausgabe) begrüßenswerten optischen Aufwertung mittels durchgehender Bebilderang, nahezu unbrauchbar ist.

[213] *MATHIASBRÜGGMANN,* Iran verringert seine Euro-Reserven, in: «Handelsblatt», 4.6.2010.

[214] *CLAUS HECKING/ANDRE TAUBER/KATHRIN WERNER/LUKAS HEINY,* Gaddafi Inc., in: «Financial Times Deutschland», 28.2.2011.

bereits vorfand[215]! Auch die iranische Zentralbank bestand zumindest schon unter der US-gestützten Herrschaft von Schah MUHAMMAD RECA PAHLEWI; der ROTHSCHILD-Vertraute DAVID ROCKEFELLER, der den Schah ab 1965 mehrmals besuchte, erwähnt sie zweimal als die «*Bank Markazy,* Irans Zentralbank», mit der seine, ROCKEFELLERS Bank, «die *Chase* schon lange intensive Korrespondenzbeziehungen» unterhielt[216] ...

2) Seinem Nachfolger JENS WEIDMANN übergab der scheidende *Bundesbank*-Präsident AXEL WEBER kürzlich als Geschenk einen «Kompaß samt Schraubenzieher zu dessen Manipulation»[217]. Ein hübscher Einfall, eine Machtbefugnis der *Bundesbank* zu «symbolisieren», die sie tatsächlich gar nicht besitzt! Denn den «geldpolitischen» Kompaß nach Belieben zu verstellen - das bleibt ganz anderen Leuten vorbehalten! Je nach Betrachtungsweise der größte Teil oder sogar die Gesamtheit des Papier- und Buchgeldes wird von den privaten Geschäftsbanken gemacht, und zwar von *allen,* auch den mittleren und kleinen, die allerdings im übrigen «geldpolitisch» einflußlos bleiben. Die Zentralbank ist demgegenüber in der Hauptsache nichts anderes als ein gigantisches Statistikbüro, das u.a. fortwährend alle einzelnen Geldschöpfungen der Geschäftsbanken registriert, zusammenzählt und dann, wie es sich für eine Frontorganisation gehört, «auf seine Kappe nimmt»! Die Inflationsrate, welche von der Zentralbank immer nur als Ergebnis ihrer eigenen «Geldmengensteuerung» hingestellt wird, geht in Wirklichkeit in den meisten Ländern **vollständig,** in den übrigen **großenteils** auf die fortlaufende «überschüssige» (Buch-)Geldschöpfung der Geschäftsbanken zurück[218]. Sie schöpfen letztlich auch alle jene Kredite, für deren Barauszahlung die Zentralbank auf Wunsch das nötige Papiergeld drucken läßt und ausliefert. Einzelheiten dazu, wie schon gesagt, erst im nächsten Unterkapitel!

215 Das legen mehrere Stellen im vorgenannten sehr ausführlichen Artikel unbedingt nahe: «Mitte der 70er Jahre» fädelte «die *Libyan Foreign Bank,* ein Investmentarm der libyschen Zentralbank», eine Beteiligung Libyens am italienischen *Fiat*-Konzern ein. Später soll *Fiat-Chef* GIANNI AGNELLI «erleichtert» gewesen sein, «als die Zentralbanktochter 1986 ihre Anteile verkaufte».

216 *DAVIDROCKEFELLER,* Erinnerungen eines Weltbankiers, 1. Taschenbuchaufl. [Überarb. Neuaufl. d. Ausg. München 2008] München 2010, S. 395 bzw. 492.

217 *MARIETTA KURM-ENGELS* in: «Handelsblatt», mir als - leider undatierter - Ausschnitt vorliegender Artikel einer Ausgabe von *Anfang Mai* (Tag unmittelbar *nach* der offiziellen Amtsübergabe von WEBER an WEIDMANN) 2011.

218 Offenbar weil er das sehr gut wußte, hat der amerikanisch-jüdische Nobelpreisträger MILTON FRIEDMAN sogar ungescheut die Auffassung vertreten, «daß eine Zentralbank eigentlich nicht notwendig sei. Die Regierung müsse lediglich eine „Richtlinie" ausgeben, nach der jedes Jahr von neuem die Geldmenge anzupassen sei» *(MATTMARSHALL,* Die Bank. Die Europäische Zentralbank und der Aufstieg Europas zur führenden Wirtschaftsmacht, München 1999, S. 143). Anzupassen durch wen? Natürlich durch die *eigentlichen* Geldschöpfer, die Geschäftsbanken! - FRIEDMAN übersah allerdings den letztlich entscheidenden Grund, warum die ROTHSCHILDS & Co im **aktuellen Schuldgeldsystem** mit seiner andauernden **Inflation** auf eine Zentralbank kaum verzichten können; sein Glaubensbruder *ROTHBARD* (a.a.O., S. 75f) nennt ihn: «In einem System freier Banken würde die Inflation einer Bank schnell dazu führen, daß andere Banken Einlöseforderungen an sie richten, da die Kundschaft jeder einzelnen Bank eng begrenzt ist. Doch die Zentralbank kann sicherstellen, daß alle Banken gleichzeitig und im gleichen Maße expandieren [d.h. ihre „Kredit"geldschöpfung ausweiten] können, indem sie allen Banken Reserven verschafft. Wenn alle Banken expandieren, gibt es das Problem des Einlösens untereinander nicht mehr, und jede Bank erkennt, daß ihre Kundschaft praktisch aus dem ganzen Land besteht. Kurzum, die Grenzen der Bankexpansionen sind grenzenlos ausgeweitet: von der Kundschaft jeder einzelnen Bank auf die des gesamten Bankensystems.»

Zusammenfassend muß man also feststellen: das Bankensystem in seiner Gesamtheit, bestehend aus den Geschäftsbanken und ihrem Zentralorgan, der Notenbank, produziert die Inflation, und gar niemand sonst.

7) Wozu wird Inflation gemacht?

Auf diese Frage gibt die Fachwelt im Prinzip drei verschiedene Antworten:

1) Inflation dient gar keinem besonderen Zweck, sondern ist lediglich ein als unvermeidlich hinzunehmendes Übel.

2) Inflation soll der Geldhortung entgegenwirken, gehortetes Geld zurück in den Geldkreislauf zwingen, den durch die Geldhortung gefährdeten Geldkreislauf aufrechterhalten, die infolge der Geldhortung fortwährend drohende Deflation verhindern.

3) Inflation soll sicherstellen, daß die Zinseszinsbeträge, die **im aktuellen Schuldgeldsystem** permanent anfallen und sich immer höher auftürmen, jeweils bezahlt werden können.

Welche Antwort ist nun die richtige?

Antwort Nr. 1 wird uns von Politik und Massenmedien gerne als wohlfeile Standardauskunft zum Inflationsproblem übergestülpt. Sie bleibt jedoch absichtlich an der Oberfläche und erklärt überhaupt nichts.

Antwort Nr. 2 ist diejenige der offiziellen Wirtschaftswissenschaft; sie wird auch von der freiwirtschaftlichen Schule des SILVIO GESELL ganz einseitig in den Vordergrund gestellt. Dabei erweist sich diese Antwort bei genauer Untersuchung als irreführend und falsch! Sehen wir also näher zu.

Geldhortung - von der Problematik des Begriffs war schon die Rede - verringert die umlaufende Geldmenge, und dies im Durchschnitt mehr oder weniger dauerhaft. Dadurch droht die umlaufende Geldmenge tatsächlich unter jenes Maß zu fallen, bei dem die Preise aller Waren und Dienstleistungen durchschnittlich stabil bleiben. Folglich muß die Zentralbank in ihrer Rolle als vorgebliche «Währungshüterin» einschreiten und Ersatz für das durch Hortung aus dem Umlauf verschwundene Geld schaffen. Somit ist sie zur Erzeugung von Inflation verdammt. Das scheint *zunächst* plausibel, aber eben auch *nur* zunächst!

Es gibt nämlich eine statische und eine dynamische oder effektive «umlaufende Geldmenge». Die statische oder feststehende «umlaufende Geldmenge» ist schlicht der Gesamtbetrag von Geld, der bis zu einem gegebenen Zeitpunkt als Münzen und bedrucktes Papier herausgegeben bzw. als Bucheintrag auf den Konten der Banken verzeichnet wurde. Auch diese Geldmenge ist natürlich nicht völlig «feststehend», sondern verändert sich jeden Augenblick, dies allerdings gewöhnlich nur so wenig, daß es von einem Tag zum andern praktisch nicht ins Gewicht fällt.

Wenn die Zentralbanken die Höhe der «umlaufenden Geldmenge» bekanntgeben, ist damit immer nur diese **statische** Geldmenge gemeint!

Die *dynamische* oder *effektive* «umlaufende Geldmenge» hingegen resultiert, wie man in jedem Lehrbuch der Ökonomie nachlesen kann, aus der herausgegebenen *statischen* Geldmenge und der **Geschwindigkeit,** mit der sie tatsächlich **umläuft.** Das kompliziert die Sache natürlich, weil ein Zeitfaktor hinzukommt. Die *effektiv* «umlaufende Geldmenge» läßt sich infolgedessen immer nur *bezogen auf einen bestimmten Zeitraum* angeben: einen Tag, eine Woche, einen Monat, ein Jahr. Verdeutlichen wir das anhand eines schlichten Beispiels.

In Volkswirtschaft A gibt das Bankensystem insgesamt 1000 Mark heraus. Die Kon-

junktur läuft mäßig, und darum wechseln diese tausend Mark durchschnittlich jeden Tag bloß genau *einmal* den Besitzer, das heißt, jede dieser tausend Mark gehört pro Tag nacheinander zwei verschiedenen Personen, nämlich zuerst dem Käufer, dann dem Verkäufer. Daraus ergeben sich folgende Werte:

1000 Mark x 2 = 2000 Mark **täglich** umlaufende Geldmenge
= 2000 Mark x 7 = 14 000 Mark **wöchentlich** umlaufende Geldmenge
= 14 000 Mark x 4,3 = 60 200 Mark **monatlich** umlaufende Geldmenge
= 60 200 Mark x 12 = 722 400 Mark **jährlich** umlaufende Geldmenge.

In Volkswirtschaft B werden nur genau halbsoviel, nämlich insgesamt 500 Mark an Geld herausgegeben. Doch hier läuft die Wirtschaft auf Hochtouren, und infolgedessen wechselt jede Mark pro Tag durchschnittlich genau *dreimal* ihren Besitzer, das heißt, jede dieser 500 Mark gehört pro Tag nacheinander vier verschiedenen Personen, nämlich drei Käufern und drei Verkäufern, wobei jedoch zwei dieser Käufer mit zweien dieser Verkäufer *identisch* sind: sie nehmen das Geld als Verkäufer ein und geben es gleich anschließend als Käufer wieder aus. 500 Mark x 4 = 2000 Mark = täglich umlaufende Geldmenge = 7 x 2000 Mark = 14 000 Mark wöchentlich umlaufende Geldmenge etc. etc. Man sieht sofort: die von eins auf drei erhöhte tägliche Umlaufgeschwindigkeit gleicht **im Endeffekt** vollkommen aus, daß die *greifbar vorhandene* Geldmenge nur halb so groß ist wie in Volkswirtschaft A; sie bewirkt nämlich, daß die *effektiv umlaufende* Geldmenge genauso groß wird wie in Volkswirtschaft A!

Die Zentralbanken können die Höhe der *dynamischen* oder *effektiven* «umlaufenden Geldmenge» nicht genau beziffern, sondern bloß schätzen, weil ihnen die jeweils genaue Umlaufgeschwindigkeit des Geldes unbekannt ist. Selbstverständlich unterliegt die durchschnittliche Umlaufgeschwindigkeit gewissen Schwankungen, deren Ausmaß jedoch normalerweise vorhersagbar gering ist (unser Beispiel ist insoweit extrem übertrieben!). Denn die Masse der Bevölkerung bezieht ja **monatliche** Löhne, Gehälter, Alters- oder sonstige Renten, Arbeitslosengelder, Sozialhilfen, Mieteinnahmen etc., die sie im Durchschnitt zum großen bis größten und jedenfalls insgesamt nahezu **gleichbleibenden** Teil auch **monatlich** wieder ausgibt, ausgeben **muß.** Stärkere, langfristige Schwankungen der Geldumlaufgeschwindigkeit ergeben sich nur aus dem steten Wechsel von Wirtschaftsauf- und abschwung.

Wer hingegen den Geldumlauf jederzeit spürbar beschleunigen oder verlangsamen könnte, das wären die relativ wenigen Besitzer der großen Geldvermögen, jedenfalls dann, wenn sie zur selben Zeit dasselbe täten. Auch ihr «Konsum» ist zwar durchschnittlich in etwa gleichbleibend und damit annähernd vorhersagbar. Weit weniger zuverlässig vorhersagbar ist jedoch, wieviele von ihren gar nicht «verkonsumierbaren» Millionen und Milliarden sie zu einem bestimmten Zeitpunkt bzw. in einem bestimmten Zeitraum entweder in irgendeiner Form «leihweise» dem Geldumlauf zu Verfügung stellen oder ihm durch Hortung und Quasi-Hortung (siehe oben!) vorenthalten bzw. entziehen! Dabei spielt allerdings **echte,** also Bargeldhortung mengenmäßig kaum eine Rolle, wohl aber die **Quasi**-Hortung.

Je mehr Geld gehortet bzw. auf Spekulationskonten quasi-gehortet wird, desto mehr **«verlangsamt»** sich jedenfalls im statistischen Durchschnitt der Geldkreislauf, desto stärker **verringert** sich somit die *effektive* «umlaufende Geldmenge». Die geringere Umlaufgeschwindigkeit kann nun theoretisch auf zweifachem Wege ausgeglichen werden: 1) indem andere Geldbesitzer ihr Geld durchschnittlich «schneller» ausgeben; 2) indem die *statische* «umlaufende Geldmenge» vergrößert wird (siehe oben unser Beispiel!). Möglichkeit Nr. 1 wird in der Praxis nicht funktionieren, weil die kleinen Geldbesitzer spätestens im *monatlichen* Durchschnitt ihr Geld kaum noch «schneller» auszugeben ver-

mögen, als sie es eh schon tun: erst jeweils am Monatsende gibt es ja wieder neues Geld! Bleibt also faktisch nur Möglichkeit Nr. 2, und das ist es denn auch, was die Geldmacher im Bankensystem nach eigenem Bekunden tun. Sie ersetzen angeblich durch «frisches» Geld dasjenige, das Monat um Monat, Jahr für Jahr allmählich in der (Quasi-)Hortung verschwindet, oder, dasselbe anders formuliert: sie ersetzen, wie sie versichern, durch **mehr** in Umlauf gebrachtes Geld die hortungsbedingt geringere Umlaufgeschwindigkeit[219] des Geldes.

Aber, einmal angenommen, das sei wahr: ist das denn wirklich «Inflation»?

Offenbar nicht! Jedenfalls nicht auf jenem Markt, auf den sich die offiziell verkündeten Inflationsraten ausschließlich beziehen: auf dem Markt für normale, d.h. bewegliche Güter und Dienstleistungen! Hier sorgt ja das neugeschaffene Geld nur gerade eben dafür, daß die Preise nicht beginnen, deflationär zu sinken. Insofern ist darum Antwort Nr. 2 auf die Frage nach dem Zweck der Inflation schlicht falsch! Wer lediglich «der Deflation entgegenwirkt», betreibt damit noch keine Inflation, sondern erhält bloß die Preisstabilität aufrecht.

Es irrt sich also z.B. der Freiwirtschaftler BERND STRIEGEL, wenn er zunächst richtig feststellt, dann aber falsch folgert: «Um nun ausreichenden Bargeldumlauf zu erreichen, obwohl beständig Bargeld durch Aufsparen dem Umlauf entzogen wird, erhöhen bis zum heutigen Tage die Notenbanken die Geldmenge immer um einen höheren Prozentsatz als den des realen Wirtschaftswachstums im gleichen Zeitraum. . . . Würde die Notenbank das nicht tun, dann würde unsere Wirtschaft binnen kürzester Zeit in die Deflation abgleiten. Daher kommt letztlich die reale Inflation, also die Wertminderung unseres Geldes.»[220] Nein, daher kann sie unmöglich kommen, denn was da - laut dieser Theorie, wohlgemerkt - an zusätzlichem Geld noch über das reale Wirtschaftswachstum hinaus geschaffen wird, gleicht ja nur den **deflationären** Schwund durch Hortung aus. Für *Inflation* auf dem realen Waren- und Dienstleistungsmarkt, wo wir Normalsterbliche «unser Geld» ausgeben, bleibt also gar kein Raum! Dabei sehen wir noch ganz davon ab, daß sowohl dem Bargeld als auch seiner Hortung in der Realität absolut nicht jene ausschlaggebende Bedeutung zukommt, die ihnen STRIEGEL und andere GESELL-Jünger regelmäßig unterstellen.

Es irrt ebenso der Freiwirtschaftler SIMON BLCHLMAIER, der die herausgegebene Geldmenge, einem Lehrbuch folgend, als «Geldmantel» bezeichnet, wenn er, der im selben Lehrbuch ausgebreiteten Desinformation aufsitzend, meint: «Da die Umlaufgeschwindigkeit trendmäßig zurückgeht, muß also der Geldmantel beständig vergrößert werden. Das Absinken der Umlaufgeschwindigkeit ist also einer der ursächlichen Gründe für die scheinbar nicht vermeidbare Ausweitung, und damit letztendlich unvermeidbare Inflationierung, unseres heutigen Geldes.»[221] Das stimmt nur, wenn man jene einander ständig abwechselnden Sonderformen der Inflation (Börsenblase, Immobilienblase, Rohstoff-

[219] Vgl. *BICHLMAIER* a.a.O., S. 401 mit diesem Zitat aus dem Lehrbuch «Grundlagen des Geldwesens» von *GERHARD MUSSEL*: «Die Entwicklung der Umlaufgeschwindigkeit veranschlagte die *Europäische Zentralbank* mit einem trendmäßigen Rückgang von 0,5 bis 1 % pro Jahr. Sinkt die Umlaufgeschwindigkeit im Trend, so bedeutet dies eine längere Verweildauer des Geldes in den Kassen bzw. auf Konten der Nichtbanken.» - Natürlich könnte man darüber diskutieren, ob man die Auswirkung des Hortens von Geld wirklich als «geringere Umlaufgeschwindigkeit» oder nicht doch lieber gleich als **faktische** Verringerung der **physisch** umlaufenden [= **statischen]** Geldmenge auffassen sollte.

[220] *STRIEGEL* a.a.O., S. 272f.

[221] *BICHLMAIER* a.a.O., S. 401.

blase etc.) miteinbezieht, die aber durch die *offizielle* Inflationsrate *gar nicht erfaßt werden,* weil sie eben gerade unter der Rubrik «spekulative Quasi-Hortung» zu verzeichnen sind! Im Bereich der **real** produzierenden und dienstleistenden Wirtschaft findet hingegen gar keine «Vergrößerung des Geldmantels» statt; es wird lediglich seine stetige Verkleinerung verhindert bzw. ausgeglichen!

Antwort Nr. 2 nennt aber noch einen zweiten mit der Geldhortung zusammenhängenden Gesichtspunkt, der sich vom soeben als unzutreffend abgehakten klar unterscheidet: die Inflation soll gehortetes Geld zurück in den Geldkreislauf nötigen. Argumentiert wird im einzelnen so: Zinslos gehortetes Geld verliert durch Inflation stetig an Wert. Das macht die Besitzer der Geldhorte zunehmend nervös, so daß sie schließlich ihr Geld doch wieder als Kredite in Umlauf bringen. Dadurch entgehen sie nämlich nicht bloß dem inflationären Wert*verlust,* sondern kassieren noch darüber hinaus Zinsen, *mehren* also ihr Vermögen.

Insbesondere HELMUT CREUTZ vertritt immer wieder diese These. Ihm zufolge suchen die Zentralbanken den chronisch vom Kollaps bedrohten Geldkreislauf mit zwei «destruktiven Mitteln» aufrechtzuerhalten, nämlich «mit der „Peitsche Inflation" und dem „Lockmittel Zins"». Der «Peitsche» bedienen sie sich, indem sie «bewußt eine Inflation von zwei Prozent einplanen, um den Geldumlauf nicht noch mehr einbrechen und in eine Deflation umkippen zu lassen»[222]. Letztere Behauptung läuft freilich schon wieder auf den soeben erst zurückgewiesenen Irrtum hinaus, bloße Deflationsverhinderung sei bereits «Inflation».

BLCHLMAIER, der das Fehlerhafte dieser Argumentation zumindest unterschwellig zu ahnen scheint, sucht sie zu verbessern, indem er nachschiebt: «Die Inflationsrate soll im heutigen Geldwesen diesen [2prozentigen] „Sicherheitsabstand" zum Deflations-Bereich (Inflationsrate von unter null) aufweisen, da die Geldpolitik ansonsten in einem Umfeld allgemein sinkender Preise schnell ihre Handlungsfähigkeit verlieren kann.» Dies insofern, als die Notenbank «ihre Leitzinsen nur maximal bis auf Null absenken» kann[223].

Nun fällt ja sofort auf, daß die ständig vorhandene Inflation der Geldhortung seltsamerweise nie Herr zu werden, ja sie nicht einmal nennenswert zu reduzieren vermag. Wie oben schon erwähnt, liegt in jüngster Zeit die Hortungsrate für Euro-Bargeld bezüglich der von der *Bundesbank* ausgegebenen Euro-Scheine bei sagenhaften 90 Prozent! Eine «Peitsche», die sozusagen «keinen Hund hinter dem Ofen hervorlockt», scheint aber für ihren Zweck völlig ungeeignet, oder, anders gesagt, *ist offenbar gar keine Peitsche!*

Und wirklich stellt sich CREUTZ selbst ein Bein, wenn er - darin getreulich SILVIO GESELL folgend - an vielen Stellen in seinen Büchern und Artikeln immer neu betont, die Bargeldbesitzer könnten - **trotz aller Inflation!** - jeweils gemächlich auf ihrem zinslos gehorteten Geld sitzenbleiben und «abwarten», bis die Marktzinsen wieder eine für sie genügend renditeträchtige Höhe erreicht hätten . ..

Mehr noch, an einer Stelle weist ausgerechnet CREUTZ selber nach, daß Geldhortungen seit Jahrzehnten faktisch mit riesigen Bargeldauszahlungen von bisherigen Buchgeldvermögen, und folglich mit dem dadurch nötig werdenden frischen Drucken zusätzlichen Bargeldes in gleicher Höhe verbunden sind, und resümiert dann wie folgt: «Man

[222] *HELMUT CREUTZ,* in: «Humane Wirtschaft» Nr. 2 (Mai-Juni) 2010, S. 17; ähnlich ders. in: «Humane Wirtschaft» Nr. 5 (September-Oktober) 2009, S. 7.

[223] *BICHLMAIER* a.a.O., S. 145. - Nicht einmal das stimmt. Vgl. *HELMUT CREUTZ* in: «Humane Wirtschaft» Nr. 5 (September-Oktober) 2009, S. 3: «Vor einigen Wochen machte eine Meldung Schlagzeilen: Die *Schwedische Reichsbank* hatte ihre Leitzinsen für die Zentralbankgeldeinlagen der Banken auf minus 0,25 % gesenkt!»

kann also zusammenfassend sagen, daß früher, zur Zeit der edelmetallgebundenen Währungen, Geldhortungen deflationäre Entwicklungen nach sich zogen, heute jedoch Zinsauftriebe und das Entstehen von Inflationspotentialen [!!!]. Allerdings wirken sich diese entstehenden Inflationspotentiale . . . erst mit einer Zeitverzögerung von etwa zwei Jahren aus.»[224]

Das heißt doch jedenfalls soviel: Jene *vergleichsweise* wenigen Besitzer von Bargeldhorten, die damit - *durchschnittlich*[225] - nicht **spekulieren,** sondern bloß - zumindest *angeblich* - höhere als die gerade aktuellen **Zinsen am Kredit- und Anleihemarkt** erzielen wollen, sind gegen die «Peitsche Inflation», die sie sogar *unfreiwillig* selber schwingen, immun! Demnach ist es also keineswegs die «Peitsche Inflation», sondern **ausschließlich** das «Lockmittel Zins», das es - wenn *überhaupt* - zuwegebringt, einen kleinen Teil des gehorteten Geldes dem Geldkreislauf wieder zuzuführen, in Form verzinslicher Kredite[226].

Was aber die nachgeschobene These angeht, die «Währungshüter» benötigten genügend «Sicherheitsabstand» zur Deflation, so leuchtet die ebensowenig ein. Wer ohnehin schon *fortlaufend* manipulativ zusätzliches (aber überschüssiges) Geld in Umlauf bringen kann, wird das doch ebenso und erst recht *dann* tun können, wenn es wirklich einmal benötigt wird, um deflationär sinkende Preise zu verhindern. Zumal die immer wieder aufgetischte Behauptung, eine einmal ausgebrochene Deflation sei nicht mehr zu bekämpfen, weil sinkende Preise die Käufer zum Abwarten auf noch weiteres Absinken der Preise verlockten, was dann genau wegen dieses Abwartens auch eintrete, und so weiter, jeder Realistik entbehrt. Erstens ist dieses angebliche allgemeine Abwarten noch nirgends wirklich beobachtet worden, auch nicht in Japan ab 1990. Zweitens ließ es sich deshalb nicht beobachten, weil die Käufer es sich auf vielen Gebieten ja gar nicht leisten können, abzuwarten, müssen sie doch **täglich** essen und trinken (egal wie tief die Lebensmittelpreise künftig noch sinken mögen oder nicht!), sich bekleiden (egal wie tief die Bekleidungspreise künftig noch sinken mögen oder nicht!), zur Arbeit fahren (egal wie tief die Fahrpreise künftig noch sinken mögen oder nicht!) etc. etc. Außerdem sind allmonatlich, vierteljährlich o.ä. jede Menge fixe Steuern, Gebühren, Sozialabgaben, Versicherungsbeiträge, Abschlagszahlungen für Stromversorgung, Telekommunikation etc. etc. zu entrichten, die ebenfalls kein «Abwarten» erlauben. Abwarten kann man höchstens bei solchen Dingen, die man gar nicht wirklich braucht: Zweitwagen, Drittfernseher, das allerneueste Mobiltelephon o.ä.! Da bleibt einfach zu wenig Spielraum, um eine endlose Spirale zu ermöglichen[227].

[224] *CREUTZ*, Das Geld-Syndrom ... a.a.O., S. 207.

[225] Ihre Gelder müssen ja in jenen kümmerlichen 10 % tatsächlich umlaufenden (Bar-)Geldes enthalten sein . . . Allerdings berücksichtigt CREUTZ hier nicht, daß auch und erst recht Buchgeld (ganz gleich, wie es nun zustandegekommen sein mag) der (Quasi-)Hortung unterliegt. Diesen weit gewaltigeren Horten kann man jedoch mit der vermeintlichen «Peitsche Inflation» ebensowenig beikommen, weil sie sich auf der ständigen Jagd nach sehr viel höheren, *spekulativen* Renditen befinden, die, falls realisiert, selbst die Inflationsrate **verblassen** lassen!

[226] Wir reden lediglich vom normalen Kreditzins. Wie schon mehrfach bemerkt, müssen natürlich in letzter Konsequenz auch die hier ausgeklammerten *spekulativen* «Renditen» als Zinsen, d.h. als anderen abgepreßtes (in diesem Falle freilich eher abgeluchstes . . .) leistungsloses Einkommen, eingestuft werden.

[227] *STRIEGEL* a.a.O., S. 224-276 betrachtet, ganz wie die offizielle Ökonomie überhaupt, die Deflation zu theoretisch bzw. quasi-naturgesetzlich. Insbesondere wenn man das enorme Manipulations-Potential der Geldmacher hinter den Kulissen beharrlich ignoriert, gelangt man unweigerlich zu theoretisch «richtigen», in der Realität jedoch unzutreffenden Schlüssen. - Immerhin muß

Das einzige Szenario, das die internationalen Geldmacher wirklich furchten, und zwar zu Recht, ist jener - vorzeitige! - *unkontrollierbare,* weil als *ultraschnelle Kettenreaktion* ablaufende Zusammenbruch ihres ganzen Schuldenkartenhauses, der (anstelle einer bloßen «Deflation»!) einträte, wenn die Zinseszinsen infolge akuten Geldmangels plötzlich auf breiter Front unbezahlbar würden. Sicherlich kann man auch das eine «Deflation» nennen. Es wäre jedoch (zumindest zunächst) keine Deflation auf dem normalen Güter- und Dienstleistungsmarkt, sondern eine solche auf dem Finanzmarkt. Eine Deflation ganz eigener Art, nämlich ein Schrumpfen jener «umlaufenden Geldmenge», die zur laufenden Zinszahlung *unbedingt* benötigt wird, ohne daß deshalb aber die «Preise», d.h. die Zinsraten für alle **bereits vergebenen** Kredite, sinken würden . . .! Genau diese Art von «Deflation» stand ja 2008/2009 wirklich sozusagen vor der Tür und konnte nur durch gewaltige, nie gesehene Inflationierungen von Dollar und Euro noch einmal abgewendet werden! Aber immerhin, sie *konnte* es!

8) Inflation und Zins, diese Unzertrennlichen!

Wir kommen also zum selben Ergebnis wie zuvor: Inflation wird allein durch den Zinseszins erzwungen. Umgekehrt formuliert: Inflation soll keiner Geldhortung entgegenwirken, sondern hat den einzigen Zweck, verzinsliche Kredite immer neu «bezahlbar» zu machen.

Natürlich ist dieses System komplett aberwitzig. Einerseits erblickt alles inflationär neugeschaffene Geld wiederum nur als verzinsliches Schuldgeld das Licht der Welt. Dadurch wird das Problem nie gelöst, sondern immer nur verdrängt und gleichzeitig immer rascher, immer massiver verschärft. Andererseits steckt im Zins und Zinseszins - vermeintlich! - als «Sockelbetrag» stets der «Inflationsausgleich». Die Zinsnehmer suchen also immerfort das «auszugleichen», was sie *im selben Zuge* verursachen - ein Ding der Unmöglichkeit!

Weiter oben wurden bereits einige Fachleute zu diesem eigentlich glasklaren und doch weitgehend unbekannten Sachverhalt zitiert. Wer - wie vor allem viele Freiwirtschaftler - die Augen davor verschließt, daß die Geldmacher neben dem Bargeld Unmengen von Buchgeld erzeugen, wird zwar nicht formulieren, der Zins bedinge immer neue **inflationäre** *Geldschöpfungen,* sondern stattdessen erklären, der Zins bedinge immer neue *Kreditvergaben* bzw. die ihnen entsprechenden immer neuen *Verschuldungen.* Sachlich läuft das jedoch auf dasselbe hinaus, denn die Masse der durch den Zins erzwungenen Neukredite/Neuverschuldungen kommt halt *nachweislich* einzig und allein auf dem Wege der **inflationären** *Schöpfung neuen Schuldgeldes* zustande. Hier also nochmals einige Stimmen, deren Wert vor allem darin liegt, daß sie ein und denselben Tatbestand immer wieder anders formulieren und ihn so von allen Seiten beleuchten.

SIMON BICHLMAIER (Freiwirt): Der Zinseszins wächst exponentiell, d.h. immer schneller. «Entweder muß auch die Volkswirtschaft selbst exponentiell wachsen (was unmöglich ist) oder die Geldwerte [müssen] immer schneller real an Wert verlieren, da

auch *STRIEGEL* ebd. S. 269 zugeben, daß es in Japan nach dem spektakulären Zusammenfall der Immobilien- und Börsenblase 1989/1990 - entgegen seiner Theorie - «nicht zu einer sich selbst verstärkenden deflationären Abwärtsspirale kam»! Der Hauptirrtum aller Deflationstheoretiker liegt in ihrer Leugnung dessen, daß die modernen Geldmacher jederzeit im Handumdrehen **unbeschränkt viel** Geld aus nichts zu produzieren und in Umlauf zu setzen vermögen, so daß sie immer noch selbst **frei** entscheiden können, ob der irgendwann unvermeidliche Zusammenbruch in Form einer Deflation oder einer ihr entgegengesetzten Hyperinflation vor sich gehen soll...

den wachsenden Beträgen nur eine relativ immer kleiner werdende Menge an Gütern und Dienstleistungen gegenüberstehen kann.»[228] - «[D]ie Inflation wird . . . vor allem auch „benötigt", um die Last der Verschuldungen insgesamt länger erträglich zu halten.»[229] - «Die Belastbarkeit der Schuldnerseite insgesamt ist die unüberwindbare Barriere der Geldwertmehrung. In ihrer längst hoffnungslos überreizten fortgeschrittenen Phase muß dann die Inflation die Wertmehrung mittels Nominalwert-Täuschung vorgaukeln, während sie auf der anderen Seite die Schuldenlasten erträglicher macht.»[230]

BERND STRIEGEL (Freiwirt): «Erstens ist die Bedienung der bestehenden Schulden in der Gesamtwirtschaft nur dann möglich, wenn die emittierte [= ausgegebene] Geldmenge ständig wächst. Gleichzeitig wird ihre Tilgbarkeit immer unwahrscheinlicher, weil ein immer größerer Anteil der in neuen Krediten erzeugten Geldmenge für die Verzinsung bereits bestehender Kredite verbraucht wird.»[231]

GERHOCH REISEGGER: «Es ist paradox: Die *Guthabenz'msen* sind die Ursache für die anfangs schleichende und mit dem Fortschreiten der Zeit immer dramatischere Geldentwertung.»[232]

ANONYMUS («MAX»): «Begriffe wie *Reflation"* stammen aus dem Schuldgeldsystem, in welchem fällige Kredite bei Geldmangel nicht mehr bedient werden können. Der Zins erzwingt permanent neue Kredite, um die Zinsen für die alten Kredite aufzubringen. Werden keine neuen Kredite mehr kreiert [= geschöpft], so stellt sich nach neoklassischer Lehre im Schuldgeldsystem - ohne Schuldenerlaß - eine Deflation ein.»[233]

ELLEN HODGSON BROWN: «Ein mit sechsprozentiger Verzinsung geborgter Dollar wächst aufgrund des jährlichen Zinseszinses in 100 Jahren auf einen Schuldenberg von 13 781 Dollar an. Das gilt immer, egal ob das Geld nun die Form von Gold, Papier oder eines Kontoeintrags annimmt. Die Banken erzeugen nur den zum Verleih anstehenden Dollar, nicht aber die zusätzlichen 13 780 Dollar, die zur vollständigen Abzahlung des Kredits erforderlich sind. Dadurch zwingen sie die Allgemeinheit, sich auf der Suche nach den kurzlebigen Zinsen, die bei ihrer ständigen Schuldenanhäufung anfallen, immer tiefer in Schulden zu verstricken. Die Geschäftsleute erhöhen die Preise immer weiter, um diese Zinsreiterei zu bezahlen, was zu einer dauerhaften Preisinflation führt.»[234]

JOHN TIFFANY: «Sogar während sie [die US-Notenbank] die Leitzinsen anhob, in dem Bestreben, die Wirtschaft abzukühlen und die Nachfrage nach Verbrauchsgütern zu dämpfen, ließ sie die umlaufende Geldmenge weiter mit fast zweistelligen Raten wachsen. [Die Geldmenge] M3 wuchs in den drei Monaten von November 2005 bis Februar 2006 mit einer saisonbereinigten Jahresrate von 8,7 Prozent. Das ist schneller als die Jahresrate - 8 Prozent - für den im Februar 2005 beginnenden Zwölfmonatszeitraum. Während also die *Federal Reserve* [= US-Notenbank] die „Inflation bekämpfte", indem sie die Leitzinsen von 4 Prozent im November 2005 auf 4,75 Prozent anhob, ließ sie die umlaufende Geldmenge um inflationäre 8,7 Prozent wachsen. Irgendetwas ist falsch an diesem Bild.»[235]

228 *BICHLMAIER* a.a.O., S. 47.
229 Ebd. S. 388.
230 Ebd. S. 456.
231 *STRIEGEL* a.a.O., S. 219.
232 *REISEGGER* a.a.O., S. 167; Hervorh. original.
233 «*MAX*» in: «Recht und Wahrheit» Nr. 1+2 (Januar/Februar) 2008, S. 14.
234 *HODGSON BROWN* a.a.O., S. 133; vgl. auch ebd. S. 54f, 435, 548f.
235 *JOHN TIFFANY* in: «American Free Press», 17.4.2006, S. 6.

In der Tat, falsch ist die immer nur *geheuchelte* «Inflationsbekämpfung», denn würde Inflation *wirklich* bekämpft, bräche das immer höher und immer wackliger aufgestockte Zinseszins-Kartenhaus sofort in sich zusammen! Tatsächlich haben denn auch die massenmedial vielbeachteten «Leitzinsen», mit deren Hilfe vorgeblich die Inflation eingedämmt werden soll, so gut wie keine reale Bedeutung, weil die Banken (wie wir im nächsten Unterkapitel sehen werden) das meiste Kreditgeld direkt selbst erzeugen können. Infolgedessen geraten sie nur noch selten überhaupt in die Verlegenheit, bei ihrer Zentralbank «frisches» Geld zu deren ggf erhöhten «Leitzinsen» borgen zu müssen . . .

9) Welche Wirkungen hat die Inflation?

Wie schon gezeigt, bezeichnet «Inflation» eine Ursache - die Geldmengenaufblähung - und deren Wirkung - die allgemeine Preissteigerung - *zugleich.* Wir fragen aber jetzt nicht mehr nach dieser unmittelbaren Wirkung, die sich als allgemeine Preissteigerung zeigt, sondern nach den **weiteren** Wirkungen, die diese allgemeine Preissteigerung ihrerseits hervorruft.

Da werden von verschiedenen Leuten allerlei Wirkungen genannt, von denen aber bei näherem Zusehen manche nur angeblich, andere hingegen tatsächlich eintreten. Auch hier herrscht also leider nicht unbeträchtliche Verwirrung.

Immerhin für jeden klar dürfte sein, daß die Inflation all jenen schadet, die keinerlei Ausgleich dafür erhalten, also jenen, deren Einkommen so gering ist, daß sie nichts davon «sparen», d.h. zinsträchtig «anlegen» können. Das sind vor allem die Bezieher von kleinen Alters- und sonstigen Renten, daneben bestimmte Gruppen von Lohn- oder Gehaltsempfängern, *soweit ihrer aller Bezüge nicht oder bloß teilweise an die jeweilige Inflationsrate angepaßt werden.* Ihre Einkommen werden stetig **real** entwertet. Wer z.B. von 1970 bis 1995, also vom 66. bis 91. Lebensjahr, eine unveränderliche monatliche Altersrente von 500 DM erhielt, konnte mit diesem Geldbetrag bei offiziellen 3 % durchschnittlicher Jahresinflation 1995 nur noch knapp halb soviel kaufen wie 1970!

Doch jenseits dieser allgemein unstrittigen, negativen Auswirkung der Inflation sagt man ihr noch etliche weitere Effekte nach. Im wesentlichen sind es *vier* zusätzliche Wirkungen, die der Inflation zugeschrieben werden:

1) ‚Inflation begünstigt die Schuldner gegenüber ihren Gläubigern.'

2) Inflation ist eine indirekte Steuer, durch die der Staat gleichzeitig seine Schulden entwertet.'

3) .Inflation frißt die Zinsgewinne wieder mehr als auf und entwertet dadurch stetig die Geldvermögen.'

4) ‚Inflation entwertet - wenn überhaupt - verzinsliche Geldvermögen nur wenig, unverzinsliche Einkommen jedoch stark.'

Alle vier behaupteten Wirkungen haben interessanterweise mit dem Zins zu tun, was schon für sich allein genügen würde, um Zins und Inflation als einander in zumindest *irgendeiner* Weise bedingende Größen zu erkennen.

Es ist für alles nachfolgende von entscheidender Wichtigkeit, festzuhalten, daß «Inflation» hier offensichtlich immer nur die auf dem normalen Waren- und Dienstleistungsmarkt spürbar werdende allgemeine Preissteigerung meint. Würden hingegen auch die isolierten Spekulationsgeld«blasen» bzw. die ihnen entsprechende Quasi-Hortung miteinbezogen, ergäbe sich teilweise ein anderes Bild. Wir werden diesem hier ausdrücklich *nicht* gemeinten Teil der (Gesamt-)Inflation erst am Ende des vorliegenden Kapitels beim Versuch einer definitiven Zusammenschau sein volles Recht widerfahren lassen können.

Wie steht es nun also um die Realität der vier behaupteten Wirkungen allgemeiner Preissteigerung auf dem realen Waren- und Dienstleistungsmarkt?

Die beiden ersten sind reine Schimären; die dritte ist bloß eine Randerscheinung, aber keineswegs die Regel; die vierte stellt sich wiederum als Schimäre heraus. Das muß allerdings im einzelnen gezeigt werden. Dabei sind unsere Aufweise zu den Thesen Nr. 1-3 **ausdrücklich nur vorläufig,** denn erst die eingehende Behandlung von These Nr. 4 wird uns zur **ganzen** Wahrheit führen!

These Nr. 1 zirkuliert unter vermeintlichen Geldexperten sogar als geflügeltes Wort. ARGENS kleidet sie lediglich in eine «wissenschaftlichere» Ausdrucksweise, wenn er versichert: «Unstrittig ist, daß die Inflation in der Regel die Kontrolle über reale Ressourcen (Guthaben) von den Netto-Sparern zu den Netto-Kreditnehmern transferiert.»[236] Wieso ausgerechnet bloße «Guthaben», also bloße *Ansprüche* auf Bargeld, bereits «reale Ressourcen» sein sollen, erschließt sich dem kritischen Leser dieses Satzes zwar beim besten Willen nicht, bleibt aber hier auch nebensächlich. Schlimmer ist, daß sich die Hauptaussage ebensowenig erschließt.

Wie oben schon besprochen und in jedem beliebigen Ökonomie-Lehrbuch nachlesbar, enthält nach *offizieller* Darstellung der nominale Zins, den der Kreditgeber, Gläubiger oder hier «Netto-Sparer» mit seinem Schuldner oder hier «Netto-Kreditnehmer» vereinbart, immer schon als Sockelbetrag neben der Risikoprämie den **Inflationsausgleich.** Anders gesagt: die vom Schuldner geforderte Zinsrate liegt grundsätzlich immer und von vornherein um etliches (nämlich um ‚Risikozuschlag' + eigentlichen oder Urzins!) **über** der momentanen bzw. sogar über der **«erwarteten»** Inflationsrate!

Soll also der Gläubiger dennoch **real** «benachteiligt» werden, muß die Inflationsrate schon sehr plötzlich und unerwartet ansteigen, und zwar über Risikozuschlag + Urzins noch hinaus! Gläubiger, die Grund haben, einen künftigen Anstieg der Inflation zu «erwarten» bzw. zu befürchten, können sich jedoch mühelos dagegen absichern, indem sie veränderliche, an die jeweilige Inflationsrate automatisch anzupassende Zinsen verlangen, was denn auch bei mittel- bis langfristigen Krediten häufig geschieht. Gläubiger werden also zumindest *im Grundsatz* durch die Inflation niemals geschädigt, ihre Schuldner durch sie niemals begünstigt werden!

These Nr. 2 wird beispielsweise von G. EDWARD GRIFFIN fast gebetsmühlenartig wiederholt, erfreut sich aber auch bei manchen anderen Autoren einer gewissen Beliebtheit. Sie kann jedoch zumindest im wörtlichen Sinne schon deshalb unmöglich stimmen, weil es ja gar nicht der Staat ist, der die Inflation erzeugt, also diese vermeintliche «Steuer» erhebt! Man könnte zwar diesen Aspekt für nebensächlich erklären und die Interpretation nachschieben, der Staat sei jedenfalls der Nutznießer der Inflation in einer solchen Weise; *als ob* er zusätzliche Steuern erheben würde. Doch auch dadurch würde die Behauptung nicht wahrer. Weder bezüglich des ohne seine Verschuldung betrachteten Staates noch betreffs des als schon verschuldet vorausgesetzten!

ARGENS zum Beispiel räsoniert wie folgt: «Je steiler die Lohn- und Preisinflation ist, desto eher gerät das Einkommen des Einzelnen in höhere Besteuerungsstufen, und die Steuerprogression greift genauso wie die Mehrwertsteuer. Meist folgt daraus eine Erhöhung der effektiven persönlichen Steuerlast zugunsten des Staates. So ist die Inflation in unserer heutigen Zeit von Natur aus eine Form der zusätzlichen Besteuerung.»[237] Der gute Mann täuscht sich indes gewaltig!

[236] *ARGENS* a.a.O., S. 99.
[237] Ebd.

Der Staat muß, was niemand leugnen wird, auf dem Markt für sämtliche Güter und Dienstleistungen *dieselben* inflationär gestiegenen Preise zahlen wie jeder einzelne Bürger. Nimmt der Staat also von den im selben Maße wie alle übrigen Preise inflationär gestiegenen Löhnen und Gehältern seiner Bürger - *mit* Steuerprogression übrigens genauso wie *ohne* sie! - mehr Geld ein, ist das völlig normal. Die Löhne und Gehälter der Bürger erhöhen sich, um die Inflation auszugleichen - wieso sollten sich da die Steuereinnahmen des Staates nicht ebenso erhöhen, um dieselbe Inflation auch für ihn auszugleichen, zumal er ja einen beträchtlichen Teil der gestiegenen Löhne und Gehälter *selber,* nämlich an sämtliche Staatsbediensteten, *zahlen* muß? Das Verhältnis zwischen Steuereinnahmen und auf dem Markt zu zahlenden Preisen ändert sich für den Staat ebensowenig wie für die Steuerbürger; die Sache bleibt für beide Seiten, d.h. Steuerbürger und Staat, ein reines Nullsummenspiel! Das gilt selbstverständlich nicht für jeden einzelnen Bürger, wohl aber für ihre Gesamtheit.

ROLAND BAADER will uns davon überzeugen, der *verschuldete* Staat, der frei -nach dem bekannten Rezept von KEYNES die Wirtschaft ankurbeln wolle, indem er bei stetig sinkenden Zinsen immer höhere Schulden aufnehme, um auch mehr ausgeben und eben dadurch die Wirtschaft stimulieren zu können, lasse sich diese Schulden durch die Inflation bezahlen, die er mit seiner wachsenden Schuldenaufnahme selbst produziere. «Inflation - vor allem Inflation bei künstlich niedrig geknüppelten Zinsen, in denen kein Inflationsausgleich enthalten sein kann - bedeutet Zwangs-Entsparen, Auflösung der Ersparnisse der Bevölkerung gegen deren Willen. Die Staatsschulden sollen mit entwertetem Geld - mit dem den Sparern und Geldvermögensbesitzern per Inflation entrissenen Eigentum (also durch heimliche Enteignung) — bezahlt werden.»[238]

Das ist wohl die - hier lediglich besonders extrem aufgebaute - Standard-Argumentation aller, die sich dieser These anschließen[239]. Sie klingt vielleicht momentan plausibel, erweist sich aber bei genauer Analyse erneut als bloßes Geschwafel.

Natürlich sind BAADERS Annahmen völlig unrealistisch. Gemäß dem Gesetz von Angebot und Nachfrage «knüppelt» stärkere staatliche Nachfrage nach Krediten die Zinsen nicht «niedrig», sondern «hoch». Wohl weil er das genau weiß, spricht er von «*künstlich* niedrig geknüppelten» Zinsen, ohne uns aber zu verraten, *wer* dieses «Kunst»stück fertigbringen soll. Der Staat selber ganz sicher nicht, denn die Notenbank und überhaupt das gesamte Bankensystem ist ja sogar offiziell ‚nicht weisungsgebunden', sondern ‚unabhängig' ! Und die ROTHSCHILD-gesteuerten Geldmacher werden, falls überhaupt einmal, nie länger auf ihren Inflationsausgleich verzichten als zum Gedeihen ihrer eigenen Spekulationsgeschäfte (hier im finanziellen wie im machtpolitischen Sinne zu verstehen!) unbedingt nötig.

Daß die einmal verschuldeten Staaten ihre Schulden nie mehr **dauerhaft** loswerden, sondern sie in aller Regel von Jahr zu Jahr immer stärker erhöhen müssen, um mittels der Neukredite wenigstens die beständig wachsenden Zinseszinsen zahlen zu können (von Tilgung der Grundsummen ist zumeist schon lange keine Rede mehr!), beweist schlagend genug, wie töricht und substanzlos das Gerede von jenem Staat ist, der sich angeblich permanent auf Kosten seiner Bürger «entschuldet».

Schaut man aber ganz genau hin, stellt man fest, daß These Nr. 2 lediglich These Nr. 1 auf den *Staat* als Schuldner anwendet. These Nr. 1 ist jedoch erwiesenermaßen Unfug, also . . . *Selbstverständlich* steckt auch in jenen Zinsen, die der *Staat* für seine «Anlei-

[238] *BAADER* a.a.O., S. 140.

[239] Vgl. z.B. *GRIFFIN* a.a.O., S. 60f, 162, 259 u. öfter; *GRANDT* a.a.O., S. 204; *BICHLMAIER* a.a.O., S. 64.

hen» berappen muß, immer der Inflationsausgleich für die Gläubiger! Der Staat kann daher seine Schulden unmöglich inflationär «entwerten». Staatsanleihen werden dauernd neu aufgelegt, um alte, auslaufende zu ersetzen, und jedesmal werden die Zinsen an das aktuell herrschende bzw. für die Zukunft erwartete Inflationsniveau angepaßt. *Durchschnittlich* kommen also die «Anleger» garantiert auf ihre Kosten. Daß sie tatsächlich profitieren, und zwar nicht zu knapp, ist auch gar kein Geheimnis für den, der es wissen will.

Wir möchten hier zwar noch nicht zu weit vorgreifen, verweisen aber doch auf zwei vollkommen beweiskräftige Zahlen.

1) Von 1950 bis 1998 betrug das «reale **(inflationsbereinigte)** Wachstum der Staatsverschuldung» in der Bundesrepublik Deutschland **8 % pro Jahr.**[240]

2) Im langjährigen Durchschnitt von 1960 bis 1998 entsprachen die vom deutschen Staat jeweils aufgenommenen **Neukredite** *fast exakt* den jeweils fälligen **Zins(eszins)zahlungen** auf die Altkredite[241].

Aus beidem zusammengenommen ergibt sich nun aber: Das durchschnittliche jährliche Staatsschuldenwachstum (= *effektive* oder Afertoneukredite) von 8 % ist annähernd identisch mit den jährlichen Zinseszinszahlungen auf dieselben Staatsschulden. **Inflationsbereinigt!** Jedenfalls bereinigt um die *offizielle* Inflationsrate von durchschnittlich 3 %. *Inoffiziell* lag sie zwar **angeblich** zwischen 1975 und 2000 durchschnittlich eher bei 6 %[242], aber selbst dann hatte der Staat **jenseits aller Inflation** immer noch satte 5 % Realzinsen = Realwertste/gerwwg an jene lieben «Sparer» zu entrichten, deren «Ersparnisse» er angeblich fortwährend durch Inflation «e«Avertete»!

Da sich dasselbe Bild auch überall sonst (Eurozone[243], USA[244]) bietet, können wir These Nr. 2 genauso als Muster ohne Wert beiseitelegen wie ihre Vorgängerin.

These Nr. 3 argumentiert im Grundsatz stets wie folgt:

1) In den Sparzinsraten ist zwar der sogenannte Inflationsausgleich stets enthalten.

2) Ausgeglichen wird aber nur die offiziell verkündete Inflationsrate, und die wird seit Jahrzehnten regelmäßig heruntermanipuliert, spiegelt also das *tatsächliche* Ausmaß der Preissteigerung gar nicht wieder.

3) Andere gehen noch weiter und verweisen darauf, daß die inflationäre **Geldmengenausweitung** nochmals um einige Prozente höher liegt als die *tatsächliche*, also *nicht* schöngerechnete **Preissteigerungsrate.**

4) Die Höhe der *wahren* Preissteigerungsrate oder gar der Geldaufblähungsrate übertrifft nun aber - zumindest in den letzten Jahren - bei weitem diejenige der für Geldanlagen gezahlten Zinssätze; folglich werden die Zinserträge durch die Inflation mehr als aufgezehrt!

Das liest sich bei GERHOCH REISEGGER SO: «ES ist ja offenkundig, daß die Zinsen im heutigen System durch die Geldentwertung (Inflation) mehr als aufgefressen werden, das Gesparte also real trotz der Zinsen immer weniger wird. Die Sparzinsen sind immer niedriger als die Inflation (es kommt nicht auf die manipulierten Indizes an, sondern auf

240 *GÜNTER HANNICH,* Sprengstoff Geld. Wie das Kapitalsystem unsere Welt zerstört, 3. Aufl. o.O. 2000, S. 15; fette Hervorh. hinzugefügt.

241 Vgl. *CREUTZ,* Das Geld-Syndrom .. . a.a.O., S. 318-321.

242 Lt. *BICHLMAIER* a.a.O., S. 146.

243 Vgl. *CREUTZ,* Das Geld-Syndrom ... a.a.O., S. 322.

244 Vgl. *HODGSON BROWN* a.a.O., S. 352: «Ständig müssen neue [US-Staats-]Anleihen an Investoren verkauft werden, um die alten Anleihen bei Fälligkeit auslösen zu können», natürlich samt Zinsaufschlägen.

die tatsächliche Kaufkraft), wobei noch vom virtuellen Mehrwert, um den das Sparkapital scheinbar wächst, Kapitalertragssteuern in Höhe von mindestens 25 Prozent bezahlt werden müssen, die den Wert des Ersparten weiter schmälern.»[245]

Den Sachverhalt veranschaulicht der Autor dann durch ein Beispiel: 1000 Euro werden auf 1 Jahr zu 4 % Zinsen bei 5 % realer Inflation (= Preissteigerung) angelegt; vom Zinsgewinn werden jedoch wieder 25 % Kapitalertragssteuer abgezogen. Der Zinsertrag beträgt also 40 Euro abzüglich 10 Euro Steuern = 30 Euro. Der Gesamtbetrag von 1030 Euro hat jedoch bei 5 % Inflation nur noch eine Kaufkraft von 1030 x 0,95 = 978,50 Euro. Das ursprüngliche Anlagevermögen ist also um 21,50 Euro verringert worden!

Was ist zu dieser Beweisführung zu sagen? Sie ist formal korrekt, krankt jedoch an falschen Voraussetzungen. Das führt denn auch dazu, daß REISEGGER an anderen Stellen seines Buches unverdrossen das glatte Gegenteil des vorstehend Behaupteten vertritt, etwa: «Dieser Wertverlust des Dollars ist für ,Investoren' in Finanzpapiere nur dann annehmbar, wenn die Verzinsung der T-Bonds **diese Inflation mehr als wettmacht.»**[246] - «Die Entwicklung der Guthaben und Schulden in Deutschland seit 1950 zeigt: Guthaben und Schulden sind seit 1950 sehr stark gewachsen, und dies **nicht nur nominell, sondern auch real.»**[247] - «Seit Mitte der achtziger Jahre waren die **Erträge** von Finanzkapitalanlagen regelmäßig **höher** als jene von Realkapital, also Investitionen in Produktionsunternehmen.»[248] Nun können aber die Produktionsunternehmen in ihrer Gesamtheit unmöglich im Durchschnitt und anhaltenderweise «inflationsbedingt negative Gewinne», d.h. *Verluste* machen; folglich lagen auch und erst recht die «Erträge von Finanzkapitalanlagen» **über** der wahren Inflationsrate!

Wie kommt es zu solchen Selbstwidersprüchen? REISEGGER macht offenbar zwei Fehler.

Erstens besteht die Kapitalertragssteuer nur in manchen Ländern, und sie wurde auch erst seit den 1980er Jahren eingeführt. Es gibt jedoch eine Vielzahl von legalen wie illegalen Möglichkeiten, sie zu umgehen, und gerade die Besitzer der wirklich großen Geldvermögen denken daher nicht einmal im Traum daran, diese Steuer abzuliefern. Infolgedessen beträgt ihr zinsertragsmindernder Anteil im Durchschnitt aller Zinserträge auch stets nur einen kleinen Bruchteil ihres nominalen Prozentsatzes, also statt 25 % vielleicht nur 5 % oder noch weniger!

Zweitens darf die aktuelle, völlig anormale Situation keinesfalls zum Maßstab gemacht werden. Wir stehen nach einem Zyklus von über sechzig Jahren - seit dem internationalen Neuanfang nach dem 2. Weltkrieg - dicht vor dem dank Zinseszinsspirale unvermeidlichen Zusammenbruch, und das zwingt den Großteil der Zinsnehmer seit geraumer Zeit zu vorher nie gekannter «Bescheidenheit». Wie ja vorstehend gezeigt, erbrachten beispielsweise die deutschen Staatsanleihen in ihrer Gesamtheit noch bis 1998 knappe fünf Jahrzehnte hindurch eine durchschnittliche *reale* (nämlich über der *wahren* Inflationsrate liegende!) Rendite von *vollen 5 Prozent.*

Es ist zwar richtig, daß **in den letzten paar Jahren** der Zinssatz im internationalen Durchschnitt der Industrienationen in der Nähe der *offiziellen* und folglich unter der *echten* Inflationsrate angesiedelt war bzw. ist. So erklärte der Chefvolkswirt der Londoner Filiale der heimlichen ROTHSCHILD-Großbank *Morgan Stanley* im Juni 2008, es liege «der durchschnittliche Leitzins derzeit bei 4,3 Prozent, während die globale Inflationsra-

[245] *REISEGGER* a.a.O., S. 184.

[246] Ebd. S. 212; fette Hervorh. hinzugefügt

[247] Ebd. S. 273; fette Hervorh. hinzugefügt

[248] Ebd. S. 279; fette Hervorh. hinzugefügt

te mehr als 5 Prozent beträgt... dies zeigt, wie lax die globale Geldpolitik derzeit ist»[249]. Nun, sie **muß** «derzeit» so «lax» sein, weil nur noch eine Geldmengenvermehrung, welche die immer enormeren fälligen Zinseszinszahlungen auch immer stärker übersteigt, das Kartenhaus vor dem akuten Einsturz zu bewahren vermag! Das war aber jahrzehntelang anders, weil Exponentialkurven wie diejenige des Zinseszinses am Anfang ganz bedächtig, in der Mitte moderat und erst gegen Ende immer steiler ansteigen! Daher weist die Statistik denn auch z.B. für Deutschland folgendes aus: «Weitgehend unbeirrt von Konjunkturschwankungen erzielte angelegtes Geld im Zeitraum seit 1950 einen jährlichen nominalen Zuwachs von 7,47 Prozent.»[250] Das waren also selbst bei einer - seit 1975 - *wahren* Inflationsrate von 6 % im Durchschnitt *aller* Geldanlagen immer noch konstant 1,75 % **reale** Zinsgewinne!

SIMON BICHLMAIER argumentiert ähnlich wie REISEGGER, zieht jedoch statt der bloßen wahren **Preissteigerung** die noch viel höhere **Geldmengenaufblähung** heran. Unter *dieser* Voraussetzung muß man sich natürlich darüber wundern, daß die Finanz- und Börsenzeitschrift *Wirtschafts Woche* am 2. Juni 2008 «in der selbigen Ausgabe, in der sie mit „Die wahre Inflation: 12 %" titelte, Festgeldanlagen zu ca. 5 Prozent p.a. als „empfehlenswert" anpries»[251]. Doch hier wäre erstens erneut zu bedenken, daß die aktuelle Größenordnung der Geldmengenaufblähung «endzeitlichen» Charakter hat und keineswegs die jahrzehntelange «Normal»praxis der Geldmacher widerspiegelt.

Zweitens wird vergessen, daß ein beachtlicher Teil der aufgeblähten Geldmenge sich - *durchschnittlich* - nie und nirgends preissteigernd bemerkbar machen wird, weil er in der echten Hortung versickert und dort verbleibt. Dies wiederum hat zwangsläufig zur Folge, daß die Rate der Geldmengenaufblähung regelmäßig um etliche Prozentpunkte über derjenigen der *wahren* Preissteigerung liegt! Tatsächlich gibt es nicht nur den Unterschied zwischen Nominal- und Realzins, sondern auch den zwischen nominaler und realer Geldmengenaufblähung. Der Realzins errechnet sich bekanntlich als Nominalzins *abzüglich der Inflationsrate.* Die **reale** Aufblähung der umlaufenden Geldmenge hingegen errechnet sich als nominaler Überschußzuwachs der insgesamt von den Geldmachern geschaffenen Geldmenge *abzüglich der gehorteten Geldmenge*[252]*!*

Das ist aber noch nicht alles. Genau genommen muß nämlich nochmals sorgfältig zwischen einem bloß **nominalen** «Real»zins und dem *echten* Realzins unterschieden werden.

Der nominale «Real»zins errechnet sich aus dem Nominalzins abzüglich der nominalen (= offiziellen) Inflationsrate. Der **echte** Realzins hingegen bringt nicht bloß die nominale, sondern die stets höhere *wahre* (= inoffizielle) Inflationsrate zum Abzug.

Parallel dazu entspricht die nominale «Real»inflation (ursächlich betrachtet, d.h. als überschüssige Ausweitung der «umlaufenden» Geldmenge) der Gesamtmenge des erzeugten Geldes abzüglich der Hortungsrate. Die **echte** Realinflation dagegen bringt nicht

[249] *JOACHIM FELS* gegenüber der «WirtschaftsWoche» vom 22.6.2008, zit. n. *BICHLMAIER* a.a.O., S. 283 Anm. 502.

[250] *BICHLMAIER* ebd. S. 46.

[251] Ebd. S. 153 Anm. 225.

[252] Schwankungen der Umlaufgeschwindigkeit des Geldes können hierbei außer Betracht bleiben, weil sie sich *faktisch nie* in- oder deflationär auswirken, solange keine regelrechte Hyperinflation vorliegt. Läuft das Geld langsamer um, so lahmt die Wirtschaft; es werden entsprechend weniger Güter und Dienstleistungen produziert, so daß das Verhältnis der effektiv umlaufenden Geldmenge zum Bruttosozialprodukt annähernd gleichbleibt. Dasselbe gilt *mutatis mutandis* für den umgekehrten Fall schnelleren Geldumlaufs bei Hochkonjunktur.

nur die Hortungsrate, sondern überdies die ßwas/'-Hortungsrate, d.h. die Rate der sogenannten «spekulativen Kassenhaltung», zum Abzug, weil diese Gelder ja ebenfalls auf dem normalen Markt für (bewegliche) Güter und Dienstleistungen nie und nirgends Nachfrage halten, folglich auch die Preise nicht hochtreiben können!

Drittens ist also auf dem Hintergrund des soeben Ausgeführten zu überlegen, wozu denn die «Anleger» ihr zinsbringendes Sparkapital eigentlich zu verwenden gedenken. Wollen sie irgendwann damit auf dem normalen Markt für Güter und Dienstleistungen Einkäufe tätigen, werden sie kaum etwas an Kaufkraft eingebüßt haben, weil die 5 % Zinsen in etwa der realen inflationären Preissteigerung auf diesem Markt entsprechen! Also: unterm Strich **kein** Verlust. Wollen sie jedoch stattdessen damit in die Quasi-Hortung, sprich: ins Spekulations-Casino mit seiner reihumlaufenden Blasenbildung gehen, dann sind sie selbst schuld! Natürlich werden sie dort entweder Gewinn oder Verlust machen, wobei die Verluste des einen immer die Gewinne des anderen sind und die im Einzelfall erzielbaren Gewinne trotz aller «Blasen» durchaus ein Mehrfaches der nominalen, ja selbst der wahren Geldmengensteigerungs- oder -aufblähungsrate betragen.

Im übrigen aber verstehen es die **großen** Spekulanten auch gegenwärtig noch, gegebenenfalls, also z.B. als Fonds-Manager, nicht bloß für sich persönlich, sondern auch für die von ihnen «betreute» Anlegerschar Gewinne herauszuholen, die weit über der realen Geldmengenaufblähung liegen. So gut wie risikofrei! Wenn der übliche Kapitalmarktzins das nicht mehr zu leisten vermag, weichen sie halt auf andere, weit «höherprozentige» Formen des Zinses aus. So hieß es etwa Ende 2004 in der Presse: «Kapital ist endlos mobil. Anleger erwarten heute Eigenkapital-Renditen [= Zinsen!] vor Steuern je nach Branche zwischen fünfzehn und 25 Prozent. Dies gilt weitgehend unabhängig von Ländern und Zinsen am Kapitalmarkt. . . . Tränen in den Augen helfen da nicht, zumal viele Unternehmen die brutalen Gewinn-Erwartungen erfüllen können. Und wenn nicht in Deutschland, dann woanders auf der Welt.»[253]

In Klartext übersetzt: Es müssen nicht einmal hochriskante Wetten im Derivate-Casino sein, denn die «Globalisierung» macht's - jedenfalls derzeit noch - möglich! Die Anlagestrategen «investieren» halt ihre bzw. ihrer «Kunden» Gelder - auf welchen Wegen im einzelnen auch immer - in Anleihen solcher Unternehmen, die ihre Produktion oder Dienstleistungen in sogenannte «Billiglohnländer» ausgelagert haben. Die unglücklichen Verlierer *dieser* perfiden Art von nahezu risikoloser «Spekulation» sind jene armen Menschen, die dort bis zu 16 Stunden täglich und sieben Tage pro Woche für sprichwörtliche Hungerlöhne schuften müssen, ohne je ‚auf einen grünen Zweig zu kommen'!

Wenn also BICHLMAIER - im zwar ehrenhaften, aber *so* leider kaum zielfuhrenden Bemühen, den Zins madig zu machen - anmahnt, gerade bei «langfristigen» Investitionen müsse zur Ermittlung ihrer realen Wertentwicklung «mit einer wahren Inflationsrate in Höhe der erfolgten und zu erwartenden M3-Geldmengenerweiterungsraten kalkuliert werden»[254], kann er sicher sein, daß dieser «Rat» bei den Besitzern und Verwaltern des **großen** Anlagekapitals, das für 90 oder mehr Prozent aller «Geldanlagen» überhaupt verantwortlich zeichnet, seit eh und je offene Türen einrennt...

BICHLMAIER ist übrigens gar nicht so naiv, das alles nicht selbst zu sehen, sagt er doch an anderer Stelle: «Die reale Verzinsung von Bargeld war z.B. seit Anfang 2003 negativ [vorher also noch positiv!] . . . Die wirklich Reichen erwarten daher schon seit langem weit höhere Effektiv-Renditen von ihren Anlage-Strategen und erzielen diese in der Regel auch [!]. Die Kleinvermögenhalter gewinnen in der Regel nominal und verlieren da-

[253] *JAN-NIKLAS BERGER* in: «Die Tagespost», 28.12.2004.

[254] *BICHLMAIER* a.a.O., S. 458f.

bei real.»[255] Letzteres wird zwar zutreffen, und das nicht erst heute; allerdings sind die auf den vielzitierten «Sparbüchern» liegenden «Kleinvermögen» im Verhältnis zu den eigentlichen Geldanlagevermögen nie etwas anderes gewesen als die berüchtigten «peanuts» («Erdnüsse», d.h. Kleinkram) des seinerzeitigen *Deutsche Bank-Chefs* HILMAR KOPPER. Mit anderen Worten: quantitativ betrachtet bilden sie die Ausnahme, nicht die Regel!

These Nr. 3 findet daher nur zeitweilig, und dann so gut wie nur auf die insgesamt kaum ins Gewicht fallenden Geldvermögen der «Kleinsparer» Anwendung. Die «Großsparer» hingegen wissen mit allen Mitteln dafür Sorge zu tragen, daß weder die nominale noch die reale Inflationsrate ihre Zinsrenditen aufzehrt.

Wenden wir uns abschließend These Nr. 4 zu. Sie besagt, daß die Inflation *gegebenenfalls* verzinsliche Geldvermögen nur wenig, unverzinsliche Geldvermögen bzw. Geldeinkommen jedoch voll entwertet[256]. Das soll also dann gelten, wenn irgendwann einmal sogar die Großgeldanleger ausnahmsweise nicht mehr imstande sind, mit ihren Zinsen wenigstens den vollen Inflationsausgleich zu erzielen. Unsere Überprüfung dieser These führt direkt zum nächsten Abschnitt.

10) Pseudo-Inflation statt echter Inflation

Die gerade rekapitulierte 4. These formuliert, so überraschend das scheinen mag, **im aktuellen Schuldgeldsystem** einen höchst bemerkenswerten Trugschluß. Denn in Wirklichkeit verändert eine **lehrbuchmäßige** «Inflationsrate», ganz egal wie niedrig oder hoch **sie** immer sein mag, das reale Kaufkraftverhältnis zwischen den verzinslichen und den unverzinslichen Geldvermögen bzw. Geldeinkommen *nicht im geringsten*! Der einzige Faktor, der das Kaufkraftverhältnis verändert, ist der Zins selber; er verschiebt es immer weiter zugunsten der verzinslichen Geldvermögen und folglich zu Lasten aller unverzinslichen Geldbestände.

Und hier ist der mathematische Beweis anhand eines simplen Modells:

In einer Volkswirtschaft beträgt das Verhältnis der *verzinslich* angelegten Geldvermögen zur Gesamtheit der jährlichen *unverzinslichen* Geldeinkommen (= **Kaufkraftverhältnis)** in einem gegebenen Zeitpunkt genau 10 zu 0,95, sagen wir 1000 Mrd. zu 95 Mrd. Der durchschnittliche jährliche Zinssatz (um den also die verzinslich angelegten Geldvermögen wachsen), beträgt genau 10 %, das Wirtschaftswachstum bei einem Bruttosozialprodukt von 995 Mrd. gut 0,5 %. Nach einem Jahr sind daher aus den 1000 Mrd. Anlagekapital 1100 Mrd. geworden, aus den 995 Mrd. Bruttosozialprodukt 1000 Mrd. und aus den 95 Mrd. unverzinslichen Einkommen dank Wirtschaftswachstums exakt 100 Mrd., so daß das **Kaufkraftverhältnis** jetzt exakt bei **11 zu 1** liegt.

Beträgt nun bei unverändertem Wirtschaftswachstum die jährliche Inflationsrate, immer verstanden im üblichen Sinne, nämlich als *wodurch auch immer im einzelnen zu-*

[255] Ebd. S. 387. Vgl. im selben Sinne *CREUTZ,* Das Geld-Syndrom . . . a.a.O., S. 184: «Auch die Bankrücklagen der kleinen Sparer wurden in den vergangenen Jahrzehnten durch die schleichende Inflation um vierteilige [?] Milliardenbeträge enteignet. Denn im Gegensatz zu den betuchteren Geldanlegern, die sich mit ihren Großeinlagen durch erhöhte Zinsforderungen gegen alle Inflationsverluste abzusichern verstehen, lag die Verzinsung der normalen Sparguthaben in vielen Ländern und Jahren unter den Inflationssätzen.»

[256] *SIMONBICHLMAIER* in: «Humane Wirtschaft» Nr. 2 (März-April) 2010, S. 8 drückt es so aus: «Die nominale Zins-Umverteilung . . . sorgte in Zeiten der Inflationsstrategie v.a. dafür, daß die verzinslich angelegten Geldwerte von dieser nur entsprechend vermindert dezimiert wurden, während die Kaufkraft der Löhne etc. aber in vollem Maße entwertet wurde.»

standegekommene **Geldentwertung,** 10 Prozent[257], so reduziert sich der «reale» Wert des verzinslichen Anlagekapitals auf 1100 - 110 = 990, der «reale» Wert der unverzinslichen Einkommen auf 100 - 10 = 90. Das **Kaufkraftverhältnis** beträgt also 990 zu 90 **= 11 zu 1** - und bleibt damit **unverändert!** Die 10 Prozent Inflation haben somit gar nichts «entwertet», weder das Anlagekapital noch die unverzinslichen Gelder; der **reale** Wert ist **gleichgeblieben!**

Beträgt, immer noch bei unverändertem Wirtschaftswachstum von 0,5 %, die Inflationsrate das Doppelte, nämlich 20 Prozent jährlich (was freilich in der Realität bei gleichzeitig nur 10 % Zinsen nie vorkommen wird!), fällt der «reale» Wert des verzinslichen Anlagekapitals auf 1100 - 220 = 880, der «reale» Wert der unverzinslichen Einkommen auf 100 - 20 = 80. Das **Kaufkraftverhältnis** beträgt also 880 zu 80 = **11 zu 1** - und bleibt damit erneut **unverändert!**

Beträgt die Jahresinflationsrate hinwiederum bloß 5 Prozent, sinkt der «reale» Wert des verzinslichen Anlagekapitals auf 1100 - 55 = 1045, der «reale» Wert der unverzinslichen Einkommen auf 100 - 5 = 95. Das **Kaufkraftverhältnis** beträgt also 1045 zu 95 **= 11 zu 1** - und bleibt somit auch jetzt **unverändert!** Und dies, obwohl gegenüber dem Jahresanfang bzw. der Ausgangslage **nominal** das Anlagekapital **zugenommen,** das unverzinsliche Geldvermögen hingegen **stagniert** hat!

Die übliche Behauptung: Bei Inflation erhält der Gläubiger wertloseres Geld zurück, als er ausgeliehen hat, folglich muß der Zins einen Inflationsausgleich enthalten, wäre zwar dennoch richtig, wenn es sich um eine **echte** Inflation handelte! Denn **alle** Geldbesitzer, ob nun Inhaber verzinslicher oder unverzinslicher Geldvermögen, könnten ja *bei gleichgebliebener Warenproduktion,* aber *insgesamt gestiegener Geldmenge* pro Geldeinheit nicht mehr soviel kaufen wie zuvor. Eine solche **echte** Inflation ist jedoch, wie wir sogleich sehen werden, in der Realität so gut wie nie zu beobachten. Auch in unserer - prinzipiell realistischen - Beispielrechnung nicht, und zwar aus folgendem Grund: Das **einzige** zusätzliche Geld, von dem in unserem Beispiel überhaupt inflationäre Wirkung ausgehen *kann* (und dann zugleich *muß),* ist nämlich exakt der zusätzliche Zinsbetrag von 100 Mrd.![258] Und genauso verhält es sich auch **im aktuellen Schuldgeldsystem.**

Solange man ignoriert, daß einzig der Zins selber die Inflation erzeugt bzw. ist, kann man also jeden beliebigen Wert für die woher auch immer sonst vermeintlich stammende Inflationsrate ansetzen - sie bewirkt **überhaupt nichts,** solange die *unverzinslichen* Einkommen nicht wenigstens einen teilweisen *Inflationsausgleich* erhalten. Bekämen sie den, würde das Kaufkraftverhältnis dadurch freilich *zu ihren Gunsten* verschoben! Doch so etwas wird man in der Wirklichkeit nie und nirgends beobachten!

Wer hingegen etwas bewirkt hat, ist der *Zinsl* Am Jahresanfang betrug das Kaufkraftverhältnis noch 10 zu 0,95 = ca. 10,52 zu 1; am Ende des Jahres liegt es dank 10 Prozent Zinsen auf das Anlagekapital bereits bei 11 zu 1 !

Man muß also sagen: Gäbe es irgendwo **echte** Inflation, aber keinerlei Schulden und Zinsen, würde sie,

[257] Für 10 Prozent *Geldentwertung* sind aus rein mathematischen Gründen etwas mehr als 11 Prozent allgemeine *Preissteigerung,* also auch *Geldmengenaufblähung* notwendig!

[258] Das Beispiel verunklart diesen Sachverhalt durch die beiden eigentlich *falschen* (nämlich **unmöglichen!)** Angaben ‚20 % Inflation' bzw. ‚5 % Inflation'. Achtet man jedoch darauf, welches Geld tatsächlich zur am Jahresanfang vorhandenen Menge im Laufe des Jahres *hinzukommt,* sind das a) der Zuwachs beim Bruttoinlandsprodukt und b) die Zinsen. Da ersterer definitionsgemäß nicht inflationär sein kann (Geldmenge und erzeugte Waren/Dienstleistungen = BIP steigen ja *hier* strikt parallel), kommt die Aufblähung der Geldmenge einzig und allein durch die Zinsen zustande.

a) falls durch *verminderte* Warenproduktion bei gleichbleibender umlaufender Geldmenge bedingt, tatsächlich allen von ihr Betroffenen völlig gleichmäßig schaden; niemand wäre gegenüber vorher im geringsten bevorzugt oder benachteiligt. Würde dagegen

b) die Inflation - immer noch bei nichtexistenten Schulden und Zinsen - erzeugt, indem z.B. der Staat bei *gleichbleibender* Güterproduktion jedem Bürger 10 Prozent mehr Geld zusteckte, als er bis dahin besäße, würde diese Inflation niemandem schaden, aber auch niemandem nutzen. Wird jedoch

c) die Rate **echter** Inflation bei Schuldverhältnissen durch den Zins ausgeglichen, steht sich auch jetzt der Gläubiger kein bißchen schlechter als der Schuldner.

Wie kommt es dann aber, daß unsere real vorhandene sogenannte «Inflation» den Besitzern unverzinslicher Geldvermögen bzw. Geldeinkommen dennoch schadet, indem sie deren Kaufkraft schleichend, aber stetig vermindert - und das ausschließlich zugunsten der Zinsnehmer?

Das liegt daran, daß der **schädigende** Teil der Inflation mit den Zins- und Zinseszinsgewinnen des Anlagekapitals strikt identisch ist! Der **(faktisch gar nicht vorhandene)** *nichtschädigende* Teil dagegen wäre jener Teil der Geldaufblähung, der weder zu Zinseszinszahlungen benötigt würde noch in der Hortung und der Quasi-Hortung verschwände! Denn der allein verteilte sich völlig gleichmäßig auf *alle* Geldbesitzer, ob sie nun Zinsen kassierten oder nicht.

Die einzigen Leute, welche eine **lehrbuchmäßige** «Inflation», wenn es sie denn *gäbe*, begünstigen *würde*, wären daher jene, die *woher auch immer* entweder einen vollständigen oder wenigstens einen teilweisen «Inflationsausgleich» erhielten. Zeigen wir auch das konkret mittels einer entsprechenden Abänderung unseres Modellbeispiels[259]:

In einer Volkswirtschaft beträgt das Verhältnis der *verzinslich* angelegten Geldvermögen zur Gesamtheit der jährlichen *unverzinslichen* Geldeinkommen (= **Kaufkraftverhältnis)** in einem gegebenen Zeitpunkt wiederum 10 zu 0,95, nämlich 1000 Mrd. zu 95 Mrd. Der durchschnittliche jährliche Zinssatz beträgt wieder genau 10 %, das Wirtschaftswachstum bei einem Bruttosozialprodukt von 995 Mrd. emeut gut 0,5 %. Nach einem Jahr sind daher aus den 1000 Mrd. Anlagekapital 1100 Mrd. geworden, aus den 995 Mrd. Bruttosozialprodukt 1000 Mrd. und aus den 95 Mrd. unverzinslichen Einkommen dank des Wirtschaftswachstums exakt 100 Mrd. Die Inflationsrate beträgt 10 %. Doch von den 100 Mrd. unverzinslichen Geldeinkommen haben 50 Mrd. den vollen Inflationsausgleich erhalten, die übrigen 50 Mrd. den halben.

Daraufhin betragen also nun im einzelnen:

* die verzinsten Geldanlagen 1000 Mrd. plus 100 Mrd. Zinsertrag minus 110 Mrd. Inflationsverlust = 990 Mrd.;
* die unverzinsten, aber voll ausgeglichenen Geldeinkommen 50 Mrd. minus 5 Mrd. Inflationsverlust plus 5 Mrd. Inflationsausgleich = 50 Mrd.;
* die unverzinsten, aber nur halb ausgeglichenen Geldeinkommen 50 Mrd. minus 5 Mrd. Inflationsverlust plus 2,5 Mrd. Inflationsausgleich = 47,5 Mrd.

Addieren wir die beiden «Hälften» der unverzinsten Geldeinkommen, ergeben sie also jetzt 97,5 Mrd. statt - ohne Ausgleich - nur 90 Mrd.; das Kaufkraftverhältnis errechnet sich daher jetzt als 990 zu 97,5 = **10,15** zu 1. Es hat sich somit dank Inflationsausgleich zugunsten der unverzinsten Geldeinkommen verlagert, denn das jahresanfängliche Verhältnis betrug ja noch 1000 zu 95 = **10,52** zu 1! Statt gut zehneinhalbmal soviel

[259] Wir tun *pro forma* erneut so, als wüßten wir noch nicht, daß nur der Zins selber die Inflation erzeugt, denn nur so entspricht es den gängigen Lehrbüchern der Nationalökonomie!

Kaufkraft haben die Besitzer der verzinsten Geldkapitalien jetzt nur noch gut zehnmal soviel wie die Inhaber der unverzinsten Geldeinkommen.

Rechnen wir dasselbe Beispiel nun mit 5 statt 10 Prozent Inflation durch. Die verzinsten Geldanlagen wachsen von 1000 auf (1100 minus 55 =) 1045 Mrd., die voll ausgeglichenen unverzinsten Geldeinkommen bleiben wieder bei 50 Mrd. stehen, die nur halb ausgeglichenen verlieren 2,5 Mrd., bekommen 1,25 Mrd. zurück und belaufen sich dann auf 48,75 Mrd. Das Kaufkraftverhältnis beträgt also nun 1045 zu 98,75 = **10,58** zu 1! Jetzt haben sich die verzinslichen Geldanlagen gegenüber dem Jahresanfang sogar ein klein wenig verbessert.

Setzen wir endlich 0 Prozent Inflation an, so braucht nichts als Verlust abgezogen und darum auch nichts ausgeglichen zu werden: 1100 zu 100 = **11 zu 1 wie gehabt!**

Unsere Beispielrechnungen führen zu mehreren hochwichtigen Erkenntnissen, die den Inflationstheoretikern verschiedenster Herkunft bisher völlig verborgen geblieben zu sein scheinen:

• 1) **Echte** Inflation, falls überhaupt je vorhanden (!), ändert das Kaufkraftver/zä/iw/s zwischen verzinslichen und unverzinslichen Geldbeständen strikt um den Faktor 0, das heißt, überhaupt nicht.

• 2) **Im aktuellen Schuldgeldsystem** herrscht jedoch selbst bei Konjunktureinbrüchen mit ihrer verminderten Produktion **nie** *echte* Inflation, sondern eine einzig durch die ständigen Zinseszinsaufschläge bedingte, ja damit im Prinzip identische *Pseudo*-Inflation. Sie geht, wie noch näher zu zeigen sein wird, **nie,** *nicht einmal bei Wirtschaftskrisen,* mit *Warenmangel* bei *Geldüberschuß* (= klassische oder echte Inflation!), sondern immer nur umgekehrt mit *Geldmangel* bei Warewüberschuß einher.

• 3) Jeder sogenannte «Inflationsausgleich», ob voll oder teilweise, macht **im aktuellen Schuldgeldsystem** dem Zins direkte Konkurrenz. Das heißt mit anderen Worten, er verhält sich genauso wie der Zins. Das heißt nochmals anders gesagt: er **ist** Zins! *Ganz* genau gesagt: er **wäre** Zins und **würde** daher den Zinserträgen des Anlagekapitals[260] direkte Konkurrenz machen, sie nämlich umso mehr schmälern, je höher die (Pseudo-)Inflation wäre und je höher er infolgedessen ausfiele. Und *weil* er das täte, wird er auch immer bloß *scheinbar* gewährt, aber nie real! Um das zu begreifen, muß man sich daran erinnern, daß alle egal wie auch immer benannten Formen von Rendite nichts als ordinäre Zinsen sind. In der Praxis sieht die scheinbare Gewährung, aber tatsächliche Verweigerung des «Inflationsausgleichs» daher so aus:

a) Entweder wird der «Ausgleich» zwar einem *Teil* der Lohnempfänger und/oder Pensionsbezieher gewährt, dafür aber einem *anderen Teil* von ihnen aus der Tasche gezogen. Etwa indem ein Teil der bisherigen Lohnempfänger arbeitslos wird, damit die Unternehmensrendite = Zins dank gesunkener Arbeitskosten umso höher steigt und den vorgeblichen «Inflationsausgleich» der noch Arbeitenden aufs ganze gesehen wieder zunichtemacht. Oder indem Pensionsempfänger, um den «Inflationsausgleich» zu *neutralisieren,* neue Steuern, Abgaben o.ä. auf ihre Rente zahlen müssen, die dann letztlich der verschuldete Staat als Zinsen auf seine Anleihen bei den Großanlegern abführt[261] bzw. als «Subventionen» zur verdeckten Aufbesserung aller möglichen sonstigen Formen von Renditen verwendet.

[260] Es sei jedoch schon hier angemerkt, daß der bei weitem größte Teil der Zinsen keinem *echten* Anlagekapital, sondern aus nichts geschöpften (!) Bankkrediten zu entrichten ist.

[261] Es sei erneut hier schon angemerkt, daß der Staat *faktisch* bzw. **im langjährigen Mittel** *keine* Zinsbeträge aus Steuern an echte «Anleger» abzuführen hat. Alles Nähere siehe im Unterkapitel über die Staatsschulden!

b) Oder die wahre Inflationsrate wird schönfarberisch auf ein Minimum heruntergerechnet, so daß der «Inflationsausgleich» entsprechend winzig ausfällt; den Rest besorgt dann die gleichzeitige Anwendung von Methode a) Variante 1: Reduzierung der Zahl der Inflationsausgleichs«berechtigten» oder Variante 2: den Inflationsausgleich wieder neutralisierende Abzüge auf andere Titel hin . ..!

In der Praxis geschieht stets beides nebeneinander mit je nach Umständen wechselnder Gewichtung, aber immer im jeweils «benötigten» Ausmaß.

• 4) Es gibt **im aktuellen Schuldgeldsystem** auch auf Seiten der Zinsnehmer keinen «Inflationsausgleich»! Der ist weder nötig noch möglich, denn der Zins ist mit der Inflation **strikt identisch,** abzüglich nur des jeweiligen Wirtschaftswachstums. Die Zinsrate minus die Rate des Wirtschaftswachstums **ist** die Inflationsrate. Der Zins ist sein eigener «Inflationsausgleich»; etwas anderes gibt es nicht auszugleichen!

Das ist zugegebenermaßen im ersten Augenblick schwer zu begreifen. Es geht aber aus unseren obigen Beispielrechnungen glasklar hervor, sobald sie um etliche kleine Irreführungen berichtigt werden, nämlich:

a) Im realen **aktuellen Schuldgeldsystem** gibt es außer den wertmäßig vernachlässigbaren Münzen *überhaupt kein Geld,* das nicht zu jedem Zeitpunkt direkt oder indirekt irgendwo *zinspflichtig* und somit *verzinslich* wäre; das wird im nächsten Unterkapitel ausfuhrlich nachgewiesen werden.

b) Unsere willkürliche Ansetzung von einmal 20, dann 5 % Inflation bei konstant 10 % Zinsen war unsinnig. Obwohl diese Ansätze mathematisch nichts ändern, kann der erstere **im aktuellen Schuldgeldsystem** niemals der Wirklichkeit entsprechen, der letztere nur ganz ausnahmsweise. Wieso das?

Ganz einfach! Inflation bedeutet Aufblähung der **real** umlaufenden Geldmenge. Hortung und Quasi-Hortung tragen dazu zumindest vordergründig nichts bei, bleiben darum hier außer Betracht[262]. Welches Geld läuft aber nun in unserem Beispiel real um? Erstens natürlich die 95 Mrd. unverzinslicher Geldbestände. Zweitens aber auch die 1000 Mrd. verzinslicher Geldbestände, denn wenn sie verzinst werden, heißt das ja nichts anderes, als daß sie von irgendwelchen Kreditnehmern (im weitesten Sinne) aufgenommen worden sind, um im Wirtschaftskreislauf irgendetwas entweder Produktives oder Konsumtives damit anzufangen! Das heißt aber, auch sie **laufen real um,** worüber der insoweit unglücklich gewählte Ausdruck «*Anlagen*» nicht hinwegtäuschen darf: sie «liegen» eben gerade nicht irgendwo herum, sondern befinden sich im aktiven Geldkreislauf!

Woher kommt dann aber in diesem Beispiel die Inflation? Offenbar kann sie einzig durch jene 100 Mrd. an Zinszahlungen bedingt sein, die im Laufe des Jahres auf die umlaufenden 1000 Mrd. «Anlagekapital» fällig werden. Diese zusätzlichen 100 Mrd. müssen nämlich von den Geldmachern aus nichts geschaffen und von irgendwelchen Kreditnehmern als Neukredite aufgenommen werden; sie allein erhöhen also die umlaufende Geldmenge. Diese Neukredite werden jedoch, *weil sie zum größten Teil* ***sofort*** *wieder als Zins(eszins)en anderswo zurückgezahlt werden müssen,* in der Wirtschaft nur zum klein(st)en Teil nachfragewirksam, obwohl sie die Produzenten dazu antreiben, die Menge der Güter und Dienstleistungen *gewaltsam* **im Übermaß** zu steigern! Genau daraus resultiert dann, wie sich gleich noch klarer zeigen wird, der Pseudo-Charakter dieser «Inflation». Das Preissteigerungs- oder Inflationspotential beträgt jedenfalls exakt 100

[262] Sie können mit umso vollerer Berechtigung außer Betracht bleiben, als auch auf ihnen **im aktuellen Schuldgeldsystem** absolut unweigerlich *mittelbar* dennoch dieselbe Zinslast liegt wie auf allen «umlaufenden» Geldern. Die Einzelheiten dazu werden im nächsten Unterkapitel über die Geldschöpfung ausgebreitet.

Mrd., und diese 100. Mrd. sind exakt identisch mit den Zinsen auf die anfänglich 1000 Mrd. Leihkapital! Folglich kann die Inflationsrate unmöglich *höher* liegen als der Zinssatz[263].

• 5) Allerdings bleibt zu berücksichtigen, daß die Menge (und *teilweise* auch die Qualität) aller pro Jahr erzeugten Güter und Dienstleistungen ja immerhin auch wächst, jedenfalls im langjährigen Durchschnitt. Freilich liegt ihre Wachstumsrate *ausnahmslos immer* weit **unter** der Zinsrate. In unserem Beispiel beträgt die jährliche Zinsrate 10 %, die jährliche Wachstumsrate der Wirtschaft oder, was dasselbe ist, des Bruttosozialprodukts hingegen nur 0,5 %. Bei 0,5 % Wirtschaftswachstum wären auch nur 0,5 Prozent Ausweitung der Geldmenge gerechtfertigt, um das Verhältnis zwischen Gütermenge und umlaufender Geldmenge konstant und damit die Preise stabil zu halten. Alles, was über diese 0,5 % hinaus an zusätzlichem Geld in Umlauf kommt, ist überschüssig, also inflationär. Folglich beträgt die Inflationsrate in unserem Beispiel 10 % Zinsrate minus 0,5 % Wirtschaftswachstum = 9,5 % Geldmengenaufblähung/Preissteigerung.

• 6) Zins und Inflation sind also teilidentisch bis identisch (letzteres bei 0 Prozent Wirtschaftswachstum). Soviel die jeweilige Zinsrate über dem gleichzeitigen Wirtschaftswachstum liegt, ist sie mit der jeweiligen Inflationsrate gleichzusetzen. Infolgedessen erreicht die wahre Inflationsrate oft erschreckende Höhen. Damit das breite Publikum sich dessen nicht bewußt wird, arbeiten die amtlichen Inflationsstatistiker mit einer ganzen Reihe von Tricks, um bisweilen erheblich niedrigere angebliche Inflationsraten zu erzielen. Sie tun das bereits seit Jahrzehnten, wie in HJALMAR SCHACHTS Buch aus dem Jahre 1966 nachzulesen[264]. Allerdings werden wir weiter unten sehen, daß dennoch *in Deutschland* die amtliche Inflationsstatistik zumindest bis zum Jahr 2000 (zwar nicht völlig, aber immerhin) weitgehend der Realität entsprochen hat.

Ohnedies zeichnen die offiziellen Statistiken die Teilidentität von Zins und Inflation insofern immer noch deutlich genug nach, als beide Größen stets mit verblüffender Präzision **gemeinsam** auf- und abschwanken. Die Lehrbuch-Ökonomen «erklären» die strikte Parallelität der Schwankungen natürlich damit, daß der Zins ja stets den «Inflationsausgleich» enthalte. Wir wissen jetzt, daß das blühender Unsinn ist. Werden durchschnittliche Zins- und durchschnittliche Inflationsrate als Diagramm dargestellt, liegen zwar beide einander zum Verwechseln ähnliche Kurven stets um etliche Prozentpunkte auseinander. Grund dafür ist jedoch, daß lediglich das durchschnittlich ziemlich *gleichmäßig niedrige* Wachstum des Bruttosozialprodukts von der Zinsrate abgezogen werden muß, um die Inflationsrate zu erhalten.

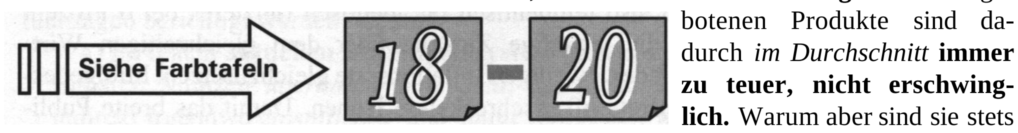
• 7) Was alle Welt «Inflation», verstanden als «Preissteigerung» bzw. «Geldentwertung», nennt, ist in Wirklichkeit direkter Ausdruck der stetig wachsenden Zinskosten bei der Produktion aller Güter und Dienstleistungen. Daher **ist** diese scheinbare Inflation auch **überhaupt keine Inflation** im klassischen Sinne! Wie das?

[263] Das wäre nur ganz ausnahmsweise und kurzzeitig bei einer plötzlichen, katastrophen- oder kriegsbedingten Vernichtung eines großen Teils der aktuellen Warenproduktion möglich, aber die Zinsen würden daraufhin auch binnen kürzester Frist schlagartig in die Höhe schießen!

[264] Vgl. SCHACHT ***a.a.O.,*** S. 191f: «Über das Ausmaß der dritten Inflation ist vielfach diskutiert worden. Jeder hat sich dabei auf irgendwelche statistischen Ziffern über Preisveränderungen berufen. Preisindizes werden leider nach sehr verschiedenen und verschieden deutbaren Unterlagen aufgemacht. Die öffentliche Erörterung suchte, je nach politischer Einstellung, den jährlichen Prozentsatz der Geldentwertung bald auf zwei, bald auf fünf Prozent zu bemessen. Übereinstimmung herrschte aber schließlich über das Vorhandensein einer Inflation, einerlei ob die Entwertung der Mark in den letzten anderthalb Jahrzehnten auf 20 oder 30 oder 40 Prozent festgestellt wurde.»

Nun, Inflation im Sinne der Lehrbücher bedeutet doch, wie am Anfang dieses Unterkapitels schon erläutert, mehr umlaufendes Geld als erzeugte Produkte, also Kaufkraftüberhang bei relativem Warenmangel. Demgegenüber sorgt jene angebliche «Inflation», die wir seit Jahrzehnten in der ganzen westlichen Welt und noch darüber hinaus kennen, permanent für mehr Produkte als umlaufendes Geld, also Warenüberhang bei relativem Geldmangel[265]. Es herrscht somit eigentlich genau der umgekehrte Zustand! Die Lager und Läden quellen ständig über von Gütern, aber fast nie stellen sich genügend Kunden ein, um alles zu kaufen, so daß jahrein jahraus eine verzweifelte Rabattaktion die nächste ablöst, um die unverkaufte Ware wenigstens nicht völlig abschreiben zu müssen. Und das bei guter wie schlechter Konjunktur, also bei hoher wie niedriger Güterproduktion, *gleichermaßen*! Wie kommt das?

Die Masse der Normalvermögenden kann den Warenüberhang nicht (oder höchstens zu «Schnäppchen»- bzw. Ramschpreisen) kaufen, weil die Preise **entgegen aller Lehrbuchweisheit nicht etwa deflationär sinken,** sondern **fortwährend steigen!** Alle angebotenen Produkte sind dadurch *im Durchschnitt* **immer zu teuer, nicht erschwinglich.** Warum aber sind sie stets zu teuer und warum steigen die Preise immerzu? Weil die **im aktuellen Schuldgeldsystem** notwendigerweise durchweg verschuldeten Warenproduzenten und -Verkäufer versuchen, das Geld für die von ihnen zu entrichtenden Zinszahlungen durch entsprechende Preisaufschläge hereinzuholen. Anders formuliert: weil sie immer ihre Zinskosten in die Preise einrechnen müssen. Angenommene 10 % Zinskosten jährlich ergeben auf diese Weise auch 10 % Preissteigerung abzüglich nur der - weit niedrigeren - Rate des Wirtschaftswachstums[266].



Nun sollte man eigentlich meinen, diese 10 % Geld wären doch immerhin da! Man könnte ja argumentieren: Die Produzenten und Händler haben doch 10 % zusätzliches

[265] Darauf macht völlig zu Recht die hierzulande leider bislang praktisch unbeachtete kanadische *Social Credit*-Bewegung aufmerksam. Vgl. z.B. *MARK ANDERSON* in: «American Free Press», 12.10.2009: «Doch Geldinflation ist unmöglich, wenn das Angebot an Waren und Dienstleistungen die Kaufkraft der Bevölkerung übersteigt, was, wie die Anhänger des *Social Credit* sagen und in ihren vielen Büchern sowie ihrer Zeitung unterstreichen, immer der Fall ist. Hohe Preise, behaupten sie, resultieren in Wirklichkeit aus Steuern und Zinslasten wie auch Arbeitskosten, die in allen Produkten und Dienstleistungen stecken.» Dabei lassen sich die - **zu hohen** - Steuern auf die Zinszahlungen für Staatsschulden (genauer/richtiger: zwar anders benannte, aber *faktisch* nichts anderes als genau dies darstellende staatliche *Zinssubventionen* für die Wirtschaft, denn der Staat bestreitet seine *eigenen* Zinszahlungen im langjährigen Durchschnitt *nur* durch *NettoneukrediteV),* die - **zu hohen** - Arbeitskosten auf Zinszahlungen für Unternehmenskredite oder auf als sogenannte «Mindestrenditen» zu erbringende Zinsen zurückführen.

[266] Bei näherem Hinsehen wird man übrigens feststellen, daß die Rate des Wirtschaftswachstum genau deshalb **nie** die durchschnittliche Zinsrate erreichen kann, weil **immer** ein gewisser Teil der mittels voll verzinslicher Kredite erzeugten Produkte entweder vernichtet oder weit unter den Gestehungskosten verramscht werden muß. Was aber unverkauft vernichtet wird, taucht im BIP überhaupt nicht auf, erhöht also auch dessen Wachstum überhaupt nicht; was weit unter Wert abgestoßen werden muß, geht viel zu niedrig ins BIP ein und erhöht dessen Wachstum viel zu wenig! Dieser Beobachtung der bloßen *Wirkung* muß jedoch die Betrachtung der *Ursache* zur Seite gestellt werden, und die liegt in der fehlenden Nachfragewirksamkeit der **per saldo** immer nur zu Zinszahlungszwecken aufgenommenen Neukredite. Genaueres dazu oben im Haupttext.

Geld als Neukredite aufgenommen und *investiert,* also für irgendwelche Investitionsgüter oder Dienstleistungen *ausgegeben.* Und die Empfänger dieser Gelder haben ihrerseits wieder anderswo damit gekauft. Und so weiter. Na bitte! Das zusätzliche Kreditgeld läuft doch um, hält doch am Ende Nachfrage nach jenen Gütern, die es am Anfang produzieren half. Der Wirtschaftskreislauf ist somit geschlossen, erhöhte Geldmenge und erhöhte Warenmenge halten einander die Waage - wie kann es da trotzdem «klemmen»!?

Diese Argumentation beachtet nicht, daß die selbst schon wieder zu verzinsenden (!) Neukredite *durchschnittlich* bzw. *letztlich* immer nur zu dem Zweck aufgenommen werden, die Zinsen für die Altkredite zahlen zu können. Auf dem Wege gesteigerter Produktion. Doch die Hoffnung der Produzenten, mittels erhöhter Produktion zunächst die Zinsen für die Alt- und später auch jene für die Neukredite, welche die Produktionssteigerung ja erst ermöglichen, zu erwirtschaften, kann höchstens einmal im Einzelfall oder in einzelnen Sektoren der Wirtschaft, durchschnittlich jedoch nie (voll) erfüllt werden[267]. Ironischerweise gerade deshalb, «weil die mit Zinsen erstellten Waren und Dienstleistungen durch die Zinsen zu teuer werden. Dadurch finden sie zu wenig Abnehmer oder nur Abnehmer bei unzureichenden Preisen.»[268]

Die 10 % Neukredite unseres Beispiels laufen also *durchschnittlich* bzw. *letztlich* kaum in der Wirtschaft um, sondern wandern jeweils alsbald zu den Geldanlegern zurück. Zwar könnte man immer noch meinen, das hätte keine großen realen Auswirkungen, weil die Anleger ja ihrerseits alles zurückgezahlte Geld, auch und gerade die zusätzlichen Zinseszinseinnahmen, nach Erhalt sofort *wieder* ausleihen und damit erneut in die Wirtschaft einspeisen. Selbst wenn dem im Idealfall so wäre[269], würde das nichts daran ändern, daß die verschuldeten Produzenten und Händler betreffs der Rückzahlung ihrer mit 10 % jährlichem Zinsaufschlag belasteten Kredite immer schon weit in die Zukunft blicken und planen müssen. Sie sehen sich einerseits gezwungen, ihre Preise sicherheitshalber schon frühzeitig bzw. vorwegnehmend um die erst viel später zu entrichtenden Zinskosten anzuheben. Dadurch sind die Neukredite jeweils zum Zeitpunkt ihrer Aufnahme schon teilweise «verfrühstückt». Sie stehen also der Wirtschaft durchschnittlich bzw. letztlich nur noch teilweise zu Verfugung, wollen aber dennoch auch ihrerseits mit 10 % verzinst werden, was schon wieder zusätzliche Kredite nötig macht, die ebenfalls verzinst werden wollen, und so fort.

Ein zweiter Effekt gesellt sich zu diesem ersten: ein durchschnittlich gleichbleibender Teil des umlaufenden Geldes befindet sich aus einer unüberschaubaren Vielzahl von Einzelgründen unvermeidlicherweise nie dann beim Schuldner, wenn *seine* Zinszahlung fällig wird! Das Geld ist also zwar «da», aber dennoch nicht «vorhanden» bzw. zuhanden! Ein dritter Effekt komplettiert die beiden vorgenannten: wer es dennoch schafft, zum Fälligkeitszeitpunkt die gesamte Schuldsumme zwecks Rückzahlung beisammenzuhaben, hat sie wochen-, monate- oder gar jahrelang zusammensparen müssen; in dieser ganzen Zeit war sie, genauer gesagt, ein immer größerer Teil von ihr dem allgemeinen

[267] Die Einzelfälle, in denen das gelingt, werden durch spiegelbildliche Unternehmenspleiten anderswo *durchschnittlich* exakt ausgeglichen! Linderung bringt nur das Wirtschaftswachstum: es erlaubt es dem Großteil der Unternehmen, bei insgesamt stetig wachsender Verschuldung immerhin **per saldo** jeweils einen Teil ihrer Zinsschulden abzutragen und den anderen Teil durch ‚Umschuldung' zu ‚finanzieren'.

[268] *HORSTBOETTCHER* in: «Der 3. Weg», Dezember 2000, S. 10.

[269] In Wirklichkeit gibt es ständigen «Schwund» durch Hortung, spekulative Quasi-Hortung, in der Hauptsache jedoch infolge des absolut unvermeidlichen durchschnittlichen Zeitverlusts zwischen Rück- bzw. Zinszahlung und Neuanlage der Gelder! Genaueres dazu oben im Haupttext.

Wirtschaftskreislauf entzogen, unproduktiv, fehlte aber auch anderen Schuldnern, die ihre Kredite bereits früher zurückzuzahlen hatten!

Auf diese Art und Weise wird die «umlaufende Geldmenge» zwar einerseits stetig aufgebläht, hinkt aber dennoch andererseits der Güter- und Dienstleistungsproduktion, die sie abnehmen soll, immerfort weit hinterher. Die Geldmenge wächst beispielsweise um 10 %, die Gütermenge (= das Bruttosozialprodukt) um 3 %, doch die 10 % zusätzlichen Geldes fließen zum größten Teil sofort wieder in den Schuldendienst, d.h. in die «Bedienung» der ständig fällig werdenden Zinszahlungen. Daraus resultiert das paradoxe Phänomen *scheinbarer* «Inflation», nämlich stetiger Preissteigerung, trotz relativen Geld*mangels* **bei übermäßigem Warenangebot** statt dem für *echte* Inflation vorausgesetzten **Geldüberhang** bei relativem *Warenm&ngeW* Der britische Ökonom MICHAEL ROWBOTHAM hat diesen Sachverhalt und seine beklagenswerten Weiterungen - z.B. verzweifelte, ja wahnwitzige Konkurrenz mit häufig immer kurzlebigeren Billig- und/oder Überflußprodukten ohne echten Nutzwert! - wunderbar klar und anschaulich herausgearbeitet. Man möchte ihn am liebsten seitenweise zitieren[270], was aber im Rahmen dieses dem Thema «Staatsverschuldung» vorbehaltenen Bandes nicht zielführend wäre. Gegen Ende seines Buches stimmt er dennoch der Gleichung Zinseszins = Inflation nur «teilweise» bei:

«Es wird manchmal behauptet, die Inflation werde durch Zinslasten verursacht. Doch das ist nur teilweise wahr. Der Zins mag die *nächste* Ursache der Inflation sein, und sicherlich steigert er die Preise und drückt die Einkommen. Aber der Zins ist nicht die *letzte* Ursache der Inflation. Die letzte Ursache der Inflation sind die Schulden, *denn nur dank ihres Vorhandenseins werden ja überhaupt Zinszahlungen notwendig.* Läßt man die Zinslasten fallen, erhält die Schulden aber aufrecht, wird zur direkten und nächsten Ursache der Inflation die Verschuldung selbst, deren Tilgung erfordert ist.»[271]

Wie man leicht sieht, pflichtet ROWBOTHAM uns letztlich doch vollinhaltlich bei[272]. Umgekehrt können auch wir ihm bedenkenlos zustimmen. Zwar ist seine Annahme zinsloser Schulden rein theoretisch; würde sie aber jemals irgendwo wahr, bliebe sogar die vollständige Rückzahlung des *unverzinsten* Schuldgeldes ein praktisch unlösbares Problem. Selbst wenn sämtliches periodisch rückzahlbare Schuldgeld stets mustergültig in der Wirtschaft umliefe, befänden sich mit tödlicher Sicherheit oft genug die zu tilgenden Summen ausgerechnet am Rückzahlungstag nicht da, wo sie zur Rückzahlung unbedingt benötigt würden, so daß eilends zusätzliche Schulden aufgenommen werden müßten, um die gerade falligen pünktlich begleichen zu können. Die dieses Problem leugnende Vorstellung von HELMUT CREUTZ stammt halt leider aus dem sprichwörtlichen Elfenbeinturm.

Beim in der Realität einzig vorhandenen *verzinslichen* Schuldgeld läuft es faktisch darauf hinaus, daß alles Geld (ob nun bloße Zinseszinszahlung oder überdies gelegentlich auch Teile der Tilgung der Grundsumme), das sich bei Fälligkeit nicht am passenden Ort befindet, durch die Aufnahme von Neukrediten beschafft werden muß[273]. Wird

[270] Vgl. *MICHAEL ROWBOTHAM*, The Grip of Death. A Study of modern money, debt slavery and destructive economics [Der Griff des Todes. Eine Untersuchung zu modernem Geld, Schuldensklaverei und zerstörerischem Wirtschaften], 2. Aufl. Charlbury (UK) 2000, S. 45-74; 292-307.

[271] Ebd. S. 307; Hervorh. original.

[272] Er tut es sogar ganz explizit ebd. S. 303: «Die Zinssätze anzuheben ist etwas vom inflationärsten, was man überhaupt tun kann, da sich die Verbraucher- und Industrieschulden durch die wachsenden Zinszahlungen effektiv erhöhen.»

[273] Nicht einmal das funktioniert perfekt, weshalb es immerfort zu den schon erwähnten Konkursen/Insolvenzen bei den Kreditnehmern und *teilweisen* Abschreibungen bei den Banken kommt;

ein Teil der Neukredite tatsächlich zur Grundsummentilgung verwendet, verschwindet damit zwar auch ein Teil der bisherigen Zinseszinsforderungen. Dieser selbe Teil lastet jetzt aber auf dem ihm entsprechenden Teil der Neukredite ihrerseits! Daher bleibt unterm Strich unverrückbar die Formel bestehen: **Neukredite = Zinseszinsen = Inflation,** vermindert nur um die Rate des gleichzeitigen Wirtschaftswachstums.

Um das Prinzip zu verdeutlichen, greifen wir zu einem äußerst vereinfachten Beispiel. Unsere Volkswirtschaft besteht aus einem winzigen Weiler, in dem nur zwei Familien wohnen. Die Bauern- und Müllersfamilie baut Brotgetreide an und mahlt es selber zu Mehl. Die Bäckerfamilie bäckt aus dem Mehl Brot. Die einzigen Produkte, die in dieser Mini-Volkswirtschaft gegen Geld ausgetauscht werden, sind Mehl und Brot. Das Geld mußte sich die Volkswirtschaft am Anfang bei einer Bank besorgen. Die Bank lieh dem Bäcker 100 Mark für ein Jahr bei 10 Prozent Zinsen, alles auf einen Schlag rückzahlbar am Ende des Jahres.

Der Bäcker nahm die 100 Mark, brachte sie zum Müller und bekam dafür eine bestimmte Menge Mehl. Davon buk er für seine eigene und die Müllersfamilie täglich 10 Brote. 5 davon verzehrten er und seine Familie selbst, die anderen 5 verkaufte er dem Müller, dem er ja die 100 Mark gebracht hatte, täglich für 5 Mark. Nach 20 Tagen hatte der Müller kein Geld und der Bäcker kein Mehl mehr. Dafür waren aber sämtliche 100 Mark zum Bäcker zurückgekehrt. Er brachte die also erneut zum Müller, bekam wieder eine Ration Mehl, und die Produktion konnte ohne Pause weitergehen. Nach einem halben Jahr hatte der Bäcker neunmal für 100 Mark Mehl gekauft und der Müller neunmal für 100 Mark Brot. Es waren also mit ein und denselben 100 Mark, die der Bäcker bei der Bank als Kredit aufgenommen hatte, bereits Waren im Gesamtwert von 1800 Mark erzeugt und konsumiert worden.

Inzwischen war jedoch dem Bäcker klar geworden, was er gar nicht recht bedacht hatte, als er bei der Bank den Kredit aufgenommen hatte: daß ihm der Müller immer bloß maximal 100 Mark zurückbringen konnte, er selbst, der Bäcker, aber am Jahresende der Bank 100 Mark + 10 Mark Zinsen zurückerstatten sollte. Er zerbrach sich den Kopf darüber, wie das gehen sollte. Täglich mehr Brot backen und dem Müller täglich mehr verkaufen? Dann kämen die 100 Mark zwar schneller als vorher wieder zu ihm zurück, aber sonst wäre nichts gewonnen. Außerdem würden der Müller und seine Familie vom übermäßigen Brotessen übergewichtig; es würde eine Menge Getreide bzw. Mehl unnütz verbraucht; der Bäcker, aber auch der Müller, müßten härter arbeiten, ohne letztlich dabei etwas zu gewinnen. Nein, das war keine Lösung! Aber vielleicht ging es anders herum: feineres Brot mit zusätzlichen Gewürzen und gefälligerer Form backen, um es dem Müller teurer zu verkaufen? Hmm, auch davon würden letztlich aus den 100 vorhandenen Mark keine 110... Was also tun? Na, er würde mit der Bank reden müssen.

Am Jahresende hatten Bäcker und Müller in ihrer Mini-Volkswirtschaft ein Bruttosozialprodukt von über 3600 Mark erwirtschaftet und verbraucht - alles mit bloßen 100 Mark, die zwischen ihnen hin- und herwanderten. Alles wäre wunderschön gewesen, hätte nicht der Bäcker das Geld samt 10 Prozent Zinsen zurückgeben sollen, die auf keine Weise zu beschaffen waren. Zum Glück hatte die Bank schließlich ein Einsehen und machte dem Bäcker den Vorschlag, seinen Kredit umzuschulden. Er bekam die 10 Mark, die er als Zinsen zusätzlich zurückzahlen sollte, ebenfalls von der Bank als Kredit! Natürlich mußte er auch die 100 Mark, die er zurückgebracht hatte, sofort wieder neu ausleihen, sonst wäre ja die Mini-Volkswirtschaft ohne Geldversorgung gewesen! Jetzt

zu bloß *teilweisen* Abschreibungen deshalb, weil ja immerhin gewisse Sicherheiten/Pfander an die Banken fallen und von ihnen verwertet werden können.

betrug seine Schuld also 110 Mark Neukredit + 10 Prozent, das heißt, er sollte am Ende des nächsten Jahres insgesamt 121 Mark zurückzahlen, obwohl er bzw. die Mini-Volkswirtschaft nach wie vor nur über 100 Mark verfügten (die 10 Mark hatte die Bank ihm zwar «geliehen», aber auch gleich wieder einbehalten!). Egal, was er und der Müller tun würden, das Problem würde sich nie beheben lassen, sondern immer nur größer werden. Sie konnten versuchen, 21 Prozent mehr Mehl zu erzeugen und Brot zu backen; die Frage war nur, ob sie soviel Brot überhaupt benötigten. Sie konnten auch einfach die bisherigen Preise für Mehl und Brot um 21 Prozent erhöhen; dann war das Geld nominal um 21 Prozent entwertet bzw. mußte um 21 Prozent schneller zwischen ihnen hin- und herwandern, aber unterm Strich blieb alles beim alten. Jedenfalls, das sahen sie jetzt schon, war Ende des Jahres die nächste Umschuldung unvermeidlich.

Unser extrem simples Modell kann die komplexe Wirklichkeit nicht adäquat abbilden. Was Müller und Bäcker völlig klar zu überblicken vermochten, bleibt den Millionen und Abermillionen Mitgliedern einer realen Volkswirtschaft zwangsläufig verborgen. Jeder Produzent, der bei den Banken Kredite aufgenommen hat, hofft mehr oder weniger zuversichtlich, seine Produktion und seinen Absatz derart steigern zu können, daß nicht bloß die Zinsen, sondern auch noch ein Gewinn dabei herausspringen. Es besteht ja auch eine echte Chance, daß ihm das gelingt. Allerdings werden einige Käufer seiner Produkte, die ihm zu dieser Erwirtschaftung von Zins und Unternehmensgewinn verhalfen[274], das unweigerlich durch ihren eigenen Bankrott zu büßen haben, denn aufs ganze gesehen verhält es sich nicht anders als in der Mini-Volkswirtschaft: Es kann zwar mit dem umlaufenden Schuldgeld u.U. ein Mehrfaches von dessen Nennwert an Bruttosozialprodukt erzeugt und konsumiert werden; der Gesamtbetrag des umlaufenden Schuldgeldes erhöht sich jedoch dadurch um keinen einzigen Pfennig oder Cent! Die Zinszahlung kann also nie anders als auf dem Weg der Umschuldung, das heißt, durch Aufnahme von Neukrediten erfolgen, die selbst wieder Zinsen verlangen. Aus dieser Spirale, die sich umso schneller dreht, je länger sie bereits läuft, gibt es kein Entrinnen mehr. Und die Reibungsverluste werden immer größer, so daß der Zuwachs des Bruttosozialprodukts immer weiter hinter dem Schuldenzuwachs zurückbleibt.

Lassen wir uns denselben Sachverhalt nochmals durch Fr. DENIS FAHEY bzw. den von ihm ausgiebig zitierten amerikanischen Fachmann JEFFREY MARK erläutern. Beide weisen zusätzlich darauf hin, daß die einzelnen nationalen Volkswirtschaften letztlich vergeblich versuchen, einander ihre Produktionsüberschüsse als Exporte aufzudrängen, um *dadurch* den Zinseszins vielleicht *doch noch* zu erwirtschaften:

«Der letzte Grund für die Dringlichkeit des Exportierens liegt in der Tatsache, daß 98 Prozent alles vorhandenen Geldes nur mit einer ihm anhaftenden Forderung von etwa 5 Prozent Zinsen ins Dasein tritt. Wir haben schon gesehen, daß 1934 in Großbritannien von den Banken geschöpftes Geld über 98 Prozent ausmachte, während vom Staat geschöpftes Geld [= zinsfreie Münzen] weniger als 2 Prozent betrug. Nun „kann nicht mehr Geld aus dem System herauskommen, als hineingesteckt worden ist. Wenn ein gewisser Teil von Unternehmen es schafft, sowohl die Grundsumme als auch die Zinsen ihrer Kredite zurückzuzahlen, verschärft sich für alle übrigen automatisch die Gefahr oder die Tatsächlichkeit einer Pleite." Die Zahlung von Zinsen für Geld, das als Kredit ins Dasein gesetzt wurde, beinhaltet die Rückzahlung von mehr als herausgegeben wird. Das kann nicht ohne weitere Kreditaufnahmen geschehen, so daß dieser Prozeß eine immer weiter fortschreitende Verschuldung der Gesellschaft als ganzer bedeutet. Er bedeutet überdies zwangsläufig, daß in jedem Geschäftszyklus ein gewisser Teil der in diesem Zyklus er-

[274] Oder natürlich stattdessen *deren* direkte **oder indirekte** Geschäftspartner!

zeugten Güter unverkauft bleibt. Dieser unverkaufte Überschuß wird dadurch erhöht, daß gewisse Einzelpersonen in der Gesellschaft Geld sparen und ihre Ersparnisse wieder anlegen. Während sich also dank immer mehr Krediten eine Industrie entwickelt, bleibt ein stetig wachsender Überschuß auf dem Gebiet der betreffenden Gesellschaft [= im betreffenden Land] unverkauft, und es besteht ein stetig wachsender Bedarf an ausländischen Märkten. Die Schulden wachsen jedoch weit schneller als die Produktion, und die Produktion wächst weit schneller als der Handel; deshalb geht der Zwang, Güter auszuführen, mit einer im Verhältnis dazu wachsenden Unfähigkeit der Einwohner des Inlands einher, von der sich entwickelnden Produktion zu profitieren[275]. „Die unvermeidliche Folge eines auf Wucher basierenden Finanzsystems", schreibt JEFFREY MARK, „ist die zunehmende Anhäufung von Schulden und ein entsprechender Rückgang des Verhältnisses von Verbrauch zu Erzeugung. Zwischen 1922 und 1929 zum Beispiel wuchsen die Schuldforderungen in den Vereinigten Staaten um 76 Prozent, gegenüber einem Zuwachs der Industrieproduktion um nur 33 Prozent und des Konsumgüterabsatzes um bloß 4. Prozent." Der Lebensstandard stieg zwar, aber nicht in einem mit dem Produktionszuwachs vergleichbaren Maße.»[276]

Im Zuge der stetigen Geldmengenaufblähung durch Neukredite = Zinseszinsen wandert immer mehr Kaufkraft von den nichtverzinslichen Geldeinkommen oder -vermögen zu den verzinslichen Geldvermögen. Und das ist kein bißchen erstaunlich. Wenn «Inflation» **im aktuellen Schuldgeldsystem** (teil-)identisch mit dem Zinseszins ist, *kann* sie ja einzig den Besitzern bzw. Erzeugern von Leihkapital zugutekommen. Die erhalten durch diese unechte «Inflation» zumindest theoretisch - wenn sie nur wollen, aber jederzeit auch praktisch! - Zugriff auf einen immer größeren Teil des Bruttosozialprodukts. Wenn bzw. weil sie den ihnen «zustehenden» Riesenteil aber gar nicht mehr «konsumieren» können oder wollen, erlangen sie alternativ dazu immer größere **Macht** über immer mehr und durchschnittlich immer stärker bei ihnen verschuldete Kreditnehmer, darunter auch und vor allem über den **Staat** bzw. seine rein formal «demokratisch gewählte» **Regierung** . . . Unterdessen wird jener zwar mittels ihrer ausgeliehenen Kreditgelder erwirtschaftete Teil des Bruttosozialprodukts, den aber weder sie selbst vom Markt abrufen *wollen* noch die **zinseszins- bzw. «inflations»gebeutelten** Produzenten selbst abrufen *können,* teils zu Spottpreisen verschleudert, teils als absolut nicht absetzbar (oder umgekehrt zum Zweck der verzweifelten «Stützung» der zu hohen Preise!) wieder vernichtet; beides zieht zahlreiche Unternehmens-Bankrotte nach sich!

• 8) **Im aktuellen Schuldgeldsystem** ist alle sogenannte «Inflationsbereinigung» bei der Erstellung von Wirtschaftsstatistiken je nach realem Wissensstand der daran Beteiligten Selbsttäuschung oder Irreführung! Auch das geht unmittelbar aus unserem Beispiel hervor, ist aber für jeden Mathematiker ohnedies evident. Rechnet man aus mehreren im selben Verhältnis (= proportional) aufgeblasenen Größen die Aufblähung auch proportional wieder heraus, ändert sich am Verhältnis dieser Größen zueinander überhaupt nichts. Die «Inflationsbereinigung» führt zwar zu nominell anderen Zahlen, ergibt aber desungeachtet keine neue Aussage[277].

Bei HELMUT CREUTZ zum Beispiel findet sich eine Kurvendarstellung der «Entwicklung» dreier Größen in der Bundesrepublik Deutschland vom Jahre 1950 bis zum Jahr

[275] Vgl. z.B. im Jahre 2010/2011 den florierenden Export von teuren deutschen Mittelklassewagen nach China, während Deutschland sich keine weiteren solchen Autos mehr leisten kann!

[276] *FAHEY* a.a.O., S. 36f.

[277] Würden alle Elementarteilchen samt ihren elektrischen Ladungen, alle Himmelskörper und alle Distanzen im Universum genau proportional zehnmal größer als jetzt, wäre innerhalb des Weltalls keinerlei Unterschied feststellbar! Würden sie tausendmal kleiner, ebensowenig.

2000: jährliche Bankenzinserträge, Geldvermögen und Bruttoinlandsprodukt. Wie er eigens feststellt, zeigt seine Darstellung die Entwicklung «in realen, also inflationsbereinigten Größen»[278]. Worauf es ihm bei der Darstellung ankommt, ist folgendes: im betrachteten halben Jahrhundert ist das Bruttoinlandsprodukt «nur» auf das 7fache gewachsen, während die Geldvermögen auf das 32fache und die Bankenzinserträge auf das 34fache anstiegen. So weit, so gut. Was aber will CREUTZ hier «bereinigt» haben? Wenn Zinsen größtenteils = Inflation sind, ist eine «Bereinigung» gar nicht möglich, denn sie würde ja die Bankenzinserträge auch größtenteils aus der Darstellung eliminieren!

Höchstwahrscheinlich hat CREUTZ die offizielle jährliche «Inflationsrate» von 3 % korrekt auf 50 Jahre hochgerechnet wie wir weiter oben auch: sie entspricht dann einer «Geldentwertung» von rund 77 Prozent bzw. einem «Restwert» der solchermaßen «inflationierten» Größen von nur noch rund 23 Prozent. Demzufolge hat er dann in einem zweiten Schritt alle drei ihm vorliegenden «nominellen» Größen, weil ja alle drei *gleichermaßen* der «Inflation» unterlagen, mit dem *identischen* Faktor 0,23 multipliziert. Dadurch erhielt er wieder drei bestimmte Zahlen, die zueinander im Verhältnis 7 : 32 : 34 standen.

Nun sieht man aber sofort: die Arbeit hätte er sich sparen können. Denn egal mit welchem Faktor auch immer man dieses Zahlenverhältnis multipliziert: es wird sich nie ändern. Multipliziert man es beispielsweise mit 2, so ergibt es 14 : 64 : 68; das läßt sich indessen wieder durch 2 teilen oder «kürzen», bleibt also 7 : 32 : 34!

• 9) Alles Gerede der Experten über die angeblichen Auswirkungen niedriger oder hoher Zinsen auf die Inflation oder umgekehrt ist **im aktuellen Schuldgeldsystem** komplett unsinnig. Nichts kann «Auswirkungen» auf sich selbst haben. Nun sind aber Zins und Inflation ein und dasselbe, zwei Namen für dieselbe Sache! Jedenfalls in *einer* Richtung, und zwar genau in deijenigen, die hier allein interessiert. Denn zwar ist nicht *aller* Zinseszins = Inflation (sondern - wenigstens meist - ein *kleiner* Teil auch noch Wirtschaftswachstum), wohl aber alle Inflation = Zinseszins! Folglich gibt es zwischen «beiden» keinerlei wechselseitige «Auswirkungen».

Dennoch wird uns permanent genau das weisgemacht. Sind die Zinsen hoch, bremsen sie angeblich die Inflation ab; sind sie niedrig, beschleunigen sie die Inflation. Denn «teure» Kredite sind natürlich wenig, «billige» Kredite hingegen viel gefragt. Und jeder gewährte Kredit bläht ja die umlaufende Geldmenge noch weiter auf. Dem steht jedoch **spiegelbildlich** entgegen, daß die Geldverleiher zur leihweisen Herausgabe ihres Kapitals umso eher bereit sind, je höhere Zinsen sie dafür bekommen, und umso weniger, je niedrigere Zinsen ihnen winken!

Beide Tatsachen werden in den Berichten und Kommentaren der Fachpresse wie auch der sonstigen Medien immer und ewig **isoliert** hin- und hergewälzt, statt sie miteinander zu *verknüpfen,* wie es doch die elementarste Logik gebietet. Da mag teilweise Gedankenlosigkeit mit im Spiel sein. Aber sämtliche Experten für so dumm zu halten, die strikte, eben spiegelbildliche Gegenläufigkeit beider Faktoren nicht zu erkennen, ist unmöglich. Ihr Gefasel dient also der bewußten Vernebelung.

Dem beim Publikum leider durchschlagenden Erfolg dieser ewigen Vernebelungsbemühungen kommen ganz entscheidend die «Leitzinsen» der Zentralbanken zugute. Denn es leuchtet ja *scheinbar* ein: Niedrige Leitzinsen erlauben den Banken, selber Geld «billig» bei der Zentralbank aufzunehmen und es entsprechend «günstig» an ihre Kreditnehmer weiterzureichen; hohe Leitzinsen wirken umgekehrt. Und da der Abstand zwischen jenen (Leit-)Zinsen, welche die Geschäftsbanken an die Zentralbank zu entrichten

[278] Vgl. *CREUTZ,* Die 29 Irrtümer... a.a.O., S. 186f.

haben, und denen, die sie von ihren Kreditnehmern fordern, immer annähernd gleichbleibt, entscheiden die Leitzinsen darüber, ob «viel» oder «wenig» neue Kredite aufgenommen werden. Sind die Kredite dank niedriger Leitzinsen «billig», greifen auch viele Kreditnehmer zu; sind sie dank hoher Leitzinsen «teuer», schmilzt die Zahl der Kreditnehmer entsprechend zusammen.

Wie diese schöne Theorie mit jener anderen Gesetzlichkeit zusammenstimmt, daß das Leihkapital immer nur dorthin fließt, wo der *höchste* Zinsertrag zu erzielen ist, und daß es sich - angeblich - bei zu niedrigen Zinsen schlicht *vom Kapitalmarkt zurückzieht,* also zunehmend in der zeitweiligen Hortung oder Quasi-Hortung verschwindet, das erklären uns die Experten nicht.. .

Des Rätsels Lösung ist jedoch sehr einfach. Wie im nächsten Unterkapitel gezeigt werden wird, besteht jenes Geld, das die Geldverleiher - **letztlich** *immer* die **Banken** - ihren Kreditnehmern borgen, aus drei verschiedenen Komponenten:

a) (zumindest vorgeblich) Anlagevermögen ihrer «Einleger» oder «Sparer»;
b) bis zur gesetzlich erlaubten Höchstgrenze durch die Banken selbst aus nichts geschöpfte «Kredite»;
c) zusätzlich von der Zentralbank zu deren «Leitzinsen» aufgenommene Mittel.

Diese drei Komponenten sind jedoch ganz unterschiedlich groß. Vernachlässigbar, weil in der Realität (fast) gar nicht zur Ausleihe verwendet (!), sind die Geldanlagevermögen der «Sparer», während die selbstgeschöpften Kredite der Banken sagenhafte 95 Prozent oder noch mehr ausmachen; was sie schließlich darüber hinaus noch von ihrer Zentralbank an *zusätzlichen* Kreditgeldern beziehen, bildet nur einen kleinen Bruchteil[279], und gelangt ebenfalls nicht zur Ausleihe, sondern bildet genauso wie die Spargelder nur ihre rechnerische «Basis» . . . Entsprechend *bedeutungslos* sind in der Realität die «Leitzinsen»[280]! Sogar MURRAY ROTHBARD stellte schon in den frühen 1990er Jahren fest: «Veränderungen des Rediskontsatzes werden immer mit großer öffentlicher Aufmerksamkeit zur Kenntnis genommen, doch sind sie eindeutig weniger wichtig als die Mengenänderungen der Bankreserven und die Veränderungen der Deckungsquote.»[281] Gerade weil die wahre Zusammensetzung des von den Geschäftsbanken verliehenen Gesamtkapitals jedoch nicht ruchbar werden soll, genießen die «Leitzinsen» in den gesteuerten Massenmedien so enorme Aufmerksamkeit.

279 Vgl. *CREUTZ,* Das Geld-Syndrom . . . a.a.O., S. 152: «. . . die Erhöhung sämtlicher Leitzinsen um einen Prozentpunkt schlägt - auf die gesamten Bankkredite umgelegt - in Deutschland z.B. nur mit 0,06 Prozent zu Buche.» Das würde bedeuten, daß der Anteil der von der Zentralbank *ausgeliehenen* Kredite an sämtlichen von den Banken *vergebenen* Krediten nur 6 Prozent, also ein gutes Siebzehntel betrüge, und selbst diese Zahl ist noch völlig unglaubwürdig, weil um das Zwei- bis Dreifache zu hoch gegriffen. Einzelheiten später!

280 Das wird auch von *CREUTZ* ebd. S. 133ff u. öfter hervorgehoben, obwohl ohne jede Bezugnahme auf den oben genannten *wahren* Grund. *MARSHALL* a.a.O., S. 147f deutet diesen Grund immerhin an: «Die Kreditvergabe und die Kreditaufnahme können sich von einem Augenblick auf den nächsten beschleunigen oder verlangsamen, noch dazu ohne jede Vorwarnung. Eine Zentralbank kann keine einzige dieser Veränderungen erfassen, zumindest nicht sofort. Falls die Daten ergeben, daß die Geldmenge rascher wächst oder das Geld schneller zirkuliert als erwartet, erfährt die Zentralbank nicht die Gründe dafür.» - **Schneller wachsen als von der Zentralbank selber erwartet** kann die **Geldmenge** aber einleuchtenderweise nur dann, wenn sie von den Geschäftsbanken durch eigene Schöpfungen vermehrt wird!

281 *ROTHBARD* a.a.O., S. 78. Die beiden von ihm genannten weit wichtigeren Faktoren legen nämlich fest, bis zu welcher Höhe die Geschäftsbanken zinspflichtige «Kredite» aus nichts schöpfen können/dürfen! Alles nähere hierzu im folgenden Unterkapitel.

Daß es dennoch zu echten Zinssatzschwankungen am «Kapitalmarkt» kommt, liegt daran, daß der jeweils *aktuelle* Marktzins exakt widerspiegelt, wieviel Neukredite *momentan* von den Schuldnern **unbedingt benötigt** bzw. von den Geldverleihern denn auch **allergnädigst vergeben** werden[282], um die Altkredite samt ihren Zinseszinszuschlägen «bedienen» zu können. Die Zinssätze dieser Altkredite, deren absolute Beträge zu denjenigen der Neukredite *in jedem gegebenen Zeitpunkt* **durchschnittlich** im Verhältnis von deutlich über 99 zu deutlich weniger als 1 (nämlich genaugenommen *pro Geschäftstag* **durchschnittlich** 250-300 zu 1!) stehen, sind natürlich im einzelnen ganz unterschiedlich hoch! Sie wurden ja je nach Laufzeit der inviduellen, sich zeitlich ungezählt vielfach überlagernden Kreditverträge vor einem Tag (!) bis - im Extremfall - vor 30 (!) Jahren, aber auch je nach Kreditinstitut, *ständig neu* festgelegt.

Deshalb gibt der je aktuelle *durchschnittliche* Zinssatz auch immer nur das je aktuelle Ausmaß der (kontinuierlich von Tag zu Tag fortschreitenden) Inflation wieder, dieses jedoch absolut exakt. Denn die *heutige* Zinsrate ist - **abzüglich des momentanen Wirtschaftswachstums** - mit der *heutigen* Inflationsrate ebenso **identisch** wie der *am heutigen Tag* insgesamt von allen Schuldnern an alle Gläubiger gezahlte, aus lauter **Neukrediten** bestehende Zinseszinsbetrag mit der *am heutigen Tag* **gegenüber gestern** schon wieder *inflationär* wirkenden *zusätzlichen* Geldmenge!

Es sollte klar geworden sein, daß die jeweils heutige **echte** Zinsrate mit dem gerade gültigen «Leitzins» der Notenbank höchstens zufälligerweise einmal übereinstimmt. Bei sehr niedrigen Leitzinsen liegt sie weit darüber, bei sehr hohen Leitzinsen ggf. weit darunter[283]. Daher sagt der «Leitzins» über die wahre Zinsrate und die mit ihr teilidentische wahre Inflationsrate schlechthin *gar nichts* aus.

11) Zusammenschau: Was ist Inflation also wirklich?

Es versteht sich von selbst, daß im Lichte des zuletzt erst Erkannten einige weiter oben aufgestellte Behauptungen über die Inflation nicht mehr stimmen können. Sie entsprachen ja nur dem dortigen, noch unvollkommenen Stadium unserer fortschreitenden Überlegungen. Korrigieren wir also zunächst ganz knapp unsere obigen «Irrtümer»:

a) Der Zins enthält **im aktuellen Schuldgeldsystem** *keinen* «Inflationsausgleich» und *benötigt* auch keinen, weil das bedeuten würde, daß er sich selbst ausgliche, was unaufhebbar widersprüchlich ist.

b) Die Inflationsrate kann **im aktuellen Schuldgeldsystem** nie über den gleichzeitigen *durchschnittlichen* Zins steigen; sie kann nur um die Rate des Wirtschaftswachstums unter ihn fallen, weil sie im übrigen mit ihm identisch ist.

c) Es kann **im aktuellen Schuldgeldsystem** niemals «künstlich niedergeknüppelte Zinsen» geben; es kann auch nie ein Geldverleiher/Anleger auf «Inflationsaus-

[282] Denn gerade die zeitweilige Verweigerung (oder umgekehrt besonders großzügige Gewährung) der für die Schuldner zur Bedienung ihrer Altschulden eigentlich unabdingbaren Neukredite führt zu den bekannten periodischen Zinssatz- und den ihnen strikt entsprechenden Konjunkturschwankungen!

[283] Vgl. *CREUTZ*, Das Geld-Syndrom .. . a.a.O., S. 134f: Der «wichtigste Marktzins», nämlich der «Kapitalmarktzins ist z.B. in Deutschland von Anfang 1990 bis Mitte 1993 leicht gesunken, obwohl die *Deutsche Bundesbank* in dieser Zeit die Leitzinsen dreimal angehoben und der Staat seine Verschuldung extrem ausgeweitet hat. Resignierend schreibt zu diesem Tatbestand HELMUT HESSE, Präsident der Landeszentralbank in Niedersachsen, im Sommer 1992: „Die Leitzinsen haben sicher das höchste Niveau in der Geschichte der Bundesrepublik erreicht. Sie waren aber auch noch nie so unwirksam wie heute."»

gleich» verzichten, weil es den *gar nicht gibt.* Es kann höchstens jemand niedrigere als die jeweils gerade durchnittlichen Zinsen kassieren und dadurch - indirekt - von der «Inflation» geschädigt werden. Das ist tatsächlich das Schicksal aller kleinen «Sparer», die von den Banken immer bloß unterdurchschnittliche Zinsen auf ihre Spareinlagen bekommen! Oder auch beispielsweise jener «Anleger», die im Mai 2011 Inhaber zehnjähriger US-Staatsanleihen waren, denn da war der Abstand zwischen deren «Rendite» und der Inflationsrate «erstmals seit Ende 2008 in negatives Territorium gerutscht»[284].

d) Es besteht **im aktuellen Schuldgeldsystem** kein Unterschied zwischen Nominal- und Realzins[285]. Denn der durchschnittliche Zins abzüglich Wirtschaftswachstum *ist* **selber** die Inflation, die jeweilige Durchschnitts-Zinsrate abzüglich Wirtschaftswachstumsrate *ist* die jeweilige Inflationsrate.

e) Alle Zinsraten sind **im aktuellen Schuldgeldsystem** immer «real» - es gibt keine anderen! Hohe bis extrem hohe «Renditen» (= anders benannte Zinsen) von 25, 30 oder noch mehr Prozent werden also nicht etwa erstrebt, um «die Inflation auszugleichen», was widersprüchlich wäre, sondern aus wahnsinniger Gier!

f) Die in allen Preisen steckende Gesamtzinslast, von der weiter oben die Rede war, entspricht notwendigerweise exakt der Gesamtinflation **seit dem Beginn des laufenden Schuldgeldzyklus.** Sie wird demzufolge von den Freiwirtschaftlern mit «durchschnittlich» bloß 40 % falsch, nämlich um über die Hälfte zu niedrig angesetzt[286]; ihre wahre Höhe dürfte aktuell - bezogen auf Deutschland seit 1948 - in der Nähe von 85 % liegen.

g) «Inflationsbereinigung» ist **im aktuellen Schuldgeldsystem** eine völlig nutzlose Übung; sollten statistische Daten *wirklich* um die Inflation bereinigt werden, müßte man den Zins größtenteils aus ihnen herausrechnen, wodurch sie jedoch unheilbar verfälscht würden.

h) Selbst die aktuelle «endzeitliche» Phase des seit dem Ende des 2. Weltkriegs laufenden **Schuldgeldzyklus** ändert an den vorstehend unter a) bis g) genannten Tatsachen absolut nichts. Das, was sie auf anderen Gebieten dennoch ändert, wird im nachfolgenden *definitiven* Überblick über das Inflationsphänomen dargelegt.

i) Der allergrößte Teil der sogenannten «Zinsen» wird **im aktuellen Schuldgeldsystem** auf «Gelder» erhoben, die der «Verleiher» (nämlich die Bank) *im Zuze der «Ausleihung» selber* erst *aus nichts* **erzeugt.** Alles verlogene Gefasel der offiziellen «Geldtheorie» und «Wirtschaftswissenschaft» über den Zins als «Lohn für Konsumverzicht» oder als «Liquiditätsprämie» dient einzig der Tarnung dieses unappetitlichen Sachverhalts.

[284] Bloomberg-Meldung in: «Handelsblatt», 30.5.2011. Bei solchen frei handelbaren Rentenpapieren resultiert die «Rendite» allerdings nicht allein aus dem Zins, sondern auch aus dem täglich schwankenden Kurswert.

[285] Es sei denn, man wollte *bei schrumpfendem Bruttosozialprodukt* diese Unterscheidung machen; dann läge aber der Realzins noch über dem Nominalzins!

[286] Das resultiert aus der grundsätzlich falschen Berechnungsmethode. Die Freiwirte multiplizieren den aktuellen Kreditmarktzins überschlägig mit der Zahl der durchschnittlichen (jede für sich kreditbelasteten) Produktionsstufen vom Rohstoff bis zum Endprodukt. In Wirklichkeit spielen die Produktionsstufen keine Rolle, weil sich der allergrößte Teil der jeweiligen Gesamtzinslast aus den früher schon erfolgten Zinseszinszahlungen auf *Altkredite* ergibt, deren inflationäre Wirkung sich vollkommen gleichmäßig auf die gesamte jeweils umlaufende Geldmenge verteilt!

Kommen wir also jetzt, nach diesen Korrekturen, zur positiven Zusammenschau.

• 1) Inflation kann entweder als Geldmengenaufblähung oder als die damit unzertrennlich verbundene allgemeine Preissteigerung/Geldentwertung aufgefaßt werden.

• 2) Betrachtet man die Inflation als Geldmengenaufblähung, muß man sie **im aktuellen Schuldgeldsystem** in drei verschiedene Komponenten aufspalten. *Ein* Teil der Mengenaufblähung erreicht den normalen Markt für reale, bewegliche Güter und reale Dienstleistungen. Ein *zweiter* Teil versickert - trotz aller Schwankungen - stetig in der Bargeldhortung. Ein *dritter* Teil verschwindet - ebenfalls trotz aller Schwankungen - stetig in der spekulativen Quasi-Hortung, wird also auf Girokonten ständig flüssig gehalten und unzähligemale blitzschnell hin- und hergeschoben, um durch dauernde An- und Verkäufe von Rohstoffen, Immobilien, Devisen, Aktien, Derivaten besonders hohe Renditen zu erzielen.

• 3) Nur jener *erste* Teil der Geldmengenaufblähung, der den allgemeinen Güter- und Dienstleistungsmarkt erreicht, kann auch dort **unmittelbar** allgemein preistreibend wirken (obwohl diese Wirkung auf ganz andere Weise erzielt wird als in den Ökonomielehrbüchern behauptet). Dieser erste Teil ist - abzüglich nur des jeweiligen Wirtschaftswachstums - mit den stetig neu bzw. zusätzlich anfallenden Zins- und Zinseszinsbeträgen identisch, die auf sämtliche Geldkredite zu entrichten sind, welche direkt (als Unternehmensanleihen aller Art) oder indirekt (als Eigenheimhypotheken, Verbraucherkredite und Staatsanleihen) in der produzierenden und dienstleistenden Wirtschaft angelegt sind.

• 4) Der *zweite* Teil der Geldmengenaufblähung macht sich **direkt** nie und nirgends als allgemeine Preissteigerung bemerkbar, weil er dem effektiven Geldumlauf entzogen bleibt. **Indirekt** wirkt das gehortete Geld freilich dennoch genauso inflationär wie das nicht gehortete, denn auch auf ihm lasten *indirekt* irgendwo anders **Zinsen,** die dort nur durch die Aufnahme wiederum **zinsbehafteter Neukredite** in derselben Höhe bezahlt werden können!

• 5) Der dritte Teil der Geldmengenaufblähung macht sich nur auf jenen isolierten Spezial-«Märkten» für Rohstoffe, unbewegliche oder bloß virtuelle Güter («Wertpapiere» oder auch «Rechte» aller Art) preistreibend, nämlich **blasenbildend,** bemerkbar, auf denen er auch umläuft. Die auf diesen «Märkten» fortwährend erfolgende «Vermögensinflation»[287] könnte zwar rein theoretisch jederzeit auf den allgemeinen Güter- und Dienstleistungsmarkt übergreifen. Praktisch steht das jedoch nicht zu erwarten, solange die unmittelbare Verwirklichung des Endziels der PROTOKOLLE es noch nicht erfordert . . . Einerseits sind alle Bedürfnisse der großvermögenden Spekulanten, die der reale Gütermarkt zu befriedigen vermag, bereits bis hin zum permanenten Schwelgen im Luxus gesättigt, und zwar - relativ! - aus der «Portokasse». Andererseits zwingt ihre Gier nach immer noch höheren, spekulativen «Renditen» (oder umgekehrt das brennende Verlangen, erlittene spekulative Verluste wieder wettzumachen) diese «Spieler» ganz von selbst zum dauerhaften Verbleib im «Casino». Ihre «Renditen» jagen sich die Spekulanten größtenteils gegenseitig ab[288]; genährt werden die «Blasen» vor allem durch immer neu bei den Geldmachern aufgenommene Zusatzkredite gegen bloße (ggf. vermeintlich «wertgesteigerte») Spekulationsobjekte als «Sicherheiten».

287 Ygj *BICHLMAIER* a.a.O., S. 450 Anm. 695: «Neuerdings . . . wird angeregt, die Wertsteigerungen an den Vermögens- und auch explizit Immobilienmärkten ebenfalls in der Inflations-Statistik-Erhebung korrekt mitzuerfassen.» Das ist also bisher nie geschehen und wird, wie auch *BICHLMAIER* ebd. selbst meint, künftig ebensowenig erfolgen.

288 Jedenfalls bei Wertpapierspekulationen aller Art, aber großenteils auch bei Devisen- und Rohstoffspekulationen, wiewohl *hierbei* im «Idealfall» auch ganze Volkswirtschaften kräftig «gemolken» werden können, wie wir noch sehen werden.

• 6) Die eindeutig «endzeitliche» Veränderung auf dem Feld der «Inflation» betrifft im wesentlichen nur den gerade vorgestellten dritten Teil der Geldmengenaufblähung. Dieser dritte Teil macht derzeit den immer schneller immer größer werdenden Hauptanteil der gesamten Aufblähung aus. Das liegt hauptsächlich daran, daß auch die Spekulanten selber (die oft genug mit den hintergründigen Geldmachern identisch sind!) an das **aktuelle Schuldgeldsystem** gefesselt bleiben und daher ggf. immer größere Neukredite aufnehmen müssen, um ihre Altkredite + Zinsen bezahlen zu können!

• 7) In Form staatlicher «Rettungspakete» für akut notleidende Großspekulanten schwappt freilich ein - immer noch relativ kleiner! - Teil der spekulativen «Blasen» insbesondere gegenwärtig schließlich doch (aber immer nur *kurzfristig*) auf die normale Wirtschaft über - in Form zusätzlichen «Kreditbedarfs» der «helfenden» Staaten, um überhaupt «helfen» zu können. Stets aber wird die dadurch *zusätzlich erhöhte* Preissteigerung letztlich exakt mit der Rate der *zusätzlich* zu zahlenden Zinsen auf diese *zusätzlichen* staatlichen Kredite identisch sein.

• 8) Den direkten *statistischen* Beweis dafür, daß a) die Bezahlung der Zinseszinsen **durchschnittlich** nur durch ständige Aufnahme von zusätzlichen Neukrediten in gleicher Höhe möglich ist und b) umgekehrt **durchschnittlich** die Aufnahme von Neukrediten einzig zum Zweck der Zinseszinszahlung auf Altschulden erfolgt, so daß **strikt** gilt: **Zinseszinsen = zusätzliche Neukredite = Inflation** (abzüglich Wirtschaftswachstum), hat man in dem oben schon erwähnten Umstand zu erblicken, daß alle über Jahrzehnte hinweg verschuldeten Staaten *durchschnittlich* immer genausoviel Neukredit aufnehmen müssen, wie sie an Zinseszins auf Altkredite zu zahlen haben! «Das bestätigte im Frühjahr 1999 der Landeszentralbank-Direktor von Nordrhein-Westfalen, Prof. REIMUT JOCHIMSEN: „Für die Gesamtheit der elf *EWU*- Länder gilt, daß die Neuverschuldung gerade ausgereicht hat, die Zinslast aus der Verschuldung zu decken. Im Zeitraum 1970 bis 1998 war die Defizitquote mit 3,57 Prozent des BIP [= des Bruttoinlandsprodukts] praktisch genauso hoch wie die Zinslastquote mit 3,63 Prozent."»[289]

Was für die Staatsschulden gilt, gilt nun aber für die Unternehmens- und die Verbraucherschulden genauso. Es läßt sich für sie lediglich aus rein praktischen Gründen nicht ganz so leicht nachweisen wie für die *statistisch bei weitem am einfachsten* erhebbaren Staatsschulden. Dennoch liegen die offiziellen Zahlen z.B. für Deutschland nur so wenig auseinander, wie angesichts der statistischen Ungenauigkeiten gar nicht anders zu erwarten! Wie oben schon gezeigt, betrug die durchschnittliche Rate der jährlichen Neukredite = Zinseszins (= Inflation) bei den Staatsschulden von 1950 bis 1998 **rund 8 Prozent.** Im selben Zeitraum lag, wie ebenfalls schon angeführt, der durchschnittliche jährliche Zinsertrag (= Neukredite = Inflation) aus *allen* Geldanlagen, d.h. aus Staatsanleihen, Unternehmens- und Privatkrediten insgesamt, bei **7,47 Prozent!** Somit kennen wir jetzt auch genau die durchschnittliche Höhe der *wahren* Inflationsrate von 1950 bis ca. 2000: **7,5 bis 8 Prozent!** Woraus sich unter Anwendung der 70er-Regel ergibt, daß die Mark im Jahre 1998 in Wahrheit nicht (wie weiter oben zunächst vermeint) 22,8, sondern kaum noch 3 armselige Pfennige des Jahres 1948 wert war . . .

Das gilt allerdings, wie oben unter 1) bereits festgestellt, **bloß nominal.** Denn die mit dem Zinseszins identische Pseudo-Inflation «entwertet» ja *de facto* gar nichts, sondern **verteilt** lediglich Geldvermögen **um!** Auch das können wir jetzt anhand der offiziellen Statistik schlagend beweisen. *Nominal,* haben wir soeben errechnet, war die Mark von 1948 nach 50 Jahren nur noch knapp 3 Pfennig wert. Praktisch im selben Zeitraum (1950-2000) stiegen aber die Geldvermögen auf das 32fache, der Bankenzinsertrag so-

[289] *CREUTZ,* Das Geld-Syndrom ... a.a.O., S. 322.

gar auf das 34fache. Multiplizieren wir diese Ver34fachung des Bankenzinsertrages = der Zinseszinsen = der Inflation mit den knappen 3 Pfennig, so erhalten wir . . . **exakt** wieder unsere volle 1 Mark von 1948/1950!!!

Daß die Geldvermögen insgesamt sich etwas weniger vermehrt haben, liegt vermutlich an der Einbeziehung auch der gehorteten Vermögen, die ihrem Inhaber ja keinen weiteren Zinsertrag bringen. «Entwertet» wurde also nur **nominal,** denn die Ver34fachung hat ja die *scheinbare* Entwertung, wie aus mathematischen Gründen strikt vorhersagbar, präzise wettgemacht. Umverteilt wurde jedoch **real.** So hat sich allein im Zehnjahreszeitraum 1991-2001 in Deutschland das **Bruttosozialprodukt um 37** % erhöht. In den Genuß dieser Wohlstandssteigerung kamen aber beileibe nicht alle Wirtschaftsteilnehmer im selben Maße. Denn das Steueraufkommen des Staates stieg in derselben Dekade nur um 32 %, die Unternehmer- und Vermögensgewinne nur um 31 %, die Bruttolöhne und -gehälter lediglich um 29 %, die **Nettolöhne und -gehälter gar bloß um 23** %. Demgegenüber wuchsen jedoch die **Zinseinkommen um enorme 101** %, die Geldvermögen diesmal sogar noch stärker, nämlich um 108 % - offenbar wegen durchschnittlich erfolgreicherer Spekulation mit dem quasi-gehorteten Anteil. ..

Vergleicht man die diesen Prozentangaben zugrundeliegenden *absoluten* Zahlen, so betrugen die Nettolöhne- und Gehälter 1991 (umgerechnet) 481 Mrd. Euro, die Zinseinkommen 155 Mrd., standen also zueinander im Verhältnis **3,1 zu 1.** Doch 2001 kamen auf nunmehr 590 Mrd. Euro Nettolöhne und -gehälter bereits 311 Mrd. Zinseinkommen (von denen übrigens jeweils die so «gefürchtete» Kapitalertragssteuer bereits abgezogen und in die Steuereinnahmen des Staates eingerechnet war - weshalb sie auch «Einkommen» und nicht «Erträge» heißen!); das Verhältnis hatte sich also gewaltig zugunsten der Zinseinkommen verschoben und betrug jetzt nur noch **1,9 zu l!**[290]

Allerdings haben wir bisher sträflich verabsäumt, die Ver34fachung der Bankzinsen = Neukredite durch die Versiebenfachung des Bruttosozialprodukts im selben Zeitraum zu korrigieren. Denn um das Siebenfache, d.h. genau im Gleichschritt mit dem Bruttosozialprodukt, hätte die umlaufende Geldmenge ja nicht bloß steigen dürfen, sondern sogar müssen, um Preisstabilität zu gewährleisten. Erst was darüber hinausgeht, ist Inflation! Rechnen wir nun 7 : 34 = 0,205, also praktisch ein Fünftel bzw. ein Verhältnis von 1 : 5, dann wurde die Geldmenge viermal stärker erhöht als zulässig, was umgekehrt einer Geldentwertung von 80 Prozent entspricht. Und das ist nun der wahre Betrag der (Pseudo-)Inflation zwischen 1948 und 1998. Indem sich ein Unterschied von bloß 3 % zur weiter oben schon zitierten offiziell eingeräumten Geldentwertung von 77 % im selben Zeitraum ergibt, ist dadurch zugleich erwiesen, daß die amtlich errechneten Inflationsraten nur geringfügig unter der Realität lagen.

Trotzdem muß nochmals eine erhebliche Korrektur vorgenommen werden! Denn die soeben genannte «Realität» ist leider nur jene der Statistiker. Im von ihnen errechneten Bruttosozialprodukt stecken widersinnigerweise auch sämtliche Bankenzinserträge und Spekulationsgewinne, *obwohl sie keinerlei reale Güter oder Dienstleistungen darstellen!* Dieser - bei insgesamt stetig steigender Tendenz von Jahr zu Jahr beträchtlich schwankende - Anteil des «Finanzsektors» am Bruttosozialprodukt ist in Deutschland von 7,3 % im Jahre 1970 auf 18,9 % im Jahre 2000[291], in den USA von 10,9 % im Jahre 1950 auf 20,6 % 2004[292] gestiegen. Reduziert man daraufhin das offiziell ermittelte Brutto-

[290] Alle Zahlen, außer den zuletzt genannten, selbsterrechneten Verhältnissen, lt. *CREUTZ*, Die 29 Irrtümer . . . a.a.O., S. 138 (Darstellung 27).

[291] Vgl. *CREUTZ* ebd. S. 113, Darstellung 22.

[292] Vgl. *PHILLIPS* a.a.O., S. 31, Abb. 2.1.

Sozialprodukt, wie ja zwingend nötig, um diese zuletzt 15-20 % bloße *Pseudo*-«Produktion», hat es sich natürlich seit 1950 nicht mehr versiebenfacht, sondern bloß noch knapp versechsfacht. Wir müssen also nochmals rechnen. 6 : 34 = 0,176, und weil es eigentlich nur eine knappe 6 ist, müssen wir mindestens auf glatt 0,17 abrunden. Das heißt mit anderen Worten: die Mark von 1950 war im Jahre 2000 nur noch 17 Pfennig wert bzw. umgekehrt um 83 % entwertet[293]. Und das ist jetzt der **endgültig wahre** Betrag der (Pseudo-)Inflation.

Man könnte zwar meinen, es müßte überdies noch der weiter oben erwähnte Inflationsimport aus dem Ausland berücksichtigt werden. Der ist jedoch, wenn wir einmal genau überlegen, bereits in unserer Rechnung enthalten. Inwiefern das? Aus dem Ausland zusätzlich «importiertes» Geld hat den enormen Vorzug, bei uns im Inland schuldenfrei zu sein! Amerikaner tauschen zum Beispiel ihre Dollars, die in den USA als zinsbehaftete Kredite ausgegeben wurden, bei deutschen Banken in Euro um. Diese Euros kommen als einzige schuldenfrei in Umlauf, den die Banken «kaufen» ja damit die Dollars, statt den Amerikanern bloß «Kredit» zu geben. Kehren diese Euros nach Deutschland zurück, indem die Amerikaner sie hierzulande für Güter oder Dienstleistungen ausgeben, zirkulieren sie also fortan schuldenfrei. Sie können dann sogar zur Zahlung von Zinsen verwendet werden, was unterm Strich auch todsicher geschieht! Dadurch müssen also insgesamt *weniger* Neukredite (= Inflation) aufgenommen werden. Das bedeutet einerseits, daß **diese** Art von «importierter Inflation» zur Pseudo-Inflation nichts beiträgt, sondern sie sogar abmildert! Es bedeutet andererseits, daß **diese** «importierte» Inflation - neben der *kriminellen* Geldfälschung! - die einzige **echte** Inflation ist, die in den modernen Industrieländern überhaupt noch vorkommt. Allerdings ist ihr Prozentsatz fast immer so verschwindend gering, daß er sich statistisch gar nicht messen läßt; deshalb spielt sie für die Erhebung der wahren Inflationsrate praktisch keine Rolle.

Demgegenüber ist die erdrückende Masse des zeitweise «importierten» Geldes reines Spekulationskapital, das von vornherein keine Waren oder Dienstleistungen hierzulande nachfragen will, folglich die Preise gar nicht hochtreiben kann. Deshalb sieht hier die Bilanz auch ganz anders aus. Bei solchen Devisen-Spekulationsgeschäften wird nämlich die Tauschaktion Dollar gegen Euro irgendwann wieder rückgängig gemacht; die Euros kehren damit zu jenen Banken zurück, die jetzt ihre früher «««gekauften» Dollars wieder verkaufen, und diese Banken werden die dafür zurückerhaltenen Euros in aller Regel wieder vernichten müssen, weil sie auch bloß aus nichts geschöpft wurden (siehe dazu das nächste Unterkapitel). Haben sie aber mit ihrer Tauschaktion irgendwelche **Spekulationsgewinne** erzielt, die sie dann natürlich behalten dürfen, werden sie die entweder als «Reserven» oder «Eigenkapital» bei der Zentralbank «parken», wodurch sie aus dem Geldkreislauf verschwinden, oder irgendwo auf dem «Markt» ausgeben.

Worauf es nun in unserem Zusammenhang ankommt, ist folgendes: Das durch Bankgewinne auf Devisen-Spekulationen ggf. (re-)«importierte» Geld ist von den Gewinnen auf die übrigen Bankkredite im Prinzip gar nicht unterscheidbar. Es wurde lediglich früher «geschöpft» (und befand sich zwischenzeitlich schon einmal im Ausland) als andere, ganz frisch «geschöpfte» Neukredite, steckt jedoch ebenso wie die letzteren in der Gesamtsumme aller ausgegebenen Kredite und aller darauf zu zahlenden Zinsen, verändert die oben aufgemachte Rechnung also nicht im geringsten!

Die «Entwertung» des Geldes durch die P.v<?wüfo-Inflation ist, wie schon gesagt, eine bloß nominale (dasselbe Quantum an Kaufkraft, das 1950 «1 DM» hieß, hieß im Jahre

[293] Das bezieht sich - zur Erinnerung - immer nur auf die *nominale* Ebene, also eben auf die Benennung/den Namen «Mark» für eine Geldeinheit, die als solche/in sich immer weniger wert ist, zum exakten Ausgleich dessen aber in immer mehr Exemplaren unters Volk gebracht wird.

2000 «8,30 DM»), die durch sie erfolgende Umverteilung von Kaufkraft jedoch eine höchst reale. Der reale Umverteilungseffekt entspricht dabei nicht einfach dem nominalen Entwertungseffekt, sondern übersteigt ihn beträchtlich. Während die Aufblähung der D-Mark-Menge 1950-2000 rund 600 % betrug, lag die Rate der dadurch bedingten Umverteilung mit ca. 830 % sehr viel höher[294]!

• 9) Die **im aktuellen Schuldgeldsystem** herrschende «Inflation» im Sinne von stetiger Preissteigerung auf dem allgemeinen Markt für reale bewegliche Güter und Dienstleistungen kommt völlig anders zustande als die in den Lehrbüchern der Ökonomie und Geldtheorie immerfort und ausschließlich (!) besprochene. Diese *Pseudo*-Inflation, wie man sie eigentlich nur nennen dürfte, resultiert nämlich paradoxerweise nicht aus Kauf*kiafiüberhang,* sondern aus Kaufkraft/wa«ge/. Es fehlt immer fast soviel an Kaufkraft, bzw. die Preise steigen immer wieder neu «übermäßig» um fast soviel an, wie gerade an Zinseszins zu entrichten ist. «Obwohl in die Augen fällt, daß es das fehlerhafte Funktionieren des Finanzsystems ist, das die Erzeugung und den gegenseitigen Austausch aller verfügbaren Güter und Dienstleistungen behindert, reden eine Reihe von Finanzexperten wie auch viele Politiker und Industrielle immer noch von *Überproduktion,* während sie niemals den *Unterkonsum* infolge Mangels an Kaufkraft erwähnen.»[295]

• 10) *Bundesbank-Präsident* HANS TIETMEYER wurde 1997 von der *WirtschaftsWoche* mit der Behauptung zitiert: «Die Aufgabe des Zentralbankrats ist es, den Wein immer dann vom Tisch zu nehmen, wenn die Party am schönsten ist.» BISCHOFF führt dieses Zitat an, um es seinerseits treuherzig wie folgt zu kommentieren: «Ist das nicht schlimm? Immer dann, wenn die Wirtschaft so richtig in Schwung gekommen ist und für mehr Arbeitsplätze sorgt, muß die Notenbank mit ihrem „geldpolitischen Instrumentarium" bremsend eingreifen. Der durchaus ernstzunehmende Grund: Inflationsgefahr. Denn, aufgeweckt durch die Wirtschaftsbelebung, geraten bisher ruhende Gelder in Bewegung - die *Bundesbank* nennt das „inflationäres Potential" - und drohen eine Übernachfrage auszulösen.»[296]

In Wirklichkeit hat man **im aktuellen Schuldgeldsystem** eine solche «Übernachfrage» noch nie erlebt, außer 1919-1923 bzw. 1945-1948 im jeweils *kriegszerstörten* Deutschland mit einer tatsächlich *völlig darniederliegenden, kaum noch etwas produzierenden* Wirtschaft (und natürlich im wirtschaftlich permanent strangulierten «real existierenden» Sozialismus) . . .! Stattdessen herrscht, wie die von Waren überquellenden Auslagen und Regale der Geschäfte und Supermärkte, die immer neu die Haushalte überflutenden Millionen und Abermillionen dicker Hochglanzkataloge zahlloser Versandhändler tagtäglich aufs neue beweisen, konstante **«Unternachfrage»[297]!** Es wird immerwäh-

294 Lt.. *CREUTZ,* Die 29 Irrtümer . . . a.a.O., S. 136 standen 1950 noch 2,3 Mrd. DM an «Bankzinsaufwendungen» Nettolöhnen und -gehältem von 38 Mrd. DM gegenüber, was - wie sich unschwer errechnen läßt - einem Verhältnis von 1 : 16,52 entsprach. Im Jahre 2000 betrugen die Bankzinsaufwendungen schon 573 Mrd. DM, die Nettolöhne und -gehälter hingegen bloß 1101 Mrd. DM, so daß das Verhältnis auf 1 : 1,92 und damit die relative Kaufkraft der Lohn- und Gehaltsempfänger gegenüber den Beziehern von Zinseinkünften auf weniger als ein Achtel dessen geschrumpft war, was sie vor 50 Jahren betragen hatte!

295 *FAHEY* a.a.O., S. 40.

296 *BISCHOFF* a.a.O., S. 302.

297 Gekaufte Experten und strohdämliche oder korrupte Journalisten tun allerdings unentwegt so, als sähen sie das nicht. In der «Ostsee-Zeitung» vom 9.2.2011 schwatzte ein *JENS BURMEISTER* u.a. einer jüdischen Expertin ausgerechnet der verdeckten US-ROTHSCHILD-Bank *Morgan Stanley* unbefangen die folgenden Fabeleien nach: «Die Unternehmen können gar nicht so viel Güter produzieren bzw. absetzen, wie Geld gedruckt wird. ... So hat sich laut *Unicredit-Bank* die

rend **weit** mehr angeboten, als überhaupt gekauft werden *kann.* Das Problem für TIETMEYERS Klientel, also die Geschäftsbanken, liegt ganz woanders: sinkende Zinsen haben **im aktuellen Schuldgeldsystem** mit logischer Zwangsläufigkeit langsam, aber sicher *zurückgehende* «Kredit»-«Wünsche» zur Folge, denn Neukredite werden ja **unterm Strich** immer nur dazu benötigt, die je aktuell fälligen Zinsen auf die Altschulden zurückzahlen zu können . .. Unter dieser abnehmenden Verschuldungs«neigung» der Kunden «leidet» natürlich das Bankgeschäft, und Abhilfe tut dann dringend not.

Wenn daher die Notenbanken **im aktuellen Schuldgeldsystem** mit lautem Feldgeschrei ausziehen, die «Inflation» durch Erhöhung der «Leitzinsen» zu bekämpfen, suchen sie damit in Wahrheit lediglich das gesunkene Niveau der Marktzinsen wieder anzuheben, um a) die kurzfristig erzielbaren *Renditen* der Geschäftsbanken auf das Maximum zu steigern und, wichtiger noch, b) mittelfristig das «Kredit»vo/wme« derselben privaten Banken wieder hochzuschrauben. Allerdings haben die «Leitzinsen» selber diesbezüglich auf die sogenannten «Finanzmärkte» inzwischen höchstens noch «psychologische» Wirkung. Weit größer ist ihre Desinformationswirkung auf das breite Publikum…

• 11) Wer nach allem vorstehend Ausgeführten die Wirtschaftspresse mit ganz anderen, nunmehr für die Wahrnehmung der Realität geschärften Augen liest, wird dort immer wieder eklatante Bestätigungen des Gesagten vorfinden. Hier nur ein Beispiel. Der dem Namen nach wohl jüdische «Börsen-Guru» NOURIEL ROUBINI (alias RUBIN?) lamentierte im Frühling 2011 in einem Gastkommentar des *Handelsblatts* über das aktuelle «Heißlaufen» der chinesischen Wirtschaft. Was er damit meinte, war - in seinen eigenen Worten - folgendes: «Kein Land kann so produktiv sein, daß es die Hälfte des Bruttoinlandsprodukts in neues Grundkapital investieren kann, ohne daß es irgendwann zu enormen Überkapazitäten und faulen Krediten kommt. Für einen Besucher [Chinas] ist dies erkennbar an den eleganten, aber leeren Flughäfen und Hochgeschwindigkeitszügen, die den Bedarf an den 45 geplanten neuen Flughäfen weiter reduzieren werden. Außerdem führen viele Autobahnen ins Nichts, gibt es Tausende von neuen Regierungsgebäuden, Geisterstädte und brandneue Aluminiumhütten, die jedoch geschlossen gehalten werden, um einen Verfall der Weltmarktpreise zu verhindern. Die Investitionen in Gewerbeanlagen und teure Wohnungen sind überzogen, die Kapazitäten in der Automobilbranche übersteigen sogar den jüngsten steilen Umsatzanstieg, und die Überkapazitäten in den Stahl-, Zement- und anderen Fertigungssektoren wachsen weiter. . . . Alle historischen Phasen überzogener Investitionstätigkeit endeten mit einer Finanzkrise und/ oder einer langen Phase schwachen Wachstums. Um dieses Schicksal zu vermeiden, muß China weniger sparen, seine Anlageinvestitionen zurückfahren, den Anteil der Nettoexporte am BIP senken und den Konsumanteil erhöhen.»[298]

Natürlich argumentierte der Mann hier stramm innerhalb der verlogenen Klischees der etablierten vorgeblichen Wirtschaftswissenschaft». Trotzdem erhellt aus seiner Darstellung, daß in China gegenwärtig enorm viel mehr produziert und angeboten wird, als

weltweite Geldmenge seit 1980 mehr als verzehnfacht. Die globale Güterproduktion stieg hingegen nur um den Faktor sechs. „Weltweit jagt zu viel Geld zu wenig Güter", bestätigt ELGA BARTSCH, Chefökonomin der US-Bank *Morgan Stanley.»* Ja, genau deshalb platzen auch alle Warenhäuser und Ladengeschäfte vor lauter bis unter die Decke gestapelter und ewig unverkauft bleibender Ware aus den Nähten, nicht wahr? Wo ist denn der Ladeninhaber, der sich jemals über zu viele Kunden beklagen könnte, die ihm mit ihrem übervielen Geld die zu knapp vorhandenen Waren «abzujagen» versuchten? Wer sich entgegen dem untrüglichen eigenen Augenschein von den Medien solchen Schwachsinn einreden läßt, dem ist wahrlich mit einer gesegneten Kerze nicht zu helfen!

[298] *NOURIEL ROUBINI* in: «Handelsblatt», 19.4.2011.

alle Chinesen zusammengenommen kaufen bzw. in Anspruch nehmen können. Dies jedoch nicht etwa, weil sie «zuviel sparen» und «zuwenig konsumieren», sondern weil alles **kreditfinanziert** ist und wegen der auf diesen Krediten bleischwer lastenden **Zinsen** viel zu **teuer** angeboten werden muß: Flughäfen und Züge bleiben ungenutzt, weil die Flüge/Fahrten für die meisten Chinesen nicht bezahlbar sind; Geisterstädte stehen leer, weil die neuen Häuser/Wohnungen für die meisten Chinesen unerschwinglich teuer sind; Gewerbeanlagen werden nicht genutzt, weil, was dort hergestellt würde, nicht (zins-) kostendeckend auf den chinesischen Markt gebracht werden könnte; Aluminium müßte so teuer produziert werden, daß die daraufhin «verfallenden Weltmarktpreise» die Zinsen für jene Kredite, mit denen die Aluminiumwerke ursprünglich hoffnungsvoll errichtet wurden, nicht hereinbrächten; Autos sind durchschnittlich zu teuer, als daß die Chinesen den Fabriken die gesamte Fahrzeugproduktion abnehmen könnten; dasselbe gilt für Stahl, Zement und alles mögliche andere! Das entscheidende Stichwort in ROUBINIS Text ist die Feststellung, «daß es irgendwann zu **enormen Überkapazitäten und faulen Krediten** kommt». Denn genau diese Art von frech sogenannter angeblicher «Überhitzung» der Wirtschaft ist vom **aktuellen Schuldgeldsystem** unabtrennbar und daher auch keine chinesische Besonderheit, sondern etwas, was mit unheimlicher Regelmäßigkeit alle paar Jahre in ausnahmslos *allen* mit Schuldgeld geplagten Ländern wiederkehrt! Noch abgesehen davon, daß sie sich **auf niedrigerem Niveau** und auf wenigstens **einigen,** aber stetig wechselnden Sektoren der Wirtschaft sogar Jahr für Jahr, selbst im prächtigsten «Wirtschaftsaufschwung», ein Stelldichein geben: **Überkapazitäten und faule Kredite** bzw., deutlicher ausgedrückt, **Warenüberhang** bei *gleichzeitigem* **Geldmangel!**

Auch das steht bisweilen nur wenig verklausuliert in den einschlägigen Zeitungen. Im Sommer 2010 brachte das *Handelsblatt* seiner Leserschaft die Gründe für den erneuten Rückgang der US-Konjunktur nahe. Erste Ursache war die grassierende Arbeitslosigkeit und die somit fehlende Kaufkraft. «Als weiterer Grund für die sich abzeichnende Konjunkturschwäche gilt das Ende des Lagerzyklus. Ein großer Teil des Wachstums der vergangenen Quartale ging darauf zurück, daß Geschäfte und Betriebe im Vertrauen auf mehr Nachfrage ihre Lagerbestände aufstockten. Da die nun voll sind, aber die Verkäufe lahmen, sind die Nachbestellungen mau. So schwächelt die Erholung des produzierenden Gewerbes bedenklich.»[299]

Hier wird es also desinformativ als «Lagerzyklus» deklariert, das **aktuelle Schuldgeldsystem.** Dabei ist in Wirklichkeit doch folgendes passiert: Die Produzenten und Händler haben Kredite aufnehmen müssen (weil ja anderes als zinsbehaftetes Schuldgeld gar nicht zu haben ist), um erst einmal produzieren bzw. ihre Läden füllen zu können. Sie haben produziert bzw. ihre Regale gefüllt, soviel sie nur konnten, weil ja die Zinsen für die Kredite stets *zusätzlich* «erarbeitet» werden müssen. Ihr törichtes «Vertrauen auf *mehr* Nachfrage» **mußte** aber notwendigerweise enttäuscht werden, denn gerade **weil** die Preise für ihre Waren die zusätzlichen Zinskosten «decken» sollen, sind sie von vorneherein **zu hoch:** bei der Käuferschaft ist das für den Zinsendienst gedachte **zusätzliche** Geld, das in den hoffnungsvoll deklarierten Verkaufspreisen der Produzenten und Händler steckt, nämlich (noch) überhaupt nicht vorhanden! Von daher die **zwangsweise** «Zurückhaltung» der Käufer. Die mit zinsbelastetem Schuldgeld produzierten bzw. in die Regale gestopften Güter, weil nun einmal zu teuer, stapeln sich also **völlig vorhersehbarerweise** in den Lagerhallen, Warenhäusern und Läden. Dies aber nur solange, bis einer von drei Fällen eintritt:

a) manche Produzenten/Händler lassen ihre unverkäuflichen Waren einfach verrotten oder vernichten sie sogar aktiv, um schleunigst Platz für neue, andere, vermeint-

[299] *R. BENDERS/B. KUPILAS/M. ZIENER* in: «Handelsblatt», 5.7.2010.

lieh .besser absetzbare' Erzeugnisse zu schaffen und mit deren Verkauf den erlittenen Verlust wieder auszugleichen;

b) andere Hersteller/Händler können sich das schon nicht mehr leisten und senken, um ihre Verluste wenigstens zu minimieren, daher die Preise soweit unter ihre eigenen Gestehungskosten, bis die Waren für erheblich weniger Geld (d.h. aber, **ohne** die Zinsen hereinzubringen!) doch noch Abnehmer (die berühmten «Schnäppchenjäger»!) finden;

c) noch andere Erzeuger/Händler, die schon mehrfach die verlustreichen Methoden a) und/oder b) angewandt haben, sind finanziell am Ende, gehen bankrott und müssen dem Konkursverwalter die Verhökerung ihrer unverkauften Warenbestände überlassen, während jetzt endlich auch die «Kreditgeber» auf einem Teil ihrer obszönen «Forderungen» schlicht «sitzenbleiben», weil die eilige Warenverramschung natürlich weder die Zinsen noch die volle ausstehende Grundschuldsumme mehr einzuspielen vermag ...

• 12) Völlig falsch und irreführend ist jene Definition des real vorhandenen Phänomens «Inflation», welche die Goldanhänger aus der Schule des FRIEDRICH AUGUST HAYEK uns unterzujubeln versuchen: «*Inflation* kann definiert werden als *jeglicher Anstieg der Geldmenge in der Wirtschaft, der nicht in einem Anstieg des Metallgeld-Vorrats besteht,*»[300] Erstens existiert zwischen irgendeinem Metallgeld«vorrat» und der Menge am Markt jeweils verfügbarer Waren/Dienstleistungen gar kein ursächlicher Zusammenhang und *darf* auch keiner existieren, denn der einzige vernünftige Maßstab für die zu erzeugende und anzubietende Menge an Käuflichem sollte, ja müßte der *objektiv vorhandene Bedarf* sein! Zweitens blicken ROTHBARD und Genossen, warum auch immer, steif und stur darüber hinweg, daß der von ihnen nie in Frage gestellte Zins und die von ihnen nie in Frage gestellte Herausgabe allen Geldes nur als zinspflichtiger «Kredit» auch in jedem hundertprozentigen Metallgeldsystem exakt dieselbe Art von (Pseudo-) Inflation hervorrufen müßten, die sie vorgeblich bekämpfen wollen[301].

• 13) Da **im aktuellen Schuldgeldsystem** mathematisch strikt gilt: «Inflation» = Zinseszins abzüglich Wirtschaftswachstum, hat diese merkwürdige Pseudo-Inflation zwangsläufig ein und dieselben (weiter oben sämtlich aufgeführten!) Wirkungen wie der Zinseszins. Als weitere, dort beim Zinseszins *noch nicht* berücksichtigte Negativwirkung tritt allerdings die **ständige (nominale) Verzerrung des Wertmaßstabs Geld** hinzu, die den objektiven Wertvergleich aller Güter und Dienstleistungen untereinander, und zwar *auf der Zeitachse,* immerfort behindert und erschwert.

300 *ROTHBARD* a.a.O., S. 47; Hervorh. original.

301 Das ist natürlich auch der entscheidende Fehler im prinzipiell mit ROTHBARDS und der Seinen Vorstellungen identischen «Vollgeld»-Ansatz des IRVING FISHER und seiner Jünger.

D. Wo kommt das Geld eigentlich her?

Geld muß, wenn welches existieren soll, genauso hergestellt werden wie alles andere auch. Man redet hier aber nicht von «Herstellung», sondern von «Schöpfung». Geld wird «geschöpft», nicht im Sinne, in dem man Wasser aus dem Brunnen schöpft, sondern im Sinne von *erschaffen.* Diese Ausdrucksweise findet sich in allen großen europäischen Sprachen. Grund dafür dürfte sein, daß zwar nicht das Geld selber, wohl aber sein «Wert», also seine *Kaufkraft,* sozusagen aus *nichts* geschaffen wird, ähnlich wie Gott am Anfang die ganze Welt aus nichts erschuf.

Geld braucht immer einen «Schöpfer», ob es nun aus Gold, Papier oder bloßen Konto-einträgen besteht. Wer sich über Papiergeld als «fíat money» erregt, hat das entweder nicht bedacht oder nicht begriffen. GERTRUDE COOGAN bemerkt zum Ausdruck «fíat money» höchst treffend: «Dieser Begriff wird stets spöttisch-herabsetzend gebraucht, um anzudeuten, daß es verkehrt sei, wenn egal wer Geld schöpft. Schlichte Tatsache ist, daß *alles Geld Fiat-Geld ist.* Das Wort „fiat" ist lateinisch und bedeutet „so geschehe es". Geld findet sich nicht in der Natur. Es ist eine Erfindung, Schöpfung und Werkzeuglichkeit der zivilisiert organisierten Gesellschaft. Entweder Privatpersonen oder eine Regierung müssen es per ‚fiat' schöpfen. Die Frage ist nur: Durch wessen ‚fiat' soll es geschöpft werden?»[302]

Rein vom ursprünglichen Verwendungszweck des Geldes als neutrales Tauschmittel her liegt das Recht zur Geldschöpfung eigentlich bei jedem einzelnen, der durch seine Arbeit etwas Nützliches erzeugt hat und einen Käufer dafür findet. Das Geld, das der Käufer ihm gibt, ist ja nichts anderes als der allgemein gültige Nachweis für seine, des Produzenten und Verkäufers, gesellschaftlich nützliche Arbeitsleistung. Diese Arbeitsleistung «schöpft» erst das Geld; ohne sie hätte es keine Daseinsberechtigung *als* Geld, oder, anders gesagt, ohne sie hätte es keine Kaufkraft, keinen Tauschwert, wäre also gar kein Geld. Damit das solchermaßen geschöpfte Geld tatsächlich Tauschwert er- und behält, muß natürlich auch der Käufer seinerseits wieder irgendetwas Nützliches, das in irgendeiner Weise derselben Arbeitsleistung entspricht, anzubieten haben.

COOGAN, die diesen elementaren Gesichtspunkt entfaltet, bezeichnet denn auch das Geld als «allgemeine Buchhaltung»[303] zwischen den Wirtschaftsteilnehmern, nämlich Buchhaltung über schon erbrachte Leistungen und noch zu erbringende Gegenleistungen. Wer irgendwelche Waren mit Geld bezahlt, bildet sich gewöhnlich ein, dadurch seiner Schuld gegenüber dem Produzenten und/oder Verkäufer dieser Waren bereits entledigt zu sein. Streng genommen ist der 10-Euro-Schein, den er lässig über die Ladentheke schiebt, jedoch ein Schuldschein, mit dem er, der Käufer anerkennt, daß (letztlich!) **er** gegenüber dem Verkäufer noch eine diesem Geldwert entsprechende Gegenleistung zu erbringen hat[304], und sei es auch nur auf dem praktisch gar nicht mehr nachvollziehbaren Umweg über zig oder Hunderte anderer Wirtschaftsteilnehmer[305]! Wäre es anders,

302 *COOGAN* a.a.O., S. 283; Hervorh. original.

303 Ebd. S. 331.

304 Ygi *ADAMS* a.a.O., S. 65: «In seinem wahren Sinn ist Geld alles, was der Verkäufer vom Käufer als Zahlung für seine Güter und/oder Dienstleistungen erhalten wird. Es ist stets ein Zahlungsversprechen. Tatsächlich ist Geld ein Schuldschein, den der Verkäufer gegen den Käufer hält.»

305 Natürlich wird diese Gegenleistung objektivermaßen in aller Regel bereits erbracht worden sein oder zumindest auf Abruf bereitstehen, muß aber erst noch den Weg zum Inhaber des «Schuldscheins» finden. Selbstverständlich darf sie auch stellvertretend durch einen anderen erbracht worden sein, was ja stets der Fall ist, wenn jemand mit Geld bezahlt, das er in irgendeiner Form geschenkt bekam.

hätte er seine Ware nicht wirklich bezahlt; es gäbe keinen Unterschied zum Vorgehen eines Geldfälschers!

Nun pflegt sinnvollerweise seit den ältesten Zeiten der Zivilisation der Staat im Interesse aller seiner Bürger das Tauschmittel für diese ständige wechselseitige bzw. reihumlaufende «Buchhaltung» in standardisierter Form bereitzustellen, eben als *Geld.* Geld zu *schöpfen* war immer das ausschließliche Vorrecht der Kaiser, Könige und Fürsten. Solange, bis der erste von ihnen es sich unglücklicherweise nehmen ließ, ein «Sündenfall», der entscheidend dazu verhalf, schließlich alle Kaiser, Könige und Fürsten zu entthronen und schein-demokratische Regierungen an ihre Stelle zu setzen.

In der modernen Schein-Demokratie, in derjenigen des PROTOKOLLARISCHEN Zeitalters zumal, gilt nun aber, was der jüdische Literat KURT TUCHOLSKY 1931 in der «humoristischen» Zeitschrift *Weltbühne* mit beißendem Spott so formulierte: «Nationalökonomie ist, wenn die Leute sich wundern, warum sie kein Geld haben. . . . Woher das Geld kommt, ist unbekannt. Es ist eben da bzw. nicht da - meist nicht da.»[306]

Woher das Geld kommt, ist nicht zuletzt deshalb so unbekannt, weil sich fast niemand emsthaft dafür interessiert. Obwohl eigentlich klar sein müßte, daß jene, die heutzutage das Vorrecht des Geldschöpfens genießen, eben dadurch auch auf dem Thron der vormaligen Kaiser, Könige und Fürsten Platz genommen haben . . .

Überdies haben sich die Banken lange Zeit, ja bis zur Stunde alle erdenkliche Mühe gegeben, die allgemein gehegte Illusion aufrechtzuerhalten und zu nähren, sie vergäben Kredite lediglich aus den «Spargeld»beständen ihrer «Einleger». In England beispielsweise gelang ihnen das bis zum 1. Weltkrieg nahezu vollständig. «„Statt Papiergeld auszuleihen", schreibt Professor [FREDERICK] SODDY in *The Röle of Money [Die Rolle des Geldes*], „leihen die Banken jetzt in Wirklichkeit Scheckhefte sowie das Recht aus, Schecks auf begrenzte Summen über das hinaus zu ziehen, was der Kreditnehmer besitzt. Fast ein Jahrhundert lang, bis die Enthüllungen des [1. Welt-]Krieges es unmöglich machten, die Wahrheit vor der breiten Öffentlichkeit zu verbergen, leugneten die Bankiers standhaft, daß sie überhaupt irgendwelches Geld schöpften, und behaupteten, sie verliehen lediglich jene Einlagen, die ihre Kunden jeweils gerade nicht verwendeten. Der Präsident der *Bank von Montreal* fuhr noch vor einem Jahr fort, das zu wiederholen, doch näher am Mittelpunkt der Dinge war all das sogar schon vor dem Krieg bekannt und wurde von den orthodoxen Verteidigern dieses ungeheuerlichen Systems zugegeben, gewöhnlich mittels so verlogener Phrasen wie Jeder Kredit erzeugt eine Einlage'. Ein Kredit, wenn es ein echter Kredit ist, erzeugt *keine* Einlage, weil der Verleiher das aus der Hand gibt, was der Kreditnehmer bekommt, und keine Zunahme der Menge des Geldes erfolgt, sondern bloß ein Wechsel der Identität seines individuellen Besitzers. Wenn aber der Verleiher gar nichts aus der Hand gibt, dann ist das, was der Kreditnehmer erhält, eine neue Ausgabe von Geld, und dessen Menge wird entsprechend erhöht. Die wahre Natur dieses lächerlichen Vorgangs ist von einigen der schlauesten und geschicktesten Advokaten, welche die Welt je gesehen hat, derart in Nebel gehüllt worden, daß sie immer noch eine Art von Geheimnis für gewöhnliche Leute darstellt, die ihren Kopf in die Hände stützen und bekennen, sie seien ‚außerstande, das Finanzwesen zu verstehen'. Es ist auch gar nicht beabsichtigt, daß sie es verstehen sollen."»[307]

Trotz alledem könnte, wer ernstlich wollte, längst wissen, daß keine Regierung, auch keine Zentralbank als solche, sondern die hinter ihr stehenden Geschäftsbanken im 19.

[306] *KURT TUCHOLSKY* in: «Weltbühne» Nr. 37 vom 15.9.1931, zit. n. «Humanwirtschaft», Februar/März 2003, S. 49.

[307] *FAHEY* a.a.O., S. 25; Hervorh. original.

bis 21. Jahrhundert praktisch weltweit die unangefochtenen Schöpfer des Geldes waren und sind. Für den Anfang mag es genügen, drei hochoffizielle Zeugnisse zum Beweis dessen anzuführen:

1) In Neuseeland, damals noch Bestandteil des *British Commonwealth* und nominell der britischen Krone **Untertan,** wurde 1956 ein «Bericht der Königlichen Kommission fur Geld-, Banken- und Kreditsysteme» veröffentlicht. Absatz 164 dieses Berichts vermerkte unter der Überschrift «Geldschöpfung durch die Handelsbanken» lakonisch: «Die Tatsache, daß ein großer Teil unserer Geldversorgung als Ergebnis der Tätigkeiten der Handelsbanken ins Dasein tritt, verstörte augenscheinlich viele Zeugen.»[308]

2) Sir JOSIAH STAMP saß von 1928 bis 1941 im Vorstand der *Bank von England,* war also einer ihrer Direktoren. Kaum aus diesem Dienst geschieden, noch im selben Jahr 1941, äußerte er sich so: «Das moderne Bankensystem erzeugt Geld aus nichts. Der Vorgang ist vielleicht der erstaunlichste Taschenspielertrick, der je erdacht wurde. Das Bankgeschäft wurde in Bosheit empfangen und in Sünde geboren. Die Bankiers besitzen die Erde. Nehmt sie ihnen weg, aber belaßt ihnen die Macht, Geld zu schöpfen, und mit einem Federstrich werden sie genügend Geld schöpfen, um sie wieder zurückzuerwerben ... Nehmt ihnen diese große Macht, und alle großen Vermögen wie das meinige werden verschwinden, und sie *sollten* verschwinden, denn dann wäre das hier eine bessere und glücklichere Welt, in der wir leben könnten. Wenn Ihr aber Sklaven der Banken bleiben und die Kosten Eurer eigenen Sklaverei bezahlen wollt, dann laßt die Bankiers weiterhin Geld schöpfen und den Kredit kontrollieren.»[309]

3) In London widmete sich 1960 ein Untersuchungsausschuß, das *Radcliffe Committee,* denselben Fragen. Die *Bank von England* reichte, dazu aufgefordert, mehrere Bände mit Beweisunterlagen («evidence») ein. In Band 1 dieser *Memoranda of Evidence* hieß es auf Seite 9. 4. (sie!) unter dem Titel «Die Kontrolle des Bankkredits im Vereinigten Königreich» im mit «2.» numerierten Absatz: «Weil ein Eintrag in den Büchern einer Bank mittlerweile allgemein anstelle von Bargeld akzeptiert wird, ist es den Banken möglich, die Entsprechung von Bargeld (d.h. Kredit) zu schöpfen. So kann eine Bank den Ankauf einer Sicherheit von einem Kunden einfach dadurch bezahlen, daß sie in ihren Büchern ein Guthaben auf dem Konto des Kunden einträgt; oder sie kann mittels eines ähnlichen Eintrags einen Vorschuß gewähren. In beiden Fällen wird eine Zunahme ihrer Einlagen erfolgen.»[310]

308 Zit. n. *KNUPFFER* a.a.O., S. 21: «The fact that a large proportion of our money supply comes into existence as a result of the operations of the trading banks obviously disturbed many witnesses.»

309 Zit. n. *HITCHCOCK* a.a.O., S. 143: «The modern banking system maufactures money out of nothing. The process is perhaps the most astounding piece of sleight of hand that was ever invented. Banking was conceived in iniquity and born in sin. Bankers own the Earth. Take it away from them, but leave them the power to create money, and with the flick of the pen they will create enough money to buy it back again ... Take this great power away from them and all great fortunes like mine will disappear, and they ought disappear, for then this would be a better and happier world to live in. But if you want to continue to be slaves of the banks and pay the cost of your own slavery, then let the bankers continue to create money and control credit.»

310 Zit. n. *KNUPFFER* a.a.O., S. 21: «Because an entry in the books of a bank has come to be generally acceptable in the place of cash it is possible for the banks to create the equivalent of cash (i.e. credit). Thus a bank may pay for a security purchased from a customer merely by making an entry in its books to the credit of that customer's account; or it may make an advance by means of a similar entry. In either case an increase in its deposits will occur.»

Die «Einlagen» haben also schlicht dadurch zugenommen, daß die Bank sie in ihre Bücher *eingetragen* hat, d.h. sie wurden von der Bank *per Federstrich* **aus nichts** «geschöpft»! Wirklich *eingelegt* wurde hingegen **nichts.** Man versteht jetzt, warum der berühmte britische Ökonom JOHN KENNETH GALBRAITH, ein guter Freund des ROTHSCHILD-Bankiers DAVID ROCKEFELLER[311], im Jahre 1975 anspielungsreich bemerkte: «Das Studium des Geldes ist, mehr noch als alle anderen Felder der Wirtschaftswissenschaft, eines, dessen Kompliziertheit dazu benutzt wird, die Wahrheit zu verschleiern oder die Wahrheit zu umgehen, nicht aber, sie ans Licht zu bringen. Der Vorgang, mittels dessen die Banken Geld schöpfen, ist so simpel, daß er den Geist abstößt ,..»[312]

Obwohl nun zahlreiche andere, ebenso unbestechliche Beweise dafür vorliegen, daß die Banken in allen Ländern - bei aller Verschiedenheit im einzelnen - letztlich immer auf diese selbe Art und Weise Geld schöpfen, wird auch diese Tatsache in der einschlägigen (Fach-)Literatur durch ein Gewirr von Meinungen und Gegenmeinungen, gewollten und ungewollten Falschinformationen, ganzen und halben Wahrheiten bis zur Unkenntlichkeit entstellt, vernebelt oder rundheraus abgestritten. Das kann nicht verwundern, wenn man bedenkt, daß diese Art der Geldschöpfung die direkte Wurzel der modernen Staats- und jeder anderen Verschuldung ist! Am allgemeinen Bekanntwerden dieser Ungeheuerlichkeit kann der Rothschildschen «fünften Gewalt» absolut nicht gelegen sein. Deshalb spielt der wahre Mechanismus der Geldschöpfung auch in den gelenkten Massenmedien überhaupt keine Rolle; deshalb taucht er nicht einmal auf dem Stundenplan angehender Bankkaufleute auf[313]!

Ehe wir beginnen, uns für nähere Einzelheiten zu interessieren, muß nochmals betont werden, daß jeder, der etwas von **«staatlicher** Geldschöpfung» faselt, bereits durch die beiden soeben angeführten Zeugnisse als Desinformant entlarvt ist. Das betrifft im Rahmen der hier herangezogenen Literatur vor allem die beiden Herren BAADER und CREUTZ. Während BAADER wahrheitswidrig behauptet, das «Bankensystem» werde «via Zentralbank staatlich dominiert», so daß «die Regierungen» Geld «selber in fast beliebigen Mengen schaffen könn[t]en»[314], läßt sich CREUTZ ein ums andere Mal dahingehend vernehmen, «der Staat» verfüge über eine ständige «Rückgriffsmöglichkeit . . . notfalls auch auf die Notenpresse», Mark, Euro etc. seien «das staatlich ausgegebene Geld» bzw.

[311] Vgl. *ROCKEFELLER* a.a.O., S. 118: «Bei einem Ausflug nach Cambridge trafen wir JOHN KENNETH GALBRAITH und seine Frau KITTY. Ich hatte KEN in *Harvard* kennengelernt. . . Obwohl unsere Ansichten in wirtschaftlichen und politischen Fragen weit auseinandergingen, hielt uns das nicht davon ab, über die Jahre eine herzliche Freundschaft aufrechtzuerhalten.»

[312] Zit. n. *CHANG* a.a.O., S. XXXIV.

[313] *SIMON BICHLMAIER* a.a.O. ist gelernter Bankkaufmann, macht aber in seinem ansonsten sehr informativen Buch zur Frage, woher das Geld eigentlich kommt, ganz widersprüchliche Angaben. Meine briefliche Anfrage, was denn nun seiner Meinung nach gelten solle, beantwortete er unter dem Datum vom 1. Juni 2010 u.a. mit dem erfreulich offenen Geständnis, er habe sich mit dem «Thema Geldschöpfung . . . bislang kaum befaßt». Gegenstand seiner Lehre als Bankkaufmann kann es also schwerlich gewesen sein. Wie man sieht, vertreiben selbst die Bankkaufleute der unteren Ränge ein «Produkt», von dem sie gar nicht wissen, woher es eigentlich stammt. . .

[314] *BAADER* a.a.O., S. 124f. Vgl. ebd. S. 134 («staatliche Kontrolle über die Geldmenge», der Staat nimmt eine «wundersame Geldvermehrung» «hauptsächlich über die Zentralbanken» vor); S. 233 («Kombination aus Staat und Geldschöpfungsmacht»); S. 270f («staatliche Beherrschung der Geldemission», «monetäres Staatsmonopol»). - Nur auf S. 313 wird ein klein wenig dahingehend differenziert, es hätten «die Zentralbanken (und mit ihnen auch mehr oder weniger direkt die Regierungen) die Macht» über die Geldausgabe, was aber immer noch die entscheidende Rolle der privaten Geschäftsbanken total im Dunkel läßt!

das «im Auftrag des Staates ausgegebene Geld»[315], phantasiert sogar von einem «vom Staat ausgegebenen und mengenregulierten Bargeldbestand»[316]! Bei einer offiziellen Veröffentlichung der *Deutschen Bundesbank* braucht man sich noch weniger darüber zu wundern, daß sie dem «Staat» lügnerisch das «Monopol der Geldschöpfung» unterjubeln möchte, über das nicht einmal sie selbst verfügt[317] ...

1) Wie wird Geld aus nichts geschaffen?

Da jedoch der Sachverhalt der stetigen Schöpfung von neuem Geld aus nichts durch die Geschäftsbanken bereits durch drei unanfechtbare Zeugnisse bewiesen ist und in Kürze noch durch zahllose weitere untermauert werden wird, brauchen wir seine zumindest objektivermaßen *ignorante* Leugnung durch CREUTZ[318] und andere Freiwirtschafts-Anhänger[319] gar nicht weiter zu diskutieren. Statt dessen wollen wir uns einen Überblick

[315] *CREUTZ,* Die 29 Irrtümer.. . a.a.O., S. 159, 285, 31.

[316] *CREUTZ,* Das Geld-Syndrom ... a.a.O., S. 41.

[317] Vgl. *MANFRED J.M. NEUMANN,* Geldwertstabilität: Bedrohung und Bewährung, in: *Deutsche Bundesbank* (Hrsg.), Fünfzig Jahre Deutsche Mark. Notenbank und Währung in Deutschland seit 1948, S. 309-346, hier: S. 309: «Gerade weil der Staat das Monopol der Geldschöpfung beansprucht, ist es von zentraler verantwortungsethischer Bedeutung, daß er den Bürgern im Austausch für ihre Leistungen ein kaufkraftstabiles Tauschmittel zur Verfügung stellt.»

[318] Vgl. z.B. *HELMUT CREUTZ* in: «Humanwirtschaft» Nr. 5 (September-Oktober) 2007, S. 7: «Die Kreditvergaben der Banken resultieren vielmehr alleine aus den Ersparnisbildungen der Nichtbanken. Das heißt, nur diese Ersparnisse, mit denen die Bankkunden den Banken einen Teil ihrer Kaufkraft überlassen, bestimmen darüber, in welcher Größenordnung die Banken ihrerseits diese überlassene Kaufkraft über Kredite weitergeben können!» - Ebenso ders. in: «Humanwirtschaft» Nr. 5 (September-Oktober) 2008, S. 16f: «Die ständig wachsenden Bankeinlagen und -kredite resultieren also alleine aus der Häufigkeit, mit der das Geld in den 55 Jahren [1950-2005 in Deutschland] für Ersparnisbildungen verwendet worden ist! Ähnlich wie die Summe der Verkehrsvorgänge in einem Land in erster Linie von der Häufigkeit abhängt, mit der die vorhandenen Fahrzeuge für Fahrten eingesetzt werden!» - Dabei wird systematisch «vergessen» bzw. unterschlagen, daß schon die allerersten D-Mark-Bestände 1948 nur als «Kredite» in Umlaufkamen, was zur notwendigen Folge hatte, daß niemand etwas «sparen» konnte (und sparen, also beiseitelegen, mußte er es, ehe er es überhaupt zur Bank zu bringen vermochte!), ohne andere, von denen das «Ersparte» nämlich stammte (oder woher sonst?), *bereits währenddessen* zur Aufnahme neuer «Kredite» zu zwingen, die gar nirgend anderswoher als aus dem «Nichts» kommen konnten! - Immerhin weiß auch *CREUTZ* anderswo in seinen Artikeln und Büchern, daß die *Bundesbank* Jahr für Jahr zusätzliches Geld aus nichts schuf bzw. schafft und über die Geschäftsbanken als «Kredite» in Umlauf bringt. *Ganz* wörtlich kann er das Gesagte also selbst nicht-meinen! - In «Humane Wirtschaft» Nr. 1 (Januar-Februar) 2011, S. 32f führt er gar seine persönlichen Erfahrungen mit Bankkrediten ins Feld; die allerdings werden spätestens dort zum Rohrkrepierer, wo *CREUTZ* berichtet: «. . . größere Bankkredite wurden mir erst gar nicht auf mein Konto überwiesen, sondern auf einem separaten Kreditkonto bei der Bank geführt, von dem dann die eingereichten Rechnungen direkt abgebucht wurden.» Dieses Verfahren machte es der Bank ja sogar noch leichter, die Tatsache zu verbergen, daß ihre «Kredit» ohne irgendwelche Spargelder aus nichts geschöpft wurde!

[319] *Z.B. DIRK LOHR in:* «Humane Wirtschaft» Nr. 3 (Mai-Juni) 2009, S. 31: «Wenn die Geschäftsbank 1 dem B einen Kredit gewährt, so bekommt dieser in einem ersten Schritt gleichzeitig auch ein Guthaben eingeräumt. Dies ist der eigentliche „Geldschöpfungsprozeß". Entscheidend ist jedoch, daß die Einräumung dieses Guthabens nicht unabhängig von der vorherigen Einlage des A stattfinden kann.» - In einem nachfolgenden, zweiteiligen Beitrag in «Humane Wirtschaft» Nr. 1 u. Nr. 2/2011 hat *LOHR* dann seine Position doch vorsichtig revidiert und die Tatsache der Geldschöpfung durch die Banken im wesentlichen anerkannt, auch wenn er darauf beharrte, daß sie keineswegs «aus nichts» erfolge, weil ja immerhin jeder neuen Schöpfung die

darüber verschaffen, mittels welcher Methoden die Geldschöpfung durch die privaten Geschäftsbanken erfolgt. Diesbezüglich sind zwei Theorien im Schwange, die dadurch zur Desinformation werden, daß ihre Verfechter sie jeweils als die angeblich *einzige* Methode der Banken-Geldschöpfung hinstellen. Zwar kommen beide Arten von Geldschöpfung tatsächlich vor; beide spielen aber bloß eine untergeordnete Rolle. Wir besprechen sie zuerst und wenden uns anschließend demjenigen Mechanismus zu, mittels dessen tatsächlich die erdrückende Masse des neuen Kredit- oder Schuldgeldes geschöpft wird.

a) Bargeldausleihe bei der Zentralbank

Das ist die gängige Vorstellung, die auch von den Experten, der Politik, den Massenmedien und den Freiwirten hingebungsvoll kultiviert wird. Demzufolge kommt alles zusätzliche Geld immer nur als Bargeld (= Münzen und Scheine) in Umlauf. Und das geht - vereinfacht bzw. im Prinzip - so:

Herr Müller kommt zu seiner Bank und möchte 50 000 Euro Kredit. Die Bank prüft zuerst seine Kreditwürdigkeit, dann ihre Bücher und stellt fest, daß sie keine 50 000 Euro mehr in bar verfugbar hat. Sie wendet sich daher an die Zentralbank und leiht sich bei ihr zum gerade gültigen Leitzins den Betrag von 50 000 Euro. Die Zentralbank läßt daraufhin 50 000 Euro in 500-, 200-, 100-, 50-, 20-, 10-, und 5-Euro-Scheinen drucken. Die bekommt Herrn Müllers Bank nun beispielsweise zu 3 Prozent Zinsen als Zentralbankkredit. Die Bank reicht das Papiergeld als Kredit an Herrn Müller weiter, fordert aber dafür insgesamt 8 Prozent Zinsen, wovon später, bei der Rückzahlung, 3 Prozent an die Zentralbank gehen, 5 Prozent als Einnahme/Gewinn an die Bank.

Die 50 000 Euro waren vorher nicht da; sie sind frisch geschöpft worden. *Auslöser* für diese Schöpfung war Herr Müller, der einen Kredit wollte; *Auftraggeber* der Schöpfung war Herrn Müllers Bank; *ausgeführt* wurde die Schöpfung *rechtlich* durch die Zentralbank, *technisch-praktisch* durch die Notendruckerei. Herr Müller verläßt seine Bank mit den frischgedruckten Geldscheinen und gibt sie für seine Zwecke aus. Damit beginnen sie in der Wirtschaft zu kreisen. Es sind jetzt 50 000 Euro mehr in Umlauf als zuvor.

Wir sehen: selbst bei diesem offiziellen Modell ist die Zentralbank eigentlich bloß ausführendes Organ der Geschäftsbanken, denn von der Bereitschaft der Geschäftsbank, Herrn Müller einen Kredit über ihre bisher verfügbaren Mittel hinaus zu gewähren, hängt ja ab, ob die Zentralbank zusätzliche Geldscheine drucken läßt und herausgibt oder nicht.

Zwar werden wir noch sehen, daß die Zentralbanken unter Umständen auch gleich selber als Kreditgeber für gewisse Kunden tätig werden können, sozusagen an den Geschäftsbanken vorbei. Solche Geldschöpfungen **direkt** durch die Zentralbank stehen aber **letztlich** doch wieder in der Verantwortung der Geschäftsbanken, denn die Geschäftsbanken sind - je nach Land - offiziell oder inoffiziell (!) die **Anteilseigner** der Zentralbank und bestimmen also deren Handeln.

Die Existenz der soeben beschriebenen Art von Geldschöpfung durch die Geschäftsbanken wird von niemandem bestritten. Sie wird aber gewöhnlich anders gedeutet. Weil die Zentralbank den Geschäftsbanken **nach außen hin** gewisse Vorgaben macht und ihre Kreditvergabe **nach außen hin** bestimmten Einschränkungen unterwirft[320], kann

Mindestreserven bzw. das Eigenkapital der Bank zugrundeliege. Auf diesen puren Wortstreit weiter einzugehen verlohnt nicht. Auch von *LÖHR* nicht mehr bestrittene Tatsache ist und bleibt, daß Unmengen von Geld neu entstehen, die vorher nirgends vorhanden waren.

[320] Sie seien hier vorerst bloß erwähnt: beschränkte Kreditangebote (Mengen- oder Zinstender), Leitzinsen, Mindestreserve-Vorschriften, Eigenkapital-Vorschriften.

scheinheilig bzw. naiv behauptet werden, die Zentralbank reguliere die Geldversorgung und schöpfe also auch letztlich das neue Geld. In Wirklichkeit lassen sich die großen Rothschildschen und sonstigen Geldhäuser, die direkt oder indirekt hinter der Zentralbank stehen, natürlich von ihr keinerlei Vorschriften machen oder Einschränkungen gefallen, die sie nicht selbst zuvor **im ureigensten Interesse** beschlossen haben . ..!

Es ist zwar immer die Zentralbank, die alles neu, d.h. zusätzlich von den Geschäftsbanken benötigte Bargeld liefert (Münzen «kauft» sie ggf. vom Staat und «verleiht» sie an die Geschäftsbanken weiter; Banknoten läßt sie drucken und leitet sie ebenfalls als verzinsliche Kredite den Geschäftsbanken zu). Doch entgegen der unausrottbaren Ideologie der Freiwirte besteht der größte Teil des «umlaufenden» oder jedenfalls des **herausgebrachten** Geldes gar nicht aus Bar-, sondern lediglich aus Buchgeld, und mit *dessen* Schöpfung hat die Zentralbank, außer in den USA, eher bloß in Ausnahmefällen etwas zu tun. Einzelheiten dazu später.

b) Buchgeldschöpfung durch Kettenausleihe

Dieser Mechanismus ist im Grundzug identisch mit jenem «fractional reserve banking» der britischen Goldschmiede, das immer wieder als betrügerisch angeprangert wird. Das Bankengeschäft wird nur mit einem Bruchteil jener Bargeld-Reserven betrieben, die eigentlich vorhanden sein müßten. Das funktioniert im modernen Bankwesen grundsätzlich so:

Kunde A zahlt 1000 Euro in bar auf sein Girokonto ein. Weil seine **Bank** 1 aus Erfahrung weiß, daß durchschnittlich immer bloß höchstens ein Zehntel aller Giro-Guthaben in bar abgehoben wird, legt sie 100 Euro bar in ihren Tresor und zahlt die restlichen 900 Euro bei nächster Gelegenheit einem anderen **Kunden B** als Bar-Kredit wieder aus. Der geht damit zu **Bank** 2, zahlt das Geld dort auf das Konto von **Kunde** C, bei dem er eine Rechnung zu begleichen hat, wieder ein. **Bank** 2 behält von den 900 baren Euro ein Zehntel in der Kasse, leiht die restlichen 810 an **Kunde D** aus. Der zahlt sie auf **Bank** 3 bei **Kunde** E wieder ein, und so weiter und so fort. Es erwächst also aus den 1000 Euro Bargeld eine Kette von bloßen Buchgeld-Guthaben in Höhe von 1000+900+810+729+ . . ., die sich, falls perfekt ausgebildet (was in der Praxis allerdings nie vorkommen wird), am Ende auf 10 000 Euro oder genau das Zehnfache des baren Ausgangsbetrags summieren würde.

Ob man das nun als wirkliche Geldschöpfung betrachten will oder nicht, hängt davon ab, welche *interne* Zahlungspraxis man den Banken unterstellt. Für HELMUT CREUTZ, der jedoch **nie** einen belastbaren Beweis etwas in Form entsprechender **gesetzlicher Vorschriften** für seine Behauptungen liefert[321], muß jede Überweisung von einer Bank zur anderen stets voll mit dem ihr entsprechenden Betrag an Bargeld ,unterfüttert' sein. Angeblich werden am Ende eines jeden Bankgeschäftstages die durch Überweisungen entstandenen Überhänge bzw. Defizite an Bargeld zwischen den Banken penibel ausgeglichen. Würde das stimmen, fände natürlich gar keine Geldvermehrung statt. Um Kunde A seine 1000 Euro wieder in bar auszahlen zu können müßte seine Bank 1 gemeinsam mit den Banken 2, 3, 4 usf. entweder die gesamte Ausleihkette sofort wieder rückgängig machen und dabei alle entsprechenden Buchgeldguthaben wieder vernichten (ohne daß sie jemals zu Zahlungszwecken verwendet worden wären!), was jedoch unmöglich sein dürfte, oder das ihr jetzt fehlende Bargeld ersatzweise bei anderen Banken wenn nicht gar bei der Zentralbank als kurzfristigen Kredit beschaffen.

[321] Vgl. z.B. *CREUTZ,* Das Geld-Syndrom . .. a.a.O., S. 59-62; 233ff.

Nach begründeter Ansicht anderer Autoren (die übrigens auch von CREUTZ paradoxerweise in anderem Zusammenhang doch wieder geteilt wird![322]) werden jedoch die Giro-Guthaben, die durch solche Ausleihketten entstehen, wie schon bei den alten Goldschmieden, so auch von den heutigen Banken behandelt, als wären sie selber Bargeld[323]. Man kann mit ihnen Überweisungen tätigen, ohne daß die Banken sie mit Bargeld ,unterfüttern' müßten. «Eine gleichzeitige Auszahlung aller Ansprüche wäre nicht möglich», wendet DIRK LOHR dagegen ein[324], aber genau das ist ja der «Clou». Die gleichzeitige *Auszahlung* ist gar nicht *nötig,* weil die meisten Zahlungen ohnedies per Überweisung erfolgen, so daß überhaupt niemand merkt, daß diesen schönen Guthaben, die da endlos zwischen allen möglichen Konten aller möglichen Banken hin- und hergeschoben werden, gar kein Bargeld entspricht.

Nur falls doch einmal plötzlich Bargeld zur Auszahlung an Inhaber solcher von der Bank heimlich «geplünderter» Giro-Guthaben fehlt, muß sich die Bank dieses Bargeld entweder bei anderen Geldinstituten oder bei der Zentralbank leihen. Das schöne System versagt erst beim Ausbruch einer allgemeinen Panik . . . Außerdem ist es in jener (allein zutreffenden) «Deutung», die wir ihm soeben gegeben haben, **prinzipiell** bereits mit dem eigentlichen Geldschöpfungsmechanismus identisch, der für die große Masse aller neuen «Kredite» verantwortlich zeichnet, obwohl die technischen Einzelheiten je nach Land und natürlich auch im Laufe der Zeit variieren.

Daß und **wieso** die *Kettenausleihe* im Grundsatz schon exakt dasselbe ist wie die gleich anschließend noch näher zu besprechende *Buchgeldschöpfung,* erhellt wunderschön aus dieser Veranschaulichung von BRUNO BANDULET: «Ich gehe zu meiner Bank und zahle 100 Euro Bargeld ein. Ich gehe selbstverständlich davon aus, daß ich die 100 Euro jederzeit wieder abheben kann. Nun geschieht aber folgendes: Die Bank muß zwar zwei Prozent meiner 100-Euro-Sichteinlage als Mindestreserve halten, sie hat jedoch 98 Euro als sogenannte Überschußreserve zur freien Verfügung. Diese kann sie an einen anderen Kunden als Kredit vergeben, wodurch neues Buchgeld entsteht. Nehmen wir an, der Kunde bezahlt damit seine offene Rechnung bei einem Geschäftspartner, der ein Konto bei der Bank B unterhält. Dann entsteht bei der Bank B eine neue Sichteinlage, die von der Bank B wiederum - abzüglich der Mindesreserve - als Kredit weitergereicht werden kann usw. usf. So bildet sich durch wiederholte Geld- und Kreditschöpfung eine Zahlungskette, und aus meiner ursprünglichen Einlage von 100 Euro entsteht im extremen Fall fast das 50fache an Buchgeld.»[325]

c) Buchgeldschöpfung durch simplen Bucheintrag

Wir betrachten jetzt nicht alle technischen Feinheiten, sondern bloß den grundsätzlichen Vorgang. Vorausgeschickt sei nur, daß die Geschäftsbanken, wie soeben von BANDULET zutreffend dargestellt, natürlich *immer* über *irgendeine* Art von «Eigenkapital» bzw. «Reserven» verfügen müssen, auf deren Grundlage sie Kredite aus nichts schöpfen und vergeben können bzw. dürfen, auch wenn das in den nachfolgend zitierten Texten meist nicht eigens gesagt wird. Wie dieses «Eigenkapital» bzw. diese «Reserven» im

322 Wir sahen weiter oben schon, daß er «bloße» Guthaben zwar nicht als «Geld», wohl aber als «Zahlungsmittel» gelten läßt!

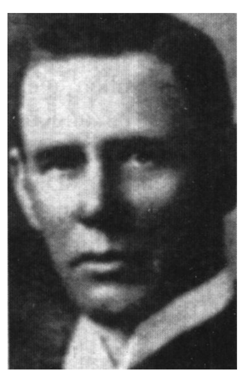
323 So z.B. *BAADER* a.a.O., S. 65: «Die dort eingehenden Überweisungen sind sogenannte Sichtguthaben und werden wie Bareinlagen behandelt.»

324 *DIRK LOHR* in: «Humane Wirtschaft Nr. 3 (Mai-Juni) 2009, S. 32.

325 *BANDULET* a.a.O., S. 42.

einzelnen beschaffen sein müssen, war und ist bis heute international nicht einheitlich geregelt. Wir werden diesen Punkt später für die USA und für Deutschland je gesondert untersuchen. Das Grundsätzliche des Vorgangs der Geldschöpfung wird, soviel kann jetzt schon gesagt werden, durch die vorhandenen feinen Unterschiede nicht berührt. In Deutschland geschieht nämlich durchaus das gleiche wie in Amerika, nur mit noch größerer Verschwiegenheit als dort. . . Wir lassen uns daher zunächst von den besser informierten, nämlich amerikanischen Autoren unterrichten.

1) CHARLES A. LINDBERGH beschrieb 1913, noch *vor* Gründung der US-Zentralbank im Dezember desselben Jahres, die Schaffung von Neukrediten als «Leerverkauf» oder «ungedeckten Verkauf», d.h. als Verkauf von etwas, was man (noch) gar nicht besitzt:



Charles A. Lindbergh sen.

«Es ist die Praxis des Leerverkaufs, aus der die Bankiers die größten Gewinne ziehen. . . . Keine Bank könnte ihre Schulden zurückzahlen, ohne vorher ihre ausstehenden Kredite zurückzufordern. Würden alle Gläubiger aller Banken gleichzeitig eine Rückzahlungsforderung erheben, würden sämtliche Banken zusammenbrechen. Das liegt daran, daß sie alle ohne Deckung ihrer Verkäufe dastehen. Es besteht jedoch ein Unterschied zwischen der Bankenpraxis des Leerverkaufs und derjenigen eines gewöhnlichen Aktienspekulanten[326]. Wer bei einer Bank leiht, wird der Bank seinen Schuldschein geben, und normalerweise schreibt ihm der Bankier einfach in den Bankbüchern die Kreditsumme abzüglich der Zinsen gut. Die Bank gibt kein Bargeld heraus, sondern läßt den Kreditnehmer Schecks auf das Guthaben ziehen und überträgt daher den Kredit lediglich auf jemand anderen, denn in den meisten Fällen werden diese Schecks [als Guthaben bei einer anderen Bank wieder] eingelegt statt in bar ausgezahlt. Die Bank zieht fortlaufend Zinsen auf den Schuldschein ein. Die Partei, die den Kredit aufnahm, verkaufte leer an die Bank, indem sie sich verpflichtete, der Bank bei Fälligkeit die auf dem Schuldschein vermerkte Zahl von Dollars zu liefern, und die Bank verkaufte leer an den Kreditnehmer, indem sie sich verpflichtete, ihm soviele Dollar zu liefern, ehe der Schuldschein fällig würde. Nun steckten also in dieser Transaktion zwei Leerverkäufe. Der Mann, der das Geld borgte, verpflichtete sich, zu einem späteren Zeitpunkt zu zahlen, was er gar nicht besaß, als er borgte, und der Bankier verpflichtete sich, sofort zu zahlen, was er gar nicht besäße, wenn er zuerst alle seine übrigen Schulden beglichen hätte. Nun ist der Unterschied zwischen der Weise, in welcher dieser Handel stattfand, und derjenigen, in welcher der Aktienspekulant seine Leerverkäufe tätigt, daß der Aktienspekulant, wenn jemand ihm etwas leer verkauft (das heißt, sich verpflichtet, ihm Aktien oder Erträge zu verkaufen, die erst später geliefert werden sollen), demjenigen, der ihm solchermaßen etwas verkauft, keine Zinsen zahlt»[327], während der Kreditnehmer solche Zinsen an den Bankier als «Leerverkäufer» zahlen muß!

2) Die bis dahin bereits 25 Jahre lang operierende US-Zentralbank *Federal Reserve System (FED)* brachte am 1. Mai 1939 eine Broschüre heraus, in welcher sie die Öffentlichkeit über ihre Arbeitsweise aufklären wollte. Der Titel des Schriftchens lautete: «Das Bundes-Reserve-System - seine Zwecke und Funktionen - The Federal Reserve System - Its Purposes and Functions». Darin wurde freilich dummerweise einiges «zuviel» enthüllt, so daß man sich, als dieser «Schnitzer» von den «richtigen» Leuten ent-

[326] Der verkauft nämlich auch leer, indem er Aktien zu liefern verspricht, die ihm noch gar nicht gehören.

[327] *LINDBERGH* a.a.O., S. 90f.

deckt wurde, beeilte, die Broschüre wieder verschwinden zu lassen, und zwar so vollständig, daß SILAS ADAMS 1958 schrieb: «Doch die im Mai 1939 vom Gouverneursrat des *Federal Reserve System* herausgegebene Broschüre ist gegenwärtig um keinen Preis zu bekommen, es sei denn, Sie finden sie in irgendeiner privaten Bibliothek und der Besitzer zeigt sich bereit, sie zu verkaufen. Ich habe ein Exemplar und würde es um gar keinen Preis abgeben, denn nachdem Mr. [MARRINER] ECCLES als Vorsitzender aus dem Gouverneursrat ausgeschieden war, wurde alles nur Erdenkliche getan, um die Verbreitung dieses Buches zu unterdrücken. Sie haben einen Teil davon als „durchgesehene" Ausgabe unter demselben Titel. .. neuaufgelegt; doch ließen sie sorgfältig alle diese (für die Bankiers) peinlichen Erklärungen weg.»[328] Wohl auch die nachfolgende, die ADAMS in seinem Buch wörtlich dokumentiert, und die höchst bemerkenswerterweise LINDBERGHs Darstellung mit beinahe denselben Worten bekräftigte. Sie stand in der ursprünglichen Ausgabe auf S. 84-85 und lautete so[329]:

«(Die Natur des Kredits der *Federal Reserve*-Bank.) Kredit allgemein ist eine Art von Geldvertrag, dessen Wesen darin besteht, ein annehmbares Zahlungsversprechen zu sein. Bankkredit ist eine spezielle Form von Kredit, eine besondere insofern, als sie ein Versprechen oder eine Aufsichnahme einer Verbindlichkeit durch eine Bank beinhaltet, gegeben im Gegenzug für ein Versprechen gegenüber der Bank. Die Bank akzeptiert also ein schriftliches Zahlungsversprechen eines Kunden und verspricht im Gegenzug, dem Kunden einen entsprechenden Betrag zu zahlen, der, solange er nichts anderes verlangt, in ihren Büchern als eine Einlage zu seinen Gunsten eingetragen wird. ... Wie schon gesagt, besteht der Kredit der *Federal Reserve*-Bank daher nicht aus Geldmitteln, welche die *Reserve-Behörden* irgendwoher ‚BEKOMMEN', um sie auszuleihen, sondern stellt Geldmittel dar, zu deren Schöpfung sie bevollmächtigt sind [indem sie einen Scheck gegen keine vorhandenen Gelder ausschreiben - der Autor **{ADAMS}].** Der Schöpfungsvorgang sieht so aus, daß das Versprechen der *Federal Reserve*-Bank - in Gestalt von *Federal Reserve-Banknoten* und -Reserve-Einlagen - im Gegenzug für das Versprechen anderer gegenüber den *Federal Reserve-Baviken* gegeben wird; dabei ist Grund für diesen Austausch [von Versprechen], daß den Versprechen der *Federal Reserve-Bark* per Ge-

[328] *ADAMS* a.a.O., S. 15f. Ebd. kündigte *ADAMS* den unmittelbar bevorstehenden Nachdruck der Originalbroschüre durch das Verlagshaus seines Sohnes an und teilte auch schon zwei Bezugsadressen dafür mit!

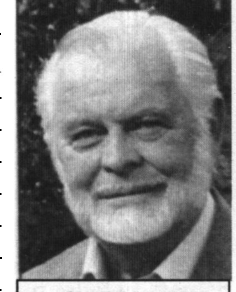
[329] Zit. n. ebd. S. 24f (die beiden eingeklammerten Erläuterungen wurden jeweils von *ADAMS* zum Zweck des besseren Verständnisses hinzugefügt): *«(The Nature of Federal Reserve Bank Credit.)* Credit in general is a matter of monetary agreement, the essence of it being an acceptable promise to pay. Bank credit is a special form of credit, peculiar in that it involves a promise or assumption of liability by a bank, given in exchange for a promise made to the bank. Thus the bank accepts a promisory note of a customer and in exchange promises to pay the customer a corresponding amount, which, pending his order, is carried on its books as a deposit in his favor. ... Federal Reserve Bank credit, therefore, as already stated, does not consist of funds that the Reserve authorities ‚GET' somewhere in order to lend, but constitutes funds that they are empowered to create. (By writing a check against no funds. - the author) The process of creation is one of giving the promise of the Federal Reserve Bank - in the form of Federal Reserve notes and reserve deposits - in exchange for the promise made by others to the Federal Reserve Banks, the reason for the exchange being that the Federal Reserve Banks' promises are recognized by law as having a particular monetary utility not possessed by the promises of individuals and institutions. That is, Federal Reserve Bank promises - or liabilities,' as they are commonly called - serve in the form of Federal Reserve notes as the principal element of the circulating medium. ...»

setz eine besondere geldliche Nützlichkeit zuerkannt wird, welche den Versprechen von Einzelpersonen und [anderen] Einrichtungen nicht eignet. Das heißt, Versprechen der *Federal Reserve*-Bank - oder Verbindlichkeiten', wie sie gemeinhin genannt werden - dienen in Gestalt von *Federal* Reserve-Banknoten als Hauptbestandteil des umlaufenden Geldes.» Und sind wegen ihrer «besonderen geldlichen Nützlichkeit» natürlich zu verzinsen, da ja von der Bank nur «geliehen» ...!

3) Der US-Kongreßabgeordnete JERRY VOORHIS verdeutlichte 1943 den soeben von der *FED* ziemlich abstrakt dargestellten Vorgang der Geldschöpfung durch die Banken so:

«Gemäß unseren gegenwärtigen Bankgeschäfts-Gesetzen dürfen Banken Geld ausleihen, das gar nicht existierte, bis die Bank es verlieh. Eine Bank kann in einem kleinen Kontoführungsbuch hinter Ihrem Namen die Ziffern 1 000 $ eintragen und Ihnen dann ein Scheckheft überreichen und Ihnen mitteilen, sie hätte Ihnen 1 000 $ geliehen. Sie hat ein Scheck-Konto über 1 000 $ oder 1 000 $ an Scheck-Buchgeld oder ihr Versprechen, Ihnen auf Verlangen 1 000 $ zu zahlen, geschöpft und Ihnen geliehen. Bevor sie es Ihnen lieh, existierte es überhaupt nicht, doch Sie werden der Bank eine Hypothek oder einen Schuldschein ausgehändigt haben, dessen Wert sie auf 1 000 $ taxiert, und somit schöpft sie 1 000 $ dieses Scheck-Buchgeldes und tauscht es mit Ihnen gegen ein Pfandrecht auf einen bestimmten Betrag Ihres Eigentums - den Sie als Sicherheit hinterlegen und den die Bank behalten darf, falls Sie versäumen, die Schuld zu bezahlen. Es hat also die Bank Kredit (Geld) im Wert von 1 000 $ geschöpft, der (das) vorher gar nicht existierte. Und dieser Kredit wird genau wie Bargeld benutzt. Sie ziehen Schecks auf ihn und bezahlen damit Rechnungen. Falls nötig, lassen Sie sich gelegentlich einen Scheck in bar auszahlen.»[330]

4) Ein Teil von G. EDWARD GRIFFINS *theoretischen* Thesen über das Geld und die wahre Macht hinter den Zentralbanken ist zwar anfechtbar; unanfechtbar ist jedoch seine - hier zunächst geraffte - Darstellung der *Praxis* der Geldschöpfung durch die privaten Geschäftsbanken:


G. Edward Griffin

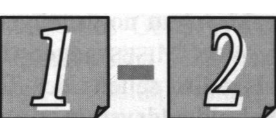
«Das Spiel beginnt, wenn das *Federal Reserve System* den Banken erlaubt, Scheckbuchgeld aus nichts zu schöpfen.... Die Banken ziehen Gewinn aus diesem leichten Geld nicht, indem sie es ausgeben, sondern indem sie es anderen ausleihen und darauf Zinsen kassieren. Wenn ein solcher Kredit in den Büchern der Bank eingetragen wird, erscheint er als ein Aktivposten [= Guthaben], weil er Zinsen trägt und anzunehmenderweise eines Tages zurückgezahlt werden wird. Gleichzeitig erfolgt ein ebensolcher Eintrag auf der Passiv[= Schulden-]seite des Hauptbuchs. Dies deshalb, weil das neugeschöpfte Scheckbuchgeld sich jetzt in Umlauf befindet und zum größten Teil in anderen Banken landen wird, welche die entwerteten Schecks bei der Ausgabebank zwecks Zahlung einreichen werden. Auch Einzelpersonen werden eventuell einiges von diesem Scheckbuchgeld zur Bank zurückbringen und Bargeld dafür verlangen. Die ausgebende Bank hat daher eine potentielle Verpflichtung zur Geldauszahlung in gleicher Höhe wie der Betrag des Kredit-Aktivpostens.»[331]

5) ELLEN HODGSON BROWN faßt zusammen: «Wir haben gesehen, daß eine Bank, die einen Kredit vergibt, lediglich auf dem Konto des Kreditnehmers eine Einlage vermerkt, die als „Verbindlichkeit" der Bank behandelt wird. Das ist Geld, das die Bank dem Kre-

[330] *VOORHIS* a.a.O., S. 98.

[331] *GRIFFIN* a.a.O., S. 26f.

ditnehmer *schuldet* als Gegenleistung für das Versprechen des Kreditnehmers, diese Summe zurückzuzahlen.» Dieselbe Geldschöpfung aus nichts erfolgt auch bei Kreditkarten: «Man denke daran, daß in dem Moment, in dem die Bank ihrem Kunden einen Kredit gegen den Kreditkarten-Abrechnungsbeleg gewährt, dieser Beleg ein „Wertpapier" ist, das zu einem „Aktivum" wird, für das die Bank ein „Passivum" in Form einer Einlage erzeugt. Die Bank gleicht ihre Bücher aus, ohne ihre eigenen [bisherigen] Aktiva oder die Kundenkonten zu belasten. Damit schöpft die Bank aber neues Geld .. ,»[332]



6) Daß es bei den europäischen Banken nicht anders zugeht als bei den US-amerikanischen, wußte - und sagte! - schon 1997 zumindest der österreichische Ökonom FRIEDRICH ROMIG, der aber bezeichnenderweise gegen das Geldschöpfungsprivileg der privaten Banken und die dadurch ausgelöste, zerstörerische Zinseszins-Schuldenspirale auch nicht das geringste einzuwenden hatte : «Die Bildung von Sparkapital ist die Folge der Kreditschöpfung, nicht umgekehrt. . . . Geld, Buchgeld, Giralgeld entsteht durch Kredit, durch Einräumung von (Über-)Ziehungsmöglichkeiten oder eben Kreditschöpfung.»[333]

7) Dasselbe wußte der französische Nobelpreisträger für Wirtschaftswissenschaft des Jahres 1988 MAURICE ALLAIS. Einer seiner - wenigen - Bewunderer im gegenwärtigen Frankreich schreibt dazu: «Es steht fest, daß unser Geld im wesentlichen von den Geschäftsbanken herausgegeben wird, nämlich anläßlich der Vergabe der Kredite, die sie ihrer Kundschaft gewähren.. . . MAURICE ALLAIS seinerseits prangerte diese Fehlentwicklung energisch an. Der Staat, erklärte er, ist seiner angestammten Gewalt, das Geld zu erzeugen und in Umlauf zu setzen, zugunsten der privaten Banken beraubt worden.»[334]

8) Neuerdings wissen das auch der bekannte Geldanlage-Autor BRUNO BANDULET und gleich mehrere seiner Gewährsleute, darunter so altbekannte Namen wie SCHUMPETER und VON MLSES. Doch während diese beiden längst verstorbenen Koryphäen der Wirtschaftswissenschaft offenbar am **aktuellen Schuldgeldsystem** *als solchem* nie etwas auszusetzen fanden, betrachten es die weit weniger berühmten Nachgeborenen - endlich! - zunehmend kritischer:

«Buchgeld . . . macht den größeren Teil der Geldmenge M3 in der Euro-Zone aus, es wird von den Geschäftsbanken produziert, und da es jederzeit eins zu eins in Bargeld gewechselt werden kann, gilt es in den Augen des Publikums als gleichwertig. . . . ROLAND LEUSCHEL und CLAUS VOIGT sehen in ihrem Buch *Die Inflationsfalle* in der Fähigkeit von Geschäftsbanken, ständig neues Geld zu produzieren und als Kredit weiterzureichen, den Kern des inflationären Übels.... Der Ökonom JOSEPH SCHUMPETER sprach von einer Kreditschöpfung *ex nihilo,* aus dem Nichts. . . . Eine andere treffende Definition stammt von dem großen österreichischen Nationalökonomen LUDWIG VON MISES. Er unterschied zwischen Sachkredit und Zirkulationskredit. Mit dem Sachkredit meinte

332 *HODGSONBROWN* a.a.O., S. 475fu. 482.

333 *FRIEDRICH ROMIG* im Gespräch mit «Junge Freiheit», 9.5.1997, hier zit. n. d. Nachdruck dieses Interviews in: «PHI», 27.5.2010, S. 167.

334 *MICHEL SARLON-MALASSERT* in: «Lectures françaises» n° 644 (Dezember 2010), S. 8. - Vgl. auch den ausfuhrlichen Artikel über ALLAIS von *WALTER HANSCHITZ-JANDL* in: «Humane Wirtschaft» Nr. 2 (März/April) 2011, S. 16-22; lt. ebd. S. 21 hätte die Reform, die er in seinem Buch von 1977 mit dem Titel «Die Kapitalsteuer und die Geldreform» vorschlug, «die Verstaatlichung des Geldes und die lOOprozentige Deckung der Sichtguthaben, also die Verhinderung einer Geldschöpfung durch die Banken» (!) impliziert.

er den nichtinflationären Kredit, der auf realen Ersparnissen beruht, die durch Konsumverzicht entstehen und für Investitionen in einer Volkswirtschaft zur Verfügung stehen. Für den Zirkulationskredit hingegen ist die Geldschöpfung der Banken verantwortlich. Er hat nichts mit Ersparnissen zu tun. „Es ist ein Scheinwert", schreibt der österreichische Volkswirt GREGOR HOCHREITER, „er versetzt die Gesellschaft in die Illusion, daß reale Ersparnisse gebildet worden sind."»[335]

Bleibt nur noch anzumerken, daß a) derartige «Sachkredite» **im aktuellen Schuldgeldsystem** notwendigerweise absolute Mangelware sind und b) der jüdische Ökonom L. VON MLSES gegen das Inverkehrbringen von Geld immer bloß als **verzinslichem «Kredit»** seitens der Zentralbank und der Geschäftsbanken, also gegen **das aktuelle Schuldgeldsystem** *als solches*, nie grundsätzliche Einwendungen erhoben hat, so daß c) auch seinem (?) bzw. BANDULETS Ausdruck «nichtinflationärer Kredit» dieselbe Sinnhaftigkeit bzw. derselbe Realitätsgehalt eignet wie den Ausdrücken «schwarzer Schimmel» oder «quadratischer Kreis»[336]!

Die erste Bank, welche die unvermerkte Schöpfung von Geld aus nichts und dessen äußerst profitable «Ausleihung» gegen Zinsen zu ihrem offiziellen Geschäftsmodell machte, war die *Bank von England.* Sie brachte das gesamte Finanzwesen Großbritanniens handstreichartig unter ihre Kontrolle, ehe ein Jahrhundert danach andere, noch mächtigere private Geschäftsbanken sie als ihre Fassade zu benutzen begannen. Weil später in sämtlichen «entwickelten» Ländern die Eroberung des Vorrechts der Geldschöpfung nach demselben Muster ablief, verdient, ja erfordert die Entstehung und weitere Entwicklung der *Bank von England* eine genauere Betrachtung.

2) Die Bank von England

Im oben schon zitierten neuseeländischen «Bericht der Königlichen Kommission für Geld-, Banken- und Kreditsysteme» von 1956 kann nachgelesen werden, daß das moderne Bankensystem nichts anderes tut, als die britischen Goldschmiede des 17. Jahrhunderts taten. Sie gaben, wie erinnerlich, bis zu neunmal mehr «Quittungen» für Gold- und Silbermünzen aus, als bei ihnen tatsächlich an Metallgeld hinterlegt war. Dadurch erlangten die «Quittungen» selber den Charakter von Geld. Diese erst wenige Jahrzehnte alte «Erfindung» einer neuen, privaten und natürlich enorm einträglichen Art der Geldschöpfung ließ sich die *Bank von England* bei ihrer Gründung sozusagen patentieren.

Der amtliche Kommissions-Bericht stellt daher in Absatz 428 unter der Überschrift «Der Ursprung der Geldschöpfung durch Banken» lapidar fest: «Der als „Kreditschöp-

335 *BANDULET* a.a.O., S. 40f.

336 Noch zwei Seiten vorher (38f) sah es so aus, als hätte auch *BANDULET* das begriffen, stellte er doch dort zutreffend fest, «die Aufblähung der Geldmenge und damit die entsprechende (!) Verschuldung» seien «die Ursachen der Krisenanfalligkeit unseres Finanzsystems». Aber es gibt eben keinen Zinsfreund, dessen Kritik an der herrschenden endlosen Misere des Geldwesens sich nicht gerade *wegen* dieser perversen Freundschaft in unheilbare Widersprüche verstricken müßte ... Im übrigen scheint *BANDULET* aber die Materie auch nicht überall genügend durchdacht zu haben, ein Problem, das er mit etlichen anderen Kollegen teilt. Wenn ihm doch im vorstehend zitierten Text klar vor Augen steht, daß a) Buchgeld eins zu eins in Bargeld umtauschbar ist, aber b) nur Buchgeld von den Geschäftsbanken aus nichts geschaffen werden kann, begreift man nicht, wieso er andererseits ebd. S. 17f just die Bargeldausgabe durch die *EZB,* die doch nur im Austausch gegen schon geschöpftes Buchgeld erfolgt, der ,Inflationserzeugung' beschuldigt! - Es muß im folgenden aus Platzgründen darauf verzichtet werden, auf weitere ähnliche Ungereimtheiten einzugehen, auch wenn sie keineswegs unbemerkt geblieben sind.

fung" oder „Geldschöpfung" bezeichnete Vorgang ist keine neue Entwicklung. Sein Ursprung in England im siebzehnten Jahrhundert als eine Ausfaltung der Aktivitäten der Goldschmiede wird im folgenden Absatz aus *Die Theorie des Kredits* von MACLEOD (erstmals veröffentlicht 1891), Band II, Seite 520 dargelegt.»[337] Diese Darlegung steht uns nicht zu Verfugung, dafür jedoch eine gleichwertige des irischen Fachmanns Prof. ALFRED O'RAHILLY aus den späten 1930er oder frühen 1940er Jahren, teils zusammengefaßt, teils wörtlich zitiert von dem katholischen Priester DENIS FAHEY:

«Was die Bankiers entdeckt hatten, war schlicht die Wirkweise des Gesetzes der Durchschnittswerte. Die moderne Organisation des Geld- und Bankwesens hängt fast gänzlich vom Gesetz der großen Zahlen ab. Wenn [Gold-]Zeichen [= Goldquittungen] an, sagen wir, rund ein Dutzend Leute ausgehändigt würden, ließe sich nie vorhersagen, was geschehen würde. Das ganze Dutzend könnte hereinspazieren und Gold einfordern. Doch sobald man es mit Millionen von Menschen zu tun hat, werden die Einlagerungen und Abziehungen [von Gold] dazu tendieren, einander auszugleichen. Ähnlich könnte ein Unternehmen kein bloßes Dutzend von Leuten versichern, denn es könnte ihre Sterblichkeitsrate nicht vorhersagen; hingegen vermag es eine gute statistische Voraussage betreffs zwölftausend Personen abzugeben. In den Tagen des Goldstandards, schreibt Professor O'RAHILLY in [seinem Buch] *Money,* „ließ sich die Einlösbarkeit von Scheinen normalerweise aufrechterhalten, denn obwohl eine gewisse Zahl von Leuten Scheine vorlegte und Gold dafür bekam, legte eine praktisch genauso große Zahl Gold vor und bekam dafür Scheine. Folglich war es nicht notwendig, eine Goldrücklage für jeden ausgegebenen Schein zu halten. Es genügte ..., einen unbedeutenden Betrag zu behalten, hinlänglich hoch, um Schwankungen über den Durchschnitt hinaus abzudecken. ... Wenn die einlösbaren [Gold-]Zeichen in statistisch genügend großem Maßstab ausgegeben werden, wird der Überschuß von [Gold-]Abziehungen über Einlagerungen zur einen Zeit - und der Überschuß von [Gold-]Einlagerungen über Abziehungen zur anderen - auf einen kleinen Bruchteil des betreffenden Ganzen zurückgehen. Obendrein werden diese Schwankungen regelmäßig und vorhersagbar werden. ... Dadurch wird es ganz gefahrlos ..., einlösbare Zeichen auszugeben, denen gar kein Gold entspricht." Mit anderen Worten: die Goldschmiede oder Bankiers fanden heraus, daß sie nicht bloß neun Zehntel des ihnen ursprünglich anvertrauten Goldes ausleihen konnten, sondern auch, durch „vertrauenswürdige" Kreditnehmer, ihre eigenen Scheine oder Quittungen bis zur zehnfachen Höhe dieser neun Zehntel in Umlauf zu setzen vermochten und dennoch praktisch sicher sein konnten, auf Verlangen Gold entsprechend den am Auszahlungsschalter vorgelegten Scheinen auszahlen zu können. Mittels der Deckung von 10 Prozent waren die Bankiers stets imstande, die Illusion aufrechtzuerhalten, die Gesamtheit ihrer Scheine und Quittungen sei in Gold einlösbar oder durch Gold „gedeckt".»[338]

WILHELM VON ORANIEN, ein Holländer, war durch seine Heirat mit MARY VON YORK nach dem Tode von MARYS Vater britischer Thronfolger geworden und wurde 1689 zum König gekrönt. Der bald darauf ausgebrochene Krieg gegen Frankreich verschlang mehr Geld, als der neue britische König besaß und durch Steuern aufzubringen vermochte. England war ohnedies nur noch eine Schein-Monarchie, der König dem Parlament untergeordnet. Schon 1666 hatte ein Gesetz das königliche Vorrecht, alles Geld herauszugeben, dadurch untergraben, daß künftig jedermann Gold oder Silber ebenso zu Münzen prägen lassen durfte wie vorher der König allein!

[337] Zit. n. *KNUPFFER* a.a.O., S. 215.

[338] *FAHEY* a.a.O., S. 19f.

Die akute Geldnot des Königs machte sich ein Konsortium reicher Kaufleute und Geldverleiher teils niederländischer (und dort auch jüdischer), teils englischer Nationalität zunutze[339]. Es kam ihnen der Umstand entgegen, daß WILLIAM III., wie er sich als König nannte, «ein Instrument der mächtigen Amsterdamer *Wisselbank*»[340] war. Sogar die *Encyclopaedia Britannica* befand noch in ihrer 24. Auflage (Band III, Art. «Bank of England», S. 53), die *Bank von England* sei «beinahe durch die Hintertür ins Dasein» getreten[341]. Tatsächlich ließ der weitschweifige Titel jenes seitenlangen Gesetzes von 1694, das ihre Gründungsurkunde darstellt, mit keiner Silbe vermuten, worum es eigentlich ging; er lautete nämlich: «Ein Gesetz, um Ihren Majestäten verschiedene Taxen und Zölle auf Ladungen von Schiffen, Wasserfahrzeugen und auf Bier, Ale und andere alkoholische Getränke zu gewähren: zur Sicherstellung gewisser Entschädigungen und Vorrechte, die in besagtem Gesetz erwähnt sind, für solche Personen, die freiwillig die Summe von fünfzehnhunderttausend Pfund vorschießen werden, um den Krieg gegen Frankreich fortzusetzen»[342]. Diese ehrenwerten «Personen» waren es jedoch, die sich durch dieses selbe Gesetz weiter hinten im umständlich-schwülstig aufgesetzten Text ganz unauffällig das Recht zur Gründung einer Bank einräumen ließen, die Geld aus nichts fabrizieren und dem englischen Staat gegen Zins «leihen» durfte . . .

Gewöhnlich wird behauptet, der Schotte WILLIAM PATTERSON (auch PATERSON buchstabiert), «der vorher in Amsterdam gelebt hatte», sei derjenige, auf den die Gründungsurkunde der *Bank von England* «ausgestellt» worden sei[343] bzw. der sie gegründet habe[344] oder «unter dessen Führung» sie gegründet worden sei[345]. Aus der Urkunde selber geht aber keineswegs hervor, daß PATTERSON formal irgendeine führende Rolle gespielt hätte. Vielmehr ernannte sie einen gewissen Sir JOHN HOUBLON zum «Gouverneur» und einen MICHAEL GODFREY zum «Vize-Gouverneur» der neuen Bank. Außerdem bestellte sie 24 weitere alphabetisch aufgelistete Personen, darunter auch PATTERSON, zu «Direktoren», also Vorstandsmitgliedern[346].

Trotzdem behauptet HODGSON BROWN, Teilhaber der neuen *Bank von England seien* eine «Gruppe Finanziers, deren Namen geheim bleiben sollten»[347], gewesen. Das ist in-

339 Vgl dazu *MAKOW,* Illuminati 2 . . . a.a.O., S. 15: «Veneziansche (illuminierte) Agenten wie THOMAS CROMWELL, WILLIAM CECIL, JOHN RUSSELL und THOMAS GRESHAM gründeten ihre Familienvermögen auf unter HEINRICH VIII. beschlagnahmtes Kircheneigentum. Ihre Erben arbeiteten mit in Amsterdam und Antwerpen ansässigen jüdischen Bankiers zusammen, um England zu einer großen Seemacht zu machen und die englische Revolution (1640-1660), die glorreiche Revolution' (1688) und schließlich die *Bank von England* (1694) zuwegezubringen. . . . Diese Familien wurden die Anteilseigner der *Bank von England* und der Kern der Illuminaten. Wieviele davon geheime Juden [crypto Jews] waren, ist unbekannt.»

340 *Hodgson Brown* a.a.O., S. 94.

341 Zit. n. *FAHEY* a.a.O., S. 16.

342 Zit. n. ebd. (ebenso zu finden bei *ASTLE* a.a.O., S. 56): «A Bill for granting to their Majesties several Rates and Duties upon tonnages of Ships, Vessels, and upon Beer, Ale and other Liquors: for securing certain Recompenses and Advantages, in the said Bill mentioned, to such persons als shall voluntarily advance the sum of Fifteen hundred thousand pounds towards carrying on the War against France». - Wieso es dann schließlich doch bloß *zwölfliunderttausend* Pfund waren, die dem König vorgestreckt wurden, bleibt unklar!

343 *HODGSON BROWN* a.a.O., S. 95.

344 Z.B. *KNUPFFER* a.a.O., S. 91.

345 So *COOGAN* a.a.O., S. 176, *CHRISTOPHER HOLLIS* zitierend.

346 Ygi jjg Dokumentation der entscheidenden Passagen der «Charter of the Bank of England» in: *ASTLE* a.a.O., S. 56-60, hier: S. 59.

347 *HODGSON BROWN A.A.O.,* S. 95.

sofern zutreffend, als die Gründungsurkunde selber festhält, der Gouverneur sei «für diese Aufgabe von einer Mehrheit der [oben] erwähnten Kapitalgeber [subscribers], die ein jeder 500 Pfund am [schon] erwähnten Grundkapital halten, ausgewählt worden», der Vize-Gouverneur sei «in derselben Weise gewählt worden» und die 24 übrigen namentlich genannten Mitglieder des Vorstands der neuen *Bank von England* seien «einzeln in gleicher Weise von einer Mehrheit derselben Kapitalgeber gewählt worden»[348]. Alle diese übrigen Kapitalgeber blieben also tatsächlich anonym, obwohl man z.B. weiß, daß der König selbst und einige Mitglieder des Parlaments nicht zögerten, sich persönlich am Grundkapital der neuen «Geldfabrik» zu beteiligen[349].

Das ursprüngliche Geschäftskonzept der Bank sah nun so aus: Die Kapitalgeber «erboten sich, WILLIAM 1 200 000 Pfund zu 8 Prozent Zinsen unter der Bedingung zu leihen, daß „der Gouverneur und die Gesellschaft der *Bank von England*wie sie sich selbst nannten, das Recht haben sollten, Noten in voller Höhe ihres Kapitals auszugeben. Das heißt, die Bank erhielt das Recht, 1 200 000 Pfund in Gold und Silber zusammenzubringen und sie in 2 400 000 Pfund zu verwandeln, indem sie 1 200 000 Pfund, nämlich das Gold und Silber, der Regierung lieh und die übrigen 1 200 000 Pfund, nämlich die Banknoten, für ihre eigenen Zwecke verwendete. PATERSON war ganz offen bezüglich dessen, daß dieses Privileg, das die Bank erhalten hatte, ein Privileg war, Geld zu erzeugen. „Wenn die Eigentümer der Bank", schrieb er, „ihr eigenes Grundkapital von zwölfhunderttausend Pfund in Umlauf bringen können, ohne je mehr als zwei- oder dreihunderttausend Pfund nutzlos herumliegen zu haben, wird diese Bank faktisch soviel bedeuten wie neunhunderttausend oder eine Million Pfund frisches Kapital, das in die Nation eingebracht worden ist." In Wirklichkeit hielten sie keine Bargeldreserve von rund zwei- oder dreihunderttausend Pfund. 1696 sehen wir sie Noten im Wert von 1 750 000 Pfund umlaufen lassen, gegenüber einer Bargeldreserve von 36 000 Pfund.»[350]

Noch bekannter ist PATERSON, der anscheinend immerhin als so etwas wie der «Sprechen) des Geldgeber-Konsortiums bzw. dann auch der neuen Bank fungierte, für einen Satz geworden, der in seinem Rundschreiben von 1694 stand, mit welchem er zusätzliche Anleihezeichner anzulocken versuchte: «Die Bank bekommt Zinsgewinne auf alle Gelder, die sie, die Bank, aus nichts schöpft - The Bank hath benefit of interest on all the moneys which it, the Bank, creates out of nothing.»[351] PATERSON schied übrigens schon wenige Monate später im Streit aus dem Vorstand der Bank aus und ging seine eigenen Wege[352].

Laut GRIFFIN beinhaltete die extrem langatmige gesetzliche Gründungsurkunde oder «Charter» der *Bank von Englancß*[5i] einen «Sieben-Punkte-Plan»[354]. Die Kapitalgeber

[348] Zit. n. *ASTLE* a.a.O., S. 59.

[349] Lt. *GRIFFIN* a.a.O., S. 177.

[350] *CHRISTOPHER HOLLIS,* zit. n. *COOGAN* a.a.O., S. 176f.

[351] Zit. n. *GRIFFIN* a.a.O., S. 176. Bei *KNUPFFER* a.a.O. (ebenso *FAHEY* a.a.O., S. 16) lautet derselbe Satz ein klein wenig anders, ohne aber dadurch seinen Sinn im geringsten zu verändern: «The Bank hath benefit of interest on all moneys which it creates out of nothing.»

[352] Lt. *GRIFFIN* ebd. Anm. 2.

[353] *ASTLE* a.a.O. dokumentiert nur die ihm am wichtigsten erscheinenden Auszüge und sagt selbst (S. 55), dazwischen befanden sich «endlose Erwägungen in der Juristensprache des 17. Jahrhunderts über die Leitungsstruktur etc. etc. dieser politischen Körperschaft, die als „Bank von England" bekanntwerden sollte».

[354] *GRIFFIN* a.a.O., S. 176. - *HODGSON BROWN* a.a.O., S. 95 reduziert den Plan auf bloß vier Punkte, indem sie jeweils mehrere zusammenfaßt.

bzw. Geldverleiher, die an WILLIAM III. herantraten, um ihm aus der finanziellen Patsche zu «helfen», durften demzufolge

1) eine Bank gründen, die
2) das Monopol zur Ausgabe von Englands Papiergeld genießen sollte und
3) dieses Geld aus nichts schöpfen konnte, weil nur ein kleiner Bruchteil durch Münzgeld gedeckt sein mußte. Die Bank würde
4) der Regierung alles benötigte Geld leihen,
5) dieses dem Staat geliehene Papiergeld durch staatliche Rückzahlungsversprechen bzw. Schuldscheine «decken»,
6) darauf 8 Prozent Zinsen erheben und
7) dieselben staatlichen Schuldscheine gleichzeitig nochmals als «Deckung» für andere «Kredite» an Unternehmen und Privatleute benutzen.

Zwei weitere wichtige Punkte kamen jedoch hinzu. Die Bank erhielt

8) die Rückzahlung ihrer Staatsanleihen durch entsprechende vom Staat zu erhebende Steuern garantiert, und es wurden
9) gleich durch die Gründungsurkunde selbst bereits eine Reihe konkreter Steuern just zu diesem Zweck eingeführt[355].

Genau genommen erhielt die *Bank von England* freilich das *Monopol* der Papiergeldausgabe erst drei Jahre später, nämlich durch ein weiteres Gesetz vom 3. Februar 1697, das ihr auch eine Kapitalerhöhung von gut 1 Million Pfund vorschrieb. Die durfte zu vier Fünfteln in Form der oben schon vorgestellten Holzstäbe («Tallies») erfolgen, während das restliche Fünftel in Gold- und Silbermünzen aufzubringen war[356]. Immerhin liefen also neben den zinsbelasteten Banknoten auch noch das zinsfreie Münz- und das ebenso zinsfreie Holzgeld um. Dennoch war erstmals das Prinzip des **Schuldgeldes** staatlich abgesegnet worden; es würde sich in dem Maße auf breiter Front durchsetzen, als zuerst das (besonders unpraktische und nur im Inland gültige!) Holzgeld und dann das Münzgeld zugunsten des Papier- und Buchgeldes an Bedeutung verlieren mußten.

Ab 1696 brachte das englische Finanzministerium obendrein eigene Geldscheine heraus, die auf Wunsch gegen Münz- oder Barrengold eintauschbar waren, als kurzfristige Staatsanleihen betrachtet und daher auch verzinst wurden. Immerhin «gab sich die Regierung alle erdenkliche Mühe, sicherzustellen, daß tatsächlich genug Münzen oder Barren vorhanden waren, um der Verpflichtung nachzukommen»[357]; mit anderen Worten: diese Geldscheine der Regierung waren wirklich hundertprozentig «goldgedeckt». Da sie aber nichtsdestoweniger genauso nach dem neuen Schuldgeldprinzip funktionierten wie die Noten der *Bank von England*, war es nur folgerichtig, daß ihre Verwaltung nur elf Jahre später, 1707, ebenfalls dieser neuen Bank übertragen wurde. Die hatte aber an der vollen Golddeckung der staatlichen Geldscheine wenig Freude, zumal damit Zinszahlungen statt Zinsgewinne (!) verbunden waren, und ersetzte sie daher bis zur Mitte des Jahrhunderts vollständig durch ihre eigenen, nur zu einem geringen Bruchteil «goldgedeckten», dafür aber zinsträchtigen Scheine[358]. Eigentlich wären alle ihr zugestandenen Vorrechte der *Bank von England* nach zwölf Jahren abgelaufen. Sie operierte jedoch nach 1705 fröhlich weiter und ließ sich erst 1709 ihre staatliche Lizenz formlich erneu-

[355] Vgl. *HODGSON BROWN* ebd.; die diesbezüglichen Abschnitte sind auch bei *ASTLE* a.a.O. dokumentiert.

[356] Lt. *ASTLE* a.a.O., S. 9f.

[357] *GRIFFIN* a.a.O., S. 174.

[358] Lt. ebd.

ern, vermutlich bloß deshalb, weil sie sich bei dieser Gelegenheit wiederum unauffällig eine Verdopplung des Kapitals sowie der darauf fußenden Ausgabe von Banknoten «genehmigen» lassen konnte[359] - von einem Herrscher, den sie längst finanziell in der Hand hatte.

HENRY MAKOW faßt das für uns Wesentliche knapp zusammen: «Im 17. Jahrhundert schlossen die Geldverleiher und der Adel ein Bündnis. Wenn der König Papiergeld zu einer Verbindlichkeit [= Schuld] des Staates machte, würden die Geldverleiher soviel davon drucken, wie er mochte! So traten die *Banken von England* und *von Frankreich* sowie die *Reichsbank* ins Dasein, doch sie waren allesamt private Gesellschaften. Die Geldverleiher brachten es also zuwege, Zinsen auf Guthaben zu fordern, die sie aus nichts geschöpft hatten.»[360]

Die ersten hundert Jahre ihres Bestehens hindurch führte die *Bank von England,* die seit 1734 bis heute in der *Threatneedle Street* in der Londoner *City* residiert[361], keine Bücher oder bewahrte jedenfalls keine auf[362]. Undurchdringliche Geheimnistuerei gehörte auch später stets wesentlich zu ihrem Geschäftsgebaren. Es dauerte allerdings noch fast anderthalb Jahrhunderte ab ihrer Gründung, bis sie wirklich zur *vollausgeprägten* **Zentralbank** des Vereinigten Königreiches geworden war. Denn zunächst blieb ihr Einfluß beschränkt.

Einerseits befanden sich 1694, als sie mit ihrem dubiosen «Startkapital» von insgesamt 2 400 000 Pfund begann, noch rund 17 Millionen Pfund an Holzgeld («Tallies») in Umlauf[363], die erst 1783 per Gesetz abgeschafft wurden, 1827 jedoch nochmals per Gesetz abgeschafft werden mußten (!) und sich alledem zum Trotz in letzten Exemplaren noch bis 1833 als Zahlungsmittel zu halten vermochten[364]!

Andererseits hatte sie zwar «ein Monopol zur Ausgabe von Banknoten innerhalb Londons und weiterer geographischer Bezirke von erstrangiger Bedeutung erhalten, doch sie wurden noch nicht zum gesetzlichen Zahlungsmittel erklärt. Niemand mußte sie verwenden. Sie waren rein private Bruchteil-Empfangsscheine für Goldmünzen, herausgegeben von einer privaten Bank, welche das Publikum nach Belieben annehmen, zurückweisen oder abwerten konnte. Der Status eines gesetzlichen Zahlungsmittels wurde dem Geld der Bank erst 1833 verliehen.»[365]

Wohl kaum zufällig genau im 150. Jahre ihres Daseins, 1844, sollte ein neues Gesetz, der berühmt-berüchtigte *Peel Act,* das britische Geldwesen und mit ihm auch die *Bank von England* auf eine neue Grundlage stellen. Inzwischen waren ihre bei weitem reichsten und mächtigsten Anteilseigner seit drei Jahrzehnten die Londoner ROTHSCHILDS, und so verwundert es nicht, daß das Reformgesetz den britischen Staat endgültig den privaten Geldschöpfern auslieferte. Dabei sprachen die hehren Worte von Premierminister

359 Vgl. *FAHEY* a.a.O., S. 16.

360 *MAKOW,* The Illuminati . . . a.a.O., S. 26. Angesichts der allbekannten Tatsachen ist es eine Riesenfrechheit, wenn *ROTHBARD* a.a.O. den Sachverhalt trotzdem auf den Kopf stellen will. Er schwadroniert immer wieder über ‚die staatlich gelenkten Zentralbanken' und versteigt sich gar (S. 77f) zu der Behauptung: «Regierungen könen leicht die Geldmenge ausdehnen, indem sie neue Anleihen begeben und dann der Zentralbank die Anweisung erteilen, diese aufzukaufen.»

361 Lt. *ROBERT GAYLON ROSS sen.,* The Elite Don't Dare Let Us Teli the People [Die Elite wagt es nicht - laßt uns es den Leuten sagen], Spicewood/Texas 2004, S. 251.

362 Lt. *ASTLE* a.a.O., S. 61.

363 Lt. ebd. S. lOAnm. 27.

364 Vgl. ebd. S. 16f.

365 *GRIFFIN* a.a.O., S. 174.

ROBERT PEEL, nach dem das Banken-Lizensierungs-Gesetz, wie es eigentlich hieß, benannt wurde, der tristen Wirklichkeit, die das Gesetz festschrieb, direkt Hohn.

«. . . bei der Vorstellung des Gesetzes gab PEEL eine deutliche Erklärung betreffs der Rechte der Regierung zur Schöpfung des Geldes ab. Er sagte: „Unsere allgemeine Richtschnur ist es, eine Abgrenzung zwischen dem Vorrecht der Herausgabe [von Geld] und dem Betreiben des gewöhnlichen Bankgeschäfts vorzunehmen. Wir meinen, daß beide auf völlig verschiedener Grundlage stehen." Das klingt wunderbar. Doch tatsächlich bestimmte das Gesetz von 1844: „Die *Bank von England...* darf 14 Millionen Pfund an Noten gegen Regierungsschulden als Sicherheit herausgeben." Weit davon entfernt, daß die Regierung Banknoten geschöpft und ausgegeben hätte, sollte das die *Bank von England,* eine private Gesellschaft, besorgen, während die Regierung Schulden auf sich nahm! Wenn die Regierung beabsichtigte, das „Recht zur Geldausgabe" an sich zu ziehen, wieso sollte das Geld, das sie ausgab, dann mit Schulden verbunden sein, vor allem aber, wieso sollte eine private Gesellschaft dazu berechtigt sein, für ewige Zeiten die Zinsen auf diese Schulden einzustreichen?»[366]

Augenwischerei war auch die Zweiteilung der neu zu schöpfenden 14 Millionen Pfund in einen strikt goldgedeckten und einen durch das bloße «Vertrauen» in die Bank «abgesicherten» Teil. Denn letztlich änderte sich an der nur teilweisen Golddeckung, wie sie von allem Anfang an bestanden hatte, überhaupt nichts. Der lediglich «vertrauensgedeckte» Teil bildete nämlich den fixen Grundbestand, der veränderliche, «goldgedeckte» Teil sollte je nach Bedarf hinzukommen[367]. Das führte in der Folge wegen Goldmangels bzw. mangelhafter Golddeckung zu mehrmaligen Zusammenbrüchen der englischen Banken samt der von ihnen abhängigen Wirtschaft, und jedesmal auch zur zeitweiligen Aussetzung der Golddeckungsvorschriften. Dem absurden Grundsatz, daß alles Papiergeld, ob nun gold- oder vertrauens«gedeckt», nur als **zinspflichtige** «Schulden» der britischen Regierung bei der **privaten** *Bank von England* ins Dasein kommen und umlaufen konnte/durfte, tat all das jedoch nie den geringsten Abbruch!

Die Folge dessen war im Grundzug bereits die nachmals in den PROTOKOLLEN bejubelte, obwohl England damals noch nicht - wie heute - unter *direkten*[368] Auslandsschulden zu leiden hatte. Der englische Spitzenpolitiker WILLIAM GLADSTONE besaß wenigstens noch den Mut, 1873 in einer Parlamentsdebatte zu äußern: «Von der Zeit an, als ich das Amt des Schatzkanzlers [= Finanzministers] übernahm, begann ich zu begreifen, daß der Staat gegenüber der *Bank [von England]* und der *City* [von London] eine grundlegend falsche Position bezüglich des Finanzwesens einnahm. Die Regierung sollte nicht die eigentliche Macht sein, sondern die Geldmacht fraglos über sich herrschen lassen.»[369]

Während die *Bank von England* in neuerer Zeit, nämlich nach ihrer heimlichen Besitzergreifung durch das Londoner (und damit das internationale!) Geldhaus ROTHSCHILD 1812-1815, noch maßgeblich von der Pap/'ergeldschöpfung profitierte, hatten die engli-

[366] *ROWBOTHAM,* The Grip of Death .. . a.a.O., S. 201.

[367] Vgl. *HAROLD JAMES,* Die Reichsbank 1876 bis 1945, in: *Deutsche Bundesbank* (Hrsg.), Fünfzig Jahre Deutsche Mark. Notenbank und Währung in Deutschland seit 1948, S. 29-89, hier: S. 35.

[368] Allerdings waren die ROTHSCHILDS als Haupteigner der *Bank von England* schon damals *internationale* Bankiers und konnten ihr Leihkapital, soweit überhaupt als Bruchteil-Basis für massive Geldschöpfungen aus nichts noch benötigt, von einem Land ins andere verschieben .. .

[369] Zit. n. *ROWBOTHAM,* The Grip of Death... a.a.O., S. 203; hier der Originalwortlaut des unmöglich wortwörtlich übersetzbaren letzten Satzes: «The government was not to be the substantive power, but was to leave the money-power supreme and unquestioned.»

sehen Privatbanken, wiederum mit den ROTHSCHILDS uneinholbar an der Spitze, längst den nächsten Schritt getan. Sie schöpften, hinter der Fassade der *Bank von England,* aus nichts weit mehr Buchgeld (damals in Form von Kontoeinträgen *und zugehörigen Schecks)* als ihre Zentralbank je an Papiergeld zu schöpfen vermochte - und dies jenseits allen desinformativen Geredes über die jeweilige Höhe der «Golddeckung» des britischen Pfundes! Sie schöpften es als zinspflichtige «Kredite» an Privatleute, Unternehmen und - dies freilich zumeist auf dem Umweg über die Zentralbank - die Regierung.

«Der Sehr Ehrenwerte REGINALD McKENNA war britischer Schatzkanzler [= Finanzminister] gewesen. Er war zugleich berufsmäßiger Bankier und erklärte im Januar 1924 als Vorsitzender der *Midland Bank* deren versammelten Anteilseignern: „Ich furchte, der Normalbürger wird es nicht gerne hören, wenn man ihm sagt, daß die Banken Geld schöpfen können und das auch tun. Der Betrag des existierenden Geldes schwankt nur mit der Tätigkeit der Banken, durch die sie Einlagen und eigene Ankäufe erhöhen oder verringern. Jede Anleihe, jeder Überziehungskredit oder bankenseitige Ankauf [von Wertpapieren] schöpft eine Einlage, und jede Rückzahlung einer Anleihe bzw. eines Überziehungskredits oder jeder bankenseitige Verkauf [von Wertpapieren] vernichtet eine Einlage. Und jene, welche den Kredit einer Nation kontrollieren, lenken die Politik der Regierungen und halten in ihrer hohlen Hand das Schicksal des Volkes."»[370]

Vier Jahre später, 1928, sollte der *Macmillan-Ausschuß* des britischen Parlaments das Finanzsystem des Landes kritisch untersuchen. Im - auf praktischer Ebene folgenlosen - Abschlußbericht dieses Ausschusses wurde immerhin amtlich festgestellt, daß die Geschäftsbanken **unabhängig** von der *Bank von England* enorme Mengen an Geld aus nichts schöpfen können; da hieß es: «... die Masse der Einlagen erwächst aus den Tätigkeiten der Banken selber ... Die Bank kann den Vorgang der Kreditvergabe oder des Ankaufs von Wertpapieren [investments] solange fortfuhren, bis die geschöpften Kredite oder die angekauften Wertpapiere neunmal den Betrag der ursprünglichen Bargeldeinlagen darstellen.»[371] Das heißt mit anderen Worten: auf 10 % **Papiergeld,** das die *Bank von England* geschöpft hatte, durften damals die hinter ihr stehenden Geschäftsbanken 90 % weitere «Kredite» oder «Zahlungen» für Wertpapiere (die ja fast immer - ausgenommen Aktien - wieder bloß Kredite repräsentieren!) in Form reinen Buchgeldes schöpfen!

Um 1940 herum konstatierte der stellvertretende englische Finanzminister RALPH M. HAWTREY: «Banken leihen, indem sie Kredit schöpfen. Sie schöpfen die Zahlungsmittel aus nichts.»[372]

Während des 1. Weltkriegs mit seinem riesigen Finanzbedarf wurde der britischen Regierung *umständehalber* ganz ausnahmsweise «erlaubt», die damals enorme Summe von 250 Millionen Pfund in Form eigener 1-Pfund-10-Schilling-Noten zu schöpfen. Es

[370] Zit. n. *KNUPFFER* a.a.O., S. 20: «1 am afraid the ordinary citizen will not like to be told that the banks can, and do, create money. The amount of money in existence varies only with the action of the banks in increasing and decreasing deposits and bank purchases. Every loan, overdraft, or bank purchase creates a deposit, and every repayment of a loan, overdraft or bank sale destroys a deposit. And they who control the credit of a nation, direct the policy of governments, and hold in the hollow of their hands the destiny of the people.»

[371] Zit. n. *ROWBOTHAM,* The Grip of Death . . . a.a.O., S. 227: «... the bulk of deposits arise out of the actions of the banks themselves ... The bank can carry on the process of lending, or purchasing investments, until such time as the credits created, or investments purchased, represent nine times the amount of the original deposits in cash.»

[372] Zit. n. *VOORHIS* a.a.O., S. 109: «Banks lend by creating credit. They create the means of payment out of nothing.»

dauerte dann nach Kriegsende immerhin fast ein Jahrzehnt, bis die ROTHSCHILD-gelenkte *Bank von England* ihre Hand auch auf diese Gelder zu legen vermochte; sie kamen nämlich «gemäß den Bestimmungen des Banknoten- und Währungsgesetzes» von 1928 «unter die Kontrolle - und sind jetzt [1934] praktisch Eigentum - der *Bank von England*>>[373].

Nach dem 2. Weltkrieg, 1946, wurde die *Bank von England* verstaatlicht! Zu diesem Zeitpunkt lief, man glaubt es kaum, zinsfreies Geld, das die Regierung anscheinend während des Krieges im höheren Rothschildschen Interesse des Endsieges der Alliierten erneut - wie schon im 1. Weltkrieg - hatte selbst schöpfen dürfen (!), in gleicher Höhe um wie das Schuldgeld der *Bank von England* und der Geschäftsbanken! Wer jedoch gehofft hatte, die Verstaatlichung der Zentralbank werde dem Schuldgeld gänzlich den Garaus machen, sollte sich schrecklich getäuscht sehen. Zwar hatte die Verstaatlichung den Effekt, daß (anders als z.B. in Deutschland!) nicht bloß die Münzen, sondern auch die Banknoten ab sofort *{nicht* technisch [!], aber) *faktisch* zinsfrei in Umlauf kamen. Doch immer mehr, zuletzt fast alle «Kredite» wurden bloß noch als reines Buchgeld geschöpft, das natürlich zinspflichtig war und ist! Schon 1964 betrug das Verhältnis zwischen zinsfreiem Bargeld der Regierung und zinsbelastetem Schuldgeld des Bankensystems wieder 20 zu 80; bis 2001 war es auf die heute weltweit übliche Relation 3 zu 97 gefallen.. ,[374]!

Wie war und ist so etwas möglich - bei einer bis heute «staatlich gelenkten» *Bank von England?* Sie werden es bereits erraten haben, liebe Leser: die ganze Verstaatlichungsaktion war ein reines Täuschungsmanöver und beließ selbstverständlich im Prinzip alles beim alten. Wie es dabei genau zuging, lassen wir uns von dem englischen Geldreformer RICHARD GREAVES schildern:

«Die Verstaatlichung der *Bank von England* 1946, die auf den ersten Blick als eine weitreichende sozialistische Maßnahme erscheinen möchte, machte in der Praxis kaum einen Unterschied. Gewiß, der Staat erwarb *wirklich* sämtliche Anteile an der *Bank von England* - sie gehören jetzt dem Schatzamt und werden treuhänderisch vom Schatz-Anwalt gehalten. Doch die Regierung besaß kein Geld, um die Anteile zu bezahlen; daher wurden die [bisherigen] Anteilseigner, statt Geld für ihre Anteile zu erhalten, mit Regierungsanleihen versehen. Obwohl nun der Staat die Gewinne aus dem operativen Geschäft der Bank bekam, wurde das durch die Tatsache wettgemacht, daß die Regierung jetzt Zinsen auf die neuen Anleihen zahlen mußte, die sie ausgegeben hatte, um die Anteile zu bezahlen. Noch weitaus bezeichnender ist jedoch die Tatsache, daß, während die *Bank von England* jetzt dem Staat gehört, unsere Geldversorgung bereits wieder fast gänzlich in privaten Händen liegt und zu 97 Prozent aus zinstragenden Krediten dieser oder jener Art besteht, die von privaten Geschäftsbanken geschöpft wurden. Tatsächlich liegt da die wahre Macht - bei den Geschäftsbanken. Die *Bank von England* ist heute im wesentlichen eine Regulierungsbehörde, die das bestehende System unterstützt und überwacht. ... Der Großteil ihrer Gewinne kommt aus der sogenannten „Ausgabe-Abteilung" - jener Abteilung der Bank, die für den Druck und die Auslieferung von Banknoten und

[373] *FAHEY* a.a.O., S. 21, *JEFFREY MARK* zitierend.

[374] Lt. «On Target», lO.u.24.7.2004, S. 17. Dieselbe Relation hatte auch schon 1934 bestanden: von insgesamt 2 500 Millionen Pfund an «Geld» aller Art waren nur 50 Millionen staatlich geprägte Silber- und Kupfermünzen, 450 Millionen Banknoten und die «restlichen» 2 000 Millionen als bloßes Buchgeld (sog. «Bankeinlagen») geschöpfte und «vergebene» Kredite. «Die Banken besitzen jetzt und beanspruchen als ihr Eigentum», schrieb damals der Geldfächmann *JEFFREY MARKS,* «rund 2 450 Millionen von 2 500 Millionen Pfund. Es ist daher klar, daß die britischen Banken alles in England umlaufende Geld, außer 2 Prozent, als eine Schuld gegen das Gemeinwesen geschöpft haben und nun besitzen ...»(zit. n. *FAHEY* O., S. 21).

Münzen zuständig ist. Diese werden von den gewöhnlichen Banken angekauft, um die Nachfrage ihrer Kunden nach Bargeld zu befriedigen, und die Konten der verschiedenen Banken bei der *Bank von England* werden dementsprechend belastet. Grundsätzlich gehören die Gewinne aus dieser Tätigkeit dem Staat und werden dem Schatzamt zugeleitet, kommen also der Staatskasse zugute. Dieses Geld steht für Ausgaben fiir öffentliche Projekte und Dienstleistungen zu Verfugung und stellt eine zinsfreie Geldversorgung dar[375], wenngleich diese mit 68 Millionen Pfund für das Jahr, das mit dem 28. Februar 2001 endete, *sehr gering* ausfiel. Nichtsdestoweniger wird die Bank, obwohl in Staatsbesitz, weitgehend von Leuten aus der Welt der Geschäftsbanken und der *herkömmlichen Wirtschaft* kontrolliert und betrieben. Die Mitglieder des Direktoriums, welche die Politik festlegen und ihre Funktionen überwachen, werden fast sämtlich aus der Welt der Banken, Versicherungen, Wirtschaftswissenschaftler und Großunternehmen rekrutiert. . ,»[376]

Am 22. Dezember 1964 brachte denn auch der britische Parlamentsabgeordnete HENRY KERBER einen Entwurf zur radikalen Reform des englischen Finanzwesens ein, dessen zwei erste Absätze lauteten: «Dieses Haus ist der Ansicht, daß die fortgesetzte Ausgabe aller Tauschmittel - seien es Münzen, Banknoten oder weithin als Schecks transferierte Kredite - durch private Firmen als eine zinstragende Schuld gegen das Gemeinwesen sofort aufhören sollte; daß die souveräne Befugnis und Pflicht zur Ausgabe von Geld in allen seinen Formen an die Krone zurückfallen sollte, wobei dann aber das Geld frei von allen Schulden und Zinslasten in Umlauf gegeben werden soll, als eine staatliche Dienstleistung, nicht als eine private Gelegenheit zur Erzielung von Gewinnen und Erlangung von Kontrolle ohne greifbare Vorteile für das britische Volk; und daß die Geldmenge so kontrolliert werden soll, daß die Preise stabil gehalten werden. - Die Verstaatlichung der *Bank von England* trug nichts zur Lösung dieses Problems bei, da die Bank lediglich einem untergeordneten Zweck dient und noch immer fast alles Geld von privaten Banken durch bloßen Bucheintrag aus nichts geschöpft wird.»[377] Natürlich wurde der Entwurf abgelehnt. ..

Im November 1985 brachte ein Mitglied des britischen Oberhauses das Thema nochmals zur Sprache. In der amtlichen Veröffentlichung der Mitschriften sämtlicher Londoner Parlamentsdebatten *Hansard* (27. November 1985, Band 468, Spalten 935-939) liest man dazu folgendes:

> «Lord BESWICK erhob sich, um die Aufmerksamkeit auf die Erklärung zu lenken, die der Kanzler des Herzogtums Lancaster am 23. Juli 1985 abgegeben hatte, daß nämlich das 96,9prozentige Wachstum der Geldversorgung über einen Fünfjahreszeitraum durch das private Bankensystem und ohne Billigung der Regierung erzeugt worden ist...
>
> «Der edle Lord sagte: „Meine Lords, am 10. Juni dieses Jahres fragte ich die Regierung Ihrer Majestät, um welchen Betrag die Geldversorgung im Fünfjahreszeitraum bis Mitte April 1985 gewachsen sei. Interessanterweise gab man mir die Antwort in Prozentzahlen und nicht in Pfund. Nachdem ich ihn bereits früher darauf hingewiesen habe, wäre der Minister vielleicht später so freundlich, mir die Antwort in geldbezogenen Zahlen zu geben.
>
> «Die Antwort der Regierung am 10. Juni lautete, daß der Zuwachs bei 101,9 Prozent gelegen habe und daß von diesem sehr hohen Betrag nur 5 Prozent auf das Konto

[375] Dies ist der Mechanismus, dank dessen Münzen und Geldscheine, wie weiter oben schon erwähnt, in England seit 1946*faktisch* zinsfrei umlaufen.

[376] Zit. n. «On Target», lO.u.24.7.2004, S. 17f; Hervorh. original.

[377] Zit. n. *KNUPFFER* a.a.O., S. 93.

dessen gehe, daß der Staat mehr Münzen geprägt und mehr Geldscheine gedruckt habe. Dieser Zuwachs um 96,9 Prozent stellte nicht bloß eine enorme Geldsumme dar, sondern auch einen Faktor von entscheidender Bedeutung für unsere Wirtschaft.

«Ich wollte erfahren, wer es [das Geld] geschöpft habe, und fragte am 23. Juli erneut die Regierung Ihrer Majestät, in welchem Maße dieser Zuwachs die Billigung der Regierung gehabt habe. Ich erhielt vom Kanzler des Herzogtums als Sprecher der Regierung die Auskunft: „Die 96,9 Prozent stellten neue Bankeinlagen dar, die im normalen Rahmen des Bankgeschäfts geschöpft wurden, und dafür ist keine Zustimmung der Regierung erforderlich."

«Hätte er gesagt, irgendein Münzfälscher oder Banknotenfälscher sei am Werk gewesen, hätte es natürlich sofort einen empörten Aufschrei gegeben, doch hier haben wir eine Erklärung der Regierung, daß private Einrichtungen diesen enormen Betrag an zusätzlicher Kaufkraft geschöpft haben, und man erwartet von uns, zu akzeptieren, daß das normale Praxis ist und daß die Zustimmung der Regierung da gar keine Rolle spielt.

«Als ich fragte, ob wir nicht näher zusehen sollten, wer von dieser Geldschöpfungs-Gewalt profitierte, sagte der Minister, die Implikationen seien zwar interessant, aber womöglich zu weitreichend für die Fragestunde .. ,»[378]

Man sieht erneut: Die scheinbare «Verstaatlichung» der *Bank von England* hatte auf die enorm profitable Kreditgeldschöpfung der Londoner ROTHSCHILDS und ihres Orbits in der «City» nie die geringsten Auswirkungen! Kein Wunder, dreht sich doch die Tür zwischen der *Bank von England* und dem Londoner Stammhaus *N.M. Rothschild & Sons Ltd.* munter um und um, während das Spitzenpersonal vom einen ins andere Institut spaziert und umgekehrt. «So wechselte etwa der Chef der *Bank von England,* Sir EDWARD GEORGE, im Oktober 2003 in den Vorstand der englischen ROTHSCHILD-Bank.»[379] Nicht von ungefähr stammt ja das schöne Wort «Gemauschel» aus dem Jiddischen . ..

Halten wir fest: In der zum Schein «verstaatlichten» *Bank von England* «regulieren» die Geschäftsbanken mit *N.M. Rothschild & Sons* an der Spitze sich selbst wie gehabt,

[378] Zit. n. *HITCHCOCK* a.a.O., S. 199ff.

[379] *MICHAEL MORRIS,* Was Sie nicht wissen sollen!, Fichtenau 2011, S. 196. Hinter dem Pseudonym verbirgt sich offenbar *JAN UDOHOLEY,* weiten Kreisen auch als «Jan van Heising» bekannt. Das Buch läßt zwar hier und da *HOLEYS* abwegiges esoterisches Weltbild durchschimmern, bringt aber immerhin eine Reihe wichtiger Fakten ans Licht. Umso bedauerlicher ist die Unzuverlässigkeit bei den Angaben zu bisweilen auch nur *etwas* länger **zurückliegenden** Vorgängen, die das Werk in historischen Dingen unbrauchbar macht, zumal just diesbezüglich Quellenangaben völlig fehlen. So wird auf S. 44 explizit behauptet, die *Bank von England* sei 1694 «mittels öffentlicher Gelder» bzw. «Geld der Steuerzahler» gegründet worden (das Gegenteil ist richtig!), auf S. 102 PAUL WARBURG mit seinem Sohn JAMES P. WARBURG verwechselt, auf S. 211 versichert, die Investmentbank *Morgan Stanley* sei «später in der ROCKEFELLER-Bank *Morgan Chase*» ‚aufgegangen' (sie besteht in Wirklichkeit noch heute als eigenständiges Unternehmen!) und so fort. - Das **aktuelle Schuldgeldsystem** wird zwar *im Prinzip* richtig dargestellt, ist aber dennoch in seinen Auswirkungen nicht wirklich begriffen worden. Wie sonst könnte der Autor ernstlich behaupten, Spargeld werde durch seine ‚Anlage' bei den Banken «aus dem Verkehr gezogen» (S. 83), oder anderen Desinformanten unbesehen nachreden, es seien «die Deutsche Mark und der Schilling solide und steinharte Währungen» gewesen (S. 138)? Auch wundert man sich angesichts der guten Kenntnisse des Autors in Sachen ‚ROTHSCHILD-Kontrolle der Weltfinanzen' über eine so platte, jedem miesen Zeitungsschreiberling trefflich zu Gesicht stehende Phrase wie: «Die Engländer [!!??] waren zwar eine der treibenden Kräfte bei der Euro-Einführung, selbst aber nicht so blöd oder schwach, ihr Britisches Pfund aufzugeben» (S. 147). Für eine etwaige nächste Auflage bestünde also eine Menge Korrekturbedarf...

schröpfen den Staat wie gehabt und schöpfen auch das vergleichsweise wenige Bargeld, das sie überhaupt noch benötigen, wie gehabt. . .! Nur sind sie jetzt besser getarnt als je zuvor. Und wieder faßt MAKOW den Sachverhalt so knapp wie treffsicher zusammen: «Die *Bank von England* wurde 1946 „verstaatlicht", aber die Macht, Geld zu schöpfen, verblieb in denselben Händen.»[380]

WILHELM HANKEL ist als ehemaliger Präsident der *Hessischen Landesbank* und damit zugleich auch Direktor der *Deutschen Bundesbank* jemand, der es wissen muß. Ihm zufolge «koppelten sich» schon «ab Mitte der 1970er Jahre» «führende Finanzinstitute der USA **und Englands»,** worunter also in erster Linie die *eine* offene und die *vielen* verdeckten Rothschildschen Großbanken mit Sitz in London und/oder New York zu verstehen sind, «von ihren traditionellen Geldlieferanten, den Sparern und Geldeinlegern, ab[381] und **schnitten auch die Nabelschnur zu ihren Zentralbanken durch».** Sie hatten nämlich «neue Formen der Refinanzierung [= Kreditaufnahme] entwickelt» und «konnten sich von Mal zu Mal größere Refinanzierungssummen im eigenen Sektor, im Interbankenmarkt, beschaffen. Jede Bank konnte dort jede andere anpumpen und ihre Schulden mit neuen, eigens dafür geschaffenen Spezialpapieren, also neuen Finanzprodukten, besichern.»[382]

Schieben wir hier nur ein, daß dies inzwischen überall, auch in Deutschland, gängige Praxis ist: Banken vermehren ihr «Eigenkapital», indem sie eigene «Anleihen» an andere Banken als «Investoren» verkaufen - die diese «Anleihen» natürlich mit selber aus nichts geschöpftem Geld «bezahlen»[383]. Im September 2010 wurde ganz selbstverständlich gemeldet: «Die Verbindlichkeiten deutscher Großbanken untereinander liegen bei

[380] *MAKOW* a.a.O., S. 34.

[381] Gemeint ist, wie wir weiter unten eingehender zeigen werden: «Geldlieferanten» für das spärliche «Eigenkapital» bzw. die unerläßlichen «Mindestreserven» der Banken, denn *mehr* als das vermögen die «Sparer»/«Geldeinleger» **im aktuellen Schuldgeldsystem** gar nicht zu leisten! - Im übrigen wurden HANKELS Ausfuhrungen 2001 von einem hohen Beamten des britischen Finanzministeriums in einem Brief an den Geldreformer JAMES ROBINSON klar bestätigt. ROBINSON hatte angeregt, die britischen Banken sollten nur noch das tun dürfen, was alle Welt, HELMUT CREUTZ inklusive, immer noch selbstverständlich für gegeben hält: nichts als Spargelder einsammeln und auch nichts als diese wieder ausleihen! Der besagte Regierungsbeamte wies den Vorschlag jedoch als für die Banken schwer geschäftsschädlich zurück! Wörtlich schrieb er (zit. n. *HODGSON BROWN* a.a.O., S. 472): «Wenn Banken gezwungen wären, sich bei anderen Verleihern Geld beschaffen zu müssen, um es an ihre Kunden verleihen zu können, verursachte das den Kreditbanken beträchtliche Kosten, die sich negativ auf die Investitionen der Wirtschaft auswirken würden, besonders auf die kleinen und mittelständischen Unternehmen.»

[382] Zit. n. *GRANDT* a.a.O., S. 68; fette Hervorh. hinzugefugt.

[383] Vgl. z.B. *MAREIKE SCHEFFER* in: «Financial Times Deutschland», 22.2.2011. Der ganze Artikel drehte sich um «Bankanleihen», also von Banken selber begebene Schuldverschreibungen. Eine solche ist natürlich im Prinzip auch jedes klassische Sparbuch, aber mit derartigen «peanuts» kommen die Banken nicht weit. . . Der Beitrag begann so: «Europas Banken refinanzieren sich fast nur noch über Anleihen, bei denen Zins und Rückzahlung durch extra hinterlegte Sicherheiten garantiert werden.» An einer Stelle hieß es: «Für Banken, die als Investoren von anderen Instituten Titel kaufen, ist eine gedeckte Anleihe . . . wertvoller . . .» Wenn von «Interbankenmarkt» oder «Interbanken[zins]sätzen» wie dem *Libor* oder dem *Euribor* die Rede ist, sind immer solche Anleihen einer Bank bei einer anderen gemeint! Vgl. z.B. *MARIETTA KURM-ENGELS* in: «Handelsblatt», 9.6.2010: «Während die Banken nur zögerlich untereinander Geld verleihen, brechen die Beträge, die die Banken über Nacht bei der *Europäischen Zentralbank (EZB)* parken, einen Rekord nach dem anderen. . . . Der *Euribor,* also der Zins, zu dem sich Banken untereinander Geld leihen, stieg weiter ...»

43 Prozent ihrer gesamten Verbindlichkeiten . . ,»[384] Hinzu kommen natürlich weitere solche (wechselseitige) Bankverbindlichkeiten im Ausland.

Konkret sieht diese «Refinanzierung» der Banken untereinander (auch über Ländergrenzen hinweg) beispielsweise so aus: Die *Deutsche Bank* hatte kürzlich dem «Finanzinvestor *Blackstone*», also nicht etwa einer Einzelperson, sondern einem riesigen, global agierenden Investment-Fonds, einen aus nichts geschöpften «Kredit» gegeben, damit der damit «den Londoner Bürokomplex Chiswick Park» kaufen konnte. Bald darauf wollte die *Deutsche Bank* ihr Eigenkapital aufstocken - durch eine von ihr begebene Unternehmensanleihe «im Volumen von 302,2 Mio. Pfund (343 Mio. Euro) und [mit] einer Laufzeit von fünf Jahren». Als Sicherheit für diese Anleihe bot sie den «Investoren», d.h. im wesentlichen anderen Banken und/oder Bankentöchtern, nun jenen Kredit an, den sie selber erst kurz zuvor an *Blackstone* in offenbar exakt derselben Höhe von 302,2 Mio. Pfund vergeben hatte[385]. Höchstwahrscheinlich haben sich auch rasch genügend «Investoren» gefunden, und höchstwahrscheinlich waren es irgendwelche Banken.

Nun nehmen wir einmal vereinfachend an, eine *einzige* andere Bank wäre der «Investor» gewesen. Diese Bank schöpfte also aus nichts wiederum 302,2 Mio. Pfund bzw. 343 Mio. Euro und «lieh» sie der *Deutschen Bank*, die dafür entsprechende Schuldscheine von *Blackstone* bei ihr hinterlegen mußte. Aus einem ersten, von einer Bank an eine Nichtbank *{Deutsche Bank* an *Blackstone)* vergebenen Kredit war also ein zusätzlicher, zweiter von einer Bank an eine andere Bank («Investor»bank an *Deutsche Bank)* entwickelt' oder ‚generiert' worden. Doch «besichert» blieben **beide** Kredite in Höhe von zusammen 2 x 302,2 Mio. Pfund = 604,4 Mio. Pfund durch nur **eine einzige** Geschäftsimmobilie - Chiswick Park - im Wert von bloß 1 x 302,2 Mio. Pfund! Woraus ohne weiteres ersichtlich werden dürfte, daß hier immer nur luftige Kartenhäuser gebaut werden, die *todsicher* irgendwann einstürzen **müssen!**

In Spanien waren Anfang Juni 2011 sogar gut 90 % aller «Unternehmensanleihen» solche von Banken selber bei anderen Banken[386]! Für sich selbst darf zwar keine Bank «Kredit» schöpfen, für andere Banken aber durchaus! Infolgedessen kann man sich gegenseitig hochschaukeln und buchstäblich «bereichern», auch wenn die Sache hochriskant bleibt, wie das plötzlich eingebrochene «Vertrauen» der Banken untereinander und die hauptsächlich *daraus* resultierenden (Beinahe-)Pleiten in der jüngsten Finanzkrise ja bewiesen haben!

Doch nun wieder zurück zu HANKEL. Was er da sagt, heißt ja mit anderen Worten, daß die *Bank von England* an der Geldschöpfung, mengenmäßig gesehen, im Normalfall[387] nur noch ganz marginal beteiligt ist. Denn für aus nichts geschöpfte «Kredite»,

[384] *MATHIAS OHANIAN/MARTIN KAELBLE* in: «Financial Times Deutschland», 27.9.2010. Ähnlich sieht es in Spanien, Portugal, Griechenland und Irland aus, wie man eher beiläufig anläßlich der «Schuldenkrise» dieser Länder erfuhr. Z.B. aus dem «Handelsblatt» vom 10.6.2010, das titelte: «Spanische Banken stecken in der Kreditklemme - Kleinere Institute bekommen auf dem Interbankenmarkt kaum noch Geld». Oder aus der «Financial Times Deutschland» vom 8.4.2011, in der *ANDRÉ KÜHNLENZ* berichtete: «Geldhäuser aus Irland, Portugal und Griechenland sind wegen der Krisen in ihren Ländern weitgehend vom Interbankenmarkt abgeschnitten.»

[385] Alles lt. *MAREIKE SCHEFFER* in: «Financial Times Deutschland», 24.5.2011, «*Deutsche Bank* testete neues Anleihemodell».

386 Ygi *KATHINKA BURKHARDT/BIRGIT JENNEN* in: «Financial Times Deutschland», 6.6.2011: «Der Wert sämtlicher spanischer Unternehmensanleihen beläuft sich derzeit auf 676 Mrd. Euro, 611 Mrd. Euro davon entfallen auf den Bankensektor, und davon wiederum ein Großteil auf die Cajas», d.h. die Sparkassen.

[387] Obwohl mir dazu keine konkreten Angaben vorliegen, wird auch die *Bank von England*, genau wie die übrigen Zentralbanken der Welt, die ja nach *ihrem* Muster arbeiten (!), anläßlich

die sich die «englischen» Geschäftsbanken gegenseitig als bloßes (elektronisches) Buchgeld gewähren und mit eigenen (papiernen oder ebenfalls nur noch elektronischen) «Finanzprodukten», nämlich Derivaten, «besichern», werden die Pfund-Geldscheine der *Bank von England* überhaupt nicht mehr benötigt. Auch ihre «Leitzinsen» spielen *dafiir* überhaupt keine Rolle mehr! Sie ist also *insoweit* seit über drei Jahrzehnten mehr denn je bloß noch Fassade. Als solche wird sie allerdings unbedingt gebraucht, um zu verdekken, was in der absolut ROTHSCHLLD-dominierten Finanzwirtschaft Großbritanniens (und darüber hinaus) tatsächlich geschieht. Außerdem leisten ihre umfänglichen volkswirtschaftlichen statistischen Erhebungen den Geschäftsbanken fortwährend treffliche Dienste für die kurz- und mittelfristige Planung ihrer jeweils nächsten Fischzüge . .. Und ihre «Zinspolitik», obwohl für die sogenannte Geldversorgung längst bedeutungslos, dient den führenden Geschäftsbanken, bei denen diese Politik ja in Wirklichkeit konzipiert wird, als erstrangiges Spekulationsinstrument[388]. Dies dank der Blindheit der Masse der übrigen Spekulanten, ja der breiten Öffentlichkeit überhaupt, für die wahren Zusammenhänge ...

Auf wahrhaft **undurchsichtige** Weise fungiert jedoch die *Bank von England,* die übrigens 1997 dank des europäischen Einigungsvertrages von Maastricht «wieder» «unabhängig» wurde, nach wie vor als «Kreditgeberin» für den englischen Staat, der neues zinsbehaftetes Schuldgeld zur Begleichung der fälligen Zinsen auf seine Altkredite offenbar **nur durch sie** beziehen kann . . .! Im März 2003 hatten mehrere britische Unterhausabgeordnete einen - wie sie selbst wußten, zwar chancenlosen! - Gesetzentwurf eingebracht, der die Londoner Regierung dazu ermächtigt hätte, erheblich mehr eigenes, d.h. selbstgeschöpftes, **zinsfreies** Geld in Umlauf zu bringen als bloß die kümmerlichen drei Prozent Münzen und Scheine. Einer der Unterzeichner dieses Entwurfs, der Abgeordnete OWEN PATERSON, fragte Monate später beim Finanzministerium offiziell an, wieso es eigentlich diesen Antrag, der ihm doch hätte hochwillkommen sein müssen, überhaupt nicht unterstützte. Von der hochrangigen Beamtin des Finanzministeriums RUTH KELLY, die zugleich im Parlament saß, erhielt er mit Datum vom 23. September 2003 folgende bezeichnende Antwort: «Wir waren gegen den Entwurf, weil er eine Steigerung der Versorgung mit nicht-zinstragendem Geld als ein billiges Mittel zur Finanzierung öffentlicher Investitionen befürwortete. **Unter den geltenden Abmachungen müßte die Regierung dieses Geld von der *Bank von England* borgen,** so daß es also kein billiges Finanzierungsmittel wäre. Überdies hat die Erfahrung der Vergangenheit gezeigt, daß Gelddrucken zur Finanzierung staatlicher Ausgaben inflationär wirkt.»[389]

Demzufolge **darf** also die britische Regierung «unter den geltenden Abmachungen», die sich jedoch auf **keinerlei förmliches Gesetz** stützen[390] (!), folglich von den entspre-

der jüngsten Bankenkrise 2007-2009 sogenannte «Geldspritzen» in Milliardenhöhe an akut bankrottgefahrdete Geschäftsbanken vergeben haben. Dabei handelt es sich um eilig aus nichts geschöpftes (elektronisches) *Buchgeld,* das jedoch nur als kurzfristiger «Überbrückungskredit» gewährt und gewöhnlich bereits nach wenigen Tagen wieder eingezogen (= vernichtet!) wird.

388 Yg] (jazu *CHANG* a.a.O., S. XXI (Hervorh. original): «Die Bankiers und Zentralbanken kontrollieren die Zinssätze .... Wenn Sie daher als Nichtbankier spekulieren (aber solche Dummköpfe werden „Investoren" genannt) und mit den Schatten-Geldverleihern um die Bewegung von Zinssätzen wetten, beginnen Sie das Spiel vom ersten Moment an mit einem *entscheidenden Nachteil!* Sie sind schlicht und einfach der Dumme.» - Ja, und ausgerechnet **Zins**-Derivate, also Wetten aufsteigende oder fallende Zinssätze, machten im 3. Quartal 2004 bereits 87 % *aller* Derivate *überhaupt* aus (lt. ebd. S. VIII)!

389 Zit. n. «On Target», 7.U.21.2.2004, S. 22 (vgl. S. 20f); fette Hervorh. hinzugefügt.

390 Lt. ebd.

chend «interessierten Kreisen» **hinter den Kulissen** aufdiktiert wurden und werden, **kein** «billiges Geld» selbst erzeugen. Statt dessen **muß** sie das von den ROTHSCHILDS und Co. **via schein-verstaatlichter *bzw. jetzt wieder «unabhängiger» Bank von England*** zwar ebenso «billig», nämlich aus nichts erzeugte, dann aber gegen saftige Zinsen *teuer* an die Regierung «verliehene» Geld in Anspruch nehmen — oder gar keines! Die Tatsache, daß das Geld, das von der *Bank von England* bezogen wird, laut RUTH KELLY **«nicht billig»** ist, kann ja nur bedeuten, daß es in Wirklichkeit von den **Geschäftsbanken** kommt. Käme es dagegen direkt von der «verstaatlichten» *Bank von England,* flössen nämlich die Zinsen - siehe oben! - stets fein säuberlich an den Staat zurück, alles wäre ein pures Nullsummenspiel und der Staat verfügte faktisch eben doch über «billiges», nicht-zinstragendes Geld![391] Es sei denn, die 1997 «wiedergewonnene» «Unabhängigkeit» der Zentralbank hätte sogar - anders als in Deutschland - die bisherige Abfuhrung der Zinsgewinne an den Staat wieder beendet. . .

Mag sie also auch ansonsten für die Geldschöpfung kaum noch eine Rolle spielen, so dient die *Bank von England* - auf rechtlich und öffentlich nicht klar nachvollziehbare Weise! - doch der «fünften Gewalt» zur effektiven «Kontrolle» der britischen Regierung mittels der wie schon 1694, so noch heute gefälligst bei ihr aufzunehmenden Staatsschulden!

Wie schöpfen nun die Geschäftsbanken, die vermittels der *Bank von England* auch dem britischen Staat großzügig ihre «Kredite» gewähren, dieses stetig zunehmende Kreditgeld? Die Methode ist genial einfach! Sie besteht aus nur zwei praktischen (aber der zweite nochmals aus drei gedanklichen) Schritten, die unendlich oft wiederholt werden können.

1) Bank A gewährt Kunde 1 einen «Kredit» in Form bloßen Buchgeldes; das kostet sie bloß einen doppelten Bucheintrag nach folgendem Schema: «Wenn zum Beispiel Mr. X am 30. Dezember einen „Vorschuß" von 50 Pfund gegen Sicherheitsleistung erhält und ihn nicht [sofort] ausgibt, wird die Bankbilanz am 31. Dezember unter vielen ähnlichen Einträgen den folgenden verzeichnen: „Verbindlichkeiten: Einlage von Mr. X ... 50 Pfund / Guthaben: Vorschuß an Mr. X ... 50 Pfund". Eine Bankeinlage" ist geschöpft worden.»[392] Natürlich wird Mister X bzw. Kunde 1 diesen Kredit früher oder später ausgeben. Dann verlagert sich die «Einlage» auf eine andere Bank, steht dort jedoch nicht mehr unter der Rubrik «Verbindlichkeiten», sondern nur noch unter der Rubrik «Guthaben»! Im einzelnen sieht dieser zweite Schritt so aus:

2a) Kunde 1 überweist (oder überträgt per Scheck) den «Kredit»betrag zwecks Begleichung einer offenen Rechnung an Kunde 2 bei Bank B.

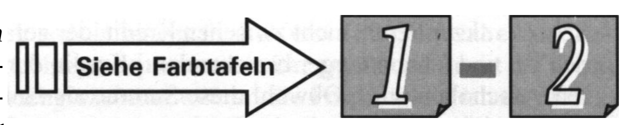
2b) Dort wird der «Kredit» in diesem Moment zu einer «Einlage» von Bank B.

2c) Diese «Einlage» darf Bank B als «Reserve» bei der *Bank von England* verbuchen, auf welche sie erneut «Kredite» **in vielfacher Höhe** vergeben kann!

391 *ELLEN HODGSON BROWN* irrt also gravierend, und dies gleich doppelt, wenn sie im Jahre 2010 meint: «Der Staat ist Eigentümer der *Bank of England,* Kredite der Bank an den Staat wären also praktisch zinslos. Solange die *Bank of England* bereitsteht, um die Staatsanleihen, die auf dem privaten Markt nicht verkauft werden können, selbst aufzukaufen, besteht kein Anlaß, einen Verlust des Wertes der britischen Staatspapiere zu befurchten» (in: «Der freie Mensch» Nr. 7-8 [Juli-August] 2010, S. 36). Erstens ist der Staat seit 1997 auch *formalrechtlich* nicht mehr **einfachhin** der «Eigentümer» (denn das Institut genießt ja seitdem wieder «Unabhängigkeit»), abgesehen davon, daß er es - wie gezeigt - *faktisch* **nie** wirklich war. Zweitens bekommt er von dem Institut bzw. durch seine Vermittlung eben gerade **keine** «billigen», sondern immer nur «teure», d.h. zinspflichtige «Anleihen», wobei diese Zinsen **an die Geschäftsbanken** fließen!

392 *FAHEY* a.a.O., S. 22, *D. W. MAXWELL* zitierend.

In welcher Weise die *Bank von England* als sozusagen «Verwalterin» der sogenannten «Reserven» dabei mitwirkt, braucht hier nicht näher ausgeführt zu werden[393], weil wir alles weiter unten am Beispiel der amerikanischen *FED* ohnedies noch haarklein durchexerzieren werden. Das einzige Problem der britischen Banken besteht bei diesem wundervollen System darin, stets genügend «Kreditnehmer» zu finden, die ihnen jeweils das Mehrfache dessen an zinspflichtigem «Leihkapital» abnehmen, was ihre Vorgänger bereits in Anspruch nahmen . . .



HELMUT CREUTZ und seine Anhängerschar werden sich nicht darüber freuen, daß (außer den schon zitierten!) gleich drei weitere englische Ökonomen bzw. Geldfachleute ihr schönes Phantasiegemälde von den biederen Geschäftsbanken, die immer nur brav die «Spargelder» ihrer «Anleger», und nebenher bei Bedarf noch ein bißchen von der Zentralbank zusätzlich geliehenes Neugeld, als Kredite ausreichen, zumindest für Großbritannien gar rüde zerstören.

1) ANDREW CROCKET in seinem Buch *Money (Geld)* von 1997: «Nimmt man das Bankensystem als ganzes, schafft der Akt der Kreditvergabe als direkte Folge Einlagen in exakt derselben Höhe wie die gewährten Kredite. Wenn darum alle Banken im Gleichschritt voranschreiten, scheint es keine Grenze für die Menge des Bankengeldes zu geben, das sie schöpfen können.»[394]

2) HENRY DUNNING MACLEOD in seinem 1984 neuaufgelegten Klassiker *The Theory of Credit (Die Kredittheorie)* von ursprünglich 1889: «Wenn es heißt, eine große Londoner börsennotierte Bank habe sagen wir mal 50 Millionen Pfund an Einlagen, glauben fast alle, sie habe 50 Millionen Pfund an richtigem Geld zum „Ausleihen", wie es irrigerweise genannt wird ... Das ist eine totale, reine Einbildung. Diese Einlagen sind absolut keine Bargeld-Einlagen, sie sind nichts als ein enormer Überbau von Kredit.»[395] - Derselbe Gelehrte im selben Werk: «Eine Bank ist nicht eine Anstalt zur Aufnahme und zum Ausleihen von Geld, sondern eine Anstalt zur Erzeugung von Kredit.»[396]

3) MICHAEL ROWBOTHAM in seinem Buch *Goodbye America! (.Auf Wiedersehen, Amerika!)* von 2000: «Die Kreditschöpfung der Banken ist im wesentlichen ein sich im Kreis drehender, sich selbst nährender Mechanismus. Wird einem Kreditnehmer eine Anleihe von beispielsweise 5000 Pfund gewährt, räumt ihm die Bank einfach Kredit in dieser Höhe ein. Keiner der Anleger der Bank wird feststellen, daß seine Einlage verringert, festgelegt oder überhaupt irgendwie durch diese Anleihe berührt worden ist. Werden die 5000 Pfund ausgegeben, wird der Kredit vom Kreditnehmer zu einem Empfanger wandern, der dann den Scheck oder die Überweisung in sein Bankkonto einlegt. Das Bankensystem erhält dann den 5000-Pfund-Scheck als eine volle Einlage neuen Geldes. Banken und Bauunternehmen[397] unterscheiden, wenn sie

[393] Es kann jedoch z.B. bei *FAHEY* ebd. S. 23f nachgelesen werden.

[394] Zit. n. *MICHAEL ROWBOTHAM*, Goodbye America! Globalisation, debt and the dollar empire [Auf Wiedersehen, Amerika! Globalisierung, Schulden und das Dollar-Imperium], Charlbury (UK)- Sydney (Australien) 2000, S. 91.

[395] Zit. n. ebd.

[396] Zit. n. *THOMAS BETZ/NICOLAS HOFER/JOSEPH HUBER/KLAUS KARWAT/BERND SENF* in: «Humane Wirtschaft» Nr. 3 (Mai-Juni 2010), S. 14. Dieses Zitat ist *CREUTZ* übrigens spätestens seitdem bekannt, da er in derselben Ausgabe der angegebenen Zeitschrift darauf reagierte.

[397] Sie dürfen in Großbritannien und in den USA *im Prinzip* genauso **Hypotheken**«kredite» aus nichts schöpfen wie die Banken die sonstigen «Kredite»! Näheres dazu weiter unten.

Schecks akzeptieren, nicht zwischen Kredit, der gerade erst als Anleihe geschöpft worden ist, und [schon länger bestehendem] Kredit, der bloß von einem Konto zum anderen verschoben wird. Obwohl diese Summe als Anleihe geschöpft wurde, werden die Gesamteinlagen innerhalb des Bankensystems um 5000 Pfund gewachsen sein, bei einer entsprechenden und gleichhohen Zunahme der Gesamtschulden. Dieser Zuwachs an Einlagen verschafft dann die Sicherheit [,Reserve'/,EigenkapitaF], gegen die weitere Anleihen ausgereicht werden können, was zu noch mehr Einlagen und daraufhin zu noch mehr Kreditvergaben führt.»[398] Und zu noch mehr Schulden!

Für CREUTZ und andere (hoffentlich nur unfreiwillige) Desinformanten hier schon einmal der nächste Schock: laut ROWBOTHAM machen die Geschäftsbanken das nicht etwa bloß in England so, sondern auch überall sonst, also auch in Deutschland, Österreich, der Schweiz etc., denn: «Typischerweise [!] sind unglaubliche 95 % des Geldbestandes in der modernen Volkswirtschaft heute das Produkt der Bankenkreditvergabe - elektronisches Geld oder ,Kredit' -, geschöpft durch den Prozeß des Bruchteil-Reserve-Bankgeschäfts.»[399]

Dabei spielt der international von den Banken verlangte «Bruchteil» an «Reserven» längst fast gar keine Rolle mehr (siehe weiter unten!); die einzige reale Beschränkung liegt in den Anforderungen an das «Eigenkapital» der Banken. Seine Höhe muß bekanntlich unter dem I. Baseler Abkommen von 1989 genauso wie unter dem späteren «Basel II» lediglich **8** % sämtlicher jeweils aus nichts vergebenen «Kredite»[400] betragen, so daß immer das **Zwölfeinhalbfache** des Eigenkapitals «ausgeliehen» werden kann, doch auch dies ist weitgehend bloße Theorie, weil der Begriff «Eigenkapital» hier teilweise irreführend verwendet wird; Näheres dazu weiter unten!

Noch etwas anderes müßte CREUTZ und die ganze Freiwirtschaftsschule eigentlich umwerfen: wiederum laut ROWBOTHAM spielen echte Bargeldeinlagen von «Sparern» für das Leihgeschäft der Banken nur eine einzige Rolle: vor der breiten Öffentlichkeit zu *verbergen*, daß alle zinstragenden «Kredite» in Wirklichkeit von den Banken selber aus nichts erzeugt werden[401]! «Tatsache ist, daß Leute mit Spareinlagen gar nichts ausleihen. Es sind die Banken, die ausleihen - sie leihen das Kreditgeld aus, das sie aus nichts geschöpft haben, machen sich aber, um dies zu verdecken, den Umstand zunutze, daß sie [gleichzeitig] Treuhänder[402] von Bargeldeinlagen sind.»[403] Im gleich anschließenden Abschnitt über Geldschöpfung in den USA wird dieselbe Tatsache auch für die Vereinigten Staaten bekräftigt und mit unzweideutigen statistischen Daten untermauert werden. Wer da immer noch glaubt, hierzulande sei aber trotzdem alles ganz anders, dem ist einfach nicht zu helfen!

Ein Kuriosum zum Schluß: Just der berühmte «Vollender» der «klassischen» Volkswirtschaftslehre DAVID RICARDO, den das Judentum trotz seiner Taufe bis heute als ei-

398 *ROWBOTHAM,* Goodbye America!... a.a.O., S. 91.

399 Ebd. S. 90.

400 vgl. ebd. S. 92; auch *HELMUT CREUTZ* in: «Humanwirtschaft» Oktober/November 2002, S. 38.

401 Wie wir noch sehen werden, haben sie freilich daneben doch noch eine direkt bedeutsame Funktion für das Leihgeschäft: sie dienen den Banken als (Bruchteil-)«Reserven» bzw. «Eigenkapital», auf deren Basis sie erst ihre «Kredite» schöpfen können bzw. dürfen.

402 Weiter oben wurde allerdings schon daraufhingewiesen, daß gleichwohl **strikt juristisch betrachtet** «Spareinlagen» bei den Banken **nicht** als von diesen bloß *treuhänderisch* zu verwaltende Gelder gelten, sondern als «Kredite» der «Sparer» an die Bank. Wenn *ROWBOTHAM* hier dennoch die Banken als «Treuhänder» von «Spareinlagen» bezeichnet, so hebt er nicht auf die rechtlich-theoretische, sondern die faktisch-reale Situation ab.

403 *ROWBOTHAM,* Goodbye America!... a.a.O., S. 118.

nen der Seinen betrachtet[404], sprach sich in einem freilich erst 1824, ein Jahr nach seinem Tod, veröffentlichten Text vorsichtig, aber unverkennbar **gegen** das Recht auf Geldschöpfung für die private *Bank von England* aus! «Wenn die Position, die ich zu diesem Thema eingenommen habe, korrekt ist, scheint es, daß der Handel dieses Landes nicht im geringsten dadurch beeinträchtigt würde, daß man der *Bank von England* die Vollmacht zur Ausgabe von Papiergeld entzöge, vorausgesetzt, ein dem umlaufenden Bankgeld entsprechender Betrag solchen Geldes würde von der Regierung ausgegeben; und daß die einzige Auswirkung dessen, die Bank dieses Vorrechts zu berauben, darin bestünde, den Gewinn, der aus den Zinsen auf das so herausgegebene Geld erwächst, von der Bank auf die Regierung zu verlagern.»[405] Das schrieb RICARDO, der auch im Londoner Unterhaus saß, zu einem Zeitpunkt, als die ROTHSCHILDS bereits die heimlichen Herren der *Bank von England* waren. Sie dürften darüber nicht eben erfreut gewesen sein, konnten aber achselzuckend zur Tagesordnung übergehen, denn im britischen Parlament lief - damals schon wie heute - alles «(wie) geschmiert».

3) Das US-amerikanische Federal Reserve System (FED)

Es wurde Ende Dezember 1913 per Gesetz geschaffen und nahm im Herbst 1914 seine Arbeit auf. Weil wir uns hier eigentlich nur für die PROTOKOLLARISCHE Periode näher zu interessieren haben, obwohl das Haus ROTHSCHILD und sein Orbit natürlich bereits ein volles Jahrhundert länger emsig damit befaßt gewesen waren, dem «Anliegen» der PROTOKOLLE den Weg zu bahnen, soll auf die lange und komplexe Vorgeschichte des Geldwesens in den USA nicht weiter eingegangen werden. Wir skizzieren einleitend nur ganz grob die «Geschichte» des US-Dollars und seiner «Schöpfung» ab dem Ende des 19. Jahrhunderts.

a) Der historische Hintergrund

Mitten im amerikanischen Bürgerkrieg, 1864, wurden per Gesetz sogenannte «Nationalbanken» eingeführt. Diese Geldhäuser erhielten - daher ihr Name - nicht bloß in einem einzelnen Bundesstaat der USA, sondern von der US-Bundesregierung ihre Lizenz und durften damit prinzipiell in sämtlichen Bundesstaaten, auf dem Gebiet der ganzen Nation, tätig sein. Eine Zentralbank bestand seit 1836 nicht mehr. Zwischenzeitlich hatten alle möglichen Banken ihre jeweils eigenen Dollar-Noten geschöpft - es gab zuletzt rund 8000 verschiedene Banknoten[406]! Die Aufgabe der Geldschöpfung, die eigentlich dem amerikanischen Staat selber zugestanden hätte, wurde also jetzt den Nationalbanken zugeschanzt, hinter deren größten sich selbstverständlich die Rothschildsche Geldmacht verbarg.

Im Grundsatz operierten die Nationalbanken bereits genauso wie die spätere *FED*\ ihre Banknoten waren aus nichts geschöpftes, verzinsliches Schuldgeld. Allerdings galten sie nicht als gesetzliches Zahlungsmittel. Man konnte mit ihnen Steuern und Gebühren entrichten, aber niemand mußte sie zur Begleichung privater Schulden akzeptieren. Gesetzliches Zahlungsmittel waren immer noch die von Präsident ABRAHAM LINCOLN am Beginn des Bürgerkriegs zinsfrei geschöpften US-Dollarnoten («Greenbacks») sowie

[404] Vgl. *EMANUEL BIN GORION/ALFRED LOEWENBERG/OTTO NEUBURGER/HANS OPPENHEIMER* (Hrsg.), Philo-Lexikon. Handbuch des jüdischen Wissens, Frankfurt am Main 1992 (Faksimile-Nachdr. d. Ausg. Berlin 1936), S. 617, Art. «Ricardo, David».

[405] Zit. n. *VOORHIS* a.a.O., S. 180f.

[406] Lt. *WOLFGANG FREISLEBEN* in: «Zeit-Fragen» Nr. 1/2 vom 3.1.2008 (Weltnetzversion).

Gold- und Silbermünzen[407]. Die Geldscheine der Nationalbanken sollten ursprünglich zu 10 % durch Gold und zu 90 % durch Staatsanleihen (!) «gedeckt» sein. Nach einer ersten Panik 1873, die erwies, daß selbst die lOprozentige Gold-«Deckung» nicht vorhanden war, wurde den Nationalbanken 1874 gesetzlich erlaubt, ihre Geldscheine zu 100 % durch Staatsanleihen zu «decken»[408].

1873 wurden dank einer von London aus in Gang gesetzten Rothschildschen Intrige alle Silbermünzen abgeschafft; es gab jetzt nur noch Dollarmünzen aus Gold[409]. Ab 1893 sollten auch alle Banknoten *vollständig* durch Gold «gedeckt» sein; der formelle Goldstandard wurde nichtsdestoweniger erst im Jahre 1900 gesetzlich eingeführt[410], ohne daß deshalb die Staatsverschuldung, die doch jetzt zur «Deckung» überhaupt nicht mehr benötigt wurde, auf Null gefallen wäre . . .

Nach Schaffung der Zentralbank *Federal Reserve System (FED),* die 1914 ihren Betrieb aufnahm, durften die Tausende von Nationalbanken, deren meiste jetzt natürlich enorm an Einfluß verloren, gleichwohl immer noch ihre eigenen Geldscheine herausgeben. Erst Präsident FRANKLIN DELANO ROOSEVELT nahm ihnen 1934 endgültig dieses Recht und verschaffte damit der *FED* nunmehr das Monopol zur Geldschöpfung.[411]

Da die geheime Rothschildsche Macht hinter der - damals noch nicht «verstaatlichten» - *Bank von England* und zugleich hinter der *FED* in den 1920er Jahren große Mengen Gold unter diversen Vorwänden und mittels diverser Tricks aus den USA abzog und nach England verbrachte, ließ sich der Goldstandard, der 1925 in England wieder eingeführt wurde, zu Beginn der 1930er Jahre in den USA nicht mehr aufrechterhalten. Ähnlich wie schon ab 1864 wurde der Papier-Dollar jetzt wieder durch Anleihen «gedeckt». Zuerst bei noch 40prozentiger Gold«deckung» durch 60 % *Unternehmensanleihen.* Dann, ab März 1932, weil mitten in der großen Depression nicht mehr genügend Unternehmensanleihen vorhanden waren, stattdessen zu 60 % durch Staatsanleihen. Bald darauf, weil das Gold immer knapper wurde, zu 100 % durch Staatsanleihen![412] Bereits zu diesem Zeitpunkt, um 1935 herum, bestand die in den USA «umlaufende» Geldmenge, genau wie von ROWBOTHAM im Jahre 2000 als «typisch» bezeichnet, zu 95 Prozent aus

407 Lt. *GRIFFIN* a.a.O., S. 387.

408 Ebd. S. 409.

409 Ygi *WICKLIFFEB. VENNARD sen.,* Chronological History of Money Since Babylon [Chronologische Geschichte des Geldes seit Babylon], Palmdale, CA o.J. (1969), S. 14. - Zum Rothschildschen Hintergrund dieser bereits 1870 auch in Großbritannien durchgeführten Aktion, die in den USA mit einem Schlag ein volles Drittel des umlaufenden Geldes beseitigte und eine schwere Depression zur Folge hatte, vgl. z.B. *CHARLES E. COUGHLIN,* The New Deal in Money [Der Neue Handel mit Geld], Royal Oak 1933 (Faksimile-Nachdruck O.A.), S. 60: «So wurde 1870 ein harmloser Gesetzentwurf zur Zusammenfassung der Münzgesetze im [britischen] Parlament eingebracht. Noch als der Entwurf zur Endabstimmung stand, wurde kein Wort über die Ächtung von Silber gesagt. Nichts scheint in den von *Hansard,* dem Gegenstück zu unserem *Congressional Record,* dokumentierten Debatten auf. Mehr noch, im Unterhaus versicherte man den Mitgliedern, Absicht des Gesetzes, von dem ich spreche, sei schlicht die Verbesserung einiger Mängel in der *Britischen Münzanstalt.* Dieselbe Erklärung wurde im Oberhaus abgegeben. Dieselbe Erklärung würde bald darauf im amerikanischen Repräsentantenhaus und Senat abgegeben werden.... Welche Überraschung für die englische Nation, als sie feststellte, daß Silber entmonetisiert [= als Geld abgeschafft] worden war! ... Die ROTHSCHILDS hatten uns überlistet!»

410 Lt. *VENNARD a.a.O.,* S. 15.

411 Lt. *COUGHLIN,* Money! Questions and Answers ... a.a.O., S. 105.

412 Vgl. *COOGAN* a.a.O., S. 156f.

bloßem «Kredit»-Buchgeld[413], während armselige 5 Prozent an Bargeld (Münzen und Scheine!) ausreichten, «um kleine Zahlungen zu besorgen und den Nachteil zu vermeiden, identifiziert zu werden, wenn Geld mittels Bank-Schecks übertragen wird»[414].

Auf der berühmten Konferenz von Bretton Woods 1944 führte man den Goldstandard - allerdings in stark verwässerter Form - international erneut ein: jeder US-Dollar war durch den 35. Teil einer Unze Gold «gedeckt», alle übrigen Währungen mußten zu diesem US-Dollar in einem ein für allemal festgesetzten Verhältnis stehen und waren dadurch «so gut wie Gold». Der Goldstandard wurde jedoch infolge des erhöhten Geldbedarfs der USA im kostspieligen Vietnamkrieg hinfallig und «mußte» 1970-1973 nach etlichen halbherzigen Rettungsversuchen endgültig aufgegeben werden. Tatsächlich legte die Rothschildsche «fünfte Gewalt» längst keinen Wert mehr auf eine Gold«deckung», weil ihren immerwährenden Bestrebungen, den eigenen Reichtum soviel als nur möglich

[413] Tatsächlich war der Äargeldanteil während der großen Depression kurzfristig noch einmal angestiegen, dies aber nur *relativ,* nämlich infolge der enormen *Buchge\d*-Vernichtung durch die *FED* ab Herbst 1929. Vgl. *COOGAN* a.a.O., S. 161: Das Buchgeld «umfaßte ungefähr 88 % von Amerikas gesamtem Geld im Jahre 1934 und annähernd 95 % im Jahre 1929». - 1936 sprach jedoch z.B. *COUGHLIN,* Money! Questions and Answers . . . a.a.O., S. 40 bzw. S. 43 bereits wieder davon, 95 % aller Zahlungen in den USA würden mit Buchgeld, nur 5 % mit Bargeld getätigt.

[414] *COUGHLIN,* Money! Questions and Answers . . . a.a.O., S. 43; vgl. S. 40. Sowohl der *Deutschen Bundesbank* als auch den ihre Desinformationen nur zu gerne kolportierenden Anhängern der Lehren SILVIO GESELLS ist diese Tatsache außerordentlich peinlich, weil sie den gigantischen Umfang der Geldschöpfung aus nichts durch die Geschäftsbanken widerspiegelt. Auch in Deutschland «lag Ende des jahres 2002 die Bargeldmenge . . ., bezogen auf die Geldguthaben bei den Banken, bei [nur!] drei Prozent», weiß *CREUTZ* («Die 29 Irrtümer . . .» a.a.O., S. 33), beeilt sich jedoch, dagegenzuhalten: «Nach einer Untersuchung der *Deutschen Bundesbank* Ende der 80er-Jahre wurden in Deutschland noch 83 Prozent der Endnachfrage mit Bargeld getätigt und nur 17 Prozent über girale Verfügungen.» Und selbst 2002 wurde «das Bargeld immer noch für rund zwei Drittel der Endnachfrage genutzt» (S. 34). - Doch diese Art der Argumentation ist total irreführend, denn die hier sogenannte «Endnachfrage» spielt ansonsten in der Volkswirtschaftslehre als eigenständige Größe überhaupt keine Rolle; dort zählt vielmehr nur das jährliche Bruttoinlandsprodukt (BIP) oder Bruttosozialprodukt (BSP), das die Summe **aller** pro Jahr **für** egal welche **Güter** oder **Dienste** geleisteten Zahlungen (soweit sie sich überhaupt statistisch erfassen lassen) darstellt. Das deutsche BIP lag 2009 bei rund 2 264 Mrd. Euro. Im selben Jahr wurden jedoch nach Angaben der *Bundesbank* von insgesamt 328 Mrd. Euro Bargeld «nur 31 Mrd. EUR für bare Zahlungen verwendet» («Humane Wirtschaft» Nr. 5 [September-Oktober] 2009, S. 34)! Das waren kaum eineinhalb Prozent des BIP, und da hätte also **jeder** *tatsächlich* fiir Zahlungen verwendete **bare** Euro rund 70mal im Jahr oder alle fünf Tage den Besitzer **(ausschließlich** der Banken als bloßer «Treuhänder» bei der Bargeld-Ein- und Auszahlung!) wechseln müssen, um dieses BIP rein durch Bargeldzahlungen zu erzeugen! Das ist natürlich absolut unvorstellbar, wie jedermann anhand seines persönlichen Umgangs mit Bargeld sofort sehen kann. Wenn man annimmt, daß die 31 Milliarden Bargeld **allesamt (!)** *im Durchschnitt* jährlich gut dreimal von Hand zu Hand gingen (ohne Ein- und Auszahlungen bei den Banken), was durchaus realistisch ist, ergeben sich für 2002 die genannten rund 5 % aller Zahlungen. Wem «gut dreimal jährlich» als zu wenig erscheint, der sollte bedenken, daß tatsächlich immer nur die «Endnachfrage» im Geschäft, im Supermarkt, an der Tankstelle etc. - falls überhaupt - mit Bargeld bezahlt wird. Hingegen befördern die Inhaber/Verantwortlichen der Geschäfte, Supermarktfilialen, Tankstellen etc. das eingenommene Bargeld so rasch wie möglich (meist sogar täglich!) wieder - **zur Bank zurück, ohne** damit irgendwelche Waren oder Dienstleistungen bezahlt zu haben! Bis **alles** schleunigst zu den Banken zurückgekarrte Bargeld erneut am Bankschalter oder Geldautomaten «abgehoben» und irgendwann später irgendwo verausgabt worden ist, kann für *einzelne* Geldscheine oder Münzen leicht noch viel mehr Zeit vergehen als das statistische Mittel von rund dreieinhalb Monaten!

zu mehren, dadurch trotz aller Tricks lästige Fesseln angelegt waren, die sie nun endlich wieder abstreifte.

Um das Gold zu ersetzen, wurde alsbald die «Ölkrise» von 1974 inszeniert, die es erlaubte, den Dollar künftig durch Erdöl zu «decken» und damit seinen Status als «Leit»- bzw. «Reservewährung» gegenüber den übrigen Währungen des Globus aufrechtzuerhalten. Denn *alle* Länder brauchten Öl, und da Öl fortan nur noch in Dollars bezahlt werden konnte, brauchten sie entsprechend hohe «Dollarreserven». Wie wir noch sehen werden, bedeutet jedoch der «Leitwährungs»- oder auch «Weltreservewährungs»-Charakter des US-Dollars nichts anderes, als daß sämtliche übrigen Währungen der Welt von ihm - und damit von seinen «Schöpfern» in und hinter der *FED* - mehr oder weniger abhängen. Wer also den US-Dollar aus nichts schöpft, hat schon allein dadurch ein hohes Maß an Kontrolle über die Schöpfung alles übrigen Geldes auf dem weiten Erdball! Doch wir wollen hier nicht vorgreifen, sondern als nächstes eine Reihe von Kronzeugen anhören, die uns sämtlich versichern, daß in den USA die Geldschöpfung spätestens seit 1914 grundsätzlich genauso funktioniert wie in England seit 1694.

b) Kronzeugen für die Banken-Geldschöpfung

1) Wie schon bei der *Bank von England,* so trägt auch bei der *FED* ihr oberster Chef den hochtrabenden Titel «Gouverneur». Lange Jahre hindurch hieß dieser Gouverneur MARRINER ECCLES, und just er hatte sich in den 1930er bis 1940er Jahren immer wieder neu kritischen (aber folgenlosen . . .) Anhörungen des US-Parlaments zu stellen, bei denen er notgedrungen die häßliche Wahrheit bekennen mußte.

a) F£D-Gouverneur MARRINER ECCLES 1935 vor dem US-Kongreß (Anhörung zum Bankengesetz von 1935):

«Geld wird in unserem gegenwärtigen System geschöpft, indem die Banken Kredite an Unternehmen, Einzelpersonen und die Regierung vergeben.»[415]

b) /^D-Gouverneur MARRINER ECCLES 1935 vor dem Banken- und Währungsausschuß des US-Repräsentantenhauses:

«Durch den Kauf von angebotenen Regierungsanleihen erzeugt das Bankensystem als ganzes neues Geld oder Bankeinlagen. In dem Moment, in dem die Banken angebotene Regierungsanleihen in Höhe von einer Milliarde Dollar ankaufen - und Sie müssen das Bankensystem als ein Ganzes, als eine Einheit ansehen -, schreiben sie dem Depotkonto des Finanzministeriums eine Milliarde Dollar gut. Sie belasten das Depositenkonto der Regierung mit einer Milliarde Dollar; anders ausgedrückt: mit einem Buchhaltungs-Eintrag schöpfen sie tatsächlich eine Milliarde Dollar.»[416]

. c) F£Z)-Gouverneur MARRINER ECCLES immer noch 1935, doch diesmal nicht vor US-Kongreßleuten, sondern in einer Rede vor der Bankiersvereinigung des US-Bundesstaates Ohio:

[415] Zit. n. *COUGHLIN,* Money! Questions and Answers . . . a.a.O., S. 41: «Money is created in our present system by banks loaning to corporations, to individuals, and to the Government.»

[416] Zit. n. *HODGSON BROWN,* Der Dollar-Crash . . . a.a.O., S. 202; der Text zwischen den beiden Gedankenstrichen ist jedoch dort ausgelassen und wurde hier ergänzt gemäß dem Originaltext, der sich findet in *COUGHLIN,* Money! Questions and Answers . . . a.a.Q., S. 39: «In purchasing offerings of Government bonds, the banking system as a whole creates new money, or bank deposits. When the banks buy a billion dollars of Government bonds as they are offered - and you have to consider the banking system as a whole, as a unit - the banks credit the deposit account of the Treasury with a billion dollars. They debit their Government bond account a billion dollars, or they actually create by a bookkeeping entry, a billion dollars.»

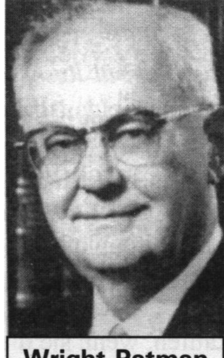
«Es gibt keine politische oder wirtschaftliche Vollmacht, die stärker mit dem allgemeinen oder gesellschaftlichen Wohl betraut ist, als die Vollmacht, die Geldversorgung zu vermehren oder zu verringern. Wenn die souveräne Autorität [= die Regierung] diese Vollmacht an eine spezielle Gruppe oder Klasse im Gemeinwesen delegiert, wie sie es großenteils in diesem Land getan hat, begibt sie sich selber eines Teils ihrer effektiven Souveränität. ... Die Vollmacht, Geld zu schöpfen und seinen Wert zu regulieren, ist allezeit ein Kennzeichen einer souveränen Macht gewesen. Sie war eine der ersten Vollmachten, welche die Verfassungsgebende Versammlung der Bundesregierung übertrug. Die Entwicklung des Einlagen-Bankgeschäfts führte jedoch zahlreiche private Agenturen [= private Banken] in die Wirtschaft ein, welche die Vollmacht haben, Geld zu schöpfen und zu vernichten, ohne von der Regierung oder dem Volk als Schöpfer oder Vernichter von Geld erkannt zu werden.»[417]

d) FED-Gouverneur MARRINER ECCLES am 24. Juni 1941 vor dem Banken- und Währungsausschuß des US-Repräsentantenhauses, befragt von dem Abgeordneten WRIGHT PATMAN:

ECCLES: «Das Bankensystem als ganzes schöpft und vernichtet die Einlagen, wenn sie [die Banken] Anleihen vergeben oder Investitionen tätigen, ob sie nun Regierungsanleihen kaufen, Firmenanleihen kaufen oder Anleihen an Farmer vergeben.»

PATMAN: «Ich stimme dem, was Sie sagen, Gouverneur, vollkommen zu, aber es bleibt die Tatsache, daß sie das Geld schöpften, nicht wahr?»

ECCLES: «Ja, die Banken schöpfen Geld, wenn sie Anleihen vergeben und Investitionen tätigen.»[418]


Wright Patman

e) FfD-Gouverneur MARRINER ECCLES am 30. September 1941 vor dem Banken- und Währungsausschuß des US-Repräsentantenhauses, wiederum befragt von dem Abgeordneten WRIGHT PATMAN:

PATMAN: «Wie bekamen Sie das Geld, um 1933 diese Regierungs-Schuldverschreibungen im Wert von zwei Milliarden Dollar zu kaufen?»

ECCLES: «Wir schöpften es.»

[417] Zit. n. *VOORHIS* a.a.O., S. 95: «There is no political or economic power more charged with the general or social interest than the power to increase or decrease the supply of money. If the sovereign authority delegates this power to a particular group or class in the community as it has done in large part in this country, it divests itself of a part of its effective sovereignty. ... The power to coin money and to regulate the value thereof has always been an attribute of a sovereign power. It was one of the first powers given to the Federal Government by the Constitutional Convention. The development of deposit banking, however, introduced into the economy numerous private agencies which have power to create and destroy money without being recognized as creators or destroyers of money by the Government or the people.»

[418] Zit. n. *EUSTACE MULLINS,* The Secrets of the Federal Reserve. The London Connection. Jekyll Island Edition [Die Geheimnisse der Bundeszentralbank. Die Londoner Verbindung. Ausgabe von Jekyll Island], Staunton 1991, S. 167: «ECCLES: „The banking system as a whole creates and exstinguishes the deposits as they make loans and investments, whether they buy Government Bonds or whether they buy utility bonds or whether they make Farmers' loans. - Mr. PATMAN: I am thoroughly in accord with what you say, Governor, but the fact remains that they created the money, did they not? - ECCLES: Well, the banks create money when they make loans and investments."»

PATMAN: «Woraus?»

ECCLES: «Aus dem Recht, Kreditgeld herauszugeben.»

PATMAN: «Und es ist nichts dahinter, nicht wahr, außer dem Kredit unserer Regierung?»

ECCLES: «SO ist unser Geldsystem nun einmal. Wenn es in unserem Geldsystem keine Schulden gäbe, wäre überhaupt kein Geld da.»[419]

f) F£D-Gouverneur MARRINER ECCLES am 17. Juni 1942 vor dem US-Repräsentantenhauses, diesmal befragt von dem Abgeordneten DEWEY:

ECCLES: «Ich meine, wenn die *Federal Reserve* eine Offenmarkt-Operation durchfuhrt, das heißt, wenn sie Regierungs-Schuldverschreibungen auf dem offenen Markt kauft, gibt sie den Banken neues Geld in die Hand, das brachliegende Einlagen schöpft.»

DEWEY: «Gibt es keine Überschußreserven für diesen Zweck?»

ECCLES: «Wann immer das *Federal Reserve System* Regierungs-Schuldverschreibungen auf dem offenen Markt kauft oder sie direkt vom Finanzministerium erwirbt, egal was von beiden, tut es genau das [was oben schon gesagt wurde].»

DEWEY: «Was werden sie dazu verwenden, sie zu kaufen? Werden Sie Kredit schöpfen?»

ECCLES: «Das ist alles, was wir je gemacht haben. Das ist die Art und Weise, in der das *Federal Reserve System* funktioniert. Das *Federal Reserve System* schöpft Geld. Es ist eine Geldausgabe-Bank.»[420]

g) FED-Gouverneur MARRINER ECCLES am 17. Juni 1942 vor dem US-Repräsentantenhaus, jetzt wieder befragt von dem Abgeordneten WRIGHT PATMAN:

PATMAN: «Wie hoch sind die Überschuß-Reserven (in den Banken) zum gegenwärtigen Zeitpunkt?»

ECCLES: «Sie liegen bei rund zwei Milliarden und fünfhundert Millionen.»

PATMAN: «Wieviel könnten sie (die Banken) an Regierungs-Schuldverschreibungen kaufen, wenn sie die Überschuß-Reserven voll ausnutzen sollten?»

ECCLES: «Ungefähr 12 Milliarden Dollar.»

PATMAN: «12 Milliarden Dollar?»

ECCLES: «Ja, Sir; das heißt, unter der Annahme, daß die Einlagenstruktur und die gegenwärtige Struktur sich nicht ändert.»

PATMAN: «Es wären ungefähr 12 Milliarden Dollar?»

ECCLES: «Ja; sehen Sie, die [Mindestreserve-]Anforderung der *Federal Reserve* beträgt ungefähr 20 Prozent.»

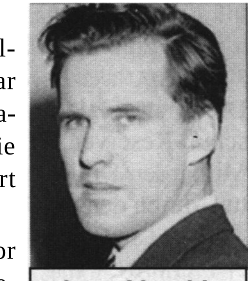
[419] Zit. n. ebd.: «[Mr. PATMAN:] „How did you get the money to buy those two billion dollars worth of Government securities in 1933? - ECCLES: We created it. - Mr. PATMAN: Out of what? - ECCLES: Out of the right to issue credit money. - Mr. PATMAN: And there is nothing behind it, is there, except our Government's credit? - ECCLES: That is what our money system is. If there were no debts in our money system, there wouldn't be any money."»

[420] Zit. n. ebd. S. 167f: «ECCLES: „1 mean the Federal Reserve, when it carries out an open market operation, that is, if it purchases Government securities in the open market, it puts new money into the hands of the banks which creates idle deposits. - DEWEY: There are no excess reserves to use for this purpose? - ECCLES [im Originaltext steht hier versehentlich «Dewey»]: Whenever the Federal Reserve System buys Government securities in the open market, or buys them direct from the Treasury, either one, that is what it does. - DEWEY: What are you going to use to buy them with? You are going to create credit? - ECCLES: That is all we have ever done. That is the way the Federal Reserve System operates. The Federal Reserve System creates money. It is a bank of issue."»

PATMAN: «Ja, Sir.»

ECCLES: «Für das Land beträgt sie 14, und für die zentralen Reserve-Städte beträgt sie 20, und für die Reserve-Städte beträgt sie 26, so daß wir von etwa 20 Prozent Mindestreserve-Anforderungen reden, so daß ich schätzen würde, daß sie auf einer Grundlage von 2,5 Milliarden Dollar, wenn das alles auf der Bruchteil-Reserve-Basis voll ausgenutzt würde, Regierungs[-Schuldverschreibungen] im Wert von ungefähr 12 Milliarden Dollar kaufen könnten, das heißt, wenn die ganze Reserve voll und ganz, durch alle Banken, ausgenutzt würde.»[421]

Trockener Kommentar des Kongreßabgeordneten JERRY VOORHIS (1943) zu diesem Teil der ECCLES-Aussage:


Jerry Voorhis

«Mit anderen Worten, auf der Grundlage von 2,5 Milliarden Dollar an Überschuß-Reserven können die Banken 12 Milliarden Dollar an Regierungs-Schuldverschreibungen kaufen. Mögen jene, die davon reden, die Bundesregierung schöpfe Geld, uns sagen, woher die Banken die übrigen 9,5 Milliarden Dollar bekommen. Die Antwort lautet natürlich: sie schöpfen sie aus dünner Luft und Tinte.»[422]

h) F£Z)-Gouverneur MARRINER ECCLES am 17. Juni 1942 vor dem US-Repräsentantenhaus, weiter befragt von dem Abgeordneten WRIGHT PATMAN:

PATMAN: «Nehmen wir an, sie kauften heute jene 12 Milliarden Dollar an Schuldverschreibungen, was hätten sie zusätzlich zu dem, was sie jetzt haben, hinter diesen Schuldverschreibungen, um sie zu stützen? Anders gesagt, welche vermehrten Guthabenposten hätten die Banken außer den Regierungs-Schuldverschreibungen?»

ECCLES: «Sie hätten die Regierungs-Schuldverschreibungen selber, die ein Guthabenposten wären, und sie hätten allerdings eine Verbindlichkeit in Form einer Einlage. Sie wären in einer ziemlich schlimmen Lage, hätten sie diese Einlagen-Verbindlichkeit ohne die Guthabenposten.»[423]

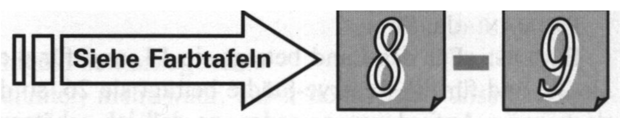
Beißender Kommentar des Kongreßabgeordneten JERRY VOORHIS (1943) zu diesem Teil der ECCLES-Aussage:

[421] Zit. n. *VOORHIS* a.a.O., S. 189: «Mr. PATMAN. What are the excess reserves (in the banks) at the present time? - Mr. ECCLES. They are running around two billion five hundred million. - Mr. PATMAN. HOW much could they (the banks) buy in Government bonds if they were to use the excess reserve to the limit? - Mr. ECCLES. About $12,000,000,000. - Mr. PATMAN. $12,000, 000,000? - Mr. ECCLES. Yes, sir; that is, assuming that the deposit structure and the present structure does not change. - Mr. PATMAN. It would be about $12,000,000,000? - Mr. ECCLES. Yes; you see, the Federal Reserve requirement is about 20 percent. - Mr. PATMAN. Yes, sir. - Mr. ECCLES. For the country it is 14, and for the central Reserve cities it is 20, and for the Reserve cities it is 26, so that we figure on about a 20 percent Reserve requirement, so that on the basis of $2,500,000,000, if that were all fully utilized on the fractional Reserve basis, I would estimate that they could buy about $12,000,000,000 worth of governments, that is, if it were utilized fully and completely through the entire Reserve, all the banks.»

[422] Ebd.

[423] Zit. n. ebd. S. 189f: «Mr. PATMAN. Suppose today they bought those $12,000,000,000 of bonds, what would they have back of those bonds to support them in addition to what they have now? In other words, what increased assets would the bank have except Government bonds? - Mr. ECCLES. They would have the Government bonds themselves, which would be an asset, and they would have a liability, however, in the form of a deposit. They would be in pretty tough shape if they had that deposit liability without the assets.»

«Die Banken kaufen also Regierungs-Schuldverschreibungen mit Regierungs-Schuldverschreibungen. Es ist alles sehr einfach.



Wenn ein Farmer oder Kolonialwarenhändler es versuchte, würde es natürlich nicht funktionieren, aber eine Bank kann eine Regierungs-Schuldverschreibung mit zu diesem Zweck geschöpftem Kredit kaufen und anschließend diese Schuldverschreibung als Sicherheit für den Kredit verwenden, mit dem sie gekauft wurde!»[424]

i) FisD-Gouverneur MARRINER ECCLES am 17. Juni 1942 vor dem US-Repräsentantenhaus, noch weiter befragt von dem Abgeordneten WRIGHT PATMAN (und zum Schluß auch vom Abgeordneten KEAN):

PATMAN: «. . . Nehmen wir an, daß die Banken aufgerufen sind, heute 12 Milliarden Dollar an Regierungs-Schuldverschreibungen zu kaufen. Das verbraucht alle ihre Überschuß-Reserven. Wenn Sie ihre Überschuß-Reserven vermehren wollten, um weitere 12 Milliarden Dollar an Regierungs-Schuldverschreibungen zu kaufen, wie würden sie das tun, durch den F£D-Offenmarktausschuß?»

ECCLES: «Wir würden wohl die Mindestreserve-Anforderungen senken.»

PATMAN: «Wie würden Sie sie senken?»

ECCLES: «Ich denke, um zwischen 5 und 6 Milliarden Dollar.»

PATMAN: «Zwischen 5 und 6 Milliarden Dollar?»

ECCLES: «Ja, irgendwo zwischen fünf und sechs Milliarden.»

PATMAN: «Falls sie gesenkt würden wie Sie es vorschlagen, dann würde Sie das dazu befähigen, wieviele Schuldverschreibungen zu kaufen?»

ECCLES: «Falls wir sie zum vollen Betrag senkten, dann betragen die Mindestreserve-Anforderungen 10 Prozent anstatt 20 Prozent, und Sie können ungefähr 10 zu 1 kaufen.»

KEAN: «Was ändert es von 5 zu 1 oder 10 zu 1? Würden Sie das nochmals erklären?»

ECCLES: «SO wie es jetzt ist, betragen die Anforderungen des *Federal Reserve Banken-Systems* für das Land als ganzes etwa 20 Prozent. Falls wir die Mindestreserve-Anforderungen zum vollen Betrag senkten, könnten wir sagen, die Mindestreserve-Anforderungen betragen nur 10 Prozent anstatt 20 Prozent, und Sie können ungefähr 10 zu 1 bekommen, und das wären ungefähr 50 Milliarden Dollar.»[425]

Lakonischer Kommentar des Kongreßabgeordneten JERRY VOORHIS (1943) zu diesem Teil der ECCLES-Aussage:

[424] Ebd. S. 190.

[425] Zit. n. ebd. S. 190f: «Mr. PATMAN. . . . Let us suppose that the banks are called upon to buy $12,000,000,000 of Government bonds today. That consumes all of their excess reserves. If you wanted to increase their excess reserves in order to buy another $12,000,000,000 of Government bonds, how would you do that, through the Federal Open Market Committee? - Mr. ECCLES. We might decrease the reserve requirements. - Mr. PATMAN. HOW would you decrease them? - Mr. ECCLES. I think it runs between $5,000,000,000 and $6,000,000,000. - Mr. PATMAN. Between $5,000,000,000 and $6,000,000,000? - Mr. ECCLES. Yes; somewhere between five billion and six billion. - Mr. PATMAN. If it were decreased as you suggest, that would enable you to buy how many bonds? - Mr. ECCLES. If we decreased it to the full amount, then the reserve requirements are 10 percent instead of 20 percent, and you can buy about 10 to 1. - Mr. KEAN. What does change it from 5 to 1 or 10 to 1? Would you explain that again? - Mr. ECCLES. As it is the requirements of the *Federal Reserve Bank System* of the country as a whole are about 20 percent. If we changed the reserve requirements to the full amount we could then say the reserve requirements are only 10 percent instead of 20 percent, and you can get about 10 to 1, and that would be about $50,000,000,000.»

«Was natürlich nichts anderes heißt, als daß die Banken durch die Rückführung der Mindestreserve-Anforderungen um 5 Milliarden Dollar in die Lage versetzt würden, 50 Milliarden Dollar an Einlagen-Krediten zu schöpfen, um damit Regierungs-Schuldverschreibungen zu kaufen. Soviel zu der Frage, wer fortwährend das neue Geld schöpfte, über das im Sommer 1942 berechtigte Sorgen zum Ausdruck zu kommen begannen.»[426]

j) F£D-Gouverneur MARRINER ECCLES im Februar 1943 vor dem Wege-und-Mittel-Ausschuß des US-Repräsentantenhauses, befragt von dem Abgeordneten WRIGHT PATMAN:

PATMAN: «Herr ECCLES, die 20 Milliarden Dollar an Schuldverschreibungen der Vereinigten Staaten, welche die Bankiers jetzt besitzen - das Geld, das sie zur Zeit, als sie die Schuldverschreibungen kauften, dafür bezahlten, haben sie geschöpft, nicht wahr?»

ECCLES: «Das ist die Funktion einer Bank. Wenn eine Bank einem Unternehmen, oder einem Farmer, einen Kredit gewährt, schöpft sie das Geld, das sie in dem Moment ausleiht, in dem der Kredit gewährt wird.»[427]

k) F£U-Gouverneur MARRINER ECCLES 1947 vor dem US-Repräsentantenhaus, befragt von dem Abgeordneten KOLBURN:

KOLBURN: «Was meinen Sie mit ‚Monetisierung der Staatsschulden'?»

ECCLES: «Ich meine, daß die Bank Geld schöpft, indem sie Regierungs-Schuldverschreibungen kauft. Alles Geld wird durch Schuldenaufnahme geschöpft - entweder private oder staatliche Schulden.»[428]

2) Unter der Ägide desselben Gouverneurs MARRINER ECCLES veröffentlichte die *FED* 1939 ihre weiter oben bereits vorgestellte, etwas zu offenherzige Broschüre. Auch darin wurde dem Publikum - allerdings auf beinahe unnachahmlich «elegante» Weise - nahegebracht, daß sämtliches Geld vom US-Bankensystem immer bloß als zinspflichtiger «Kredit» ausgereicht wird, nämlich:

«Es gibt grundsätzlich zwei Wege, auf denen jemand Papier- und Münzgeld erhält. Entweder bezieht er es von seiner Bank und läßt dafür sein Konto [mit einer entsprechenden Schuldsumme] belasten, oder er wird für seine Arbeit, seine Dienste oder seine Waren mit Geld bezahlt, das jemand anderes aus einer Bank bezogen hat.»[429]

Kurzum: Wer so glücklich ist, *schuldenfrei* mit Geld «für seine Arbeit, seine Dienste oder seine Waren» bezahlt zu werden, verdankt das einzig und allein jenen weniger Glücklichen, die dieses Geld erst einmal bei den Banken als «Kredit» aufnehmen mußten!

3) Präsident RooSEVELTs ewiger Finanzminister HENRY MORGENTHAU, zufälligerweise - oder auch nicht - jüdischer Herkunft, wurde vom Kongreßabgeordneten WRIGHT PATMAN mit der folgenden, nicht näher datierten Aussage zitiert:

[426] Ebd. S. 191.

[427] Zit. n. *ADAMS* a.a.O., S. 29: «Mr. PATMAN: „Mr. ECCLES, the $20 billion of United States Bonds the bankers now own - they created at the time they bought the bonds the money that they paid fur them did they not?" - Mr. ECCLES: „That is the function of a bank. When a bank makes a loan to a utility, or a farmer, it creates the money that it lends at the time the loan is made."»

[428] Zit. n. *MULLINS,* The secrets . . . a.a.O., S. 168: «[KOLBURN:] „What do you mean by monetization of the public debt? - ECCLES: I mean the bank creating money by the purchase of Government securities. All money is created by debt - either private or public debt."»

[429] Zit. n. *ADAMS* a.a.O., S. 19: «There are two principal ways by which any individual gets paper money and coin. Either he draws it out of his bank and has it charged to his account; or, he is paid for his labor, his services, or his merchandise with money that has been drawn out of a bank by someone else.»

«Wenn Geschäftsbanken Schuldverschreibungen kaufen, bezahlen sie dafür nicht mit echtem Bargeld aus ihren Tresoren, sondern indem sie in ihren Büchern neugeschöpfte Bankeinlagen zugunsten der Regierung eintragen.»[430]

4) ROBERT HEMPHILL, früherer Kredit-Manager der *Federal Reserve Bank* von Atlanta, schrieb um 1940 herum in der Einführung zu IRVING FISHERS Buch *One Hundred Percent Money (Einhundert-Prozent-Geld)*

«Wenn alle Bankkredite zurückgezahlt würden, hätte niemand eine Bankeinlage und es befände sich kein einziger Dollar in Schein oder Münze in Umlauf. - Das ist ein niederschmetternder Gedanke. Wir sind vollständig abhängig von den Geschäftsbanken. Irgendjemand muß jeden Dollar leihen, den wir in Umlauf haben, sei es in bar oder als Kredit [= Buchgeld]. Falls die Banken reichliches synthetisches Geld schöpfen, geht es uns gut; falls nicht, hungern wir. Wir stehen absolut ohne ein dauerhaftes Geldsystem da.»[431]

5) Präsident RooSEVELTs Budget-Direktor am Beginn des berühmten «New Deal» (1934) hieß LEWIS W. DOUGLAS. Um 1940 herum, inzwischen Präsident des Versicherungsriesen *Mutual Life Insurance Co.* geworden, erklärte er:

«Wenn Banken Regierungs-Schuldverschreibungen kaufen, zahlen sie dafür selten mit Bargeld, das jemand in der Bank eingelegt hat. Stattdessen schöpfen sie einen Buchhaltungs-Kredit, gegen den [Schecks] zu ziehen die Regierung [dann] berechtigt ist. ... In einem Land, in dem mehr als 90 Prozent aller Geschäfte mittels Schecks erledigt werden, besteht kein wesentlicher Unterschied zwischen der Schöpfung von Bankeinlagen per *fiat* [= aus nichts] und der Schöpfung von Druckerpressen-Geld. Bankeinlagen - nicht Papiergeld - bilden unser hauptsächlich umlaufendes Tauschmittel.»[432]

6) Präsident ROOSEVELTS Finanzminister von 1934 bis 1945 war, wie schon erwähnt, der für seinen rabiaten Plan zur «Unschädlichmachung» von uns Deutschen berüchtigte Hebräer HENRY MORGENTHAU jr., aus PROTOKOLLARISCHER Sicht trotz seiner (nach Einschätzung des eigenen Vaters!) eher bescheidenen Fähigkeiten gewiß ein ,idealer' Verwalter und Mehrer der US-Staatsschulden wie ja nachmals seine Glaubensgenossen W. MICHAEL BLUMENTHAL, ROBERT RUBIN oder gegenwärtig wieder TIMOTHY

[430] Zit. n. *ADAMS* a.a.O., S. 37 am Ende eines über zwei Seiten langen Zitats aus einer von *ADAMS* leider nicht datierten Rede des Kongreß-Abgeordneten *WRIGHT PATMAN:* «The Secretary of the Treasury, Mr. MORGENTHAU, said: „When commercial banks buy bonds they do not pay for them with real cash taken from their vaults (nor out of their capital or surplus - out of no existing funds), but by placing on their books newly created bank deposits to the credit of the Government."» - Die eingeklammerte Erläuterung stammt von *ADAMS* und wurde daher oben im übersetzten Text weggelassen.

[431] Zit. n. *VOORHIS* a.a.O., S. 101: «If all bank loans were paid, no one would have a bank deposit, and there would not be a dollar of currency or coin in circulation. - This is a staggering thought. We are completely dependent on the commercial banks. Someone has to borrow every dollar we have in circulation, cash or credit. If the banks create ample synthetic money we are prosperous; if not, we starve. We are absolutely without a permanent monetary system.»

[432] Zit. n. ebd. S. 114: «Banks, when they buy Government bonds, rarely pay for them with cash that someone has deposited in the bank. Instead, they create a bookkeeping credit, against which the Government is entitled to draw. ... In a country in which more than 90 percent of all business is done by the use of checks, there is no essential difference between the creation of bank deposits by fiat and the creation of printing press money. Bank deposits — not currency - constitute our chief circulating medium.»

GEITHNER auch. Als es galt, finanzielle Mittel für die amerikanische Beteiligung am 2. Weltkrieg aufzutreiben, schickte MORGENTHAU mit Datum vom 25. April 1942 einen Brief an rund 20 000 US-Unternehmen, worin sich auch der folgende aufschlußreiche Passus fand:

«Falls die Regierung gezwungen wird, für die Masse dieser Gelder zu den Geschäftsbanken zu gehen, wird das Ergebnis eine Verstärkung bereits ernster inflationärer Tendenzen sein. Dies deshalb, weil Geschäftsbanken, wenn sie Regierungs-Schuldverschreibungen kaufen, dafür nicht mit wirklichem Bargeld aus ihren Tresorräumen zahlen, sondern indem sie in ihren Büchern neugeschöpfte Einlagen zugunsten der Regierung eintragen. Wenn die Regierung auf diese Einlagen zurückgreift, um die Waren und Dienstleistungen zu bezahlen, die sie kauft, wird die Kaufkraft derjenigen, die diese Zahlungen erhalten, vermehrt, ohne daß die Kaufkraft derjenigen, von denen das Geld geliehen ist, dadurch im geringsten vermindert würde.»[433]

7) Der Talmudist EMMANUEL A. GOLDENWEISER war um 1940 herum Leiter der Forschungsabteilung des *Federal Reserve*-Vorstands und verfaßte in dieser Eigenschaft eine Studie mit dem Titel *The Nature of the Federal Reserve Banks (Die Natur der Federal Reserve-Banken*), worin man über die Einlagenkredit-Schöpfung der *FED* selber folgendes las:

«Andererseits bezieht eine Reservebank die für ihre Kredite und Investitionen verfügbaren Mittel aus den ihr vom Kongreß verliehenen Vollmachten. Das Kapital, das sie besitzt, wird vom Kongreß festgesetzt und bildet einen kleinen Teil der ihr zu Verfügung stehenden Mittel. Die andere Quelle von Mitteln der Reservebank ist ihre Vollmacht, Geldscheine auszugeben und Einlagen anzunehmen und zu schöpfen.»[434]

8) US-Finanzminister ROBERT ANDERSON wurde 1959 im US-Kongreß von dem Abgeordneten JERRY VOORHIS befragt:

VOORHIS: «Meinen Sie, daß Banken, wenn sie Regierungs-Schuldverschreibungen kaufen, nicht die Einlagen ihrer Kunden ausleihen? Daß sie das Geld, das sie zum Kauf der Schuldverschreibungen verwenden, schöpfen?»

ANDERSON: «Das stimmt. Banken unterscheiden sich von anderen Kreditinstituten. Wenn eine Sparervereinigung, eine Versicherungsgesellschaft oder eine Kreditgenossenschaft eine Anleihe vergibt, leiht sie genau den Dollar aus, den ihre Kunden vorher eingezahlt haben. Doch wenn eine Bank eine Anleihe vergibt, erhöht sie einfach das Einlagenkonto des Kreditnehmers in der Bank um den Betrag der Anleihe. Das Geld wird nicht von irgendjemandem bezogen. Es ist neues Geld, von der Bank frisch geschöpft zur Verwendung durch den Kreditnehmer.»[435]

[433] Zit. n. ebd. S. 135f: «If the government is compelled to go to the commercial banks for the bulk of these funds, the result will be to increase inflationary tendencies which are already serious. This is true because when commercial banks buy government bonds they do not pay for them with actual cash taken from their vaults, but by placing on their books newly created deposits to the credit of the government. When the Government [sic] draws upon these deposits to pay for the goods and services it buys, the purchasing power of those to whom these payments are made is increased without any decrease in the purchasing power of those from whom the money is borrowed.»

[434] Zit. n. ebd. S.. 163: «A Reserve Bank, on the other hand, derives the funds available for its loans and investments from powers conferred upon it by Congress. The capital it has is prescribed by Congress and constitutes a small part of the funds at its disposal. The other source of funds of the Reserve banks [sic] is its power to issue notes and to accept and create deposits.»

[435] Zit. n. *MULLINS,* The Secrets . . . a.a.O., S. 168: «[VOORHIS:] „DO you mean that Banks [sic], in buying Government securities, do not lend out their customers' deposits? That they create the

9) Das *Federal Reserve System* trägt diesen merkwürdigen Namen, weil es rein formal ein «System» von 12 über die USA geographisch verteilten «Reserve-Banken» darstellt. Eine dieser 12 Niederlassungen befindet sich in Chicago. Ihre Verantwortlichen brachten 1963 erneut eine Informations-Broschüre heraus, aus der man auch erneut mehr über das Funktionieren der *FED* erfahren konnte, als ihren Drahtziehern im Londoner ROTHSCHILD-Hauptquartier lieb gewesen sein dürfte. Das Büchlein mit dem Titel *Modern Money Mechanics [Moderne Geldmechanik]* wurde damals sogar von der Öffentlichkeitsabteilung der Chicagoer *FED* kostenlos verteilt. Darin hieß es ohne Umschweife:

«Der eigentliche Prozeß der Geldschöpfung findet hauptsächlich in Banken statt.... [Banken] zahlen in Wirklichkeit ihre Kredite nicht von dem Geld aus, das sie als Einlagen erhalten. Täten sie das, würde kein zusätzliches Geld geschöpft. Was die Banken bei der Kreditvergabe tun: Sie akzeptieren Schuldscheine im Austausch für Kredite, die sie den Konten der Kreditnehmer gutschreiben.»[436]

10) Auch die *Federal* Reserve-Bank von New York, der eigentliche Kopf des ganzen Systems, hat eine anscheinend nicht datierte Broschüre zur Information des Publikums mit dem Titel *I Bet You Thought [Ich wette, daß Sie dachten* ...] veröffentlicht. Darin steht auf Seite 19 zu lesen:

«Banken schöpfen Geld auf der Grundlage des Zahlungsversprechens (Schuldscheins) eines Kreditnehmers ... Banken schöpfen Geld, indem sie die privaten Schulden von Unternehmen und Einzelpersonen „monetisieren" [= zu Geld machen].»[437]

11) Einer der extrem seltenen «Aufklärungsartikel» über das «moderne» Geldwesen erschien im Januar 1993 in der US-Monatszeitschrift *National Geographie.* Verfasser war der stellvertretende Herausgeber PETER WHITE, der sich für seine Ausführungen auf einen namentlich nicht genannten Mitarbeiter der *FED* von New York berief und diesen sogar wiederholt wörtlich zitierte. Da ein Dementi nicht erfolgte, gehört auch dieser Artikel, der ja somit direkt auf die *FED* als Quelle zurückgeht, in die Reihe unserer Kronzeugen:

«Angenommen, die *FED* kauft heute für 100 Millionen Dollar Schatzpapiere von den großen Wertpapierhändlern, die diese für den öffentlichen Handel vorrätig haben. Wenn die *FED* die Händler bezahlt, steigt die Geldmenge des Landes um 100 Millionen Dollar, weil die Banken, die den Händlern diesen Betrag gutschreiben, jetzt eine entsprechend höhere Einlage haben. Doch woher hatte die *FED* diese 100 Millionen

money they use to buy the securities? - ANDERSON: That is correct. Banks are different from other lending institutions. When a savings association, an insurance company, or a credit union makes a loan, it lends the very dollar that its customers have previously paid in. But when a bank makes a loan, it simply adds to the borrower's deposit account in the bank by the amount of the loan. The money is not taken from anyone. It is new money, recreated by the bank, for the use of the borrower."» - *HODGSON BROWN* a.a.O., S. 24 bringt nur den letzten Teil dieses Zitats, nennt zwar dafür exakt dieselbe Quelle wie *MULLINS*, nämlich die Zeitschrift «U.S. News» vom 31.8.1959, erliegt aber dem Irrtum, ANDERSON habe dieser Zeitschrift ein «Interview» gegeben, während es bei *MULLINS* eindeutig heißt, die Zeitschrift habe ANDERSONS Befragung durch VOORHIS «zitiert» («quoted»), so daß diese öffentliche Befragung nur im US-Kongreß stattgefunden haben kann.

[436] Zit. n. *HODGSON BROWN* a.a.O., S. 49; vgl. die zugehörige Anm. 10 auf S. 597; vgl. auch S. 210.

[437] Zit. n. *GRIFFIN* a.a.O., S. 186: «Banks are creating money based on a borrower's promise to pay (the IOU) ... Banks create money by „monetizing" the private debts of businesses and individuals.»

Dollar? „Wir haben sie geschöpft", sagt mir ein Angestellter der *FED.* Was er damit sagen will: Immer dann, wenn die Zentralbank einen Scheck ausschreibt, schöpft sie gewissermaßen Geld. „Dieses Geld hat vorher nicht existiert." Gibt es ein Limit dafür? „Kein Limit. Nur das gute Beurteilungsvermögen und das Gewissen der Verantwortlichen bei der FED."»[438]

c) FED und Geschäftsbanken als Tandem

Aus den vielfältigen Aussagen unserer Kronzeugen ergibt sich also bereits folgendes Bild:

* Sowohl die *FED* selber als auch ihre Mitgliedsbanken schöpfen ständig «Kredite» und damit Geld aus nichts; anderes Geld als dieses ewig zinstragende Schuldgeld existiert nicht bzw. so gut wie nicht.
* «Spargelder» verleihen die Banken dagegen gar keine; die werden lediglich von anderen Instituten aus dem sogenannten «Nichtbankensektor» ausgeliehen, und dies offenbar in so geringem Maße, daß sie für die Geldversorgung der Privatleute, der Unternehmen und des Staates kaum eine Rolle spielen.
* Während der größte Teil der «Kredite» von den Geschäftsbanken selber geschöpft wird, und zwar für Privatleute, Unternehmen und den Staat gleichermaßen, konzentriert sich die *FED* darauf, neues (Kredit-; Schuld-)Geld durch den «Ankauf» von Staatsanleihen, dies allerdings u.U. in noch größerem Stil als die Geschäftsbanken, zu schöpfen; sie tut das jedoch letztlich immer zugunsten der Geschäftsbanken, bei denen das neugeschöpfte Geld nämlich als zusätzliche «Einlagen» landet.

Dieses Bild ist natürlich noch nicht vollständig. Denn die *FED* ist - genau wie die *Bank von England* - überdies die Lieferantin allen Papier- und Münzgeldes, welches die Geschäftsbanken zur Befriedigung diesbezüglicher Wünsche ihrer Kunden/Kreditnehmer benötigen. Sie setzt auch «Leitzinsen» fest und steuert dadurch - angeblich - die umlaufende Geldmenge, was in Wirklichkeit nichts anderes bedeutet, als daß sie sich «redlich» bemüht, möglichst viele Spekulationsgelder in die Kassen ihrer mächtigsten Teilhaber und Auftraggeber, d.h. der ROTHSCHILDS und ihres Orbits «neuer Milliardäre» zu lenken . . . Doch das soll uns hier nur insoweit interessieren, als es ggf. mit der systematischen Erzeugung und Vermehrung von «Staatsschulden» einhergeht.

d) Die Rolle der FED

Schon aus dem bisher Gesagten geht deutlich genug hervor, daß die *FED* und die Geschäftsbanken ein einziges Geldschöpfungssystem bilden. Damit die breite Öffentlichkeit nicht durchschaut, was gespielt wird, haben die Erfinder dieses Systems es jedoch bewußt so kompliziert gestaltet, wie es eigentlich gar nicht sein müßte. Die Funktionen der *FED* und diejenigen der Geschäftsbanken greifen dabei so eng ineinander, daß es unmöglich ist, sie getrennt zu betrachten. Das erschwert es, einen klaren Überblick zu bekommen. Um ihn dennoch zu gewinnen, wollen wir das System zuerst aus Sicht der *FED,* dann umgekehrt aus Sicht der Geschäftsbanken betrachten. Wiederholungen sind dabei einerseits unvermeidlich, andererseits aber auch hilfreich. Beginnen wir also mit der *FED.*

438 *PETER WHITE,* The Power of Money, in: «National Geographie», Januar 1993, S. 83-86, zit. n. *HODGSON BROWN* a.a.O., S. 202f.

aa) Festsetzung von «Mindestreserven» und «Reserve»haltung

Erste Funktion der *FED* ist bzw. war es bis vor kurzem, die sogenannten «Mindestreserven» der Geschäftsbanken festzusetzen und deren «Reserven» zu hüten. Mindestreserven bestanden ehemals aus Bargeld, betrugen etwa 10 Prozent aller von einer Bank ausgegebenen «Kredite» und sollten sicherstellen, daß immer gerade genug Bargeld vorhanden war, um es an die ehedem noch *echten* «Sparer» auszuzahlen, die ihre Bareinlagen jeweils wieder abzuheben wünschten. In dem Maße, in dem die Banken jedoch immer mehr «Kredite» aus nichts schöpften, benötigten sie natürlich gar keine Bargeldeinlagen von «Sparern» mehr. Und wenn fast keine Bargeldeinlagen von «Sparern» mehr bei den Banken erfolgten, wurde auch fast kein Bargeld zur Auszahlung von echten Einlagen mehr benötigt.

Gebraucht wurde Bargeld aber weiterhin zur Auszahlung jener aus nichts geschöpften «Kredite», welche manche Kreditnehmer lieber in bar beanspruchen wollten. Doch da der Anteil von Bargeldzahlungen am gesamten Zahlungsverkehr schon um die Wende zum 20. Jahrhundert herum - jedenfalls in den USA - rasch auf ein Minimum von nur noch ca. 5 % zu schrumpfen begann, wurden Mindestreserven in den ersten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts zunehmend entbehrlich. In Europa und den Ländern des britischen *Commonwealth* verlief die Entwicklung übrigens ähnlich.

Um indes die Fassade nicht einstürzen zu lassen, wurde daraufhin die «Mindestreserve» plötzlich zu einem angeblichen «Instrument» der Zentralbanken erklärt, mittels dessen sie die umlaufende Geldmenge steuern konnten[439]. Wurde nämlich der Prozentsatz der Mindestreserve, welche die Banken bei der Notenbank zu hinterlegen hatten, von der Notenbank erhöht, verfügten die Banken vorgeblich über weniger Geld zum «Ausleihen». Damit wurde also - wiederum vorgeblich - die «Inflation bekämpft» ... die doch gar nicht bekämpfbar ist, solange es Zinsen und Zinseszinsen gibt!

Doch auch unabhängig von dieser zusätzlichen Lüge war und ist die Mindestreserve als «Lenkungsinstrument» der Zentralbanken letztlich purer Mummenschanz, wenn unter «Reserven» nicht einmal mehr bloß Bargeld, sondern auch unbare, also bloße **Buch**geld«kredite», ja **irgendwelche Schuldverschreibungen überhaupt** verstanden werden, was z.B. bei der *FED* von Anfang an ganz selbstverständlich der Fall war[440]! Es sollte selbst dem Dümmsten einleuchten, daß der famose Mechanismus der Kreditschöpfung aus nichts und der Verbuchung von unbar gewährten Krediten als «Einlagen» = «Reserven» der Bank (!) grundsätzlich gar keinen Mangel an ausleihbarem «Geld» aufkommen läßt . . . Wohl genau deshalb hat sogar SCHACHT, der sich jedoch hütete, die wahren Gründe dafür zu *nennen*, die Mindestreserve ein «primitives, nicht sehr ingeniöses Instrument» genannt, das «nicht ausreicht, um eine Inflation zu verhindern»[441].

Tatsächlich haben die Zentralbanken denn auch weltweit schon ab Beginn der 1980er Jahre ihre Mindestreserve-Anforderungen an die Geschäftsbanken langsam, aber stetig

439 *SCHACHT* a.a.O., S. 199 weist daraufhin, daß die in den USA erstmals 1838 gesetzlich eingeführte Mindestreserve «[a]ls ein Mittel zur Regelung des Geldumlaufs ... keineswegs gedacht» war! Weiter erinnert er ebd. S. 202 daran, daß sie z.B. in Deutschland erst 1957 «ausdrücklich als Mittel zur Bekämpfung der drohenden Inflation herangezogen» wurde.

440 Ygl. dazu z.B. *GRIFFIN* a.a.O., S. 479: Die Akzeptanz von Unternehmens-Schuldverschreibungen durch die *FED* als «Reserven» für neue Kreditvergaben der Geschäftsbanken war «eines der Mittel, dank deren die *FED* die Nation vor dem Großen Dammbruch von 1929 [!] mit neuem Geld zu überschwemmen vermochte».

441 *SCHACHT* a.a.O., S. 203.

zurückgefahren, so daß ein Bericht der *OECD* von 1996 feststellen konnte: «Es war gewöhnlich der Fall, daß die Regierung [?!] die Schöpfung von Bankkredit begrenzen konnte, indem sie darauf bestand, daß der von den Banken ausgereichte Kredit immer durch einen gewissen Bargeldbetrag gedeckt war... Das brach zusammen, als die Bestimmungen, die das Verhalten der Banken regulierten, aufeinander folgende und radikale Veränderungen erfuhren. Die Kontrolle über die Ausweitung der Girokonten wurde 1980 schwer geschwächt, als von den Banken nicht mehr verlangt wurde, nennenswerte Prozentsätze an Bargeld oder flüssigen Mitteln zu halten.»[442] Die *Deutsche Bundesbank* glich ihre Mindestreservesätze 1993 bis 1995 schrittweise an das internationale Niveau von bloß noch 1,5 bis 2 Prozent an[443], und bei 2 Prozent liegt auch heute der Mindestreservesatz, den die *EZB* von allen Banken der Eurozone fordert[444].

Allerdings wurde im Juli 1988 in Basel durch «die Notenbankgouverneure der Zehnergruppe» eine «Empfehlung» dahingehend verabschiedet, den Banken eine Eigenkapitalquote von 8 % zur Pflicht zu machen, was ihre Fähigkeit zur Kreditschöpfung (zumindest theoretisch . . .) auf das **Zwölfeinhalbfache** des jeweiligen Eigenkapitals begrenzte. In der *EWG* bzw. *EU* wurde diese Empfehlung 1989 zum Gesetz.[445] Die Quote blieb grundsätzlich auch unter den Regeln des II. Baseler Abkommens von 2002 bestehen, obwohl jetzt gelten sollte: «Je höher das Risiko eines Zahlungsausfalls, desto mehr Eigenkapital müssen die Geldinstitute selbst für die Vergabe eines Kredites zurücklegen. Die Folge: Unternehmen mit erhöhtem Risiko erhalten von den Geldinstituten künftig entweder gar keine Kredite mehr oder nur noch zu Konditionen, die das Risiko der Bank abbilden.»[446] Auf die erst 2010 ausgekungelten Neuregelungen von Basel III, die aber noch nirgends in Kraft getreten sind, kommen wir erst weiter unten näher zu sprechen.

Was nun die *FED* angeht, so betrug ihr Mindestreservesatz 1938 noch stolze 15 %, während er ab Anfang 2006 auf 0 % reduziert, d.h. **völlig abgeschafft** wurde[447]! Leider haben sich diese Fakten in den Werken etlicher ansonsten durchaus sehr kenntnisreicher Autoren bis in die jüngste Zeit hinein nicht niedergeschlagen; da ist immer noch ganz falschlich davon die Rede, US-Banken dürften nur das «Zehnfache» ihrer «Reserven» an Krediten schöpfen[448], obwohl es für sie **diesbezüglich** seit 2006 überhaupt keine Grenze mehr gibt! Da just die USA - zweifellos auf ROTHSCHILD-Geheiß - auch die beiden oben genannten Baseler Bankenabkommen *nicht* ratifiziert haben bzw. *nicht* Gesetz werden ließen[449], scheint für sie nicht einmal vom Eigenkapital her noch irgendeine Schranke für

442 Zit. n. *ROWBOTHAM,* The Grip of Death ... a.a.O., S. 244.

443 Vgl. *BALTENSPERGER* a.a.O., S. 534.

444 Lt. *GRANDT* a.a.O., S. 58.

445 *FRANKE* a.a.O., S. 300f.

446 *STEFANREHDER* in: «Die Tagespost», 3.9.2002.

447 Vgl. *HODGSONBROWN* a.a.O., S. 209.

448 So *GRANDT* a.a.O., S. 59; ebenso *HODGSON BROWN* a.a.O., S. 214, *MURRAY ROTHBARD* mit einem Artikel von 1995 zitierend, obwohl die Zahl auch damals schon längst nicht mehr stimmte!

449 wahrend im Herbst 2010 schon das neue Abkommen «Basel III» beschlossen wurde, hatten die USA noch nicht einmal Basel II umgesetzt! Vgl. *NINA LUTTMERJMARK SCHRÖRS* in: «Financial Times Deutschland», 9.9.2010: «Die Mitglieder des Baseler Ausschusses haben in den vergangenen Jahren mehrfach schlechte Erfahrungen mit den USA gemacht. So hatten sie zwar die Eigenkapitalvorschriften Basel II maßgeblich im Ausschuß mit vorangetrieben. Anders als die Europäer bliesen sie die Umsetzung in nationales Recht 2006 aber ab. Jetzt steigt der Druck auf die USA. „Bis Sonntag müssen alle Länder dem Baseler Ausschuß eine schriftliche Stellungnahme vorlegen, wie weit sie mit der Umsetzung von Basel II sind oder wann sie Basel II einfuhren werden", sagte *[Bundesbank-Vizepräsident* FRANZ-CHRISTOPH] ZEITLER. Die Amerika-

ihre Kreditschöpfiingen zu bestehen[450]. Allerdings gibt MARK W. HENDRICKSON im Jahre 2008 an, US-**Geschäftsbanken** dürften «maximal» das 13fache ihres Eigenkapitals als Kredite vergeben, US-**Investmentbanken** dagegen - immerhin - das 34fache[451]! Falls das überhaupt zutrifft[452], lag bzw. liegt die Abweichung der US-Bestimmungen von Basel II bzw. nunmehr Basel III offenbar in den extrem niedrigen Anforderungen an die Investmentsparte des Bankengeschäfts!

Das Wissen um diese allerjüngste Entwicklung vorausgesetzt, befassen wir uns jedoch nachfolgend mit jenem Mindestreserve-Mechanismus, mit dem die *FED* fast die ganze Zeit ihrer Existenz hindurch grundsätzlich operierte, gleichgültig, wie hoch oder niedrig der Prozentsatz lag. Dabei verstand sich die Sache ausdrücklich so, daß z.B. auf 15 % Mindestreserven der Geschäftsbanken bei der *FED* nicht bloß die restlichen 85 %, sondern volle 100 %, somit in diesem Falle immerhin bereits das Sechszweidrittelfache an «Krediten» aus nichts geschöpft werden durfte[453].

Die *FED* führt also für jede Geschäftsbank der USA ein Reserven-Konto und kontrolliert dadurch rein theoretisch (!) die maximale Höhe der Kreditvergabe durch die Geschäftsbanken. Je höher die Reserven einer Bank A, desto mehr Kredite darf sie schöpfen. Jede etwaige Bareinlage eines «Sparers», aber auch jeder Buchgeld-Kredit, den eine *andere* Bank B für einen Kreditnehmer geschöpft hat, der jedoch per Überweisung oder Scheck auf dem Konto eines Kunden von Bank A landet, kann von Bank A dazu verwendet werden, ihre Reserven bei der *FED* entsprechend zu erhöhen; dazu muß sie bloß das Bargeld oder den Scheck oder den Überweisungsbeleg bei der *FED* hinterlegen[454]. Solange die Reserven eine bedeutende Rolle als rechnerische Grundlage für ihre Kredit«vergabe» spielten, sahen es die Banken natürlich gar nicht gerne, wenn Kunden «Kredite» in **barer** Form begehrten, denn dazu mußten sie ja ihre Reserven angreifen, was ihre Möglichkeiten der «Kredit»schöpfung aus nichts um ein Vielfaches des bar ausgereichten Betrages *reduzierte*! Lag die bei *der FED* vorzuhaltende Mindestreserve z.B. bei 10 %, und verlangte ein Kunde einen Barkredit von 5 000 Dollar, so mußte die Bank ihre bei der *FED* (oder in ihrer eigenen Kasse) liegenden Barreserven um diese 5 000 Dol-

ner hatten zuletzt zugesagt, Basel II 2011 umzusetzen. Offenbar testet der Ausschuß, ob sie dieses Versprechen verbindlich wiederholen.»

450 In der nachfolgend ausgiebig zitierten Informationsbroschüre der *FED* von 1939 ist von den «Reserven» als begrenzendem Faktor für die Kreditschöpfung der Geschäftsbanken sehr ausgiebig, von «Eigenkapital» jedoch mit keinem Wort die Rede - jedenfalls soweit von *ADAMS* mitgeteilt. Überdies berichtet derselbe *ADAMS* a.a.O., S. 116: «Am 24. Oktober 1916, während des 1. Weltkriegs, . . . lieh sich R. L. THORNTON, ein Verkäufer, der keinen Pfennig besaß, 20 000 Dollar und eröffnete in einem alten Restaurant in Dallas eine neue Bank. Siebenundzwanzig Jahre später verlegte er seine *Mercantile National Bank* mit Kapitalien von 184 Millionen Dollar in ihr 30stöckiges, 5 Millionen Dollar teures Gebäude zehn Blocks weiter in derselben Straße ...» Demnach war es - und ist zumindest teilweise noch heute! - unter der Ägide der *FED* möglich, ohne auch nur einen Cent Eigenkapital dennoch eine Bank zu gründen und zu strahlender «Blüte» zu bringen!

451 *MARK W. HENDRICKSON* in: «American Free Press», 26.5.2008, S. 18.

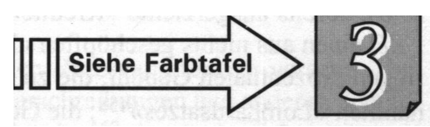
452 Wie weiter unten näher gezeigt werden wird, trifft es höchsten rein formal zu, weil die Definition von «Eigenkapital» extrem dehnbar war und ist. Bezogen auf das einzige echte Eigenkapital, sogenanntes «hartes Kernkapital», lag (und liegt gegenwärtig noch immer!) das erlaubte Kreditvolumen auch bei den US-Gesc/zö/isbanken zwischen dem 50- und lOOfachen!

453 Vgl. *ADAMS* a.a.O., S. 24.

454 Vgl. ebd. S. 21.

lar vermindern; dadurch verringerte sie aber ihren «Rahmen» zur Kredit«geld»schöpfung nicht bloß um diese 5 000, sondern um das Zehnfache, also um 50 000 Dollar![455]

Noch heute greifen die Banken - falls nicht in den USA, so doch anderswo - ihre Barreserven nicht gerne zwecks «Kredit»vergabe an, weil diese Reserven gewöhnlich *gleichzeitig* (entweder ganz oder teilweise) zum «*Eigenkapital*» der Bank gerechnet werden und inzwischen statt der Reserven die gesetzlich geforderte Eigenkapitalquote den einzigen wirklich **begrenzenden** Faktor bei der bankeneigenen Kredit«geld»erzeugung aus nichts darstellt. . .



bb) Direkte Geldschöpfung fiir die Geschäftsbanken

Die Geschäftsbanken sind mit ihrer Fähigkeit, selber Kredite aus nichts zu schöpfen, am Ende, wenn ihre «Reserven» bei der *FED* auf die vorgeschriebene «Mindestreserve» geschrumpft sind. Hält eine Bank bei der *FED* Reserven in Höhe von 1 Million $ und beträgt der Mindestreservesatz - wie ab 1980 meist der Fall - 2 %, darf sie (2 % x 50 = 100 %) das 50fache, also 50 Millionen $ an «Krediten» aus nichts schöpfen. Ist diese Obergrenze erreicht, muß die Bank ihre Reserven auf irgendeine Weise erhöhen, ehe sie die 51. Million als «Kredit» ausreichen kann. Die zwei bei weitem wichtigsten Weisen der Reserve-Erhöhung erfordern die Mitwirkung der *FED*.

Die erste Methode ist eine doppelte, obwohl letztlich immer das gleiche Prinzip zur Anwendung kommt: niedrig verzinslicher Zentralbank-Kredit an die Geschäftsbanken entweder gegen Wertpapiere oder gegen sonstige Sicherheiten. In ihrer Broschüre von 1939 erklärte die *FED* selber auf den Seiten 48-49, wie das abläuft:

«Die Kredite, welche einzelne Mitgliedsbanken von den *Federal* Reserve-Banken erhalten können, sind von zweierlei Art: (1) die Diskontierung [= leihweise Inzahlungnahme] sogenannter annehmbarer Wertpapiere; (2) Vorschüsse. Annehmbare Wertpapiere bestehen hauptsächlich aus Schuldscheinen und Wechseln, die zur Finanzierung der Bezahlung von landwirtschaftlichen und industriellen Erzeugnissen verwendet werden. ... Vorschüsse kann eine *Federal Reserve*-Bank einer Mitgliedsbank gegen deren schriftliches, mit einem Pfand besichertes Zahlungsversprechen gewähren. Gemäß den beiden vorgenannten Bestimmungen kann eine *Federal Reserve*-Bank eine Mitgliedsbank mit jedem beliebigen Betrag an zusätzlichen Reserven versorgen, den sie benötigt, wobei die einzige Beschränkung in der Höhe guter Vermögensposten liegt, welche die Mitgliedsbank der *Federal* Äeserve-Bank als Sicherheit anzubieten hat.»[456] Obwohl es hier nicht ausdrücklich gesagt wird, sind neben den «hauptsächlich» in Frage kommenden Geschäftspapieren auch Staatsanleihen, welche die Banken in ihrem Besitz haben, «diskontierbar»[457].

[455] Vgl. dazu eingehend *VOORHIS* a.a.O., S. 137f u. 147.

[456] Zit. n. *ADAMS* a.a.O., S. 21f: «The loans which individual member banks may obtain from the Federal Reserve Banks are of two classes: (1) the discount of so-called eligible paper; and (2) advances. Eligible paper consists principally of notes, drafts, and bills of exchange used to finance payments for agricultural and industrial products. ... Advances may be made by a Federal Reserve Bank to a member bank on the latter's promisory note secured by collateral. Under the two foregoing provisions a Federal Reserve Bank may supply a member bank with any amount of additional reserves the member bank needs, the only limitation being the amount of good assets the member bank can offer the Federal Reserve Bank as security.»

[457] Lt. *COOGAN* a.a.O., S. 164f.

Der Unterschied zwischen beiden «Arten» ist, wie man sieht, sehr gering. Im ersteren Fall hinterlegt die Geschäftsbank «gute» Schuldpapiere (= zumeist Belege für von ihr selbst bereits ausgereichte «Kredite») bei der *FED* und bekommt im Gegenzug von der *FED* einen aus nichts geschöpften «Kredit» in gleicher Höhe, jedoch abzüglich einer geringen prozentualen Gebühr, die zu den «Leitzinsen» gerechnet wird, nämlich des sogenannten «Lombardsatzes»[458]; die Geschäftsbank verpflichtet sich dabei, die hinterlegten Schuldpapiere nach einer bestimmten Frist wieder einzulösen[459]. Im zweiten Fall hinterlegt die Geschäftsbank irgendwelche anderen Pfänder, die meist auch nur aus Papier bestehen (Aktien, Hypothekenbriefe u. dgl.) und verpflichtet sich ebenfalls, den dafür erhaltenen F£"D-«Kredit» nach einer bestimmten Zeit wieder zurückzuzahlen. Den von der *FED* frisch aus nichts geschöpften (Buch-)«Kredit» läßt sich die Geschäftsbank ihrem «Reserve»-Konto bei derselben *FED* gutschreiben[460] und kann jetzt darauf wieder das Xfache (nach 1980 meist das 50fache!) an eigenen «Krediten» schöpfen.

Dennoch eignen sich die «Vorschüsse» weit besser als die «Diskontierung» zur Anheizung purer Spekulationsgeschäfte. Denn die zur «Diskontierung» angenommenen Papiere spiegeln ja wenigstens einigermaßen die reale Produktion des Landes wieder, während Aktien das gerade nicht tun! Vor dem großen Börsenkrach von 1929, als die Aktienkurse in schwindelerregende Höhen stiegen, rückte denn auch die «Diskontierung annehmbarer Wertpapiere» gegenüber den «Vorschüssen», die auf immer mehr und immer teurere Aktien gewährt wurden, völlig in den Hintergrund. «Für jeden Dollar, den sie [die FisD-Gewaltigen] 1928 gegen Diskontierung ausliehen, schössen sie ihren Lieblingsbanken 33 Dollar vor», klagte der Kongreßabgeordnete LOUIS MCFADDEN 1934 vor dem US-Parlament. Tatsächlich hatte die *FED* vor allem den großen ROTHSCHILD-kontrollierten Geschäftsbanken die damals **enorme** Summe von knappen 60,6 Milliarden $ an (immer aus nichts geschöpften!) «Vorschüssen» hauptsächlich gegen Aktien gewährt[461], woraus sich ergibt, daß demgegenüber die «Diskontierung» warengedeckter Wechsel im selben Jahr bloß ca. 1,835 Milliarden $ betrug!

cc) Indirekte Geldschöpfung für die Geschäftsbanken

Die zweite Methode ist die indirekte. Und sie hängt aufs innigste mit unserem eigentlichen Thema, den von ROTHSCHILDS & Co. künstlich erzeugten «Staatsschulden» zusammen. Die *FED* erspart es den Geschäftsbanken, bei ihr bloße verzinsliche «Kredite» aufnehmen zu müssen, indem sie ihnen und/oder anderen «Investoren» ihre «Wertpapiere», meist Schuldverschreibungen des Staates, der Unternehmen oder von Privatleuten, auf dem sogenannten «offenen Markt» gänzlich «abkauft» - mit frisch aus nichts geschöpftem (Buch-)Geld. Dadurch werden natürlich alle von diesen F£jD-«Käufen» betroffenen Schuldner der Banken bzw. «Investoren» plötzlich zu Schuldnern der *FED*. Letztlich ändert sich für die Schuldner freilich kaum etwas, denn die *FED* gehört ja ihren «Mitgliedsbanken», an die auch die F££>-Zinseinnahmen wieder als Gewinne ausge-

458 Vgl ebd. s. 164: «less the discount - abzüglich des Diskontsatzes», der aber in Deutschland «Lombardsatz» heißt, während hier der «Diskontsatz» nur für extrem kurze, nämlich eintägige Überbrückungskredite gilt.

459 Dies lt. *GRIFFIN* a.a.O., S. 478f.

460 Vgl. *ADAMS* a.a.O., S. 128f.

461 Congressman Louis *T. MCFADDEN* on the Federal Reserve Corporation [Der Kongreßabgeordnete Louis T. McFadden über die Federal-Reserve-Gesellschaft], 5. Aufl. Palmdale, CA 1996 (1. Aufl. o.A. [1934/35]), S. 19.

schüttet werden! Und die «Investoren» belassen ihre von der *FED* erhaltenen Gelder zumeist als «Einlagen» bei den Banken. Doch lassen wir uns jetzt erneut von der *FED* selber in ihrer Broschüre von 1939 auf Seite 50-52 diese zweite Art der wunderbaren Geld- bzw. «Reserven»vermehrung erläutern:

«Die zweite Methode, die Banken mit zusätzlichen Reservemitteln zu versehen, besteht in Offenmarkt-Käufen von Regierungs-Schuldverschreibungen und anderen Schuldpapieren. Diese Käufe werden auf Initiative der Behörden[462] der *Federal Reserve*, und nicht einzelner Mitgliedsbanken, getätigt. Sie haben keine speziellen Banken im Auge, sondern die Gesamtreserven des Bankensystems als ganzen.

«Schuldverschreibungen, die von den Behörden der *Federal Reserve* auf dem offenen Markt gekauft werden, kommen aus den Wertpapierbeständen entweder von Banken selbst oder von Investoren und Gesellschaften, die Bankkunden sind. Wenn sie aus den Beständen von Investoren und Gesellschaften kommen, werden die Schecks, die ihnen die Behörden der *Federal Reserve* als Bezahlung gegeben haben, vom Investor und der Gesellschaft in ihrer jeweiligen Bank eingelegt, und infolgedessen erhöhen sich die Einlagen der Bank. Die Banken ihrerseits legen den Scheck der *Reserve*-Behörden in ihre Reserve-Konten bei der *Federal Reserve*-Bank ein, so daß auch die Reserven (Dollar für Dollar [=1:1]) erhöht werden. ... Ankäufe von Schuldverschreibungen durch die *Federal* Reserve-Behörden erhöhen daher immer die Reserven der Banken; Offenmarkt-Käufe erhöhen die Bankreserven im Verhältnis zu den Bankeinlagen, sie laufen darauf hinaus, den Mitgliedsbanken eine breitere Basis für die Kreditausweitung zu Verfügung zu stellen.»[463]

MURRAY ROTHBARD stellt denselben Sachverhalt, allerdings auf jede beliebige Zentralbank verallgemeinert, anschaulicher dar: «Die Zentralbank vergrößert die Menge der Bankreserven, indem sie auf dem Markt Güter einkauft. Was passiert etwa wenn die Zentralbank ein (beliebiges) Gut für 1000 DM bei Herrn Meier einkauft? Zur Bezahlung stellt sie Herrn Meier einen Scheck in Höhe von 1000 DM aus. Da die Zentralbank keine Privatkonten unterhält, nimmt Herr Meier den Scheck und deponiert ihn bei seiner Geschäftsbank. Meiers Bank schreibt ihm eine Einlage von 1000 D-Mark gut und präsentiert den Scheck der Zentralbank, die nun wiederum der Bank zusätzliche 1000 D-Mark an Reserven gutschreiben muß. Diese zusätzliche Reserve von 1000 D-Mark erlaubt nun eine vielfache Ausdehnung der Bankkredite, besonders dann, wenn solche zusätzlichen Reserven vielen Banken im Land zufließen. - Wenn die Zentralbank eine Ware direkt

[462] Wie man sieht, versuchte hier die *FED*, sich als «staatliche» «Behörde» darzustellen, während sie tatsächlich seit eh und je ein rein privates Unternehmen ist. Näheres dazu später!

[463] Zit. n. *ADAMS* a.a.O., S. 22 (eingeklammerter Text offenbar von *ADAMS* hinzugefugt): «The second method of supplying banks with additional reserve funds is through open market purchases of government securities and other obligations. These purchases are undertaken at the initiative of the Federal Reserve authorities and not of individual member banks. They do not have particular banks in view, but the aggregate reserves of the banking system as a whole. - Securities purchased by the Federal Reserve authorities in the open market come out of the portfolios either of banks themselves or of investors and corporations that are customers of banks. If they come out of the portfolios of investors and corporations, the checks given in payment by the Federal Reserve authorities are deposited by the investor and the corporation in their respective banks, and as a result bank deposits are increased. The banks in turn deposit the Reserve authorities' check in their reserve accounts at the Federal Reserve Bank, so that reserves also are increased (dollar for dollar). ... purchases of securities by the Federal Reserve authorities always increase the reserves of banks, therefore; open market purchases increase bank reserves relative to bank deposits, they tend to furnish member banks a larger basis for credit expansion.»

bei einer Privatbank kauft, tritt das Ergebnis noch deutlicher zu Tage; die Bank erweitert ihre Reserven, und somit ist die Grundlage für eine um ein Vielfaches höhere Kreditexpansion [= Ausdehnung/Vermehrung der Kredite] geschaffen.»[464]

Das gerade erst geschöpfte *FED*-Geld kehrt also auf dem Wege über die Geschäftsbanken sofort zur *FED* zurück (oder bleibt faktisch gleich bei ihr liegen bzw. in ihren Büchern stehen bzw. wird bloß umgebucht), gilt aber jetzt als zusätzliche «Reserve» der Geschäftsbanken. Und darauf dürfen sie wieder das Xfache an «Krediten» selbst schöpfen, 1939 «nur» das Sechszweidrittelfache, ab 1980 jedoch meist das 50fache oder noch mehr!

Für uns bedeutsam ist jedoch vor allem die Tatsache, daß diese schönen «Reserven» größtenteils aus - hoch verzinslichen! - Schuldverschreibungen der Regierung, sprich: aus «Staatsschulden» bestehen. Das heißt umgekehrt, daß die *FED* und ihre Mitgliedsbanken ein Problem haben, wenn sich der Staat bei ihnen nicht «hinreichend» verschuldet, denn dann gibt es auf dem «offenen Markt» nicht genug zu «kaufen», es können keine weiteren «Reserven» gebildet werden, und das prächtige Geldschöpfungsgeschäft der Banken tritt auf der Stelle . ..

Allerdings haben sich die F£Z)-Gewaltigen immer zu helfen gewußt, wenn der «offene Markt» für sie nichts mehr hergab. In den 1920er Jahren, als der amerikanische Staat nahezu schuldenfrei war, so daß chronischer Mangel an «Staatspapieren» herrschte, führten sie das in Europa geläufige, in den USA jedoch seit Jahrzehnten verpönte Finanzinstrument der «Akzepten» wieder ein, das uns hier nicht näher zu interessieren braucht, um dann diese Papiere sämtlich «kaufen» und den Mitgliedsbanken als «Reserven» gutschreiben zu können[465]. Sie brachten diese Papiere zu derartiger Blüte, daß über die Hälfte der gesamten Geldschöpfung der 1920er Jahre in den USA auf diesem Wege erfolgte[466]! Als die *FED* am Ende der großen Depression auf dem «offenen Markt» erneut nichts mehr an Schuldverschreibungen fand, was sie hätte «kaufen» können, um es in «Reserven» ihrer Mitgliedsbanken zu verwandeln, griff sie zum Mittel der Fälschung. Das behauptete jedenfalls unwidersprochen der Abgeordnete MCFADDEN 1934 vor dem US-Kongreß. Er beschuldigte die iiD-Bankiers, «gemeinsam und jeden einzeln, sich verschworen zu haben, um Ende Februar 1933 und Anfang März 1933 Schuldnachweise in Höhe von 1 Milliarde $ künstlich anfertigen zu lassen, und auf die Sicherheit der besagten künstlich geschaffenen Schuldnachweise ungesetzliche Ausgaben von Krediten zu einem finsteren Zweck getätigt zu haben . . ,»[467]

dd) Bargeldbeschaffung fiir die Geschäftsbanken

Das funktioniert ähnlich wie bei der *Bank von England*; allerdings sind in den USA, anders als in England, nur die Münzen, nicht aber die Banknoten (!) zinsfrei vom Staat erzeugtes Geld. Mit dem Münzgeld kann er seine «Schulden» bei der *FED* bzw. deren Mitgliedsbanken um einen Betrag reduzieren, der nicht mehr ist als der sprichwörtliche Tropfen auf den heißen Stein. Für die Banknoten zahlt die *FED* bloß die reinen Herstel-

464 *ROTHBARD* a.a.O., S. 77.

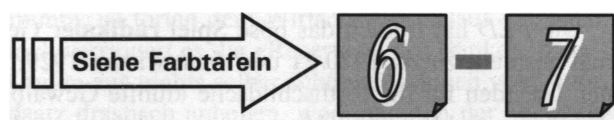
465 Vgl dazu im einzelnen *GRIFFIN* a.a.O., S. 479ff bzw. 416, wo auch die «Akzepten» genau erklärt werden. Es handelt sich um eine spezielle Art kurzfristiger Schuldverschreibungen, gewöhnlich mit einer Laufzeit über 90 Tage, also drei Monate.

466 Lt. *GRIFFIN* ebd. S. 482: bis 1929 insgesamt 1,7 **Billionen** (= 1 700 **Milliarden!)** Dollar . . ., wovon die Akzepten selber natürlich nur den «Reserve»-Bruchteil ausmachten.

467 *MCFADDEN* a.a.O., S. 44f.

lungskosten, «leiht» sie aber dann ggf. auch dem Staat zum vollen aufgedruckten Betrag gegen hohe Zinsen! Wir erteilen nochmals der *FED* selber in ihrer Broschüre von 1939, Seite 19 bzw. 27 bzw. 28 das Wort:

«. .. Bargeld wird gegenwärtig nur für einen geringen Teil des gesamten Zahlungsvolumens des Landes benutzt, während der größere Teil [der Zahlungen] durch die Verwendung von Bankschecks erfolgt. ... Alles Papiergeld der Vereinigten Staaten wird im *Gravier- und Druck-Büro* in Washington D.C. gedruckt, und alle Münzen der Vereinigten Staaten werden in den Münzprägeanstalten von Philadelphia, Denver und San Francisco hergestellt ..., die vom Finanzministerium der Vereinigten Staaten betrieben werden. *Federal Reserve-Geldscheine* werden vom Büro auf Kosten der *Federal Reserve*-Banken (30 Cent je 1000 $) gedruckt. ... Die Banken versorgen sich selbst mit den Beträgen und der Art von Bargeld, welche die Leute-wünschen. Mitgliedsbanken hängen für die Auffüllung ihrer Bestände von den *Federal Reserve-Banken* ab, indem sie dort anfordern, was sie brauchen, und ihre Reserve-Konten entsprechend belasten lassen [d.h. ihre Reserven um diesen Bargeld-Betrag verringern]. Nicht-Mitgliedsbanken beziehen ihren Bedarf im allgemeinen von den Mitgliedsbanken.»[468]



ee) Geldverknappung zugunsten der Geschäftsbanken

Die Wiedereinziehung von aus nichts geschöpftem Geld bzw. «Kredit» dient nie der «Inflationsbekämpfung», obwohl das stets heuchlerisch behauptet und stumpfsinnig nachgeplappert wird. Wie wir bereits gesehen haben, ist die Pseudo-Inflation **im aktuellen Schuldgeldsystem** mit dem Zinseszins (abzüglich nur des jeweiligen Wirtschaftswachstums) identisch und daher unvermeidlich. Jede Geldverknappung durch die *FED* kann darum nur *einem* Zweck dienen, und das ist das jeweils vorherrschende Geschäftsinteresse der Rothschildschen Großbanken, das oft, aber keineswegs immer (!) zugleich demjenigen der übrigen Banken entspricht.

Auch das Nationalbanken-System, das von 1864 bis 1914 der *FED* vorausging, war bereits hierarchisch aufgebaut, mit drei heimlich ROTHSCHILD-gelenkten Instituten an der Spitze, die ähnlich wie später das 12-teilige FfiD-System die «Politik» der Banken koordinierten. In den 50 Jahren seines Bestehens fabrizierte dieses Nationalbanken-System alle paar Jahre, zuletzt 1907 und 1911, eine Panik mit anschließender Depression, indem einer starken Kreditausweitung eine plötzliche Kreditverknappung, das heißt die massive Wiedereinziehung und damit «Vernichtung» von vormals ja auch bloß aus nichts geschöpften Geldern auf dem Fuße folgte. Jedesmal konnten zahllose Schuldner unverse-

[468] Zit. n. *ADAMS* a.a.O., S. 18f (eingeklammerter Text offenbar von *ADAMS* hinzugefügt): «... Currency is actually used for only a small part of the country's total volume of payments, the greater part being effected by the use of bank checks. ... All United States paper currency is printed at the Bureau of Engraving and Printing in Washington, D.C., and all United States coins are made at the Philadelphia, Denver and San Francisco mints ... operated by the United States Treasury. Federal Reserve Notes are printed by the Bureau at the expense (30 cents a $1,000) of the Federal Reserve Banks. ... Banks provide themselves with the amount and kind of cash that the people want. Member banks depend upon the Federal Reserve Banks for replenishment of their supply, ordering what they require and having it charged to their reserve accounts. Non-member banks generally get their supply from member banks.»

hens ihre Kredite nicht mehr zurückzahlen und verloren meist ihr ganzes Hab und Gut an die Banken!

Die F£X)-Broschüre von 1939 gibt sich in diesem Punkt ganz harmlos; sie stellt auf Seite 23 nüchtern fest:

«Da die *Federal* Reserve-Behörden die Macht haben, die Versorgung mit Reserve-Mitteln zu erhöhen oder zu verringern und innerhalb gewisser Grenzen die Reserve-Anforderungen zu verschärfen oder zu lockern, vermögen sie beträchtlichen Einfluß auf die Gesamthöhe des Kredits zu nehmen, den die Banken gewähren können.»[469]

Die *FED* hat freilich das böse Spiel **radikaler** Geldverknappung bisher «nur» zweimal gespielt: zuerst 1920/21 und dann wieder 1929. Seither hat es sich aus verschiedenen Gründen für die Rothschildsche «fünfte Gewalt» nicht mehr als sinnvoll erwiesen, die Dollar-Geldmenge schlagartig zu verknappen, obwohl die *FED* im Zusammenspiel mit den großen Geschäftsbanken, denen sie ja gehört, jederzeit die Mittel dazu besäße. Nennen wir nur die beiden Hauptgründe, ohne sie weiter zu vertiefen:

Erstens löste der Dollar ab ungefähr 1935 das britische Pfund allmählich als Welt-Leitwährung ab; nach 1944 war er lange Zeit die einzige und ist bis heute die mit Abstand wichtigste geblieben. Immer größere Dollarbestände liefen also außerhalb der USA um. Ihre willkürliche Wiedereinziehung hätte, wie sich bereits 1929 bis 1934 erstmals gezeigt hatte, zu gewaltigen internationalen Verwerfungen geführt[470], die unter den weltmachtpolitischen Rücksichten der PROTOKOLLE unerwünscht waren und bis heute sind.

Zweitens steht die hocheingeweihte Führungsspitze des Talmudokabbalismus, zu der neben den ROTHSCHILDS und etlichen weiteren «neuen Milliardären» einige Oberrabbiner und/oder sonstige «geistliche» Führer zählen, seit rund sieben Jahrzehnten ständig auf dem Sprung, den ersehnten letzten Schlag zu führen, auf den unmittelbar die feierliche Inthronisierung des Antichristen als des Beherrschers der «Einen Welt» folgen soll. Das erste klar angepeilte Jahresdatum war 1950, das nächste 1975 (Ausrufung des «New Age»), dann wieder 1989 («Fall der Mauer»/200jähriges «Jubiläum» der sog. «französischen» Revolution), darauf das Jahr 2000. Jedesmal erwies sich die Zeit als «noch nicht reif», aber die Ungeduld der Pseudomessianisten wächst immer mehr. Der letzte Schlag, der alle Nationalstaaten der Erde endgültig hinwegfegen soll, um dem Weltstaat Platz zu machen, wird in einem jähen Totalzusammenbruch der Weltwirtschaft bestehen, ausgelöst durch eine urplötzliche gewaltige Geldverknappung seitens der *FED*, der *EZB*, der *Bank von Japan* und der übrigen ROTHSCHILD-kontrol Herten Zentralbanken von irgendwelcher Bedeutung. Dieses Wundermittel halten sie nun schon seit Jahrzehnten in Bereitschaft; je länger die industrialisierte, «westliche» Welt es nicht mehr zu spüren bekam, desto durchschlagendere Wirkung wird es erzielen!

[469] Zit. n. ebd. S. 18: «Since the Federal Reserve authorities have the power to increase or decrease the supply of reserve funds and within limits to increase or decrease reserve requirements, they are able to exercise considerable influence over the amount of credit, in the aggregate, that banks may extend.»

[470] Zwar behauptet *ROTHBARD* a.a.O., S. 101, «daß sich in den späten 60er Jahren in Europa immer rascher nicht weniger als 80 Milliarden Dollar (bekannt als Eurodollar) angesammelt hatten, die niemand mehr haben wollte». Doch derselbe *ROTHBARD* hat erst gerade zuvor (S. 98) ausgeführt: «Im Bretton-Woods-System schichteten die Vereinigten Staaten den Dollar (in Papiergeld und Bankeinlagen) pyramidenförmig auf das Gold, das von ausländischen Regierungen für Dollars eingelöst werden konnte. Alle anderen Staaten hielten hingegen Dollars als Grundreserve und schichteten ihre Währung pyramidenförmig auf den Dollar.» - Es wäre also zumindest das «Reserve»system zusammengebrochen!

Obwohl sie also permanent über dieses Mittel verfügt, wendet die *FED* es seit 1929 immer nur höchst moderat an, und zwar zur Erleichterung oder Ermöglichung gewisser spekulativer Geschäfte der ROTHSCHILDS und ggf. auch ihres Orbits «neuer Milliardäre». Die *moderate* Anwendung des Mittels erfordert die Mitwirkung der Geschäftsbanken, denn sie besteht darin, vorher von der *FED* «angekaufte» Schuldverschreibungen wieder auf dem «offenen Markt» zu «verkaufen», und zwar hauptsächlich an die Banken, aber auch an deren Großkunden, die sogenannten «Investoren», die das zum Kauf nötige Geld natürlich aus ihren Banken abziehen müssen. Das (Buch-)Geld, das die *FED* durch diese Verkäufe wieder «einnimmt», ist fortan dem Wirtschaftskreislauf entzogen, faktisch «vernichtet». Vor allem jedoch verringert es die «Reserven» der Banken, die also jetzt längst nicht mehr so viele Kredite aus nichts selber schöpfen können wie zuvor. Weiter kann die *FED* den Lombardsatz drastisch anheben, wodurch sich der Wert der von den Geschäftsbanken eingereichten «annehmbaren Schuldpapiere» stark verringert, so daß sie darauf entsprechend weniger «Reserve»-Kredit bekommen[471] und auch entsprechend weniger eigene Kredite zu schöpfen vermögen.

Wird das Mittel aber *rigoros* angewandt, um eine Bankenpanik oder gar einen völligen Zusammenbruch des Geldwesens und damit der Wirtschaft herbeizuführen, setzt die *FED* vollbewußt einen Teufelskreis in Gang. Sie «verkauft» nicht mehr bloß massenhaft «Wertpapiere» auf dem «offenen Markt», sondern gibt auch den Geschäftsbanken ihre «diskontierten» Wertpapiere zurück und verlangt die sofortige Rückzahlung der ihnen dafür gewährten Zentralbankkredite. Außerdem erhöht sie schlagartig die von den Geschäftsbanken zu haltende «Mindestreserve» derart[472], daß die Banken einem Teil ihrer Kreditnehmer ganz plötzlich die Kredite kündigen und deren sofortige vollständige Rückzahlung fordern müssen. Dies, um a) schleunigst ihre «Reserven» aufzustocken und zugleich b) ihre noch ausstehenden Kredite, welche jetzt auf einmal die «Mindestreserve» unzulässigerweise übersteigen, ebenso schleunigst auf das erlaubte Maß zu reduzieren. Die meisten von dieser «Sonderkündigung» völlig überraschten Kreditnehmer sind jedoch absolut außerstande, die Rückzahlung zu leisten; dadurch werden viele Geschäftsbanken selber notleidend[473]. Das wird alsbald ruchbar, und es kommt daraufhin zu panikartigen Bargeldabhebungen der «Sparer»; damit verringern sich erneut die «Reserven» der Banken bei der *FED;* sie müssen noch mehr Kredite kündigen, um die «Mindestreserve»-Anforderungen zu erfüllen etc. etc. Am Ende «überleben» nur jene Großbanken, also diejenigen der ROTHSCHILDS und ihrer jüdischen oder nichtjüdischen Verbündeten, die auf diesen Zusammenbruch optimal vorbereitet waren, weil sie ihn ja gezielt auslösten bzw. bei der *FED* in Auftrag gaben! Sie verfügen auch über genügend Geld, um zu-

[471] Vgl. *COOGAN* a.a.O., S. 165.

[472] Das kann die *FED* auch heute, da ihre «Mindestreserve» 0 % beträgt, jederzeit nach völlig freiem Ermessen tun! Möglicherweise wurde die Mindestreserve sogar genau zu dem Zweck auf 0 % gesenkt, einer plötzlichen Wiederanhebung auf 10, 15, 20 oder noch mehr Prozent (in Deutschland waren der *Bundesbank* vor ihrer Eingliederung in die *EZB* bis zu 30 % gesetzlich gestattet - vgl. *KLAUS STERN,* Die Notenbank im Staatsgefüge, in: *Deutsche Bundesbank* (Hrsg.), Fünfzig Jahre Deutsche Mark. Notenbank und Währung in Deutschland seit 1948, S. 141-198, hier: S. 169) größtmögliche «Wirksamkeit» zu sichern ...

[473] Dies trotz der «Sicherheiten», in deren Besitz sie bei Nichtrückzahlung von Krediten gelangen, denn die Verwertung dieser Sicherheiten benötigt viel mehr Zeit, als zu Verfügung steht; außerdem verlieren die Sicherheiten (z.B. Aktien, Autos, Häuser) rapide an Wert. Dies erstens, weil rasch ein Überangebot entsteht, das die erzielbaren Preise drückt, und zweitens, weil sich der plötzliche Geldmangel deflationär, das heißt durch allgemein fallende Preise, bemerkbar macht.

letzt Sachwerte (Aktien, Patente, Immobilien, Maschinen, Flugzeuge, Schiffe, Autos etc.) massenhaft ,für einen Apfel und ein Ei' aufzukaufen ...

e) Die Rolle der Geschäftsbanken

Wie bereits angekündigt, wollen wir jetzt dieselben Geldschöpfungspraktiken nochmals aus der Sicht der Geschäftsbanken betrachten. Erst dadurch wird das Bild vollständig. Es wurde schon am Rande erwähnt, daß nur ein Teil aller Geschäftsbanken, nämlich ungefähr die Hälfte, an der *FED* beteiligt sind. Richtiger muß es heißen: *waren,* denn seit 1980 besteht endgültig für ausnahmslos *alle* US-Banken eine gesetzliche *Zwangsmii*-gliedschaft bei der *FED* Bis dahin jedoch war rund die Hälfte der Geldinstitute, und zwar fast nur kleinere und ganz kleine, deren kombiniertes Geschäftsvolumen nur einen geringen Bruchteil des gesamten US-Bankengeschäfts ausmachte, der *FED* nicht beigetreten. Auch sie hingen natürlich *indirekt* dennoch von der *FED* ab. Unsere nachfolgende Darstellung bezieht sich nur auf die FfD-Mitgliedsbanken.

aa) Geldschöpfung gegen «(Mindest-)Reserven» bei der FED

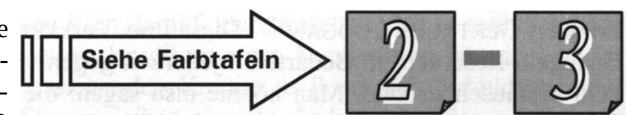
Jede Geschäftsbank muß bei der *FED* ein «Reserve»konto halten. Auf diese «Reserven» darf die Bank ein Vielfaches an eigenen «Krediten» aus nichts schöpfen und vergeben. Die genaue Höhe dieses Vielfachen hängt davon ab, welche «Mindestreserve» die *FED* verlangt. Beträgt sie 10 Prozent, darf die Bank zehnmal so hohe Kredite schöpfen; beträgt sie - wie ab 1980 - nur 2 Prozent, kann sie Kredite in 50facher Höhe aus nichts erzeugen.

Die «Reserven», die bei der *FED* gehalten werden müssen, bestehen ggf. aus von der Geschäftsbank nicht benötigten Bargeldeinlagen ihrer «Sparer», vor allem jedoch aus Buchgeld (Schecks), das von jeweils anderen Banken geschöpft wurde, aber bei der Bank, die es als «Reserve» hinterlegt, als Einlage eingetroffen ist. Dazu sagt unsere *FED*-Broschüre von 1939 auf Seite 22:

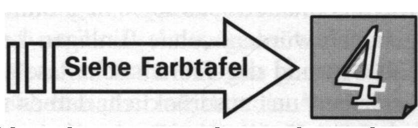
«Die Mitgliedsbanken ... können in ihre Reserve-Konten in den *Reserve-Banken* die auf andere Banken lautenden Schecks (nachdem sie zuvor den Kunden Einlagenkredite in den Büchern der Bank gewährt haben - doppelte Einlagen) und von den Kunden erhaltenes Überschuß-Bargeld einlegen; andererseits können sie sich aus ihren Reserve-Konten zu verschiedenen Zwecken bedienen, insbesondere um Bargeld zu beschaffen und die Schecks auszuzahlen, die von ihren Kunden auf sie gezogen und in anderen Banken eingelegt werden.»[474]

Daß die von jeweils anderen Banken aus nichts geschöpften «Kredite» in Form von Schecks (und/oder Überweisungsbelegen) als «Reserven» jener Banken gelten, wo diese Schecks wieder eingelegt werden, heißt letztlich nichts anderes, als daß sämtliche Kredite **aller** US-Banken irgendwann zu «Reserven» bei der *FED* werden! Auch jene wenigen frischgeschöpften Kredite, welche sich die Kreditnehmer **In bar** auszahlen lassen, können zu «Reserven» werden, falls das Bargeld bei anderen Banken wieder eingezahlt wird.

[474] Zit. n. *ADAMS* a.a.O., S. 18 (eingeklammerter Text offenbar von *ADAMS* hinzugefiigt): «The member banks ... may deposit in their reserve accounts in Reserve Banks the checks on other banks (after first giving deposit credits to customers on the bank's book - double deposit) and surplus currency received from their customers; and on the other hand, they may draw on their reserve accounts for various purposes, especially to procure currency and to pay the checks drawn on them by their customers and deposited in other banks.»



Indem also nahezu sämtliche Kredite, welche die Geschäftsbanken aus nichts schöpfen, bald darauf zu «Reserven» bei der *FED* werden, würde der Kreditschöpfungsrahmen der Banken theoretisch immer im selben Verhältnis wachsen wie die Kreditvergabe, so daß die *FED* als zusätzliche Geldschöpferin überhaupt nie benötigt würde. Da aber alle früher vergebenen Kredite auch irgendwann zurückgezahlt werden, wodurch jedesmal «Reserven» in gleicher Höhe wieder verschwinden, kann es für einzelne Geschäftsbanken durchaus zu «Engpässen», d.h. zur Ausschöpfung ihrer «Mindestreserven» kommen. Das wird immer dann der Fall sein, wenn über einen längeren Zeitraum mehr Kreditnehmer ihre Altkredite zurückzahlen als neue Kunden nach Krediten fragen. Oder auch dann, wenn bei ihr weniger Buchgeld eintrifft, das von anderen Banken geschöpft wurde, als sie selbst an andere Banken «verliert».



Stößt also eine Geschäftsbank bei der Kreditschöpfung an ihre Grenzen, muß sie entweder solange warten, bis irgendwelche Kredite **bei ihr** zurückgezahlt werden, die sie dann in gleicher Höhe neu an andere Kunden vergeben kann. Oder sie muß ihre «Reserven» bei der *FED* erhöhen. Das zu tun bieten sich ihr grundsätzlich vier Möglichkeiten[4]^:

1) Sie kann sich um Einlagen von «Sparern» bzw. «Anlegern» bemühen, um sie dann als zusätzliche Reserven bei der *FED* zu hinterlegen.

2) Sie kann einen Teil ihrer Zinsgewinne dazu verwenden, die Reserven aufzustokken.

3) Sie kann sich bei der *FED*, wie oben schon beschrieben, «annehmbare Wertpapiere» «diskontieren» lassen, indem sie diese Papiere für eine bestimmte Frist bei der *FED* hinterlegt und darauf in gleicher Höhe (abzüglich einer Zinsgebühr) «Kredit» von der *FED* bekommt, den sie ihrem Reserve-Konto gutschreiben läßt.

4) Sie kann sich von der *FED* gegen irgendwelche anderen Sicherheiten «Kredit» geben lassen, der ebenfalls ihrem Reserve-Konto gutgeschrieben wird.

Als *fünfte* Möglichkeit können die Rothschildschen Großbanken als die alles entscheidenden Anteilseigner der *FED* diese beauftragen, auf dem «offenen Markt» Regierungsanleihen und notfalls auch andere Schuldverschreibungen zu kaufen, um dadurch auf breiter Front für mehr Einlagen bei den Banken zu sorgen. Denn die Verkäufer der Schuldverschreibungen werden ja von der *FED* mit zusätzlichem, von ihr frischgeschöpftem Geld bezahlt, das sie gewöhnlich sogleich bei ihren Banken deponieren. Sind Banken selber die Verkäufer, gewinnen sie dadurch natürlich ebenfalls frisches Geld[476].

«Einlagen einer Mitgliedsbank ... bei der Zentral-Reserve-Bank (fälschlich *Federal Reserve* genannt) werden als Bargeld gezählt, obwohl sie bloß eingebildetes Geld sind»,

[475] Vgl. *GRIFFIN* a.a.O., S. 478. Dort fehlt jedoch eine weitere Möglichkeit, die in jüngerer Zeit dank der Vorzüge des ultraschnellen Computerhandels immer eifriger genutzt wird und weiter oben schon näher vorgestellt wurde: Banken leihen sich auf dem sog. Interbankenmarkt untereinander kurz- und mittelfristig Geld, um damit Lücken zu überbrücken, unerwartete Chancen zur Kreditvergabe oder zum Einfahren spekulativer Gewinne zu nutzen etc.

[476] Die Banken können dieses neue Geld entweder direkt zur Reserveaufstockung verwenden oder als Gewinn an ihre Besitzer ausschütten. Aber die Bankenbesitzer werden ihre enormen Gewinne gewöhnlich nur zum kleinsten Teil «konsumieren» und zum größten Teil wieder irgendwo an- bzw. einlegen, wo sie also schließlich, und sei es auf Umwegen, doch noch zu Reserven werden.

kritisiert GERTRUDE COOGAN[477]. Diese Praxis erklärt sich jedoch daraus, daß die bloßen Buchgeld-Reserven im Bedarfsfall jederzeit gegen von der *FED* zu beschaffendes Bargeld austauschbar sind. Man könnte also sagen: die «Reserven» sind *potentielles* Bargeld.

bb) Kredite werden zu Einlagen, nicht umgekehrt!

Die breite Masse der kleinen «Sparer» glaubt bis zur Stunde - in den USA genauso wie hierzulande -, es seien *ihre* Einlagen bei der Bank, die von der Bank als Kredite ausgeliehen würden: ,ohne Einlagen keine Kredite'. Das ist auch das Credo von HELMUT CREUTZ und der Freiwirtschaftsschule überhaupt. Doch die F£D-Broschüre von 1939 versichert uns ausdrücklich, daß es sich genau umgekehrt verhält: ,ohne (aus nichts geschöpfte) Kredite der Banken keine Einlagen bei denselben Banken'! Hier der Text auf Seite 39:

«Die Gesamteinlagen im Bankensystem als ganzem stellen hauptsächlich Mittel dar, die von Banken ausgeliehen oder für Schuldverschreibungen, Hypotheken und andere Formen von Investment-Schuldpapieren bezahlt wurden. Es möchte scheinen, daß es sich andersherum verhalten sollte - daß Bankkredite und -investitionen von Bankeinlagen (Guthaben der Kunden [= ,Sparer']) stammten, statt daß Bankeinlagen von Krediten und Investitionen herrührten. Und es stimmt, daß Einlagen nicht aus Krediten erwüchsen, wenn das Publikum für Geldzahlungen nur Bargeld verwendete, unter Ausschluß von per Scheck übertragbaren Bankeinlagen. Doch wie es nun einmal ist, zieht das Publikum es im allgemeinen vor, seine Geldmittel - einschließlich deijenigen, die es sich leiht - in Banken als Einlage zu halten statt in Form von Bargeld in seinem eigenen Besitz. Die Folge dieser Vorliebe ist, daß die Einnahmen aus Krediten [= die frisch erhaltenen Kredite selber] aufs Einlagenkonto gehen, um per Scheck ausgegeben zu werden, und so werden die Gesamteinlagen erhöht.

«Nehmen wir zum Beispiel an, daß ein Mann sich 1000 $ von einer Bank lieh und seinen Kredit als Bargeld mitnahm. Die Bank hätte dann 1000 $ Bargeld weniger als zuvor und an dessen Stelle einen Schuldschein über 1000 $. Ihre Einlagen blieben unverändert. (Doch wenn andere das Bargeld zwecks Einlage zurückbrächten, würden neue Einlagen geschaffen.) Nehmen wir jedoch an, daß der Kreditnehmer es vorzöge, kein Bargeld zu nehmen, sondern stattdessen einen Kredit als bloße Einlage [auf dem Girokonto] anforderte; dann hätte sie (die Bank) 1000 $ mehr an Einlagen (nämlich auch den Schuldschein) in ihren Büchern. Statt daß der Kredit den Bargeldüberschuß der Bank verringerte, hätte er ihre Einlagen vermehrt.

«Oder nehmen wir an, daß die Bank eine Schuldverschreibung der Regierung über 1000 $ von einem ihrer Kunden kauft. Der Kunde will keine Bezahlung mit Bargeld - er will Bezahlung als Einlagenkredit. Folglich erwirbt die Bank eine 1000-$-Anleihe und ihre Einlagen sind um 1000 $ gestiegen. Das Bargeld der Bank ist an der Transaktion nicht beteiligt und bleibt, was es war.»[478]

[477] *COOGAN* a.a.O., S. 162.

[478] Zit. n. *ADAMS* a.a.O., S. 20 (eingeklammerter Text offenbar von *ADAMS* hinzugefugt): «The aggregate deposits in the banking system as a whole represent mainly funds lent by banks or paid by banks for securities, mortgages, and other forms of investment obligations. It may seem that it should be the other way around - that bank loans and investments would be derived from bank deposits (to the credit of customers) instead of bank deposits being derived from loans and investments; and it is true that deposits would not grow out of loans if currency were to be used by the public for monetary payments to the exclusion of bank deposits transferable by check.

Die FfD-Broschüre legt im übrigen Wert darauf, klarzumachen, daß es schlußendlich gleichgültig ist, ob die Bank selber einen Kredit an einen Kunden vergibt oder von irgendwelchen «Investoren» bereits bestehenden Kredite in Form von Schuldscheinen, Hypotheken, Unternehmens- oder Staatsanleihen «kauft». In beiden Fällen schöpft sie nämlich gleichermaßen Geld aus nichts. Im ersteren Fall, um es dem Kunden als «Kredit» zu gewähren, im letzteren Fall, um den Investor zu «bezahlen». Auf Seite 40 heißt es dazu wörtlich:

«Wie dieser und die vorausgegangenen Abschnitte anzeigen, stellen die Käufe von Anlagepapieren, d.h. Schuldscheinen, Schuldverschreibungen. Hypotheken etc. durch eine Bank genauso eine Gewährung von Kredit dar wie [von ihr direkt ausgereichte] Darlehen; und Bank-Investitionen [in Anlagepapiere] erhöhen die Bankeinlagen genauso wie [von ihr direkt ausgereichte] Darlehen es tun. Einfachheitshalber werden die Ausdrücke „Verleihen" und „Kreditgewährung" oft genauso verwendet, wo der Kauf von Anlagepapieren, wie dort, wo die Kreditausleihe durch Banken gemeint ist.»[479]

In der jüngeren Broschüre der *FED*-Bank von Chicago wird dazu noch näher erläutert: «Einlagen können entweder durch Investitionen oder durch Kredite erhöht werden. Angenommen, die Nachfrage nach Krediten sei... flau. Dann werden diese Banken wahrscheinlich Wertpapiere kaufen ... [Höchstwahrscheinlich werden diese Banken die Wertpapiere über Händler kaufen und sie mit Schecks bezahlen, die sie auf sich selbst oder ihre Reservekonten ausgestellt haben. Diese Schecks würden dann bei der Bank des Verkäufers eingereicht... [D]er Nettoeffekt für das Bankensystem ist identisch mit dem von Kreditgeschäften.»[480] Das heißt mit anderen Worten: hier wie dort wird neues Geld aus nichts geschöpft und dabei zugleich in «Bankeinlagen» sowie «Reserven» verwandelt.

cc) Minimale Bargeldhaltung

Alles Bargeld, das eine Bank in ihren Kassen zur Auszahlung an Kunden bereithält, mußte sie von der *FED* gegen eine entsprechende Verringerung ihrer dortigen «Reserven» beziehen. Dadurch wurde also der Rahmen, innerhalb dessen sie Kredite aus nichts

But as it is, the public in general prefers to have its monetary funds - including what it borrows - on deposit in banks rather than in the form of currency in its own possession. The result of this preference is that the proceeds of loans go on deposit to be disbursed by checks, and aggregate deposits are increased. - Suppose for example, that a man borrowed $1,000 from a bank and took his loan in currency. The bank would have $ 1,000 less currency than before and in its place a promisory note for $ 1,000. Its deposits would remain unchanged. (But when others returned the cash for deposit new deposits would be created.) But suppose that the borrower, preferring not to take the currency, asked for $1,000 deposit credit instead, it (the bank) would have $1,000 more deposits (also the note) in its books. The loan instead of decreasing the bank's cash balance would have increased its deposits. - Or suppose that the bank purchases a $ 1,000 Government bond from one of its customers. The customer does not want payment in currency - he wants payment in deposit credit. Accordingly, the bank acquires a $1,000 bond and its deposits increased by $1,000. The bank's currency is not involved in the transaction and remains what it was.»

[479] Zit. n. ebd. S. 21: «As this and the preceding paragraphs indicate, a bank's purchases of investments, i.e., notes, bonds, mortgages, etc., is an extension of credit just as loans are; and bank investments increase bank deposits just as loans do. For the sake of simplicity, the terms „lending and extension of credit" are often used where the purchase of the investments by banks as well as lending by banks is meant.»

[480] Zit. n. *HODGSON BROWN* a.a.O., S. 216; die eckigen Einklammerungen im Text stammen von ebd.

schöpfen darf, verkleinert[481]. Das erklärt, warum die Banken ihre Bargeldvorräte stets auf das unbedingt nötige Minimum reduzieren. Die FED-Broschüre von 1939 sagt dazu bloß lapidar, immer noch auf Seite 39:

«... wenn Banken ihren Kunden Einlagenkredite gewähren, nehmen sie eine Verpflichtung auf sich, die Schecks des Kunden auszuzahlen. Folglich müssen sie zu diesem Zweck [Bar-]Mittel zur Hand haben; allerdings braucht der Betrag normalerweise nicht größer als ein (geringer) Bruchteil der gesamten Einlagen-Verbindlichkeit zu sein.»[482]

Als sofort auszahlbaren Kassenbestand halten die Banken heute nicht mehr 10, sondern nur noch etwa 3 Prozent sämtlicher Kunden«guthaben» (= Einlagen)[483]. Probleme gibt es erst, wenn eine Bank in den Ruch gerät, pleite zu sein, denn dann reicht logischerweise dieser kümmerliche «Bruchteil» bei weitem nicht aus, um alle Ansprüche zu befriedigen ...

dd) Keine Ausleihe von Spargeldern

Spargelder können in einem reinen Schuldgeld-System von vornherein nur in relativ geringer Höhe entstehen. Denn was der eine spart, ist der andere los. Da aber jeder Geld zum Leben braucht, muß derjenige, der sein anfänglich bei der Bank als Kredit aus nichts «geliehenes» Geld an den glücklichen Sparer loswurde, sich als Ersatz einen zweiten «Kredit» aus nichts besorgen, damit er wieder Geld hat. So etwas geht bekanntlich nicht lange gut. Wer eine Weile lang immer nur auf Kredit lebt, wird schnell kreditunwürdig und bekommt von den Banken keine weiteren Vorschüsse mehr. Dafür spielt es auch keine Rolle, ob die Bank ihm keine aus nichts geschöpften Kredite mehr geben mag, oder keine solchen, die aus echten Spargeldern stammen!

Siehe Farbtafel 5

Entgegen der schönen Theorie des Herrn CREUTZ und seiner Jünger kommt also - aufs ganze gesehen - gar kein «Aufsparkreislauf» in Gang! Der einzige Kreditnehmer, dem die Banken seine Altkredite hundert- und tausendmal gegen Neukredite «umschulden», ohne **(zumindest unterm Strich)** je mehr als die Zahlung der Zinseszinsen zu fordern, ist - der Staat. Bei allen übrigen Wirtschaftsteilnehmern bestehen die Banken auf der pünktlichen Rückzahlung der Grundsumme sowie der Zinsen, ja, sie sind sogar *gesetzlich dazu verpflichtet*, darauf zu bestehen! Wäre da nicht immer schon der Staat als gewichtigster «Schuldner» der jeweiligen Zentralbank - hier der *FED* - bzw. der hinter ihr stehenden Geschäftsbanken, könnte überhaupt niemand je etwas Nennenswertes sparen. Aus dieser von CREUTZ und den Seinen mit bemerkenswerter Beharrlichkeit verdrängten Tatsache erklärt sich, daß z.B. im Jahre 1936 die **realen** Spareinlagen sämtlicher «Sparer» der großen USA bei ihren Banken das schäbige Sümmchen von gerade einmal 700 **Millionen** Dollar ausmachten, bei einem Gesamt«einlage»volumen der Banken von vielen Zig Milliarden . . [484]

[481] Nicht unmittelbar zwar, denn auch die Kassenbestände an Bargeld zählen immer noch als «Reserven» (vgl. z.B. *COOGAN* a.a.O., S. 163). Da es sich jedoch um «Reserven» auf Abruf handelt, werden die Banken sie höchstens im «Notfall» und kurzzeitig in Anspruch nehmen können.

[482] Zit. n. *ADAMS* a.a.O., S. 20f (eingeklammerter Text offenbar von *ADAMS* hinzugefugt): «... when banks give deposit credits to their customers, they assume an obligation to pay the customer's checks. Consequently, they must have funds on hand for the purpose; though ordinarily the amount need not be more than a (small) fraction of the total deposit liability.»

[483] Lt. *GRANDT* a.a.O., S. 58.

[484] Vgl. *COUGHLIN*, Money! Questions and Answers . . . a.a.O., S. 89: «Heute (Februar 1936) belaufen sich die Gesamteinlagen realen Geldes, die von allen Klassen von Bürgern in den Ban-

Was sogenannte «Anleger» tatsächlich anlegen, sind übrigens häufig nicht etwa eigene Ersparnisse, sondern lediglich «billig» aufgenommene Bankkredite, die «angelegt» eine höhere Rendite erbringen (sollen) als die an die Bank zu zahlenden Zinsen[485], so daß die «Anleger» zumindest erhofftermaßen unterm Strich noch ein Geschäft machen, das jedoch oft genug magerer ausfallen wird als dasjenige der Bank.

Daß echte Spargelder in der breiten Bevölkerung gleich welchen Landes Mangelware sind, beweist auch das kuriose Geschäftsmodell der isländischen *Kaupthing-Bank*, die in der jüngsten Finanzkrise spektakulär zusammenbrach. Sie vergab Kredite an «arabische Spekulanten, die damit wieder *Kaupthing*-Anteile erwarben»[486] ... Ihre - in diesem Falle arabischen - Kunden, die offenbar über keine (oder jedenfalls nicht genügend) eigenen «Spargelder» verfügten, durften also bei dieser Bank aus nichts geschöpftes Geld[487] «leihen», um sich damit gleich wieder an ihr zu «beteiligen»! Nicht mehr als ein sinnloses Nullsummenspiel für diese törichten «Anleger», denn die Zinsrenditen, die sie als nunmehrige stolze «Mitbesitzer» der *Kaupthing*-Bank von ihr erhielten, hätten sie ja eigentlich in mindestens gleicher Höhe wieder an dieselbe Bank als deren gleichzeitige *Schuldner* abführen müssen! Anzunehmenderweise war ihnen aber etwas Vorteilhafteres vorgegaukelt worden - Gier macht bekanntlich blind.

Aus dem chronischen Mangel an «Spargeldern» bzw. «Anlagekapital» in der gesamten Volkswirtschaft folgt übrigens auch - um es hier schon vorwegzunehmen -, daß die in den Statistiken der Zentralbanken so unschuldig wie nur möglich als «Geldvermögen der privaten Haushalte» ausgewiesenen Riesensummen (gegenwärtig überall in der westlichen Welt ein **Zigmehrfaches** des jährlichen Bruttosozialprodukts!!!) nicht etwa durch «Aufsparen» bzw. Zinseszinsgewinne **irgendwelcher** «Anleger», sondern *in ihrer Hauptmasse* einzig durch die Zinseszinsgewinne der *fast immer anonymen* **Bankeneigentümer** sowie der Jahr für Jahr mit Millionen- bis Milliardenbeträgen (sie![488]) entlohnten Spitzenmanager derselben Banken oder Fonds und der von ihnen kontrollierten Großunternehmen entstanden sein können.

Was hingegen die vermeintliche «Kreditvergabe aus Spargeldern» angeht, so versetzt die dankenswert offenherzige Informationsbroschüre der *FED* von 1939 allen diesbezüglichen Illusionen von HELMUT CREUTZ & Co. den Todesstoß, indem sie auf Seite 84 ausführt:

«Bankkredit spielt eine unverzichtbare Rolle im modernen Wirtschaftsleben. Als eine Quelle von Bankeinlagen, die durch Schecks übertragbar sind, stellt er die Mittel bereit,

ken zwecks sicherer Verwahrung hinterlegt sind, auf annähernd 700 Millionen Dollar. Die Bankiers berichten der Öffentlichkeit jedoch, daß die Einlagen in den *Federal Reserve*-Banken und in den Mitgliedsbanken insgesamt viele Milliarden Dollar ausmachen. Ehrlicherweise sollten sie berichten, daß diese vielen Milliarden Dollar Krediteinlagen sind, die sie geschöpft haben.»

485 So berichtete erst kürzlich, am 16.5.2011, die Anlagespezialistin des «Handelsblatts» *GERTRUD HUSSLA* wieder über Leute, die mit ihren «Anlagegeldern» im Jahre 2000 die umgerechnet 180 Millionen Euro teure Produktion des Kinofilms *Return of the King* ermöglicht hatten: «Die Anleger mußten ihren Einsatz zum Teil über Kredit finanzieren.» Natürlich ,mußten' sie das nur unter der Voraussetzung, daß sie sich unbedingt an dem Projekt beteiligen *wollten.*

486 *CLAUSHECKING* in: «Financial Times Deutschland», 29.9.2010.

487 Lt. ebd. stammten ihre Kredite zwar *angeblich* aus dem «Geld renditehungriger deutscher Kleinanleger». Doch das ist die übliche Desinformation. Alles, was diese oder jede beliebige andere Bank an echten Spargeldern «eingesammelt» hatte bzw. jemals «einsammelt», diente und dient immer bloß als einzubehaltende «Mindestreserve», auf welche dann erst das Zigmehrfache an «Krediten» geschöpft werden kann und nach Möglichkeit auch wirklich geschöpft wird.

488 Beispiele für Jahresgehälter einzelner «Manager» im Milliarden-Dollar-Bereich werden wir weiter unten noch bringen!

mit denen die Masse der Geldzahlungen getätigt wird. Er ist stets austauschbar mit jenem Geld, das gesetzliches Zahlungsmittel ist [= Bargeld], leitet sich aber größtenteils nicht von gesetzlichen Zahlungsmitteln [= Bargeld] her; auch steht der Umfang des Bankkredits in keinerlei ... Beziehung zum Umfang der gesetzlichen Zahlungsmittel. Wäre der Umfang der Kredite, welche die Banken vergeben könnten, und der Einlagen, die sie annehmen dürften, auf den Umfang des existierenden Bargeldes beschränkt, hätte der Bankkredit nicht diese Nützlichkeit (Unerschöpflichkeit) in unserem Wirtschaftssystem.»[489]

ee) Schöpfung von Hypothekenkrediten und Derivaten

Hypothekenanstalten sind in den USA keine Banken, können aber dennoch im Zusammenspiel mit dem Bankensystem für die Schöpfung von enorm viel neuem Kreditgeld sorgen. Die beiden Giganten *Fannie Mae* (Abkürzung für *Federal National Mortgage Association - Nationale Bundes-Hypothekenvereinigung)* und *Freddie Mac* (Abkürzung für *Federal Home Mortgage Corporation - Bundes-Eigenheim-Hypothekengesellschaft)* wurden zwar ursprünglich von der US-Regierung gegründet, um möglichst vielen Amerikanern den Erwerb eines Eigenheims zu ermöglichen. Der Staat wandelte sie jedoch später in Aktiengesellschaften um und verkaufte sie an der Börse an private «Investoren», so daß es sich trotz der irreführenden Namen um reine Privatunternehmen handelt.

Geschäftsbanken hatten nun die Möglichkeit - und nutzten sie eifrig - Hypothekenkredite, die sie ihren Kunden gewährt hatten, anschließend an diese beiden oder sonstige Hypothekenanstalten (es gibt auch noch etliche kleinere) weiterzuverkaufen. Die Hypothekenanstalten ihrerseits brachten den Kaufpreis durch Aufstockung ihres Aktienkapitals, also durch Ausgabe zusätzlicher Geschäftsanteile an zusätzliche «Investoren» (mutmaßlich wiederum gewisse Banken oder Bankentöchter . . .), auf. Der aus nichts geschöpfte «Kredit» kehrte also als Bezahlung durch eine Hypothekenanstalt zur Bank zurück, brachte ihre «Einlagen» bzw. «Reserven» auf den vorigen Stand und ermöglichte dadurch die alsbaldige Gewährung eines weiteren Hypothekenkredits. Der konnte erneut an eine Hypothekenanstalt verkauft werden und so weiter und so fort. Die Banken schöpften also fortwährend neue Hypothekenkredite (= neues Geld), die sich bei den Hypothekenanstalten zu immer gewaltigeren Beträgen aufsummierten. Schon im Jahre 2002 wäre die größte von ihnen, *Fannie Mae,* dem Umfang ihrer auf diese Weise erworbenen bzw. gehaltenen Kredite nach die drittgrößte Bank der Welt gewesen[490]!

Ab etwa 1980 begannen die beiden Hypothekengiganten, ihre von den Geschäftsbanken erworbenen Hypothekenkredite zu bündeln und diese Bündel als «Wertpapiere» an andere «Investoren» (mutmaßlich wiederum gewisse Banken oder Bankentöchter . . .) weiterzuverkaufen. Noch später wurden die «Wertpapiere» selber auch ihrerseits zu komplizierten Derivaten gebündelt und als solche weiterverkauft[491]. Diese zunehmend riskanten und immer unseriöseren Praktiken waren bekanntlich zuletzt Auslöser der Bankenkri-

[489] Zit. n. *ADAMS* a.a.O., S. 24f (eingeklammerter Text offenbar von *ADAMS* hinzugefugt): «Bank credit plays a vitally important part in modern economic life. As a source of bank deposits transferable by check, it provides the funds with which the bulk of monetary payments is effected. It is always interchangeable with legal tender money, but for the most part it is not derived from legal tender money, nor does the volume of bank credit bear any ... relationship to the volume of legal tender money. If the volume of loans that banks could make and of deposits they could accept were limited to the volume of currency in existence, bank credit would not have the utility (inexhaustibleness) in our economic system.»

[490] Alles lt. *HODGSON BROWN* a.a.O., S. 353.

[491] Vgl. ebd. S. 354.

se von 2007 und der Folgejahre! Worauf es uns hier jedoch ankommt, ist die Tatsache, daß zuerst durch die Hypothekenkredite, dann durch ihre Umwandlung in Derivate immer größere Mengen von Kreditgeld geschöpft wurden. Natürlich auch und erst recht durch die übrigen Formen von Derivaten, deren «Schöpfung» und «Vertrieb» fast ausschließlich durch die großen verdeckten US-ROTHSCHLLD-Banken erfolgte bzw. immer noch erfolgt; Näheres dazu später.

KEVIN PHILLIPS erregt sich darüber, daß seit 1999, als die gesetzliche Trennung von Geschäfts- und Investitionsbanken auf hintergründiges Betreiben der ROTHSCHILDS und ihrer Konsorten wieder aufgehoben wurde, «die Kredit- und Geldausweitung innerhalb der Vereinigten Staaten, ehemals an die Banken und die Bankenkreditvergabe gebunden, teilweise durch die Firmen, Fonds und Papierverkäufer des neuen Sekundärsystems bzw. des Schatten-Bankensektors übernommen wurde». Er zitiert den bekannten Fonds-Manager BILL GROSS mit folgenden kritisch-satirischen Sätzen vom Oktober 2007: «Erinnern Sie sich noch an diese alten Wirtschaftskundebücher, die Ihnen erzählten, wie eine 1-Dollar-Einlage bei Ihrer Bank um die Ecke in einem magischen Akt des Bruchteil-Reserve-Bankgeschäfts um das Fünf- oder Sechsfache vermehrt werden konnte? Das geht immer noch, aber neue Finanzinstrumente haben die Banken längst überholt. Derivate und Gebilde mit Drei- oder Vier-Buchstaben-Abkürzungen - CDOs, CLOs, ABCP, CPDOs, SIVs ... - können jetzt den Dollar eines „Einlegers" hernehmen und ihn um das Zehn- oder Zwanzigfache vermehren.»[492]

Das vermögen die Banken per herkömmlicher «Kredit»schöpfung zwar auch (woran sich GROSS merkwürdigerweise nicht mehr zu «erinnern» scheint!), aber es geht dann sehr viel langsamer als mittels der Derivate. Letztere haben auch - entgegen dem, was GROSS insinuiert - die Banken keineswegs überholt, sondern sind von ihnen selbst erfunden und auf den «Markt» gebracht worden! Wegen der extremen Risiken, die mit dem Derivatehandel verbunden sind, vor allem jedoch, weil jeder Derivatehandel ja mit irgendwelchem erst einmal irgendwo **zu schöpfenden** *Geld* getätigt werden muß, bleibt aber trotzdem die traditionelle Geldschöpfung aus nichts per «Kredit»vergabe das Hauptinstrument des US-Bankensystems zur stetigen Ausweitung der Schuldgeldmenge.

ff) Anhäufung von Zins- und anderen Gewinnen

Das ist natürlich der Sinn und Zweck des Bankengeschäfts. Ein Zweck, so pervers wie der Zins selber, aber im gesamten ehemals christlichen, jetzt freimaurerisch judaisierten «Westen» längst von beinahe niemandem mehr hinterfragt. Am wenigsten in den USA.

Manche Leute erliegen dem kuriosen Irrtum, die Bankan dürften das Geld, das sie einfach aus nichts schöpfen, in voller Höhe als Gewinne verbuchen[493]. Das wäre allerdings doch ein bißchen zu einfach bzw. zu auffällig. Tatsächlich verschwindet jeder aus nichts geschöpfte Kredit, der bei der Bank «zurückgezahlt wird, auch wieder im Nichts! Da er bei seiner Schöpfung in den Büchern der Bank als Aktivposten und als Verbindlichkeit gleichzeitig, also auf beiden Seiten der Bilanz zugleich, eingetragen wird, muß er nach erfolgter Rückzahlung auch auf beiden Seiten wieder gestrichen werden!

«Wenn John Jones seinen Kredit von 10 000 $ zurückzahlt, stellt er einen Scheck über 10 000 $ auf sein Girokonto aus und macht den Scheck *zahlbar an die Bank selber.*

[492] *PHILLIPS* a.a.O., S. 109 bzw. 111.

[493] Vgl. *ADAMS* a.a.O., S. 44f, wo aus einem - mißverstandenen - Textabschnitt der F££)-Broschüre von 1939 allen Ernstes diese Folgerung gezogen wird.

Das vermindert offensichtlich sein „Einlagen"konto um diese Summe. Aber es vermindert auch die Gesamteinlagen der Bank um dieselbe Summe. In dem Augenblick, in dem die Einträge in den Büchern erfolgen, wird das Geld in dieser Bank um 10 000 $ verringert. Jones erhält auch seinen Schuldschein und die Sicherheit zurück, wodurch sich der Betrag verringert, den die Bank als „Aktivposten" geführt hat. Die tatsächliche Transaktion der Rückzahlung dieses Kredits verringert also den *Betrag des Geldes, das in der Nation existierZ.»*[494]

Siehe Farbtafel 4

Allerdings hat die Bank nicht bloß eine Rückzahlung der ursprünglich geschöpften Kreditsumme, sondern darüber hinaus Zinsen und Zinseszinsen erhalten. Die verschwinden natürlich weder aus den Büchern noch aus der Nation, sondern werden in den Bankbüchern auf der Aktivseite als Gewinne verbucht und auf der Passivseite als «Ausgaben» für Unkosten aller Art, darunter als wichtigster und dickster Posten die «Dividende» für die Bankeigentümer!

Erfolgt die Kreditrückzahlung per Scheck oder Überweisung, muß die Bank den Kredit aus ihren Büchern streichen und es verschwindet «Geld» aus dem Umlauf. Was aber wird die Bank tun, wenn ein Schuldner ihr das «ausgeliehene» Geld in bar zurückbringt? Sie wird doch die Geldscheine keinesfalls vernichten! Nun, sie wird natürlich mit diesen Banknoten hocherfreut ihre Überschuß-Reserven bei der *FED* wieder erhöhen, den Zinsanteil an dieser Rückzahlung jedoch als Gewinn verbuchen (und eventuell auch in bar abzweigen) wie gehabt. Diese Erhöhung der Bank-Reserven bedeutet trotzdem, daß der betreffende Bargeldbetrag bei der *FED* «geparkt» und damit *letzten Endes* dem Wirtschaftskreislauf genauso entzogen wird wie bei der ‚Vernichtung' bloßen Buchgeldes.

Indem also täglich Kredite neu geschöpft, aber auch täglich wieder welche zurückgezahlt werden, steht der fortwährenden Geldschöpfung durch die Banken eine ständige Geldvernichtung in durchschnittlich fast gleicher Höhe entgegen - abzüglich «bloß» der Zinsen und Zinseszinsen. Damit die überhaupt gezahlt werden können, müssen natürlich zu jedem Zeitpunkt eine Portion mehr Kredite offenstehen, als zurückgezahlt werden, und weil die von den Banken erwirtschafteten Zinsen großenteils als Geld in Umlauf bleiben (entweder direkt oder indirekt[495]), erhöht sich die umlaufende Geldmenge letztlich bzw. im längerfristigen Durchschnitt «nur» um den Betrag der jeweils angefallenen Zinsen und Zinseszinsen. Dieser Befund bestätigt somit, was weiter oben schon im Unterkapitel über die (Pseudo-)Inflation festgestellt wurde.

Freilich können die Banken hochinteressanterweise unter Umständen dennoch weit mehr gewinnen als «bloß» den Zins! Vermag nämlich ein Kreditnehmer seine Schulden gegenüber der Bank nicht mehr zurückzuzahlen, ja, gerät er - bei Ratenkrediten - auch bloß mit der Rückzahlung in Verzug, ist die Bank gesetzlich berechtigt, sich an den vom Kreditnehmer hinterlegten Sicherheiten oder Pfändern schadlos zu halten. Und zwar in Höhe der **vollen** «Kreditsumme samt der darauf entfallenden Zinsen, und dies, **obwohl** die Kreditsumme **aus nichts** geschöpft wurde! Ausgerechnet bei Zahlungsverzug eines

[494] *COUGHLIN,* Money! Questions and Answers ... a.a.O., S. 43.

[495] Direkt, wenn die Bankeneigentümer einen Teil ihrer Gewinne an sich selber als «Dividende» ausschütten (lassen) und anschließend für Güter und Dienstleistungen ausgeben. Indirekt, wenn sie einen anderen Teil der Gewinne zur Erhöhung der «Reserven» ihrer Bank bei der *FED* benutzen - woraufhin ja dann entsprechend mehr neugeschöpftes «Kredit»geld in Umlauf gelangen wird. - Ausschließlich im Börsen-Casino läuft endlich jener Teil der Gewinne um, der zu Spekulationszwecken verwendet wird.

Kreditnehmers gelingt es der Bank somit doch, ganz legal ihr mit einem bloßen Federstrich selbstgeschöpftes Geld in reale Werte zu verwandeln! Das Endergebnis ist dabei exakt dasselbe, wie wenn die Bank mit ihrem selbstgeschöpften Geld **sofort** einkaufen gegangen wäre!!![496] Die Bankiers wußten also genau, warum sie das ganze 19. Jahrhundert hindurch - und auch noch in den ersten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts - im Abstand weniger Jahre eine künstliche Geldverknappung der nächsten folgen ließen! Jedesmal sahen sich zahlreiche Kreditnehmer urplötzlich außerstande, ihre Bankschulden zurückzuzahlen, und verloren ihre hochwertigen Sicherheiten an die Banken. Fettere und mühelosere Gewinne als diese konnte es für die Banken gar nicht geben!

gg) Nichts Neues unter der Sonne

Das **PROTOKOLLARISCHE** Zeitalter beginnt nicht erst 1913/14. Wir sind also vom Thema unseres Buches her berechtigt, ja eigentlich sogar verpflichtet, wenigstens einen kurzen Blick auf das längst **ROTHSCHILD**-dominierte US-Bankengewerbe noch **vor** der Gründung und Inbetriebnahme der *FED* zu werfen. Und siehe da: es war wirklich im Grundsatz schon alles so, wie es bis heute geblieben ist!

Just im Jahre 1913, nur Monate vor der Verabschiedung des *Federal Reserve*-Gesetzes, veröffentlichte CHARLES LINDBERGH senior sein oben schon mehrfach zitiertes Buch. Daraus geht u.a. glasklar hervor, daß die US-Banken auch schon um die Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert längst keine «Spargelder» ihrer biederen Kunden mehr ausliehen. Hier sind LINDBERGHs einschlägige Ausführungen:

«Es stimmt, daß den Leuten ein Teil der Bankeinlagen gehört, doch das Bankensystem ist so schlau im Interesse der Banken eingerichtet, daß die Leute vergleichsweise wenig Nutzen von ihren eigenen Einlagen haben. Im Gegenteil, das in den Banken angelegte Geld der Leute wird grundsätzlich als Basis [= «Reserven»!] für Kredit benutzt, und auf diesen Kredit ziehen die Banken den Zins ein . . . Das Geld, das wir einlegen, bildet die Grundlage [= «Reserven»!] für einen Kreditbetrag, der viele Male höher ist als der Betrag des tatsächlichen Geldes. Die Bankiers genießen die Vorteile all dessen,... und es wird aufeinandergetürmt und viele Male verkauft und nochmals verkauft. Die Banken sind Spezialisten in der Manipulierung dieses Kredits . . . Am 14. Juni 1912 befand sich alles in allem nur 1 572 953 579,43 $ an tatsächlichem Geld in den berichtenden Banken, doch diese selben Banken gewährten einzelnen Einlegern [insgesamt] mehr als 17 Milliarden an Kredit. Dabei haben diese Banken zu keinem Zeitpunkt mehr als etwas über eineinhalb Milliarden Dollar an echtem Geld besessen.»[497]

[496] Vgl. *HODGSON BROWN* a.a.O., S. 549: «Ein erheblicher Teil des heute von den Banken geschöpften Geldes ist aus der „Monetisierung" von Eigenheimhypotheken entstanden. Der Kreditnehmer glaubt, er leihe sich Gelder, die bereits existierten, während die Bank aber nur sein Rückzahlungsversprechen in ein „Aktivum" verwandelt, das durch eine reale Immobilie abgesichert ist. Wenn die Hypothek vollständig abbezahlt ist, hat der Kreditnehmer meistens alleine an Zinsen mehr Geld an die Bank gezahlt, als die ursprüngliche Kreditsumme betrug [!]. Gerät er aber in Verzug, übernimmt die Bank sein Haus, obwohl das Geld für den Kauf aus dem Nichts geschöpft worden war.» - Allein die (ROTHSCHILD-kontrollierte) *Bank of America* betrieb Mitte Oktober 2010 rund 100 000 Zwangsvollstreckungsverfahren, also Verfahren zur zwangsweisen Eintreibung und anschließenden Veräußerung von ihr schlicht **zugefallenen** Schuldner-Pfändern (lt. *CHRISTINE MAI* in: «Financial Times Deutschland», 20.10.2010)!

[497] *LINDBERGH* a.a.O., S. 31 f.

hh) Bankrotte

US-Banken können trotz ihrer famosen Fähigkeit zur Geldschöpfung aus nichts zahlungsunfähig werden. Das geschieht grundsätzlich immer dadurch, daß sie beginnen, vor lauter Gier «leichtfertig» Kredite zu schöpfen, die nicht hinlänglich oder sogar bloß scheinbar «besichert» sind. Die aktuelle Finanzkrise begann ja bekanntlich auch wieder damit, daß zuletzt viel zu hoch bewertete Häuser von den Banken dennoch bereitwillig als «Sicherheiten» akzeptiert wurden, um Hypothekenkredite für Leute zu schöpfen, die bereits anderweitig hoch verschuldet waren. Als diese Schuldner, wie nicht anders zu erwarten, zahlungsunfähig wurden und ihre Hypotheken nicht mehr «bedienen» konnten, fielen zwar ihre Häuser an die Banken. Doch der am Markt noch erzielbare Kaufpreis für diese «Sicherheiten» reichte bei weitem nicht mehr aus, um die ausstehenden Hypothekenkredite abzudecken; viele Banken blieben auf einem beträchtlichen Teil der Schulden sitzen.

Nun könnte man meinen, das wäre für die Banken gar kein echter Schaden. Wenn sie die Kredite ohnedies aus nichts schöpften, nämlich durch einen bloßen Bucheintrag, kann ihnen doch real gar nichts verlorengehen, falls die «Rückzahlung» ausbleibt. Indessen, so einfach ist es nicht! Ihre Bücher müssen die Banken sauber führen, und in denen ist - wie weiter oben schon erläutert - jeder aus nichts geschöpfte Kredit, **der nicht sogleich bar ausgezahlt wird,** immer doppelt verbucht: sowohl als Aktivum wie auch als Passivum, das heißt, sowohl als Guthaben wie auch als Schuld. Als Guthaben, weil der Kreditnehmer ja normalerweise das Geld «zurückzahlen» wird; als Schuld, weil ja noch die Pflicht der Bank zur Auszahlung ihres Kredits **in bar** besteht, entweder gegenüber dem Kreditnehmer selbst, oder gegenüber jenen, die seinen Buchgeldkredit per Scheck oder Überweisung als Zahlung erhielten (oder noch anderen, die von diesen letzteren - und ggf. noch beliebig vielen weiteren Zwischenleuten - ebenfalls nur mit Buchgeld bezahlt wurden).

Fällt nun für die Bank das Guthaben weg, weil der Schuldner zahlungsunfähig ist, muß sie es auch aus ihrer Bilanz streichen. Auf der anderen Seite des Bankbuches bleibt aber die entsprechende (Barauszahlungs-)Schuld der Bank voll bestehen, denn: «Das ursprüngliche Scheckbuchgeld läuft immer noch draußen um, obgleich der Kreditnehmer es nicht zurückzahlen kann, und die ausgebende Bank hat immer noch die Pflicht, diese Schecks einzulösen.» Und an diesem Punkt geht es für die Bank ans «Eingemachte», sprich: an ihre schönen Zinsgewinne. Die einzige Möglichkeit, ihrer Pflicht zur Auszahlung von Bargeld gegen ihr anderswo umlaufendes, aber vom Schuldner nicht mehr zurückgebrachtes Kredit-Buchgeld nachzukommen, die einzige Möglichkeit auch, ihre Bilanz wieder auszugleichen, d.h., wie den «faulen» Kredit, so auch die ihm noch gegenüberstehende Schuld aus ihren Büchern zu streichen, liegt für die Bank nämlich darin, «das Kapital anzugreifen, das die Eigentümer der Bank investiert haben, oder den Verlust von den laufenden Gewinnen der Bank abzuziehen. In beiden Fällen verlieren die Bankeigentümer einen Betrag in Höhe des faulen Kredits. Für *sie* wird also der Verlust ganz real. Falls die Bank gezwungen ist, einen großen Betrag an schlechten Krediten abzuschreiben, könnte der Betrag den Gesamtwert des Eigenkapitals übersteigen. Wenn das geschieht, ist das Spiel vorbei und die Bank insolvent.»[498]

[498] *GRIFFIN* a.a.O., S. 26; Hervorh. original. - Dieselbe Erklärung, nur weniger ausführlich, liefert auch *HODGSON BROWN* a.a.O., S. 240 (Hervorh. original): «Der britische Ökonom MICHAEL ROWBOTHAM erklärt, daß gemäß den Bilanzierungsregeln der Geschäftsbanken alle Banken verpflichtet sind, ihre Bücher abzuschließen, wobei ihre Vermögensbestände den Verbindlichkei-

4) Reichsbank und Bundesbank

Um es gleich vorweg zu sagen: Sowohl die *Reichsbank* als auch die *Bundesbank* wurden genauso wie die *FED* nach dem Vorbild der *Bank von England* errichtet und funktionierten im Grundsatz nicht anders als sie. Der breiten Masse der vermeintlich «aufgeklärten» Bürger wurde immer nur weisgemacht, was uns HELMUT CREUTZ und andere[499] noch heute erzählen möchten: Die Notenbank schöpfte das Papiergeld, der Staat das Münzgeld, die Geschäftsbanken sammelten «Spargelder» ein, liehen sie als Kredite wieder aus und nahmen dann und wann ein bißchen neues Geld von der Notenbank hinzu, um alle Kreditwünsche befriedigen zu können.

In Wirklichkeit hatte dieses idyllische Bild bereits ab Mitte des 19. Jahrhunderts auch im damals noch kleinstaatlich zerrissenen Deutschland keine Geltung mehr. Stattdessen begannen erste, überwiegend jüdische Banken (die Juden waren gerade erst - nach der

ten entsprechen müssen. Sie können alles Geld *erzeugen,* für das sie Kreditnehmer finden können, doch wenn das Geld nicht zurückgezahlt wird, müssen die Banken einen Verlust buchen. Und wenn sie Schulden aus ihren Büchern annullieren oder abschreiben, nimmt die Menge ihrer Vermögenswerte entsprechend ab. Um ihre Bücher mit Hilfe der Abgleichung von Vermögen und Verbindlichkeiten abschließen zu können, müssen sie entweder Gelder aus ihren erzielten Profiten verbuchen oder von Fonds bekommen, in die Eigentümer der Bank investiert haben [sie! - wahrscheinlich ist das jedoch ein Mißverständnis des Übersetzers; im Original dürfte in etwa stehen: ‚or get it from funds the owners invested in the bank - oder sie von Mitteln nehmen, welche die Eigentümer in die Bank investiert haben']. Und wenn die Verluste größer sind, als die Bank und ihre Eigentümer wirtschaftlich tragen können, muß die Bank ihre Türen schließen.»

499 Um hier noch ein paar dieser «anderen» anzuführen: *BLSCHOFF* a.a.O., S. 85 phantasiert im Jahre 2002: «Die eigene Region, das eigene Land, sogar der eigene Kontinent sind zu klein geworden, um die Spargeldmassen noch gewinnbringend anlegen zu können.» - Für *ECKERT* a.a.O., S. 180 waren im ersten Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts «deutsche und französische Kreditinstitute heilfroh, die viele Liquidität der fleißigen Sparer gewinnbringend [an Griechenland] verleihen zu können», doch ausgerechnet jetzt, so glaubt er, «da Sparer händeringend gesucht werden, um die Finanzlöcher zu stopfen, gehen den Volkswirtschaften die Sparer aus» (S. 230) . . .! - Die Banken lügen wie gedruckt, und die «Politischen Hintergrundinformationen» (30.7.2010, S. 234) drucken es leider unbesehen nach: «Die Deutschen haben im vergangenen Jahr, 2009, wieder mehr gespart. Das bar, auf einem Konto oder in Form von Wertpapieren gehaltene Vermögen ist nach einer Mitteilung des *Bundesverbandes deutscher Banken (BdB*) um 239 Milliarden Euro auf knapp 4,7 Billionen Euro gestiegen.» Dieselbe lächerliche Groteske, aber mit noch etwas höheren Zahlen, spult *UDO ULFKOTTE* im hauseigenen Nachrichtendienst des Rottenburger *Kopp*-Verlags (Nr. 47/2010, S. 3) ab: «. . . die Deutschen sind Weltmeister im Sparen, haben mehr als 4,8 Billionen (!) Euro hauptsächlich auf Sparbüchern, Tagesgeldkonten, als Festgeldanlagen und in Lebensversicherungen gebunkert.» Etc. etc. - Wer *tatsächlich* enorme Summen **sparen** kann bzw. könnte, obwohl keineswegs in *dieser* Größenordnung, sind hauptsächlich die **Bankeneigentümer,** daneben die Bankenvorstände. Realistische Anhaltspunkte für wohl ganz überwiegend **deren** Spar«anstrengungen» vermitteln gewisse Angaben von *ANDREAS NÖLTING,* Die neue Supermacht Börse. Wie Fondsmanager unsere Welt verändern, Hamburg 2000, S. 33f. Demzufolge waren 1999 in deutschen Investmentfonds (die zu rund 80 Prozent direkt den Banken gehörten) insgesamt 1,7 Bill. **Mark (***nicht* Euro!) angelegt, davon aber nur 766,7 Mrd. Mark in Publikumsfonds, die allen **privaten** Sparern offenstehen, während der größere «Rest» von 927,3 Mrd. Mark auf Spezialfonds entfiel, «die ausschließlich für institutionelle Anleger (Pensionskassen, Versicherungen, Stiftungen, Vereine usw.) geschaffen worden sind», in deren «Anlagekapital» nochmals beträchtliche Zinsgewinne von Bankeneigentümern stecken dürften, ja sogar *müssen*

von ihnen angefachten und unterstützten Revolution von 1848 - staatsbürgerlich gleichgestellt worden) mit der Einführung des englischen Systems der Papiergeldschöpfung aus nichts. Zitieren wir dazu den US-Historiker HAROLD JAMES aus einer offiziellen Publikation der *Deutschen Bundesbank:*

«Im Zeichen des wirtschaftlichen Aufbruchs der Jahrhundertmitte, der die Nachfrage nach Geld anschwellen ließ, wurden Notenbanken gegründet - im damaligen Sprachgebrauch „Zettelbanken" genannt, zumeist in Gestalt privater, von diesem oder jenem deutschen Staat lizensierter Banken. Sie versuchten, den Mangel an umlaufendem Geld zu beheben und Mittel und Wege zur besseren Bewältigung einer Situation zu finden, in der Münzen und Noten unterschiedlichen Wertes und unterschiedlicher staatlicher Herkunft parallel zirkulierten. Es gab zum Beispiel vierzig verschiedene Sorten staatlich garantierten Papiergelds, was offenkundig die Identifizierung gefälschter Noten erschwerte. . . . Die Zettelbanken konnten um so mehr Gewinn erzielen, je mehr kleine Scheine sie herauszubringen und in Umlauf zu halten vermochten. Während es 1851 erst neun solcher Zettelbanken gegeben hatte, waren es 1857 bereits 29. Eingangs der 1870er Jahre gab es 33 Zettelbanken, die zusammen Noten im Wert von rund 1,35 Mrd. Mark (entsprechend ca. 8 % des Bruttoinlandsprodukts) in Umlauf hatten. Die Vielzahl der Banken sorgte für permanente Instabilität, weil klar war, daß im Eventualfall einer Panik keine von ihnen ihre Einlösungspflicht würde erfüllen können.»[500]

Dies natürlich deshalb nicht, weil sie massenhaft Papiergeld aus nichts (außer Papier und Druckerfarbe) geschöpft hatten, und zwar als zinspflichtige «Kredite».

a) Die Reichsbank

Nach der 1876 erfolgten Gründung der *Reichsbank* als einer rein privaten, strikt gewinnorientierten Gesellschaft[501], die freilich gewissen gesetzlichen Vorschriften genügen mußte, um den schönen Schein von «Staatlichkeit» zu wahren, gingen die hinter ihr als Anteilseigner stehenden großen Geschäftsbanken rasch dazu über, immer größere Mengen Kreditgeld in Form von Wechseln zu schöpfen[502]. Was in Amerika die Schecks waren, waren damals hierzulande alle Sorten von Wechseln. Die konnten von den Banken bei der *Reichsbank* jederzeit in Papier- und Münzgeld umgetauscht werden[503], geradeso wie sich in den USA die Schecks bei der *FED* in Dollarnoten und -münzen verwandeln ließen. Die *Reichsbank* durfte obendrein aus nichts geschöpfte Kredite an Unternehmen und Privatkunden vergeben, indem sie von ihnen Wechsel ebenso «ankaufte» wie von den Geschäftsbanken[504].

500 *JAMES* a.a.O., S. 33.

501 Vgl. ebd. S. 37: «Um den Charakter der *Reichsbank* als einer auf Gewinnmaximierung ausgerichteten Institution zu unterstreichen und zugleich voll auszureizen, wurden die Gehälter der leitenden Angestellten teilweise an die in ihrem jeweiligen Verantwortungsbereich erzielten Gewinne gekoppelt.»

502 Ygj ebd. § 39 bzw. 42: Die Gesetzgeber hatten «dafür gesorgt, daß die *Reichsbank* immer in der Lage sein würde, inländische Wechsel aufzukaufen. Die Folge war, daß Wechsel in der Praxis zu einem Geldersatz wurden. . . . Namentlich die Berliner Großbanken nutzten die von der *Reichsbank* implizit gegebene Gewähr auf jederzeitige Wechsel-Liquidierung für die rasche Aufblähung ihrer Bilanzsummen. Das hatte zur Folge, daß ihr Wechsel-Portefeuille [= Bestand an Wechseln] in viel schnellerem Tempo zunahm als das der *Reichsbank.* ..»

503 Vgl ebd. s. 38: «Die Gewißheit, daß Handelswechsel bares Geld wert waren, stellte ein sicheres Fundament für die Expansion des deutschen Bankenwesens dar.»

504 ygj ebd. S. 40: «Sie kaufte Wechsel unmittelbar von einem breit gestreuten Kundenkreis. Insgesamt 66 821 Personen und Firmen standen 1910 auf der Diskontkundenliste der *Reichsbank*, nur 2 361 davon waren Banken.»

Das Papiergeld unterlag damals weitgehend der von den ROTHSCHILDS ab 1870 international durchgedrückten «Golddeckung». Diese «Deckung» blieb aber - genau wie in den USA - Augenwischerei, weil weit größere Mengen an «ungedeckten» Krediten aus nichts geschöpft wurden. Im frühen 20. Jahrhundert nicht mehr bloß durch Ausstellung von Wechseln, sondern zunehmend durch dasselbe auf Girokonten bloß eingetragene Buchgeld wie in England oder den USA. Den Stand des Jahres 1930 gab der Geldreformer GOTTFRIED FEDER im Jahre 1932 so wieder: «Das Reichsbankgiralgeld ist von gänzlich untergeordneter Bedeutung. Dagegen wird das *Großbankengiralgeld* in normalen Zeiten durchgängig auf das Fünffache des gesamtlichen staatlichen Geldes [sie! - gemeint: des gesetzlichen Zahlungsmittels, also des Bargeldes] geschätzt. Bei 6,5 Milliarden staatlichen Geldes haben wir demnach etwa 33 Milliarden Großbankgiralgeld. . . . Zwar hatte der Staat den Großbanken das Recht der Notenemission [= Schöpfung und Ausgabe von Papiergeld] genommen, aber mit Einführung und Durchsetzung des bargeldlosen Verkehrs konnten die Zahlungen, die früher nur mit Hilfe der Übertragung von Noten bewirkt werden konnten, in gleicher Weise dadurch erfolgen, daß Giroguthaben von Konto zu Konto überschrieben wurden. . . . Die Einräumung eines Guthabens auf Kontokorrent [= auf dem Girokonto] - sei es nun gegen Sicherheit oder auf reiner Vertrauensbasis - war infolge der veränderten Zahlungssitte dasselbe wie früher die Ausgabe neuer Banknoten.»[505]

Wir stehen also klar vor demselben Prinzip wie bei der *Bank von England* und der *Federal Reserve.* Die große Masse der Kredite schöpfen die Geschäftsbanken aus nichts; Bargeld, soweit überhaupt nötig, erhalten sie von der *Reichsbank.* Damit das Volk nicht begreift, welche geringe Rolle dem Bargeld in Wirklichkeit zukommt; damit es erst recht nicht begreift, welcher ungeheuerliche Betrug sich da abspielt, indem ganz bestimmte Privatleute, nämlich die Bankiers, und **nur** sie, Geld produzieren und darauf endlos gewaltige Summen an Zinsen plus Zinseszinsen kassieren dürfen; damit also all das gar nicht begriffen wird, streicht man groß heraus, daß die (von den Privatbankiers selber betriebene!) *Reichsbank* das «ausschließliche Recht zur Notenausgabe» habe[506] (dies übrigens erst ab 1924[507]). Dieses Vorrecht ist zwar bereits an sich ein riesiger Skandal,

505 *FEDER* a.a.O., S. 324f.

506 Ebd. S. 189, wobei *FEDER* freilich ebd. S. 189f (im Rahmen einer Reichstagsrede am 26. August 1924, als das erst hinterher verabschiedete neue *Reichsbankgesetz* noch debattiert wurde) höchst kritisch anfugte, «daß dieses Recht ein glattes Geschenk von mindestens 1 Milliarde Mark bedeutet. Denn die vorschriftsmäßige [Gold-]Deckung ist ja nur auf 40 Prozent festgesetzt, also was darüber hinaus an Papierscheinen gedruckt wird, ist ein glattes Geschenk an die Bank. Diese Banknoten werden nur im Wege des verzinslichen Kredits herausgegeben an die deutsche Wirtschaft. . . . Man erwartet naturgemäß aus dieser glänzenden finanzpolitischen Transaktion geradezu fabelhafte Gewinne, Gewinne, die nicht erschöpft sind mit den acht Prozent garantierten Zinsen für die Aktionäre. Darüber hinaus wird noch von den ersten 50 Millionen, die erzielt werden, die Hälfte zugunsten der Aktionäre ausgeschüttet. Das sind weitere sechs Prozent mit 25 Millionen. Von den weiteren 50 Millionen sollen die Aktionäre nochmals den vierten Teil bekommen, das ergibt weitere drei Prozent. Man rechnet also jetzt schon mindestens mit einer Verzinsung von 17 Prozent für die Aktionäre dieser Bank.»

507 Drei Jahrzehnte lang durfte die *Reichsbank* «nur Noten im Wert von 100 Mark oder mehr drukken», was heutzutage in etwa einem 10 000-Euro-Schein entspräche, nämlich «dem vierfachen Monatseinkommen eines Textilarbeiters» (!); gleichzeitig «druckten die Staatsbanken von Bayern, Sachsen und Württemberg weiterhin eigene Noten» (*JAMES* a.a.O, S. 36). Ab 1906 brachte die *Reichsbank* auch 50- und 20-Mark-Scheine heraus; erst 1910 wurden ihre Geldscheine jedoch gesetzliche Zahlungsmittel (lt. ebd. S. 44)!

stellt aber lediglich die Spitze des Eisbergs dar. Das noch enorm viel unverschämtere Vorrecht der Privatbanken als solcher, durch eigene «Kreditschöpfung» in Buchgeldform ein Vielfaches dessen zu gewinnen, was ihnen durch ihre Beteiligung an der *Reichsbank* zufließt, lassen sie hinter einer dichten pseudowissenschaftlichen Nebelwand verschwinden.

Mit versteckter Ironie sagt dazu HAROLD JAMES: «Wie die fuhrenden ökonomischen Abhandlungen und Lehrbücher (von GERHART SCHULZE-GAEVERNITZ, FELIX SOMARY oder ADOLF WEBER) lehrten, schöpften Banken kein Geld, sondern liehen nur ihnen anvertraute Gelder aus», deutet jedoch an, daß es sich tatsächlich völlig anders verhielt, nämlich: «In dem Maß, wie die internationalen Kapitalmärkte expandierten, wurde der Finanzwechsel [= aus nichts geschöpfter Buchgeldkredit der privaten Geschäftsbanken!] zu einem Standardinstrument internationaler Kreditgewährung.» Und weiter: Die Tatsache, daß den genannten, frech desinformativen Lehrbüchern (SOMARY war übrigens selber Bankier und dabei geborener Anhänger des Talmudismus!) in Deutschland so brav geglaubt wurde, «erklärt, weshalb die *Reichsbankleitung* sich so nachdrücklich zu ihrer Aufgabe als *lender of last resort* (Kreditgeberin letzter Instanz) bekannte und der Ausweitung des privaten Kreditgeschäfts so rat- und hilflos gegenüberstand.»[508]

Demnach wären also **ein und dieselben** Bankiers in ihrer Rolle als Vorstände der ihnen als Anteilseignern gehörenden *Reichsbank* «rat- und hilflos» angesichts dessen gewesen, daß sie selber in ihrer anderen Rolle als Inhaber privater Geschäftsbanken das «private Kreditgeschäft» so enorm «ausweiteten», daß sie ihre *Reichsbank* als «letzte Kreditgeberin» kaum noch benötigten . . .! Hält Mr. JAMES seine Leser für heillos blöd, oder will er zwischen den Zeilen anklingen lassen, was er in einer Veröffentlichung der *Deutschen Bundesbank* nicht offen zu sagen wagt? Hoffen wir das letztere.

Jedenfalls stellte auch der Frankfurter Bankier ALBERT HAHN, der es doch wissen mußte, in seinem zuerst 1920 erschienenen Buch «Volkswirtschaftliche Theorie des Bankkredits» fest, «daß das Passivgeschäft der Banken [= Einsammeln und Verzinsung von Spargeldern] nicht die Voraussetzung für das Aktivgeschäft [= Gewährung zinsträchtiger Kredite] ist, weil das Aktivgeschäft einer Bank das entsprechende Passivgeschäft hervorruft. Das Passivgeschäft ist nichts anderes als ein Reflex gleichzeitiger Kreditgewährung.» Das stand auch noch so in der 3. Auflage desselben Werkes von 1930[509], so daß damit die Praxis der Bankengeldschöpfung für die gesamte Zeit der Weimarer Republik abgedeckt ist.

Selbst während der nationalsozialistischen Ära änderte sich am Grundsatz der Herausgabe neuen Geldes immer bloß als **verzinsliches Schuldgeld** nichts! Dafür sorgte HJALMAR SCHACHT als Präsident der *Reichsbank* persönlich. Weiter oben hat er uns bereits versichert, daß seine bis zum Betrag von 12 Milliarden Mark ausgegebenen Mefo-Wechsel «nahezu den Charakter von Geld» besaßen. Zitieren wir nun diese Stelle etwas ausführlicher, um zu erkennen, daß das System immer noch weitgehend dasjenige der *Bank von England,* der *Federal Reserve,* der **privaten** *Reichsbank* war:

«Die *Reichsbank* verpflichtete sich, jeden Mefo-Wechsel unabhängig von Höhe, Zahl und Fälligkeit jederzeit abzunehmen und in Geld auszuzahlen. Der **Wechselzins** wurde einheitlich auf 4 Prozent festgesetzt. Dadurch erhielten die Mefo-Wechsel nahezu den Charakter von Geld und noch dazu von **verzinslichem** Geld. Sie konnten von Banken, Sparkassen und Firmen genauso wie bares Geld als Kasse gehalten werden. Darüber hin-

508 *JAMES* a.a.O., S. 45.

509 Zit. n. *THOMAS BETZ/NICOLAS HOFER/JOSEPH HUBER/KLAUS KARWATIBERND SENF* in: «Humane Wirtschaft» Nr. 3 (Mai-Juni 2010), S. 14.

aus erwiesen sie sich als die beste **verzinsliche** Liquiditätsanlage zum Unterschied von langfristigen Wertpapieren.»[510]

Ja, **verzinslich** mußte er unbedingt sein, dieser geldwerte Geldersatz; daraufhatten ihn seine Kollegen in der ROTHSCHILD-kontrollierten Baseler *BIZ,* insbesondere sein jüdischer Freund MONTAGU NORMAN, als Gouverneur der *Bank von England* direkter Bote der ROTHSCHILDS, offenbar eingeschworen. Wenigstens das glücklich überall etablierte **Schuldgeld**-Prinzip durfte auf gar keinen Fall mehr irgendwo außer Kraft gesetzt werden[511] ...

Das galt aber auch *jenseits* der Mefo-Wechsel, also für das «echte» Bargeld! Der amerikanische Kongreßabgeordnete und kompetente Kritiker des - damals wie heute - **aktuellen Schuldgeldsystems** JERRY VOORHIS wußte im Jahre 1943, d.h. als *unmittelbarer Zeitgenosse,* über den später bezeichnenderweise von der weltweiten etablierten «Zeitgeschichtsschreibung» nie mehr thematisierten **auffallend handzahmen** Umgang der - auch in VOORHIS' Augen! - bitterbösen Nazis mit der «fünften Gewalt» folgendes zu berichten: «Die Haltung der Nazis gegenüber den Banken ist jedoch fürwahr eine sehr freundliche gewesen. Es gab absolut keine Schritte in Richtung einer Verstaatlichung des Bankensystems. Überdies produzieren die Geschäftsbanken in Nazi-Deutschland Buchgeld auf der Grundlage von Bruchteil-Reserven, geradeso, wie sie es auch hierzulande oder in England tun. Die Banken *dürfen* nicht einmal mehr als 10 % Barreserven oder mehr als 30 % an Staatspapieren hinter ihren Sichteinlagen halten. Das ist zweifelsohne angeordnet worden, um die Gewinne der Banken zu schützen. Und obgleich die Regierung die Macht hat, die Gewinne der Banken zu begrenzen, sind diese Gewinne unter der Nazi-Herrschaft offensichtlich sehr bedeutend gewesen.»[512]

Dieselbe Beobachtung hatte interessanterweise der Engländer HILAIRE BELLOC bereits im August 1937 zu Papier gebracht: «Der offizielle Angriff auf die Juden im Reich hat nirgends mehr Schlagseite und offensichtlichere Wirkungslosigkeit als in seinem Umgang mit den großen Finanzhäusern. Die Nazis erlauben, daß der Einfluß dieser Häuser fortbesteht; sie waren vielleicht gezwungen, es zu erlauben, aber indem sie es erlauben, geben sie ihre Position als ganze auf.»[513]

[510] *SCHACHT* a.a.O., S. 148; Hervorh. hinzugefugt.

[511] *SCHACHT ebd.* S. 152 sucht die Verzinsung damit zu begründen, daß es angeblich unbedingt darauf ankam, «einen großen Teil der Wechsel im Markte festzuhalten, sie also nicht auf die *Reichsbank* zukommen zu lassen», weil andernfalls «eine übermäßige Inanspruchnahme der Notenpresse wohl unvermeidlich geworden» wäre, d.h. der Zins sollte als Anreiz für das Publikum dienen, die Wechsel zu «halten», damit nicht an ihrer Stelle Banknoten gedruckt werden mußten. - Aber das ist ein pures Pseudo-Argument, denn der bloße *Eintausch* **aller** verzinslichen Wechsel gegen unverzinsliche Reichsbanknoten hätte die umlaufende Geldmenge um **kein einziges** Papierstück und keine müde Mark erhöht; auch an der weiter oben von *SCHACHT* selber beschriebenen Warendeckung der Papierscheine, ob nun Wechsel oder Banknoten, hätte sich absolut nichts geändert!

[512] *VOORHIS* a.a.O., S. 81.

[513] *HILAIRE BELLOC,* The Jews [Die Juden], 3. erw. Aufl. Frame - London 1937 [1. Aufl. 1922], anonymer Faksimile-Nachdruck o.O. 1983, S. xliv-xlv (also innerhalb des für die 3. Aufl. zusätzlich verfaßten, das Werk aktualisierenden Einfuhrungskapitels mit den Seiten xxiii bis lv, an dessen Schluß steht: «King's Land, August, 1937. H. Belloc.» - Angewiesen waren die Nationalsozialisten vor allem auf die Rothschildsche Baseler *BIZ,* in welcher der jüdische Bankier KURT VON SCHRÖDER, der ADOLF HITLER diskret zur Macht verholfen hatte (s. dazu Bd. 1/2, S. 798 u. 803), als Vertreter Deutschlands saß. *MORRIS,* der letzteres (a.a.O., S. 88) mitteilt, fährt fort: «Die *BIZ* galt als sehr Nazi-freundlich und übernahm 1938 nach dem „Anschluß" Öster-

Auch die weiteren diesbezüglichen Beobachtungen von VOORHIS sind zu wichtig, um sie hier nicht in voller Länge anzuführen:

«Es bleibt die Frage, ob HITLER die *Reichsbank* zu einer Regierungsbank gemacht hat. Es besteht kein Zweifel daran, daß dies bis 1939 nicht geschehen war. Ob es danach geschehen ist, bleibt fraglich. Die privaten Anteilseigner der *Reichsbank* erhielten bis 1937 regelmäßig 12 % Dividende, und noch jetzt werden Dividenden an Privatpersonen gezahlt. Es scheint jedoch, daß die regierungsamtliche Kontrolle über die *Reichsbank* und sogar die staatliche Eigentümerschaft an ihr von den Nazis insbesondere seit 1939 verstärkt worden ist. Indiz dafür ist der Umstand, daß die Dividende für private Anteilseigner auf 5 % beschränkt worden ist und der Staat ab 1939 einen wachsenden Teil der Dividende erhalten hat. Es ist wahrscheinlich, daß die Regierung 1942 die Mehrheit der Anteile an der zentralen *Reichsbank* besaß.

«Doch an einem kann kein vernünftiger Zweifel bestehen. Nämlich daran, daß, ob die *Reichsbank* nun verstaatlicht worden ist oder nicht, die Nazi-Regierung beschlossen hat, sich mittels Methoden zu finanzieren, die in sehr enger Übereinstimmung mit den herkömmlichen Vorgehensweisen des orthodoxen Finanzkapitalismus stehen, und daß sie das Geld zur Finanzierung staatlicher Unternehmen beschafft hat, indem es gegen Zinsen in Umlauf geliehen wurde, statt von der Vollmacht der Regierung Gebrauch zu machen, es zu schöpfen.»[514]

b) Die Bank deutscher Länder (BdL) bzw. Deutsche Bundesbank

Nach dem 2. Weltkrieg dauerte es noch drei Jahre, bis die West-Alliierten im Frühling 1948 der Bundesrepublik ihre *Bank deutscher Länder,* 1957 umgetauft in *Deutsche Bundesbank,* und die Sowjets im Sommer 1948 der DDR ihre *Deutsche Notenbank,* 1968 umbenannt in *Staatsbank der DDR,* bescherten. Letztere braucht uns wegen der relativen Bedeutungslosigkeit des Währungssystems der DDR nicht näher zu interessieren. Erwähnenswert ist nur folgendes: Außer zwischen 1968 und 1974 war das Bankensystem der DDR stets «einstufig»[515], d.h. es gab wirklich **einzig und allein** die genannte Zentralbank sämtliches Geld heraus! «Dadurch waren geldpolitische Instrumente wie Refinanzierungspolitik, Offenmarktpolitik oder Mindestreservepolitik überflüssig. Geld wurde durch Kreditvergabe der Staatsbank produziert und durch Kredittilgung bei der Staatsbank wieder vernichtet.»[516] Man sieht: Das **Schuldgeld**-Prinzip wurde auch hier - trotz fehlender Gewinnmöglichkeiten für die Geschäftsbanken (außer 1968-1974) - eisern aufrechterhalten! Und das ist umso bemerkenswerter, als für die Geldschöpfung in Form **verzinslicher Kredite** in der **zentralgelenkten Planwirtschaft** der DDR sämtliche Schein-Rechtfertigungsgründe entfielen, die man in der «freien Marktwirtschaft» vorzubringen pflegte und pflegt...

reichs an das Deutsche Reich das österreichische Gold und war 1939 nach der NS-Besetzung der sogenannten Rest-Tschechei auch bei der Überweisung eines Teils des tschechischen Goldes zugunsten der NS-Seite behilflich. Lord MONTAGU NORMAN, einer der Präsidenten der *BIZ* und gleichzeitig Leiter der *Bank of England,* verhinderte die Überweisung nicht. . . . Während der Kriegszeit 1939 bis 1945 wickelte die *BIZ* alle notwendigen Devisengeschäfte für das Deutsche Reich ab.»

[514] *VOORHIS* a.a.O., S. 82.

[515] Vgl. *H. JÖRG THIEME,* Notenbank und Währung in der DDR, in: *Deutsche Bundesbank* (Hrsg.), Fünfzig Jahre Deutsche Mark. Notenbank und Währung in Deutschland seit 1948, S. 609-653, hier: S. 613f.

[530] Ebd. S. 280; Hervorh. hinzugefügt.

Mit der *Bank deutscher Länder* müssen wir uns hier ebenfalls nicht eingehender befassen. Sie war das Vorgänger-Institut *der Deutschen Bundesbank*[517] und arbeitete - trotz der später abgeschafften Dazwischenschaltung der Landeszentralbanken - im Grundsatz bereits genauso wie diese[518]. Wir wenden uns daher sogleich der *Bundesbank* selber zu. Zwar ist sie inzwischen bloß noch eine Filiale der *Europäischen Zentralbank (EZB).* Wir sprechen hier von ihr dennoch nicht in der Vergangenheits-, sondern in der Gegenwartsform, denn ihre Praxis hat sich unter dem Regime der *EZB,* deren (geldmengenmäßig) gewichtigster Bestandteil sie ist, nicht im geringsten gewandelt.

Das Zusammenspiel der *Bundesbank* mit den Geschäftsbanken gleicht zum Verwechseln demjenigen der **privaten** amerikanischen *FED* oder der inzwischen **schein**-verstaatlichten britischen *Bank von England.* Der einzige Unterschied ist rein formaler Natur. Die *Bundesbank* stellt nämlich *rechtlich* weder eine private noch eine staatliche oder gar verstaatlichte Einrichtung dar, sondern genießt den in Deutschland (und vermutlich weltweit . . .) *einmaligen* Status einer «bundesunmittelbaren juristischen Person des öffentlichen Rechts»[519]. Diese höchst raffiniert ausgedachte rechtliche Konstruktion soll offenbar verschleiern, daß die *Bundesbank* letztlich immer nur die Interessen der verdeckt Rothschildschen Großbanken sowie - aber erst danach! - diejenigen der übrigen Geschäftsbanken vertritt und bedient.

Das zeigt sich am deutlichsten auf dem Gebiet der Geldschöpfung, das uns ja in diesem Kapitel zentral beschäftigt. Obwohl wir gleich sehen werden, daß die *Bundesbank* selber eigentlich mit (freilich stets diskreten . . .) Hinweisen auf ihre wahre, nämlich ganz **nebensächliche** Rolle bei der Geldschöpfung nie gespart hat, stricken nicht bloß offizielle Volkswirtschaftler und Geldtheoretiker, sondern leider auch bekannte Geldreformer und Zinskritiker wie HELMUT CREUTZ bis heute unermüdlich am Mythos von der *Bundesbank* als einziger Quelle sämtlichen umlaufenden Geldes. Ehe wir diesen Mythos in aller Form als solchen entlarven, lassen wir CREUTZ, der übrigens nebenher diesen Mythos auch noch mit schönster Unbefangenheit auf alle Zentralbanken der Welt ausdehnt (!), ihn erst einmal präsentieren.

c) Geldschöpfung in Deutschland - der Mythos

1) Die Geschäftsbanken verleihen immer nur reales, d.h. Bargeld.

> «Geld entsteht nicht mit dem Kredit, wie viele immer noch vermuten, sondern es muß vorher bereits da sein, gleichgültig ob die Bank es von einem Kunden oder der Notenbank erhalten hat.»[520]

[517] Vgl. dazu *STERN* a.a.O., S. 150: «Gemäß § 1 BBankG [Bundesbank-Gesetz] wurden die bestehenden Landeszentralbanken mit *der Bank deutscher Länder* verschmolzen, und diese wurde zur *Deutschen Bundesbank* umgestaltet.»

[518] Vgl. dazu *CHRISTOPH BUCHHEIM,* Die Errichtung der Bank deutscher Länder und die Währungsreform in Westdeutschland, in: *Deutsche Bundesbank* (Hrsg.), Fünfzig Jahre Deutsche Mark. Notenbank und Währung in Deutschland seit 1948, S. 91-138, hier: S. 113: «Dabei fungierte die *BdL* als Bank der Landeszentralbanken, deren Zahlungsausgleich sie besorgte, bei der sich diese refinanzierten [= Kredite aufnahmen] und bei der sie beispielsweise auch Mindestreserveguthaben zu unterhalten hatten.» Des weiteren oblagen der *BdL* «die Bestimmung des Diskont- und Lombardsatzes, des Zinssatzes für Offenmarktgeschäfte sowie die Festsetzung des Umfangs der Mindestreserven, die Geschäftsbanken bei den Landeszentralbanken zu halten hatten. Faktisch wurden die Landeszentralbanken somit zu ausführenden Organen der *Bank deutscher Länder.»*

[519] *STERN* a.a.O., S. 151.

[520] *CREUTZ,* Das Geld-Syndrom ... a.a.O., S. 63.

2) Das Bargeld bekommen die Geschäftsbanken zuerst als (aus nichts geschöpften) Zentralbankkredit von der *Bundesbank.*

«Wie schon gesagt, benötigen die Banken die Kredite von den Notenbanken nur zur Auffüllung ihrer Zentralbankguthaben und zur Versorgung der Wirtschaft mit Bargeld. Da diese Kredite mit Zinsen belastet sind, erweitern sie diese praktisch auch nur in dem Umfang, wie sie für die Abwicklungen am Schalter zusätzliches Geld benötigen.»[521]

3) Später kehrt das *Bundesbank*-Bargeld, das sie selbst dort als Kredit aufnahmen (und gegen entsprechend höhere Zinsen an ihre Kunden weitergaben), zu ihnen als «Spareinlage» zurück und wird erneut ausgeliehen. Im Laufe der Zeit ist jedoch bei den Banken der Anteil an ausgeliehenen «Spargeldern» stetig und enorm gewachsen. Hingegen blieb der Anteil jenes Geldes, das sie bei Bedarf jeweils *zusätzlich* von der *Bundesbank* (die es natürlich immer aus nichts schöpft) leihen, um es als Barkredit an ihre Kunden weiterzureichen, gemessen am Bruttosozialprodukt immer gleich gering.

«Dabei stammen die Kredite in unseren modernen Volkswirtschaften - soweit nicht direkt privat vergeben - aus Einlagen der Sparer bei den Banken und ähnlichen Institutionen, also aus den Einkommensüberschüssen von Wirtschaftsteilnehmern, nicht aber von den Notenbanken. So standen den Krediten der deutschen Banken an die Wirtschaft, die im Jahr 2000 bei 3 300 Mrd. Euro lagen, Kredite der *Deutschen Bundesbank* an die deutschen Banken in Höhe von 120 Mrd. Euro gegenüber. . . . Das heißt, die Zentralbankkredite an die Banken lagen unter fünf Prozent jener Kreditsummen, die von den Banken an die Wirtschaft vergeben wurden.»[522]

4) Dafür, daß die Geschäftsbanken Kredite aus nichts schöpfen, gibt es keine Anhaltspunkte. Wenn solches tatsächlich geschähe, wäre es illegal, nämlich glatt dasselbe wie Falschmünzerei.

«Wenn also die Banken tatsächlich ohne Einlagen der Sparer Kredite schöpfen oder aus einem Dollar an Kaufkraft ein Mehrfaches machen würden, wäre das genauso ein Fall für den Staatsanwalt wie die Inumlaufsetzung von Falschgeld.»[523]

«Der Fahndung nach Beweisen für die Geldschöpfung [der Geschäftsbanken] ist in der Empirie [= in der erfahrbaren Wirklichkeit] kein Erfolg beschieden. Ähnlich erfolglos ist auch die Suche nach Indizien. Wohl aber sprechen viele Indizien für das Gegenteil.»[524]

«Würden die Banken tatsächlich ohne Einlagen Kredite schöpfen, wäre das Betrug und eine Sache für den Staatsanwalt.»[525]

«So wird häufig auch die Regel der Eigenkapitaldeckung mißverstanden, die besagt, daß alle Bankkredite mit etwa acht Prozent Eigenkapital zu unterfüttern sind. Manche leiten daraus ab, daß die Banken rund das Zwölfeinhalbfache ihres Eigenkapitals an Krediten vergeben können und damit, unabhängig von Kundeneinlagen, Kredite aus dem Nichts schöpfen. In Wirklichkeit besagt diese Regel jedoch, daß Banken ihre Kundeneinlagen nur in dem Umfang ausleihen können, wie sie über den entsprechenden achtprozentigen Eigenkapitalanteil verfügen, gleichgültig, welchen Umfang diese Kundeneinlagen auch immer haben.»[526]

521 Ebd. S. 99.
522 Ebd. S. 98.
523 Ebd. S. 238.
524 Ebd. S. 246.
525 *CREUTZ,* Die 29 Irrtümer . . . a.a.O., S. 175.
530 Ebd. S. 280; Hervorh. hinzugefügt.

5) Auch im Überweisungsverkehr der Geschäftsbanken untereinander geht nichts ohne Bargeld. Alle Banken müssen nämlich bei der *Bundesbank* in Bargeld umwandelbare Zentralbankguthaben unterhalten. Und auf denen wandert jeder unbare Überweisungsbetrag mit - von der überweisenden Bank zu derjenigen, welche die Überweisung empfängt.

«So wie auch wir eine Überweisung nur tätigen können, wenn unser Bankgirokonto ein entsprechendes Guthaben aufweist, können die Banken unsere Überweisungen nur abwickeln, wenn sie über einen ausreichenden Guthabenbestand auf ihrem ZBG-[= Zentralbankgeld-jGirokonto verfugen. Zwar können die Banken diese Guthabenbestände, die in den Euroländern mit den sogenannten Mindestreserver. identisch sind, zwischenzeitlich ähnlich überziehen wie wir unsere Girokonten, im Monatsdurchschnitt aber müssen die Bestände in der vorgeschriebenen Mindesthöhe ausgeglichen sein.»[527]

6) Nicht die Banken, sondern nur die Sparer schöpfen das Buchgeld.

«Auch heute noch wird täglich Bargeld in Milliardenhöhe auf die Girokonten eingezahlt. Da diese Girokontenbestände jedoch im allgemeinen auf den bargeldlosen Zahlungsbedarf begrenzt werden, bucht man sich bildende Überschüsse meist auf längerfristige Geldanlagen um. Das heißt, in Höhe der täglichen Überschüsse zwischen Bargeldeinzahlungen und -abhebungen nehmen die gesamten Geldguthabenbestände ständig zu . . . Und wenn man diese Aufstockungen der Sichtguthaben als „Geldschöpfung" bezeichnet, dann sind die Schöpfer nicht die Banken, sondern allenfalls die Bankkunden. Wenn also einem Kreditnehmer ein Kreditbetrag auf seinem Girokonto zu Verfügung gestellt wird, so ist auch dieses Giralgeld nicht von der Bank aus dem Nichts geschöpft worden, sondern entstammt jenen Beständen, die die Sparer von ihren Girokonten auf längerfristige Einlagen umgebucht und damit als Zahlungsmittel für andere freigegeben haben.»[528]

Soweit also der Mythos, der ja nur bestätigt, was ohnedies fast alle treuherzig glauben.

d) Geldschöpfung in Deutschland - die Realität

Eigentlich konnte man sie schon immer kennen. Denn bereits 1966 hielt der hochbetagte HJALMAR SCHACHT, der 1953 seine eigene Privatbank gegründet und sie noch bis 1963 persönlich gefuhrt hatte, mit der Wahrheit nicht hinter dem Berg; er schrieb:

* «Abgesehen vom Kleinverkehr vollziehen sich die wenigsten Zahlungen in barem Gelde. Man überträgt Gutschriften von Bank zu Bank. Das kann geschehen, wenn man entweder ein Guthaben auf der Bank hat oder **wenn die Bank Kredit einräumt.** In dieser Technik liegt die große Möglichkeit der Banken, **das Kreditvolumen der Wirtschaft auszudehnen** oder einzuschränken. Für den innerwirtschaftlichen Verkehr heißt das, daß das Bankensystem ohne unmittelbaren Einfluß der Notenbank [!] **den Zahlungsumlauf vermehren** kann, nicht in der Form der Banknote, sondern in der Form des Buchgeldes.»[529]
* «Ein großer Teil unserer Investitionen ist **nicht mit Ersparnissen,** sondern mit kurz- und mittelfristigen Bankkrediten finanziert worden, also mit **Buchgeld, das die Banken kreiert** [= geschöpft] **haben.** Die *Bundesbank* hat dieses System toleriert [!] und durch eine Politik billigen Geldes unterstützt.»[530]

[527] Ebd. S. 21 f.
[528] Ebd. S. 24f.
[529] *SCHACHT* a.a.O., S. 112; Hervorh. hinzugefugt.
[530] Ebd. S. 280; Hervorh. hinzugefügt.

* «Die deutschen Banken haben sich übernommen. Sie haben **mehr Kredit** gegeben, als ihre **Eigenmittel,** ihre **Einlagen** und ihre Liquidität **zulassen.»**[531]

Es hat jedoch bis zum Jahre 2010 gedauert, bis der inzwischen 88jährige, aber geistig nach wie vor hellwache HELMUT CREUTZ von einer Gruppe mutiger Professoren mit der Nase darauf gestoßen wurde, daß er sich selbst und seinen Lesern seit Jahrzehnten ganz gewaltig etwas vormacht. Und man muß das freiwirtschaftliche Organ *Humane Wirtschaft* dafür loben, daß es diesen kritischen Artikel wenigstens «auch» publiziert hat. Darin wurde unterstrichen, daß CREUTZ

«von einer aus unserer Sicht fragwürdigen Vorstellung von Bargeldwirtschaft ausgeht. So vertritt er die Auffassung, daß mit Hilfe der zirkulierenden Bargeldmenge „in den vergangenen 60 Jahren alle heutigen Geldguthaben und Geldvermögen [in Deutschland] nach und nach angespart" wurden . . . Die Entstehung des modernen Geldes ist jedoch zum großen Teil unbar. Giroguthaben entstehen nicht nur durch Einzahlung von Bargeld, sondern auch durch Kreditvergaben. Bargeld wird aus der originär [= ursprünglich] unbaren, per Kredit erzeugten Geldmenge aus- und wieder eingewechselt. . . . Ein Fehler ist auch die Meinung, daß Kredite nur aus vorher gespartem Geld vergeben werden können. . . . Auch ROLF GOCHT, ein langjähriges Mitglied des Direktoriums der *Deutschen Bundesbank,* hat die Giralgeldschöpfung und die damit zusammenhängende Problematik im Jahre 1975 zutreffend beschrieben.»[532]

In der zugehörigen Fußnote verwiesen die fünf Professoren dann auf das 1975 in einem Berliner Wissenschaftsverlag veröffentlichte Buch dieses **ehemaligen *Bundesbank*-vorstands,** also einer wirklich erstrangigen Quelle (!), mit dem Titel «Kritische Betrachtungen zur nationalen und internationalen Geldordnung».

CREUTZ erhielt in derselben Nummer der *Humanen Wirtschaft* die Gelegenheit zu einer Entgegnung. Und siehe da, er wartete mit einer großen Überraschung auf! Er zitierte jetzt seinerseits aus einer brandneuen Publikation **der *Bundesbank* selber** («Geld und Geldpolitik», 2009) folgenden Absatz:

«Die Geschäftsbanken können auch selbst Geld schaffen, das so genannte Giralgeld. Der Geldschöpfungsprozeß durch die Geschäftsbanken läßt sich durch die damit verbundenen Buchungen erklären: Wenn eine Geschäftsbank einem Kunden einen Kredit gewährt, dann bucht sie in ihrer Bilanz auf der Aktivseite eine Kreditforderung gegenüber dem Kunden ein - beispielsweise 100 000 Euro. Gleichzeitig schreibt die Bank dem Kunden auf dessen Girokonto, das auf der Passivseite der Bankbilanz geführt wird, 100 000 Euro gut. Diese Gutschrift erhöht die Einlagen des Kunden auf seinem Girokonto - es entsteht Giralgeld, das die Geldmenge erhöht... Das so geschaffene Giralgeld kann der Bankkunde nutzen, um den Kauf von Waren und Dienstleistungen zu bezahlen.»[533]

Damit ist nun eigentlich schon alles gesagt! Wir vernehmen den wahren Sachverhalt, wie man im Englischen so schön sagt, direkt *from the horse 's mouth* - und er ist uns bereits bestens bekannt! Denn absolut dasselbe wie die Geschäftsbanken hierzulande tun ja die Geschäftsbanken in England und in den USA (siehe oben!). Alles, was CREUTZ dann dennoch gegen diesen mit höchster Sachautorität versehenen Bescheid einzuwenden versuchte, alles auch, was er früher schon gegen diesen Sachverhalt ins Feld zu führen bemüht war, kann hier, um das vorliegende Buch nicht unnötig aufzublähen, außer Betracht bleiben. Wenn selbst dieses glasklare Eingeständnis der ***Bundesbank*** keine «Empirie» sein soll - was wäre dann überhaupt noch «Empirie»!?

531 Ebd. S. 284; Hervorh. hinzugefügt.

532 *THOMAS BETZ/NICOLAS HOFER/JOSEPH HUBER/KLAUS KARWAT!BERND SENF* in: «Humane Wirtschaft» Nr. 3 (Mai-Juni 2010), S. 14.

533 Zit. n. *HELMUT CREUTZ,* in: «Humane Wirtschaft» Nr. 3 (Mai-Juni 2010), S. 19.

Zumal es an weiteren, allerdings eher verschämten, Geständnissen der *Bundesbank* nicht mangelt. Allein in ihrem hier ausgiebig benutzen, 876 Seiten dicken wissenschaftlichen Wälzer, verfaßt von hochrangigen deutschen und ausländischen Gelehrten, wird an mindestens drei verschiedenen Stellen nebenher von der Geld- bzw. Kredit**«schöpfung»** der deutschen Geschäftsbanken gesprochen. Diese Ausdrucksweise wäre komplett unsinnig, wenn die damit gemeinte Kreditvergabe bloß schon früher anderswo geschöpftes Geld hernähme und weiterreichte. Sie kann also nur dasselbe meinen, was uns die *Bundesbank* 2009 plötzlich im Klartext versichert: daß die Banken hierzulande nicht anders als überall sonst auf der ROTHSCHILD-kontrollierten Welt Kredite schamlos per bloßen Bucheintrag «vergeben». Hier sind die betreffenden Textstellen:

* *Bundesbank*-Autor CARL-LUDWIG HOLTFRERICH führt mit größter Selbstverständlichkeit aus: «Insgesamt war durch die Währungsumstellung [von 1948] einschließlich der Oktober-Freigaben eine Geldmenge (im Sinne von M3) von rund 13 Mrd. DM auf gesetzlichem Wege geschaffen worden. **Dazu kam die nach der Währungsreform anlaufende neue Kredit- und damit Geldschöpfung der Geschäftsbanken.** Die kurzfristigen Bankkredite an Nichtbanken beliefen sich Ende Oktober 1948 auf 3,8 Mrd. DM gegenüber 1,3 Mrd. Ende Juli.»[534] In einem einzigen Vierteljahr hatten also die Geschäftsbanken bereits 2,5 Mrd. DM **zusätzlich** als reines Buchgeld aus nichts geschöpft!

* Derselbe international renommierte Volkswirtschaftsprofessor HOLTFRERICH[535] lobt später den Zentralbankrat (ZBR) der *Bundesbank* für gewisse Maßnahmen in der ersten Hälfte der 1960er Jahre, indem er schreibt: «Dies war eine viel höher zu bewertende geldpolitische Leistung als alles, was der ZBR mit seinen sonstigen Instrumenten an Einfluß auf das Wachstum der **inländischen Kredit- und Geldschöpfung der Banken** ausübte.»[536]

* Bei *Bundesbank*-Autor H. JÖRG THIEME liest man: «Im einstufigen Bankensystem der DDR hatte die Staatsbank das alleinige Recht zur Vergabe von Krediten bzw. zur Zuteilung von Kreditplafonds und zur Bargeldemission. Beides stellte Zentralbankgeld dar, eine **eigenständige Giralgeldschöpfung der Geschäftsbanken** gab es **nicht.** Insoweit existierte - **anders als in Marktwirtschaften** - nur eine Form der Geldmenge.»[537] Das heißt doch ganz offenbar, daß in den «Marktwirtschaften» *zwei* Formen der Geldmenge existieren, nämlich *erstens* das von der Zentralbank geschöpfte (Bar-)Geld und *zweitens* das von den Geschäftsbanken «eigenständig» geschöpfte (Giral- oder Buch-)Geld.

* Eine zumindest in Baden-Württemberg zu Unterrichtszwecken eingesetzte Broschüre von 1994/1995 mit dem Titel «Unser Geld. Ein Heft für die Schule» war mit einem Geleitwort des damaligen Präsidenten der *Deutschen Bundesbank* HANS TIETMEYER und seines Stellvertreters WILHELM GADDUM versehen. Sie muß also als offizielle Quelle angesehen werden. Darin stand gleich auf Seite 2 ohne Umschweife: «Der größere Teil des Geldes, das sogenannte **Buchgeld, wird nämlich im Ver-**

[534] *CARL-LUDWIG HOLTFRERICH*, Geldpolitik bei festen Wechselkursen (1948-1970), in: *Deutsche Bundesbank* (Hrsg.), Fünfzig Jahre Deutsche Mark. Notenbank und Währung in Deutschland seit 1948, S. 347-438, hier: S. 365; fette Hervorh. hinzugefügt.

[535] Vgl. seine Kurzbiographie in: *Deutsche Bundesbank* (Hrsg.), Fünfzig Jahre Deutsche Mark. Notenbank und Währung in Deutschland seit 1948, S. 873.

[536] *HOLTFRERICH* a.a.O., S. 430; fette Hervorh. hinzugefügt.

[537] *THIEME* a.a.O., S. 634; fette Hervorh. hinzugefügt.

kehr mit den Banken geschaffen, über das z.B. mit Scheck oder Überweisung relativ einfach verfügt werden kann.»[538]

* In demselben Unterrichtswerk wurde auf Seite 12 präzisiert: «Wie wir bereits gesehen haben, entsteht Giralgeld durch Bareinzahlungen auf Bankkonten. Wichtiger aber ist, **daß die Geld- und Kreditinstitute auch von sich aus Giralgeld schaffen können. Vor allem durch die Kreditgewährung an ihre Kunden beteiligen sie sich an der sogenannten Geldschöpfung.»**[539]
* Hier und da verplappert sich auch trotz bester Vorsätze die gelenkte Presse. So geschehen etwa im Mai 2011, als die *Financial Times Deutschland* in ihrer ständigen Rubrik «Neue Denker» über den offenbar jüdischen Harvard-Ökonomen «JEREMY STEIN und die neue Rolle der Zentralbanken» berichtete. Da las man plötzlich irgendwo mitten im Text: «Die Basel-III-Regeln versuchen das Problem [zu vieler *kurzfristiger* Schulden] durch höhere Eigenkapitalquoten anzugehen. STEIN reicht das nicht: **Die Geldschöpfung wandere so nur weiter von den Banken in das Schattenbankensystem.»**[540] Das war ohne jede geographische oder nationale Einschränkung formuliert, galt und gilt also unbedingt auch für Deutschland.

Auffallen muß im übrigen, daß weder die Leugner noch die Vertreter der These der Banken-Geldschöpfung sich je auf irgendeinen Gesetzestext beziehen können. Während zum Beispiel CREUTZ für seine gesamte schöne, aber total falsche Bargeldtheorie nie eine offizielle Quelle, geschweige denn irgendwelche gesetzlichen Bestimmungen, sondern eben nur «Indizien» anführt, berufen sich umgekehrt auch seine Kritiker, die fünf Professoren, nirgends auf geltendes Recht, sondern bloß auf gewisse Werke der Fachliteratur. Was ist der Grund dafür?

Auf sanften, aber unerbittlichen Rothschildschen Druck hin haben unsere (vordergründigen) Gesetzgeber es geschafft, sowohl im *Bundesbankgesetz* als auch im *Kreditwesengesetz* just die allesentscheidende Frage, **wie** das Geld - in seiner Hauptmasse - erzeugt wird und **wer** es erzeugen darf, so elegant wie möglich zu umschiffen, auszublenden, komplett im unklaren zu lassen, nämlich *überhaupt nicht anzusprechen*! Und da in unserem «Rechtsstaat» genauso wie in allen übrigen modernen «Rechtsstaaten» bekanntlich der - in sich durchaus gesunde! - Grundsatz gilt: **Alles, was nicht verboten ist, ist erlaubt,** ist die Buchgeldschöpfung der Geschäftsbanken - anders als CREUTZ meint - eben gerade **kein** «Fall für den Staatsanwalt». Übrigens hat man leider absolut nicht den Eindruck, daß CREUTZ es je für nötig befunden hätte, erst einmal das *Kreditwesengesetz* oder gar die zugehörigen Nebengesetze und - zugegebenermaßen schier endlos wortreichen - Verordnungen («Liquiditätsverordnung», «Solvabilitätsverordnung» etc.) zur Hand zu nehmen, ehe er zur Feder griff. . .

Das - kabbalistisch perfekt - am 9. 9. des Jahres 1998 (Quersumme ebenfalls 9) veröffentlichte und seitdem in einzelnen Punkten immer wieder abgeänderte *Kreditwesengesetz (KWG*) ist, um es gleich vorweg zu sagen, eine einzige, riesige Frechheit. Es ergeht sich über volle 65 teils mehrere Seiten lange (!) Paragraphen hinweg in unsäglich komplizierten, durch zahllose Vor- und Rückverweise gänzlich unüberschaubaren Einzel-

538 Zit. n. *BISCHOFF* a.a.O., S. 329 (Hervorh. hinzugefügt); *BISCHOFF* wohnt(e) offenbar in Baden-Württemberg, woraus sich auf die Verwendung der zitierten Unterrichtsbroschüre zumindest in den *dortigen* Schulen schließen läßt. Bekanntlich ist das deutsche öffentliche Unterrichtswesen dezentralisiert, so daß verschiedene Bundesländer auch unterschiedliche Schulbücher einsetzen.

539 Zit. n. ebd. (Hervorh. hinzugefugt).

540 *KATHARINA BRUNNER/MARTIN KAELBLE* in: «Financial Times Deutschland», 31.5.2011; Hervorh. hinzugefügt.

bestimmungen, die - in Verbindung mit etlichen weiteren, verwandten Gesetzen und unendlich detailreichen Ausführungsbestimmungen, welche zusammen über 500 klein und eng bedruckte Buchseiten füllen! - auch sofort begreiflich machen, wieso die staatliche sogenannte «Finanzaufsicht» von vornherein immer nur schmählich versagen **kann . . .** Es läßt jedoch sowohl zur *Herkunft* des **Geldes** als auch zur *Herkunft* der **Kredite** jegliche Angabe oder Vorschrift **restlos vermissen!** Geld und Kredite sind offenbar einfach «da». Immerhin findet sich interessanterweise auch nirgends eine Andeutung dahingehend, zwischen «Spargeldern» der Bankkunden einerseits (sie werden im gesamten viele zig Seiten langen Gesetz kein einziges Mal erwähnt!) und Krediten der Banken andererseits bestehe irgendein *ursächlicher* Zusammenhang der Art Spareinlagen werden als Kredite wieder ausgeliehen'!

Gleich der allererste Paragraph legt augenscheinlich Wert darauf, diese Vorstellung gar nicht aufkommen zu lassen:

> «**§ 1 Begriffsbestimmungen.** (1) Kreditinstitute sind Unternehmen, die Bankgeschäfte gewerbsmäßig oder in einem Umfang betreiben, der einen in kaufmännischer Weise eingerichteten Geschäftsbetrieb erfordert. Bankgeschäfte sind
>
> «1. die *Annahme fremder Gelder als Einlagen* oder anderer unbedingt rückzahlbarer Gelder des Publikums, sofern der RückZahlungsanspruch nicht in Inhaber- oder Orderschuldverschreibungen verbrieft wird, ohne Rücksicht darauf, ob Zinsen vergütet werden *(Einlagengeschäft)*,
>
> «2. die in § 1 Abs. 1 Satz 2 des Pfandbriefgesetzes bezeichneten Geschäfte (Pfandbriefgeschäft),
>
> «3. die *Gewährung von Gelddarlehen und Akzeptkrediten (Kreditgeschäft)*,
>
> «4... ,»[541]

Ja, das war's schon, denn jetzt folgen unter den Nummern 4 bis 12 nur noch 4. das «Finanzkommissionsgeschäft» (= Wertpapierhandel im Kundenauftrag), 5. das «Depotgeschäft» (= Wertpapieraufbewahrung im Kundenauftrag), 6. eine durch spätere Gesetzesänderung entstandene Leerstelle («aufgehoben» steht da im Text!), 7. das Geschäft mit Optionen auf Schuldverschreibungen u. dgl., 8. das «Garantiegeschäft» (= Bankbürgschaften etc.), 9. das «Girogeschäft» (= Abwicklung von Überweisungsaufträgen etc.), 10. das «Emissionsgeschäft» (= Erstausgabe von Wertpapieren im Kundenauftrag), 11. das «E-Geld-Geschäft» (= «Ausgabe» und Verwaltung elektronischen Geldes) sowie 12. «die Tätigkeit als zentraler Kontrahent im Sinne von Abs. 31» (= Vermittlung von Finanzmarktgeschäften).

Wie man sieht, werden das «Einlagengeschäft» und das «Kreditgeschäft» fein säuberlich voneinander getrennt, indem sich gezielt das verglichen damit ziemlich bedeutungslose[542] «Pfandbriefgeschäft» dazwischenschiebt. . . Woher das schlicht «ausgegebene» elektronische Geld (= EC-Karten«aufladung» etc.) ursprünglich kommt, bleibt selbstverständlich ebenfalls unerklärt.

Man blättert sich weiter und weiter durch den unsäglichen Wust ellenlanger und unglaublich gedrechselter Ausfuhrungen zum sogenannten «Eigenkapital» und anderen we-

541 *ANONYM,* Bankrecht. Textausgabe mit Sachverzeichnis und einer Einfuhrung von Prof. Dr. *FRANZ HÄUSER,* 35. neubearb. Aufl., Stand 1. März 2008, München 2008 (kursiv-unterstrichene Hervorh. hinzugefugt); ich zitiere den Dünndruck-Wälzer, wie bei Gesetzestexten üblich, ohne Angabe der Seitenzahlen.

542 Der Nennwert aller **in ganz Europa** umlaufenden Pfandbriefe bzw. «Covered Bonds» («Gedeckte Schuldverschreibungen») - «eine international beliebte Erfindung aus Deutschland» - betrug im Oktober 2010 rund 2400 Mrd. Euro (lt. *MAREIKE SCHEFFER* in: «Financial Times Deutschland», 12.10.2010) und damit ersichtlich nur einen Bruchteil der gesamten «Kredite».

nig interessierenden Dingen, bis man bei § 11 «Liquidität» hoffnungsvoll haltmacht. Umso größer ist die Enttäuschung, wenn dort die einzige «konkrete» Vorschrift im knappen ersten Satz steht: «(1) Die Institute müssen ihre Mittel so anlegen, daß jederzeit eine ausreichende Zahlungsbereitschaft (Liquidität) gewährleistet ist.» **Woher** die «Mittel» kommen und **wem** gegenüber **aus welchen Gründen** «jederzeit eine ausreichende Zahlungsbereitschaft» zu gewährleisten ist, bleibt im weiteren Verlauf des so langwierigen wie langweiligen Paragraphen unbeantwortet, desgleichen die Frage, **was** denn nun unter «ausreichend» zu verstehen sei. Anscheinend gemeint ist die Barauszahlung von **Spar-** und/oder **schuldenfreien** Giroguthaben der Kunden, soweit letztere dies jeweils *verlangen* ...

Nun denn, diese herzlich ungenaue Bestimmung, die keinerlei Maß festlegt, tut den heutigen Banken ebensowenig weh wie den britischen Goldschmieden im 17. Jahrhundert. *Erstens* hat man nämlich als bloßer Kreditnehmer gar keinen Anspruch auf die Auszahlung von Bargeld; diesen Anspruch haben nur die Einleger von Spargeldern und die Empfanger von Zahlungen per Überweisung! *Zweitens* kann jedoch, wer als Kreditnehmer am Bankschalter **unbedingt** Bargeld sehen möchte, solches normalerweise durchaus «jederzeit» bekommen. Daß der Barkredit allerdings gerade erst frisch aus nichts geschöpft wurde, sieht ihm ja niemand an! Da aber *drittens* diese gesetzlich ohnehin für sie nicht verlangte «Zahlungsbereitschaft» von den meisten Kreditnehmern erst gar nicht in Anspruch genommen wird, bleibt es den Banken unbenommen, bloße Einträge in ihren Büchern bzw. auf den Girokonten ihrer Kreditkunden zu fabrizieren und frech deren «Rückzahlung» samt Zinsen zu fordern[543]. Niemand wird ihnen nachweisen können, daß sie damit gegen irgendein «Kreditwesen»- oder sonstiges Gesetz verstoßen[544], denn -

[543] Die einzige Art von «Deckelung», die das *Kreditwesengesetz* tatsächlich ausspricht, betrifft die in den Paragraphen 13, 13a und 14 umständlich abgehandelten «Großkredite» bzw. «Millionenkredite» (sie!); sie müssen im Regelfall mit einem Achtel bzw. Sechstel an «Eigenkapital» unterlegt werden. Für das abschätzig sogenannte «Mengengeschäft», also die Vergabe kleiner und mittlerer «Kredite», existiert hingegen im *KWG* keine solche Obergrenze. - Die von *BLSCHOFF* a.a.O., S. 327-330 behauptete «Fristentransformation», die faktisch zur Buchgeldschöpfung führe, deren Modalitäten aber im *KWG* bzw. dessen «Grundsätzen I, II und III» genau geregelt seien, welche Grundsätze wiederum «Ende 1999 allerdings etwas abgeändert und praxisnäher gestaltet» worden seien, scheint mitsamt diesen «Grundsätzen» leider einer gänzlich **apokryphen** Quelle entnommen zu sein! Der Begriff «Fristentransformation» findet sich aktuell weder im *KWG* noch in irgendeinem anderen Teil des Bankrechts (er fehlt im sehr ausführlichen Sachwortverzeichnis!). Auch die damit lt. *BISCHOFF* gemeinte Sache: «Z.B. dürfen (täglich fällige!) Sichteinlagen zu 60 Prozent für Kredite mit einer Laufzeit von bis zu 4 Jahren verwendet werden;- 10 Prozent sogar länger als 4 Jahre» etc., läßt sich nirgends auch bloß ansatzweise entdekken! Als solche benannte «Grundsätze», gar solche mit römischer Zählung, enthält das *KWG* gleichfalls *nicht.* Daß es sie irgendwann früher einmal enthalten hätte, ist zwar möglich, aber nicht sehr wahrscheinlich.

[544] Genauso verhält es sich z.B. in den USA. Dort wies 1969 Friedensrichter MARTIN MAHONEY einen Bankdirektor namens MORGAN mit seiner Kündigungsklage gegen einen säumigen Hypothekenschuldner ab. In der Urteilsbegründung hieß es: «Die Klägerpartei gibt zu, daß sie zusammen mit der *Federal Reserve*-Bank von Minneapolis ... die gesamte Summe von 14 000 $ in Geld und Kredit durch Buchhaltungseintrag in ihre Bücher erzeugt hat. . . . Mr. MORGAN gab zu, daß kein Gesetz oder Statut der USA existiert, das ihm das Recht gab, dies zu tun» (zit. n. *HODGSON BROWN* a.a.O., S. 52). - Allerdings konnte ihm offenbar auch nicht zur Last gelegt werden, gegen irgendein Gesetz *verstoßen* zu haben, das den Banken diese Praxis ausdrücklich *verbieten* würde. Und insoweit war das von der Sache her eigentlich höchst begrüßenswerte Urteil leider **rein formaljuristisch** sogar **rechtsfehlerhaft**. . ., obwohl Bankdirektor MORGAN es

viertens - Banknoten oder Münzen *fälschen* sie ja *nicht.* Die beziehen sie vielmehr ganz brav, wie vorgeschrieben, von der *Bundesbank* bzw. vom Staat. . .

Weisen wir an dieser Stelle nur noch darauf hin, daß Fachwelt und Medien gerne den Tarnausdruck «Finanzierung der Banken» verwenden[545]. Beim ahnunglosen bis verwirrten Medienkonsumenten entsteht dann, genau wie beabsichtigt, der Eindruck, es sei von der Ausstattung der Banken mit *jenen* Geldmitteln die Rede, die sie angeblich/vermeintlich als *Kredite* wieder ausreichen. Doch davon kann überhaupt keine Rede sein. Gemeint ist lediglich die Versorgung der Banken mit dem gesetzlich verlangten Minimum an - je nachdem - **Eigenkapital** oder **Mindestreserven,** auf welches sie dann munter bis zu 50mal höhere sogenannte «Kredite» aus nichts schöpfen und «gewähren» dürfen!

e) Die Funktionen der Bundesbank

Wie gar nicht anders zu erwarten, sind die Funktionen der *Bundesbank* im Prinzip identisch mit jenen der *Bank von England* oder der *FED.* Gerade die Abweichungen in rechtlichen und technischen Einzelheiten eignen sich aber hervorragend dazu, diese Identität der Arbeitsweise der verschiedenen Zentralbanken zu tarnen. Als bloße *Behörde,* die sie juristisch gesehen unbezweifelbar ist, hat die trotzdem von jeglicher Weisung seitens der ‚**demokratisch gewählten'** Regierung unabhängige (!) *Bundesbank,* anders als die *FED* oder die *Bank von England,* anders auch als ihre Vorgängerin, die *Reichsbank,* **keine** offiziellen Anteilseigner. Alles, was sie aus ihrer geschäftlichen Tätigkeit an Überschüssen erzielt und in ihrer - allerdings keineswegs durchsichtigen ... - Bilanz ausweist, muß sie daher dem Staat abliefern. Dieser Umstand hilft nochmals verschleiern, daß die *Bundesbank* dennoch vor allem anderen Fassade und Handlangerin der auch in Deutschland heimlich ROTHSCHILD-kontrollierten Großbanken ist. Konkrete Einzelheiten dazu später!

aa) Festsetzung von «Mindestreserven» und «Reservehaltung

Das macht die *Bundesbank* genauso wie die *FED.* Den Mindestreservesatz hat sie, wie oben schon erwähnt, ab 1980 allmählich reduziert und von 1993 bis 1995 auf bloße 2 Prozent heruntergefahren, wo er heute noch verharrt.

Da die Geschäftsbanken, wie vorstehend nachgewiesen, hierzulande die Masse ihrer «Kredite» ebenso aus nichts schöpfen wie in den USA, ist auch das System der «Reserve»haltung bei der *Bundesbank* im wesentlichen dasselbe. Allerdings müssen die Geschäftsbanken gemäß den Baseler Abkommen I und II seit 1989 auf ihre «Kredite» stets mindestens 8 % «Eigenkapitel» vorhalten. Daraus folgt, daß die Höhe jener Kredite, die sie maximal vergeben dürfen, *theoretisch* gar nicht mehr von der Mindestreserve, sondern statt dessen vom Eigenkapital abhängt.

vorzog, nicht dagegen anzugehen. Man wollte wohl .keine schlafenden Hunde wecken'. Stattdessen starb Richter MAHONEY wenige Monate später jäh durch einen mysteriösen Autounfall ... (lt. ebd. S. 53).

[545] Z.B. «Handelsblatt», 10.6.2010: «Spanische Banken finanzieren sich größtenteils durch Spareinlagen, und wenn sie das, was sie zusätzlich an kurzfristiger Finanzierung brauchen, wirklich nicht auf dem Kapitalmarkt bekommen, so können sie das problemlos bei der *EZB* bekommen .. .» Und wiederum: «[Deutsche] Landesbanken und viele klassische Immobilienbanken finanzieren sich überwiegend über Anleihen und Pfandbriefe und nicht über Kundeneinlagen.» Letztere Feststellung dürfte Herrn CREUTZ und den Seinen übrigens erneut Magenbeschwerden verursachen . ..

Freilich sind die vielzitierten «8 %» des Baseler «Abkommens» in Wirklichkeit gar kein «Muß», sondern bloß eine «Empfehlung». Und die wird offenbar längst nicht überall beherzigt. So erfährt man etwa bei MICHAEL GRANDT ganz nebenher, daß noch im Jahre 2010 **Österreichs** Banken lediglich eine «gesetzlich vorgeschriebene Eigenkapitalquote von **vier** Prozent»[546] einzuhalten haben - und damit bloß **die Hälfte** (!) des in Basel so publikumswirksam «Vereinbarten» . . .

Außerdem: Was man in der ROTHSCHLLD-beherrschten Baseler *BIZ* unter «Eigenkapital» zu verstehen geruht, hat nur noch in (geringen) Teilen mit dem zu tun, was wir Normalbürger darunter zu verstehen pflegen. Bereits im Vorfeld des I. Baseler Abkommens «konnte» angeblich unsere schöne *Bundesbank* leider, leider «nicht verhindern, daß der Ausschuß [dessen ‚Empfehlungen' ab Januar 1993 in Deutschland Gesetz wurden!] eine gegenüber der deutschen stark erweiterte Definition des haftenden Eigenkapitals vorschlug. Danach sollte neben dem Kernkapital aus Grundkapital und offenen Rücklagen weiteres Kapital angerechnet werden. Dazu zählten Neubewertungsrücklagen, also unrealisierte Gewinne aus Wertsteigerungen von Aktiva, sowie allgemeine Rückstellungen für Forderungsausfälle.» Noch ehe Basel II den Begriff des «Eigenkapitals» weiter verwischen konnte, tat dies hierzulande bereits die Neufassung des *Kreditwesengesetzes* von 1997, die 1998 in Kraft trat. Darin wurden jetzt «auch Drittrangmittel (Nettogewinne und nachrangige kurzfristige Verbindlichkeiten mit einer Ursprungslaufzeit von mindestens zwei Jahren) in die Definition der Eigenmittel einbezogen.»[547] Von den 8 % brauchten jedenfalls nur 4 % sogenanntes «Kernkapital», davon wiederum bloß die Hälfte, also nur 2 %, sogenanntes «hartes Kernkapital» zu sein[548] . . . Man muß gar nicht im einzelnen wissen, was diese diversen sogenannten Kapitalien nun alle des näheren sein sollen, um trotzdem sehr gut zu begreifen, daß **wirkliches** Kapital innerhalb dieser famosen Definition von «Eigenkapital» wohl eher Mangelware sein dürfte. Klar, denn soviel **echtes** Kapital wie nur irgend möglich wollen die Banken entweder als Gewinne für ihre Eigentümer entnehmen oder erneut gewinnträchtig «anlegen», statt es ‚nutzlos' in der «Eigenkapitalkasse» herumliegen zu lassen . . .

In der Praxis mag daher der Anteil echten Kapitals am sogenannten «Eigenkapital» die Höhe der geforderten Mindestreserven durchaus noch unterschreiten. Je phantasievoller eine Bank bei der Zusammensetzung ihres «Eigenkapitals» verfährt, desto mehr bzw. höhere «Kredite» wird sie aus nichts schöpfen können, ehe ihr am Ende die «Mindestreserven» = *Bundesbankguthaben* eine Schranke setzen. Aber selbst das wird von der *Bundesbank* auffallend «locker» gehandhabt. In ihrer eigenen dickleibigen Veröffentlichung von 1998 stellte GÜNTER FRANKE kommentarlos fest: «Das Einlagevolumen, das die Kreditinstitute für die Abwicklung des Zahlungsverkehrs über die *Bundesbank* benötigen, dürfte gegenwärtig mit ca. 30 Mrd. DM unter dem Mindestreservesoll von knapp 40 Mrd. DM liegen.»[549] Es schert also offenbar niemanden, wenn die Banken ihre vorgeschriebene Mindestreserve um rund 25 % unterschreiten, so daß sie faktisch statt 2 % nur 1,5 % beträgt!

Auf dem Feld des **Eigenkapitals** sieht die Praxis nach Angaben ausgewiesener Experten sogar *noch* ärger aus. Kein geringerer als der kanadische Zentralbankchef MARK CARNEY gab kürzlich zu Protokoll, unter Basel II «hätten Banken letztlich nur noch ein

546 *GRANDT* a.a.O., S. 158.

547 *FRANKE* a.a.O., S. 300f.

548 Lt. *NINA LUTTMER/MARK SCHRORS* in: «Financial Times Deutschland», 9.9.2010.

549 *FRANKE* a.a.O., S. 267.

[!] Prozent vorhalten müssen»[550]! Der Finanzkolumnist der *Financial Times Deutschland* LUCAS ZEISE seinerseits monierte: «Früher sollten die Banken für ihre vergebenen Kredite wenigstens acht Prozent an Eigenkapital vorhalten. . . . Die Banken weichten diese Regel effektiv auf, indem sie alles mögliche ihnen zu Verfügung gestellte Geld mit dem Segen der Aufseher als Eigenkapital deklarierten, beispielsweise Genußscheine oder nachrangige Anleihen. Sie erreichten damit, daß der effektive Prozentsatz für das „wirkliche" Eigenkapital gesenkt wurde. Als „erstklassiges" Eigenkapital - auf Englisch „Tier 1" - mußten die Banken nur vier Prozent vorhalten. Und auch diese Kategorie wurde aufgeweicht. Am Schluß blieb für wirkliches Eigenkapital, das im Fall eines Verlusts auch tatsächlich gemindert wird, nur ein Prozentsatz von zwei übrig. Konsequenz: **Aus der ursprünglichen Absicht, das Kreditvolumen einer Bank auf das 12,5fache des Eigenkapitals zu begrenzen, wurde das 50fache.»**[551] Oder gar, hält man sich nämlich an den kanadischen Notenbankier CARNEY, **das lOOfache!**

Das alles soll sich jetzt gemäß Basel III zwar ändern: 4,5 % «hartes Kernkapital» sind nunmehr gefordert, dazu ein aus demselben «harten» Stoff bestehender «Kapitalerhaltungspuffer» von nochmals 2,5 %. Doch wie «hart» dieses «Kapital» **tatsächlich** ist, kann der staunende Laie tagtäglich an der Aktienbörse beobachten, denn neben Gewinnrücklagen darf es jetzt «auch» aus **«Aktien»** bestehen[552], obwohl deren «Wert» nicht selten von einem Tag auf den anderen in den Keller zu stürzen pflegt! Eingeführt werden soll die Neuregelung indes erst «von 2013 an», und auch dann nur «schrittweise» . . ,[553], falls *überhaupt.* «Die Richtlinien des Ausschusses werden meist in nationales Recht umgesetzt. Seine Empfehlungen sind aber nicht bindend - ein Land muß ihnen also nicht folgen.»[554] Indessen, selbst wenn alles penibel umgesetzt würde wie in Basel nunmehr feierlich beschlossen, brauchten die Banken mitnichten am Hungertuch zu nagen, verkündet doch die Fachpresse ganz offiziell: «Durch die Leverage Ratio [= das Hebelverhältnis zwischen Eigenkapital und Kreditgeldschöpfung] soll das **Kreditvolumen** einer Bank künftig **das 33fache des Kernkapitals** nicht übersteigen»[555], immer noch gewaltig viel Spielraum für saftige Zinsgewinne auf massenhaft aus nichts hervorgezauberte «Kredite». Vor allem heißt dies, daß entgegen allem Gerede von «4,5 % hartem Kernkapital» *schon jetzt* (!) doch nur wieder lumpige 3 % angepeilt werden, denn 33 x 3,03 % = 100 %, und mehr als 100 % «hartes Kernkapital» kann es ja nach Adam Riese nicht geben!

«Die Sorge vieler Aufseher und Politiker ist», heuchelte im September 2010 auf dem Höhepunkt der Diskussion um Basel III die Finanzpresse, «daß „Regulierungsoasen" entstehen. Dorthin könnten Finanzinstitute Geschäfte verlagern, weil die Regeln weniger

550 *MATHIAS OHANIAN/THOMASFRICKE* in: «Financial Times Deutschland», 15.9.2010.

551 *LUCAS ZEISE* in: «Financial Times Deutschland», 14.9.2010; Hervorh. hinzugefugt.

552 Lt. täglicher Wirtschaftssendung des *Deutschlandjunks (DLF,* 17.05-17.30 Uhr) vom 15.7. 2011. Selbst diesen beiden .einzigen' Komponenten des «harten Kernkapitals» von Basel III will man just in der Schweiz schon wieder weitere «Instrumente» hinzufugen. Vgl. *HEINZ-ROGER DOHMS* in: «Financial Times Deutschland», 6.6.2011: Die momentan diskutierten Absichten der *FED* zur Umsetzung von Basel III «erinnern an strikte Kapitalvorschriften, über die das Schweizer Parlament derzeit berät. In einem entscheidenden Punkt will [F£D-Direktor] TARULLO aber darüber hinausgehen. Allein Aktien sollen zum harten Kapital zählen, keine neuartigen Zwangswandelanleihen (Coco-Bonds).»

553 *MATHIAS OHANIAN/THOMAS FRICKE* in: «Financial Times Deutschland», 15.9.2010.

554 *MARK SCHRÖRS/NINA LUTTMER* in: «Financial Times Deutschland», 6.9.2010.

555 *FRANKDROST* in «Handelsblatt», 13.5.2011; Hervorh. hinzugefügt.

strikt sind als andernorts, wo internationale Standards umgesetzt werden.»[556] Tatsache ist: Diese Oasen gibt es seit eh und je, die brauchen also absolut nicht mehr zu «entstehen». Und weiter: Die ROTHSCHILDS hatten längst dafür gesorgt, daß ihre heimlichen deutschen Großbanken an der hiesigen Mindestreserve völlig vorbei operieren konnten. Es war der *Bundesbank*-Autor GÜNTER FRANKE selber, der schon im Jahre 1998 ganz nüchtern mitteilte: «Die Mindestreserve erwies sich für größere Geldanleger frühzeitig als ein Grund, ihr Geld auf den mindestreservefreien [!] Euromärkten anzulegen. Deutsche Kreditinstitute sind in Luxemburg und London sehr aktiv (Geschäftsvolumen in Luxemburg im Juni 1996 ca. 125 Mrd. DM, in Großbritannien, vor allem London, ca. 601 Mrd. DM; gesamtes Geschäftsvolumen deutscher Kreditinstitute im Ausland ca. 1 247 Mrd. DM).»[557]

Merken wir nur noch an: Entgegen dem von Medien und Politik eifrig verbreiteten Anschein waren Basel I, Basel II und Basel III immer bloß Veranstaltungen der ROTHSCHILD-kontrollierten *BIZ* und damit der ROTHSCHILD-dominierten privaten Bankenwelt selber. Das riesige öffentliche Theater, Gezerre und Geschrei um die neuen Richtlinien von Basel III stellte eine reine Schauveranstaltung dar. Anfangs wurden daher enorme «Anforderungen» des Baseler Ausschusses an «die Banken» laut, aus deren Interessenvertretern er doch selber im wesentlichen bestand. Indessen, die große Erleichterung ließ nicht lange auf sich warten (Schlagzeilen): «Basel-III-Reform wird billiger -*JP Morgan* rechnet nur noch mit einem Drittel der Kosten»[558]. Das war Ende Juli 2010. Dann, Anfang September, ein herber Rückschlag: «Das Sekretariat des Gremiums in Basel hat ein Diskussionspapier als Grundlage für die alles entscheidende Debatte erstellt. Darin heißt es, daß die Kernkapitalquote von Banken künftig auf mindestens neun Prozent, teilweise sogar auf bis zu zwölf Prozent steigen soll. . .»[559] Doch nur zwei Tage später erneut die Wende (Schlagzeilen): «Banken feiern Minisieg in Basel - Neue Kapitalregeln fallen weniger hart aus als befürchtet»[560]. Weitere fünf Tage darauf - Basel III war soeben, am 12. September, beschlossen worden - schon der Ruf nach weiteren «Nachbesserungen». OTHMAR KARAS, «Unterhändler des £{/-Parlaments für Basel III», betätigte sich als Sprachrohr der Banken und schob neue Aufweichungsforderungen nach. «An den in Basel festgelegten Quoten für das harte Kernkapital der Banken», hieß es da, «will KARAS zwar nicht mehr rütteln - wohl aber an der Definition von Eigenkapital und den Übergangsfristen.»[561]

An der «Quote» festzuhalten, aber deren «Definition» zu ändern, das ist ungefähr dasselbe wie: ‚20 Euro mußt du mir schon geben und keinen einzigen weniger, dabei bleibt's, aber zehn davon dürfen meinetwegen Hosenknöpfe sein' .. .! Sogar die Presse wagte es, die großangelegte Augenwischerei namens «Basel III» als solche bloßzustellen: Diverse schon wieder praktizierte «Ausnahmen und die **unterschiedlichen Risikogewichtungen,** die Banken anwenden, machen die Kapitalquote zu einer **windelweichen** Kennziffer»[562]!

556 *MARK SCHRÖRS/NINA LUTTMER* in: «Financial Times Deutschland», 6.9.2010.

557 *FRANKE* a.a.O., S. 292.

558 *YASMIN OSMAN/HOLGER AUCH* in: «Handelsblatt», 31.7.2010.

559 *NINA LUTTMER* in: «Financial Times Deutschland», 7.9.2010.

560 *HJ!NA LUTTMER/MARKSCHRÖRS* in: «Financial Times Deutschland», 9.9.2010.

561 *REINHARD HONIGHAUS* in: «Financial Times Deutschland», 14.9.2010.

562 «Financial Times Deutschland», anonyme [!] ständige Kolumne «Kapital», 31.5.2011; Hervorh. hinzugefügt.

Was indessen die «Übergangsfristen» angeht, so könnte man sich ja an der Schweiz orientieren, die jüngst bezüglich ihrer eigenen Großbanken *UBS* und *Crédit Suisse* noch weit über Basel III hinausgehen wollte: «Kern der Neuregelung ist ein Kapitalpuffer von 19 Prozent. Das ist fast doppelt so hoch, wie es die neuen, internationalen Kapitalrichtlinien (Basel III) verlangen. Bei den organisatorischen Vorkehrungen bleiben die Eidgenossen jedoch hinter den Vorstößen in den USA und Großbritannien zurück. Das Gesetz muß bis 2018 umgesetzt werden.»[563] Bis dahin wird noch gewaltig viel Wasser bei Basel den Rhein hinabgeflossen, ein dichter Grasteppich über die Sache gewachsen und mehr als genug Zeit gewesen sein, das Gesetz ohne großes öffentliches Aufsehen entweder zu entschärfen oder schlicht aufzuheben . . .

Glaubt man DOMINIQUE STRAUSS-KAHN, so droht ein ähnliches Schicksal durchaus auch Basel III selber: «Die Basel-III-Beschlüsse betreffen die Bankenregulierung. Sie greifen aus drei Gründen zu kurz: Erstens fällt der Schattenbankensektor nicht darunter, also etwa Hedge-Fonds und Private-Equity-Firmen. Dieser Sektor ist so wichtig wie der Bankensektor, wenn nicht noch wichtiger. Er muß reguliert werden. **Zweitens wissen wir noch nicht, ob die nationalen Aufseher weltweit die strengere Regulierung auch umsetzen.** Insbesondere bei grenzüberschreitender Aufsicht und dem Austausch von Informationen ist bislang viel zu wenig passiert. Das führt mich zum dritten Punkt, der grenzüberschreitenden Abwicklung von Banken. Hier hat sich verglichen mit der Zeit vor der Krise fast nichts bewegt.»[564]

Welcher Teufel den Mann im April 2011 geritten hatte, die Dinge so offen beim Namen zu nennen und gar explizit ‚noch mehr Regulierung' zu fordern, weiß kein Mensch. Sollten seine spektakuläre Verhaftung exakt 5 Wochen später[565] und der dadurch erzwungene Rücktritt von der *IWF*-Spitze tatsächlich einen ganz anderen Anlaß gehabt haben, als den offiziellen Medienberichten zu entnehmen war, hätte man den echten Grund wohl am ehesten in seinen gerade zitierten Äußerungen zu suchen. Hatten doch die ROTHSCHILDS erst kurz zuvor einen anderen ihrer notorischen Statthalter das strikte Gegenteil dessen fordern lassen, was STRAUSS-KAHN hier verlangte: «Verschärfte Regeln, so tönte *JP Morgans* Vorstand JAMIE DIMON Anfang April, könnten den Sargnagel für Institute wie seines darstellen.»[566]

Der langen Rede kurzer Sinn: Aktuell bleibt für die Banken auf jeden Fall alles beim alten: sie können weiterhin das 50fache oder noch mehr an «Krediten» aufs *echte* Eigenkapital aus nichts schöpfen! Unter Umständen sogar **beliebig,** also rein theoretisch **unendlich** viel, denn wenn es sein «muß», geht es auch völlig ohne Eigenkapital! Über die *Deutsche Bank,* deren diskrete ROTHSCHILD-Kontrolle wir weiter unten noch nachweisen werden, und andere Großbanken, darunter die ebenso ROTHSCHILD-kontrollierte britische *Barclays Bank* und die gleichfalls ROTHSCHILD-kontrollierte französische *BNP Paribas* war im Juni 2010 zu erfahren: Die *Deutsche Bank* besitzt in den USA eine

563 *TORSTENRIECKE* in: «Handelsblatt», 25.4.2011.

564 *DOMINIQUE STRAUSS-KAHN* im Gespräch mit *WOLFGANG PROISSL/SABINE MUSCAT* in: «Financial Times Deutschland», 11.4.2011; Hervorh. hinzugefügt.

565 Das Interview erschien montags, stammte also von Sonntag den 10. oder noch eher Samstag den 9. April. Am Samstag den 15. Mai holte man STRAUSS-KAHN aus dem Flugzeug, das ihn nach Paris bringen sollte. Das Datum 15.5. ergab (zufällig?) in der Quersumme die in der freimaurerischen Zahlensymbolik gerne als «Rachezahl» gedeutete 11.

566 «Financial Times Deutschland», 14.4.2011. Das bezog sich zwar explizit «nur» auf die «Eigenkapitalanforderungen» für Banken, gab aber selbstverständlich die Richtung vor! Bekanntlich sind die meisten Hedge-Fonds und Private-Equity-Gesellschaften Banken«töchter».

Tochter namens *Taunus Corporation.* «*Taunus* fungiert als Holding zwischen der Frankfurter Zentrale und den operativen Einheiten in Amerika. Sie ist mit Duldung der US-Notenbank *Federal Reserve (FED)* chronisch unterkapitalisiert, was sich letztlich positiv auf die Rendite der Holding auswirkt. So ergab sich Ende 2009 ein negatives Eigenkapital von 8,1 Mrd. Dollar. Die wichtige Kernkapitalquote (Tier 1) lag bei minus 7,4 Prozent - die Märkte fordern eigentlich einen positiven Wert von rund zehn Prozent. Die *FED* hatte das bisher genehmigt, weil eine ausreichende Finanzkraft des Mutterkonzerns eine zusätzliche Eigenkapitalunterlegung von Holdings wie *Taunus* unnötig mache. Branchenkreisen zufolge operieren auch andere europäische Häuser wie *Barclays, HSBC, BNP Paribas* oder *UBS* mit ähnlichen Konstrukten. Allerdings soll keines dieser Institute das Spiel so weit treiben wie die *Deutsche Bank.»* Ja, und nun endlich taten US-Politiker so, als wollten sie an dieser Ungeheuerlichkeit etwas ändern; zumindest äußerten sie «Kritik». Indessen: «Trotz der Kritik ist allerdings noch offen, ob es mit Blick auf den Umgang mit Bank-Holdings am Ende zu Verschärfungen kommt. Zwar befinden sich entsprechende Anträge im Gesetzgebungsverfahren, beschlossen sind sie aber keineswegs.»[567]

bb) Direkte Geldschöpfung für die Geschäftsbanken

Die *Bundesbank* gewährt den Geschäftsbanken, die ihre eigenen enormen Möglichkeiten zur Kreditschöpfung aus nichts endlich doch einmal ausgereizt haben, «Kredite» in ganz ähnlicher Weise wie auch die *FED.*

Entweder werden Wertpapiere «in Pension genommen», d.h. die Geschäftsbanken **hinterlegen** für eine bestimmte Zeit Wertpapiere (Schuldverschreibungen aller Art - außer Wechseln und Schecks Aktien oder Derivate) bei der *Bundesbank,* die ihnen dafür einen frischgeschöpften «Kredit» gewährt. Das zählt die *Bundesbank* zu ihren «Offenmarktgeschäften», obwohl es nicht ganz dasselbe ist wie das, was die *FED* darunter versteht. Sie hat damit erst 1979 begonnen, schöpft aber seit 1985 den größten Teil *ihrer* neuen «Kredite» auf diesem Wege.[568]

Oder die *Bundesbank* gewährt den Geschäftsbanken statt dieser kurzfristigen «Lombardkredite» längerfristige sogenannte «Rediskontkredite». Dazu müssen die Banken der *Bundesbank* «Wechsel, Schecks und Schatzwechsel» **verkaufen,** statt sie bloß ,in Pension zu geben'. Diese letztere sogenannte «Diskontpolitik dient insbesondere der längerfristigen Bereitstellung von Zentralbankgeld»[569]. Im Klartext: sie dient der Erhöhung der «Reserven» der Geschäftsbanken, genau wie in den USA.

cc) Indirekte Geldschöpfung für die Geschäftsbanken

Sie erfolgt durch «Offenmarktgeschäfte» im selben Sinn und nach demselben Muster, wie sie auch die *Federal Reserve* tätigt. Diese Transaktionen werden nicht von einzelnen Geschäftsbanken angebahnt sondern von der *Bundesbank* selbst initiiert. «Als *Offenmarktgeschäft* im Sinne von § 15 BBankG [= Bundesbank-Gesetz] wird der An- und Verkauf bestimmter festverzinslicher Wertpapiere durch die *Bundesbank* für eigene Rechnung am offenen Markt bezeichnet. Geschäftspartner am offenen Markt sind in erster Linie die Kreditinstitute, aber auch öffentliche Verwaltungen sowie natürliche und

[567] *ROLF BENDERS/HANS G. NAGL* in: «Handelsblatt», 10.6.2010.
[568] Vgl. dazu *STERN* a.a.O., S. 144.
[569] Ebd. S. 167.

juristische Personen des Privatrechts, d.h. grundsätzlich jedermann.» Dabei «darf die *Bundesbank* „zur Regelung des Geldmarktes" - nicht etwa zum Zweck der Gewinnerzielung - Kaufgeschäfte über folgende Wertpapiere tätigen: Wechsel; Schatzwechsel; Schuldverschreibungen und Schuldbuchforderungen, deren Schuldner der Bund, eines seiner Sondervermögen oder ein Land ist, sowie andere zum amtlichen Börsenhandel zugelassene Schuldverschreibungen.»[570]

Offizieller Zweck der Übung ist «die Regelung des Geldmarktes», also die Schöpfung oder Vernichtung neues Geldes durch die *Bundesbank.* «Kauft» sie Papiere auf dem offenen Markt, tut sie das mit frisch geschöpftem Geld. Verkauft sie die Papiere wieder auf dem offenen Markt, kehrt Geld zu ihr zurück und wird dadurch «vernichtet», d.h. dem Wirtschaftskreislauf entzogen. Merken wir nur hier schon an, daß bei diesen schönen Transaktionen abwechselnd die *Bundesbank* und die Geschäftsbanken (oder auch andere «Investoren») zu Gläubigern des Staates - Bund oder Länder - werden. Dabei haben einmal die Geschäftsbanken, das andere Mal die *Bundesbank* selber das Geld, das ihnen der Staat angeblich «schuldet» und fortwährend mit Zigmilliarden zu verzinsen hat, per Federstrich aus dem Nichts herbeigezaubert!

Inoffizieller, nämlich von unserem hochgelehrten (und übrigens mutmaßlich jüdischen[571]) Gewährsmann diskret unterschlagener Zweck der Übung ist jedoch - exakt wie bei der *FED* - die durchschnittliche Erhöhung der «Mindestreserven» der Geschäftsbanken, auf daß sie **noch** mehr «Kredite» aus nichts zu «vergeben» vermöchten. Der Mechanismus ist derselbe wie oben bei der Behandlung der *FED* und des amerikanischen Bankensystems geschildert; seine Darstellung braucht also hier nicht mehr wiederholt zu werden.

dd) Bargeldbeschaffung fiir die Geschäftsbanken

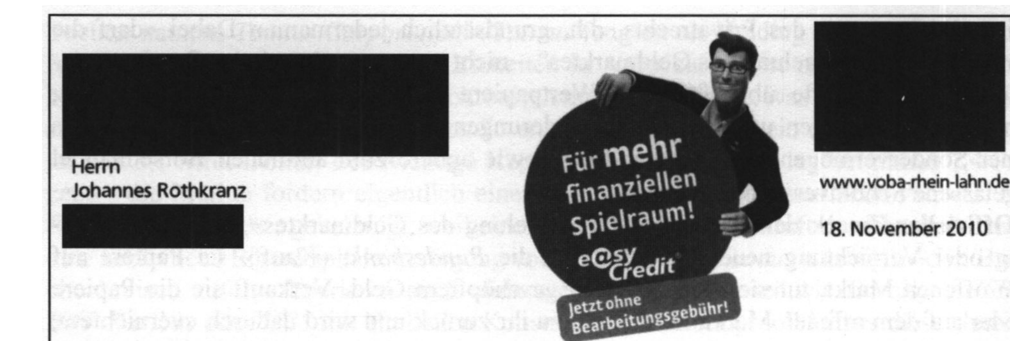
Das ist der *Bundesbank* bekannteste Aufgabe. Ginge es nach HELMUT CREUTZ und seiner Anhängerschaft, wäre es auch ihre einzige. Dabei weiß CREUTZ aber ganz genau, daß die Bargeldschöpfung der *Bundesbank* in einem krassen Mißverhältais zur (bei ihm) Kredit**«vergabe»,** sprich (in Wirklichkeit): «Kredit**»schöpfung** der übrigen Banken steht. Immer wieder streicht er heraus, wie wenig neues Geld die Banken alljährlich bei der *Bundesbank* «ausleihen», im Vergleich zu den bei ihnen vermeintlich «angelegten» und von ihnen auch vermeintlich wieder ausgeliehenen «Spar»geldvermögen. Begnügen wir uns mit folgender Kostprobe:

Es sind «die Kredite der Banken an die Nichtbanken um ein Vielfaches größer als die Kreditaufnahmen der Banken bei den Notenbanken. Und diese Differenz wird mit den ständigen Ersparnissen immer größer.» Konkret gesprochen: «Der Unterschied . . . wird auch deutlich, wenn man die acht Jahre von 1991 bis 1999 unter die Lupe nimmt: Während die Kredite der Banken in dieser Zeit im Jahresdurchschnitt um 336 Mrd. DM zunahmen (von 3 438 auf 6 129 Mrd. DM), wurde die Bargeldmenge durch die *Deutsche Bundesbank* im Jahresdurchschnitt nur um zehn Mrd. DM ausgeweitet (von 175 auf 255 Mrd. DM). Das heißt, die Kredite nahmen p.a. [= *per annum* = pro Jahr] rund 34-mal mehr zu als die Bargeldmenge. Von Ende 1996 bis 1999 ging die Bargeldmenge sogar leicht zurück, während die Kreditvergaben unverändert anstiegen.»[572]

[570] Ebd. S. 168.

[571] «Stern» ist einer der international häufigsten jüdischen Namen.

[572] *CREUTZ,* Das Geld-Syndrom . . . a.a.O., S. 64 bzw. 66f. - Vgl. ders., Die 29 Irrtümer . . . a.a.O., S. 240f: Es «überstiegen Ende 2000 die Bankkredite die Kredite der Notenbank sogar



Sehr geehrter Herr Rothkranz,

was schenken Sie sich selbst zu Weihnachten? Mit easyCredit, dem fairen Kredit der TeamBank AG, lassen sich Ihre Wünsche ganz einfach erfüllen: ein neues Auto, ein Traumurlaub, eine neue Ledercouch oder ein großer Full-HD-Fernseher. Natürlich können Sie mit Ihrem Wunsch-Betrag auch laufende Kredite zu einer fairen Rate zusammenfassen. Wie wäre es z. B. mit:

10.000,– € für Sie!

Auch ein anderer Betrag von 1.000,– € bis 75.000,– € ist möglich. Wir machen Ihnen gerne ein faires und individuelles Angebot. Ihr Wunsch-Betrag wird nach einer Sofortentscheidung direkt auf Ihr Girokonto überwiesen.



Profitieren Sie jetzt von den herausragenden Vorteilen des fairen easyCredit:

- **Ratenhöhe individuell bestimmbar**
- **Sondertilgungen und Ablösung jederzeit einfach möglich**
- **Faire und partnerschaftliche Begleitung in allen Finanzlagen**

OBEN: Ausschnitt aus einem dem Verfasser im Dezember 2010 - unverlangt - per Post unterbreiteten «/frecZ/fn-Angebot einer örtlichen Bank. Man beachte die hier per Pfeil und Unterstreichung hervorgehobene Behauptung, der Kredit werde «*direkt auf Ihr Girokonto überwiesen*». In Wirklichkeit gibt es da nichts zu «*überweisen*» - es wird bloß eine Zahl, z.B. 10 000, als Euro-Betrag auf dem Konto des «Kreditnehmers verbucht. Das ist alles! Man versteht, warum der sogenannte «*Kredit*» für die Bank so «*easy*» ist . . . Und warum sie es nötig hat, so viel von *ufair*» zu reden . . .

Natürlich resultiert dieses extreme Mißverhältnis zwischen Bargeldschöpfung der *Bundesbank* und Kredit«vergabe» der Geschäftsbanken aus keinem «Aufspar»effekt; der existiert nur in CREUTZens Phantasie. Vielmehr ist es Folge der gewaltigen Buchkredit**schöpfung** der Geschäftsbanken, die das Bargeld lediglich in dem Maße von der *Bundesbank* abrufen, in dem ihre Kunden die Auszahlung von Einlagen oder Krediten in bar verlangen. Die «Spareinlagen der Kunden, hierzulande ebenso kärglich wie in England, den USA oder wo immer sonst, dienen den deutschen Geschäftsbanken lediglich als Mindestreserve oder bleiben ggf. sogar gleich in der Kasse zu Wiederauszahlungszwecken liegen bzw. wandern sofort in den Geldautomaten![573]

um rund das Dreiundzwanzigfache. Geht man von den 60er- und 70er-Jahren aus, in denen die Notenbankkredite um ein bis zwei Prozent des BIP pendelten, dann waren die Kredite der Geschäftsbanken an ihre Kunden zeitweise sogar 50- bis lOOmal so groß wie jene Kredite, die die *Bundesbank* zur Geldversorgung an die Banken vergeben hatte.»

[573] *BISCHOFF* a.a.O., S. 307, auch er ganz in freiwirtschaftlichen Denkbahnen gefangen, fuhrt aus (Hervorh. original): «Obwohl also eine Zins-,*ßelohnung"* ansteht, wenn der Geldbesitzer *,ßir einen bestimmten Zeitabschnitt* auf die Liquidität seines Geldes zu verzichten bereit ist, müs-

Selbst das relativ «mickerige» Bargeld, das die *Bundesbank* in Umlauf gibt, kommt zum größten Teil als «Kredit» und folglich als Schuld in Umlauf, obwohl sie es aus nichts schöpft. Im einzelnen sieht das so aus:

«Die Münzen», stellt CREUTZ - diesmal zutreffend! - fest, werden in Deutschland wie auch anderswo «im Auftrag der Regierungen der Länder in staatlichen Münzanstalten geprägt und dann an die Notenbanken verkauft, die ihrerseits mit frisch geschöpftem Zentralbankgeld bezahlen.» Dieses Zentralbankgeld, aber auch nur dieses, nimmt der jeweilige Staat also schuldenfrei ein; auf ihm ruht keine Zinslast. Dafür kommt jedoch das an die jeweilige Zentralbank verkaufte Münzgeld seitens - in Deutschland - der *Bundesbank* natürlich nur als verzinslicher «Kredit» an die Geschäftsbanken in Umlauf. Die wiederum reichen diesen Kredit an ihre Kreditkunden zu nochmals kräftig erhöhten Zinsen weiter . . . Trotzdem bleibt wahr, daß letztlich die Münzen (oder halt ein ihnen entsprechender Betrag an Banknoten bzw. Buchgeld) schulden- und zinsfrei umlaufen.

Der Betrag solchen schuldenfreien Geldes, fährt CREUTZ fort, wird «z.B. in Deutschland als „Einnahmen aus dem Münzregal"[574] jährlich mit einigen hundert Millionen Euro in der Kasse des Finanzministers ausgewiesen. Allerdings kann der Staat die Münzen nicht nach Belieben prägen oder gar selbst in Umlauf setzen, sondern nur in dem Umfang, wie sie von der Notenbank jeweils angefordert werden. Dabei orientieren sich die Notenbanken vor allem an den Nachfragen der Banken, die sich wiederum an dem Bedarf ihrer Kunden orientieren.»[575]

Banknoten läßt die *Bundesbank* bei der *Bundesdruckerei* und/oder anderen Spezialdruckereien wie z.B. *Gieseke & Devrient* herstellen und «verkauft» sie den Geschäftsbanken gegen entsprechende Beträge ihrer Zentralbankguthaben = Mindestreserven. Dieser Vorgang ist indes kein wirklicher Verkauf, sondern - genauso wie in den USA - bei näherer Betrachtung ein bloßes Kreditgeschäft der *Bundesbank* mit den Geschäftsbanken. Denn die Mindestreserven, auch Zentralbankguthaben genannt, stellen ja ihrerseits immer nur von der *Bundesbank* oder den Geschäftsbanken selber als Kredit geschöpftes und den Geschäftsbanken (wieder) als Kredit zu Verfügung gestelltes «Geld» dar. Werden sie also gegen *Bargeld* eingetauscht, geht die Kredit- und Zinsbelastung einfach von den bisherigen Mindestreserven auf dieses neue Bargeld über. Die Geschäftsbanken

sen die Banken dennoch seiner Liquiditätsvorliebe weit entgegenkommen. Sie bieten ihm daher **Anlageformen** an, die **leicht liquidisierbar** [sie!] (in Bargeld umwandelbar) sind - **und vergüten ihm trotzdem einen Zins.** Die *Volkswagen-Bank* beispielsweise hat schon vor Jahren ein *„Plus Konto"* eingerichtet, von dem wie bei einem Girokonto alles Geld jederzeit abrufbar ist - und zahlt dennoch einen Zins (September 1998: 3 Prozent; bei einem Zinssatz von 4,1 Prozent für zehnjährige Staatsanleihen!).» ***BISCHOFFs*** Verwunderung würde sofort verfliegen, wenn er wüßte bzw. zur Kenntnis zu nehmen geruhte, daß die mit solchen Zinsen mühsam angelockten Spargelder deshalb so leicht «jedereit abrufbar» sind, weil die Bank sie 1) bloß als «Reserve» für ihre viele Male höhere Buchgeldschöpfung aus nichts braucht und 2) nötigenfalls für nur wenig höhere Zinsen bei der Zentralbank durch deren aus nichts erzeugte «Reserven» ersetzen kann.

574 «Regal» hat hier nichts mit einer Ablagefläche oder einem Ablagegestell für Waren oder Bücher zu tun, sondern kommt vom lateinischen Wort *«regalis»,* das soviel wie *«königlich»* heißt. Das heutige «Münzregal» ist nämlich das armselige Überbleibsel des ehemals rein **königlichen Vorrechts** zur Herausgabe allen Geldes überhaupt. Natürlich konnte der König, wenn er wollte, dieses Vorrecht auch an bestimmte Fürsten seines Reiches delegieren oder verpachten. - Die von *CREUTZ* korrekt zitierte Formulierung «Einnahme **aus** dem Münzregal» beweist übrigens auch schon die Falschheit der von *ROTHBARD* a.a.O., S. 62f aufgestellten Behauptung, die «Münzgebühr» bzw. die «Gewinne» aus der vielfach betriebenen Münzverschlechterung seien das «Regal»! In Wirklichkeit heißen diese Gewinne «Seignorage».

575 *CREUTZ,* Die 29 Irrtümer... a.a.O., S. 22f.

halten sich natürlich bei ihren Kreditnehmern für die auf diese Banknoten entfallenden Zinsen schadlos, so daß die Zinsbelastung am Ende von der «Wirtschaft» zu tragen ist.

Zwischen 1955 und 1980 schöpfte die *Bundesbank* etliche Zigmilliarden DM und brachte sie in Umlauf, indem sie damit sowohl Gold als auch US-Dollars «ankaufte». «Diese Dollarankäufe wiederum waren bis in die 70er-Jahre im Zusammenhang mit der Stützung des Dollarkurses erforderlich.»[576] Das heißt, die *Bundesbank* mußte künstlich «Nachfrage» nach den viel zu vielen Dollars halten, welche die *FED* geschöpft hatte, um den Vietnamkrieg zu finanzieren. Die künstliche Nachfrage sorgte dann dafür, daß der vorher gefallene Kurs des Dollars gegenüber der D-Mark wieder auf die in Bretton Woods vereinbarte «Norm» stieg.

Nun sollte man meinen, die dadurch geschöpften DM-Scheine wären zinsfrei in Umlauf gekommen, weil sie ja nicht, wie sonst, an die Geschäftsbanken bloß **verliehen,** sondern zum **Kauf** von Gold und Devisen verwendet wurden. Das war auch, bezogen auf Deutschland, tatsächlich der Fall. Beim Kauf von Gold sowieso. Beim Kauf von Dollars insofern, als diese Dollars zwar in den USA nur als verzinsliches Schuldgeld geschöpft und in Umlauf gebracht worden waren, was aber hierzulande ohne Belang war. Inländisches Schuldgeld läuft immer im Ausland schuldenfrei um - und umgekehrt! Beim Schuldgeld verhält es sich nämlich gerade andersherum als bei der Volksweisheit, die da lautet: «Den Letzten beißen die Hunde.» Beim Schuldgeld beißen immer nur den Ersten, d.h. den Kreditnehmer bei der Geschäftsbank, die Hunde! Sobald er sein geliehenes Schuldgeld irgendjemand anderem als Bezahlung in die Hand drückt, ist dieser andere stolzer Besitzer von **für ihn persönlich** schuldenfreiem Geld!

Dank der damaligen Gold- und Devisenkäufe der *Bundesbank* liefen daher noch im Jahre 2004 rund 25 Prozent des Bargeldes (worin freilich die ca. 5 % Münzgeld enthalten waren) zinsfrei um! Das sieht im ersten Moment so aus, als wäre es viel. Wenn man aber bedenkt, daß, wie weiter oben schon ausgeführt, das von den Geschäftsbanken immer nur als verzinslicher Kredit geschöpfte Buchgeld 97 % unserer **gesamten** «Geldversorgung» ausmacht, dann verblaßt der Anteil des zinsfrei umlaufenden Bargeldes, ob nun bloß Münzen, oder auch Banknoten, an der Geldmenge insgesamt zur schieren Bedeutungslosigkeit, beträgt er doch weniger als 1 Prozent!

ee) Geldverknappung zugunsten der Geschäftsbanken

Dazu stünde der *Bundesbank,* wenn ihre Hintermänner denn wollten, jederzeit dasselbe Instrumentarium zu Verfügung wie der amerikanischen *FED* und anderen Zentralbanken. Sie hat jedoch davon nie ernstlich Gebrauch gemacht, aus denselben schon genannten Gründen, aus denen die *FED* seit 1929 darauf «verzichtete». Auch die D-Mark war wegen ihrer *relativen* «Stabilität» eine Reservewährung, und zwar die nach dem US-Dollar wichtigste weltweit. Ihre jähe und massive Verknappung hätte daher, ähnlich wie diejenige des US-Dollars, international schwere wirtschaftliche Turbulenzen erzeugt, die dem strategischen und taktischen Vorgehen der Führungsspitze der «Synagoge Satans» (Apk. 2,9; 3,9) mehr geschadet als genutzt hätten.

ff) Manipulation von Devisenkursen

Damit war die *Bundesbank* beinahe ständig beschäftigt, solange sie durch das Abkommen von Bretton Woods die Pflicht hatte, den Kurs des Dollars gegenüber der D-Mark konstant zu halten. Bald nach 1973, als keine festen Wechselkurse zwischen dem US-

[576] Ebd. S. 239; vgl. auch S. 23.

Dollar und den übrigen Währungen der Welt mehr existierten, spielte sie die Hauptrolle beim Bemühen, die Währungen der Mitgliedsländer der *EWG* nur noch innerhalb einer bestimmten Bandbreite, der sogenannten «Währungsschlange», gegeneinander schwanken zu lassen. Das wiederum diente natürlich unmittelbar der Vorbereitung der europäischen Währungsunion, und die wiederum diente als Sprungbrett für die inzwischen zumindest ansatzweise bereits erfolgte politische Vereinigung Europas, aus der demnächst die Weltrepublik des Antichristen, d.h. des jüdischen Pseudomessias werden soll, den die PROTOKOLLE als «König» der Welt bezeichnen. Um uns nicht unnötig vom eigentlichen Thema, der Staatsverschuldung, zu entfernen, soll es hier bei diesen Andeutungen bleiben.

j) Die Rolle der deutschen Geschäftsbanken

Auch in Deutschland bilden *Bundesbank* und Geschäftsbanken ein fein aufeinander abgestimmtes Doppelgespann. Hinter der mit riesigem Medienrummel aufgezogenen und aufrechterhaltenen Fassade der *Bundesbank* schöpfen die Geschäftsbanken die erdrükkende Masse allen Geldes unbar als Buchgeld«kredite» aus nichts und kassieren darauf gewaltige Zins- und Zinseszinsgewinne. Von denen wird natürlich nur ein Bruchteil *offiziell* als «Überschuß» ausgewiesen und *offiziell* an die Bankeigentümer ausgeschüttet. Wozu gibt es die Möglichkeit, die Bankengewinne steuerfrei in Unternehmensbeteiligungen (bis hin zu vollen 100 %) zu «investieren», was seitens der deutschen Banken seit eh und je im großen Stil geschieht[577]? Und dann solange zu warten, bis man sie (wie seit 2002 der Fall!), steuerfrei wieder verkaufen darf[578]? Wozu gibt es zahllose weitere Steu-

[577] Vgl. dazu *HANS MARTIN BURY/THOMAS SCHMIDT,* Das Bankenkartell. Die Verflechtung von Geld, Macht und Politik, München 1996 passim, z.B. S. 168: Bereits auf dem 12. Deutschen Bankentag im März 1974 kritisierte der damalige Bundesfinanzminister (und spätere Bundeskanzler) HELMUT SCHMIDT wörtlich, einige Banken entwickelten **«einen zu großen Appetit beispielsweise auf industrielle Beteiligungen»,** weshalb die Bundesregierung es **«begrüßen»** würde, **«wenn einige große Banken in der Frage der Industriebeteiligungen eine Trendwende vollziehen wollten und wenn sie Überlegungen anstellten, wie sie ihren Beteiligungsbesitz beschränken oder gar zurückführen könnten»!** - Natürlich nutzte dieser Appell überhaupt nichts. 1995 wies (vgl. ebd. S. 33f) der Branchenführer, die heimlich ROTHSCHILD-kontrollierte *Deutsche Bank,* globusweit **offizielle** Beteiligungen an unglaublichen 735 Unternehmen aus, darunter auch etliche 1 OOprozentige; die zweitgrößte deutsche (?), nämlich die *Dresdner Bank,* verfugte **offiziell** über 541, die drittgrößte, die *Commerzbank,* über **offizielle** 250 Beteiligungen. Interessante Angaben zu den wichtigsten Beteiligungen der *Deutschen Bank,* der *Dresdner Bank,* der *Commerzbank* und der *Hypo-Vereinsbank* - darunter etliche Beteiligungen an anderen, kleineren Banken! - im Jahre 2000 macht auch *NÖLTING* a.a.O., S. 13 bzw. 189. Was sie **inoffiziell** noch darüber hinaus besaßen, entzieht sich natürlich unserer Kenntnis. Jedenfalls wurden alle diese Beteiligungen durch zigmilliardenschwere Zinsgewinne bzw. ihnen vergleichbare «Renditen» im Investmentgeschäft erworben, die in den Bilanzen erst gar nie als Gewinne, sondern bloß als - steuerfreie - «Investitionen» aufschienen ... - Anderswo sieht es natürlich genauso aus. Drei Direktoren und ein Ex-Direktor der diskret ROTHSCHILD-gelenkten französischen Großbank *BNP Paribas* saßen 2010 in den Aufsichtsräten von zwölf der 40 größten börsennotierten französischen Unternehmen, zwei dieser vier Herren als gleichzeitige Aufsichtsräte der belgischen ROTHSCHILD-Großbank *Bruxelles Lambert* zudem noch in drei weiteren dieser 40 größten Aktiengesellschaften (vgl. *MICHEL LEBLANC* in: «Lectures françaises» n° 635, März 2010, S. 14f, wo auch alle Namen genannt werden). Natürlich saßen sie nur deshalb dort, weil sie die Interessen ihrer beiden Banken als **Anteilseigner** an all diesen Wirtschaftsgiganten zu vertreten hatten.

[578] Vgl. *NÖLTING* a.a.O., S. 220: «Die vom Finanzminister [HANS EICHEL] durchgeboxte Steuerreform begeistert die Konzernmanager. Danach sollen ab 2002 Veräußerungsgewinne aus Betei-

erschlupflöcher, wozu etliche Dutzend Steueroasen rund um den Globus, wenn nicht genau zu dem Zweck, die Hauptmasse der Bankengewinne vor dem - durch seine «Schulden» jederzeit erpreßbaren - Fiskus zu «retten» und vor den Augen des breiten Publikums zu verbergen?![579]

Ist die Naivität eines HELMUT CREUTZ echt oder doch bloß gespielt, wenn er ein ums andere Mal die Gewinne der Banken so sehr kleinredet, wie er nur kann? Liest er etwa keine Zeitung? Sind ihm die 25 **bis** 30 **Prozent Eigenkapitalrendite** der *Deutschen Bank* wirklich entgangen? Selbst weit weniger «erfolgreiche» Institute wie etwa die deutschen Landesbanken erzielen sogar in schlechten Zeiten weit mehr als die von CREUTZ lächerlicherweise kolportierten 1 bis 2 Prozent. «Die Eigenkapitalrendite ist mit durchschnittlich gut sechs Prozent sehr mager»[580], mäkelte 2011 die Finanzpresse am gemittelten Ergebnis aller deutschen Landesbanken herum, «*Crédit Suisse* bietet nur Schwarzbrot»[581], bekrittelte sie die immerhin mehr als dopppelt so hohen 13,4 Prozent einer eidgenössischen Großbank! Vielleicht ja deshalb, weil es natürlich - wie immer - erst das Ergebnis *vor* Steuern war, obwohl auch *nach* Steuern jedenfalls immer noch **sehr** viel mehr als die Creutzschen (maximal) «2 Prozent» übrigbleiben mußten. Im Noch-Krisenjahr 2010 zum Beispiel «steigerten die 500 größten börsennotierten Unternehmen Europas» - und dazu gehören zahlreiche Großbanken! - «ihre Nettoumsatzrendite . . . von 4,8 auf 7,3 Prozent - ein Plus von rund 50 Prozent. Bei den US-Konzernen stieg die Marge nur von 6,1 auf 7,2 Prozent. Die Nettoumsatzrendite zeigt an, wie viel vom Umsatz **nach Abzug aller Kosten und Steuern** als Gewinn bleibt.»[582]

Das war aber nur der Durchschnitt. Satte 25 **bis** 30 **Prozent** hingegen dürften es im vergangenen Jahrzehnt zumeist bei der *Deutschen Bank* gewesen sein, denn **die** zahlt hierzulande, wie wir weiter unten noch sehen werden, schon seit dem Jahr 2000 **gar keine** Steuern mehr! Und immerhin genau solche «13 bis 14 Prozent» *vor* Steuern, wie sie der *Crédit Suisse* einfuhr, sagte im Mai 2011 eine seriöse Studie solchen «Bankenriesen wie *JP Morgan, Citigroup, Bank of America* und *Morgan Stanley* in den USA, aber auch *Barclays, Deutsche Bank, BNP Paribas* und *Société Générale* in Europa» auch noch unter den (zumindest in der Theorie …) erheblich strengeren Eigenkapital-Anforderungen von Basel III voraus[583]. Das entspräche, da auch diese Häuser zumeist gar keine Steuern mehr zahlen, gemäß der 70er-Regel immer noch einer Kapital Verdopplung in nur fünf Jahren!

ligungen von Kapitalgesellschaften an Kapitalgesellschaften steuerfrei bleiben. Milliardenbeträge in den Bilanzen, die dort jahrelang als stille Reserven schlummerten, könnten so steuerfrei gehoben werden.»

579 Ygj jazuz b *DOHMEN* a.a.O., S. 27: «Noch in den Siebzigeijahren hielt eine Bank Kredite in den eigenen Büchern. Sie mußte jeden Kredit mit eigenem Kapital unterlegen [wiewohl bloß mit wenigen Prozent!], dementsprechend waren die Möglichkeiten der Kreditvergabe eingeschränkt. Um dieser Beschränkung zu entgehen, haben sich die Banken einiges einfallen lassen: Ohne daß der Kreditnehmer etwas davon erfahrt, verkaufen sie beispielsweise Hypotheken an Investoren: an Versicherungen, Pensionsfonds, Stiftungen oder andere Banken, die gerade Geld übrig haben. Oder sie übertragen Kredite - und das sind bisweilen mehrere Hunderttausend, im Wert von Milliardensummen - auf eine neue Gesellschaft an einem Ort, wo weniger strenge Aufsicht praktiziert wird als am Sitz der Bank selbst. Das heißt, die Banken machen gnadenlos Gebrauch von unterschiedlicher Regulierung. Sie verlagern ihre Schulden und Geschäfte [und Gewinne!] einfach in Zweckgesellschaften mit Sitz in weniger [oder gar nicht!] kontrollierten Steueroasen.» - Vgl. dazu im selben Sinne *MECHTERSHEIMER* a.a.O., S. 9.

580 *PETER KÖHLER/FRANK DROST* in: «Handelsblatt», 26.4.2011.

581 *TORSTENRIECKE* in: «Handelsblatt», 28.4.2011.

582 *ULF SOMMER* in: «Handelsblatt», 9.6.2011; Hervorh. hinzugefügt.

583 *ROBERT LANDGRAF* in: «Handelsblatt», 24.5.2011.

Oder ist CREUTZens bemitleidenswerte Naivität vielleicht seiner Ideologie geschuldet, die ihn dazu nötigt, irgendwelchen größtenteils gar nicht existenten «Anlegern» bzw. «Sparern» **jenseits** der Bankeneigentümer den Löwenanteil der Zinsgewinne anzudichten[584]? Fest steht: außer ein paar umständehalber und ausnahmsweise **extrem** erfolgreichen Unternehmern (an der Spitze hierzulande: die Gründer der /IW/-Ladenkette), ihren Erben (bekanntestes Beispiel hierzulande: SUSANNE QUANDT) oder ihrem fürstlich bezahlten Spitzenpersonal gibt es nur noch die Bankeneigentümer und die oft, wenn nicht zumeist dazugehörenden Vorstände und/oder Aufsichtsräte derselben Banken, die ihre direkten bzw. (in Form von Millionengehältern) indirekten Zinseinkünfte tatsächlich zu «sparen» vermögen, und zwar in enormer Höhe. Schon 1993 verfügte das eine einzige reichste Prozent der deutschen Bevölkerung über kaum glaubliche rund 50 Prozent aller privaten Geldvermögen[585]; das **können** zum überwiegenden Teil gar keine anderen Leute als die (Mit-)Eigentümer und Spitzenleute der Banken gewesen sein, denn **das aktuelle Schuldgeldsystem** läßt gar nichts anderes zu! Noch bezeichnender: Betrachtet man exklusiv jene deutschen Haushalte, die überhaupt irgendwelche Zinseinkünfte beziehen (und das waren schon 1983 nur 87 Prozent aller Haushalte[586]), so strichen im Jahre 1996 nur 2 Prozent innerhalb dieser 87 Prozent rund 32 Prozent und damit ein knappes Drittel «aller Zinsen und Dividenden» ein[587]. Erneut können das in der Hauptsache nur die Bankeneigentümer und Bankenvorstände[588] gewesen sein, und zwar die Inhaber der relativ **größten** Anteile bzw. die höchstbezahlten Spitzenkräfte.

[584] Z.B. *HELMUT CREUTZ* in: «Humanwirtschaft» Juni/Juli 2002, S. 36: «Die durchschnittlichen Sollzinsen, bezogen auf das gesamte Bankgeschäftsvolumen, lagen in den letzten 30 Jahren bei 7 % und die Habenzinsen bei 5 %. Die den Banken verbleibende Differenz betrug also nur 2 %, und das mit sinkender Tendenz. So lag im Jahr 2000 der Zinsüberschuß nur noch bei 1,6 % des Geschäftsvolumens. In konkreten Zahlen: Gesamter Zinsertrag der Banken 724 Mrd. DM, wovon 573 Mrd. an die Sparer und übrigen Geldgeber [???] gingen und 151 Mrd. DM bei den Banken verblieben. Nach Abzug der Bankkosten verblieben davon vor Steuern noch 33 Mrd. DM, also ein Zwanzigstel der Zinserträge.» - Wer so etwas glaubt, dem ist wohl kaum noch zu helfen, es sei denn, er beachtete gebührend den so harmlos daherkommenden Einschub **«und übrigen Geldgeber»** und verstünde es, ihn richtig zu deuten! In Wirklichkeit sind nämlich die angeblichen «Sparer und sonstigen Geldgeber» zum größten Teil die **Bankeneigentümer selber,** denn **sie** vergeben ja als «Kredite» **ihre eigenen Schöpfungen aus nichts,** und gerade **keine** «Spargelder»! Was sie dann, nach Abzug ihrer mehr als halben Billion DM an **persönlichen** Zinsgewinnen allein im Jahre 2000, als **«Bankkosten»** geltend machen, sind nochmals großenteils **«Investitionen»** in Unternehmensbeteiligungen und dgl. mehr. Von der gerade bei den größten Instituten gängigen Praxis massiver Gewinnverschiebungen in auswärtige Steueroasen, deren Höhe naturgemäß gar nicht in Erfahrung zu bringen ist, noch ganz abgesehen!

[585] Lt. *BISCHOFF* a.a.O., S. 41.

[586] Lt. *CREUTZ,* Das Geld-Syndrom ... a.a.O., S. 302.

[587] Lt. *BISCHOFF* a.a.O., S. 42.

[588] In Deutschland liegen die offiziell ausgewiesenen Gehälter der Bankvorstände oder Fondsmanager allerdings immer noch sehr niedrig, vergleicht man sie mit denjenigen in den USA. Für das Jahr 1999 liest man bei *NÖLTING* a.a.O., S. 178f: «HENRY M. PAULSON etwa, der Chef von *Goldman Sachs,* strich ein Jahresgehalt von stolzen 53 Millionen Mark ein. PETER KARCHES, JOHN J. MACK und PHILIP J. PURCELL (alle *Morgan Stanley Dean Witter*) erhielten pro Kopf rund 50 Millionen Mark. Und JAMES CAYNE von *Bear Stearns* kam immerhin auf 47 Millionen Mark. . . . Ein hochrangiger Investmentbanker verdient in der Regel 10 bis 15 Prozent dessen, was er an Erlösen für seine Bank hereinbringt.» Seitdem wurden jedoch noch ganz andere «Höhen» erklommen (siehe Fortsetzung des Hauttextes!). - Nach jüngsten Angaben der gewiß unverdächtigen *FED* selber besitzen die reichsten 10 Prozent der Amerikaner 71 Prozent sämtlicher (Geld- **und** Sach-)Vermögen, das reichste *eine* Prozent für sich allein jedoch bereits 38 Prozent; Umgekehrt entfallt auf die ärmsten 42 Prozent der US-Bevölkerung gerade einmal *ein* Prozent aller Vermögenswerte (vgl. «American Free Press», 23.8.2010, S. 8)!

Wer die Presse, insbesondere die Finanzblätter, aufmerksam liest, wird immer wieder auf entsprechende Belege stoßen. Hier nur ein paar wenige aus jüngerer Zeit:

* Auf der Generalversammlung der Schweizer Großbank *UBS* im April 2010 «kritisierten Anteilseigner neue Milliardenboni und warfen dem neuen Management vor, keine Lehren aus der Vergangenheit zu ziehen. Für Ärger sorgte insbesondere, daß die Bank für 2009 trotz eines Verlusts von 2,7 Mrd. Franken bereits wieder Milliarden für Prämien an Spitzenkräfte ausgab.»[589]
* Die heimliche ROTHSCHILD-Großbank *Morgan Stanley* verwandte im 3. Quartal 2010 gewaltige 3,7 Mrd. $ ihrer Quartalseinnahmen von 6,8 Mrd. $, also volle 54 % dieser Einnahmen, für die «Vergütung der Mitarbeiter», ein Budgetposten, «der auch die umstrittenen Boni umfaßt», die bekanntlich den Spitzenmanagern in Höhe von ein- bis zweistelligen Millionenbeträgen zugeschanzt werden, zuzüglich zum regulären Gehalt in ähnlicher Höhe! Im Vergleichsquartal 2009 hatte die «Vergütung» sogar 4,9 Mrd. $ der 8,5 Mrd. $ an Einnahmen betragen, eine Quote von 58 %! Beim ebenfalls ROTHSCHLLD-kontrollierten und ähnlich milliardenschweren «Konkurrenten» *Goldman Sachs* lag die «Vergütungsquote» zwar etwas niedriger, betrug aber im 3. Quartal 2010 immer noch 43 % der Einnahmen[590]. Im 1. Quartal 2011 waren es mit 5,2 Mrd. $ sogar 44 % der Einnahmen von 11,9 Mrd. $[591]. Was wollen alle diese Bankenvorstände anders mit dem warmen Geldregen, der sich vierteljährlich über sie ergießt, anfangen, als ihn großenteils wieder zu «sparen» und zins- oder renditeträchtig «anzulegen»?
* Tatsächlich entfällt ziemlich genau die Hälfte der «Vergütung» und damit rund ein Viertel der Gesamteinnahmen auf die millionenschweren «Boni» für das Spitzenpersonal. Das beweist die Praxis in der ROTHSCHILD-beherrschten Londoner City: «2009 schütteten die City-Banken sechs Mrd. Pfund an Boni aus - rund 26 Prozent der gesamten Einnahmen. Die Quote liegt zwar vier Prozentpunkte unter der des Jahres zuvor [da waren es also sogar 30 % gewesen!], aber deutlich über den 23 Prozent aus den Jahren 2005 bis 2007.»[592]
* Am klarsten tritt der Sachverhalt bei den Hedge-Fonds zutage. «Satte vier Mrd. Dollar (tatsächlich 4 000 000 000) hat der amerikanische Investor DAVID TEPPER im vergangenen Jahr verdient. Er führt damit einen Teil der Finanzbranche an, dem es trotz Krise so schlecht nicht geht: die Hedgefonds. Die 25 Spitzenverdiener bei dieser Art von Kapitalanlegern haben im vergangenen Jahr [2009] 25,3 Mrd. Dollar nach Hause geschleppt - im Durchschnitt mehr als eine Mrd. Dollar pro Kopf. Der Gesamtwert liegt sogar noch über dem vom Rekordjahr vor Ausbruch der Finanzkrise 2007.» Ja, da kommt Jahr für Jahr richtig viel «privates Anlagekapital» zusammen, das man bei den normalen «Sparern» nicht finden wird; immerhin bevölkern insgesamt knapp 10 000 Hedge-Fonds mit ebensovielen Managern den Erdball. . . TEPPER ist übrigens Talmudist, genauso wie (mindestens) die Herrschaften, die gleich nach ihm auf den Plätzen 2, 3, 5, 6 und 8 der Rangliste folgten, nämlich GEORGE SOROS mit 3,3 Mrd., JAMES SIMONS mit 2,5 Mrd., STEVE COHEN mit 1,4 Mrd., CARL ICAHN mit 1,3 Mrd. und JOHN ARNOLD mit 900 Millionen (im Vorjahr waren es noch 1,5 Mrd. gewesen!)[593].

589 Reuters-Meldung in: «Die Welt», 15.4.2010.

590 Alles lt. *CHRISTINE MAI* in: «Financial Times Deutschland», 21.10.2010.

591 Lt. *CHRISTINE MAI* in: «Financial Times Deutschland», 20.4.2011.

592 *MICHAEL MAISCH* in: «Handelsblatt», 28.6.2010.

593 *VIKTORIA UNTERREINER* in: «Die Welt», 3.4.2010, dort auch die Rangliste der ersten Zehn in Tabellenform unter der Überschrift «Hedgefondsmanager: Die Bestbezahlten des Jahres».

* Und hier noch eine Zahl, die aufhorchen läßt: «In den USA entfielen vor der Krise fast 30 Prozent der Unternehmensgewinne auf die Finanzindustrie, obwohl sie nur rund acht Prozent zur Wirtschaftsleistung beisteuerte.»[594] Nun wollen wir hier gar nicht näher untersuchen, worin denn eigentlich die «Wirtschaftsleistung» von Banken bestehen soll, deren Haupt«produkt» das bloße **Deklarieren** eben mal in den PC getippter mehrstelliger Zahlen mit einem Euro- oder Dollar-Symbol vorn oder hinten **als «Ausleihe» bzw. «Kredit»** ist. Daß diese Institute aber fast ein Drittel aller Gewinne einfahren, die von der Gesamtheit der (praktisch ausnahmslos hochverschuldeten!) Unternehmen überhaupt erzielt werden, bestätigt erneut eklatant unsere These. Zumal das ja nicht einmal die halbe Wahrheit ist! Denn nahezu alle Großunternehmen und erhebliche Teile des mittelständischen Unternehmertums sind doch an der Börse notiert. Und ihre Aktionäre sind **mehrheitlich** entweder Banken oder individuelle Bankeneigentümer. An die geht also nochmals ein erklecklicher Teil der offiziell ausgewiesenen «Unternehmensgewinne» in Form von Dividenden. Wieviel es tatsächlich ist, werden wir niemals erfahren, denn gerade die Großbanken lassen solche Dividenden wie auch andere Arten von Gewinnen vorsichtshalber gleich an ihre «Töchter» überweisen, die als reine Briefkastenfirmen in auswärtigen Steueroasen registriert sind - wir kommen noch zu den Einzelheiten! Deshalb ist auch die oben genannte Zahl «30 %» ein Muster ohne Wert und müßte realistischerweise wohl allermindestens auf 60 % erhöht werden. Womöglich sogar auf 80 bis 90 %, denn obendrein liegt die in den amtlichen Statistiken angegebene «Wirtschaftsleistung» der «Finanzindustrie», wie weiter oben schon berichtet, in Wirklichkeit nicht bei «acht», sondern bei **rund 20 Prozent,** in Europa übrigens genauso wie in den USA!

* Wer die Bankeneigentümer tatsächlich im einzelnen sind, bleibt zumeist verborgen, zumal es sich oft um verschachtelte, indirekte Besitzverhältnisse handelt. Die französisch-jüdische Fonds-Managerin ISABEL LEVY zum Beispiel hält seit 2008 in ihrem selbstgegründeten Fonds *Métropole Selection* Aktien der Londoner (ROTHSCHLLD-kontrollierten) *Barclays Bank* und der italienischen Großbank *Unicredit.* Die machten im September 2010 sieben bzw. sechs Prozent des zu diesem Zeitpunkt 436,4 Millionen Euro schweren Fonds aus[595], also rund 30 bzw. 26 Millionen Euro. Alle «Anleger» des Fonds waren infolgedessen mit jeweils sieben und sechs Prozent ihrer Einlagesumme Mitbesitzer dieser beiden Banken und kassierten indirekt, nämlich über den Fonds, entsprechende Bankenzinserträge. Die Namen der Anleger des Fonds und die jeweilige Höhe ihrer Anlagegelder unterliegen natürlich der Vertraulichkeit und sind nicht in Erfahrung zu bringen. Klar ist nur, daß Madame LEVY selber per Fondsgebühren ebenfalls indirekt von den Bankenzinserträgen profitiert.

* Immerhin weiß man, daß viele Spitzenmanager der Banken zugleich Mitbesitzer ihres eigenen Instituts sind. Denn die «Boni», welche diese Leute regelmäßig für ihre «Leistungen» erhalten, bestehen nicht selten entweder aus Aktien des eigenen börsennotierten Hauses oder aus Optionen, solche Aktien zu stark verbilligten Preisen zu beziehen. Eine diesbezüglich aufschlußreiche Meldung stammt vom Herbst 2010. *Goldman Sachs,* hieß es da, habe «Londoner Mitarbeitern einem TV-Bericht zufolge Aktien im Wert von mehreren Millionen Pfund überlassen. Damit wurde die von der britischen Regierung eingeführte 50-Prozent-Sondersteuer auf Bankerboni über 25 000 Pfund umgangen … Die Investmentbank hatte die Aktiengeschenke an 80 ihrer Londoner Top-Leute

[594] *OLAFSTORBECK* in: «Handelsblatt», 30.5.2011.
[595] Vgl. *CHRISTIAN KIRCHNER* in: «Financial Times Deutschland», 10.9.2010.

gegenüber der Zeitung *Guardian* mit der Begründung verteidigt, sie seien nötig, um die Manager an einem Wechsel zur Konkurrenz zu hindern.»[596]

* Natürlich gibt es auch Bankenbesitzer, die öffentlich als solche auftreten. Der Gründer der 2008 in Konkurs gegangenen, milliardenschweren isländischen Großbank *Glitnir,* JON ASGEIR JOHANNESSON, war zugleich ihr «Haupteigner»[597]. Die Wiener Jüdin SONJA KOHN war Gründerin und Inhaberin der Firma *Medici Finanzservice GmbH,* «die 2003 zur lizensierten Bank wurde», mit Frau KOHN als «Hauptaktionärin». Zusammen mit dem Großinstitut *Bank Austria* gründete die *Bank Medici* mehrere Investment-Fonds, die sie allerdings von der britischen Großbank *HSBC* verwalten ließ. Zwei jeweils unter dem Namen «Herald» geführte Fonds gingen Ende 2008 im Zuge der MADOFF-Betrugsaffare bankrott. Großes Pech für Frau KOHN, denn auch ihre *Bank Medici* mußte daraufhin schließen. Der Presse vertraute die Dame im Frühjahr 2011 an: «Meine Familie und ich waren die zweitgrößten Investoren in einem der *Herald*-Fonds. Noch im März 2008 haben wir unser privates Investment mehr als verdoppelt. Leider.»[598] Trotz dieses Pechs ein klarer Beleg dafür, daß Bankenbesitzer ihre schnell in die Millionen gehenden, für sie persönlich zinsfreien Renditen bzw. Gewinne (ob nun aus *prozentualen* Kreditzinsen oder aus ebenfalls *prozentualen* Gebühren für sog. Investment-Dienstleistungen stammend) natürlich «sparen» und sie u.U. sogar gleich wieder in der eigenen Bank oder deren Tochterunternehmen erneut renditeträchtig anlegen.

Demgegenüber sind die regelmäßig veröffentlichten Aufstellungen der *Deutschen Bundesbank* über die - extrem mickrigen - angeblichen Gewinne der hiesigen Banken nachgerade ideale Objekte für WINSTON CHURCHILLS berechtigten Spott: «Traue keiner Statistik, die du nicht selbst gefälscht hast.» Der englische Geldexperte REGINALD ROWE notierte schon vor rund sieben Jahrzehnten: «Die Banken veröffentlichen Rechnungsabschlüsse, aber keine Gewinn-und-Verlust-Rechnungen. Ihre Operationen werden weithin geheimgehalten, ihre Bilanzen lassen vieles unaufgedeckt. Durch ihre Fähigkeit zur Krediterzeugung können sie es immer so arrangieren, daß sie eine 15prozentige Dividende zahlen (was in etwa die Zahl zu sein scheint, die nach dem Urteil ihrer Vorstände die Öffentlichkeit noch nicht alarmiert), oder irgendeine andere üppige Dividende innerhalb vernünftiger Grenzen.»[599]

Unverkennbar erweist die *Bundesbank* den Geschäftsbanken nicht zuletzt auch *diesen* unschätzbaren Dienst, ihre *offiziell publizierten* Gewinne radikal auf ein völlig unscheinbares Maß herunterzurechnen bzw. die von den Banken selber bei ihr eingereichten, trügerischen Bilanzen[600] völlig unbesehen und unkorrigiert statistisch zu verarbeiten. Werden dann doch einmal die tatsächlich enorm viel höheren «Eigenkapitalrenditen» der Banken in Deutschland bzw. ganz Europa ruchbar[601], wird eilig darauf verwiesen, sie hätten diese Gewinne aber nicht im «traditionellen Bankengeschäft», sondern durch spekulative Operationen eingefahren.

596 *MARTIN SCHEELE* in: «Financial Times Deutschland», 4.10.2010.

597 *CLAUS HECKING* in: «Financial Times Deutschland», 29.9.2010.

598 *SONJA KOHN* im Gespräch mit *DANIEL AMMANN* in: «Das Magazin» (Beilage zum Zürcher «Tages-Anzeiger») Nr. 13/2011, S. 22; alle übrigen Angaben lt. *DANIEL AMMAN* ebd. S. 17-20.

599 Zit. n. *FAHEY* a.a.O., S. 55.

600 Obwohl die *hierzulande* rein formal als - theoretisch - aussagekräftigere Gewinn- und Verlust-Rechnungen angelegt sind.

601 Vgl. z.B. *REISEGGER* a.a.O., S. 169 Anm. 167: im Jahre 2001 saftige 18 % im Durchschnitt aller europäischen börsennotierten (= Groß-)Banken, sogar über 20 % bei den britischen Banken!

Verfangen kann das nur, wenn man nicht weiß, auf wie vielfältigen Wegen die Banken ihre offiziell ausgewiesenen «Gewinne vor Steuern» zu minimieren vermögen:

* Gründung von Zweckgesellschaften außerhalb der Bilanz mit Sitz in Steueroasen, so daß deren Gewinne dann auch in der Bilanz gar nicht aufscheinen und natürlich der Steuer entgehen. Dazu sagt der ehemalige Finanzminister und Bundeskanzler HELMUT SCHMIDT in seinen 2008 veröffentlichten Lebenserinnerungen: «Die allermeisten Hedgefonds, Private-Equity- und andere Zweckgesellschaften sind von Investmentbanken errichtet; sie alle bleiben außerhalb der veröffentlichten und geprüften Bankbilanzen und unterliegen keinerlei staatlicher Finanzaufsicht.»[602] Bleibt nur zu ergänzen: **Alle** größeren und **viele** kleinere deutschen Banken sind Geschäfts- *und* Investmentbanken *zugleich!*

* Gründung von - oft mehreren ineinander verschachtelten! - Dachgesellschaften (sog. Holdings) mit schlußendlichem Sitz in Steuerparadiesen; dort fallen dann die meisten oder gar alle Gewinne an, brauchen aber nicht versteuert zu werden[603]. Der russisch-jüdische «neue Milliardär» MICHAIL CHODORKOWSKI hat mit seiner Ölfirma *Yukos* vorgemacht, wie das geht: Er «blutete Tochterfirmen von *Yukos* dadurch aus, daß diese ohne jeden Gewinn an die Holdingstruktur verkauften. Damit erreichte er, daß in den russischen Firmen praktisch kein Gewinn anfiel, sondern nur in steuerbefreiten Offshore-Gesellschaften der Holding. Viele dieser Gesellschaften hatten überdies auch Minderheitsaktionäre, welche durch die Gewinnverschiebung um Dividenden gebracht und somit betrogen wurden [!!!]. In der Konsequenz wurden Ausführungs- und Zollbestimmungen verletzt. Allein aufgrund seiner Transfer-Pricing-Tricks hätte CHODORKOWSKI auch in den meisten westlichen Rechtsstaaten zwangsläufig verurteilt und ins Gefängnis geschickt werden müssen.»[604]

  Ja, aber nur dann, wenn er sich dabei dumm angestellt hätte bzw. allzu grobschlächtig vorgegangen wäre. Daß deutsche Großbankiers wegen - zumindest *im Resultat* - vergleichbarer Praktiken vor den Kadi gebracht worden wären, hat man seit der *Herstatt-Pleite* von 1974 nie mehr gehört. Sie haben ja auch oft genug gar keinen Anlaß, mit dem Gedanken zu spielen, Gewinne auf mehr oder weniger dubiose Weise ins exotische Ausland zu verschieben, bietet doch sogar das Inland immer wieder Möglichkeiten, die es nur ausfindig zu machen gilt. Etwa nach folgendem Muster: «Sie heißen *Zenon*, *Lupia* oder *Vermo*. Namen, die nach antiken Sagengestalten, Zauberern oder riesenhaften Urtieren klingen. Aber diese Fabelwesen sind real in der Deutschland AG[605]. Sie sind eher klein, zumeist nicht größer als ein Briefkasten. Die Rede ist von soge-

[602] *HELMUT SCHMIDT*, Außer Dienst - Eine Bilanz, Berlin 2008, hier zit. n. d. auszugsweisen Vorabdruck in: «Bild», 17.9.2008. - Vgl. *MECHTERSHEIMER* a.a.O., S. 9: «Nicht selten werden Kredite in Steuerparadiesen (Cayman Islands, britische Kanalinseln) geparkt, wobei die Profite am deutschen Fiskus vorbeifließen.» - Vgl. auch *MARK SCHRÖRS* in: «Financial Times Deutschland», 11.10.2010: «In Deutschland … hatten *Bundesbank* und Finanzaufsicht *BaFin* erklärt, sie hätten nichts tun können, als Banken immer mehr riskantes Geschäft in außerbilanzielle Zweckgesellschaften in Irland auslagerten.»

[603] Vgl. *REISEGGER* a.a.O., S. 205: «Eine Holding selbst hat weder Produktions- noch Handelsaufgaben, sondern ist meist eine reine Finanzierungs- oder Verwaltungsgesellschaft ohne Geschäftsbetrieb. Häufig verlegen Unternehmen ihre Holding in eines der vielen Steuerparadiese, um ihre Gewinne zu steigern.»

604 *PETER HÄNSELER* in: «Weltwoche» Nr. 42/2010, S. 59.

[605] Gemeint ist das undurchdringliche wechselseitige Beteiligungsgeflecht der damals (1996) vier deutschen Großbanken und zwei Versicherungsriesen samt ihren zahllosen Ausfransungen.

nannten Vorschaltgesellschafiten, gegründet zum Zweck, Anteile an Industrieunternehmen zu halten, Immobilien zu verwalten oder schlicht um Steuern zu sparen. . .. Zwar konnte *Dresdner-Bank*-Chef [JÜRGEN] SARRAZIN in der Hauptversammlung der Bank am 10. Mai 1996 bestätigen, daß die von der Bank jüngst erworbene britische Investmentbank *Kleinwort Benson* nicht direkt gehalten wird, sondern „aus rein steuerlichen Gründen" [!!!] über eine Tochtergesellschaft, aber deren Name war dem *Dresdner-Bank-Chef* just entfallen. „Jetzt muß mir nur noch einer den Namen sagen", bat er um Verständnis. Als ihm fleißige Zuarbeiter einen Zettel zuschoben, stellte er sichtlich überrascht fest: „Oh, das sind ja sogar zwei." Hundert Prozent der Anteile von *Kleinwort Benson* hält die *Dresdner Investment UK*, führte er aus, und die wiederum, so SARRAZIN weiter, „wird gehalten von der, wie heißt die, das ist ja unaussprechlich! Zeon, nein *Zenon".»*[606]

Das funktioniert im Prinzip überall auf dem Globus in ähnlicher Weise. Auch der ROTHSCHILD-kontrollierte (vgl. Bd. 1/2) US-Konzern *General Electric (GE)* bediente sich z.B. im Jahre 2010 einer vergleichbaren Methode. «Ein Bericht der *New York Times* merkte kürzlich an, daß *GE* gegenwärtig keinerlei Einkommenssteuern an den Bund zu zahlen braucht - obwohl die Gesellschaft „weltweite Gewinne von 14,2 Milliarden Dollar" verzeichnete, „ein Steuergewinn von 3,2 Milliarden Dollar", während „5,1 Milliarden Dollar ihres Gesamtgewinns aus ihrer US-Tätigkeit stammen".» Der New Yorker Rechtsanwalt CARL PERSON erläuterte, wie *GE* das zuwegebrachte: «„Sie verlagern ihre Unkosten in die USA - obgleich sie in vielen anderen Ländern aktiv sind."» Mit anderen Worten: «*GE* schreibt also seine [sämtlichen, weltweit anfallenden] Unkosten in Verbindung mit seiner Tätigkeit in den USA ab, deklariert hingegen besteuerbare Gewinne nur in relativ steuergünstigen „Häfen" außerhalb der Vereinigten Staaten.»[607]

* Beteiligung an Hedge- oder sonstigen Fonds mit Sitz in Steueroasen, wo die Gewinne steuerfrei sind[608]. Im Januar 2010 drohte US-Präsident OBAMA als Konsequenz aus der jüngsten Bankenkrise an: «Es wird Banken nicht mehr erlaubt sein, Hedge-Fonds und Private-Equity-Fonds zu besitzen oder an ihnen Anteile zu halten.»[609] Die Ankündigung wurde sogar inzwischen verwirklicht, bleibt aber ohne durchgreifende Folgen, weil es für die US-Banken immer noch genügend Möglichkeiten gibt, das entsprechende neue Gesetz zu umgehen. Auch deutsche bzw. europäische Geldhäuser besitzen Hedge- und andere Kapitalanlagefonds oder sind daran beteiligt. Glaubt man dem Fachjournalisten ANDREAS NÖLTING, so befinden sich «die großen und mächtigen Fondsfirmen», obwohl es auch einige unabhängige gibt, sogar «meist im Besitz von Geschäfts- oder Investmentbanken»[610].

606 *BURY/SCHMIDT* a.a.O., S. 64ff.

607 *MARK ANDERSON* in: «American Free Press», 18.4.2011, S. 14.

608 Laut *DOHMEN* a.a.O., S. 98f suchten im ersten Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts «institutionelle Investoren wie Privatbanken [!], Stiftungen oder Pensionskassen händeringend nach Investitionsmöglichkeiten - ihr Anteil an Hedgefonds ist dementsprechend innerhalb einer Dekade [1998-2008] auf sechzig Prozent gewachsen, und reiche Privatpersonen machen nur noch knapp vierzig Prozent aus». - *CHANG* a.a.O., S. 6 unterstreicht: «Wo immer ein Hedgefonds ist, werden Sie eine Investmentbank finden, die in Abstimmung mit ihm operiert.» - Lt. *HODGSON BROWN* a.a.O., S. 233 waren im Jahre 2006 rund 80 Prozent der weltweit ca. 10 000 Hedgefonds sämtlich auf den Cayman-Inseln, einem idealen Steuerparadies, registriert!

609 Zit. n. *ROLF BENDERS/ASTRID DÖRNER* in: «Handelsblatt», 15.07.2010.

610 *NÖLTING* a.a.O., S. 252.

Beispiele dafür bildeten im Jahre 2000 der 130 Mrd. Dollar «verwaltende» britische Fonds *Mercury,* Eigentum der riesigen Investmentbank *Merrill Lynch,* oder der in den USA sitzende und ebenfalls viele Zigmilliarden schwere Fonds *Pimco,* 1999 erworben von der *Allianz*-Versicherung[611], die sowohl mit der *Deutschen* als auch mit der *Dresdner* wie auch mit der *Bayerischen Hypo- und Vereinsbank* jeweils per Überkreuzbeteiligung verflochten war. Relativ kleinere Fische aus jüngerer Zeit waren/sind dagegen der mit *Goldman Sachs* zusammenhängende Hedge-Fonds *Bayou Group* eines gewissen SAMUEL ISRAEL, der damit 2005 bankrottging und sich nach seiner Festnahme schuldig bekannte, «seine Investoren um mehr als 400 Mio. Dollar betrogen zu haben»[612], oder der im Jahre 2011 immerhin 14 Mrd. Dollar schwere Hedge-Fonds *York Capital* des Israelis JEREMY BLANK, der «seine Karriere 1999 bei *Morgan Stanley* begann»[613], so daß auch diese verdeckte ROTHSCHILD-Bank hinter ihm vermutet werden darf.

* Verwendung der jährlich erzielten Zinsgewinne zur stillschweigenden massiven Aufstockung des Eigenkapitals, um die steuerpflichtigen Gewinne so niedrig wie möglich zu halten[614].
* Auslagerung von Gewinnen in sogenannte «Spezialfonds», um Steuern zu sparen[615].
* Abschluß von spekulativen (und höchst einträglichen) Milliarden-Geschäften außerhalb der steuerpflichtigen Bilanzen[616].

[611] Vgl. ebd. S. 27f bzw. 212f.

[612] Bericht (dpa/asd) in: «Handelsblatt», 28.6.2010.

[613] *KATHRIN WERNER/SVEN CLAUSEN* in: «Financial Times Deutschland», 23.2.2011.

[614] Vgl. *RUSSELL LEE NORBURN,* The Federal Reserve System After Fifty Years. Hearings Before the Subcommittee on Domestic Finance of the Committee on Banking And Currency, House of Representatives. Eighty-Eighth Congress, Second Session, 1964, Volume 3. Concluding Statement [Das Federal-Reserve-System nach fünfzig Jahren. Anhörungen vor dem Unterausschuß für das heimische Finanzwesen des Banken- und Währungsausschusses, Repräsentantenhaus, Achtundachtzigster Kongreß, Zweite Sitzungsperiode, 1964, Band 3. Abschlußerklärung (Nachdruck Palmdale o.J.)], S. 2236f: «Das durchschnittliche ausgewiesene Gesamtkapital der *[FED-]* Mitgliedsbanken betrug 5,597 Millionen $ 1940 und 19,066 Millionen $ 1962. Das Verhältnis der veröffentlichten Dividende zum ausgewiesenen Gesamtkapital betrug 3,8 Prozent 1940 und 4,4 Prozent 1962. Obwohl viele andere Faktoren von Bedeutung waren, beliefen sich die einbehaltenen Gewinne der Mitgliedsbanken über diesen Zeitraum auf insgesamt 11,366 Milliarden $ und waren für den größten Teil des Zuwachses des Gesamtkapitals verantwortlich. Die 11,366 Milliarden $ zusätzliches Kapital, die zwischen 1940 und 1962 hereinkamen, stellen Gewinne dar, die über die von diesen Banken während dieser Periode veröffentlichten ausgezahlten Dividenden hinausgehen. Betrug nicht die tatsächlich erzielte Rendite auf Investitionen 1962 10,8 Prozent? Dieses Beispiel zeigt, daß das *Federal Reserve System* zu einem solchen Monstrum herangewachsen ist, daß der Durchschnittsbürger durch seine Finanzberichte irregeführt wird . ..»

[615] Vgl. *BURY/SCHMIDT* a.a.O., S. 68: Die namentlich in Deutschland sämtlich bankeneigenen (!) Investmentfonds verwalten auch «sogenannte Spezialfonds. Das sind Sonderfonds, beschränkt auf maximal zehn Anleger, die keine natürlichen Personen sind. Diese Anlageform wird von Banken [!], Versicherungen, Unternehmen, Vereinen, Pensions- und Unterstützungskassen, Stiftungen oder kirchlichen und karitativen Einrichtungen genutzt. Die Auslagerung von Vermögensteilen in Spezialfonds wird nicht zuletzt betrieben, um die Gewinnausweisung beliebig steuern zu können. Die Fondsanteile selbst werden in der Bilanz zum Buchwert ausgewiesen [!], Wertsteigerungen, Zins- und Dividendenerträge werden dann ausgeschüttet, wenn es steuerlich paßt [!] und zur optischen Aufbesserung des Jahresabschlusses aus Sicht des Managements opportun scheint.»

[616] Vgl. *REISEGGER* a.a.O., S. 34 (Hervorh. original): «... wird es den Leser kaum wundern, wenn er erfahrt, daß diese Derivatgeschäfte [der Banken] *gänzlich außerhalb der Bilanzen* gefuhrt

Im Lichte all dessen ist umso bezeichnender, welche gewaltigen Gewinne z.B. die US-amerikanischen Banken bereits in ihrem «traditionellen» Kreditschöpfungsgeschäft machten, noch ehe die *FED*, noch ehe die modernen Steueroasen, noch ehe aber auch so potente Spekulationswerkzeuge wie Derivate überhaupt existierten! Anfang September 1912 saßen die mittlerweile knapp 7 400 Nationalbanken der USA mit einem Eigenkapital von zusammengenommen knapp 1,05 Milliarden Dollar auf einem nicht ausgeschütteten «Überschuß» von gut 700 Millionen plus ebenfalls «nicht zugeteilten Gewinnen» von fast 243 Millionen, während sie immer noch eine üppige Jahresdividende von 11,66 %, also ungefähr 117 Millionen ausschütteten[617]! Wie man leicht ausrechnen kann, hatten sie somit trotz alljährlicher Dividendenausschüttung an ihre Eigentümer in den 48 Jahren seit der Gründung der ersten Nationalbanken (zu denen ab 1864 jährlich viele neue hinzukamen - noch Anfang 1911 waren es z.B. erst 7 140 und damit fast 260 weniger als im 3. Quartal 1912 gewesen!) insgesamt ihr Eigenkapital fast verdoppelt - im wesentlichen durch das «bloße» Kreditgeschäft.

Doch diejenigen unter ihnen, die auf die längste Unternehmensgeschichte zurückblikken konnten, vermochten noch ganz andere Erfolge zu vermelden! So hatte etwa die *First National Bank of New York City* in dem knappen halben Jahrhundert ihres Bestehens - nach Aussage ihres Präsidenten vor einem Untersuchungsausschuß des US-Kongresses - sage und schreibe 172mal soviel Gewinn eingefahren wie sie ursprünglich an Eigenkapital besaß!!![618] Daß sie dieses umwerfende Resultat mit alljährlich lediglich 1,6 Prozent oder noch weniger (!) Rendite «vor Steuern» (!) erwirtschaftet hätte, das wider alle mathematische Evidenz zu glauben überlassen wir Herrn CREUTZ[619] und seinen treuesten Paladinen. ..

Wir überlassen ihnen auch den von der tagtäglichen Berichterstattung der Finanzpresse permanent *ad absurdum* geführten Glauben, die deutschen Banken, insbesondere die insgeheim ROTHSCHILD-kontrollierten Großinstitute, erzielten in den letzten Jahren mit bloß noch 1 bis 2 Prozent gerade mal ein Drittel, Viertel, Sechstel, Zehntel oder gar Zwanzigstel (!) jener Eigenkapitalrenditen, die in den USA von den dortigen jüdischen bzw. ROTHSCHILD-Großgeldhäusern eingefahren wurden und werden. Selbst im aktuellen Tief nach der gerade erst überstandenen Bankenkrise verzeichneten die drei heimlichen US-ROTHSCHILD-Giganten *JP Morgan Chase, Bank of America* und *Citigroup* im 2. Quartal 2010 immer noch eine Eigenkapitalrendite von 3,0 bzw. 5,18 bzw. 6,30 Prozent; übertroffen wurden sie alle von dem ebenfalls mit ROTHSCHILD-Kapital arbeitenden Bankenriesen *Goldman Sachs*, der «lediglich 7,9 Prozent» erzielte und damit «deutlich unter dem langjährigen Schnitt von rund 20 Prozent» lag[620]! Im ersten Quartal 2000

werden, und zwar ganz „legal" oder scheinbar legal. ... Da diese „Geschäfte" ja ganz „legal" außerhalb der Bilanz getätigt werden, werden sie auch nicht versteuert.»

617 Lt. *LINDBERGH* a.a.O., S. 25f.

618 Lt. ebd. S. 83.

619 Der noch im Sommer 2010 erneut seinen unerschütterlichen Glauben an die *Bundesbank-Statistiken* bekannte (in: «Humane Wirtschaft» Nr. 3 [Mai-Juni] 2010, S. 21): Den «von der ... *Bundesbank* jährlich in ihren September-Monatsberichten veröffentlichten „Gewinn- und Verlustrechnungen der Banken" .. . sind nicht nur die den Banken verbleibenden und bereits angeführten geringen Zinsmargen zu entnehmen, sondern sogar, daß diese Margen, die über die ersten Jahrzehnte hinweg um zwei Prozent der Bank-Bilanzsumme schwankten, in den letzten 15 Jahren auf fast ein Prozent zurückgegangen sind!» - Etwas Lächerlicheres als diese Angaben der *Bundesbank* wird man schwerlich irgendwo finden.

620 *ROLF BENDERS* in: «Handelsblatt», 21.07.2010; die zum Artikel gehörige Tabelle, der die übrigen Zahlen entnommen sind, wies zwar irrtümlich für *Goldman Sachs* bloß 5,94 aus; die im

war die *Citigroup* übrigens sogar «nach *General Electric* das zweitprofitabelste Unternehmen der Welt»[621] gewesen ...

g) Zusammenfassung: Das Schuldgeldsystem in Deutschland

Es gleicht dem englischen oder amerikanischen wie ein Ei dem anderen und hat auch dieselben Auswirkungen, die uns der erst kürzlich verstorbene Fachmann RALF PRENGEL nachstehend vor Augen fuhrt. Ausgeklammert bleibt bei ihm lediglich die *bloß gelegentliche* und insgesamt *geringfügige* Swc/?geldschöpfung aus nichts durch die *Bundesbank* unmittelbar selber. Sieht man also einfachheitshalber davon ab, funktioniert das System so: Die Geschäftsbanken schöpfen ihre Kredite als reines Buchgeld aus nichts. Im Zuge dieser Schöpfung bzw. sofort danach geschieht der Reihe nach folgendes:

«Kredit wird Sichteinlage • Sichteinlage ist Giralgeld • Giralgeld wird Zentralbankgeld • Zentralbankgeld wird Bargeld in Form von Banknoten (nicht Münzen). Somit sind Banknoten nichts weiter als ein durch die Zentralbank verbriefter Kredit einer privaten Geschäftsbank, der durch den Umtausch in Noten transportabel gemacht worden ist. Da Giralgeld nichts anderes als eine Ansammlung der verschiedenen Formen von Kredit ist, werden auf alles Giralgeld permanent Zinsen fallig. Somit sind alle Banknoten mit einer permanenten Zinslast belegt. Daraus folgt: Banknoten sind kein Geld. Warum sind sie kein Geld? Weil sie nie zum Eigentum des Inhabers werden können, sofern er keine Bank ist. Denn wenn dem so wäre, stünden dem Inhaber als Eigentümer der Banknote auch die Zinsen zu, die auf den der Banknote zu Grunde liegenden Geldbetrag fällig werden. Das ist aber nicht der Fall. Die Zinsen fließen im wesentlichen an die per Kredit Giralgeld schöpfenden Banken.»[622]

Diese letztere Beobachtung, die außer PRENGEL noch niemand gemacht zu haben scheint, ist äußerst bemerkenswert. Wer so glücklich ist, von anderen (z.B. von seinem Arbeitgeber) als verzinslicher Kredit aufgenommenes Schuldgeld selber unverzinslich und schuldenfrei zu besitzen (z.B. als Monatslohn), kann zwar vielleicht ein wenig davon «sparen» und zur Bank zurückbringen. Er wird dafür sogar Zinsen bekommen, aber nie in der Höhe, wie sie die Bank auf dieses selbe Geld fortwährend vom ursprünglichen Schuldner einzieht! «Unser» Geld gehört uns also in diesem Sinne selbst dann nur «leihweise», wenn die Bank es nicht von uns persönlich als Kredit zurückfordern kann! Wir sind, wie PRENGEL richtig sagt, immer nur die **Inhaber,** nicht aber die **Eigentümer** dieser «Kreditbriefe», die sich ,Banknoten' oder ,Geldscheine' nennen!

Noch etwas hat PRENGEL hervorragend auf den Punkt gebracht: Die Rolle der *Bundesbank* als angeblich letzter Quelle des umlaufenden Geldes wird der breiten Öffentlichkeit bewußt völlig falsch dargestellt. Richtig ist, jedenfalls **im wesentlichen:** «Die Zentralbank schafft überhaupt kein Geld[623]. Sie nimmt lediglich durch Kreditschöpfung der

Text genannte Zahl war aber die zutreffende, denn es wurde eigens betont, *Goldman Sachs* habe die drei anderen «Konkurrenten» *übertroffen.* - Außer *Goldman Sachs* sind alle genannten Häuser Universalbanken wie die deutschen Kreditinstitute auch, d.h. ihre Rendite stammt teilweise aus dem Kredit- und teilweise aus dem Investmentgeschäft. Die Vergleichbarkeit ist also unbedingt gegeben, zumal auch die Bilanzierungsregeln international vereinheitlicht sind.

[621] *NOLTING* a.a.O., S. 258.

[622] *RALF PRENGEL* in: «Deutschland», Nr. 1/2 (Januar/Februar) 2005, S. 25.

[623] *PRENGEL* läßt hier freilich, wie schon gesagt, den normalerweise sehr geringen Anteil des Geldes außer acht, den die *Bundesbank* - wie weiter oben dargelegt - sehr wohl selber schöpft, allerdings immer zugunsten der Geschäftsbanken (oder sonstiger ROTHSCHILD-Interessen . . .). Tatsächlich dienen auch zumindest die mit großem öffentlichen Aufwand zelebrierten «Offen-

Geschäftsbanken geschaffenes Giralgeld entgegen, bewahrt einen Teil als Mindestreserven der Banken auf, die selbstverständlich Forderungen der Geschäftsbanken an die Notenbank bleiben, und tauscht den anderen Teil in Bargeld um. D.h.: Die Geschäftsbanken kaufen Bargeld durch Zahlung/Überweisung von [selbstgeschöpftem] Giralgeld.»[624] Damit sind letztlich die Geschäftsbanken, und nicht die *Bundesbank,* auch die Schöpfer des Papiergeldes, das die *Bundesbank* nämlich immer nur in ihrem Auftrag drucken läßt!

5) Die übrigen nationalen Zentralbanken

Sie haben natürlich jede ihre eigene Geschichte. Fast überall gingen sie aus dem Sektor der privaten Geschäftsbanken hervor, wurden in vielen Fällen zeitweise zum Schein «verstaatlicht», sind es mancherorts noch heute. Doch ihre Hauptfunktion ist stets dieselbe. Einerseits schirmen sie die ungeheuerliche Praxis der Geschäftsbanken, zinspflichtige «Kredite» aus nichts zu schöpfen, wirkungsvoll vor den Augen der Öffentlichkeit ab. Andererseits unterstützen sie vor allem die großen Geschäftsbanken in allen Bereichen ihrer Tätigkeit, auch und gerade bei der systematischen Verschuldung sämtlicher Staaten der Erde.

Gewisse Desinformanten wollen uns regelmäßig weismachen, die Zentralbanken seien entweder rechtlich oder faktisch Organe ihrer jeweiligen Regierung.

* HELMUT CREUTZ etwa gibt sich mit dem schönen Schein zufrieden, den die ROTHSCHILDS meist erst nach dem 2. Weltkrieg in vielen Ländern schufen, um ihre und der Ihrigen Spuren zu verwischen. Ihm zufolge «sind die heutigen Notenbanken ... in den meisten Fällen bereits öffentliche Einrichtungen. Das zeigt sich vor allem daran, daß die für sie geltenden Gesetze von der Öffentlichkeit bzw. den Regierungen ebenso festgesetzt werden wie die Besetzung ihrer leitenden Posten[625]. Ebenfalls ist in den meisten Fällen abgesichert, daß die erwirtschafteten Gewinne an den Staat fließen . . ,»[626]
* Der österreichische Ökonom FRIEDRICH ROMIG, ein Mann, den leider immer wieder die Angst vor der eigenen Courage einholt, faselt im Jahre 1997: «Unabhängige Notenbanken hat es noch nie gegeben, auch die *Bundesbank* war es nicht. Ihr Spielraum hing von der Regierung ab, sie war immer Instrument der Politik, selbst dort, wo sie gegen die Politik opponieren durfte.»[627]
* Bundesbank-Autor PETER BERNHOLZ wirft 1998 Nebelkerzen, indem er von den Zentralbanken jener ¿TCZ-Mitgliedsstaaten, die ab Januar 1999 die Währungsunion bilden

marktgeschäfte» («Geld-Auktionen») letztlich nur der Ablenkung des Publikums vom Wesentlichen und wären banktechnisch gesehen ohne weiteres verzichtbar, was übrigens das insoweit ehrlichere Nationalbankensystem der USA in dem halben Jahrhundert von 1864 bis 1914 hinlänglich bewiesen hat!

[624] *RALFPRENGEL* in: «Deutschland», Nr. 11/12 (November/Dezember) 2004, S. 42f.

[625] Das ist ein schäbiges Pseudo-Argument, denn auch alle **privat** organisierten Zentralbanken wie z.B. die *Bank von England,* die *Federal Reserve* oder die *Reichsbank* wurden ausnahmslos **durch Gesetz errichtet** (dies allerdings, wohlgemerkt, nur in Form einer **Konzession!)** und unterlagen bzw. unterliegen bis heute zahlreichen gesetzlichen Bestimmungen, auch und gerade hinsichtlich der Besetzung ihrer Führungsposten, müssen ihre Gewinne ganz oder teilweise an den Staat abführen etc.! Das geschah und geschieht jedoch einzig in ihrem eigenen Interesse, denn wenn dieser Schutzmantel der «Legalität» nicht bestünde, würde ja die breite Öffentlichkeit Verdacht schöpfen ...

[626] *HELMUT CREUTZ,* in: «Humanwirtschaft» Nr. 2 (März-April) 2006, S. 35.

[627] *FRIEDRICH ROMIG* im Gespräch mit «Junge Freiheit», 9.5.1997, hier zit. n. d. Nachdruck dieses Interviews in: «PHI», 27.5.2010, S. 167.

werden, rückblickend bis zum Jahre 1958 behauptet, sie seien «in den meisten Staaten für den größten Teil des zu behandelnden Zeitraums . . . praktisch Abteilungen des Finanzministeriums» gewesen[628].

Natürlich ist im PROTOKOLLARISCHEN Zeitalter nur das Gegenteil dessen richtig. Ganz allgemein stellt HENRY MAKOW fest: «Die Triebfeder der Neuen Weltordnung ist das Bestreben der Zentralbankiers der Welt, ihre riesige wirtschaftliche Macht in dauerhafte weltweite Einrichtungen politischer und gesellschaftlicher Kontrolle [sprich: in eine Weltregierung] zu übersetzen. Ihre Macht fußt auf ihrem Kredit-Monopol. Sie benutzen den Kredit der Regierung, um Geld zu drucken, und zwingen den Steuerzahler, ihnen Milliarden an Zinsen hinüberzuschieben. Zentralbanken wie die *Federal Reserve* tun so, als seien sie Einrichtungen der Regierung. Sie sind es nicht. Sie befinden sich im Privatbesitz von vielleicht 300 Familien. Es ist bezeichnend, daß die Mehrzahl dieser Familien jüdisch oder teilweise jüdisch sind. Ich bin ein nicht-praktizierender Jude, der glaubt, daß diese Situation für die Menschheit und für die Juden gleichermaßen tödlich ist.»[629] "

* Darüber, daß **alle** europäischen bzw. westlichen Zentralbanken mindestens bis zum 2. Weltkrieg Privatunternehmen waren, besteht weitgehend Einigkeit. Sowohl COOGAN[630] als auch COUGHLIN[631] bekräftigen es im Jahre 1935 bzw. 1936; nicht einmal CREUTZ leugnet es[632]; sogar *Bundesbank*-Autor HAROLD JAMES zitiert einen namentlich nicht genannten Redner der Liberalen, der 1889 oder 1890 im Berliner Reichstag wörtlich darauf hinwies, «daß in keinem größeren Kulturstaat, mit alleiniger Ausnahme von Rußland, eine ... Zentralbank besteht, die auf Landesmittel fundirt [sie] ist, sondern sie

628 *PETER BERNHOLZ,* Die Bundesbank und die Währungsintegration in Europa, in: *Deutsche Bundesbank* (Hrsg.), Fünfzig Jahre Deutsche Mark. Notenbank und Währung in Deutschland seit 1948, S. 773-833, hier: S. 775f.

629 *MAKOW* a.a.O., S. 37. Wir werden allerdings noch sehen, daß die Steuerzahler entgegen dem - hier leider auch von *MAKOW* geteilten - allgemeinen Köhlerglauben zu den Zinszahlungen eben gerade **nicht** herangezogen werden! Dies aber nicht etwa, weil die Zentralbankiers so «wohltätig» wären, sondern weil **das aktuelle Schuldgeldsystem** andernfalls nicht lange funktionieren könnte...

630 Vgl. *COOGAN* a.a.O., S. 207: «Der von ALEXANDER HAMILTON gewählte Name der „Bank der Vereinigten Staaten" [für die erste, nur kurzlebige Zentralbank der USA 1791] ist irreführend, genauso wie es die Namen „Bank von England", „Bank von Italien", „Reichsbank" etc. sind. Sie alle sind Banken in Privatbesitz, die nur so benannt werden, um den Uninformierten zu suggerieren, sie seien Regierungs-Einrichtungen ...»

631 Vgl. *COUGHLIN,* Money! Questions and Answers . . . a.a.O., S. 46: «Gleicht das *Federal Reserve System* vom Zweck her den gemeinhin so genannten „großen" Zentralbanken Europas? - Ja, Privatpersonen besitzen und manipulieren die in Privatbesitz befindlichen Zentralbanken Europas - die *Bank von England, Bank von Frankreich, Bank von Italien* und die *Reichsbank* . . .» - Vgl. weiter ebd. S. 115: «Werden die *Federal* /feserve-Banken mit den internationalen Bankiers identifiziert? - Ja. Die internationalen Bankiers oder Banken werden vornehmlich als Leiter der *Federal* Reserve-Banken der Vereinigten Staaten, der *Bank von England,* der *Bank von Frankreich,* der *Reichsbank,* der *Bank von Italien* und der Zentralbanken in praktisch jeder Nation der Welt aufgeführt. Alle diese Banken befinden sich im Besitz von Privatleuten, obwohl sie sich hinter Titeln verstecken, die sie so aussehen lassen, als wären sie im Besitz der Regierungen und Völker dieser Länder.»

632 Vgl. *HELMUT CREUTZ,* in: «Humanwirtschaft» Nr. 2 (März-April) 2006, S. 34: SILVIO GESELL schlug «vor rund hundert Jahren» die Einführung eines staatlichen Währungsamtes vor, «weil er diese Geldausgabe mit Recht als eine staatliche Aufgabe betrachtete und sie deshalb den damals als private Aktiengesellschaften organisierten und an Rendite orientierten Notenbanken entziehen wollte».

sind alle auf Privatkapital gegründet». Das war nicht etwa kritisch, sondern beifällig gesagt, und JAMES fahrt denn auch fort: «In dem Jahrzehnt nach der Jahrhundertwende beriefen sich auch die Sozialdemokraten . . . auf dieses Argument.»[633] Daraus folgt ohne Umschweife, daß noch 1910 sämtliche existierenden Zentralbanken außer der russischen[634] gemeinsame Unternehmungen der großen, **privaten** Geschäftsbanken des jeweiligen Landes waren, **und gar nichts sonst.**

* Daß die Zentralbanken nach dem 2. Weltkrieg trotz aller hier und da mit großem Getöse betriebenen «Verstaatlichung» ungehemmt dasselbe taten wie die nie auch bloß zum Schein verstaatlichte *FED,* ist bereits durch ein wohl kaum von ungefähr völlig in Vergessenheit geratenes Ereignis verbürgt, an das jedoch dankenswerterweise der neuseeländische Ökonom A. N. FIELD im Jahre 1957 erinnerte: «Die US-*Federal Reserve* wurde als ein solcher Erfolg betrachtet, daß die internationalen Finanziers auf einer Konferenz in Genua 1922 beschlossen, in allen Ländern Reserve-Banken [= Noten- oder Zentralbanken] zu errichten. Selbst das kleine Neuseeland wurde geheißen, sich dem zu fügen, und seine Politiker gehorchten pflichtschuldigst.»[635] Waren sie aber erklärtermaßen **nach dem Vorbild** der **privaten** *FED* konstruiert, konnten sie unmöglich dennoch «staatlich» sein!

* Der berühmte Historiker und innige Vertraute der ROTHSCHILD-Kabale CARROLL QUIGLEY beglückte 1966 die Öffentlichkeit mit seinem Wälzer *Tragedy and Hope - Tragödie und Hoffnung,* worin er ihr die jahrzehntelang hinter den Kulissen vorbereitete ‚Neue Weltordnung' schmackhaft zu machen suchte, was allerdings damals nicht den Beifall seiner Hintermänner fand[636]. Ihm zufolge waren die «internationalen Bankiers» die eigentliche Macht hinter den Zentralbankiers überall auf dem Globus. Wörtlich erklärte er:

Siehe Farbtafel 17

«Man darf nicht meinen, diese Leiter der wichtigsten Zentralbanken der Welt wären selbst wirkliche Mächte in der Weitfinanz gewesen. Sie waren es nicht. Vielmehr waren sie die Techniker und Agenten der vorherrschenden Investmentbankiers ihrer jeweiligen Länder, die sie hatten aufsteigen lassen und ohne weiteres imstande waren, sie wieder zu stürzen. Die wirkliche finanzielle Macht der Welt lag in den Händen dieser Investmentbankiers (auch „internationale" oder „Handels"bankiers genannt), die weitgehend hinter den Kulissen in ihren eigenen nichtöffentlichen, privaten Banken blieben. Sie bildeten ein System internationaler Zusammenarbeit und nationaler Vorherrschaft, das privater, mächtiger und geheimer war als dasjenige ihrer Agenten in den Zentralbanken.»[637]

[633] *JAMES* a.a.O., S. 38.

[634] Die jedoch gleich bei ihrer Gründung als «staatliches» Unternehmen im Jahre 1860 ebenfalls mit der Herausgabe von **verzinslichem Schuldgeld** begann und überdies die russische Regierung seltsamerweise nicht davor zu bewahren verstand, noch im selben Jahr Silber für 15 Millionen britische Pfund in Hamburg und London **leihen** zu müssen . . . (lt. *DEL MAR,* Money and Civilization . . . a.a.O., S. 313).

[635] *FIELD* a.a.O., S. 36.

[636] Sie unternahmen eiligst alles Erdenkliche, um das Buch wieder vom Markt zu nehmen und sogar die schon verkauften Exemplare wieder einzuziehen. Dennoch konnte es später von unabhängiger Seite nachgedruckt werden und ist bis heute erhältlich.

[637] *CARROLL QUIGLEY,* Tragedy and Hope, New York 1966, S. 326f, zit. n. *GRIFFIN* a.a.O., S. 475: «It must not be felt that these heads of the world's chief central banks were themselves substantive powers in world finance. They were not. Rather, they were the technicians and agents of the

Es ist gar nicht nötig, noch weitere Autoritäten zu zitieren. Unbestechlicher Indikator dafür, welche Länder der Erde über eine **wirklich** staatliche Zentralbank verfügen, sind **- die Staatsschulden!** Jede **wirklich** staatliche Zentralbank würde dem Staat unweigerlich **kostenlos,** also **schulden- und zinsfrei,** stets so viel Geld zu Verfugung stellen, wie er benötigte, um seine Aufgaben zu erfüllen. In welchem Land der Erde geschieht so etwas heute? **In keinem einzigen!** Nicht einmal in Norwegen, das nur deshalb staatsschuldenfrei ist, weil der Staat sich aus den gewaltigen Einnahmen des klugerweise **wirklich** (wiewohl inzwischen auch nur noch *zur Hälfte)* verstaatlichten Erdölgeschäfts zu finanzieren vermag. Wie lange noch, das sei dahingestellt...

Sind jedoch die Zentralbanken nirgendwo **wirklich** *staatlich,* dann sind sie notwendigerweise überall **wirklich** *privat.* Privat nicht unbedingt «organisiert», privat aber auf jeden Fall **beeinflußt, manipuliert, kontrolliert, gelenkt, beherrscht!** Von den endlos Geld aus nichts schöpfenden und dabei unvorstellbar hohe Zins- und Spekulationsgewinne anhäufenden privaten Großbanken.

Professor ECKHARD GRIMMEL war etliche Jahre lang Autor von Beiträgen für die - mehrmals umbenannte - Zeitschrift der Freiwirtschaftsbewegung *Der dritte Weg/Humanwirtschaft/Humane Wirtschaft.* Daß nicht die *Bundesbank* selber, sondern die von ihr betreuten Geschäftsbanken die Masse allen Geldes schöpfen, war ihm «dank» HELMUT CREUTZ zwar gänzlich unbekannt. Dennoch packte ihn die Wut, als das scheinbar «linke» bzw. «sozialistische», tatsächlich jedoch der kapitalistischen «fünften Gewalt» bis zur Halskrause verpflichtete Blatt *Franltfurter Rundschau* am 5. April 2001 heuchlerisch jubelte: «Bundesfinanzminister HANS EICHEL darf sich auf einen warmen Geldregen aus Frankfurt freuen.» Gemeint war die jährliche Ausschüttung der *Bundesbank*-Gewinne an den Fiskus. GRIMMEL reagierte mit folgendem Leserbrief:

> «Der Bericht erweckt den Eindruck, als sei die Kasse des Bundesfinanzministers durch Überweisung eines Betrages von 16,3 Milliarden DM seitens der *Bundesbank* jetzt wieder gefüllt. Tatsache ist aber, daß der Bund im Dezember 2000 mehr als 1,4 Billionen (1 400 Milliarden) DM Schulden hatte. Der namentlich nicht genannte Berichterstatter hat leider auch versäumt, folgenden essentiellen Fragen nachzugehen:
>
> «* Warum hat die *Bundesbank* den Bundesstaat eigentlich immer so knapp gehalten, daß dieser derart viele Schulden hat?
>
> «* Wie ist es möglich, daß die *Bundesbank* das Geld, für dessen Herstellung („Schöpfung") sie das gesetzliche Monopol hat[638], nicht an den Staat ausliefert, sondern es an die privaten Geschäftsbanken gegen niedrige Zinsen verleiht, damit diese es gegen hohe Zinsen weiterverleihen können, absurderweise auch an den Staat?
>
> «* Warum liefert die *Deutsche Bundesbank,* die eigenartigerweise keine staatliche Währungsbehörde, sondern nur eine „bundesunmittelbare juristische Person des öffentlichen Rechts" ist, das von ihr geschöpfte Geld nicht an den Staat aus, d.h. an die Bundesregierung, die Landesregierungen, die Gemeinden und an jeden einzelnen Bürger?

dominant investment bankers of their own countries, who had raised them up and were perfectly capable of throwing them down. The substantive financial powers of the world were in the hands of these investment bankers (also called „international" or „merchant" bankers) who remained largely behind the scenes in their own unincorporated private banks. These formed a system of international cooperation and national dominance which was more private, more powerful, and more secret than that of their agents in the central banks.»

[638] Stimmt nicht (siehe weiter oben)! Gilt nämlich nur für die Banknoten, nicht aber fur Münzen oder für Buchgeld, obwohl letzteres 97 % allen vorhandenen Geldes ausmacht!

«* Warum läßt sich der Deutsche [sie] Bundesfinanzminister immer wieder durch geradezu lächerliche Geldgeschenke von einigen Milliarden DM ruhigstellen, während die *Deutsche Bundesbank* die x-fache Geldmenge den privaten Geschäftsbanken zuleitet?

«* Warum merken der Staat, also wir alle, und die Staatsorgane, als Legislative, Exekutive und Judikative, nicht, daß ein dringender Bedarf für eine Reform des *Bundesbankgesetzes* besteht?»[639]

Obwohl dieser Leserbrief vermutlich der originellste war, den die *Frankfurter Rundschau* zu diesem Thema je erhalten hatte, «konnte» sie ihn, wie sie GRIMMEL schon einen Tag später mitteilte, «aus Platzgründen» «leider» **nicht** veröffentlichen ... Aber noch etwas geschah: Der ersatzweise Abdruck dieses Leserbriefs im genannten Freiwirtschaftsorgan war **auch dort** der **letzte** Beitrag des noch relativ jungen Professors! Und das aller Wahrscheinlichkeit nach keineswegs, weil er als Autor nicht mehr zu Verfügung gestanden hätte. Die «internationalen Bankiers» hinter den Bundesbankiers haben unverkennbar einen bemerkenswert langen Arm ...

a) Österreich

Die *Österreichische Nationalbank* ist **«eine private Aktiengesellschaft»,** teilt MATT MARSHALL, Autor eines Sachbuches über die *Europäische Zentralbank (EZB),* im Jahre 1999 mit[640]. Aktionäre sind natürlich die Banken des Landes, Hauptaktionäre die Großbanken. Besser gesagt, sie waren es, denn «der österreichische Staat soll seit Mai 2010 im Besitz von 100 Prozent der Anteilsscheine sein. Dennoch sitzen im Generalrat Vertreter von Privatbanken und der Privatwirtschaft, die sicher nicht gegen die Interessen privater Banken entscheiden werden.»[641]

b) Schweiz

Auch die eidgenössische *Nationalbank* ist **«auf Aktienbasis angelegt»,** wie sogar HELMUT CREUTZ im Jahre 2006 vermeldet[642]. Aktionäre sind wiederum die Banken des Landes, Hauptaktionäre die Großbanken.

c) Frankreich

«1803 verlangte NAPOLEON, daß private Bankiers eine Zentralbank nach britischem Vorbild errichteten - ein privates Unternehmen, bei dem die großen Banken Anteilseigner sein sollten und das mit der Ausgabe von Banknoten betraut werden sollte. Die 200 Anteilseigner bildeten die Generalversammlung der Bank und wählten ein fünfzehnköpfiges Exekutivorgan, den Generalrat.»[643] Schon drei Jahre später suchte der freimaurerische, aber eigenwillige Kaiser nachzubessern: er «ernannte einen Gouverneur und zwei stellvertretende Gouverneure als Leiter des Verwaltungsrates der Bank. 1936 dehnte die Volksfrontregierung die Kontrolle über die Zentralbank aus mit der Verfugung, daß künftig die Regierung die Mehrheit der Mitglieder des Gouverneursrates ernennen würde.

[639] *ECKHARD GRIMMEL* in: «Humanwirtschaft», Juni/Juli 2001, S. 46.

[640] *MARSHALL* a.a.O., S. 436 Anm. 26.

[641] *MORRIS* a.a.O., S. 84.

[642] *HELMUTCREUTZ,* in: «Humanwirtschaft» Nr. 2 (März-April) 2006, S. 35.

[643] *MARSHALL* a.a.O., S. 425f Anm. 1,

1945 schließlich verstaatlichte General DE GAULLE die Zentralbank rundweg. Die Gouverneure waren fortan Marionetten der Regierung.»[644] Letzteres ist natürlich blühender Unsinn, denn wären sie das tatsächlich gewesen, hätte Frankreich seitdem keinerlei Staatsschulden mehr . . . ! In Wirklichkeit waren sie reine Aushängeschilder, die verdekken sollten, daß sich an der - außer von 1940 bis 1944 - nie unterbrochenen rigiden Kontrolle des Instituts durch die Pariser ROTHSCHILDS kein Jota geändert hatte.

JERRY VOORHIS zitierte 1943 aus dem 1936 erschienenen Buch *Inside Europe* von JOHN GUNTHER, das somit die Verhältnisse unmittelbar *vor* der durch den Talmudisten und «Sozialisten» LÉON BLUM, den Anführer der Volksfrontregierung, vorgenommenen vorgeblichen «Verschärfung» der Kontrolle schilderte: «Frankreich wird in Wirklichkeit von einer Gruppe von rund 200 Bankiersfamilien [financial families] gelenkt, deren zentraler Überbau [central pediment] die *Bank von Frankreich* ist. Obwohl diese Bank das öffentliche Geld Frankreichs herausgibt und seinen Goldvorrat hält, ist sie eine private, keine staatliche Bank. Gemäß den Bestimmungen ihres Gründungspatents dürfen nur die 200 Anteilseigner mit den meisten Anteilen die Regenten wählen, welche die Bank absolut kontrollieren. ... Die Regenten der *Bank von Frankreich* kontrollieren entscheidend die Politik, weil sie durch Zurückhaltung von Krediten an das Finanzministerium jeden Premierminister stürzen können, der ihnen nicht paßt.» Die mit Abstand größten Anteilseigner waren aber unleugbar die Pariser ROTHSCHILDS. «Weiter führte GUNTHER aus, daß nur sechs der achtzehn Regenten Regierungsbeamte sind; die anderen zwölf umfassen sechs Vertreter der größten privaten Banken Frankreichs und sechs Vertreter vorherrschender französischer Industriezweige.»[645] Unter den sechs *direkten* Bankenvertretern wiederum saß immer ein ROTHSCHILD persönlich. Bis zu seinem Tode 1934 war das der damalige Chef des Pariser Hauses, EDMOND DE ROTHSCHILD[646], persönlich. Da die ROTHSCHILDS aber das *ganze* Bankensystem *dominierten,* bei dem wiederum die Industrieunternehmen - wie immer und stets **im aktuellen Schuldgeldsystem** - bis zur Halskrause «verschuldet» waren, wenn sie ihnen nicht gar per Aktien anteilig oder ganz gehörten, zeichnet sich klar genug ab, wer tatsächlich das Geldwesen Frankreichs in der Hand hatte . ..

Wenn also ab 1936 die Regierung «die Mehrheit» der Notenbankregenten lediglich **«ernannte»,** brauchte sich dadurch nicht einmal die bisherige Zusammensetzung des Vorstands zu ändern, denn man konnte ja anstelle neutraler Staatsfunktionäre Wirtschafts- und Bankenvertreter «ernennen», ihnen nötigenfalls sogar den Beamtenstatus verleihen, geradeso, wie man es zehn Jahre später bei der Schein-Verstaatlichung der *Bank von England* handhaben würde!

Das ganze 19. Jahrhundert hindurch - und bis zu ihrer Schein-Verstaatlichung im Jahre 1945 - behielt die *Banque de France* jedenfalls trotz staatlicher «Ernennung» gewisser ihrer Spitzenfunktionäre sogar ganz offiziell den Status einer Privatinstitution. ALEXANDER DEL MAR wartet mit folgenden interessanten Einzelheiten auf:

Das Startkapital «betrug 45, wuchs später auf 70 und 1806 auf 90 Millionen Francs. 1848 lag das Kapital bei *9\V** Millionen Francs, ihr gegenwärtiges (1886) Kapital beträgt

[644] Ebd. S. 134.

[645] *VOORHIS* a.a.O., S. 177. - Das Erscheinungsjahr von GUNTHERS Buch teilt *VOORHIS* nicht mit; es wird jedoch von *MULL1NS* a.a.O., S. 61 genannt.

[646] Lt. *MULLINS* ebd., der freilich irrtümlich aus dem Erscheinungsjahr von GUNTHERS Buch (1936) ableitet, das sei noch «Ende 1935» der Fall gewesen. - *VOORHIS,* der als Kongreßmitglied wohl kein «Antisemit» gescholten werden mochte, hat übrigens *diese* explizite Mitteilung GUNTHERS (EDMOND DE ROTHSCHILD «an der Spitze» des Regentschaftsrats der *Banque de France)* elegant unterdrückt.

182 Millionen Francs. Sie erhielt ursprünglich auf vierzig Jahre das ausschließliche Vorrecht zur Ausgabe von Noten in Frankreich[647]. Dieses Vorrecht wurde durch die Gesetze von 1806 und 1840 bis zum Jahr 1867, und durch dasjenige von 1852 bis zum Jahre 1897 verlängert. Es wurde versprochen, die Noten auf Verlangen in Münzen einzulösen. . . . Die Obergrenze der Notenausgabe betrug zuerst 150 Millionen Francs, wurde im März 1848 auf 350 Millionen erhöht, im April und Mai 1848 auf 452 Millionen, 1849 auf 525 Millionen, 1870 auf 1 400 Millionen, später auf 1 800 Millionen, im November 1871 auf 2 300 Millionen, danach auf 3 200 Millionen, und schließlich wurden alle Schranken fallengelassen.»[648]

Mit anderen Worten: Auf ein Eigenkapital von zuletzt schäbigen 182 Millionen durfte diese **rein private** Zentralbank, in welcher die französischen ROTHSCHILDS genauso das Sagen hatten wie ihre Londoner Vettern in der *Bank von England,* **beliebig viele** *Milliarden* an Banknoten «ausgeben», zinspflichtig! Selbstverständlich kamen aber noch weit mehr Milliarden Francs durch die Buchgeldschöpfung ihrer Anteilseigner, der großen Geschäftsbanken, deren weitaus größte wiederum die Rothschildsche war, in Umlauf.

In Band 1/2 (S. 471) wurde schon berichtet, daß die ROTHSCHILD-Vertrauten bzw. -Konsorten DAVID DAVID-WEILL und WILFRIED BAUMGARTNER in den 1950er Jahren nacheinander als Gouverneur an der Spitze der «verstaatlichten» Notenbank standen . . . Die heuchlerische «Verstaatlichung» wurde übrigens im Vorfeld der Gründung der *EZB* rückgängig gemacht, die *Bank von Frankreich* auch offiziell wieder in die **«Unabhängigkeit»** entlassen. Dies deshalb, weil gemäß dem ¿'^/-Vertrag von Maastricht die ganze *EZB* genauso «unabhängig» sein sollte wie die *Deutsche Bundesbank.* . [649]

d) England

Obwohl Großbritannien der *Europäischen Währungsunion* bis heute **nicht** beigetreten ist, schuf es dennoch rechtzeitig vor der Gründung der *EZB* alle Voraussetzungen dafür. Seit 1997 ist daher auch die - trotzdem weiterhin als «staatlich» *deklarierte! - Bank von England* «wieder» **«unabhängig» ..** ,[650]

e) Italien

Hier hatten noch bis Ende der 1970er Jahre «Privatbanken das Recht, Geldscheine mit niedrigem Nennwert [von] 100, 150 und 200 Lire selbst zu emittieren [auszugeben]»[651]. **Privatbanken** sind auch zu satten **95 Prozent die Eigentümer** der italienischen Zentral-

647 Nach anderen, vermutlich irrigen Angaben jedoch nur für Paris!

648 *DEL MAR,* Money and Civilization… a.a.O., S. 264.

649 Vgl. *STERN* a.a.O., S. 183: «Zu Recht fordert daher Art. 108 EGV i.V.m. Art 109 e Abs. 5 EGV, daß alle Mitgliedstaaten der *Europäischen Union* spätestens mit der Errichtung des *Europäischen Systems der Zentralbanken* ihren nationalen Notenbanken Unabhängigkeit zu gewähren haben.» Das *Europäische System der Zentralbanken* ist die Filialstruktur der *EZB.* - Vgl. auch *MARSHALL* a.a.O., S. 133: «Der Maastrichter Vertrag enthielt die deutsche Forderung nach Unabhängigkeit der Zentralbanken, und TRICHETS Aufgabe sollte es sein, im Laufe des Jahres 1994 die französische [Zentral-]Bank in die Unabhängigkeit zu führen.»

650 Ygi *MARSHALL* ebd. S. 371: «Einer der ersten Schritte der neuen *Labour*-Regierung bestand 1997 darin, die Zentralbank nach dem Vorbild der *Bundesbank* unabhängig zu machen - nach dem Vertrag von Maastricht eine Voraussetzung fiir den Beitritt zur Währungsunion.»

651 *STRIEGEL* a.a.O., S. 156.

bank *Banca d'Italia,* die allein sämtliche höherwertig bedruckten Geldscheine herausgeben darf. Dabei verfugt eine einzige Großbank, *Intesa San Paolo,* die trotz ihres frommen christlichen Namens so gut wie sicher unmittelbare ROTHSCHILD-Interessen vertreten dürfte, nach Angaben von PAOLO FRANCESCHETTI bereits über eine effektive Kontrollmehrheit[652]!

Entsprechend ihrem privaten Charakter hieß ihr Gouverneur bis vor kurzem MARIO DRAGHI[653]. Qualifiziert für diesen Posten hatte er sich nicht von ungefähr in London, wo er in den Jahren 2002-2005 als Vizepräsident an der Spitze der Europa-Niederlassung der jüdischen, inzwischen auch ROTHSCHLLD-gelenkten US-Großbank *Goldman Sachs* stand .. ,[654], ehe man ihn im Juni 2011 sogar an die Spitze der *EZB* hievte. Die hocheingeweihte Finanzpresse wußte auch, warum: «DRAGHI ist zwar ein Mann der leisen Töne. Aber seine Laufbahn garantiert ihm den **direkten** Zugang zu denen, auf die es **wirklich** ankommt.»[655] Wenn das keine Anspielung auf die ROTHSCHILDS war, was war es dann!?

f) Spanien

Die Bank von Spanien entstand Ende der 1830er Jahre durch Zusammenlegung zweier privater Notenbanken auf königliches Geheiß als **private Aktiengesellschaft.** DEL MAR schrieb über sie im Jahre 1886: «Ihr größter Vorteil ist, daß sie „sämtliche Geld-Transaktionen des Staates, sowohl als Zahlmeister wie auch als [Steuer- und Gebühren-] Eintreiber" (Korrespondent der Londoner *Times,* 1878) besorgt. Siebenundachtzig Prozent ihres Kapitals werden dafür verwendet, und im Gegenzug für diesen Gefallen (als den die Regierung das betrachtet), darf sie ihre Lizenz ungestraft verletzen. Die Regierung ernennt den Gouverneur der Bank und überläßt die Wahl der Direktoren den Anteilseignem.»[656]

Wie fast überall sonst, gaben im 19. Jahrhundert neben dieser Zentralbank auch die an ihr beteiligten größeren Geschäftsbanken Spaniens selber noch zusätzlich Geldscheine (sowie natürlich jede Menge Buchgeld!) aus. Die Geschäfte der privaten *Bank von Spanien* liefen aber nichtsdestoweniger so glänzend, daß ihre Anteile zu DEL MARS Zeit «Dividenden von 25 % pro Jahr» abwarfen[657]! Ob sie irgendwann später einmal «verstaatlicht» wurde, entzieht sich der Kenntnis des Verfassers. Sicher ist, daß sie in diesem Falle spätestens Mitte der 1990er Jahre, wie alle übrigen Zentralbanken der Eurozone, die das überhaupt noch nötig hatten, «wieder» **«unabhängig»** geworden wäre.

652 vgl *PAOLOFRANCESCHETTI* in: «Chiesa viva», Juni 2009, S. 17: «La *Banca d'Italia* è per il 95 per cento in mano ai capitali privati, overrosia *Intesa-San Paolo* [sic], *Generali, Monte dei Paschi di Siena,* ecc. ... La quota più rilevante è quella di *Intesa San Paolo* [sic] che è una vera e propria quota di controllo.»

653 Was übersetzt «Drachen» (Mehrzahl) bedeutet. «Drach» und «Drachen» sind laut *NELLY WEISS,* Die Herkunft jüdischer Familiennamen. Herkunft, Typen, Geschichte, Bern - Frankfurt am Main - New York - Paris - Wien 1992, S. 159 u. öfter geläufige jüdische Namen. Interessanterweise wurde er jedoch in der Presse (s. nächste Fußnote) ausgerechnet als «Jesuitenschüler» vorgestellt - ein schlauer Versuch, falsche ,Spuren' zu legen?

654 Lt. *KATHARINA KORT* in: «Handelsblatt», 12.5.2011.

655 «Handelsblatt», 19.4.2011; Hervorh. hinzugefugt.

656 *DEL MAR,* Money and Civilization ... a.a.O., S. 118.

657 Ebd.

g) Belgien

Die *Belgische Nationalbank* gehört zu genau 50 % dem Staat und zu 50 % den privaten Banken des Landes[658], was jedoch klarerweise auf eine Kontrolle durch die Banken, angeführt von der Rothschildschen *Groupe Bruxelles-Lambert,* hinausläuft.

h) Japan

Bereits in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts imitierte das japanische Bankensystem bis zu einem gewissen Grad das US-amerikanische. Zwar gab tatsächlich noch der Staat selber die Hauptmasse der Geld*scheine* (aber anscheinend kein *Buchgeld* . ..!) heraus; daneben fungierte jedoch eine erhebliche Zahl von «Nationalbanken» (33 im Jahre 1878) als Schöpfer von Yen-Banknoten.[659]

Immerhin gelang es der japanischen Regierung in der Folgezeit, wenigstens bis zum 2. Weltkrieg jede Auslandsverschuldung zu vermeiden. Doch die *angeblich* von ihr gegründete und *angeblich* «unabhängige Staatsbank»[660], anscheinend identisch mit jener *Industrial Bank of Japan,* die gleichwohl 1930 zu den **Gründungsmitgliedern** der Rothschildschen *BIZ* gehörte (siehe unten!), huldigte offenbar von Anfang an dem **Schuldgeld**-Prinzip! Das scheint sich jedenfalls aus der leider nicht eindeutigen Formulierung des Sachverhalts bei ELLEN HODGSON BROWN zu ergeben: Neue Industriebetriebe wurden ihr zufolge «mit zusätzlichen Geldern gefördert, die ebenfalls die Regierung geschöpft hatte.... Die von der Regierung dafür ausgegebenen Gelder überstiegen die jährlichen Steuereinnahmen bei weitem. Diese Gelder waren schließlich allesamt Regierungskredite - Geld, das intern geschöpft worden war, gedeckt durch den Kredit der Regierung, und nicht durch Schulden ausländischer Geldgeber.»[661]

Auch in den USA ist der Dollar offiziell «gedeckt» durch den «Kredit der Regierung», was aber dort bedeutet, daß ausschließlich die **privaten** Banken und ihre **private** *FED* ihn «schöpfen»! Sollte hier umgekehrt gemeint sein, der japanische Staat habe tatsächlich aus eigener Machtvollkommenheit «Kredite» vergeben, würde das zwar beweisen, daß Japan sich damals noch einer *relativen* Unabhängigkeit von den ROTHSCHILDS und ihrem Orbit erfreute, sich aber gleichwohl von ihnen bereits dahingehend hatte «beraten» lassen[662], Geld widersinnigerweise als **Schuld** (statt schlicht im Zuge der fälligen Begleichung staatlicher Rechnungen) in Umlauf zu bringen .. .

Heute gilt der japanische Yen als die drittwichtigste Währung der Welt. Die inzwischen in *Bank von Japan* umbenannte Zentralbank, die über ihn «wacht», ist bis zur Stunde vorgeblich in «staatlicher» Hand, genießt aber gleichzeitig «Unabhängigkeit»[663].

658 Vgl. *MORRIS* a.a.O., S. 83.

659 Alles lt. *DEL MAR,* Money and Civilization ... a.a.O., S. 395.

660 So *HODGSON BROWN a.a.O.,* S. 299.

661 Ebd.

662 Japan wurde bereits in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts eifrig und erfolgreich von ausländischen «Beratern» in die von den ROTHSCHILDS gewünschten währungspolitischen Bahnen gelenkt, so u.a. auch 1872 zur Akzeptanz des ausschließlichen «Goldstandards», dann, als sämtliche Goldmünzen dank Unterbewertung «leider» im westlichen Ausland verschwunden waren, zur ersatzweisen Einführung des «Silberstandards» bewegt (vgl. dazu im einzelnen *DEL MAR,* Money and Civilization . . . a.a.O., S. 392-396; namentlich erwähnt wird z.B. ein «Gen[eral]. GEO[FFREY]. B. WILLIAMS», der im Jahre 1877 als «Finanzberater des Mikado», also des japanischen Kaisers, fungierte)!

663 Lt. *STRIEGEL* a.a.O., S. 345.

Daß ihre «Staatlichkeit» längst nur noch Schein ist, läßt sich - siehe oben! - ohne weiteres aus der inzwischen **enormen Staatsverschuldung** Japans ersehen. Näheres dazu später.

i) Brasilien

Hier wurde 1809 in der Hauptstadt Rio de Janeiro eine Zentralbank errichtet. Und die hatte nichts Eiligeres zu tun, als das uns aus allen möglichen anderen Ländern nur Allzubekannte: «Sie brachte Papiernoten heraus, die sie **an die Regierung auslieh.** Dieses Papier wurde so rasch in Umlauf gebracht, daß es noch vor Ende des Jahres 1810 in den weit entfernten Bezirken auftauchte, wo die Goldminen lagen.»[664]

Brasilien war übrigens damals noch eine portugiesische Kolonie. Das erlaubt uns entsprechende Rückschlüsse auf die Verhältnisse in Portugal... Die Zentralbank überdauerte unangefochten die 1822 erlangte staatliche Selbständigkeit Brasiliens. Obwohl gesetzlich verpflichtet, nicht mehr an Noten herauszugeben als das Zweifache dessen, was sie an Münzreserven besaß, hat die Bank dieses Erfordernis, wie DEL MAR meint, höchstens «ein paar Jahre lang» respektiert, ehe sie 1864 offiziell davon befreit wurde![665]

j) Neuseeland

Wir haben schon gleich eingangs gesehen, wie eine offizielle Untersuchung des Währungssystems dieses relativ schwach bevölkerten Landes im Jahre 1956 ans Licht brachte, daß auch dort die Geschäftsbanken den Großteil des umlaufenden Geldes aus nichts per Bucheintrag schöpften, was sie zweifellos noch heute tun.

Bezüglich der sogenannten Reserve-Bank des Landes wurde in dem Bericht auf S. 13 (Abs. 157 c) festgehalten, daß sie **Kredite an die Regierung vergibt[666],** womit ihre **«Unabhängigkeit»** von der staatlichen Autorität bereits hinlänglich erwiesen ist. Keine Regierung der Welt würde es sich einfallen lassen, bei ihrer «eigenen» Notenbank um «Kredite» zu betteln, **wenn** sie wirklich die Herrschaft über diese Notenbank besäße.

k) China

Hier hatte die *Bank von England* im 19. Jahrhundert in Shanghai und Hongkong sozusagen Filialen gegründet, die als «Zentralbanken» galten[667]. Außerdem gaben «verschiedene Privatbanken» Geldscheine aus. In der relativ kurzen Zeitspanne von 1950 bis 1978 gehörte die *Volksbank von China* dem kommunistischen Staat, ehe auch das Bankenwesen des Landes wieder von der «Privatisierung» zu profitieren begann[668].

Erst im Jahre 1995 wurde die *Volksbank von China* offiziell zur Zentralbank des Landes erklärt, während sie sich vorher als «Nationalbank» bezeichnet hatte. Die chinesische Währung Renminbi oder Yuan ist «an den Dollar gebunden, und die chinesische Regierung hat die Kontrolle über den Wert ihrer Währung nicht aus der Hand gegeben», sagt ELLEN HODGSON BROWN. Das klingt widersprüchlich, denn wenn der Yuan an den

664 *DEL MAR,* Money and Civilization ... a.a.O., S. 135.

665 Vgl. ebd. S. 154f.

666 Vgl die auszugsweise Dokumentation bei *KNUPFFER* a.a.O., S. 213-218, hier: S. 213: «When the *Reserve Bank* makes a loan to the Government...

667 Vgl. HODGSON BROWN a.a.O., S. 299.

668 Lt. ebd. S. 308.

Dollar gebunden ist, steht, steigt oder fällt sein Wert doch notwendigerweise mit demjenigen des US-Dollars, so daß man meinen sollte, die chinesische Regierung hätte eben durch diese Dollarbindung sehr wohl «die Kontrolle über den Wert ihrer Währung» aus der Hand gegeben. Doch tatsächlich wird die «Bindung» gar nicht starr gehandhabt, sondern gelegentlich oder zeitweilig nach Art «flexibler Wechselkurse» gegenüber dem Dollar schrittweise neu eingestellt. «Zwischen 2005 und 2008 gestattete Peking dem „Volksgeld" eine deutliche Verteuerung zum Dollar. Insgesamt 21 Prozent durfte der Yuan in dieser Zeit zulegen - in streng kontrollierten Bewegungen.»[669] Damit war zwar ab Mitte 2008 Schluß; im Juni 2010 wurde jedoch die Dollarbindung des Yuan erneut «flexibilisiert», diesmal allerdings nur ganz geringfügig: «Einen Monat nach Bekanntgabe der Flexibilisierung war der Yuan-Kurs um weniger als ein Prozent gestiegen.»[670]

Für die chinesische Zentralbank gilt jedenfalls in jenen Phasen - wie zuletzt Mitte 2008 bis Mitte 2010 in denen der Yuan stur an den Dollar gekoppelt bleibt, genau das, was MATT MARSHALL salopp, aber zutreffend von fast allen Zentralbanken des Globus mit Ausnahme namentlich der *FED,* der *Bundesbank* (jetzt *EZB)* und der *Bank von Japan* sagt: sie sind dank der festen Bindung ihrer jeweiligen Währung an eine der drei Welt-Leitwährungen US-Dollar, DM (jetzt Euro) oder Yen «lediglich bessere Wechselkursanzeigetafeln»[671]! Allerdings bleibt dabei noch außer Betracht, daß die sogenannte «Geldmengensteuerung» in Wirklichkeit ohnedies nicht bei den Zentralbanken, nicht einmal bei der *FED, Bundesbank/EZB* oder *Bank von Japan,* sondern bei den sie konstituierenden oder zumindest straff kontrollierenden großen Geschäftsbanken liegt.. .

Daß in China längst dasselbe **Schuldgeldsystem** herrscht wie sonstwo auf dem Erdball, geht aus Pressenotizen hervor, die man leicht «überliest», etwa dieser hier: «Aus Angst vor Überhitzung der Wirtschaft, die 2010 um 10,3 Prozent gewachsen ist, schwenkte die [chinesische] Regierung nun auf eine vorsichtige Geldpolitik ein. Die **Kreditvergabe** wurde gebremst.»[672] Oder auch: «Die chinesischen Banken konnten ihren Gewinn im ersten Quartal [2011] kräftig steigern, obwohl die **Vergabe von Krediten** staatlich eingeschränkt worden ist. . . . Seit Oktober 2010 hat die Zentralbank . . . vier Mal den **Leitzins** und sieben Mal den **Mindestreservesatz** angehoben. .. . Trotzdem haben sich die Gewinne der Banken gehalten.»[673] Neues «Geld» wird somit im Reich der Mitte genauso als «Kredit», d.h. aber, als **Schuld** in Umlauf gebracht wie bei uns auch...

I) Irak

«... als die US-Streitkräfte 2003 den Irak mit ihren Furcht-und-Schrecken-Bombardements stürmten, war der erste amtliche Akt, den sie setzten, die Schaffung einer **[privaten]** Zentralbank, sobald sie Bagdad unter ihre Kontrolle gebracht hatten. Dem Journalisten SCOTT CREIGHTON zufolge „überschrieb" die US-geführte *Provisorische Koalitionsbehörde (CPA [Coalition Provisional Authority*]) im Irak „das dem Staat gehörende Zentralbankensystem privaten Bankeninteressen und brachte so den Irak auf Linie mit dem Netz privater Zentralbanken. Das geschah bereits am allerersten Tag der *CPA*-Kontrolle über den Irak." Heute, stellt R.D. BRADSHAW in [seinem Buch] *Das Geld und den Krieg verstehen [Understanding Money and War*] fest, „betreibt nunmehr *JP Morgan Chase*

669 *ECKERT* a.a.O., S. 99.

670 Ebd.

671 *MARSHALL* a.a.O., S. 149.

672 «HNA» (Kassel), 25.1.2011; Hervorh. hinzugefügt.

673 *FINNMAYER-KUCKUK* in: «Handelsblatt», 30.4.2011; Hervorh. hinzugefügt.

die irakische Zentralbank".»[674] *JP Morgan Chase* **ist bekanntlich eine der riesigen verdeckten US-ROTHSCHlLD-Banken ...**

Im Grunde genommen lebte hier jedoch lediglich eine alte, zwischenzeitlich abgerissene Verbindung wieder auf, teilt doch kein geringerer als der notorische ROTHSCHILD-Statthalter DAVID ROCKEFELLER selber mit: «Obwohl die *Chase* nur wenige direkte Geschäfte mit dem Irak abwickelte, unterhielten wir doch zu meiner Zeit eine anständige Korrespondenzbeziehung mit ihrer Zentralbank, der *Bank Rafidian.* Als die Iraker die diplomatischen Beziehungen zu den Vereinigten Staaten nach dem [israelischen] Krieg von 1967 abbrachen, blieb diese Beziehung eine der wenigen Verbindungen zwischen den beiden Ländern.»[675] Hatte der Irak aber schon damals eine mit den ROTHSCHILDS regelmäßig kommunizierende Zentralbank, dann war er auch schon damals dem **aktuellen Schuldgeldsystem** angeschlossen.

6) Die Europäische Zentralbank (EZB)

Sie nahm ihre Geschäftstätigkeit zum 1. Januar 1999 auf. Ihre unmittelbaren Anteilseigner sind die nationalen Notenbanken all jener Länder, welche die Währungsunion bilden. (Auf eine höchst bezeichnende Ausnahme von dieser «Regel» werden wir weiter unten noch zu sprechen kommen.) Mittelbare Anteilseigner sind folglich die an den nationalen Notenbanken entweder direkt beteiligten[676] oder sie indirekt kontrollierenden Geschäftsbanken.

Wie schon berichtet, waren alle nationalen Zentralbanken, die den Status scheinbarer «Staatlichkeit» innehatten, beizeiten offiziell, d.h. durch entsprechende Gesetzesänderungen, wieder für «unabhängig» erklärt worden, so daß sich die ganze *EZB* von allem Anfang an schönster «Unabhängigkeit» von den nationalen Regierungen, aber auch von der £f/-Kommission in Brüssel und dem ¿'{/-Parlament in Straßburg erfreuen konnte[677]. Besonders bemerkenswert: «Durch die £{/-Verträge hat ihre Unabhängigkeit verfassungsähnlichen Rang - mit höchsten Hürden für jede Veränderung. Damit ist der Status der *EZB* besser geschützt als der ihres amerikanischen Pendants, der *Federal Reserve.* Deren Unabhängigkeit kann vom Kongreß jederzeit durch ein einfaches Gesetz mit einfacher Mehrheit abgeschafft werden.»[678]

Ihre «Unabhängigkeit» geht so weit, daß keine Regierung in ‚Euroland' auch bloß noch Euromünzen in Umlauf bringen darf, ohne die *EZB* vorher um Erlaubnis zu bitten![679] Im Klartext bedeutet dies alles freilich nur, daß ihre Machenschaften keiner ande-

674 *V[CTOR THORN* in: «American Free Press», 18.4.2011, S. 11.

675 *ROCKEFELLER* a.a.O., S. 416.

676 So auch *STRIEGEL* a.a.O., S. 546: «Überdies ist die neugeschaffene *EZB,* im Gegensatz zur alten *Deutschen Bundesbank,* über die Privatbankenanteile an den nationalen Notenbanken, welche wiederum die Anteilseigner der *EZB* sind, teilweise in Privatbesitz europäischer Großbanken, und damit auch eine Privatbank mit Regierungsgewalt.»

677 Vgl. *BANDULET* a.a.O., S. 32f: Gemäß dem Vertrag von Maastricht ist die *EZB* kein Organ der *EU,* gemäß dem Vertrag von Lissabon ist sie doch wieder eines! Textlich unverändert blieb aber die entscheidende Bestimmung (Art. 108 im Maastrichter = Art. 130 im Lissabonner Vertrag), derzufolge sich alle Organe und Institutionen der *EU* nebst den nationalen Regierungen verpflichten, «nicht zu versuchen, die Mitglieder der Beschlußorgane der *Europäischen Zentralbank* oder der nationalen Zentralbanken bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben zu beeinflussen»!

678 *WOLFGANGPROISSL* in: «Financial Times Deutschland», 3.3.2011.

679 Vgl. *BERNHOLZ* a.a.O., S. 820: «Die *EZB* hat das ausschließliche Recht, die Ausgabe von Banknoten und Münzen zu genehmigen (Art. 105 a).» Bezug genommen wird auf Artikel 105 a des Vertrags von Maastricht.

ren Kontrolle unterliegen als deijenigen des finanziell allgewaltigen Hauses ROTHSCHILD und seiner Trabanten.

Abgesehen davon wollen wir ja keinen Augenblick lang vergessen, daß die wichtigste Funktion einer Zentralbank diejenige eines Sichtschutzschirms für die schwerst skandalöse «Kreditschöpfungs»praxis der Geschäftsbanken ist. Die *EZB* bildet da keine Ausnahme! Je mehr Getöse Politik, Massenmedien und die ganze «Fachwelt» um die Euro-Banknoten«schöpfung» der *EZB* veranstalten, umso sicherer bleibt ausgeblendet, daß diese Schöpfung erstens immer nur im Auftrag der Geschäftsbanken erfolgt und zweitens immer nur einen winzigen Bruchteil, nämlich ein armseliges Dreiunddreißigstel (!), der gesamten Schuldgeldschöpfung der Geschäftsbanken in reiner Buch- bzw. elektronischer Form ausmacht. . .

Um sich die ständige Aufmerksamkeit der interessierten, aber unwissenden Öffentlichkeit zu sichern, zieht die *EZB* «jede Woche rund zwei Fünftel der ausgegebenen Zentralbankgeldmenge zur Neuausgabe ein, was ihr in einem zunehmenden Umfang die Möglichkeit zu Korrekturen der Geldmengen und der Konditionen gibt»[680]. Die zweite Hälfte des gerade zitierten Satzes ist Bestandteil der offiziellen Desinformation. Es geht nämlich bei diesem eigentlich vollkommen lächerlichen Nullsummenspiel nur darum, vorzugaukeln, **alles** Geld komme von der trotz aller «Unabhängigkeit» irgendwie «staatlichen» *EZB.* Die Wirklichkeit sieht jedoch ganz anders aus.

Denn was die *EZB* da an «Zentralbankgeld» fortwährend einzieht und **gleichzeitig** in durchschnittlich stets etwas größerer Höhe wieder ausgibt, ist ja - siehe oben! - **identisch** mit den ebenfalls lächerlichen nur noch 2 % «Mindestreserven» der Geschäftsbanken. Und diese(s) Zentralbankgeld/Mindestreserven dient einzig dazu, im Bedarfsfalle, und immer nur in *Höhe* des gerade aktuellen Bedarfs, in Bargeld umgetauscht zu werden. Die gesamte *umlaufende* Bargeldmenge macht nun aber bloß 3 % der berühmten Geldmenge M3 aus, die «neben» dem Bargeld «auch» das Buchgeld umfaßt. Da wird also rund um beinahe vernachlässigbare 3 % jener Geldmenge, welche die privaten Geschäftsbanken in Euroland insgesamt als «Kredite» erzeugen und in Umlauf halten, jahrein jahraus ein Riesentrubel veranstaltet, um die «übrigen» 97 % - sämtlich **völlig unspektakulär** aus nichts geschöpfte Buch«kredite»! - vergessen zu machen!

Freilich ist die *EZB* genau wie die *FED* auch an der Buchgeldschöpfung der Geschäftsbanken beteiligt, dies aber nur als Beauftragte der Banken, und immer erst dann, wenn irgendwelche Geschäftsbanken ihre «Reserven» bzw ihre gesetzlich geforderte Eigenkapitalquote vollständig ausgereizt haben. Offiziell wird das dem Publikum jedoch als ‚aktive Geldmarktpolitik' der *EZB* (oder der *FED*) unter die Nase gerieben. Etwa so: «Wenn die *EZB* den Geldumlauf für zu niedrig erachtet, schießt sie durch den Ankauf von Wertpapieren Geld in das System ein. Gewöhnlich geschieht das über Dritte, zum Beispiel über die Geschäftsbanken. Die *EZB* überweist der Bank Geld und bringt die Wertpapiere in ihre Bilanz ein. Die Geschäftsbank, die die Papiere verkauft hat, schießt das erhaltene Geld - gewöhnlich in Form von Krediten an Kunden zur Finanzierung bestimmter Vorhaben - in die Wirtschaft ein. Insgesamt steigt der Geldumlauf in der Wirtschaft um die Höhe des Wertes der Papiere. Die *EZB* betreibt diese Transaktionen so massiv, daß sie die Geldmenge relativ rasch und nachhaltig beeinflussen. Wenn die *EZB* den Pegelstand für zu hoch erachtet, geschieht das Gegenteil. Sie verkauft Wertpapiere, die sie im Hauptbuch stehen hat. Das erhaltene Geld hält sie als Reserve zurück. Dem System wird somit überschüssiges Geld entzogen.»[681]

[680] *CREUTZ,* Die 29 Irrtümer ... a.a.O., S. 217.

[681] *MARSHALL* a.a.O., S. 220.

Letzteres geschieht allerdings so gut wie nie in nennenswertem Umfang, und unser Gewährsmann behauptet daher auch gar nicht, diese Geld*Vernichtung* werde auch nur annähernd so «massiv» betrieben wie die umgekehrte *Geldschöpfung.* Soll das **aktuelle Schuldgeldsystem** ohne schwere Zusammenbrüche der Konjunktur funktionieren, muß nämlich die «Kredit»menge **unbedingt** stetig ausgeweitet, nicht aber reduziert werden! Was indessen die Phrase angeht, die *EZB* kaufe den Banken Wertpapiere ab, «wenn» sie «den Geldumlauf für zu niedrig» erachte, so handelt es sich um pure Desinformation. In Wirklichkeit kauft sie den Banken ihre Wertpapiere immer nur dann ab, wenn die einmal an der Obergrenze ihrer wahrlich nicht geringen Möglichkeiten zur eigenen Kreditgeldschöpfung aus nichts angekommen sind.

Als Frontorganisation der ROTHSCHILD- und sonstigen Großbanken erfüllt die *EZB* genauso wie die *FED,* die *Bank von England* und - in geringerem Maße - auch die übrigen Zentralbanken des Globus trotzdem derart unersetzliche und zugleich vor der angeblich «demokratischen» Öffentlichkeit Europas unbedingt zu verbergende «Aufgaben» ganz anderer Art, daß ihre Sitzungsprotokolle für unglaubliche **dreißig** Jahre der strikten Geheimhaltung unterliegen[682]! Eine Frist, die nötigenfalls jederzeit um weitere Jahrzehnte verlängert werden kann . . . Welche boshaften Manipulationen da beispielsweise durch unerwartete Senkungen oder Anhebungen der geldtechnisch längst bedeutungslosen, für die billionenschwere internationale **Derivatespekulation** jedoch höchst wichtigen «Leitzinsen» ausgeheckt werden, läßt sich schon allein aus diesem ansonsten völlig unerklärlichen Geheimhaltungsbedürfnis ersehen . ..

Gerade weil kaum je etwas, was die *EZB*-Gewaltigen tun oder lassen, jenen Zwecken dient, die *offiziell* angegeben werden, steht die nationale, europäische und globale Medienmaschinerie tagtäglich gehorsam bei Fuß, um uns die £Z5-Politik unentwegt in ganz harmlos-«plausiblem» Sinne auszulegen. Und damit auch die nationalen Zentralbanken als die «Gesellschafter» der *EZB* in diesem künstlichen Rampenlicht verbleiben, dürfen sie eine jede ihre eigens gekennzeichneten Euro-Banknoten drucken lassen. Sie fungieren daneben weiterhin als gigantische nationale Statistikbüros für Wirtschafts- und Finanzdaten, geben «Berichte» zur Lage heraus und «Prognosen» zur Wirtschaftsentwicklung ab. Sie wirken außerdem fleißig bei der «Bankenaufsicht» mit, selbst dort, wo das (wie z.B. in Italien) sogar nach offizieller Lesart gar nichts anderes bedeuten kann, als daß die Banken sich selbst «beaufsichtigen» .. .

Die *Bundesbank* und das zugehörige deutsche Bankensystem beherrschen übrigens als **das** Schwergewicht die *EZB* in so unverschämter Weise, daß bereits dieser Umstand allein für eine sehr massive, durch anonyme oder vorgeschobene Beteiligungen verborgene ROTHSCHILD-Präsenz in den «deutschen» Großbanken spräche, gäbe es nicht ohnehin *direkte* Anzeichen dafür. So hatte die *EZB* bis Mitte 2003 **fast exakt drei Fünftel** ihrer sämtlichen Zentralbankgeld-Kredite und damit auch ihrer gesamten Bargeld-Schöpfung **allein an deutsche Banken** vergeben! Auf die Gesamtheit der übrigen Euro-Länder entfiel der «Rest» .. .[683]

Wer das **Schuldgeldsystem** der *EZB* ernsthaft in Frage stellt, spielt mit seinem Leben. Am 27. September 2005 wurde der ehemalige Polizeipräsident von Genua, Dr. ARRIGO MOLINARI, in seiner Wohnung durch Messerstiche getötet. Als Täter machte man alsbald seinen Koch ausfindig, der mit seiner Entlohnung nicht zufrieden gewesen und mit seinem Opfer darüber in einen Streit geraten war, der tödlich endete. Soweit die offizielle Version. Der wahre Hintergrund war jedoch ein gänzlich anderer.

682 Lt. ebd. S. 8 u. 52.

683 Vgl. *CREUTZ,* Die 29 Irrtümer . . . a.a.O., S. 239: 258 Mrd. Euro £Zß-«Kredite» an alle Geschäftsbanken der Eurozone, davon 155 Mrd. an die deutschen Banken.

Die bekannte Mailänder Zeitung *Il Giornale* hatte noch in der Woche vor seiner Ermordung unter der Überschrift «La mia ultima battaglia contro l'Euro - Meine letzte Schlacht gegen den Euro» ein Interview mit MOLINARI veröffentlicht. Das Interview drehte sich «um zwei von ihm beim Gericht von Genua eingereichte Beschwerden gegen die *Bank von Italien* und die *Europäische Zentralbank*, wegen Unterschlagung der „Seignorage" [= staatlicher Gewinn auf die staatliche Geldausgabe], d.h. wegen der immerwährenden Zinsen, welche die Notenbank die Staatskasse (den Finanzminister), und folglich alle Bürger auf sämtliches Geld zahlen läßt, das sie auf Geheiß und Rechnung des Staates druckt und prägt. Somit erpreßt die *Bank von Italien* (das heißt, ihre privaten Aktionäre) zuerst, nämlich bis zur Euro-Einführung, ausschließlich, und dann, ab der Euro-Einführung, als Ausläufer der *Europäischen Zentralbank*, von den Bürgern illegale Zinsen auf die umlaufende Geldmenge. Dr. MOLINARI sollte am 5. Oktober vom Gericht angehört werden. Doch am 27. September desselben Jahres wurde er erstochen!»[684]

7) Der Internationale Währungsfonds (IWF) und die Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (Weltbank)

Beide Institutionen wurden 1944 auf der Konferenz von Bretton Woods ins Leben gerufen, im Hinblick auf die PROTOKOLLARISCHE «Eine Welt». Letztere ließ zwar noch auf sich warten, die beiden ROTHSCHLLD-manipulierten «globalen» Kreditinstitute mauserten sich jedoch allmählich auch ihrerseits zu Schöpfern von enormen «Krediten», also Schuldgeldbeträgen, aus nichts! Vergeben wurden und werden ihre «Kredite» ausschließlich an «bedürftige» Staaten bzw. Regierungen. Diese laden dadurch exakt jene ewigen Auslandsschulden in Milliardenhöhe auf sich, über welche die PROTOKOLLE so zynisch jubeln ...

a) Der IWF

So gut wie alle Staaten der Erde, 190 an der Zahl, sind inzwischen an ihm als Mitgliedsländer beteiligt. Gewicht haben aber nur die großen, reichen Industrieländer. Die USA für sich allein verfügen über ein gutes Sechstel (16,77 %) der Stimmrechte und können dadurch jede Maßnahme blockieren, die «ihnen» nicht paßt, denn alle Entscheidungen müssen mit mindestens 85 % Stimmenmehrheit getroffen werden . . [685]

Im Jahre 1969 führte der *IWF* eine neue, weltweit gültige Währung über allen nationalen Währungen ein: die sogenannten «Sonderziehungsrechte» (SZR). Sie sind reines Buchgeld und werden vom *IWF* als Kredite aus nichts geschöpft! Im Grundsatz funktioniert das so: Jedes Mitgliedsland muß eine bestimmte, vertraglich festgelegte «Quote» in den Fonds einzahlen, und zwar 25 % davon in Gold, die restlichen 75 % in seiner eigenen Landeswährung[686]. Dieser eingezahlte Betrag dient als «Reserve», auf welche jedes Land im Bedarfsfalle ein Vielfaches an Sonderziehungsrechten - nein , nicht etwa schöpfen darf wie die Banken, sondern bloß - als Kredit aufnehmen kann . . . Denn es handelt sich hier, wie bei allen übrigen Krediten der Zentral- oder der Geschäftsbanken auch,

[684] *ANONYMUS* («Priester D.E.») in: «Chiesa viva», März 2009, S. 21. - Man beachte auch die kabbalistische Zahlensymbolik im Mord-Datum: 27.9 ist, zieht man vorne die Quersumme, «9.9». Auch die gesamte Quersumme (2 + 7 + 9) ergibt 18 = 1 + 8 = 9. Die 9 gilt in der Freimaurerei als Symbol für ein «vollkommenes Werk» . . .

[685] Vgl. *GRANDT* a.a.O., S. 170f.

[686] Lt. *ROWBOTHAM,* The Grip of Death ... a.a.O., S. 140.

um «Milliarden, die einfach dadurch entstehen, daß der *IWF* die entsprechende Zahl auf ein Stück Papier schreibt»[687]! Auf die aber dann Jahr für Jahr Zinsen und Zinseszinsen in entsprechend gewaltiger Höhe zu zahlen sind. Und bei wem die schließlich landen, kann nicht zweifelhaft sein ...

Des näheren wird die Sache so gehandhabt, daß jedem Land entsprechend seiner Einzahlungsquote ein mehrfach höherer Betrag an Sonderziehungsrechten auf seinem Konto beim *IWF* «eingeräumt» wird. Nimmt ein Land diese «Einräumung» gar nicht in Anspruch, bleibt sie funktionslos. Wird sie jedoch tatsächlich beansprucht, gilt sie als «Kredit». Es ist sonnenklar, sagt MICHAEL ROWBOTHAM, daß der *IWF* diese «Kredite» einfach aus nichts schöpft. Denn obwohl die Sonderziehungsrechte «als Summen dargestellt werden, die einer Nation „als Kredit gewährt" werden, wird kein Geld oder Kredit gleich welcher Art auf den Konten der Nationen verbucht. Sonderziehungsrechte sind in Wirklichkeit eine *Kredit-Einräumung,* genauso wie ein Konto *Überziehungsrahmen* bei der Bank - wenn sie geliehen werden, müssen sie zurückgezahlt werden. Der *IWF* hat also selbst riesige Summen einer neuen Währung geschöpft und leiht sie nun aus . . . Der Fonds schöpft und gibt das Geld somit als eine Schuld aus, gemäß demselben System wie die gewöhnlichen Banken, wobei seine „Reserve" die ursprüngliche Gesamtmenge von Quoten-Geldern bildet.»[688]

Das ist aber noch nicht die ganze Wahrheit. Denn tatsächlich werden die Quoten-Gelder (25 % Gold, 75 % Landeswährung) der einzelnen Mitgliedsländer gar nicht einbezahlt bzw. sind nie wirklich einbezahlt worden! Stattdessen haben sie alle lediglich «versprochen» bzw. sich «verpflichtet», «nötigenfalls» diese Mittel aus ihren Steuereinnahmen bereitzustellen. Trotzdem «betrachtet der *IWF* sie als „Vermögensposten", die dann zu „Reserven" werden, auf deren Basis Kredite an andere Regierungen vergeben werden.»[689]

Anfänglich hatte 1 Sonderziehungsrecht den Wert von 1 US-Dollar. Gegenwärtig kommt 1 Sonderziehungsrecht der Wert eines sogenannten «Währungskorbs» zu, in dem sich 44 % eines US-Dollars (= 44 $-Cent), 34 % eines Euros (= 34 Euro-Cent), 11 % eines Yen und 11 % eines britischen Pfunds befinden.[690]

Über den Sinn und Zweck der Einführung dieser internationalen Zusatzwährung sind alle möglichen Mutmaßungen angestellt worden. Der Goldfetischist MURRAY ROTHBARD behauptete, «die Vereinigten Staaten» hätten sich ursprünglich davon erhofft, «daß die SZR eventuell das Gold ersetzen und als neue Welt-Papierwährung dienen könnten, die von einer zukünftigen Weltzentralbank herausgegeben würde». Dann nämlich «könnten die Vereinigten Staaten in Zusammenarbeit mit den anderen Regierungen auf ewig ungehemmt inflationieren . . ,»[691] Dieser Erklärungsversuch überzeugt jedoch weder theoretisch noch im Hinblick auf die seitherige Praxis. Erstens ist ständige (Pseudo-)Inflation vom **aktuellen Schuldgeldsystem** unabtrennbar, zweitens haben «die USA» - in Wahrheit das ROTHSCHILD-dominierte US-Bankensystem - auch praktisch vorgeführt, daß sie keinerlei SRZ benötigen, um «ungehemmt» weiterzuwursteln. ANDREW HLTCHCOCK glaubt, man habe damals beabsichtigt, dadurch die armen Länder «schrittweise» unter /^-Kontrolle zu bringen[692]. Auch das leuchtet nicht ein, denn sie *waren*

[687] *BAADER* a.a.O., S. 187.

[688] *ROWBOTHAM,* The Grip of Death ... a.a.O., S. 140; Hervorh. original.

[689] *GRIFFIN* a.a.O., S. 90.

[690] Lt. *GRANDT* a.a.O., S. 171.

[691] *ROTIIBARD* a.a.O., S. 102f.

[692] Vgl. *HITCHCOCK* a.a.O., S. 204.

ja damals schon weitgehend unter Kontrolle, wobei der US-Dollar durchaus dieselben Dienste leistete und bis heute weiterhin leistet, die auch SZR allenfalls hätten leisten können. Sehr viel eher wird also die Idee Pate gestanden haben, die «Weltbevölkerung» auf diese Weise allmählich mit dem Gedanken an eine «Weltwährung» und den zugehörigen **«Weltstaat»** vertraut zu machen - die **PROTOKOLLE** lassen erneut grüßen . ..!

Die Sonderziehungsrechte vermochten sich freilich nicht durchzusetzen und sind lange Jahre hindurch kaum in Anspruch genommen worden. Dies nicht zuletzt deshalb, weil der *IWF* daneben auch von den Großbanken der Industrieländer geschöpfte Kredite an ärmere Länder weitervermittelt. Zu Beginn der 1980er Jahre wurden letztmals (!) Sonderziehungsrechte, und zwar im Wert von 30 Milliarden US-Dollar geschöpft, ehe der *IWF* plötzlich im Jahre 2009 wieder SZR im Wert von diesmal vollen 300 Mrd. US-Dollar aus dem Nichts hervorzauberte[693]. Hintergrund war und ist natürlich die internationale Schuldenkrise, die es nötig machte und weiterhin erfordert, an allen Ecken und Enden des Globus so viel neues Schuldgeld wie nur irgend möglich in Umlauf zu bringen, damit die alten «Kredite» noch irgendwie «bedienbar» bleiben und das ganze Kartenhaus nicht vorzeitig einstürzt.. .

b) Die Weltbank

Sie schöpft zwar nicht unmittelbar selber neues Geld, tut es jedoch mittelbar, indem sie den westlichen, ROTHSCHLLD-kontrollierten Großbanken die Möglichkeit verschafft, zusätzliche «Kredite» aus nichts zu schöpfen und an notleidende Staaten bzw. Regierungen der 3., 4. oder auch 2. Welt zu «vergeben». Im einzelnen sieht das so aus:

«Die *Weltbank* besorgt Geld, indem sie Staatsanleihen auflegt und diese an die Geschäftsbanken auf den Geldmärkten der Welt verkauft. Das so erhaltene Geld wird dann an die Staaten verliehen, die Geld für ihre Entwicklung brauchen. . . . Die *Weltbank* schöpft nicht selber dieses Geld, sondern legt Staatspapiere auf und verkauft sie an Geschäftsbanken, die beim Kauf dieser Staatsanleihen Geld für diesen Zweck schöpfen.»[694] Und dabei **gleichzeitig** *sowohl* die **Geber-** *als auch* die **Empfänger**-Staaten **(weiter) verschulden!**

8) Die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ)

Sie wird gerne als die «Zentralbank der Zentralbanken» bezeichnet, obwohl sie keinerlei «Geldversorgung» für die nationalen Notenbanken betreibt, von denen dennoch im Jahre 2000 nicht weniger als 120 bei ihr eigene Konten unterhielten[695], wozu auch immer ... Wohl aber schöpft sie, was weniger bekannt sein dürfte, *indirekt* gelegentlich Milliardenbeträge zum Zweck der weiteren Verschuldung von Entwicklungs- oder Schwellenländern

Gegründet wurde sie 1929/30 als erstes der drei «globalen» Kreditinstitute. Doch während *IWF* und *Weltbank* zumindest offiziell von ihren «Mitgliedsstaaten» getragen werden, war und ist die *BIZ* zugegebenermaßen ein rein privates Unternehmen! Lassen wir uns ihre anfänglichen Besitzverhältnisse von dem Zeitgenossen KARL RÜBEL aus kaum fünf Jahren Abstand (1935) schildern:

«Nach den von dem Organisationskomitee im Oktober 1929 in Baden-Baden ausgearbeiteten Statuten ist die Bank eine Aktiengesellschaft schweizerischen Rechts, jedoch

693 Lt. *ELLEN HODGSON BROWN* in: «Der freie Mensch», Nr. 1-2 (Januar-Februar) 2010, S. 44.

694 *ROWBOTHAM,* The Grip of Death ... a.a.O., S. 139f.

695 Lt. *MARSHALL* a.a.O., S. 254.

von ganz besonderer Prägung. Ihr Stammkapital beträgt 500 Millionen Schweizer Goldfranken, es ist zu 25 % einbezahlt[696] und zerfällt in zweihunderttausend Namensaktien ohne Stimmrecht von je 2 500 Goldfranken Nennwert. Es wurden je 16 000 Aktien von den sieben Gründerbanken gezeichnet, nämlich der *Reichsbank,* der *Bank von Frankreich,* der *Bank von England,* der *belgischen Nationalbank,* der *Banca d'Italia,* der an der Spitze von vierzehn japanischen Banken stehenden *Industrial Bank of Japan,* sowie der amerikanischen Bankengruppe *J.P. Morgan & Co.,* the *First National Bank of New York* und the *First National Bank of Chicago.* Der Rest von 88 000 Aktien verteilt sich auf die Notenbanken anderer Länder, wie der Schweiz, Holland, Schweden etc., die sich erst später beteiligen konnten. Die Leitung der *B.I.Z.* und die Kontrolle der Geschäftsführung liegt in den Händen des Verwaltungsrates. Er vereinigt damit die Befugnisse des Vorstandes und Aufsichtsrates einer deutschen Aktiengesellschaft und entspricht ungefähr dem Generalrat der *Reichsbank,»*[697]

In mindestens dreien der «Gründerbanken», nämlich der *Banque de France,* der *.Bank of England* und der *belgischen Nationalbank,* waren die ROTHSCHILDS direkt als die mit Abstand schwergewichtigsten Anteilseigner vertreten; auch *J.P. Morgan* und die beiden seinem Imperium angehörenden (!) US-Nationalbanken arbeiteten als Frontorganisationen fast ausschließlich mit ROTHSCHSCHILD-Kapital. Hinter den übrigen beteiligten Zentralbanken steckten sie und vor allem ihr Orbit «neuer Millionäre» und «neuer Milliardäre» ebenfalls derart massiv (so waren z.B. im Generalrat der *Reichsbank* neben vielen anderen Talmudisten von 1876 bis 1932 **ununterbrochen** die OPPENHEIMS vertreten![698]), daß man die *BIZ* mit Fug und Recht als ROTHSCHLLD-kontrolliert und -gelenkt bezeichnen kann.

Daran vermochte natürlich auch die zeitweise Schein-«Verstaatlichung» mancher der beteiligten Notenbanken nichts zu ändern, zumal sie fast alle seit spätestens 1998 sogar offiziell wieder «unabhängig» sind. Die Eigentümerstruktur der *BIZ* war noch 1998 *im wesentlichen* dieselbe und sah nach Angaben von STERN im einzelnen wie folgt aus:

«Die *BIZ* hat die Rechtsform einer Aktiengesellschaft. Aktionäre sind, mit Ausnahme der Staatsbanken Albaniens und der G£/S-Staaten, alle europäischen Notenbanken - also auch die *Deutsche Bundesbank* - sowie die Notenbanken Australiens, Japans, Kanadas, Südafrikas und der USA. Die Organe der *BIZ* sind die Generalversammlung und der Verwaltungsrat, dem die Geschäftsführung obliegt. Der Bundesbankpräsident ist ständiges Mitglied des Verwaltungsrates.»[699]

Begründet wurde die Schaffung der *BIZ* seinerzeit damit, sie «könne schrittweise die Treuhänderin des Goldes der Welt oder eines Teils davon werden». Außerdem sollte sie ursprünglich «die Befugnis haben, von den und an die Zentralbanken zu leihen» bzw. «langlaufende Wertpapiere [Schuldverschreibungen] zu kaufen und zu verkaufen». Besonders plausibel erschien natürlich die Aussicht, durch die Goldeinlagerung und/oder interne Goldverrechnung bei der *BIZ* entstehe «ein sehr beträchtliches Potential zur Ersparnis von Geld beim Zinsverlust auf Gold während des Transits, der Frachtkosten während seines Transports, der Versicherungs- und anderer Kosten»[700].

[696] Und offenbar für den dreimal so großen «Rest» bloß «zugesagt» . . .

[697] *RÜBEL* a.a.O., S. 59.

[698] Vgl. *MARSHALL* a.a.O., S. 435 Anm. 38: «Bemerkenswert ist die Tatsache, daß wenigstens ein Mitglied der Bankiersfamilie OPPENHEIM ständig im Zentralrat [sie! - richtig: Generalrat] der deutschen Zentralbank, der *Reichsbank,* tätig war, und zwar von der Gründung im Jahr 1876 bis ins Jahr 1932, als SIMON ALFRED OPPENHEIM zurücktreten mußte ...»

[699] *STERN* a.a.O., S. 178.

[700] *Louis MCFADDEN,* The Federal Reserve System and The Bank of International Settlements. Speech of Hon. Louis T. McFadden of Pennsylvania in the House of Representatives, February

Hochinteressanterweise erfüllte die *BIZ* jedoch die von den ROTHSCHILDS in sie gesetzten Erwartungen *nicht*, so daß man auf der Konferenz von Bretton Woods 1944 sogar formell ihre «baldmöglichste» Auflösung beschloß[701]. Die wiederum wurde dann doch auf den St.-Nimmerleinstag verschoben. Als unauffälliger Treffpunkt zur beinahe allmonatlich[702] neuen Beratschlagung und Befehlsausgabe in Sachen «globale Finanzmachenschaften» hinter sorgsam verschlossenen Türen war die ansonsten ziemlich wenig «Geschäfte» betreibende «Bank» den ROTHSCHILDS offenbar so liebgeworden, daß sie sich davon nicht mehr trennen mochten. Und obwohl die amerikanische *FED*, die dem Institut auf Betreiben etlicher US-Senatoren seinerzeit nicht förmlich beitreten durfte, erst 1994 endlich offizielles Mitglied wurde, entsandte sie dennoch von Anfang an regelmäßig ihre Vertreter zu den Baseler Treffen[703]! Wer sich noch des ersten *EZB*-Chefs WIM DUISENBERG entsinnt, findet die Antwort auf die Frage, wieso ausgerechnet er für diese Funktion erkoren wurde, in seiner der breiten Öffentlichkeit gänzlich unbekannten Qualität eines diskreten **ROTHSCHILD**-Vertrauten: «DUISENBERG war [ab 1991] für eine Amtszeit von drei Jahren und dann wieder von 1994 bis 1997 Präsident der *BIZ* . . . Das Amt ist für die Währungshüter einer der angesehensten Posten; Duisenberg hielt ihn am längsten besetzt.»[704]

Ganz erstaunlich und nur durch die offenbar unwiderstehliche Finanzgewalt des Hauses ROTHSCHILD erklärbar sind auch die Privilegien, deren sich die *BIZ* trotz ihres privaten Charakters erfreut:

«1) Diplomatische Immunität für Personen und das, was sie bei sich tragen (d.h. Diplomatengepäck).

2) Keine Besteuerung irgendwelcher Transaktionen einschließlich der Zahlung der Gehälter für die Angestellten.

3) Botschaftsähnliche Immunität für alle von der *BIZ* weltweit, auch in China und Mexiko, bewirtschafteten Gebäude und/oder Büros.

4) Keine Aufsicht über die oder Kenntnis der Operationen seitens irgendwelcher Regierungsbehörden, es gibt keine Buchprüfung.

5) Ausnahme von Einwanderungsbeschränkungen.

6) Freiheit, alle und jede Kommunikation gleich welcher Art zu verschlüsseln.

7) Ausnahme von jedweder gesetzlichen Rechtsprechung, sie hat sogar ihre eigene Polizeitruppe.»[705]

26, 1930 [Das Federal-Reserve-System und die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich. Rede des Ehrbaren Louis T. McFadden von Pennsylvania im Repräsentantenhaus vom 26. Februar 1930], Washington 1930 (Faksimile-Nachdruck Palmdale 1996], S. 26; die zitierten Angaben wurden vom Präsidenten der an der *BIZ* als Gründungsmitglied beteiligten *First National Bank ofNew York,* JACKSON E. REYNOLDS gemacht, der nämlich auch Vorsitzender jenes Ausschusses gewesen war, der die Statuten der *BIZ* erarbeitet hatte!

701 Vgl. *FLELD* a.a.O., S. 45: «Ihr Zweck war es, das neue Welt-Netzwerk von Reserve-Banken auf dem Goldstandard zu halten. Doch ihr ermangelte es an Durchsetzungskraft, sie während der großen Depression dort zu halten, und eine Abschluß-Resolution auf der Konferenz von Bretton Woods verfügte ihre Liquidierung „zum frühestmöglichen Zeitpunkt" (Durchführung noch nicht erfolgt).»

702 Noch heute tritt der - so jedenfalls 1997 - aus den Zentralbank-Chefs der 12 wichtigsten Industrieländer sowie der *EZB* und natürlich dem 5/Z-Generaldirektor bestehende Verwaltungsrat (lt. MARSHALL a.a.O., S. 13), wie bereits in den ursprünglichen Statuten vorgesehen (vgl. *RÖBEL* a.a.O., S. 65), lOmal jährlich in Basel hinter sorgfältig verschlossenen Türen zusammen…

703 Lt. *HITCHCOCK* a.a.O., S. 123.

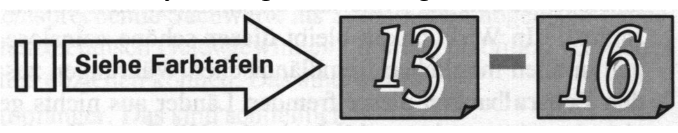
704 *MARSHALL* a.a.O., S. 422 (Anm. 37); Hervorh. hinzugefügt.

705 *HITCHCOCK* a.a.O., S. 122.

Die *BIZ* schöpft zumindest **indirekt** Geld aus nichts, indem sie, wie es scheint, Milliardenkredite großer Geschäftsbanken «vermittelt», eben dadurch diesen letzteren aber erst die Gelegenheit zur *direkten* Schöpfung dieser «Kredite» verschafft. Laut GRIFFIN «gab» die *BIZ* 1982 Brasilien, das damals akut zahlungsunfähig war, einen Kredit von 1,2 Mrd. US-Dollar, zusätzlich zu noch weit höheren Krediten seitens des *IWF*, westlicher Großbanken und der US-Regierung. Anfang 1995 «vergab» sie - und dies wieder *neben* den drei genannten sonstigen Kreditgebern bzw. Geberfraktionen - sogar 10 Mrd. Dollar «Kredit» an das zahlungsunfähige Mexiko![706] Ob sie diese Summen einfach selbst «schöpfte» oder bloß «vermittelte», geht aus GRIFFINS Angaben nicht hervor, ist auch letztlich belanglos.

9) Das Schuldgeldsystem - Zusammenfassung

Geld existiert seit vielen Jahrzehnten, in Europa und den USA seit weit über 100 Jahren, praktisch **nur noch** als «Kredit». Es wird bereits bei seiner Schöpfung aus nichts immer bloß als «Kredit» deklariert und immer bloß als «Kredit» in Umlauf gebracht! Die noch bestehenden Ausnahmen von dieser weltweiten Regel (Münzen, hier und dort auch ein klein wenig [in den USA[707]] - oder alles [in England[708]] Papiergeld) fallen mengenmäßig nicht ins Gewicht[709] und können daher in unserer Zusammenfassung unberücksichtigt bleiben. Aus dem absurden Finanzsystem ergeben sich folgende Tatsachen:



1) Alles Geld kann nur dadurch existieren, daß immerwährend irgendwelche Leute oder Institutionen mit Schulden in gleicher Höhe belastet sind und darauf Zinsen zahlen müssen.
2) Auch jegliche Ausweitung der Geldmenge ist immer nur durch zusätzliche Verschuldung und entsprechend höhere Zinszahlungen des Staates, der Unternehmen und/oder von Privatleuten möglich. Sie ist zugleich immerfort zwingend erforderlich, weil sonst der «Zinsdienst» unmöglich wäre und das ganze System zusammenbräche.
3) Im langjährigen Durchschnitt entspricht die Ausweitung der Geldmenge, die den Anstieg der Wirtschaftsleistung im selben langjährigen Durchschnitt stets um ein Mehrfaches übertrifft, genau in dem Maße, in **dem** sie das Wirtschaftswachstum übertrifft, den **effektiven** Zins- und Zinseszinszahlungen.
4) Die reichen Industrieländer sind bei weitem am meisten verschuldet, weil bei ihnen auch bei weitem das meiste Geld umläuft. «Die Geldversorgung verläuft also direkt parallel zum Anwachsen der Gesamtschulden, die zusammengenommen unmöglich zurückgezahlt werden können. Ja, je reicher eine Nation, desto größer ihr Schuldenberg.»[710]

706 Alles lt. *GRIFFIN* a.a.O., S. 119.

707 Es laufen noch einige Zig oder Hundert Millionen Dollar in Form ehemals vom Staat zins- und schuldenfrei ausgegebener Banknoten um, falls die US-Geschäftsbanken sie nicht inzwischen sämtlich als «Reserven» bei der *FED* deponiert haben sollten ...

708 paljs ¿je 1997 hochoffiziell «wiedergewonnene» «Unabhängigkeit» der *Bank von England* nicht mit sich gebracht haben sollte, daß seither auch wieder *sie* anstelle des Staates das Papiergeld - dann natürlich bloß noch als «Kredit» - schöpft...

709 Zur Erinnerung: Alles Bargeld macht nur 3 % der gesamten Geldmenge aus. Von diesen 3 % Bargeld machen wiederum die Münzen nur ca. 5 % aus. Ganze 0,15 Prozent oder eineinhalb Tausendstel der gesamten Geldmenge (auf jeden 10-Euro-Schein gerade einmal 1,5 Cent) sind also schuldenfrei!

710 *ROWBOTHAM*, Goodbye America! ... a.a.O., S. 14.

5) Alles im Inland geschöpfte Geld, das zu Zahlungszwecken oder als (Unternehmens-; Spekulationsgewinn ins Ausland abfließt, bleibt im Inland als verzinsliche Schuldenlast bestehen. Umgekehrt zirkuliert alles ausländische Geld, solange es sich im Inland befindet, hier schuldenfrei. Daraus erwächst ein irrwitziger Wettlauf der sämtlich bis über die Ohren «verschuldeten» Nationen um Handelsbilanzüberschüsse! «Auf der internationalen Ebene ist der Handel vom schulden-basierten Finanzsystem tief betroffen. Das aggressive Streben nach größtmöglichen Exporteinnahmen ist nicht etwa dem Ziel eines schlichten Handelsbilanzausgleichs, sondern vielmehr zur Gänze der Tatsache geschuldet, daß sogar die reichsten Nationen aus einer Position der Brutto-Zahlungsunfähigkeit heraus operieren. Der internationale Handel ist zu einem Wettbewerb zwischen den Nationen verkommen, ihre Schuldenlast zu erleichtern, statt daß er einen Vorgang des wechselseitig nützlichen Austauschs von Waren und Dienstleistungen darstellte.»[711]

Immer wieder wird behauptet, dieser selbe Umstand wirke sich vorteilhaft für jene ganz wenigen Staaten aus, deren Landeswährung international als «Reservewährung» gefragt ist, also an erster Stelle für die USA, danach, aber in weit geringerem Maße, für (ehedem) Deutschland bzw. (seit 1999) die Eurozone, Japan, Großbritannien und die Schweiz. MATT MARSHALL zum Beispiel meinte im Jahre 1999: «Rund 60 Prozent aller Dollarnoten sind außerhalb Amerikas im Umlauf. Diese Bestände sind ein zinsloser Kredit für Amerika, er summiert sich auf rund 15 bis 20 Milliarden pro Jahr.»[712] In Wirklichkeit bleibt **dieser** schöne «zinslose Kredit», der sich aus Beträgen in allen möglichen fremdländischen Währungen zusammensetzt, die zumeist von den **Zentralbanken** dieser fremden Länder aus nichts geschöpft und dann in Dollars eingetauscht wurden, schlicht in der **US-Zentralbank** liegen und nutzt daher «den Amerikanern» **gar nichts!** Dasselbe gilt *mutatis mutandis* für die übrigen Leitwährungsländer.

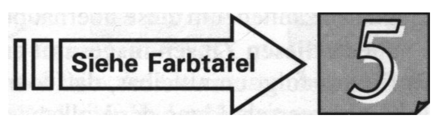
6) **Objektiv** schuldenfreies Geld kann **niemand** besitzen, nicht einmal die Banken mit ihrem sogenannten «Eigenkapital»[713], die Bankeneigentümer oder die sonstigen Spa-

[711] *ROWBOTHAM,* The Grip of Death . . . a.a.O., S. 8. - *MICHEL SARLON-MALASSERT* in: «Lecture et Tradition», September/Oktober 2009, S. 17 erläutert das Schema so: «In Krisenzeiten, wenn die Regierung verzweifelt nach Arbeit für ihre Arbeitslosen sucht, müssen die Verkäufe ans Ausland mit allen Mitteln gefördert werden. Die Ausfuhren schaffen nämlich Arbeitsplätze und lassen Geld hereinfließen, das zur Anregung der [Wirtschafts-]Aktivität beitragen wird. Dagegen lassen die Einfuhren einen Teil des [in die Wirtschaft] gepumpten Geldes abfließen und vernichten Arbeitsplätze. Sie müssen also verringert werden.» - Eigentlicher Hintergrund ist aber die von allen direkt oder indirekt verspürte, drückende Zinslast, die durch den Zustrom auswärtiger, im Inland schuldenfreier Gelder verringert, durch den Verlust inländischer Schuldgelder jedoch erhöht wird, denn mit Zins und Zinseszins im Inland «zurückgezahlt werden müssen sie ja trotzdem ... mittels umso stärkerer Neuverschuldung!

[712] *MARSHALL* a.a.O., S. 405.

[713] Es stammt bestenfalls, nämlich sofern es sich um schnörkellos **echtes** Eigenkapital handelt, *exklusiv* aus Zinsgewinnen; denen jedoch entsprechen *resdos immer* irgendwo **aktuell noch ausstehende** «Kredite», die irgendwelche Leute aufnehmen mußten, um den Banken diese Zinsgewinne überhaupt zahlen zu können. Jegliches sogenannte «Eigenkapital» ist infolgedessen unablösbarer Bestandteil jenes labilen Schneeballsystems bzw. wackeligen Kartenhauses, das wir hier immer nur das **aktuelle Schuldgeldsystem** nennen. Daran sollte man immer denken, wenn scheinheilig oder naiv gefordert wird, die Banken selber müßten ihr «Eigenkapital» oder ihre «Kapitalbasis» «aufstocken». Vgl. z.B. *WOLFGANG PROBST in:* «Financial Times Deutschland», 14.4.2011: «Der *IWF* mahnt an, die [europäischen] Banken müßten schnell ihre Kapitalbasis

rer selber! Denn auch auf ihren - für **sie** schuldenfreien - Zinsgewinnen lasten **immer** irgendwo anders, sei es im In- oder im Ausland, entsprechende Schulden! «Im wahren Sinne des Wortes», sagt JEFFREY MARK, «besitzen die Leute überhaupt kein Geld, und der Ausdruck „Bank-Einlage" ist eine juristische Beschönigungsfloskel. Angesichts dessen, daß sämtliches Geld als Schuld ins Dasein kommt, die zugunsten des Bankensystems der Welt geschöpft wurde, ist die volle Wahrheit, daß die Bankiers immer ihr eigenes (selbstgeschöpftes) Geld ausleihen müssen, ganz egal, wie oft es danach zwischen privaten „Schuldnern" und „Gläubigern" kreuz und quer kursieren mag. In Wirklichkeit hat niemand irgendwelches Geld, das er den Bankiers als „Einlage" leihen könnte, weil alles von den Einlegern „besessene" Geld aus einem Kredit stammt, den die Bank irgendjemand anderem gewährt hat.»[714]



7) **Subjektiv** schuldenfreies Geld besitzen alle «Wirtschaftsteilnehmer», die **persönlich** bei niemandem einen Kredit offenstehen haben. Das sind

a) in erster Linie die Banken als juristische Personen und die einzelnen Bankeneigentümer mit ihren leistungslos erzielten, enormen Zinsgewinnen nebst den davon meist fürstlich bezahlten Bankmanagern. Das sind sodann

b) die Unternehmer und Selbständigen, die ihre dennoch fast immer bestehenden, hohen Schulden[715] durch entsprechende Sachwerte als Sicherheiten abgedeckt haben, so daß sie zumindest bilanztechnisch Geld«gewinne» für sich persönlich verbuchen und aus dem Unternehmen abziehen können. Das sind weiter

c) die Lohn- und Gehaltsempfänger. Das sind schließlich

d) auch die Bezieher von (Renten-)Versicherungs- und/oder staatlichen Sozialleistungen.

Alles, was die unter c) und d) genannten «Gruppen», tatsächlich die breite Masse der Bevölkerung (!), an Geld **subjektiv,** also **persönlich** völlig[716] schuldenfrei ihr eigen nennen, entspricht jedoch notwendigerweise solchen Schulden, die von anderen, hauptsächlich den Unternehmern und dem Staat[717], vorher aufgenommen werden mußten, ständigen «Zinsdienst» verlangen und - in ihrer Gesamtheit betrachtet - nie getilgt, sondern immer bloß «umgeschuldet» werden können!

stärken.. .. Deshalb sollten sie die Dividendenausschüttung verringern und einen größeren Teil ihrer Erlöse einbehalten.» Dadurch wird sich am fundamentalen Problem niemals etwas ändern - und das ist auch seitens der Profiteure des Systems so beabsichtigt!

714 Zit. *N.FAHEY* a.a.O., S. 23.

715 Dank des Zinseszinseffekts müssen die Unternehmen in ihrer Gesamtheit genauso immer tiefer im - künstlichen! - «Schuldenmorast» versinken wie - trotz aller noch so wohlmeinenden Schuldnerberatung - in ihrer Gesamtheit die Privatleute. Mit entweder geheucheltem oder erschreckend naiven Erstaunen vermeldete z.B. das «Wall Street Journal» im April 2007: «Noch 1980 wurden die Schulden von etwas über einem Drittel der von [der Bewertungs-Agentur] *Standard & Poor's* beobachteten US-Industrieunternehmen als „Schrott" eingestuft. Ende der 1980er Jahre waren es schon mehr als die Hälfte, und jetzt fallen 71 % des „Kuchens" in diese Kategorie, was laut einem neuen **S<$LP**-Bericht einen Rekord darstellt» (zit. n. *CHANG* a.a.O., S. XXVII).

716 D.h. ohne das dennoch gleichzeitige Bestehen irgendwelcher durch Sachwerte «abgesicherten» Bank- (oder auch Privat-)Schulden.

717 Tatsächlich **fast nur dem Staat,** was im oben gleich anschließenden Haupttext (und noch eingehender im nächsten Unterkapitel) gezeigt werden wird!

8) Der ruinöse Zinseszinseffekt kommt nicht etwa dadurch zustande, daß einzelne «Sparer» oder «Anleger» ihre Zinseinnahmen regelmäßig zum Kapital schlagen und das solchermaßen erhöhte Kapital erneut zinsträchtig ausleihen. Er tritt vielmehr dadurch ein, daß das Bankensystem als ganzes die Gesamtheit der Schulden = **sämtliches umlaufende Bar- und Buchgeld** (!) aufs Ganze gesehen *immer bloß umwälzt bzw. umschuldet,* d.h. immer neu als erneut zu verzinsenden «Kredit» «vergibt». Dafür spielt es letztlich nicht einmal eine Rolle, ob die Bankeneigentümer nun ihre Zinsgewinne sofort neu «anlegen» oder sie für reale Güter und Dienstleistungen verausgaben. Tun sie letzteres, mußten nämlich trotzdem jene Wirtschaftsteilnehmer, welche ihnen die Zinsen zahlten, um diese überhaupt aufzubringen, schon wieder zinspflichtige Neukredite **in diesen Zinsen insgesamt entsprechender Höhe** aufnehmen[718]!

9) Daraus folgt unmittelbar, daß - entgegen der falschen Theorie der Gesellianer - die Gesamtverschuldung der Volkswirtschaft nicht einmal durch noch so riesige Einkäufe der Bankeneigentümer und (sehr wenigen) sonstigen großen Zinsgewinnler auf dem Güter- und Dienstleistungsmarkt im geringsten «abgebaut» werden kann!

10) Einziges Mittel zum Schuldenabbau bleibt also die «Rückzahlung». Würden aber jemals restlos **alle** Schulden zurückgezahlt, verfügte überhaupt niemand mehr über Geld, **selbst die Bankeneigentümer nicht!** Zuletzt landeten, nach der Vernichtung sämtlichen Buchgeldes, auch alle Banknoten zwecks «Kreditrückzahlung» in der Zentralbank, wo sie bloß noch den «Wert» von Altpapier besäßen. Übrig blieben höchstens die Münzen.

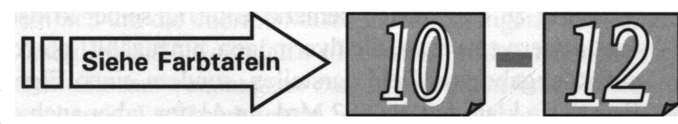
11) Die Staatsschulden erweisen sich - neben und sogar noch *weit vor* (!) den Unternehmensschulden - bereits aufgrund des bisher Festgestellten als absolut notwendig, um allen oder doch den meisten Bürgern[719] wenigstens ein Minimum an **subjektiv** schuldenfreiem, d.h. aber konkret, an *für sie* ***überhaupt*** *dauerhaft verfügbarem (!)* Geld zu sichern. Das ist übrigens der etablierten Fachwelt durchaus bekannt, auch wenn sie es gewöhnlich eisern verschweigt![720] Eine bemerkenswerte Ausnahme fand

[718] Oder andere, die ihnen das nötige Geld für die Zinszahlung verschafften, an ihrer Stelle! - Erfreulicherweise sieht auch der noch junge Nachwuchsökonom *FELIX FUDERS,* der an der Universität der fernen chilenischen Hauptstadt als Professor lehrt, das völlig klar und durfte es jüngst sogar im Organ der Freiwirtschaft, das sich ganz allmählich der bisher strikt verleugneten Realität der **Banken-Geldschöpfung** zu öffnen scheint, publizieren. In «Humane Wirtschaft» Nr. 2 (März/April) 2011, S. 36f erläuterte er: «Daß der Zins die Ursache für die sich stetig und vor allem unabhängig von der Entwicklung der Produktivität der Volkswirtschaft ausweitende Geldmenge ist, ist vielen Finanzfachleuten kaum bewußt. . . . Neben der Kreditgeldschöpfung, also der Ausweitung der Geldmenge durch Kreditvergabe erhöht auch der Zins die Geldmenge. . . . Die Kreditgeldschöpfung, welche die umlaufende Geldmenge durch die Kreditvergabe ausweitet, ist nicht der Grund für das exponentielle Geldmengenwachstum. Der Grund für die stetig und exponentiell wachsende Geldmenge ist der Zins- und Zinseszinseffekt, der dazu zwingt, das Kreditvolumen und damit die Kreditgeldschöpfung stetig auszuweiten.» - Wir sahen allerdings weiter oben, daß eine - langsamere - exponentielle Ausweitung *dennoch* unumgänglich wäre, selbst wenn alles Schuldgeld zinslos in Umlauf käme, solange es *überhaupt* Schuldgeld wäre!

[719] Gegenwärtig sind allein hierzulande *mehrere Millionen* Privatpersonen oder gar Privathaushalte akut überschuldet, was bedeutet, daß sie über **gar kein** subjektiv schuldenfreies Geld verfügen!

[720] Oder gar dem direkt entgegengesetzte Lügen verbreitet. Etwa nach Art deijenigen, die *EU*-Kommissar YVES-THIBAULT DE SLLGUY 1995 vom Stapel ließ: «Eine Senkung der öffentlichen Defizite um ein Prozent des BIP in Europa würde zusätzliche 120 Mrd. DM jährlich für Investitionen und Verbrauch freisetzen» (zit. n. *GERT MEIER,* Das Ende der D-Mark. Vision oder Wahn?

sich jüngst in einer deutschen Finanzzeitung, bezeichnenderweise in einer Kolumne ohne namentliche Kennzeichnung. Da hieß es wörtlich: «Interessanter ist ein anderer Aspekt: Wo denn bitteschön die Nachfrage nach den Produkten der Firmen herkommt, wenn die Löhne dauernd unterproportional zum Umsatz zulegen? Im Grunde rührt eine Zunahme der Margen doch daher, daß die Firmen ihre Verkaufspreise im Verhältnis zu den Lohnstückkosten steigern. Aber wie kann es sein, daß die mit mauen Lohnstückkosten einhergehende Nachfrageflaute keinen Erzeugerpreisrückgang bewirkt? Die Antwort liegt auf der Hand: in der zunächst privaten und dann öffentlichen



Kreditsause in weiten Teilen der Welt. Wie es wohl um die Gewinnspannen stünde, wenn die Industrieländer zwischen 2009 und 2011 keine Budgetdefizite von rund 9 700 Mrd. Dollar in Kauf genommen hätten und noch nehmen würden? Die Margen sind ungefähr so nachhaltig wie die Budgetpositionen vieler Staaten.»[721] Im Klartext: Jene Kaufkraft der privaten Haushalte, die den Unternehmen überhaupt noch ihre Gewinne beschert, stammt nicht etwa aus der von den Unternehmen selber besorgten Entlohnung der arbeitenden Bevölkerung, sondern aus dem *ewig ungetilgt bleibenden* «Schuldenberg» der öffentlichen Haushalte.

Unverfälschte Statistiken beweisen diese von uns - und auch im soeben zitierten Text - auf rein theoretischem Wege erschlossene Tatsache auf das schlagendste; man darf nur nicht zu eilig darüber hinwegsehen! So wurde Ende 2004 von einem Wirtschaftsjournalisten in der Presse ganz nebenher festgestellt: **«Die Schulden der öffentlichen Hand machen inzwischen zwei Drittel der gesamten Geldvermögen der Bundesbürger aus.»**[722] Der Verfasser dieser Zeilen gesteht gerne ein, daß auch ihm der wahre Sinn dieser nüchternen Feststellung lange Zeit entgangen ist, weil er ein ums andere Mal achtlos darüber hinweglas. Sie besagt jedoch nicht mehr und nicht weniger, als daß *hierzulande* die vom Staat faktisch, nämlich **per saldo,** nie zurückgezahlten Schulden zu **vollen zwei Dritteln** die Versorgung der Bevölkerung mit *subjektiv* schuldenfreiem Geld «sicherstellen»; das letzte Drittel besteht offenbar

a) zum größeren oder allergrößten Teil aus nicht verausgabten Zinsgewinnen deutscher Bankeneigentümer und
b) - ganz sicher zum kleineren oder kleinsten Teil, falls überhaupt! - aus in ähnlicher Weise stetig nur «umgeschuldeten» Bankkrediten an gewisse, als besonders «sichere» Schuldner eingeschätzte Großunternehmen.

Wie kommen dann aber die Freiwirtschaftler, zumeist im Kielwasser des anscheinend unumgänglichen Herrn CREUTZ, zu so enorm viel höheren Angaben über das «gesamte Geldvermögen der Bundesbürger»? Ganz einfach: CREUTZ übernimmt

a) schlicht die teils direkt desinformativen, teils gewollt kryptischen Statistiken der *Bundesbank* und interpretiert sie dann
b) völlig falsch im Sinne seiner total realitätswidrigen Geldschöpfungsauffassung.

Auf Seite 26 seines Buches *Die 29 Irrtümer rund ums Geld* präsentiert er uns «Darstellung 1» als eigene Aufbereitung reiner *Bundesbank-Daten,* denn die Graphik trägt

Reportage einer Diskussion unter Mitwirkung von *ELKE MOLL,* 2. Aufl. Tübingen 1996, S. 80). In Wirklichkeit wären nach einer solchen Defizit-Senkung 120 Mrd. DM **weniger** für «Investitionen und Verbrauch» vorhanden!

[721] «Financial Times Deutschland», ständige anonyme Kolumne «Kapital», 31.5.2011.

[722] *FRANZ WESER* in: «Die Tagespost», 7.12.2004.

links unten den Vermerk: «Quelle: *Bundesbank*». Demnach betrugen angeblich die **gesamten** «Geldvermögen» in Deutschland, «Stand Ende 2002», sagenhafte 5 933 Milliarden Euro. Im einzelnen bestanden diese «Geldvermögen» aus: 99 Mrd. «Bargeld», 579 Mrd. «Sichteinlagen», 765 Mrd. «Spareinlagen u.ä. bis 2 Jahre», 108 Mrd. «Geldmarktfonds, Repogesch. u.ä.», 1 805 Mrd. «Längerfristige Bankeinlagen, Schuldverschr, usw.» sowie endlich 2 575 Mrd. «Einlagen bei Versicherungen, Investmentfonds, Wertpapiere usw. (einschl. Aktien 692 Mrd.)».

Einzig zu den Aktien bemerkt CREUTZ selber kritisch (ebd. S. 27), daß man sie «seltsamerweise zum Geldvermögen hinzuzählt, obwohl sie gar keinen Anspruch auf Rückgabe von Geld darstellen, sondern einen Eigentumsanteil an Sachkapital». Es ist also klar, daß die 692 Mrd. an Aktien, aber auch der nicht näher bezifferte Anteil sonstiger bloßer «Wertpapiere» absolut kein «Geldvermögen» sind. Weiter muß uns, wenn schon nicht Herrn CREUTZ, nach allem bisher Aufgezeigten unbedingt klar sein, daß alle möglichen Arten sogenannter «Bankeinlagen», «Spareinlagen **u**.ä. [???]» oder auch «Sichteinlagen» gar keine «Geldvermögen», sondern bloß von den Banken aus nichts geschöpfte und dann ausgereichte **Kredite** darstellen, die sie selber zwar ungestraft als «Einlagen» verbuchen können und dürfen, die jedoch der Kreditnehmer unmöglich als **sein** «Geldvermögen» ansehen kann oder darf! Das geliehene Geld kann aber auch nie dauerhaft zu **anderer** Leute «Geldvermögen» werden, denn jeder Kreditnehmer zählt ja - und dies immerhin in der Mehrheit der Fälle durchaus zurecht! - fest darauf, daß das von ihm bei der Bank «geliehene» und dann verausgabte Geld fristgerecht **und samt Zinsen** wieder zu ihm zurückkehren wird, damit er es pünktlich der Bank «zurückzahlen» kann. Wird also die all dies bewußt verschleiernde *Bundesbank-Statistik* erstens um sämtliche «Wertpapiere» und zweitens um den größten Teil der bei egal welchen **Kreditinstituten** verzeichneten sogenannten «Einlagen» aller Art **bereinigt,** bleibt - für 2002 - nur noch ungefähr das Eineinhalbfache der damaligen Staatsschulden oder rund 1 860 Mrd. Euro an wirklichem Geldvermögen übrig, weniger als ein Drittel dessen, was CREUTZ im Schlepptau der *Bundesbank* und die Gesellianer im Schlepptau von CREUTZ fälschlich anzusetzen geruhen!

An dieser Stelle wird auch klar, wo und wie die *Bundesbank* ihre Statistik der Bankengewinne offenbar gewaltig manipuliert, ob nun mit oder ohne Zutun bzw. Wissen der einzelnen Geschäftsbanken, die treu und brav Monat für Monat in Frankfurt ihre jeweils jüngsten Geschäftsdaten einreichen. Nach Angaben der *Bundesbank*[723] betrugen z.B. im Jahre 1998 in Deutschland

a) die «Geldvermögen» 9 492 Milliarden DM,
b) die «Zinserträge der Banken» 603 Mrd. DM, wovon jedoch
c) 455 Mrd. DM «Zinsaufwendungen der Banken» und
d) nur die restlichen 148 Mrd. DM «Zinsüberschuß der Banken» waren.

Berücksichtigt man, daß sämtliche dieser angeblich vorhandenen «Geldvermögen», soweit sie egal wie und wo «angelegt» sind, **letztendlich** ständig bei den **Banken** verzinst werden[724], und setzt die gesamten 603 Mrd. «Zinserträge» zu den gesamten

[723] Vgl. *CREUTZ,* Das Geld-Syndrom ... a.a.O., S. 313, Tabelle L.

[724] Das werden sie **im aktuellen Schuldgeldsystem** auch tatsächlich, sofern sie 1) überhaupt existieren und 2) egal bei wem «angelegt» sind. *CREUTZ* ebd. S. 314 will differenzieren: «Zwar muß man von den ganzen bankbezogenen Zinsgrößen in der Tabelle rund ein Viertel für die bankinternen Kreditgewährungen abziehen, wenn man die volkswirtschaftlich relevanten Größen erhalten will. Dafür aber muß man mindestens in gleicher Größenordnung jene geldbezogenen

9 492 Mrd. «Geldvermögen in Beziehung, kommt ein Durchschnittszins der Banken von 6,35 % heraus. Das erscheint immerhin möglich, denn da natürlich nicht **alle** Geldvermögen bei den *inländischen* Banken verzinst werden (auf allen Devisenvermögen liegen die Bankzinsen im jeweiligen Ausland!), muß man von den 9 492 Mrd. einen entsprechenden Betrag in Abzug bringen; dadurch steigt aber der reale Durchschnittszins noch an und kommt in die Nähe der weiter oben angegebenen 7,5 - 8 % für das langjährige Mittel zu liegen. Da nun aber in dieser *Bundesbank*-Statistik die «Geldvermögen» einfach um die enorme Masse jener «Einlagen» aufgebläht sind, die bei den Banken lediglich als ausgereichte **«Kredite»** in den Büchern stehen, müssen die sogenannten «Zinsaufwendungen» zum allergrößten Teil als diesen **Pseudo**-«Einlagen» entsprechende **Luftbuchungen** angesehen werden! Reduziert man sie daher realistischerweise auf maximal ein Zehntel, also bloße 45,5 Mrd. DM, und addiert sie zu dem «Zinsüberschuß» von 148 Mrd., ergeben sie mit 193,5 Mrd. deutlich weniger als ein Drittel der gesamten angeblichen «Zinserträge» von 603 Mrd. DM. Sie entsprechen damit in etwa der Höhe der tatsächlich vorhandenen Geldvermögen, die nämlich auch bloß weniger als ein Drittel der offiziell genannten Zahl ausmachen. Und dieses Zehntel tatsächlicher «Zinsaufwendungen» spiegelt dann in etwa die ihm entsprechende Höhe jener «Geldvermögen» wider, die wirklich von überwiegend *kleinen* Sparern bei den Banken zinsbringend angelegt, von den Banken jedoch bloß als ihre teils *Bar-* und teils *Zentralbankreserven* verwendet werden!

Höchst bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang eine diesem Befund exakt entsprechende Mitteilung, die sich anscheinend versehentlich in die Spalten einer gelenkten Zeitung verirrt hat, wo sie zur Illustration der üblichen Falschdarstellung der «Inflation» dienen sollte: «Allein in den USA hat sich seit der *Lehman*-Pleite 2008 der Bestand an Bargeld und Bankguthaben von 900 Milliarden auf zwei Billionen Dollar mehr als verdoppelt.»[725] Hier war ausnahmsweise korrekt und zutreffend von **«Bankguthaben»** statt zweideutig und irreführend von **«Bankeinlagen»** die Rede. Im Vergleich mit deutschen Verhältnissen mag der immer noch sehr geringe Betrag verwundern; indessen hatten die Banken ihre «Kreditvergabe» **aus nichts** in den USA bekanntlich bis zum Ausbruch der Bankenkrise 2007 derart schamlos ausgereizt, daß die offiziell angegebene «Sparquote» der Amerikaner *weniger als null* betrug - übrigens neuerlicher Beweis dafür, daß die «Kredite» unmöglich aus «Spargeldern» kom-

Zinsströme hinzurechnen, die nicht mit Bankeinlagen und -krediten zusammenhängen. Neben den Zinseinkünften aus Versicherungsanlagen gehören hierzu vor allem die Erträge aus Wertpapieren, Schuldverschreibungen und Investmentfonds, aber auch die oben genannten Zinsen aus Kreditgewährungen innerhalb der Sektoren», womit Kreditgewährungen jeweils innerhalb des *Unternehmens-*, des *privaten* und auch des *staatlichen* Sektors gemeint sind. Diese Differenzierung mag technisch korrekt sein. Es hätte aber, würde *CREUTZ* nur die Realität der Bankengeldschöpfung anerkennen, genügt, daran zu erinnern, daß ausnahmslos alle anderen «geldbezogenen Zinsströme» **absolut notwendigerweise zuletzt doch wieder auf die Banken zurückgehen,** denn **die allein** schöpfen nun mal **alles** Geld, auch dasjenige, das egal welche Institution, egal welcher Privatmann und egal welche staatliche Kasse irgendeiner anderen Institution, irgendeinem anderen Privatmann oder irgendeiner anderen staatlichen Kasse entweder als Kredit gewährt oder als Zinsen zahlt, zahlen *kann*

[725] *JENS BURMEISTER* in: «Ostsee-Zeitung», 9.2.2011. Demgegenüber redete *KARSTEN RÖBISCH* in der «Financial Times Deutschland» vom 9.6.2011 schon wieder von «einem Kapitalvermögen der privaten Haushalte» **in Deutschland** «von knapp 5 000 Mrd. Euro», eine Zahl, die sich jedoch unmöglich auf das frei verfügbare Bargeld und die Sparguthaben bei den Banken allein beziehen konnte, sondern offenkundig alle möglichen .Psewcfo-Kapitalien einschloß wie gehabt!

men konnten! Daß sie seither doch wieder *überhaupt etwas* zu sparen vermochten, verdanken die Amerikaner einzig und allein der inzwischen förmlich «explodierten» amerikanischen Staatsschuld ...

Auch in der gesamten Eurozone sind die **privaten Haushalte** gegenwärtig *durchschnittlich* mit 66 %, also genau **zwei Dritteln** des BIP verschuldet[726], woraus sich gleich mehrere Erkenntnisse ableiten lassen:

a) Rein theoretisch könnte also allerhöchstens genau ein Drittel des BIP von den «privaten Haushalten» schuldenfrei in Anspruch genommen werden.

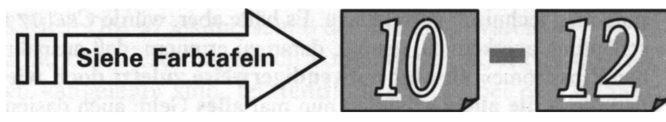
b) Da ein nicht exakt eruierbarer Teil des BIP jedoch von den Unternehmen und vom Staat anstelle der privaten Haushalte «konsumiert» wird, so daß bei weitem kein Drittel des BIP den privaten Haushalten überhaupt noch für ihren schulden*freien* Konsum zu Verfügung steht, kaufen die privaten Haushalte zwar mehr als ein Drittel dessen, was sie *überhaupt* kaufen, schuldenfrei ein, aber mit Sicherheit bei weitem nicht 100 Prozent.

c) Daraus wiederum ergibt sich unmittelbar: was einige Haushalte auf dem Bankkonto zu sparen vermögen, fehlt anderen Haushalten umso schmerzlicher in der Kasse - sie müssen sogar ihre *nötigsten* Einkäufe mittels «Krediten» tätigen!

d) *Nennenswerte* Ersparnisse privater Haushalte können infolgedessen nur die Ausnahme, aber keineswegs die Regel sein.

12) *Nirgendwo* auf der Welt kann die Staatsverschuldung *dauerhaft* zurückgeführt oder auch bloß konstantgehalten werden, weil jedes Schneeballsystem, und ein solches ist nun einmal das **aktuelle Schuldgeldsystem,** überlebensnotwendig der kontinuierlichen Ausweitung bedarf! Ob die Verantwortlichen der Wirtschaftspresse zu unwissend oder zu schlau sind, um das zu enthüllen, sei dahingestellt. Im *Handelsblatt* wurde kürzlich US-Präsident OBAMA als «Pinocchio des Tages» verhöhnt, weil er noch 2006 als US-Senator proklamiert hatte: «Ich werde mich gegen Bestrebungen wehren, Amerikas Schuldengrenze anzuheben», während er sich nunmehr mit der Opposition im US-Kongreß einen monatelangen Schaukampf darum lieferte, genau diese *bereits erreichte* Schuldengrenze endlich zu erhöhen. Falls der Kommentar des Blattes: «Die Not ist groß, da müssen die Grundüberzeugungen entsprechend geschrumpft werden»[727], nicht von hintergründigem Zynismus durchtränkt gewesen sein sollte, dann um so sicherer von abgrundtiefer Ahnungslosigkeit!

13) Die vom Staat eingezogenen Steuern stammen zwar stets aus dem subjektiv schuldenfreien Geld der Bürger. Doch über dieses subjektiv schuldenfreie Geld wiederum verfügen die Bürger größtenteils einzig dank der — faktisch nie zurückgezahlten Staatsschulden! Das heißt mit anderen Worten: Der größte Teil des scheinbar «schuldenfreien», weil steuerfinanzierten Staatshaushalts ist in Wirklichkeit *Bestandteil* der faktisch



immer bloß umgeschuldeten Staatsschulden (der Rest Bestandteil immer bloß umgeschuldeter Unternehmensschulden) und damit ebenfalls nur «schuldenfinanziert» . ..

14) Genau deswegen würden absurderweise sämtliche überhaupt realistischerweise erhebbaren Steuern nie ausreichen, um die Staatsschulden vollständig zu tilgen, selbst

[726] Lt. *MATHIAS OHANIAN/ANDRE TAUBER* in: «Financial Times Deutschland», 31.5.2011.

[727] «Handelsblatt», 30.5.2011.

wenn sie (in für die Wirtschaft absolut ruinöser Weise!) *einzig* zu *diesem* Zweck verwendet würden.

15) Entgegen den ahnungslosen oder heuchlerischen Beteuerungen der etablierten «Wissenschaft» optimiert der **Zins** *im* **aktuellen Schuldgeldsystem** die Geldverwendung noch viel weniger als er es unter anderen Bedingungen täte. «Denn zahlt der erfolgreiche Produzent aus dem Erlös seinen Kredit zurück, verschwindet das Geld wieder aus dem Markt; die Folge wäre ein entsprechender Nachfrage- und Preisverfall aller Güter. . . . Geldvermehrung auf Dauer gelingt nur, wenn in der Zwischenzeit andere durch Kreditaufnahme für eine entsprechend zusätzliche Geldversorgung und Nachfrage gesorgt haben. Die Akkumulation des Zinsgewinns ist die Peitsche, mit der Güter-Produktion und -Absatz unerbittlich ohne Rücksicht auf den tatsächlichen Gewinn, nämlich die Verbesserung der Stoffwechselverfahren, vorangetrieben werden. Der Geldbeschaffungsdruck führte u.a. zur Ausweitung der unproduktiven Produktion, d.h. zur Anregung sinnloser Konsumwünsche durch Mode, Konsumkredit, Kriege, unsinnige Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen .. ,»[728]

In welchem Maße vor allem Kriege die **«Ausweitung der unproduktiven Produktion»** anschieben und die Verschuldungsspirale in immer wildere Umdrehung versetzen, belegen höchst eindrucksvoll die diesbezüglichen Auswirkungen des 2. Weltkriegs: «Von 1940 bis 1950 ging die Bundesschuld der Vereinigten Staaten von 43 auf 257 Milliarden Dollar hoch, ein Anstieg um 598 %. Während dieses selben Zeitraums wuchs die japanische Schuld um 1 348 %, die französische um 583 % und die kanadische um 417 %.»[729]

16) Das System ist in sich widersprüchlich und *kann* daher nur immer neu in schwere Krisen führen. «In dem Maße, in dem über die Ausweitung des Kredits die umlaufende Geldmenge auf dem Markt zunimmt, wächst die Verschuldung. [Proportional zum Anstieg der] Verschuldung sinkt die Kreditwürdigkeit, wird es für die Bank schwieriger, verläßliche Kreditnehmer für die Geldschöpfung, ihre eigentliche Gewinnquelle, zu finden. Dieser Zusammenhang ist die „Todesspirale" des Geldgewinnsystems.»[730] Dasselbe etwas anders formuliert: «Da stets mehr Geld zurückgezahlt werden muß, als ursprünglich als Kredit vergeben wurde, ist das System von Natur aus instabil. Wird die Schuldenblase zu stark aufgebläht und kann sie nicht mehr aufrechterhalten werden, löst dies eine Rezession oder eine Depression aus, durch die ein Großteil der Schulden ausgelöscht wird, so daß der ganze Prozeß wieder von vorn beginnen kann. Diesen Prozeß nennt man „Konjunkturzyklus", er führt zu wilden Schwankungen der Märkte - was genau den Finanzinteressen, die den Zyklus in Gang gesetzt haben, die Chance verschafft, in der Abschwungphase Immobilien und andere Vermögenswerte zu Schleuderpreisen zu erwerben.»[731] Und die Kredit«sicherheiten» sogar zum Nulltarif!

17) Geld ist weniger ein Tausch-, als vielmehr ein **hocheffektives Kontrollmittel** in der Hand jener, die das unerhörte Privileg an sich rissen, es mühelos (ehedem per Federstrich, heute per Mausklick) **aus nichts** zu schöpfen, aber trotzdem immer nur allergnädigst als «Kredit» gegen **greifbare** «Sicherheiten» und saftige **Zinsen** zu «gewähren»!

18) Sogar die Geldschöpfer in den Banken selber müssen mit den schreienden Widersprüchen des Systems zurechtkommen, die ihnen bisweilen Konflikte mit demselben

[728] *HELMUT BÖTTIGER* in: «Der freie Mensch» Nr. 7-8 (Juli-August) 2010, S. 54.
[729] *HITCHCOCK* a.a.O., S. 160.
[730] *HELMUT BÖTTIGER* in: «Der freie Mensch» Nr. 7-8 (Juli-August) 2010, S. 54.
[731] *ELLENHODGSONBROWN* in: «Der freie Mensch» Nr. 7-8 (Juli-August) 2010, S. 35.

Staat bescheren, der doch in ihrem eigenen «Auftrag» ihr kostbares Privileg so bereitwillig schützt! Hier ein besonders schlagendes Beispiel:

28. April 2011: Das *Handelsblatt* berichtet: «Immer mehr US-Banken wird derzeit vorgeworfen, zu wenig Kredite an bonitätsschwache Kunden zu vergeben. Als Folge der Kreditkrise haben die Institute ihre Vergabekriterien verschärft. . . . Ein Beispiel ist *Midwest-BankCentre* in St. Louis, eine von mehreren Banken, die jüngst von den Behörden kritisiert wurden, daß sie Gegenden mit geringerem Einkommen nicht bedienen.»[732]

5. Mai 2011 (also nur eine Woche später!): Dasselbe *Handelsblatt* berichtet: «Die US-Behörden ermitteln bereits seit längerem gegen eine Reihe von Banken, darunter auch *Citigroup* und *Goldman Sachs.* Sie alle sollen vor der Krise mit Milliardensummen Häuser für amerikanische Bürger finanziert haben, die sich die Kredite nicht leisten konnten.»[733]

Ja, was denn nun, bittesehr? «Wasch' mir den Buckel, aber mach mich nicht naß!» - das kann *unmöglich* funktionieren. Käme nicht alles Geld bloß als «Kredit» in Umlauf, träte dieses unsinnige Problem einer a) zwar *notwendigen* «Geldversorgung», die sich jedoch b) weder die Leute noch die Banken «leisten können», gar nicht auf...

19) Niemand bilde sich ein, die internationalen Wirtschafts- und Finanz«eliten» wüßten nicht zumindest über die Grundzüge alles vorstehend Gesagten Bescheid. Im unmittelbaren Anschluß an die Verabschiedung der neuen Bankenrichtlinien namens Basel III im September 2010 kam in der etablierten *Financial Times Deutschland* - oh Wunder! - ein gleichfalls etablierter Ökonomie-Professor zu Wort. Und dies - nochmals: oh Wunder! - ohne das sonst übliche, ja unvermeidliche Signalphoto, das lediglich einen unverbindlichen freimaurerischen «Diskussionsbeitrag» gekennzeichnet hätte. «MARK JOOB lehrt an der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Westungarischen Universität in Sopron und forscht an der Universität Zürich», stand unter dem vierspaltigen Beitrag. Kemthese des Artikels: Basel III sei unzureichend, gebraucht werde ein Basel IV, «das wirklich bei den Wurzeln der Probleme ansetzt und unser gesamtes Finanzsystem auf eine neue Grundlage stellt. Zum Beispiel durch die Einführung eines **zinslosen Vollgeld-Systems, bei dem die Staaten die Geldschöpfung nicht länger den Geschäftsbanken überlassen, sondern selbst in die Hand nehmen. Die Banken könnten dann nur noch Geld verleihen, das sie selbst haben. Ein Schneeballsystem würde so verhindert.»**[734]

Damit war auf knappstem Raum tatsächlich (fast) alles Nötige gesagt! Geldschöpfung zinslos durch den Staat, Bankkredite einzig aus echten Spargeldern - da fehlte nur, daß Bankkredite nicht mehr gegen **prozentuale** «Zinsen», sondern gegen eine für die Bank kostendeckende, **einheitlich-lineare** «Bearbeitungsgebühr» vergeben werden dürften, und der Reformvorschlag zur *kompletten* Beseitigung des **aktuellen Schuldgeldsystems,** das der Autor zumindest im Grundsatz[735] voll durchschaut hat-

[732] Bloomberg-Meldung.

[733] Bericht von *ROLF BENDERS/PETER KÖHLER.*

[734] *MARK JOOB* in: «Financial Times Deutschland», 16.9.2010; Hervorh. hinzugefugt.

[735] Um mehr als das auszubreiten, hätte es natürlich auch eines ganz anderen Rahmens als lediglich eines kurzen Meinungsartikels in einer Tageszeitung bedurft. *JOOB* nannte jedenfalls den Kern der Sache beim Namen: «Genauso wenig, wie die von MADOFF betrogenen Anleger das von ihm aufgebaute größte Schneeballsystem der Kriminalgeschichte durchschaut haben, erkennt die Öffentlichkeit heute das existierende gigantische globale Schneeballsystem. Es handelt sich dabei um unser Geldsystem. Dessen Zusammenbruch ist wie bei jedem Schneeballsystem

te, wäre perfekt gewesen[736]! Überflüssig zu erwähnen, daß der Artikel dem berühmten «Ruf in der Wüste» gleichkam. Jegliches Echo blieb aus. Alle hatten es gelesen, aber auch alle hielten den Mund, heimliche Sympathisanten genauso wie erboste Gegner. Erstere aus nicht ganz unbegründeter Furcht um ihre Karriere, letztere, um bloß keinen Staub aufzuwirbeln und nur keine echte Diskussion in Gang setzen zu helfen, denn *die* hätten sie mit ihren erbärmlichen Pseudo-Argumenten schon von vornherein verloren.



nicht nur vorhersehbar, sondern unausweichlich. . . . Zur Erklärung: . . . Der überwiegende Teil des umlaufenden Geldes ist Kreditgeld, da es durch Kreditvergabe entstanden ist. Kredite gibt es aber nur gegen Zinsen. Deshalb muß, um die Wirtschaft im Gleichgewicht zu erhalten, ein Wirtschaftswachstum in einer Höhe erreicht werden, die die Zinszahlungen zu decken vermag, sonst droht das System zusammenzubrechen. Die Geldmenge wiederum muß proportional zum Wirtschaftswachstum vergrößert werden, damit eine lähmende Deflation vermieden wird. Eine vergrößerte Geldmenge macht weitere Zinszahlungen und damit weiteres Wirtschaftswachstum erforderlich.» Hier fiel lediglich (einfachheitshalber?) unter den Tisch, daß ein den wachsenden Zinsbeträgen wirklich entsprechendes Wirtschaftswachstum noch nicht einmal von ferne je erreicht wird, so daß permanent der eine, gewöhnlich größere Teil des Unerreichbaren durch (Pseudo-)Inflation und der andere, gewöhnlich kleinere Teil durch Bankrotte mit den durch sie erzwungenen Gläubigerverzichten «bestritten» wird. Außerdem kommen nicht bloß der «überwiegende» Teil, sondern rund 99,9 % allen Geldes immer nur als «Kredit» in Umlauf - obwohl man natürlich *rein formal* alles, was jenseits von 50 % und noch unterhalb von 100 % liegt, zutreffenderweise als «überwiegend» bezeichnen *kann* ... wenn man denn Angst davor hat, deutlicher zu werden.

[736] Aber dennoch längst nicht alle Probleme behoben, wie weiter oben schon gezeigt: Eine Geldumlaufsicherung ä la SILVIO GESELL wäre nach erfolgter rigoroser Abschaffung des **aktuellen Schuldgeldsystems** zwar sinnvoll, um den Banken überhaupt zu echten Spargeldern zu verhelfen, jedoch nur dann auch effektiv, wenn **jede** Entstehung **stark** überdurchschnittlich hoher Einkommen wegen der damit verbundenen Möglichkeit, anderweitig geldwerte «Renditen» zu *erpressen*, **ausnahmslos** verhindert würde.

E. Die systematische Verschuldung der Staaten

Wir verfügen jetzt über die nötigen Grundlagen, um die moderne, weltweit grassierende Staatsverschuldung als das zu würdigen, was sie ist: eine angesichts ihrer Absurdität wahrhaft tolldreiste Veranstaltung zur hocheffektiven Knebelung der Regierungen sämtlicher Länder der Erde.

Ehe die «internationalen Bankiers» sich der Sache auf *ihre* Weise, nämlich ganz im Sinne der PROTOKOLLE, annahmen, kamen Staaten nur selten, vor allem jedoch nie dauerhaft in die Verlegenheit, sich zu verschulden. Fast immer war die Notwendigkeit, einen Krieg zu finanzieren, Grund für die befristete Aufnahme staatlicher Schulden. «Die Republiken Norditaliens mußten von Zeit zu Zeit Zwangsanleihen von ihren Bürgern erheben, um den Erfordernissen eines Krieges gewachsen zu sein, und die solchermaßen eingegangenen öffentlichen Schulden kannte man als „montes" [„Berge"]. Wir stoßen auf das erste Beispiel für diese Zwangsanleihen bereits 1171. In jenem Jahr erklärte Venedig dem [byzantinischen] Reich den Krieg wegen dessen Unterdrückung der venezianischen Bevölkerung in Konstantinopel, und um die Mittel dafür bereitzustellen, wurde eine Zwangsanleihe von einem Prozent auf die Netto-Einkommen erhoben; das Geld trug einen Jahreszins von vier Prozent. Die Schuldscheine waren handelbar - das erste Beispiel für die Ausgabe von Regierungsanleihen. Im Jahre 1336 war die Republik Florenz gezwungen, eine ähnliche Anleihe zu erheben, um die Kosten eines Krieges gegen MASTINO DELLA SCALA zu bestreiten. Die führenden Handelsfirmen wie auch einzelne prominente Bürger liehen das Geld zu 15 Prozent Zinsen aus, die direkt aus der Steuer zahlbar waren. Nach ein paar Jahren wurden die Anleihen zu einem allgemeinen Fonds, dem „monte commune", zusammengefaßt und der Zinssatz gesenkt.»[737] In Genua, wo 1300 erstmals eine Staatsanleihe fällig wurde, erlaubte man den Gläubigern, einer Reihe gutsituierter Bürger, eine Gesellschaft zu bilden, die sich «Bank des hl. Georg» nannte und als einzige Kreditgeberin der Republik ähnliche Privilegien genoß wie später in England die Ostindien-Gesellschaft.[738]

Immerhin wurde hier ausnahmslos reales, vorher vom Staat selber schuld- und zinsfrei geschöpftes Geld an ihn «zurück» verliehen. Der Vorgang glich der befristeten Erhebung einer Sondersteuer, mit dem Unterschied, daß sie hier am Ende zurückgezahlt wurde. Die Zinsen waren freilich im Falle Venedigs bloße Selbsttäuschung, denn sie mußten letztlich von allen anleihe- und zugleich steuerpflichtigen Bürgern je für sich selbst erwirtschaftet werden! Im Falle von Florenz und Genua konnten sich zwar die Gläubiger des Staates auf Kosten der Allgemeinheit durch den Zins real bereichern. Von einer aus nichts geschöpften, dafür aber ewigen und dabei stetig wachsenden Staatsschuld als **reiner Selbstzweck für die Gläubiger** war man jedoch immer noch meilenweit entfernt. Diese «Erfindung» blieb, wie schon gezeigt, den Gründern der *Bank von England* vorbehalten.

Zu klären bleibt nur noch, was wir in diesem ganzen Band unter «Staatsschulden» verstehen. Leider wird sogar dieser scheinbar klare Begriff nicht eindeutig verwendet. Fachleute oder solche, die sich dafür halten, unterscheiden nämlich gerne zwischen einer «expliziten» (= ausdrücklichen) und einer «impliziten» (= einschlußweisen) Staatsschuld.

[737] *PATRICK CLEARY,* The Church and Usury. An Essay on Some Historical And Theological Aspects Of Money Lending [Die Kirche und der Zins. Eine Studie zu einigen geschichtlichen und theologischen Aspekten des Geldverleihs], 3. Nachdruck Palmdale, CA 2000 (Originalausgabe Maynooth/Irland 1914), S. 107.

[738] Lt. ebd.

Die letztere bezieht nun sämtliche **langfristigen** finanziellen Verpflichtungen des Staates (z.B. Pensionszahlungen für seine Beamten, Zuschüsse zur Altersrentenversicherung der Gesamtbevölkerung etc. etc.), für die er keine Rücklagen gebildet hat, ein und gelangt auf diese Weise zu umso phantastischeren Zahlen, je weiter sie in die Zukunft blickt. Letztlich ist diese Art, sogenannte «Staatsschulden» zu berechnen, genauso unsinnig, wie wenn man alles, was Otto Normalverbraucher voraussichtlich die nächsten dreißig (oder vierzig - wer bietet mehr?) Jahre seines Lebens hindurch an Steuern, Gebühren, Abgaben und sonstigen Fixkosten (Strom, Wasser, Abwasser, Versicherungen etc.) zu entrichten haben wird, allen Ernstes als seine bereits gegenwärtig bestehenden «Schulden» bezeichnen wollte .. .!

Wir werden uns also auf diesen selbst von amtlichen Experten und Wissenschaftlern oft genug aufwendig zelebrierten Unfug[739] nicht im mindesten einlassen. Staatsschulden im präzisen oder eben «expliziten» Sinne sind nur jene finanziellen RückZahlungsverpflichtungen, die staatliche Haushalte jeweils *aktuell* (statt bloß irgendwann zukünftig!), aber *insgesamt* (und insoweit bzw. in *diesem* Sinne, d.h. im Sinne konkret vereinbarter *Laufzeiten* natürlich doch «zukünftig»!) gegenüber irgendwelchen Geldgebern oder Gläubigern haben, und nichts sonst.

1) Staatsschulden - die angeblichen Gründe

Daß der moderne Staat ewig verschuldet ist und die Schuld sogar immer schneller anwächst, muß man seinen Bürgern natürlich irgendwie «begründen». Die «verstehen» nämlich sonst nicht, wieso ihre noch so üppigen Steuerzahlungen trotzdem niemals auch bloß von ferne ausreichen, um die öffentlichen Ausgaben zu finanzieren. Politiker, «Experten» und das Kartell der gelenkten Massenmedien widmen sich denn auch hingebungsvoll der Aufgabe, uns diesbezüglich beinahe täglich neu zu desinformieren. Das fängt bei KONRAD ADENAUERS heuchlerischer Anklage «Die Sozialdemokraten können nicht mit Geld umgehen» an und hört beim dümmlichen Journalisten-Gefasel, wir hätten halt ,zu lange über unsere Verhältnisse gelebt', noch längst nicht auf. Sehen wir uns ruhig einmal an, was da alles von solchen, die es garantiert besser wissen, an plumpen Stammtischparolen vorgeplappert und von anderen gläubig-gedankenlos, manchmal vielleicht auch bloß «populistisch» (Motto: die Wahrheit ist zu kompliziert für's gemeine Volk ...) nachgeplärrt wird.

* KARL STEINHAUSER, österreichischer Journalist und Autor, 1994: «In ihrer überschäumenden Ausgabefreudigkeit haben Politiker auch keine Hemmungen, das Geld des Staates auch dann noch mit beiden Händen in Wohltätermanier in der Bevölkerung zu verteilen, wenn es gar nicht mehr vorhanden ist. Also durch Bankkredite beschafft werden muß.»[740]

[739] Auf «in Wirklichkeit» zwerchfellerschütternde «200 Billionen Dollar» hat jüngst der US-Ökonom LAURENCE KOTLIKOFF die «aktuellen» amerikanischen «Staatsschulden» beziffern zu sollen geglaubt (lt. «American Free Press», 7.2.2011, Leserbrief), womit er wohl den bisherigen Rekord im freigiebigen Verzapfen derartigen - mit Verlaub - *Schwachsinns* halten dürfte. Dabei ist es nicht bloß im **aktuellen Schuldgeldsystem,** sondern wäre auch unter normalen Voraussetzungen völlig unmöglich, auf Jahrzehnte im voraus «Rücklagen» in solcher Höhe zu bilden! Bekanntlich verfugen selbst die Rentenversicherungsanstalten oder Krankenkassen trotz auf Jahrzehnte (warum nicht gleich Jahrhunderte oder Jahrtausende?) «absehbaren) «Verpflichtungen» über so gut wie keine Rücklagen - woher sollten die auch kommen? Schließlich müssen ja überall auf der Welt sogar die Nahrungsmittel alljährlich neu erzeugt werden, ohne daß man sie in nennenswerten Mengen für den zukünftigen Bedarf «zurücklegen» könnte.

[740] *KARL STEINHAUSER,* Banken & Banditen, Wien o.J. (1994), S. 65.

* GERT MEIER, Jurist und Buchautor, 1996: «Schlechte, wenn nicht sogar verantwortungslose Politik in der Mehrzahl der [ist/-]Mitgliedstaaten, Deutschland durchaus eingeschlossen, hat. . . in ganz erheblichem Maße dazu beigetragen, bei der Finanzierung öffentlicher Ausgaben auf Pump im großen Stil zu leben.»[741]
* JÖRG GUIDO HÜLSMANN, promovierter Volkswirtschaftler, 2000: «Ehrgeiz und Verblendung haben im Verlauf der letzten dreißig Jahre viele deutsche Kommunalpolitiker dazu verfuhrt, für ihre Gemeinden immer mehr Kredite aufzunehmen. Diese Kredite mußten sehr bald schon durch Bürgschaften der Bundesländer abgesichert werden . . . Doch viele Länder hatten in ihrem Bereich die gleiche Politik verfolgt und wurden abhängig von Kreditbürgschaften des Bundes. . . . Der Bund geht nun seinerseits langsam, aber sicher demselben Schicksal entgegen. . .. Deutschland wird immer mehr unter die Fittiche des großen Brüsseler Molochs geraten. . . . Der Brüsseler Staat wird nicht zögern, früher oder später die Verteilung der von ihm verbürgten Kredite in die eigenen Hände zu nehmen, um sich somit in den Augen aller europäischen Bürger unentbehrlich zu machen.»[742]
* HERMANN FREDERSDORF, Ehrenvorsitzender der *Deutschen Steuer-Gewerkschaft,* 2003: «Es gibt von Hause aus keine leeren öffentlichen Kassen, vielmehr sprudeln auch heute noch die Steuer- und Abgabequellen über. . . . Die Politiker haben mit falschen, überbordenden Ausgabebeschlüssen die Kassen leer gemacht und jammern nun über ihre eigenen Schandtaten und deren schändliche Folgen.»[743]
* HANS WERNER WOLTERSDORF, «national» gesinnter Autor und Publizist, 2003: «Für die in einer Demokratie jeweils regierende Partei ist es wichtig, für die nächste Legislaturperiode wieder gewählt zu werden. Dazu muß die Partei dem Volk etwas bieten, Verbesserungen, Erleichterungen. Dazu braucht sie Geld, das sie (noch) nicht hat. Also nimmt sie Kredite auf.»[744]
* *Deutsche Studiengemeinschaft,* 2003: Der deutsche Staat hat «im Laufe der Jahre leichtfertigerweise schon so viele Schulden gemacht, daß man ihm eigentlich kein Geld mehr leihen dürfte . . . Schuld an der nicht mehr beherrschbaren Staatsverschuldung . . . sind neben jahrzehntelangen sozialpolitischen Sünden und der parteipolitischen Verschwendungssucht vor allem die von der *CDU/CSU/FDP-V orgängemgierung* KOHL wirtschaftlich und politisch in den Sand gesetzte Deutsche Einheit und der demographische Absturz.»[745]
* *Bund der Steuerzahler,* 2003: «Für die Entstehung der Schulden verantwortlich sind die von uns gewählten Politiker in den Parlamenten, die über die Einnahmen und Ausgaben des Staates entscheiden. Wenn die Einnahmen, vor allem die Steuern, nicht ausreichen, die Ausgaben zu decken, entscheiden sich viele Politiker dafür, Schulden zu machen. Politiker wollen wiedergewählt werden. Viele glauben, sich bei den Wählern beliebt zu machen, wenn sie Wahlgeschenke verteilen, denn die Bürger haben viele Wünsche, deren Erfüllung sie sich vom Staat erhoffen. Dabei vergessen sie jedoch leicht, daß die Erfüllung der Wünsche dazu führt, daß der Staat zuviel Geld ausgibt.»[746]

741 *MEIER* a.a.O., S. 205.

742 *JÖRG GUIDO HÜLSMANN* (Nachwort) in: *ROTHBARD* a.a.O., S. 135.

743 *HERMANN FREDERSDORF* in: «DSTG magazin» (Organ der *Deutschen Steuer-Gewerkschaft),* November 2003, S. 10.

744 *HANS WERNER WOLTERSDORF* in: «Deutschland» Nr. 9/10 (September/Oktober) 2003, S. 62.

745 «DSG-Informationsdienst» Nr. 9/10 (Dezember 2003), S. 12 bzw. 17.

746 Erklärung des *Bundes der Steuerzahler* vom Juli 2003, zit. n. der vollständigen Dokumentation in: «PHI», 14.8.2003, S. 221.

* SABINE MÖLLER, «national» gesinnte Publizistin, 2003: «Alle Bundesregierungen, von der *CDU* bis zur *SPD,* haben durch ihre Liebedienerei allen anderen gegenüber alles verwirtschaftet, was das deutsche Volk erarbeitet hat.»[747]
* HEINRICH LUMMER, Ex-Bürgermeister und Innensenator von Berlin, 2004: «Wir leben absolut über unsere Verhältnisse. Statt sich in Orgien herzugeben [sie!], wäre Bescheidenheit und Askese angesagt.»[748]
* *Die Deutschen Konservativen e. V.,* 2005: «Der Staat ist pleite, unseriöse Politiker haben unser Geld verjubelt. Wie besoffene Seeleute ihre Heuer zum Fenster rausgefeuert.»[749]
* JAMES P. TUCKER, «populistischer» US-Publizist, 2006: «Dank seiner Vermeidung des gesunden Menschenverstands hat [US-Präsident] BUSH jetzt diese Nation in Schulden bei den Bankiers von über 8 Billionen Dollar hineinmanövriert. . .»[750]
* ANDREAS WODOK, Wirtschaftsjournalist, 2007: «Im großen und ganzen ist es das Kapital, das dem Staat mehr und mehr Geld leiht und folglich immer mehr Zinsen kassiert. Der Staat wiederum bläht sich auf, schmeißt Jahr für Jahr Milliarden zum Fenster hinaus (allein 2006 betrug die Steuerverschwendung 30 Milliarden Euro) - und refinanziert sich dann beim Bürger.»[751]

Natürlich werden auch immer wieder von allen möglichen Leuten alle möglichen konkreten Tatbestände von - zumindest ihrer Meinung nach - «Steuerverschwendung» angeprangert. Weithin bekannt ist das zu diesem Thema jährlich neu mit großem Aufwand erstellte und publizierte «Schwarzbuch» des *Bundes der Steuerzahler.* Es lohnt nicht, derlei hier auch noch zu dokumentieren, denn die Massenmedien füttern uns ja *ständig* mit solchen Skandälchen, nur damit der eine einzige alles überschattende Riesenskandal, den **das aktuelle Schuldgeldsystem** als solches darstellt, umso sicherer undurchschaut bleibt . . . Und mit ihm der *eine einzige **wahre*** Grund für die Staatsver-

[747] *SABINE MÖLLER* in: «Unabhängige Nachrichten» Nr. 2 (Februar) 2003, S. 2.

[748] *HEINRICH LUMMER,* in: «Konservative Deutsche Zeitung» Nr. 10/11 (2004), S. 40. - Zu dieser besonders unverschämten bzw. abgrundtief dummen Phrase sagt *ROWBOTHAM* (The Grip of Death . . . a.a.O., S. 100) höchst treffend: «Von allen für die [Existenz der] Staatsschuld angebotenen Erklärungen ist diese Unterstellung, sie bedeuteten, daß die gegenwärtige Generation ‚auf Kosten' kommender Generationen lebe, die lachhafteste und hat den hohlsten Klang. Lesen Ökonomen, die diese Theorien vorlegen, jemals Zeitungen? Man fragt sich, ob sie in derselben Welt leben wie wir. Jedenfalls sieht es nicht so aus, als zögen sie in Betracht, wie ihre Theorien mit dem zusammenstimmen, was wirklich passiert ist. Jahrzehntelang haben Regierungen versucht, Ausgaben zu kürzen und Steuereinnahmen zu erhöhen, um so ihre Haushalte auszugleichen und das Wachstum dieser Schulden zu begrenzen. Jeder Generation wird weisgemacht, sie müsse ‚ihre Gürtel enger schnallen', sie müsse ‚sich der harten Realität des Lebens stellen', die Nation ‚gebe mehr aus, als sie einnehme'. Und trotz aller Anstrengungen, sie zu begrenzen, sind die Staatsschulden beständig gestiegen. Doch zur selben Zeit, über die letzten fünfzig Jahre hinweg, haben die Völker und Nationen der Welt gearbeitet, die Macht der modernen Technologie genutzt, und das mit solcher Geschwindigkeit, daß sie die Gestalt ihrer Volkswirtschaften und Gesellschaften bis zur Unkenntlichkeit verändert haben. Sieht das nach einer Generation aus, die herumgelungert, zuviel ausgegeben und sich ganz allgemein ein schönes Leben auf Kosten der Zukunft gemacht hat? Und dasselbe gilt für vorherige Generationen bis hinauf zur industriellen Revolution.»

[749] «Konservative Deutsche Zeitung» Nr. 20/21 (2005), S. 8.

[750] *JAMES P. TUCKER* in: «American Free Press», 13.2.2006, S. 3. - Andererseits bemüht sich dieselbe Zeitung, vor allem in jüngster Zeit, durchaus ernsthaft um die *korrekte* Darstellung des Zustandekommens der Staatsschulden.

[751] *ANDREAS WODOK* in: «Die Tagespost», 19.4.2007.

schuldung, nicht nur in Deutschland, sondern *überall* auf dem Globus: Ohne Staatsverschuldung bräche im aktuellen Schuldgeldsystem sofort die gesamte Wirtschaft zusammen! Kein Normalbürger hätte auch nur einen roten Heller im Geldbeutel, kein Unternehmen (außer Aktiengesellschaften und - natürlich! - den Banken) besäße auch nur ein einziges Prozent an Eigenkapital!

Umso absonderlicher wirkt da das regelmäßige, oft schon ritualisierte Alarmgeschrei von Leuten, bei denen man sich zumindest fragen muß, ob sie selber das überhaupt ernstmeinen.

* *Der Spiegel,* 1997: «Kein Zweifel: Die Regierung steckt in der Schuldenfalle.»[752] So, so! Gibt es denn irgendwo auf der Welt irgendein Land von nennenswerter Größe, auf das dies nicht ebenfalls zutrifft, und zwar seit vielen Jahrzehnten, wenn nichts bereits seit ein bis zwei Jahrhunderten?
* Der *Bund der Steuerzahler,* 2003: «Die öffentlichen Haushalte sitzen in einer Verschuldungsfalle.»[753] Ja, immer noch, seit der *Spiegel* das schon 1997 feststellte, und offenbar recht bequem, denn sie verbleiben da seelenruhig und tatenlos bis heute (2011).
* GEORGE KNUPFFER, 1971: «Schon hat die Einkommenssteuer ein so hohes Niveau erreicht, daß sie nicht mehr weiter ausgedehnt werden kann, und dasselbe gilt für die Erbschafts- sowie andere direkte und indirekte Steuern, doch ein sehr großer Teil der eingezogenen Summen geht für die „Bedienung" (d.h. Zinszahlungen) der Schulden drauf. Es muß ganz bald der Tag kommen, an dem keine weiteren Kredite an den Staat mehr möglich sind, es sei denn, einige der älteren werden gestrichen oder der Zinssatz drastisch gesenkt.»[754] Interessant, nicht wahr? Jetzt sind wir schon volle vierzig Jahre weiter vorangekommen, und die stetig gewachsenen, ja sogar *mathematisch vervielfachten* Staatsschulden sind immer noch genauso «bedienbar» oder vermeintlich «nicht mehr bedienbar» wie ehedem ...
* RON PAUL, «populistischer», aber zugleich freimaurerischer US-Kongreßabgeordneter und Ex-Präsidentschaftskandidat, 2006: «Stellen Sie sich eine einfache Frage: Würden Sie der US-Regierung angesichts ihrer Ausgabegewohnheiten Geld leihen? Es ist doch klar, daß wir nicht noch weiter Tag für Tag 1,8 Milliarden Dollar leihen können, um die Regierung zu finanzieren.»[755] Naja, 2009 hat sie sich dann Tag für Tag ungefähr das Dreifache dessen «geliehen», und das geht bis zur Stunde mit noch höheren Summen wunderschön so weiter . . ., denn «Geld» aus nichts kann man *unendlich* viel schöpfen und ihr «leihen» - wo soll da das Problem sein? Natürlich würden wir alle das auch tun, wenn wir es nur dürften - zumal wir doch darauf fette Zinsen bekämen!

Daneben gibt es zweifellos die wirklich Ahnungslosen. Dazu zählt der Bürgermeister von Langenfeld bei Köln, MAGNUS STAEHLER. Er war im März 2005 darauf «stolz, daß seine Stadt die niedrigste Pro-Kopf-Verschuldung unter den Städten mit mehr als fünfzigtausend Einwohnern in Deutschland» hatte, und meinte wörtlich: «Das Ziel ist klar: 2009 wollen wir den Schuldenstand komplett auf Null setzen. . . . Das wünschen wir uns auch für Deutschland. Der Bundesfinanzminister ist herzlich eingeladen, den Langenfelder Weg vor Ort zu begutachten.»[756] Offenbar hatte der Gute keinen blassen Schimmer davon, daß im aktuellen Schuldgeldsystem *seine* Freude nur anderer *Leid* sein konnte,

752 «Der Spiegel» Nr. 23/1997, S. 31.

753 Erklärung des *Bundes der Steuerzahler* vom Juli 2003, zit. n. der vollständigen Dokumentation in: «PHI», 14.8.2003, S. 222.

754 *KNUPFFER* a.a.O., S. 44.

755 *RON PAUL* in: «American Free Press», 20.2.2006, S. 9.

756 Meldung in: «Die Tagespost», 30.3.2005.

denn die Schulden, die er so eifrig *abgebaut* hatte, mußten ja andere Kommunen oder gar der Bundesfinanzminister *zusätzlich* aufnehmen, um die deutsche «Geldversorgung» und mit ihr die Wirtschaft nicht schrumpfen zu lassen!

JOHANN PHILIPP VON BETHMANN, anscheinend Sproß der gleichnamigen Frankfurter Bankiersfamilie, doch bezüglich des **aktuellen Schuldgeldsystems** ahnungslos wie ein neugeborenes Kind, warf am 8. November 1985 gar volle 32 000 DM zum Fenster hinaus, indem er eine ganzseitige Anzeige in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* schaltete, worin er just die «Verantwortlichen für die Weltwirtschaft» (aber wen meinte er da eigentlich . . .?) warnte, es gebe «inzwischen zu viele faule Schulden in der Welt», es herrsche eine «Schuldeninflation», und wir brauchten unbedingt eine «neue Geldpolitik, Reform in letzter Minute, bevor es kracht»[757]. Inzwischen ist die Welt ein volles Vierteljahrhundert weiter, doch so richtig «gekracht» hat es *bis heute* noch nicht. Hätte VON BETHMANN das schöne Geld in ein ernsthaftes Studium der Frage investiert, woher es ihm eigentlich zugeflossen war, dieses selbe Geld, wäre er zumindest «ein Philosoph geblieben». So aber «erntete er nur Hohn»[758], und das trotz seines seltenen Idealismus' leider nicht einmal völlig zu Unrecht.

2) Staatsschulden - der wahre Grund

Wir befassen uns hier in erster Linie mit den Staatsschulden der reichen Industrienationen bzw. der «entwickelten» Länder, in denen ja die erdrückende Masse allen Geldes der Welt anzutreffen ist. Obwohl das, was für sie gilt, auch auf die meisten ärmeren Schwellen- und/oder «unterentwickelten» Länder zutrifft, ist doch der *Mechanismus,* mittels dessen man *sie* gezielt verschuldet hat und weiterhin verschuldet *hält,* ein anderer. Deshalb wird auf ihre Situation noch gesondert einzugehen sein.

Wenn die Zentralbanken Papiergeld nach Herzenslust drucken und die Geschäftsbanken Buchgeld in beliebigen Mengen schöpfen können, um es dem Staat gegen ewige, immer nur steigende Zinszahlungen zu «leihen», ist absolut nicht einzusehen, wieso der Staat dasselbe Geld nicht selber drucken bzw. schöpfen sollte, ohne es von irgendwelchen Privatleuten, die sich frech «Bankiers» nennen, zu «leihen» und ihnen jahrein jahraus Milliarden und Abermilliarden als Zinsen auf ihre läppischen **Schöpfungen aus nichts** (!) zu zahlen.

«Wahnsinn», nennt diese völlig **künstlichen** Staatsschulden, «das leihweise Überlassen von bedruckten Papierscheinen», KARL STEINHAUSER und geißelt die «absolute Sinnlosigkeit» bzw. «Ungeheuerlichkeit»[759] der Prozedur. Auch ELLEN HODGSON BROWN schüttelt den Kopf darüber, «daß die Regierung sich dazu hat verführen lassen, sich Geld zu leihen, das aus dem Nichts erzeugt wurde, und dafür auch noch Zinsen zu zahlen, wenn diese Regierung doch selbst diese Gelder hätte schöpfen können, und zwar zinslos und ohne Schulden machen zu müssen»[760].

Es muß angesichts dessen als eine der erstaunlichsten Errungenschaften der Judäo-Freimaurerei betrachtet werden, nach und nach sämtlichen Völkern das *boshaft abartige* **aktuelle Schuldgeldsystem** übergestülpt zu haben, meist mit List und Tücke, Lug und Trug, nur selten mit Gewalt. Die Dummheit allzuvieler lieben Mitmenschen war und ist

[757] Zit. n. «Humane Wirtschaft» Nr. 1 (Januar-Februar) 2010, S. 46.

[758] *LUDWIG HEID* (Leserbrief) ebd.

[759] *STEINHAUSER* a.a.O., S. 34f; allerdings bezieht sich der Autor nur auf die USA und hat nur das von der *FED* gedruckte *Papiergeld* im Auge.

[760] *HODGSON BROWN,* Der Dollar-Crash ... a.a.O., S. 241.

aber auch gar zu grausam. Sie lassen sich Generation um Generation bereitwilligst einreden, wenn «unabhängige» Zentralbanken das Geld schöpften und **zinsgierige Privatbankiers** es an den Staat ausliehen, sei das «gesunde Stabilitätspolitik»; sobald aber der Staat bzw. die Regierung das Geld **im Interesse der Allgemeinheit** selber schöpfen «dürfe», bedeute das «Inflation». Dabei wächst doch, wie HODGSON BROWN hervorhebt, in beiden Fällen die Geldmenge «offensichtlich gleich schnell»[761], ja sogar in Wirklichkeit noch schneller, denn allein der ewige «Zinsdienst» **zwingt** ja den Staat bereits zur Aufnahme immer höherer «Kredite» und damit zur unaufhörlichen Aufblähung des Geldbestands!

«Staatsverschuldung ist ein krimineller Akt», meint sogar ROLAND BAADER. Denn bei jeder Kreditaufnahme geht der Staat einen - ansonsten ausdrücklich verbotenen! - **Vertrag zulasten Dritter** ein, indem «mit Abschluß des Geschäfts (Kauf einer Staatsanleihe) auch jene Bürger belastet werden (für Zins und Tilgungsleistungen), die mit dem Geschäft überhaupt nichts zu tun haben»[762]. Verfechter der «reinen Lehre» von der sogenannten «repräsentativen Demokratie» werden freilich diese Argumentation nicht gelten lassen, sondern immer bloß lakonisch darauf hinweisen, die Wahlbürger hätten «ihre» selbstgewählte Regierung ja *einschlußweise* zum Abschluß solcher Geschäfte ermächtigt . . . Eher schon könnte bzw. müßte man jedoch diese Kreditgeschäfte als «kriminell» bezeichnen, weil ihnen *letztlich* immer die vertragliche Überlassung von «etwas» (nämlich durch reale Güter und Dienstleistungen gedeckte Zinsgelder) gegen «nichts» (nämlich wertlose, bei ihrer Entstehung von Haus aus durch nichts gedeckte Bucheinträge oder - gelegentlich - Papierscheine) zugrundeliegt[763]! Unter dieser elementaren Rücksicht wären freilich nicht bloß Staatsschulden, sondern praktisch alle Bankschulden überhaupt als gleichermaßen «kriminell» einzustufen.

Als absurd, ja kriminell werden sie also von ihren hellsichtigsten Kritikern betrachtet, die Staatsschulden. Das sind sie auch wirklich. Aber doch nur deshalb, weil das **ganze Schuldgeldsystem,** zu dem sie gehören, selber höchst absurd und zutiefst kriminell ist! Wer darum, wie z.B. ROLAND BAADER, am **Schuldgeldsystem** *als solchem* überhaupt nichts auszusetzen findet, dürfte auch die Staatsschulden keineswegs verdammen, sondern müßte sie lebhaft begrüßen. Denn **im aktuellen Schuldgeldsystem** erfüllen sie tatsächlich eine absolut unverzichtbare Aufgabe!

Diese unter den herrschenden Umständen unverzichtbare Aufgabe wird interessanterweise von *allen* echten Kritikern des aktuellen Geldwesens gesehen. Indessen erfährt sie seitens der Anhänger der Freiwirtschaftslehre SILVIO GESELLS eine andere - und leider irrige - Deutung als seitens jener, die (wie wir) vor der Tatsache der Bankengeldschöpfung *nicht* die Augen verschließen.

Aus der ideologisch festgefahrenen, gewollt oder ungewollt realitätswidrigen Sicht der Freiwirtschaftler schöpfen die Geschäftsbanken keinerlei Geld. Alles, was sie je an Krediten ausreichen, haben sie entweder von der Zentralbank oder von ihren Sparkunden ursprünglich selber als Bargeld geliehen. Durch wiederholte Einzahlungen (und jeweils

761 Ebd. S. 129.

762 *BAADER* a.a.O., S. 89. - Wie wir gleich sehen werden, erfolgt allerdings gar keine Tilgung, und selbst die Zinszahlungen werden durchschnittlich immer bloß durch Aufnahme von Neukrediten bestritten, so daß die Steuerbürger entgegen dem allgemeinen Köhlerglauben insoweit - **völlig unbelastet** bleiben!!!

763 Wenn biedere «Sparer» ihr überschüssiges Geld in Staatsanleihen anlegen, liegt der sittenwidrige Vertrag «Etwas gegen nichts» natürlich nicht hier, sondern an jener Stelle vor, wo ihr Geld erstmals als aus nichts geschöpfter «Kredit» ins Dasein kam.

anschließende Ausleihungen) des immergleichen Bargeldes auf die Konten vermögender «Sparer» sind jedoch riesige Buchgeldvermögen entstanden, die von den Banken ebenfalls - als Buchgeld - ausgeliehen werden. Unter diesen - objektiv unzutreffenden, ja unmöglichen! - Voraussetzungen interpretieren die Freiwirtschaftler die faktische Unerläßlichkeit der immerwährenden Existenz von Staatsschulden bzw. ihrer stetigen Ausweitung wie folgt:

* «Dadurch, daß die wachsenden Geldvermögen ständig neu verliehen werden müssen, entsteht ein Verschuldungszwang. Massive Sparmaßnahmen [des Staates] führen dazu, daß der Zins sinkt, weil weniger Kreditnachfrage dem Geldvermögen gegenübersteht. Geld wird in unserem System jedoch nur bis zu einer unteren Mindestzinsgrenze (Liquiditätsgrenze) verliehen, anderenfalls wird es nicht mehr in der Wirtschaft investiert und es entsteht eine Krise. Folge hiervon sind Massenarbeitslosigkeit, Armut, Unruhe, Kriminalität und Krieg. Darum muß der Staat immer für genügend Kreditnachfrage sorgen, indem er sich selber für oftmals sinnlose Großprojekte verschuldet oder das Schuldenmachen durch die Steuergesetzgebung erleichtert.»[764]
* «Würde sich niemand mehr verschulden, kein Unternehmen, kein Staat, kein Privatmann, würde der Zins unter die genannte Liquiditätsgrenze sinken, und schon würde sich das Geld vom Markt zurückziehen, also nicht mehr investiert werden. Hier beginnt die Spirale von Geldknappheit und Deflation mit den bekannten Folgen: Arbeitslosigkeit, soziale Krisen und am Ende Krieg. . . . Wenn zu viele Privatpersonen auf Kredite verzichten und sich also nicht verschulden, muß der Staat einspringen und Kredite aufnehmen, um den Zins hoch zu halten, weil Kapital ja nur gegen hohen Zins überhaupt zur Verfügung steht.»[765]
* «Der deutsche Wirtschaftsprofessor RÜDIGER POHL, über viele Jahre Mitglied des Sachverständigen-Gremiums, das die Bundesregierung berät, hat das in einer Veröffentlichung in *der Zeit* vom 11. 12. 1987 deutlich gemacht: „Wohlgemerkt: Staatliche Kreditaufnahme ist kein Selbstzweck. Aber wenn - wie heute in der Bundesrepublik - das Kapitalangebot aus privaten Ersparnissen[766] steigt, gleichzeitig die Kapitalnachfrage ... der Unternehmen wegen der schwachen Investitionsneigung gering bleibt, dann muß der Staat das am Markt entstehende Kapitalüberangebot aufnehmen, weil anderenfalls eine deflationäre Wirtschaftsentwicklung einsetzen würde."»[767]
* «... jede Volkswirtschaft ist gezwungen, im gleichen Umfang ihre Schulden auszuweiten, wie die Ersparnisse zunehmen. Denn alle Ersparnisse müssen auf diese Weise wieder in den Wirtschaftskreislauf zurückgeführt werden, wenn die Wirtschaft nicht unter Geldmangel leiden soll. . . . Das heißt, angesichts der uns heute drohenden deflationären Entwicklungstendenzen ist der Staat tatsächlich zum Schuldenmachen gezwungen!»[768]
* «Was würde überhaupt passieren, wenn die Finanzminister der Industrieländer beschlössen, überhaupt keine Schulden mehr zu machen? Die Summen, die jetzt in Staatsanleihen fließen, würden anderswo angelegt, riskanter - in Aktien, Unternehmensanleihen oder vielleicht auch Beteiligungen an Hedgefonds. Unternehmen und Bürger

HANNICH a.a.O., S. 23.

765 *GÜNTER HANNICH* in: «Humanwirtschaft» Nr. 4 (Juni/Juli) 2003, S. 29.

766 RÜDIGER POHL ist natürlich *kein* Freiwirtschaftler, wohl aber ein berufsmäßiger Desinformant, wenn er hier gegen besseres Wissen von «privaten Ersparnissen» statt von **bankengeschöpften Krediten** redet.. .

767 *CREUTZ,* das Geld-Syndrom ... a.a.O., S. 291.

768 *HELMUT CREUTZ* in: «Humane Wirtschaft» Nr. 4 (Juli-August) 2009, S. 44.

müßten sich selber stärker verschulden, wenn der Staat als großer Schuldner wegfiele: Habenzinsen können nur gezahlt werden, wenn jemand anderes Sollzinsen bezahlt. ... Sie werden den Menschen gezahlt, die sich Staatsanleihen leisten können.»[769]

* «Aber muß der Staat denn überhaupt Schulden machen? HEINER FLASSBECK, Makro-Ökonom bei der ***UNO*** in Genf, hat die Antwort: „Solange die Bürger sparen, muß sich auch jemand verschulden." Das heißt nichts anderes als: Wer mit seinem ersparten Geld Zinsen verdienen will, braucht auf der anderen Seite auch jemanden, der sich für diese Zinsen das Geld leiht. Das kann eine Bank oder ein Unternehmen, aber auch der Staat sein. Und wenn private Investoren sich zurückhalten - wie gegenwärtig -, dann muß der Staat die Guthaben und das Ersparte der Bürger aufnehmen und es produktiv anlegen - sich also verschulden.»[770]
* «Alle heutigen Staaten „finanzieren" sich neben den Steuereinnahmen auch zu einem großen Teil über staatliche Schuldverschreibungen, welche von in- oder ausländischen Privatpersonen, Banken oder auch von anderen Staaten aufgekauft werden können. Selbstverständlich wird dieses Geld verzinst. Sinn oder Notwendigkeit einer solchen zusätzlichen Geldaufnahme werden mit einer erhöhten staatlichen Investitionsstimulierung in der nationalen Wirtschaft begründet. Das stimmt auch, denn wenn der Staat sich nicht zur Neuverschuldung bereiterklärt, dann läuft das Geld nicht mehr um, und die Wirtschaft stagniert. Zunehmende Verschuldung ist eine Bedingung des Geldumlaufs im kapitalistischen System . . ., also ist die Tilgung oder auch nur die Rückführung der Staatsverschuldung immer gleichzeitig auch mit einem Rückgang der wirtschaftlichen Produktion verbunden, wenn nicht gleichzeitig die Verschuldung in anderen Teilbereichen der Wirtschaft ansteigt, also bei den Unternehmen oder den privaten Haushalten.»[771]
* «Irgendjemand muß die, mit dem immer weiteren Vermögenswachstum nötig werdenden, Schulden tragen. Jene, das eingesetzte Kapital mehrenden, Verwertungsmöglichkeiten sind im Zweifelsfalle durch die staatliche Neuverschuldung zu sichern: Der Staat muß investieren und sich verschulden, wenn Unternehmen und Private nicht in ausreichendem Maße dazu bereit oder in der Lage sind.» - «Es gibt bei Zurückhaltung der Unternehmen und Privaten nur noch zwei Wege: die sofortige Krise oder die weitere Finanzierung der Konjunktur durch den Staat. Dies nennt sich dann „Wachstumsinitiative" oder „Investitionsprogramm" der Regierung ...» - «Der Staat hat, will er Krisen vermeiden, ausreichend rentable Verwertungsbedingungen für brachliegendes Kapital zu schaffen. Dies ist der Hauptgrund für die scheinbare Unausweichlichkeit der Staatsverschuldung.»[772]

[769] *DOHMEN* a.a.O., S. 72. - Der Autor ist zwar kein Freiwirtschaftler, hat jedoch an dieser Stelle seines Buches offenbar völlig *vergessen,* was er auf S. 24f durchaus noch wußte: daß die Geschäftsbanken ihre Kredite (und folglich auch ihre Kredite an den Staat) aus nichts schöpfen, so daß - jedenfalls in der Hauptsache - *sie* anstatt normaler «Sparer» bzw. «Anleger» die Habenzinsen einstreichen!

[770] *GRANDT* a.a.O., S. 244. - Dieser Autor ist ebenfalls *kein* erklärter Anhänger von SILVIO GESELL, argumentiert hier aber genauso wie die Freiwirtschaftler, während es sich bei dem Experten FLASSBECK um einen weiteren berufsmäßigen Desinformanten handeln dürfte . . . Übrigens hat auch *GRANDT* hier total aus dem Auge verloren, was er auf den Seiten 57ff noch wunderschön dargelegt hat: daß die Geschäftsbanken ihre Kredite aus nichts schöpfen, folglich auf irgendwelche «Ersparnisse» überhaupt nicht angewiesen sind. - *DOHMEN, GRANDT* und andere lassen sich dadurch irreführen, daß ein *geringer* Teil der Staatsanleihen tatsächlich durch private Ersparnisse finanziert wird, meist in Form von regelmäßigen Beitragszahlungen für Lebensversicherungen und/oder Pensionsfonds. Wir kommen noch dazu.

[771] *STRIEGEL* a.a.O., S. 301.

[772] *BICHLMAIER* a.a.O., S. 49, 62 bzw. 377.

* «Ein Schuldenabbau der öffentlichen Hand ist praktisch nicht möglich, da das nur geht, wenn die Gläubiger bereit sind, die Rückzahlungen auch anzunehmen. Das ergibt sich ganz einfach aus der Überlegung, daß die Summe der Schulden gleich der Summe der Forderungen ist. Die Gläubiger sind aber wegen der arbeitslosen Zinserträge nicht am Abbau von Schulden interessiert. Realer Schuldenabbau ist aber nur möglich, wenn die Gläubiger ihre Guthaben durch Nachfrage von Leistungen (Produkte und Dienstleistungen) in gleichem Maße abbauen - dafür haben sie aber keinen Bedarf.»[773]
* «Wenn ... bei einem Aktien-Crash abrupte und panikartige Einbrüche erfolgen, ist es das Ziel der Notenbanken, die Gelder in die Anleihemärkte zur Umschichtung zu bringen. .. . Preisanstiege der Anleihen sollen dann später wieder für steigende Aktienkurse sorgen. Solange bei Finanzkrisen gilt, daß das Geld in Staatsanleihen geht (erkennbar an den steigenden Anleihekursen), bleibt unser gegenwärtiges System stabil.»[774]

Alle vorstehend zitierten Texte stellen völlig zutreffend fest, daß der Staat *immer* jenen Teil der volkswirtschaftlichen Gesamtverschuldung auf sich nehmen **muß,** den Privatleute und Unternehmen nicht tragen **wollen** oder **können**[775]**.** Sie nennen jedoch nicht die wahre Ursache für dieses «Nichtwollen» bzw. «Nichtkönnen». Und daran ist einzig und allein ihre Blindheit für den tatsächlichen Mechanismus der Geldschöpfung schuld!

Das private «Spar»- bzw. «Anlagekapital», das sich angeblich bei zu niedrigen Zinsen in die Geldhortung zurückzieht («brachliegt») und dadurch den Geldkreislauf «unterbricht», existiert nur in der Einbildung der GESELL-Jünger bzw. der von lügnerischen Vertretern und gedankenlosen Sprachrohren der etablierten Wirtschaftswissenschaften erfolgreich Irregeführten. Unterbrochen wird der Geldkreislauf oder besser gesagt, die Geldversorgung der gesamten Volkswirtschaft vielmehr dadurch, daß die Geschäftsbanken nicht mehr genügend Abnehmer für ihre aus nichts geschöpften «Kredite» finden. Und zwar «nicht mehr genügend» Abnehmer präzise in dem Sinne, daß nicht mehr genügend **neues** «Kredit»geld in Umlauf kommt, um - gesamtwirtschaftlich gesehen! - die *Zinseszinsen* auf die **Alt**«kredite» «zurückzuzahlen.

Während aber Privatleute meist keine Kredite bei den Banken aufnehmen *wollen* (und das auch nicht unbedingt müssen), geraten die Unternehmen oft genug in die Verlegenheit, daß sie keine Kredite mehr aufnehmen *können.* Weil ihre Geschäftslage - gerade **dank** des **aktuellen Schuldgeldsystems!** - bereits so schlecht ist, daß sie den Banken nicht mehr genügend «Sicherheiten» für weitere Kredite zu bieten haben. Oder, was letztlich dasselbe ist, weil die Banken ihnen nicht mehr zutrauen, zusätzlich «gewährte» (sprich: aus nichts geschöpfte!) «Kredite» künftig überhaupt noch «zurückzahlen zu können. Ehe die USA am Anfang der 1940er Jahre massiv aufzurüsten begannen, mußte

[773] *ROLANDSPINOLA* in: «Humanwirtschaft», November/Dezember 2005, S. 37.

[774] *ARGENS* a.a.O., S. 224; der Autor ist kein Freiwirtschaftler, erwähnt sogar an einer einzigen Stelle (S. 101) kurz die Geldschöpfung des Bankensystems, zieht indes, warum auch immer, keinerlei Konsequenzen daraus. - Der hier zitierte Text setzt aber doch zwingend voraus, daß der Staat **«mitspielt»,** indem er als Ersatz für das an der Börse «vernichtete» Buchgeld seinerseits vermehrt aus nichts geschöpfte «Kredite» bei den Banken ordert!

[775] Nur berufsmäßige Desinformanten, zu denen auch der seinerzeitige ¿S£/-Kommissar YVES-THIBAULT DE SILGUY gerechnet werden muß, bringen es fertig, den Sachverhalt genau umgekehrt zu präsentieren, nämlich so: «Die Arbeitslosigkeit sinkt in den Ländern, die ihre öffentlichen Defizite zurückführen, und nimmt in den Ländern zu, die ihre Defizite vergrößern» (zit. n. *MEIER* a.a.O., S. 82). Als bloße neutrale Beobachtung ist das zutreffend. Doch DE SILGUY wollte damit ‚beweisen', daß steigende staatliche Haushaltsdefizite einen Anstieg der Arbeitslosigkeit *verursachten,* während genau das Gegenteil der Fall ist: erst wenn die Arbeitslosigkeit sinkt, kann auch der Staat sein jährliches Haushaltsdefizit wieder absenken!

dort sogar der Staat Kredite bei den Banken einzig zu dem Zweck aufnehmen, sie seinerseits an die Unternehmen weiterzuverleihen, die nämlich in den Augen der Geldverleiher nach der nur mühsam überwundenen Großen Depression immer noch nicht «kreditwürdig» waren! «Kein Wunder», meinte seinerzeit JERRY VOORHIS, «hatte doch die Regierung den Banken ein sichereres und zuverlässiges Einkommen aus dem Kauf der Bundesschulden (Bonds) angeboten. Und das hatte gewisse ganz entschiedene Vorteile gegenüber der Vergabe riskanter Kredite an kleine oder selbst große Geschäftsleute.»[776]

Beides, also a) die weitverbreitete (und an sich sehr gesunde!) Scheu der Bürger vor privater Verschuldung ebenso wie b) die neuerdings, seit Ausbruch der jüngsten «Banken»- bzw. «Schuldenkrise» ja wieder vielbeschworene «Kreditklemme» für die Unternehmen, kann einzig der Staat ausgleichen[777]. Ihn sehen die Banken noch lange als «kreditwürdig» an, nachdem alle anderen potentiellen Abnehmer ihrer buchstäblich *nichtigen* «Kredite» es bereits nicht mehr sind, denn er kann ja (wie zumindest vordergründig immer gerne gesagt wird . . .) nötigenfalls Steuern eintreiben und verfügt zudem über das berühmte «Tafelsilber» des Finanzministers als zusätzliche «Sicherheit». Und wenn die Regierung **im aktuellen Schuldgeldsystem** nicht tatenlos zusehen will, wie die Wirtschaft mangels hinreichender (Zins-)Zahlungsfahigkeit gegenüber den Banken zuerst ein- und dann zusammenbricht, dann **muß** sie tatsächlich jederzeit Schulden bis zu jener Höhe aufnehmen, die zur aktuellen Zinsbedienung **sämtlicher** «Altschulden» in der gesamten Volkswirtschaft erforderlich ist[778]. Bekanntlich kommt es sogar *trotzdem* (!) noch Jahr für Jahr zu mehr als genug Unternehmenspleiten und Privatinsolvenzen . . .

Genau deshalb bleibt dem Staat **im aktuellen Schuldgeldsystem** ohnedies gar keine andere Wahl, als den berühmten von KEYNES erteilten Rat des «deficit spending» zu befolgen. Unter US-Präsident HERBERT HOOVER, dem dieser Rat noch nicht zuteilgeworden war, hatte sich nämlich gezeigt, daß staatliches «Sparen» zwar die Wirtschaft abwürgte, die Staatsschulden aber dennoch gewaltig in die Höhe trieb, und dies deshalb, weil *jetzt* **tatsächlich** die weitgehend ausbleibenden Steuereinnahmen durch Bankenkredite ersetzt werden mußten! Vom 30. Juni 1930 bis zum 30. Juni 1933 stieg die US-Bundesschuld um 6,35 Mrd. $, was damals einem Schuldenwachstum von über 39 Prozent in bloß drei Jahren entsprach! «Dieser Sechs-Milliarden-Dollar-Anstieg der Bundesschulden fand zu einer Zeit statt, da Präsident HOOVER alles nur Menschenmögliche tat, um die Regierungsausgaben auf ein absolutes Minimum zu senken. Doch die Einnahmen fielen sogar noch schneller als die Ausgaben, und die Depression wurde immer schlimmer.»[779] Die Lage besserte sich erst allmählich unter HOOVERs Nachfolger F.D.

[776] *VOORHIS* a.a.O., S. 73.

[777] Diese Tatsache verlor z.B. eine Freudenmeldung in «American Free Press», 6.9.2010, S. 2 aus den Augen, die den aktuellen, massiven Rückgang privater Schulden der US-Bürger voreilig als «Silberstreif am Horizont» feierte. Tatsächlich zwingt ein solcher Rückgang den Staat zur Aufstockung *seiner* Schulden in entsprechender Höhe .. .

[778] Das bedeutet jedoch nicht, daß die jährliche Neuverschuldung des Staates ausreicht, um alle Zinseszinszahlungen zu leisten; tatsächlich reicht sie *durchschnittlich* immer nur aus, die vom Staat selber zu entrichtenden Zinszahlungen zu decken! Indirekt kommen aber - wie wir noch sehen werden - die nie zurückgezahlten «Altschulden» (= Jahr um Jahr wachsende Schuldengrundsumme) des Staates der ganzen Volkswirtschaft als *faktisch* schuldenfreies Geld zugute und helfen so **in entscheidender Weise** mit, die ständig fällig werdenden Zinsen für Privat- und Unternehmenskredite aufzubringen!

[779] *VOORHIS* a.a.O., S. 56 (wörtlich: «... when President HOOVER was doing everything on earth he could to cut government expenses to the bone.»).

ROOSEVELT, der nämlich die Staatsschulden noch viel stärker steigen ließ (um über 20 Mrd. in nur genau sieben weiteren Jahren!)[780].

Im Juni 2010 war denn auch zu beobachten, daß etliche hocheingeweihte «Experten» auf die Barrikaden gingen und eine regelrechte Medienkampagne losbrach, sobald die deutsche Bundesregierung törichterweise ihre Entschlossenheit' bekundet hatte, den Bundeshaushalt jetzt aber endlich durch «Sparen» zu «sanieren»:

* 14. Juni: «Warnruf- Der US-Starökonom REICH furchtet, daß die „reichen" Staaten die Konjunktur kaputtsparen.»[781]
* 21. Juni: «PAUL KRUGMAN ist der zurzeit einflußreichste Ökonom der Welt. Seine Argumente gegen die deutsche Sparpolitik finden sich fast wortgleich in dem Brief, den US-Präsident BARACK OBAMA am Wochenende an seine Kollegen aus der *G20* schrieb. . . . KRUGMAN . . . warnt vor einem Rückfall in die Rezession. Die Welt brauche im Moment nicht weniger, sondern mehr schuldenfinanzierte Konjunkturprogramme.»[782]
* 24. Juni: «Der US-Investor GEORGE SOROS sieht in der deutschen Politik eine Gefahr für Europa. Deutschland zwinge dem Rest der Währungsunion eine falsche Wirtschaftspolitik auf, indem es auf dem Abbau der Staatsverschuldung beharre, sagte SOROS in einem Interview mit der Wochenzeitung *Die Zeit.* . . . Mit ihrer Sparpolitik trieben die Deutschen ihre Nachbarn in eine Deflation, sagte SOROS.»[783]

Die Aufregung dieser den ROTHSCHILDS & Co. eng verbundenen (SOROS) oder doch indirekt verpflichteten Herrschaften war begreiflich, denn innerhalb des **aktuellen Schuldgeldsystems** ist «Sparen» tatsächlich keine Option! Auch wenn z.B. in Griechenland aus ganz anderen, noch zu besprechenden Gründen heuchlerisch der gegenteilige Eindruck erweckt wurde und wird . . . Lassen wir nun etliche Autoren, die diesen, d.h. den wahren, Sachverhalt gleichfalls erkannt haben, ihn noch weiter verdeutlichen.

* «Das gegenwärtige System . . . fußt auf Wucher, das heißt auf der Ausleihe von Geld gegen Zinsen, . . . sodann auf der Übertragung der Machtbefugnis zur Münzprägung bzw. Geldausgabe vom souveränen Staat auf Privatpersonen und Privatgesellschaften, bei denen ein Großteil der Bevölkerung **und sogar der Staat selbst verschuldet ist, teilweise deshalb, weil alles solchermaßen geschöpfte Geld als zinspflichtiger Kredit ins Dasein tritt.»[784]**
* «Um . . . genügend „Geld" im System zu belassen, müssen ständig neue Schulden erzeugt werden. Wenn Geschäftsbanken nicht genügend Geld erzeugen, indem sie ihm durch Verleihen eine Existenz verschaffen, **dann muß die Regierung diese Funktion übernehmen, indem sie Geld ausgibt, das sie gar nicht hat, und die Kredite mit allen Mitteln rechtfertigt.** Eine Ökonomie [= Volkswirtschaft] am Leben zu erhalten heißt, ständig neue Wege zu finden, wie man neu-geschöpftes Kreditgeld in das System pumpen kann, während man gleichzeitig die Tatsache verbirgt, daß dieses „Geld" aus dem Nichts geschöpft wurde.»[785]
* «. . . im Oktober 2005 . . . waren [in den USA] die Bundesschulden auf die Höhe von acht Billionen $ emporgeschossen. Die Geldmenge M3 [= Bar- *und* Buchgeld] war in

[780] Lt. ebd.

[781] «Handelsblatt», 14.6.2010.

[782] *TORSTEN RIECKE/THOMAS HANKE* in: «Handelsblatt», 21.6.2010.

[783] «Handelsblatt», 24.6.2010.

[784] *KNUPFFER* a.a.O., S. 28; Hervorh. hinzugefügt.

[785] *HODGSONBROWN* a.a.O., S. 370f; Hervorh. hinzugefugt.

demselben Jahr mit ihren 9,7 Billionen $ nicht viel größer. Es ist kaum eine Übertreibung zu sagen, daß *die Geldmenge den Bundesschulden entspricht und ohne sie nicht existieren kann.*»[786] Das ist der **eine** Aspekt der Sache, und er sollte eigentlich keiner weiteren Erläuterung bedürfen. Denn wir sahen ja schon, daß jede Rückzahlung von Buchgeld«krediten» in Buchgeldform - und das ist der Normalfall - Geld wieder vernichtet und somit den Geldbestand verringert. Doch noch bedeutsamer ist der **zweite** Aspekt:

* «Durch ihr jährliches Haushaltsdefizit gibt die Regierung mehr Geld in die Wirtschaft als sie ihr durch Besteuerung nimmt[787]; d.h. es erfolgt eine Netto-Geldversorgung der Wirtschaft durch öffentliche Ausgaben. Diese jährliche Spritze ist effektiv ein schuldenfreier Zufluß von Geld in die Wirtschaft; schuldenfrei, weil diese Schuld zwar in bedrohlichen Zahlen als Staatsschuld registriert, jedoch tatsächlich niemals abbezahlt, sondern ständig umgeschuldet und verlängert wird. Die Regierung spiegelt alljährlich vorübergehend vor, Steuergelder zur Rückzahlung der Staatsschulden zu verwenden, doch das auf dem Wege des Defizits [= der Schuldenaufnahme] zusätzlich ausgegebene Geld übersteigt immer den durch Besteuerung entzogenen Betrag; daher wird alles, was aus der Wirtschaft weggesteuert wird, wieder weit mehr als ersetzt, während die Gesamtschuld steigt. **In funktionalem Sinne ist dieses Geld schuldenfrei, weil Verbraucher und Industrie es nicht ins Dasein leihen müssen.»**[788]

ROWBOTHAM scheint der einzige Experte zu sein, der diese hochbedeutsame Tatsache als den letzten und eigentlichen Grund - auf rein finanztechnischer Ebene, wohlgemerkt, die wir momentan einzig im Auge haben - für die Notwendigkeit der Staatsschulden **im aktuellen Schuldgeldsystem** so klar und deutlich herausgearbeitet hat[789]. Bemerkens-

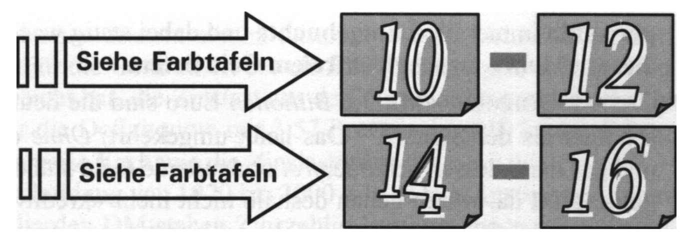
786 Ebd. S. 58; Hervorh. original. - Das Verhältnis von Staats- zu sonstigen (Unternehmens- und privaten) Schulden ist in den USA freilich nur deshalb so extrem staatsschuldenlastig, weil der US-Dollar als Welt-Reservewährung fungiert und ein erheblicher Teil vom «M3» keineswegs in Amerika selber «umläuft», sondern vielmehr in den Zentralbanken des Globus liegt! Ein weiterer, möglicherweise sogar noch gewichtigerer Faktor ist die permanente Spekulation auf den «internationalen Finanzmärkten», die ebenfalls überwiegend in (quasi-gehorteten) Dollars stattfindet, die irgendwann einmal als «Staatsschulden» geschöpft wurden. - Die gleich anschließenden Ausführungen der Autorin sind übrigens irrig. Wenn sie nämlich meint: «Warenkredite alleine können die Geldmenge nicht aufrechterhalten, denn sie verschwinden mit ihrer vollständigen Rückzahlung. Um aber Geld im System zu belassen, muß *irgendein* größerer Akteur einen substantiellen Schuldenbetrag aufnehmen, der *niemals* zurückgezahlt wird - und genau diese Rolle spielt die Bundesregierung», übersieht sie, daß zu jedem Zeitpunkt neue Warenkredite *durchschnittlich* in ungefähr derselben (genauer gesagt: in sogar *immer etwas größerer*!) Zahl und Höhe aufgenommen werden, wie alte durch Tilgung verschwinden!

787 Sie «nimmt» auch gar nichts, sondern schleust ja das «Genommene» gleich anschließend durch damit getätigte Ausgaben wieder in die Wirtschaft zurück.

788 *ROWBOTHAM,* The Grip of Death . . . a.a.O., S. 300; Hervorh. hinzugefugt. Der einzige Irrtum dieser ansonsten luziden Argumentation liegt darin, daß Steuergelder der Wirtschaft ja überhaupt nicht dauerhaft entzogen werden, sondern umgehend in Form damit getätigter staatlicher Ausgaben wieder in die Wirtschaft zurückkehren! Infolgedessen kommt der Effekt der «Nettoerhöhung» der Geldversorgung sogar *ausschließlich* durch die staatliche Nettokreditaufnahme zustande und ist mit ihr quantitativ *strikt identisch*: werden netto 40 Mrd. Euro neue Staatsschulden aufgenommen, stehen der Wirtschaft auch netto genau diese 40 Mrd. Euro *zusätzlich* zu Verfügung.

789 Er macht sogar an anderer Stelle deutlich, daß auch die Staatsschulden der sogenannten 3. Welt fast zur Gänze der schuldenfreien Geldversorgung der Industrieländer zugutekommen, indem sie indirekt jenen Anteil an faktisch schuldenfreiem Geld **erhöhen,** der in den reichen Ländern umläuft (S. 141; Hervorh. original): «Kurzum, durch Kredite, die sie einem Land der 3.

wert ist jedoch: Selbst solche Autoren, denen der unauflösliche Zusammenhang zwischen Staatsschulden hier und Bereitstellung faktisch schuldfreien Geldes dort unbekannt ist, bekräftigen ihn, ohne sich dessen bewußt zu sein, *der Sache nach* auf das Eindrücklichste.



* HELMUT CREUTZ: «Überprüft man die öffentlichen Investitionsausgaben [der Bundesrepublik Deutschland], dann wurden diese von 1965 bis 2003 von 12 auf 33 Milliarden Euro auf knapp das Dreifache ausgeweitet. Vergleicht man diese Entwicklung aber mit den Steuereinnahmen, die in der gleichen Zeit von 54 auf 468 Milliarden und damit auf das Neunfache zunahmen, wird . . . erkennbar,. . . daß die Investitionen, die 1965 immerhin noch bei 22 Prozent der Steuereinnahmen lagen, bis 2003 auf rund sieben Prozent abgesunken sind. Das heißt, der Staat hat seine laufenden Investitionsausgaben, verglichen mit 1965, auf ein Drittel heruntergefahren. Mit dieser radikalen Reduzierung hat er zwangsläufig in der Wirtschaft große Auftragslöcher gerissen und damit zusätzlich die Arbeitslosigkeit erhöht!»[790] Letzteres ist allerdings eine Milchmädchenrechnung, denn jene Investitionen, die der Staat selber nicht «mehr» tätigt, kann dank seiner kräftig gestiegenen Verschuldung die freie Wirtschaft mit entsprechend mehr für sie schuldenfreiem Geld (= «Eigenkapital»!!!) tätigen! Das wird unmittelbar bestätigt durch

* SIMON BICHLMAIER: «Immerhin ist das Wachstum in Deutschland seit Mitte der siebziger Jahre des letzten Jahrhunderts vorwiegend aus der Staatskasse finanziert worden.» - «Daß aber eine Rückführung der Staatsschulden mit weiterem, durch immer neue Staatsschulden finanziertem Wachstum nicht gelingen kann, ist von der Logik her reichlich banal.»[791] Was da an Wachstum «finanziert» wurde und wird, war und ist im wesentlichen die Eigenkapitalquote der Unternehmen! Bekanntlich können Unternehmen - und mit ihnen «die Wirtschaft» - immer nur in dem Maße wachsen, in dem es ihnen gelingt, ihr Eigenkapital zu erhöhen (denn das wiederum ist - zusammen mit dem vorhandenen Sachkapital - nicht banken*technisch*, aber finanz*rechtlich* die «Basis» für entsprechend höhere Bankkredite). Ein paar wenige Aktiengesellschaften vermögen gelegentlich «Kapitalerhöhungen» an der Börse, also letztlich aus Spekulantengeldern bzw. Bankzinsgewinnen, zu erzielen. Alle übrigen Unternehmen sind zur Aufstockung ihres Eigenkapitals auf steigende Gewinne durch erhöhten Absatz ihrer Produkte angewiesen. Und das ist nur möglich, wenn die sogenannten «Konsumenten» mehr schuldenfreies Geld in der Tasche haben. Einzig der Staat kann aber durch seine

Welt gewährt, hat die reiche Nation einen Absatzmarkt für ihre Waren gefunden, kurbelt ihre Wirtschaft an und erhöht ihren Geldbestand, während sich ein anderes Land die Schuldenlast aufgeladen hat. Die ganze Wahrheit, die ganze Ungerechtigkeit und der ganze Greuel der Schulden der 3. Welt besteht darin, daß *die unterentwickelten und hochverschuldeten Länder der Welt als Bestandteil der Geldversorgung der entwickelten Nationen fungieren.* Die gegenwärtig [1998] ausstehenden Gesamtschulden der 3. Welt in Höhe von 2 100 Milliarden US-Dollar sind Geld, das als Schuld geschöpft wird; die Schuld wird verarmten Nationen angerechnet, doch die Masse dieses Geldes verbleibt in den Volkswirtschaften der reichen Länder», und zwar für *sie* schulden- bzw. zinszahlungsfrei!

790 *Helmut Creutz* in: «Humanwirtschaft», Januar/Februar 2005, S. 27.

791 *BICHLMAIER* a.a.O., S. 37 bzw. 57.

per saldo immer bloß **umgebuchte** und dabei stetig wachsende Dauerverschuldung[792] dieses **«Mehr»** an schuldenfreiem Geld liefern.

* CASPAR DOHMEN: «Mit 3,6 *Billionen* Euro sind die deutschen Firmen viel höher verschuldet als der Staat.»[793] Das heißt umgekehrt: *Ohne* die Verschuldung des Staates und das dank dessen schuldende/' umlaufende Geld stünden sie nahezu *völlig* **ohne Eigenkapital** da, wären genau deshalb nicht mehr «kreditwürdig», somit pleite! Die gesamte produktive Wirtschaft bräche schlagartig zusammen, das Bankensystem schließlich auch ...

Leute wie ROLAND BAADER oder G. EDWARD GRIFFIN leben daher offenbar auf einem anderen Stern, wenn sie glauben, ausgerechnet die Staatsschulden *schadeten* der «Kreditversorgung» der Wirtschaft . . ,![794] Tatsächlich ist es einzig und allein die im wesentlichen nur dem Staat überhaupt *mögliche* ewige Umschuldung, die den Unternehmen und der Masse der Bevölkerung den Besitz von (zumindest scheinbarem) «Eigenkapital» erlaubt. Daß selbst dieses Geld letztlich den Banken gehört, denen nämlich der Staat ständig Zinsen darauf zahlen muß, wurde weiter oben schon dargetan. Betrachten wir hier nur noch das durch zahlreiche Statistiken erwiesene und von keinem offiziellen Experten geleugnete Faktum, «daß das System der Staatsanleihen ein ähnlich gestricktes Pyramiden-System ist wie der Hedge-Fonds des „50-Milliarden-Betrügers" BERNARD MADOFF: Zinszahlungen auf Staatsanleihen werden . . . teilweise durch die Ausgabe neuer Anleihen bezahlt, und wenn ein Papier fällig wird, dann wird es durch die Erlöse aus neu-emittierten [= neu-aufgelegten, neu zum „Kauf angebotenen] Papieren ausgeglichen.»[795]

Eine Statistik dazu haben wir schon weiter oben angeführt. Wegen ihrer enormen Aussagekraft sei sie hier nochmals zitiert und dann um etliche weitere ergänzt.

792 Fällige Zinszahlungen werden alljährlich durch Neukredite «finanziert»; im jeweiligen Folgejahr werden die fälligen Zinsen auf die Altschulden + **die letztjährigen Neukredite** einfach erneut durch Neukredite aufgebracht, und das über Jahrzehnte hinweg! Dadurch laufen auch die jeweiligen «Neukredite» des jeweils vergangenen Jahres *zusätzlich* schuldenfrei um. Faktisch in Verkehr gebracht werden sie allerdings, wenn man einmal näher zusieht, nicht unmittelbar durch den Staat selber, sondern erst durch die **Empfänger** der *Neukredite = Zinsen auf Altschulden,* d.h. durch die **Bankeigentümer!** Die nämlich investieren ihre Zinsgewinne vornehmlich in Unternehmensbeteiligungen aller Art, und die Unternehmen ihrerseits finanzieren mit dem solchermaßen (nochmals entweder direkt oder erst auf Umwegen) **zinslos** erhaltenen frischen Kapital sowohl höhere Löhne und/oder mehr Arbeitsplätze als auch zusätzliche Einkäufe von (Investitions-)Gütern und (Investitions-)Dienstleistungen.

793 *DOHMEN* a.a.O., S. 71; Hervorh. original.

794 Vgl. *BAADER* a.a.O., S. 94f: «Je mehr Ersparnisse in Regierungsanleihen gesteckt werden, desto weniger fließen in Unternehmensanleihen und Aktien, in eigene betriebliche Aktivitäten oder in Wagnisbeteiligungen bei fremden Unternehmen - und um so mehr fließen in die verschwenderischen und unproduktiven Aktivitäten des Staates und seiner Bürokratie.» - Ebenso leider auch *GRIFFIN,* a.a.O., S. 512, obwohl *er* es doch besser wissen müßte: «Wenn Leute Regierungsanleihen kaufen, steht weniger Geld für Investitionen in die private Industrie zu Verfügung. Es ist wohlbekannt, daß Kredite an die Regierung Kredite an Private „ausstechen". Das Ergebnis ist, daß die produktive Seite der Nation durch unfairen Wettbewerb um Investitionskapital benachteiligt wird.» - Dieser Argumentation ließe sich nur dann etwas abgewinnen, wenn nicht die erdrückende Masse der Staatsanleihen wie auch der Unternehmens- und Privatschulden von den Banken als «Kredite» aus nichts geschöpft würden, während die vergleichsweise ärmlichen «Ersparnisse», deren Ansammlung das **aktuelle Schuldgeldsystem** überhaupt zuläßt, bloß eine Alibifunktion erfüllen!

795 *ARGENS* a.a.O., S. 225.

* Im Frühjahr 1999 erklärte der Landeszentralbank-Direktor von Nordrhein-Westfalen, Prof. REIMUT JOCHIMSEN: «Für die Gesamtheit der elf *EWU-* Länder gilt, daß die Neuverschuldung gerade ausgereicht hat, die Zinslast aus der Verschuldung zu decken. Im Zeitraum 1970 bis 1998 war die Defizitquote mit 3,57 Prozent des BIP [= des Bruttoinlandprodukts] praktisch genauso hoch wie die Zinslastquote mit 3,63 Prozent.»[796]
* Für Deutschlands Staatsverschuldung von 1970 bis 2000 gilt: «Dem Anstieg der Schulden in Höhe von 2 243 Milliarden DM stehen Zinszahlungen in Höhe von 1910 Milliarden DM gegenüber! Das aber heißt, die gesamten Zinszahlungen wurden mit Neukrediten bedient, und nur die geringe Differenz von 333 Milliarden DM blieb für laufende staatliche Ausgaben übrig! ... Die Deckung der Zinszahlungen durch Neukreditaufnahmen wurde Anfang 1999 auf einem Schuldensymposium in Berlin sogar durch einen Staatssekretär des Bundesfinanzministeriums, MANFRED OVERHAUS angesprochen: „In einer langfristigen Betrachtung kann man also ganz klar sagen, daß sich diese ganze Veranstaltung nicht gelohnt hat. Denn hätten wir dauerhaft auf Kredite verzichtet, müßten wir heute keine Zinsausgaben leisten und hätten auch keine Zinsrisiken zu furchten. Wir hätten aber für Investitionen genauso viel ausgegeben wie bisher." Die Redaktion der *Zeit,* die über das Symposium berichtete, faßte das ganze Dilemma in einer Überschrift zusammen: „Mit den Krediten von heute begleicht der Staat immer nur die Zinsen von gestern - auf Kosten der Generationen von morgen."»[797] - Letzteres war natürlich genauso Desinformation wie die Overhaussche Erweckung des Eindrucks, **im aktuellen Schuldgeldsystem** könne ausgerechnet der Staat «auf Kredite *verzichten»* ... Er kann es absolut nicht. Aber auch *keine* Generation wird diese fiktiven, niemandem *wirklich* geschuldeten «Schulden» je «zurück»zahlen, denn das ist a priori unmöglich!
* «Von 1965 bis 1999 betrug auf der Ebene des öffentlichen Gesamthaushalts (der BRD) die Summe der Nettokreditaufnahmen (Neuverschuldung) 1,78 Billionen DM und die Summe aller Zinsausgaben 1,81 Billionen DM. Die riesigen Blöcke Kreditaufnahmen und Schuldendienst halten sich also im langfristigen Mittel etwa die Waage.»[798]
* Fachwelt und Fachpolitiker kennen diesen Sachverhalt ganz genau, auch wenn sie ihn nur äußerst selten einmal zugeben. Das TV-Magazin *Panorama* brachte den frivolen Mechanismus der Staatsverschuldung im April 2002 so auf den Punkt: «Die Banken kassieren, EICHEL zahlt, der Steuerzahler haftet», unmittelbar gefolgt von der umwerfend offenen Äußerung des damaligen Bundesfinanzministers HANS EICHEL vor laufender Kamera: «Das machen wir jetzt seit über dreißig Jahren, **zahlen auch nichts zurück. Wenn ein Kredit fällig wird, wird ein neuer aufgenommen, um den alten abzulösen.»**[799]
* An diesem Bild ändert sich auch in jüngerer Zeit so gut wie nichts. Von 1970 bis 2005 ergaben die addierten Zinszahlungen aller öffentlichen Haushalte in Deutschland den «Betrag von 1 305 Mrd. Euro. Das bedeutet aber, daß die Neukreditaufnahmen in Höhe von 1 425 Mrd. Euro fast im vollen Umfang in den Zinsendienst geflossen sind! Lediglich die Differenz zwischen Zinszahlungen und Neukreditaufnahmen in Höhe von 120 Mrd. Euro hat dem Staat für Investitionen oder sonstige Ausgaben zu Verfügung gestanden.»[800]

[796] Zit. n. *CREUTZ,* Die 29 Irrtümer ... a.a.O., S. 162.
[797] Ebd. S. 161f.
[798] *REISEGGER* a.a.O., S. 273.
[799] «Panorama» Nr. 612 vom 18.4.2002, zit. n. d. Mitschrift des gesprochenen Textes in: «Recht und Wahrheit» Nr. 7+8 (Juli/August) 2003, S. 8 (Hervorh. hinzugefügt).
[800] *HELMUT CREUTZ* in: «Humane Wirtschaft» Nr. 2 (März-April) 2010, S. 9.

* In einer amtlichen «Pressemitteilung» des Finanzministeriums des Landes Baden-Württemberg vom 11. Oktober 2002 wurde beklagt, «daß derzeit die jährliche Nettokreditaufnahme nicht einmal ausreiche, um die Zinsen für die bereits bestehenden Verbindlichkeiten zu decken»[801]. Aus dieser Formulierung geht ebenfalls hervor, daß *normalerweise* die Neuverschuldung so hoch ausfallt wie der Zinsendienst auf die Altschulden.
* Wiederum auf *sämtliche* deutschen Staatshaushalte bezogen, hatte sich die Szenerie, von 1970 bis 2009 betrachtet, noch weiter eingetrübt und war fast identisch mit der vorstehend schon aufgemachten, düsteren Bilanz der Epoche 1965-1999. Denn auf insgesamt 1 594 Mrd. Euro Neuschulden kamen im genannten 39-Jahres-Zeitraum 1 562 Mrd. Zinszahlungen. Nur noch unscheinbare 30 Mrd. Euro waren unterm Strich für staatliche Investitionen etc. übriggeblieben.[802]

Auf diese direkten Investitionen des Staates kommt es aber auch letztlich gar nicht an. Denn stattdessen können ja wenigstens die Unternehmen die vom Staat offenbar **nie zurückgezahlte,** sondern von Jahr zu Jahr nur umgewälzte und dabei **stetig vergrößerte** *Grundschuldsumme* schuldenfrei als «Eigenkapital» investieren. Allerdings teilen sich die Unternehmen dieses *faktisch* schuldenfrei umlaufende Geld mit der breiten Masse der Bevölkerung. Bei einem aktuellen Anteil der (deutschen) Staatsverschuldung von rund 20 Prozent oder einem Fünftel an der volkswirtschaftlichen Gesamtverschuldung (= Gesamtgeldmenge![803]) bedeutet dies, daß hierzulande gegenwärtig immerhin ein Fünftel allen von den Banken als zinspflichtiger Kredit aus nichts geschöpften Geldes von Privatleuten und Unternehmen **ohne zeitliche Unterbrechung** schulden- und zinszahlungsfrei **besessen** werden kann, obwohl die Banken allezeit seine **Eigentümer**[804] bleiben!

Aber werden nicht auch die Schulden der Unternehmen und der Privatleute in ihrer Gesamtheit immer bloß umgewälzt? Indem durchschnittlich immer soviele bzw. immer noch etwas mehr neue Kredite aufgenommen als alte getilgt werden? Doch, sicherlich. Nur können die *durchschnittlich* nie zum Eigenkapital der Unternehmen oder der Privatleute werden, weil das schon definitionsgemäß ausgeschlossen ist: Kredite sind für den, der sie aufnimmt, **immer** Fremdkapital! Außerdem wollen die Banken hier anders als beim Staat in den meisten Fällen erst einmal die korrekte «Rückzahlung der vollen Schuld samt Zinsen **sehen,** ehe sie sich ggf. zu einer Umschuldung = Neukreditvergabe

[801] Diese Pressemitteilung (Nr. 190/2002) liegt mir in Photokopie vor.

[802] Lt. *HELMUT CREUTZ* in: «Humane Wirtschaft» Nr. 4 (Juli-August) 2010, S. 16.

[803] Diese Gleichsetzung stimmt (abzüglich 0,1 % Münzen) immer! Sie wird auch durch noch so viele und noch so hohe Kreditvergaben von «Nichtbanken» = Privatleuten und/oder Unternehmen *untereinander* um keinen einzigen Cent beeinträchtigt. Denn ausnahmslos **alles** Geld wird **exklusiv** vom Bankensystem erzeugt (wir sehen von Falschmünzern ab!) und ist dort permanent zu verzinsen. Entstehen dann irgendwo anders bzw. irgendwann später noch andere, d.h. weitere, zusätzliche Zinsforderungen z.B. von Hans gegenüber Peter, werden die sich **zuletzt** als neuerlich notwendige Kreditaufnahme - **bei den Banken** bemerkbar machen, denn weder Peter noch irgendjemand sonst kann ja das für Hans zusätzlich aufzubringende Zinsgeld selber erzeugen. Die einzige Alternative dazu ist anschließender *Konsumverzicht,* aber nicht etwa des Kreditgebers Hans, sondern vielmehr des Kreditnehmers Peter, um die an Hans gezahlten Zinsen solchermaßen - rein *buchhalterisch* - zu «erwirtschaften» bzw. «wieder hereinzuholen».

[804] Zwischen Eigentum und Besitz besteht ein wichtiger begrifflicher Unterschied, der freilich in der Alltagssprache meist unberücksichtigt bleibt: *Eigentümer* einer Sache ist, wem sie **rechtlich** gehört, ihr (bloßer) *Besitzer* kann jeder werden, dem sie **rein tatsächlich (= faktisch)** gehört. Stiehlt mir jemand mein Auto, oder leihe ich es ihm aus, bleibe ich zwar dessen Eigentümer, aber er ist jetzt - zumindest vorübergehend - dessen Besitzer!

bereitfinden! Das ist besonders problematisch bei solchen Krediten, die nicht ratenweise, sondern am Ende der Laufzeit auf einen Schlag zurückgezahlt werden sollen, denn hier muß der Schuldner die gesamte Kreditsumme samt darauf fälligen Zinsen erst einmal zusammenbringen bzw. «ansparen», also auf Kosten anderer Bankenschuldner (!) sukzessive dem Wirtschaftskreislauf entziehen und zur Bank zurückbringen, ehe er erneut «kreditwürdig» ist.

Daß die Grund- oder Hauptschuldsumme nie zurückgezahlt wird, gilt hingegen bei Staatsschulden als derart selbstverständlich, daß immer wieder einmal von angeblich «ausgeglichenen» oder gar mit «Überschüssen» gesegneten öffentlichen Haushalten zu hören ist. So wurde beispielsweise im Frühherbst 2010 gemeldet, die Schweizer Bundesregierung rechne «jetzt statt des budgetierten Defizits von 2,0 Milliarden Franken mit einem Überschuß von 0,6 Milliarden Franken»[805]. Wie ist so etwas möglich, wo doch jeder weiß, daß die relativ kleine Schweiz schon Ende der 1990er Jahre unter Bundesschulden in Höhe von fast 100 Milliarden Franken ächzte[806]? Es ist bloß deshalb "möglich, weil die gewaltigen Altschulden, also die derzeitige Grundschuldsumme, von vornherein außer Betracht bleiben, an ihre etwaige Tilgung überhaupt nicht gedacht ist (!) und lediglich die darauf fälligen Zinszahlungen diesmal ganz ausnahmsweise aus Steuereinnahmen statt, wie sonst üblich, durch zusätzliche Neukredite finanziert werden können!

«Wie der getäuschte Verbrauchen), sagt HODGSON BROWN, «der die minimale Monatsrate für seine Kreditkarte bezahlt und sein Kreditlimit als „verfügbares Bargeld" bezeichnet, berücksichtigen die Politiker, die davon reden, das „Budget auszugleichen", in ihren Kalkulationen *nur* die Zinsen auf die Schulden der Nation. Im Jahre 2000, als Präsident CLINTON den größten jemals erzielten Budgetüberschuß bekanntgab, hatten die Bundesschulden tatsächlich die Höhe von fünf Billionen $ erreicht.»[807]

Übrigens sollte inzwischen noch etwas klargeworden sein: bei den Staatsschulden zahlen - entgegen einem weitverbreiteten Irrglauben selbst der kritischen Experten! - größtenteils nicht die Steuerzahler, sondern letzten Endes die Banken selber sich ihre Zinsen. Womit sie auch zum guten Schluß doch noch in den Genuß immer größerer Teile des von ihnen selbst aus nichts geschöpften Geldes kommen! Wie geht das genau zu?

Jeder jährliche Schuldenzuwachs im Staatshaushalt entspricht, wie wir ja soeben sahen, im langjährigen Durchschnitt nahezu exakt den jährlich fälligen Zinszahlungen. Praktisch sieht das - schematisch vereinfacht - so aus, daß der Staat bei den Banken A bis M Neukredite aufnimmt, die er sofort wieder den Banken N bis Z als Zinsen auf die bei ihnen bestehenden Altschulden überweist. Im nächsten Jahr sind diese Neukredite bei den Banken A bis M selber zu «Altschulden» geworden, zu deren Zinsbedienung der Staat jetzt wieder Neukredite bei den Banken N bis Z beansprucht. Und so weiter, und

[805] Meldung in: «PHI», 14.9.2010, S. 280.

[806] Vgl. *HANNICH,* Sprengstoff Geld ... a.a.O., S. 16 (Graphik!).

[807] *HODGSON BROWN* a.a.O., S. 57f; Hervorh. original. - Nur die *Verminderung* der jährlichen **Netto**-Neuverschuldung, d.h. ein *weniger steiler* **Anstieg** (!) der Neuverschuldung, ist auch gemeint, wann immer Politik und Medien mehrdeutig-irreführend von «Schuldenreduzierung» reden. Z.B. «Handelsblatt» (gof), 28.7.2010: Auf dem G20-Gipfel in Toronto «stimmte US-Präsident BARACK OBAMA . . . einer Verpflichtung der Industrieländer zu, ihre Haushaltsdefizite (!) bis 2013 zu halbieren. Bundeskanzlerin MERKEL wertete die Erklärung zur Schuldenreduzierung (!) als „Erfolg".» In der Überschrift dieses Artikels hieß es sogar noch trügerischer: «Die Industrieländer wollen Staatsdefizite [!] bis 2013 halbieren». Richtig hätte formuliert werden müssen: «Die Industrieländer wollen **zusätzliche** Staatsdefizite .. . halbieren»!

so fort. In der Praxis ist die Sache zwar komplizierter, denn es erhält durchaus jede einzelne Gläubigerbank des Staates jeweils fristgerecht ihre *ganze* «Kreditsumme plus Zinsen «zurück». «So betrug beispielsweise im Jahr 2008 die Nettokreditaufnahme des Bundes lediglich 11,5 Milliarden Euro. Doch der Bruttokreditbedarf, also inklusive der Mittel zur Altschuldentilgung, lag 2008 bei 229,2 Milliarden Euro.»[808] Während der Staat also jede einzelne «Staatsanleihe» durchaus *komplett* zurückzahlt, wird **aufs ganze gesehen** nie wirklich etwas «abbezahlt»; vielmehr geschieht *mutatis mutandis* das, was man im Englischen so schön mit «robbing Peter to pay Paul» umschreibt: Peter ausrauben, um Paul bezahlen zu können . ..

Sogenannte «institutionelle Anleger» - in der Hauptsache Pensionsfonds, (Lebens-) Versicherungen und Stiftungen -, die ohnedies nur eine Nebenrolle spielen, verhalten sich diesbezüglich übrigens genauso wie die Banken: Sie geben sich **per saldo** mit alljährlichen Zinszahlungen zufrieden und wollen gar keine Tilgung der Grundschuld, denn *durchschnittlich* müssen sie einen immer gleich hohen bzw. mit der Zeit sogar wachsenden Geldbetrag in Staatspapieren angelegt **halten.**

Wieso eigentlich können Pensionsfonds, Versicherungen, Stiftungen, Treuhandfonds oder Privatanleger nie zu den Hauptgläubigern des Staates werden, sondern müssen diese «Rolle» den Banken überlassen? Darauf lautet die Antwort: Deshalb, weil sie alle, ausgenommen natürlich von den großen Banken völlig abhängige Versicherungs«töchter» oder mit ihnen in undurchschaubarer Weise verflochtene Versicherungskonzerne[809], *nur* **echte** Spargelder anlegen! Davon kann es jedoch **im aktuellen Schuldgeldsystem** immer bloß sehr wenig geben, denn was der eine zu sparen vermag, muß der andere, obwohl bereits verschuldet, sich *zusätzlich* von den Banken «leihen»!

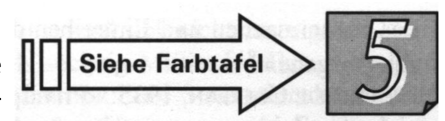
Man kann den Sachverhalt auch so darstellen, wie es ROWBOTHAM tut: alle zinsträchtig in Staatspapieren (oder sonstwo) angelegten Spargelder sind **doppeltes** Schuldgeld und **zweifach** mit Zinsen belastet[810]! So etwas kann **im aktuellen Schuldgeldsystem** nur zu einem kleinen Bruchteil überhaupt funktionieren . ..

[808] «Haus & Grund Württemberg», Januar 2010, S. 14; der anonyme Beitrag war übernommen aus dem vom *Bund der Steuerzahler* herausgegebenen Organ «Der Steuerzahler».

[809] In beiden Fällen muß unbedingt davon ausgegangen werden, daß Versicherungs- und Bankgeschäft, reale Spargeldverwaltung und (enorm viel höhere) Geldschöpfung aus nichts ineinanderfließen . . . Vgl. beispielsweise die - vorsichtshalber anonyme - Kritik sogar der «Financial Times Deutschland» (31.5.2011) an diesen Verhältnissen: «. . . die vorgeschlagenen Änderungen der ffZ-Eigenkapitalrichtlinie, die angeblich Basel III berücksichtigen sollen, scheinen auf das Gegenteil abzuzielen. Brüssel erlaubt unter Umständen, daß Banken mehr als die nach Basel III zulässigen [!] zehn Prozent des Kapitals von Versicherungstöchtern dem Gesamtkapital der Bank zurechnen.» Erst recht besteht keine saubere und nachvollziehbare Trennung des Eigenkapitals, d.h. aber der Geschäftsgrundlage (!) von Banken hier und Versicherungen dort, im Dickicht jener verwirrenden Überkreuzbeteiligungen von Versicherungsriesen und Großbanken, deren Endergebnis man als .Deutschland AG' zu bezeichnen pflegt. Näheres dazu später. Ähnliche Strukturen existieren aber auch anderswo. Bis zu seiner kürzlich erfolgten Verstaatlichung war z.B. der große irische Lebensversicherer *Irish Life* eine «Allfinanzgruppe», die unter *einem* Dach Versicherungs- wie Bankgeschäfte jeweils in zweistelliger Euro-Milliarden-Höhe vereinte (vgl. *TITUSKRODER* in: «Financial Times Deutschland», 4.4.2011).

[810] Vgl. *ROWBOTHAM,* The Grip of Death . . . a.a.O., S. 97f (Hervorh. original): «Doch man darf nicht vergessen, daß das von Pensionsfonds und Versicherungsgesellschaften oder von welchem Käufer von Regierungsanleihen immer sonst gehaltene Geld solches *Geld ist, das zuerst einmal ins Dasein geliehen werden mußte.* Mit anderen Worten: bei diesem bizarren Vorgang leihen sich die Regierungen Geld, das bereits ins Dasein geliehen wurde, und schaffen dadurch eine zweite massive Schuld bezüglich solchen Geldes, das schon eine Schuld im Rücken hat!»

Man kann sogar, erneut mit R.OWBOTHAM[811], die Antwort nochmals anders formulieren: Echte «Spargelder» können deshalb immer nur so wenig zur Staatsverschuldung beitragen, weil sie ja gar kein zusätzliches Geld ins System schleusen. Gerade auf diese stetige Einschleusung immer neuen, zusätzlichen Geldes ist **das aktuelle Schuldgeldsystem** aber unbedingt angewiesen, wenn es nicht zusammenbrechen soll!



Wenn nun a) die alljährlich immer bloß umgewälzte, aber dabei stetig (und dank Zinseszinseffekt immer schneller) wachsende Staatsschuld fast nur aus solchen Krediten besteht, die jeweils zur jährlichen Zahlung der Zinsen aufgenommen und der Grundschuld zugeschlagen wurden,

wenn weiter b) diese Kredite größtenteils von den Banken stammen, so daß auch ihnen, d.h. ihren Eigentümern der größte Teil der jährlichen Zinszahlungen zufließt,

wenn somit c) im wesentlichen die Gleichung gilt: Staatsschuld = in der Vergangenheit geleistete Zinszahlungen an die Bankeneigentümer,

dann heißt das nichts anderes, als daß das ungefähr in Höhe der jeweiligen Staatsschuld faktisch schuldenfrei umlaufende Geld nur dadurch faktisch schuldenfrei in den Umlauf gelangt ist, daß die Bankeneigentümer ihre jährlichen Zinseinnahmen aus den Staatsschulden ganz oder doch größtenteils für irgendwelche «Einkäufe» von realen Gütern und Dienstleistungen ausgegeben haben. Das wiederum werden jedoch nur zum kleinsten Teil gewöhnliche Waren und Dienstleistungen, zum größten Teil jedoch Käufe von «Anlagewerten» wie Unternehmen, Unternehmensanteile, Großimmobilien, Rohstoffvorkommen u.ä. beziehungsweise von «Dienstleistungen» wie Denkfabriken, Forschungsinstitute, Elite-Schulen, Massenmedien etc. gewesen sein.

Wir «verdanken» also zwar das in etwaiger Höhe der Staatsschulden *für uns* schuldenfrei umlaufende Geld zu guter Letzt erneut den Bankeneigentümern, dies aber nur um den Preis ihres immer stärkeren Zugriffs auf alles, was ihnen als wirtschaftliche und gesellschaftliche Einfluß- oder Machtbasis dienen kann . . .

3) Staatsschulden - auf Steuerzahlers Kosten?

Weil das von beinahe allen Experten, den systemkonformen wie den systemkritischen gleichermaßen, so hartnäckig behauptet und von aller Welt so zäh geglaubt wird, wollen wir dieser Frage noch etwas ausführlicher auf den Grund gehen.

Angeblich ist der Staat für die Banken genau deshalb der ideale Schuldner, weil er seine Schulden entweder aus zwangsweise erhebbaren Steuermitteln oder durch den Verkauf öffentlicher Einrichtungen «zurückzahlen kann und dies **vermeintlich** auch **tut.** Beides läuft übrigens auf dasselbe hinaus, denn die öffentlichen Einrichtungen kamen ja dank Steuergeldern überhaupt erst in den Besitz des Staates. Sehen wir uns ein paar Beispiele dafür an, was diesbezüglich alles behauptet wird.

* GOTTFRIED FEDER, 1921: «An der Tatsache der Zinsknechtschaft aller Völker des westlichen Kulturkreises kann nach den mitgeteilten Ziffern der Staatsschulden bei Freund und Feind nicht gerüttelt werden, ebensowenig an der dadurch bewiesenen Tatsache, daß der Zinsendienst die weitaus wichtigste Staatsaufgabe geworden ist, wie

[811] Vgl. *ROWBOTHAM,* Goodbye America! ... a.a.O., S. 96: «. .. Staatspapiere, die vom Nichtbankensektor gekauft werden, bringen Spargelder in den alltäglichen Umlauf zurück; Staatspapiere, die vom Bankensektor gekauft werden, erhöhen den Gesamtgeldbestand.»

das Steuermachen und Eintreiben die Hauptbeschäftigung der Parlamente und Regierungsorgane.»[812]

* GERTRUDE COOGAN, 1935: «Privatpersonen haben jetzt die Macht, ihre eigenen, unbesicherten Zahlungsversprechen im Austausch gegen Schuldverschreibungen der Regierung auszugeben, die ihrerseits Zahlungsversprechen der Steuerzahler darstellen, besichert durch eine allgemeine Hypothek auf sämtliche Immobilien des Landes und einen erstrangigen Anspruch auf das gesamte Nationaleinkommen dank der Tatsache, daß der Kongreß die Befugnis hat, die Bürger zu besteuern.»[813]

* GEORGE KNUPFFER, 1971: «... da die Schulden wachsen und die Einkommenssteuer beginnt, größtenteils vom „Schuldendienst" aufgesogen zu werden, nimmt der Bedarf an Darlehen weiter zu. ... Tatsächlich werden die gewaltigen modernen Einkommens- und sonstigen Steuern nicht so sehr erhoben, um die Bedürfnisse des Staates zu finanzieren, sondern vielmehr, um die Wucherstruktur aufrechtzuerhalten.»[814]

* Amtlicher GRACE-Ausschuß (USA), 1984: «Da Zweidrittel der von jedermann zu entrichtenden persönlichen Einkommenssteuer verschwendet oder gar nicht erhoben werden, werden 100 Prozent dessen, was überhaupt kassiert wird, allein von den Zinsen auf die Bundesschulden absorbiert - sämtliche von Einzelpersonen stammenden Einkommenssteuer-Einnahmen sind weg, bevor auch nur ein Heller für jene Dienste ausgegeben wird, welche die Steuerzahler von der Regierung erwarten.»[815]

* HELMUT CREUTZ, ca. 2003: «Als einziges Land konnte Großbritannien seine öffentlichen Schulden zwischen 1975 und 1990 relativ [d.h. im Verhältnis zum BIP] verringern. Allerdings z.T. mit fragwürdigen Methoden, wie dem Ausverkauf staatlicher Versorgungseinrichtungen, vor allem von Elektrizitäts- und Wasserwerken.» - «Um die Verschuldungen nicht noch mehr eskalieren zu lassen, haben sich die Verantwortlichen in fast allen Ländern durch den Verkauf staatlicher Einrichtungen, des sogenannten Tafelsilbers, etwas Luft für die Zinszahlungen verschafft. Aber solche Ausverkäufe öffentlicher Güter (die eigentlich den Bürgern gehören, weil von diesen bezahlt), sind nur ein Mal möglich.»[816]

* KARL-GEORG MICHEL, 2003: «Konnten bis in die achtziger Jahre hinein mit den neu aufgenommenen Schulden - neben dem Schuldendienst - noch Schulen, Straßen oder Krankenhäuser gebaut werden, nimmt der Staat heute nur noch zu einem einzigen Zweck neue Kredite auf: um die Zinsen der - alten - Schulden zu zahlen. Schlimmer noch: Die öffentliche Hand muß hierfür einen viel größeren Betrag aus allgemeinen Steuermitteln aufbringen. Auf das Jahr 2000 bezogen heißt das: die gesamte Neuverschuldung von 27,5 Milliarden Euro ging in den Schuldendienst, zusätzlich aber auch 56,6 Milliarden aus allgemeinen Steuermitteln.»[817]

* ROLAND BAADER, 2005: «Hinter dem Staat als Schuldner steht nur sein Besteuerungsmonopol. Das heißt, er zahlt die Zinsen für seine Schulden aus gegenwärtigen oder zukünftigen Steuereinnahmen . . ,»[818]

[812] *FEDER* a.a.O., S. 130; das Zitat stammt (vgl. ebd. S. 113) aus dem 1921 in München erschienenen, von *FEDER* gemeinsam mit *A. BUCKELEY* verfaßten Werk «Der kommende Steuerstreik».

[813] *COOGAN* a.a.O., S. 117.

[814] *KNUPFFER* a.a.O., S. 62.

[815] Abschlußbericht des von US-Präsident RONALD REAGAN eingesetzten GRACE-Ausschusses vom 15. Januar 1984, zit. n. «American Free Press», 8.10.2007, S. 10.

[816] *CREUTZ,* Das Geld-Syndrom . .. a.a.O., S. 272f bzw. 323. - Ähnlich ders., Die 29 Irrtümer ... a.a.O., S. 214 u. 283f.

[817] *KARL-GEORG MICHEL* in: «Die Tagespost», 19.7.2003.

[818] *BAADER* a.a.O., S. 153.

* RÜDIGER DREWS, 2006: «Berlin - so viel steht fest - wird sich nicht aus eigener Kraft aus dem Schuldensumpf ziehen können. Mehr als sechzig Milliarden Euro Schulden hat der Stadtstaat. . . . Anders ausgedrückt: Von hundert Euro Steuereinnahmen werden mehr als 21 nur für die Schuldenzinsen verbraucht.»[819]
* CASPAR DOHMEN, 2008: «Bezahlt werden die Zinsen der Staatsschulden aber mit Steuern, und damit von allen Bürgern: arm oder reich, und selbst von denen, die nur beim täglichen Einkauf von Nahrungsmitteln Steuern in Form von Mehrwertsteuer zahlen. Damit trägt die Staatsverschuldung zu einer Umverteilung von unten nach oben bei.»[820]
* ELLEN HODGSON BROWN, 2008: «Und dieses ganze Geld [die US-Staatsschulden] wird als Kredit vorgeschossen, für den Zinsen bezahlt werden müssen. Irgendwann muß die Summe der Zinsen die Zahlungsfähigkeit der Steuerzahler übersteigen.»[821]

Was ist nun an diesen Behauptungen und Feststellungen richtig?

Natürlich müssen in einzelnen Jahren auch einmal Steuermittel zu Zinszahlungszwecken herhalten, was jedoch im langjährigen Durchschnitt dadurch ausgeglichen wird, daß in anderen Jahren die Neuverschuldung erheblich höher ausfallt als der Zinsdienst! DREWS, den wir soeben behaupten sahen, in Berlin würden im Jahre 2006 bereits 21 % der Steuereinnahmen vom Zinsendienst aufgefressen, stellt wenige Sätzlein später selbst fest: «Um die gesetzlichen Aufgaben des Staates erfüllen zu können, muß die Stadt immer mehr Kredite auf dem Kapitalmarkt aufnehmen . . .» Ob nun Steuern zur Zinstilgung *und gleichzeitig* Neukredite zur Erfüllung der gesetzlichen Aufgaben verwendet werden, oder umgekehrt Steuern zur Erfüllung der gesetzlichen Aufgaben *und gleichzeitig* Neukredite zur Zinstilgung, läuft jedoch exakt auf dasselbe hinaus!

Natürlich läßt sich nicht leugnen, daß die Regierungen in jüngerer und jüngster Zeit den Ausverkauf staatlicher Einrichtungen unter dem Vorwand betreiben, sie müßten ihre Haushalte «sanieren». Das ist aber pures Theater, denn im aktuellen Schuldgeldsystem würde jede *echte* Sanierung des Staatshaushaltes, wie schon gezeigt, die Unternehmen (und indirekt dann auch alle Bürger überhaupt) jeglichen Eigenkapitals berauben und den sofortigen deflationären Zusammenbruch der Volkswirtschaft herbeiführen. Worum es in Wirklichkeit geht, ist etwas ganz anderes. Die ROTHSCHILDS und ihr Troß, aber auch die übrigen Bankeneigentümer und «Anleger» benötigen immer neue, möglichst profitable «Anlage»möglichkeiten für ihre stetig sprudelnden Zinsgewinne. «Daß sich die Kaufinteressen vor allem auf Objekte wie Wasserwerke, Müllentsorgung, Grundstücke und ähnliches konzentrieren, ist verständlich, garantieren diese aufgrund ihrer Unverzichtbarkeit und Einzigartigkeit doch gesicherte, monopolartige Dauereinnahmen, an deren Zahlung kein Mensch vorbeikommt.»[822]

Ausgeplündert werden also dadurch nicht «die Steuerzahler» *als solche*, sondern immer nur die ganz konkret von derlei scheinbaren «Ausverkäufen» Betroffenen. So etwa die Mieter jener 48 000 Wohnungen, welche die Stadt Dresden vorgeblich zwecks «Haushaltssanierung» 2006 an eine US-Investmentgesellschaft verkaufte, woraufhin sich massive Mieterhöhungen für die bisherigen Bewohner abzeichneten. *Momentan* wurde zwar

[819] *RÜDIGER DREWS* in: «Die Tagespost», 19.10.2006.

[820] *DOHMEN* a.a.O., S. 72.

[821] *HODGSON BROWN a.a.O.,* S. 241.

[822] *CREUTZ*, Die 29 Irrtümer . . . a.a.O., S. 214; «natürlich» würde dieser jedem vermeintlichen «Antisemitismus» gänzlich abholde und (leider nicht nur...) insoweit für die Realität freiwillig blinde Autor vehement bestreiten, daß es sich bei den Käufern des «Tafelsilbers» vorwiegend um ROTHSCHILD-Interessen handelt!

tatsächlich Schuldenfreiheit und sogar ein hoher Überschuß für die Stadt erzielt[823], sogar mit ausländischem, also *hierzulande* schuldenfrei umlaufendem Geld (!), aber beides konnte unmöglich von Dauer sein. Wie sich leicht ausrechnen läßt, brauchte nur ein Bruchteil der bisherigen Mieter durch die Mieterhöhungen zu von der Stadt finanziell zu betreuenden «Sozialfallen» zu werden, um den Nettogewinn von 982 Millionen Euro binnen weniger Jahre komplett aufzuzehren!

Natürlich befördert die Staatsverschuldung die Umverteilung von Arm zu Reich. Dies aber nicht etwa wegen der von Arm wie Reich zu entrichtenden Mehrwertsteuer, die dann zu Zinszahlungen an die Reichen verwendet würde, sondern weil die per ewiger «Umschuldung» gezahlten Zinsmilliarden

a) größtenteils den bereits superreichen Bankeneigentümern mit den ROTHSCHILDS an der Spitze zufließen, während
b) alle übrigen *nichts* von diesem **aus nichts** *erzeugten* Geldsegen erhalten, viele von ihnen jedoch
c) überdies unter dem allgemein preissteigernden Effekt der mit den Zinszahlungen im wesentlichen identischen *Pseudo-Inßation* zu leiden haben!

Es stimmt auch, daß in England 1694 wie in den USA 1913 die gesetzliche Einrichtung einer zur systematischen Verschuldung des Staates ausdrücklich ermächtigten (!) Zentralbank mit der gesetzlichen Einfuhrung von Steuern einherging, welche die «Rückzahlung der Staatsschulden garantieren sollten. Doch die englischen Bankiers erkannten schon sehr bald, daß es aus mehreren Gründen weder praktikabel noch wünschenswert war, auf der «Rückzahlung der Schulden zu bestehen. Sie begnügten sich mit der ständigen Umschuldung und den ihnen dabei stetig zufließenden Zinsen, bedurften der Steuern also *nicht.* Bei der Gründung der amerikanischen *FED* knapp 220 Jahre später war diese Praxis längst international felsenfest etabliert. Man kann daraus nur folgern, daß die gleichzeitige Einführung der vorher in den USA unbekannten Einkommenssteuer ein reines Ablenkungsmanöver darstellte. Immerhin haben bis heute 99 oder noch mehr Prozent der Bevölkerung der reichen Länder gar keine Ahnung davon - und **sollen sie auch nicht haben!** -, daß ihre Steuerzahlungen unterm Strich, d.h. im langjährigen Durchschnitt **nie** zur «Rückzahlung von Staatsschulden dienen, weil diese Rückzahlung, wie wir gleich noch sehen werden, **überhaupt nicht gewollt ist!**

Und hier gebührt ausnahmsweise einmal G. EDWARD GRIFFIN die Palme, denn er bringt als einziger auf den Punkt, was allenfalls noch ROWBOTHAM ebenfalls klar sein dürfte, wiewohl er es so deutlich nicht sagt:

«Es ist ein ernüchternder Gedanke, daß die Bundesregierung jetzt - selbst auf ihrem aktuellen Ausgabenniveau - operieren könnte, ohne überhaupt noch irgendwelche Steuern zu.erheben. Alles, was sie tun muß, ist, das benötigte Geld durch das *Federal Reserve System* zu schöpfen[824], indem sie ihre eigenen Schuldverschreibungen in Geld verwandelt. Tatsächlich wird gegenwärtig bereits das meiste Geld, das sie ausgibt, auf diese Weise erlangt. . . . Die Januar-Nummer 1946 von *American Affairs* brachte einen Artikel aus der Feder von BEARDSLEY RUML, der damals der Vorsitzende der *Federal Reserve-Bank* von New York war. RUML hatte das System automatischer Steuereinbehalte während des 2. Weltkriegs entworfen; somit war er gewiß qualifiziert, über Wesen und Zweck der Bundes-Einkommenssteuer zu sprechen. Sein Thema ging klar aus der Überschrift

823 Vgl. «PHI-Deutschlanddienst», 31.3.2006, S. 124.

824 Hier allerdings will *GRIFFIN* wieder einmal das Offensichtliche nicht wahrhaben: daß die US-Regierung eine Marionette der *FED* bzw. der hinter ihr stehenden privaten (Rothschildschen) Großbanken ist und keinesfalls umgekehrt!

seines Artikels hervor: „Steuern als Einnahmen sind überholt [Taxes for Revenue Are Obsolete]". In einer Einführung zu dem Artikel faßte der Herausgeber des Magazins RUMLS Ansichten wie folgt zusammen: „Seine These lautet, daß eine souveräne nationale Regierung, wenn sie ein Zentralbankensystem und eine nichtkonvertible [eine nicht durch Gold gedeckte] Währung kontrolliert, endlich aller Geldsorgen ledig ist und keine Steuern mehr zu erheben braucht, um sich selber Einnahmen zu verschaffen. Jedwede Besteuerung sollte daher [nur noch] unter dem Gesichtspunkt gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Konsequenzen betrachtet werden."»[825] Nämlich nur noch unter dem - freilich ganz illusorischen! - Aspekt der «Inflationsbekämpfung» sowie unter demjenigen der staatlichen «Umverteilung»[826].

Es wurde also schon vor mittlerweile 65 Jahren hochoffiziell von einem ROTHSCHILD-Agenten (nichts anderes sind die Vorstandsmitglieder der *FED)* zugegeben, daß Steuern **im aktuellen Schuldgeldsystem** eigentlich nicht einmal mehr als staatliche Einnahmen, geschweige denn zu Zwecken der «Rück»zahlung staatlicher Schulden erforderlich sind! Wir haben gesehen, daß alle Statistiken das vollauf bestätigen: «zurückgezahlt werden immer nur die Zinsen, aber nicht etwa aus Steuermitteln, sondern durch Neukredite.

4) Staatsschulden - rückzahlbar?

Auch daran wird fest geglaubt, zumindest in einer von den zwei möglichen Bedeutungen, die das Wort «rückzahlbar» im Deutschen besitzt. Rückzahlbar kann einmal heißen: die Rückzahlung wird **strikt verlangt.** Und in diesem Sinne gilt es allgemein als ausgemacht, daß die Staatsschulden «rückzahlbar» sind. Es kann aber auch heißen: die Rückzahlung ist **möglich.** Daran hegen inzwischen doch schon viele Mitmenschen begründete Zweifel.

Richtig ist: Die modernen Staatsschulden sind in **keinem** Sinne «rückzahlbar». Ihre Rückzahlung ist weder möglich noch wird sie von den Hauptgläubigern, also den Banken, überhaupt erwartet.

1) Daß sie nicht möglich ist, geht aus dem vorstehend Gesagten bereits hinlänglich hervor. Zwar sind die absoluten Zahlen **für sich allein betrachtet** trotz allen ständigen Alarmgeschreis einiger bezahlter Desinformanten und unzähliger Nachplärrer keineswegs so furchtbar besorgniserregend. **2003** hat der *Bund der Steuerzahler,* dem insgesamt keine andere Funktion zukommt, als die Öffentlichkeit zu täuschen und dumm zu halten, bezüglich des damaligen Stands der deutschen Staatsschulden **(1320** Mrd. Euro) «eine Tilgungsrechnung aufgemacht: Würde der Staat seine Schuldenzunahme einfrieren und ab sofort jeden Monat eine Milliarde der Altschulden tilgen, also zwölf Milliarden im Jahr, dann würde das Abtragen der gesamten vorhandenen Schuld 110 Jahre dauern!»[827]

Wie die freimaurerische Symbolzahl «11» (die Null zählt unter zahlenkabbalistischer Rücksicht nicht!), die hier rein «zufällig» «herauskam», bereits anzeigte, war auch diese Rechnung pure Desinformation, denn man hatte schlicht die *Hauptsache,* nämlich die Zinszahlungen, «vergessen» . . . HELMUT CREUTZ hat daraufhin die Rechnung entsprechend korrigiert und kam auf eine jährliche «Rückzahlung von **12** Mrd. Tilgung **plus 33 Mrd. Zinsen** (!), und das **110** Jahre lang. Zusammengezählt **45 Mrd. Euro jährlich**

[825] *GRIFFIN* a.a.O., S. 203f; erste eckige Klammer im *RuML-Zitat* von *GRIFFIN,* zweite eckige Klammer von mir.

[826] Vgl. ebd. S. 204f.

[827] *CREUTZ,* Die 29 Irrtümer... a.a.O., S. 163f.

würden sich, so CREUTZ weiter, in 110 Jahren auf 5950 Mrd. Euro summieren, «was fast dem Dreifachen unseres heutigen Bruttoinlandsprodukts entspricht und dem Viereinhalbfachen der vom *Steuerzahlerbund* errechneten Summe»[828].

Während man einerseits die enorme Dreistigkeit der von diesem famosen Steuerzahlerbund betriebenen Volksverdummung bestaunen darf[829], sind andererseits drei Bruttoinlandsprodukte, verteilt auf immerhin 110 Jahre, trotzdem nichts wirklich Umwerfendes. Man sollte meinen, die deutsche Volkswirtschaft wäre durchaus imstande, pro Jahr 3:110 = 0,0272727, also knapp 2,73 oder Zwei-Dreiviertel Prozent ihres BIP des Jahres 2003, an die Banken abzuführen, ohne dadurch nennenswerten Schaden zu leiden[830].

Dem wäre auch wirklich so, verfügten wir statt des **aktuellen Schuldgeldsystems** über ein **normales** Währungs- und Finanzwesen, d.h. über eine ursprünglich schulden- und zinsfrei vom Staat ausgegebene umlaufende Geldmenge. Geld im Wert von 2,73 Prozent des BIP auch nur ein Jahr lang wirklich und tatsächlich aus Steuergeldem aufzubringen und dadurch die Menge des vorhandenen Schuldgelds um 12 Mrd. Euro *echte* Tilgung zu **reduzieren**[831]**,** würde jedoch im **aktuellen Schuldgeldsystem** Privatleute und/oder Unternehmen zwingen, diese 12 Mrd. plus ein Mehrfaches dessen[832] an **zusätzlichen** Krediten aufzunehmen, um **ihren** Schuldendienst (Zinsen **plus** Tilgung!) überhaupt noch leisten zu können. Das wiederum gelänge gar nicht, weil viele von ihnen so unvorhergesehener- wie unvermeidlicherweise unter die Schwelle der «Kreditwürdigkeit» sinken würden und Insolvenz anmelden müßten. Ihre Insolvenz zöge jedoch steigende Arbeitslosigkeit und weitere Pleiten nach sich - die Wirtschaft versänke in einer Depression. Versuchte der Staat dennoch im nächsten Jahr die «Rück»zahlung fortzusetzen, käme es möglicherweise bereits da zum völligen Zusammenbruch!

828 Ebd. S. 164.

829 Er verbreitet überdies wider besseres Wissen dasselbe Märchen wie leider auch *CREUTZ* und die Seinen: die kleinen «Sparer» finanzieren angeblich die ganze Riesenschuld des Staates . . .. Selbst wo er einmal die entlarvenden Daten - siehe weiter unten - auf den Tisch legt («Wer sind die Gläubiger der Bundesrepublik?», in: «Haus & Grund Württemberg», Januar 2010, S. 14; der anonyme Beitrag war dort übernommen aus dem vom *Bund der Steuerzahler* herausgegebenen Organ «Der Steuerzahler»), beeilt er sich, sie wahrheitswidrig umzudeuten, nämlich so: «Gemessen an der Gesamtverschuldung spielen die [privaten] Schuldbuchkontoinhaber also nur eine kleine Rolle. Um die gewaltigen Kreditmengen dennoch herbeizuschaffen, braucht der Staat eben die Großbanken, die dann die Kredite teilweise an Versicherungen und Fonds weiterverkaufen. Auf dem Papier sind also die institutionellen Anleger die Hauptgläubiger des deutschen Staates. Doch hinter diesen Institutionen stehen Menschen, die ihr Geld den Banken, Versicherungen oder Fonds anvertraut haben. Diese Menschen sind es, die leiden würden, wenn sich Staaten so überschulden, daß pünktlich[e] Zins- und Tilgungszahlungen in Gefahr geraten. Auch deshalb ist die Schuldenuhr des *Bundes der Steuerzahler* ein so wichtiges Mahnmal.» In Wirklichkeit sind diese «leidenden» Menschen an der Staatsschuld nur ganz marginal beteiligt. Doch über die gigantische Kreditschöpfung der Banken aus nichts, mit der weit über 90 % aller deutschen Staats«anleihen» «gekauft» werden, was sich auch sehr präzise in den von ihm präsentierten Zahlen als solchen widerspiegelt, läßt der Artikelschreiber kein Sterbenswörtlein verlauten!

830 Die jährliche «Überproduktion», die den Produzenten *nicht* vergütet wird, dürfte weit höher liegen als diese 2,73 Prozent des BIP, welche die Bankeneigentümer dann im wesentlichen leistungslos, also per saldo ebenfalls ohne Vergütung für die Produzenten, in Anspruch nähmen!

831 Wirklich *rückgezahlte* «Kredite» verschwinden, wie schon gezeigt, in jenem Nichts, aus dem sie auch geschöpft wurden. Hingegen blieben die 33 Mrd. Zinsen der Volkswirtschaft immerhin erhalten, sofern die Bankeneigentümer sie nur auf irgendeine Weise verausgabten!

832 Als Ersatz für die diesmal erheblich zu gering ausfallende, aber dennoch unbedingt im «gewohnten» Maße nötige Erhöhung des Betrags *faktisch* schuldenfrei umlaufenden Geldes!

«Staatsschulden haben seit dem siebzehnten Jahrhundert existiert», stellt denn auch ROWBOTHAM fest, «sind seit ihrem Anfang stetig angestiegen und haben sich als absolut nicht rückzahlbar durch diese oder welche andere Generation auch immer erwiesen. Keiner Nation ist es in der Geschichte je gelungen, ihre Staatsschuld um mehr als einen kümmerlichen Bruchteil zurückzuführen, während sogar bloße Bemühungen, die Wachstumsrate dieser Schulden zu begrenzen, Länder regelmäßig in so verheerende Rezessionen gestürzt haben, daß sie an den Rand des totalen wirtschaftlichen Zusammenbruchs gerieten, der häufig zu Hungersnot und Krieg führte. Am Ende der napoleonischen Kriege, 1815, standen die Schulden des Vereinigten Königreichs bei 840 Millionen Pfund. Die Regierung versuchte, eine Politik der Schuldenrückzahlung zu verfolgen, sah sich aber wiederholt gezwungen, wieder mehr Schatzpapiere [= staatliche Schuldverschreibungen] auszugeben, um der Hungersnot abzuhelfen und die Wirtschaft wieder anzukurbeln. Im Jahre 1856, nach einer Periode der hartherzigsten Rücksichtslosigkeit gegenüber dem Wohlergehen der Menschen in der gesamten Geschichte unserer Nation, betrugen die Schulden immer noch 832 Millionen Pfund.»[833]

2) Zum einen aus diesem Grund, zum anderen aber auch deshalb, weil die Verschuldung der Staaten ja im Plan der PROTOKOLLE eine ganz wesentliche machtpolitische Rolle spielt, besteht seitens der Bankeneigentümer, also vor allem der ROTHSCHILDS und ihres Gefolges, überhaupt kein Interesse an einer Entschuldung der Staaten - zumal sie ausgerechnet jene Quelle zum Versiegen brächte, die das Billionenvermögen speziell der ROTHSCHILDS zuverlässiger gespeist hat und immer noch speist als alle ihre übrigen Geschäftsaktivitäten.

Es war interessanterweise nicht irgendjemand, sondern der Ehrenvorsitzende des verdeckten ROTHSCHILD-Geldhauses *Deutsche Bank*, HERMANN JOSEF ABS, der durch einen Artikel in der *Welt am Sonntag* vom 29. April 1984 alle etwaigen Zweifel am soeben Gesagten beseitigte. Zur Lage der damals als «hochverschuldet» betrachteten (aber heute durchweg noch weit höher verschuldeten . . .) Länder der 3. Welt meinte ABS:

«Häufig werden Zweifel geäußert, ob diese Länder ihre Schulden jemals abbezahlen können. - Nun, darum geht es gar nicht. Wir könnten ebenso fragen, wie wollen Länder wie die Bundesrepublik oder die Vereinigten Staaten jemals ihre Staatsschulden tilgen oder große Industrieunternehmen ihre Kredite?»

Und nochmals:

«Nein, es geht nicht ums Tilgen der Schuldensumme, also um eine Rückführung der ausstehenden Verschuldung Jahr für Jahr bis zum Stande von Null. Notwendig ist vielmehr, daß die Schuldnerländer ihre Fähigkeit zum ordnungsgemäßen Schuldendienst wieder zurückgewinnen, d.h. Zinsen und Fälligkeiten pünktlich begleichen können.»[834]

Ein anderer ROTHSCHILD-Satrap, WALTER WRISTON, damals Vorsitzender des verdeckten US-ROTHSCHLLD-Großgeldhauses *Citicorp Bank*, traf 1982 mit anderen Worten dieselbe Feststellung:

«Hätten wir ein dem Gesetz für wahrhaftige Werbung entsprechendes Gesetz für wahrhaftiges Regieren, müßte jede vom Schatzamt ausgegebene Schuldverschreibung die folgende Aufschrift tragen: „Diese Schuldverschreibung wird mit dem Einkünften aus einer identischen Schuldverschreibung zurückgezahlt werden, die dem Publikum verkauft werden wird, sobald diese hier fällig wird."»[835] Dabei hat man unter dem «Publi-

[833] *ROWBOTHAM*, The Grip of Death . . . a.a.O., S. 100.

[834] *HERMANN JOSEF ABS* in: «Welt am Sonntag», 29.4.1984, zit. n. *ROLF ALTHOFF* in: «Humanwirtschaft», April/Mai 2002, S. 25.

[835] Zit. n. *GRIFFIN* a.a.O., S. 28.

kum» im wesentlichen die Banken zu verstehen, was WRISTON zu präzisieren sich freilich hütete.

Im Jahre 2010 bekräftigte kein anderer als der von den Medien verdächtig vielbeachtete Ritter ohne Furcht und Tadel im Kampf gegen den Euro und die europäische Währungsunion (aber *nicht* gegen das **aktuelle Schuldgeldsystem** . . .) Prof. WILHELM HANKEL, selber ein ehemaliger Direktor der *Bundesbank*, diesen Sachverhalt im Gespräch mit dem Finanzmagazin *Focus-Money*. Vom Magazin betreffs der deutschen Staatsschulden gefragt: «Können wir das je zurückzahlen?» entgegnete HANKEL sogleich: «Das steht sowieso nicht im Programm. Es geht darum, ob der künftige Staatskredit ausreicht, um diese Schulden über [einen] längeren Zeitraum zu verteilen, also umzuschulden.»[836]

Kann man angesichts solcher an Klarheit absolut nichts mehr zu wünschen übriglassenden Zeugnisse aus berufenen Mündern noch einen Moment länger zweifeln? Zumal die Sache doch ohnedies einleuchtet . . . sobald man sie mit den gierigen Augen der «Kreditgeber betrachtet: «Man darf nicht vergessen», sagt GRIFFIN treffend, «daß die Banken ihre Kredite nicht wirklich zurückgezahlt haben wollen, außer zum Nachweis der Abhängigkeit des Kreditnehmers. Sie machen Gewinn durch den Zins *auf* die Anleihe, nicht durch die Rückzahlung *der* Anleihe. Wird ein Kredit abbezahlt, muß die Bank bloß einen neuen Kreditnehmer finden, und das kann so kostspielig wie mühselig sein. Es ist viel besser, den schon vorhandenen Kreditnehmer nur die Zinsen zahlen und niemals Tilgungen des Kredits selber leisten zu lassen. Diesen Vorgang nennt man Umschuldung. Einer der Gründe, warum die Banken es vorziehen, Regierungen zu leihen, ist, daß sie gar nicht erwarten, daß diese Anleihen jemals zurückgezahlt werden.»[837]

Hierher gehört auch eine offenbarende Episode aus einer Kabinettssitzung der amerikanischen REAGAN-Regierung vom Frühling 1982. Sie befaßte sich mit der damals gerade um sich greifenden Schuldenkrise einer Reihe von Entwicklungs- und Schwellenländern. Der seinerzeitige US-Innenminister JAMES G. WATTS, der daran persönlich teilnahm, jedoch bald darauf das Kabinett verließ, berichtete darüber nur drei Jahre später in seinen Lebenserinnerungen wörtlich folgendes:

«[Finanz-]Minister [DONALD] REGAN legte die Unfähigkeit jener verarmten Länder dar, auch bloß die Zinsen auf die Kredite zu zahlen, die ihnen einzelne Banken wie die *Bank of America*, die *Chase Manhattan Bank* und die *Citibank* gewährt hatten. Dem Präsidenten wurde erläutert, welche Maßnahmen die Vereinigten Staaten ergreifen „mußten", um die Lage zu retten. Nach den Kurzvorträgen von REGAN und [Budget-Direktor DAVID] STOCKMAN wurde ein paar Minuten lang diskutiert, ehe ich fragte: „Glaubt denn irgendjemand, daß diese unterentwickelten Länder jemals imstande sein werden, die Grundsumme dieser Kredite zurückzuzahlen?" Als niemand etwas sagte, fragte ich weiter: „Wenn diese Kredite also niemals zurückgezahlt werden, warum eigentlich sollten wir die Länder dann erneut heraushauen und die Zahlung ihrer Zinsen sicherstellen?" Die Antwort kam aus mehreren Mündern gleichzeitig: „Wenn wir ihre Zinszahlungen nicht sicherstellen, werden die Kredite uneinbringlich werden, und das könnte unsere amerikanischen Banken in Gefahr bringen." Würden denn die Bankkunden ihr Geld verlieren? Nein, kam die Antwort, aber die Anteilseigner könnten Dividenden einbüßen.»[838]

Dieser authentische Bericht ist, wie der geneigte Leser selber feststellen wird, unter mehr als nur einer Rücksicht hochinteressant. Vor allem jedoch beweist er schlagend das

[836] Zit. n. *B. ULLRICH* in: «Der freie Mensch» Nr. 11-12 (November-Dezember) 2010, S. 49f; dort wiederum entnommen der Dokumentation des ganzen Interviews in *HANKELS* eigenem Weltnetzauftritt *http://www.dr-hankel.de.*

[837] *GRIFFIN a.a.O.,* S. 28; Hervorh. original.

[838] Zit. n. ebd. S. 114.

grundsätzliche Desinteresse der Banken und ihrer Marionetten an der Rückzahlung von Staatsschulden; sie wollen nur ihre Zinsen, obwohl genau dadurch die gar nicht rückzahlbare «Grundschuldsumme» stetig wächst.

Auch HODGSON BROWN unterstreicht, daß die Nichtrückzahlbarkeit der fiktiven Staatsschulden bereits von Anfang an unbedingt zum System gehörte, direkt systemimmanent ist: «Hätten die Bankiers ihr Geld zurückgefordert, hätte die Regierung entsprechende Steuern erheben müssen. Das hätte die Bevölkerung wachgerüttelt. . . Doch die gerissenen Bankiers schuldeten die Kreditsumme ständig um und strichen die Zinsen ein. Das ganze war eine profitable Investition, die Jahr für Jahr wie ein Geldautomat Geld abwarf (und das bis heute noch tut). . . . Die Regierungsschulden werden niemals zurückgezahlt, sondern werden von Jahr zu Jahr umgeschuldet und bilden die Basis der nationalen Geldmenge.»[839]

Die Staatsschulden bleiben den Regierungen und Völkern also zuverlässig bis zuletzt, d.h. bis zum großen, von den PROTOKOLLEN bzw. ihren Urhebern ersehnten Tag der Thronbesteigung des Antichristen, erhalten, weil die Bankeneigentümer nicht einmal dann den geringsten Wert auf ihre Rückzahlung legen würden, wenn sie überhaupt möglich wäre!

5) Staatsschulden - eine gute «Spar»anlage?

Alle (zumindest ¿//^bezüglich . . .) *ehrlichen* Experten antworten: Nein! Die Banken machen zwar mit Staatspapieren auf jeden Fall enorme Gewinne, denn sie schöpfen ja die Milliarden, die sie dem Staat so «großzügig» «leihen», per Federstrich oder Mausklick **aus nichts** und streichen selbst bei bloß 3 % Zinsen pro Milliarde 30 Millionen **jährlich** ein. Privatleute hingegen - sofern sie keine Bankeneigentümer oder sonstigen Großvermögensbesitzer sind! - müssen **selbst-erarbeitetes,** also reales Geld erst einmal beiseitelegen. Zahlen sie es dann bei Pensionsfonds oder Versicherungen etc. ein, die es ihrerseits in Staatspapiere «investieren», fallen für die «Sparer» beträchtliche Verwaltungsgebühren an und schmälern die Zins«rendite» erheblich. Außerdem sind die Zinsen auf Staatsanleihen wegen des geringen Risikos (!) fast immer am niedrigsten, liegen also gewöhnlich *unter* der durch die Gesamfzinsrate auf *alle* laufenden Kredite erzeugten (Pseudo-)Inflation. Die «Sparer» erhalten daher bestenfalls einen **teilweisen** «Inflationsausgleich»[840] und hätten schlimmstenfalls (je nach Höhe der Verwaltungsgebühren) auf die ganze Prozedur genausogut verzichten können!

6) Staatsschulden und Desinformation

Damit niemand merken soll, wer die Staatsschulden *wirklich* finanziert (die großen internationalen Banken) und *wie* das geschieht (durch Kreditschöpfung aus nichts), werden fortwährend vor allem drei Arten von Desinformation gestreut.

[839] *HODGSON BROWN* a.a.O., S. 100.

[840] *NORBURN* a.a.O., S. 2236 übersieht diesen einzigen positiven Effekt, wenn er - im übrigen völlig zutreffend - meint: «Der Privatmann, der Staatspapiere kauft, tut das mit hartverdienten Dollars, die nach Steuern gespart wurden. Erhält dieser Privatmann denselben Wert und denselben Schutz, den die Banken erhalten? Natürlich nicht. Falls er seine E-Schuldverschreibungen bis zur Reife hält, wächst seine Investition um ein Drittel. In den meisten Fällen löscht die Inflation diesen Zuwachs mehr als aus, und noch ein Gutteil der investierten Dollars obendrein. Falls er die Schuldverschreibung als Sicherheit verwendet, muß er der Bank mehr Zinsen zahlen, als auf das Staatspapier fallig werden.»

Einmal ertönen «Warnungen» gewisser Experten vor einer «zu hohen» Staatsverschuldung, mit der «kommende Generationen von Steuerzahlern» über Gebühr belastet und/oder «Investoren beunruhigt» würden. Das soll den Eindruck erwecken, Staatsschulden bzw. die darauf fälligen Zinsen würden tatsächlich aus Steuermitteln («zurück-»)gezahlt, obwohl genau das ja gerade nicht der Fall ist.

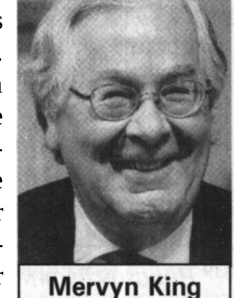
Zum anderen geistern Meldungen durch die Medien, dieses oder jenes Land sei jetzt, nach erfolgreicher Rückzahlung, aller seiner Staatsschulden ledig. Das soll uns glauben machen, es sei tatsächlich möglich, Staatsschulden wieder loszuwerden.

Zum dritten ist zu hören, es würden soundsoviel Prozent der nationalen oder gar der «Weltersparnisse» von den Schulden dieses oder jenes Landes «aufgesogen». Das dient dem Zweck, die «Sparer» als einzige Gläubiger der verschuldeten Staaten hinzustellen, obwohl ihr Anteil an der Staatsverschuldung minimal ist und pure Alibifunktion hat.

1) Da sind also einmal die total verheuchelten Kassandrarufe bezahlter Schreier, die es unter Garantie besser wissen, zum Beispiel:

* OTMAR ISSING, Ökonom, Standard-Lehrbuchverfasser und Bundesbankier, 1992: «Das Direktoriumsmitglied der *Deutschen Bundesbank,* OTMAR ISSING, hat vor einem schuldenpolitischen Teufelskreis gewarnt, der aus einer ungebremsten staatlichen Kreditaufnahme resultieren könnte. ... In demokratischen Systemen besteht nach Darstellung IssiNGs oft eine „übermächtige Versuchung" zu einem „Mißbrauch der öffentlichen Kreditnahme". So sei es selbst in der Phase der Schuldenkonsolidierung von 1982 bis 1989 nicht gelungen, die staatliche Schuldenquote, also den Schuldenstand im Verhältnis zum Bruttosozialprodukt (BSP), zu senken.»[841] Dieser Mann weiß ganz genau, daß das mittel- und langfristig weder je «gelingen» *kann* noch je «gelingen» *soll*

* HANS EICHEL, Bundesfinanzminister, 2003: «Die Finanzminister und Notenbankchefs der zwanzig wichtigsten Industrie- und Schwellenländer (*G 20)* haben sich besorgt über die steigende Staatsverschuldung in vielen Teilen der Welt geäußert. . . . „Überall auf der Welt geht die Staatsverschuldung hoch. Besonders bedrückt uns das in den Schwellenländern. Aber auch in den Industrieländern kann das nicht so weitergehen, weil das unsere Zukunftsvorsorge beeinträchtigt", sagte Bundesfinanzminister EICHEL ... vor der Presse.»[842]



* MERVYN KING, Gouverneur der *Bank von England,* 2005: «KING beschrieb (auf dem *G* 7-Finanzgipfel in London) das ständig weiter wachsende Leistungsbilanzdefizit der USA . . . als eine ernste Bedrohung für die Weltwirtschaft. Hinsichtlich der USA fügte KING hinzu: „Es gibt vermutlich eine Grenze im Umfang der Schuldentitel [= Schuldverschreibungen, Staatsanleihepapiere], die ein Land als Folge permanenter Defizite verbreiten kann, ohne daß die Investoren beginnen, sich über die Fähigkeit oder Bereitschaft zur Rückzahlung Sorgen zu machen."»[843] Hoffentlich konnte KING, ein direktes Sprachrohr der Londoner ROTHSCHILDS, das zynische Grinsen verbergen, das sich bei diesem verlogenen Gerede eigentlich auf seinem Gesicht hätte zeigen müssen ...

[841] Äea/er-Meldung in: «Deutsche Tagespost», 16.6.1992.

[842] *Dpa*-Bericht in: «Die Tagespost», 28.10.2003.

[843] *LOTHAR KOMP* in: «Neue Solidarität», 16.2.2005, S. 7.

* DIRK NOTHEIS, Deutschland-Chef der verdeckten ROTHSCHILD-Großbank *Morgan Stanley,* 2010: «Viele Staaten sind am Rande dessen, was überhaupt noch leistbar ist ... Wenn kein Anleger mehr bestimmte Staatsanleihen kauft, haben die betroffenen Länder und am Ende die Weltgemeinschaft ein Problem.»[844] Natürlich «kaufen» sie dann doch, die «Anlegen). Freilich sind es nicht irgendwelche «Anleger» von sauer Erspartem, sondern die ROTHSCHILD-Banken und ihre Konsorten, mit Unmengen von Buchgeld, das sie im Handumdrehen aus nichts schöpfen!
* KARL WEISS, Wirtschaftsjournalist, 2010: «Wenn alle Schulden in der Euro-Zone bezahlt werden sollen (und irgendwann müssen sie ja bezahlt werden), sind um die 3 Billionen (US-Version: 3 trillions) Euro notwendig. Dieses Geld **gibt es nicht** - höchstens, wenn man alle Banken, Firmen und Privatpersonen im Euro-Bereich **enteignete** und ihr Geld zum Schuldenzahlen benutzte. Das beinhaltet die Gefahr, daß sich in einem Moment die großen Spekulanten (vor allem Großbanken) zusammentun und gegen den Euro oder einfach gegen alle Staatsanleihen der Euro-Zone wetten, was dann zum Euro-Super-Gau führen kann. Anscheinend ist man sich bei der deutschen Regierung dieses Risikos bereits bewußt.»[845] Ja, das ist wirklich multiple Desinformation vom feinsten. Denn:

Erstens *sollen* die Schulden ja gar nicht bezahlt, sondern immer bloß die Zinsforderungen «bedient» werden!

Zweitens betrugen, wie weiter oben bereits berichtet, nach Angaben der *Bundesbank* **allein die in Deutschland** vorhandenen «Geldvermögen» - was auch immer die vorgeblichen «Währungshüter» darunter im einzelnen zu verstehen geruhten - schon Ende 2002 **über** 5,9 **Billionen Euro;** selbst nach der gleichfalls oben bereits durchgeführten Korrektur dieser tendenziös verzerrten *Bundesbank-Angaben* blieb immer noch rund das Anderthalbfache der deutschen Staatsschulden übrig. Da in den anderen Ländern der Eurozone mit Sicherheit vergleichbare Relationen zwischen Staatsschulden und «Geldvermögen» bestehen, wäre das Geld zur Schuldenrückzahlung selbstverständlich im Übermaß vorhanden, vor allem dann, wenn man z.B. die *Bundesbank* (und die hinter ihr steckenden Banken) mit ihren großzügigen Angaben zur Höhe der vorhandenen Geldvermögen beim Wort nähme . . . Nur würde dummerweise durch eine solche «Rückzahlung» alles «rückgezahlte» Geld vernichtet und die Wirtschaft müßte schlagartig kollabieren!

Drittens ist ja überhaupt nicht beabsichtigt, auf *vorhandene* «Spargelder» bzw. «Geldvermögen» zurückzugreifen; stattdessen schöpfen die Banken mit Freuden immerfort jene Neukredite, die der «verschuldete» Staat dazu benutzen darf, ihnen die Zinsen auf die Altkredite zu zahlen.

Viertens sind selbstverständlich weder die Bundesregierung noch die Spekulanten so dämlich, sich des von WEISS verzapften Unsinns «bewußt» zu sein.

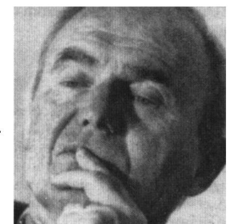
2) Da werden sodann schöne Geschichtchen von plötzlich oder demnächst angeblich schuldenfreien Staaten erzählt, Geschichtchen, die sich irgendwann später als bloße Seifenblasen herausstellen. Zum Beispiel das folgende:

[844] Zit. n. *GRANDT* a.a.O., S. 328.

[845] Zit. n. *DORIS AUERBACH* in: «politik-online», 9.1.2011, dies wiederum zit. n. «PHI», 25.1.2011, S. 11 (innerhalb der vollst. Dokumentation von *AUERBACHS* Artikel «Der Euro: Schlechte Noten»); Hervorh. original. - Madame *AUERBACH,* vorgestellt als «Schweizer Volkswirtschaftlerin», dem Namen nach gut möglicherweise Jüdin oder jüdisch verehelicht, die *WEISS* kritiklos zustimmend zitierte, betätigte sich hier eventuell auch selbst als absichtsvolle Desinformantin (dann wohl zum Zweck der Dollar-«Stützung» durch Schlechtreden des Euros - Näheres zu dieser RorasCHiLD-Kampagne siehe weiter unten).

* «Das hochverschuldete Nigeria konnte einen fünfzigprozentigen Nachlaß seiner Schulden aushandeln, zahlte den Rest auf einen Schlag zurück und ist damit über Nacht zu einem der wenigen schuldenfreien Länder geworden.» Das behauptete WOLFGANG SCHONECKE im Juni 2006[846].
* «1978 nahm Nigeria eine Anleihe über 3 Milliarden $ auf. Heute beläuft sich diese Anleihe auf 100 Milliarden $, und es bedarf der gesamten Exporterlöse Nigerias, um die Zinsen darauf zu zahlen.» Das war der offenbar *reale* Stand der Dinge Anfang 2009[847]!
* Mitte der 1990er Jahre wurde von hochrangigen Frontleuten der «fünften Gewalt» mit großem Klamauk angekündigt, man wolle die 41 ärmsten Länder der Erde «entschulden». Daraus geworden ist - natürlich nichts! «Die bei der Jahrestagung von *Weltbank* und *Internationalem Währungsfonds (IWF)* 1996 beschlossene Initiative sei „von ihren Erfindern faktisch aufgegeben worden"», kritisierte die Entwicklungshilfe-Organisation *erlassjahr.de* (sie!) im Herbst 2006. «Von einer Gesamtverschuldung der Länder des Südens in Höhe von zweitausendfünfhundert Milliarden amerikanischen Dollar würden ... im besten Fall siebzig Milliarden gestrichen werden», teilte die Gruppierung «zum Ende der diesjährigen [2006] Tagung von *IWF* und *Weltbank* in Singapur» desillusioniert mit.. ,[848]

3) Nicht weniger verlogen sind die von der «fünften Gewalt» immer wieder absichtsvoll in die Welt gesetzten (und von genügend ahnungslosen «Multiplikatoren» begeistert verbreiteten) Phrasen der folgenden Art:
   * «Vor dem Institut für Finanzen und Steuern in Bonn sagte *[Bundesbank-Chef* HELMUT] SCHLESINGER,... [n]ach jüngsten ihm bekannten Schätzungen dürfte die Nettokreditaufhahme des öffentlichen Sektors dieses Jahr [1993] auf über zweihundert Milliarden Mark oder etwa Zweidrittel der gesamten inländischen Ersparnisbildung steigen.»[849]
   * «Die *Deutsche Bundesbank* hat mit einem eindringlichen Appell an die Politiker in Bund und Ländern vor weiteren Steuererhöhungen gewarnt. Gleichzeitig mahnen die Frankfurter Währungshüter in ihrem Juni-Bericht eine Senkung der aus dem Ruder laufenden Staatsschulden an____Allein im laufenden Jahr [1993] werde die öffentliche Hand neunzig Prozent der gesamtwirtschaftlichen Ersparnisse für die Schuldenfinanzierung in Anspruch nehmen.»[850]
   * Bundesbankier OTMAR ISSING, für seine ständigen Desinformationen im Dienste der Rothschildschen «fünften Gewalt» im Jahre 1998 mit der Teilnahme am höchst exklusiven Geheimtreffen der berüchtigten *Bilderberger* im schottischen Ayrshire belohnt, wo sich sogar EVELYN DE ROTHSCHILD höchstpersönlich die Ehre gab[851]: «Deutschland ist in den Jahren nach der



Otmar Issing mit Signal ...

[846] *WOLFGANG SCHONECKE* in: «Die Tagespost», 27.6.2006.
[847] Meldung in: «Impact», Dez. 2008/Jan. 2009, S. 14.
[848] /ÜV/f-Meldung in: «Die Tagespost», 21.9.2006.
[849] *Reuter*-Meldung in: «Deutsche Tagespost», 15.5.1993.
[850] Dpa-Meldung in: «Deutsche Tagespost», 26.6.1993.
[851] Vgl. «Mensch & Mass», 9.8.1998 wie auch «Prisma-Informationsdienst» Nr. 23/1998, S. 2. ISSING stand im Folgejahr, als sich die *Bilderberger* im portugiesischen Sintra trafen, erneut auf der Teilnehmerliste, und zwar jetzt als «Mitglied des Vorstandes der *Europäischen Zentral-*

Vereinigung zu einem Kapitalimporteur geworden. Zwischen den Ersparnissen der Deutschen und der Nachfrage nach Finanzmitteln klaffte eine Lücke, die durch ausländische Kapitalgeber geschlossen werden mußte.»[852]

* £(/-Kommissar YVES-THIBAULT DE SLLGUY: «Die Zinslasten für die öffentliche Schuld machen heute [1995] bereits 40 Prozent der in Europa verfügbaren Ersparnisse der privaten Haushalte aus.»[853]
* «Seit geraumer Zeit frißt die jährliche Neuverschuldung des amerikanischen Staates rund *70 % der Weltersparnis* auf.»[854]
* «Nach einer Berechnung von *BNP Paribas* absorbieren die USA drei Viertel der Nettoersparnisse der gesamten Welt.»[855]
* «Die USA saugen zwei Drittel der überschüssigen Ersparnisse der Welt auf.»[856]
* «Das Hauptproblem Griechenlands besteht darin, daß das inländische Sparaufkommen nicht ausreicht, um die Defizite zu finanzieren. Insofern ist die Situation ähnlich wie in den USA .. ,»[857]

Abgesehen davon, daß aus allen diesen Texten niemals klar wird, was «Ersparnisse» bzw. «Nettoersparnisse» überhaupt sein sollen (Selbsterarbeitetetes und erübrigtes Geld? Oder bloß neue Zinsgutschriften auf bestehende Geldanlagen? Oder gar bloß «überschüssige» Zinsgewinne von Bankeneigentümern auf aus nichts geschöpfte Kredite? Oder alles das zusammengenommen?), darf man sich natürlich auch fragen, woher diese Leute ihre Kenntnis von der Höhe der «Weltersparnisse» überhaupt haben wollen. Offenbar geht es aber gar nicht darum, sondern nur um die Verdeckung des **realen** Mechanismus der Verschuldung der Staaten durch das ROTHSCHILD-beherrschte globale Bankensystem ...

7) Staatsschulden und Weltfinanzsystem

«Das gegenwärtige Weltfinanzsystem hängt an nur zwei Staatsanleihen: den amerikanischen „US-Treasuries" und den deutschen „Bunds" Diese stehen für die beiden Welt-Reservewährungen Dollar und Euro.»[858] Dem läßt sich nicht widersprechen, wenn man sich erstens des oben schon besprochenen Übergewichts Deutschlands im Eurosystem entsinnt und zweitens weiß, daß Zentralbanken auf dem ganzen Globus in der Hauptsache amerikanische, daneben inzwischen auch deutsche Staatsschuldpapiere von den jeweils hinter ihnen stehenden Geschäftsbanken jederzeit und sogar bevorzugt als deren «Reserven» entgegennehmen. Auf diese sogenannten «Dollar-» oder «Euro-(Mindest-) Reserven» können dann die Geschäftsbanken munter «frisches» Geld in nationaler oder regionaler Währung als «Kredit» aus nichts schöpfen und zinspflichtig ausreichen.

bank» (vgl. «Recht und Wahrheit», September/Oktober 1999, S. 35 sowie «PHI-Auslandsdienst» Nr. A12-13/1999, S. A90f). ISSING hatte aber auch schon 1997 am *Bilderberger*-Treffen in Atlanta in den USA teilgenommen (lt. «Prisma-Informationsdienst», 9.7.1997, S. 2)!

852 *OTMAR ISSING* in: «Frankfurter Allgemeine Zeitung», 7.2.1995, zit. n. *CREUTZ,* Die 29 Irrtümer ... a.a.O., S. 171f. - Dasselbe Zitat findet sich auch in: *CREUTZ,* Das Geld-Syndrom . . . a.a.O., S. 248.

853 Zit. n. *MEIER* a.a.O., S. 80.

854 *BAADER* a.a.O., S. 154; Hervorh. original.

855 *BRUNO BANDULET* in: «Recht und Wahrheit» Nr. 7+8 (Juli/August) 2004, S. 20.

856 *MECHTERSHEIMER* a.a.O., S. 12.

857 *BANDULET,* Die letzten Jahre des Euro ... a.a.O., S. 144.

858 *ARGENS* a.a.O., 176.

Während aber der Euro - und mit ihm die deutschen Staatsanleihen - noch sozusagen in den Kinderschuhen stecken, machen auf Dollar lautende Schuldverschreibungen der US-Regierung den Großteil der in den Zentralbanken für die Geschäftsbanken gehaltenen «Reserven»[859] aus. ARGENS bezeichnet daher ganz zurecht **alle übrigen Währungen der Erde,** sofern sie **großenteils** auf «Dollar-Reserven» aus nichts geschöpft werden, als bloße **«Derivate des US-Dollars»[860],** die *letztlich* mit diesem Dollar stehen oder fallen! Mit dem Dollar, der nur als ewig zinsbelastetes Schuldgeld existiert, wobei der größte Teil dieser *absolut künstlichen* «Schulden» US-Staatsschulden sind, über deren Höhe sich alle Welt schon seit Jahrzehnten ebenso *absolut künstlich* aufregt . . . Denn wer A sagt, muß auch **B** sagen. Wer das **aktuelle Schuldgeldsystem** gut und richtig findet, wie insbesondere der «Debitist» PAUL C. MARTIN und seine Jünger, wie aber auch die große Masse der zivilisierten Menschheit überhaupt, die nämlich gegen das absurde und bösartige System zumindest nichts *einzuwenden* hat, der darf nicht über «zu hohe» «Staatsschulden» jammern, ohne sich restlos lächerlich zu machen.

Nach Meinung des Geldfachmanns ARGENS waren noch in den 1960er Jahren «die Staatshaushalte der westlichen Länder annähernd ausgeglichen und Ausgaben von Staatsanleihen vergleichsweise selten. So belief sich das offene Schuldvolumen dieser Länder Ende des Jahres 1970 auf magere 800 Milliarden US-Dollar»[861]. Doch der gute Mann widerspricht sich selbst, wenn er nur eine einzige Buchseite weiter im Text konstatiert, 1970 habe «der Gesamtgeldbestand in der westlichen Welt (bezogen auf M3) zwei Billionen US-Dollar, gegenüber einem weltweiten Anleihemarkt von 800 Milliarden US-Dollar», betragen! Wenn man bedenkt, daß damals der «Anleihemarkt» jenseits der «westlichen Welt» mangels Masse entweder gar nicht existierte oder nur sehr schwach «entwickelt» war, machten also die internationalen Staatsschulden bereits ein Vierteljahrhundert nach dem wirtschaftlichen und finanziellen «Neubeginn» am Ende des 2. Weltkriegs schon wieder **fast 40 Prozent** oder **zwei Fünftel** der **gesamten** (Schuld-)Geldmenge aus! Angesichts dessen kann von «annähernd ausgeglichenen Staatshaushalten» natürlich absolut keine Rede sein. Zumal wir ohnedies längst wissen, daß «ausgeglichene Staatshaushalte» **im aktuellen Schuldgeldsystem** dasselbe wären wie der berühmte ,viereckige Kreis' . . .

Wenn die in Wirklichkeit **enormen** 800 Milliarden Dollar Staatsschulden des Jahres 1970 knapp vierzig Jahre später «mager» erscheinen, dann einzig wegen des immer gewaltigeren Ausmaßes und Tempos, mit dem - notwendigerweise im relativen Gleichschritt! - (Schuld-)Geldmenge und Staatsschulden inzwischen gestiegen sind und weiter steigen. Der Zinseszinseffekt läßt grüßen!

Allerdings werden wir sogleich sehen, daß die weltweiten Staatsschulden 1970 **in Wirklichkeit** noch längst keine 40 Prozent des Weltgeldbestandes, sondern *vermutlich* «nur» weniger als die Hälfte dessen ausmachten. Denn von der Sache her nicht nachvollziehbar ist auch eine weitere von ARGENS unterbreitete Statistik. Ihm zufolge «standen im Jahre 1990 dem Geldbestand der entwickelten Länder von 13,8 Billionen ein Anleihemarkt von 12,7 Billionen US-Dollar gegenüber. Ende 1997 hatte der Weltanleihemarkt mit einer Größe von 23,5 Billionen US-Dollar den Weltgeldbestand von 19,1 Billionen US-Dollar bereits deutlich überholt. 2001 lag er dann schon bei 33 Billionen US-

[859] Davon zu unterscheiden sind sogenannte *«Währungsreserven»,* die nicht aus Anleihen, sondern aus Papier- oder Buchgeld bestehen und dazu dienen sollen, am Devisenmarkt die Kurse der Währungen zu «stützen» oder sonstwie zu manipulieren.

[860] *ARGENS* a.a.O., S. 325.

[861] Ebd. S. 221.

Dollar. Daß es nicht möglich war, aktuelle Daten für diese Veröffentlichung zu bekommen, läßt Schlimmes vermuten.»[862]

Da ARGENS die zuerst zitierten 800 Mrd. Staatsanleihen von 1970 ausdrücklich als «offenes Schuldvolumen», d.h. als Umfang der zum selben Zeitpunkt gleichzeitig offen- oder ausstehenden Staatsschulden bezeichnet, muß er wohl oder übel auch die zuletzt genannte Ziffer von unvorstellbaren 33 Billionen im selben Sinne auffassen. Diese Auffassung allerdings ist leider völlig unzutreffend.

Staatsanleihen sind großenteils mittel- bis langfristige Schuldverschreibungen. Da sie *einerseits* fast sämtlich durch *direkte* «Kredit»schöpfung des Bankensystems entstehen und einen je nach Land unterschiedlich großen Bestandteil der nationalen Geldversorgung bilden, da ihnen aber *andererseits* noch Unternehmens- und Privatanleihen in meist sogar erheblich größerer Höhe zur Seite stehen, die ebenfalls vom Bankensystem *direkt* aus nichts geschöpft werden und Bestandteil der nationalen Geldversorgung sind, kann der Gesamtbetrag aller Staatsanleihen niemals auch nur von ferne an die Höhe der Gesamtgeldmenge M3 (= Bar- **und** Buchgeld) heranreichen! Offenbar beziehen sich die «Marktdaten», die ARGENS hier grotesk fehlgedeutet hat, auf den jährlichen Gesamtum**satz** mit Staatsanleihen (die ja bekanntlich frei handelbar sind) zwischen allen möglichen Käufern und - oft schon am selben Tag! - Wiederverkäufern aller möglichen Staatspapiere, so daß sich anhand *dieser* Daten über die **absolute** Höhe der «in der entwickelten Welt» ausstehenden Staatsschulden rein **gar nichts** sagen läßt!

Was jedoch aus den so rapide gestiegenen Umsatzzahlen für den Handel mit Staatsanleihen hervorgeht, ist, daß sie zwischen den «internationalen Bankiers» bzw. ihren zahllosen Briefkastenfirmen in den Steueroasen mit wachsender Begeisterung immer schneller und öfter hin- und hergeschoben werden. Grund dafür dürfte das verständliche Bestreben sein, so vollständig wie nur möglich zu verbergen, bei wem genau die einzelnen Staaten denn nun jeweils verschuldet sind ...! Verständlich ist dieses Bemühen im Lichte dessen, daß Staatsschulden für die jüdischen oder bisweilen auch nichtjüdischen Wucherer noch bis weit in die Neuzeit hinein längst nicht das risikolose Geschäft waren, zu dem sie in der Rothschildschen bzw. PROTOKOLLARISCHEN Ära weitestgehend geworden sind.

8) Repudiierung von Staatsschulden

Das Fremdwort «Repudiierung» stammt direkt aus dem Lateinischen, wo «repudiare» soviel bedeutet wie «verschmähen, zurückweisen, nicht anerkennen». Nichts mußte, wer ab dem hohen Mittelalter Kaisern, Königen oder Fürsten Geld auf Zinsen lieh, mehr fürchten, als daß diese zum guten Schluß die angehäuften und immer schwerer drückenden Staatsschulden schlicht - repudiierten, sich also einfach *weigerten,* sie zurückzuzahlen, und dies *endgültig*! Die Staatsschulden wurden «gestrichen», und zwar nicht etwa vom Gläubiger, sondern vom hochherrschaftlichen Schuldner, der *damals* dazu noch durchaus die **Macht** besaß!

Eines der frühesten und zugleich kuriosesten historischen Beispiele lassen wir uns von Father COUGHLIN nahebringen:

«König EDWARD III. von England nahm 1340 eine Summe, die 12 000 000 heutigen [1936] Dollars entspricht, als Anleihe bei dem berühmten Florentiner Bankhaus PERUZZI auf. Nach dem siegreichen Ende seines Krieges mit Frankreich legte ihm die Bank ihre Rückzahlungsforderung vor, doch der König machte Zahlungsunfähigkeit geltend und

[861] Ebd. S. 221.

bat um Schuldenverlängerung. Eine weitere RückZahlungsforderung hatte dasselbe Ergebnis. Endlich gab der König eine Erklärung dahingehend ab, daß er die Schuld *repudiierte.* Was nun folgt, stammt aus [der Zeitschrift] *Banker and Investor* vom 15. November 1901: „Die Familie PERUZZI besteht noch und hat in Italien eine geachtete Stellung. Seit 1340 hat sie nie aufgehört, bei den Herrschern Englands die Rückzahlung ihres Geldes anzumahnen. Alle 10 Jahre schickt sie der britischen Regierung eine Erklärung, daß ihr Anspruch fortbesteht, doch die letztere macht keinerlei Anstalten, ihn auszuzahlen. Die von König EDWARD III. geliehene Summe von 12 000 000 $ ergäbe, bei einem mäßigen Zinssatz und seit 1340 alljährlich zum Kapital geschlagenen Zinsen, eine sechsundzwanzigstellige Zahl. Die Belege für König EDWARDS Verschuldung befinden sich im Londoner Tower."»[863]

Während sich die PERUZZIS noch bis ins frühe 20. Jahrhundert hinein Illusionen machten, war für die meisten übrigen Gläubiger irgendwelcher Staaten bzw. Herrscher, die zuletzt leer ausgingen, sofort klar, daß sie nichts mehr zu beanspruchen hatten, 1673 repudiierte ein anderer englischer König, CHARLES II., Schulden von über einer Million Pfund, «die ihm Dutzende von Goldschmieden geliehen hatten, mit dem Resultat, daß zehntausend Einleger ihre Ersparnisse verloren»[864].

Gegen Ende der Herrschaft König LUDWIGS XIV. von Frankreich, zu Beginn des 18. Jahrhunderts, war die Staatskasse derart leer, daß «der Herzog von St. Simon vorschlug, die zeitlich befristeten Schulden einfach zu repudiieren. Viele von ihnen, gab er zu bedenken, waren durch Schwindel und Unehrlichkeit von Lieferanten sowie durch ihr betrügerisches Zusammenspiel mit Staatsbeamten zustandegekommen, und die Repudiierung der Schulden würde nur eine Klasse von Leuten schädigen, auf die der Staat gar keine Rücksicht nehmen sollte. Dieser revolutionäre Vorschlag wurde bis zu einem gewissen Grad auch wirklich ausgeführt. Es wurde ein Dekret veröffentlicht, das den Gläubigern des Staates zur Auflage machte, ihre Ansprüche vor einem Ausschuß der Generalstände nachzuweisen, dessen Bemühungen zur Folge hatten, daß die Hälfte der 700 Millionen befristeter Schulden beiseitegefegt und viele Leute - Steuerpächter, Lieferanten und andere - ins Gefängnis geworfen wurden.»[865] Womit sie garantiert am allerwenigsten gerechnet hatten, als sie mit ihren «Staatsanleihen» mühelose Zinsgewinne einzustreichen gedachten . ..

Unter König LUDWIG XV. kam es 1721 erneut zu einer teilweisen Repudiierung der Staatsschulden von für damalige Verhältnisse gewaltigen 3 189,4 Millionen Livre, auf die jährlich knapp 100 Millionen Livre Zinsen anfielen! «Die Gläubiger wurden in fünf Klassen eingeteilt, entsprechend der Art und Weise, auf welche sie ihre Ansprüche erworben hatten. Die Ansprüche einer Klasse wurden völlig gestrichen, der Rest gekürzt», was im Endeffekt dazu führte, daß nur noch etwas über die Hälfte der Schulden zurückgezahlt wurden![866]

Im 18. und 19., vielleicht sogar noch zu Beginn des 20. Jahrhunderts waren es einzelne Bundesstaaten der USA, die sich an die Rückzahlung ihrer Auslandsschulden schlicht nicht mehr gebunden fühlten. Im US-Kongreß sagte 1930 der Abgeordnete LOUIS MCFADDEN: «... ich möchte Ihre Aufmerksamkeit insbesondere auf Artikel IV der Verfassung der Vereinigten Staaten lenken, durch den finanzielle Verpflichtungen der ver-

[863] *COUGHLIN,* Money! Questions and Answers .. . a.a.O., S. 60f; Hervorh. original.

[864] *GRIFFIN* a.a.O., S. 175.

[865] *DEL MAR*, Money and Civilization . . . a.a.O., S. 230; das genaue Jahr dieses Ereignisses wird leider nicht mitgeteilt.

[861] Ebd. S. 221.

schiedenen Bundesstaaten auf die Vereinigten Staaten beschränkt werden. Eine Reihe von Staaten dieser Union hat sich diese Beschränkung zunutzegemacht, um die Schulden zu repudiieren, die sie in auswärtigen Ländern eingegangen waren, und ich verweise auf die Tatsache, daß diese Repudiierung durch die Bundesstaaten immer noch Gegenstand emstlichen Streits zwischen England und den Vereinigten Staaten ist.»[867]

In allerjüngster Zeit sehen sich einzelne Kommunen der USA aufgrund fehlenden Rückhalts bei der jeweiligen Staats- und der Bundesregierung (etwas, was in Deutschland gesetzlich unmöglich ist) gezwungen, ihre öffentlichen Schulden zu repudiieren. So hat die kalifornische Stadt Vallejo im Mai 2011 förmlich den Bankrott erklärt und ihren Gläubigem das «Angebot» unterbreitet, ihnen für jeden geliehenen Dollar noch gerade einmal fünf Cent zurückzuzahlen[868]!

Kaum überraschenderweise waren es just die jüdischen Geldverleiher, die sogleich nach ihrer Rückkehr nach England unter OLIVER CROMWELL mit Nachdruck dem «Grundsatz» Anerkennung zu verschaffen suchten, der Staat müsse seine Schulden unter allen Umständen korrekt «bedienen» . . . «MACAULEY schreibt in seiner *Geschichte Englands* die folgende Lobrede auf die Politik WILLIAMS III.: „Dieser Grundsatz (der Rückzahlung der Schulden der Krone) wurde WILLIAM von den stolzen und scharfsinnigen spanischen Juden eingeschärft, die ihn von Holland aus als Finanzberater begleiteten[869]. Diese Männer lehrten das Prinzip, das eineinhalb Jahrhunderte lang die Geschikke ganz Europas beeinflußt hat und das besagte, das Versprechen der Regierung gegenüber dem staatlichen Gläubiger müsse unter allen nur erdenklichen Umständen, in der dunkelsten Stunde des Unglücks wie im stolzesten Augenblick des Erfolgs, unverletzlich aufrechterhalten werden."»[870]

Wirkliche Sicherheit, keinen modernen Staat mehr auf dem Wege simpler Repudiierung aus der «Schuldenfalle» entwischen zu lassen, konnten die ROTHSCHILDS und Konsorten aber erst durch ihre höchst raffinierte Verwirklichung jenes PROTOKOLLARISCHEN «Grundsatzes» erlangen, der uns im vorliegenden Band zentral beschäftigt: durch die immer verwickeitere und undurchsichtigere «wechselseitige», tatsächlich jedoch in der Hauptsache von den überall ansässigen «internationalen Bankiers» besorgte ^Ms/awiftVerschuldung so gut wie sämtlicher Länder des Globus!

9) Die USA

Ihre exorbitanten Staatsschulden sind seit Jahren in aller Munde. Doch kaum jemand weiß um den absolut *künstlichen* Charakter dieser «Schulden», weil auch fast niemandem klar ist, daß sämtliche[871] Dollars sowieso nur als «Kredit», d.h. aber, als Schulden,

867 *Louis MCFADDEN,* The Federal Reserve System and The Bank of International Settlements . . . a.a.O., S. 17.

868 Lt. «American Free Press», 30.5.2011, S. 2.

869 Ein weiteres Indiz dafür, daß Juden an der unter genau diesem WILLIAM III. erfolgten Errichtung der *Bank von England* beteiligt waren ...

870 *DEL MAR,* Money and Civilization ... a.a.O., S. 112 Anm. 1.

871 Die Ausnahmen - von ABRAHAM LINCOLN ausgegebene «Greenbacks», vor vielen Jahrzehnten schuldenfrei von der US-Regierung in Umlauf gebrachte, aber 1964 wieder eingezogene Silberzertifikate u. dgl. mehr - waren und sind mengenmäßig völlig unbedeutend und brauchen uns daher nicht näher zu beschäftigen. Laut *VENNARD* a.a.O., S. 47 waren 1968 nur noch ganze 167 Millionen Dollar an zinsfreiem Papiergeld, und zwar LLNCOLN-Greenbacks, in Umlauf, die man durch ebenfalls zinsfreie *United* Sta/es-Banknoten im selben Nennwert, aber in anderer Stückelung zu ersetzen im Begriff stand.

ins Dasein treten. Wie sollten denn die Vereinigten Staaten von Amerika **nicht** «verschuldet» sein, wenn alles im eigenen Land in Umlauf gebrachte Geld **von vornherein** immer bloß «Schulden» gegenüber den Banken darstellt!? Und wie sollte der amerikanische Staat nicht sogar *bis über die Ohren* «verschuldet» sein, wenn obendrein die meisten Dollars, die als sogenannte Welt-Leit- und Reservewährung überall auf dem Globus umlaufen, nur deshalb existieren, weil einzig die US-Regierung bereit war, sie als «Schulden» gegenüber den Banken aufzunehmen!?

a) US-Staatsschulden - Basis der nationalen Geldversorgung

Größten Wert legten die **ROTHSCHILDS** und ihre Konsorten schon frühzeitig, nämlich in **vorPROTOKOLLARISCHER** Zeit, darauf, per Staatsverschuldung das *Bankensystem* **als ganzes,** und damit die **Geldversorgung** *ganzer Länder* in die Hand zu bekommen. Wir haben weiter oben gesehen, wie **im aktuellen Schuldgeldsystem,** das ja schon über dreihundert Jahre alt ist, jede absichtliche Verknappung des Schuldgeldumlaufs durch simple Kündigung von Krediten den Banken enorme Gewinne in Form von handgreiflichen «Sicherheiten» (Häuser, Grundstücke, Fabriken samt Maschinenpark und Warenlager etc. etc.) beschert! Wer nun die gesamte umlaufende Geldmenge kontrolliert, kann diese künstliche Geldverknappung selbst *gegen* den Willen der vielen kleinen, örtlichen Geschäftsbanken herbeiführen. Das einzige *perfekte* Mittel zur Kontrolle der Geldmenge war und ist aber die «Deckung» des aus nichts hervorgezauberten «Kredit»geldes durch Staatsschulden. Zeitweise, nämlich 1874-1893, dann wieder ab 1932 oder 1933 (und vermutlich bis 1944) betrug diese «Deckung» des Papier- und Buchgeldes durch Staatsschulden, wie schon erwähnt, tatsächlich volle 100 Prozent (!), was sich allerdings «nur» auf die im jeweiligen Zeitraum **neu** aus nichts geschöpften Gelder bezog.

Kaum hatte Präsident ABRAHAM LINCOLN 1862 seine berühmten *Greenbacks,* nämlich Staatsnoten statt Banknoten, in Höhe von etlichen hundert Millionen Dollar[872] *schuldenfrei* herausgegeben, um die Kosten des im selben Jahr ausgebrochenen Bürgerkriegs zu finanzieren, da ließen die ROTHSCHILDS[873] durch einen anonym gebliebenen Agenten in den USA ein vertrauliches Rundschreiben unter der Finanzelite des Landes kursieren. Es kam jedoch ans Licht und wurde unter dem Namen *Hazard Circular - Wagnis-Rundbrief* bekannt. Darin hieß es bezeichnenderweise:

> «Die hohen Schulden, für deren Erwachsen aus dem Krieg die Kapitalisten sorgen werden, müssen als Mittel zur Kontrolle der Geldmenge benutzt werden. Um das zuwegezubringen, müssen die staatlichen Schuldverschreibungen als Grundlage des Bankengeschäfts dienen. Wir warten jetzt darauf, daß der Finanzminister dem Kongreß dies empfiehlt. Es geht nicht an, zu dulden, daß der sogenannte *Greenback* für längere Zeit als Geld umläuft, weil wir das nicht kontrollieren können. Die staatlichen Schuldverschreibungen hingegen können wir kontrollieren, und durch sie die Geldschöpfung der Banken.»[874]

[872] Was heute etlichen Zig Milliarden entspräche!

[873] *LINDBERGH* a.a.O., S. 56 redete zurückhaltend (er war Kongreßabgeordneter und wollte sich nicht unnötig den schon damals karrieregefährdenden Vorwurf des «Antisemitismus» zuziehen . . .) bloß von den «englischen Geldverleihern», deren mit Abstand reichste und mächtigste jedoch ganz unstreitig die Londoner ROTHSCHILDS waren.

[874] Zit. n. ebd.: «The great debt that capitalists will see to it is made out of the war, must be used as a means to control the volume of money. To accomplish this the bonds must be used as a banking basis. We are now waiting for the Secretary of the Treasury to make this recommendation to Congress. It will not do to allow the greenback, as it is called, to circulate as money any

Sogar namentlich *bekannt* ist der Verfasser eines weiteren, ähnlichen Rundschreibens, das 1865, im Jahr des Endes des Bürgerkriegs, die amerikanische Finanzwelt auf ROTHSCHILD-Kurs bringen sollte. Es handelte sich um «Mr. JAY COOKE, den Steueragenten für die Regierung, der im Interesse der Geldverleiher und Bankiers unseres Landes und Europas tätig war»[875]. Sein Rundbrief vertrat ganz offen den Grundsatz, die US-Staatsschuld solle *bewußt* zu einer **«immerwährenden»** gemacht werden! Wörtlich las man da:

«Wir stellen die Behauptung auf, daß unsere (Bundes-[876])Staatsschuld, zu einer immerwährenden gemacht und richtig gehandhabt, ein nationaler Segen sein wird. Die in Geldmittel verwandelte Schuld der Vereinigten Staaten bedeutet die Hinzufügung von dreitausend Millionen Dollar zum schon vorhandenen Reichtum der Nation. Sie bedeutet dreitausend Millionen zusätzlich zum wirklichen verfügbaren Kapital.»[877]

Tatsächlich wurden zwar nicht die USA, wohl aber die ROTHSCHILDS samt Konsorten bereits wenig später dieses «Segens» teilhaftig - und erfreuen sich seiner ohne Unterbrechung bis zu dieser Stunde! Die Errichtung des *Federal Reserve System* 1913/14 hat das längst erfolgreich eingeführte **Prinzip** nur noch perfektioniert und **endgültig abgesichert.** Der entscheidende «Anschub» für die Anhäufung einer Staatsschuld, die hinlänglich «groß» war, um gar nicht mehr zurückgezahlt werden zu «können», ohne die Volkswirtschaft der USA abzuwürgen, kam - natürlich durch den 1. Weltkrieg! Die Fakten sprechen hier ihre ganz nüchterne Sprache:

«Bis zum 1. Weltkrieg hatten sich die jährlichen Bundesausgaben auf ungefähr 750 Millionen Dollar belaufen. Am Ende des Krieges betrugen sie achtzehneinhalb *Milliarden* Dollar, ein Anstieg von 2 466 %. Annähernd 70 % der Kriegskosten waren durch Schulden finanziert worden. MURRAY ROTHBARD erinnert uns daran, daß am Vorabend der [Großen] Depression, 1928, zehn Jahre nach Kriegsende, das Bankensystem mehr Regierungsanleihen hielt als während des Krieges selbst. Das heißt, daß die Regierung diese Anleihen nicht zurückzahlte, wenn sie fallig wurden. Stattdessen schuldete sie sie um, indem sie neue Schuldverschreibungen zum Kauf anbot, um die alten zu ersetzen. Warum? Etwa deshalb, weil der Kongreß mehr Geld benötigte? Nein. Die Schuldverschreibungen waren zur Grundlage von umlaufendem Geld geworden, und hätte man sie abgelöst, wäre die Geldversorgung geschrumpft. Eine schrumpfende Geldversorgung wird aber von Politikern und Zentralbankiers als Bedrohung der wirtschaftlichen Stabilität betrachtet. Daher sah sich die Regierung außerstande, ihre Schulden loszuwerden, selbst wenn sie das dafür nötige Geld besaß, ein Dilemma, das bis heute fortdauert.»[878]

Im Jahre 1935, als die 1 OOprozentige «Deckung» alles neu geschöpften Geldes durch staatliche Schuldpapiere sogar gesetzlich vorgeschrieben war, nachdem die von den

length of time, as we cannot control that. But we can control the bonds and through them the bank issues.»

[875] Ebd.

[876] Wie *VOORHIS* a.a.O., S. 16 klarstellt, bezeichnet der - bei ihm sogar großgeschriebene - Ausdruck «National Debt» **nur** die US-Bundesschulden. Die hinzutretenden Schulden der einzelnen US-Bundesstaaten, ihrer Bezirke (counties) und Kommunen sind daher in den üblichen Angaben zur «US-Staatsschuld» nicht einmal enthalten, was auch in diesem Buch ständig zu berücksichtigen ist.

[877] Zit. n. *LINDBERGH A.A.O.,* S. 57: «We lay down the proposition that our national debt made permanent and rightly managed, will be a national blessing. The funded debt of the United States is the addition of three thousand millions of dollars to the previously wealth of the nation. It is three thousand millions added to the actual available capital.»

[878] *GRIFFIN* a.a.O., S. 484f.

ROTHSCHILDS und Konsorten gezielt herbeigeführte[879] Große Depression die «Kreditwürdigkeit» von Unternehmen und Konsumenten weitgehend ruiniert hatte, äußerte F£D-Gouverneur MARRINER ECCLES also bloße Selbstverständlichkeiten, wenn er vor dem US-Finanzausschuß sagte:

«Die letzten zwei Jahre hindurch hat es kein Wachstum der Geldversorgung als Folge der Kreditvergabe von Banken an Privatpersonen oder Unternehmen gegeben. Tatsächlich hätte die Geldversorgung sogar seit 1933 abgenommen, hätte nicht die Regierung ... Geld geliehen und ausgegeben ,..»[880] **Im aktuellen Schuldgeldsystem** muß der Staat **immer** als Schuldner bei Fuß stehen, wenn sich keine anderen «Kreditnehmer» mehr finden, um das bereits wackelnde Kartenhaus zwecks «Stabilisierung» (sie!) schleunigst um die fallige nächste Etage zu erweitern . . .

In zwei jüngeren Informationsbroschüren für das breite (aber - zur hellen Freude der ROTHSCHILDS & Co. - tief schlafende???) Publikum macht sich die *FED* gar direkt zum Echo des perfiden Rundbriefs von 1865! «Die *Federal Reserve*-Bank von Philadelphia sagt: „Andererseits betrachten eine große und wachsende Zahl von Analysten jetzt die Bundesstaatsschuld als etwas Nützliches, wenn nicht gar als einen wahren Segen ... [Sie sind der Ansicht], die Bundesstaatsschuld bedürfe überhaupt keiner Rückführung." Die *Federal Reserve*-Bank von Chicago fugt hinzu: „Schulden - staatliche wie private - werden mit Sicherheit bleiben. Sie spielen eine wesentliche Rolle bei den wirtschaftlichen Vorgängen ... Was wir brauchen, ist nicht die Beseitigung von Schulden, sondern ihre kluge Verwendung und ihre intelligente Verwaltung."»[881]

Ist das nicht klar genug gesprochen, um der Legion von Heuchlern und/oder Strohköpfen in Politik, Fach- und Medienwelt die Maske der Perfidie und/oder unverzeihlichen Dummheit vom Gesicht zu reißen, wenn sie einerseits ständig die «Tiefbesorgten» angesichts der «ausufernden» Staatsschulden mimen und andererseits endlos die «Reduzierung» der Staatsschulden «anmahnen», die «Sanierung» der öffentlichen Haushalte «fordern» oder «kommende Generationen» wegen ihrer angeblichen «Rückzahlungspflicht» bedauern? Denn was für die USA gilt, gilt für den «Rest der Welt» ganz genauso. Immerhin wurde **das aktuelle Schuldgeldsystem** hier bei uns, in Europa, «erfunden»!

Bundesbank-Autor WOLFGANG KITTERER, seines Zeichens Professor für Finanzwissenschaft bzw. (ab 1995) für Wirtschaftliche Staatswissenschaften, kleidet sein eigenes und vieler anderer Koryphäen zweifellos vorhandenes sehr präzises Wissen um den wahren Sachverhalt an *einer einzigen* Stelle seines hochgelehrten und «faktengesättigten» Aufsatzes in das *eine einzige* dürre Sätzlein, in den 1980er Jahren habe man allenthalben «befurchtet, daß die Rückführung der hohen amerikanischen Budget- und Leistungsbilanzdefizite weltweit rezessive Tendenzen auslösen würde»[882]. Indem er die

[879] Siehe dazu im einzelnen Band I Teil 2 des vorliegenden Werks.

[880] Zit. n. *COUGHLIN*, Money! Questions and Answers . . . a.a.O., S. 107: «During the past two years there has been no increase in the supply of money as the result of banks lending to individuals or to corporations. As a matter of fact, the money supply would have been actually diminished since 1933 had it not been for the Government... borrowing and spending ...»

[881] *GRIFFIN* a.a.O., S. 189. Der erste Text stammt aus der Broschüre «The National Debt» der *FED* von Philadelphia, S. 2 bzw. 11: «A large and growing number of analysts, on the other hand, now regard the national debt as something useful, if not an actual blessing ... [They believe] the national debt need not be reduced at all.» - Der zweite Text ist der Broschüre «Two Faces of Debt» der *FED* von Chicago, S. 33 entnommen: «Debt - public and private - is here to stay. It plays an essential role in economic processes ... What is required is not the abolition of debt, but its prudent use and intelligent management.»

[882] *WOLFGANG KITTERER*, Öffentliche Finanzen und Notenbank, in: *Deutsche Bundesbank* (Hrsg.), Fünfzig Jahre Deutsche Mark. Notenbank und Währung in Deutschland seit 1948, S. 199-256, hier: S. 235. Zur wissenschaftlichen Qualifikation des Mannes vgl. ebd. S. 874.

US-Staatsschulden («Budgetdefizit») unmittelbar mit dem US-Leistungsbilanzdefizit verknüpft, das damit an sich überhaupt nichts zu tun hat, was ihn aber dazu berechtigt, die «rezessiven Tendenzen» mit dem ablenkenden Beiwort «weltweit» zu versehen, sorgt der Schlaue noch zusätzlich dafür, daß kaum jemand bemerkt, was hier eigentlich an Ungeheuerlichem festgestellt wird: Jede ernsthafte «Rückführung» der US-Staatsschulden hätte umgehend eine wirtschaftliche Rezession im Lande zur Folge, weil **im aktuellen Schuldgeldsystem** Staatsschulden = umlaufendes (Schuld-)Geld sind! Daher **ist** an eine solche «Rückführung» weder je «zu denken» noch **war** überhaupt je daran «gedacht» ...

Bester Beweis dafür, falls es eines solchen überhaupt noch bedürfte: «Den Februar 1995 hindurch debattierten beide Häuser des Kongresses einen Verfassungszusatz, der einen ausgeglichenen Staatshaushalt garantieren sollte. Auf einer Pressekonferenz, die von *C-SPAN* [einem US-Fernseh-Nachrichtenkanal] am 24. Februar 1995 übertragen wurde, erschienen mehrere Kabinettsmitglieder vor der versammelten Presse. Gegen den Verfassungszusatz sprachen: ABNER MIKVA *(CFR)*, ALICE RIVLIN *(CFR)*, ROBERT.RUBIN *(CFR)* und DONNA SHALALA *(CFR)*.»[m] Alle vier **erklärten Gegner** eines ausgeglichenen, also **schuldenfreien** US-Staatshaushalts waren aber nicht nur «zufälligerweise» Angehörige der halbgeheimen hochgradfreimaurerischen Organisation *Council on Foreign Relations (CFR)*, nein, alle vier waren auch rein «zufälligerweise» Volks- bzw. Glaubensgenossen der ROTHSCHILDS[884]. Der Verfassungszusatz kam übrigens **nicht** durch: ihm fehlte im Senat am Ende eine einzige Stimme zur erforderlichen Zweidrittelmehrheit[885] ...

b) US-Staatsschulden - wie werden sie erzeugt?

In der Fachliteratur herrscht diesbezüglich nicht überall die nötige Klarheit. Gerne verwechselt werden vor allem Bargeld und Buchgeld. Halten wir daher gleich eingangs fest:

a) Nur das Münzgeld - *maximal* 0,15 % oder eineinhalb Tausendstel der gesamten vorhandenen Geldmenge! - darf der Staat selbst schöpfen, um es zins- und schuldenfrei in Umlauf zu bringen.
b) Das Papiergeld - rund 3 % oder ein Dreiunddreißigstel der gesamten vorhandenen Geldmenge - kommt **überwiegend** als «Staatsschuld», nämlich «gedeckt» durch staatliche Schuldverschreibungen, in Umlauf; ein kleinerer Teil des Papiergeldes ist durch Anleihepapiere anderer «Kredit»kunden der Banken «gedeckt»[886].
c) Die Staatsschulden bestehen größtenteils aus bloßem Buchgeld, machen jedoch lediglich einen **Teil** sämtlichen Dollar-Buchgeldes aus, denn die Banken schöpfen ja «Kredit»geld aus nichts keineswegs **nur** für die Regierung, sondern ebenso **auch** für Unternehmen und Privatpersonen!

Eine Besonderheit im Vergleich mit anderen Ländern ist folgende: In den USA kann die *FED* genausogut Staatsanleihen per Federstrich «ankaufen» wie die hinter ihr stehenden

[883] *Ross* a.a.O., S. 299.

[884] Für RUBIN ist das notorisch. Zu MKVA vgl. *EMANUEL BIN GORION/ALFRED LOEWENBERG/OTTO NEUBURGER/HANS OPPENHEIMER* (Hrsg.), Philo-Lexikon a.a.O., S. 477, Stichw. «Mikwaot» bzw. «Mikwe» (hebräisch f. «Tauchbäder» bzw. «Tauchbad»). Zu RIVLIN siehe die umfängliche von jüdischen Namensforschern erstellte Namensliste unter *http://www.avotaynu.com/sourcebook.htm* bzw. *http://www.avotaynu.com/index.html.* Zu SHALALA vgl. die jüd. Namensforscherin *WEISS* a.a.O., S. 135: Name «Schalal».

[885] Lt. *Ross* a.a.O.

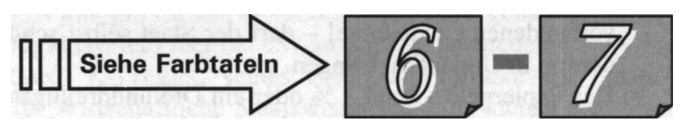
[886] Lt. *GRIFFIN* a.a.O., S. 195 Anm. 2.

Geschäftsbanken. Da die F£7)-Gesetzgebung schon unzähligemale geändert wurde, scheinen ehemals vorgesehene (Schein-)Beschränkungen längst nicht mehr zu bestehen. Am 1. Dezember 1943 kritisierte der Kongreßabgeordnete WRIGHT PATMAN eine - unmittelbar nicht einmal der *FED*, sondern nur umgekehrt dem US-Schatzamt auferlegte - «Beschränkung» als bloße Maskerade: «Das Recht, den *Reserve*-Banken Schuldverschreibungen direkt durch das Schatzamt zu verkaufen, wird durch das Zweite Kriegsgesetz, in Kraft getreten am 27. März 1942, erteilt, ist freilich auf 5 Milliarden $ begrenzt. Doch das hindert die Reserve-Banken nicht daran, durch ihren Offenmarkt-Ausschuß in New York 100 oder 200 Milliarden $ [an staatlichen Schuldverschreibungen] zu erwerben.»[887] *Faktisch* hat es also *nie* eine Begrenzung gegeben!

Die Prozedur ist indessen ein wenig verschieden, je nachdem, ob die *FED* oder die Geschäftsbanken neue Staatsanleihen «kaufen» wollen.

1) «Leiht» die *FED* der US-Regierung «Geld», indem sie ihr Schuldverschreibungen «abkauft», sieht das so aus:

   «.. . wenn die Regierung der Vereinigten Staaten eine Million Dollar braucht, stellt sie Schuldverschreibungen über diesen Betrag auf die *Federal Reserve*-Banken aus. Die *Federal Reserve*-Banken „kaufen" die Million Dollar an Schuldverschreibungen [indem sie dem Konto der Regierung schlicht eine Million Dollar „gutschreiben"]. Sie können dann diese selben Schuldverschreibungen wieder bei der Regierung hinterlegen und dafür eine Million Dollar an neuem Papiergeld bekommen, gedruckt im Gravier- und Druckbüro, das sich im Besitz der US-Regierung befindet und von ihr betrieben wird. Während diese *Federal Reserve-Banken* das Bargeld verwenden und ausleihen, werden sie gleichzeitig Zinsen auf die Regierungs-Schuldverschreibungen bekommen, die sie hinterlegt haben. Sie müssen nur 5 % Bargeld als Einlage beim Schatzamt halten und Vi bis 1 % Gebühr entrichten, die dazu gedacht ist, die Druckkosten zu decken und abgenutzte Banknoten zu ersetzen.»[888] Letztere Zahlen sind der Stand des Jahres 1935 und werden vermutlich aktuell nicht mehr zutreffen.



   Die *FED* wird also in jedem Falle per bloßen Federstrich bzw. Mausklick Inhaberin und Nutznießerin (Zinsen!) von einer Million Dollar **Staatsschulden.** Sie **bleibt** auch auf jeden Fall deren Inhaberin und Nutznießerin (Zinsen!), selbst dann, wenn sie die Schuldpapiere wieder beim Staat «hinterlegt», um darauf zusätzlich 1 Million $ (abzüglich maximal 1 % Gebühr sowie 5 % «Reserve»-Einlage beim staatlichen Schatzamt, also faktisch mindestens 940 000 $) Papiergeld zu beziehen, das sie - wie wir gleich sehen werden - auf dem Weg über die Geschäftsbanken - an andere Kreditnehmer «ausleiht».

2) «Leihen» die Geschäftsbanken der US-Regierung «Geld», indem sie ihr Schuldverschreibungen «abkaufen», geschieht folgendes:

[887] Zit. n. *ADAMS* a.a.O., S. 100.

[888] *COOGAN* a.a.O., S. 142; vgl. auch ebd. S. 154. *RALF PRENGEL* («Deutschland» Nr. 3/4 [März/April] 2005, S. 43) stellt denselben Vorgang mit noch einfacheren Worten so dar: «Die Regierung läßt einen Zettel drucken, auf dem steht: Wir, die Vereinigten Staaten, schulden X Dollar. Den schickt sie an die *FED.* Daraufhin druckt die *FED* ihrerseits Zettel mit verschiedenen nominalen Dollarwerten, auf denen nicht mehr und nicht weniger steht als: Damit kannst du deine Schulden (bei mir) bezahlen. Diese Zettel (Banknoten) begründen keinerlei Verpflichtung der *FED*, außer der, sie für die Schuldentilgung zurückzunehmen.»

«(a) Der Finanzminister weist das Gravierbüro an, Schuldverschreibungen der Vereinigten Staaten zu drucken.

«(b) Diese Schuldverschreibungen der Vereinigten Staaten . . . werden den örtlichen Banken quer durchs Land zugeteilt. Jede Bank gibt an, wieviele Papiere sie haben will. Sie wird stets mehr angeben als sie zu erhalten hofft. Warum auch nicht? Es ist ja ein Angebot von etwas gegen nichts.

«(c) Sobald der Bankier diese Schuldverschreibungen erhält, nimmt er genauso Buchhaltungseinträge vor, wie wenn er einen Hypothekenbrief auf sämtliches Eigentum des Geschäftsmanns John Jones bekommt. Auf die Guthaben-Seite seines Geschäftsbuches schreibt der Bankier: *Guthaben: Regierungs-Schuldpapiere...* 1 000 000 $ (falls das der Betrag ist, den er bekommen soll). Auf die Verbindlichkeiten-Seite seines Geschäftsbuches schreibt er: *Verbindlichkeiten-. Einlagen* (US-Regierung) 1 000 000 $. Der Staat trägt sodann 1 000 000 $ in seinem Kontoführungsbuch ein und kann Schecks auf diese bestimmte Bank bis zur Gesamthöhe von 1 000 000 $ ausstellen. Die Schecks, die der Staat ausstellt und unterschreibt, sind Geld. Er verwendet dieses Geld dazu, Regierungsausgaben zu bezahlen. Wenn die Banken neue Regierungs-Schuldverschreibungen im Austausch gegen ihre Buchhaltungseinträge hereinnehmen, *wird neues Geld ins Dasein gesetzt.* Daher kommen die „Überzeichnungen" [von Staatsanleihen], und nicht vom „investierenden Publikum", wie in der kontrollierten Presse kriecherisch behauptet.»[889]

Benötigen die Geschäftsbanken Bargeld, um es ihren Kunden als «Kredit» auszuleihen, verwenden sie dafür zwar nicht exklusiv[890], wohl aber **vorzugsweise** Staats-Schuldverschreibungen, die sie - wie soeben erklärt - durch bloßen Bucheintrag «gekauft» haben (und worauf sie natürlich Zinsen kassieren!). Das geschieht auf dem Weg über die *FED,* und zwar so:

«Die Mitgliedsbanken erhalten *Federal* Reserve-Banknoten von ihren *Federal Reserve-Banken.* Die *Federal* Reserve-Banken ihrerseits erhalten *Federal* Reserve-Banknoten, indem sie dem Schatzamt der Vereinigten Staaten Regierungs-Schuldverschreibungen im Nennwert der gewünschten Anzahl von Fünf-, Zehn- usw. -Dollar-Scheinen schicken. Das Schatzamt der Vereinigten Staaten steckt die Regierungs-Schuldverschreibungen in versiegelte Behälter, auf denen der Name der Bank steht, von der die Schuldverschreibungen kamen. Die Bank bekommt dann vom Gravierbüro Banknoten im vollen Nennwert der ans US-Schatzamt geschickten Schuldverschreibungen. Die örtlichen Banken verleihen diese *Federal* Reserve-Banknoten als Bargeld an ihre Kunden.

«Während diese *Federal* Reserve-Banknoten umlaufen, zieht die Bank, welche die Schuldverschreibungen verpfändete, regelmäßig die Zinsen auf diese selben Schuldverschreibungen ein, die ans US-Schatzamt als „Sicherheit" für die *Federal Reserve-Banknoten* geschickt wurden. Man beachte wohl, daß die Banken Regierungs-Schuldverschreibungen durch Vornahme bloßer Bucheinträge bekommen. Sie benutzen dann diese selben solchermaßen „gekauften" Regierungs-Schuldverschreibungen dazu, *Federal Reserve*-Banknoten vom US-Schatzamt zu erhalten. Sie kassieren Zinsen auf

[889] *COUGHLIN,* Money! Questions and Answers ... a.a.O., S. 38f; Hervorh. original.

[890] Vgl. dazu *COOGAN* a.a.O., S. 154: «*Federal Reserve*-Banknoten bekommen die gewöhnlichen „Mitglieds"banken von den *Federal Reserve*-Zentralbanken. Die Mitgliedsbank erhält sie, indem sie sie bei der Zentralbank leiht und Regierungs-Schuldverschreibungen als Sicherheit hinterlegt oder indem sie der Zentralbank Regierungs-Schuldverschreibungen oder Zahlungsversprechen ihrer Kunden (geschäftliche Anleihen) verkauft.»

die beim US-Schatzamt hinterlegten Schuldpapiere, *zahlen jedoch keine Zinsen auf das Bargeld, das sie vom US-Schatzamt bekommen.*»[891] Vielmehr streichen sie auf dieses Bargeld **nochmals** Zinsen ein, nämlich von jenen Kunden, denen sie es ausleihen . . .!

Der Vorgang der «Kredit»vergabe **aus nichts** an den Staat entweder durch die *FED* oder durch die Geschäftsbanken ist also im wesentlichen identisch. Der einzige Unterschied liegt darin, daß die Geschäftsbanken die *FED* als ihre Agentin einschalten müssen. Offenbar dient dieser vorgeschriebene Umweg über die *FED* vor allem dazu, den ROTHSCHILDS & Co. als der allein **maßgeblichen** Macht hinter der *FED* jederzeit einen *lückenlosen* Überblick über die momentane Höhe der vom *gesamten* Bankensystem gehaltenen «Staatsschulden» zu verschaffen. Wie weiter oben schon dargetan, kann die *FED* ihr jederzeitiges Wissen um die genaue Höhe der von *allen* Geschäftsbanken gehaltenen Staatsschulden dazu verwenden, durch - zwangsweisen - «Ankauf» oder «Verkauf» staatlicher Schuldpapiere von den bzw. an die Geschäftsbanken die insgesamt umlaufende bzw. vorhandene Geldmenge zu verringern oder zu erhöhen. Sie kann aber auch einzelnen Banken nötigenfalls zur schlagartigen Aufbesserung ihrer klammen Bilanz verhelfen, indem sie ihnen staatliche Schuldverschreibungen abkauft.

Halten wir also fest: Um zusätzliche Dollar-Scheine in Umlauf zu setzen, werden entweder schon vorhandene oder neu zu «kaufende» Staatsschuldpapiere *pro forma* als «Sicherheit» hinterlegt. *Pro forma* deshalb, weil sie *lächerlicherweise* selbst während ihrer «Verpfändung» **an den Staat** nicht aufhören, der *FED* oder den Geschäftsbanken Zinsen **vom Staat** abzuwerfen! Der Umweg, den die Geschäftsbanken dabei über die *FED* nehmen müssen, versteht sich einerseits als die weiter oben schon besprochene Belastung (= Verringerung) ihres «Reserve»kontos bei der *FED.* Überdies versteht sie sich - freilich wiederum bloß *pro forma* - als «Verpfändung» der Staatspapiere an die *FED* zwecks «Ausleihe» von Dollar-Scheinen, woraufhin die *FED* ihrerseits die Papiere als «Pfänder» an das staatliche Schatzamt weiterreicht. Doch sämtliche «Leih-» oder «Kauf-»geschäfte zwischen der *FED* und den Geschäftsbanken sind **unter finanziellem Aspekt** pures Theater, da die Geschäftsbanken ja die **einzigen** Anteilseigner der *FED* sind und deren sämtliche Gewinne ihnen somit letztlich wieder zufließen . . . Genauso gut könnte sich jemand mit großer Geste 100 Euro aus der rechten Hosentasche ziehen und sie, nachdem er damit lange genug vor aller Augen in der Luft herumgefuchtelt hat, verstohlen in der linken Hosentasche wieder einsacken! Näheres dazu später.

Wie früher schon eingehend erläutert, können die Geschäftsbanken ihre per Federstrich «bezahlten» Staatspapiere ggf. wieder bei der *FED* als «Reserven» hinterlegen (sie wandern dann entweder aus dem Banktresor oder - soweit momentan gegen Bargeld «verpfändet» - von der staatlichen Aufbewahrungsstelle schlicht zur *FED* zurück), um darauf ein Vielfaches, zuletzt das 50fache an *weiteren* «Krediten» per Federstrich schöpfen und ausreichen zu dürfen. Auch weitere «Kredite» an den Staat selber!

Bezahlt der Staat mittels solcher «Kredite» seine Beamten, Angestellten, Lieferanten etc., landet zumindest ein großer Teil des Geldes zuletzt wieder als «Einlage» bei allen möglichen Banken. Die können die entsprechenden Einzahlungsbelege (Schecks, Überweisungsträger etc.) wiederum bei der *FED* als «Reserven» hinterlegen und darauf wiederum das X-fache an «Krediten» per Federstrich schöpfen. Auch weitere «Kredite» an den Staat selber!

Gegenwärtig erübrigen sich allerdings diese absurden Prozeduren der «Reservebildung», weil die *FED* inzwischen **gar keine** Mindestreservenhaltung von ihren Mitglieds-

[891] *COUGHLIN,* Money! Questions and Answers ... a.a.O., S. 49f; Hervorh. original.

banken mehr «verlangt», sprich: weil die Rothschildschen Großbanken als Haupteigentümer der *FED* sich selbst und alle übrigen Geldhäuser von dieser letzten schwachen Fessel befreit haben . . . Gefordert wird jetzt bloß noch - siehe oben! - sogenanntes «Eigenkapital» von höchst zweifelhafter Güte.

Technisch gesprochen, begibt die US-Regierung drei verschiedene Formen von «Anleihen» bei den Banken, nämlich kurz-, mittel- und langfristige. Schatzbriefe (Treasury bills) laufen bis zu einem Jahr, Schatzwechsel (Treasury notes) zwei bis zehn Jahre, Schatzanweisungen (Treasury bonds) zehn bis dreißig Jahre.[892] Natürlich kann, nochmals *pro forma*, **jedermann** sie «kaufen», als Nichtbankier jedoch **nur** gegen ganz **reales,** schon existierendes, also bereits von irgendjemandem ins Dasein geliehenes und von daher selber permanent zinsbelastetes sowie rückzahlungspflichtiges Geld. Daß unter diesen Umständen das Kauf«interesse» des sogenannten «Publikums» **sehr** viel geringer ist, als bestochene oder interessegeleitete «Experten» und gelenkte Massenmedien uns glauben machen wollen, versteht sich ganz von selbst. . . Auf die Frage: «Wenn die Regierung der Vereinigten Staaten neue Regierungs-Schuldverschreibungen im Wert von einer Milliarde Dollar verkauft, werden dann diese Schuldverschreibungen mit den Spargeldern der Bürger erworben?», antwortet daher Fr. COUGHLIN so schlicht wie wahrheitsgemäß: «Nein, nur in sehr begrenztem Maße.»[893]

Neben der US-Bundesschuld, die fortwährend in aller Munde ist, bestehen selbstverständlich auch noch öffentliche Schulden der einzelnen Bundesstaaten und ihrer Verwaltungseinheiten bis hinab zu den Städten und Gemeinden. Sie kommen prinzipiell auf dieselbe Weise zustande wie die Schulden der Regierung in Washington D.C. und beliefen sich in ihrer Gesamtheit im Herbst 2010 auf 2,8 Bill., Ende Januar 2011 bereits auf ca. 3 Bill. Dollar[894]. Diese Schulden sind, obwohl in den nachfolgenden Betrachtungen durchweg ausgeklammert, immer mitzubedenken.

c) US-Staatsschulden - wie sie manipuliert werden

Manipulierbar sind die US-Staatsschulden vornehmlich in drei verschiedene Richtungen: 1) hinsichtlich ihrer Höhe (die unaufhörlich steigt); 2) hinsichtlich ihrer Zinsbelastung (die beträchtlich schwankt); 3) hinsichtlich ihrer Inhaber (die ständig wechseln können).

1) Nachdem die Staatsschulden erst einmal zu einer (und zeitweilig gar zur einzigen!) «Grundlage» der nationalen Geldversorgung geworden waren, konnten sie - jedenfalls im langjährigen Mittel - gar nicht mehr anders als beständig steigen, denn eine stetig wachsende Nation mit einer stetig wachsenden Wirtschaft hat auch einen stetig wachsenden Geldbedarf. Sie mußten aber, unabhängig davon, **ohnedies** stetig steigen, weil ja **im aktuellen Schuldgeldsystem** Zinsen *durchschnittlich,* d.h. im Durchschnitt

[892] Lt. *HODGSON BROWN* a.a.O., S. 47, Anm. *** d. Übersetzers; bezügl. der Laufzeit von bis zu 30 Jahren vgl. z.B. *CREUTZ,* Die 29 Irrtümer . . . a.a.O., S. 184. Der Ausdruck «bonds» wird im übrigen gewöhnlich ganz allgemein für staatliche Schuldverschreibungen gleich welcher Art gebraucht.

[893] *COUGHLIN,* Money! Questions and Answers ... a.a.O., S. 38.

[894] Ygj «Financial Times Deutschland», 9.9.2010: «Der Markt für diese Schuldpapiere ist 2 800 Mrd. Dollar groß.» - Vgl. «American Free Press», 7.2.2011, S. 24 (Info-Text innerhalb einer ganzseitigen gewerblichen Anzeige für Edelmetall-Münzen): «... der 3 Billionen Dollar schwere Kommunal-Schuldverschreibungs-Markt [municipal bond market], mittels dessen die Regierungen/Verwaltungen der Einzelstaaten und Kommunen ihre Schulen, Straßen und öffentlichen Projekte finanzieren.»

sämtlicher Bankenschuldner, immer nur durch Aufnahme *zusätzlicher* «Neukredite» «gezahlt» werden können!

Wir wundern uns also keinen Moment darüber, daß der US-Kongreß die zurückliegenden knappen hundert Jahre lang die gesetzlich festgelegte Schuldenobergrenze des US-Bundeshaushalts so regelmäßig nach oben verschoben hat, wie man das Amen in der Kirche zu vernehmen pflegt. Das erste «Schuldenbegrenzungs»gesetz wurde im September 1917 verabschiedet und erlaubte der US-Regierung die Ausgabe von Schuldverschreibungen im Wert von 7 538 945 400 Dollar. Schon im April 1918 wurden daraus 12 Mrd., im Juli desselben Jahres 20 Mrd. Dollar. Im März 1931 hob der Kongreß die Schuldenobergrenze dann auf 28, im Mai 1938 auf 30, im Juli 1939 auf 45 und im Februar 1941 auf 65, Ende März 1941 auf 125 Mrd. Dollar an. Der Eintritt der USA in den 2. Weltkrieg ließ die Verschuldung jedoch alsbald jede Obergrenze sprengen, ohne daß der Kongreß dagegen irgendetwas einzuwenden gehabt hätte . . . Erst im Januar 1958 erfolgte eine neue, den inzwischen geschaffenen Fakten (schon 1946 über 279,7 Mrd., danach im wesentlichen nur Stagnation, aber kein anhaltender Rückgang!) Rechnung tragende Festlegung auf stolze 280 Milliarden![895]

Indessen: «Peanuts!» würde da heute nicht bloß der frühere Deutsch-Bankier und als solcher zuleich ROTHSCHILD-Satrap HILMAR KOPPER verächtlich ausrufen. Im Juni 2002 überschritt der US-Haushalt die mittlerweile erlaubte Höchstverschuldung von 5,95 **Billionen** Dollar, woraufhin ihm das Parlament 450 weitere **Milliarden** genehmigte[896]. Dabei blieb es natürlich nicht. Im März 2006 stellte der Kongreßabgeordnete RON PAUL fest: «Heute steht unsere Bundesstaatsschuld bei 8,2 Billionen Dollar . . . Interessanterweise beträgt die gesetzliche Schuldenobergrenze nur 8,18 Billionen Dollar, ein Betrag, der vor ein paar Wochen erreicht wurde. Das bedeutet, daß das Finanzministerium den Kongreß darum ersuchen muß, die Schuldengrenze sehr bald zu erhöhen . . . Der Kongreß hat sie die letzten fünfzehn Jahre hindurch schon viele Male erhöht.. ,»[897]

Tatsächlich rückten die US-Parlamentarier das Limit schon Mitte März 2006 um 781 Milliarden hinauf, in die unmittelbare Nähe von 9 Billionen[898]. Auch das war jedoch bloß eine Momentaufnahme. Wie wir längst begriffen haben, **kann** es auch nie etwas anderes sein als lediglich das. Und dank Zinseszinseffekt werden die vom - *vordergründigen* ... - Gesetzgeber jeweils gehorsam abgenickten Zuwächse immer riesiger. Ende Januar 2010 brachte die *fünfte Anhebung binnen nur zwei Jahren* die Obergrenze von bisherigen 12,4 auf nunmehrige 14,3 Billionen, eine Steigerung um eben mal 1 900 Milliarden Dollar[899], im Sommer 2011 wurde im US-Kongreß medienwirksam um die nächste fällige Anhebung über die inzwischen längst erreichten 14,8 Billionen hinaus gefeilscht!

Doch wen **das aktuelle Schuldgeldsystem** nicht stört, der hat keinerlei Recht, über diese offensichtlich unaufhaltsame «Entwicklung» zu klagen. Andernfalls muß er sich vorwerfen lassen, nicht einmal das kleine Einmaleins zu beherrschen. Es ist doch soooooo simpel: immer höhere Staatsschulden verlangen immer höhere Zinszahlungen; die verlangen **im aktuellen Schuldgeldsystem** immer höhere Neukredite; die erhöhen logischerweise immer mehr die Staatsschulden - und schon beginnt die nächste Runde des absurden Spiels, dessen Wahnsinn freilich durchaus Methode hat. . .

895 Alles lt. *ADAMS* a.a.O., S. 102ff.
896 Lt. «PHI-Auslandsdienst», 16.7.2002, S. A132.
897 *RON PAUL* in: «American Free Press», 27.3.2006, S. 9.
898 Lt. «American Free Press», 3.4.2006, S. 9.
899 Lt. «American Free Press», 15.2.2010, S. 8.

2) Der Staat nimmt neue «Kredite» bei den Banken auf, um ihnen ihre Zinsen auf die alten «Kredite» zahlen zu können. Diese ständige Umschuldung kann so erfolgen, daß die fälligen Zinsen für Bank A bei Bank B als «Neukredit» aufgenommen werden; es kann aber auch geschehen, daß Bank A ihre Zinsen erhält, indem der Staat gleich bei ihr selbst einen «Neukredit» in Höhe dieser Zinsen aufnimmt - und ihr sofort wieder *als* Zinsen zurückgibt! Obwohl immer nur aus nichts geschöpft, wird so ein immer größerer Teil der Staatsschulden zu realen Gewinnen für die Bankeneigentümer! Und je höher der Zinssatz, desto höher natürlich dieser Bankengewinn.

Nun gelten Kredite an Staaten zwar als die sichersten von allen, so daß die Zinssätze für Staatsanleihen entweder gar keine oder nur eine sehr geringe «Risikoprämie» enthalten - jedenfalls in den westlichen Industrieländern und im Normalfall. Mehrere aktuelle Beispiele (Griechenland, Irland, Portugal, Spanien etc.) zeigen, wie schnell sich selbst das ändern kann, sobald sich ein passender Vorwand («erhöhtes Rückzahlungsrisiko») für drastisch erhöhte Zinssätze finden läßt! In den USA werden Anleihen der Bundesregierung zwar von den großen Bewertungs-Agenturen[900] ebenso mit der Bestnote AAA versehen wie solche der einzelnen Bundesstaaten und ihrer Gebietskörperschaften. Das hindert die Banken in jüngerer Zeit indes nicht daran, diesen letzteren weit mehr als doppelt so hohe Zinsen abzuknöpfen. Angeblich liegt das daran, daß die Zinsen für die enorm viel höheren ßwwc/esschulden der USA künstlich niedriggehalten werden, um trotz Finanzkrise «Vertrauenswürdigkeit» zu signalisieren[901]. Das mag sein, obwohl die allermeisten *privaten* «Anleger», die man (noch) nicht in Panik versetzen möchte, nur verschwindend geringe Anteile an der US-Bundesschuld halten.

Tatsächlich läßt sich seit ein paar Jahren beobachten, daß die ROTHSCHLLD-gelenkte *FED* und die maßgeblich hinter ihr stehenden ROTHSCHILD-Großbanken, um das große Endziel der PROTOKOLLE nicht zu gefährden, sogar auf erhebliche Zinsgewinne aus den US-Bundesschulden kurzzeitig zu verzichten (!) bereit sind. «So wurde etwa eine Auktion von US-Schatzanweisungen (Treasury-Bills[902]) mit 30 Milliarden Volumen ausverkauft, wobei die Investoren auf Zinsen ganz verzichteten. Selbst die Zinsen für 10jährige Treasury-Notes fielen auf 2,65 Prozent.»[903] Wie der Teufel in der Not Fliegen frißt, so begnügen die ROTHSCHILDS und ihr Orbit «neuer Milliardäre» sich um des in greifbare Nähe gerückten Endziels willen, wenngleich zweifellos nur zähneknirschend, gegenwärtig mancherorts mit «Peanuts»!

«Seit Dezember 2008 hält die *Federal Reserve* den Zinssatz bei beinahe null Prozent, und zwar . . . auch, um dem Staat eine höhere Verschuldung zu ermöglichen, oh-

[900] Es besteht unter sprachlicher Rücksicht im Deutschen keinerlei Grund, den unschönen Anglizismus «Rating-Agentur» zu benutzen!

[901] Vgl. *ARGENS* a.a.O., S. 184, wo auch - dies ist der Stand von 2008 - über einen «Rekordaufschlag von 130 Prozent gegenüber vergleichbaren US-Staatsanleihen» für dreißigjährige Anleihen der Bundesstaaten, Bezirke und Landkreise («Counties») berichtet wird.

[902] Die - falsche - Schreibweise mit Bindestrich ist die des zitierten Autors. - Offenbar unterliegen die deutschen Übersetzungen der Namen der diversen US-Staatsanleiheformen freier Beliebigkeit! Weiter oben lernten wir «Treasury bills» noch als «Schatzbriefe» kennen, während «Treasury bonds» als «Schatzanweisungen» galten . . . Worauf es jedenfalls ankommt, ist, daß die hier ausnahmsweise einmal zinslos «gekauften» «Bills» Papiere mit einer Laufzeit von **maximal einem Jahr,** also sogenannte «Kurzläufer» sind. Der Zinsverlust für die ROTHSCHILDS & Konsorten hält sich somit in engen Grenzen!

[903] *ARGENS* a.a.O., S. 219; auch das war 2008.

ne daß er den Steuerzahlern eine höhere Rechnung für die anfallenden Zinsen präsentieren müßte. Die öffentliche Gesamtverschuldung in den USA ist von 2006 bis Ende 2009 um fast 50 Prozent gestiegen (von ca. 8,5 Billionen auf 12,3 Billionen Dollar), aber die Zinsbelastung für diesen Schuldenberg ist aufgrund der Zinssenkung tatsächlich geschrumpft (von 406 Milliarden auf 383 Milliarden Dollar).»[904] ELLEN HODGSON BROWN, der wir diese Zeilen verdanken, hat zwar, ebenso wie wohl sämtliche übrigen US-«Steuerzahler», noch nicht begriffen, daß ihre Steuern für Zinszahlungen auf Staatsanleihen überhaupt nicht benötigt werden. Aber genau deshalb dürfte ihre Analyse trotzdem ins Schwarze treffen: Die ROTHSCHILDS geben sich in puncto Zinsen für Staatsanleihen momentan so auffallend bescheiden, weil sie so relativ kurz vor dem Ziel absolut keine vorzeitige Panikstimmung in der breiten Bevölkerung der USA wie auch des ganzen Globus brauchen können . . [905]

Selbstverständlich geht es aber im Einzelfall auch anders herum. Das verdeckte ROTHSCHILD-Geldhaus *Goldman Sachs* «lieh» 2008 dem US-Bundesstaat Kalifornien zwar - wie immer **aus nichts geschöpftes** - «Geld», spekulierte aber gleichzeitig gemeinsam mit einigen «Großkunden» an der Börse massiv **gegen** diese kalifornischen Schuldverschreibungen, in der Absicht, die Papiere als «risikoreich» erscheinen zu lassen, ihre Bewertung zu senken und eben deshalb künftig höhere Zinsen (dank der erhöhten «Risikoprämie»!) auf kalifornische Anleihen verlangen zu können[906]. Mittlerweile ist zwar viel vom angeblich bevorstehenden oder gar schon eingetretenen «Bankrott» aller möglichen US-Bundesstaaten die Rede[907]. Verschwiegen wird jedoch meistens, daß als «bankrott» geltende Bundesstaaten, die «von den Kapitalmärkten praktisch abgeschnitten» sind, «sich für kurzfristige Finanzierungen an die Regierung in Washington zu wenden» vermögen[908], deren «Kreditwürdigkeit» offensichtlich *keine* Grenzen kennt.[909]

904 *ELLENHODGSONBROWN* in: «Der freie Mensch», Nr. 9-10 (September-Oktober) 2010, S. 55.

905 Verdienen läßt sich trotzdem auf das prächtigste, nur anderswo, was höchstwahrscheinlich sogar ebenfalls beabsichtigt ist. Ende November 2009 heuchelte angesichts der damals immer noch geltenden Null-Verzinsung kurzfristiger Staatspapiere der F£X)-Vorstand Besorgnis darüber, «daß niedrige Zinsen die Gefahr neuer exzessiver Spekulationen an den Finanzmärkten bergen würden. Und tatsächlich verzeichneten riskante Hochzinsanleihen 2009 einen Rekordertrag von 52 Prozent» *(GRANDT* a.a.O., S. 203). Na bitte, was will man denn noch mehr?

906 Vgl. *ARGENS* a.a.O., S. 183.

907 Vgl. z.B. *STEPHEN GOODSON* in: «Impact», Februar/März 2010, S. 7: «Gegenwärtig sind, wie berichtet wird, 46 der 50 US-Staaten zahlungsunfähig, und viele werden gezwungen sein, binnen-der nächsten zwei Jahre . . . Bankrott anzumelden.» - Oder diese Meldung in: «Impact», Juni/Juli 2010, S. 7: «Vallejo (Kalifornien) mit 117 000 Einwohnern hat Bankrott angemeldet. JEROME CORSI berichtet, das sei möglicherweise der Vorbote einer USA-weiten Explosion städtischer Insolvenzen. Obendrein sind gemäß der Netzseite *RedReport* zehn Bundesstaaten technisch bankrott.»

908 *ARGENS* a.a.O., S. 183. Der Autor führt beides nebeneinander an, ohne es jedoch miteinander zu verbinden, da letzteres seine zentrale These vom unmittelbar drohenden «Staatsbankrott» natürlich nicht zu stützen vermag . . .

909 Im übrigen sitzen viele angeblich «überschuldete» bzw. «bankrotte» Bundesstaaten und Landkreise auf teilweise erheblichen «zurückgelegten» Geldbeständen in einer Gesamthöhe von mehreren Hundert Milliarden Dollar, die sie infolge sinnwidriger Gesetze jedoch nicht angreifen «dürfen»! Unter *http://www.cafrman.com* hieß es schon am 15.11.2005: «Einzelstaatliche Regierungen haben 612 Milliarden $ Ihres Steuergeldes, die sie nicht verwenden.» Wie *ELLEN HODGSON BROWN* im Juni 2010 (in: «American Free Press», 7.6.2010, S. lOf) herausgefunden hatte,

Zu Beginn der 1980er Jahre, als es vorgeblich darum ging, die «Inflation einzudämmen» (obwohl die ja in Wirklichkeit mit der Gesamtheit der jeweils aktuellen Zinszahlungen - abzüglich bloß des Wirtschaftswachstums - identisch ist!), wurden auf 30 Jahre lang laufende *Treasury bonds* jährliche Zinsen von 12 Prozent fällig! Wie HELMUT CREUTZ ausgerechnet hat[910], hieß das nichts anderes, als daß auch insgesamt das **30fache** der ursprünglich «geliehenen» Summe «zurückzuzahlen war (bzw. aktuell noch ist!), davon also kaum glaubliche **29 Dreißigstel als Zinseszinsen,** die natürlich nur durch «Neukredite» in entsprechender Höhe aufzubringen waren und sind. Die Banken freut's.

3) Staatsschulden sind an den Wertpapierbörsen frei handelbar - weltweit. Das ist natürlich erste Bedingung dafür, *sämtliche* Staaten des Globus *jenseits* ihrer Grenzen, also im Ausland, verschulden zu können. Die USA machen da keine Ausnahme, ganz im Gegenteil. Doch das ist hier noch nicht unser Thema. Staatsanleihen kann zwar, wie schon gesagt, theoretisch jedermann «kaufen», um darauf Zinsen zu kassieren. Aber nur die Banken vermögen sich **im großen Stil** das dafür nötige Geld zu «besorgen» - per Federstrich oder Mausklick! Daher sind auch sie allein zumeist die «Käufer», wenn wir einmal von den oft genannten, aber in ihrer Bedeutung gewaltig überschätzten «Pensionsfonds» und Versicherungen absehen[911]. Zitieren wir das - zur Er-

verfügte das vorgeblich schon lange «bankrotte» Kalifornien (Staat und Landkreise etc. zusammengenommen) bei einem offiziellen «Haushaltsdefizit» von **26,3** Milliarden $ über Haushaltsrücklagen von **fast 71** Milliarden $, die jedoch teils - kraft Gesetzes! - weder dem eigenen Haushalt «geliehen» noch von ihm ausgegeben, sondern bloß anderswo «angelegt» werden durften. Der größere Rest konnte zwar an den eigenen Haushalt *«aasgeliehen»,* durfte jedoch ebenfalls nicht *ausgegeben* werden! Die dies verbietenden Gesetze gingen auf vier kalifornische Wählerinitiativen von 1990 zurück . . . Schiida ist halt überall. - Außerdem verzeichnete allein Kalifornien (lt. ebd.) im Jahre 2010 ordnungsgemäß «angelegte» Pensionsrücklagen für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst von 360 Milliarden $, was ein bezeichnendes Licht auf die immer wieder zu hörenden Tartarenmeldungen über eine vermeintlich bestehende «Nachhaltigkeitslücke» (= «implizite Staatschuld») in mehrfacher Höhe der «offiziellen» US-Staatsschulden wirft… selbst wenn diese schönen positiven «Rücklagen» zuzugebendermaßen letztlich aus endlos umgeschuldeten Staatsanleihen abgezweigt worden sein dürften.

910 *CREUTZ,* Die 29 Irrtümer ... a.a.O., S. 184.

911 Anfang 2010 brachten detaillierte Nachforschungen der kanadischen Investmentfirma *Sprott Asset Management* ans Licht, daß nach offiziellen Angaben der US-Regierung in den drei ersten Quartalen des Voijahrs (2009) unerhörte 510,1 Milliarden $ an neuen Staatsschuldpapieren *innerhalb der USA selber* an sogenannte «andere Investoren» *(andere* als die *FED* oder ausländische Anleger) «verkauft» worden waren. Aus den parallelen Unterlagen der *FED,* soweit sie öffentlich zugänglich waren, ergab sich jedoch, daß davon unter dem Strich («netto») nur 16,1 Mrd. (= etwas über 3 %) von Unternehmen, Pensionsfonds, Lebensversicherungen und anderen Institutionen «gekauft» worden waren! **Private** «Sparer» spielten in der Statistik **gar keine Rolle** (alles lt. «PHI», 10.2.2010, S. 45)! - Das wirft auch ein bezeichnendes Licht auf die jüngst wieder von *WOLFGANG BERGER* (in: «Humane Wirtschaft» Nr. 3 [Mai-Juni] 2010, S. 4) kolportierte «Kritik» des damaligen jüdischen *FED*- Vorsitzenden ALAN GREENSPAN an US-Präsident CLINTONS kurzzeitiger Rückführung der Neuverschuldung: «Wo sollen unsere Pensionsfonds ihre Gelder anlegen, wenn der Staat sich nicht weiter verschuldet?» GREENSPAN - jederzeit im Besitz sämtlicher einschlägigen Statistiken - wußte mit Sicherheit **ganz genau,** daß die Pensionsfonds als «Abnehmer» von Staatsanleihen **überhaupt nicht** ins Gewicht fallen! Dennoch lügt und desinformiert die *FED* auf diesem Feld nach Kräften, genauso wie die übrigen ROTHSCHILD-kontrollierten Zentralbanken. In der «Financial Times Deutschland» vom 9. September 2010 las man etwa über die US-Kommunalanleihen, d.h. die Staatsschulden der US-Gebietskörperschaften, folgenden schreienden Unsinn: «Laut Daten der US-Notenbank *FED* werden

innerung - noch einmal direkt aus der F£73-Broschüre von 1939: «… nehmen wir an, daß die Bank eine Schuldverschreibung der Regierung über 1000 $ von **einem ihrer Kunden** kauft. Der Kunde will keine Bezahlung mit Bargeld - er will Bezahlung als Einlagenkredit. Folglich erwirbt die Bank eine 1000-$-Anleihe und ihre Einlagen sind um 1000 $ gestiegen. Das Bargeld der Bank ist an der Transaktion nicht beteiligt und bleibt, was es war.»[912]

Der Text ist so schön neutral formuliert, daß der Leser gar nicht auf das nächstliegende kommt: die Banken treten in der Hauptsache **wechselseitig** als **«Kunden»** auf, kaufen sich **gegenseitig** fleißig Staatsanleihen ab, bezahlen einander jeweils mit frisch geschöpften «Einlagekrediten» und brauchen infolgedessen nicht einmal ihre «Reserven» bei der Zentralbank, geschweige denn ihre Zinsgewinne zum «Kauf» zu verwenden! Durch derlei Käufe wechseln nicht bloß Teile der US-Staatsschulden immer wieder einmal ihre Besitzer, nein, dadurch werden auch die umlaufende (Schuld-)Geldmenge sowie die darauf unweigerlich anfallenden Zinsgewinne für die Bankeneigentümer erhöht! MICHAEL GRANDT hat von der Wirkweise dieses Mechanismus keine Ahnung und deutet ihn daher grotesk falsch, wenn er den «Fachautor» PETER BOEHRINGER «erklären» läßt:

«Derzeit sind es vor allem die Primary Dealer (Großbanken, die direkt mit der *FED* handeln), die durch kurzfristige Übernahme der Staatsanleihen auf die eigenen Bücher regelmäßig fatale Flops der Auktionen abwenden. Und es gibt sogar bereits Gerüchte, wonach sich einige westliche Zentralbanken gegenseitig die Staatsanleihen abkaufen, um externes Interesse vorzutäuschen.»[913]

Es dürfte außer Frage stehen, **wer** solche Gerüchte streut. . . Denn in Wirklichkeit haben die *FED* und die Rothschildschen oder sonstigen Großbanken wie auch die westlichen Zentralbanken solche internen «Käufe» **schon immer** getätigt! Daher unterlag auch der Anteil der US-Staatsschulden, den die *FED* selber hielt, im Laufe der Jahrzehnte ständigen, manchmal sogar erheblichen Schwankungen. Im Jahre 1959 wurde die *FED* durch ein entsprechendes Gesetz dazu «gezwungen», Regierungs-Schuldverschreibungen in Höhe von 16,8 Milliarden $ an ihre Mitgliedsbanken abzugeben[914]. Angesichts des damaligen Stands allein der Bundesschulden bei ca. 280 Mrd. $ (hinzu kamen ca. 220 Mrd. $ Schulden der Bundesstaaten, Bezirke, Landkreise und Gemeinden![915]) war das nicht sehr viel. Die Maßnahme dürfte also der oberflächlichen «Beruhigung» der mißtrauischen Öffentlichkeit gedient haben, die freilich nicht begriff, daß es völlig egal war, ob nun die *FED* oder die als ihre Anteilseigner fungierenden «Mitgliedsbanken» die Papiere in ihre Tresore legten und die anfallenden Zinsen einheimsten . . .

rund ein Drittel des Gesamtvolumens von 2 800 Mrd. Dollar direkt an Haushalte verkauft. Ein weiteres Drittel geht indirekt an Privatanleger, etwa über Fonds. Den Rest der Papiere halten Profiinvestoren wie Versicherungen und Pensionsfonds.» Ja, die einzigen, die hier **nicht einmal erwähnt** wurden, waren diejenigen, die in der Realität den Löwenanteil aller dieser **selbsterzeugten** «Kredite» halten: **die Banken!**

912 Zit. n. *ADAMS* a.a.O., S. 20: «Or suppose that the bank purchases a $1,000 Government bond from one of its customers. The customer does not want payment in currency - he wants payment in deposit credit. Accordingly, the bank acquires a $1,000 bond and its deposits increased by $1,000. The bank's currency is not involved in the transaction and remains what it was.»

913 *GRANDT* a.a.O., S. 215; das Zitat stammt aus einem Beitrag *BOEHRINGERS* in: «Das Edelmetall & Rohstoffmagazin 2009/2010, Neustadt a. d. Orta 2009, S. 164.

914 Lt. *VENN ARD* a.a.O., S. 43.

915 Lt. *ADAMS* a.a.O., S. 104.

Im Jahre 2002 besaß die *FED* rund 9 Prozent der US-Staatsanleihen, in den 1980er Jahren waren es noch 11 bis 15 Prozent gewesen[916]. 2004 stieg der FED-Anteil wieder auf ca. 10 Prozent[917], 2009 waren es mit 1,6 Billionen $[918] bei einem Schuldenstand von ca. 12 Billionen $ wieder deutlich mehr, nämlich gut 13 Prozent, im Mai 2011 gar kaum glaubliche 5,3 von insgesamt 14 Billionen[919], was knapp 38 Prozent entsprach. Offenbar war dieser steile Anstieg dem Umstand geschuldet, daß andere «Käufer», insbesondere die ROTHSCHILD-Großbanken, sich wegen der aktuell äußerst schmalen Zinsrendite auf US-Papiere konsequent zurückhielten, so daß momentan die *FED* «einspringen» mußte, um der US-Regierung die pünktliche Zahlung ihrer Zinsen auf die enormen Altkredite und gleichzeitig den ROTHSCHILD-Banken einträglichere Kreditgeschäfte anderswo zu ermöglichen. Wie HODGSON BROWN anmerkt, ist es für die *FED* «überhaupt nichts Neues, die Regierungsschulden mit neu in Umlauf gebrachten Dollar-Noten zu „monetisieren". Wenn niemand sonst US-Schatzbriefe kauft, dann hilft die *FED* routinemäßig aus und kauft die Papiere mit dem Geld auf, das eigens für diese Aktion geschöpft wurde.»[920]

Selbstverständlich muß für derlei Käufe normalerweise jedoch gar kein Geld «gedruckt» werden[921], weil bloße Schecks bzw. (elektronische) Kontoeinträge vollauf genügen[922].

10) Deutschland

Hier wie auch in den übrigen europäischen bzw. westlichen Ländern liegt der einzige wirklich nennenswerte Unterschied zu den USA darin, daß die «Deckung» sämtlichen (Papier- und Buch-)Geldes nur zum kleineren Teil durch staatliche Schuldverschreibungen erfolgt, während der relativ größte Teil des umlaufenden (Schuld-)Geldes seine Exi-

916 Lt. *GRIFFIN* a.a.O., S. 511 bzw. 201 Anm. 1.

917 Lt. *HODGSON BROWN* a.a.O., S. 449.

918 Lt. *GRANDT* a.a.O., S. 212.

919 Lt. *VICTOR THORN* in: «American Free Press», 23.5.2011, S. 6.

920 *HODGSON BROWN* a.a.O., S. 366.

921 *HODGSON BROWN* ebd. ist leider einer lächerlichen Falschinformation aufgesessen, wenn sie unkritisch die Nachricht eines wohl selbst naiven Weltnetz-Kommentators wiedergibt, derzufolge die *FED* allein im Frühjahr 2006 «urplötzlich Banknoten im Wert von zwei Billionen $ gedruckt» (!) hätte . . . Für solche **Unmengen** an Papier gäbe es im Computer-Zeitalter nirgends auf der Welt Bedarf! Obwohl die *FED* (vgl. *REISEGGER* a.a.O., S. 486; *ANTONY C. SUTTON*, Le complot de la Réserve Fédérale [Die Federal-Reserve-Verschwörung], Lopérec 2009 [= franz. Übers./Neuausg. d. amerikan. Originalausgabe «The Fédéral Reserve Conspiracy» von 1995, die mir leider nicht zu Verfügung stand] a.a.O., S. 29f) gelegentlich Banknoten über 10 000 und sogar 100 000 $ drucken läßt, die jedoch so gut wie niemand zu Gesicht bekommt, weil sie gar nicht in den Umlauf gegeben werden, müßten für 2 Billionen $ unerhörte **200 Millionen** solcher *10* 000-$-Scheine (oder immer noch **20 Millionen** solcher *100* 000-$-Scheine) gedruckt werden!!! Wenn jeder Schein nur 1 Gramm wöge, wären das immer noch 200 bzw. 20 Tonnen nutzlos in großen Tresoren zu stapelndes Papier.

922 Vgl. *ARGENS* a.a.O., S. 154 (Hervorh. hinzugefügt): «Am 18. März 2009 . . . gab [die] *FED* bekannt, länger laufende US-Staatsanleihen zu kaufen.. . . [Das] läuft wie folgt ab: Eine Regierung gibt eine Anleihe (Schuldschein) heraus, den ihre Notenbank übernimmt. Die Notenbank gibt der Regierung dafür Geld, das es vorher nicht gab und das die (im Falle der *FED* private) Notenbank **in Form einer elektronischen Buchung** neu entstehen läßt. . . . Unsere Zentralbanken machen es inzwischen erfolgreich **mit dem elektronischen Mausklick** - MUGABE mußte noch in Europa Papier bedrucken lassen.»

Stenz der Banken«kredit»vergäbe an die Unternehmen verdankt[923]; der nicht unerhebliche «Rest» entfällt auf private Hypotheken- und Konsumentenschulden.

a) Deutsche Staatsschulden - eine fixe Einrichtung

Spätestens seit der Gründung der *Reichsbank* 1876 war der deutsche Staat «nie mehr ohne». Und jedesmal, wenn ein historischer «Umbruch» ihn ihrer zu «berauben» drohte, hatte die Rothschildsche «fünfte Gewalt» unauffällig, aber energisch darauf acht, daß uns das Verschuldungsprinzip erhalten blieb.

Wie in den USA, so sorgte auch in ganz Europa und namentlich in Deutschland spätestens der 1. Weltkrieg für die Anhäufung einer derart enormen Schuldenlast auf dem Rücken des Staates, daß nie mehr eine effektive Rückzahlung zu «befürchten» stand. Im Herbst 1914, bei Kriegsbeginn, wurde das Reichsbankgesetz dahingehend geändert, daß Banknoten nicht mehr durch Gold gedeckt sein mußten und die **private** *Reichsbank* unbeschränkt viele staatliche Schatzwechsel «diskontieren», also gegen einen Zinsabschlag «ankaufen» durfte - mit frisch aus nichts geschöpftem «Kredit»geld[924]. BERND STRIEGEL hat die objektive Unsinnigkeit dieser in ganz Europa ähnlich praktizierten Maßnahmen, die einzig den PROTOKOLLEN in die Hände spielten, treffend angeprangert:

«Vor den Weltkriegen wurde regelmäßig der Goldstandard aufgehoben, um die Geldmenge ungehindert ausweiten zu können. Um das Geld in Umlauf zu setzen, **verschuldete sich der Staat dennoch unnötigerweise jeweils bei privaten Gläubigern** - er gab Kriegsanleihen heraus. Während für die Gläubiger der Krieg ein vorzügliches Geschäft war, waren die kriegsführenden Staaten bei Kriegsende immer alle immens verschuldet. Als dann regelmäßig nach Kriegsende wieder der Goldstandard eingeführt und damit das Geld knapp wurde, wurde die **Bedienung dieser riesigen Schuldenberge natürlich unmöglich ..,»**[925]

Zunächst durften die deutschen Bürger als wahre Patrioten mit ihrem selber bloß von den Banken geliehenen Schuldgeld Staatsanleihen zeichnen . . . von denen sie später nichts mehr wiedersehen würden! Für alle diese - die kleinen - Gläubiger des Staates war die Sache also absolut kein «Geschäft». Zum «vorzüglichen Geschäft» wurde es erst später, und zwar für die *Reichsbank* samt den an ihr beteiligten Großbanken. «Von 1916 an schaffte es die Regierung nicht mehr, alle Kriegspapiere am Markt unterzubringen. Von diesem Moment an mußte die öffentliche Verschuldung zunehmend durch das Bankensystem aufgefangen werden, und das bedeutete in der Praxis: durch Diskontkredite der *Reichsbank.»*[926]

Die internen Kriegsschulden gingen zwar 1923 in der Hyperinflation unter, die von der privaten *Reichsbank* **mutwillig** erzeugt worden war[927]; die Auslandsschulden hingegen

[923] Das ist die Kehrseite der in Europa und anderswo gegenüber den USA «unterentwickelten» «Aktienkultur». Den ROTHSCHILDS & Co. kann es indes letztlich gleichgültig sein, ob sich die Unternehmen direkt - durch «Kreditaufnahme - oder indirekt - durch Aktienausgabe - bei ihnen verschulden. Genügend Geld zum **dauerhaften** Kauf von Unternehmensanteilen (= Aktien) **im großen Stil** haben nämlich **im aktuellen Schuldgeldsystem** doch immer nur die Banken bzw. deren in Zinsgewinnen schwimmende Eigentümer ...

[924] Vgl. *JAMES* a.a.O., S. 47.

[925] *STRIEGEL* a.a.O., S. 157f; Hervorh. hinzugefugt.

[926] *JAMES* a.a.O., S. 47.

[927] *JAMES (E*bd. S. 46) stellt die großenteils jüdische Reichsbankführung als eine Gruppe von Vollidioten hin, wenn er (mit unterschwelligem Sarkasmus?) erklärt: «In den letzten Monaten der

blieben bekanntlich vollumfänglich erhalten. Und die 1924 von den Siegermächten neubegründete und weiterhin «unabhängige», d.h. **private** *Reichsbank* begann **sofort** wieder mit der Verschuldung des Staates, statt daß der sein Geld nun selbst zinslos in Umlauf gesetzt hätte! Zuerst war das «Ausmaß der Kredite an den Staat, die durch die Diskontierung von Staatspapieren [= Ankauf von den Geschäftsbanken, die sie ihrerseits ursprünglich vom Staat „gekauft" hatten] finanziert wurden», auf 100 Millionen Reichsmark (RM) beschränkt. Doch bereits «1926 wurde das Gesetz so novelliert, daß von da an insgesamt bis zu 400 Mio. RM diskontiert oder lombardiert [= von den Geschäftsbanken bei der *Reichsbank* als Sicherheit gegen von ihr aus nichts geschöpfte Kredite hinterlegt] werden durften»[928].

Wie fein das Schuldgeldprinzip unter dem freimaurerischen Reichsbankpräsidenten **HJALMAR SCHACHT** auch nach 1933 aufrechterhalten wurde, haben wir schon gesehen. Das Ende des 2. Weltkriegs und die 1948 erfolgte Währungsreform hätten sich naturgemäß dazu angeboten, das üble **Schuldgeldsystem** abzuschaffen und durch eine echte, schulden- und zinsfrei geschöpfte Währung zu ersetzen. Doch genau das mußte um jeden Preis verhindert werden. Dazu bediente sich die hintergründige «fünfte Gewalt» gleich zweier, einander optimal ergänzender Maßnahmen.

Erstens entwarfen zwei amerikanische Ökonomen, beide angeblich «deutschstämmig», wahrscheinlicher jedoch jüdischer Identität, nämlich GERHARD COLM und RAYMOND W. GOLDSMITH, zusammen mit Besatzungsgeneral LUCIUS **CLAYs** «Finanzberater» JOSEPH M. DODGE schon 1946 einen Plan für die deutsche Währungsreform. Diesem Plan zufolge sollte zwar die im 2. Weltkrieg entstandene Reichsschuld «ganz gestrichen werden», dies aber bloß *dem Namen nach*! Denn an ihrer Stelle «sollten **insbesondere Finanzinstitute** [!], damit ihre Zahlungsfähigkeit gewährleistet war, Stücke einer

deutschen Inflation gelangte die Zentralbank zu der Überzeugung, sie müsse auf den realen Wertverlust ihrer Währung damit antworten, daß sie in immer schnellerem Turnus immer mehr Papiergeld auf den Markt warf. Die *Reichsbank* brüstete sich mit der Leistungsfähigkeit ihrer 30 Papierfabriken und 29 galvanoplastischen Anstalten; letztere lieferten nicht weniger als 400 000 Druckplatten nicht nur an die reichsbankeigenen Druckereien mit ihren insgesamt 7 500 Beschäftigten, sondern auch an 132 weitere Druckereibetriebe, die vorübergehend eingespannt wurden, um den hohen Papiergeldbedarf zu decken.» - *VOORHIS* a.a.O., S. 117ff dagegen zitiert über gut zwei Seiten hinweg aus dem in New York erschienenen Buch *German Economy, 1870-1940* von *GUSTAV STOLPER* eine exakte Nachzeichnung dessen, was die ROTHSCHILD-gelenkte *Reichsbank* wirklich tat. Ganz kurz gesagt, verlieh sie gezielt immer größere Mengen Papiergeld a) **kurzfristig** und b) stets zu **extrem weit unterhalb der tatsächlichen Inflation liegenden Zinsen** an c) **Industrielle** oder solche, die es auf die superbillige Tour **werden wollten** . . . Die beeilten sich dann, neue Unternehmungen hochzuziehen oder ihre schon bestehenden Fabriken durch hektische Baumaßnahmen und/oder Zukäufe zu erweitern. *STOLPER* nun wörtlich: «Wenn die Zeit kam, die Kredite zurückzuzahlen, waren sie so stark entwertet, daß die Käufer die neuen Fabriken oder das Material, womit diese Fabriken aufgebaut und ausgerüstet wurden, praktisch für nichts bekamen.... Bis Juli 1922 hielt die *Reichsbank* an einem Diskontsatz von 5 Prozent fest, danach begann sie ihn langsam zu erhöhen. Im August 1923 betrug der Diskontsatz noch immer bloß 30 Prozent; im September 1923 wurde er auf 90 Prozent angehoben, wo man ihn bis zum Ende der Inflation beließ. Das heißt, daß die *Reichsbank* eine Geldentwertungsprämie von 25 bis 85 Prozent pro Jahr kalkulierte, während die tatsächliche Entwertungsrate 1922 über 3000 Prozent und 1923 mehrere Millionen und Milliarden Prozent ausmachte. Wer immer also die Fähigkeit und die nötigen Bankbeziehungen besaß, um sich ein Maximum an Unternehmenskrediten zu beschaffen und sie rasch in „physische Werte" zu investieren, konnte in kürzester Zeit ein riesiges Vermögen zusammenraffen.»

[928] *JAMES* a.a.O., S. 55.

neu zu schaffenden deutschen Staatsschuld [!] erhalten», wie *Bundesbank*-Autor **CHRISTOPH BUCHHEIM** in schönster Unbefangenheit formuliert[929]. So geschah es denn auch. «Mitte Dezember 1946 erreichte man im Finanzdirektorat [des alliierten *Kontrollrats]* ebenfalls Übereinstimmung darin, daß die Reichsschuld annulliert und **als Ersatz den Banken neue Staatsschuldtitel ausgehändigt** [!] werden sollten.»[930] Damit war der Bundesrepublik Deutschland noch vor ihrer Gründung bereits der Klotz der «Staatsschulden» unlösbar ans Bein gebunden!

Zweitens erfolgte die Erstausgabe der von den ROTHSCHLLD-hörigen angelsächsischen Besatzern neugeschaffenen Währung *Deutsche Mark* (die ersten Geldscheine wurden sogar gleich in den USA gedruckt[931]) **ohne jede öffentliche Erörterung, mit der fraglosesten Selbstverständlichkeit,** erneut nach dem **Schuldgeldprinzip!** So fraglos selbstverständlich und daher so heimlich, still und leise, daß sich in der Fachliteratur kaum je überhaupt ein Hinweis darauf findet. HELMUT CREUTZ ist unter den von mir konsultierten 5«c/zverfassern der einzige, der den Sachverhalt ganz am Rande, freilich völlig unkritisch, wenigstens *erwähnt* «Das In-Umlauf-Setzen der Bargeld- bzw. ZBG[= Zentralbankgeld]-Menge wird von den Notenbanken auf verschiedene Weise vorgenommen. Der heute üblichste Weg ist über Ausleihungen an die Banken. Auf diesem Wege ist z.B. auch das Kopfgeld in Deutschland 1948 in den Umlauf gekommen.»[932]

Das ist natürlich erst die halbe Wahrheit, und selbst die hat CREUTZ noch halbwegs falsch formuliert. Denn die **Bürger** bekamen das «Kopfgeld» von 60 Mark ja bekanntlich schuldenfrei. Doch die *Banken* mußten dasselbe Geld erst einmal bei der Zentralbank als «Kredit» aufnehmen? Waren denn die Banken etwa so selbstlos, diese sie schwer belastenden «Kredite» an die Bürger zu *verschenken*? Davon kann natürlich gar keine Rede sein. Tatsächlich war es **direkt** der **Staat,** dem die Zentralbank ihr aus nichts geschöpftes Geld nur in Form eines **«Kredits»** überließ, damit er es *unter bloß abwicklungstechnischer Mitwirkung der Geschäftsbanken* (!) an die Bürger *für sie* schuld- und zinsfrei austeile, dafür jedoch seinerseits nunmehr auf **Schulden in gleicher Höhe** sitzenbleibe . . .!

Hier wurde also mit unübertrefflicher Anschaulichkeit jenes Prinzip praktiziert, von dem weiter oben schon ausgiebig die Rede war: Alles Geld, das die **Durchschnittsbürger** (ausgenommen die Bankeneigentümer) schuldfrei in der Tasche haben, verdanken sie einzig und allein den *offenstehenden* Staatsschulden in insgesamt gleicher Höhe! Konkret sah die Sache nämlich so aus: «Jeder bekam DM 40,- [und ein paar Monate später nochmals DM 20,~[933]], die als Kredit der deutschen Länder bei der damaligen *Bank deutscher Länder*, der späteren *Bundesbank*, verbucht wurden. Dies war übrigens der einzige Kredit, den dieses Institut jemals an den Bund vergeben hat. Die Rückzahlung ist für 2005-2006 vorgesehen. Das Volumen belief sich schätzungsweise auf 2,8 Milliarden Mark.»[934]

Diese Schätzung ist zu niedrig, denn auch alle Unternehmen erhielten pro Beschäftigten nochmals 60 DM sogenannte «Geschäftsbeträge», außerdem die öffentlichen Haushalte, aber auch die Besatzungsmächte (!) eine sogenannte «Erstausstattung», drei weite-

929 *BUCHHEIM* a.a.O., S. 122; Hervorh. hinzugefügt.

930 Ebd. S. 125; Hervorh. hinzugefugt.

931 Lt. *ARGENS* a.a.O., S. 112 u. 114.

932 *CREUTZ,* Die 29 Irrtümer ... a.a.O., S. 23.

933 Vgl. z.B. *BUCHHEIM* a.a.O., S. 130.

934 *RALFPRENGEL* in: «Deutschland» Nr. 3/4 (März/April) 2005, S. 35.

re Posten, die mit Sicherheit ebenfalls nur als «Kredite» ins Dasein kamen, obwohl *Bundesbank*-Autor BUCHHEIM uns das mit keiner Silbe verrät, die sich aber ihm zufolge zusammen mit dem «Kopfgeld» auf 4,4 Milliarden DM summierten[935] und gemeinsam mit den später, 1953, auf die Bundesrepublik übergewälzten Reichsschulden einen soliden «Grundstock» für die bundesdeutschen Staatsschulden bildeten . . .

Im sowjetisch besetzten Mitteldeutschland kam die 1949 erfolgte «Erstausstattung» mit neuem Bargeld (DDR-Mark) in genau derselben Weise, nämlich bloß als **«Kredit»,** zustande! «Bis zur deutschen Währungsunion 1990 bestanden noch Forderungen gegenüber dem Staatshaushalt», also **Staatsschulden,** «in Höhe der Erstausstattung mit Noten und Münzen (4,169 Mrd. Mark der DDR).»[936]

Nun «nährt sich» also, wie die *Bundesbank* in einer ihrer Publikationen einmal feststellte, wobei sie die 1948 künstlich geschaffene Staatsschuld meinte, «die Verschuldung aus sich selbst heraus»[937], schon über sechzig Jahre lang! Und die «Hauptabnehmer-Banken» für deutsche Staatsanleihen, soweit es sich überhaupt um **inländische** Institute handelt, sind kaum überraschenderweise die vier größten der Republik: «*Deutsche Bank, Commerzbank, Dresdner Bank* und *Postbank*»[938], von denen allerdings inzwischen nur noch die zwei erstgenannten Häuser unabhängig existieren, nachdem sie sich die beiden letztgenannten einverleibt haben.

b) Deutsche Staatsschulden - immer neu «begründet»

Ganz **von** selbst «nährt» sie sich allerdings doch nicht **«aus** sich selbst heraus», die Staatsschuld. Weder hierzulande noch anderswo. Weil aber die oben erläuterten **wahren** Gründe nicht vorzeigbar sind, bedarf es immer neuer Scheingründe, die man der von Experten- und Medienseite her verdummten «demokratischen» Öffentlichkeit genugsam «einleuchten» lassen kann, um die alljährlich anstehende «Nettokreditaufnahme», also die nie abreißende Kette staatlicher «Neukredite» jeweils über die schon bestehenden «Altschulden» *hinaus* zu «rechtfertigen».

Für die USA haben wir trotz reichlich vorhandener Fakten auf den entsprechenden Aufweis verzichtet, um diesen ohnedies schon dickleibigen Band nicht noch mehr aufzublähen. Deutsche Leser wird es jedoch interessieren, auf welche phantasievolle Vielfalt von «Titeln» hin sich speziell der deutsche Staat in seiner wechselvollen Geschichte, die ja größtenteils mit der PROTOKOLLARISCHEN Epoche identisch ist, von den ROTHSCHILDS und ihren Konsorten immer neu und immer tiefer verschulden ließ. Dabei müssen wir uns auf die wichtigsten Etappen beschränken, und dies ab dem Jahr der Währungsreform 1948. Für die Zeit vorher mag es genügen, an die beiden Weltkriege oder die Reparationszahlungen zu erinnern.

* **«Angemessenes Eigenkapital für die Banken» (1948):** Im Zuge der Umstellung von Reichsmark auf D-Mark wurden *Reichsmark-Guthaben* bei den Banken, soweit sie das «Kopfgeld» bzw. den «Geschäftsbetrag» von je 60 DM überschritten, auf ein Zehntel reduziert: je 10 Reichsmark wurden in eine D-Mark «umgewandelt». Den Banken wurden sodann «15 % ihrer nach der Guthabenumwandlung entstandenen D-Mark-Sicht-

935 Vgl. *BUCHHEIM a.a.O.,* S. 130f.

936 *THIEME* a.a.O., S. 618.

937 Zit. n. *WOLFGANG REITZLE* in: «Welt am Sonntag», 10.8.2003; dies wiederum zit. n. dem vollständigen Abdruck seines Beitrags in: «Unabhängige Nachrichten» Nr. 9/September 2003, S. 5f, hier: S. 6.

938 *GRANDT* a.a.O., S. 243 bzw. S. 375 Anm. 549.

Verbindlichkeiten und 7,5 % ihrer Spareinlagen von den Landeszentralbanken gutgeschrieben. Soweit dies und ihr sonstiges nach der Währungsreform verbliebenes Vermögen zum Ausweis eines angemessenen Eigenkapitals nicht ausreichten, sollten ihnen . . . Ausgleichsforderungen gegen die öffentliche Hand zugeteilt werden.»[939] Die Schaffung **«eines angemessenen Eigenkapitals»** für die Banken war also der Titel, auf den hin die **erste Staatsschuld** fabriziert wurde! Der zweite Titel war, wie schon gesagt, das vom Staat als Zentralbankkredit aufzunehmende und dann an die Bürger bzw. Unternehmen auszuteilende «Kopfgeld» bzw. der «Geschäftsbetrag».[940]

* **«Stillegung von Haushaltsüberschüssen» (1950er Jahre):** Zum Zweck der Volks- und Politikerverdummung enthielt das «Umstellungsgesetz», auf dessen Grundlage die Währungsreform erfolgte, in seinem § 28 ein «Defizitverbot» für die öffentlichen Haushalte[941]. Das hätte also die Aufnahme «weiterer» staatlicher Anleihen über die rein künstlicherweise schon bestehenden «Kredite» hinaus auf immer verunmöglicht - und konnte eben deshalb gar nicht ernstgemeint sein. Immerhin wurden zunächst keine «Defizite», sondern sogenannte «Überschüsse» erwirtschaftet, dies aber nur - siehe oben! - unter willkürlicher Absehung von der Tatsache, daß bereits eine massive zweifache, von vornherein **langfristig** angelegte Staatsschuld - einmal bei den Geschäftsbanken («Eigenkapitel»), das andere Mal bei der Zentralbank («Kopfgeld»/«Geschäftsbetrag») - **bestand!** Die «Haushaltsüberschüsse» bezogen sich also immer nur auf das jeweilige Jahresbudget *inklusive* Zinszahlungen auf die langfristigen Staatsschulden, aber **exklusive** irgendwelcher Tilgungen der eigentlichen Schuldensummen!

  Nun hätte der schöne sogenannte «Juliusturm», d.h. die jährlichen Haushalts«überschüsse» des Bundes, ja eigentlich unbedingt dazu verwendet werden sollen und müssen, die Staatsschulden zügig abzutragen und dadurch auch die Zinszahlungen fürs jeweils nächste Haushaltsjahr entsprechend zu verringern. Doch was geschah? Statt mit den Überschuß-Milliarden - stolze 7,5 waren es auf dem Höhepunkt 1956 - die bestehenden Schulden z.B. bei der Zentralbank *BdL* abzubauen, «mußten» diese Überschüsse «im Zentralbanksystem eingelegt werden», wie *Bundesbank*-Autor **HOLTFRERICH** zunächst ohne jede nähere Erläuterung mitteilt[942]! Sie wurden also zwar bei der Gläubiger-(Zentral-)Bank **«ein»-** bzw. **«stillgelegt»[943];** das wurde jedoch **in keiner**

[939] *BUCHHEIM* a.a.O., S. 130.

[940] *MORRIS* a.a.O., S. 63f vertritt die Behauptung, daß «verschuldete Staaten sich schon immer gerne über Hyperinflationen entschuldet haben», bezeichnet es jedoch als «Irrglauben», «daß eine extreme Inflation auch für Privatpersonen vorteilhaft wäre - weil ihre Schulden sich ebenfalls von selbst erledigen würden». Dem läßt er ein emphatisches «Da belehrt uns die Geschichte eines Besseren» folgen. Hätten indessen er und andere die so leichtfertig beschworene Geschichte sorgfältiger studiert, wüßten sie, daß in Wirklichkeit keine der beiden deutschen Hyperinflationen den Staat wirksam entschuldet hat! Im ROTHSCHILD-beherrschten **aktuellen Schuldgeldsystem** kann sich jeder beliebige Privatmann immer noch leichter entschulden als irgendein Staat!

[941] Lt. *HOLTFRERICH* a.a.O., S. 364.

[942] Ebd. S. 387: «Auf fast allen ZBR[= Zentralbankrat-]Sitzungen seit 1951 bis zum Höhepunkt des „Juliusturms" im September 1956 mit rund 7,5 Mrd. DM wurde positiv vermerkt, daß der Bund Kassenüberschüsse erwirtschaftete, die im Zentralbanksystem eingelegt werden mußten ...» - In der zugehörigen Fußnote 125 wird das «Müssen» nicht bloß **nicht begründet,** sondern **dem glatt widersprechend** nunmehr behauptet: «Der Bund wollte [!] im Hinblick auf künftige Rüstungsausgaben lediglich Kassenreserven schaffen ...»

943 Yg[ebj S. 389: «. . . obwohl ab Juni 1955 auch die öffentlichen Haushalte wieder Kassenüberschüsse erwirtschafteten und als Einlagen im Zentralbanksystem stillegten.»

Weise als Rückzahlung von Schulden, sondern als vorgeblich unbedingt nötige Maßnahme zur «*Inflationsbekämpfung*» bzw. «*Dämpfung der Konjunktur*»[944] gewertet!!! Für eine solche Unverfrorenheit sämtlicher Beteiligten würden die passenden Worte fehlen, wüßte man nicht, daß die *BdL* ebenso wie Bundesregierung und Bundestag dem heimlichen Diktat der selber ROTHSCHILD-kontrollierten Siegermächte zu gehorchen hatte . . . Auch der «demokratisch gewählte» Bundestag. Denn wie sich bei unserm Gewährsmann HOLTFRERICH schließlich doch noch herausstellt, waren es die von diesem Bundestag «selber» erlassenen Gesetze, die zur «Ein-» oder «Stillegung» aller Gelder zwangen, die für einen echten Abbau der Staatsschulden verfügbar gewesen wären[945]! Diese Bestimmungen wurden übrigens erst durch das fünfte Bundesbankänderungsgesetz von 1994 abgeschafft[946], obwohl bereits seit den 1960er Jahren **nie** mehr ein Überschuß «erwirtschaftet» werden konnte!

* **«Steuersenkungen zur Eröffnung neuer Anlagemöglichkeiten für Sparer» (1950er Jahre):** Das war ein besonderes Kabinettsstückchen einzig und allein im Interesse der Geschäftsbanken, um ihnen eine stärkere «Kreditausweitung» samt allem, was daraus an Zins- und Machtgewinn folgt, gleich an **zwei** Fronten zu ermöglichen. Die gezielte Verschuldung der *Unternehmen* ging mit derjenigen des *Staates* Hand in Hand! *Bundesbank-Autor* KITTERER bemüht sich freilich, den boshaften Vorgang so harmlos und allerseits vorteilhaft wie nur möglich erscheinen zu lassen:

  «Da der Kapitalmarkt zunächst noch unterentwickelt war, blieb den Unternehmen nur die Möglichkeit, Selbstfinanzierung zu betreiben, d.h. die Investitionen im wesentlichen aus ihren einbehaltenen Gewinnen zu finanzieren.» **Das** konnte dem «unterentwickelten Kapitalmarkt», also den *Banken,* natürlich nicht gefallen, denn **daraus** würde sich für **sie** auch weiterhin nicht sehr viel «entwickeln». Doch die nötige Abhilfe ließ nicht lange auf sich warten: «Schon 1951 wurde die steuerliche Begünstigung für nicht entnommene Gewinne aufgehoben. Die Herabsetzung des Körperschaftsteuersatzes für ausgeschüttete Gewinne auf 30 % im Rahmen der „kleinen Steuerreform" 1953 sollte Anreiz zu höheren Ausschüttungen und zu einer Einschränkung der betrieblichen Selbstfinanzierung [!] geben. Die Steuerreform 1958 verstärkte diesen Anreiz. Der Körperschaftsteuersatz auf einbehaltene Gewinne wurde von 45 % auf 47 % erhöht, während der Körperschaftsteuersatz für ausgeschüttete Gewinne von 30 % auf 11 % gesenkt wurde. Die stärkere Fremd- und Beteiligungsfinanzierung der Unternehmen über Obligationen und Aktien [!!] sollte auch den Sparern neue Anlagemöglichkeiten eröffnen. Und schließlich war es ein erklärtes Ziel der Regierung, öffentliche Investitionen verstärkt aus Anleihen zu finanzieren.» Ein «erklärtes Ziel», einfach so!!!

[944] Ebd., wenngleich dieser Begründungszusammenhang dort schlauerweise nur indirekt hergestellt wird, nämlich so: «. . . reichten die Offenmarktoperationen [der *BdL]* zur Dämpfung der Konjunktur bei weitem nicht aus, obwohl ab Juni 1955 auch die öffentlichen Haushalte wieder Kassenüberschüsse erwirtschafteten und als Einlagen im Zentralbanksystem stillegten.»

[945] Ebd. S. 399f: «Das Bundesbankgesetz verpflichtete die Länder erstmals, alle ihre flüssigen Mittel bei der *Bundesbank* einzulegen, so daß auch einlagenpolitisch ein kontraktiver liquiditätspolitischer Effekt entstand . . .» In normalverständlichem Deutsch heißt das ganz schlicht, daß dadurch die umlaufende Geldmenge verringert werden sollte. Diese Begründung ist umso lächerlicher, als *exakt derselbe Effekt,* wenn er denn wirklich beabsichtigt war, durch die Verwendung der «flüssigen Mittel» bzw. «Überschüsse» zur **förmlichen Rückzahlung** der Staatsschulden eingetreten wäre! - Offenbar war es ein ähnliches, aber schon etliche Jahre früher produziertes Gesetz, das auch den *Bund* zur «Stillegung» von «Überschüssen» statt zur Schuldentilgung «verpflichtet» hatte.

[946] Vgl. *STERN a.a.O.,* S. 155f.

«Dazu kam es allerdings nicht in dem [von wem eigentlich?] geplanten Umfang, weil einerseits der Kapitalmarkt im Zuge der Hochkonjunktur geschont werden mußte und weil andererseits die starke Zunahme des Steueraufkommens eine Kreditaufnahme im größeren Stil überflüssig machte.»[947] Sooo ein Pech aber auch . . .!

Übersetzen wir KITTERERs Ausfuhrungen nun in Klartext: Der Staat bestrafte durch hohe Steuern mutwillig alle Unternehmer, die sich nicht bei den Banken verschulden wollten, und *zwang* sie dadurch schließlich, ihre vielzitierte «Eigenkapitaldecke» immer dünner zu machen. In dem Maße, in dem die Unternehmen, diesem steuerpolitischen Zwang nur *widerwillig* gehorchend, ihre Gewinne ausschütteten statt sie zu reinvestieren, sanken aber die staatlichen Einnahmen aus der diesbezüglich drastisch reduzierten Körperschaftsteuer gewaltig. Das wiederum sollte durch eine höhere Schuldenaufnahme des Staates kompensiert werden. Man schlug also zwei Fliegen mit einer Klappe, indem Unternehmen und Staat gleichermaßen in die heute vielbeklagte «Schuldenfalle» getrieben wurden. Natürlich nicht in diejenige der heuchlerisch vorgeschobenen «Sparer», deren bloße (und sprichwörtliche!) «Groschen» den Kohl noch nie fett gemacht haben, sondern in diejenige der Banken, die das Geld millionen- und milliardenweise aus nichts schöpfen! Beim Staat klappte es «leider» umständehalber vorerst weniger gut als bei den Unternehmen, aber das würde sich ändern lassen.

* **«Wissenschaftliche Empfehlungen» (Ende der 1960er/Anfang der 1970er Jahre):** Hier wird die Maske der ROTHSCHILDS und Konsorten besonders durchsichtig, denn selbst unser Experte KLTTERER vermag der Sache augenscheinlich keinerlei Sinn mehr abzugewinnen; er referiert lediglich in erkennbar distanziertem Tonfall: «Es gab damals wissenschaftliche Stellungnahmen, die einen Anstieg der Staatsquote von 40 auf 50 % und eine Zunahme der laufenden staatlichen Defizitquote auf knapp 8 %, gemessen am Bruttosozialprodukt, als empfehlenswert ansahen. Die Bundesregierung war offensichtlich gewillt, sich zumindest tendenziell dieser Perspektive anzuschließen. Während sie in ihrer ersten mehljährigen Finanzplanung 1967 bis 1971 für die Jahre 1969, 1970 und 1971 insgesamt ein Kreditvolumen (Netto-Kreditaufnahme) von 3,8 Mrd. DM vorgesehen hatte, erhöhte sich in der zweiten Finanzplanung 1968 bis 1972 das geplante Volumen der Nettokreditaufnahme für den gleichen Zeitraum auf 10,8 Mrd. DM. Das ist nahezu eine Verdreifachung des Kreditbedarfs. Offensichtlich herrschte damals die Auffassung, daß die Inanspruchnahme der privaten Ersparnis durch staatliche Kreditfinanzierung für das Wirtschaftswachstum weniger schädlich sei als die Steuerfinanzierung.»[948] Daß in Wirklichkeit so gut wie keine «private Ersparnis», sondern im wesentlichen immer bloß die Kreditschöpfung der Banken in Anspruch genommen wurde und wird, ist die einzige logische Erklärung für das damalige «Herrschen» der zitierten «Auffassung»; es erklärt zugleich, **wer** ihr aus dem Hintergrund heraus zu dieser «Herrschaft» verholfen haben dürfte… Richtig ist immerhin, daß **im aktuellen Schuldgeldsystem** die Wirtschaft nur wachsen (statt zusammenzubrechen!) kann, wenn die jeweils fälligen Zinszahlungen auf die gesamte umlaufende Schuldgeldmenge stets von irgendjemandem - also ggf. (auch) vom Staat - durch «Netto-Neukredite» in mindestens entsprechender Höhe «finanziert» werden.
* **«Die 1. Ölkrise» (1974-1976):** Bundesregierung und *Bundesbank* trafen angeblich koordinierte Gegenmaßnahmen, «als die Konjunktur unter dem Eindruck des Ölpreisschocks 1973/74 in die Rezession steuerte», und das sah - in KITTERERs Fachchine-

[947] *KITTERER* a.a.O., S. 203f.
[948] Ebd. S. 219f.

sisch - so aus: «Während die *Deutsche Bundesbank* zunächst bestrebt war, durch Begrenzung der monetären Expansion den Preissteigerungstendenzen entgegenzuwirken, sollte die Finanzpolitik durch einen maßvoll expansiven Kurs unerwünschte Beschäftigungseinbußen vermeiden helfen.»[949] Keine Panik, liebe Leser, hier kommt sofort die Übersetzung: Die *Bundesbank* «mußte» weiter die «Inflation bekämpfen» und **hielt daher, soviel an ihr lag, die Zinsen hoch,** ermunterte aber gleichzeitig die Bundesregierung dazu, **mehr Schulden (zu diesen hohen Zinsen!)** aufzunehmen, um durch vermehrte öffentliche «Investitionsausgaben» dafür zu sorgen, daß die Arbeitslosigkeit nicht zunahm![950] Daß eben dadurch der Staat unweigerlich jene «(Pseudo-)Inflation» anfachte, welche die *Bundesbank* **vorgeblich** einzudämmen suchte[951], scheinen KITTERER und andere Größen seines Faches großzügig übersehen zu wollen . . . Jedenfalls wurde dadurch das PROTOKOLLARISCHE Ziel immer höherer Staatsverschuldung prächtig vorangetrieben: «An einen zyklischen Ausgleich der öffentlichen Defizite und eine Rückführung der aus konjunkturellen Gründen ausgedehnten Staatstätigkeit war "nicht zu denken. Wegen der enormen Defizite . . . stieg die Schuldenquote des Staates scharf an. 1973 hatte sie noch gut 18 % betragen. Ende 1976 lag der Anteil der Schulden am Bruttoinlandsprodukt bereits bei 26,5 %.»[952]

* **«Wachstumslokomotive dank Zukunftsinvestitionen» (Ende der 1970er Jahre):** «1977 schwächte sich die Konjunktur in der Bundesrepublik ab. Zugleich wurde in der internationalen Diskussion die „Lokomotivtheorie" vertreten, wonach die Länder mit einer starken Leistungsbilanzposition (insbesondere Deutschland und Japan) ein zusätzliches *deficit spending* [= mehr staatliche Ausgaben mittels erhöhter Kreditaufnahme] betreiben sollten, um über einen Anstieg ihrer Importe und die dadurch ausgelösten Multiplikatorwirkungen die Weltkonjunktur in Schwung zu bringen. In diesem Umfeld leitete die Bundesrepublik einen Kurswechsel zur expansiven Fiskalpolitik [= großzügigere Staatsausgaben mittels erhöhter Kreditaufnahme] ein. Das „Programm für Zukunftsinvestitionen" mit einem Volumen von 16 Mrd. DM in den Jahren 1978-1981 sowie eine Reihe von steuerlichen Entlastungsmaßnahmen und schließlich auch die Beschlüsse zur Stärkung der Nachfrage und zur Verbesserung des Wirtschaftswachstums . . . belasteten die zukünftigen Haushalte stark, ohne daß ein mittelfristiges Konsolidierungskonzept [= Konzept zum Schuldenabbau] sichtbar wurde.»[953] Diese schöne Ausrede brachte die Schuldenquote bis 1979 von 26,5 auf 30 %.
* **«Die 2. Ölkrise» (1979-1982):** «Als Mitte 1979 der zweite Ölpreisschub einsetzte, in dessen Gefolge ... die Zahl der Arbeitslosen erstmals in der Nachkriegszeit die Zwei-

[949] Ebd. S. 223.

[950] Vgl. auch *JÜRGEN VON HAGEN,* Geldpolitik auf neuen Wegen (1971-1978), in: *Deutsche Bundesbank* (Hrsg.), Fünfzig Jahre Deutsche Mark. Notenbank und Währung in Deutschland seit 1948, S. 439-473, hier: S. 459: «Da die Bundesregierung durch zusätzliche Ausgabenprogramme den [negativen] Beschäftigungseffekt der Ölkrise aufzufangen trachtete, blieb die Haushaltspolitik weiter expansiv. Gleichzeitig klafften Ausgaben und Einnahmen des Staates auseinander, so daß die Verschuldungsquote kräftig anstieg.»

[951] Die Sache erinnert fatal an den alten kölschen Witz von Tünnes und Schäl, die sich auf einem Zweisitzer-Fahrrad eine steile Anhöhe hinaufquälen. Endlich oben angekommen, meint der furchtbar schwitzende Tünnes: «War das eine Anstrengung! Beinahe hätten wir es nicht geschafft.» «Ja», pflichtet der hinter ihm sitzende Schäl bei, «wenn ich nicht die ganze Zeit so fest auf der Rücktrittbremse gestanden hätte, wären wir sogar den Berg wieder rücklings hinuntergerollt ...»

[952] *KITTERER* a.a.O., S. 224.

[948] Ebd. S. 219f.

millionengrenze überschritt,. . . stiegen die Defizite wegen der Ausgabenexpansion [= wegen der vermehrten Staatsausgaben] und der hohen Einnahmenausfälle in den öffentlichen Haushalten rasant an, so daß sich die Schuldenquote des Staates innerhalb von zwei Jahren (1980-1982) um weitere neun Prozentpunkte auf 39 % des Bruttoinlandsprodukts erhöhte . . ,»[954] Für das von den ROTHSCHILDS als den heimlichen globalen Erdölmonopolisten willkürlich verteuerte Öl war plötzlich weit mehr Geld zu zahlen als vorhanden; Unternehmen und Private hatten nur begrenzten Spielraum für zusätzliche «Kreditaufnahmen bei den Banken, folglich übernahm der Staat gezwungenermaßen den großen «Rest» ...

* **«Kosten der Wiedervereinigung» (1990 und Folgejahre):** Das ist ein Riesenkomplex, innerhalb dessen sich gewisse ROTHSCHILD- und andere Banken *enorm* bereicherten, während es ihnen gleichzeitig gelang, den deutschen Staat unter sogar von der *Bundesbank* selber (!) als fadenscheinig betrachteten Vorwänden um gleich Hunderte von Milliarden DM zusätzlich zu «verschulden». Über diesen extrem dreisten «Coup», der unter der Verantwortung bzw. Aufsicht des damaligen Staatssekretärs im Bundesfinanzministerium, eines gewissen HORST KÖHLER, über die Bühne ging, ist bereits so viel geschrieben worden, daß wir hier auf die erneute Darlegung der teilweise komplizierten Einzelheiten verzichten können. Schlichte Tatsache ist: Zwar gab es in der DDR sogenannte «Kredite» und folglich auch ihnen entsprechende «Schulden», doch wurden die nur von den Staatsbanken an die Staatsbetriebe «vergeben», so daß hier, wenn überhaupt, der **Staat** auf das Allerschönste **«bei sich selbst»** in der Kreide stand und **bei gar niemandem sonst.**

Nach unwidersprochener Auffassung aller Experten waren das denn auch **keine** Schulden im Sinne **des aktuellen Schuldgeldsystems,** sondern

- lediglich «monetäre Reflexe der staatlichen Planwirtschaft», denn: «Kredite der Banken an Betriebe und an den Staat stellten Transaktionen zwischen unterschiedlichen staatlichen Organisationen dar. Infolgedessen waren sie aufzurechnen» (Prof. MANFRED STREIT[955]), was allerdings genau **nicht** geschah . ..;
- bloße «Buchungsposten der Plan- und Zahlungserfüllung» und eben deshalb «kein marktwirtschaftlicher Eigentumstitel oder Vermögenswert» (Prof. WILHELM HANKEL[956]),
- während die DDR-Banken ihrerseits nur als «Teil eines zentralisierten Zuweisungs-, Plafondierungs- und Verrechnungssystems im Dienste der zentralen Wirtschaftsplanung» gelten konnten (*Deutsche Bundesbank*[951]).

Dem zum Trotz wurden im Endeffekt rund 400 Milliarden Mark (= ca. 200 Mrd. Euro) sogenannter «Altschulden» der DDR **als Staat** von deren **staatlichen** Banken den westdeutschen **privaten** Banken für die absolut lächerliche «Kaufsumme» von insgesamt nur 900 *Millionen* DM übereignet, zu betrachten fürderhin als ganz reale «Schulden» des **Staates** BRD. Doch ehe es so weit war, mußte noch etwas ganz Wichtiges geschehen: «Mit einem kaum bemerkten Akt der kommunistischen Volkskammer in Berlin-Ost wurde ein Gesetz verabschiedet, das Bankinstituten in der DDR - in Wirklichkeit der Staatsbank und deren Zweigstellen - die Option einräumte, die auf „westli-

[954] Ebd. S. 227.

[955] *MANFREDE. STREIT,* Die deutsche Währungsunion, in: *Deutsche Bundesbank* (Hrsg.), Fünfzig Jahre Deutsche Mark. Notenbank und Währung in Deutschland seit 1948, S. 675-719, hier: S. 688.

[956] Zit. n. ebd. S. 690.

[957] Zit. n. ebd. S. 712 (aus dem Monatsbericht 42 [1990] 7, S. 14-29).

chen Märkten" gültigen Zinssätze, statt des äußerst niedrigen Zinsfußes von 0,5 Prozent, [den] die DDR ihren staatseigenen landwirtschaftlichen Kooperativen und LPGs für ihre „Schulden" zu berechnen pflegte, zu erheben. Nur wenige Stunden, bevor die Währungsunion vom 1. Juli 1990 in Kraft trat, stiegen die Zinssätze auf die „Schulden" staatseigener Betriebe in der ehemaligen DDR um das acht- bis zehnfache.»[958] Letztere Angabe ist allerdings falsch - tatsächlich stiegen sie um das 22fache, auf **satte 11 Prozent[959]!** Ja, die Kabbala läßt wieder einmal grüßen - und weist zugleich deutlich genug darauf hin, **wer** diese Gesetzesänderung in beinahe letzter Minute veranlaßt hatte ...

Während also der deutsche **Staat** diese 400 Mrd. DM «Kredit» nie real zu sehen bzw. in die Hand bekommen hat, «darf» er darauf ein halbes Menschenalter lang Jahr um Jahr Zigmilliarden Zinsen zahlen. Zwar ist offiziell eine «Tilgung» binnen enormer 40 Jahre (ab 1995!) vorgesehen[960], die jedoch **unterm Strich** sowenig stattfinden wird wie die Tilgung aller anderen Staatsanleihen[961], so daß alljährlich, und dies interessanterweise **bereits «nachträglich» ab 1990** (!)[962], 44 Mrd. DM bzw. 22 Mrd. Euro + darauf fälligwerdende, **von Jahr zu Jahr höhere Zinseszinsen** (!) als «Neukredite» aufgenommen werden mußten und müssen . . .

Ein zusätzlicher - und vermutlich nicht der einzige derartige - «Schulden»posten für die BRD-Staatskasse erwuchs aus der 51prozentigen Übernahme der *Staatlichen Versicherung der DDR* durch die mit den privaten BRD-Großbanken durch «Überkreuzbeteiligungen» innigst verflochtene *Allianz*-Versicherungsgruppe. Der Übernahmevertrag sah vor, daß die Kosten für alle im Moment der Übernahme noch nicht regulierten Versicherungsfälle von der DDR-Staatsregierung zu tragen seien. Kurz darauf existierte diese Regierung jedoch dank deutscher (Teil-)Wiedervereinigung nicht mehr, so daß die Zahlungsverpflichtungen von stolzen rund **sechs Milliarden DM** ganz unspektakulär auf die Bundesregierung «übergingen»[963], die dafür natürlich kein Geld hatte, sondern zusätzlichen «Kredit» aufnehmen mußte . . .

* **«Bewältigung der Bankenkrise» (2008 und Folgejahre):** Insbesondere die Großbank *Hypo Real Estate (HRE)* «war 2008 nach der *Lehman*-Pleite durch massive Staatshil-

958 *JOHNSPRINGFIELD* in: «CODE» Nr 6 (Juni) 1993, S. 12.

959 Vgl. dazu im einzelnen: *STREIT* a.a.O., S. 703ff; 706-711.- *ANONYMUS,* Der Milliardenbetrug mit den «Altschulden», in: «Neue Solidarität» Nr. 30/2002, vollst, abgedruckt in: «Recht und Wahrheit» Nr. 11+12 (November/Dezember) 2004, S. 23f und nochmals in Nr. 1+2 (Januar/Februar) 2006, S. 22f. - *KARL WEISS,* Wohin die Gelder «Aufbau Ost» verschwanden, in: «Recht und Wahrheit» Nr. 9+10 (September/Oktober) 2006, S. 30f. - *OTTO AUFSCHWUNG,* Die aufwendig gebastelte und seit 20 Jahren tragende Säule der BRD-Innenpolitik: die künstliche Staatsverschuldung, in: «Deutschland» Nr. 5/6 (Mai/Juni) 2004, S. 43ff, sowie die anonyme Wiederaufnahme und Fortsetzung dieses Beitrags ebd. Nr. 9/10 (September/Oktober) 2004, S. 62-65. - Der Zinssatz von «zufälligerweise» genau 11 % wird im vorgenannten Artikel aus der «Neuen Solidarität» mitgeteilt, während *STREIT* a.a.O., S. 703 lediglich angibt, der Zinssatz habe sich «nach den Konditionen des Interbankenmarktes in Frankfurt (FIBOR)» bestimmt.

960 Dies lt. *STREIT* a.a.O., S. 703.

961 Bereits 1997 wurde zwecks kurzfristiger Einhaltung der berühmten «Maastricht»-Kriterien «die Streckung [!] der Tilgungszahlungen des Erblastentilgungsfonds», d.h. der DDR-Altschulden, beschlossen ... *(KITTERER* a.a.O., S. 248)!

962 Ygi *STREIT* a.a.O.: «Die Ausgleichsforderungen [= bei den BRD-Privatbanken gelandete und dabei umgetaufte DDR-Alt«kredite»] wurden nachträglich vom 1. Juli 1990 an verzinst.»

963 Alles lt. *BURY/SCHMDT* a.a.O., S. 58f.

fen vor dem Kollaps bewahrt worden», Hilfen in insgesamt dreistelliger Milliardenhöhe! Die auf deutsch als «Abbaubank» und auf ,denglisch'/,engleutsch' als «Bad Bank» bezeichnete staatliche Gesellschaft, die sämtliche «faulen» oder zumindest zweifelhaften Kredite der *HRE* übernehmen und dafür mit Zigmilliardenbeträgen geradestehen mußte, die wiederum von ihr selber erst einmal als «Kredite» zu beschaffen waren, war und ist noch «die zweitgrößte Agentur Deutschlands, die über das „AAA"-Rating [d.h. über allerbeste Bonität] verfugt und Daueremittentenstatus [d.h. die .Erlaubnis' der Banken zum ständigen Umschulden!] genießt»[964]. Dies selbstverständlich nur deshalb, weil *ihre* Schulden ohne Wenn und Aber deutsche Staateschulden sind!

* **«Hilfe für Griechenland» (2010-2011 und weitere absehbare Zukunft):** «Geholfen» wurde natürlich nicht Griechenland, sondern nur den Banken, bei denen der griechische Staat auf prinzipiell dieselbe Weise «verschuldet» war wie der deutsche es selber ist. Faktisch wurden (für die Banken) **angeblich** «unsichere» griechische Staatsanleihen in «sicherere» deutsche verwandelt, das war alles. Jene Zinsen, die Griechenland nicht mehr - wie üblich - per Neukreditaufnahme zahlen konnte, wollte oder durfte, kann, will und darf jetzt der deutsche Staat - wie üblich - per Neukreditaufnahme zahlen. Hintergrund für dieses zunächst sinnlos scheinende Spiel «Bäumchen Wechsel dich!» ist allerdings eine sehr viel umfassendere PROTOKOLLARISCHE Strategie, die wir am Ende dieses Bandes in einem eigenen Unterkapitel näher analysieren werden.

c) Deutsche Staatsschulden - ihre technische Erzeugung

Sie unterscheidet sich nur unwesentlich von jener «Methode», die in den USA angewandt wird. Die einzige größere Abweichung besteht darin, daß sich die *Bundesbank* zeit ihres Bestehens weit weniger als die *FED* mit dem «Ankauf» deutscher Staatsanleihen (gegen selbstgeschöpftes Geld) befaßt hat[965], sondern dieses äußerst profitable und dabei bombensichere Geschäftsfeld fast gänzlich den privaten Geschäftsbanken überließ. Solche dezente Zurückhaltung war umso mehr geboten, als ja in Deutschland die Geschäftsbanken *keine* Anteile an der *Bundesbank* halten konnten, so daß jeder Gewinn, den die *Bundesbank* mit Staatsanleihen machte (und hinterher wieder an den Staat abzu-

[964] *ROLFLEBERT* in: «Financial Times Deutschland», 25.5.2011.

[965] Vgl. *FRANKE* a.a.O., S. 272: «Offenmarktpolitik wird von der *Bundesbank* durch Kauf und Verkauf öffentlicher Anleihen betrieben. Allerdings hat die *Bundesbank* diese Politik nur „sporadisch ... in größerem Umfang" (*Deutsche Bundesbank,* Geldpolitik, S. 117) eingesetzt. Damit möchte sie den Verdacht vermeiden, zur Finanzierung von staatlichen Haushaltsdefiziten beizutragen und das langfristige Zinsniveau maßgeblich zu beeinflussen.» Diese wohlklingende Begründung ist jedoch eine verlogene Ausrede; der wahre Grund wird oben im Haupttext genannt! - Der «Höchststand» jemals von der *Bundesbank* gehaltener deutscher Staatsanleihen betrug relativ klägliche 3,9 Milliarden DM (im Spätsommer 1975). Und weil dadurch die Zinsen am ,freien Kapitalmarkt', also die Zinsen der Geschäftsbanken, ,doch nicht niedrig gehalten werden konnten', führ die *Bundesbank* damals Ihren Bestand an Staatsanleihen flugs wieder zurück, behauptet *Bundesbank-Autor JÜRGEN VON HAGEN* (a.a.O., S. 456). In Wirklichkeit wird genau andersherum ein Schuh draus: Obwohl die *Bundesbank* ohne weiteres noch viel mehr, ja sogar **beliebig viele** Staatspapiere zu «günstigen» (und überdies als Gewinne später wieder der Staatskasse zuzuführenden!) Zinsen hätte «kaufen» können, legte die «fünfte Gewalt» hinter den Kulissen alsbald ihr Veto ein, denn **sie** wollte das Geschäft mittels ihrer Geschäftsbanken **zu weit höheren** «Marktzinsen» = **ihr verbleibenden Gewinnen** machen . . .

fuhren hatte . . .), für die private Bankenwelt ein unnötigerweise entgangenes Geschäft bedeuten mußte . . .

Um den Geschäftsbanken europaweit völlig freie Bahn zu schaffen, ist es jetzt der *EZB,* in welcher die *Bundesbank* ja «aufgegangen» ist, sogar förmlich «verboten», Anleihen irgendeines Landes der Eurozone *direkt* «anzukaufen». Der *indirekte* Ankauf solcher Staatsanleihen von den Geschäftsbanken selber wäre ihr zwar nach Maßgabe der £¿/-Verträge ebensowenig erlaubt, wurde jedoch in der jüngsten Griechenland«krise» als vorgebliche «Notmaßnahme» ausgiebig praktiziert. Tatsächlich ging es wohl eher darum, den Geschäftsbanken neue Reserve-Kapazitäten zum Ankauf neuer, jetzt aber dank saftiger «Risikoaufschläge» weit höher verzinslicher (!) griechischer Staatsanleihen zu verschaffen[966] ...

Freilich besorgt die *EZB* auf dem «Umweg» über ihre Eigentümer, die nationalen Zentralbanken, zwar nicht den «Kauf», wohl aber den «Verkauf» von Staatsanleihen der /¡•{/-Mitgliedsstaaten. Sie tritt dabei faktisch als «Maklerin» der Staaten auf: «So gibt die *EZB* den nationalen Notenbanken beispielsweise mindestens zweimal im Monat die Zinssätze an, mit denen sie Staatsanleihen verkaufen wird. Die Notenbanken rufen daraufhin die Geschäftsbanken in den jeweiligen Ländern zu Offerten auf. Die eingehenden Gebote werden vom Computer registriert, so daß die *EZB* sie auf einen Blick vergleichen kann. Sie weist die nationalen Notenbanken an, eine zugewiesene Menge an Staatsanleihen zu den höchsten Geboten zu verkaufen. Bieten beispielsweise die irischen Geschäftsbanken mehr als die in Spanien, gehen die Papiere nach Irland. Gewöhnlich unterbreiten die Geschäftsbanken in den verschiedenen Ländern ein Spektrum an Geboten, so daß in jede Wirtschaft ausreichend Geld eingeschossen wird. Die Versteigerung stellt sicher, daß mehr Geld in die Länder fließt, wo eine größere Nachfrage besteht.»[967]

Durch diese Auktionen wird zwar zunächst den Staaten scheinbar ein (kleiner) Dienst erwiesen, denn sie erhalten für ihre Schuldpapiere u.U. etwas mehr als den darauf gedruckten Betrag, brauchen aber nur den aufgedruckten Betrag zu verzinsen. Nicht zu übersehen ist jedoch, daß diese Vorgehensweise den ROTHSCHILDS gleichzeitig ermöglicht, von zentraler Warte aus immerfort dafür zu sorgen, daß jeder einzelne *EU*-Staat bei den Geschäftsbanken möglichst vieler *verschiedener* anderer £¿/-Länder in die Kreide gerät, die von den PROTOKOLLEN so freudig beklatschte Auslandsverschuldung aller *EU*-Mitglieder also sowohl stetig *erhöht* als auch - im PROTOKOLLARISCHEN Sinne - «*optimiert*» wird ...

Das gilt natürlich auch und gerade für Deutschland als das ¿'[/-Schwergewicht. Die Geschäftsbanken ihrerseits tun hierzulande im Grundsatz genau dasselbe wie ihresglei-

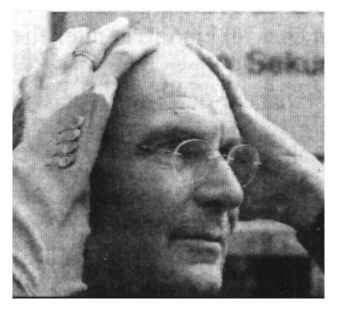
[966] Die (Zins-)Gewinne der *EZB* werden nämlich auf ihre Anteilseigner, also die nationalen Notenbanken, entsprechend der Höhe ihrer Anteile umgelegt; sofern diese Notenbanken private Organisationen der Geschäftsbanken sind, fallen diesen letzteren schlußendlich die Gewinne zu. Doch manche Notenbanken, darunter just die besonders hoch beteiligte *Bundesbank,* müssen diese Gewinne «leider» immer noch teilweise oder ganz an die Staatskasse ihres Landes abführen. Daher lohnt es sich für die Rothschildsche «fünfte Gewalt», ohnedies *weniger* «ertragreiche» Staatspapiere von der *EZB* übernehmen zu lassen, damit die *weit einträglicheren* neuen Staatsanleihen ihre Zinsgewinne *ungeschmälert* an die Geschäftsbanken ausschütten können. - Sogar *ELLEN HODGSON BROWN* machte sich leider ungewollt zum Sprachrohr der ROTHSCHILDS und Konsorten, wenn sie die in deren Auftrag gestreute Desinformation unkritisch weiterreichte (in: «Der freie Mensch» Nr. 7-8 [Juli-August] 2010, S. 36): «In dem verzweifelten Versuch, den Euro zu retten [??], hat die *Europäische Zentralbank* kürzlich die eigenen Regeln gelockert und griechische Staatspapiere auf dem Sekundärmarkt aufgekauft, anstatt der griechischen Regierung direkt Kredit zu geben.»

[967] *MARSHALL* a.a.O., S. 222.

chen in den USA. Wenn sie - neben allen möglichen auswärtigen Schuldtiteln! - deutsche Staatsanleihen «kaufen», geschieht das fast nur durch **Schöpfung** neuen Buchgeldes **aus nichts.** Die mengenmäßig kaum ins Gewicht fallenden Ausnahmen sind Käufe mit «Anlage-, d.h. *echtem* Sparkapital im expliziten Auftrag ihrer (Fonds-)Kunden.

In einem Antwortbrief des Bundesfinanzministeriums aus dem Jahre 2004 an einen neugierigen Fragesteller wurde freilich mit seltener Dummdreistigkeit immer noch die uralte Fabel abgespult: «Im wesentlichen werden die Bundeswertpapiere von finanziellen Intermediären [= Vermittlern] - wie inländischen und ausländischen Banken, Versicherungen und Investmentfonds - gehalten. Ein Teil der Bundesschuld entfällt auf private Sparer, die Bundesschatzbriefe und Bundesobligationen direkt als Daueremission erwerben können oder andere Wertpapiere des Bundes über die Börse ... Da Banken, Versicherungen und Investmentfonds wiederum ihre Einlagen von den privaten Sparern erhalten, finanzieren in wirtschaftlicher Hinsicht die inländischen Sparer direkt oder indirekt die Kredite des Bundeshaushalts, soweit sie nicht von ausländischen Gläubigern gehalten werden.»[968]

Entgegen diesem Lügenmärchen ist festzuhalten: Weil **im aktuellen Schuldgeldsystem** *echte* Spargelder immer nur auf Kosten anderer, desto tiefer verschuldeter «Kreditnehmer» überhaupt entstehen können, ist ihre Größenordnung, selbst Pensionsfonds, Lebensversicherungen u. dgl. miteingerechnet, zu jedem Zeitpunkt nahezu vernachlässigbar gering, in Deutschland genauso wie überall sonst. Hochinteressante Angaben dazu brachte der *Bund der Steuerzahler* Ende 2009 an die Öffentlichkeit, allerdings ohne jeden Versuch, daraus die gebotenen Schlüsse zu ziehen - das **darf** er nämlich nicht.. .



Karl Heinz Däke, Chef des Bunds der Steuerzahler, mit Signal ...

Ende 2009 lagen die akkumulierten Schulden sämtlicher staatlichen Haushalte Deutschlands bei über 1680 Mrd. Euro. Ein halbes Jahr früher waren es noch 40 Mrd. weniger. «Mitte 2009 schuldeten Bund, Länder und Gemeinden den **ausländischen** Gläubigern rund 885 Milliarden Euro». Das waren schon einmal rund 54 Prozent! «Hinzu kommen 430 Milliarden Euro, die deutsche Banken und Sparkassen dem Staat geborgt haben.» Weil das auf dem Wege der Schöpfung **aus nichts** geschieht, wofür reale Spareinlagen der Kunden bloß die «Reserven» abgeben, fallen weitere rund 26,2 Prozent weg; schon über 80 Prozent oder vier Fünftel der deutschen Staatsschulden hatten also 2009 mit irgendwelchen «Spargeldern» deutscher Bürger nichts zu tun! «Weitere 325 Milliarden Euro schuldet die Bundesregierung sonstigen Gläubigern im Inland, also vor allem Privatpersonen, Versicherungen und Fonds.» Das sind die noch fehlenden gut 19,8 Prozent. Und die verteilen sich, neben den «Privatpersonen», auf eine Vielzahl von «Institutionen», von denen nur die zwei wichtigsten Gruppen überhaupt genannt werden: Versicherungen und Fonds. «Soweit die offiziellen Angaben der *Deutschen Bundesbank.* Nähere Details? Fehlanzeige.»[969] Nicht ganz! Denn

[968] Brief an *KURT DANNHÄUSER*-, von diesem zit. in: «Recht und Wahrheit» Nr. 9+10 (September/Oktober) 2004, S. 14.

[969] «Fehlanzeige» auch bei *GRANDT* a.a.O., S. 245, der für «Ende 2009» Zahlen nennt, die hinten und vorn nicht zusammenpassen! Ihm zufolge hielten «Kreditinstitute» 440 Mrd., das «Ausland» 800 Mrd. und «Privatleute, Sozialversicherungen, Bausparkassen und Versicherungen» 315 Mrd. Euro der deutschen Staatsschulden in einer Gesamthöhe von «gegenwärtig» (= Anfang 2010) «rund 1,65 Billionen (= 1 650 Milliarden) Euro». Zählt man die drei Fraktionen aber zu-

die Zahl der Privatleute und ihrer in Staatspapieren angelegten Gelder ist bekannt. Jedenfalls, soweit diese Privatleute zwecks Umgehung der leidigen Bankspesen *direkt* beim Bund ihre Anlagepapiere kaufen. «Privatpersonen können bei der *Finanzagentur GmbH* Bundeswertpapiere in einem gebührenfreien Schuldbuchkonto deponieren. Auf diese Weise hatten Ende 2008 rund 435 000 Personen dem Bund rund 17,3 Milliarden Euro geliehen. Gemessen an der Gesamtverschuldung spielen die Schuldbuchkontoinhaber also nur eine kleine Rolle.»[970]

Letzteres ist ein «klein» bißchen untertrieben, denn jetzt wollen wir einmal anfangen, selber zu rechnen: 17,3 Milliarden private Direktanlagen von Spargeldern beim Bund machen von 1 640 Mrd. staatlichen Gesamtschulden wieviel Prozent aus? Richtig, genau 1,05 Prozent oder ein klitzekleines bißchen mehr als ein Hundertstel! Und wenn 435 000 Personen insgesamt 17,3 Milliarden in Staatspapieren anlegen, wieviel legt dann im Durchschnitt jeder einzelne an? Nicht viel mehr als das, was er inzwischen für einen gut ausgestatteten Mittelklasse-Neuwagen auszugeben hätte, nämlich schlappe 39 770 Euro.

Herrn HELMUT CREUTZ und anderen Anhängern des Märchens vom kleinen Sparer, der den großen Staat ganz allein verschuldet, zuliebe sind wir jedoch einmal **großzügig** und nehmen an, daß die Hälfte der kleinen Sparer aus Bequemlichkeit, Hilflosigkeit oder Unwissenheit den **für sie teureren** Weg über «ihre» Bank gehen, wenn sie ihre Spargroschen in Staatspapieren anlegen wollen. Damit würde sich der Anteil der Privatleute an der Staatsschuld auf 2,1 Prozent oder ein gutes Fünfzigstel verdoppeln und derjenige der inländischen Banken um ein Sechsundzwanzigstel auf 25,1 Prozent = immer noch ein sattes Viertel der gesamten Staatsschulden zurückgehen.

Nehmen wir weiter **großzügig** an, die inländischen «institutionellen» Anleger, die also jetzt nur noch 18,75 % minus 1,05 % darin enthaltener direkt beim Bund anlegender Privatpersonen = 17,7 % = wenig mehr als ein Sechstel aller staatlichen «Gläubiger» ausmachen, kauften ihre Staatspapiere *genau zur Hälfte* mit von ihnen (statt von den Banken) eingesammelten Spargeldern von Privatleuten, so wären das 8,85 % der gesamten Staatsverschuldung. Zusammen mit den schon errechneten 2,1 % sonstiger Spargelder kämen wir dann auf einen Anteil inländischer privater Sparer von maximal 10,95 % an der gesamten Staatsverschuldung. Das entspräche dann **alles in allem** einem knappen Neuntel oder guten Zehntel!

Unsere Annahmen dürften jedoch **zu** großzügig sein, weil angesichts der - selbst für den *Bund der Steuerzahlerl* - auffallend wolkig und unklar gehaltenen Kategorie «sonstige Gläubiger» unbedingt damit zu rechnen ist, daß es sich großenteils wieder bloß um a) direkte oder indirekte Tochtergesellschaften von Banken[971] bzw. b) mit den drei oder

sammen, ergeben sie nicht etwa 1 650, sondern bloß 1 555 Milliarden . . . Doch auch auf der Folgeseite (246) seines Buches fuhrt der Autor in einer Tabelle für «2009» ungerührt Staatsschulden von sogar «1 655» Mrd. Euro an, so daß sich ein «Fehlbetrag» von 100 Mrd. auftut!

970 «Haus & Grund Württemberg», Januar 2010, S. 14; der anonyme Beitrag war übernommen aus dem vom *Bund der Steuerzahler* herausgegebenen Organ «Der Steuerzahler».

971 *BURY/SCHMIDT*a.a.O., S. 66fweisen daraufhin, «daß in Deutschland fast alle großen Kapitalanlagegesellschaften in direktem Besitz von Banken und Versicherungskonzernen sind. Denn im Gegensatz zu anderen Rechtssystemen ist es in Deutschland Banken und Versicherungen erlaubt, Anteile an Kapitalanlagegesellschaften in beliebiger Höhe zu halten. Das führt dazu, daß der in Deutschland [1996] boomende Markt für Investmentfonds ausschließlich von bank- oder versicherungseigenen Gesellschaften dominiert wird. So ist die größte deutsche Investmentgesellschaft, die *Deutsche Gesellschaftfür Wertpapiersparen (DWS),* natürlich eine hundertprozentige Tochter des Marktfuhrers *Deutsche Bank.* 1995 verwaltete die *DWS* ein Fondsvermögen von rund 48,5 Milliarden DM. Zweitgrößte deutsche Kapitalanlagegesellschaft ist der *Deutsche In-*

vier hiesigen Großbanken und deren Bilanzen auf das undurchsichtigste und unentwirrbarste **verflochtene** Versicherungsgiganten wie vor allen anderen die Münchener *Allianz* und die mit ihr ebenfalls überkreuzverkoppelte *Münchener Rück* (heute: *Munich Re)* handelt[972]. Außerdem ist c) zu bedenken, daß die Banken(mit-)eigentümer selber, **und sogar gerade sie,** zumindest einen **Teil** ihrer enormen Zinsgewinne auf das aus nichts geschöpfte Geld in Lebens- und andere Kapitalrückzahlungsversicherungen investieren werden, dies freilich eher im Bereich des Zehn-, Hundert- oder gar Tausendfachen dessen, was wir als den Durchschnittsbetrag für die Kleinanleger ermittelt haben. Solche Anlagen von **aus nichts** erzielten Bankenzinsgewinnen dürfen jedoch nicht mit realen Ersparnissen der hart arbeitenden Bevölkerung in einen Topf geworfen werden; vielmehr müssen sie **im aktuellen Schuldgeldsystem** ebenfalls als (indirekte) Bankenschulden gewertet werden.

Obwohl es sich also nur um ein einziges Prozent des Gesamt«bedarfs» handelt, leistet sich die Bundesregierung - von der Rothschildschen Geldmacht dazu «sanft» genötigt? - seit einigen Jahren tatsächlich den Luxus einer eigenen Bundesagentur für den «Verkauf» von Bundesanleihen an kleine Sparer. Einem anderen Zweck als der raffinierten Verschleierung dessen, bei welchen «Gläubigern» der deutsche Staat *tatsächlich,* nämlich *in der Hauptsache,* mit inzwischen schon rund **1 900 Milliarden** Euro oder noch mehr «verschuldet» ist, kann dieser Aufwand unmöglich dienen.

Doch halt! Immerhin ist diese *Deutsche Finanzagentur GmbH,* im Jahre 2000 mit dem Bund als einzigem Gesellschafter gegründet[973], gleichzeitig für den **eigentlichen**

vestment Trust (DIT), ein hundertprozentiges Tochterunternehmen der *Dresdner Bank,* der 1995 über ein Fondsvermögen von 27,6 Milliarden DM verfugte, gefolgt von der *DEKA,* einer Tochter der öffentlich-rechtlichen Landesbanken, mit einem Fondsvolumen von 25,6 Milliarden DM, der *Allgemeinen Deutschen Investment Gesellschaft (ADIG),* die zu jeweils 41,7 Prozent der *Commerzbank* und der *Bayerischen Vereinsbank* gehört, sowie der *Union-Investment-Gesellschaft* der Genossenschaftsbanken.» Im März 2000 hatte sich zwar die Rangfolge, sonst aber nichts wesentliches verändert; *NOLTING* a.a.O., S. 32 macht für diesen Zeitpunkt folgende Angaben zum jeweiligen «Marktanteil»: *DWS* 22,4 %, *Deka* 19,2 %, *Union Investment* 14,9 %, *DIT* 13,8 %, *ADIG* 7,9 %, «Sonstige» 21,8 %. Es dürfte klar sein, daß nichts und niemand die Banken bzw. Bankeneigentümer daran zu hindern vermag, ihre Zinsgewinne jeweils wieder in diesen ihren eigenen Fonds «anzulegen». Es dürfte weiter klar sein, daß dank des **aktuellen Schuldgeldsystems** ein beträchtlicher Teil des enormen «Anlagevermögens» dieser Fonds auch nirgendwo anders überhaupt herkommen *kann*

972 Ygj zu (}iesem jm einzelnen gänzlich unüberschaubaren Geflecht von Überkreuzbeteiligungen (Stand der frühen bis mittleren 1990er Jahre) *BURY/SCHMDT* a.a.O. passim, insbes. S. 34-41 (Schaubilder!). Am Tatbestand hat sich bis heute trotz ständiger «Umschichtungen» einzelner Positionen nichts *wesentliches* geändert. *ARGENS* a.a.O., S. 237 stellt noch im Jahre 2009 fest, «daß Versicherungen und Banken in Deutschland so eng miteinander verwoben sind, daß nicht einmal die *BaFin* [= Bundesaufsichtsbehörde für das Finanzwesen] die Folgen einer Bankenpleite [für die Versicherungen] vorhersagen kann». - Auch anderswo bestehen dieselben, oft sogar grenzüberschreitenden Verfilzungen von Banken- und Versicherungssektor. So war etwa der «Financial Times Deutschland» vom 23.12.2004 zu entnehmen, daß der **niederländische** «Finanzkonzern» (was genau ist das eigentlich?) *Eureko* soeben seinen Anteil an der «größten» **polnischen** Versicherungsgesellschaft *Powszechny Zaklad Ubezpieczen* auf 31,8 % erhöht hatte, durch den Zukauf eines Anteils von 10 %, die sich bis dahin im Besitz der **polnischen** *Bank Millennium* befunden hatten, die ihrerseits von der **portugiesischen** *Banco Comercial Portugués* «kontrolliert» wurde, welche letztere wiederum mit der eingangs genannten **niederländischen** *Eureko* «verflochten» war . . .! - Zinsgewinne der Versicherungen auf ihre Staatspapiere sind also großenteils - Bankgewinne.

973 *DOHMEN* a.a.O., S. 68; *ROLFLEBERT* in: «Financial Times Deutschland», 23.12.2004 (betreffs des Gründungsjahres).

«Verkauf», denjenigen an die **großen** Banken, und wirklich *nur* an sie[974], zuständig. Vor dem Jahr 2000 besorgte übrigens all das noch sinnigerweise gleich die *Bundesbank* selber, aber die gehört ja längst zur *EZB*, welche sich mit Staatspapieren zumindest offiziell und theoretisch nicht mehr direkt selber befassen darf. . .

Jeder, der das nötige Kleingeld hat, kann also Staatspapiere (freilich nur solche des Bundes) direkt bei dieser schönen Agentur kaufen. Ende 2002 standen ihm da folgende Varianten zur Wahl:

* «Bundesanleihen» mit zehn- bis 30jähriger Laufzeit, jährlich ausgezahltem Festzins, freier Handelbarkeit an der Börse, **Mindestanlage 100 Euro;**
* «Bundesschatzbriefe» mit sechs- bis siebenjähriger Laufzeit, Zinstreppe, wahlweise jährlicher Zinsauszahlung oder Zinseszinsakkumulation bis zum Laufzeitende, wahlweiser Auslösung schon nach einem Jahr;
* «Bundesobligationen» mit diversen Laufzeiten, jährlich auszahlbarem Festzins, jederzeitiger Auslösbarkeit, **Mindestanlage 100 Euro;**
* «Bundesschuldverschreibungen» mit ein- bis zweijähriger Laufzeit, jährlich ausgezahltem Festzins, ohne vorzeitige Auslösbarkeit, **Mindestanlage 100 Euro.**[975]

Das Interessanteste an diesen Angaben aus einem als «Anlegerempfehlung» konzipierten Zeitungsartikel ist die bei fast allen «Produkten» vorgesehene Mindestanlage von schäbigen 100 Euro, ein unübersehbares Indiz für das **tatsächliche Nichtvorhandensein** nennenswerter «Spar»vermögen - außer (hauptsächlich) bei den privaten Bankeneigentümern. Die jedoch haben es gerade **nicht** nötig, ihre persönlichen Zinsgewinne aus dem Bankgeschäft *erneut* in Staatspapiere zu «investieren», sondern legen sie allenfalls bei (ihrerseits dann Staatspapiere kaufenden) Kapitalversicherungen, vor allem aber in Unternehmensanteilen, Immobilien und dergleichen entweder bleibend oder zu Spekulationszwecken an. Nun läßt sich ja leicht ausrechnen: Selbst wenn von den 80 Millionen Einwohnern der Bundesrepublik ausnahmslos jeder, vom gerade erst Neugeborenen bis zum bereits im Sterben liegenden Greis, 1000 Euro, also das **Zehnfache** der ja nicht umsonst angebotenen «Mindestanlage» von bloß 100 Euro (!), in Staatspapieren «angelegt» hätte, ergäbe das mit 80 Milliarden Euro im Jahre 2010 gerade einmal 4,44 Prozent der gesamten Staatsschulden von 1 800 Milliarden Euro - kaum mehr als der berühmte «Tropfen auf den heißen Stein»!

Der **wirkliche,** d.h. **substantielle** «Verkauf» der Staatsanleihen erfolgt daher, wie schon gesagt, an die Banken und **nur** an sie. «Im Jahr 2009 hat die Bundesrepublik Deutschland auf 60 Auktionen Anleihen und kurzlaufende Geldmarktpapiere mit einem Rekordvolumen von 329 Milliarden Euro versteigert. Diese wurden von einer Bietergruppe von 28 Banken gekauft, die diese dann meist an institutionelle Investoren weiterveräußern.»[976] Letzteres *kann* zutreffen, wenn man unter «institutionellen Anlegern» **andere Banken** bzw. **Tochtergesellschaften von Banken** (Investmentfonds, Geldmarktfonds, Hedgefonds, Versicherungen, Stiftungen etc.) versteht. Es ist jedoch irreführend, falls man sich einbildet, es gäbe außer den Banken und ihren vielgestaltigen Ablegern

[974] Vgl. «Haus & Grund Württemberg», Januar 2010, S. 14: Die *Bundesrepublik Deutschland Finanzagentur GmbH* «verkauft Bundeswertpapiere an die „Bietergruppe Bundesemissionen", die derzeit aus 27 Großbanken aus dem In- und Ausland besteht. . . . Zutritt zur Gruppe hat nur, wer dem Bund eine entsprechende Großabnahme seiner Wertpapiere garantieren kann.»

[975] Alles lt. *ANDREA RESIGKEIT* in: «Die Tagespost», 31.12.2002.

[976] *GRANDT* a.a.O., S. 242; wie man sieht, kann sich die Zahl der erlauchten Mitglieder der Bankenbietergruppe jederzeit (geringfügig) ändern, denn weiter oben war von nur 27 statt hier 28 die Rede.

überhaupt noch andere «institutionelle Investoren», die ihnen das Wasser reichen könnten. Tatsache ist übrigens, daß man entgegen der gerade zitierten Behauptung überhaupt nicht **weiß,** ob die Banken die von ihnen gekauften Staatspapiere behalten, verkaufen, verpfänden, wieder zurückkaufen oder was immer sonst damit anfangen[977]!

Das hat erst jüngst wieder - immerhin! - der *Bund der Steuerzahler* klargemacht: «Der Staat weiß natürlich, wem er welche Wertpapiere ursprünglich verkauft hat. Aber er hat nach dem Verkauf keinen genauen Überblick mehr, ob die Käufer die Wertpapiere behalten oder an der Börse weiterverkauft haben. Und selbst an den Zinszahlungstagen oder wenn die Wertpapiere zur Rückzahlung fällig werden, melden sich die einzelnen Gläubiger nicht direkt beim Staat. Das übernimmt üblicherweise *Clearstream,* ein Unternehmen im Besitz der *Deutsche Börse AG.* Die öffentliche Hand überweist den Großteil ihrer Zins- und Tilgungszahlungen zunächst an *Clearstream. Clearstream* leitet dann die Zahlung an die jeweils aktuellen Eigentümer der öffentlichen Anleihen, Schatzbriefe, Obligationen etc. weiter.... Marktuntersuchungen haben ergeben, daß 2008 mit Bundeswertpapieren ein weltweites Handelsvolumen von über sechs Billionen Euro erzielt wurde. Das bedeutet, daß im Jahr 2008 jedes Bundeswertpapier im Durchschnitt sechs Mal den Besitzer gewechselt hat. Kein Wunder also, daß nicht nur aus Gründen des Datenschutzes und des Bankgeheimnisses, sondern auch aus ganz praktischen Schwierigkeiten heraus keine ständig aktualisierten Gesamtlisten von Wertpapierbesitzern existieren.»[978]

Die Angaben bezüglich der Zinsen auf die deutschen Staatsschulden variieren augenscheinlich je nach Interessenlage dessen, der sie gerade verbreitet... Im Jahre 2005 hatte ANTON VERGEINER, der bereits den Staatsbankrott «kommen» sah, errechnet, «daß der Staat im langfristigen Jahresschnitt sechs Prozent Zinsen für seine Kredite zahlen muß»[979]. MICHAEL GRANDT, der fünf Jahre später den Staatsbankrott ebenfalls «kommen» sieht, dies jedoch eher aus Sicht der (kleinen) «Anleger», die oft genug wenig konsequentermaßen möglichst saftig von denselben Staatsanleihen profitieren möchten, die (vermeintlich) den gefürchteten Staatsbankrott herbeiführen werden (!), macht eine etwas andere Rechnung auf: ihm zufolge betrug die «Rendite» auf «Bundesobligationen» 1979 noch 7,72 %, 2009 war sie auf 1,6 % gefallen[980]. Stellt man jedoch seine Angaben über die Gesamthöhe der deutschen Staatsschuld 2009 (1 655 Mrd. Euro) denjenigen über die Höhe der Zinszahlungen aller deutschen öffentlichen Haushalte im sel-

[977] Gelegentlich erfahrt man aus der Presse ganz am Rande, daß die Banken in Deutschland (und anderswo) sich bevorzugt mittels der weiter oben schon kurz vorgestellten Pfandbriefe «refinanzieren», Schuldverschreibungen, «die meist mit Immobiliendarlehen oder Krediten an die öffentliche Hand besichert sind» (*MÄREIKE SCHEFFER* in: «Financial Times Deutschland», 12.10.2010; Hervorh. hinzugefugt). Das heißt nichts anderes, als daß die Banken staatliche Schuldpapiere an andere «Investoren» als «Sicherheit» weiterreichen. Da die besagten «Investoren» jedoch zumeist lediglich *andere* Banken oder deren vielgestaltige «Töchter» (Hedge-Fonds, Investment-Fonds etc.) sind, bleiben auch diese fleißig gehandelten Staatsschulden letztlich unter der Obhut und Kontrolle der Kreditinstitute. - Schuldpapiere, gerade auch deutsche, wandern bisweilen sogar als *direkte* «Pfander» von einer Bank zur andern. So las man im «Handelsblatt» vom 10.6.2010, eine spanische Zeitung habe berichtet, «nur die größten Banken Spaniens könnten sich am Interbankenmarkt noch finanzieren. Dies gelinge ihnen, weil sie Staatsanleihen anderer Länder wie etwa Deutschland als Sicherheit hinterlegten.»

[978] «Haus & Grund Württemberg», Januar 2010, S. 14; der Beitrag war übernommen aus dem vom *Bund der Steuerzahler* herausgegebenen Organ «Der Steuerzahler».

[979] *ANTON VERGEINER* in: «Deutschland in Geschichte und Gegenwart», zit. n. d. Abdruck seines Beitrags in: «PHI-Deutschlanddienst», 14.7.2005, S. 202f, hier: S. 203.

[980] *GRANDT* a.a.O., S. 258.

ben Jahr 2009 (71,325 Mrd. Euro) gegenüber[981], ergibt sich für 2009 eine durchschnittliche Zinsquote von immer noch gut 4,3 %. Darin sind neben den sehr bescheidenen 1,6 % auf aktuelle Neukredite auch die enormen 11 % auf die 200 Mrd. «DDR-Altschulden» von 1990/1995, selbst jetzt noch ein knappes Achtel der seit damals gewaltig gewachsenen Gesamtschulden (!), enthalten . . .

Zu diesen vordergründig völlig «künstlich» geschaffenen «Altschulden» der DDR ist allerdings noch etwas sehr Wichtiges zu sagen. Wer das aktuelle Schuldgeldsystem mit größter Selbstverständlichkeit akzeptiert - wie die oben zitierten, gegenüber der Anerkennung der DDR-«Schulden» kritischen Experten HANKEL, STREIT und andere -, hat objektivermaßen gar kein Recht, den Vorgang zu tadeln, denn er war im aktuellen Schuldgeldsystem schlicht unumgänglich! Wie das? Ganz einfach! Rund 17 Millionen neue Bundesbürger - die Einwohner der vormaligen DRR - sowie zahllose neu hinzugekommene Unternehmen - die Unternehmen der vormaligen DDR - mußten auf einen Schlag mit D-Mark-Beständen in Höhe mehrerer Hundert Milliarden (Bar- und Buchgeld!) versorgt werden. Doch woher sollte dieses Geld kommen? Neues Geld, so lautet der unerbittliche Grundsatz des aktuellen Schuldgeldsystems, kann und darf einzig als «Kredit» ins Dasein treten! Wer aber hätte den 17 Millionen vormaligen DDR-Bürgern im Ernst vorschlagen können, sie sollten zum Ersatz für ihre wertlos gewordenen DDR-Mark-Geldbestände das entsprechende DM-Geld bitteschön selber bei den Banken «leihen»!? Klar, so ging es auf gar keinen Fall! Aber irgendjemand mußte die benötigten neuen DM-Bestände «leihen», sollten die Neubürger nicht ohne Geld bleiben. Wie immer, wenn sich sonst kein Schuldner findet, war der Staat die letzte Rettung! Für diese enorme staatliche «Neukredit»aufnahme mußte jedoch ein irgendwie passender, im Bundeshaushalt «ausweisbarer» «Schuldtitel» her, und zwar ein möglichst unauffälliger, denn angefangen von den ROTHSCHILDS & Co. bis hinab zu ihren Lakaien in Politik, Wirtschaft, Medien und etablierter Finanzfachwelt konnte niemand das geringste Interesse daran haben, das aktuelle Schuldgeldsystem für die gesamte Republik in seiner ganzen Absurdität, Häßlichkeit und Bosheit offenbarwerden zu lassen! Man fand darum den gesuchten Schuldtitel in Form der sogenannten «DDR-Altschulden» ...

Für die Neubürger bzw. die gesamte bundesrepublikanische Öffentlichkeit sah die auf dieser Grundlage vorgenommene «Umtausch»aktion dann völlig harmlos und «normal» aus, eben genau wie erwartet. Die Neubürger kamen zu den Geld-Umtauschstellen und erhielten vom Staat vermittels der braven Banken ihr neues Geld. Daß die lieben Banken das Geld nicht einfach so herausrückten, sondern dem Staat zuvor erst einmal sogenannte «DDR-Altschulden» in entsprechender Höhe aufgebürdet hatten, wurde von niemandem begriffen.

11) Übriges Westeuropa

Die «Technik» («Kauf» von Staatsschuldpapieren durch die Geschäftsbanken mit jeweils frisch aus nichts geschöpftem «Geld») ist überall dieselbe, die jeweils *aktuelle* Höhe der Verschuldung der einzelnen europäischen Länder läßt sich der Tageszeitung oder dem Weltnetz entnehmen. Insoweit erübrigt es sich, auf weitere Länder einzeln einzugehen. Wir greifen nur die Situation bzw. Entwicklung einiger weniger Staaten heraus, die unter dem einen oder anderen Gesichtspunkt von besonderem Interesse ist.

[981] Ebd. 246 bzw. 248.

a) Staatsschulden in der EU

Bereits weit im Vorfeld der bekanntlich erst 1999 sozusagen «unsichtbar» (definitiv festgeschriebene Wechselkurse), 2002 dann auch sichtbar (Euro-Einführung) hergestellten europäischen Währungsunion, nämlich schon im Einigungsvertrag von Maastricht 1992, ließen die **ROTHSCHILDS** sicherstellen, daß in der gesamten Eurozone das herrlich profitable Geschäft der systematischen Verschuldung der Staaten den Geschäftsbanken, **unter Ausschluß der** *EZB*, überlassen bleiben würde. *Bundesbank*-Autor **KITTERER** faßt die beiden diesbezüglichen «gemeinsamen Grundsätze» des Maastricht-Vertrags so zusammen:

«• Jede monetäre Finanzierung öffentlicher Defizite durch Überziehungs- oder andere Kreditfazilitäten bei der *Europäischen Zentralbank* oder den Zentralbanken der Mitgliedstaaten ist untersagt. Das gilt nicht nur für die Gebietskörperschaften, sondern auch für andere öffentlich-rechtliche Körperschaften, sonstige Einrichtungen des öffentlichen Rechts und öffentliche Unternehmen der Mitgliedstaaten.. . .

«• Die Gemeinschaft haftet weder für die öffentlichen Schulden und Schuldenlasten einzelner Länder, noch gilt diese Haftung für die Länder untereinander.»[982]

Beide Grundsätze blieben von den diversen «Nachbesserungen» des EtZ-Vertrags in Lissabon und Nizza unberührt, gelten also bis heute, obwohl sie 2010 bezüglich Griechenlands erstmals «ausnahmsweise» übertreten wurden. Ihr wahrer Sinn liegt nicht in der offiziell vorgeschobenen und von **KITTERER** unterwürfig nachgeplapperten Begründung, dadurch solle «Haushaltsdisziplin im Sinne einer Beschränkung öffentlicher Haushaltsdefizite» «gewährleistet» werden[983]. Wie inzwischen längst klargeworden sein sollte, sind dauerhafte «Haushaltsbeschränkungen» der Staaten weder **PROTOKOLLARISCH** erwünscht noch **im aktuellen Schuldgeldsystem** überhaupt möglich. Und was die Zentralbank nicht tun «darf», nämlich Staatsschuldpapiere «kaufen», das werden halt an ihrer Statt die Geschäftsbanken besorgen ...

Der **wahre** Sinn und Zweck der förmlichen Ausschaltung der *EZB* kann daher nur darin liegen, die Rothschildschen und sonstigen Geschäftsbanken **möglichst hohe** Zinsgewinne aus dem Staatsschuldengeschäft ziehen zu lassen. Das ist nämlich nur durch möglichst hohe Zinssätze erreichbar. Diese Zinssätze variieren bekanntlich von Land zu Land ganz beträchtlich. Auf deutsche Staatsanleihen können wegen des ersichtlich fehlenden «Risikos» nur *relativ* geringe Zinssätze erhoben werden, auf portugiesische oder griechische, aber auch italienische oder irische dagegen sehr viel höhere. Stiege jedoch die *EZB* selber in das Geschäft ein, würde ihr sehr schnell Parteilichkeit gegenüber jenen Staaten vorgeworfen, von denen sie für dieselben Staatsanleihen die bisher üblichen weit höheren Zinsen verlangen wollte als von anderen £i7-Mitgliedsländern. Nähme sie aber, um diesem Vorwurf zu entgehen, von allen Staaten dieselben (insgesamt niedrigeren) Zinssätze, erwüchse den Geschäftsbanken daraus enorme Konkurrenz, so daß auch sie sehr bald ihre Zinsforderungen an die vorgeblichen «Risiko»-Länder entsprechend herunterschrauben bzw. nivellieren müßten.

982 ***KITTERER*** a.a.O., S. 244. - Wenn dem zum Trotz *MARSHALL* a.a.O., S. 437, Anm. 4 schreibt: «Alle europäischen Regierungen geben zur Finanzierung von bestimmten Vorhaben regelmäßig Schuldverschreibungen aus. Neben den Zentralbanken können diese auch von anderen, zum Beispiel Geschäftsbanken, gekauft werden», spiegelt das bestenfalls die Verhältnisse *vor* der Gründung der *EZB* wider, übertreibt dabei jedoch den Part der Zentralbanken und spielt denjenigen der Geschäftsbanken massiv herunter.

983 ***KITTERER*** ebd.

Indem jedoch trotz Euro-Währungsunion jedes ¿{/-Mitgliedsland seine Staatsschulden weiterhin strikt für sich allein «verwalten» darf und diese Schulden obendrein für die *EZB* und ihre nationalen Unterabteilungen tabu sind, bleibt betreffs der von den meisten ¿{/-Staaten verlangten höheren Zinssätze alles beim alten - zur hellen Freude der Geschäftsbanken: «Eine Euro-Anleihe ist keine Euro-Anleihe, weil Investoren weit höhere Risikoaufschläge für griechische Staatsanleihen verlangen als für spanische, französische oder deutsche.»[984] «Im Januar 2009 mußten die Südländer und Irland in Euro die gleichen hohen Zinsen zahlen wie vorher in ihren weichen Währungen (Drachme. Lira, Peseta, Escudo oder Irischem Pfund).»[985] Erst die aktuelle sogenannte Euro-Schuldenkrise soll diesen bisherigen, für die Banken paradiesischen Zustand im «höheren» Interesse des Endziels der PROTOKOLLE demnächst beenden; wir kommen noch näher darauf zu sprechen!

Höhere Zinsen auf «riskante» Staatsanleihen sorgen für einen immer rascheren Anstieg der staatlichen Gesamtschuldenlast (denn Zinszahlungen = Neukredite!), ohne daß dafür immer neue spezielle «Begründungen», sprich: faule Ausreden vorgebracht oder plausible «Anlässe» aufwendig erzeugt werden müssen. Bei risikolosen Staaten wie den USA oder Deutschland läßt sich die ganz im Sinne der PROTOKOLLE liegende Beschleunigung der Verschuldung dagegen nur durch die Schaffung oder wenigstens Erfindung immer neuer «Gründe» für erhöhte staatliche Kreditaufnahmen bewerkstelligen.

b) Staatsschulden in Großbritannien

Das Land, wo das aktuelle Schuldgeldsystem und mit ihm die modernen Staatsschulden «erfunden» wurden, verdient unter mehrerlei Hinsicht besondere Aufmerksamkeit. Erstens sitzt genau hier sozusagen die Spinne, die das riesige, weltweite Netz gesponnen hat, in dem längst fast alle Staaten der Erde unentrinnbar zappeln. Doch dazu werden wir noch kommen. Zweitens «darf» hier die Zentralbank, anders als in der Eurozone, bis heute tun, was sie immer getan hat: nach Herzenslust Staatsanleihen «kaufen». Drittens ist das Land für die Staatsgläubiger ähnlich risikoarm wie die USA oder Deutschland; entsprechend viele Vorwände mußten und müssen immer neu gestrickt werden, um das von den ROTHSCHILDS gewollte Anwachsen der britischen Staatsschulden in den Augen der «demokratischen» Öffentlichkeit als «notwendig» erscheinen zu lassen. Viertens beansprucht die Staatsschuld hier, genau wie in den USA, zwangsläufig einen besonders hohen Anteil an der nationalen Gesamtverschuldung, weil die Unternehmen sich sehr viel stärker als anderswo am Aktienmarkt «finanzieren» und insoweit als Bankenschuldner ausfallen.

Im Frühjahr 2009 «kam es zu ersten Problemen bei der Staatsfinanzierung: Bei der Auktion 40j ähriger Staatsanleihen betrug die Nachfrage nur noch 93 Prozent, obwohl solche Auktionen normalerweise deutlich überzeichnet sind. Das erste Mal seit 1995 fanden britische Staatsanleihen nicht mehr ausreichend Käufer. Im Dezember 2009 setzte sich dieser Trend fort, es war der zweitschlechteste Monat für den britischen Anleihemarkt seit zehn Jahren. Großinvestoren kündigten an, sich auch in Zukunft bei Käufen britischer Bonds zurückzuhalten.»[986]

GRANDT wie auch ARGENS werten das als Anzeichen für den bevorstehenden «Staatsbankrott» des Vereinigten Königreichs, übersehen jedoch geflissentlich, daß es dazu 1995

[984] *PAULKRUGMAN*, zit. n. *GRANDT* a.a.O., S. 193.

[985] *ARGENS* a.a.O., S. 163.

[986] *GRANDT* a.a.O., S. 155; ihm gemäß war das «im Mai 2009», während *ARGENS* a.a.O., S. 225 das exakte Datum «25. März 2009» nennt; es muß dahingestellt bleiben, was denn nun stimmt.

oder danach auch nie gekommen ist, nicht einmal im Gefolge des - leider nicht mitgeteilten - «schlechtesten Monats» «seit zehn Jahren» ... In Wirklichkeit mag die Finanzkrise (ungenügendes «Eigenkapital» bzw. voll ausgereizte «Mindestreserven» der Banken hindern sie zunächst einmal daran, weitere «Kredite» aus nichts zu schöpfen!) daran schuld gewesen sein; eine andere Erklärung wäre die, daß die ROTHSCHILDS auf solch dezente Weise zu verstehen geben wollten, daß ihnen die Laufzeit gar zu lang oder die vorgesehenen Zinsen nicht hoch genug «erschienen». Endlich könnte es ja auch sein, daß die britische Regierung in irgendeinem Punkt nicht befolgt hatte, was ihr von der «fünften Gewalt» befohlen worden war, woraufhin diese «Verwarnung» erfolgte ...

Jedenfalls geschieht in Großbritannien gewöhnlich dasselbe wie in den USA: fallen die Geschäftsbanken momentan als «Käufer» aus, springt sogleich die **private,** also **denselben Geschäftsbanken gehörende'** Zentralbank als «Käuferin» in die Bresche, denn **die** braucht sich bei der wunderbaren Geldvermehrung weder um mangelndes «Eigenkapital» noch um unterschrittene «Mindestreserven» zu scheren! Das war auch 2009 nicht anders. «So finanziert die *Bank von England* schon nahezu die gesamte Neu Verschuldung des britischen Staates. Gegen Ende 2009 wurden britische Staatsanleihen (Gilts) im Wert von 168,57 Milliarden GBP (britische Pfund) durch die Notenbank erworben, was 12,15 Prozent der britischen Wirtschaftsleistung entsprach. Im Frühjahr 2010 wird damit aber Schluß sein.»[987] Sollte dieser Ankündigung wirklich entsprochen worden sein, dann war das kein Wahrmachen einer Drohung, als die sie GRANDT gerne mißverstehen möchte, sondern Ausdruck dessen, daß sich die «Kauflaune» der Geschäftsbanken wieder gebessert hatte. Im übrigen konnten diese letzteren sich immer noch in aller Ruhe überlegen, ob sie der *Bank von England* ihre 2009 «erworbenen» Staatspapiere nicht doch noch irgendwann abnehmen wollten, falls das unter irgendeiner Rücksicht ihre Gewinne zu steigern vermochte.

Was die direkt ROTHSCHLLD-gelenkte *Bank von England* da an *neuen* Staatsschulden **nur für das Haushaltsjahr 2009/10** gegen frisch aus nichts fabriziertes «Geld» «gekauft» hatte, entsprach übrigens fast genau der **gesamten** britischen Staatsschuld des **Jahres 1990;** die lag damals «erst» bei 171 Mrd. Pfund[988]! Die PROTOKOLLARISCHE Verschuldung der Staaten macht also unleugbar allerschönste Fortschritte.

Seine «Spar»phase, in der vorgeblich der Staatshaushalt «konsolidiert» werden sollte, hat England nun auch schon seit einem ganzen Jahrzehnt hinter sich. Von 1975 bis 1990 fiel die öffentliche Verschuldung von über 90 auf ca. 55 % des britischen BIP, stieg jedoch **in absoluten Zahlen** dennoch unaufhörlich an[989]! Dem zwischenzeitlichen Anwachsen auf rund 70 % des BIP bis 1995 folgte erneut eine drastische Reduzierung auf «nur» noch 40 % des BIP im Jahre 2000, was **in absoluten Zahlen** trotzdem mehr als eine *Verdopplung* gegenüber 1990 bedeutete[990]! Seitdem ist sie - bis 2010 - wieder rasant auf stolze 80 % des BIP geklettert[991]. Erreicht wurde also absolut vorhersehbarerweise **nichts,** dies jedoch um den Preis des «Ausverkaufs staatlicher Einrichtungen»[992]

987 *GRANDT* a.a.O., S. 154.

988 Ygi dazu die Tabelle in: *KITTYLITTLE,* Mammon Versus God. The Bankers' «New World» Disorder [Mammon gegen Gott. Die «Neue Weltunordnung» der Bankiers], London 1993, S. 17.

989 Vgl. ebd.: 33,7 Mrd. Pfund 1970; fast das Dreifache, nämlich 95,3 Mrd. Pfund 1980; eine 80prozentige Steigerung, die schon genannten 171 Mrd. Pfund, 1990!

990 «Über 400 Milliarden Pfund» lt. *ROWBOTHAM,* Goodbye America! .. . a.a.O., S. 24.

991 Vgl. die entsprechende Graphik («Darstellung 2») von *HELMUT CREUTZ,* in: «Humane Wirtschaft» Nr. 4 (Juli-August) 2010, S. 15.

992 Ebd.

an gierige «Investoren», sprich: Bankeneigentümer, die jede Menge Zinsmilliarden erneut renditeträchtig «anzulegen» hatten . . .

An Vorwänden, die britische Staatsschuld ständig zu erhöhen, hat es im Vereinigten Königreich ebensowenig gefehlt wie in Deutschland. Greifen wir, unter Absehung von den bekannteren und leichter durchschaubaren, bloß die folgenden heraus:

* Der Goldstandard des britischen Pfunds war zu Beginn des 1. Weltkriegs aufgehoben worden; 1925 wurde er «wiederhergestellt». Dazu war jedoch - entsprechend dem vorhandenen Gold - die Einziehung (Papiergeld) bzw. Streichung (Buchgeld) der **Hälfte** (!) sämtlichen inzwischen per «Kredit» in Umlauf gebrachten Geldes erforderlich. Das wiederum bedeutete eine deflationäre «Aufwertung» des britischen Pfundes um 100 Prozent! Alle Leute hatten durchschnittlich nur noch halb soviel Geld wie vorher zu Verfügung. Doch die bestehenden «Schulden» bei den Banken, obwohl völlig künstlich **aus nichts** entstanden, mußten zum vollen bisherigen Nennwert «bedient» werden, hatten sich also im Handumdrehen **verdoppelt.** Auch die Staatsschulden von damals rund 8 Milliarden Pfund! Um die darauf fälligen Zinsen weiterhin zahlen zu können, mußte also der britische Staat doppelt so hohe «Neukredite» aufnehmen wie bisher[993]. Begriffen wurde das Betrügerische, Verbrecherische des Vorgang von fast niemandem; Leute wie der jüdische «Universalgelehrte» MURRAY ROTHBARD kritisierten stattdessen noch Jahrzehnte danach die seinerzeitige englische Regierung dafür, daß sie die Geldmenge und damit das Preisniveau nicht «streng» genug deflationierte[994]!
* Im Jahre 2004 kündigte der damalige britische Schatzkanzler GORDON BROWN an, sein Land wolle den 32 ärmsten Ländern der Erde 10 Prozent ihrer Schulden bei der *Weltbank* und der *Afrikanischen Entwicklungsbank* «nachlassen» - in Form einer Zahlung von jährlich 100 Millionen Pfund an die genannten Institute[995]. Die wiederum arbeiten jedoch faktisch nur mit dem «Kapital» (= aus nichts geschöpften «Krediten») privater «westlicher» Großbanken. Und da der britische Staatshaushalt **im aktuellen Schuldgeldsystem** nie etwas anderes als «defizitär» sein kann, muß er alles, was er den ärmsten Ländern da großzügig «erlassen» will, selber als zusätzliche «Neukredite» bei eben diesen westlichen Großbanken aufnehmen ...
* Anläßlich der jüngsten Bankenkrise «mußte» der englische Staat u.a. zwei heftig ins Schlingern geratene Großbanken «retten», indem er sich an ihnen massiv «beteiligte». An der *Lloyds Bank* mit ihren 35,7 Milliarden **Dollar** an «faulen» «Krediten» erwarb er

993 Vgl. dazu im einzelnen *DENIS FAHEY,* The Rulers of Russia [Die Herrscher Rußlands], 3. durchges. u. erw. Aufl. 1939 ([21.] Nachdruck Hawthorne, Kalifornien/USA 1984), S. 97f; dort wird allerdings ganz im Sinne des üblichen Mißverständnisses vermeint, die «Steuerzahler» hätten die Zinsverdopplung zu tragen gehabt.

994 Ygi *ROTHBARD* a.a.O., S. 94. Angeprangert wird nur «die verhängnisvolle Entscheidung, mit dem alten Nennwert von 4,86 Dollar zum Gold zurückzukehren», denn um das durchzuhalten «hätte Großbritannien seine Geldmenge und sein Preisniveau streng deflationieren müssen, da die Preise britischer Exporte bei 4,86 Dollar pro Pfund Sterling viel zu hoch waren, um auf dem Weltmarkt konkurrieren zu können. Doch Deflation stand zu diesem Zeitpunkt politisch nicht zur Debatte ...» - Daß die englische Bevölkerung durch die sehr wohl erfolgte enorme Deflation massenhaft ins wirtschaftliche Elend gestürzt wurde, interessiert *ROTHBARD* (und seine Bewunderer, zu denen erklärtermaßen auch sein deutscher [Haupt-]Übersetzer zählt) hingegen überhaupt nicht.

995 Vgl. «Die Tagespost», 28.9.2004, wo jedoch offenbar fälschlich der Eindruck erweckt wurde, es handele sich um die bloß *einmalige* Zahlung von 100 Millionen. Genauer und offenbar zutreffend dargestellt wurde der Sachverhalt unter Berufung auf die britische *BBC* und die *New York Times* in «Share International» (deutsche Ausgabe) Nr. 9, November 2004, S. 9.

43 Prozent, an der *Royal Bank of Scotland*, deren schlechte «Kredite» sich auf 38,5 Milliarden **Euro** summierten, gar volle 70 Prozent[996]. Für den «Erwerb» der Anteile bzw. zum irgendwann unumgänglichen Ausgleich der Bücher beider maroden Häuser wurden bzw. werden natürlich milliardenschwere «Neukredite» für die britische Regierung bei anderen Banken und/oder der *Bank von England* benötigt!

Während in Deutschland der Anteil der Staatsschulden an der volkswirtschaftlichen Gesamtverschuldung von 17,6 % im Jahre 1960 allmählich auf 24,2 % 1998 gestiegen ist[997], lag der Anteil der britischen Staatsschulden am nationalen Gesamtschuldenstand im Jahre 2000 bei rund 36 %, also dem Eineinhalbfachen! Das erklärt sich daraus, daß die Unternehmensverschuldung im Vereinigten Königreich dank hoher Börsenkapitalisierung und stark überrepräsentiertem Bankensektor mit gut 300 Mrd. Pfund nur drei Viertel der Staatsschulden ausmachten[998], während hierzulande die Unternehmen mehr als doppelt so hoch wie der Staat bei den Banken in der Kreide standen[999]! An diesen Relationen dürfte sich bis heute nicht viel geändert haben.

c) Staatsschulden in Italien

Rom ist - neben Jerusalem - als künftige Welthauptstadt vorgesehen. Das verraten uns zwar nicht die PROTOKOLLE; es läßt sich aber aus zahlreichen anderen Indizien ersehen. Unter anderem daraus, daß - im allgemeinen von den etwas voreiligen Propheten des «Staatsbankrotts» kaum beachtet - die Verschuldung Italiens offenbar seitens der ROTHSCHILDS und ihrer Konsorten eine gewisse Priorität genießt.

Während beispielsweise Großbritannien 2004 eben mal **100 Millionen** Pfund *pro Jahr* zum «Schuldennachlaß» für die 32 ärmsten Länder der Welt (und damit zur eigenen Schuldenerhöhung!) beitragen wollte, ließ der italienische Staat 17 dieser ärmsten Länder allein 2003/2004 stolze **1,205 Miliarden** Euro nach[1000], zu welchem Zweck er selbstverständlich «Neukredite» in gleicher Höhe aufzunehmen hatte.

Noch interessanter ist jedoch, was man am 20. Oktober 2006 in der großen Wirtschafitspresse lesen konnte: «Italiens Kredit-Bewertung wurde gestern von *Standard & Poors* (*S&P*) und *Fitch Ratings* herabgestuft, ein Schlag für Premierminister ROMANO PRODI, nachdem er gelobt hatte, Schulden und Defizit der Regierung zu reduzieren, um die Kreditwürdigkeit der Nation zu verteidigen. *S&P* senkte Italiens Bewertung auf A plus, nach Griechenland die zweitniedrigste der 12 Nationen, die den Euro verwenden. *Fitch* stufte die Bewertung von AA auf AA minus hinab. Italien wurde das einzige Land der Eurozone, das seit dem Beginn der Einheitswährung 1999 zwei Herabstufungen sei-

[996] Lt. *GRANDT* a.a.O., S. 83.

[997] Eigene Berechnung aus den bei *CREUTZ*, Das Geld-Syndrom . . . a.a.O., S. 258 in «Tabelle I» angegebenen Zahlen. Demnach betrug der staatliche Anteil an der Gesamtverschuldung zwar 1950 noch 31,8 %, was aber offenkundig dem Start der Währungsreform 1948 mit vom Staat gefalligst als «Kredit» aufzunehmendem und dann «gratis» an Bevölkerung und Betriebe auszugebendem Schuldgeld zu verdanken war. 1970 fiel der Staatsanteil sogar auf 14,6 % zurück, stieg aber dann bis 1980 auf 20,6 % und bis 1990 bereits auf 24,4 %.

998 Yg] *ROWBOTHAM*, Goodbye America! . . . a.a.O., S. 24: Staatschulden über 400 Mrd., private Hypothekenschulden 420 Mrd. (!), Unternehmensschulden über 300 Mrd. Pfund.

[999] Vgl. erneut *CREUTZ*, Das Geld-Syndrom ... a.a.O., S. 258 («Tabelle I»): «öffentliche Haushalte» 2 394 Mrd. DM, «Produktionsunternehmen» 5 173 Mrd. DM, was vollen 52,2 % der nationalen Gesamtverschuldung von 9 902 Mrd. DM entsprach!

[1000] Lt. «Chiesa viva», Februar 2004, S. 12.

ner Bewertung zu erleiden hatte. „Ironischerweise erschwert die Herabstufung die Reduzierung der Schulden und des Defizits in dem Maße, in dem sie Italiens Kreditkosten erhöht", sagte MARC CHANDLER, Chef der Abteilung Währungsstrategie bei *Brown Brothers Harriman* in New York.»[1001] Recht hatte er, dieser Abteilungschef einer bekannten jüdischen Großbank, und nichts anderes als diese Erschwerung war auch beabsichtigt!

Schlechtere Bewertungen der «Kreditwürdigkeit» ziehen erheblich höhere Zinsen nach sich, weil ja das «Risiko» für die Gläubiger steigt. Höhere Zinsen jedoch lassen wegen des Zinseszinseffekts die Schulden noch viel rascher wachsen als zuvor. Wir wundern uns also nicht, wenn kaum dreieinhalb Jahre später, im Februar 2010, mit gespieltem Entsetzen vermeldet wurde, Italien habe **«mit 1,8 Billionen Euro die höchsten Schulden aller Euro-Länder»** und **«rund ein Viertel aller europäischen Staatsschulden».** Wer das unter der Überschrift «*Italien ist die größte Gefahr für den Euro*» laut bejammerte (um eine nochmalige Herabstufung zu provozieren?), war zufälligerweise der «Ökonomie-Nobelpreisträger» ROBERT MUNDELL (*alias* MANDEL?) .. ,[1002]

d) Staatsschulden in Griechenland

Die waren ab Februar 2010 plötzlich in aller Munde, auch wenn kaum jemandem klar sein mochte, wie derlei «Schulden» in Wirklichkeit Zustandekommen . . . Immerhin erfuhr man bei dieser Gelegenheit, daß allein **griechische** *Banken* satte 45 % der griechischen Staatsanleihen «hielten», was bei Staatsschulden von insgesamt 300 Mrd. Euro[1003] 140 Milliarden entsprach. Hinzu kamen **beispielsweise** die **deutschen** *Banken* mit 32 Mrd. und die mit ihnen innigst verflochtenen **deutschen** *Versicherungen* mit weiteren 10 Mrd. Euro[1004]. Wenn man sodann bedenkt, wieviele weitere Länder es auf dem Erdball gibt, die ebenfalls reichlich mit großen und zweifellos auch ihrerseits in griechischen Staatspapieren «investierten» Banken «gesegnet» sind, ist das erneut der beste Beweis dafür, daß es **nie** die «eigenen Bürger» mit ihren kümmerlichen «Ersparnissen» sind, bei denen sich ein Staat in nennenswertem Maße verschuldet hätte.

Ausgelöst wurde das Manöver - denn es war nur das! - durch eine Herabstufung der Kreditwürdigkeit Griechenlands seitens der Bewertungs-Agenturen im Dezember 2009[1005]. Die Folge: «Während Deutschland 3,2 Prozent Zinsen auf geliehene Mittel

1001 *SHEYAMGHIETH* in: «Mercury Business News» (Johannesburg), 20.10.2006.

1002 Alles lt. *BEATRIX ULLRICH* in: «Der freie Mensch» Nr. 5-6 (Mai-Juni) 2010, S. 20.

1003 Beides lt. *GRANDT* a.a.O., S. 148 bzw. 151.

1004 «Der freie Mensch» Nr. 3-4 (März-April) 2010, S. 50, unter Berufung auf «Der Spiegel». Allerdings sind sämtliche egal wo von egal wem publizierten derartigen Angaben mit einiger Vorsicht zu genießen. Nachträglich wurde beispielsweise von *ANDRÉ KÜHNLENZ* in der «Financial Times Deutschland» vom 9.6.2011 behauptet, «Ende April 2010» hätten deutsche Banken griechische Staatsanleihen im Wert von «16 Mrd. Euro» gehalten, was exakt der *Hälfte* der seinerzeit vom «Spiegel» kolportierten Zahl entsprach! Ganz offensichtlich wollen sich die ROTHSCHILDS & Konsorten auf diesem hochsensiblen Feld nicht in die Karten sehen lassen.

1005 *GRANDT* a.a.O., S. 148. - Die drei den diesbezüglichen «Weltmarkt» beherrschenden Bewertungs-Agenturen sind sämtlich ROTHSCHILD-kontrolliert. So ist z.B. (lt. *JACQUES DE KREMER* in: «Lectures françaises» n° 639-640, Juli-August 2010, S. 15) der Chef der europäischen Agentur *Fitch*, MARC LADREIT DE LACHARRIÈRE, Mitglied des berüchtigten *Bilderberger*-Zirkels, auf dessen hochgeheimen, konspirativen Treffen sich gelegentlich auch schon der eine oder andere ROTHSCHILD persönlich die Ehre gab.

zahlte, zahlte Griechenland 6,5 Prozent. Bei der zweiten Tranche von Anleihepapieren stieg der Zins auf 7,5 Prozent.»[1006] Daraufhin wurden von allen möglichen internationalen Akteuren alle möglichen «Hilfsmaßnahmen» für «Griechenland» erörtert, in Aussicht gestellt, in die Wege geleitet. Doch alles umsonst! Im Mai 2010 erfolgte ohne «erkennbaren» Grund eine neuerliche Herabstufung. «Daß Griechenland nun heruntergestuft wurde, war verdächtig und kam unerwartet, denn die *Europäische Zentralbank* und der *Internationale Währungsfonds* hatten gerade Hilfen in Höhe von 120 Milliarden Euro versprochen, um einen Staatsbankrott zu verhindern»[1007], meinte ELLEN HODGSON BROWN.

Der selbst griechischstämmige Amerikaner PETER PAPAHERAKLIS kommentierte noch treffender: «. . . im April und Mai stieg der Zinssatz auf kolossale 15,5 Prozent - fünfmal soviel wie ein „verantwortungsbewußtes" Land zu zahlen gehabt hätte. Aus irgendeinem unerklärlichen Grund wurden Griechenlands Staatsanleihen, obwohl seine Bewertung durch *Standard <£ Poors* BB+ war, zu „Schrott" erklärt, und keiner wollte sie mehr kaufen. . . . Am Ende kamen sie, wie durch ein Wunder, mit 110 Milliarden Euro oder 145 Milliarden Dollar daher.»[1008] Ja, es waren zumindest zeitweilig nicht 120, sondern 110 (= «11») Milliarden an «Hilfe» - aus **zahlenkabbalistischen** Gründen, versteht sich ... «Gemessen an Griechenlands Wirtschaft entspräche das einer 5-Billionen-Dollar-Hilfe für die Vereinigten Staaten, ein verblüffend hoher Geldbetrag», fugte PAPAHERAKLIS an.

Die Verblüffung legt sich jedoch rasch, wenn man sich klarmacht, daß es galt, die nun wirklich einmalig «schönen» 15,5 % Zinsen so lange wie möglich in dieser luftigen Höhe zu halten. Je beeindruckender die öffentlichkeitswirksam *angebotene* «Hilfe», desto schlimmer mußte Griechenland ja wohl dastehen, desto gewaltiger also das «Risiko» für die sogenannten «Anleger» oder «Investoren» (in Wahrheit praktisch nur die Banken), desto höher auch der Zinssatz sein . .. Nur **darum** ging es (jedenfalls *zunächst*.. .), denn tatsächlich *beansprucht* wurde die «Hilfe» am Ende - **nicht!** «Mit erstaunlicher Gelassenheit, die man schon Arroganz nennen muß, stellte Griechenland bisher keinen Hilfe-Antrag und finanziert sich über Staatsanleihen auf dem Kapitalmarkt. Und siehe da, das Anlage-Volumen wurde sogar überzeichnet. Wieso konnte das geschehen? Das Versprechen der *EU,* im Notfall einzuspringen, bedeutet für die Anleger eine Rückzahlungsgarantie. Kein Staat Europas zahlt höhere Zinsen als Griechenland - und Europa garantiert das eingesetzte Kapital. Das sind paradiesische Zustände für die Anleger.»[1009] Das Gerede von «Anlegern» und «Rückzahlungsgarantie» ist zwar irreführend bzw. bedeutungslos, denn die Banken hatten in Wirklichkeit a) nie Zweifel an der «Rückzahlung» ihres b) per Mausklick produzierten Schuldgelds gehegt. Aber ins Schwarze trifft WILHELM.SCHMÜLLING mit dem Hinweis auf die **einmalig hohen** Zinsgewinne. Einmalig hoch, weil in konzertierter Aktion hinterhältig **hochgejubelt!**

e) Staatsschulden in Portugal und Slowenien

Da das Spiel «Hochjubeln der Zinsen auf (griechische) Staatsanleihen» so schön war, und die Methode so einfach, fand im Dezember 2010 eine Fortsetzungsrunde statt, im erweiterten Rahmen. Getarnt wurde das Vorgehen erneut durch die Behauptung, die «Spe-

1006 *PETER PAPAHERAKLIS* in: «American Free Press», 24.5.2010, S. 15.
1007 *ELLENHODGSONBROWN* in: «Der freie Mensch» Nr. 5-6 (Mai-Juni) 2010, S. 53.
1008 *PAPAHERAKLIS* a.a.O.
1009 *WILHELM SCHMÜLLING* in: «Humane Wirtschaft» Nr. 3 (Mai-Juni) 2010, S. 23.

kulanten» wollten «den Euro unter Druck setzen». Das war nicht einmal falsch, denn warum sollte man nicht zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen und gleichzeitig durch Manipulation des Devisenmarkes «*gutes Geld verdienen*», wie die Bankiers so unnachahmlich frech zu sagen pflegen?

Die Presse vermeldete also just am Heiligen Abend, es werde «das Vertrauen in den Euro von immer neuen Hiobsbotschaften untergraben», nämlich: «Nachdem die beiden Rating-Agenturen *Moody's* und *Fitch* am Dienstag [=21.12.] erklärt hatten, ihre Bewertungen für Portugal und Griechenland möglicherweise bald zu senken, stuften die Kollegen von *Standard & Poors* am Donnerstag die Krediterwartungen für Slowenien „negativ" ein. Dies ist eine Vorwarnung, der in der Regel eine endgültige Senkung des Ratings [= eine höhere Risikoeinschätzung] folgt. Der Kreis der Problemfälle in der *EU* wird ständig größer statt kleiner.»[1010] Genau wie die Zins«erträge» der Banken auf griechische, portugiesische oder slowenische Staatsanleihen.

12) Kanada

Die *Bank of Canada* ist, wie weiter oben schon erwähnt, Mitglied der Rothschildschen *BIZ* und wacht im hohen Norden Amerikas über dasselbe **aktuelle Schuldgeldsystem** wie die übrigen ß/Z-Mitgliedsinstitute auch. Symptomatisch für die innige Verflechtung aller dieser Organe mit der Londoner ROTHSCHILD-Zentrale ist die berufliche Laufbahn des Kanadiers WILLIAM WHITE: «Er begann seine Karriere bei der *Bank von England* und arbeitete sich zwischen 1972 bis 1994 bei der *Bank of Canada* vom einfachen Volkswirt zum Vize-Präsident[en] hoch, ehe er zur *BIZ* wechselte.»[1011] Die Staatsverschuldung des Landes, das nur rund 30,5 Millionen Einwohner zählt, lag bereits Anfang März 1997 bei knapp 610 Milliarden US-Dollar und damit vergleichsweise *wesentlich* höher als diejenige der Bundesrepublik Deutschland, zumal die genannte Summe nicht einmal die Verschuldung der Provinzen und Kommunen einschloß[1012]!

Als vor einigen Jahren die heimlich ROTHSCHLLD-kontrollierte Bewertungs-Agentur *Moody 's* die Kreditwürdigkeit kanadischer Staatsanleihen plötzlich herabstufte, «mußte der kanadische Staat sein gesamtes Schienennetz vom Atlantik bis zum Pazifik zu dem lächerlichen Preis von zwei Milliarden Dollar verkaufen»[1013]. Um wieviel Prozent das zum «Abbau» seiner hohen Staatsverschuldung beitrug, kann man sich leicht ausrechnen: null-komma-soundsoviel. Da war nicht nur der Verkaufspreis lächerlich, sondern auch die Ausrede für den Verkauf und das ganze Manöver selber . ..

13)Japan

Anzunehmenderweise von den USA als der Sieger- und (bis heute!) Besatzungsmacht im heimlichen Auftrag der ROTHSCHILDS und ihrer Konsorten nach dem 2. Weltkrieg dazu gezwungen, «erfreut» sich auch Japan seither des globusweit verbreiteten **Schuldgeldsystems.** Darüber kann auch alles desinformative Gerede gewisser, ohnedies meist eher an vordergründiger «Anlageberatung» interessierter Fachautoren nicht hinwegtäuschen. Die wollen uns beispielsweise erzählen, die Zinsen, die auf den extrem hohen japanischen Staatsschulden von inzwischen (2010) rund 200 % des BIP lasten, lägen - im

1010 *DETLEFDREWES* in: «HNA», 24.12.2010.

1011 *MARKSCHRORS* in: «Financial Times Deutschland», 27.8.2010.

1012 Vgl *MICHAEL JOURNAL* in: «The New Times» [Melbourne], März 1998, S. 8.

1013 *WOLFGANG BERGER* in: «Humane Wirtschaft» Nr. 3 (Mai-Juni) 2010, S. 7.

Jahre 2009 - «seit 16 Jahren» bei nahezu bedeutungslosen «0,1 % je Jahr», obwohl das, wie sie selber mitteilen, in Wirklichkeit nur der seinerseits *für die Bestimmung des tatsächlichen Zinsniveaus* fast bedeutungslose **Leitzins** der *Bank von Japan* ist[1014]!

Den japanischen, erst recht jedoch den **ausländischen** Geschäfts- oder auch Zentralbanken, die ja allesamt die Masse ihrer «Gelder» selbst **aus nichts** schöpfen und darum irgendwelcher Kredite seitens der *Bank von Japan* entweder gar nicht (alle Auslandsinstitute) oder bloß gelegentlich (die inländischen Geschäftsbanken) bedürfen, bleibt tatsächlich völlig unbenommen, der japanischen Regierung «Kredite» zu beliebig höheren Zinssätzen zu geben, sofern die sich nur «durchsetzen» lassen - angesichts des **globalen** Rothschildschen Geschäfts- und Zentralbankenkartells zweifellos das geringste Problem!

In Japan werden «Staatsschulden» jedenfalls genauso «monetisiert», d.h. in umlaufendes Geld verwandelt bzw. zur Grundlage von Erhöhungen der Geldmenge gemacht, wie in den USA oder in Großbritannien, und zwar durch die privaten Geschäftsbanken bzw. - nötigenfalls - auch die ihnen zu Diensten stehende, seit 1998 sogar *offiziell* von der Regierung **«unabhängige»**[1015] Zentralbank des Landes[1016], soweit nicht durch ausländische Institute. Nach dem Tokioter Börsenzusammenbruch zu Beginn der 1990er Jahre herrschte in Japan «Deflation», die den idealen Vorwand dafür lieferte, den Staat gewaltig zu verschulden: «Verzweifelt versuchte die japanische Regierung, die wirtschaftsgefährdende Kaufzurückhaltung zu durchbrechen und das Wachstum wieder anzukurbeln. Das geschah zunächst durch immer größere, schuldenfinanzierte Ausgaben und eine Ausweitung der Geldmenge. Aber auch diese Maßnahmen nützten nichts. Die Menschen waren so verunsichert, daß auch das neu gedruckte Geld schnell wieder in den Tresoren der Privathaushalte verschwand.»[1017]

Der **wahre** Zweck dieser grandiosen Staatsverschuldungsaktion wurde indessen sehr wohl erreicht, selbst wenn MICHAEL GRANDT, der darüber berichtet, das gar nicht bemerkt: «Auch die Banken gerieten in immer größere Schwierigkeiten, weil sie aufgrund der [bis 1992, beim Anschwellen der enormen Immobilienblase!] gestiegenen Grundstückspreise zu hohe Kredite an Eigentümer und Erwerber ausgegeben hatten. **Nur durch staatliche Unterstützungen** [!] und erlaubte „Buchungstricks" konnte schließlich das Gros vor der Pleite bewahrt werden.»[1018] Es war genau diese «Rettung» der Banken, die erstens dem japanischen Staat gigantische, **aus nichts** geschöpfte «Gelder» als - wenn

1014 *REISEGGER* a.a.O., S. 399.

1015 Lt. *BAADER* a.a.O., S. 115. Was übrigens *MARSHALL* a.a.O., S. 208 nicht davon abhalten konnte, sie im Jahre 1999 immer noch als «ganz dem Staat unterstellt» zu präsentieren - aber möglicherweise war er da tatsächlich nicht auf dem neuesten Stand der Dinge. - *ANDRÉ KÜHNLENZ* in: «Financial Times Deutschland», 20.9.2010, behauptet zwar, das japanische Finanzministerium sei gegenüber der Notenbank «weisungsbefugt», präzisiert dann aber, daß dies nur für «Eingriffe am Währungsmarkt» gilt, die überdies von der ansonsten sehr wohl **unabhängigen** *Bank von Japan* problemlos **unterlaufen** werden können: «Theoretisch kann die Zentralbank gegensteuern, indem sie die bei [staatlich angeordneten] Interventionen neu auf den Markt geworfenen Yen wieder einsammelt - etwa indem sie eigene Anleihen ausgibt.»

1016 Vgl z B *ARGENS* a.a.O., S. 154 (Hervorh. hinzugefügt): Im Frühjahr 2009 kündigte die amerikanische *FED* an, «länger laufende US-Staatsanleihen zu kaufen. **Diesen Weg** der direkten Inflationierung mit „virtuellem Geld" haben auch England **und Japan** beschritten.» - Da *ARGENS* am **aktuellen Schuldgeldsystem** *als solchen* nichts auszusetzen findet, sollte er allerdings nicht fruchtlos über die davon wesentlich unabtrennbare «Inflation» jammern, deren *Pseudo*-Charakter ihm natürlich unter seinen Voraussetzungen gleichfalls verborgen bleiben muß ...

1017 *GRANDT* a.a.O., S. 125.

1018 Ebd.; Hervorh. hinzugefügt.

auch *relativ* «bescheiden» - zinsträchtige «Anleihen» andrehen durften und zweitens einen schönen Teil davon als «staatliche Hilfen» wieder zurückerhielten, dank deren «Japan bis heute das am stärksten (öffentlich) verschuldete Industrieland der Welt»[1019] ist! Denn jene «Kredite», die an Unternehmen oder Privatleute wegen fehlender «Kreditwwr-*digkeit*» nicht mehr vergeben werden «konnten» und «können»[1020], **mußte** ja und **muß** auch weiterhin der **Staat** aufnehmen, um den ansonsten unvermeidlichen wirtschaftlichen Ruin des Landes zu vermeiden.

Nun hat man also Japan, die zweitgrößte Volkswirtschaft des Globus, annähernd da, wo es die PROTOKOLLE ja haben wollen, obwohl es sich angeblich größtenteils «bloß» um Schulden bei zumindest rein formal «inländischen» Banken handelt. Schon Anfang 2005 sah die Bilanz so aus: «Seit mehr als einem Jahrzehnt wird der japanische Staatshaushalt „still" schuldenfinanziert - und zwar in Größenordnungen von über 40 % des Budgets (2002: 41,8 %; 2003: 44,5 %; 2004 (geschätzt): 44,6 %). So hoch lagen jedenfalls die Quoten der neu ausgegebenen Staatsanleihen, gemessen am jeweiligen Jahreshaushalt. Zum Vergleich: Der inzwischen zu Grabe getragene europäische „Stabilitätspakt" sah eine Obergrenze von 3 % für die Schuldenfinanzierung der Staatshaushalte vor»[1021], nämlich für die *jährliche* **Netto-Neu** Verschuldung!

Da aber der Einsturz der japanischen Volkswirtschaft den ROTHSCHILDS & Co. *noch* nicht gelegen kommt - er darf *erst* im Rahmen des geplanten weltweiten Zusammenbruchs unmittelbar am Vorabend der Thronbesteigung des Antichristen erfolgen! wird der japanische Staat seitens seiner «Kreditgeber» in höchst auffallender Weise seit über anderthalb Jahrzehnten von drückenden Zinszahlungen konstant «verschont», auch wenn die Zinsen auf Staatsanleihen wohl kaum je bei den lächerlichen 0,1 % der *Bank von Japan* liegen dürften! Die Eigentümer der Banken des Landes hielten (und halten sich weiterhin) für die hier entgangenen (und weiterhin entgehenden) Gewinne jedenfalls schadlos, indem sie sich selber ähnlich *billige* «Kredite» genehmigen[1022], sie in US-Dollars umtauschen und mit diesen Dollars *hochverzinsliche* Schuldverschreibungen des amerikanischen Staates «kaufen»[1023].

Bewundem wir abschließend die Fähigkeit eines HELMUT CREUTZ, mit auch seine Leser hypnotisierender Selbstverständlichkeit über den schreienden Widerspruch zu seiner **total desinformativen** Theorie von den privaten «Sparern», bei denen der Staat angeblich immer nur verschuldet ist, ja überhaupt nur sein **kann,** hinwegzusehen und zu -gehen, der am japanischen Beispiel doch für jedermann offenbar wird! CREUTZ berichtet zwei Dinge **unmittelbar** nacheinander:

a) «Da mit dieser deflationären Entwicklung die Bankenzinsen fielen, lohnte es sich für die Bürger immer weniger, gespartes Geld zur Bank zu bringen. Dieser Trend

1019 Ebd.

1020 Vgl *STRIEGEL* a.a.O., S. 269 (Hervorh. hinzugefugt): «Die Blase platzte, als die Zinsen im Herbst 1989 wieder stiegen und viele Unternehmen nicht mehr in der Lage waren, ihre Kredite zu bedienen. ... Da eine große Anzahl der Unternehmen ihre Schulden nicht mehr bezahlen konnte, sammelten sich bei den Banken immer mehr faule Kredite an (Schuldnerpfander verfielen im Wert). . . . Allein die 17 größten Banken des Landes mußten in den letzten zehn Jahren [1994-2003] 10 Prozent der gesamten Wirtschaftsleistung Japans abschreiben. **Die Banken verweigerten in der Folge die Vergabe weiterer Kredite und erzeugten damit eine Deflation.»**

1021 *BAADER* a.a.O., S. 113f.

1022 $p_a n_s$ nicht direkt beim eigenen Institut, weil das doch zu «unfein» oder rechtlich bedenklich wäre, halt bei der «Konkurrenz».

1023 Natürlich ist dieser sogenannte *carry-trade* (vgl. dazu z.B. *BAADER* a.a.O., S. 116) nicht auf die Eigentümer *japanischer* Banken beschränkt. . .

zur Geldhortung in den eigenen vier Wänden wurde durch das Wissen über die kritische Situation der Banken und der Wirtschaft noch verstärkt. Und da man für die Geldhaltung zu Hause zweckmäßigerweise über einen Safe verfügen sollte, war die Tresorproduktion in Japan zeitweise der einzige boomende Industriezweig.»

b) «Verständlich, daß der Staat mit allen Mitteln versuchte, diese konjunkturgefahrdende Kaufzurückhaltung zu durchbrechen und das Wachstum der Wirtschaft zu beleben. Das geschah vor allem durch immer höhere schuldenfinanzierte Ausgaben, die in den letzten zwölf Jahren [= 1992-2004] die Staatsverschuldung von 80 Prozent des BIP auf 140 bis 150 Prozent fast verdoppelte (was das heißt, wird deutlich, wenn man diese Marke mit den erlaubten 60 Prozent im Euroraum vergleicht!).»[1024]

Die Banken bekommen also definitiv keine «Spargelder» mehr, die sie dem Staat «ausleihen» könnten, aber der Staat verschuldet sich trotzdem binnen zwölf Jahren auf annähernd das Doppelte. Ja, aber, bei *wem* und *womit* denn, bittesehr, wenn die Banken grundsätzlich nie etwas anderes als «Ersparnisse» ihrer «Kunden» zu vergeben haben? Etwa im Ausland? Genau das wird von allen Experten zumindest für die erdrückende Masse der japanischen Staatsanleihen verneint[1025]! CREUTZ behilft sich schlangenklug, indem er, wiederum **unmittelbar,** fortfährt:

c) «Aber auch diese staatlich finanzierten Konjunkturmaßnahmen konnten die Lähmung des Wirtschaftsgeschehens nicht auflösen. Vielmehr verschwand das zusätzlich von der *Bank of Japan* ausgegebene [!!!] und vom Staat in Umlauf gesetzte Geld sehr schnell wieder in den Tresoren der Privathaushalte.»

Großes Kompliment, Herr CREUTZ! Das haben Sie in so glänzender Weise *bloß nebenher* erwähnt und dabei *so harmlos wie nur möglich* ausgedrückt, daß selbst der Ihren Ausführungen gegenüber stets kritische Verfasser dieser Zeilen erst beim fünften oder sechsten Lesen dieses Textes endlich darüber stolperte. Allerdings haben Sie sich mit dieser Vorgehensweise derart schwer kompromittiert, daß an einen bloßen «Irrtum» oder bloße «ideologische Verblendung» Ihrerseits nicht mehr zu denken ist. Sie werden **sehr genau** wissen, daß diese Zig- und Hundertmilliardenbeträge weder allein durch die *Bank von Japan* - sondern vor allem durch die Geschäftsbanken - «ausgegeben» (richtig: **zinspflichtig aus nichts geschöpft)** wurden noch «in den Tresoren der Privathaushalte verschwinden» konnten, da es sich natürlich weitestgehend um **Buch-** statt Bargeld handelte, das auf den Konten der Geschäftsbanken als «Einlagen» verbleibt!

1024 *CREUTZ,* Die 29 Irrtümer... a.a.O., S. 126f.

1025 Vgl z.B. *ECKERT a.a.O.,* S. 182: «Der japanische Staat stand [2010] zu 94 Prozent bei den eigenen Bürgern im Soll...» - Richtig müßte es natürlich heißen: ‚bei den **im Inland registrierten Banken',** die allerdings keineswegs immer nur *japanische* Eigentümer haben!

F. Die Verschuldung der Staaten im Ausland

Das ist der eigentliche Kern der Sache. Genau über diese «Errungenschaft» freuen sich die PROTOKOLLE bzw. ihre geistigen Urheber am meisten: «***Nachdem wir jedoch die maßgebenden Persönlichkeiten bestochen hatten, um die Aufnahme auswärtiger Anleihen durchzusetzen, flössen alle staatlichen Reichtümer unfehlbar in unsere Taschen.»*** Die Betonung liegt hier auf «***unfehlbar***». Nicht, als ob die *nominell* «inländische» Staatsverschuldung *keine* Reichtümer «in unsere Taschen» beförderte (denn die «internationalen Bankiers» waren und sind ja *überall* mit «inländisch» registrierten Tochtergesellschaften ihrer Geldhäuser vertreten!). Doch erst die **auswärtigen** Staatsanleihen sorgen insofern «***unfehlbar»*** für den *konstanten* Fluß der «***staatlichen Reichtümer in unsere Taschen»,*** als sie das Risiko der *Repudiierung* der Staatsschulden, vor allem aber das Risiko der plötzlichen *Abschaffung* **des aktuellen Schuldgeldsystems** in einzelnen Staaten so gut wie beseitigen. Fast alle Länder sind durch die «an sich so völlig unsinnige»[1026] **Überkreuz-,** also **wechselseitige** Verschuldung in allen möglichen verschiedenen Währungen und bei allen möglichen ausländischen Kreditinstituten derart fest in das den gesamten Globus umspannende **Schuldgeldsystem** eingebunden, daß ein Ausscheren einzelner Staaten jederzeit durch energisches Pochen auf die Einhaltung der bestehenden «internationalen Verpflichtungen» verhindert werden kann. Nötigenfalls mit diplomatischem Druck, handels- und währungspolitischen Sanktionen oder sogar militärischer Gewalt!

Natürlich ist es unter *rein finanziellem* Gesichtspunkt komplett unsinnig, daß «deutsche», d.h. in Deutschland **ansässige** Banken beispielsweise Milliarden an US-Staatsschulden in US-Dollar halten, während umgekehrt «amerikanische», d.h. in den USA **ansässige** Banken Milliarden an deutschen Staatsschulden in DM bzw. Euro in ihren Büchern haben[1027]. Aber unter PROTOKOLLARISCHEM Aspekt können die ROTHSCHILDS und ihr Orbit neuer Millionäre/Milliardäre gar nichts Schlaueres tun als genau das: ihre «deutschen» Banken (einschließlich der *scheinbar* staatlichen *Bundesbank*!) US-Schuldpapiere und ihre «amerikanischen» Geldhäuser (einschließlich der *scheinbar* staatlichen *FED\)* BRD-Schuldpapiere «kaufen» und «halten» lassen! Geriete einer der beiden Staaten trotz aller sonstigen «Vorsichtsmaßnahmen» jemals außer Kontrolle, bildeten die bei den großen Banken und sogar bei der vorgeblich «staatlichen» *Zentralbank* des anderen Staats liegenden «Staatsschulden» einen mächtigen Hebel zur schnellen Wiedergewinnung der Herrschaft[1028].

In der Praxis verteilen sich die Schulden der einzelnen Staaten sogar auf Banken und Zentralbanken von gleich **Zig** und Dutzenden anderer Länder, so daß sich auch das Kontroll-Potential der ROTHSCHILDS & Co. verzig- und verdutzendfacht!

1026 *STRIEGEL* a.a.O., S. 507.

1027 Als Begründung genannt werden dennoch gerne die (nicht zufällig . . .) ständig hin- und herschwankenden «Zinsdifferenzen» zwischen den einzelnen Staaten. Aus Sicht der Banken ist die Sache daher zuzugebenderweise bei weitem nicht so unsinnig wie aus Sicht der Staaten. Hätten *die* sich nicht von der «fünften Gewalt» Zug um Zug die sog. **internationale Freiheit des «Kapitalsverkehrs»** abringen lassen, gäbe es dieses wohlfeile Argument jedoch *nicht*

1028 Qazu würden meist bereits rein finanz- und währungspolitische «Maßnahmen» ausreichen. Vgl. *STRIEGEL* a.a.O., S. 303: «Außerdem muß man sich fragen, warum sich die Staaten zusätzlich auch noch Geld in Auslandswährung leihen. Dadurch begeben sie sich in unkontrollierbare Abhängigkeiten, weil sie ja auf die Auslandswährungen keinen Einfluß haben. Ein Staat gibt mit der Durchführung solcher unverständlicher Maßnahmen unnötigerweise einen Teil seiner Souveränität preis.»

1) Auslandsverschuldung und Desinformation

Zwar ist die Tatsache der Auslandsverschuldung *mancher* Staaten, insbesondere der USA, inzwischen allgemein bekannt und wird von den gelenkten Massenmedien auch gebührend breitgetreten, soweit die Gläubiger *angeblich* «China» und andere südostasiatische «Länder» *als solche* sind. Doch im übrigen waltet auf breiter Front die gewohnte Desinformation. Einerseits wird uns immer wieder dreist versichert, die Staatsschulden der verschiedenen Länder rührten daher, daß sie «bei sich selbst» verschuldet seien. Andererseits wird als regelrechtes Staatsgeheimnis behandelt, wer denn nun konkret im einzelnen dem Staat sein Geld «geliehen» hat und darauf die Zins-Milliarden kassiert.

* Bezüglich der USA deutete *Bundesbank*-Autor WOLFGANG KITTERER noch 1998 recht unverhohlen an, die seien ‚bei ihren eigenen Bürgern' verschuldet, indem er von «der hohen Staatsverschuldung und der dadurch auch bedingten mangelnden Ersparnisbildung des Landes»[1029] faselte. Das sollte also heißen, sämtliche «Ersparnisse» der US-Bürger steckten in US-Staatsanleihen, und war damit gleich doppelt frech gelogen. Denn erstens werden US-Staatsanleihen seit eh und je ganz überwiegend von **Banken** mit **frisch aus nichts geschöpftem** «Geld» «gekauft»; zweitens handelt es sich dabei - auch schon im von KITTERER konkret angesprochenen Zeitraum «1986-1988» - zu einem beträchtlichen Teil um **ausländische** Banken und Zentralbanken!
* In seinem nach Roßtäuscherart betitelten Buch *The Truth about the National Debt - Die Wahrheit über unsere Staatsschulden* von 1996 führte der US-Ökonom F. CAVANAUGH seine amerikanischen Leser wie folgt an der Nase herum: «Die amerikanischen Bürger insgesamt besitzen die Schuldverschreibungen, welche die öffentlichen Schulden bilden, entweder direkt durch ihr Halten von Sparer-Staatsanleihen [savings bonds] oder sonstigen Schuldverschreibungen oder indirekt durch ihre Banken, Versicherungsgesellschaften, Pensionsfonds oder sonstigen Einrichtungen, die in Staatspapiere investieren ... Darum sollte, wie jeder Geschäftsmann wissen müßte, eine Verbindlichkeit, der ein Aktivposten von gleichem Wert gegenübersteht, nicht als eine Last betrachtet werden.»[1030] Die enormen **Auslandsschulden** blieben also restlos außer Betracht. . .
* In Deutschland, das seit langen Jahren annähernd zur Hälfte **im Ausland** verschuldet ist, befleißigt sich der für seine Dienste ja nicht umsonst bezahlte Star-Ökonom (einer der fünf «Wirtschaftsweisen»!) PETER BOFINGER der schamlosen Verbreitung desselben Lügenmärchens. In seinem Buch *Wir sind besser als wir glauben* von 2005 wiegelt er ab, die deutschen Staatsschulden seien «völlig irrelevant . . . da wir ja nur bei uns selbst verschuldet seien»[1031].

In den USA ebenso wie hierzulande (und dann garantiert auch anderswo!) ist überdies noch nie zu erfahren gewesen, wem denn nun **im einzelnen** die Staatsschulden gehören. Sehr erleichtert wird die konsequente Verschleierung der diesbezüglichen «Besitz»verhältnisse natürlich dadurch, daß insbesondere die längerfristigen Staatsanleihen an den großen Wertpapierbörsen des Globus frei handelbar sind und dort a) anonym sowie b) beliebig oft ihre Besitzer wechseln können. Sodann durch den mit aller Gewalt am Leben erhaltenen frommen (Irr-)Glauben breitester Bevölkerungskreise, die Banken «kauften» Staatspapiere immer bloß entweder direkt im Auftrag - oder doch zumindest mit den bei ihren eingelegten «Spargeldern» - ihrer Kunden . . . Jedenfalls läßt sich diesbezüglich wirklich Genaues kaum je in Erfahrung bringen. Wohl nicht zuletzt deshalb, weil an-

1029 ***KITTERER*** a.a.O., S. 237.

1030 Zit. n. *ROWBOTHAM,* The Grip of Death .. . a.a.O., S. 98.

1031 So zusammenfassend referiert von *BICHLMAIER* a.a.O., S. 62 Anm. 66.

dernfalls nicht nur das enorme - und zugleich total sinnwidrige - Ausmaß der jeweiligen Auslandsverschuldung, sondern auch die international beherrschende Stellung der ROTHSCHILDS und ihrer Satrapen auf diesem Gebiet ans Licht käme! Außerdem die verstörende (relative) Winzigkeit des Ausmaßes der von den normalen «Bürgern» bzw. «Sparern» gehaltenen Papiere . . .

* Im Jahre 1935 stellte Fr. CHARLES COUGHLIN hinsichtlich der USA fest, die Namen der Inhaber staatlicher Schuldverschreibungen seien «nicht verfügbar»: «Die Regierung schützt die Namen jener, die die Schulden unseres Staates besitzen.»[1032]
* Ende 2009 interessierte sich - oh Wunder! - das /f/?D-Fernsehmagazin *Plusminus* für die nähere Identität der Gläubiger des deutschen Staates. Doch bei der *Bundesbank* ließ man die neugierigen Journalisten abblitzen; man verwies «nur auf eine Tabelle, die aber nicht konkret aussagte, wer die Anleihen nun tatsächlich hält. *Plusminus* „Ein letzter Anruf bei den Bundesbankern ergibt: Das sei Geschäftsgeheimnis und dürfe nicht veröffentlicht werden." Selbst der Wirtschaftsweise PETER BOFINGER kennt keine Namen: „Wir können zwar bei einzelnen Banken sehen, daß sie Wertpapiere halten, auch öffentliche Wertpapiere, aber man kann nicht differenzieren, ob das Anleihen des Bundes sind oder Anleihen bei [sie!) Frankreich oder Griechenland oder anderen Ländern."»[1033] Die Banken, als - zumeist - Aktiengesellschaften ohnehin schon in **grundsätzlich anonymem** Besitz, weigern sich also obendrein, preiszugeben, wie hohe «Schulden» welcher einzelnen Staaten jeweils in ihren Büchern stehen! Und werden auch bezeichnenderweise durch kein Gesetz zur Offenlegung gezwungen . . .
* Der Vertrag von Maastricht und seine diesbezüglich unverändert gebliebenen Nachfolgeversionen von Nizza, Lissabon oder sonstwo verbieten zwar der *EZB* mit großartiger Geste den «Kauf» von Staatsanleihen **der EiZ-Mitgliedsstaaten.** Nichts gesagt wird jedoch über den «Kauf» von Anleihen **aller übrigen** Staaten der Welt! Der bleibt also «erlaubt», vollzieht sich allerdings mit solcher Heimlichkeit, vor allem aber mit solcher **Undurchsichtigkeit** betreffs der **letztendlichen** Nutznießer derartiger «Käufe», daß die ROTHSCHILDS völlig unbesorgt sein können . . . zumal spätestens an diesem Punkt das Enthüllungsfieber ansonsten noch so «investigativer» Journalisten schlagartig abkühlt.

2) Auslandsverschuldung im Überblick

Neu ist das Phänomen keineswegs; neu war es nicht einmal, als die PROTOKOLLE mit höhnischem Frohlocken seine hintergründige Bedeutung enthüllten. Schon damals hatte das internationale Bankhaus ROTHSCHILD, in fünf europäischen Ländern offiziell (und in vielen weiteren inoffiziell) niedergelassen, eine Vielzahl von Staaten «im Ausland», nämlich bei seiner Londoner Zentrale und/oder bei einer (wenn nicht gar bei mehreren) seiner Filialen in Paris, Frankfurt, Wien oder Neapel, verschuldet. Aber **ausgebreitet, verstetigt** und **verfestigt** hat sich gerade die Auslandsverschuldung der Staaten seit dem Auftauchen der PROTOKOLLE in so überwältigender Weise, daß man gar nicht umhin kommt, darin die Erfüllung einer weiteren «Prophetie» zu erblicken.

Neben ihrer Inlandsverschuldung, stellt BERND STRIEGEL 2004 fest, haben sich «[f]ast alle Staaten dieser Erde» mittlerweile «noch hoch in Auslandswährung . . . verschuldet»,

[1032] *COUGHLIN,* Money! Questions and Answers .. . a.a.O., S. 61.

1033 *Q_{ranc}jt* a.a.O., S. 243f. - Wie man sieht, weiß BOFINGER natürlich ganz genau um das Bestehen von Auslandsschulden, verdreht jedoch sogleich wieder die Wahrheit, indem er von «Anleihen bei Frankreich» statt richtig von «Anleihen Frankreichs» redet!

und zwar «vornehmlich» in US-Dollar, Yen, D-Mark bzw. Euro, britischem Pfund oder Schweizer Franken. Genau das macht sie angreifbar für alle möglichen Manipulationen, denn: «Wechselkursschwankungen dieser Währungen untereinander und zu den Währungen der betroffenen Länder - ausgelöst durch was auch immer - schlagen damit sofort auf die Höhe der Staatsverschuldung in Inlandswährung, damit auf die Bonität der Staatsanleihen und darüber schließlich auf das Zinsniveau der Länder durch, unabhängig davon, wie sich die eigentliche wirtschaftliche Situation im jeweils eigenen Land darstellt.»[1034]

Allerdings werden Auslandsschulden gerade jener fünf Staaten, deren Währungen soeben aufgezählt wurden, also der USA, Japans, Deutschlands, Großbritanniens und der Schweiz, natürlich gerne auch in der jeweils eigenen Landeswährung aufgenommen. Im Falle der USA lauten sogar sämtliche Staatsschuldpapiere auf Summen in US-Dollar! Das bietet freilich ebenfalls Raum für gewisse Manipulationen, auf die aber hier nicht näher einzugehen ist.

Umso mehr gilt es demgegenüber zu beachten, daß der offiziell - wenn überhaupt - angegebene Prozentsatz der Auslandsverschuldung eines bestimmten Staates in aller Regel bei weitem zu niedrig liegen wird. Jedenfalls dann, wenn man die ROTHSCHILDS und gewisse andere «internationale Bankiers» als - **verdeckte** - Eigentümer, Mehrheits- oder auch bloß Minderheitsteilhaber der meisten, wenn nicht aller jeweils «nationalen» Großbanken in Anschlag bringt.. .

Man kann die systematische Auslandsverschuldung beinahe aller Staaten der Erde in drei Phasen und zugleich drei Staatengruppen einteilen.

Phase und Gruppe 1 waren bzw. sind bis heute im wesentlichen die europäischen Staaten nebst den USA, Kanada und den übrigen britischen Kronkolonien (vorwiegend) westlicher Prägung. Zunächst mußten die europäischen Staaten, die ja größtenteils in den 1. Weltkrieg verwickelt wurden, sich bei den verdeckten ROTHSCHILD-Großbanken **in den USA,** also **im Ausland,** massiv verschulden, um zuerst die Kriegskosten, dann die Kriegsfolgen zu finanzieren. Später lieferten *umgekehrt* der «Kalte Krieg» sowie der kostspielige Vietnamkrieg die erforderlichen «Gründe» für den Beginn der amerikanischen Schuldenaufnahme **im Ausland,** nämlich in **Westeuropa,** ehe die **arabischen** Ölförderländer ebenfalls als US-Gläubiger auf den Plan treten durften. Und so weiter .. .

Phase und Gruppe 2 bildeten die Länder des kommunistischen «Ostblocks» im Zeitraum von 1918 bis 1989. Sie erzielten mit ihrer Planwirtschaft in vorhersehbarer und gewollter Weise derart miserable Ergebnisse, daß sie zum Überleben von Anfang an - und dauerhaft - auf «Westimporte» angewiesen waren. Die konnten aber nur durch wiederholte und immer höhere «Kreditaufnahmen bei «westlichen» Großbanken, also **im Ausland,** und dort natürlich *letztlich* vor allem bei den ROTHSCHILDS & Co., finanziert werden. Die *gesamte* Staatsverschuldung der kommunistischen Länder lag daher stets, soweit sie nicht absurderweise auch noch untereinander verschuldet waren, im «westlichen», «kapitalistischen» **Ausland.** Schließlich mußte die vorgebliche (Auslands-)«Überschuldung» der sogenannten **2. Welt** sogar als Begründung für den «Fall der Mauer» und den «Zusammenbruch des Kommunismus» herhalten! Da diese Auslandsverschuldung aber anschließend nicht bloß bestehen blieb, sondern dank der boshaften «Schocktherapie» noch gewaltig *ausgeweitet* wurde, werden wir die **2. Welt** einfachheitshalber bis in die aktuelle Gegenwart hinein als eigene Staatengruppe betrachten.

Phase und Gruppe 3 besteht aus den Entwicklungs- und Schwellenländern, die man bis vor nicht allzulanger Zeit noch als die 3. und 4. Welt bezeichnete, wobei der Begriff

[1034] *STRIEGEL* a.a.O., S. 183.

«3. Welt» jedoch gewöhnlich die allerärmsten Länder (= «4. Welt») miteinschloß. Diese 3. **Welt** wurde im selben Maße, in dem man sie aus der kolonialen Unfreiheit in die staatliche «Selbständigkeit» entließ, im 19. und in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts ausschließlich durch die «internationalen Bankiers», ab der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts *zusätzlich* durch so «wohltätige» Institutionen wie den *IWF* oder die *Weltbank* mit ausschließlich **ausländischen** «Krediten» - großenteils verdecktes ROTHSCHILD-Kapital - beglückt, unter denen sie heute schlimmer ächzen denn je. Das gilt auch für jene Staaten, die man inzwischen nicht mehr als «Entwicklungs-», sondern als «Schwellen»länder einstuft. Wir bleiben darum auch hier aus Vereinfachungsgründen bei der Zusammenfassung dieser, der größten, Staatengruppe als der 3. **Welt.**

Nur ganz wenige Länder, sämtlich massiv erdölfordernde Staaten, vermochten der Auslandsverschuldung zu entgehen. Wegen ihrer durchweg geringen Bevölkerungszahl und (im Falle der arabischen Länder) ihrer relativen technologischen Rückständigkeit droht dem Weltherrschaftsanspruch der PROTOKOLLE von dieser Seite jedoch absolut keine ernstliche Gefahr. Man kann sie daher ohne weiteres als die - von den ROTHSCHILDS & Konsorten tolerierten - Ausnahmen von der Regel bezeichnen.

Wir beginnen unsere detaillierte Betrachtung der Auslandsverschuldung der Staaten mit der 2. Welt, wenden uns dann der 3. Welt unter besonderer Berücksichtigung der boshaften Rolle von *IWF* und *Weltbank* zu, kehren erst danach wieder zur 1. Welt, also unseren eigenen «westlichen» Staaten zurück.

3) Auslandsverschuldung der 2. Welt

Ihr enormes Ausmaß kam erst im Zuge der jüngsten Finanzkrise ans Licht, als gewisse Großbanken ihre Ersuchen um staatliche «Hilfe» oder gar «Rettung» wenigstens mit irgendwelchen *näheren* Angaben begründen mußten. Die dabei kolportierten Zahlen, meist ohne Nennung nachprüfbarer Quellen von den kontrollierten Medien gezielt in Umlauf gebracht, waren und sind immer noch vage genug, um die persönlichen Inhaber und Nutznießer dieser Milliarden-«Schulden» vor jeder «Entdeckung» zu schützen.

Mit 1,3 *Billionen* Euro waren die Staaten des früheren Ostblocks im Jahre 2009 bei westeuropäischen, «insbesondere **österreichischen, schwedischen, griechischen, italienischen** und **belgischen» Banken** verschuldet. Davon mußten im selben Jahr rund 300 Milliarden Euro «zurückgezahlt oder verlängert werden»[1035], was *aufs ganze gesehen* **immer nur** auf eine «Verlängerung», also Umschuldung hinausläuft. Allein **österreichische** Banken hielten unglaubliche 300 Milliarden Euro dieser Schulden[1036], wovon wiederum der Löwenanteil, nämlich «knapp 20 Prozent aller Osteuropa-Kredite von Banken der *Europäischen Union*»[1037], auf die drei Groß-Kreditinstitute *Erste Bank, Raiffeisen International* und *Bank Austria* entfiel. Die letztere gehört allerdings inzwischen als «Tochter» der italienischen «Mutter» *UniCredit* - ein typisches Muster für die Vorgehensweise der «internationalen Bankiers»! so daß die Statistiker nicht einmal wissen, ob sie diese Großbank, die 2009 immerhin rund 70 Milliarden Euro an osteuropäischen «Krediten» in ihren Büchern hatte, als «österreichisch» oder «italienisch» ansehen sollen

[1035] *ARGENS* a.a.O., S. 180 (fette Hervorh. hinzugefügt); dort ist einmal von 1,3 *Billionen* **Euro,** dann wieder - unvermittelt in amerikanischer statt europäischer Zählweise! - von «1,7 *Trillionen*» US-**Dollar** die Rede, von denen «400 *Billionen*», also dann **grob** umgerechnet ca. 300 *Milliarden* **Euro** kurzfristig fallig würden.

[1036] Ebd. S. 190.

[1037] Ebd. S. 181.

[1038] weit überproportional «engagiert» im ehemaligen Ostblock waren außer den schon genannten auch **finnische** Banken[1039].

Wie es scheint, handelt es sich bei den 1,3 Billionen Euro freilich nur teilweise um formliche «Staatsanleihen», denn Autoren wie ARGENS oder GRANDT, die den «Staatsbankrott» an die Wand malen, reden zwar ständig von «den osteuropäischen Staaten», denen es «immer schwerer» falle, «ihren Verpflichtungen nachzukommen»[1040]. Doch zwischendurch heißt es auf einmal, die österreichischen Bankkredite» seien an osteuropäische **Banken** gegangen, und dann wieder, die osteuropäischen «Kreditnehmer» seien **«von Arbeitslosigkeit bedroht»[1041]!** Offenbar hat man hier also **sämtliche** «Kredite», an osteuropäische *Regierungen* genauso wie an dortige *Unternehmen* und *Privatleute,* einfach in einen Topf geworfen, weil genauere, entsprechend aufgeschlüsselte Zahlen von den «kreditgebenden Banken und auch von der Rothschildschen *BIZ* nicht zu bekommen sind . ..

Außerdem steckt hinter diesen so eifrig beschworenen «Staatsbankrott»-Szenarien unverkennbar die Vorstellung, «letztlich» müsse der Staat für sämtliche «Schulden» seiner Bürger geradestehen. Das ist bemerkenswert insofern, als dieselben Autoren bezüglich der westlichen Industrieländer und insbesondere hinsichtlich Deutschlands immer genau umgekehrt «die Steuerzahler» in der Pflicht sehen, «letztlich» für die Staats«schulden» aufzukommen ... In Wirklichkeit, nämlich **im aktuellen Schuldgeldsystem,** ist beides gleichermaßen schief und «letztlich» unzutreffend! Für die sämtlich aus nichts erzeugten **Pseudo**-«Schulden» der Banken brauchte nämlich, **ginge es nur wahrhaft nach den elementarsten Grundsätzen von Recht und Gesetz zu,** überhaupt niemand - weder Staat noch Bürger - die Zeche zu zahlen, falls das betrügerische Schneeballsystem irgendwann demnächst zusammenkracht. Völlig zu Recht «bankrott» wären, wie ja das Wort bereits sagt, nur die Banken selber!

Tatsache ist jedenfalls: Die Ostblockländer waren **als Staaten** in kommunistischer Zeit im «westlichen» Ausland, das heißt, bei den «westlichen» (Groß-)Banken, hochverschuldet und sind es nach der Wende geblieben. Als Mexiko 1982 seine Auslandsschulden plötzlich nicht mehr «bedienen» konnte, beeilten sich die Ostblockländer, die bereits knapp vor demselben Problem standen, «ihre Kreditaufnahmen im Westen zu reduzieren. . . . Doch diese Einschränkungen konnten nicht lange durchgehalten werden . . . [Es kam] darum zu erneuten Kreditaufnahmen, die . . . ab 1984/85 sogar zu einer Verdopplung der Schulden führten. Damit konnten die Staaten zwar vorübergehend ihre Engpässe abbauen, aber gleichzeitig überschritten sie die Grenze ihrer Zahlungsfähigkeit. - Das endgültige Aus der Staaten war damit eingeläutet. - Besonders kraß war dieser Schuldenanstieg in der DDR, nicht zuletzt durch jenen überraschenden Drei-Milliarden-DM-Kredit, der ausgerechnet von dem Bayerischen Ministerpräsidenten FRANZ-JOSEF STRAUß noch einmal eingefädelt wurde.»[1042]

1038 Ygi *QKANDT* a.a.O., S. 158 (das österreichische Nachrichtenmagazin «Profil» wörtlich zitierend): «Die *Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ)* veröffentlichte, daß die österreichischen Banken in der Region knapp 230 Milliarden Euro an Kreditvolumen vergeben haben. Rechnet man die *Bank Austria* hinzu, die in der Statistik aufgrund der italienischen Mutter *UniCredit* nicht eingerechnet ist, schätzen Experten das Volumen auf rund 300 Milliarden Euro.» - Hier läßt sich außerdem schön beobachten, wie neben einer «offiziellen», aber unvollständigen Quelle, der *BIZ,* auf irgendwelche anonymen «Experten» Bezug genommen wird.

1039 *ARGENS* a.a.O., S. 190.

1040 So *GRANDT* a.a.O., S. 158.

1041 Ebd. - *ARGENS* a.a.O., S. 180 **deutet** ebenfalls lediglich **an,** daß es sich *teilweise* um **Hypo**thekenkredite handelt.

1042 *HELMUTCREUTZ* in: «Humane Wirtschaft» Nr. 4 (Juli-August) 2010, S. 18.

In absoluten Zahlen erscheinen die Auslandsstaatsschulden des Ostblocks nur deshalb nicht so hoch, weil auch die Wirtschaftskraft dieser kommunistischen Länder bloß einen Bruchteil vergleichbarer «kapitalistischer» Staaten betrug. 1989, als die Bundesrepublik Deutschland mit knapp 1 Billion DM Staatsschulden **insgesamt** (d.h. im In- *und* Ausland) belastet war, was damals **ungefähr** halbsoviel, also **grob** gerechnet ca. 500 Mrd. US-Dollar entsprach, beliefen sich die im Ausland aufgenommenen Staatsschulden Polens immerhin auf rund 39, die der UdSSR auf 29, diejenigen Ungarns wie auch der DDR auf knapp 20, die Bulgariens auf 9 und die der Tschechoslowakei auf 6 Milliarden US-Dollar. Nur Rumänien hatte diese Schulden vom Höchststand 1981 (ca. 9,5 Mrd. $) auf bloß noch ca. 1,5 Mrd. $ senken können - allerdings unter gewaltigen Opfern für seine Bevölkerung[1043]!

Gleich nach der sogenannten «Wende» wurde vor allem der vormaligen Sowjetunion seitens «westlicher» «Berater» die berüchtigte «Schocktherapie» verpaßt. Besondere Bekanntheit für die erfolgreiche Erteilung solcher «Ratschläge» erlangte damals der jüdische US-Ökonom JEFFREY SACHS. Die Volkswirtschaften der wieder in viele verschiedene Staaten zerfallenen Sowjetunion wurden dadurch in kürzester Zeit derart ruiniert (und natürlich ausgeplündert!), daß sie sich gezwungen sahen, «Kredite» des *IWF,* also letztlich wiederum der «westlichen» Großbanken, in Anspruch zu nehmen[1044]. Diese Milliarden-«Kredite» kamen selbstverständlich zu den in voller Höhe fortbestehenden «Altschulden» aus der kommunistischen Ära hinzu!

a) Rußland

In seinem strikt chronologisch strukturierten Buch notiert ANDREW HLTCHCOCK für das Jahr 1992, das zweite Jahr nach dem Wegfall des «Eisernen Vorhangs»: «Was Rußland an Hilfe vom Westen bekommt, geht schnurstracks an die jüdische Bankenkabale. Das kommt ans Licht, als die *Washington Times* berichtet, der russische Präsident BORIS JELZIN, der aufgebracht darüber gewesen sei, daß der Großteil der vom Ausland hereinkommenden Hilfe ständig abgesaugt werde, habe erklärt, sie fließe „direkt wieder zurück in die Truhen der westlichen Banken, als Schuldendienst".»[1045]

Schon bis 1995 hatte der «russische Staat» nicht zuletzt «aufgrund der Übernahme der Verbindlichkeiten der ehemaligen Sowjetunion einen Schuldenbestand in Auslandswährung in Höhe von 123,5 Milliarden US-Dollar bzw. 27,5 Prozent am russischen BIP aufgebaut»[1046]. Das entsprach annähernd exakt dem Anteil der deutschen Staatsverschuldung im Ausland am deutschen BIP von (bei rund 60 % insgesamt) ca. 30 % oder knapp der Hälfte der gesamten Staatsverschuldung im Jahr der europäischen Währungsunion 1999 und danach. Man hatte also Rußland schon damals wieder so zuverlässig «im Griff» wie Deutschland oder andere westliche Staaten auch.

Nach «Ausbruch» der Asienkrise 1997 mußten auf die nunmehr in Rubel aufgenommenen ausländischen Neu«kredite» immer höhere Zinsen gezahlt werden. Da die bekanntlich von keinem einmal verschuldeten Staat mittel- und langfristig wirklich «gezahlt» werden (können) - Rumänien war (zeitweilig) die einzige Ausnahme! - bedeuteten höhere Zinsen einen immer schnelleren Anstieg der Neuverschuldung. Das wiede-

[1043] Alles lt. ebd. S. 19; Zahlen entnommen der dortigen «Darstellung 5»; diese findet sich in besserer Qualität auch in *CREUTZ,* Das Geld-Syndrom . . . a.a.O., S. 277 als «Darstellung 39».

[1044] Vgl. dazu im einzelnen *HODGSONBROWN,* Der Dollar-Crash . . . a.a.O., S. 277f, 288 u. 291.

[1045] ***HITCHCOCK*** a.a.O., S. 220.

[1046] *GRANDT* a.a.O., S. 127.

rum erhöhte das «Risiko» der «Anleger» (sprich: der ausländischen Banken) und ließ die Zinsen noch rascher klettern . . .

«Bereits Ende 1997 stieg der Zinssatz für GKOs (kurzfristige russische Staatsanleihen) auf über 20 Prozent. Im Mai 1998 waren es sogar 150 (!) Prozent bei einer Inflationsrate von zehn Prozent.... Der russische Staat saß in der Schuldenfalle, aus der es keinen Ausweg mehr gab. Die Gründe waren der Anstieg der Zinszahlungen und die kurze Laufzeit der Verbindlichkeiten. Die Zinszahlungen des Zentralhaushaltes stiegen im ersten Halbjahr 1998 auf über fünf Prozent des Bruttoinlandsprodukts . . .»[1047], und Rußland war nach einer 50prozentigen Abwertung des Rubels erst einmal zahlungsunfähig.

So etwas wird jedoch von den ROTHSCHILDS & Co. prinzipiell nicht hingenommen, weshalb alsbald der übliche «Plan B» in Kraft trat: «Kreditverlängerung oder -streckung, also **Umschuldung:** «Kurzfristige Rubel-Kredite (GKOs) wurden einseitig in langfristige Rubel-Anleihen umgewandelt.» Zwar mußten angeblich «ausländische Anleger», die Kredite nicht in Rubel, sondern «in US-Dollars oder anderen westlichen Währungen an Rußland vergeben hatten, . . . hohe Verluste hinnehmen. Am stärksten waren die deutschen Banken betroffen, die Guthaben von über 30 Mrd. US-Dollar gegenüber Rußland hielten.» Ebenfalls angeblich wandte der russische Staat «die nächsten Jahre rund die Hälfte seiner Steuereinnahmen für Zinszahlungen und Tilgungen» auf. Bei einer kurzfristigen Betrachtung mag das zutreffen, im mittel- und längerfristigen Durchschnitt wird jedoch weder etwas «getilgt» noch erfolgen die Zinszahlungen aus «Steuereinnahmen». Unmittelbar ersichtlich wird das daraus, daß die «öffentliche Auslandsverschuldung», die - siehe oben - 1995 noch 123,5 Mrd. $ betragen hatte, trotz aller als «uneinbringlich» abgeschriebenen Forderungen und aller «Verluste» der westlichen Banken Ende 1998 auf 150,9 Mrd. $ angewachsen war[1048], **ein Anstieg von über 20 % in nur drei Jahren,** ein Umstand, der dem emsigen Auguren des «Staatsbankrotts» MICHAEL GRANDT völlig entgangen zu sein scheint. **Nach** dem kurzen russischen «Bankrott» von 1998 waren die Schulden **weit höher** als zuvor, mußten dennoch «bedient» werden - und «konnten» es auch!

«1998 setzte Rußland die Bedienung von mehreren Milliarden seiner Schulden aus, also schuldete der *IWF* die alten Kredite um und vergab neue. 1999 entdeckte man, daß russische Staatsdiener von diesen Mitteln ungefähr 20 Milliarden $ „gewaschen" (gestohlen) hatten. Der *IWF* brachte öffentlich Entsetzen und Bestürzung zum Ausdruck; doch wenig später nahm er die Verhandlungen zur Vergabe neuer Anleihen wieder auf.»[1049] Klar, denn es geht ja gar nicht um «Rückzahlung», sondern um Zinsgewinne und mehr noch um effektive Kontrolle; die aber wird durch neue «Kredite» als Ersatz für «entwendete» (wiewohl als «Schulden» fortbestehende) alte nicht etwa geschwächt, sondern nur umgekehrt gestärkt!

Einzelne Negativ- oder Positivmeldungen dürfen dabei nicht den Blick dafür verstellen, daß sich im langjährigen Durchschnitt nichts wesentliches am Verschuldungsstand Rußlands geändert hat. Noch 1999 mußte - angeblich - «fast der gesamte Staatsetat für die Bedienung der Auslandsschulden» aufgewendet werden[1050]; in Wahrheit waren es «nur» 38 Prozent gegenüber 30 Prozent im Vorjahr[1051]! Doch schon im Frühsommer 2006 gab Staatspräsident PUTIN stolz bekannt, die russischen Gold- und Devisenreser-

[1047] Ebd. S. 128.

[1048] Ebd. S. 129.

[1049] *GRIFFIN* a.a.O., S. 130.

[1050] So irrigerweise *HANNICH* a.a.O., S. 16!

[1051] Lt. dem bei Zahlenangaben stets sehr genauen *MOTZKUHN* (a.a.O., S. 59).

ven hätten mit 247 Mrd. $ fast die Höhe der Staatsschulden von inzwischen 258 Mrd. $ erreicht[1052]; am 23. August desselben Jahres zahlte Rußland sämtliche noch bestehenden Sowjet-Schulden in Höhe von 22,5 Mrd. $ mit einem Schlag an den *Pariser Club* bzw. die durch ihn repräsentierten westlichen Großbanken zurück[1053], obwohl ihre Rückzahlung eigentlich langfristig bis 2027 vereinbart war[1054]! Derlei bisweilen extreme Schwankungen können indessen nicht verdecken, daß auch für die Staaten der 2. Welt **langfristig** das eiserne Prinzip gilt: Zinszahlungen auf Altkredite = Neuverschuldung.

b) Polen

Bester Beweis dafür sind die polnischen Staatsschulden im (natürlich «westlichen») Ausland während der kommunistischen Ära. Dazu hieß es am 14. November 1991 im *Handelsblatt*: «Obgleich zahlungsunfähig und von den internationalen Kapitalmärkten verdrängt, stieg die polnische Auslandsverschuldung von 1981 bis 1990 von 26 auf 48 Mrd. Dollar. Die Verdopplung der Auslandsschuld resultierte ausschließlich aus der Nichtbezahlung falliger Zinsen: es wurde kein einziger Dollar getilgt oder als Realkapital zur Stärkung der polnischen Exportwirtschaft importiert.» CREUTZ, dem wir diesen vielsagenden Text verdanken, kommentiert - und diesmal absolut treffend -: «Wie sich die Vorgänge gleichen, könnte man angesichts unserer heutigen Lage sagen! Denn auch bei uns stammen die Staatsverschuldungen - wie wir gesehen haben - fast ausschließlich „aus der Nichtbezahlung fälliger Zinsen" bzw. deren Finanzierung über erneute Kreditaufnahmen!»[1055]

Die polnische Staatsschuld im «westlichen» Ausland hätte noch viel höher gelegen, wären nicht schon 1981 unter US-Präsident RONALD REAGAN rund 400 Millionen Dollar an US-«Bundesmitteln» dazu verwendet worden, «US-Banken geschuldete polnische Anleihen zurückzuzahlen»[1056]. Polnische Auslandsschulden wurden also verringert, indem sich die US-Staatsschulden entsprechend erhöhten. Dasselbe geschah in noch weit höherem Umfang zehn Jahre später: 1991 «erließ» US-Präsident GEORGE H. W. BUSH dem nunmehr nicht mehr kommunistischen, sondern «demokratischen» Polen volle 70 % seiner bei amerikanischen Banken ausstehenden Schulden von 3,8 Milliarden Dollar[1057]. Offenbar waren die ROTHSCHILDS & Co. damals der Auffassung, Polen stehe auch so noch tief genug in ihrer Schuld . ..

c) Ungarn

Das Land ließ sich, ganz dem PROTOKOLLARISCHEN Muster entsprechend, bereits massive ausländische Kredite andrehen, als es noch mit Österreich zu einer Doppelmonarchie vereinigt war. So erwähnt HJALMAR SCHACHT, daß die *Dresdner Bank* im Juni 1914, also noch vor Beginn des 1. Weltkriegs, einen Kredit von stolzen 40 Millionen Reichsmark an die ungarische Hauptstadt Budapest[1058] vergab, eine Summe, die in heu-

[1052] Lt. Meldung in: «American Free Press», 3.7.2006, S. 2.

[1053] Lt. Meldung in: «American Free Press», 4.9.2006, S. 2.

[1054] Lt. *MOTZKUHN* a.a.O., S. 50f.

[1055] *HELMUT CREUTZ* in: «Humane Wirtschaft» Nr. 4 (Juli-August) 2010, S. 18f; das Zitat aus dem «Handelsblatt» steht auch schon in ders., Das Geld-Syndrom . . . a.a.O., S. 275f.

[1056] *GRIFFIN* a.a.O., S. 297, die «Los Angeles Times» wörtlich zitierend.

[1057] Lt. *GRIFFIN* ebd. S. 126f.

[1058] *SCHACHT* a.a.O., S. 123.

tigern Geld immerhin ca. 2 Milliarden Euro entspräche! Die *Dresdner Bank* war eine jüdische Gründung und wurde damals von jüdischen Direktoren geleitet[1059].

Nach der «Wende» blieben die in kommunistischer Zeit aufgenommenen Auslandsschulden natürlich erhalten, wie überall sonst in der 2. Welt auch. Und dies bei rapide steigender Tendenz! Darauf wurde die Welt allerdings erst aufmerksam, als die «Anlegen), also im wesentlichen die in- und ausländischen Banken, im Herbst 2008 plötzlich keine ungarischen Staatsanleihen mehr kaufen mochten. Die vorher schon verkauften verfielen daraufhin an den Börsen dramatisch im Wert. «Als Nothelfer mußten die *Europäische Zentralbank,* der *Internationale Währungsfonds* und die *Weltbank* etwa 20 Milliarden Euro in das ungarische Finanzsystem stopfen.»[1060] Hinter allen drei genannten «Nothilfe»-Einrichtungen stehen indes letztlich immer nur die privaten Banken der «westlichen» Welt (die übrige Welt verfugt kaum über *eigene* Banken) mit den fast sämtlich **verdeckt** operierenden ROTHSCHILD-Großbanken an vorderster Front. *Die* hatten also nunmehr Ungarn elegant «umgeschuldet», und zwar höchstwahrscheinlich einzig zu dem doppelten Zweck, höhere Zinsen herauszuschlagen und eben dadurch das Tempo der **auswärtigen** Staatsverschuldung des Landes zu **erhöhen.** Denn die Zinsen auf Staatsanleihen werden ja in Ungarn genauso wie überall sonst im langjährigen Durchschnitt immer bloß durch «Netto-Neukreditaufnahmen» «finanziert» . ..

d) Jugoslawien

Das Land galt nicht als Mitglied des «Ostblocks», sondern als «blockfrei» und wurde dafür sogar ostentativ «belohnt» - durch großzügige «Kredite» von US-Banken . . . obwohl die «Ostblock»länder ihrerseits zur selben Zeit, freilich weit diskreter, *ebenfalls* ähnlich großzügige «Kredite» von denselben US-Banken (mit ROTHSCHILD-Hintergrund) bekamen!

«TITO hatte für seine Opposition gegen die UdSSR von den USA frühe und fette Kredite erhalten. Damit hat er seine Version eines kommunistischen Jugoslawien befestigt. Früher als woanders war dann die Rückzahlung fällig. Das Land taumelte in die Schuldenfalle. Zwischen 1985 und 1991 wurden sieben Milliarden Dollar neu gegeben. Im gleichen Zeitraum hat Jugoslawien über 20 Milliarden Dollar zurückgezahlt. Ein wenig geben, um das Dreifache zu bekommen, so wollen es die *Weltbank* und der *Internationale Währungsfonds.»*[1061]

Falls diese Angaben stimmen und die 20 Milliarden nicht bei westeuropäischen Banken jeweils als Neukredite aufgenommen wurden, um die Altkredite in den USA zu «bedienen», kam im Falle Jugoslawiens bereits jene zweite, **wesentlich brutalere** Variante der Auslandsverschuldung zum Tragen, welche die ROTHSCHILDS & Konsorten seit vielen Jahrzehnten sämtlichen Ländern der 3. und 4. Welt, ausgenommen nur die Volksrepublik China, angedeihen lassen. Denn **dort** müssen die «Steuerzahler» oder, richtiger gesagt, die «Bürger», anders als in der 1. oder 2. Welt, tatsächlich ganz direkt unter der Staatsverschuldung leiden, um den Preis massiver Verarmung bis hin zur Verelendung![1062] Zwar nicht notwendigerweise infolge exorbitanter Steuerzahlungen, aber dank anderer, noch viel verheerender «Maßnahmen» ...

1059 Einzelheiten siehe Band 1/2 der vorliegenden Reihe.

1060 *ARGENS* a.a.O., S. 192.

1061 *MAIJE OLSCHEWSKI,* Von den Karawanken bis zum Kosovo. Die geheime Geschichte der Kriege in Jugoslawien, Wien 2000, S. 430.

1062 Davon ausgenommen ist immer nur eine sehr kleine, aber superreiche Oberschicht, in der sich auch *fast* immer weit überdurchschnittliche viele Angehörige des vermeintlich «auserwählten» Volkes finden.

e) Die 2. Welt im Jahre 2009

Die jüngste globale Finanzkrise war willkommener Anlaß dazu, eine Vielzahl von Nachfolgestaaten der vormaligen UdSSR und sonstiger Länder der 2. Welt jetzt auch mit /IfF-Krediten zu beglücken. Wie gleich anschließend nachzuweisen sein wird, stellen sämtliche Kredite, die der *IWF* an egal welche Länder der 2. bis 4. Welt vergibt, **letztlich** immer bloß zusätzliche Staatsschulden der **1. Welt** bei den «westlichen» (ROTHSCHILD-)Großbanken dar! Am Grundmuster aus der kommunistischen Ära - der reiche Westen finanziert *via Erhöhung der eigenen Staatsschulden* die Kredite für den armen Osten - hat sich also **per saldo** überhaupt nichts geändert!

Ende 2008 und/oder im Laufe des Jahres 2009 wurden folgenden Ländern der 2. Welt jeweils Kredite des *IWF* in folgender Höhe **zugesagt:** Armenien 788 Mill. $, Weißrußland 2,46 Mrd. $, Serbien 4 Mrd. *Euro,* Polen **20,5 Mrd.** $ (!), Bosnien-Herzegowina 1,13 Mrd. *Euro,* Moldawien 590 Mill. $, Georgien 1,197 Mrd. $, Ungarn **15,7 Mrd. $** (!), Ukraine **16,4 Mrd.** $[1063]! Alle diese auf $ lautenden /»F-Kredite bleiben **letztlich** als zusätzliche Staatsschulden an den USA hängen, die auf Euro lautenden *hauptsächlich* an der Bundesrepublik Deutschland - ohne daß dies jedoch von der Öffentlichkeit begriffen würde...

4) IWF und Weltbank als Instrumente der Auslandsverschuldung der 3. und 4. Welt

In den reichen Ländern werden Staatsschulden im langjährigen Durchschnitt und natürlich im Durchschnitt aller einzelnen Schuldner immer nur um- und aufgeschuldet: was die eine Bank an Zinszahlungen und Tilgung zurückbekommt, wird bei der nächsten neu aufgenommen. Die auf diesen Neukredit künftig zusätzlich fälligen Zinsen erhöhen zwar die Staatsschuld entsprechend, aber das tut den Steuerzahlern nicht weh, denn auch diese neuen Zinsen werden unterm Strich durch nochmals neuen Kredit bei einer dritten (oder auch schon wieder bei der ersten!) Bank «finanziert».

Die Einwohner der armen und ärmsten Länder sind nicht so glücklich, derart ungeschoren davonzukommen. Sie müssen im langjährigen Durchschnitt und im Durchschnitt aller betroffenen Länder ungefähr **ein Drittel** der jeweiligen Zins- und Tilgungszahlungen auf die praktisch **nur im reichen Ausland** bestehenden Staatsschulden durch jene (hauptsächlich US-Dollar-)Devisen aufbringen, die sie durch die massive Ausfuhr selbsterzeugter und schlechtbezahlter Produkte erwirtschaften. Nach Angaben der *Weltbank zahlten* alle Entwicklungsländer zusammengenommen im Jahre 1999 rund 256 Milliarden US-Dollar an Zins und Tilgung auf ihre Auslandsschulden bei den Industrieländern «zurück»; gleichzeitig nahmen ihre staatlichen Schulden bei denselben Industrieländern «nur» um 166 Milliarden Dollar zu[1064]. Man sieht auf den ersten Blick: Die Zunahme wurde vollständig für die «Bedienung» der Altschulden benötigt, reichte jedoch bei weitem nicht aus. 90 Milliarden oder gut 35 % der «Rückzahlungen wurden nicht aus Neukrediten, sondern aus Exporterlösen bestritten, für die extrem hart gearbeitet werden mußte!

«Heute fließt mehr Geld in Form von Zinszahlungen in die Erste Welt zurück, als von dort Kredite nach außen vergeben werden», hebt auch HODGSON BROWN hervor. «Bis 2001 war genug Geld von der Dritten Welt in die Banken der Ersten Welt zurückge-

[1063] Lt. *GRANDT* a.a.O., S. 174f.
1064 Lt *THOMAS VON TUBEUF in:* «Humanwirtschaft» Nr. 1 (Januar-Februar) 2007, S. 47.

flössen, um die ursprüngliche Kreditsumme sechs Mal tilgen zu können. Aber die Zinsen haben von diesen Zahlungen soviel aufgebraucht, daß sich die aufgelaufenen Schulden tatsächlich vervierfacht haben.»[1065] Das ist, zwölf Jahre später, immer noch dasselbe Zahlenverhältnis 4:6 = 2:3 oder 2/3 (zwei Drittel). Wenn die Schulden sechsmal zurückgezahlt wurden und dennoch auf das Vierfache gestiegen sind, wurden **unterm Strich** zwei Drittel der sechsfachen Rückzahlung durch diese vierfachen Neukredite bewerkstelligt, das letzte Drittel jedoch aus Exporterlösen[1066]!

Allerdings ist zu bedenken, daß es sich hier lediglich um den *Durchschnitt* sämtlicher armen Länder handelt. Im einzelnen gibt es jedoch große Unterschiede. Die exportstärksten der ärmeren Staaten, die inzwischen sogenannten «Schwellenländer», können meist einen überdurchschnittlich hohen Teil ihres Schuldendienstes durch Ausfuhrerlöse abdecken, so daß ihre Schuldenlast langsamer wächst als der Durchschnitt. Hingegen weisen die ärmsten Länder gewöhnlich ein Muster auf, das demjenigen der reichen Industriestaaten nahekommt: sie begleichen fast alle Altschulden samt Zinsen immer nur durch Neukredite, so daß **per saldo** die jährlichen Zinszahlungen auf ihre Auslandsschulden nicht viel höher liegen als die Netto-Neukreditaufnahme im selben (reichen) Ausland. So nahm nach Angaben der *Weltbank* und der *OECD* ganz (Schwarz-)Afrika im Jahre 2001 12,7 Milliarden $ neue Kredite auf, zahlte aber «nur» 14,5 Milliarden $ an Zinsen und Tilgung[1067] zurück, was bedeutet, daß **hier** lediglich 1,8 Milliarden $ oder 12,5 %, also nur **ein Achtel** der «Rückzahlungen aus Exporteinnahmen stammten.

Die Auslandsverschuldung der ärmeren und ganz armen Länder des Globus kann unmöglich isoliert vom boshaften «Wirken» des *IWF* und der *Weltbank* betrachtet werden. Ähnlich wie weiter oben, als es darum ging, die unlösbar miteinander verflochtenen Operationen der *FED* und der US-Geschäftsbanken gründlich zu durchleuchten, müssen wir darum auch jetzt zweimal ansetzen. Zuerst analysieren wir **mehr grundsätzlich** die Arbeitsweise der beiden global agierenden Kreditinstitute, dann nochmals die daraus unmittelbar resultierende **konkrete** Verschuldungssituation der 3. und 4. Welt. *Teilweise* Überschneidungen und Wiederholungen lassen sich dabei unmöglich vermeiden, dienen aber auch diesmal der anders gar nicht möglichen *allseitigen* Erfassung des Sachverhalts.

Offiziell sind so gut wie alle Staaten der Erde «Mitglieder» sowohl des *IWF* als auch der *Weltbank*. Übrigens **darf** ein Land nur *entweder beiden* Organisationen angehören, oder *gar keiner*[1068]. *Offiziell* kann jedes «Mitgliedsland» unter bestimmten Bedingungen von einer oder beiden Einrichtungen «Kredit» bekommen. Das ist bereits auffallend, weil ja fast sämtliche Mitgliedsstaaten schon längst selber hochverschuldet sind . . . Wie vermag Kredite zu *vergeben*, wer gleichzeitig selber welche in enormer Höhe *aufgenom-*

1065 *HODGSONBROWN* a.a.O., S. 322.

1066 *DOHMEN* a.a.O., S. 70 formuliert denselben Sachverhalt umgekehrt: Es «müssen die armen Länder durchschnittlich jedes Jahr für die Tilgung und Zinsen der Kredite mehr Geld aufbringen, als sie mit dem Export ihrer Güter und Dienstleistungen verdienen». Klarerweise ist jedoch unter diesen Umständen eine «Tilgung» *durchschnittlich* bzw. **unterm Strich** von vornherein völlig ausgeschlossen (selbst unter der - natürlich grundfalschen! - Annahme, die Exporterlöse der *Wirtschaft* stünden dem *Staat* in voller Höhe zwecks Schuldenrückzahlung zu Verfügung), denn die durch Exporte nicht hereinzuholenden Dollars für den Schuldendienst können ja einzig durch *Netto-Neukiedite,* d.h. durch Schuldenerhöhung statt -tilgung, beschafft werden!

1067 Lt. «Share International» (dt. Ausgabe) Nr. 8 (Oktober) 2003, S. 15. - Die erwähnte «Tilgung» ist immer nur bezogen auf *einzelne* Gläubiger, denn *insgesamt* findet dank ständiger Umschuldung **keinerlei** Tilgung statt!

1068 Vgl. *FLELD* a.a.O., S. 34: «Wer der einen Institution beitritt, muß auch der anderen beitreten.»

men hat? Vor allem aber, **woher,** d.h. **von welchem Land** sollen eigentlich die «Kredite» kommen, die *IWF* und *Weltbank* «vergeben», wenn doch hinter beiden Organisationen eine praktisch die ganze Erde umfassende «Staatengemeinschaft» steht, von deren Mitgliedern praktisch kein einziges Geld zum Ausleihen übrig, sondern immer bloß selber Kreditbedarf hat?!

Beide Organisationen sind offensichtlich nicht das, als was sie dennoch gerne erscheinen möchten. Ihre «Mitglieder» bestehen nämlich, wenn wir einmal genauer hinsehen, aus **zwei ganz verschiedenen** Gruppen. Die *erste* Gruppe sind die ROTHSCHILD-dominierten Großbanken der westlichen Welt, die sich jedoch schlauerweise von den Staaten bzw. Regierungen dieser westlichen Welt **vordergründig vertreten** lassen. Die *zweite* Gruppe sind tatsächlich ganze Länder, aber eben nur jene der 2., 3. und 4. Welt, gleichfalls vertreten durch ihre Regierungen. Aus dieser merkwürdigen **wahren** Konstellation läßt sich sofort ersehen, worum es wirklich ging und geht: um die Ausbreitung und Verfestigung des ROTHSCHILD-beherrschten «westlichen» Schuldgeldsystems auf der ganzen Welt. Und natürlich um die PROTOKOLLgemäße Verschuldung möglichst **aller** Staaten des Globus.

a) IWF und Weltbank - ihr Werden und Werdegang

Offiziell stand allerdings etwas ganz anderes auf der Tagesordnung, als sich am 1. Juli 1944 die Vertreter von 44 Ländern zur Konferenz von Bretton Woods in den USA trafen[1069]. Das internationale Finanzwesen sollte neu geordnet, die internationalen Handels- bzw. Zahlungsbilanzen sollten durch geeignete Maßnahmen dauerhaft ausgeglichen werden. Das klang unverdächtig; stutzig machen können hätte höchstens die mit der Konferenz verknüpfte freimaurerisch-kabbalistische Symbolik. Im Tagesdatum des Konferenzbeginns 1.7.1944 verbarg sich als Quersumme die Jahwe-Zahl **26** = 2 x **13;** genau **4 x 11** Staaten, also symbolisch bereits die ganze Erde (sie hat **4** Himmelsrichtungen!) nahmen teil...

Es gab zwei konkurrierende Vorschläge. Der eine wurde von *England* favorisiert, stammte auch von dem *englischen* Ökonomen JOHN MAYNARD KEYNES, hätte aller Voraussicht nach tatsächlich für ausgeglichene Handelsbilanzen sowie einen um Null herum pendelnden Kreditbedarf zwischen den einzelnen Staaten als solchen gesorgt, vermochte aber eben deshalb absolut nicht den Beifall der ironischerweise just in *Englands* Hauptstadt London residierenden ROTHSCHILDS zu finden und kam entgegen allem, was immer wieder fälschlich behauptet wird[1070], konsequentermaßen **überhaupt nicht zum Zu-**
ggl0711

[1069] Lt. *REISEGGER* a.a.O., S. 265.

1070 Ygj «Als Ergebnis von Bretton Woods wurden die *Weltbank* und der *Weltwährungsfonds* gegründet. Die Idee ging auf JOHN MAYNARD KEYNES zurück.» **Das Gegenteil ist richtig.** KEYNES wollte von beiden Institutionen nichts wissen; statt dessen hatte er eine «International Clearing Union» («ICU») vorgeschlagen, die nie verwirklicht wurde! - Vgl. auch *GRIFFIN* a.a.O., S. 87: «Die Theoretiker, die diesen Plan entwarfen, waren der wohlbekannte fabianische Sozialist aus England JOHN MAYNARD KEYNES und der stellvertretende US-Finanzminister HARRY DEXTER WHITE.» In Wirklichkeit vertraten diese beiden, ungeachtet der tatsächlich belegbaren Mitgliedschaft von KEYNES bei den hocheingeweihten Fabianern, **strikt entgegengesetzte** Pläne - und nur WHITE setzte sich durch!

1071 vgl dazu im einzelnen *ROWBOTHAM,* Goodbye America! .. . a.a.O., S. 36-44. KEYNES befürwortete für den Welthandel eine internationale Verrechnungseinheit, die er «Bancor» nannte; Exporrtiberschüsse sollten von einer zu schaffenden internationalen Verrechnungszentrale mit

Der andere Vorschlag hatte die Unterstützung der USA, stammte auch von den beiden jüdischen Amerikanern HENRY J. MORGENTHAU - damals US-Finanzminister - und HARRY DEXTER WHITE - damals stellvertretender US-Finanzminister -, lief schnurstracks auf die Schaffung des *IWF* und der *Weltbank* hinaus, erfreute sich daher des Rothschildschen Wohlwollens und wurde demzufolge - gegen den erklärten Widerstand Englands! - **erfolgreich durchgedrückt.** Buchstäblich, denn «man hatte das britische Parlament davon in Kenntnis gesetzt, daß eine Bedingung des jüngsten US-Kriegskredits an Britannien die Annahme des Konferenzvorschlags war»[1072], woraufhin das Parlament folgsam einknickte!

Zwar ließ sich gegen den *offiziell* verlautbarten Sinn und Zweck der beiden neuen Institutionen nicht das geringste einwenden. «Ursprünglicher Gründungszweck des *IWF* war es, eine erneute Weltwirtschaftskrise wie die von 1929 zu verhindern. . . . Die *Weltbank* sollte als Bank von Staaten für Staaten den Wiederaufbau des kriegszerstörten Europa vorantreiben.»[1073] Letzteres bildete jedoch vermutlich von allem Anfang an einen bloßen Vorwand. Genauer gesprochen, sollte dem *IWF* eigentlich bloß «währungspolitische» Funktion zukommen: ihm oblag die «Vergabe von kurzfristigen Zahlungsbilanzhilfen», während «Entwicklungskredite» Sache der *Weltbank* waren. Doch diese «klassische Arbeitsteilung zwischen *IWF* (kurzfristige Zahlungsbilanzhilfen) und *Weltbank* (langfristige projektorientierte Entwicklungsforderung)» mußte bloße Theorie bleiben, denn «Entwicklungs- und Währungsfragen lassen sich . . . nicht trennen, . . . die Kreditpolitik des *IWF* legt die Rahmenbedingungen für die weitere Entwicklung eines Landes kurz- bis mittelfristig fest»[1074].

Welche «Aufgabe» *IWF* und *Weltbank* **wirklich** erfüllen sollten, war demgegenüber für alle Experten klar vorhersehbar, und gerade die *britischen* Experten sprachen es auch klar aus.

«1947 sagte in einer ÄSC-Rundfunksendung mit dem Titel *We Beg to Differ [Wir erlauben uns, anderer Meinung zu sein]* EDWARD HOLLOWAY als Folge der Vereinbarung von Bretton Woods unbezahlbare Schulden voraus: „... Es hat keinen Sinn, ein System fortzuschreiben, das automatisch zu unbezahlbarer Verschuldung zwischen Staaten führt. Die Wahl, die auf diesem Gebiet der internationalen Finanzmaschinerie getroffen werden muß, ist von höchster Bedeutung. Es ist eine Wahl zwischen Frieden und Wohlstand einerseits und erbittertem Handelskrieg zwischen den Staaten andererseits ... Der internationale Währungsfonds unternimmt nichts, um die Staaten unter Druck zu setzen, ihre Bilanzen mit der Welt bezüglich Waren und Dienstleistungen ins Gleichgewicht zu bringen ... In unserer Denkschrift führten wir die Gründe an, warum wir glaubten, daß das Bretton-Woods-Abkommen nicht funktionieren werde - und wir unterstrichen besonders die Verpflichtung von Gläubigerstaaten, den Schuldnerstaaten zu ermöglichen, sich ihrer Verschuldung zu entledigen, indem sie [die Gläubigerstaaten] einen Überschuß von Importen gegenüber Exporten akzeptieren. ... Das Abkommen von Bretton Woods igno-

dem Arbeitstitel «International Clearing Union» («ICU») ganz genauso (durch zinsähnliche Gebühren) bestraft werden wie *Importüberschüsse.* Das sollte alle Staaten sanft dazu zwingen, ihre Verrechnungs«konten» bei dieser «ICU» stets auf einem Stand von Null bzw. möglichst nahe *bei* Null zu halten. Für die ROTHSCHILDS & Co. hätte es dabei absolut nichts zu verdienen gegeben!

1072 *ROWBOTHAM* ebd. S. 44.

1073 *DOHMEN* a.a.O., S. 113.

1074 *PETER KÖRNER/GERO MAAß/THOMAS SIEBOLD/RAINER TETZLAFF* in: «Aus Politik und Zeitgeschichte» (Beilage zur Wochenzeitung «Das Parlament»), 11.6.1983, S. 22 bzw. 25.

riert diese Verpflichtung - und stärkt sogar noch die Position der Gläubigerländer, während es den Schuldnerländern Strafen auferlegt ... Diese Vorschläge, so argumentierten wir, würden unvermeidlicherweise zu einem verzweifelten Wettbewerb um die Weltmärkte fuhren ... Zahlungsunfähigkeit... wäre mit Sicherheit das unselige Schicksal von mehr als einem der betroffenen Staaten."

«Der folgende Kommentar von GEOFFREY CROWTHER, verfaßt 1948, setzt einen bestürzenden Schlußpunkt. CROWTHER war nach KEYNES wohl der herausragendste Wirtschaftswissenschaftler Großbritanniens zwischen 1935 und 1950, zeitweiliger Herausgeber [des Finanz- und Wirtschaftsmagazins] *The Economist* und Verfasser [des Buches] *A History of Money [Eine Geschichte des Geldes*]. „Die zwei maßgeblichen Grundsätze des KEYNES-Plans waren also, daß das Problem des Ausgleichs existierender [Handels-] Ungleichgewichte durch die ‚Schöpfung' zusätzlichen internationalen Geldes' gelöst und daß ‚Schuldner' und ‚Gläubiger' nahezu gleichermaßen als Störer des Gleichgewichts behandelt werden sollten. Es waren diese beiden Grundsätze, die nicht das-Gefallen der Vereinigten Staaten zu finden vermochten ... Der Verfasser ist der Überzeugung, daß Lord KEYNES recht hatte und daß die Welt die Tatsache, daß man seine Argumente abwies, bitter bereuen wird."»[1075]

Es geschah natürlich genau wie von Kritikern und Verfechtern gleichermaßen «vorhergesehen». Die *Weltbank* kam nur zwar nur mühsam ins Geschäft, der *IWF* blieb gar lange Jahre hindurch so gut wie funktionslos, denn für den Wiederaufbau des kriegszerstörten Europa benötigten die Banken, die dort ja das Geldschöpfungsmonopol längst besaßen, die Dienste der Zwillinge von Bretton Woods *nicht.* «Rückblickend auf die ersten zehn Jahre des Fonds und der Bank wies der Londoner *Economist* vom 29. 9. 1956 daraufhin, daß die Transaktionen des Fonds in ihrem Umfang anhaltend weiter geschrumpft waren, mit Ausgaben, die im letzten Jahr mehr als dreimal so hoch waren wie seine Einnahmen, und einem daraus resultierenden Verlust von über dreieinhalb Millionen $ gegenüber zweieinhalb Millionen $ im Jahr davor. Der *Economist* kommentierte: „Weit davon entfernt, einen Beitrag zu den knappen Geldmitteln der Welt zu leisten, ist der Fonds seinerseits ein beachtlicher Verbraucher von Dollars geworden. ... Bar der praktischen Aktivität irgendeines Tagesgeschäfts, war der Fonds ähnlich steril hinsichtlich seiner Beraterrolle, bezüglich des Vertrauens und der Hochachtung, die er seitens seiner Mitgliedsländer zu erzielen vermochte, wie auch betreffs seiner Wirkung auf die Geldpolitik weltweit."»[1076]

Das änderte sich jedoch bald darauf mit dem allenthalben planmäßig herbeigeführten Ende des Kolonialzeitalters. Daß die **ROTHSCHILDS** & Co. dieses Ende und die Schaffung vieler neuer, nun auch ihrerseits sämtlich «kredit»bedürftiger Staaten in Afrika, Asien und Ozeanien schon während der Konferenz von Bretton Woods fest im Visier hatten, läßt sich insbesondere daraus ersehen, wie restlos konsequent ihre Sachwalter es vermieden, in den direkt anschließenden, zum *GATT*-Abkommen von 1948 führenden Verhandlungen wie auch im *GATT* selber die Existenz eines «British Empire» bzw. eines «British Commonwealth» überhaupt noch zur Kenntnis zu nehmen[1077].

[1075] *ROWBOTHAM*, Goodbye America! . . . a.a.O., S. 44f.

[1076] *FIELD* a.a.O., S. 33.

1077 Yg] ebj § 52: «Weder in den ursprünglichen Handelsvorschlägen [der USA für die schon erwähnte 3,75 Mrd.-Dollar-Kriegsanleihe Großbritanniens] von 1945 noch im daraus resultierenden G/17T-Dokument von 1948 wird in irgendeinem Stadium die Existenz eines solchen Etwas wie des *British Empire* oder *Commonwealth* anerkannt. Als es im Ersten Verzeichnis des *GATT* schließlich unumgänglich wird, die britischen Länder zu nennen, erscheinen sie in An-

hang A als „Liste der Territorien, auf welche in Absatz 2 (a) von Artikel I Bezug genommen wird." Anhang B [hingegen] zählt die „Territorien der Französischen Union", Anhang C „die Territorien Belgiens, Luxemburgs und der Niederlande", und Anhang D „die Territorien der Vereinigten Staaten" auf.» - Daß die französischen, belgischen und niederländischen Kolonien immerhin noch ausdrücklich genannt wurden, verdankten sie offenbar nur ihrer *relativen* Bedeutungslosigkeit im Vergleich zum *British Commonwealth.* Auf der Abschußliste *als Kolonien* standen sie allesamt - und würden denn auch prompt fallen, sobald die britischen Kolonien fielen! - Auch der ROTHSCHILD-Bankier DAVID ROCKEFELLER notiert übrigens in seinen Memoiren (a.a.O., S. 159), daß bereits in den Jahren 1944/45 «die US-Regierung die Unabhängigkeit der Kolonialgebiete in Asien und Afrika anstrebte».

1078 *RJCHMILLER* in: «Deutsche Tagespost», 3.9.1991.

1079 *RICHMILLER* in: «Deutsche Tagespost», 12.10.1991.

1080 Zit. n. «G&M-Geopolitik» Nr. 10/1992, S. 3.

1081 *REINHARD NIXDORF* in: «Die Tagespost», 25.4.2009. Vgl. auch *DOHMEN* a.a.O., S. 122, der im Jahre 2008, unmittelbar vor dem «Ausbruch» der globalen Finanzkrise, die alles wieder ändern

Doch dann kam die «internationale Finanzkrise», und für den *IWF* brachen «paradoxerweise» wieder goldene Zeiten an! Denn die vorgeblich selber «notleidenden» Banken gaben den armen Ländern jetzt keine «Kredite» mehr, so daß die doch wieder den *IWF* anbetteln mußten. Der nämlich wird - **rein formal** - nicht von den Banken, sondern von den **Regierungen** der (reichen) Mitgliedsländer mit «Mitteln» versehen. Mit «Mitteln» allerdings, die natürlich dennoch nur von den Banken bzw. von deren nationalen Frontorganisationen, den Zentralbanken, kommen können ... als «Kredite». Ja, als «Kredite» zunächst an die Regierungen der reichen Länder. Die bestücken dann damit den *IWF.* Der reicht die Gelder seinerseits als «Kredite» an die Regierungen der armen Länder aus. Die aber - zahlen damit den Banken der reichen Länder die Zinsen auf ihre Altkredite, womit sich der Kreis wieder schließt! Und natürlich «zwei Fliegen mit einer Klappe» geschlagen werden, denn mit **ein und derselben** *aus nichts geschöpften* «Kreditsumme werden **gleichzeitig** bzw. mit nur geringem Zeitverzug **sowohl** die reichen **als auch** die armen Länder ein Stück weit tiefer verschuldet!

Anfang April 2009 beschlossen also «die Staats- und Regierungschefs der großen Industrie- und Schwellenländer . . . auf dem *G20*-Gipfel in London[1082], die Finanzmittel des Fonds drastisch aufzustocken - von bislang 250 Milliarden Dollar auf kurzfristig 500 Milliarden und mittelfristig 750 Milliarden Dollar. Am Ende sollen dem *IWF* sogar tausend Milliarden Dollar zu Verfügung stehen.»[1083] Und seitdem laufen seine «Geschäfte» wieder glänzend!

b) IWF und Weltbank - ihr Aufbau und ihre Geldquellen

Dem schönen Schein nach handelt es sich um zwei internationale Organisationen, deren Mitglieder nur Staaten als solche sein können und denen praktisch alle Länder angehören, die auch in der *UNO* Sitz und Stimme haben. Doch anders als bei der *UNO* richtet sich das Stimmgewicht der einzelnen Mitgliedsstaaten in *IWF* und *Weltbank* exakt nach ihrem finanziellen «Beitrag», den zu «leisten» sie sich verpflichtet haben. Nun kann aber niemand geben, was er nicht hat. Das Geld haben leider nur die reichen Industrieländer bzw. näherhin ihre **ROTHSCHILD**-dominierten Banken, die *allein* es ja ständig aus nichts schöpfen «dürfen». Deshalb sind gegenwärtig zwar rund 190 Staaten Mitglieder des Fonds und der Bank, doch «die dreißig wichtigsten von ihnen kontrollieren fast siebzig Prozent der Stimmrechte»[1084], während die übrigen 160 sich mit den restlichen 30 Prozent begnügen müssen und faktisch ohne Einfluß auf die Entscheidungen der beiden globalen «Kreditinstitute sind!

Die **ROTHSCHILDS** und ihre Konsorten haben das Heft sogar noch viel fester in der Hand, denn wie weiter oben schon erwähnt müssen alle verbindlichen Entscheidungen des *IWF* mit einer Mehrheit von 85 % der Stimmrechte getroffen werden. Sowohl die

sollte, schrieb: «Mittlerweile kehren dem *IWF* viele Mitglieder aus Ostasien und Lateinamerika den Rücken und suchen für ihre Finanzprobleme regionale Lösungen. Das Desinteresse schlägt sich in der *IWF-BW&nz* nieder: Die Summe ausstehender Kredite ist von rund 98 Milliarden US-Dollar im Jahr 2003 drastisch auf etwa 18 Milliarden US-Dollar im März 2007 gefallen, vor allem weil viele Schwellenländer ihre Kredite vorzeitig tilgen konnten.» - «Getilgt» wurden die freilich bloß - wie *weltweit* üblich, da **im aktuellen Schuldgeldsystem** gar nicht anders *möglich]*! - durch *direkte* Neukreditaufnahme bei denselben westlichen **(ROTHSCHILD**-)Großbanken, denen der *IWF* als Frontorganisation dient.. . also *unterm Strich überhaupt nicht!*

[1082] Und damit **direkt unter den Augen** der **ROTHSCHILDS .. .**

[1083] *NIXDORF* a.a.O.

[1084] *DOHMEN* a.a.O., S. 115.

EU als auch die USA verfügen aber dort mit 34,4 bzw. 17,1 Prozent (bis Ende 2012)[1085] und mit kaum weniger **auch weiterhin**[1086] jeweils schon für sich allein über eine satte Sperrminorität. Sie können also jeden der «fünften Gewalt» mißliebigen Beschluß verhindern und den buchstäblichen «Rest der Welt» notfalls so lange zappeln lassen, bis er statt dessen in eine den ROTHSCHILDS genehme(re) Entscheidung einwilligt! Überdies ist «[z]uständig für grundsätzliche Entscheidungen» des *IWF* «die Gouverneursversammlung, in die jedes Mitgliedsland einen Gouverneur, meist den Finanzminister **oder den Zentralbankpräsidenten,** entsendet»[1087], was den ROTHSCHILDS & Co. die Kontrolle nochmals erleichtert. Zumal just die USA als «ihre» Vertreter zwei - wie wir weiter unten noch sehen werden - **direkte** ROTHSCHILD-Satrapen entsenden, nämlich den Vorsitzenden der *FED* sowie den kaum weniger einflußreichen Präsidenten der FZsD-Bank von New York[1088], der allein maßgeblichen im ganzen *Federal Reserve System*

Auch zahlenkabbalistische Gesichtspunkte kommen nicht zu kurz. Wie wir sehen werden, umfaßte noch **jede** der bisher von *IWF* und *Weltbank* lauthals angekündigten (aber dann nicht wirklich umgesetzten . . .) Schuldenerlaß-Aktionen jeweils eine Zahl von Schuldnerländern oder nachzulassenden Dollar-Milliarden, die 11 oder ein Vielfaches davon betrug. Dazu paßt, daß «die konkreten Direktiven für die Arbeit des Fonds», der doch **rund 190** Mitglieder zählt, «von den 22 Exekutivdirektoren» ausgegeben werden, «denen der Geschäftsführende Direktor mit seinen ca. 1500 Mitarbeitern [das war 1983; heute sind es fast doppelt soviele!] direkt verantwortlich ist. Von den 22 Direktoren stellen die sechs quotenstärksten Länder (USA, Großbritannien, Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, Japan und Saudi-Arabien) sowie die Volksrepublik China je einen; die übrigen Länder werden in Stimmrechtsgruppen zusammengefaßt, die jeweils einen Direktor wählen. Die Stimmkraft der Direktoren richtet sich nach den Quoten der Länder

1085 Lt. ebd. S. 122. Gemäß *GRANDT* a.a.O., S. 170 ist der Anteil der USA beim *IWF* inzwischen geringfügig auf 16,77 % gesunken. An zweiter Stelle steht Japan mit 6,02, an dritter Deutschland mit 5,88 %. Schon die drei wirtschaftlich stärksten £[/-Länder Deutschland, Frankreich und Großbritannien (beide haben je 4,86 % der Stimmrechte) können gemeinsam ebenfalls jeden Beschluß torpedieren! Die Stimmrechte in der *Weltbank* sind ganz ähnlich verteilt. - Um einen krassen Irrtum handelte es sich jedoch offenbar, wenn der amerikanische Journalist GREG PALAST 2002 in einer US-Rundfunksendung meinte, *IWF* und *Weltbank* seien **«zu einundfünfzig Prozent»** im Besitz «des Finanzministeriums der Vereinigten Staaten» (Zit. n. *ALEX JONES*, Descent Into Tyranny. The New World Order's Dark Plans to Turn Earth Into a Prison Planet [Abstieg in die Tyrannei. Die finsteren Pläne der Neuen Weltordnung zur Verwandlung der Erde in einen Gefängnis-Planeten], Austin 2002, S. 180)!

1086 jjie großartige «Reform» des *IWF* vom Jahre 2010, die aber erst «bis Ende 2012» Wirklichkeit werden soll, hat - wohl kaum zufällig - just bezüglich dieser im wahrsten Sinne des Wortes «entscheidenden» Punkte - alles beim alten belassen! China wird zwar «mit einem Stimmanteil von 6,19 Prozent künftig der drittgrößte *IWF*-Eigner nach den USA und Japan sein», doch die vier bedeutendsten Schwellenländer, die «sogenannten Bric-Staaten (Brasilien, Rußland, Indien, China) kommen nach Angaben des russischen Finanzministeriums zusammen auf eine Quote von 14,18 Prozent», werden also bewußt knapp *unterhalb* der kritischen Marke von 15,01 Prozent gehalten. Andererseits: «Die USA behalten als einziges Land ein Vetorecht bei wichtigen Beschlüssen des *IWF,* für die 85 Prozent der Stimmen gebraucht werden. Die Staaten der Euro-Zone haben bei gemeinsamer Abstimmung zusammen ebenfalls diese Möglichkeit . . .» *(PETEREHRLICH* in: «Financial Times Deutschland», 25.10.2010)!

1087 *PETER KÖRNER/GERO MAAß/THOMAS SIEBOLD!RAINER TETZLAFF* a.a.O., S. 22; Hervorh. hinzugefugt.

1088 Lt. *RICHARD WALKER* in: «American Free Press», 11.7.2011, S. 11.

bzw. Ländergruppen.»[1089] Dieses Muster, vor allem der immer neu ausbrechende «Wahlkampf» in den Länder*gruppen* um einen Direktorenposten, sichert, wie man sofort sieht, die weitgehende Einflußlosigkeit aller außer den ersten sieben Ländern, wie ja auch in der *UNO* nur die fünf *ständigen* Mitglieder des «Sicherheitsrats» die Marschroute bestimmen ...

Beide Institute haben ihren Sitz in der US-Hauptstadt Washington, wo sie viele Tausend Angestellte beschäftigen[1090] und alljährlich eine gemeinsame Tagung veranstalten, die von den Medien auch regelmäßig gebührend «beachtet» wird. Die «Kredite», die der *IWF* fast ausschließlich an Staaten der 3. und 4., gelegentlich, insbesondere in jüngster Zeit, aber auch an solche der 2. und sogar der 1. Welt ausreicht, stammen, oberflächlich betrachtet, aus drei verschiedenen Quellen.

1) Jedes Mitgliedsland hat bei seinem Beitritt eine bestimmte Quote an Geldmitteln in den *IWF* eingebracht, die er ggf. an «bedürftige» Mitglieder «ausleihen» soll. Davon sind - jedenfalls theoretisch - 25 % Gold, die übrigen 75 % **landeseigene Währung.** Von daher auch der Name **«Währungsfonds».** Indessen: «Die 75 in landeseigener Währung zahlbaren Prozent der Quote eines Landes werden heute von der betroffenen Regierung unweigerlich durch den Verkauf von Staatsanleihen aufgebracht und erhöhen so die Staatsschuld dieses Landes. Während der *IWF* also selbst keinen Kredit schöpft, erlegt er den Mitgliedsländern Geldforderungen für Quoten auf, die sich nur durch ein wachsendes Defizit jedes einzelnen dieser Länder finanzieren lassen. Das bringt den Verkauf von Regierungs-Schuldverschreibungen an Geschäftsbanken mit sich und führt darum zu Geldschöpfung durch diese Banken. Diese Einkommensquelle bildet die Hauptmasse der *IWF-Ge*lder, die für die Entwicklungsländer zu Verfügung stehen.»[1091] Das Geld kommt also *nominal* aus den Staatskassen, wird jedoch *real* von den Geschäftsbanken frisch aus dem Hut gezaubert und erhöht die Staatsschulden der «Geberländer» entsprechend!

2) Der *IWF* räumt - bis zu einer bestimmten, ausdrücklich festgelegten Höhe - die weiter oben schon vorgestellten Überziehungskredite ein, die als Sonderziehungsrechte bezeichnet werden. Sie entstehen - wie alle Bankkredite» - erst in dem Moment **aus nichts,** in dem sie von einem Land in Anspruch genommen werden, müssen aber in der Theorie vollumfänglich «zurückgezahlt» werden, was in der Praxis auf die ewige Zahlung von darauf unverschämterweise «fälligen» Zinsen hinausläuft[1092], Zinszahlungen, die ihrerseits zum größeren Teil oder zur Gänze nur durch Aufnahme von Netto-Neukrediten seitens der betroffenen Länder geleistet werden können . . .!

3) Reicht das alles noch nicht aus, wie in den späten 1990er Jahren, als die Tätigkeit des *IWF* ihren bisherigen Höhepunkt erreichte, lassen sich die Geschäftsbanken von ihrer eigenen Frontorganisation «mit ins Boot holen» . . . «In den letzten Jahren», erläuterte MICHAEL ROWBOTHAM im Jahre 2000, «hat der *IWF* begonnen, die Beschränkungen seiner Gesamtquote zu umgehen. Indem er direkt mit Geschäftsbanken zusammenarbeitet, um höhere Kredite aufzubringen als er aus seinen eigenen Quotenmitteln finanzieren kann, vergibt der *IWF* „Kreditpakete", die zum Teil aus seinen eigenen Quoten und zum Teil aus geschäftlichen Quellen kommen. So wurden zum Beispiel von dem

1089 *PETER KÖRNER/GERO MAAß/THOMAS SIEBOLD/RAINER TETZLAFF* a.a.O., S. 22; Hervorh. hinzugefügt.

1090 Lt. *BEATRIX HOFFMANN* in: «Deutschland» Nr. 3/4 (März/April) 2005, S. 10 zählt der *IWF* rund 2 700, die *Weltbank* sogar ca. 10 000 Mitarbeiter.

1091 *ROWBOTHAM,* Goodbye America!... a.a.O., S. 100f.

1092 Vgl. ebd. S. 101.

56-Milliarden-Dollar-Kredit, den Südkorea unter der Federführung des *IWF* im Gefolge der Asienkrise erhielt, bloß 20 Milliarden Dollar tatsächlich vom Fonds selber beigesteuert, während die übrigen 36 Milliarden Dollar durch direkte Zusammenarbeit mit internationalen Geschäftsbanken besorgt wurden, die das Geld für diesen Zweck [frisch aus nichts!] schöpften.»[1093]

Unklar erscheint bei diesem System nur, wer denn eigentlich in den Genuß der Zinsen auf die **als «Sonderziehungsrechte»** gewährten Kredite kommt; wahrscheinlich helfen sie den Betrieb des Fonds finanzieren. Einzige Nutznießer **aller übrigen** «Kredite» sind jedoch fraglos - direkt oder indirekt - die privaten Geschäftsbanken der reichen Industrieländer.

Dasselbe gilt für die Operationen der *Weltbank,* die oft auch als «Weltbankgruppe» bezeichnet wird, weil ihr noch zwei andere wenig bekannte Institute, nämlich die *Internationale Entwicklungsvereinigung {International Development Association, IDA)* und die *Internationale Finanzgesellschaft {International Finance Corporation, IFC)* angegliedert sind[1094]. Daneben existieren noch der *Weltbank* bloß locker assoziierte regionale Institute, die im selben Sinne und in derselben Weise arbeiten; zu nennen sind insbesondere die *Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBRDY*[095], die *Interamerikanische Entwicklungsbank {Inter-American Development Bank)* sowie die *Afrikanische* bzw. *Asiatische Entwicklungsbank (African /Asian Development Bank)*[1096].

Ähnlich wie der *IWF* verfügt die *Weltbank* über eine «nominale, von den reichen Ländern beigesteuerte Reserve». Die ist aber bloß Staffage, denn die tatsächliche «Kredit»-vergabe erfolgt immer nur seitens der privaten Großbanken. Die Rolle der *Weltbank* selber beschränkt sich dabei auf die eines Maklers: sie legt **im Namen der Schuldnerländer** staatliche Schuldverschreibungen auf und verkauft die anschließend, ebenfalls **im Namen der Schuldnerländer,** an die Banken der reichen Industrieländer. Das durch diesen «Verkauf» erhaltene Geld reicht sie dann an die Schuldnerländer als «Kredit» weiter, diesmal **im Namen der Geschäftsbanken[1097].**

1093 Ebd.

1094 Ygi dpa-Meldung in: «Süddeutsche Zeitung», 18./19.3.1995; dort wurde allerdings irrigerweise der **offizielle** bzw. **ursprüngliche** Name der *Weltbank - Internationale Bank für Wiederaufbau und Entwicklung {International Bank for Reconstruction and Development, IBRD)* - für ein weiteres ihr angegliedertes Institut gehalten! Lt. *HLTCHCOCK* a.a.O., S. 146 wird der verkürzte Name «Weltbank» erst ab 1975 verwendet.

1095 *European Bank for Reconstruction and Development,* in direkter Anlehnung an den **ursprünglichen** Namen der *Weltbank* (s. vorige Fußnote); das in London, also in nächster Nähe zur ROTHSCHILD-Zentrale, angesiedelte Institut «kümmert» sich in der Hauptsache um die immer weitere Verschuldung Osteuropas seit dem Fall des Eisernen Vorhangs, *nach* dem es nämlich überhaupt erst gegründet wurde. Es «vermittelt» Kredite der Geschäftsbanken nach demselben Muster wie die *Weltbank.* Lt. *GRANDT* a.a.O., S. 156 hat sich die *EBRD* im Zuge der jüngsten Finanzkrise, um sie zu «retten», «an insgesamt rund 100 Banken in Osteuropa beteiligt», die also spätestens auf diese Weise zu - mittelbaren - ROTHSCHLLD-Satelliten geworden sind ...

1096 Vgl *HELMUT SCHMIDT (Hrsg.),* Facing One World. Report by an Independent Group on Financial Flows to Developing Countries, Chairman Helmut Schmidt [Im Angesicht der Einen Welt. Bericht einer unabhängigen Gruppe über die Finanzströme in die Entwicklungsländer, Vorsitzender: Helmut Schmidt], 1. Juni 1989 o.O., S. 14f. - Das deutsche *Kreditwesengesetz {KWG)* von 1998 (Stand vom 1. März 2007) listet in § 1 Abs. 27 sogar nicht weniger als 17 «multilaterale Entwicklungsbanken» auf, von denen die oben nicht eigens genannten jedoch nachrangige Bedeutung haben.

1097 vgl. *ROWBOTHAM,* Goodbye America! . .. a.a.O., S. 100.

«Garantiert» werden diese Kredite freilich durch die **Regierungen** der **reichen** Länder. Denn die *in der Hauptsache* von ihnen zu Verfugung gestellten «Reserven» der *Weltbank* bestehen zwar nur aus verhältnismäßig geringen Summen realen Geldes; dazu kommen aber «Versprechungen, ungefähr zehnmal mehr zu liefern, falls die Bank in Schwierigkeiten gerät. Diese Versprechungen, „abrufbares Kapital" genannt, stellen eine Art von Einlagensicherungs-Programm dar, jedoch ohne den Anspruch, einen Reserve-Fonds bereitzuhalten. . . . Gestützt auf diesen kleinen ursprünglichen Geldbetrag sowie die weit größeren Beträge an „Krediten" und „Zusagen" von Regierungen der Industrieländer, vermag die *Weltbank* auf dem Markt für geschäftliche Kredite größere Summen zu extrem niedrigen Zinssätzen aufzunehmen. Immerhin sind die Kredite ja durch die mächtigsten Regierungen der Welt gedeckt, die zugesagt haben, ihre Steuerzahler zu den entsprechenden Zahlungen zu zwingen, falls die Bank Probleme bekommen sollte. Sie nimmt dann diese Mittel und verleiht sie an die unterentwickelten Länder zu leicht höheren Zinssätzen weiter, wobei sie aus der Differenz einen Gewinn zieht.»[1098] Natürlich bleibt der Rückgriff auf die «Steuerzahler», wie weiter oben bereits nachgewiesen, ein bloß rhetorischer. Denn sollten die Regierungen der reichen Länder wirklich einmal einspringen müssen, um der *Weltbank* aus einer akuten Klemme zu helfen, dann nur mittels umgehend *zusätzlich* bei Geschäftsbanken aufgenommener Vewkredite . . .

Das Schöne an der Sache - für die ROTHSCHILDS & Co. - ist, wie früher schon erwähnt: «Genau wie bei den Regierungs-Schuldverschreibungen der Staatsschulden eines Landes schöpft eine Geschäftsbank, wenn sie Geld-Schuldverschreibungen der *Weltbank* kauft, zusätzlichen Bankkredit gegen die zu dieser Zeit von ihr [der Geschäftsbank!] gehaltenen Einlagen [= «Reserven» bzw. «Eigenkapital»]. Und genau wie bei den anderen Formen der Bankkreditschöpfung schafft das im selben Moment zusätzliche Geldeinlagen», so daß den Banken die nötigen «Reserven» für immer neue «Kredite» auch hier nie ausgehen können . . .! «Obwohl diese Kredite auf Pfund, Dollars oder Francs lauten mögen, haben solche unter Federführung der *Weltbank* vergebene Anleihen keinen notwendigen Zusammenhang mit den betreffenden nationalen Volkswirtschaften und stellen in keinem Sinne Gelder dar, die von diesen Ländern ausgeliehen würden, oder Schulden, welche die Entwicklungsländer bei ihnen hätten. Die Schulden bestehen gegenüber privaten Geschäftsbanken (vermittels der *Weltbank)* bezüglich solchen Geldes, das sie durch den Ankauf von Schuldverschreibungen geschöpft haben.»[1099]

Politiker, gekaufte bzw. erpreßbare Experten[1100] und gelenkte Massenmedien pflegen uns demgegenüber bekanntlich unentwegt zu versichern, die Dritte und Vierte Welt stehe

[1098] *GRIFFIN* a.a.O., S. 95; diese Darstellung der *Weltbank*-Operationen beschreibt *denselben* Kreditvermittlungsvorgang lediglich mit anderen Worten.

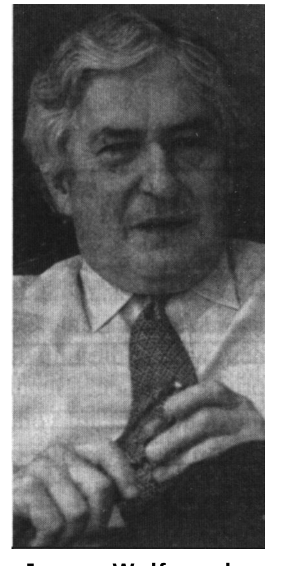
[1099] *ROWBOTHAM,* Goodbye America! . . . a.a.O., S. 100.

[1100] Vgl. *MAKOW,* Illuminati *2*... a.a.O., S. 13: «Ein Artikel von 2009 in *fax Huffington Post* legte dar, wie die Zentralbankiers das Studium der Wirtschaftswissenschaft unter ihre Kontrolle brachten. Das ist ein Muster dafür, was in jedem Beruf und jeder Organisation, einschließlich Regierung, Medien und Erziehungswesen, passiert ist. „Durch ihr ausgedehntes Netzwerk von Beratern, Gastdozenten, Altherren und bei ihr angestellten Ökonomen beherrscht die *Federal Reserve* so durchgreifend das Feld der Wirtschaftswissenschaften, daß echte Kritik an der Zentralbank ein Karrierehindernis für Angehörige dieses Berufsstandes geworden ist, ergab eine Untersuchung der *Huffington Post."* „,Die *FED* hat die Welt der Wirtschaftswissenschaft im Griff, sagt JOSHUA ROSNER, ein *Wall-Street-* Analyst, der den Kreditzusammenbruch zutreffend vorhersagte. ,Da ist kein Raum für andere Sichtweisen, und ich denke, das ist der Grund, warum die Ökonomen so falsch lagen.',, („Unbezahlbar: Wie die *FED* den Berufsstand der Ökonomie kaufte" [„Priceless: How the Fed Bought the Economics Profession"], 9. September 2009).»

bei den Staaten oder **Ländern** der Ersten Welt in der Kreide. *Ganz* falsch ist das ja auch nicht, sind doch die privaten Großbanken unbezweifelbar *Bestandteile* der Industrie**staaten** oder **-länder.** Die arglistige Täuschung besteht jedoch darin, daß wir glauben sollen, die armen Länder wären nicht etwa bei den *Banken,* sondern direkt bei den **Staatskassen** der reichen Länder verschuldet, und damit «letztlich» bei uns allen, den «Steuerbürgern»! Damit wir alle auch todsicher auf dieses Märchen hereinfallen, werden die Präsidenten des *IWF* und der *Weltbank* alle paar Jahre von den **Regierungen** der Mitgliedsländer per Mehrheitsbeschluß «ernannt», im Amt «bestätigt» oder durch eine neue Galionsfigur «ersetzt». Glaubt man der Medienmafia, gibt es dabei jedesmal viel diplomatisches Gerangel und Gezerre zwischen den diversen Regierungen der reichen Länder, um möglichst «ihren eigenen» Kandidaten durchzusetzen. Den ROTHSCHILDS nötigt dieser Theaterdonner bloß noch ein müdes, wissendes Lächeln ab. Hoffentlich spätestens ab jetzt auch Ihnen, liebe Leser.

c) IWF und Weltbank - ihre Motive und ihre Funktionsweise

Der langjährige jüdische Chef der *Weltbank* JAMES WOLFENSOHN suchte verschiedentlich allen Ernstes den Eindruck zu erwecken, sein Institut verfolge «humanitäre» Ziele und unterscheide sich genau darin radikal von der übrigen Bankenwelt. Im Gespräch mit der *NZZ* versicherte er 1996: «Wir wollen die Länder auf wirtschaftlichen und finanziellen Stabilitätskurs bringen und ihnen bei der Überwindung von Problemen helfen. Wir können sie nicht einfach vergessen.... Das Privileg des Rückzugs ist uns nicht gegeben, wir sind vielmehr verpflichtet, das Geschäft zum Nutzen der Leute voranzutreiben. Die kommerziellen Maßstäbe sind auf uns nicht anwendbar. Das ist, nebenbei bemerkt, ein entscheidender Unterschied zwischen dem privaten Sektor und unserer Aufgabe.» Ein wenig später fugte er an: «Wenn Länder in Schwierigkeiten geraten, leiden nämlich nicht die Regierungen, sondern die Menschen. Und diese menschliche Seite sollte uns antreiben. Erst dann dürfen wir uns die Frage nach der Umsetzung stellen, auch gegen korrupte Regierungen oder revolutionäre Widrigkeiten. Das ist wohl der entscheidende Unterschied zur kommerziellen Bankenwelt: Sie hat keine moralische Verpflichtung.»[1101]



James Wolfensohn mit Signal «Brille in der Hand» ...

WOLFENSOHN und die *Weltbank* dagegen *haben* also eine «moralische Verpflichtung» - angeblich. Seinen Weltnetz-Auftritt schmückte WOLFENSOHN gar mit dem - freilich nicht unbedingt eindeutigen - Motto «Plutocrat for the Poor - Plutokrat für die Armen»[1102] . . . Doch das *tatsächliche* Gebaren von *IWF* und *Weltbank,* sagt ROWBOTHAM, «erregt ernstliche Zweifel an der Loyalität und vielleicht sogar an den Motiven der beiden Organisationen, die im Mittelpunkt der internationalen Entwicklung seit dem zweiten Weltkrieg gestanden haben»[1103].

Die wirkliche Zielsetzung ist in der Tat - wie könnte es auch anders sein - eine ganz und gar PROTOKOLLARISCHE. Obwohl schlauerweise nirgendwo schriftlich fixiert, kam

[1101] *JAMES D. WOLFENSOHN* im Gespräch mit *DANIEL HOFMANN* in: «Neue Zürcher Zeitung», 18./19.5.1996.

[1102] Lt. *MAKOW,* The Illuminati... a.a.O., S. 198.

[1103] *ROWBOTHAM,* Goodbye America! ... a.a.O., S. 68.

sie im fast immergleichen Vorgehen beider ROTHSCHILD-kontrollierten «Kreditinstitute während der 1980er Jahre so klar zum Vorschein, daß Fachleute sie inzwischen längst unter jener Überschrift zusammenfassen, die der Ökonom JOHN WLLLLAMSON einer 1990 in Washington, dem Sitz beider Organisationen, abgehaltenen internationalen Konferenz gab: «Washington Consensus - Washington-Konsens».

«Konsens» bezieht sich hier offenbar auf das *übereinstimmende* Agieren der Zwillinge von Bretton Woods. Und die gemeinte *Übereinstimmung* umfaßt vier verschiedene, wiewohl miteinander verzahnte Einzelziele:

1) Aufhebung der jeweiligen nationalen gesetzlichen Einschränkungen für die sogenannten Finanz- oder Kapitalmärkte oder, anders ausgedrückt, möglichst komplette Freigabe des grenzüberschreitenden Kapitalverkehrs: beliebig große Geldsummen in beliebiger Währung sollen jederzeit völlig ungehindert in ein Land hinein- oder aus ihm herausfließen dürfen.
2) Beseitigung aller Handelsschranken, d.h. Aufhebung von Schutzzöllen, Mengenbegrenzungen, Qualitätsstandards etc. für Einfuhren (und ggf. auch Ausfuhren) von Waren und Dienstleistungen aller Art.
3) Reduzierung (bis hin zum gänzlichen Verschwinden) staatlicher Einflußnahmen auf die Wirtschaft und das soziale «Klima» eines Landes durch Senkung der Steuereinnahmen auf ein so niedriges Niveau, daß keinerlei staatliche Sozialleistungen mehr möglich sind, nicht einmal für die Allerärmsten.
4) Privatisierung aller Industrien eines Landes, die sich in staatlicher Hand befinden, bei gleichzeitiger Sicherstellung, daß sie möglichst tief unter ihrem wahren Wert an ausländische «Anleger» verschleudert werden.[1104]

Doch diese vier Einzelziele des Washington-Konsenses sind lediglich Ausfaltungen eines einzigen, fundamentalen Zwecks. Was *IWF* und *Weltbank* **ganz grundlegend** tun, ist nämlich folgendes: **statt** die internationalen Handelsbilanzüberschüsse **auszugleichen** - wie von KEYNES beabsichtigt - werden diese **Überschüsse** via *IWF* und *Weltbank* als **«Kredite»** in jene Länder zurückgeführt, wo die entsprechenden Handelsbilanz**defizite** bestehen! Dieses extrem boshafte Prinzip garantiert, einmal eingeführt, einen Teufelskreislauf von immer höheren Defiziten der armen Länder bei stetig wachsenden Schulden gegenüber den reichen Ländern bzw. den dort ansässigen privaten (ROTHSCHLLD-)Großbanken - ohne jede Aussicht auf ein Entrinnen![1105]

Dem Publikum verkauft wurde die Sache jedoch, wie für die hinter den PROTOKOLLEN steckende «Synagoge Satans» (Apg. 2,9; 3,9), des «Vaters der Lüge» (Joh. 8,44),

1104 Ygi *BÖHMEN* a.a.O., S. 120, der sich seinerseits auf den britischen Ökonomen JOHN CHRISTENSEN beruft. - ***HITCHCOCK*** a.a.O., S. 262f resümiert unter Berufung auf den ehemaligen *Weltbank*-Chefvolkswirt JOSEPH STIGLITZ eine ganz ähnliche «Vier-Schritte-Strategie» der *Weltbank.* 1) Privatisierung; 2) Kapitalmarktliberalisierung; 3) Anhebung der Preise für Grundnahrungsmittel, Wasser, Energie etc. auf «Marktniveau» (mit dadurch vollbewußt provozierten Volksaufständen); 4) Freihandel.

1105 VGL dazu *ROWBOTHAM,* The Grip of Death ... a.a.O., S. 242 (Hervorh. original): «Die amerikanische Abordnung [auf der Konferenz von Bretton Woods] drängte auch auf freien Welthandel und eine zentrale Rolle für die neuen Währungsbehörden. Gemäß dem amerikanischen Vorschlag - und das war der entscheidende Punkt - sollte es für jene Staaten, die Einnahmen aus einem Ausfuhrüberschuß erzielten, keine Verpflichtung geben, diese Einnahmen wieder in solchen Ländern auszugeben, die ein Handelsbilanzdefizit aufwiesen. Die Gläubigerländer würden dieses Geld an die Schuldnerländer *ausleihen,* mittels des *IWF* und der *Weltbank.* Der amerikanische Vorschlag bedeutete, daß sich ein Handels- und Finanz-Ungleichgewicht entwickeln und zu immerwährenden Schulden zwischen den Staaten und immerwährenden Schulden bei der *Weltbank* und dem *IWF* führen konnte.»

absolut charakteristisch, unter dem strikt gegenteiligen Namen! Die «Sendung» des *IWF*, sagt GRIFFIN, «bestand darin, Kredite zu vergeben, damit Staaten mehr ausgeben können als sie einnehmen, dies aber zu tun im Namen der „Überwindung von Handelsbilanzdefiziten".»[1106] **Vordergründig** wurde in Bretton Woods von der US-Delegation unter Anführung des Talmudisten HARRY DEXTER WHITE tatsächlich der Eindruck erweckt, man wolle per *IWF* und *Weltbank* die Handelsungleichgewichte «ausgleichen», dies allerdings auf folgende seltsame, ja **direkt kontraproduktive** Weise:

«Mitgliedsländer mit Zahlungsbilanzdefizit mußten Dollar verkaufen, um ihr Defizit finanzieren zu können. Waren diese Devisenreserven aufgebraucht, so benötigten sie Kredite, um ihre eigene Währung gegenüber dem Dollar zu stützen. Auch das wurde in Bretton Woods geregelt: Der *Internationale Währungsfonds (IWF)* vergab an diese Länder Kredite. Diese Kredite waren mit harten Auflagen belegt: eine restriktive Geldpolitik (was den betreffenden Ländern die Möglichkeit nahm, über die Geldschöpfung ihre Ausgaben zu bestreiten), Staatsausgaben senken usw. Die Auflagen des *IWF* führten diese Länder oft in Rezessionen, vermehrte Arbeitslosigkeit und soziale Probleme durch gekappte Transferleistungen des Staates. Nur die USA konnten sich ihr Defizit dauerhaft erlauben, da sie keine Kredite nötig hatten.»[1107] Keine *IWF*- oder *Weltbank*-**Do\\&r-KiQ**-dite, wohlgemerkt! Dies aber nur, weil ja *ohnehin* jeder in den USA existierende Dollar immer nur als «Kredit» irgendwelcher privaten Banken ins Dasein gekommen war, woran sich bis zur Stunde nichts geändert hat.

Gleichzeitig wurden und werden jedoch, wie schon gesagt, die reichen Länder, weit entfernt davon, aus ihren Handelsbilanzüberschüssen Nutzen zu ziehen, auch ihrerseits munter weiterverschuldet. Denn zu *realen Gewinnen* können diese Überschüsse **im aktuellen Schuldgeldsystem** - und dort (wie *stets* vorausgesetzt!) im *volkswirtschaftlichen Durchschnitt* betrachtet - immer nur für die Bankeneigentümer werden. Man kann die gleichzeitige M/Yverschuldung der reichen Industriestaaten von verschiedenen Seiten betrachten und den Tatbestand dementsprechend unterschiedlich formulieren, ohne daß er selbst sich dadurch verändern würde:

* Der Quotenbeitrag der USA zum /FFF-Kapital, meint etwa GRIFFIN, «stellt in Wirklichkeit ungefähr zweimal soviel dar wie die bloße [Prozent-]Zahl anzeigt, weil die meisten übrigen Länder wertlose Währungen einlegen, die niemand haben will. Die Welt gibt Dollars den Vorzug. Es ist eine der Routine-Operationen des *IWF*, wertlose Währungen in Dollars umzutauschen, damit die schwächeren Länder ihre internationalen Rechnungen bezahlen können. Das soll angeblich vorübergehende Zahlungsschwierigkeiten ausgleichen. Es ist eine Art von internationalem Einlagensicherungsfonds, der einem bankrottgegangenen Land mit Geld beispringt, so daß es eine Abwertung seiner Währung vermeiden kann. Die Transaktionen werden selten zurückgezahlt.»[1108] Tatsächlich laufen solche Tauschaktionen stets auf eine Erhöhung der US-Staatsverschuldung hinaus. Denn die Dollars, die den betreffenden Weichwährungsländern ohnedies nur als «Kredit» - gegen eigene Währung als formale «Sicherheit»! - gegeben werden, sind irgendwann früher in Form von US-Staatsschulden ins Dasein gekommen,

[1106] *GRIFFIN* a.a.O., S. 94. Während *GRIFFIN* sie als die «neue Sendung» des *IWF* ab dem Jahre 1970 hinstellt, datiert diese perverse Aufgabenstellung in Wahrheit schon vom frühesten Anfang der Institution selber, konnte nur lange Zeit noch nicht in nennenswertem Maße umgesetzt wer-

[1107] *BICHLMAIER* a.a.O., S. 172.

[1108] *GRIFFIN* a.a.O., S. 89.

fehlen aber jetzt in den USA[1109] und müssen daher dort durch weitere Kreditschöpfungen aus nichts zu Lasten des Staates ersetzt werden!

* Manchen Ländern, berichtet DOHMEN, hat der *IWF* «wiederholt riesige Summen überwiesen, um deren Zahlungsunfähigkeit zu verhindern - unter anderem, um die großen internationalen Banken, die zuvor an den Krediten über beträchtliche Zinsen gut verdient hatten, vor den Folgen ihrer leichtsinnigen Kreditvergabe zu bewahren»[1110]. Ob da wirklich «Leichtsinn» im Spiel war, muß wohl stark bezweifelt werden. Immerhin hat die Sache ja Methode: statt «nur» der betreffenden armen Länder sind nach Vollzug dieser Umschuldung durch den *IWF* jetzt auch die reichen in gleicher Höhe *mitve* r-schuldet!
* Rückblickend auf die von den ROTHSCHILDS & Co. mutwillig ausgelöste und gründlich ausgeschlachtete «Asienkrise» der späten 1990er Jahre stellt BEATRIX HOFFMANN im Rahmen einer Buchbesprechung fest: «Der *IWF* ruft seit 1995 die G7(G#?)-Staaten auf, sich großzügig an Stützungsaktionen des *IWF* zu beteiligen, was wiederum deren Staatsverschuldung bei Banken vergrößert. Anders formuliert: Die Banken, bei denen ein Staat Schulden aufnimmt, um die Stützungsaktionen des *IWF* zu finanzieren, mit denen dieser einem Opfer spekulativer Angriffe beistehen will, haben nicht nur bereits die Beute ihres eigenen Angriffs unter sich aufgeteilt, sondern bereichern sich auch noch an dem Versuch, ihnen - den Banken - diese Beute wieder (natürlich vergebens) zu entreißen.»[1111] Sie bereichem sich also durch MzTverschuldung der «hilfswilligen» reichen Länder!
* Im australischen Fernsehsender *ABC* kommentierte Prof. ROSS BUCKLEY ein 500-Milliarden-Dollar-«Programm», das der *IWF* im Herbst 2009 soeben als «Hilfe» für die krisengebeutelten «Schwellenländer» aufgelegt hatte, wie folgt: «Es handelt sich um Kredite der G2Ö-Länder, die über den *IWF* an arme Länder vergeben werden. Sie müssen zurückgezahlt werden und werden hauptsächlich zur umgehenden Schuldenrückzahlung an die internationalen Banken verwendet ... Das Geld kommt in den armen Ländern gar nicht erst an. Es wandert direkt als Schuldenrückzahlung an ihre Gläubiger ... Doch die armen Länder werden die nächsten 30 Jahre lang an den *IWF* zahlen müssen.» Und weiter: «Augenblicklich sind die armen Länder Banken gegenüber verschuldet, notfalls könnten sich die armen Länder [für] zahlungsunfähig erklären. Jetzt werden die Schulden gegenüber den Banken durch Schulden gegenüber dem *IWF* ersetzt, an den die armen Länder aus guten strategischen Erwägungen immer zahlen werden ... Die reichen Länder haben diese 500 Milliarden Dollar bereitgestellt, um ihre eigenen Banken zu stimulieren, der *IWF* ist ein willkommenes Zwischenglied zwischen den Ländern, ihren Gläubigern und den Banken.»[1112] Auf die vermeintliche «Zahlung» der armen Länder an den *IWF* «aus guten strategischen Erwägungen» werden wir allerdings gleich noch einmal zurückkommen müssen, denn die ist eine pure Illusion!

[1109] Sie kehren zwar als «Rückzahlung von Bankkrediten der jeweiligen **Entwicklungsländer** in die USA zurück oder verbleiben sogar faktisch gleich dort (!), werden aber, wie bei jeder «Kreditrückzahlung» im aktuellen Schuldgeldsystem **vernichtet** (Buchgeld) bzw. als Reserven **zurückgehalten** (Bargeld) und stehen somit der US-Wirtschaft nicht zu Verfügung. Da ihnen aber immer noch offene Kredite **der US-Regierung** (!) entsprechen, müssen diese bzw. zumindest die darauf «falligen» Zinsen durch neue, weitere Anleihen der US-Regierung aufgebracht werden.

[1110] *DOHMEN* a.a.O., S. 122.

[1111] *BEATRIX HOFFMANN* in: «Deutschland», Nr. 3/4 (März/April) 2005, S.U.

[1112] Zit. n. *ELLEN HODGSON BROWN* in: «Der freie Mensch» Nr. 1-2 (Januar-Februar) 2010, S. 46f.

* In jüngerer Zeit, bemerkt GRIFFIN, sind fast die Hälfte aller *Weltbank*-Kredite als unspezifische, an keine konkreten Verwendungszwecke gebundene sogenannte «Strukturanpassungs»-Kredite vergeben worden. «Ein wichtiges Merkmal der Strukturanpassungs-Kredite ist, daß das Geld nicht für irgendein bestimmtes Entwicklungsprojekt verwendet werden muß. Es kann für alles beliebige ausgegeben werden, ganz nach Wunsch des Empfängers. Das schließt Zinszahlungen auf überfällige Bankkredite ein. Damit wird die *Weltbank* zu einem weiteren Kanal von den Taschen der Steuerzahler zu den Aktivposten der Geschäftsbanken, welche die riskanten Kredite an Dritte-Welt-Länder ausgereicht haben.»[1113] Das ist, abgesehen von den irrigerweise ins Spiel gebrachten «Steuerzahlern» (statt alljährlicher staatlicher Netto-Neukreditaufnahme - s.o.!), richtig beobachtet. Zwar stammen die durch die *Weltbank* ja bloß vermittelten Kredite gewöhnlich **direkt** von den großen privaten Banken. Insoweit sind die *Regierungen* bzw. *Staatskassen* der reichen Länder hier nicht unmittelbar betroffen. Sie sind es aber mittelbar als **Garanten.**

Doch nun müssen wir einmal ganz genau hinsehen und scharf nachdenken, um festzustellen, was da eigentlich **unterm Strich** oder **zu guter Letzt** *wirklich* passiert. Die reichen Staaten, so sagten wir bisher, werden insbesondere durch die /ffF-Kredite stets **mit**verschuldet. Das stimmt und stimmt auch wieder nicht. Denn wenn wir an eine Verschuldung denken, die mit regelmäßigen **Zinszahlungen** verbunden ist, müssen wir richtiger sagen: in *diesem* Sinne verschuldet werden durch alle Kredite, die über den *IWF* laufen, **überhaupt nur** die reichen Staaten, denn nur an denen bleiben die fälligen Zinszahlungen **letztlich** hängen!

Aber zahlen die armen Länder denn keine Zinsen auf ihre /fFF-Kredite? Oh doch, sie tun es, und nicht nur auf die /fFF-Kredite, sondern auch auf diejenigen der *Weltbank* sowie auf jene Kredite, die sie *ganz direkt* bei irgendwelchen westlichen Großbanken oder deren Tochtergesellschaften (z.B. «Investmentfonds») bekamen! Die Frage ist nur, *wovon* bzw. *womit* sie diese Zinsen zahlen. Nicht *hier und heute nominell,* sondern **im langjährigen Durchschnitt real!** Und sobald wir die Frage **so,** d.h. aber, **richtig,** stellen, kann die Antwort nur lauten: sie zahlen im Durchschnitt zwei Drittel, im Extremfall sogar sämtliche Zinsen auf ihre Staatsschulden auf exakt dieselbe Weise wie die reichen Länder auch! Durch Netto-Neukredite, also durch stetige Umschuldung bzw. Schuldenausweitung und gar nichts sonst[1114]!

Bei **wem** nehmen sie aber **unterm Strich, per saldo** diese /Ve«o-Neukredite auf? Nicht direkt bei den westlichen Großbanken und auch nicht bei der *Weltbank,* die ja bloß solche Bankkredite «vermittelt», sondern beim *IWF.* Daran ändert auch der kurzfristige

[1113] *GRIFFIN* a.a.O., S. 97.

[1114] Das hat jüngst sogar der Chef des indirekt ROTHSCHLLD-kontrollierten «weltgrößten Anleihehändlers *Pimco» MOHAMED EL-ERIAN* in einem Gastkommentar für das «Handelsblatt» (27.4. 2011) zugegeben, der sich um die griechische Staatsschuldenkrise drehte: «Vieles von dem, was wir jetzt erleben, kennen wir bereits aus den Schuldenkrisen der 80er Jahre in Lateinamerika. Das Problem ist heute wie damals das gleiche: Man löst keine Schuldenkrise, indem man nur die Liquidität verbessert. Immer neue Schulden auf den Schuldenberg abzuladen ist keine dauerhafte Lösung. Dadurch gewinnt man allenfalls Zeit - aber zu hohen Kosten.» Natürlich hatte der Mann, dessen riesiger Investment-Fonds vom Geschäft mit Staatsschulden lebt, als «Lösung» absolut nichts anderes als doch nur wieder genau *das* anzubieten! «Die aktuellen Rettungsversuche», dozierte er, «sollten auf die Zahlungsfähigkeit Griechenlands zielen. . . . Maßnahmen zur Wiederherstellung der Zahlungsfähigkeit müssen zudem durch Liquiditätshilfen [= neue Kredite!] abgesichert werden. Dazu gehört eine möglichst freiwillige und ordentliche Umschuldung [= Kreditverlängerung + Neukredite!].»

«Einbruch» von dessen Geschäften im Zeitraum 2003 bis 2007 nichts. Denn hinterher war er plötzlich, wie schon gezeigt, mit umso gewaltigeren Kreditsummen wieder da. Und warum wohl? Weil die «Schwellenländer», die *kurzzeitig* auf direkte Bankkredite ausgewichen waren, jetzt die dafür anfallenden Zinsen doch wieder nicht anders zu beschaffen wußten als durch - Neukredite beim *IWF*

Was macht aber der *IWF* mit den bei ihm eintreffenden Zinszahlungen (die per saldo aus den von ihm selbst vergebenen Krediten stammen)? Er verrechnet sie mit den Quotenbeiträgen seiner reichen Mitgliedsländer. Die kommen also dadurch *momentan* in den Genuß der Zinszahlungen der armen Länder, müssen sie aber ihrerseits sofort an jene Geschäftsbanken weiterreichen, bei denen sie selber mit ihren /IFF-Quotenbeiträgen immerfort in der Kreide stehen! Und indem die armen Länder für ihre Zinszahlungen *durchschnittlich* immer mehr und immer höhere Afewkredite beim *IWF* benötigen, müssen die reichen Länder ihre Quotenbeiträge für denselben *IWF* beständig erhöhen - durch erhöhte Aufnahme von /Vewkrediten ihrerseits, deren Zinsen sie ebenfalls zu zahlen haben werden, nochmals durch /Vewkredite!

Jetzt wird auch klar, daß Schuldenerlasse für arme Länder durch die *Regierungen* der reichen Länder den Banken finanziell keinen wirklichen Schaden zufügen können[1115]. Sie machen lediglich *indirekte* Schulden der reichen Staaten wieder zu *direkten* Schulden. Es ändern sich bloß die Schuldige/, denn Staatsanleihen der Dritte-Welt-Länder werden per saldo in Staatsanleihen der Industrieländer umgewandelt.[1116] Ärgerlich für die Banken mag höchstens sein, daß ihre Zinserträge beträchtlich sinken, weil ja jetzt das (vorgebliche!) «Risiko» wesentlich geringer ist. Immerhin müssen Regierungen der Dritten Welt wegen des angeblich so hohen Ausfallrisikos «für ihre Anleihen fünf- bis siebenmal höhere Zinsen zahlen als beispielsweise die amerikanische Regierung»[1117]!

[1115] Vgl. *HODGSON BROWN*, Der Dollar-Crash . . . a.a.O., S. 526: «Wenn der *IWF* davon spricht, Schulden zu „erlassen", dann redet er nicht von einem Akt gigantischer Wohltätigkeit auf Seiten der Banken. Er redet davon, die Zahlungsbürde von den Schuldnerländern auf die reicheren Geberländer zu verlagern oder die Goldreserven des *IWF* verkaufen zu dürfen, damit die Banken ihr Geld bekommen.» Da die /(^-«Goldreserven» - siehe oben! - Bestandteil der vertraglich zugesicherten Einlagenquoten der Mitgliedsstaaten sind, ist es Sache dieser Mitgliedsstaaten, das verkaufte Gold entweder durch neues, von ihnen wieder zu kaufendes zu ersetzen - erkennbar ein Nullsummenspiel! - oder den nur durch Netto-Neukredite finanzierbaren Währungsanteil ihrer Quote entsprechend zu erhöhen; in jedem Falle bleiben die «erlassenen» Beträge ungeschmälert an *ihnen* hängen und sind nur durch staatliche Netto-Neuschuldenaufnahme bei den Banken aufzubringen . . . Was also vorher *nominell* eine Schuld der armen, *im Endeffekt und damit real* aber eine der reichen Länder war, ist jetzt *auch nominell* (wieder) zu einer solchen der letzteren geworden.

[1116] Zurückzuweisen ist jedoch die total falsche Erklärung der Freiwirtschaftler für das von ihnen (übrigens nur teilweise!) richtig erkannte Phänomen bloßer Schulden«rückverlagerung» von den armen auf die reichen Länder. Sie bilden sich ein (z.B. *CREUTZ,* Das Geld-Syndrom . . . a.a.O., S. 524f; *BICHLMAIER* a.a.O., S. 479), Schuldenerlasse träfen die Banken als bloße Verwalter von Einlagen ihrer «Sparkunden. Sie folgern daraus, die Banken müßten also bei uns, in den reichen Ländern, die Zinsen erhöhen, um ihre Verluste aus den Erlassen «aufzufangen», und «wir alle» hätten diese höheren Zinsen «letztlich» über steigende Preise aller bankkreditfinanzierten Waren und Dienstleistungen zu «tragen». Weiter behaupten sie, für die erlassenen Schulden müßten notwendigerweise neue Schuldner «gefunden» werden, weil ja die anlagewilligen «Geldvermögen» der «Sparer» nicht weniger würden. - In Wirklichkeit brauchen die «neuen» Schuldner nicht «gefunden» zu werden, weil es **die alten sind und bleiben,** nur jetzt nicht mehr *mittelbar* (über *IWF* oder *Weltbank),* sondern **unmittelbar!**

[NXI] *DOHMENa.a.O.,* S. 69.

Diese Zinsdifferenz dürfte denn auch der Hauptgrund dafür sein, daß solche Schuldenerlasse trotz pompöser Versprechungen in der Realität immer nur in so lächerlich geringem Umfang stattfinden[1118] .. .

Erst die an sie «zurückfließenden *Zinsen* sind **im aktuellen Schuldgeldsystem** für die Banken bzw. deren Eigentümer **frei verfügbares** Geld. Denn alles, was sie aus nichts schöpfen, dürfen sie ja zunächst nicht etwa für eigene Einkäufe verwenden, sondern nur als «Kredit» ausreichen. Indem nun **alle** Zinszahlungen auf sämtliche Kredite an die armen Länder **schlußendlich** von den reichen Ländern «aufgebracht» werden müssen, tragen also die armen Länder *direkt* gar nichts zu den Milliardengewinnen der Banken bei. Sie tun es aber *indirekt,* indem die von ihnen beanspruchten Kredite letztlich **zusätzlich aufzunehmende** Kredite der reichen Länder sind. Außerdem werden sie gleichwohl ganz direkt **verschuldet[1119].** Und diese Verschuldung, deren Zinsen ja zum großen Teil nur durch immerwährende Neuverschuldung überhaupt gezahlt werden können, dient als äußerst wirkungsvoller Hebel zur Durchsetzung der vier Einzelziele des Washingtoner Konsenses! Wer da nicht gehorcht, bekommt keinen Neukredit mehr, kann infolgedessen die Zinsen auf die Altschulden nicht mehr zahlen, ist damit offiziell «zahlungsunfähig», sieht daraufhin seine Landeswährung im Außenwert rapide verfallen, kann deshalb selbst überlebenswichtige Güter nicht mehr im nötigen Umfang einführen, gerät in direkte Existenznot, gibt daraufhin gezwungenermaßen klein bei!

Technisch betrachtet sind nach allem bisher Gesagten die Staatsschulden der 2., 3. und 4. Welt **per saldo** zu einem ansehnlichen Teil lediglich Ausweitungen der Staatsschulden der 1. Welt! Das hat durchaus seine Logik und wird niemanden überraschen, der **das aktuelle Schuldgeldsystem** konsequent zu Ende denkt. Die gesamte Waren- und Dienstleistungsproduktion erfolgt in diesem perversen System ausschließlich auf «Kredit»basis, nämlich mit **Schuldgeld.** Auch die in arme Länder exportierten «Überschüsse» der reichen Länder wurden in den letzteren mittels «Krediten», also (wiewohl rein künstlichen!) Bankschulden erzeugt. Sie sind deshalb «Überschüsse», weil sich in den reichen Ländern dafür keine Abnehmer mehr finden lassen. Die lassen sich deshalb nicht mehr finden, weil - siehe oben! - nie genug Geld in Umlauf ist, um **gleichzeitig** alle erzeugten Waren abnehmen und alle Zinsen auf das Schuldgeld, *mit dem* diese Waren erzeugt wurden, zahlen zu können! Es muß also, wie *immer* **im aktuellen Schuldgeldsystem,** «der Staat» einspringen, um diese Lücke zu schließen, soll die Wirtschaft der reichen Länder nicht zusammenbrechen. *Scheinbar* sind es die Staaten der 2., 3. und 4. Welt, die hier einspringen. Sie springen jedoch nur zu etwa einem Drittel der gesamten Schuldsumme wirklich ein. Bezüglich der übrigen zwei Drittel werden sie - als neue, zusätzliche Konsumenten! - nur vorgeschoben und benutzt, um **das aktuelle Schuldgeldsystem,** das ja im Kern ein dauerhaft nicht existenzfähiges Schneeballsystem darstellt, "noch einmal zu «retten», ehe es doch an seine Grenzen - diejenigen des Erdballs, **buchstäblich!** - stößt und einstürzt. ..

[18] Vgl. erneut *HODGSONBROWN* a.a.O., S. 526: «1996 stimmten die reichen Länder einer Initiative zu, den hochverschuldeten armen Ländern (*Highly Indebted Poor Countries, HIPC)* wenigstens Schulden in Höhe von 110 Milliarden $ zu erlassen; aber davon waren im Herbst 2004 erst ungefähr 31 Milliarden $ tatsächlich gestrichen worden. Die 30 ärmsten Länder der Welt, die meisten davon in Afrika, hatten immer noch ausstehende Schulden in Höhe von ungefähr 200 Milliarden Dollar.» - Man beachte auch die kabbalistische «11» in der *vorgeblich* zu erlassenden Schuldsumme!

[19] Der Mechanismus ist direkt vergleichbar einem Eisenbahnzug. Das einzige Fahrzeug, das selber fahrt, ist die Lokomotive, aber jeder Waggon, der angehängt wird, fahrt unweigerlich mit, im selben Tempo wie die Lok. Wer die Lok kontrolliert, kontrolliert daher den ganzen Zug.

Ohne Rücksicht auf Verluste ausgeweitet werden *muß* dieses erdumspannende Schneeballsystem, mit dem Mut der Verzweiflung weitergebaut werden *muß* an diesem immer bedrohlicher wackelnden Kartenhaus **gegenwärtig noch** aus genau drei eng miteinander zusammenhängenden Gründen:

1) Es **darf** - und **soll** - erst *dann* einstürzen, wenn der von den PROTOKOLLEN als (Pseudo-)Messias ersehnte Eine-Welt-Herrscher unmittelbar im Begriff steht, seinen nunmehr genügend gefestigten Thron zu besteigen.
2) Es **kann** rein technisch überhaupt nur bis dahin aufrechterhalten werden, wenn sich immer neue Schuldner und vor allem Schuldete/ auftreiben lassen, denn der vom Schuldgeld unabtrennbare Zinseszins gehorcht unerbittlichen mathematischen Gesetzen.
3) Es **muß** optimal dazu genutzt werden, möglichst viele und große *reale* Reichtümer zusammenzuraffen und *eben dadurch* bereits die *geheime* Herrschaft über alle Völker bzw. Staaten der Erde zu erringen, denn nur so läßt sich der Thron des Pseudomessias oder Antichristen genügend befestigen!

d) IWF und Weltbank - ihre Methoden

Die sind vielfältig und sollen insbesondere hinsichtlich ihrer konkreten Auswirkungen auf die armen Länder später noch genauer unter die Lupe genommen werden. Hier konzentrieren wir uns erst einmal auf das Grundsätzliche. Und **grundsätzlich** *können* die angewandten Methoden gar nicht anders als *exakt* im Dienste der vorgenannten Zwecke stehen.

Vorgemacht wurde den Entwicklungsländern freilich etwas ganz anderes, als *IWF* und *Weltbank* ihr böses Geschäft begannen. Man unterbreitete den betreffenden Regierungen ein verlockendes Modell. «Das Modell besagt, daß ein Land, das sich entwickeln möchte, Geldmittel leihen wird, um sie in landwirtschaftliche oder industrielle Projekte oder in die Entwicklung seiner Infrastruktur zu investieren. Die Güter und Dienstleistungen, die aus dieser verbesserten wirtschaftlichen Kapazität hervorgehen, können dann ausgeführt und die zusätzlichen Einnahmen dazu verwendet werden, die Kapitalanleihe zurückzuzahlen; das Land steht am Ende besser da, mit einer höher entwickelten Wirtschaft. Das theoretische Modell ist unter den Voraussetzungen der neoklassischen Ökonomie vollkommen vernünftig; es beinhaltet (a) Kapitalvorschüsse, (b) Investitionen zur Entwicklung der örtlichen Ressourcen, (c) Exporteinnahmen, die zu (d) Kapitalrückzahlungen und (e) wirtschaftlichem Fortschritt führen, der aus dem vom Schuldnerland erzielten Mehrwert erwächst. Die Tatsache, daß es keinem einzigen Dritte-Welt-Land je gelungen ist, seine Zahlungsfähigkeit wiederherzustellen, nachdem es einmal Mittel von der *Weltbank* und dem *IWF* aufgenommen hatte, spricht stark dafür, daß das theoretische Modell ein falsches Grundmuster darstellt. Die Schuldnerländer haben nicht bloß die Grundschuldsumme - den ursprünglich geliehenen Betrag - nicht zurückzuzahlen vermocht, sondern waren oft sogar außerstande, die Zinszahlungen zuwegezubringen. Das Versagen des Leihen/Investieren/Exportieren/Zurückzahlen-Modells war so allgemein und so vollständig, daß die Mehrzahl der Schuldnerstaaten gezwungen war, um zusätzliche Kredite der *Weltbank* und des *IWF* nachzusuchen, nicht etwa zum Zweck künftiger Investitionen, sondern schlicht zur Aufrechterhaltung des Zinsendienstes für frühere Kredite. Das geliehene Geld fließt solchermaßen direkt zurück zu *Weltbank* und *IWF*, während sowohl die Gesamtschulden als auch die jährlichen Zinszahlungen anwachsen.»[1120]

[120] ROWBOTHAM, Goodbye America! ... a.a.O., S. 20f.

Eigentlich ein uns inzwischen nur zu vertrautes Bild, denn exakt dasselbe geschieht ja «sogar» mit den Staatsschulden der hochentwickelten Ersten Welt . . . Und erneut sind wir kein bißchen überrascht, haben wir doch bereits festgestellt, daß die Staatsschulden der armen Länder beim *IWF* und teils auch bei der *Weltbank* in *letztendlicher* Betrachtung, **unterm Strich, per saldo,** und damit *in Wirklichkeit,* Staatsschulden der reichen Länder sind. Folglich **muß** sich ja genau dieses Bild ergeben! Doch kommen wir jetzt zu den im einzelnen benutzten Methoden, dieses «schöne» Resultat auch zuverlässig zu erzielen:

* Die armen Länder werden genötigt, ihre Handelsschranken fallenzulassen und dann mit Billigimporten - Überschußwaren der reichen Länder! - überflutet, mit denen die einheimische Landwirtschaft und Industrie nicht konkurrieren kann. Daraufhin schrumpfen Landwirtschaft und Industrie der armen Länder in den betroffenen Bereichen[1121], was noch höhere Einfuhren aus den reichen Ländern nötig macht. Finanzieren lassen sich die jedoch nur durch - noch höhere Kreditaufnahmen bei *IWF* und *Weltbank*! Genau das war auch von Anfang an beabsichtigt. . .
* Viele arme Länder machen sich, insbesondere bei landwirtschaftlichen Ausfuhrerzeugnissen, unvermeidlicherweise gegenseitig Konkurenz; indem man sie listigerweise alle gleichzeitig dazu drängt, z.B. möglichst viel Kakao zu produzieren, um damit möglichst hohe Ausfuhrerlöse zur Bedienung ihrer Auslandsschulden zu erzielen, fallen wegen des immer höheren und konkurrierenden Kakao-Angebots auf dem Weltmarkt die Kakaopreise - zur Freude der meist mit den westlichen Bankeneigentümern identischen oder wenigstens liierten Spekulanten! Die nämlich bunkern den billig eingekauften Kakao und verkaufen ihn *in wohldosierten Mengen,* d.h. künstlich verknappt, dennoch teuer wie zuvor an die Abnehmer in den Industrieländern, jedenfalls, solange sie können. Die Devisen jedoch werden von den betreffenden armen Ländern trotz erhöhter Produktionsanstrengungen gerade *nicht* in der ursprünglich vorgegaukelten bzw. erhofften Höhe hereingeholt, so daß der «ersatzweise» Bedarf an weiteren Krediten zur Bedienung der Altschulden entsprechend steigt...
* «Zweckgebundene» Kredite werden oftmals nur ftir Einkäufe ganz bestimmter Erzeugnisse bei ganz bestimmten Herstellern in den reichen Ländern gewährt. Die armen Länder werden so effektiv daran gehindert, sich für das preiswerteste Angebot zu entscheiden. Sie werden aber auch daran gehindert, mit dem erhaltenen «Kredit» untereinander wechselseitig einzukaufen und so die eigenen Volkswirtschaften zu fördern. Ihre bleibende Abhängigkeit von künftigen «Krediten» des *IWF* und der *Weltbank* ist also vorprogrammiert!
* «In den späten 1960er Jahren waren viele Auslandsschulden so groß und so dauerhaft, die von den Schuldnerländern durchlittenen finanziellen Schwierigkeiten so ernst geworden, daß dieselben Länder immer wieder neu Kredite beantragten. Tatsächlich finanzierten die neuen Kredite die Zinszahlungen auf die alten Anleihen.»[1122] «Entweder haben die Kredite zu Entwicklung geführt, aber die Rückzahlung erwies sich als unmöglich; oder die finanzierten Projekte sind komplett gescheitert und ließen das Land auf einer massiven Schuld ohne Aussicht auf Rückzahlung sitzen; oder wiederholte Kredite wurden nötig, nur um die Mittel für die Rückzahlung älterer Kredite bereitzustellen. Die Schuldnerländer in ihrer Gesamtheit begannen die 1990er Jahre volle 61 % höher verschuldet als sie 1980 gewesen waren.»[1123]

[1121] Natürlich nicht in jenen Bereichen, wo aus klimatischen Gründen keine Konkurrenz durch Billigimporte möglich ist, z.B. Anbau von Kaffee, Kakao, Tee, Reis, Bananen, Baumwolle etc.
[1122] *ROWBOTHAM,* The Grip of Death... a.a.O., S. 134.
[1123] Ebd. S. 137.

* Das ist nun das wohlbekannte, **im aktuellen Schuldgeldsystem** absolut unvermeidliche, freilich durch die vorgenannten Methoden mit voller Absicht in seiner Ausprägung noch *erheblich verschärfte* Muster. Es wurde und wird sodann dazu benutzt, den Entwicklungsländern heuchlerisch «Mißwirtschaft» vorzuwerfen und die nötigen Neukredite an immer tiefgreifendere «Bedingungen» und «Auflagen» zu knüpfen, deren Auswirkungen präzise den vier oben genannten Einzelzielen des Washington-Konsenses entsprachen und entsprechen. Ganz kurz gefaßt, läuft alles auf den totalen Ausverkauf der materiellen Reichtümer (besonders Ländereien sowie Bodenschätze und Agrar- bzw. Forstwirtschaftsprodukte aller Art!) der betroffenen Länder *zu Niedrigstpreisen* an auswärtige «Investoren» hinaus, die mittelbar oder unmittelbar mit den Eigentümern jener Großbanken identisch sind, von denen, wiederum unmittelbar (*Weltbank*) oder mittelbar *(IWF),* die «Kredite» stammen . . .
* Die Volkswirtschaften der mit «Krediten» nicht selten direkt zvrangs«beglückten» Länder werden radikal umgekrempelt und über einen Kamm geschoren, um allesamt jenem Standard-Modell des Washington-Konsenses zu entsprechen, das ihre ungehemmte Ausplünderung ermöglicht. Von dem, ebenfalls jüdischen, Vorgänger WOLFENSOHNs an der Spitze der *Weltbank* LARRY SUMMERS stammt das, wie ROWBOTHAM meint, «berüchtigte» Wort: «Die Regeln, die für Lateinamerika oder Osteuropa gelten, gelten für Indien genauso ... [Die Regierungen der Dritten Welt] müssen begreifen, daß es nicht mehr länger so etwas wie eine gesonderte und eigentümliche indische Wirtschaft gibt - es gibt nur noch Wirtschaft.»[1124]


Larry Summers – mit Signal ...

* Ein Teil der Kredite dient zur fortwährenden Bestechung der Machthaber der Schuldnerländer. Viele arme Länder, erläutert GRIFFIN, «werden von kleinen Tyrannen regiert, die sich kaum um ihre Völker kümmern, mit Ausnahme dessen, wie sie ihnen noch mehr Steuern auspressen können, ohne einen Aufstand zu verursachen. Kredite von *IWF* und *Weltbank* werden in erster Linie [?] dazu benutzt, sich selber und ihre Regierungsparteien ewig an der Macht zu halten - und genau das bezwecken *IWF* und *Weltbank.* Ungeachtet des hochtrabenden Geredes über Hilfe für die Armen besteht das wahre Ziel des Transfers von als Kredit verkleidetem Reichtum darin, die Kontrolle über die Führer der weniger entwickelten Länder zu erlangen. Nachdem sich diese Despoten einmal an den Geschmack solch unbegrenzter Versorgung mit süßem Bargeld gewöhnt haben, werden sie nie mehr fähig sein, mit dieser Gewohnheit zu brechen. Sie werden es zufrieden sein - *sind* es schon zufrieden -, kleine vergoldete Zahnrädchen im riesigen Getriebe der Weltregierung zu bilden. Ideologie bedeutet ihnen nichts: kapitalistisch, kommunistisch, sozialistisch, faschistisch, was tut das zur Sache, solange ihnen nur das Geld weiterhin zuströmt. *IWF* und *Weltbank kaufen* diese Länder buchstäblich und verwenden dazu unser Geld.»[1125] Es ist

[1124] Zit. n. ebd. S. 136: «The rules that apply in Latin America or Eastern Europe apply in India as well… [Third World governments] need to understand that there is no longer such a thing as separate and distinct Indian economics - there is just economics.»

[1125] *GRIFFIN* a.a.O., S. 132, Hervorh. original. - Der Autor, der leider unverkennbar *kein* Herz für die Armen dieser Erde hat und unterschwellig ihr ganzes Elend immer wieder ihrer ‚Faulheit', .Unfähigkeit' etc. allein anlastet, geht allerdings entschieden zu weit, wenn er - entgegen den

zwar, jedenfalls bis jetzt (!), gar nicht «unser» Geld, womit sie das tun, denn unsere *Steuern* tragen per saldo zum Zinsdienst auf unsere Staatsschulden gar nichts bei. Die Kredite werden auch wohl kaum «*in erster Linie*» zwecks persönlicher Bereicherung der örtlichen Potentaten «gewährt». Trotzdem hat GRIFFIN nicht ganz unrecht. Da es ohnehin weder wirklich um «Entwicklung» noch ernsthaft um «Hilfe» geht, dürfen sich die korrupten Herrscher der betroffenen Länder ruhig soviel von den «Krediten» in die Taschen stecken bzw. auf sichere Auslandskonten zurückbefördern, wie sie und ihre Cliquen den jeweiligen Umständen entsprechend vermögen. Die wahren, PROTOKOLLARISCHEN Absichten der «Kreditgeber leiden darunter nicht im geringsten, solange nur der «Schuldendienst» nicht dauerhaft gefährdet wird!

* Der amerikanische Journalist GREG PALAST beruft sich direkt auf den ehemaligen Chef-Volkswirt der *Weltbank* und späteren Nobelpreisträger JOSEPH STIGLITZ: «Er erzählte mir, daß er in Länder fuhr, wo man über die Privatisierung und den Verkauf [von öffentlichen Einrichtungen wie Wasserversorgung, Eisenbahnen, Telephongesellschaften, ÖlfÖrderunternehmen etc.] redete. Und letztlich wußten sie [die *Weltbank-Unterhändler],* sie wußten es buchstäblich, schauten aber weg, als klar wurde, daß die Führer dieser Länder und die wichtigsten Minister Hunderte Millionen von Dollars für sich abzweigen würden.»[1126] - Es wird also bereits im Moment der Kreditvergabe «stillschweigend» vereinbart, daß die örtlichen Machthaber für ihre Bereitschaft, die Privatisierungs-«Auflagen» zu akzeptieren, mit einem Teil der betreffenden Kredite *persönlich* «entschädigt» werden!

* ROBERT MOTZKUHN zeigt sich «verwundert» darüber, «wie internationale Institutionen erwarten können, daß die Regierung innerhalb weniger Tage und Wochen umfangreiche Sparmaßnahmen umsetzen soll, insbesondere, wenn es sich um Lebensmittelpreiserhöhungen handelt, die gerade die arme Bevölkerung des Landes am meisten treffen.»[1127] Des Rätsels Lösung: Gewalttätige Proteste der armen Bevölkerung gegen vom *IWF* oder der *Weltbank* verordnete drastische «Sparmaßnahmen» der Regierung, die den Menschen nicht selten sogar das nackte Existenzminimum zu rauben drohen, sind eiskalt kalkuliert. Dazu wiederum GREG PALAST: «Sie wissen, daß es, wenn sie ein Land ausquetschen und seine Wirtschaft zerstören, Unruhen auf den Straßen geben wird. Und sie sagen, fein, das sind /IFF-Unruhen. Mit anderen Worten, weil du Unru-

vielfach gesicherten und durchaus nachprüfbaren Tatsachen - andernorts (S. 97f) gar behauptet, die berüchtigten harten «Spar»auflagen, die *IWF* und *Weltbank* praktisch immer mit ihren Krediten verknüpfen, seien «größtenteils nur Rhetorik», denn: «Die Schuldnerländer ignorieren gewöhnlich die Auflagen ungestraft und die *Weltbank* gibt trotzdem weiter das Geld. . . . Nichtsdestoweniger stellen die „Strukturanpassungs"-Bedingungen einen Sündenbock für die örtlichen Politiker bereit, die jetzt die Schuld für das Elend ihrer Nation dicken, bösen „Kapitalisten" Amerikas und des *IWF* geben können. Leute, denen man beigebracht hat, es sei die Aufgabe ihrer Regierung, für ihren Wohlstand, ihre Gesundheitsversorgung, ihre Ernährung und Wohnung, ihre Arbeitsplätze und ihre Altersrente zu sorgen, solche Leute werden nicht glücklich sein, wenn sie vernehmen, daß diese „Rechte" bedroht sind. Also demonstrieren und protestieren sie auf den Straßen, randalieren in den Geschäftsvierteln der Städte, so daß sie Waren aus den Geschäften stehlen können, und scharen sich in Massen um das Banner von Politikern, die versprechen, ihre Privilegien wiederherzustellen oder noch zu vermehren.» Hier macht es sich *GRIFFIN* aus durchsichtigen Gründen ganz gewaltig zu einfach!

1126 Zit. n. *JONES* a.a.O., S. 180 (vgl. S. 179); es handelt sich um die komplette, nicht-redigierte Nachschrift eines von *JONES* mit *PALAST* im US-Rundfunk am 4. März 2002 geführten längeren Gesprächs - daher der erkennbar spontan-mündliche Stil.

1127 *MOTZKUHN a.a.O.,* S. 76.

hen hast, verlierst du. Alles Kapital flüchtet aus deinem Land, und das verschafft dem *IWF* die Gelegenheit, dann noch mehr Bedingungen anzufügen.»[1128]

* «An 68 Länder vergab die *Weltbank* Kredite nur unter der Bedingung einer Rentenreform, häufig gefordert als teilweise Privatisierung der Altersvorsorge. Die *Weltbank* bereitete damit Finanzkonzernen den Boden für den Verkauf ihrer Produkte - ein wesentlicher Grund dafür, daß der Finanzsektor in den vergangenen zwanzig Jahren dermaßen expandieren konnte. Ganz selbstverständlich ist ein Versicherer wie die *Allianz* heute auch in Indien oder China präsent, ebenso wie die *Axa-Winterthur.»*[1129] Das Schneeballsystem braucht eben unbedingt ständig neue Erweiterungsmöglichkeiten . . .
* «Die vereinten Anstrengungen und Finanzen der *Weltbank* und des *IWF* haben die Staaten der Dritten Welt so tief verschuldet, daß sie ihre Kredite nicht mehr zurückzahlen können. Infolgedessen ergreifen diese beiden Banken Besitz von den für diese Kredite hinterlegten Sicherheiten. . . . Wenn *Weltbank* und *IWF* die Sicherheiten konfiszieren, was tun sie dann damit? Verkaufen sie sie zu Niedrigstpreisen an die ‚Elite'? Das sind Fragen, die der US-Kongreß stellen sollte.»[1130] Nun, diese Fragen sind längst beantwortet! Als «Sicherheiten» für ihre Kredite machen *IWF* und *Weltbank* ihre berüchtigten «Strukturanpassungs»- oder «Spar»-Auflagen im Sinne des Washingtoner Konsenses. Dabei fallen fast sämtliche größeren realen Vermögenswerte der armen Länder in Gestalt von solchermaßen *erzwungenen* «Privatisierungen» bereits in die Hände der «internationalen Investoren» (= Bankeneigentümer), noch ehe sie jemals zur Ablösung nicht rückzahlbarer Staatsschulden herangezogen werden können oder könnten. «Sicherheiten» in diesem Sinne sind also trotz bleibender, ja steigender Verschuldung zumeist gar nicht mehr vorhanden[1131]. Das ist aber wiederum nur logisch! Denn die Staatsschulden der armen Länder sind ja, wie gezeigt, unterm Strich und letzten Endes zu durchschnittlich zwei Dritteln bloß Staatsschulden der reichen Länder. Und *die* verfügen durchaus noch über genügend «Sicherheiten» - für *sämtliche* Staatsschulden des Globus! Für das *eine Drittel* der staatlichen Schulden der armen Länder, das tatsächlich fortwährend real «bedient» wird, muß als ständige «Sicherheit» die laufende Produktion und Ausfuhr landeseigener Erzeugnisse herhalten.
* Die südostasiatischen «Tiger-Staaten» wurden, wie HODGSON BROWN auffallend ungenau formuliert, schließlich von «Washington» in die Arme des *IWF* getrieben, nach-

[1128] Zit. n. *JONES* a.a.O., S. 181.

[1129] *DOHMEN* a.a.O., S. 115.

[1130] *Ross* a.a.O., S. 75.

[1131] Eine der seltenen Ausnahmen war Jugoslawien. Dort «hatte TITO den Fehler begangen, dem Land den „Luxus" zu gestatten, mehr Güter zu importieren als es exportierte, riesige Summen im Ausland zu borgen und viele Hundert Fabriken zu bauen, die keinen Gewinn abwarfen. Als die Dollars zur Rückzahlung dieser Kredite fehlten, mußte sich Jugoslawien wegen eines Schuldenerlasses an den *IWF* wenden. . . . Als Gegenleistung für einen Schuldenerlaß verlangte der *IWF* die umfassende Privatisierung der jugoslawischen Staatsbetriebe. Daraufhin gingen mehr als 1100 Unternehmen in Konkurs und die Arbeitslosigkeit stieg auf über 20 Prozent» (*HODGSON BROWN* a.a.O., S. 290). Hier wurde also das noch vorhandene staatseigene Sachkapital als «Sicherheit» für die nicht mehr rückzahlbaren /JFF-Auslandsschulden beansprucht, unter dem dünnen Deckmantel sogenannter «Privatisierung», d.h. der Verschleuderung an die berühmten «ausländischen Investoren» (= Bankeneigentümer), die alles gnadenlos «ausschlachteten» und die unbrauchbaren Reste achtlos wegwarfen. Aus der Schuldenfalle des *IWF* bzw. der hinter ihm stehenden (ROTHSCHLLD-)Großbanken entlassen wurde Jugoslawien, wie weiter oben schon gezeigt, aber dennoch nicht! Insofern glich seine Situation trotzdem ganz deijenigen der übrigen *IWF*- und/oder IPe//6a/ji-Schuldnerländer.

dem sie keine Neigung hatten erkennen lassen, dessen Kredite jemals aus eigenem Antrieb in Anspruch zu nehmen. Die auf vielfaltige Weise, insbesondere aber dank ihrer eigenen, künstlichen Staatsschulden ROTHSCHLLD-kontrollierte US-Regierung übte Mitte der 1990er Jahre, vom *IWF* selber dazu angestachelt (!), auf diese Länder diplomatischen Druck aus, ihre Grenzen für den «freien Kapitalverkehr» zu öffnen. Kaum war das geschehen, vermochten die ROTHSCHILDS & Co. endlich hemmungslos gegen die südostasiatischen Währungen zu spekulieren. «CHALMERS JOHNSON schrieb darüber im Juni 1999 in *The Los Angeles Times*: „Ohne Probleme machten die Fonds Thailand, Indonesien und Südkorea nieder und übergaben den kümmerlichen Rest dann dem *IWF* - aber nicht, um den Opfern zu helfen, sondern um sicherzustellen, daß keine westliche Bank auf notleidenden Krediten der verwüsteten Länder sitzen blieb." MARK WEISBROT sagte bei Anhörungen im US-Kongreß: „In diesem Fall hat der *IWF* nicht nur die Finanzkrise herbeigeführt, sondern anschließend den Ländern auch noch politische Maßnahmen verschrieben, die deren Volkswirtschaften ins Chaos stürzten." Der *IWF* hatte die Aussetzung der Kapitalverkehrskontrollen verlangt und damit die asiatischen Märkte für die Spekulationen ausländischer Investoren geöffnet.»[1132] Seitdem haben die ROTHSCHILDS und Konsorten diese Staaten mittels nie mehr rückführbarer/IFF-Schulden zuverlässig in der Hand!

* Wo es den PROTOKOLLARISCHEN Eine-Welt-Plänen zugutekommt, können *IWF* und *Weltbank,* von den ROTHSCHILDS entsprechend instruiert, aber auch ein ganz anderes Gesicht zeigen. Rotchina wurde bis 1987 zum zweitgrößten Schuldner des *IWF* und geriet nicht bloß bei ihm, sondern auch bei der *Weltbank* bis heute nur immer tiefer in die Kreide. Das wäre der völlig «normale» Lauf der Dinge, würde nicht etwas ganz Wichtiges fehlen: die überall sonst unverzichtbaren «Strukturanpassungs»-Auflagen! Noch auffallender: «Die *Weltbank* gibt China Geld zu null Prozent Zinsen, und dann kauft China Land in Hongkong, den Vereinigten Staaten, Australien und anderswo. Ein Ökonom bei der *Citibank* schätzte, daß Chinas „Direktinvestitionen in Grundstükke, Industrie- und Dienstleistungsunternehmen [in Hongkong allein] sechs Milliarden Dollar überschritten". 1984 hatte China eine Netto-Kapitalausfuhr von einer Milliarde Dollar. Überdies hat China sein eigenes Auslandshilfe-Programm, das in den letzten Jahrzehnten mehr als sechs Milliarden Dollar großenteils an linkslastige Regierungen vergeben hat.»[1133] Das war zwar erst der Stand des Jahres 1987 (!), hat sich jedoch bis heute fortgesetzt. Offenbar wird China in ganz spezieller Weise zur Förderung der «Neuen Weltordnung» des Antichristen benutzt und erfreut sich daher einer gewissen Vorzugsbehandlung!
* Ein genau umgekehrtes Experiment führte der *IWF* ab 1987 am Horn von Afrika durch. Es ist leider kaum jemandem bekannt, daß der sogenannte «gescheiterte Staat» («failed State») Somalia sein bis heute andauerndes Versinken in Anarchie und Chaos niemand anderem als dem *IWF* bzw. dessen Hintermännern «verdankt». Die wollten anscheinend einmal ausprobieren, wie weit sie gehen konnten - und überdrehten dabei mindestens fahrlässig, wenn nicht sogar mutwillig ihre üblichen Daumenschrauben. «Obwohl 1987 ein Kredit beim *Internationalen Währungsfonds (IWF)* ausgehandelt worden war, sah sich Somalia im selben Jahr durch seine verheerende wirtschaftliche Lage gezwungen, mit dieser mächtigen Agentur der *UNO* zu brechen. Der *Internationale Währungsfonds* suspendierte daraufhin jegliche Anleihe für Somalia, sogleich ge-

[1132] *HODGSON BROWN* a.a.O., S. 302.
[1133] *GRIFFIN* a.a.O., S. 122f, aus einem 1987 erschienenen Buch von *JAMES BOVARD* wörtlich zitierend; Einfügung in eckigen Klammern von *GRIFFIN.*

folgt von allen anderen Gläubigern. Ende 1988 war Somalia - ohne auch bloß irgendeine Hilfszusage - genötigt, 47,6 % seiner Ausfuhren zur Bedienung seiner Schulden von 1988 aufzuwenden, während man der somalischen Währung von 1987 bis 1989 eine Abwertung von 460 % auferlegte, wodurch die Preise der eingeführten Güter dramatisch anstiegen. In der weiteren Folge wurde unter internationalem Druck die staatliche Kontrolle der Preise für die wichtigsten Konsumgüter aufgehoben: das Ergebnis war ein Preisanstieg von 200 %. 1989 begannen, unter dem Eindruck einer zusammenbrechenden Wirtschaft, überdies die oppositionellen Kräfte sich zu verstärken und zu organisieren. Im selben Jahr blockierten die Vereinigten Staaten unter dem Vorwand von Menschenrechtsverletzungen jede Hilfe für Somalia; im folgenden Jahr [1990] diktierte der *IWF* eine weitere Abwertung des somalischen Schillings um 500 %, und die Einfuhr von Lebensmitteln, im Zusammenhang mit humanitärer Hilfe, hörte völlig auf!»[1134] Es dauerte nur noch bis zum Januar 1991, bis Präsident SLAD BARRE gestürzt wurde, ohne daß sich irgendein Amtsnachfolger zu etablieren vermochte - bis heute ist das Land effektiv ohne Regierung!

* Im Jahre 2000 meldeten sich anläßlich der Washingtoner Jahrestagung von *IWF* und *Weltbank* Kritiker zu Wort, die entweder so taten, als begriffen sie nichts, oder wirklich ahnungslos waren. Ausgerechnet dem ehemaligen deutschen Finanzminister und späteren Bundeskanzler HELMUT SCHMIDT hier Ahnungslosigkeit zu unterstellen, wäre allerdings vermessen. Gleichwohl *heuchelte* er Unwissenheit, indem er dem *IWF* lediglich «Fehler» statt bewußter Strategie anlasten wollte:

«Ursprüngliche Aufgabe des Währungsfonds sei gewesen, das System fester Wechselkurse von Bretton Woods zu garantieren, sagte SCHMIDT in dieser Woche gegenüber der *Berliner Wochenpost.* Seitdem dies weggefallen sei, habe sich der *IWF* in Zuständigkeiten der *Weltbank* eingemischt und versuche sich als Entwicklungshilfe-Organisation zu profilieren, und davon verstehe er nichts. „Einige der Ratschläge, die der *IWF* dabei gegeben hat, waren nicht zu Ende gedacht", meinte SCHMIDT. In den neunziger Jahren habe der Fonds etwa Brasilien, Mexiko, Rußland und Südostasien empfohlen, Kapitalverkehrkontrollen auch für kurzfristige Finanzaktionen aufzuheben. Dadurch seien binnen kurzem große Mengen privaten Kapitals zu spekulativen Zwecken in diese Länder geströmt - und ebenso kurzfristig wieder abgezogen worden. Folge: Wechselkurse und nationale Währungen seien rasch verfallen. Bis heute hätten sich diese Volkswirtschaften davon nicht erholt.»[1135] Tja, genau das war doch einziger *Zweck* der Übung!

Andere Leute stellten sich gleichfalls dumm, denn weiter hieß es damals in der Presse: «SCHMIDT steht mit seiner Kritik nicht allein da. Auch KEN WATKINS von der Entwicklungsorganisation *Oxfam (Oxford Committee for famine reließ* hat in seiner Studie *Der IWF, Falsche Diagnose - falsche Medizin* die Politik des *IWF* kritisch unter die Lupe genommen. Der *IWF* sei mit seiner Politik gescheitert, schreibt der Entwicklungsexperte in dieser Studie. Seine Programme hätten weder ein ausreichendes Wachstum bewirkt, noch zu einer sozial ausgewogenen Verteilung beigetragen, urteilt WATKINS und nennt als Beispiele die afrikanischen Länder südlich der Sahara und Ostasien. Einerseits hätten die Programme des *IWF* lediglich ein sozial unausgewogenes Wachstum ausgelöst, andererseits sei die Armut angestiegen, während Ausgaben für die Ausbildung drastisch beschnitten worden seien. Als Schuldeneintreiber der Privat-

[1134] *FRANCO ADESSA,* O.N.U. Gioco al Massacro? [UNO - Aufspiel zum Massaker?], Brescia 1996, S. 136.

[1135] *REINHARD NIXDORF* in: «Die Tagespost», 15.4.2000.

banken habe der Fonds faktisch jede Krise falsch gemanagt [sie] und aus seinen Fehlern nicht gelernt.»[1136] Wie *sollte* er - wo doch seine scheinbaren «Fehler» immer bloß exakt dem Verschuldungs-Plan der PROTOKOLLE entsprechen!

5) Die Auslandsverschuldung der 3. und 4. Welt

Stellen wir, ehe Mißverständnisse aufkommen können, etwas Wichtiges klar: Unser Thema ist lediglich die Staatsverschuldung. Auch in den meisten armen Ländern der Erde, vor allem in den mittlerweile sogenannten «Schwellenländern», gibt es *daneben* durchaus noch andere, nämlich Unternehmens- und (größenmäßig freilich eher vernachlässigbare) Privatschulden. Zumindest die Unternehmensschulden bestehen zumeist gegenüber *auswärtigen* Gläubigern und stellen daher ebenfalls Auslandsschulden dar. Oft handelt es sich um staatliche oder staatlich massiv geförderte Unternehmen[1137]. In *diesen* Fällen sind die Unternehmensschulden natürlich ganz oder teilweise mit den Staatsschulden *identisch.* Alle übrigen Schulden von Unternehmen der 3. oder 4. Welt im Ausland *können* ebenfalls zu Staatsschulden werden, falls die Unternehmen nämlich irgendwann vom Staat vor dem Bankrott «gerettet» bzw. ihre Schulden auf Drängen der auswärtigen Gläubiger vom Staat übernommen werden müssen. So etwas geschieht ja gar nicht so selten «sogar» in den reichen Industrieländern; Island, das jüngst *als Staat* für die Pleite seiner *privaten* Banken geradestehen sollte[1138], läßt grüßen! Wir klammern jedoch aus unserer Betrachtung *soweit als möglich*[1139] **alle** auswärtigen Schulden aus, die nicht aktuell/tatsächlich von der **Staatskasse** zu «bedienen» sind.

[1136] Ebd.

[1137] Vgl. *ROCKEFELLER* a.a.O., S. 395: «Wir schleusten den größten Teil der Petrodollars als Darlehen und Kredite in ausländische Unternehmen und Industrien zurück, wobei in Lateinamerika, Afrika und Teilen Ostasiens das meiste Geld in staatseigene Unternehmen floß, die die jeweilige Wirtschaft beherrschten.» Und nochmals ebd. S. 396: Nach dem Ausbruch der Schuldenkrise zu Beginn der 1980er Jahre «wurden die Banken scharf kritisiert, weil sie statt Privatunternehmen vorwiegend Staatsunternehmen Darlehen gewährt hatten. Da große, im Privatbesitz befindliche Unternehmen in Lateinamerika und in den Entwicklungsländern Asiens und Afrikas eher eine Seltenheit waren, hatten wir keine Alternative, wenn Petrodollars „recycelt" werden mußten.»

1138 vgl *KATHINKA BURKHARDT* in: «Financial Times Deutschland», 22.2.2011: «Im Jahr 2008 ging die Internetbank *Icesave* bankrott - was zahlreiche britische und niederländische Bürger traf.- Großbritannien und die Niederlande sprangen ihren jeweiligen Sparern daraufhin bei und entschädigten sie vollständig. Dieses Geld fordern die beiden Staaten aber seitdem von Island zurück.» Was das - bei einer Entschädigungssumme von immerhin 3,8 Milliarden Euro - für auffallend gutbetuchte «Sparer» waren, bliebe natürlich noch zu ermitteln.

[1139] Leider sind die von offizieller Seite verbreiteten und demzufolge auch in der Fachliteratur vorfindlichen Zahlenangaben zu den Schulden der armen Länder genau diesbezüglich extrem sorglos; anscheinend wird üblicherweise alles, was in einem Land der 3. oder 4. Welt überhaupt an Auslandsschulden gleich welcher Art vorhanden ist, in einen einzigen Topf geworfen und als Schulden dieses «Landes», für die *irgendwie* dessen Regierung aufzukommen habe, deklariert (wobei zuzugeben ist, daß das *im äußersten Fall* sogar stimmt, wie z.B. die isländische Bankenkrise jüngst wieder bewiesen hat!). Die nachfolgend jeweils zitierten Staatsschulden-Zahlenangaben - mir stehen keine genauer aufgeschlüsselten zu Verfügung! - sind von daher mit einer gewissen Vorsicht aufzunehmen, weil sie ggf. auch einen, allerdings wohl relativ geringfügigen, Anteil von privaten Unternehmensschulden enthalten können.

a) Direkte Verschuldung bei ausländischen Banken

Nehmen wir also nun die Auslandsverschuldung der armen Staaten mehr aus deren eigener Perspektive ins Visier. Das ist schon allein deshalb unumgänglich, weil *IWF* und *Weltbank* zwar die weithin sichtbarsten, aber keineswegs die einzigen «Kreditgeber» der 3. und 4. Welt sind. Obwohl auch ROWBOTHAM nicht anzugeben vermag, in welchem Größenverhältnis Bankenkredite *an Regierungen* zu Bankenkrediten *an Unternehmen* von Entwicklungsländern stehen, weist er doch wenigstens daraufhin, daß erstaunlicherweise «die Masse der Schulden der Entwicklungsländer» gar nicht aus Krediten von *IWF* oder *Weltbank* besteht (!), sondern: «Mehr als 65 % der Schulden der Dritten Welt drehen sich um Geld, das aus geschäftlichen Quellen, d.h. von Geschäftsbanken geliehen wurde.»[1140]

Allerdings ist der Einfluß von *IWF* und *Weltbank* auf den Schuldenstand der armen Länder weit größer, als diese nackten Zahlen vermuten lassen: «Die Macht des *IWF* erklärt sich aus der Tatsache, daß ein Stabilisierungsprogramm ein Schuldnerland auf den internationalen Kapitalmärkten (wieder) kreditwürdig macht. Ohne das „Gütesiegel" des Fonds als Zeichen der Schuldendienstwilligkeit und -fähigkeit bleiben meist alle Geldhähne geschlossen.»[1141] Dasselbe unterstreicht auch ROWBOTHAM: «Aus mehreren miteinander zusammenhängenden Gründen werden größere Kredite aus geschäftlichen Quellen selten an ein Entwicklungsland vergeben, das nicht gleichzeitig von der Bank und/ oder dem Fonds unterstützt wird.»[1142] Diese Gründe sind, kurz gesagt, folgende:

1) Die «Strukturanpassungs»-Programme der beiden Frontorganisationen lassen die davon betroffenen Länder «wirtschaftlich gesund» und damit «kreditwürdiger» erscheinen.
2) Dies umso mehr, als die «Strukturanpassungen» von *IWF* und *Weltbank* bewußt so konzipiert werden, daß weitere ausländische Bankkredite «angezogen» werden.
3) Der *IWF* und ggf. auch die *Weltbank* schnüren, wie schon gesagt, seit geraumer Zeit gemischte «Kredit-Pakete», die teils aus ihren eigenen Mitteln, teils aus Krediten privater Großbanken stammen; letztere würden nicht unbedingt in das Geschäft «einsteigen», wären nicht *IWF* und *Weltbank* mit von der Partie.[1143] Im Klartext: erst *IWF* und *Weltbank* als der *UNO* assoziierte «Weltorganisationen» garantieren den ROTHSCHILDS & Co. in ausreichendem Maße, daß ihre *direkten* Bankkredite an die armen Länder dort zuverlässig die beabsichtigte, andauernde, nie mehr abzuschüttelnde politische Hebelfunktion haben (und zugleich die ungestrafte Ausplünderung erlauben) werden.

Die direkten Bankkredite» an Regierungen der armen Länder werden, was ROWBOTHAM betont, genauso aus nichts geschöpft wie alle anderen Bankkredite» auch; irgendwelche «Spargelder» kommen dafür *nicht* zum Einsatz! «Natürlich kann die Bank nicht garantieren oder davon ausgehen, daß der Kredit, den sie ausreicht, als künftige Einlage zu ihr zurückkehren wird; sie kann nicht einmal wissen, in welches Land er schließlich als zusätzliche Einlage zurückkommen wird. Aber dieselbe Einschränkung wird ja auch schon innerhalb des nationalen Bankensystems eines Landes wirksam. Und geradeso, wie ein Kredit innerhalb einer Volkswirtschaft irgendwo im nationalen Bankensystem als Einlage wieder auftauchen muß, muß auch ein Kredit an die Dritte Welt

1140 *ROWBOTHAM*, Goodbye America!... a.a.O., S. 98.
1141 *PETER KÖRNER/GERO Muß/THOMAS SIEBOLD/RAINER TETZLAFF* a.a.O., S. 25.
1142 *ROWBOTHAM*, Goodbye America! ... a.a.O., S. 49.
1143 Vgl. ebd. S. 50.

eine zusätzliche Einlage im globalen Finanzgefüge als ganzem schaffen. Eine Reihe von Faktoren tragen dazu bei, den Banken im Kreditschöpfungsprozeß für die Schulden der Dritten Welt „Rückhalt" zu bieten. Erstens sind Kredite an die Dritte Welt nicht für Ausgaben innerhalb von deren Volkswirtschaften gedacht, sondern für Einkäufe im Ausland. Solche Kredite werden in den Hartwährungen der „Gläubiger"länder vergeben, so daß sie mit größerer Wahrscheinlichkeit den Weg zurück in diese Länder finden. Zudem waren und sind viele Hilfen in einem gewissen Grad an Einkäufe bei den Volkswirtschaften, die diese Kredite vorstrecken, „rückgekoppelt". Schließlich ist die Mehrzahl der Banken, die solche Kredite ausreichen, in keinem Sinne an Landesgrenzen gebunden oder durch sie beschränkt; es handelt sich vielmehr um internationale Gesellschaften mit Möglichkeiten zur Kreditvergabe und Einlagenbildung weltweit. Als Folge davon ändert die Tatsache, daß die Kredite an die Dritte Welt „grenzüberschreitend" vergeben werden, in keiner Weise ihren Charakter als *Kseditschöpfungen, Zugaben* zum globalen Geldbestand und Basis für künftige Kredite, ob nun national oder international.»[1144]

Natürlich sind es auf dem Hintergrund alles bisher Ausgeführten gerade eben nicht unsere reichen «Länder» bzw. «Volkswirtschaften» *als solche,* die den armen Ländern Kredite aus «unseren sauer erarbeiteten Steuergeldern» o.ä. gewährt hätten oder jetzt gewährten[1145]. «Es lohnt sich», sagt ROWBOTHAM, «einen der großen Mythen über die Schulden der Dritten Welt zu zerstören - daß die armen Länder den reichen Ländern „Geld schulden" oder „bei ihnen verschuldet" sind. Das ist ganz und gar nicht der Fall. Mindestens 90 % der 2,3 Billionen Dollar, welche die ärmeren Länder schulden, *schulden sie Geschäftsbanken und Kreditinstituten* - der *Weltbank,* dem *IWF* und den Geschäftsbanken der Welt. Das heißt, auch wenn sie auf fremde Währungen lauten, sind die Schulden der Entwicklungsländer in der Hauptsache *nicht* „inter-national"; sie sind Schulden, die eine Verpflichtung seitens der Schuldnerländer gegenüber Banken - nicht anderen Ländern - besagen.»[1146]

Auf wen sich die restlichen ‚höchstens 10 Prozent' verteilen sollen, erläutert ROWBOTHAM leider nicht. Höchstwahrscheinlich hätte er besser «mindestens 95 %» gesagt, denn was auch immer sonst an Versicherungen, Pensionsfonds, Stiftungen oder Privatanlegern, sodann Exportunternehmen, vermutlich auch internationalen Hilfsorganisationen, *ausnahmsweise* (etwa bei Naturkatastrophen!) sogar tatsächlich einmal *direkt* Re-

[1144] Ebd. S. 99; kursive Hervorh. (jedoch ganz im Sinne der Aussageabsicht des Autors) hinzugefügt.

1145 z B *GRIFFIN* a.a.O. immer wieder mit säuerlicher Miene mindestens andeutet! Andere tun es mit anklagender Geste in Richtung der «reichen» Länder, hüten sich aber, die einzigen **wahren** Profiteure, das ROTHSCHiLD-kontrollierte Bankensystem bzw. ganz konkret dessen Eigentümer, ins Rampenlicht zu rücken. Von daher gewinnt ihre scheinbar gerechte Empörung abstoßend desinformativen Charakter. Das gilt etwa für den Ökonomen DAVID M. GORDON von der berüchtigten New Yorker *New School for Social Research,* einer nahezu rein jüdischen Gründung, der 1992 bejammerte, dank *IWF* und *Weltbank* sei es bis zum Ende der 1980er Jahre zu einem ‚Netto-Transfer' ‚vom Süden nach dem Norden' in Höhe von 20 bis 40 Mrd. $ pro Jahr gekommen (vgl. «CODE» Nr. 1 [Januar] 1993, S. 27). - Auch ein gewisses *Institut zur Erforschung globaler Strukturen, Entwicklungen und Krisen* in Starnberg bedauerte 1992 in bewußt unklarer Formulierung, «[d]ie Entwicklungsländer hätten aus ihren Kreditbeziehungen mit den Industrieländern einen Nettokapitalabfluß von 225 Milliarden US-Dollar hinnehmen müssen» (Meldung in: «L'Osservatore Romano» [dt. Ausg.], 6.11.1992, S. 1), obwohl dieses «Kapital» nicht einfach in «Länder», sondern in ganz konkrete, **private** Banken als **Zins-Reingewinn für deren Eigentümer** «geflossen» war (und bis heute weiterhin «fließt»)…

[120] *ROWBOTHAM,* Goodbye America! … a.a.O., S. 20f.

gierungen der Industrieländer, sich auf diesem Feld sonst noch tummeln mag - es rangiert eindeutig unter «ferner liefen . . .»! Denn für alle Genannten, also Versicherungen, Pensionsfonds, Stiftungen oder Privatanleger, die in Staatsanleihen der armen Länder bloß *zum Zweck der Erzielung von Zinsgewinnen* «investieren» möchten, ist bzw. wäre das tatsächlich, im Gegensatz zu den großen Banken, ein hochriskantes, u.U. sogar förmlich illegales (!) Unterfangen[1147], weshalb sich ihr Interesse, soweit überhaupt vorhanden, auch in engen Grenzen hält.

Staatliche Soforthilfen der reichen Länder bei Katastrophen oder akut drohendem Finanzkollaps in armen Ländern werden **unterm Strich** nie anders als durch zusätzliche Staatsanleihen bei den Banken ermöglicht. Exportierende Unternehmen der Industrieländer ihrerseits können es sich nur selten leisten, ihre fast immer nur mittels Bankenschulden finanzierten Produkte auch noch auf selbst gewährten Kredit hin zu exportieren; jedenfalls hüten sie sich, das zu tun, ohne vorher eine staatliche Exportbürgschaft erhalten zu haben. Solche Staatsbürgschaften müssen natürlich, falls sie dann infolge Zahlungsausfalls tatsächlich in Anspruch genommen werden, durch zusätzliche staatliche Bankschuldenaufnahme «finanziert» werden, denn Rückstellungen aus Steuermitteln sind dafür nicht vorhanden![1148] So oder so handelt es sich daher **mittelbar** erneut um Kredite/ Schulden der armen Länder bei den - **Banken** der reichen Länder! Freilich dürfte der Umfang solcher Schulden der armen Länder *direkt* bei Lieferanten ihrer Importe aus der 1. Welt aus den genannten Gründen noch geringer sein als derjenige bei «institutionellen Anlegern».

Ein relativ *beträchtlicher* Teil der von ROWBOTHAM offengelassenen ,höchstens 10 Prozent', der aber einleuchtenderweise nur einen *sehr kleinen* Teil der gesamten 100 Prozent ausmacht, besteht daher denn auch aus jenem Stoff, aus dem der von ROWBOTHAM soeben zerstörte Mythos ist: Schulden der armen Länder bei den reichen Ländern *als solchen* Das gibt es eben *doch,* freilich aufs ganze gesehen in so geringem Maße und außerdem bloß so vordergründig, daß keinerlei Grund besteht, den Mythos wieder aufleben zu lassen. Die sogenannte **«Entwicklungshilfe»,** geleistet *direkt* von den *Regierungen* der reichen Länder, die dafür in der Regel sogar ein eigenes Ministerium eingerichtet haben, erfolgt längst nur noch in Form von «Krediten»! Obwohl die offiziell immer wieder als «Entwicklungshilfe» zugesagten 0,7 % des jeweiligen BIP der reichen Länder tatsächlich *im Durchschnitt* auf rund die Hälfte gekürzt werden, und das bei immer noch sinkender Tendenz, kommen hier dennoch alljährlich Zig-Milliardenbeträge zusammen, zum Beispiel 58 Milliarden Dollar 2005 allein[1149], im Jahr darauf sogar stolze 84 Milliarden Dollar[1150]!

Indessen haben diese schönen Kredite dieselben Pferdefüße wie jene des *IWF* oder der *Weltbank.* Das sagt sogar eine solche Galionsfigur der PROTOKOLLARISCHEN «Neuen Weltordnung» wie der ehemalige (bis 1999) Generaldirektor der *UNESCO* FEDERICO

[1147] Versicherungen und Pensionsfonds dürfen von Gesetzes wegen nur in *erstrangig* bewertete, d.h. «risikolose» Staatsanleihen investieren; solche sind aber in der gesamten 3. und 4. Welt absolute Mangelware.

1148 »ehmen exportierende Firmen aber sogar staatliche *Exportkredite* (statt bloßer *Bürgschaften)* in Anspruch, um die Rückzahlungspflicht sofort an die importierenden Entwicklungsländer weiterzureichen, sieht der hiesige Staat das als förmlichen Bestandteil seiner «Entwicklungshilfe» an; daher bilden solche staatlichen Exportkredite zumindest für Deutschland keinen eigens zu betrachtenden Posten.

[1149] Lt. *BICHLMAIER* a.a.O., S. 477.

[1150] Lt. *HELMUT BÖTTIGER* in: «Deutschland» Nr. 3/4 (März/April) 2007, S. 46.

MAYOR ZARAGOZA: «Seit dem Ende des Kalten Krieges werden die für die Entwicklungshilfe vorgesehenen 0,7 Prozent des Bruttoinlandsproduktes durch Kredite mit sehr strengen Konditionen ersetzt. Diese Kredite zwingen bei den sogenannten effectives - Lehrern, Ärzten, Krankenschwestern und Sozialarbeitern - zu Personalkürzungen; das meiste Geld fließt in die Infrastrukturen, die von den Geberländern aufgebaut werden, weil die Empfängerländer über keine Mittel für die Ausbildung eigener Ingenieure verfügen. Diese Kredite sind also nichts anderes als ein Geschäft, und die *Vereinten Nationen* sind, wenn auch widerwillig, aufgrund ihres Mandats für Frieden durch Entwicklung daran beteiligt. Diese Politik begünstigt ein System der Hochverschuldung, in dem die Fließrichtung der Hilfen umgekehrt wird, sodaß die Empfänger mehr bezahlen müssen, als sie erhalten. Das ist äußerst beschämend.»[1151]

Wir können ihn trösten: die Hochverschuldung wird zwar klarerweise begünstigt, es fließt aber in diesem Falle **per saldo** nicht mehr Geld zurück, als ankam. Denn die Zinsen auf die dubiosen «Entwicklungshilfe»-Kredite werden, hier besonders klar erkennbar, **letztlich** nur von den reichen Gläubigerländern selber per ständiger Netto-Neuverschuldung getragen, haben die doch diese Kredite - wiederum **in letztendlicher Betrachtung**[1152] - erst einmal *im eigenen Namen und auf eigene Rechnung* bei den Banken aufnehmen müssen . . .! Auch diesen Teil ihrer Kredite schuldet die 3. und 4. Welt daher *schlußendlich* den Banken.

Endlich sind da noch die sogenannten «Geier-Fonds». «Sie kaufen für wenig Geld alte Schuldtitel von praktisch zahlungsunfähigen Ländern auf. Dann üben sie Druck auf die Regierungen aus, damit diese die alten Rechnungen einschließlich der hoch aufgelaufenen Zinsen [= Zinseszinsen!] doch noch zahlen.» Die Druckausübung erfolgt in Form gerichtlicher Einklagung der Rückzahlung, denn die Fonds «beauftragen internationale Rechtsanwaltskanzleien, meist in den Finanzzentren London oder New York, die Schuldenforderungen gegenüber den betroffenen Staaten durchzusetzen.»[1153]

Selbst falls sie nur die Grundschuldsumme einzutreiben vermögen, machen diese «Geier» glänzende Geschäfte. DOHMEN schildert einen Fall, in dem ein Geier-Fonds eine ausstehende uralte Schuld des afrikanischen Staats Sambia von 15 Millionen $ für nur 3,2 Millionen vom Gläubiger, dem damaligen Ostblockland Rumänien, erwarb. Das war 1999, und da hatte sich die Schuld dank Zinseszinsen schon auf 30 Millionen $ verdoppelt! Als der Geier-Fonds schließlich 2007 in London vor Gericht zog, wären dank weiterer Zinseszinsen bereits 55 Millionen $ fällig gewesen. Der Fonds begnügte sich schließlich mit den ursprünglichen 15 Millionen - und hatte damit eine «Rendite» von fast 400 % auf das eingesetzte «Kapital», den Kaufpreis von 3,2 Millionen, erzielt![1154] Besonders pikant:

«Weltweit für Empörung sorgte der Fall vor allem deshalb, weil Sambia zur Gruppe besonders verschuldeter Entwicklungsländer zählt. Dieser Gruppe waren bei den G#-Gip-

[1151] *FEDERICO MAYOR ZARAGOZA* im Gespräch mit *CARMEN FONT* in: «Share International» (dt. Ausgabe), Nr. 8 (Oktober) 2007, S. 26.

[1152] Erstens *anteilig*, denn die Netto-Neukreditaufnahme zwecks Zahlung der Zinseszinsen auf die jeweils bisherigen Staatsschulden muß ja auf sämtliche Haushaltsposten, also auch auf die Entwicklungshilfe, verteilt werden. Zweitens wird das *gesamte* Steueraufkommen praktisch ausschließlich aus jenem für die Bürger schulden/rae« Geld bestritten, das nur **dank nie zurückgezahlter Staatsschulden** überhaupt **als** für die Bürger - und dann, **sekundär,** auch für den Staat selber - schulden/rezes verfugbar ist!

[1153] *DOHMEN a.a.O.*, S. 158.

[1037] Ebd. S. 181.

fein 1999 in Köln und 2005 in Gleneagles von den Geberländern umfangreiche Schuldenerlasse gewährt worden, um die so eingesparten Summen in Sozial- und Gesundheitsprojekte investieren zu können. „Für das Jahr 2007 waren Sambia so beispielsweise rund siebzehn Millionen Dollar erlassen worden - fast genau die Summe, die das Land jetzt an den Geierfonds zahlen muß", empört sich der Präsident des *Deutschen Katholischen Missionsrates (DKMR*), WINFRIED PILZ. Das Beispiel Sambias zeige, wie zynisch und unmoralisch die Aktivitäten der Geierfonds seien, so PILZ: „Die Fonds nutzen die wiederhergestellte Zahlungsfähigkeit der Entwicklungsländer knallhart aus." Die Entschuldungsinitiativen der vergangenen Jahre würden dadurch ad absurdum gefuhrt.»[1155]

«Einer der erfolgreichsten Inhaber von Geier-Fonds ist der amerikanische Geschäftsmann PAUL SINGER», dem Namen nach zu urteilen höchstwahrscheinlich ein Anhänger des Talmud. «SINGER gilt als Erfinder der Geier-Fonds. So kaufte sein Fonds *Elliott Asset Management* in den Neunzigeijahren Schulden des Andenstaats Peru im Wert von zwölf Millionen Dollar. Einige Jahre später zwang der Fonds das Land zur Zahlung von 58 Millionen Dollar und drohte Peru damit in den Bankrott zu treiben. Notgedrungen zahlte die Regierung, um überhaupt mit dem *Internationalen Währungsfonds* und der *Weltbank* über eine Umschuldung des Landes verhandeln zu können. SINGER hatte gedroht, diese Verhandlungen bis zur Auszahlung seiner Ansprüche zu blockieren, was gerichtlich sogar möglich gewesen wäre.»[1156]

SINGERS feinere und noch weitaus geldmächtigere Kollegen in den Londoner und New Yorker Bankentürmen, mögen sie auch demselben Talmud huldigen, sehen diesem Treiben mit gemischten Gefühlen zu. Einerseits müßten sie sich zwar darüber freuen, dort, wo die Geier geaast haben, hinterher mit umso fetteren Umschuldungskrediten «helfen» zu dürfen. Andererseits ernten jedoch Leute wie SINGER da, wo sie - im Gegensatz zu den Bankiers - gar nicht gesät haben, und das ist ärgerlich. Offenbar nur aus diesem letzteren Grund bietet die *Weltbank* seit über zwei Jahrzehnten ein eigenes Geier-Schutz-Programm an, das aber nicht immer zu helfen vermag. Die angebotene «Hilfe» besteht auch, wenn man genau hinsieht, lediglich darin, daß die «regulären» Geschäftsbanken sich eifrig bemühen, vermittels ihrer *Weltbank* den Geiern zuvorzukommen, um die notleidenden Kredite *selber* «umschulden» und davon profitieren zu können[1157] ...

Trotzdem haben die Geier-Fonds interessanterweise ihre Lobby. Dies anzunehmenderweise deshalb, weil die feinen Bankiers sich längst entschlossen haben, SINGERS Rezept auch ihrerseits aufzugreifen - natürlich nicht unter eigenem Namen (was SINGER ja ebenfalls nicht tut. . .). So setzte sich die deutsche Bundesregierung auf dem G$-Gipfel von Heiligendamm 2007 zwar tapfer dafür ein, «den Geierfonds und ihren Machenschaften einen Riegel vorzuschieben - dem widersetzten sich jedoch die Vereinigten Staaten [!], so daß die Fondsgesellschaften bis auf weiteres Traumrenditen in Afrika erzielen kön-

[1155] *STEFFEN ZIMMERMANN* in: «Die Tagespost», 14.8.2007.

[1156] *DOHMEN* a.a.O., S. 159f.

1157 Ygi gbj g 160: «Um ihre Schulden bei kommerziellen Gläubigem, ob Geschäftsbanken, Unternehmen oder Inkassofirmen zurückkaufen zu können, bevor diese sie an Geier-Fonds weiterverkaufen, erhalten die Regierungen der ärmsten Länder Geld, das die zur *Weltbank*-Gruppe gehörende *International Bank for Reconstruction and Development* [sie - dabei ist genau das die eigentliche *Weltbank*!] zu dem Zweck am Kapitalmarkt aufnimmt; hinzu kommen Zahlungen von Ländern wie Kanada, Großbritannien, Frankreich und Deutschland», Zahlungen, die natürlich ebenfalls am «Kapitalmarkt», d.h. bei den großen Geschäftsbanken, als Kredite aufgenommen werden müssen, so daß also die vor den Geiern «geretteten» Schulden *direkt* oder *indirekt* wieder zinsbringend dort landen, wo sie auch ursprünglich herkommen!

nen»[1158] - zu Lasten steigender Staatsschulden in den Industrie- **und** Entwicklungsländern gleichermaßen!

b) Ewige Schulden

Das **aktuelle Schuldgeldsystem** läßt dort, wo es einmal herrscht, überhaupt nichts anderes erwarten als ewige Schulden. Insofern ist die obige Überschrift banal. Dennoch muß ins Gedächtnis zurückgerufen werden, daß tatsächlich auch in jenen Teilen der 3. und 4. Welt, die mit Europa und/oder Nordamerika in näherer politischer und/oder wirtschaftlicher Verbindung standen, die staatliche Auslandsverschuldung längst vor der Gründung des *IWF* und der *Weltbank* eine traurige Selbstverständlichkeit war. In seinem irgendwann vor 1944 erschienen Buch *The Two Nations (Die zwei Nationen*) blickte CHRISTOPHER HOLLIS auf eine damals schon viele Jahrzehnte alte diesbezügliche «Praxis» insbesondere in Lateinamerika zurück:

«Amerikanisches Kapital fand seinen Weg vor allem in die Länder des spanischen Amerika. Einiges davon floß dorthin zur wirtschaftlichen Entwicklung jener Länder; andere Anleihen waren politisch motiviert. Für diese letzteren existierte eine beinahe reguläre Formel. Man legte General X nahe, eine Revolution gegen Präsident A zu machen. Geld würde man ihm leihen, um die Revolution zu machen, und Präsident A, um sie niederzuschlagen. Eine Zeitlang würden die Kredite so kontrolliert, daß die beiden rivalisierenden Streitkräfte annähernd gleich stark blieben. Dann, wenn sich abzeichnete, daß aus dem Land nicht mehr mehr herauszupressen war, bot man einem der Kämpfer weit großzügigere Kredite an als seinem Rivalen, unter der Bedingung, daß er im Erfolgsfalle für die Schulden seines Rivalen ebenso wie für seine eigenen geradestehen würde. . . . Diese Formel wurde von WOODROW WILSON benutzt, um das antiklerikale Regime von MADERO in Mexiko zu etablieren und Präsident SAM in Haiti zu stürzen.»[1159] Natürlich stammten die Anleihen nicht von US-Präsident WILSON, sondern von den Bankiers, die ihn - nachweislich! - auf den Präsidentensessel gehievt hatten.

«Die Schulden der Dritten Welt», sagt ROWBOTHAM, «wurden eine *cause célèbre [*= etwas, was in aller Munde ist] während der 1980er Jahre, als viele Dritte-Welt-Länder unter der Last der Zinszahlungen auf ihre Schulden dem totalen wirtschaftlichen Zusammenbruch ins Auge sahen. Manche Beobachter blicken nur bis zu den Preisanhebungen der *OPEC* von 1972/3 zurück und haben versucht, diesem Faktor die Schuld zu geben. Doch schon 1970, lange genug vor der OPFC-Preiserhöhung, wandte zum Beispiel Brasilien 70 % seiner Exporteinkünfte für die Rückzahlung seiner Schulden auf, und solche Schulden waren in Lateinamerika weitverbreitet. Noch weiter zurückliegend, im Jahre 1956, war Argentinien außerstande, Rückzahlungen seiner ausstehenden Schulden von 500 Millionen Dollar zu tätigen, die daher umgeschuldet werden mußten, wie auch diejenigen der Türkei in Höhe von 440 Millionen Dollar 1959. 1961 wurden Brasiliens Schulden von 300 Millionen Dollar umgeschuldet, 1962 Argentiniens Schulden zum zweiten Mal binnen sechs Jahren, wie auch diejenige Brasiliens 1964, nach bloß drei Jahren. Dann, 1965, mußten die Schulden Argentiniens, der Türkei und Chiles allesamt umgeschuldet werden. Jedes Jahr seit 1965 hat mehr und mehr Länder um verschiedene Arten der Schuldenerleichterung nachsuchen gesehen. Die OPisC-Preisanhebung verursachte das Schuldenproblem der Dritten Welt nicht; sie verlieh nur einem Problem, das bereits überall bestand, zusätzlichen Schub. Tatsächlich reicht die Geschichte übermäßiger inter-

1158 *STEFFEN ZIMMERMANN* in: «Die Tagespost», 14.8.2007.

1159 Zit. n. *FAHEY* a.a.O., S. 37 Anm. 1.

nationaler Verschuldung sogar noch weiter zurück. Während der weltweiten Depression der 1930er Jahre vermochten mehrere ärmere lateinamerikanische Länder die Rückzahlungen ihrer internationalen Kredite nicht mehr zu leisten und mußten sich die Schulden von jenen Ländern, denen gegenüber sie bestanden, entweder nachlassen oder verlängern lassen.»[1160]

Der Schuldenfalle vermochten sie jedenfalls nie wieder zu entkommen, denn die ROTHSCHILDS & Co. setzten nicht umsonst, eine Generation nach der anderen, alles daran, genau dies zu verhindern. Indem sie **das aktuelle Schuldgeldsystem** überallhin brachten, wo es noch nicht existierte. Wer *einmal* darauf hereingefallen war, sich größere Auslandskredite andrehen zu lassen, um z.B. mit Dollars (mehr) US-amerikanische Produkte einführen zu können, der war bereits gefangen, selbst falls seine *eigene* Landeswährung (noch) *kein* Schuldgeld gewesen sein sollte!

Die manipulativen Ölpreissteigerungen von 1973/74 ersetzten nicht nur (rein faktisch, nicht währungstechnisch!) die bisherige Golddeckung» des US-Dollars, sondern erlaubten auch, ja, *erforderten* sogar eine neue, kräftige Drehung an der Schuldenspirale für die Staaten der 3. und 4. Welt. Der Mechanismus war folgender:

«Als sich der Ölpreis in den 1970er Jahren vervierfachte, wurden die *OPEC*-Länder plötzlich von US-Dollars überschwemmt. Diese „Petrodollars" wurden gewöhnlich in Londoner oder New Yorker Banken», also nahezu *direkt* bei den ROTHSCHILDS (!), «angelegt. Diese riesigen Einlagen gaben die Banken als Kredite an die Länder der Dritten Welt weiter, die verzweifelt nach Dollars Ausschau hielten, um ihre Ölimporte bezahlen zu können.» Genauer gesagt: Die manipulierte Ölpreisexplosion war nur durch die vorherige enorme Geldschöpfung der *FED* überhaupt möglich. Sie traf zunächst die reichen Industrieländer als die Hauptabnehmer des Erdöls und zugleich Besitzer großer Bestände an bis dahin nutzlosen «Eurodollars». Sie **zwang** jedoch zugleich die armen Länder, die zwar weit weniger Öl verbrauchten, aber auch weit weniger Dollar-Reserven und praktisch keine Möglichkeit zu deren etwaiger Aufstockung mittels Exportüberschüssen besaßen, ihrerseits zu vermehrter Aufnahme von auswärtigen, nämlich Dollar-Krediten. Und diese Kredite *überstiegen* sogar bei weitem die Beträge der ursprünglich von den Arabern bei den ROTHSCHILD-Banken «eingelegten» «Petrodollars». Denn, wie HODGSON BROWN weiter ausführt, entsprachen die der 3. und 4. Welt zwecks Bezahlung ihrer explodierten Ölrechnungen von den Banken gewährten Kredite natürlich keineswegs «dem realen Geld, das ihre Kunden als „Petrodollars" angelegt hatten. Die getätigten Einlagen dienten lediglich als „Reserve" für Kredite, die durch den „Multiplikatoreffekt" aus dem Nichts geschaffen wurden. Durch die Magie des Verleihens mit minimalen Reserven wurden die Dollars der arabischen Ölscheichs als Kredite verbucht und vervielfacht. Die „Schwellenländer" entdeckte man als „Schwellenmärkte" für dieses neue internationale Finanzkapital. Auf diese Weise wurden Kredite in Höhe von mehreren Hundert Milliarden Dollar geschaffen.»[1161]

Einen weiteren katastrophalen Schub brachten die extrem hohen Zinssätze (bis über 20 %!) der Jahre 1979 bis 1982, hinaufmanipuliert von der *FED* bzw. den hinter ihr stehenden ROTHSCHILD-Großbanken, angeblich oder tatsächlich, um dem US-Dollar seine damals angeblich oder tatsächlich[1162] akut bedrohte Rolle als globale Leitwährung zu er-

1160 *ROWBOTHAM*, The Grip of Death ... a.a.O., S. 131.

1161 *HODGSONBROWN* a.a.O., S. 258.

1162 Die Autorin beruft sich (ebd. S. 259) für die von ihr angenommene «Tatsächlichkeit» auf FREDERICK WILLIAM ENGDAHL, einen zwar unabhängigen Finanzexperten, der jedoch in seinen diversen, durchaus informativen Publikationen - wider besseres Wissen - an der Oberfläche

halten ... «1982 war der Status des Dollars als Weltreservewährung gerettet, aber die gesamte Dritte Welt stand am Rande des Bankrotts, erdrückt von wucherischen Zinsen, die sie jetzt auf ihre Petrodollar-Kredite zahlen mußte. Damals kam der *IWF* ins Spiel, den die Londoner und New Yorker Banken», also letztlich wiederum die **ROTHSCHILDS (!),** «mitbrachten, um die Schuldenrückzahlung zu erzwingen, und der als „Schuldenpolizei" agieren sollte. Die öffentlichen Ausgaben für Gesundheit, Erziehung und Sozialleistungen in Schuldnerländern wurden unter dem Diktat des *IWF* zusammengestrichen, um zu gewährleisten, daß die Banken pünktlich die Ratenzahlungen für die Petrodollar-Kredite erhielten.»[1163]

Jedenfalls wurden die armen Länder durch diese boshaften Manöver gänzlich ausweglos in die Staatsverschuldung getrieben. Und da begreiflicherweise seitens der Satanssynagoge nicht die leiseste Absicht besteht, **das aktuelle Schuldgeldsystem** *vor* der Machtergreifung des Pseudomessias irgendwo auf dem Globus abzuschaffen, ist eigentlich nur selbstverständlich, was **MICHAEL ROWBOTHAM** dennoch zu Recht hervorhebt:

IWF und *Weltbank* kamen (s.o.) 1996 mit ihrem ///PC-Schuldenerlaß-Programm für die 30 ärmsten Länder heraus. «Das entlarvendste Wort in dem gesamten *HIPC-**PTO**-*gramm ist das scheinbar harmloseste - die Schulden werden „nachhaltig" [sustainable] sein. Solch ein Gebrauch eines von der Umweltschutzbewegung als Kritik an der modernen westlichen Wirtschaftsweise geprägten Ausdrucks ist abstoßend. Aber er enthüllt zugleich das wahre Ausmaß der Sorge um die Entwicklungsländer. Denn nachhaltig heißt in diesem Falle *immerwährend* - und immerwährende Schulden dienen den Plänen der Konzerne weit besser als kritische Schuldenstände.»[1164] Nicht bloß den Plänen der multinationalen Konzerne[1165], die sich nahezu sämtlich direkt oder indirekt im (Mehrheits-) Besitz oder zumindest unter der heimlichen Kontrolle der **ROTHSCHILDS** & Co. befinden, sondern **dem** Plan, wie er in den **PROTOKOLLEN** seit weit über 100 Jahren niedergelegt ist!

Auch dann, wenn sie offiziell von «Schuldenerlaß» reden, haben *IWF* und *Weltbank* bzw. ihre Hintermänner immer nur die «Nachhaltigkeit» der Staatsschulden der 3. und 4. Welt im Auge. «Im Jahr 2000 gewährten die zwei Institutionen 22 der ärmsten Länder einen Schuldenerlaß in Höhe von 220 Milliarden Dollar; das waren weniger als fünfzig Prozent ihrer Schulden. Doch einige Bedingungen dieses Hilfspakets - die Länder soll-

bleibt, wann immer es ansonsten für seine publizistische Tätigkeit brenzlig werden könnte: «Wie ENGDAHL berichtet, geschah das, nachdem die ausländischen Dollar-Besitzer ihre Dollars als Protest gegen die Außenpolitik der CARTER-Regierung abstießen.» Es stellt sich halt die Frage, wo außerhalb der USA es damals überhaupt noch genügend potente und zugleich ROTHSCHILD-unabhängige «Dollar-Besitzer» gegeben haben soll; falls es die gar nicht mehr gab, und dafür spricht vieles, war die Aktion nämlich bloß ein hinterhältiges ROTHSCHILD-Manöver und der «Protest gegen die Außenpolitik der CARTER-Regierung» bloß der nötige unverdächtige Vorwand ...

1163 Ebd. S. 259.

1164 *ROWBOTHAM,* Goodbye America!... a.a.O., S. 195.

1165 Die *ROWBOTHAM* ebd. wie folgt erläutert: «Solange sie verschuldet bleiben - nennen Sie es nachhaltige Schulden, wenn Sie mögen - werden die Entwicklungsländer dazu getrieben werden, in einer Welt wahnwitzigen Exportwettbewerbs um die knappen Exporteinkünfte zu wetteifern. Das wiederum wird den großen multinationalen Gesellschaften die Macht verleihen, zu sagen: ‚Na schön . . . listen Sie mal die Zugeständnisse auf, die Sie uns anzubieten haben, und dann werden wir vielleicht in Ihrem Land investieren.' Es ist diese „Entwicklungslücke" zwischen dem Norden und dem Süden, in der die multinationalen Konzerne gedeihen. Die Lücke kann verkleinert werden und dennoch wirksam bleiben.»

ten unter anderem ihr hohes Exportniveau noch viele weitere Jahre lang halten - waren zu schwer und zudem völlig unrealistisch. Der Plan führte nicht zu einer Schuldenentlastung, sondern eher zu längeren Tilgungslaufzeiten»[1166], eben zu größerer «Nachhaltigkeit», worauf auch die zweimalige Verwendung der kabbalistischen Symbolzahl «22» = 2 x 1 1 alle Eingeweihten bereits von Anfang an eingestimmt hatte[1167]!

Als Argentinien 1956 um Streckung seiner Auslandsschulden bitten mußte, kamen Vertreter dieses Landes mit Abgesandten sämtlicher Gläubigerstaaten in Paris zusammen, um ein Umschuldungsabkommen auszuhandeln. Obwohl es ja eigentlich gar keine *«Gläubigerstaaten»*, sondern bloß **Gläubigerbanken** gibt (aber die ROTHSCHILDS & Co. verstehen es, sich zu tarnen . ..), wurde daraus der sogenannte *Pariser Club.* Und obwohl er eigentlich bis heute ein informeller Verein mit gerade einmal 19 Mitgliedern geblieben ist, treffen sich in diesem Club zehn- bis elfmal jährlich diese 19 sogenannten «Gläubigerstaaten», beraten über die Lage solcher Länder, die wieder einmal akut in der Schuldenklemme stecken, und handeln mit ihnen «Lösungen» aus, die keine sind. Am Ende des Palavers steht jeweils eine *an sich* unverbindliche «Empfehlung». Die hat gleichwohl *faktisch* durchaus «amtlichen» Charakter, denn: «Auf Basis dieser Empfehlung werden verbindliche Abkommen mit den Ländern beschlossen. Meist wird gleichzeitig vom *Internationalen Währungsfonds {IWF)* ein wirtschaftliches Sanierungsprogramm angeordnet. Indem der *Pariser Club* seine Um- und Entschuldungen an die Auflagen des *IWF* bindet, kontrolliert er die Finanzen der Entwicklungsländer maßgeblich.»[1168]

Das Resultat der jahrzehntelangen «Bemühungen» dieses feinen Clubs ist allerdings ernüchternd, und dies so sehr, daß 2006, als der Club seinen 50. Geburtstag beging, Stimmen laut wurden, die seine Auflösung forderten. Besser hätten sie freilich die Abschaffung **des aktuellen Schuldgeldsystems** verlangt, denn solange **das** bestehenbleibt, wird kein Club der Welt wesentlich bessere Ergebnisse erzielen *können,* selbst wenn er *wollte.* Hier also die einzig für die internationale Bankenwelt erfreuliche Bilanz: «In der jüngeren Vergangenheit mußten die Gläubiger zunehmend auf Rückzahlungen verzichten.» Das ,müssen' sie allerdings bei den reichen Ländern auch, ohne sich je darüber zu beklagen, solange nur die *Zinsen* gezahlt werden. Doch weiter im Text: «Kaum ein Land mit niedrigen Einkommen konnte auch nur die rudimentärsten Ausgaben in seinem Haushalt ohne Entwicklungshilfe decken . . . Daher war der *Pariser Club* bereit, zahlreiche Entschuldungsinitiativen der G#-Länder mitzutragen, zuletzt die Entschuldungsinitiative für die Mitteleinkommensländer, die sogenannten „Evian Terms". Der Club hat seit 1956 in 401 Verfahren 504 Milliarden Dollar von 83 Ländern umgeschuldet und entschuldet. Und immer gerade so viel, daß die verschuldeten Länder nicht völlig zahlungsunfähig wurden. Daher mußten sie immer wieder aufs Neue um eine Umschuldung beim Club bitten, der Senegal allein vierzehnmal.»[1169]

Das ist also wahrhaftig eine Bilanz, die sich sehen lassen kann - aus der Perspektive der ROTHSCHlLD-dominierten Bankenwelt und der PROTOKOLLE! Alles bleibt allezeit

[1166] *JAMES BERNARD QUILLIGAN* in: «Share International» Nr. 6 (Juli/August) 2002, S. 32.

[1167] Die kabbalistische «11» fehlt nie! Wie weiter oben schon erwähnt, waren es 1996 zwar 30 Länder, denen aber **110** (= «11») Mrd. Dollar erlassen werden sollten. Ende September 1999 kündigte der Interimsausschuß von *IWF* und *Weltbank* einen Schuldenerlaß von rund 70 Mrd. Dollar für **33** (= 3 x 11) Länder an (lt. *REINHARD NIXDORF* in: «Deutsche Tagespost», 30.9. 1999)!

[1168] *FRANZ WESER* in: «Die Tagespost», 22.6.2006.

[1169] Ebd.

unter straffster Kontrolle, nämlich hart am Abgrund des Bankrotts . . . Ein rein zufällig herausgegriffenes Beispiel dafür ist Mexiko: «War 1982 für Mexiko noch ein Hilfsprogramm von rund 12 Milliarden Dollar ausreichend, so waren es 1989 schon 29 Milliarden Dollar, und 1994/95 konnten nur noch 50 Milliarden Dollar das Land (und seine Gläubiger in den USA!) vor dem totalen Absturz retten.»[1170] Die «rettenden» Neukredite dienten hier vermutlich bloß dazu, die andernfalls «gefährdeten» Zinszahlungen auf die Altschulden sicherzustellen; auf die Tilgung kann nämlich - wie ja in allen reichen Ländern vorexerziert - notfalls verzichtet werden. Jedenfalls **unterm Strich,** im *Durchschnitt* aller Einzelkredite. Vor allem aber halfen die immer neuen und dabei immer riesigeren Kredite, Mexikos Auslandsverschuldung zu **verewigen.** *Quod erat demonstrandum* - was zu beweisen war!

c) In die Falle gegangen

Wir erinnern uns nochmals dessen, was bei der Staatsverschuldung der 3. und 4. Welt **grundlegend** geschieht: die Handelsbilanzdefizite dieser Länder werden durch «Kredite» aus den reichen Ländern «kompensiert», in denen die spiegelbildlichen Handelsbilanzüberschüsse liegen. Ein wahrer Ausgleich der Handelsungleichgewichte wird dadurch nicht bloß nicht erreicht, sondern für alle Zukunft verhindert, trotz aller noch so heldenhaften Anstrengungen der betroffenen Länder.

Dieses Manöver ist **letztlich,** so sagten wir, **im aktuellen Schuldgeldsystem** bereits aus rein technischen Gründen unvermeidlich, noch ganz abgesehen von den eigentlichen, **PROTOKOLLARISCHEN** Zielen, denen es dient. Auf die gesamte aus nichts geschöpfte Schuldgeldmenge werden ständig Zinsen und Zinseszinsen fällig. Der Zinseszins ist, mathematisch formuliert, eine Exponentialfunktion, d.h. eine Linie, die nicht etwa gleichmäßig, sondern **immer steiler** ansteigt. Soll das System bestehenbleiben, müssen nun aber die Zinseszinsen trotz ihres immer steileren Anstiegs «bedient», also gezahlt werden. Das geht nur durch die Erzeugung immer **mehr** neuen Schuldgeldes auf neue Schuldtitel hin. Das System verlangt daher nach immer **neuen,** immer **mehr** und immer **größeren** Schuldtiteln. Die armen Länder stellen solche in Form von bisher bei ihnen nicht bzw. nicht in solcher Höhe existierenden Staatsschulden bereit und entlasten dadurch ein Stück weit die reichen Länder, in denen **das aktuelle Schuldgeldsystem** seinen historischen Ursprung hat und wo wegen des bereits erreichten Wohlstandsniveaus *zusätzliche* plausible Schuldtitel immer schwieriger aufzutreiben sind.

Neue Kredite werden auch in den armen Ländern **unterm Strich** zu immerhin zwei Dritteln immer bloß aufgenommen, um Zinsen auf die alten Kredite zu zahlen; eine Tilgung findet im langjährigen Durchschnitt nicht statt, so daß sich die Gesamtschulden immer nur erhöhen können. **Letztendlich,** so sagten wir oben, werden allerdings die Zinsen (= Neukredite) auf die Staatsschulden der Entwicklungsländer zu einem beträchtlichen Teil von den reichen Ländern aufgebracht - in Form ihrer Quoteneinlagen beim *IWF* sowie ggf. auch bei der *Weltbank.* Läßt sich diese Aussage aber noch aufrechterhalten, nachdem wir jetzt erfahren haben, daß rund zwei Drittel der Staatsschulden der armen Ländern aus Direktkrediten westlicher Banken bestehen? Aus Krediten also, für welche sich die Regierungen der reichen Länder nun **ganz sicher nicht** zuerst selber verschulden mußten, damit der *IWF* oder die *Weltbank* sie anschließend «gewähren» können!?

Ja, unsere These bleibt auch jetzt wahr. Die Rechnung ist ganz einfach: Rund ein Drittel ihrer Zinseszins-Rückzahlungen (denn nur das sind sie **per saldo!)** bringen die

[1170] *BAADER* a.a.O., S. 188f.

armen Länder im Gesamtdurchschnitt selbst durch Einnahmen aus ihren Ausfuhren auf. Von den verbleibenden zwei Dritteln, die immer bloß umgeschuldet werden, muß dann das eine Drittel den Geschäftsbanken direkt, das andere Drittel den Geschäftsbanken via *IWF* und *Weltbank* geschuldet bleiben. Die Zinsen auf dieses letzte Drittel, tatsächlich die *Hälfte* der stetig umzuschuldenden Summe, werden zum Schluß von den reichen Staaten (per Netto-Neukrediten) getragen, und zwar, sofern es sich um /ffT[7]-Kredite handelt, ausnahmslos, bei solchen der *Weltbank* freilich nur zum kleineren Teil. Insgesamt ist es also weniger als ein Drittel aller anfallenden Zinsen, aber dennoch ein erheblicher Zig-Milliardenbetrag, der so auf die reichen Länder zurückfällt. Und das übrige gute Drittel?

Nun, es genügt, sich vor Augen zu halten, was mit den auswärtigen Staatsschulden der 3. und 4. Welt **insgesamt** bzw. **per saldo** geschieht: sobald sie insgesamt nicht mehr durch Zinszahlungen «bedient» werden können, ein Schuldnerland also zahlungsunfähig wird, springt - meist unter Einschaltung des *Pariser Clubs* - der *IWF,* bisweilen auch die *Weltbank,* ein und gibt *zusätzliche,* d.h. Afewkredite, damit die Zinszahlungen auf die Altschulden weitergehen können. Und das geschieht, wie wir am Beispiel Brasiliens, Argentiniens, Mexikos oder des Senegal sahen, alle paar Jahre, also sozusagen regelmäßig! Bezahlt werden die Zinsen auf *sämtliche,* **auch** die *direkten* **Bank**-Kredite folglich im **Endeffekt,** d.h. *im langjährigen Durchschnitt,* soweit die Exporterlöse dafür nicht ausreichen, hauptsächlich durch jeweils neue *IWF*-Kredite; die aber stammen aus Geldern, welche die reichen Länder ihrerseits in Form von zusätzlichen Staatsschulden «finanziert» haben, deren Zinsen sie durch nochmals zusätzliche Kredite = Schulden «aufbringen»! Und der kleinere «Rest», der nicht über den *IWF* läuft, wird über die *Weltbank* abgewickelt, denn auch bei *ihr* müssen die reichen «Geberländer» immer wieder einmal als «Garanten» für ansonsten nicht mehr «bedienbare» Kredite eintreten.

Verschulden lassen sich nach dem in Bretton Woods aufgestellten Prinzip allerdings nur solche arme oder ärmere Länder, die im Handel mit der reichen Ersten Welt ein anhaltendes Defizit aufzuweisen haben, das heißt, die dauerhaft mehr aus den reichen Industrieländern einführen, als sie dorthin ausführen. Wer sich dem Handel mit der Ersten Welt verweigerte oder sorgsam darauf achtete, seine Außenhandelsbilanz mit den Ländern dieser Ersten Welt ausgeglichen zu halten, der bot den ROTHSCHILDS & Co. keine Handhabe, keinen Ansatzpunkt. Was war da zu tun? Man «überzeugte» die betreffenden Länder, zu denen namentlich die ostasiatischen «Tigerstaaten» gehörten, durch fortwährenden diplomatischen Druck, eine Vielzahl tückischer Scheinargumente sowie verlockende Angebote davon, daß es in ihrem ureigensten Interesse mindestens ebenso sehr wie in dem der ganzen Welt liege, sich dem internationalen «Freihandel» nebst dem internationalen «freien Kapitalverkehr» und «internationalen Investoren» zu öffnen. War **das** glücklich erreicht, hatten die ROTHSCHILDS & Co. den Fuß in der Tür. Der «Rest» war dann nur noch Routine: spekulative Ruinierung der Währung des betreffenden Landes, Aufkauf seiner Vermögenswerte aller Art zu Schnäppchenpreisen, «Hilfs»kredite in ausländischer «harter» Währung, Dauerverschuldung!

«Bevor eine Währung durch eine Spekulationsattacke in die Knie gezwungen werden kann», erläutert HODGSON BROWN, «muß das Land dazu gebracht werden, seine Wirtschaft dem „Freihandel" zu öffnen und die Währung gegenüber anderen Währungen frei konvertibel [= unbeschränkt umtauschbar] zu machen. Dann kann die Währung dieses Landes attackiert und abgewertet werden, wodurch es möglich wird, die nationalen Vermögenswerte für einen Spottpreis aufzukaufen und das ganze Land in den Bankrott zu treiben. Daraufhin muß dies bankrotte Land in der Regel bei internationalen Banken und beim *IWF* Geld aufnehmen, die als Bedingung („Konditionalität") für Umschuldungen

bzw. Schuldenerleichterungen verfugen, daß die betreffende Regierung kein eigenes Geld mehr in Umlauf bringen darf. Wenn diese Regierung versucht, ihre Rohstoffe oder Banken zum Wohle der Bürger durch Verstaatlichung zu schützen, wird sie als „kommunistisch", „sozialistisch" oder „terroristisch" gebrandmarkt und durch eine andere ersetzt, die dem „freien Unternehmertum" freundlicher gesinnt ist. Die Einheimischen, die sich wehren, werden als „Terroristen" oder „Rebellen" verunglimpft.»"[71]

Sehen wir uns noch ein wenig die Einzelheiten dieses boshaften Rezepts an.

* Man unterbreitet den Regierungen jener Länder, die erst noch verschuldet werden «müssen», **verlockende Angebote,** die nichts anderes als Trojanische Pferde sind. Daß dies geschah und wohl auch noch weiterhin geschieht, wissen wir von dem Amerikaner JOHN PERKINS. Der betätigte sich in den 1970er und frühen 1980er Jahren als - wie er selbst es nennt - «wirtschaftlicher Auftragsmörder» im Dienste der (was er allerdings verschweigt!) ROTHSCHLLD-dominierten westlichen Bankenwelt, ehe ihn die Reue (und er aus-)packte. Einer seiner Mitarbeiter, erinnert er sich, «hatte eine Idee für einen innovativen Ansatz bei Wirtschaftsprognosen: ein ökonometrisches [= die Wirtschaft messendes] Modell, das auf den Schriften eines russischen Mathematikers aus der Zeit um die Jahrhundertwende basierte. Das Modell verband subjektive [= willkürliche] Annahmen mit Prognosen darüber, daß bestimmte Sektionen einer Wirtschaft wachsen würden. . . . Gemeinsam zimmerten wir eine Reihe von Abhandlungen und Beispielrechnungen zusammen, mit denen wir MARKOW als revolutionäre Methode für Prognosen über den Einfluß von Investitionen in die Infrastruktur auf die wirtschaftliche Entwicklung präsentierten. Das war genau das, was wir brauchten: ein Instrument, das wissenschaftlich „bewies", daß wir Ländern einen Gefallen taten, wenn wir ihnen halfen, Schulden anzuhäufen, die sie nie wieder zurückzahlen konnten.»[1172]
* Regierungen, die keine Auslands&ra&Ye als solche wollen, winkt man ersatzweise zunächst mit Auslands*Investitionen.* «Ins Visier genommene Länder bekommen den Rat, ihre Währungen gegenüber dem Dollar zu den üblichen oder gar „floatenden" [= ständig schwankenden, weil rund um die Uhr börsenmanipulierten] Wechselkursen frei konvertierbar zu machen, um für Auslandsinvestitionen attraktiv zu sein. Sie müssen ausreichend Dollars in Reserve haben, damit sie jeden, der von einer Währung in die andere tauschen will, zufriedenstellen können. Nachdem die Falle aufgebaut ist, schreiten die Spekulanten ein. Es ist bekannt, daß Währungen und ganze Volkswirtschaften durch Spekulationen in einem einzigen Tag ruiniert wurden.»[1173]
* Konkret sieht das so aus: Die Spekulanten - Agenten des ROTHSCHILD-dominierten Bankensystems der Ersten Welt vom Typ eines GEORGE SOROS - «investieren» natürlich **nicht** *wirklich,* sondern **leihen** sich bloß ganz kurzfristig - gegen Hinterlegung von «Wertpapieren» als Sicherheiten - riesige Mengen der betreffenden nationalen Währung, die sie sofort anschließend bei der Zentralbank des Landes in US-Dollars umtauschen. Sobald der Zentralbank ihre diesem Ansturm nicht gewachsenen Dollar-Reserven ausgehen, stockt der Umtausch. Das wird in kürzester Zeit weltweit publik, macht die Landeswährung für *echte* ausländische Investoren schlagartig uninteressant[1174] und läßt ihren Außenwert regelrecht abstürzen. Daraufhin zahlen die Spekulanten eilends

[1171] *HODGSON BROWN* a.a.O., S. 548.

[1172] *JOHN PERKINS,* Bekenntnisse eines Economic Hit Man. Unterwegs im Dienst der Wirtschaftsmafia, 2. Aufl. München 2005, S. 181.

[1173] *HODGSON BROWN* a.a.O., S. 267f.

[1174] Weil sie gegenwärtige wie künftige Gewinne in Inlandswährung ja nicht mehr in Dollars umtauschen und so außer Landes bringen können.

ihre geliehenen Beträge an Landeswährung zu einem enorm viel «günstigeren» Wechselkurs *in Dollars* zurück und streichen die Differenz - *gleichfalls in Dollars* - als ebenso enormen Gewinn ein. Dieser Vorgang läßt sich «nötigenfalls» binnen kürzester Zeit mehrfach wiederholen, mit jedesmal verstärktem Effekt. Die winzige, reiche Oberschicht des Landes gerät in Panik, tauscht ihre in nationaler Währung angelegten Geldvermögen ebenfalls schleunigst in Dollars um und bringt sie sicherheitshalber außer Landes. Am Ende verfügt das betreffende Land über keinerlei Dollar-Reserven mehr; die eigene Währung hat nach außen dramatisch an Wert verloren; seine Export-Erlöse schrumpfen daher, in Dollar gerechnet, drastisch zusammen und können die ebenfalls in Dollar zu bezahlenden, unverzichtbaren Importe nicht mehr finanzieren: das Land braucht *definitiv* auswärtige Dollar-Kredite. Und die wird es nie mehr loswerden . ..!

* Die unverschämt hohen Zinsen auf die Auslandskredite der armen Länder, offiziell monoton begründet mit dem angeblich «hohen Kreditausfallrisiko», zu dem doch gerade sie selber, die hohen Zinsen, am meisten beitragen (!), tun ein übriges, um das Um-.und Aufschuldungs-Karussell munter in Fahrt zu halten.

* Ist die Staatsverschuldung in auswärtigen «harten» Währungen, hauptsächlich US-Dollar, erst einmal etabliert, sorgt sie ganz von selbst dafür, daß die eigenen Währungen der armen Länder immerfort «weich» bleiben. Das wiederum ist Voraussetzung dafür, daß diese Länder ihre Handelsbilanzdefizite trotz größter Anstrengungen nie mehr abzubauen vermögen. Und dieser Umstand seinerseits ist die sicherste Garantie für das immerwährende Wachstum ihrer Auslandsschulden! Lassen wir uns die Einzelheiten wieder von ROWBOTHAM erklären:

* «Die der Dritten Welt gewährten Kredite lauten auf die harten Währungen; folglich sind die Schulden eines Landes nicht auf jene Güter und Dienstleistungen bezogen, die seine eigene Wirtschaft erzeugt, sondern stattdessen an die Währung, die Güter und die Dienstleistungen der reichen Länder gebunden. Das aber kann nur als ein Rezept für immerwährende internationale Schuldknechtschaft bezeichnet werden. Wenn der Wert der Währung eines Schuldnerlandes fällt, müssen sehr viel größere Mengen an Gütern und Dienstleistungen ausgeführt werden, um die zur Begleichung der Schulden erforderlichen Dollars zu bekommen. Indem sich die Schulden anhäuften, sind die Währungen der Schuldnerländer in der Tat ständig im Wert gefallen, weshalb ihre Ausfuhren ihnen immer weniger Dollars eintrugen. In dem Maße, in dem die Exporteinkünfte sanken, stiegen die Schulden, und die Währungen fielen noch tiefer.»[1175] Allerdings würden, wie wir gleich sehen werden, selbst höhere Exporteinkünfte noch keine Rückzahlung der staatlichen Schulden *garantieren*, außer in Ländern mit einer *verstaatlichten* Wirtschaft!

* MICHAEL ROWBOTHAM, der diese Zusammenhänge wohl am gründlichsten und scharfsinnigsten durchleuchtet hat, macht nämlich auf einen weiteren interessanten Punkt aufmerksam. «Während sie nicht bei den Industrieländern [als solchen] verschuldet sind, müssen die Entwicklungsländer gleichwohl, um ihrer Schuldenrückzahlungspflicht gegenüber dem internationalen Bankensektor zu genügen, die ihnen vorgestreckten Summen wieder hereinholen, indem sie Güter und Dienstleistungen in diese Länder ausführen. Das stellt eine erhebliche wirtschaftliche Anomalie dar. Eine Schuld gegenüber *einer* Gruppe von Einrichtungen (Geschäfts- und multilaterale[1176] Banken) drückt sich als Schuld gegenüber einer *anderen* Gruppe von Einrichtungen (den Industrieländern) aus, ungeachtet der Tatsache, daß in Wahrheit keinerlei solche Verpflichtung be-

[1175] *ROWBOTHAM,* Goodbye America! ... a.a.O., S. 81.
[1176] Gemeint: *IWF* und *Weltbank.*

steht.»[1177] Einfacher ausgedrückt: die **Produzenten** der armen Länder müssen **Waren** auf die **Märkte** der reichen Länder bringen, *obwohl* nicht sie selber den dortigen Märkten Waren, sondern bloß ihre **Regierungen** den dortigen **Banken** *aus nichts geschöpftes* **Geld** schulden! Eine Auflösung dieser «Anomalie» liefert uns ROWBOTHAM an dieser Stelle zwar nicht. Sie ist jedoch, ohne daß er selbst sich dessen bewußt zu sein scheint, in einem zweiten von ihm herausgearbeiteten Punkt zu suchen:

* «1998 wurde Korea vom *IWF* und Geschäftsbanken ein riesiges 56-Milliarden-Dollar-Paket angeboten, um sich von der Asienkrise zu erholen. Seine gesamten Auslandsschulden stehen jetzt bei 154 Milliarden Dollar. Im folgenden Jahr, 1999, beliefen sich seine Exporte auf insgesamt 133 Milliarden Dollar, während seine Aufwendungen für Importe bloß 94 Milliarden Dollar betrugen. Man sollte meinen, daraus ergäbe sich für Korea ein Handelsbilanzüberschuß von 39 Milliarden Dollar - sicherlich ein direkt verfügbarer Betrag, der dem Land erlauben müßte, seine Schulden erheblich zu reduzieren. Doch die Schulden von 154 Milliarden Dollar sind größtenteils solche der Regierung, und derartige Schulden werden durch positive Handelsbilanzen nicht abgetragen; Handelsgewinne werden zum größten Teil von privaten Unternehmen erzielt. Internationale Schulden müssen durch von der Regierung einzutreibende Steuern abbezahlt werden, durch die Differenz zwischen Steuereinkünften und Staatsausgaben. 1999 gelang es der koreanischen Regierung jedoch nicht, einen Steuerüberschuß für irgendwelche Schuldenrückzahlungen zu erwirtschaften, trotz des massiven 39-Milliarden-Dollar-Handelsüberschusses. Und warum nicht? Weil der Überschuß den privaten Unternehmen zufloß und vieles davon ins Ausland, nach Amerika und Europa zurücktransferiert wurde.»[1178]
* Was bedeutet das für die Auflösung der oben behaupteten «Anomalie»? Sie besteht eigentlich gar nicht! **In der Theorie** besteht sie deshalb nicht, weil die Regierungen der Entwicklungsländer ja nur das tun, was diejenigen der Industrienationen zu tun immerhin ständig *vortäuschen*: sie zahlen die Zinsen nebst *einzelnen* Tilgungen der staatlichen Schulden soweit als möglich aus Steuermitteln, d.h. aus Mitteln, die von den eigenen Steuerbürgern erwirtschaftet wurden, im Falle der Entwicklungsländer also aus deren Export von Waren und Dienstleistungen. Aus dem Export deshalb, weil ja auch umgekehrt die Kredite importiert wurden!
* Da die Sache mit der *Besteuerung* zwecks Schuldentilgung jedoch **in der Praxis** *nirgendwo* auch bloß annähernd perfekt funktioniert, weder in Korea noch in Europa oder den USA, sondern die vorgebliche «Tilgung» der Staatsschulden immer bloß in Zinszahlungen auf eine nie getilgte Grundschuldsumme besteht, die obendrein dadurch ständig anwächst, daß sogar diese Zins«zahlungen» **unterm Strich** entweder teilweise (in. den armen Ländern) oder ganz (in den reichen Staaten) durch Netto-Neukredite «finanziert» werden, existiert die scheinbare «Anomalie» auch praktisch oder faktisch höchstens am Rande. Staatsschulden und internationaler Handel bzw. Handelsgewinne der armen oder (im Falle Koreas) bloß «ärmeren» Länder laufen zwar nicht so vollständig, aber doch in prinzipiell ähnlicher Weise **aneinander vorbei** wie in den reichen Ländern Staatsschulden und Bruttoinlandsprodukt bzw. jährlich erzeugter Mehrwert auch! Und warum?
* Die **Besteuerung zwecks Schuldenrückzahlung** *kann,* selbst falls die Gewinne der Unternehmen vollständig im Lande verbleiben sollten, *nirgends* **perfekt** funktionieren, weil der allergrößte Teil des für die Bürger schulden/ra verfügbaren Geldes (und sol-

[1177] *ROWBOTHAM,* Goodbye America! ... a.a.O., S. 102.
[1178] Ebd. S. 125.

ches sind ja *nur*[1179] die Betriebsgewinne und die daraus gezahlten Löhne) direkter Bestandteil der nie zurückgezahlten, sondern ewig bloß «umgeschuldeten» Staatsschulden ist[1180]! Wollte ein Staat, ganz gleich ob in der 1., 2., 3. oder 4. Welt, daher **alle** seine - egal ob in- oder ausländischen - Schulden wirklich **zurückzahlen,** müßte er den Bürgern beinahe sämtliches von ihnen schuldenfrei besessene Geld - egal ob in inländischer oder ausländischer Währung - wegsteuem! Das aber ist klarerweise unmöglich.

* Das ganze Rezept zur Verschuldung der armen Länder beruht im Kern darauf, ihre Handelsbilanzen mit den reichen Ländern ins Defizit zu drücken und dieses Defizit zu verstetigen. Das Defizit soll dann vorgeblich durch «Kredite» der Banken der reichen Länder «ausgeglichen» werden, was jedoch nie mehr gelingen kann. Wo ein solches Land *ausnahmsweise* doch noch einmal, unter enormen Anstrengungen, das Ruder herumzureißen und Handelbilanzüberschüsse *im engeren Sinne,* d.h. bei Waren und Dienstleistungen, zu erzielen vermochte, blieb die Zahlungsbilanz, und dies ist die Handelsbilanz *im weiteren,* **aber üblicherweise gemeinten** *Sinne,* dennoch negativ. Dafür hatte der Zinseszins gesorgt! Es fand und findet dann zwar «Entwicklung» statt, so wie ja auch das BIP der Industrieländer kontinuierlich wächst, aber der Weg aus der Schuldenfalle blieb versperrt.
* «Brasilien zum Beispiel vervierfachte sein BIP zwischen 1960 und 1980, fand jedoch, daß seine Schulden am Ende dieser Periode weitaus größer waren als am Anfang. Das war keine spezielle Situation bloß eines Landes. Zwischen 1946 und 1985 verzeichneten die lateinamerikanischen Länder insgesamt ein durchschnittliches jährliches Wachstum des BIP von 4,6 %, aber trotz dieser Wachstumsrate, die diejenige der reicheren Länder beständig übertraf, und trotz 40 Jahren, während deren ein stetig zunehmender Teil ihrer wirtschaftlichen Anstrengungen der Erzielung von Exporterlösen und der Schuldenrückzahlung an den *IWF* und die *Weltbank* galt, versanken diese Länder nur immer tiefer in Schulden. Natürlich exportierten diese Länder. Brasilien ist ein Netto-Exporteur, doch das Wachstum seiner Schulden bedeutete, daß seine Ausfuhrerlöse, die 1960 zu 30 % für Schuldenrückzahlungen verwendet wurden, 1980 zu 78 % dafür aufgewendet werden mußten. Und dabei war Brasilien eine der Erfolgsgeschichten. Viele Entwicklungsländer mußten feststellen, daß ihre gesamten Exporteinkünfte nicht ausreichten, um die Zinsen auf ihre Schulden zu zahlen. 1990 hatte Brasilien diesen Stand erreicht. Das Land führte Güter im Wert von 31,4 Milliarden $ aus und solche im Wert von 22,5 Milliarden S ein, doch seine Schuldenrückzahlungen waren so massiv, daß sie den gesamten Ausfuhrüberschuß auffraßen und immer noch ein riesiges Defizit [der Zahlungsbilanz] hinterließen.»[1181]
* Ähnliches stellte auch der Entwicklungsexperte ***JAMES B. QUILLIGAN*** im Jahre 2002 fest: «Die jährliche Auslandsschuldentilgung der dreißig ärmsten Länder der Welt ist

[1179] Abgesehen vom *ohnehin indirekt mittels Staatsverschuldung finanzierten* «öffentlichen Dienst» jeglicher Art.

[1180] Die beiden (außer den Münzen) einzigen weiteren, jedoch sehr viel geringeren Bestandteile sind: 1) Das durch den ursprünglichen Verkauf von Unternehmensanteilen erlangte Eigenkapital der Aktiengesellschaften, nicht zu verwechseln mit ihrer täglich, ja stündlich schwankenden, von purer Spekulation abhängigen «Börsenkapitalisierung»; es verbleibt jedoch per saldo mehr oder weniger stets in diesen Unternehmen, trägt also höchstens marginal bzw. kurzzeitig einmal etwas bei! 2) Das jeweils im eigenen Inland «umlaufende» ausländische Geld. Allerdings läuft gewöhnlich nicht es selber direkt um; vielmehr wurde es bei den Banken in inländische Währung umgetauscht und zirkuliert nur in dieser indirekten Weise.

[1181] *ROWBOTHAM,* The Grip of Death ... a.a.O., S. 132.

höher als deren Volkseinkommen (BSP), und in zwanzig Entwicklungsländern entspricht sie fast dem jährlichen Volkseinkommen. Unter dem gegenwärtigen Weltwährungsregime haben diese von Liquiditätsproblemen geplagten Volkswirtschaften keine Chance, sich zu entwickeln und zu gedeihen, weil das Geld, das hereinkommt, nur in die Abzahlung bereits bestehender Kredite fließt.»[1182] Und dazu noch nicht einmal ausreicht, so daß der Gesamtschuldenstand nicht etwa sinkt oder gar verschwindet, sondern immer bloß steigt. . .

Eine Gruppe von Fachleuten hatte diesen Befund schon 1983 in die vornehm zurückhaltend formulierte Feststellung gekleidet: «Einzelne /(^F-Auflagen . . . sollten jeweils vor dem Hintergrund der spezifischen Situation des Landes beurteilt werden. Der allgemeinen Kritik an den deflationistischen Maßnahmenpaketen des *IWF* tut das keinen Abbruch: Sie mögen geeignet sein, die Schuldendienstfähigkeit des Landes kurzfristig wiederherzustellen; langfristig verschärfen sie jedoch eher die ökonomischen, sozialen und politischen Probleme und gefährden damit die Fähigkeit des Landes, auch in Zukunft seine Schulden zurückzuzahlen. Insofern steht die Politik des Fonds auch im Widerspruch zu der ihm zugewiesenen Aufgabe, Verschuldungsprobleme in Defizitländern zu lösen.»[1183] Daß der «Widerspruch» nur aus dem Gegensatz zwischen öffentlich geheuchelter und insgeheim *wirklich* verfolgter Zielsetzung resultierte, mochten sich diese Experten freilich nicht eingestehen - oder wollten sie «bloß» die Drucklegung ihres Aufsatzes in einer offiziösen und entsprechend «angesehenen» Publikation nicht gefährden ...?

Gehen wir nun, nachdem der Mechanismus der Rothschildschen Schuldenfalle für die Staaten der 3. und 4. Welt grundsätzlich verstanden ist, noch auf die Schuldengeschichte bzw. den aktuellen Schuldenstand einiger ausgewählter Weltregionen und Einzelstaaten ein wenig näher ein.

d) Afrika

Wenn von dem Kontinent als ganzem unter wirtschaftlichen oder finanziellen Aspekten die Rede ist, werden gewöhnlich stillschweigend die reiche Republik Südafrika und die nicht ganz armen nordafrikanischen Mittelmeer-Anrainerstaaten ausgeklammert. Was dann übrigbleibt, ist der «schwarzafrikanische» Kontinent. Auf *ihn* dürften wohl die nachfolgenden Angaben bezogen sein.

Im Jahre 1991 mußte «der afrikanische Kontinent nach LWO-Schätzungen regelmäßig mindestens ein Drittel seiner sauer verdienten Devisen gleich wieder an die Industrieländer abgeben - als Zinsen»[1184]. Per saldo werden natürlich gar keine «Devisen verdient», denn sämtliche vorhandenen Devisen, auch die durch Exporte erwirtschafteten, resultieren *letztlich* immer nur aus offenstehenden Auslandskrediten! Im selben Jahr legte der damalige LW-Generalsekretär JAVIER PÉREZ DE CUELLAR der LW-Generalversammlung einen Bericht über die wirtschaftliche Lage Afrikas vor. Demzufolge war der Kontinent mit 270 Milliarden $ verschuldet, was einer Steigerung um 100 Prozent seit 1980 und 90 % des jährlichen BIP entsprach[1185]. Die letztere Zahl ist freilich keineswegs aufregend, denn sie wird inzwischen von etlichen europäischen Staaten wie auch den USA und Japan nicht bloß erreicht, sondern sogar erheblich übertroffen.

Zwei Jahre später machte die *UNO* - auch sie bekanntlich eine bloße Frontorganisation der *eigentlichen* Triebkräfte der **PROTOKOLLARISCHEN** «Neuen Weltordnung» - zu

1182 *JAMES BERNARD QUILLIGAN* in: «Share International» Nr. 6 (Juli/August) 2002, S. 32.

1183 *PETER KÖRNER/GERO MAAß/THOMAS SIEBOLD/RAINER TETZLAFF* a.a.O., S. 30.

1184 *SIEGLINDE ARZBERGER* in: «P.M. Perspektive» Nr. 23, 1991, S. 68.

1185 Vgl. «CODE» Nr. 12, Dezember 1991, S. 25.

niemandes Überraschung neuen Kreditbedarf für Afrika aus; die *Deutsche Presse-Agentur* meldete: «Die Wirtschaft der afrikanischen Staaten ist von ihrem Wachstumsziel von jährlich sechs Prozent weiter entfernt als je zuvor. 1992 sank die Wachstumsrate in Afrika von 2,3 (1991) auf 1,5 Prozent. Darauf wies die *Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Afrika (ECA)* zum Abschluß eines Ministertreffens in Addis Abeba hin. Um das Wachstumsziel von sechs Prozent, das die *Vereinten Nationen* in Afrika für die Neunziger Jahre vorgegeben haben, noch zu erreichen, benötige der Kontinent bis zum Jahr 2005 ausländisches Kapital von 950 Milliarden Dollar (1,5 Billionen Mark), heißt es in dem Schlußkommunique. Davon seien 490 Milliarden Dollar zur Bedienung der afrikanischen Auslandsschulden und 460 Milliarden Dollar für Investitionen erforderlich.»[1186] Mehr als 50 % dieser von der *UNO* via **«vorgegebenem** Wachstumsziel» über die Köpfe der Afrikaner hinweg einfach **verordneten** (!) Neukredite, immerhin fast eine halbe **Billion** US-Dollar, konnten also, gerade erst aus nichts geschöpft, sogleich bei den **ROTHSCHILD**-dominierten westlichen Großbanken *verbleiben* - als für sie frei verfügbare Zinsgewinne! Daß man die künftig «fällig» werdenden Zinsen großzügig von 1993 bis 2005, volle zwölf Jahre, «voraussah», beweist, daß mit einer «Entschuldung» oder auch nur «Rückführung» der afrikanischen Schulden keiner der «Experten» rechnete. Erstens, weil das seitens der «Kreditgeber» absolut nicht erwünscht war, zweitens, weil es **im aktuellen Schuldgeldsystem** ohnehin unmöglich ist. . .

Wer aber profitiert von den afrikanischen Staatsschulden? Glaubt man dem britischen *Daily Telegraph,* einem in London und damit in unmittelbarer räumlicher Nähe der weltweiten **ROTHSCHILD**-Zentrale erscheinenden Blatt, sind es nicht die Banken, sondern bloß die korrupten Staatsführer und sonstigen Politiker der armen schwarzafrikanischen Länder. «Eine neue Untersuchung von 30 südlich der Sahara gelegenen Ländern hat errechnet, daß der gesamte Kapitalexport von 1970 bis 1996 rund 187 Milliarden $ betrug; bezieht man die hinzugekommenen Zinsen ein, bedeutet das, daß Afrikas herrschende Elite private Übersee-Vermögen in Höhe von 145 % der Staatsschulden ihrer Länder besaßen. Die Verfasser der Studie folgern daraus, daß „grob 80 Cent von jedem von Afrika geliehenen Dollar noch im selben Jahr als Kapitalflucht [in den Westen] zurückflössen".»[1187]

Nun kann natürlich in Sachen «Kapitalflucht aus Afrika» jedes Milchmädchen seine eigene Rechnung aufmachen und dabei - je nach Geschick - durchaus zum vorher festgelegten Ergebnis kommen. «Wissenschaftliche» Studien aller Art sind längst berüchtigt dafür, nur allzu oft jene «Resultate» herbeizuzaubern, die der zahlende Auftraggeber sehen möchte. Was sind diese 187 Milliarden, deren Zinsen übrigens in dieser Kalkulation bei näherem Hinsehen gar nichts zu suchen haben (!)[1188], gegenüber 270 Milliarden schwarzafrikanischen Gesamtschulden im Jahre 1991, auf die bei realistischen 7 Prozent[1189] jährlichen Zinszahlungen = Netto-Neukrediten **allein in den fünf Jahren bis**

1186 Dpa-Meldung in: «Deutsche Tagespost», 11.5.1993.

1187 *NIALL FERGUSON* in: «The Daily Telegraph», zit. n. «Impact», Oktober/November 2005, S. 8.

1188 \\r$_e$ii nicht von ihren Ländern, sondern von jenen Banken zu berappen, bei denen sie die Gelder angelegt haben! Ihre Länder müssen freilich auf diese selben Gelder als «offenstehende Kredite» ebenfalls Zinsen zahlen, doch das hätten sie auf jeden Fall gemußt, auch wenn die Gelder ordnungsgemäß für gemeinwohlorientierte Zwecke ausgegeben worden wären!

1189 Ygi d$_{azu}$ folgende dpa-Meldung in: «Deutsche Tagespost», 24.1.1995 (Hervorhebungen hinzugefügt): «Die Schulden der Entwicklungsländer sind bis Ende 1993 auf insgesamt 1,812 Billionen Dollar, derzeit umgerechnet 2755 Milliarden Mark, gestiegen. Wie die *Weltbank* in Washington weiter mitteilte, ist dies eine Zunahme um sieben Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Schätzungen zufolge sollen die Auslandsschulden der Dritten Welt bis Ende 1994 nochmals um sieben Prozent auf insgesamt 1,945 Billionen Dollar angewachsen sein.» Die Zunah-

1996 (= letztes von der genannten Studie berücksichtigtes Jahr) 5 x 19 = **95 Milliarden** Zinsen sowie **weitere 15,7 Milliarden** Zinseszinsen zu entrichten waren - an die **Banken** und *nicht* an die korrupten Politiker!

Doch selbst die 187 Milliarden sind mit völliger Sicherheit *bei weitem nicht* korrekt ermittelt! Jedenfalls dann nicht, wenn der raffiniert gewählte Ausdruck «Afrikas herrschende Eliten» («Africa's ruling elites») uns suggerieren soll, diese «herrschenden Eliten» seien die «korrupten Politiker» und *nur* sie. Genau das suggeriert aber nicht bloß, sondern *behauptet* sogar der Autor des *Daily Telegraph*[1190]. Doch das ist natürlich blühender Unsinn. Es handelt sich erklärtermaßen (s.o.!) um den **«gesamten** Kapitalexport» **(«total** capital export»). Der aber erfolgt, wie andere, seriösere Studien belegen, keineswegs allein durch die jeweils herrschenden Politiker. «Der amerikanische Finanzexperte RAYMOND BAKER berichtete in der britischen Wirtschaftszeitung *Financial Times*, daß ärmeren Ländern durch Kapitalflucht jährlich [!] bis zu 500 Milliarden US-Dollar verlorengehen. BAKER schlüsselt auf: 50 Milliarden Verlust entstehen durch Korruption, bis zu 200 Milliarden verschwinden infolge kommerzieller Ausbeutung von Schwachstellen im Steuersystem von Entwicklungsländern durch vermögende Inländer oder große heimische oder internationale Konzerne [!!!]; weitere 250 Milliarden Dollar gehen dem Zugriff der Staaten durch kriminelle Aktivitäten verloren. Den Großteil dieses Geldes legen die Besitzer in Steueroasen an.»[1191]

Demzufolge tragen also im globalen Durchschnitt der armen Länder die «korrupten Politiker» in Wirklichkeit nur schlappe 10 Prozent zum gesamten «Kapitalexport» bei, in- und ausländische Konzerne, denen nach aller Erfahrung auch mindestens *mittelbar* ein Gutteil der «kriminellen Aktivitäten» zuzurechnen ist, ein Mehrfaches dessen. Wem diese Konzerne, auch die formal «inländischen», in der Regel gehören, wurde weiter oben schon dargetan: den ausländischen «Kreditgebern», und zwar denjenigen «letzter Instanz»,

me ist, wie weiter oben ausführlich nachgewiesen, identisch mit dem Durchschnitt der anfallenden Zinszahlungen. - Zu klären bliebe allerdings noch, wieso andernorts mit völlig anderen Zahlen operiert wird. So behauptete *FRÉDÉRIC F. CLAIRMONT* in «Le Monde diplomatique» vom 3.5.2001 (zit. n. «Humanwirtschaft», Juni/Juli 2001, S. 47): «Allein die Schulden der Dritten Welt stiegen von 1 300 Milliarden Dollar 1992 auf 2100 Milliarden Dollar Ende 2000, während die jährlichen Zinszahlungen im gleichen Zeitraum von 167 Milliarden auf 343 Milliarden Dollar anwuchsen.» Wenn das stimmte, lägen die Zinssätze natürlich wesentlich höher, nämlich bei 13 bis 17 %! Doch gemäß den oben zitierten Angaben der *Weltbank* müßten die Schulden 1992 schon knapp 1 700 Mrd. betragen haben, und laut *JAMES BERNARD QUILLIGAN* in: «Share International» Nr. 6 (Juli/August) 2002, S. 33 waren es Mitte 2002 bereits «fast drei Billionen Dollar», so daß es Ende 2000 unmöglich erst 2 100 Mrd. gewesen sein können! Offenbar sind *CLAIRMONTs* Zahlen bei weitem zu niedrig.

[1190] Hier zum Beweis dessen die *unmittelbare Fortsetzung* des frechen Desinformationsartikels: «Britanniens Hochkommissar in Nairobi, Sir EDWARD CLAY, wies jüngst auf Kenias „massive Ausplünderung und/oder Korruption" hin. Laut der Denkfabrik *Transparency International* ist Kenia eines der dutzend korruptesten Länder der Welt. Der Sohn eines tansanischen Politikers sagte mir: „Was afrikanische Politiker an der Demokratie so schwer verstehen, ist, warum sie, einmal an die Macht gekommen, diese Macht bloß wegen einer Wahl wieder an jemanden anderen übergeben sollen." Denn Macht bedeutet vor allem anderen Geld. Sie bedeutet, deijenige Bursche zu sein, dem [Britannien] den dicken Briefumschlag überreicht. Afrikas Problem ist also keines, das sich durch Hilfe lösen läßt. Im Gegenteil, Hilfe kann das Problem schlicht verschlimmem. Afrikas wirkliches Problem ist ein Problem der Regierung, und es ist ein Problem, für das Kenia beispielhaft steht.» - Das mag alles stimmen, dient jedoch ganz unverkennbar nur der Ablenkung von den *eigentlichen* Verursachern und zugleich Profiteuren der Misere.

[1191] *DOHMEN* a.a.O., S. 144.

i.

selber! In Schwarzafrika insgesamt mag die Korruption überdurchschnittlich[1192] und die Kapitalausfuhr durch die Konzerne unterdurchschnittlich hoch ausfallen; das ändert jedoch wohl kaum etwas an den auch dort *grundsätzlich* herrschenden Relationen zwischen beiden Faktoren.

e) Algerien

Das riesige nordafrikanische Wüstenland verfügt zwar über viel Erdöl, kann jedoch seine Bevölkerung nicht durch eigene Landwirtschaft ernähren. Das machte es den ROTHSCHILDS & Co. leicht, Algerien nach seiner von ihnen (mittels ihrer Marionette CHARLES DE GAULLE) unter furchtbarem Blutvergießen 1964 durchgesetzten Lostrennung von der Kolonialmacht Frankreich alsbald per /W/F-«Entwicklungs»kredite in die Falle zu locken. Ob seine Staatsschulden bereits in den oben zitierten globalen Angaben zu «Afrika» enthalten sind, ist nicht klar. Deshalb sei hier schlaglichtartig seine Schuldensituation im Jahre 1994 präsentiert.

«„Nach dem Terrorismus der Islamisten sind wir jetzt Opfer des Terrorismus des *Internationalen Währungsfonds*", sagte ein algerischer Wirtschaftswissenschaftler der Pariser Tageszeitung *Le Figaro.* Die vom *IWF* auferlegten Bedingungen „werden eine soziale Explosion im Land hervorrufen", meinte er. Der *IWF* schwächt Algerien. Zunächst einmal hat das Land eine Auslandsverschuldung in Höhe von 26 Milliarden Dollar und soll 9,5 Milliarden Dollar jährlich [!!![1193]] zahlen, um diese Schuld zu bedienen. Angesichts des Zusammenbruchs des Ölpreises - das Öl ist die einzig wichtige Exportware - werden die Exporterträge lediglich 8,5 Milliarden Dollar betragen. Doch allein um nur in diesem Jahr zu überleben, muß Algerien drei Millionen Tonnen Weizen im Wert von 780 Millionen Dollar, 400 000 Tonnen Milch im Wert von 560 Millionen Dollar, 950 000 Tonnen Zucker im Wert von 320 Millionen Dollar sowie 400 000 Tonnen Haushaltsfett im Wert von 500 Millionen Mark importieren. Außerdem benötigt das Land 500 Millionen Dollar für Medikamentenimporte und sechs Milliarden Dollar für Ersatzteile, um die Industrie am Laufen zu halten. Der Zeitung zufolge würde Algerien in diesem Jahr zehn Milliarden Dollar brauchen, allein um nur das Nullwachstum zu erhalten. Im Austausch für die Durchsetzung von /JFF-Bedingungen, die verheerende Folgen haben werden, wird die Schuldenrückzahlung in der *IWF*-Vereinbarung vom April 1994 nominell erleichtert. Der *IWF* verlangt eine Abwertung des algerischen Dinar um mehr als 40 Prozent, eine Erhöhung der Zinssätze [auf Binnen-Kredite] von 17 auf 25 Prozent, die Liberalisierung von Importen und vieles mehr. „Dies könnte die Entlassung von 1,5 Millionen Arbeitern in einem Land zur Folge haben, das bereits eine Arbeitslosenquote von 30 Prozent aufweist", heißt es in der Zeitung.»[1194]

[1192] Die zwei skandalösesten, aber, **wie an den Zahlen selber ablesbar,** sicherlich nicht repräsentativen Fälle führte 1993 das Magazin «Stern» an (hier in den Worten von *MANFRED WIETFELDT* in: «Stimme des Gewissens» Nr. 9-10 [September-Oktober] 1993, S. 9): «Zum Beispiel besitzt der 87jährige Präsident der Elfenbeinküste ... ein Privatvermögen von 18 Milliarden Dollar. Die nigerianischen Clanchefs zogen 36 Milliarden Dollar aus ihrem Land ab, die gesamten Auslandsschulden des Landes.» Eindeutig Ausnahmen, die letztere klar erkennbar bedingt dadurch, daß es für die riesigen Rothschildschen Ölgesellschaften im ölreichsten Staat Schwarzafrikas auch entsprechend viel «abzustauben» gab ... da *mußte* man schon **sehr** kräftig «schmieren»!

[1193] Damit wäre die gesamte Schuld theoretisch in weniger als drei Jahren abbezahlt, woraus sich indessen ersehen läßt, daß den hinzukommenden Zinsbeträgen, die das natürlich **illusorisch** machen, **extrem wucherische** Zinssätze zugrunde liegen müssen!

[1194] «CODE» Nr. 8 (August) 1994, S. 19.

Und dies natürlich ohne Aussicht, mit den gewaltigen Zinszahlungen je an ein Ende zu kommen, denn die 40prozentige Dinar-Abwertung verteuert ja die lebensnotwendigen Importe im selben Maßstab (die Öleinnahmen werden sowieso komplett von der Schulden«bedienung» verschlungen, sind dafür nicht einmal ausreichend!) und sorgt damit für weiteren «Kreditbedarf. ..

Algerien hatte noch Glück im Unglück, denn aus anderen, übergeordneten PROTOKOLLARISCHEN Erwägungen heraus wurde dem *IWF* ausnahmsweise erlaubt, beide Augen zuzudrücken! So erfuhr man Anfang 1996: «Algerien hat die Auflagen des *Internationalen Währungsfonds (IWF)* zur Umstrukturierung seiner Wirtschaft nur teilweise erfüllt. Dennoch wird der *Internationale Währungsfonds* seine Hilfe weiterführen, um das Land, das sich islamischer Untergrundkämpfer erwehren muß, nicht in weitere Schwierigkeiten zu bringen. Das schreibt die Pariser Tageszeitung *Le Monde* am 12. Januar unter Berufung auf einen vertraulichen Bericht des Internationalen Fonds.»[1195]

f) Lateinamerika

Der Subkontinent zeigt dem Betrachter dasselbe triste Bild wie die übrige 3. und 4. Welt: «Jahr für Jahr bringen diese Länder ungeheure Summen für Zins- und Tilgungszahlungen an die Gläubiger auf; trotzdem wächst die Summe der Auslandsschulden weiter an, und zwar nicht aufgrund neuer Kredite, sondern lediglich durch Refinanzierung der alten Schulden.» CLAUDIO CELANI, der das schreibt[1196], hat offenbar den Mechanismus nicht verstanden, der hier ebenso waltet wie überall sonst auf dem heillos ins **aktuelle Schuldgeldsystem** verstrickten Globus. In Wirklichkeit wird nämlich **unterm Strich** *zum großen Teil* bloß die schon zitierte **«ständige Nichtbezahlung der Zinsen»** praktiziert, denn die als Zinsen und Tilgung gezahlten «ungeheuren Summen» stammen auch in Lateinamerika zum überwiegenden Teil eben *doch* aus - Netto-Neukrediten! Das brachte mit förmlich *entwaffnendem* Zynismus die folgende Meldung vom Oktober 1991, redigiert von dem jüdischen Journalisten der ROTHSCHLLD-eigenen Nachrichtenagentur *Reuters* DAVID HASKEL, zum Ausdruck:

«Lateinamerika hat nach Einschätzung von amerikanischen Bankern wirtschaftlich den Wendepunkt geschafft und die Schuldenkrise fast überwunden. „Die Schuldenkrise ist im Grunde vorbei", sagte ein Banker in New York. Die erfolgreichen Wirtschaftsreformen in Lateinamerika hätten die Wende gebracht, erklärte PETER MCPHERSON von der *BankAmerica.* Die Schuldenlast des Kontinents von 425 Milliarden Dollar (etwa 722 Milliarden Mark) **werde zwar kein Stück abgebaut, die Schulden würden aber wieder bedient.»[1197]** Tatsächlich war sie noch nie *dauerhaft* abgebaut worden, sondern *tendentiell* immer bloß gestiegen, von 220 Mrd. Dollar 1982 auf die genannten 425 Mrd. Dollar nur neun Jahre später[1198]!

Die ständige Umschuldung ist im Falle Lateinamerikas trotz noch so fleißigen Produzierens und Exportierens unumgänglich, weil die großen Devisenspekulanten als Zuar-

[1195] *CLAUDIA ALTMANN* in: «Deutsche Tagespost», 15.1.1996.

[1196] *CLAUDIO CELANI* in: «Neue Solidarität», 16.2.2005, S. 11.

[1197] *DAVID HASKEL* in: «Deutsche Tagespost», 8.10.1991; Hervorh. hinzugefügt. - Zur aus dem Namen abgeleiteten jüd. Identität *HASKELS*: Die bekannte Pianistin CLARA HASKIL war eine ungarische Jüdin. Auch die Variante «Haskiel» ist als jüdischer Name belegt: *http.V/www.avotaynu. com/index. html.*

1198 vgl *THOMAS SCHMITT* in: «Deutsche Tagespost», 22.8.1992, wo für 1992 «etwa 420 Milliarden Dollan> genannt wurden. Diesem minimalen «Abbau» folgte jedoch der unvermeidliche Wiederanstieg bis auf 787 Mrd. 2001 (siehe Haupttext)!

beiter der ROTHSCHILDS & Co. dafür sorgen, daß die Währungen der betroffenen Länder immerfort «weich» bleiben: «Zum Anwachsen der Gesamtschuld tragen überdies eine Reihe weiterer Faktoren wie erzwungene Abwertungen der Währung zum Dollar (d.h. Aufwertung in Dollar ausgewiesener Schulden), ungerechte Handelsbedingungen etc. bei. Iberoamerika [= Lateinamerika] hatte 1980 insgesamt 287 Mrd. Dollar Auslandsschulden. Bis Ende 2001 wurden allein an Zinszahlungen (d.h. die Tilgungszahlungen nicht eingerechnet) 733 Mrd. Dollar bezahlt - mehr als das Zweieinhalbfache des Schuldenbetrags von 1980. Trotzdem hatten die iberoamerikanischen Länder Ende 2001 787 Mrd. Dollar Auslandsschulden! Das nennt man „Gläubiger-Arithmetik": 287 - 733 = 787.»[1199]

Was bedeuten diese Zahlen des näheren? Die Differenz zwischen 287 Mrd. Schulden 1980 und 787 Mrd. 2001, zufälligerweise exakt 500 Mrd. Dollar, ist durch Umschuldungs-, d.h. aber *Netto-Neukredite* entstanden. Die Differenz hingegen zwischen diesen 500 Mrd. Neukrediten und den insgesamt «zurückgezahlten 733 Mrd. Zinsen, immerhin 233 Mrd. Dollar, bedeutet **reale Wertschöpfung,** die an die ausländischen Gläubiger, im Endeffekt fast nur die großen (ROTHSCHILD-)Banken, **direkt abgetreten** werden mußte! In Wirklichkeit liegt dieser Betrag sogar noch etwas höher, weil manche einzelne Kredite, für sich betrachtet, tatsächlich getilgt wurden[1200]! Die trotzdem enorm gestiegene Gesamtverschuldung garantierte, daß auch nach 2001 auf unbegrenzte Zeit ein stetig wachsender Teil der **realen Wertschöpfung** in Form von Zinseszinsen **direkt** an die Banken fiel, fällt und fallen wird.

Warum müssen wir hier das Wörtchen **«direkt»** so betont hinzusetzen? Weil **im aktuellen Schuldgeldsystem** zwar sämtliche Zinsen, welche die Banken auf ihr **aus nichts** geschöpftes Geld einziehen, *immer* eine Abtretung realer volkswirtschaftlicher Wertschöpfung an die Bankeneigentümer darstellen. *Allerdings* erfolgt diese Abtretung im Falle der Staatsschulden der reichen Industrieländer, und übrigens **nur** in diesem Falle (!), auf *indirektem* Wege. Denn hier schöpft zunächst Bank B einen Neukredit, damit der Staat Bank A die Zinsen auf seine dortigen Altschulden zahlen kann. Dies deshalb, weil ja der Staat seine Schulden **per saldo** *nicht* durch von den Steuerbürgern selber erwirtschaftetes Geld «bedient». Was Bank B als «Kredit» aus nichts schöpft, wird also beim - vom Staat als Schuldner bloß «vermittelten» - Eintreffen in Bank A zu frei verfügbarem Geld-Gewinn, mit dem die Eigentümer von Bank A nunmehr auf dem Markt reale Güter und Dienstleistungen kaufen können. Die Banken «zahlen» sich daher in diesem Falle ihre Zinsen = Ansprüche auf reale Wertschöpfung **wechselseitig selber - aus nichts!** Doch bei allen übrigen Krediten müssen die Schuldner im Grundsatz *stets* **selbst erwirtschaftetes** Geld als Zins an die Banken «zurückzahlen, die es als Gewinn verbuchen und dafür reale Wirtschaftsgüter beanspruchen = kaufen können.

1199 *CLAUDIO CELANI* in: «Neue Solidarität», 16.2.2005, S. 11.

1200 Dieser Betrag dürfte jedoch nur einen kleinen Bruchteil der Zinszahlungen ausmachen. Da die Gläubiger fast ausschließlich Banken sind, besteht an Tilgungszahlungen so gut wie kein Interesse. Erinnern wir uns: Banken müssen getilgte Kredite aus ihren Büchern streichen - also vernichten -, ohne daraus irgendwelchen Gewinn zu ziehen. *Gewinn* ziehen sie *nur* aus den Zinszahlungen auf *offenstehende* Kredite! Lediglich *echte* «Anlegen) (Pensionsfonds, Versicherungen, Stiftungen, Kleinsparer etc.) wollen natürlich *irgendwann* jeden einzelnen (kleinen) Teil ihrer real ausgeliehenen Gelder in voller Höhe wiedersehen. Dieses «irgendwann» kann jedoch im Falle der drei erstgenannten Typen von Institutionen, u.U. auch bei Kleinsparern, ebenfalls *Jahrzehnte* in der Zukunft liegen, weil sie ja - genau wie die Banken - *Zinsgewinne* immer nur auf offenstehende Kreditsummen zu erzielen vermögen .. .

Bei den Staatsschulden der 3. und 4. Welt liegt nun eine Mischform vor. Die Steuerbürger der armen und ärmsten Staaten müssen, wie wir bereits sahen, im Gesamtdurchschnitt aller Länder ihre Zinszahlungen zu rund einem Drittel direkt selbst erwirtschaften; die übrigen zwei Drittel werden von den Banken ständig umgeschuldet, d.h. heißt, hier zahlen sie sich ihre aus nichts geschöpften Zinsgelder gegenseitig gleich selber.

Nun macht es zwar in **letztendlicher** Betrachtung gar keinen Unterschied, ob sich die Bankeneigentümer ihre Zinsen zunächst selbst zahlen, ehe sie damit einkaufen gehen, oder ob sie diese Zinsen direkt der hart arbeitenden Bevölkerung abknöpfen. Trotzdem muß es einen ganz bestimmten Sinn und Zweck haben, daß man ausgerechnet die *ärmsten* Länder der Erde zwingt, immerhin ein Drittel ihrer stetig wachsenden Schulden(= Zinsen-)last in Form von Exporteinnahmen für selbsterzeugte Waren und Dienstleistungen **direkt** an die Banken der reichen Länder zu transferieren. Der Sinn und Zweck kann nur darin liegen, auf dieses eine Drittel sozusagen permanent **direkten** Zugriff zu haben, um seinen in US-Dollar oder anderen «harten» Währungen ausgedrückten Wert ebenso permanent **gewaltig hinunterzumanipulieren.** Ohne diese Handhabe und diese boshafte Manipulation bestünde nämlich die Gefahr, daß nicht wenigen der armen, aber zumeist rohstoffreichen Länder **doch noch** gelänge, was immerhin ein paar wenigen Ländern dank ihres enormen Reichtums an dringend benötigten Bodenschätzen (hier: Erdöl) gelungen ist: sich von Auslandsschulden entweder allezeit freizuhalten oder im Laufe der Zeit zu befreien!

g) Venezuela

Bestes Beispiel für die den ROTHSCHILDS & Co. in dieser Hinsicht immerfort drohende Gefahr ist Venezuela. Anders als im Falle Brasiliens sind die forderbaren Ölvorkommen dieses lateinamerikanischen Landes im Verhältnis zu seiner Landfläche und vor allem zu seiner Bevölkerung groß genug, um den ausländischen Banken die kalte Schulter zeigen zu können. Venezuelas Exporte des weltweit stets begehrten und daher auf dem Weltmarkt stets relativ teuren, zudem seit 1973 und bis vor kurzem ausschließlich in US-Dollars gehandelten Rohstoffs Erdöl sorgten dafür, daß seine Außenhandelsbilanz auch stets annähernd im Gleichgewicht blieb, so daß kein nennenswerter «Kreditbedarf entstehen konnte. Zwar hatte das Land ein paar kleinere Kredite bei *IWF* und *Weltbank* aufgenommen. Die hinderten den eigenwilligen Präsidenten HUGO CHÄVEZ aber nicht daran, immer wieder einmal die Unabhängigkeit seines Landes gegenüber den USA, Israel und der Rothschildschen Hintergrundmacht zu demonstrieren. Die ihrerseits versuchte verschiedentlich, den zwar freimaurerischen, aber dennoch ungewohnt aufmüpfigen Präsidenten aus dem Weg räumen zu lassen - bis heute vergebens[1201].

[1201] Eine sehr gute und ausführliche Darstellung der Hintergründe findet man bei *PERKINS* a.a.O., S. 327-331. - Nachfolgend einige Notizen aus anderen Quellen. Im August 2000 stattete CHÄVEZ dem irakischen Präsidenten SADDAM HUSSEIN einen demonstrativen Besuch ab, der die USA zumindest vorgeblich sehr verärgerte. 2002 schürten die USA, die in Venezuelas Hauptstadt Caracas einen Botschafter mit dem jüdischen Namen SHAPIRO sitzen hatten (vgl. «Wiener Beobachter» Nr. 9/2002), planmäßig den Aufstand der Opposition gegen CHÄVEZ. Die britische Zeitschrift «On Target», 6.&20.4.2002, S. 11f berichtete und analysierte damals die Vorgänge wie folgt: «Am 12. April 2002 wurde CHÄVEZ gezwungen, zurückzutreten, befand sich aber nur Tage später wieder im Amt, nachdem öffentliche Demonstrationen seine Wiedereinsetzung gefordert hatten. Es gibt wenig Zweifel daran, daß die Hand der Vereinigten Staaten hinter diesen Ereignissen steckte. Wir lasen zum Beispiel in der *Financial Times* vom 8. Februar 2002 unter der Überschrift „Venezolanische Offiziere wollen CHÄVEZ' Absetzung": „,Der politische Wind in Washington bläst CHÄVEZ ins Gesicht', sagt MIGUEL DIAZ, Direktor des Südamerika-Pro-

Im Jahre 2005 verfugte Venezuela dank seiner Einnahmen aus dem Ölexport über genügend eigene Devisen, um Argentinien 900 Millionen US-Dollar Kredit zu gewähren, wodurch Argentinien im Januar 2006 seine noch bestehenden Schulden beim *IWF* von 9,8 Mrd. Dollar mit einem Schlag abzutragen vermochte. Im Frühjahr 2007 zahlte auch

jekts am *Zentrum fiir Strategische und Internationale Studien* in Washington. ,Es häuft sich Beweismaterial für CHÁVEZ' Verwicklung mit destabilisierenden Elementen in Lateinamerika.'" Im *Guardian Weekly* vom 25. April bis 1. Mai 2002 lasen wir unter der Überschrift „BUSH-Beamte signalisierten venezolanischen Putschisten ihre Zustimmung", daß „nur Tage, bevor er aus dem Amt gejagt wurde, Dutzende venezolanischer Militärangehöriger, die in den Botschaften in Washington, Bogotá und Brasilia arbeiteten, ohne Erklärung nach Caracas zurückkehrten". Jeder, der glaubt, diese Abfolge von Ereignissen sei Zufall gewesen, so zufallig, wie das für die Öffentlichkeit freigegebene Beweismaterial nun einmal sein muß, kann nur extrem naiv sein. Ebensowenig konnte es sein, daß Präsident CHÁVEZ und Venezuela plötzlich von sich aus so schlagzeilenträchtig geworden waren. Die Geschehnisse folgten einander wie ein dem Hauptthema ,SADDAM HUSSEIN' und ,Irak' untergeordnetes Komplott. Es lohnt sich, eine Auswahl von Überschriften und Auszügen zu studieren: „Anti-CHÄVEZ-Protestierer gehen auf die Straßen, da die politische Spannung wächst", *The Financial Times,* 24. Januar 2002. - „POWELL stellt Venezuelas Loyalität in Frage", *The Morning Star,* 7. Februar 2002. - „CHÁVEZ von fallender Währung und steigender Ablehnung getroffen", *The Financial Times,* 19. Februar 2002. - „Präsident nach venezolanischen Ausschreitungen zum Amtsverzicht gezwungen - Washington erleichtert über Sturz von stramm linkem Staatschef', *The Daily Telegraph,* 13. April 2002. - „Venezuelas Bolívar stürzt steil ab" - „sich beschleunigende Kapitalflucht in den letzten Wochen", *The Financial Times,* 14. April 2002. - „Venezuela beziffert Kosten von Präsident Phantasie", *The Sunday Times,* 14. April 2002. - „BUSH äußert Besorgnis, da kolumbianische Rebellen ,in Venezuela Zuflucht suchen'" - „Sorge über kolumbianische *Vorwürfe ...", The Financial Times,* 19. April 2002.» Nur wegen der hohen Petrodollar-Reserven des Landes gelang es auch damals ausnahmsweise *nicht,* die venezolanische Landeswährung Bolívar zu ruinieren! - Im Herbst 2005 bilanzierte *MICHAEL COLLINS PIPER* (in: «American Free Press», 10.10.2005, S. 7): «Die letzten fünf Jahre hindurch haben die neokonservativen „Hohenpriester des Krieges" - gemeinsam mit ihren Verbündeten in pro-israelischen Zeitschriften und Zeitungen in den Vereinigten Staaten und weltweit - ominös gemurmelt, CHÁVEZ und seine Regierung seien „antisemitisch" und gegenüber den Interessen Israels feindlich eingestellt.» Weiter berichtete er: «Wahrscheinlich nicht zufälligerweise kam [PAT] ROBERTSONS Aufruf zu CHÁVEZ' Ermordung am 22. August - nur kurz nachdem die neokonservative Zeitschrift *The Weekly Standard* in ihrer Ausgabe vom 8. August eine Breitseite auf CHÁVEZ abgefeuert hatte, indem sie behauptete, CHÁVEZ sei „eine Bedrohung für mehr als bloß sein eigenes Volk".» - Im Herbst 2006 wurde der venezolanische Außenminister MADURO nach einem Besuch bei der *UNO* in New York von US-Behörden für mehrere Stunden verhaftet und durchsucht, ohne Angabe von Gründen (lt. «PHI-Auslandsdienst», 7.11.2006, S. A218). - Im Frühsommer 2008 erklärte der venezolanische Botschafter in Rußland, ALEXIS NAVARRO, «daß an einem 2002 fehlgeschlagenen Staatsstreich gegen die Regierung von HUGO CHÁVEZ israelische *Mossad-Agenten* beteiligt gewesen seien, „die venezolanische Staatsbürger, aber Juden waren".» Die jüdische *Anti-Verleumdungsliga ADL* forderte daraufhin den Abzug des Botschafters, ohne jedoch die Wahrheit seiner Aussage in Abrede zu stellen («American Free Press», 30.6.2008, S. 2)! CHÁVEZ seinerseits wies später im selben Jahr den US-Botschafter aus Caracas aus. Im Januar 2009 wurde überdies der israelische Botschafter SHLOMO COHEN samt seinem ganzen Stab aus Venezuela ausgewiesen - wegen der damaligen israelischen Gewalttaten im Gaza-Streifen (lt. «American Free Press», 19.1.2009, S. 2), auch das eine Geste, der kein weiteres Mitglied der ROTHSCHILD-verschuldeten «internationalen Staatengemeinschaft» sich anzuschließen wagte! 2009/2010 gab es sogar venezolanische Bemühungen, eine eigene lateinamerikanische Gemeinschaftswährung bzw. Verrechnungseinheit, den «Sucre» zu schaffen, um, wie CHÁVEZ sagte, die «Diktatur des Dollars» zu beenden (vgl. «PHI», 16.7.2009, S. 274)!

Venezuela selber alles zurück, was es *IWF* und *Weltbank* noch schuldete, und erklärte anschließend seinen Austritt aus beiden ROTHSCHILD-Frontorganisationen[1202], bei denen Präsident CHÄVEZ auch noch eine persönliche Rechnung offenstehen hatte[1203]. Dieser Schritt wäre jedoch ohne die dank Erdölausfuhr ausgeglichene Handelsbilanz des Landes undenkbar gewesen!

Am aktuellen Schuldgeldsystem *als solchem* hat CHÄVEZ auch bereits gerüttelt, indem er die reichlichen Einnahmen seines Landes aus dem Erdölgeschäft 2007 dazu benutzte, Ecuador, Bolivien und Argentinien zinslose (!) Kredite in Höhe von 500 Mill., 1,5 Mrd. bzw. 2,5 Mrd. Dollar zu gewähren. Die von ihm vorgeschlagene und Ende 2007 zusammen mit einer ganzen Reihe weiterer südamerikanischer Staaten gegründete *Bank des Südens (Banco del Sur/Banco do Sul)* sollte den *IWF* und die *Weltbank* für die beteiligten Länder überflüssig machen, indem sie ihnen Kredite ohne Bedingungen zu Verfügung stellt.[1204] Wie lange die ROTHSCHILDS & Co. diesem Experiment zusehen werden, ohne es von außen zu torpedieren oder von innen zu sabotieren, bleibt abzuwarten. Für sie und ihre PROTOKOLLARISCHEN Absichten «glücklicherweise» ist Venezuela als *einziger* international schuldenfreier Geldgeber der neuen Gemeinschaftsbank angesichts des riesigen Finanzbedarfs des ganzen Subkontinents leider dennoch zu bedeutungslos, um einen lateinamerikanischen «Flächenbrand» auszulösen.

h) Argentinien

Von den immer neuen Verlängerungen der Auslandsschulden dieses ehemals reichen Landes, dessen Staatshaushalt am Ende des 2. Weltkriegs noch einen Überschuß von damals sehr beachtlichen 1,7 Milliarden Dollar aufwies[1205], seit 1956 war schon die Rede. «Nach dem Putsch 1976 wurde Argentinien von den internationalen Finanzmärkten als sicheres Land eingestuft, weshalb die Militärjunta in der Lage war, die Schulden durch leichtere Kreditaufnahme in die Höhe zu treiben - um 364 Prozent womit der Grundstein für die Überschuldung Argentiniens gelegt wurde.» Interessanterweise erwies sich das bis 1983 regierende Militär als ein derart beflissener Handlanger der ROTHSCHILD-dominierten amerikanischen und europäischen Bankenwelt, daß es die staatlichen Unternehmen sogar dazu *zwang,* «ausländische Kredite aufzunehmen und interne Kredite abzulösen. Die Verschuldung richtete sich dabei nicht nach den Notwendigkeiten der Unternehmen, sondern nach einem Dreimonatsplan des Staatssekretärs für wirtschaftliche Koordinierung und Programmierung.»[1206]

1202 Lt. «PHI-Auslandsdienst», 18.5.2007, S. A99.

1203 Ygi *GREG PALAST* in: *JONES* a.a.O., S. 189: «Was sie [die Leute vom *IWF]* sagten, war - wir haben hier einen gewählten Präsidenten der Regierung - und der *IWF* hat erklärt, hört euch das an, er würde eine Übergangsregierung unterstützen, falls der Präsident beseitigt würde. Sie sagen nicht, sie wollten sich in die Politik einmischen - sie würden bloß eine Übergangsregierung unterstützen. Was das tatsächlich heißt, ist: wir werden den Staatsstreich bezahlen, falls das Militär den gegenwärtigen Präsidenten stürzt, weil der gegenwärtige Präsident von Venezuela ,nein' zum *IWF* gesagt hat. Er sagte diesen Leuten, sie sollten ihre Koffer packen. Sie brachten ihre Arbeitsgruppen herein und sagten: ihr müßt dies und jenes tun. Und er sagte: ich muß überhaupt nichts tun. Er sagte: was ich tun werde, ist, daß ich die Steuern für die [auswärtigen!] Ölgesellschaften verdoppeln werde, und dann werde ich alles Geld haben, das ich für soziale Programme und für die Regierung brauche - und wir werden eine wohlhabende Nation sein. Nun, sobald sie [die CHÄVEZ-Regierung] das taten, fingen sie [der *IWF* & Co.] an, beim Militär Unruhen zu schüren…»

1204 Alles lt. *RICHARD WALKER* in: «American Free Press», 5.11.2007, S. 4f.

1205 Lt. *KLAUS WILHELM PLATZ* in: «Die Tagespost», 3.1.2004.

1206 *ALICIA RIVERO* in: «Humane Wirtschaft» Nr. 5 (Sept./Okt.) 2010, S. 26 (dort auch Anm. 2).

Als direkte Folge dessen sieht die von CLAUDIO CELANL treffend so genannte, boshafte «Gläubiger-Arithmetik» für Argentinien für den Zeitraum 1980 bis 2001 so aus: 27 Mrd. $ Schulden 1980 minus 120 Mrd. $ Zinszahlungen bis 2001 ergaben - 142 Mrd. $ ausstehende Schulden[1207]! Nur beim *IWF* und privaten Geschäftsbanken, wohlgemerkt, was CELANL leider anzumerken versäumt. Anders gesagt: Die ursprüngliche Bankenschuld von 1980 war 2001 bereits viereinhalbmal zurückgezahlt worden, dabei jedoch nichtsdestoweniger auf das Fünfeinhalbfache angestiegen! Argentinien war somit erheblich kräftiger um- und dabei zugleich aufgeschuldet worden als der Durchschnitt der armen Staaten.

Ursache dafür waren vor allem die Zinssätze auf argentinische Staatsanleihen. Mit unerhörten 21 bis 70 % (!) lagen sie derart hoch, daß die Banken, um sie überhaupt erheben zu «dürfen», das Land vorher zynischerweise erst noch dazu nötigen mußten, sein eigenes dem entgegenstehendes Gesetz über das Verbot des Wuchers *abzuschaffen*[um]\ Im Dezember 2000 schnürte der *IWF* aus gegebenem Anlaß eines seiner heuchlerischen «Hilfspakete», doch die stolzen 40 Milliarden Dollar waren «zu fast 90 % zur Rückzahlung alter Schulden vorgesehen»[1209]!

2001 setzte Argentinien, nachdem seine Wirtschaft infolge der 1991 vollzogenen Anbindung an den US-Dollar ab 1998 stark rückläufig geworden war[1210], die «Bedienung» der drückenden Auslandsschulden völlig aus und erklärte sich für «bankrott». So etwas konnte die ROTHSCHLLD-dominierte «westliche» Bankenwelt jedoch unmöglich dulden - es hätte ja Schule machen können ... Mit fast zwei Dritteln, nämlich 140 Milliarden Dollar, war das Land beim *IWF* und bei privaten Banken verschuldet, zu einem guten Drittel, nämlich je nach Quelle 81 oder 82 Milliarden, angeblich bei «privaten Anlegern»[1211]. Hier schwanken übrigens die verschiedentlich veröffentlichten Zahlenangaben ganz erheblich, was den Verdacht erhärtet, daß es sich keineswegs bloß um «private» «Kleinsparer» handelte:

* Laut MICHAEL GRANDT waren es «[f]ast 500 000 private Gläubiger, die für insgesamt 81 Milliarden Dollar Staatsanleihen erworben hatten»[1212]; das hätte 162 000 $ pro Kopf bedeutet, wohl doch ein «bißchen» zu viel für bloße «Kleinsparer» . . .!
* Laut CLAUDIO CELANI waren es allein in Italien «450 000 Kleinanleger», die «Anleihen im Umfang von 14 Mrd. Dollar hielten»[1213], was gut 31 100 $ pro Person

1207 *CELANI* a.a.O.

1208 Lt. *GREG PALAST* in: *JONES* a.a.O., S. 187.

1209 *ALICIA RIVERO* in: «Humane Wirtschaft» Nr. 5 (September/Oktober) 2010, S. 27 Anm. 3.

1210 Vgl. *MOTZKUHN* a.a.O., S. 67: «Durch die feste Anbindung an den US-Dollar (seit 1991) stürzte Argentiniens Wirtschaft nach der Abwertung des brasilianischen Real im Januar 1999 in eine Rezession, aus der sich das Land auch im Jahre 2000 noch nicht befreien konnte. Die Konkurrenzprodukte aus dem Nachbarland Brasilien sind nach der Abwertung des Real Anfang 1998 (der Real verlor innerhalb weniger Tage 40 Prozent seines Außenwertes) deutlich preiswerter als die eigenen. Die Abwertung des Real verstärkte sich im Jahre 2001 noch, der Wirtschaftsabschwung verschärfte sich.» - Brasilien seinerseits rutschte übrigens dank der Real-Abwertung ebenfalls nur tiefer in die Auslandsverschuldung, die ja im wesentlichen auf «hartgebliebene» US-Dollars lautete und sich daher schlagartig um 40 %, später noch mehr, erhöhte!

1211 Merkwürdigerweise wurden diese 81/82 zusätzlichen Milliarden lange Zeit vielerorts nahezu ignoriert. Es war immer bloß verschwommen von «über 150 Milliarden US-Dollar» die Rede (z.B. *MOTZKUHN* a.a.O., S. 66; *PETER NEUMANN* in: «Die Tagespost», 8.8.2002)

1212 *GRANDT* a.a.O., S. 132.

1213 *CELANI* a.a.O.

entsprochen hätte, immer noch auffallend viel für das nicht besonders reiche Italien[1214].

* In der *FAZ* wurde demgegenüber versichert, daß «allein in Mitteleuropa 200 000 Privatanleger Titel im Nennwert von rund 10 Milliarden Euro halten. In Italien sind es 350 000 Anleger mit Titeln im Wert von mehr als 13 Milliarden Euro.»[1215] Das wären also beim damaligen Stand des Euro gegenüber dem US-Dollar von gerade einmal 1,1427[1216] bloß knappe 26,3 Milliarden, weniger als ein Drittel der besagten 81 oder 82 Milliarden, gewesen, dies aber verteilt auf 550 000 Köpfe, ein gutes Zehntel *mehr* als von GRANDT für die *gesamten* 81 Mrd. veranschlagt, wobei es gleichwohl in Italien plötzlich volle 100 000 *weniger* waren als von CELANI ins Spiel gebracht!

Man kann diese diversen Angaben drehen und wenden, wie man will, es paßt einfach nichts zusammen! Augenscheinlich wurden hier massive Desinformationen gestreut, um genau das zu verbergen, was stark zu vermuten steht: daß die Zahl der Privatanleger wesentlich geringer, dafür aber der von ein paar schwerreichen Bankeneigentümern (= Inhaber von Bankaktien), die ihre riesigen, nicht mehr konsumierbaren Zinsgewinne ja auch immer irgendwo «anlegen» müssen, gehaltene Anteil an der Gesamtsumme ganz überproportional hoch war . . .

Jedenfalls ließ man Argentinien diese Verweigerung der «Rückzahlungen nicht durchgehen. Stattdessen wurde in bewährter Manier um-(und dabei kräftig auf-)geschuldet. «Eines der vom *IWF* geschnürten Rettungspakete im Jahr 2001 verlängerte die Fälligkeiten Argentiniens um drei Jahre, erhöhte aber dafür den Schuldendienst (Tilgungen plus Zinsen) über die gesamte Laufzeit um ca. 35 Prozent: vor der Schulden-Umstrukturierung 15,8 Mrd. US-$, danach 21,4 Mrd. US-$.»[1217]

Der «Bankrott» fand denn auch bloß scheinbar statt. Während z.B. GRANDT behauptet, die 140 Mrd. $ Banken- und /HF-Schulden seien für die Gläubiger «verloren» gewesen, hat in Wirklichkeit allein der *IWF* «in den Jahren 2001-04 mehr als 17 Mrd. Dollar von der argentinischen Regierung an Zahlungen eingesteckt»[1218], was nur bedeuten kann, daß die Zahlungen hinter dem Rücken der genasführten Öffentlichkeit, vor allem der Argentinier selber, fein weiterliefen[1219]! Auch das potenteste Viertel der «privaten» Gläubiger blieb hart, und das nicht umsonst! 2005 gaben sich zwar 76 Prozent der «Privatanleger» mit der Zahlung von durchschnittlich 50 Prozent ihrer Ansprüche zufrieden, doch die übrigen 24 Prozent «lehnten das Angebot ab und erheben seitdem Forderungen in Höhe von insgesamt rund 29 Milliarden Dollar». Dem konnte sich Argentinien nur bis

1214 Lt. *DIETRICH CREUTZBURG* in: «Handelsblatt», 10.6.2010 (Graphik «Millionäre weltweit») gab'es in Italien im Jahre 2008 gerade einmal 160 000 Personen «mit investierbarem Vermögen von einer Mio. Dollar und mehr (ohne eigenen Wohnsitz, Sammlerstücke, Konsumgüter)»; in Deutschland waren es mit 810 000 gut fünfmal soviele.

1215 «Frankfurter Allgemeine Zeitung», 10.5.2003.

1216 Ebd.

1217 *ALICIA RIVERO* in: «Humane Wirtschaft» Nr. 5 (September/Oktober) 2010, S. 27 Anm. 3.

1218 *CELANI* a.a.O.

1219 Vgl *KLAUS WILHELM PLATZ* in: «Die Tagespost», 3.1.2004: «Wichtig ist, daß der *Weltwährungsfonds* und andere multilaterale Geldgeber - auf Drängen der Vereinigten Staaten - zugestimmt haben, die argentinischen Staatsverbindlichkeiten umzuschulden.» ,Nachhaltigkeit' war offenbar auch hier das Zauberwort. .. Etwas weiter oben sahen wir übrigens, daß Anfang 2006 sogar 9,8 Mrd. $ und damit merkwürdigerweise «die gesamten Schulden» *(HODGSON BROWN* a.a.O., S. 294) gegenüber dem *IWF* beglichen wurden.

zum Oktober 2009 verweigern, denn in diesem Monat unterbreitete die Regierung des Landes notgedrungen ein neues, besseres Angebot. «Der Grund für die Kehrtwende lag darin, daß das Land dringend neues Geld benötigte, weil die öffentlichen Ausgaben ohne Kredite nicht zu finanzieren waren.»[1220]

Da nicht mit Venezuelas Ölreichtum gesegnet, blieb und bleibt das zweitgrößte Land Südamerikas also im Netz gefangen. So wurden zwar 2006 sämtliche damaligen *IWF*-Kredite in Höhe von 9,8 Mrd. $ zurückgezahlt, doch um das überhaupt tun zu können, mußte die Regierung andernorts Neukredite von 11 Mrd. Dollar aufnehmen[1221]! Und kaum machte sich 2007 eine wirtschaftliche Erholung bemerkbar, forderte der Chef des spanischen *Banco Santander*, der als «einer der größten Geldkonzerne Europas» zweifellos mindestens *auch* mit ROTHSCHILD-Kapital arbeitet, die Wiederaufnahme der einseitig stornierten «Rückzahlungen»[1222], diesmal derjenigen an die privaten Banken! Im Juni 2010 war man sich zwar mit nunmehr 92 Prozent der «privaten» Gläubiger einig geworden - die zuletzt Hinzugekommenen erhielten nur noch ein Viertel ihrer «Kredite» zurück. Übrig blieben neben den 6 Milliarden Dollar schweren Forderungen der hartnäkkigsten 8 Prozent «Privat»gläubiger noch 6,5 Mrd. Dollar an «öffentlichen» Schulden bei auswärtigen Regierungen oder Staatsbanken[1223], immer noch erhebliche Lasten. «Die Zahlungsverpflichtungen des Landes erstrecken sich zur Zeit bis zum Jahr 2081», konstatierte nüchtern ALICIA RIVERO im Herbst 2010[1224]!

i) Brasilien

Die größte Volkswirtschaft Lateinamerikas teilt im wesentlichen das Schicksal Argentiniens. Die Auslandsschulden werden seit vielen Jahrzehnten in kurzen Abständen immer bloß «umstrukturiert», wodurch sie, trotz starker Schwankungen in einzelnen Jahren, kontinuierlich ansteigen.

Am Ende der mörderischen Hochzinsphase von 1979-1982 vermochte Brasilien *wieder einmal* keine Zahlungen mehr auf seine Auslandschulden zu leisten. Das US-Finanzministerium vergab als Sofortmaßnahme einen Hilfskredit von 1,23 Mrd. Dollar, drei Wochen später einen weiteren von 1,5 Mrd.; von der Rothschildschen *BIZ* in Basel kamen, offenbar wegen der außerordentlichen Dringlichkeit des Falles, denn sie hält sich auf diesem Feld ansonsten vornehm zurück, nochmals 1,2 Mrd., vom *IWF* einen Monat später 5,5 Mrd. Dollar. Private Großbanken übertrafen das alles zusammengenommen mit weiteren insgesamt 10 Mrd. Dollar an Handelskrediten. Die Altschulden wurden umgeschuldet, ein Bankenkonsortium unter Führung des verdeckten ROTHSCHILD-Geldhauses *Morgan* schoß einen weiteren Kredit von 4,4 Mrd. Dollar zu. Die «kurzfristigen» Notkredite der US-Regierung wurden kurz darauf unbegrenzt verlängert.

In einem Buch über das Haus *Morgan* von 1990 meinte RON CHERNOW rückblickend: «Der Plan schuf einen verhängnisvollen Präzedenzfall dafür, die Schuldenkrise durch die Anhäufung von noch mehr Schulden zu „beheben". Nach diesem Schema würden die Bankiers Brasilien mit der einen Hand mehr leihen, um es mit der anderen Hand wieder wegzunehmen. Das erhielt den eingebildeten Buchwert von Krediten in den Bank-

1220 *GRANDT* a.a.O., S. 133.

1221 Vgl. *HODGSONBROWN* a.a.O., S. 295; nur 900 Millionen davon stammten, wie schon gesagt, aus Venezuela.

1222 Lt. «PHI-Auslandsdienst», 18.7.2007, S. A153.

1223 Lt. *ALEXANDER BUSCH* in: «Handelsblatt», 26.6.2010.

1224 *ALICIA RIVERO* in: «Humane Wirtschaft» Nr. 5 (September/Oktober) 2010, S. 26.

bilanzen aufrecht. Indem sie die Rettungsmaßnahmen als ein großes neues Kartell angingen, häuften die Bankiers hohe Zinszahlungen und Umschuldungsgebühren an.»[1225]

Tatsächlich **reichte** das gesamte, eindrucksvolle Kreditfeuerwerk **nur von 1982 bis 1983,** als Brasilien notgedrungen bereits **wieder** Umschuldungen und die damit verbundenen Neukredite beantragte! Schon 1987 mußten die inzwischen 121 Mrd. Dollar an Auslandsschulden erneut umgebaut werden, weil keine Rückzahlungen mehr möglich waren; das wiederholte sich 1989.[1226] Ende 1998 stand die Auslandsverschuldung bei 233,88 Mrd. Dollar und damit fast doppelt so hoch wie nur 11 Jahre zuvor. Und dies, obwohl sich die **jährlichen** «Rückzahlungen von Zinsen und Tilgung[1227] zwischen 1995 und 1999 von 19 auf 60 Mrd. mehr als verdreifacht hatten! Das konnte bei einem Exporterlös von nur 51 Mrd. Dollar 1998 natürlich nicht lange gutgehen. 2001 mußte der *IWF* mit einem 15-Milliarden-Dollar-Kredit aushelfen[1228], 2002, nach der enormen, rund 50prozentigen Abwertung der Landeswährung Real und einem entsprechenden Einbruch der Einfuhrerlöse in Dollar, benötigte das Land eine weitere /IFF-«Hilfe» von 30 Mrd. Dollar, um die «Bedienung» der bisherigen Schulden fortsetzen zu können[1229]. Die Gesamtschulden im Ausland stiegen auf knapp 250 Mrd. Dollar[1230].

2004 war es dennoch gelungen, die Dollar-Verschuldung auf 215 Mrd. zu reduzieren. In der hiesigen Presse wurde damals allen Ernstes behauptet, die Gläubiger dieser Dollar-Schulden seien «jedoch in der Hauptsache nicht ausländische Banken und Regierungen oder internationale Finanzinstitutionen. Es sind vielmehr die eigenen Bürger des Landes, die - aus Furcht vor einem Verfall des Kurses der brasilianischen Landeswährung Real - in Dollar lautende brasilianische Staatsanleihen gekauft haben.»[1231] Da fragt sich bloß, woher diese braven «Bürger» die 120, 150, 180 oder noch mehr Milliarden Dollar (oder was hieß hier, bei insgesamt 215 Mrd., sonst «in der Hauptsache»?) eigentlich *bekommen* hatten! Es konnten jedenfalls nur genau *jene* «Bürgen) sein, die just durch diese gigantische Umtauschaktion ‚Real gegen Dollar' die plötzliche Abwertung des Real *überhaupt erst herbeigeßihrt* hatten. Die Spur führte also schnurstracks zurück zu den - im Land vertretenen großen «westlichen» Banken bzw. deren (Mit-)Eigentümern .. .

Seine /HF-Schulden völlig abbezahlt hat Brasilien erst Ende 2005 oder Anfang 2006[1232]; mit welchen wo stattdessen geliehenen Geldern, das wurde leider nicht mitgeteilt. Der größte Teil der Verschuldung dürfte jedenfalls weiterbestanden und sich inzwischen auch wieder kräftig erhöht haben.

j) Ecuador

Dieses Land gehörte zu den «Zielgebieten» des «wirtschaftlichen Auftragsmörders» JOHN PERKINS. Auch Ecuador ist reich an Erdöl, fiel jedoch gleich zu Anfang unter die Räuber, angesichts des globalen Öl-Monopols des Hauses ROTHSCHILD absolut kein Wunder! «Seit 1970, einer Zeit, die euphemistisch als Ölboom bezeichnet wird, stieg die

1225 Zit. n. *GRIFFIN* a.a.O., S. 120.

1226 Alles bisherige lt. ebd. S. 119f.

1227 Immer nur *einzelner* Kredite *einzelner* Gläubiger, denn wie der im langjährigen Durchschnitt stetige Gesamtschuldenanstieg beweist, wird per saldo *nie* etwas getilgt!

1228 Alles lt. *MOTZKUHN A.A.O.,* S. 70.

1229 Dies lt. *GRIFFIN* a.a.O., S. 120.

1230 Lt. *PETER NEUMANN* in: «Die Tagespost», 8.8.2002.

1231 *KLAUS WILHELM PLATZE.* «Die Tagespost», 7.10.2004.

1232 Vgl «PHI-Auslandsdienst», 18.5.2007, S. A99.

offizielle Armutsgrenze von 50 auf 70 Prozent, die Arbeitslosigkeit oder Unterbeschäftigung kletterten von 15 Prozent auf 70 Prozent **und die öffentliche Verschuldung von 240 Millionen Dollar auf 16 Milliarden Dollar.»**[1233] Zustandegebracht wurde das durch solche Agenten der internationalen Hochfinanz wie PERKJNS: «Seit ich dieses kleine Land 1968 zum ersten Mal besucht hatte, war es [um 2000 herum] zu einem typischen Opfer der Korporatokratie [= Unternehmensherrschaft] geworden. Meine Kollegen und unsere modernen Nachfolger aus den Konzernen hatten es geschafft, dieses Land vollständig in den Ruin zu treiben. Wir liehen ihm Milliarden Dollar, damit es unsere Ingenieurfirmen und Anlagenbauer mit Projekten beauftragen konnte, die seinen wohlhabendsten Familien zugutekommen würden.»[1234]

Dadurch gelang es tatsächlich, die sprudelnden Öleinnahmen des Landes zum größten Teil in ständige Zinszahlungen an die ROTHSCHILD-dominierte westliche Bankenwelt zu verwandeln: «Von 100 Dollar für Rohöl, das im ecuadorianischen Regenwald gewonnen wird, erhalten die Ölgesellschaften 75 Dollar. Von den verbleibenden 25 Dollar müssen drei Viertel zur Tilgung der Auslandsschulden verwendet werden.»[1235] Daß jedoch diese scheinbare «Tilgung» **unterm Strich** bloß aus Zinszahlungen bestand, geht aus dem rasanten Anstieg der Verschuldung unmittelbar hervor: da sehr bald nicht mehr *alle* «fälligen» Zinsen aus den Öleinnahmen bezahlt werden konnten, mußte die Lücke durch die Aufnahme von ATETFO-TVewkrediten geschlossen werden . ..

Schon für das Jahr 1983 vermerkt ANDREW HITCHCOCK: «Um einen Anderthalb-Milliarden-Dollar-Kredit vom ROTHSCHLLD-kontrollierten *Internationalen Währungsfonds (IWF)* zu erhalten, muß Ecuadors Regierung die nicht zurückgezahlten Privatschulden, mit denen Ecuadors Elite bei privaten Banken in der Kreide steht, übernehmen. Um sicherzustellen, daß Ecuador diese Anleihe zurückzahlen kann, diktiert der *IWF* außerdem Preisanhebungen für Elektrizität und andere öffentliche Versorgungsleistungen. Als das dem *IWF* nicht genug Geld (oder vielmehr Zinsen) einbringt, befiehlt er Ecuador, 120 000 Arbeiter zu entlassen.»[1236] Weitere dem auslandsverschuldeten Land aufgezwungene Maßnahmen: Steigerung des Preises für Kochgas um 80 % bis Ende 2000; Übereignung des größten Wasserversorgungssystems an ausländische Betreiber; Genehmigung für den ROTHSCHIlLD-kontrollierten Ölriesen *British Petroleum (BP),* eine eigene Erdölleitung über die Anden zu bauen; Entlassung von noch mehr Staatsbediensteten und Lohnkürzung um 50 % (!) für die verbleibenden[1237] . . .

Ende 1999 waren Ecuadors Auslandsschulden gleichwohl nicht mehr «bedienbar». Verhandlungen mit dem *Pariser Club,* dem verlängerten Arm von *IWF* und *Weltbank,* traten wegen der unverschämten Bedingungen (trotz Massenarmut nochmalige Anhebung der Mehrwertsteuer!) auf der Stelle und wurden im April 2001 abgebrochen[1238]. Was danach geschah, entzieht sich unserer Kenntnis. 2008 betrugen die auswärtigen Staatsschulden immer noch 12 Milliarden Dollar. Der neue, mit Venezuelas Staatschef CHÁVEZ befreundete Präsident RAFAEL CORREA machte jedoch - oh Wunder! - sein Wahlkampfversprechen **wahr** (!) und stellte am Ende des Jahres die «fälligen» Zinszahlungen einfach ein. Auch vermochte er bis zum Juni 2009 immerhin 91 Prozent der Gläu-

[1233] *PERKINS* a.a.O., S. 25, Hervorh. hinzugefügt.

[1234] Ebd. S. 332.

[1235] Ebd. S. 27.

1236 *HITCHCOCK* a.a.O., S. 194f.

[1237] Lt. ebd. S. 195.

[1238] Vgl. MOTZKUHN *a.a.O.,* S. 75.

biger davon zu «überzeugen», daß ein Rückkauf der Staatspapiere zu 35 % ihres Nennwerts durch die ecuadorianische Regierung immer noch vorteilhafter war als - gar kein Geld.[1239]

MICHAEL GRANDT, der sein Buch trotz eines kritischen, aber vordergründigen Kapitels über die *FED* letztlich nur aus der Sicht und Interessenlage der (kleinen bis mittleren, aber deshalb nicht weniger zinsgierigen) «Sparer» und «Anleger» verfaßt hat, bringt hier prompt das Standardargument gegen derlei unziemliche Repudiierung von Staatsschulden aufs Tapet: «Doch Ecuadors Weigerung könnte dem Land künftig große Probleme bereiten, wenn es seine Anleihen an den Kapitalmarkt geben oder Kredite aufnehmen möchte, denn als Schuldner hat es sich vollkommen diskreditiert.» Und leise drohend fügt er noch an: «Ecuador fördert Erdöl und ist von dessen Export abhängig. Seine Zahlungsfähigkeit leidet jedoch noch immer unter dem Verfall der Rohölpreise.»[1240]

Man reibt sich allerdings nach Lektüre dieses letzten Satzes verdutzt die Augen, denn von einem «Verfall» der Rohölpreise konnte Ende 2009/Anfang 2010, als GRANDT das zu Papier brachte, überhaupt keine Rede mehr sein. Vor allem aber sollte man bedenken, daß den angeblichen Problemen Ecuadors, künftig noch «Kreditgeber» zu finden, ein mindestens genauso großes «Problem» auf der Gegenseite, nämlich die heiße Sehnsucht der ROTHSCHILDS & Co. entspricht, dem Land, das im Begriff steht, sich - erneut nur dank seines gottgegebenen Ölreichtums! - aus der Schuldenfalle zu befreien, neue, buchstäblich verfängliche Kredite um beinahe jeden Preis «aufs Auge zu drücken» ...

k) Mexiko

Das ölreiche Land war den ROTHSCHILDS ein Dorn im Auge, da seine - wiewohl offen freimaurerische! - Regierung die Ölindustrie verstaatlicht hatte, um sie nicht aus der Hand zu geben. Gelegentliche «Entwicklungskredite» hatte man problemlos beinahe vollständig zurückzuzahlen vermocht. Aber die Regierung beging den Fehler, die Landeswährung Peso frei, d.h. *unbegrenzt,* umtauschbar gegenüber dem US-Dollar zu halten. Diese Schwachstelle nutzten die von den ROTHSCHILDS vorgeschobenen «internationalen Spekulanten» dazu, die mexikanischen Dollar-Reserven Zug um Zug zu erschöpfen. Daraufhin mußte Mexiko Dollar-Kredite im Ausland aufnehmen, um seine Währung gegen die immer noch weitergehenden spekulativen Angriffe zu verteidigen. Doch 1982, im letzten Jahr der berüchtigten Hochzinsphase, brach die Verteidigung zusammen, der Peso wurde um 30 Prozent abgewertet, die zu seiner Stützung aufgenommenen Dollar-Kredite spiegelbildlich dazu also um 30 Prozent aufgewertet. Die ausländischen Banken erklärten Mexiko darauf zum Hochrisiko-Land und lehnten Verlängerungen ihrer Kredite ab.[1241]

Das behauptet zumindest ELLEN HODGSON BROWN, gestützt wieder einmal auf eine entsprechende Darstellung von FREDERICK ENGDAHL, der sich gerne in haltlosen geopolitischen Spekulationen verliert und viel zu viele vermeintlich unabhängige «Mächte» ins Spiel bringt, obwohl er die Fäden, an denen sie als bloße Marionetten der Rothschildschen «fünften Gewalt» baumeln, leicht sehen könnte, wenn er nur wollte. Bei G. EDWARD GRIFFIN liest sich dieselbe Geschichte denn auch wesentlich anders und wesentlich glaubwürdiger, zumal er genaue Zahlen nennt. Demzufolge wurde *durchaus* sofort umgeschuldet, als Mexiko 1982 erklärte, seine mittlerweile auf 85 Mrd. $ gestiegene

1239 Vgl. GRANDT a.a.O., S. 134.
1240 Ebd. S. 134f.
1241 Vgl. HODGSON BROWN a.a.O., S. 262f.

Auslandsschuld nicht mehr «bedienen» zu können. Bei der *BIZ* in Basel fädelte der jüdische F£D-Gouverneur HENRY WALLICH eilends einen /WF-Kredit in Höhe von 4,5 Mrd. $ ein, diesmal «bereitgestellt», d.h. aus nichts geschöpft durch sämtliche großen **Zentralbanken** der westlichen Welt einschließlich derjenigen Japans. «Die Geschäftsbanken stundeten die Zahlungen auf die Grundsumme [= Tilgung] für zwei Jahre, doch mit der Infusion neuer Kredite wurden die Zinszahlungen wieder aufgenommen. Das löste das Problem jedoch nicht. Binnen weniger Jahre war Mexiko erneut im Rückstand, und 1985 stimmten die Banken dem Aufschub der Zahlung von 29 Milliarden $ zu und schuldeten weitere 20 Milliarden $ um, was bedeutet, daß sie neue Kredite gewährten, um die alten abzubezahlen.»[1242]

In den folgenden Jahren schlossen sich unter Federführung der *FED* weitere trickreiche Umschuldungsmanöver an, die offenbar zugleich experimentellen Charakter hatten, hier aber nicht im einzelnen zu besprechen sind. 1989 schob der *IWF* einen Kredit von anfangs 3,5 Mrd. $ nach, der später auf 7,5 Mrd. erhöht wurde, während die- *Weltbank* 1,5 Mrd. $ beisteuerte und die Geschäftsbanken wieder einmal ihre offenstehenden Anleihen umstrukturierten. Dank all dessen war Mexiko 1991 das Entwicklungsland mit der weltweit höchsten Auslandsverschuldung *überhaupt*[1243]! Diesmal hielten die Maßnahmen immerhin bis Ende 1994, als der Peso erneut von einem Tag auf den anderen 39 % an Wert gegenüber dem US-Dollar verlor[1244]. Doch jetzt ist es leider GRIFFIN, der Wesentliches unterschlägt, so daß wir HODGSON BROWN weiter berichten lassen:

Die Abwertung erfolgte, nachdem Mexikos Regierung dem US-amerikanischen «Rat» gefolgt war, den Peso vom US-Dollar abzukoppeln und auf seinen tatsächlichen «Marktwert» fallen zu lassen, der, wie versichert wurde, nur 20 Prozent tiefer liegen werde als bisher. «*Der Peso stürzte schließlich um 300 Prozent ab - 15 Mal soviel wie prognostiziert.* . . . Obwohl der Kollaps des Pesos angeblich nicht vorhersehbar war, waren 20 Tage vorher über vier Milliarden US-Dollar ganz plötzlich auf mysteriöse Weise aus Mexiko abgeflossen. Sechs Monate später hatte dieses Geld die doppelte mexikanische Kaufkraft wie vorher. Später behaupteten Beobachter, daß die Haltung von führenden Investoren mit Insiderkenntnissen zu der Flucht aus dem Peso gefuhrt hatte. Es bestand der Verdacht, daß es sich bei diesen Investoren um dieselben Kreise handelte, die von der dann folgenden „Rettung" Mexikos profitierten.»[1245]

GRIFFIN wundert sich darüber, daß der damalige jüdische US-Finanzminister ROBERT RUBIN ein Zig-Milliarden-«Hilfs»paket für Mexiko so eifrig befürwortete und sogar wörtlich sagte: «Es ist die Ansicht aller, einschließlich des Vorsitzenden [der *FED]* ALAN GREENSPAN, daß die Wahrscheinlichkeit der Rückzahlung der Schulden außerordentlich hoch ist.»[1246] HODGSON BROWN kann RUBINS Eifer, Mexiko so massiv zu «helfen», jedoch erklären, indem sie daran erinnert, daß der Mann «vor seinem Amtsantritt als US-Finanzminister Chef der Investmentbank *Goldman Sachs* gewesen war. Damals hielt *Goldman Sachs* große Bestände von kurzfristigen mexikanischen Staatsanleihen, die in US-Dollar ausgewiesen waren. Genau am Tag von RUBINS Amtsantritt wurde [die Auslösung] Mexikos arrangiert. Das von den US-Steuerzahlern[1247] zur Verfügung ge-

1242 *GRIFFIN* a.a.O., S. 116.

1243 Diese Einzelheit lt. *PATRICKFOLTIN* in: «fraktur», 21.7.1991, S. 1.

1244 Alles lt. *GRIFFIN* a.a.O., S. 116ff.

1245 *HODGSON BROWN a.a.O.,* S. 264f; Hervorh. original.

1246 Zit. n. *GRIFFIN* a.a.O., S. 119.

1247 wie schon wiederholt gesagt, ist das ein Irrtum. In den reichen Ländern werden im langjährigen Durchschnitt alle von den Regierungen aufgenommenen Kredite immer bloß durch *Netto-*

stellte Geld wurde nie nach Mexiko überwiesen, sondern wanderte direkt in die Tresore von *Goldman Sachs, Morgan Stanley* und anderen großen amerikanischen Geldgebern, deren riskante Kredite auf dem Spiel standen.»[1248]

Goldman Sachs und *Morgan Stanley* sind verdeckte ROTHSCHILD-Großbanken. Auch die von HODGSON BROWN nicht näher vorgestellten Spekulanten, die dem Peso zum plötzlichen Absturz mit anschließendem «Rettungs»bedarf für Mexiko verhalfen, lassen sich namentlich nennen, denn es waren just der als solcher bekannte ROTHSCHILD-Agent GEORGE SOROS und sein «Geschäftspartner» ALBERT REICHMANN, beide zumindest ihrer Herkunft nach Talmudisten, «deren Spekulationsgeschäfte innerhalb kurzer Frist die mexikanische Währung und anschließend die Wirtschaft ruiniert» hatten[1249]. Übereinstimmung der Beobachter herrscht bezüglich dessen, daß es nicht bloß darum ging, Mexiko möglichst heillos zu verschulden, sondern auch seine bis dahin mittels Verstaatlichung vor ausländischen Begehrlichkeiten geschützte Wirtschaft, vor allem die Ölunternehmen und die Banken, endlich durch erzwungene «Privatisierung» (= Bedingung für «rettende» Umschuldungskredite!) in die Hand zu bekommen:

«Fast die gesamte mexikanische Staatswirtschaft wurde damals „privatisiert".»[1250] «Die Werte des mexikanischen Peso und der mexikanischen Aktien kollabierten gemeinsam, angeblich weil es eine Verkaufspanik gegeben hatte und kein Käufer weit und breit da war. Es gab jedoch am Rande des Geschehens viele Käufer mit genügend Geld, die nur darauf warteten, die abgewerteten Aktien zu Schleuderpreisen aufzukaufen. Das Resultat der ganzen Sache war ein Vermögenstransfer von der mexikanischen Wirtschaft auf die internationalen Finanzmanipulatoren. Außerdem führte die Abwertung zu einer Privatisierungswelle (Verkäufe öffentlicher Betriebe an private Unternehmen), da die mexikanische Regierung versuchte, ihre ausufernde Schuldenkrise in den Griff zu bekommen.»[1251]

Die «fünfte Gewalt» hatte im Januar 1995 zahlreiche Frontorganisationen vorgeschickt, um das gerade erst absichtlich auf die Sandbank manövrierte Mexiko mit einem Gesamt«paket» von über 50 Mrd. US-Dollar an «Krediten» rasch wieder flott, d.h. zinszahlungsfähig zu machen: 20 Mrd. $ kamen vom anscheinend staatlichen *US-Wechselkurs-Stabilisierungs-Fonds,* 17,8 Mrd. $ vom *IWF,* erstaunliche 10 Mrd. $ von der *BIZ* (also eigentlich von den westlichen Zentralbanken), endlich 3 Mrd. $ *direkt* von diversen Geschäftsbanken[1252]. Damit hatten die mexikanischen Auslandsschulden jetzt die **doppelte** Höhe der «gesamten Schulden, die das Land in den 150 Jahren zuvor gezahlt hatte», erreicht[1253]!

Mexiko verfiel danach zwar keineswegs, wie seltsamerweise von HODGSON BROWN behauptet, «in eine lähmende nationale Depression, die über zehn Jahre anhielt»[1254]. Vielmehr «folgten fünf Jahre mit beeindruckenden Wachstumsraten» zwischen 4,8 und 6,9

iVenkredite «bedient». Die Bevölkerung leidet nicht als «Steuerzahler», sondern «nur» unter den *übrigen* bösen Folgen **des aktuellen Schuldgeldsystems:** (Pseudo-)Inflation, stetig wachsender Leistungsdruck bzw. - alternativ dazu - steigende Arbeitslosigkeit, schleichender Sozialabbau, von der «fünften Gewalt» ständig erpreßbare Marionetten-Regierungen etc.!

1248 *HODGSON BROWN a.a.O.,* S. 265.

1249 «Prisma-Informationsdienst», 23.1.1998, S. 4.

1250 Ebd.

1251 *HODGSONBROWN* a.a.O., S. 266.

1252 Lt. *GRIFFIN* a.a.O., S. 119.

1253 *HODGSON BROWN* a.a.O., S. 266.

1254 Ebd.

Prozent; sogar die Auslandsschulden konnten «durch die hohen Öleinnahmen», die das Land den «privatisierten» Unternehmen immerhin noch abzuknöpfen vermochte, von 160 Mrd. $ 1998 auf 148 Mrd. $ im Jahre 2000 zurückgeführt werden[1255]. Mit Sicherheit liegen sie dennoch heute, da Mexiko bei stark gestiegener Arbeitslosigkeit und weiter denn je verbreiteter Korruption zunehmend im Chaos eines scheinbar ausichtslosen Krieges gegen seine eigenen Drogen-Banden versinkt, wieder weit höher . . .

I) Indien

Die ROTHSCHLLD-manipulierte «Ölkrise» von 1973/74 mit ihrer plötzlichen Vervierfachung des Rohölpreises zwang das Land mit der zweitgrößten Bevölkerungszahl der Erde *erstmalig* zur Aufnahme von Dollar-Krediten im Ausland. Hätte normalerweise die Hälfte der verfügbaren Devisen Indiens genügt, um seine Öleinfuhren zu bezahlen, so reichten dieselben Devisen jetzt nur noch zur Hälfte aus! Kaum war dieser verhängnisvolle Anfang gemacht, kam überdies 1977 nach der Abwahl INDIRA GANDHIS eine Regierung an die Macht, die sich ganz im Sinne der PROTOKOLLE «bestechen» ließ, um die Auslandsverschuldung planmäßig voranzutreiben. «/JFF-Kredite wurden sogar dann akzeptiert, wenn kein direkter Anlaß dafür bestand. Das jährliche Wirtschaftswachstum stieg, aber dieses Wachstum betraf hauptsächlich die „unproduktiven" Bereiche wie Finanzen und Verteidigung. Die Auslandsverschuldung stieg von 19 Milliarden $ 1980 über 37 Milliarden $ 1985 bis auf 84 Milliarden $ 1990 steil an. 1990/91 kulminierte diese Entwicklung in einer Zahlungsbilanzkrise und einem anschließenden /IFF-Kredit zur „Strukturanpassung", der die indische Wirtschaft lähmte. Nach 1995 wurde die von der *Weltbank* verfochtene Politik in Indien durch die strikten Auflagen der neu gegründeten *Welthandelsorganisation (WTO)* verstärkt.»[1256]

Zwar betrug die indische Staatsverschuldung im Ausland 1991 nach anderen Angaben «nur» 70 Mrd. Dollar, so daß 84 Mrd. für das Vorjahr 1990 zu hoch gegriffen erscheinen. Der Emst der Lage nach der Ermordung von RAJIV GANDHI im Frühjahr 1991 und der anschließenden Neuwahl der Regierung erhellt jedoch aus dem seinerzeitigen Bericht eines Journalisten: «Die Auslandsschulden belaufen sich auf mehr als siebzig Milliarden Dollar, die Devisenvorräte reichen gerade noch für die Einfuhr von zwei oder drei Wochen, das Budgetdefizit hat Rekordwerte erreicht, das industrielle Wachstum ist rückläufig. Trotz einer jährlichen Finanzspritze [= Kredite!] von vier Milliarden Dollar der westlichen Geberländer leben immer noch dreißig bis vierzig Prozent der achthundertfünfzig Millionen Einwohner unter der Armutsgrenze und nehmen die religiösen und ethnischen Konflikte ständig zu. . . . Wer aber regiert Indien tatsächlich? Im Augenblick wohl der *Internationale Währungsfonds* [!!!], dessen hartem Diktat sich die Parteien fügten. Das Land braucht Beistandskredite von fünf bis sieben Milliarden Dollar. Der Preis dafür besteht in einer wirtschaftlichen Umstrukturierung, wie sie Indien seit der Unabhängigkeit 1947 nicht gesehen hat. . . . Obwohl reich an Arbeitskräften und Gaben der Natur, ist Indien heute ärmer als jedes vergleichbare Land der Dritten Welt.»[1257]

Bis Ende 1999 waren Indiens Staatsschulden nach Angaben der *OECD* auf 96 Milliarden US-Dollar geklettert[1258], bei weitem genug, um jenen Leuten, die hinter dem *IWF* stehen, die *heimliche* Ausübung der Herrschaft über das dichtbevölkerte Riesenreich bis

[1255] *MOTZKUHN a.a.O.*, S. 65.

[1256] *HODGSONBROWN* a.a.O., S. 319; vgl. auch S. 318.

[1257] *ERNST ULRICH* in: «Deutsche Tagespost», 24.9.1991.

[1258] Lt. «Humanwirtschaft», Oktober/November 2001, S. 51.

zu dem Tag zu erlauben, da sie - wie in der Bibel geweissagt - für kurze Zeit (und auf dem ganzen Erdball) *öffentlich* werden wird . . .

m) Pakistan

Relativ zu seiner Flächengröße und Bevölkerungszahl hatten die «westlichen» Banken das von Indien gewaltsam abgespaltene moslemische Land 1999 noch sehr viel fester im Griff als den mehrfach größeren, feindlichen Nachbarn. Damals betrug Pakistans Auslandsverschuldung 38 Milliarden Dollar[1259]. Die berüchtigten «Bedingungen» des *IWF* und der *Weltbank* hatten dieses Resultat mit der ihnen eigentümlichen Zuverlässigkeit erzielt. So hatte es beispielsweise Ende 1993 in der Presse geheißen:

«Der *Internationale Währungsfonds (IWF)* und die *Weltbank* haben sich darauf geeinigt, Pakistan in den kommenden drei Jahren mit Mitteln von etwa 1,55 Milliarden Dollar zu unterstützen. An die Auszahlung der Mittel geknüpft seien eine Reihe von wirtschaftspolitischen Bedingungen, die Pakistan zu erfüllen habe, sagte *IWF*-Finanzberater V.A. JAFAREY in Islamabad. Das Land müsse beispielsweise in den kommenden drei Jahren eine durchschnittliche jährliche Wachstumsrate von 6,5 Prozent aufweisen, die Inflation auf etwa fünf Prozent eindämmen und die Staatsverschuldung reduzieren, sagte JAFAREY. /IFF-Direktor PAUL CHABRIER beschrieb die von Pakistan zu erfüllenden Bedingungen als „anspruchsvoll".»[1260] Selbstverständlich, wie immer, **zu** anspruchsvoll, um nicht neuerliche Bankenkredite erforderlich zu machen, nur um die alten «bedienen» zu können ...

Wenn Pakistans Staatsschuld nach 2001 dennoch aus diesem Standard-Muster endloser Kredit-Aufschaukelung herausfiel, dann einzig dank dem an seiner afghanischen Grenze tobenden «Krieg gegen den Terror». Bis zum April 2003 waren die Auslandsschulden des Landes nämlich nicht mehr gestiegen, sondern leicht auf 35,3 Milliarden $ *gefallen!* Ermöglicht hatten das diverse, in ihrer Art einmalige Zugeständnisse der US-Regierung, aber auch des *Pariser Clubs,* sprich: der maßgeblich hinter beiden steckenden «fünften Gewalt». Während die Geberländer des *Pariser Clubs* schon gleich im Dezember 2001 zuvorkommenderweise «Rückzahlungen auf von Pakistan geschuldete 12,5 Milliarden $ aufgeschoben» hatten, «nachdem das Land US-Anstrengungen gegen den Terrorismus unterstützt» hatte, lautete die Meldung des Tages, daß die US-Regierung Pakistan soeben eine von insgesamt drei Milliarden $ an von ihr *direkt* vergebenen Krediten «gestrichen» hatte, «zur Belohnung für seine Unterstützung gegen den Terrorismus»[1261] ...

n) Indonesien

Gemessen an seiner Bevölkerungszahl ist es das größte muslimische Land der Welt und das viertgrößte überhaupt; außerdem gehört es dank erheblicher Erdöl- und -gasvorkommen der *OPEC* an. Für die ROTHSCHILDS & Co. gab und gibt es also Gründe genug, sich Indonesiens ganz besonders «anzunehmen», um hier keinesfalls wirkliche Unabhängigkeit aufkommen zu lassen. Die «Gläubiger-Arithmetik» kann sich denn auch sehen lassen: 21 Mrd. $ Schulden waren es 1980, weit mehr als das Vierfache, nämlich 90 Mrd. $ wurden bis 2003 an Zinsen gezahlt, aber da betrugen die Auslandsschulden nichtsdestoweniger massive 135 Mrd. $, also 21 - 90 = 135![1262]

[1259] Ebd.

1260 Reuters-Meldung in: «Deutsche Tagespost», 13.11.1993.

[1261] Bloomberg-Meldung in: «BusinessReport» (Johannesburg), 7.4.2003.

[1262] Lt. *CELANI* a.a.O.

Bis 1997 hatte sich das Land trotz jährlich munter steigender Schulden zu schön entwickelt, um nicht - im Hinblick auf das PROTOKOLLARISCHE Endziel - eines kräftigen Dämpfers zu «bedürfen»: «Von 1987 bis 1997 (Jahr der Asien-Krise) erhöhte sich das Bruttoinlandsprodukt Indonesiens von 76,76 Mrd. US-Dollar auf 221,53 Mrd. US-Dollar, das Pro-Kopf-Einkommen erhöhte sich von 450 US-Dollar auf 1110 US-Dollar. Angesichts eines Bevölkerungszuwachses von etwa 25 Millionen Menschen schon ein großer Erfolg»[1263], zu groß, um ihn bestehen zu lassen! Vorgeschickt wurde darum, mit reichlich ROTHSCHILD-Kapital ausstaffiert, der ungarisch-jüdische Großspekulant GEORGE SOROS, also jener Mann, der nach eigenem Bekunden - Leser von Band 1/2 werden sich noch entsinnen - mit dem Geld «Geschichte macht». Der schaffte es denn auch, den Wechselkurs der indonesischen Landeswährung Rupiah gegenüber dem US-Dollar zwischen dem 1. Juli 1997 und dem 22. Januar 1998 um über 500 Prozent, und folglich den Außenwert der Rupiah auf weniger als ein Sechstel (!) abstürzen zu lassen[1264], mit entsprechend desaströsen Folgen für Exporterlöse und Zahlungsbilanz, auch wenn sieh die Rupiah bald danach wieder auf ein gutes Viertel ihres früheren Außenwertes «erholte».

Hier ein «Zwischenbericht» vom Frühsommer 1998: «Kurz nach Beginn von SOROS' Spekulationskäufen sank der Wert der indonesischen Währung gegenüber dem Dollar um zehn bis zwanzig Prozent, inzwischen aber um 40 bis 70 Prozent. Weit entfernt von der nationalökonomischen Lehrbuchweisheit, daß bei einer Währungsabwertung die Exportchancen steigen, hatte diese rasante Abwertung in so kurzer Frist einen gegenteiligen Effekt. Indonesien konnte die für die Endmontage seiner Exportgüter nötigen Importkomponenten nicht mehr kaufen. Der *IWF* kam „zu Hilfe", mit einem insgesamt 40 Milliarden Dollar umfassenden „Rettungspaket", das in Raten bezahlt werden sollte und mit den üblichen Auflagen versehen war: keine staatlichen Subventionen mehr für Grundbedürfnisse wie Nahrung, Treibstoff, Strom, öffentlichen Personenverkehr; Schließung von 95 Prozent der Banken: Öffnung des Kapitalmarktes. Mitte April gaben vier indonesische Stromerzeuger bekannt, daß sie Anleihen von insgesamt 885 Millionen Dollar nicht mehr bedienen konnten, die in Dollar ausgewiesen waren. Seit August 1997 war die Rupiah gegenüber dem Dollar um 74 Prozent abgesackt. In einigen Regionen Indonesiens stiegen die Lebensmittelpreise um 200 bis 300 Prozent. Die Regierung gab am 4. Mai die Erhöhung des Preises für Dieselkraftstoff um 58 Prozent, des Benzinpreises um 71 Prozent und der Preise für den öffentlichen Personenverkehr um 67 Prozent bekannt; der Strompreis stieg um 20 Prozent. Im Land mit der viertgrößten Bevölkerungszahl der Welt, das sich auf etwa 17 000 Inseln verteilt, haben Energie- und Transportpreise eine zentrale Bedeutung: Wenn sie sich verteuern, verteuert sich alles. Die Streichung der Subventionen für Treibstoff war es denn auch, die als erstes zu den Unruhen führte, die schließlich dann - angeheizt durch Provokateure und Kriminelle - im Chaos und mit dem Rücktritt SUHARTOs endeten: Als am 6. Mai die meisten Passagiere die drastisch erhöhten Buspreise nicht zahlen konnten oder wollten, gingen die Beschäftigten des öffentlichen Transportsektors in den Streik und legten den Verkehr in den meisten Städten lahm. Der Rest ist bekannt. Der *IWF* hat seinen Willen bekommen. Indonesien fallt in die Armut zurück. . . . Die Arbeitslosigkeit in Jakarta ist seit Juli von 4,4 Millionen auf 8,7 Millionen gestiegen. Die Löhne sind seit 1997 praktisch eingefroren; die Inflationsrate liegt bei 50 Prozent. Woche für Woche überprüft der *IWF*, ob seine wirtschaftlichen Auflagen befolgt werden. Daß die immensen Reichtümer des SUHARTO-Clans die sozialen

1263 *MOTZKUHN a.a.O.,* S. 72.

1264 Vgl ebd s 246f: Das Verhältnis Rupiah zu $ betrug am 1. 7. 1997 noch 2432 : 1, am 6. 1. 1998 ca. 10 000 : l, am 22. 1. 1998 ca. 15 000: 1!

Unruhen ausgelöst hätten, ist ein Mythos. Die Massen haben sich nie um den Luxus der Regierenden gekümmert, wenn sie selbst genug zu essen hatten.»[1265]

Angesichts all dessen ist es erstaunlich genug, daß die indonesischen Auslandsschulden, die 1999 als direkte Folge der «Krise» auf 151 Milliarden $ angewachsen waren[1266], bis 2003 immerhin um 16 Milliarden $ reduziert werden konnten. Zu verdanken war dieser kurzzeitige Rückgang jedoch nur den weiterlaufenden Öl- und Gasexporten (die indessen vollständig vom Schuldendienst aufgezehrt wurden[1267]) sowie etlichen Zahlungsaufschüben und Umschuldungen[1268] im Sinne größerer «Nachhaltigkeit» für die Gläubiger-Banken . . .

o) Türkei

Seit das ehemalige osmanische Reich 1958 erstmals einen *IWF*-Kredit in Anspruch nahm, hatten die ROTHSCHILDS & Co. es finanziell in der Hand, denn was folgte, war das übliche Ritual: Unfähigkeit, den Kredit zurückzuzahlen, also Aufnahme eines neuen, größeren, um den alten samt Zinsen zu begleichen, folglich unterm Strich keine Tilgung, sondern bloß immerwährende Aufschuldung.

Als besonders «hilfreich» erwies sich der Putsch des freimaurerisch gelenkten Militärs gegen die allerdings auch bloß sehr vordergründig «demokratisch» gewählte Regierung, denn jetzt kam die «West-Öffnung» der Türkei erst richtig in Fahrt - und die *IWF*-Verschuldung ebenso:

«„Die Militärintervention in der Türkei vom 12. September 1980 kann in gewisser Weise als Glücksfall für das neue Wirtschaftsprogramm betrachtet werden, demokratische Regierungen wären nicht fähig gewesen, ein solches Programm der wirtschaftlichen Stabilisierung durchzuführen." Solche Aussagen kommen von führenden Experten des *Internationalen Währungsfonds* und der *OECD.* In einer Spezialbeilage der US-Zeitschrift *Time-Magazine* heißt es zum gleichen Thema: „Die Tür zur Türkei öffnet sich für die Weltwirtschaft. Die Türkei hat eines der liberalsten Investitionsprogramme für ausländisches Kapital. Die türkische Wirtschaft ist zum ersten Mal für die internationalen Märkte geöffnet." Will nämlich ein Staat einen Kredit erhalten - und die Türkei stand vor dem Bankrott -, muß er die Auflagen des *Internationalen Währungsfonds* erfüllen. . . . In der Türkei verlangte man u.a. Erhöhung der indirekten Steuern, damit der Verbrauch eingedämmt und das Steueraufkommen des Staates verbessert wird; Einschränkung der Subventions- und Kreditpolitik gegenüber den staatlichen Betrieben; Senkung der Staatsausgaben; Einfrieren der Löhne und Gehälter; Verbesserung der Investitionsbedingungen für ausländisches Kapital. Unter einer demokratischen Regierung wären Forderungen wie Einfrieren der Löhne und Gehälter, die sowieso gerade das Existenzminimum decken, nicht durchführbar. Die Militärs, vom Westen finanziert, übernahmen die Exekution der Forderungen des /JFF.»[1269]

1265 «Prisma-Informationsdienst» Nr. 22/1998, S. lf.

1266 Lt. *CELANI* a.a.O.

1267 Lt. *MOTZKUHN* a.a.O., S. 73.

1268 vgl dazu ebd § 73f. «Bereits 1998 und 2000 hat der *Pariser Club* der Gläubiger Indonesien einen Zahlungsaufschub über 4,7 und 5,8 Mrd. US-Dollar gewährt. Das Land verhandelt im Augenblick über eine Summe von 2,8 Mrd. US-Dollar, die im März 2002 fällig werden. Die indonesische Regierung will insgesamt einen Zahlungsaufschub für insgesamt 6 Mrd. US-Dollar erreichen, die bis zum Jahr 2004 fallig werden.»

1269 *MANFRED COPPIKJJÜRGEN ROTH,* Am Tor der Hölle. Strategien der Verfuhrung zum Atomkrieg, Köln 1982, S. 172f.

Wie ja durchaus beabsichtigt, blieb der wirtschaftliche Erfolg für die Türkei jedoch aus. Bis Anfang 2002 hatte der türkische Staat mit dem *IWF* bereits sagenhafte 19 «Abkommen» getroffen[1270], dazu stets neu genötigt durch die ewige «Kreditklemme»! «Insgesamt betrug die Auslandsverschuldung der Türkei Ende 1996 schon 80 Milliarden Dollar, der Schuldendienst stieg 1997 auf 12,7 Milliarden Dollar. Die Zinszahlungen des Staates machten im Haushalt 1998 bereits einen Anteil von über 40 Prozent aus. . . . Der *IWF* gewährte der Türkei Ende 1999 einen Kredit von 3,8 Milliarden Dollar über drei Jahre. Im Dezember 2000 erhöhten sich die zugesagten Finanzmittel des Währungsfonds auf insgesamt 11,4 Mrd. US-Dollar. Aber die Gesamtsituation hatte sich bis Ende 2000 nicht wesentlich verbessert. . . . Die Auslandsverschuldung betrug bereits vor der Lira-Abwertung im Frühjahr 2001 laut Angaben des Washingtoner *Institute of International Finance* 126 Milliarden Dollar. Hinzu kommt nach der [erzwungenen!] Freigabe des Wechselkurses im Februar 2001 noch die Tatsache, daß der Schuldendienst sich automatisch erhöht hat, da die türkische Lira . . . nach der Freigabe regelrecht eingebrochen war»[1271], und zwar um gewaltige 40 Prozent[1272]!

«Tatsächlich bewilligte der *Internationale Währungsfonds* der Türkei Mitte Mai 2001 weitere 8 Milliarden Dollar und erhöhte den Kreditrahmen des Landes beim *IWF* und der *Weltbank* auf 19 Milliarden Dollar.» Weil das im November 2001 schon wieder nicht reichte, wurden der türkischen Regierung zusätzliche 10 Milliarden Dollar zugesagt; «davon benötigt sie allein 5 Milliarden Dollar für die Tilgung alter *IWF*-Darlehen. So wird ein Teil des neuen Darlehens mit dem *Internationalen Währungsfonds* nur verrechnet. Die Türkei bewegt sich seit Jahren von einer Liquiditätskrise zur nächsten.»[1273] Damals, 2001/2002, sogar im Zwei- bis Dreimonatsabstand (!), was indes nur anzeigt, wie extrem scharf die ROTHSCHILDS & Co. das islamische Land im von ihnen selber «krisengeschüttelten» Nahen Osten, das sie offenbar als besonders «unsicheren Kantonisten» betrachten, am Zügel führten. Jedenfalls folgte kein Vierteljahr später die nächste Umschuldung: «Der *IWF* hat Anfang Februar 2002 beschlossen, der Türkei mit einem dreijährigen Beistandsabkommen in Höhe von 16,2 Mrd. Dollar zur Seite zu stehen. Davon sollen 9 Mrd. Dollar zur sofortigen Auszahlung kommen, weitere Tranchen sind abhängig von weiteren Reformen.»[1274]

Die das Land nur immer tiefer unter Wasser drücken sollten. Im April 2009 war der akute Kreditbedarf gigantischer als je zuvor. Da nämlich erfuhr man, die Türkei müsse «in diesem Jahr ausländische Kredite in Höhe von fünfzig Milliarden Dollar zurückzahlen. Da das Geld, das dafür benötigt wird, auf den internationalen Kapitalmärkten nicht aufzutreiben ist, bleibt nur der Gang zum *IWF*»[1275] - wie gehabt. Erinnern wir nur daran, daß die vorstehend liebedienerisch so genannten «internationalen Kapitalmärkte» mit den **Banken** und ihren zahllosen Tochtergesellschaften **identisch** sind. Was **sie** der Türkei nicht unmittelbar «leihen» mochten, «liehen» sie halt - so oder so frisch **aus nichts** geschöpft - den reichen /JFF-Mitgliedsstaaten, damit die es per *IWF* an den «kranken Mann am Bosporus» nicht etwa als heilende Medizin, sondern bloß als süchtig machende Quacksalbe weiterreichen konnten und dabei zugleich selber noch tiefer in die Kreide gerieten ...

[1270] *MOTZKUHN A.A.O.,* 192.

[1271] Ebd. S. 193.

[1272] Ebd. S. 251.

[1273] Ebd. S. 196f.

[1274] Ebd. S. 243.

[1275] *REINHARD NIXDORF* in: «Die Tagespost», 25.4.2009.

p) Saudi-Arabien

Nicht einmal der **Inbegriff** eines superreichen Öllandes kann sich im **PROTOKOLLARISCHEN** Zeitalter dauerhaft dem weltweiten Verschuldungszwawg entziehen.

Von den selber hochverschuldeten USA als dem gehorsamen Büttel der Rothschildschen «fünften Gewalt» mittels diplomatischen Drucks dazu getrieben, «durften» die arabischen Ölscheichs 1991 ihren Beitrag dazu leisten, Kuwait aus den Klauen des irakischen Staatschefs SADDAM HUSSEIN zu befreien. Der ihnen auferlegte Beitrag fiel so hoch aus, daß daraus, **erstmals,** eine gewaltige Auslandsverschuldung resultierte: «Saudi-Arabien hat den ersten Golfkrieg maßgeblich finanziert, [seine] Auslandsguthaben sanken dabei von 130 auf 10 Milliarden Dollar, und es hat 85 Milliarden Dollar Schulden angehäuft, was eine Budgetkürzung von 20 Prozent erzwang, die sogar dazu führte, daß viele Rechnungen ausländischer Firmen nicht beglichen wurden.»[1276]

Das war der Stand der Dinge von 1994 oder 1995. Bis 1999 hatte das Land mit den weltweit größten Ölvorräten und dem (nach Rußland) zweitgrößten Fördervolumen es immerhin geschafft, diese Auslandsschulden auf «nur» noch 31 Milliarden Dollar zu senken[1277]. Möglicherweise schreibt der saudische Staat heute sogar wieder schwarze Zahlen. Dennoch beweist sein Beispiel ebenso wie die im Jahre 2010 plötzlich aufgetretene, massive Zahlungsunfähigkeit der gemeinhin als «superreich» angesehenen Vereinigten Arabischen Emirate[1278], daß **im aktuellen Schuldgeldsystem** der einzige *wirkliche* Reichtum, und mit ihm die einzige *wahre* Macht bei jenen liegt, die längst überall an der Quelle sitzen, aus der sie ihn **kostenlos** und (nahezu) unbeschränkt, vor allem jedoch - dank der grenzenlosen Dummheit und/oder Niedertracht der «Gojim» selber - **straflos** schöpfen «dürfen».

q) Volksrepublik China

Davon, wie enorm die USA bei «China» verschuldet seien, redet seit Jahren alle Welt; davon, daß China selber hohe Auslandsschulden zu «bedienen» hat, redet fast niemand. Es hat auch wirklich eine ganze Weile gedauert, bis die **ROTHSCHILDS** & Co. das bevölkerungsreichste Land der Erde einigermaßen[1279] in **das aktuelle Schuldgeldsystem** einzubinden vermochten. «Vor 1981 hatte China überhaupt keine Regierungsschulden[1280]. Erst als sich das Land dem Westen öffnete», was keineswegs ohne kräftige Nachhilfe seitens der heimlichen Herren der satanischen ,Neuen Weltordnung' geschah, «glich es sich den westlichen Praktiken sichtbar an. Für nationale Entwicklung ausgegebene Kredite wurden umbenannt in „notleidende Kredite", so wie die englischen Strichlisten, die

1276 *BICHI.MAIER* a.a.O., S. 200 unter Berufung auf ein Buch von ANTON ZISCHKA von 1995.

1277 Lt. «Humanwirtschaft», Oktober/November 2001, S. 51.

1278 Noch im Herbst 2009 hatte der britische «angesehene Nahost-Reporter» *ROBERTFISK* im Londoner Blatt «The Independent» wörtlich versichert: «.. . allein die Vereinigten Arabischen Emirate halten 900 Milliarden Dollarreserven . . .» (zit. n. *CHRISTOPHER PETHERICK* in: «American Free Press», 2.11.2009, S. 3), eine nachgerade **groteske** Desinformation, denn wenige Monate später waren dieselben VAE zahlungsunfähig!

1279 Lt. *HODGSON BROWN* a.a.O., S. 312f bringt das staatliche chinesische Bankensystem teilweise *solche «Kredite»,* und damit **neues,** zusätzliches **Geld,** *an Unternehmen* in Umlauf, die bloß so heißen, jedoch *nicht* mehr zurückgezahlt werden müssen. - Falls das überhaupt jemals tatsächlich der Fall war, ist diese Praxis jedenfalls inzwischen längst aufgegeben worden; Einzelheiten dazu weiter unten.

1280 j)as jst ejn irrtm^; wjr werden weiter unten sehen, daß der erste Auslandskredit von 1975 datiert.

Ende des 17. Jahrhunderts in „nichtfundierte[1281] Schulden" umbenannt wurden. Das hat dazu geführt, daß China heute Regierungsschulden hat, die aber erheblich geringer sind als die der Vereinigten Staaten.»[1282]

Wie wir bereits sahen, war China schon 1987 zum zweitgrößten Empfanger von *IWF*-Krediten avanciert, wie bisher noch *nicht* erwähnt, 1996 sogar zum **größten** Empfänger von solchen der *Weltbank*[12^]! Diese Auslandskredite flössen, obwohl die chinesische Regierung auf die damit normalerweise verbundenen Bedingungen nur sehr zögerlich einging. Anzunehmenderweise ließen die ROTHSCHILDS und Konsorten hier aus zwei Gründen vorerst «Milde» walten. Erstens durften sie darauf vertrauen, daß die zunehmende Höhe der Kredite dank des Zinseszinsmechanismus China irgendwann in der Zukunft so abhängig von gnädigst gewährten Umschuldungen machen würde, daß dann endlich die jetzt bloß angemahnten Bedingungen mit Brachialgewalt durchgesetzt werden könnten. Zweitens hatte und hat China derart große «geostrategische» Bedeutung, daß man es bereits für sein «Mitspielen» bei diversen Eine-Welt-Manövern benötigte, noch ehe man volle finanzielle Gewalt über seine Regierung besaß.

Jedenfalls hatte China, von *IWF* und *Weltbank* immerfort dazu gedrängt, bis zum Jahre 2005 schließlich doch «*den Fehler gemacht. . ., sich auf ausländische Investitionen zu verlassen, anstatt das Mittel der eigenen souveränen Kreditvergabe zu nutzen. Die Strafe für China liegt darin, daß es den resultierenden Reichtum exportieren muß, um das Auslandskapital bezahlen zu können, das es eigentlich gar nicht gebraucht hätte.* Nach über zwei Jahrzehnten ist China zwar zum Gläubiger für die USA geworden in der Größenordnung von Chinas eigenem Bruttoinlandsprodukt (BIP), muß aber trotzdem die USA weiterhin um Investitionskapital bitten.»[1284]

Über die Höhe der chinesischen Staatsverschuldung ist seltsamerweise nirgends etwas Genaues zu erfahren. Jedenfalls besteht diese Schuld nicht bloß gegenüber *IWF* und *Weltbank,* sondern auch gegenüber **privaten** ausländischen **Banken,** denn wie ***GRANDT*** mitteilt, hat China «die Gefahr eines sich auflösenden Dollars bereits erkannt und am 8. September 2009 bekanntgegeben, daß es auch an **internationale Investoren** in Yuan denominierte [= auf Yuan lautende] Staatsanleihen herausgeben wird»[1285]. An wen es die *vorher* vergab (wirklich nur an die «eigenen Bürger»?), ist unklar; festzustehen scheint lediglich, daß auch schon *vor* 2009 chinesische Staatsanleihen «verkauft» wurden. ECKERT meldet nämlich, es würden «Yuan-Bonds seit 2009 **auch** am offeneren Hongkonger Markt plaziert», doch sei «eine **wirkliche** Öffnung des Markts für Festverzinsliche noch Jahre entfernt»[1286].

Tatsächlich ist dieser «Markt» bereits offen genug, um die Finanzpresse noch im Oktober 2010 freudig vermelden zu lassen: «Während westliche Länder um ihre Bonitätsnote bangen, hebt *Moody's* den Ausblick für China an. Manch kleinere Ratingfirma bewertet Peking sogar besser als die USA», und weiter: «Chinas Staatsverschuldung liegt aktuell bei 20 Prozent der Wirtschaftsleistung (USA: 93 Prozent), das Inlandsprodukt

1281 Keine glückliche Übersetzung, denn gemeint ist nicht etwa, wie üblicherweise im Deutschen, «unbegründet», sondern vielmehr *,nicht mit Geldmitteln unterlegt'.*

1282 *HODGSONBROWN* a.a.O., S. 312.

1283 Vgl. *GRIFFIN* a.a.O., S. 302: «1996 war China der größte einzelne Empfänger garantierter Kredite und Hilfen der *Weltbank* geworden.»

1284 *HODGSONBROWN* a.a.O., S. 314, den chinesisch-amerikanischen Ökonomen *HENRY C. K. Liu* aus einem Beitrag in der «Asia Times» vom 24.5.2005 wörtlich zitierend.

1285 *GRANDT* a.a.O., S. 222.

1286 *ECKERT* A.a.O., S. 113; Hervorh. hinzugefügt.

soll dieses Jahr um 10,5 Prozent wachsen (USA: 2,6 Prozent), und während Peking bald nicht mehr weiß, wohin mit seinen Währungsreserven, schicken sich die Amerikaner gerade wieder an, die Gelddruckmaschine zu befeuern. Und was sagt das aus über die Bonität der beiden Länder? Die Amerikaner sind mit ihrer „AAA"-Note so kreditwürdig wie eh und je, während die Chinesen irgendwo auf Portugalniveau liegen. So sehen das jedenfalls die drei großen US-Ratingagenturen. Nun aber kommt Bewegung in die Sache, ein wenig zumindest. Nicht, daß die sakrosankten USA eine Herabstufung zu befürchten hätten - aber immerhin hat *Moody's* am Freitag [8.10.] schon mal den Ausblick für die Chinesen angehoben. Anstelle eines „Al" dürfte Peking bald ein „Aa3" und damit die viertbeste Ratingnote kriegen.»[1287]

Derlei Einstufungen wären offenbar sinn- und zwecklos, stünde der «Markt» für chinesische Staatsanleihen «westlichen Investoren» nicht offen. Umso seltsamer mutet natürlich an, daß China seine Billionen-Dollar-Reserven, mit denen es **«bald nicht mehr weiß, wohin»** (!), nicht dafür verwendet, sämtliche Auslandsschulden mit einem Schlag zu begleichen und keine neuen mehr einzugehen. Hier ist jedoch etwas zu bedenken, was von aufmerksamen Beobachtern zwar registriert, jedoch anscheinend ganz falsch interpretiert wurde. Der ehemalige *FED*-Chef und notorische Talmudist ALAN GREENSPAN erklärte am 12. Juni 2007 gegenüber Journalisten: «Es ist sehr unwahrscheinlich, daß die Chinesen ihre Dollar-Reserven abstoßen, denn sie werden niemanden finden, der sie ihnen abkauft.»[1288] ANDREAS CLAUSS deutet diesen Satz natürlich dahingehend, GREENSPAN habe auf einen nahe bevorstehenden Zusammenbruch' des US-Dollars angespielt, der die chinesischen Dollar-Reserven entwerten und damit für etwaige Käufer unattraktiv machen würde. Wie aber, wenn GREENSPAN, für die gewollte Mehrdeutigkeit seiner Orakelsprüche berühmt, etwas ganz anderes gemeint hätte, nämlich: Die «fünfte Gewalt» wird es China nicht *erlauben*, seine Dollar-Reserven für *ihr nicht genehme* Zwecke wie etwa die Schuldenrückzahlung zu verwenden, indem sie deren Inempfangnahme schlicht verweigert!? Verbunden mit der unverblümten Drohung (sofern überhaupt nötig - s.u.!), andernfalls sämtliches «Investitionskapital» umgehend aus dem Land abzuziehen und es dadurch in enorme Turbulenzen zu stürzen?

Gestützt wird diese Deutung durch einen weiteren verblüffenden Umstand. Obwohl China schon damals rund eine Milliarde Menschen und damit ein Sechstel der Weltbevölkerung zählte, wurde im gesamten Riesenreich kein einziger *Chinese* gefunden, der es vermocht hätte, das Amt des **Finanzministers** in der «richtigen» Weise auszufüllen. *Dafür* mußte unter der Herrschaft des vermeintlich allmächtigen Kommunistenführers MAO TSE TUNG jemand engagiert werden, dem die Chinesen während des «Boxer-Aufstands» noch als «fremdem Teufel» den Garaus gemacht hätten: ein Angehöriger der weißen Rasse aus dem fernen westlichen Ausland, näherhin jemand mit dem geläufigen jüdischen Namen ISRAEL EPSTEIN, dem für seine geleisteten Dienste noch vor kurzem seitens der chinesischen Parteiführung eine offizielle Ehrung zuteil wurde[1289] ...!

Während also China selbst im Ausland verschuldet ist und bleibt, darf es neuerdings - wir kennen ja schon das Muster - alle möglichen anderen Länder mit *seinen* eigenen Krediten beglücken! «Immer zielt Peking - wie schon in Afrika - auf die hochverschuldeten Kleinstaaten, darunter vorrangig Serbien, Kroatien, Moldawien und Griechenland! Zuerst

[1287] *HEINZ-ROGER DOHMS* in: «Financial Times Deutschland», 11.10.2010.

[1288] Zit. n. *ANDREAS CLAUSS,* Das Deutschland Protokoll II. Die wirtschaftliche Vernichtung Deutschlands, Gelnhausen 2008, S. 68.

[1289] Lt. *TEXEMARRS* in: «Power of Prophecy», September 2010, Sonderbeilage, S. 2; von dort auch die beiden Photos.




LINKS: Mao Tse Tung (hinten rechts) mit sechs Angehörigen des vermeintlich auserwählten Volkes, darunter sein nachmaliger Finanzminister Israel Epstein (Pfeil). - RECHTS: noch nicht allzu lange zurückliegende Ehrung von Israel Epstein (Pfeil) für seine «Verdienste» durch den gegenwärtigen chinesischen Parteichef Hu Jin Tao.

werden langfristige Kredite ([in] Dollar, diese haben die Chinesen im Überfluß) zu extrem tiefen Zinssätzen (drei Prozent) geboten», dann als Gegenleistung Kapitalbeteiligungen an allen möglichen Unternehmen dieser Schuldnerstaaten verlangt - und gewährt. Serbien erhielt u.,a. Kredite über 280 Mill. Euro, Moldawien wurde gar 2010 eine Anleihe von 1 Mrd. Dollar zugesagt. «Dafür erstellen die Chinesen Straßen, Kraftwerke, Stromleitungen und die Wasser- und Abwasserversorgung im Lande, gegen entsprechende Beteiligungen, versteht sich ,..»[1290]

Wer daraufhin jedoch emstlich glaubte, diese schönen Beteiligungen gehörten jetzt wirklich «den Chinesen», hätte schon wieder vergessen, daß ja China selber finanziell von ganz anderen Leuten kontrolliert wird! Das mußte man auch im Hinterkopf behalten, wenn man von Berichten Lissabonner Zeitungen aus der zweiten Dezemberhälfte 2010 erfuhr, «China werde sich in Portugal und Spanien einkaufen». Gemeint waren Staatsschuldpapiere dieser beiden £(/-Länder, und angekündigt wurde, «es handele sich um eine Summe von vier bis fünf Milliarden Euro, die Peking Anfang des Jahres [2011] bereitstellen werde»[1291]. Übrigens nur ein Bruchteil dessen, was das selber beträchtlich auslandsverschuldete China seinerseits anderen Ländern als Staatsschulden aufs Auge drücken darf, hieß es doch Anfang 2011: «China hat die *Weltbank* als größten Kreditgeber der Entwicklungsländer abgelöst. Allein die beiden Staatsbanken *China Development Bank* und die *Export-Import-Bank* haben laut der *Financial Times* in den vergangenen zwei Jahren Regierungen und Unternehmen in Entwicklungsländern mindestens 110 Milliarden Dollar geliehen.»[1292]

Kein wirklicher Gewinn für das Reich der Mitte, das übrigens keine aus nichts geschöpften Gelder, sondern handfeste, durch Exporte verdiente Dollars als Kredite ausreicht, wohl aber einer für die PROTOKOLLE und ihre listigen Vollstrecker! Und dabei zugleich selber auf einer Staatsschuld sitzt, die nach jüngsten Angaben der Bewertungs-Agentur *Fitch* «bis Ende 2011 185 Prozent [des BIP] erreichen könnte» (zum Vergleich: in Griechenland sind es nur rund 150 Prozent des BIP!), wobei die Netto-Neuverschuldung 2009-2010 sagenhafte 42 Prozent des BIP betrug und 2011 auf 38 Prozent sinken soll (zum Vergleich: der Vertrag von Maastricht erlaubt nur 3 Prozent!)[1293].

1290 «PHI», 30.7.2010, S. 236f.

1291 *DETLEFDREWES* in: «HNA», 24.12.2010.

1292 «PHI», 7.2.2011, S. 26.

1293 Ygi *VINCERYAN* in: «American Free Press», 8.8.2011, S. 18: «The Chinese government has been vague about the true seize of ist debt. Chinese Prime Minister WEN JIABAO calls it „mana-

6) Die Auslandsverschuldung der reichen «westlichen» Industriestaaten

Das ist das Kernstück der PROTOKOLLARISCHEN Strategie, denn die Erste Welt, das ehemals christliche Abendland mit seiner nordamerikanischen «Erweiterung», soll ja die eigentliche Machtbasis des Eine-Welt-Herrschers von Satans Gnaden bilden. Den USA als dem mit großem Abstand bevölkerungsreichsten, daher auch finanziell, wirtschaftlich und militärisch mit ähnlichem Abstand stärksten Industrieland fiel und fallt dabei eine Sonderrolle zu, denn *ihr* Schuldgeld wurde in Bretton Woods zur internationalen Leit- und Reservewährung erkoren. Und das war vielleicht sogar der für die ROTHSCHILDS und ihre Kabale wichtigste Grund, den britischen, von KEYNES erarbeiteten Vorschlag zum Ausgleich der internationalen Zahlungsbilanzen auf gar keinen Fall Wirklichkeit werden zu lassen. Denn KEYNES hatte überhaupt keine «Leit-» oder «Reservewährung», sondern bloß eine neutrale Verrechnungseinheit im Auge, deren Aufgabe noch dazu darin liegen sollte, sich selbst so viel als möglich überflüssig zu machen. Nur die jeweils aktuell bestehenden Handelsungleichgewichte, d.h. Export- und Importüberschüsse sollten nämlich in «Bancor» beziffert, gleichzeitig jedoch durch eine Gebühr bestraft und dadurch zum Verschwinden gebracht werden!

Indem man stattdessen den US-Dollar zur Leit- und Reservewährung der ganzen Welt erhob, wurden nicht bloß die Ungleichgewichte verewigt, sondern außer allen übrigen Staaten *auch die USA selber* zuverlässig «an die Kette gelegt». Völlig oberflächlich bleibt da alles törichte Gerede von solchen USA, die sich angeblich nach Belieben im Ausland verschulden und damit vermeintlich «auf Kosten» des Auslands glänzend leben können. Denn erstens ist die Kehrseite dessen eine inzwischen eingetretene massive Entindustrialisierung der USA mit den bekannten Folgen Massenarbeitslosigkeit und Massenarmut. Um die ganze Welt hinlänglich mit Dollar«reserven» zu versorgen, mußten die Amerikaner nämlich ihr ROTHSCHILD-gelenktes Bankensystem permanent Unmengen von Dollar-Schuldgeld erzeugen lassen, mit dem sie stetig im Ausland statt im Inland einkauften. Das haben über Jahrzehnte hinweg große Teile der US-Industrie und US-Landwirtschaft nicht überlebt. Zweitens machte gerade diese ihnen künstlich aufgezwungene Auslandsverschuldung die Vereinigten Staaten bzw. ihre jeweilige Regierung für die «fünfte Gewalt» perfekt erpreßbar - genau wie beabsichtigt.

Der - als «Weltpolizist» und Eine-Welt-Einpeitscher - Rothschildsche Bullterrier USA liegt also infolge der Leit- und Reservewährungsfunktion des Dollars an einer doppelten Kette: einerseits ist Amerika inzwischen in erschreckendem Maße auf Importe von Industriegütern und sogar Lebensmitteln aller Art *angewiesen-,* zweitens hat beinahe die ganze Welt ihm gegenüber immerfort irgendwelche «Gläubiger»ansprüche anzumelden. Auf diese Weise ist gleich zweifach dafür gesorgt, daß der beißwütige Hund nie gegen sein heimliches «Herrchen» aufbegehren wird, denn er weiß genau, wie übel ihm das bekommen würde . . .

Umgekehrt hält der Dollar als Leit- und Reservewährung aber die ganze übrige Welt finanziell und wirtschaftlich unter rigider Kontrolle. Natürlich nicht der Dollar selber, sondern seine maßgeblichen Erzeuger. Auch das geschieht auf zweifachem Wege. Sofern er die globale Leitwährung darstellt, können zahlreiche unverzichtbare Güter auf dem internationalen Markt **nur** oder doch **oft bzw. meist nur** gegen Bezahlung mit Dollars erworben werden. Bekanntestes Beispiel ist immer noch das Rohöl. Dem breiten Publikum weniger bekannt sein dürfte hingegen, daß sogar *in Europa hergestellte* Großflug-

geable".... *Fitch,* an organization that reports on such matters, estimates new financing in China could reach 38 percent of GDP in 2011, down from 42 percent in 2009-2010. *Fitch* figures that total debt relative to GDP by the end of 2011 could reach 185 percent.»

zeuge vom Typ *Airbus* selbst von *europäischen* Fluglinien mit US-Dollars bezahlt werden müssen[1294]! Daraus ergibt sich von selbst die Notwendigkeit für alle übrigen Länder, in «ihren» Zentralbanken jederzeit genügend Dollars als **Reserven** bereitzuhalten, um der steten Nachfrage nach Dollars zum Zweck der Begleichung irgendwelcher auf Dollar lautenden Importrechnungen genügen zu können.

Allerdings werden die in den Zentralbanken zumindest der Industriestaaten meist *überreichlich* liegenden «Reserve»dollars überdies fleißig dazu genutzt, die «Reserve»konten der Geschäftsbanken aufzufüllen und diesen letzteren somit größeren Spielraum für ihre Geldschöpfungen aus nichts in der jeweiligen nationalen oder übernationalen Währung zu gewähren! Dabei gelten in diesem **rein banktechnischen** Sinne[1295] als «Reserven» jedoch nicht bloß die Dollar-Bargeldbestände, sondern auch die auf Dollar lautenden US-Schuldverschreibungen aller Art. Genau in *diesem* Sinne müssen darum auch alle übrigen noch vorhandenen Währungen des Globus zumindest teilweise als «Derivate» des US-Dollars angesehen werden.

Diese grundsätzlichen Betrachtungen vorausgeschickt, wollen wir jetzt die Auslandsverschuldung der Vereinigten Staaten von Amerika näher in Augenschein nehmen, ehe wir uns Deutschland sowie ein paar weiteren Industriestaaten widmen.

a) USA

Um Irrtümer zu vermeiden, sind vorab ein paar Klarstellungen erforderlich.

1) Die veröffentlichten Zahlen zur Höhe der US-Staatsschulden beziehen sich, im Gegensatz zu den Angaben über die Höhe der deutschen Staatsschulden, immer nur auf die US-2?MHöfosschulden. Die Verschuldung der einzelnen Bundesstaaten und der Kommunen ist also darin *nicht* enthalten, obwohl auch sie erheblichenteils im Ausland liegt, wovon man jedoch normalerweise nichts erfährt... So brachte z.B. erst eine **finanzkrisenbedingte** parlamentarische Anfrage an das bundesdeutsche Finanzministerium Anfang 2010 ans Licht, «daß deutsche Banken Außenstände bei US-Kommunen in Höhe von 38 Milliarden Dollar haben, zuzüglich 13 Milliarden Dollar an Forderungen gegen US-Bundesstaaten»[1296]!
2) Die US-Staatsschulden im Ausland dürfen nicht mit der negativen US-Handelsbilanz verwechselt oder verquickt werden. Oft werden beispielsweise die von China für seine Warenexporte in die USA erzielten *überschüssigen* Dollar-Einkünfte als in China liegende «Schulden der USA» bezeichnet. Das ist sachlich nur insofern richtig, als natürlich jeder irgendwo im Ausland befindliche Dollar grundsätzlich immer einen *Anspruch* auf irgendwelche Waren oder Dienstleistungen in den USA repräsentiert. Doch nur ein Teil der chinesischen (wie auch japanischen, koreanischen etc. etc.) Dollar-Einnahmen wird dazu benutzt, förmliche US-Schuldverschreibungen zu kaufen, und bloß *dieser* Teil kann als US-Staateschuld im Ausland angesprochen werden!
3) Manche Autoren begehen eine andere Art der Verwechslung bzw. Verunklarung: sie werfen Dollar-Bar- oder Buchgeld mit auf Dollar lautenden US-Schuldverschreibungen in einen Topf. Das aber ist absolut unzulässig. Zwar kommt ein beachtlicher Teil der Dollar-Geldbestände per US-Staatsverschuldung ins Dasein, doch ein noch größe-

1294 Lt. *BICHLMAIER* a.a.O., S. 179.

1295 Der jedoch nicht mit «Reserven» im währungstechnischen Sinne verwechselt oder gleichgesetzt werden darf!

1296 *BEATRIX ULLRICH* in: «Der freie Mensch» Nr. 3-4 (März-April 2011), S. 42 unter Berufung auf den Weltnetz-Auftritt des «Handelsblatts».

rer Teil entsteht durch die Aufnahme privater und Unternehmens-Schulden. Besorgen sich also ausländische Zentralbanken US-Dollars, ganz gleich, ob in Form von Banknoten oder bloßen (elektronischen) Buchgeldes, um ihre Reserven wieder aufzufüllen oder zu erhöhen, kann keineswegs behauptet werden, sie seien dadurch auch schon zu Inhabern von US-Staatsschulden geworden! Das werden sie nämlich erst dadurch, daß sie sich neben den (ihnen!) *keine* Zinsen tragenden US-Dollar-Banknoten oder Dollar-Buchgeld-Kontoeinträgen als (Pseudo-)«Reserve» auf Dollar lautende *zinsbringende* US-Schatzpapiere in die Tresore legen.

4) Wo immer die Höhe der US-Staatsschulden *im Ausland* für einen bestimmten Zeitpunkt beziffert wird, muß man sich zuerst einmal vergewissern, was denn des näheren überhaupt gemeint ist. Wie schon mehrfach angedeutet, besteht das eigentliche Meisterstück der von den ROTHSCHILDS über Generationen hinweg orchestrierten internationalen Staatsverschuldungsorgie darin, daß die «Staaten» (in Wirklichkeit natürlich «ihre» Banken . . .) völlig widersinnigerweise **einander gegenseitig verschulden.** Daraus resultiert dann zwangsläufig für jedes einzelne Land eine Brutto- und eine Netto-Auslandsverschuldung. Die erstere umfaßt sämtliche vom Ausland gehaltenen US-Schatzpapiere, die letztere zieht jedoch davon alle im Inland liegenden Schuldverschreibungen auswärtiger Regierungen wieder ab[1297]! Den ROTHSCHILDS & Co. kommt es natürlich auf eine möglichst hohe **Brutto**-Auslandsverschuldung an, und diese Zahl wird auch in den Medien meist genannt; um sie handelt es sich darum stets, sofern nicht ausdrücklich etwas anderes angegeben wird. Auch nachfolgend im Falle der USA.

Kommen wir also nun zu den Einzelheiten. Da ist zunächst bemerkenswert die Tatsache, daß der überwiegende Teil der amerikanischen *Staatsschulden im Ausland* von den dortigen **Zentralbanken** gehalten wird. Laut HODGSON BROWN waren das im Jahre 2004 knapp zwei Drittel, nämlich 64 Prozent, und das Geld, mit dem die auswärtigen Zentralbanken diese US-Schuldverschreibungen gekauft hatten, hatten sie nach Schätzungen von Fachleuten zu rund 90 % schlicht - aus nichts geschöpft[1298]! An dieser Stelle zeigt sich also, daß auf **diesem** Gebiet, nämlich der Erzeugung von Auslandsschulden jeweils anderer Staaten, die ROTHSCHLLD-gelenkten Zentralbanken doch noch eine im jeweiligen Inland kaum beachtete und/oder bemerkte Geldschöpfungsfunktion von beträchtlicher Größenordnung ausüben . . . weit über das bloße Drucken(lassen) von Geldscheinen in nationaler Währung hinaus!

HELMUT CREUTZ, der die Kreditschöpfung der Geschäftsbanken für unmöglich hält bzw. starrsinnig ignoriert, stellt die aus seiner Sicht bloß rhetorisch gemeinte Frage, «warum sich die US- und andere Regierungen zur Schließung ihrer Defizite Kredite aus aller Welt zusammenholen, obwohl die nationalen Banken diese Etatlücken durch eigene Schöpfungen schließen könnten»[1299]. Doch diese Frage ist teilweise falsch gestellt. **Im aktuellen Schuldgeldsystem** nehmen Regierungen grundsätzlich nie Schulden auf, um «Etatlücken schließen zu können», und wer wüßte das besser als CREUTZ selber, dem wir doch - neben ROWBOTHAM - erst die klare Erkenntnis verdanken, daß die Staatsschulden dem Etat im langjährigen Durchschnitt *überhaupt nicht zugutekommenM* Weit mehr Berechtigung hat demgegenüber der in der Frage enthaltene Hinweis auf den schein-

1297 Ygi *RQBLEE* auf *PrudentBear.com* am 5.10.2005; hier zit. n. «Impact», Februar/März 2006, S. 18: «Die USA haben Netto-Auslandsschulden (auswärtige Verbindlichkeiten minus auswärtige Guthaben) von über 2,5 Billionen $ ...»

1298 Vgl. *HODGSON BROWN* a.a.O., S. 449f.

1299 *CREUTZ,* Das Geld-Syndrom ... a.a.O., S. 248.

baren Widersinn, *auswärtige* Zentralbanken das besorgen zu lassen, was die *inländischen* Geschäftsbanken im Zusammenwirken mit der *inländischen* Zentralbank **genausogut** tun könnten: *inländische* Staatspapiere «kaufen». Stattdessen schöpfen jedoch die US-Geschäftsbanken wie auch die *FED* einen Teil ihrer famosen «Kredite» exakt zu dem Zweck, alle möglichen *ausländischen* Schuldverschreibungen zu erwerben! Umgekehrt erlauben sich alle möglichen auswärtigen Zentral- und Geschäftsbanken den Luxus, massiv in US-Staatsschulden statt in die ihrer eigenen Regierung zu «investieren». Das alles wäre in der Tat komplett absurd, klärten uns nicht die PROTOKOLLE über den durchaus vorhandenen tieferen Sinn und Zweck dieser permanenten «Übung» auf. . .

Den ersten Versuch, die USA - unnötigerweise! - im Ausland zu verschulden, unternahm die *FED* schon zu Beginn der 1930er Jahre. Der Kongreßabgeordnete LOUIS McFADDEN, unerbittlicher Kritiker der *FED* und ihrer Machenschaften, prangerte 1934 im US-Kongreß diesen Versuch wie folgt an: «Vor ein paar Tagen trat der Präsident der Vereinigten Staaten mit bleichem Gesicht und zitternden Händen im Namen der großen Geldinteressen vor den Senat und bat ihn, vom Volk eine Steuer zu erheben, um die Ausländer wissen zu lassen, daß diese Vereinigten Staaten ihre Schulden an sie zurückzahlen würden. Die meisten Amerikaner glaubten, es verhalte sich umgekehrt. Was schulden diese Vereinigten Staaten Ausländem? Wann und durch wen wurden diese Schulden eingegangen? Sie wurden durch die *FED* eingegangen, als sie die Unterschrift der Regierung an Ausländer verhökerte - für einen Preis. Der ist das, was die Regierung der Vereinigten Staaten zahlen muß, um die Verpflichtungen der *FED* einzulösen.»[1300]

Daran anknüpfend brachte MCFADDEN einen Gesetzentwurf ein, der darauf abzielte, das Geschäftsgebaren der *FED*-Verantwortlichen juristisch genau zu untersuchen und ihre Missetaten ggf. hart zu bestrafen. Einer seiner vielen Vorwürfe an die Adresse der FED-Gewaltigen in dem Resolutionsentwurf lautete: «Ich klage sie, einzeln und gemeinschaftlich, dessen an, sich verschworen zu haben, Schuldverschreibungen der US-Regierung und mithin die Bundesschulden der USA in den Händen von Ausländem und internationalen Geldverleihern zu konzentrieren .. .»[1301] Der Resolutionsentwurf wurde zwar bloß an den Rechtsausschuß des Kongresses verwiesen, wo er dann in einer Schublade verstaubte, aber die *FED* und ihre Hintermänner im Londoner ROTHSCHILD-Hauptquartier waren gewarnt und unternahmen drei Jahrzehnte lang nichts Vergleichbares mehr!

Erst der «Kalte Krieg», die damit einhergehenden Rüstungsanstrengungen der USA und der eben dadurch rapide zusammenschmelzende Goldvorrat hinter dem US-Dollar lieferten wieder einen brauchbaren Vorwand für den nächsten und diesmal erfolgreichen Anlauf. 1963, noch unter dem im selben Jahr ermordeten Präsidenten KENNEDY, verkaufte die US-Regierung erstmals kurzfristige, nämlich über 20 Monate laufende Schuldverschreibungen im Wert von 654 Millionen Dollar an Deutschland, Frankreich, die Schweiz und Italien, und zwar ausdrücklich als Ersatz für die kaum noch mögliche Einlösung von Überschuß-Reservedollars dieser Länder in Gold. Der Kongreßabgeordnete JACK WESTLAND erklärte damals gegenüber der US-Presse, es sei «das erste Mal seit Menschengedenken, daß wir Geld von auswärtigen Regierungen leihen mußten». Seine besorgte Frage, wie lange das noch so weitergehen könne, hatte ein namentlich nicht genanntes Mitglied des F£Z)-Vorstands wörtlich so beantwortet: «Wir nähern uns gerade jetzt dem Ende der Fahnenstange.»[1302]

[1300] *Louis T. MCFADDEN* on the Federai Reserve Corporation . . . a.a.O., S. 22.
[1301] Ebd. S. 50.
1302 *VENNARD* a.a.O., S. 44f.

Natürlich war das, wie wir heute wissen, entweder dummes Gerede oder freche Desinformation. WESTLAND selber stellte zwar fest, daß irgendetwas faul an der Sache war, vermochte sich aber keinen Reim darauf zu machen. «„Während wir genötigt sind, von wohlhabenden europäischen Regierungen zu hohen Zinssätzen zu leihen", sagte er, „besteht der Präsident gleichzeitig darauf, daß wir anderen Ländern überall auf der Welt, darunter so linksgerichteten wie Indonesien, Afghanistan, Jugoslawien und Indien, Geld schenken oder langfristige, niedrigverzinsliche Kredite gewähren. Das ergibt einfach keinen Sinn und kann uns schnell bankrottgehen lassen."»[1303]

Offenbar hatte der gute Mann keine Ahnung davon, wie **das aktuelle Schuldgeldsystem** tatsächlich funktioniert. Doch höchst bemerkenswert ist die Tatsache, daß die USA sich damals auf der einen Seite im Ausland zu verschulden begannen, während sie ihrerseits auf der anderen Seite selber das Ausland in annähernd gleicher Höhe (es ging um rund eine halbe Milliarde Dollar) verschuldeten, Beweis genug dafür, daß eigentlich gar kein Bedarf an Auslandskrediten bestand! Sicherlich kann man darüber streiten, worauf es den ROTHSCHILDS und Konsorten im Hintergrund damals *mehr* ankam: das marode System von Bretton Woods mit seiner unhaltbaren «Golddeckung» des Dollars noch so lange wie irgend möglich wenigstens scheinbar aufrechtzuerhalten, oder nun endlich mit der unter PROTOKOLLARISCHEN Vorzeichen nötigen Auslandsverschuldung der USA ernstzumachen. Faktisch erreichten sie beides gleichzeitig. Sie würden bald noch viel mehr erreichen. Während hier, in der Anfangsphase, Europa die USA verschulden durfte, die dann ihrerseits die 3. Welt verschuldeten, sollte es im weiteren Verlauf so weit kommen, daß Europa und die USA, ja sogar die 3. Welt und die USA (!) **einander gegenseitig** - und dies **gleichzeitig** - nach Herzenslust mit Krediten «versorgten», ein noch irrwitzigeres Szenario.

Im Jahre 1982 betrug der Auslandsanteil der US-Bundesschulden schon 18 Prozent[1304]; bis 2000 war er auf über 40 Prozent geklettert, um seitdem zwischen 43 und 49 Prozent zu schwanken[1305], so daß man sagen kann: die - stetig anschwellenden - Staatsschulden der USA liegen schon seit rund einem Jahrzehnt knapp zur Hälfte im Ausland! Erst im Jahre 2010 haben, falls diese unglaublich scheinenden Angaben überhaupt stimmen, die .verzweifelten' Maßnahmen der *FED* zur Eindämmung der «Bankenkrise» dieses Verhältnis signifikant, aber wohl nur kurzfristig, verändert. Im Juli 2010 vermeldete nämlich der aufmerksame FFD-Beobachter CHRISTOPH PETHERICK: «Gemäß den jüngsten Zahlen hält die *FED* 49,37 Prozent der US-Bundesschulden, die jetzt offiziell bei insgesamt etwas über 13 Billionen liegen. Den nächstgrößten Teil besitzen „internationale Investoren", die 27,90 Prozent der US-Schulden halten.»[1306]

Falls diese gewaltige Gewichtsverschiebung zugunsten des - *scheinbaren* - Inlands überhaupt den Tatsachen entsprach, **woran jedoch gewaltige Zweifel bestehen** (siehe

[1303] Ebd. S. 45.

[1304] Lt. «PHI-Auslandsdienst», 29.4.2006, S. A80.

[1305] Lt. *GRIFFIN* a.a.O., S. 511: **43 % 2001;** lt. *GERHOCHREISEGGER,* Wir werden schamlos irregeführt! Vom 11. September zum Irak-Krieg, Tübingen 2003, S. 291: **45 % 2002;** lt. «PHI-Auslandsdienst», 29.4.2006, S. A80: **49 % 2004;** lt. *MATTHIAS CHANG,* Future Fastforward. The Zionist Anglo-American Empire Meltdown [Blick in die Zukunft. Der Zusammenbruch des zionistischen anglo-amerikanischen Imperiums], Washington, D.C. 2006 (Originalausgabe Malaysia 2005), S. 19 (aber die dort gleichfalls genannte Zahl von «11 Billionen $» kann unmöglich stimmen!): **43 % 2005;** lt. *HODGSONBROWN* a.a.O., S. 438: **«fast die Hälfte» 2007/2008;** lt. *GRANDT* a.a.O., S. 204: **44 % 2009.**

1306 *CHRISTOPHPETHERICK* in: «American Free Press», 12.7.2010, S. 10.

gleich hier anschließend!), konnte sie sich einzig dem zuletzt gleich billionenweise getätigten «Ankauf» alter wie neuer US-Schuldverschreibungen durch die *FED* teils **von** ihren, teils **zugunsten** ihrer «notleidenden» Mitgliedsbanken verdanken. Wir werden indessen im nächsten Kapitel detailliert nachweisen, daß die *FED* selber straff von den Londoner ROTHSCHILDS kontrolliert wird, so daß auch alle von *ihr* gehaltenen US-Schuldpapiere ohne weiteres der Kategorie «Auslandsschulden» zugeschlagen werden müssen . . . Doch soll dieser hochwichtige Aspekt hier vorerst noch außer Betracht bleiben.

Im übrigen muß allerdings konstatiert werden: Nirgendwo wird so massiv und so frech mit Nebelkerzen geworfen wie auf genau diesem Gebiet! Man findet kaum je zwei aus verschiedenen Quellen stammende Zahlenangaben, die auch nur annähernd übereinstimmen würden. Um das hier nur für die jüngste Zeit nachzuweisen, bleiben wir nochmals bei den gerade zitierten Angaben. Es behaupteten

1) CHRISTOPH PETHERICK im Wochenblatt *American Free Press* vom 12. Juli 2010:
   * die *FED* halte aktuell 49,37 % der Bundesschuld von etwas über 13 Bill. Dollar (= ca. 6,5 Bill. $);
   * das Ausland halte aktuell 27,90 % derselben Bundesschuld (= ca. 3,63 Bill. $);
2) ***DANIEL ECKERT*** in einem ebenfalls im «Juli 2010» abgeschlossenen Buch:
   * es befänden sich aktuell «mehr als 60 Prozent der US-Regierungsanleihen in ausländischen Händen»[1307] (ca. 7,8 Bill. $);
3) ***UDO ULFKOTTE*** im Nachrichtendienst *KOPP Exklusiv* Mitte November 2010:
   * es habe die «Summe aller US-Staatsanleihen in ausländischer Hand» «im September offiziell 4,2 Billionen Dollar» betragen[1308];
4) *American Free Press* am 14. Februar 2010, jetzt unter direkter Berufung auf *The Financial Times:*
   * die *FED* habe jetzt «zum ersten Mal in der Geschichte» China als den «größten Inhaber» von US-Staatsschuldpapieren *aller Art* überholt;
   * die *FED* halte aktuell 1,1 Bill. Dollar an US-Staatsschuldpapieren *aller Art;*
   * China habe seine US-Schuldpapiere (von vorher ca. 1 Bill. - siehe unten!) auf aktuell 896 Mrd. Dollar reduziert;
   * Japan folge fast unmittelbar mit aktuell 877 Mrd. Dollar[1309].

Nichts von alledem paßt, sei es untereinander, sei es mit den weiter oben aus der Fachliteratur zitierten Angaben, zusammen! Denn, beispielsweise:

* Von *bis dahin* schon wieder auf rund 14 Bill. Dollar angewachsenen US-Staatsschulden sind 1,1 Bill. (= 7,85 %) ein, auch historisch betrachtet, **extrem** niedriger Wert für den angeblich von der *FED* gehaltenen Anteil, zumal der noch im Juli 2010, also vor nur sieben Monaten, **fast siebenmal so hoch** gelegen haben *solll*
* Wenn die *FED* China jetzt «erstmals in der Geschichte» überholt hätte, wäre ihr Anteil z.B. 2005 ganz unerhört niedrig (nur ca. 5 %!) gewesen, weil China - siehe unten! - damals «erst» US-Schuldtitel im Wert von 291 Mrd. $ besaß . ..!
* Wenn die *FED* Anfang 2011 wirklich nur knapp 8 % und die beiden größten Auslandsgläubiger (China/Japan) zusammen bloß ca. 12 % der US-Bundesschulden hielten, fragte sich, wer denn nun eigentlich die «übrigen» 80 % innehaben sollte.

[1307] *ECKERT* a.a.O., S. 84; zum Redaktionsschluß des Buches s. ebd. S. 15.

[1308] *UDO ULFKOTTE* in: «KOPP Exklusiv» Nr. 47/2010, S. 3.

[1309] Hier die ganze Meldung («American Free Press», 14.2.2011, S. 2) im Originalwortlaut: «In early February, the Federal Reserve surpassed China for the first time ever as the largest holder of U.S. Treasury securities. *The Financial Times* reports that the New York Fed is now sitting on $1.1 trillion worth of bonds, notes and other securities. China has been scaling back its holdings and now has $896 billion. Japan is third in line with $877 billion.»

* Hielt die *FED* aber umgekehrt im Juli 2010 wirklich noch nie dagewesene knapp 50 % aller US-Bundesschulden, konnten unmöglich dennoch 60 % davon gleichzeitig im *offiziellen* Ausland liegen ...

Es bleibt nur die Feststellung, die wir nachfolgend auch bezüglich europäischer Staatsschulden noch wiederholt werden treffen müssen: daß nämlich die ROTHSCHILDS ganz offensichtlich alle möglichen und unmöglichen Zahlen in die Welt setzen lassen, um die Tatsache zu vernebeln, daß sie und ihr Orbit teils in, teils außerhalb der Vereinigten Staaten die Hauptgläubiger der gigantischen US-Staatsschuld sind!

Halten wir uns jedoch an die wenigstens *einigermaßen* glaubhaft erscheinenden Angaben, so liegt, wie schon gesagt, der relativ größte Teil der amerikanischen Staatsschulden im Ausland bei den dortigen Zentralbanken. Noch im Jahre 2008 waren auswärtige Zentralbanken die Inhaber von über einem Drittel der *gesamten* US-Bundesschulden[1310], was also über Dreiviertel oder 78-79 % aller Auslandsschulden der Vereinigten Staaten entsprach! Vergleicht man damit die Angabe für das Jahr 2005, auswärtige «Banken», d.h. Zentral- *und* Geschäftsbanken, kauften 40 % aller US-Staatspapiere[1311], so entfielen auf die ausländischen *Geschäftsbanken als solche* ca. 14 % der staatlichen Auslandsverbindlichkeiten Amerikas. Umgekehrt erhellt jedoch daraus, daß «sonstige Investoren», darunter die vielzitierten Versicherungen, Pensionsfonds oder gar «privaten Anlegen), mit den (2005) rund 7-8 verbleibenden Prozent für die US-Auslandsverschuldung beinahe bedeutungslos waren.

Natürlich ändert sich die genaue Zusammensetzung des Gläubigerkollektivs, dem die jeweils aktuell ausstehenden US-Staatsschulden gehören, von Jahr zu Jahr. Wenn wir einmal von den später noch zu besprechenden FisD-Manövern zur Verschleierung eines Teils der Besitzverhältnisse absehen, wurden beispielsweise im Steuerjahr 2009 neue staatliche Schuldverschreibungen im Wert von insgesamt 1 885 Milliarden Dollar «verkauft»; davon gingen Papiere im Wert von 697,5 Milliarden Dollar an auswärtige «Käufer»[1312], was immerhin glatt 37 Prozent entsprach. Die Tendenz war, wie bereits erläutert, nur deshalb scheinbar rückläufig, weil sich die *FED* und ihre Hintermänner krisenbedingt im Übermaß engagierten.

Am interessantesten ist natürlich, aus welchen Ländern eigentlich die Hunderte von Milliarden Dollar zum «Kauf» dieser US-Schuldpapiere kommen. Für das Jahr 2006, und bezogen auf US-Staatspapiere *aller Art,* sah das Bild, in den Worten der Amerikanerin JOAN VEON, kurzgefaßt so aus: «. . . die vier auswärtigen Spitzen-Inhaber unserer Schulden waren Japan mit 592,2 Mrd., China mit 502 Mrd., das Vereinigte Königreich mit 251,4 Mrd. und die ölexportierenden Länder mit 153,9 Mrd. Dollar. Zu den weiteren US-Gläubigern zählen Brasilien, karibische Bankenzentren, Luxemburg, Hongkong, Rußland, Norwegen, Deutschland, Taiwan und die Schweiz.»[1313] Es darf gleich hier schon einmal auf die seltsam herausragende, die vielzitierten «Ölscheichs» alle zusammen glatt in den Schatten stellende Rolle Großbritanniens hingewiesen werden, die sich einzig der Tatsache verdankt, daß die weltweite ROTHSCHlLD-Ze«/ra/e nun einmal in der britischen Hauptstadt London angesiedelt ist. . .

Führen wir ein paar zusätzliche Zahlen für Januar 2009 an. Allein von den - freilich mit Abstand am meisten verkauften - *langlaufenden* Schuldverschreibungen («Bonds») lagen zu diesem Zeitpunkt Papiere für ca. 3 Billionen $ im Ausland, und zwar in über 40

[1310] Lt. *HELMUT WILD* in: «Recht und Wahrheit» Nr. 11+12 (November/Dezember) 2008, S. 10.

[1311] «The Truth At Last» No. 456 (ca. Juni 2006), S. 14.

[1312] Lt. *HELMUT BÖTTIGER* in: «Der freie Mensch» Nr. 1-2 (Januar-Februar) 2010, S. 37.

[1313] *JOAN VEON* (posthum) in: «American Free Press», 1.11.2010, S. 4.

verschiedenen Staaten! Spitzenreiter waren China mit über 800 Mrd. und Japan mit 635 Mrd. An sechster Stelle lag Großbritannien, gefolgt von Rußland mit immer noch 120 Mrd. Demgegenüber erwies sich der gemeinsame Anteil aller ölexportierenden Staaten (außer Rußland) mit nur 186 Mrd. erneut als erstaunlich niedrig. Besonders erwähnenswert: «Chile hält über 15 Milliarden $ an Bonds und Kolumbien rund 11 Milliarden $, obwohl es massive Hilfen von Washington bekommt.»[1314]

Wir stehen also vor der merkwürdigen Situation, daß vor allem die Zentralbanken, daneben aber auch die Geschäftsbanken solcher Länder wie Japan, Rußland, Großbritannien, ja sogar solcher notorischer Habenichtse wie Chile oder Kolumbien, die allesamt selber unter zig- und hundertemilliardenschweren Staatsschulden ächzen, für insgesamt mehrere Tausend Milliarden $ US-Schuldverschreibungen «kaufen» und «halten», statt solcher des eigenen Landes! Besonders beachtenswert sind hierbei zwei weitere Dinge.

1) Das Geld für diese «Käufe» erzeugen die Zentralbanken - wie schon erwähnt - zu rund neun Zehnteln jeweils frisch aus nichts.
2) Was sie da «kaufen», sind nicht etwa **Gelder,** mögen sie nun aus Banknoten oder elektronischen Kontoeinträgen bestehen, sondern bloße Schuldpapiere der US-Regierung, die *als solche* **keinen** Geldcharakter haben und daher auch nicht als Devisenreserven» im strengen Sinne gelten können.

Genau dieser letztere Umstand verbietet es denn auch, den Grund für derlei unsinnige Käufe von Auslandsschulden in der bloßen, halt leider unumgänglichen Deckung des jeweiligen nationalen Bedarfs an Dollar**-Reserven** suchen zu wollen .. . zumal das so munter aus nichts geschöpfte Geld, mit dem man die USA verschuldet, ja genausogut zur Entschuldung der jeweils eigenen Staatskasse verwendet werden könnte, zumindest - selbst **im aktuellen Schuldgeldsystem** - zu ihrer Entschuldung im Ausland! Doch *daran* scheint rätselhafterweise *niemand* auch nur *irgendwo* auf dem ganzen Globus das geringste Interesse zu haben .. .

In der Praxis sehen die «Käufe» von US-Schulden durch auswärtige Notenbanken so aus, daß das von ihnen in der jeweiligen Landeswährung produzierte (meist Buch-)Geld, also Yuan, Yen, Pfund, Rubel etc., bei der US-Notenbank *FED* in von ihr ebenfalls aus nichts hervorgezauberte Dollars umgetauscht wird; die dadurch erhaltenen US-Dollars werden dann sogleich wieder verausgabt, um US-Schatzpapiere zu «erwerben». Bei diesem Vorgang, der sich jahrein jahraus ständig wiederholt, landen also

1) ausländische Währungsbestände in Milliarden- und Billionenhöhe auf den Konten (hauptsächlich) der *FED* wie auch (am Rande) der US-Geschäftsbanken,
2) staatliche US-Schuldverschreibungen in Milliarden- und Billionenhöhe in den Tresoren ausländischer (ganz überwiegend) Zentralbanken wie auch (zum kleinen Teil) Geschäftsbanken,
3) US-Dollar-Geldbestände (hauptsächlich Buchgeld) *brutto* bei der US-Regierung, **netto** jedoch nur bei der *FED* und ihren Mitgliedsbanken sowie bei den ausländischen Banken in Form immer höherer Zinsgewinne.

Die unter 1) genannten Fremdwährungsbestände können natürlich von der *FED* bzw. den hinter ihr stehenden ROTHSCHILD-Großbanken im «Bedarfsfalle» dazu verwendet werden, gegen diese ausländischen Währungen zu spekulieren; dazu genügt es, die angesammelten Bestände binnen kurzer Zeit gebündelt auf den Markt zu werfen, so daß ihr Kurs dementsprechend steil abstürzt. Wie man sieht, schlagen die ROTHSCHILDS mit ihrer hauptsächlich über die Zentralbanken laufenden **wechselseitigen** Auslandsverschuldung der Staaten, insbesondere im Falle der USA mit ihrer Weltleitwährung Dollar, immer zwei Fliegen mit einer Klappe:

[1314] *RICHARD WALKER* in: «American Free Press», 5.10.2009, S. 17.

a) die US-Regierung sieht sich mit stetig wachsenden Auslandsverbindlichkeiten konfrontiert und wird durch sie «diszipliniert»;
b) die Länder, deren Zentralbanken emsig US-Staatspapiere «kaufen», sehen sich in zunehmendem Maße den Launen der «internationalen Spekulanten» an den Devisenmärkten ausgeliefert und werden dadurch ebenfalls «diszipliniert»!

Es war kein geringerer als ALAN GREENSPAN, langjähriger ROTHSCHILD-Agent an der Spitze der *FED,* der letzteres auf seine Weise eklatant bestätigte. Wir haben seine Worte schon einmal zitiert, müssen aber wegen ihrer Wichtigkeit hier nochmals an sie erinnern. Am 12. Juni 2007 von Journalisten in New York danach befragt, ob nicht die Gefahr drohe, daß China angesichts des anhaltenden Wertverfalls des Dollars seine Dollar-Reserven **und seine auf Dollar lautenden US-Schuldverschreibungen** auf den Markt werfe, antwortete er: «Es ist sehr unwahrscheinlich, daß die Chinesen ihre Dollar-Reserven abstoßen, denn sie werden niemanden finden, der sie ihnen abkauft.»[1315] Hier waren mit Dollar-«Reserven», wie so oft in der flapsigen Sprache der Mammonsanbeter, sowohl die eigentlichen Dollar-Geldbestände als auch die bloßen US-Schuldverschreibungen gemeint. Und wirklich haben die USA Anfang 2010 China diskret, aber deutlich genug zu verstehen gegeben, daß sie den fortgesetzten massenhaften Abverkauf amerikanischer Schuldpapiere nicht länger dulden würden!

«Der oberste amerikanische Geheimdienstchef forderte Peking unmißverständlich dazu auf, den Abstoß amerikanischer Schrottpapiere sofort einzustellen, andernfalls werde das als ein „Kriegsgrund" angesehen. Die Amerikaner schickten als Überbringer der Botschaft den Staatssender *National Public Radio* vor. Dort verkündete man im Februar 2010, der Verkauf der amerikanischen Anleihen durch die Chinesen werde in Washington als „Drohung mit einem neuen Pearl Harbour" gewertet - und entsprechend beantwortet. In der Radiosendung fiel immer wieder der Begriff „financial warfare" (Finanzkrieg), auf den man entsprechend reagieren werde.»[1316] Zweifellos stammte diese Warnung letztendlich aus der Londoner ROTHSCHILD-Zentrale. Sie wurde von der chinesischen Regierung auch entsprechend ernstgenommen[1317].

Über Chinas sogenannte Dollar-«Reserven» kursieren alle möglichen, widersprüchlichen Zahlen. Die Widersprüche resultieren daraus, daß manchmal von den Dollar-Geldbeständen, manchmal von den US-Schuldverschreibungen die Rede ist, oft sogar beides anstandslos in einen Topf geworfen wird - wie bei GREENSPAN. Sicherlich kann man US-Schatzpapiere als indirekte Dollar-Reserven betrachten, weil sie ja theoretisch an den Börsen durch Verkauf jederzeit in Dollar-Geldbestände einlösbar sind. Sicherlich kann man auch umgekehrt Dollar-Geldbestände als potentielle US-Staatsschulden betrachten, weil sie theoretisch an den Börsen durch Kauf jederzeit in solche umtauschbar sind. Trotzdem geht es absolut nicht an, beide nach Belieben durcheinanderzuwerfen. Uns interessieren hier keine Dollar-*Reserven,* sondern bloß auf die USA und darum natürlich auch durchweg auf US-Dollar lautende *Schuldpapiere.* Solche hielt China im Sommer

1315 Zit. n. *CLAUSS* a.a.O., S. 68.

1316 *UDO ULFKOTTE* in: «Der freie Mensch» Nr. 11-12 (November-Dezember) 2010, S. 46.

1317 *CHANG,* The Shadow Moneylenders ... a.a.O., S. 87 meint, die US-Regierung könne und werde China ggf. mit einem Import-Embargo für seine Waren drohen, falls es keine US-Schuldtitel mehr kaufen (oder halten) wolle. Doch eine solche Drohung wurde interessanterweise noch nie ausgesprochen. Hintergrund ist der Vorrang der Strategie der PROTOKOLLARISCHEN Eine-Welt-Planer, nicht nur finanziell, sondern auch und erst recht auf der Ebene materieller Güter «unumkehrbare» Abhängigkeiten auf Weltebene zu schaffen, insbesondere eine *dauerhafte* Abhängigkeit Amerikas und Europas von chinesischen Industrieprodukten aller Art. . .

2010 im Nennwert von rund 1 Billion $, was ungefähr einem Vierzehntel oder gut 7 Prozent sämtlicher US-Staatsschulden überhaupt bzw. 15 Prozent der *auswärtigen* staatlichen Verbindlichkeiten der USA entsprach[1318]. Und entgegen allen Prognosen der vielen selbsternannten Propheten des unmittelbar bevorstehenden Dollar-Zusammenbruchs halten «die Chinesen», unbedingt anzunehmenderweise von der Rothschildschen Hintergrundmacht sanft, aber unwiderstehlich dazu gedrängt, den US-Papieren auch weiterhin die Treue. So verlautete im April 2011: «Von ihren gewaltigen Devisenreserven stecken allein 1,2 Billionen Dollar in US-Staatsanleihen.»[1319] Das war immerhin eine Steigerung von rund 20 Prozent binnen nur eines Dreivierteljahres!

Noch 2005 hatte Japan die Liste der - offiziell - größten auswärtigen Gläubiger Amerikas angeführt. Da die (zumindest äußerlich . . ,[1320]) japanischen Banken für ihre schönen, aus nichts geschöpften Kredite im eigenen Land so gut wie keine Zinsen mehr bekamen, hatten sie einen sehr viel einträglicheren Kreditnehmer in Gestalt des US-Schatzamtes gefunden - und dienten damit gleichzeitig der fahrplanmäßigen Umsetzung der PROTOKOLLE. Ende Juni 2005 hielt Japan US-Schuldverschreibungen in Höhe von 680 Mrd. $, während China mit Papieren im Wert von 291 Mrd. $ nicht einmal die Hälfte

1318 viele Bücher und Artikel zum Thema sind offenbar mit zu heißer Nadel zusammengestrickt worden. *ARGENS* a.a.O., S. 188 bringt es fertig, auf ein und derselben Seite seines Buches (!) der Reihe nach folgendes zu behaupten: 1) «Seit September 2008 ist China der größte ausländische Gläubiger der Vereinigten Staaten mit einem Anteil an US-Staatsanleihen von 20,45 % (585 Milliarden US-Dollar).» 2) «Im Nichterfüllungsfall würde China seine Dollarreserven auf den Markt werfen. Das Land verfügt über die höchsten Währungsreserven der Welt, wovon der größte Teil dieser 1,8 Billionen Dollar in US-Schatzbriefen angelegt ist.» Beides paßt, wie man sieht, absolut nicht zusammen. Die erstere Zahl ist eindeutig falsch und scheint einer Statistik entnommen zu sein, die der Autor in der Eile total mißverstanden hat. - Nach Angaben der amerikanischen Zeitschrift «The Truth At Last» No. 465 (April 2008), S. 1 «hält das kommunistische China, unser größter Handelspartner, 4 Billionen $ unserer Schulden». Genau dasselbe behauptete *PATSHANNAN* in «American Free Press», 14.**u**.21.7.2008, S. 19. Diese Zahl war natürlich grotesk überzogen, genau wie die Angabe in «American Free Press», 30.11.2009, S. 8, China halte «2 Billionen $ an US-Bargeld-Reserven [cash reserves]», was zwar nicht wörtlich zu verstehen war, sondern Bar- und Buchgelder, aber jedenfalls reale Geldbestände meinte. - Keinen wirklichen Durchblick erhält man leider auch bei *GRANDT* a.a.O., S. 217, wo es lediglich heißt, daß «die Volksrepublik China einen großen Teil ihrer Währungsreserven in US-Staatsanleihen investiert. Die Chinesen besitzen bereits die größten Dollar-Reserven außerhalb der USA - über zwei Billionen Dollar. Seit September 2008 ist ausgerechnet China, der ehemalige „Klassenfeind", der größte ausländische Gläubiger der Vereinigten Staaten, und die chinesische Zentralbank sitzt auf einem riesigen Berg von Währungsreserven, der vor allem aus amerikanischen Staatsanleihen besteht.» Hier wird absolut nicht klar, worauf sich denn nun die genannte Zahl von «über zwei Billionen Dollar» beziehen soll: auf Geld, auf Schatzpapiere, oder auf beides ... - Die richtige Zahl, nämlich plus-minus 1 Billion Dollar an US-Staatspapieren - allerdings «zusammen mit Hongkong» - bei (Mitte 2010) rund 2,5 Billionen Gesamt«reserven», nennt *ECKERT* a.a.O., S. 103. Sie wird ebenfalls genannt von *RICHARD WALKER* in «American Free Press», 19. u.26.7.2010, S. 9.

1319 *INGONARAT M* «Handelsblatt», 26.4.2011.

1320 *BISCHOFF* a.a.O., S. 105 zitiert aus dem «Spiegel» Nr. 21/1998 (man beachte unsere fette Hervorhebung): «1990 gingen erst 19 japanische Firmen in ausländische Hand über, 1997 waren es bereits 51 Firmen ... Besonders in der Finanzbranche sind die Ausländer präsent.» In derselben «Spiegel»-Ausgabe wurde auch der ehemalige Vorsitzende der jüdischen US-Großbank *Solomon Brothers,* der Talmudist JOHN GUTFREUND, mit der auf Japan bezogenen Äußerung wiedergegeben: «Wenn man jetzt kauft, gehen die Blüten in drei bis vier Jahren auf.» Sie müßten also schon seit 2000/2001 offen sein, diese «Blüten» ...

dessen erreichte[1321]! Daran läßt sich ermessen, wie kraftvoll die «fünfte Gewalt» seitdem China als Gläubiger der Vereinigten Staaten in den Vordergrund geschoben hat, um die schon erwähnten beiden Fliegen mit einer einzigen Klappe zu schlagen . . . Mit den oft heuchlerisch oder ahnungslos als angebliche/vermeintliche Ursache angeführten «fehlenden Ersparnissen» in den USA und/oder anderswo hat das, wie wir inzwischen ja wissen, nicht das leiseste zu tun!

Übrigens ist das den Fachleuten (die oft genug dennoch mit dreister Stim die Ersparnis-Mangel-Lüge vortragen!) bestens bekannt, sagen sie doch selber, daß «vor allem die Asiaten weiterhin Dollar (in Form von US-Staatsanleihen) kaufen [werden], um ihre Währung „schwach" zu halten und Exporte in die USA zu verbilligen»[1322], oder daß China «die Landeswährung Yuan „künstlich" abwertet. Dazu kaufen die Chinesen Unmengen an Dollars auf.»[1323] Dafür muß man aber erst einmal das nötige Geld, in diesem Falle also die nötigen Yuan, haben! Das heißt daher nichts anderes, als daß z.B. die chinesische oder japanische Notenbank beliebig viele Yuan bzw. Yen aus nichts schöpft, um mit diesem bewußt inflationär erzeugten (und eben dadurch künstlich schwach gehaltenen) Geld US-Staatspapiere zu kaufen[1324]. Erstens ist sonnenklar, daß dafür keinerlei Ersparnisse benötigt werden; zweitens relativiert sich dadurch auch die oft zu hörende, neidvolle Feststellung, «daß die USA den Vorzug genießen, sich in der eigenen Währung verschulden zu können - einer Währung also, die sie selbst jederzeit in der benötigten Menge produzieren können»[1325], denn die wichtigsten «Gläubiger», also die ausländischen Zentralbanken, genießen ja umgekehrt denselben Vorzug, das Kaufgeld für die US-Schuldpapiere in ihrer eigenen Währung «jederzeit in der benötigten Menge produzieren zu können»!

Aber geht das denn wirklich sooo einfach! ? Dann könnte ja jede Zentralbank egal welchen Landes mit beliebig viel aus nichts produziertem Geld beliebig viele US-Schulden «kaufen»! Nun, das könnte sie rein theoretisch tatsächlich, im total korrupten aktuellen Schuldgeldsystem! Praktisch kann sie das allerdings nur in dem Maße, in dem ihr die ROTHSCHILDS & Co. das erlauben bzw. befehlen. Nicht umsonst treffen sich die wichtigsten Zentralbankiers des Globus ja mindestens zehnmal pro Jahr in der *BIZ* (und im Bedarfsfalle zusätzlich in jeder beliebigen gerade erforderlichen Besetzung an jedem anderen ihnen passenden Ort), um ihr Vorgehen hinter fest verschlossenen Türen ständig international abzustimmen, zu koordinieren und zu konzertieren - entsprechend den ihnen diskret, aber nachdrücklich übermittelten Direktiven aus der Londoner ROTHSCHILD-Zentrale. Diese Anordnungen geben sie dann pflichtschuldigst an ihre Kollegen in den weniger bedeutenden Notenbanken der wirtschaftlich schwächeren Staaten weiter. Womit kei-

1321 Lt. *ROB LEE* auf *PrudentBear.com* am 5.10.2005; hier zit. n. «Impact», Februar/März 2006, S. 18.

1322 *GERNOT SCHMIDT* in: «Junge Freiheit», 24.3.2006.

1323 *GRANDT a.a.O.*, S. 220.

1324 Wenigstens *ECKERT* a.a.O., S. 102 redet diesbezüglich Klartext: «Darüber hinaus . . . kauft die chinesische Regierung massenweise Greenbacks, um den Kurs der heimischen Währung niedrigzuhalten. Die Führung kann so viele Yuan-Scheine drucken lassen (oder Yuan-Beträge auf elektronischem Wege ins Leben rufen), wie sie will, und gegen Dollar tauschen ...» Allerdings leihen auch bei ihm - in schreiendem Kontrast dazu - im Rest der Welt die Banken immer nur «Ersparnisse» ihrer Kunden aus (z.B. S. 180; 230)!

1325 *BRUNO BANDULET* in: «Recht und Wahrheit» Nr. 7+8 (Juli/August) 2004, S. 20. Vgl. auch *ders.*, Die letzten Jahre des Euro . . . a.a.O., S. 148: «Nur den USA steht der Weg offen, Geld in eigener Regie zu drucken und die Staatsschuld durch Inflation real zu verringern ...»

neswegs gesagt sein soll, daß den ROTHSCHILDS & Co. nicht vielfaltige andere Kanäle zu Verfugung stünden, «ihre» Zentralbanken jederzeit wissen zu lassen, wieweit ihre momentanen «Befugnisse» gehen und wo sie enden . ..

Sie enden natürlich dort, wo die Geschäftsbanken lieber gleich selber in US-Schuldpapiere «investieren» wollen, und das zu möglichst hohen Zinsen, denn die Auslandsverschuldung der Staaten dient ja keineswegs *allein* deren politischer Kontrolle, sondern gleichzeitig auch der mühelosen Erzielung von stetig sprudelnden Milliardengewinnen ... In so gut wie jedem «Ausland» können daher US-Schatzpapiere zwischen der Zentralbank und gewissen Geschäftsbanken hin- und herwandern, je nach momentaner Anlagestrategie der letzteren. Sind sie ohnedies an den Gewinnen der Notenbank beteiligt, wird es «sinnvoll» sein, *diese* möglichst viele Staatspapiere «kaufen» zu lassen, welche die Geschäftsbanken selber wegen schon ausgereizter Mindestreserven oder mangels des vorgeschriebenen Minimums an Eigenkapital nicht mehr kaufen können - das erklärt ja auch den zeitweise sehr hohen Anteil der *FED* an im amerikanischen Inland gehaltenen US-Schuldverschreibungen. Sind hingegen die Banken *nicht* an den Gewinnen ihrer Notenbank beteiligt, wie bekanntlich in Deutschland der Fall, werden sie die Käufe von US-Schuldpapieren durch die Zentralbank so gering wie möglich halten und vorzugsweise selbst in das Geschäft einsteigen. Tatsächlich hat die *Bundesbank* nur in Ausnahmefällen und aus rein währungstechnischen Gründen einmal US-Schuldpapiere «gekauft»[1326] und das lukrative Geschäft im übrigen bereitwilligst den hiesigen Geschäftsbanken überlassen.

Weisen wir abschließend noch darauf hin, daß die *offizielle* Auslandsverschuldung der USA bei genauem Hinsehen stets etliche Prozent höher liegt als angegeben. Wie wir sahen, fiel die Rate des Auslands 2010 - zumindest angeblich - auf nur noch 27,9 Prozent der Gesamtverschuldung der amerikanischen Bundesregierung, während der Anteil der *FED* - wiederum zumindest angeblich - auf extreme 49,37 Prozent hochschnellte. Einmal angenommen, das hätte gestimmt - wie stand es dann aber mit dem Rest? «Die verbleibenden 22,73 Prozent sind im Besitz von Staats- und örtlichen Regierungen, Versicherungsgesellschaften, Haltern von Spareranleihen und anderen kleineren Investoren», resümierte PETHERICK die amtliche Statistik[1327]. Während daraus nochmals ersichtlich wird, welch bemitleidenswert kümmerlicher Anteil den «Sparern» zufällt, läßt sich dem zugleich entnehmen, daß der mindestens relativ, wenn nicht sogar absolut größte Teil dieser immerhin 22,73 Prozent den amerikanischen Bundesstaaten und sonstigen Verwaltungsuntergliederungen bis hinab zu den Kassen der Kommunen «geschuldet» war! Dieser Teil, mit dem also der amerikanische Bundesstaat bei den eigenen Einzelstaaten, Landkreisen und Kommunen in der Kreide stand bzw. steht, und dies bestimmt nicht erst seit gestern, kann aber nicht im Ernst als Staatsschuld gewertet werden, ist doch hier der Staat sozusagen *bei sich selbst* verschuldet, und das diesmal wirklich im *förmlichen* Sinne.

Setzen wir nun diesen zu streichenden Anteil auch bloß mit 10 Prozent der Gesamtverschuldung an, steigen alle übrigen Anteile zusammengenommen rechnerisch um diese 10 Prozent. Die *FED* hielt dann im Sommer 2010 sogar 54,2 %, das Ausland statt 27,9 knappe 30,8 %! Dasselbe Resultat erhalten wir übrigens, wenn wir alternativ davon

1326 Vgl *HOLTFRERICH* a.a.O., S. 421: Als die USA ihrer Pflicht zur Einlösung von Dollars in Gold nicht mehr nachzukommen vermochten, fand sich «[d]ie *Bundesbank* . . . 1968 sogar bereit, als Beitrag zur Milderung der amerikanischen Zahlungsbilanzprobleme mittelfristige Anleihepapiere des US-Schatzamtes („Roosa-Bonds") im Betrag von 500 Mio. Dollar anzukaufen».

1327 *CHRISTOPH PETHERICK* in: «American Free Press», 12.7.2010, S. 10.

ausgehen, daß ja auch die Bundesstaaten, Landkreise und Kommunen ihrerseits verschuldet sind, so daß der von ihnen gehaltene Teil der Bundesschuld letztlich ebenfalls nur schuldenfinanziert ist und somit letztendlich doch noch zu Recht als Staatsschuld eingestuft wird. Nehmen wir dann nämlich realistischerweise an, daß die Gläubigerstruktur der Bundesstaaten, Landkreise und Gemeinden einen ähnlich hohen Auslandsanteil aufweist wie diejenige des Bundes, entfallen 27,9 % der 10 % (= 2,79 % von den 100 %) auf ausländische Gläubiger. Addieren wir diese 2,79 % zu den 27,9 % Auslandsanteil an der Bundesschuld, kommen wir unverändert auf knappe 30,8 %![1328]

b) Deutschland

Die erste massive Auslandsverschuldung des deutschen Reiches ergab sich aus dem verlorenen 1. Weltkrieg. Schon die zuerst 100, dann 400 Millionen Reichsmark, mit denen der Weimarer Staat sich bei der 1924 neubegründeten *Reichsbank* verschulden «durfte», waren ausländischer Kontrolle unterliegende Schulden, denn: «Der aus vierzehn Mitgliedern bestehende Generalrat bestand zur Hälfte aus Vertretern ausländischer Institutionen; für die Berufung der Mitglieder des Direktoriums und des Präsidenten bedurfte es der Zustimmung dieses Gremiums.»[1329] Was das im einzelnen für «ausländische Institutionen» waren, werden wir später noch sehen. «Auf der Habenseite schlug zu Buche, daß der neue Plan für die deutschen Reparationszahlungen durch eine Anleihe in Höhe von 800 Mio. Goldmark (die DAWES-Anleihe) gestützt wurde, die international aufgelegt wurde .. ,»[1330]

Aus diesem schönen Anfang sollte innerhalb von bloß sechs Jahren das Fünfundzwanzigfache an deutschen Auslandsschulden, nämlich 20 Milliarden Goldmark, werden! Die Aufschuldung funktionierte bereits nach demselben Prinzip wie heute: ewig unbezahlte Zinsen und Zinseszinsen oder, anders formuliert, Rückzahlung der Altschulden mit Neukrediten. HJALMAR SCHACHT, als *Reichsbank-Präsident* damals im Zentrum des Geschehens stehend, blickte 1966 kritisch zurück. Es war Deutschland nicht möglich, sagte er, «in den sechs Jahren von 1924 bis 1930 auch nur in einem einzigen Jahr aus seinem Export einen so großen Überschuß zu erzielen, daß darauf die Annuitäten [= jährliche Kredit-Rückzahlungsraten] des Dawesplanes hätten bezahlt werden können. Sie wurden aus den Krediten bezahlt. Alles in allem nahm Deutschland in diesen sechs Jahren rund zwanzig Milliarden Mark Anleihen in ausländischer Währung auf. Die ausländischen Gelder wurden zur Hälfte in Deutsche Mark getauscht und für Inlandszwecke zur Verfügung gestellt. Die andere Hälfte wurde dazu verwandt, die DAWES-Annuitäten zu bezahlen. Diese Hälfte des Kredits wurde also keineswegs zu produktiver rentabler Erwirtschaftung verwandt, was das Wesen des Kredites ausmacht, sondern dieses Geld wurde ohne jeden wirtschaftlichen Effekt ausgegeben. Es ist wohl das krasseste Beispiel dafür, wie man Kredit nicht verwenden, also auch nicht geben oder nehmen soll.»[1331]

Wußte SCHACHT wirklich nicht, daß sämtliche modernen Staatsschulden immer nur aus solchen ,Krediten ohne jeden wirtschaftlichen Effekt' bestehen?[1332] Jedenfalls be-

[1328] Die aber dann ***in absoluten Zahlen*** natürlich 10 Prozent höher liegen als im ersteren Falle.

[1329] *JAMES* a.a.O., S. 55.

[1330] Ebd.

[1331] *SCHACHT* a.a.O., S. 164f.

[1332] Jedenfalls ohne direkten wirtschaftlichen Effekt, da der Staat ja (außer Verwaltungsdienstleistungen) nichts direkt selber erwirtschaftet. Selbst der Ausbau und die Erhaltung der Infrastruktur wird zwar vom Staat in Auftrag gegeben und bezahlt, jedoch im BIP als Wirtschaftslei-

hauptete er: «Von 1924 an hat die *Reichsbank* jahrelang immer wieder und mit immer stärkerem Nachdruck eine Beschränkung der ausländischen Kredite verlangt. Keine der deutschen Regierungen von 1924 bis 1930 hat sich entschließen können, entscheidende Maßnahmen in der verlangten Richtung zu tun, weil sie Furcht vor den möglichen politischen Folgen hatte», so daß alles «schließlich 1931 zu dem größten Finanzkrach führte, den Deutschland jemals erlebt hat»[1333].

Glaubt man HAROLD JAMES, waren SCHACHTS «20 Milliarden» sogar noch erheblich zu niedrig gegriffen: «Es steht außer Zweifel, daß die *Reichsbank* die Zunahme der Auslandsverschuldung sowohl der deutschen Privatwirtschaft als auch der öffentlichen Hand mit wachsender Sorge beobachtete. Allerdings tat sie sich schwer, an ausreichende Informationen über das sich hier zusammenbrauende Problem zu gelangen; ihre Aufstellungen litten denn auch an einer starken Unterschätzung des Ausmaßes deutscher Auslandsschulden. In ihrem letzten Bericht vor Ausbruch der Schuldenkrise von 1931 setzte sie die Summe der Auslandsschulden mit 19,3 Mrd. RM an, wovon 8 Mrd. auf kurzfristige Schulden entfielen. Demgegenüber stellte die deutsche Regierung 1934 fest, daß der wirkliche Umfang allein der kurzfristigen Verschuldung im Juli 1931 bei 13,1 Mrd. RM gelegen hatte.»[1334]

Demnach müßte also die auswärtige Verschuldung wohl eher bei 25 Milliarden RM gelegen haben[1335], und man wundert sich nur, wieso SCHACHT, der doch nach 1933 *Reichsbank*-Präsident blieb, von dieser Zahlenkorrektur nichts zu wissen schien. Doch sei dem wie es sei, die Auslandsschulden der Weimarer Republik blieben Deutschland auch nach dem 1932 glücklich erreichten Verzicht des Auslands auf weitere Reparationszahlungen erhalten. SCHACHT berichtet darüber, wie er mit den «ausländischen Gläubigem», deren Identität zu enthüllen er sich jedoch hütet, ein «Moratorium» aushandelte. «Die Verhandlungen mit den Auslandsgläubigem verliefen in einer wohlmeinenden Atmosphäre. Für unsere Auslandsverpflichtungen gab es nur die Lösung der Stundung.»[1336]

Nach der Währungsreform von 1948, bei der für alle größeren Geldbeträge aus je 15,38 Reichsmark 1 D-Mark wurde[1337], meldete sich das Ausland mit seinen «gestundeten» Schuldansprüchen zurück. ECKERT meint ganz harmlos: «Unter KONRAD ADENAUER war die Bundesrepublik für die alten Schulden des Deutschen Reiches eingestanden, darunter sogar Reste alter Reparationsverpflichtungen aus dem Versailler Vertrag.»[1338] STRIEGEL jedoch stellt berechtigtermaßen die kritische Frage, «wie es dazu kommen kann, daß irgendeinem Repräsentanten der Bundesrepublik Deutschland das Recht eingeräumt wird, diese mit seiner Unterschrift 1953 zur Rechtsnachfolgerin des Deutschen Reiches zu erklären und dadurch der Bevölkerung des gesamten Landes auf Ewigkeit Zinsverpflichtungen aus einer Schuldenhöhe von damals 9,3 Milliarden D-Mark aufzuladen. Wenn es nicht Erpressung der Siegermächte war, was war es dann?»[1339]

stung der mit diesen Projekten beauftragten privaten Unternehmen ausgewiesen! Der u.a. dadurch erzielte ***indirekte*** wirtschaftliche Effekt ist allerdings die unerläßliche «Grundversorgung» der Privatleute und Unternehmen mit ***fiir sie*** schuldenfreiem Geld ...

1333 *SCHACHT* a.a.O., S. 165.

1334 *JAMES* a.a.O., S. 59.

1335 Genau diese Zahl geht auch aus der bei ***STRIEGEL*** a.a.O., S. 336 anzutreffenden Graphik (Abbildung 4-20) hervor.

1336 *SCHACHT* a.a.O., S. 184.

1337 Ygi ***BUCHHEIM a.a.O.,*** S. 131: «Im Ergebnis belief sich das Umstellungsverhältnis für größere Reichsmarkguthaben demnach nicht auf 10:1, sondern nur auf 100:6,5.»

1338 *ECKERT* a.a.O., S. 177.

1339 *STRIEGEL* a.a.O., S. 336.

Tatsächlich betrug die im Londoner Abkommen von 1953 festgesetzte Summe der deutschen «Vor- und Nachkriegsschulden» sogar 14,5 Milliarden DM[1340]. Offenbar waren die «gestundeten» Auslandsschulden des Reiches von 1932 dank des Zinseszinseffektes binnen 21 Jahren auf eine so enorme Höhe gestiegen, daß sie trotz (hoffentlich . . .) korrekter Umstellung noch einen so gewaltigen Betrag ergaben. Zum Vergleich: Die gesamte in der Bundesrepublik Deutschland umlaufende Geldmenge betrug im Dezember 1948 erst 12 Milliarden DM[1341]! Jedenfalls hatten die ROTHSCHILDS & Co. die noch junge Bundesrepublik damit finanziell schon wieder zuverlässig unter Kontrolle. Und was die oben von STRIEGEL hervorgehobene «Ewigkeit» der «Zinsverpflichtungen» aus den nicht bloß «9,3», sondern sogar 14,5 Milliarden DM von 1953 angeht: das stimmt! Wie formulierte doch so unnachahmlich beiläufig den skandalösen Sachverhalt eine unserer schönen, gelenkten Zeitungen? «Die Schulden aus diesen Papieren sind über neue Anleihen längst getilgt. . ,»[1342] Sie sind also - wie im aktuellen Schuldgeldsystem grundsätzlich *immer*! - faktisch *überhaupt nicht* «getilgt», sondern bloß in anderweitige, höchstwahrscheinlich ebenfalls von Ausländern gehaltene Schuldpapiere umgewandelt worden, wo sie weiterhin Zinsen trugen und tragen - bis zum heutigen Tag!

Zu diesem bis heute währenden «Anfang» gesellte sich als zweiter Posten die MARSHALL-Hilfe. «Im Rahmen des sogenannten Marshallplans wurden nach Westdeutschland als Kredit in den Jahren 1949 bis 1952 1,4 Mrd. $ im Gegenwert von rund 6,4 Mrd. DM gegeben. . . . Dieser Kredit an Westdeutschland wurde aufgrund des Londoner Schuldenabkommens vom 12. Februar 1953 mit Zins und Tilgung bis 1962 in Höhe von 13 Mrd. DM zurückgezahlt.»[1343] Zwar könnte man meinen, damit wäre diese Sache erledigt gewesen. Doch die Staatsverschuldung, ob nun im In- oder im Ausland, wird ja unterm Strich nie abgebaut und *kann,* wie bereits gezeigt, im aktuellen Schuldgeldsystem auch gar nicht abgebaut werden. Was der bundesdeutsche Staat da auf der einen Seite zurückzahlte, mußte er darum auch in diesem Falle auf der anderen Seite gleichzeitig wieder als Neukredit aufnehmen, und dies zumindest partiell auch damals schon - erneut im Ausland! Das erhellt aus einer von SCHACHT berichteten Episode: «Die Zinskupons deutscher Rentenpapiere im Besitz von Ausländern wurden durch Gesetz vom 28. Juni 1965 mit einer 25prozentigen Kuponsteuer belegt. Der Ausländer, der eine sechsprozentige Bundesanleihe am Markte erworben hatte, erhält fortan statt sechs Prozent nur viereinhalb Prozent Zinsen. Daß er sich durch ein solches Vorgehen getäuscht fühlt, ist unausbleiblich.»[1344]

Immerhin hat diese Maßnahme ebensowenig wie die Jahrzehnte später eingeführte allgemeine «Quellensteuer» das Interesse der «Anleger», sprich: der Kredite aus nichts

1340 *DETLEF SIELOFF* in: «HNA», 2.10.2010 anläßlich der erst jetzt endlich erfolgten «Rückzahlung» der allerletzten «Zinsrückstände aus den Jahren 1945 bis 1952». Deren Zahlung war nämlich 1953 «bis zu einer möglichen Wiedervereinigung zurückgestellt» worden. «Bei der Wiedervereinigung 1990 summierten sich die Zinsrückstände auf 239,4 Millionen D-Mark.» Da diese Rückstände aber trotz ihrer relativ geringen Höhe 1990 nicht sofort mit einem Schlag, sondern nur verteilt auf volle 20 Jahre beglichen wurden (wem wohl zuliebe?), waren dank des auf diese schönen «Zinsrückstände» erneut einwirkenden Zinseszinseffekts bis zum Oktober 2010 insgesamt erheblich höhere «Rückzahlungs»-Beträge angefallen, nämlich «68 Millionen Euro für Zinsen und 125 Millionen Euro für Tilgungen» («Unabhängige Nachrichten» Nr. 9/2010), also umgerechnet rund 357 Mill. D-Mark und damit beinahe das Eineinhalbfache!

1341 Lt. *BUCHHEIM* a.a.O., S. 131.

1342 *DETLEF SIELOFF* in: «HNA», 2.10.2010; Hervorh. hinzugefügt.

1343 *CLAUSS* a.a.O., S. 186.

1344 *SCHACHT a.a.O., S.* 205.

schöpfenden Banken im In- und Ausland an bundesdeutschen Staatsanleihen zu dämpfen vermocht. Im Jahre 1996 wußten BURY/SCHMIDT zu berichten, es finde «in London sogar mehr Geschäft in DM-Staatsanleihen und Bund-Futures statt als an den Heimatmärkten in Deutschland»[1345]. Das kann angesichts des enormen Rothschildschen «Einsatzes» auf diesem Gebiet gar nicht verwundern. Schon eher staunen mußte man im Frühjahr 2002 über die glatt wahrheitswidrige Behauptung von HELMUT CREUTZ, die Verschuldung des deutschen Staates im Ausland sei «unbedeutend»[1346]! Im Herbst desselben Jahres kam jedoch eine - stillschweigende - Korrektur. Jetzt verkündete CREUTZ: «Die deutschen Staatsschulden, Ende 2001 waren es 1 223 Mrd. Euro, wurden zu 44 Prozent bei Banken aufgenommen, der Rest überwiegend über die Ausgabe von Anleihen und Obligationen, die wiederum etwa zur Hälfte vom Ausland erworben wurden.»[1347] Selbst falls die «Banken» sämtlich solche des Inlandes gewesen sein sollten (was CREUTZ aber nicht ausdrücklich erklärte), hätten also 2002 immerhin schon rund 28 % der deutschen Staatsschulden im Ausland gelegen.

Doch eine anders aufgeschlüsselte Statistik des *Bundes der Steuerzahler* für denselben Zeitpunkt beweist, daß sich auch unter den Creutzschen «Banken» rund ein Fünftel an ausländischen Instituten befunden haben muß. «Mitte 2002», schrieb die Organisation in einer den Medien übermittelten Erklärung vom Juli 2003, «war der Staat mit rund 538 Milliarden Euro bei den inländischen Kreditinstituten und mit über 460 Milliarden Euro im Ausland verschuldet. Daneben haben Privatleute, Sozialversicherungen, Bausparkassen und Versicherungen dem Staat Kapital in Höhe von rund 244 Milliarden Euro zu Verfügung gestellt.»[1348] Demnach entfielen von den insgesamt 1242 Mrd. Euro mit «über 460» Mrd. schon gut 37 % auf ausländische Gläubiger.[1349] Das entsprach übrigens ziemlich genau dem, was *Bundesbank*-Direktor WILHELM HANKEL im Oktober 1995 über die schon damals «von Ausländern gehaltenen Teile der deutschen Staatsschuld» gesagt hatte, nämlich: «. . . man schätzt sie auf 40 % .. ,»[1350]

Vier Jahre später, 2006, war denn auch der Anteil der «Banken» an der deutschen Staatsschuld auf 40 Prozent gesunken, deijenige des Auslands erneut auf 40 Prozent gestiegen, während die übrigen 20 Prozent wieder auf private und institutionelle «Anleger» entfielen[1351]. Danach beschleunigte sich die keineswegs zufällige «Entwicklung»:

[1345] *BURY/SCHMIDT* a.a.O., S. 207.

[1346] *HELMUT CREUTZ* in: «Humanwirtschaft», April/Mai 2002, S. 33.

[1347] *HELMUT CREUTZ* in: «Humanwirtschaft», Oktober/November 2002, S. 39. - Es sollte inzwischen klar sein, daß die rein finanztechnische Gegenüberstellung von «Bankkrediten» hier und börsenhandelbaren Staatsschuldpapieren dort keineswegs bedeutet, letztere würden nicht ebenfalls von den Banken im großen Stil gegen aus nichts geschöpftes Kreditgeld «gekauft» und dann als gewinnträchtige Zinsbringer gehalten.

[1348] Zit. n. d. vollst. Dokumentation der Erklärung in: «PHI-Deutschlanddienst», 14.8.2003, S. 220-223, hier: S.221.

[1349] Bemerkenswert ist außerdem, daß die 244 Mrd. Euro, die von deutschen Privatleuten und institutionellen Anlegern kamen, nur gut 19,6 Prozent der Gesamtschulden ausmachten, wovon noch - wie weiter oben bereits erläutert - mindestens die Hälfte, eher jedoch gut Dreiviertel, nämlich der Anteil der mit den Banken innigst verbandelten Versicherungen sowie die hier angelegten Zinsgewinne der Bankeigentümer, als verdeckte Bankkredite in Abzug zu bringen sind. Übrigens können auch die Gelder der Sozialversicherungen (von denen natürlich *erstens* nur ein gewisser Teil in *zweitens* keineswegs bloß deutschen Staatspapieren angelegt ist!), obwohl sie tatsächlich von der Masse der Bürger stammen, schwerlich als «Ersparnisse» bezeichnet werden!

[1350] Zit. n. *MEIER* a.a.O., S. 166; Hervorh. hinzugefügt.

[1351] Lt. *ANDREAS WODOK* in: «Die Tagespost», 19.4.2007.

bis 2009 erklomm die staatliche Auslandsverschuldung, wie weiter oben schon einmal erwähnt, aber dort noch nicht hervorgehoben, exorbitante **54** % des Gesamtvolumens[1352]!

c) Großbritannien und Frankreich

Beide Länder mußten sich, um den 1. Weltkrieg durchzustehen, bei «den USA», sprich: bei den dortigen Banken, massiv verschulden. Zwar kamen die bis Kriegsende auf knappe 9,5 Milliarden Dollar gestiegenen Kriegsanleihen, von denen über zwei Drittel an England gingen, formal tatsächlich von der US-Regierung. Doch die mußte sich das Geld von der rechtzeitig vor Kriegs«ausbruch» gegründeten *FED* «leihen», die es ihrerseits aus nichts erzeugte.[1353]

Für Frankreich wurde später ein detaillierter Rückzahlungsplan erstellt; er sah die Begleichung von Teilbeträgen der insgesamt gut 3 Mrd. $ über volle 62 Jahre, von 1926 bis 1987 vor, wobei die «zurückzuzahlende Summe sich einschließlich der - mit anfänglich 0 und am Ende 3,5 % erstaunlich moderaten - Zinsen auf 6,85 Mrd. $ belaufen sollte[1354]. Zum damaligen Zeitpunkt war das sehr viel Geld.

Die damit glücklich begonnene Auslandsverschuldung des französischen Staates stieg bis zum Ende der 1980er Jahre auf über 33 Prozent, fiel bis 1996 wieder auf rund 20 Prozent zurück[1355], dürfte jedoch seitdem ähnliche Höhen (um 50 % herum) erklommen haben wie diejenige der USA und der anderen £¿/-Staaten.

Großbritanniens Auslandsschulden bestehen erstaunlicherweise zum größten Teil gegenüber-Deutschland! Nach Angaben von GRANDT hat «kein anderes Land ... so viele Nettoforderungen gegenüber den Briten: Im Jahre 2008 waren es immerhin über 617,59 Milliarden Dollar»[1356], was rund einem Drittel der **gesamten** britischen Staatsschuld entsprochen hätte, würden hier nicht wieder einmal **sämtliche** Auslandsverbindlichkeiten Englands falschlich so behandelt, als habe *unmittelbar* der britische Staat für sie geradezustehen! Immerhin wird letzteres für einen erklecklichen Teil der Summe tatsächlich gelten.

[1352] Selbst errechnete Prozentwerte entsprechend den genauen Angaben jeweils in Mrd. Euro in: «Haus & Grund Württemberg», Januar 2010, S. 14; der Beitrag war übernommen aus dem vom *Bund der Steuerzahler* herausgegebenen Organ «Der Steuerzahler». - *HELMUT CREUTZ* in: «Humane Wirtschaft» Nr. 4 (Juli-August) 2010, S. 16 «schönte» diese ihm offenbar gleichfalls vorliegenden *exakten* Zahlen ein bißchen zugunsten seines Märchens vom privaten «Sparer» als Hauptquelle der deutschen Staatsschulden: «Die Mittel dafür stammen inzwischen etwa zur Hälfte [richtig: **54** %] aus dem Ausland, zu einem guten Viertel [genau: **26,2** %] von inländischen Banken und der Rest direkt von den Bürgern.» Das sah dann so aus, als käme «etwa ein Viertel» «direkt von den Bürgern» und das andere «gute Viertel» ,indirekt' «von den Bürgern», nämlich über die Banken, die ja angeblich nur die «Spargelder» der «Bürger» zu Krediten machen ... In Wirklichkeit könnten - direkt oder indirekt - «von den Bürgern», wie weiter oben schon nachgewiesen, *maximal* rund 10 Prozent stammen; nach *realistischer* Einschätzung dürften es jedoch (Bankeneigentümer ausgenommen) noch *unter 5 Prozent* sein!

[1353] Vgl. *GRIFFIN a.a.O.*, S. 258.

[1354] Vgl. *HENRI-DEMONT,* Pour supprimer ce crime: la guerre. Plan Henri-Demont de 1908 développé et proposé aux alliés en 1918 [Für die Abschaffung dieses Verbrechens: des Krieges. Der Henri-Demont-Plan von 1908, weiterentwickelt und den Alliierten 1918 unterbreitet], 40. Tsd. Paris 1932, S. 167f.

[1355] Lt. «Lectures françaises» n° 533 (September 2001), S. XXXVI.

[1356] Lt. *GRANDT* a.a.O., S. 155.

d) Italien

Allein *deutsche* Banken waren Anfang 2010 im Besitz von Schuldpapieren der fünf neuerdings sogenannten «PIIGS»-Staaten über insgesamt «rund 522 Milliarden Euro»[1357]. Davon entfiel, glaubt man der *FAZ* vom 16. November 2010, rund ein Fünftel auf staatliche Schuldverschreibungen. Darunter müßten sich dann **italienische** Staatsschuldtitel im Wert von irgendwo zwischen 20 und 30 Mrd. Euro befunden haben. Wahrscheinlich aber sogar noch mehr, denn allein die *Hypo Real Estate* hielt im 2. Quartal 2010 solche Papiere im Wert von rund 27,5 Milliarden Euro[1358]. Wie indessen die große internationale Aufregung über die *angeblich* nunmehr ‚bedenklich hohe' italienische Staatsverschuldung anzeigt, sind Banken vieler weiterer Staaten ebenfalls kräftig in solchen Papieren «engagiert» . . .

e) Spanien

«Alle deutschen Großbanken» befanden sich im Sommer 2010 im Besitz von staatlichen Schuldpapieren der vier übrigen «PIIGS»-Staaten Spanien, Portugal, Irland und Griechenland im Wert von «gut 75 Milliarden Euro»[1359]. Wieviel davon auf Spanien entfiel, wurde nicht mitgeteilt. Da «Deutschland» jedoch mit rund 18 Prozent der größte einzelne **auswärtige** Gläubiger Spaniens *insgesamt* (Staat, Unternehmen, Private) war, mußten es wohl um die 25 Milliarden Euro sein. Höchstwahrscheinlich sind Banken anderer Länder aber noch weit stärker als die deutschen in spanische Staatsanleihen «investiert».

f) Portugal, Griechenland, Irland

In den Medien wurden auch ihre gesamten Auslandsschulden fast durchweg so behandelt, als wären sie Staatsschulden; daher ist das konkrete Ausmaß ihrer *rein* **staatlichen** Verhedderung in den Netzen auswärtiger Banken nicht exakt eruierbar. Immerhin wurde 2010 folgendes ausdrücklich behauptet: «Die Forderungen gegenüber dem irischen Staat schlagen in den 14 größten deutschen Banken mit knapp 13 Milliarden Euro zu Buche. Diese Zahlen sind genau bekannt, weil Europas Großbanken beim Streßtest im Juli dieses Jahres aufschlüsseln mußten, welche Anleihen der FCZ-Staaten sie besitzen.»[1360] Gemessen an den deutschen Gesamtforderungen gegenüber Irland von angeblichen 138 Mrd. Euro wären das also bloß 10 Prozent und damit auffallend wenig gewesen. Erneut muß darum angenommen werden, daß Banken anderer Staaten erheblich höhere Bestände an irischen Staatspapieren ihr eigen nannten.

Oder - noch viel eher - daß alles vorstehend zu Italien, Spanien und Irland Referierte sowieso erstunken und erlogen war...!

Das erhellt nicht zuletzt daraus, daß z.B. in Griechenland die dortigen, also *inländischen,* Banken im Jahre 2010 nur 45 % der eigenen Staatsanleihen hielten[1361], so daß angesichts der marginalen Rolle aller «sonstigen» Anleger ungefähr 45 bis 50 Prozent *not-*

[1357] Vgl. «Der freie Mensch» Nr. 3-4 (März-April) 2010, S. 50.

[1358] Unter Zuhilfenahme eines Zentimetermaßes (!) entnehmbar einer anscheinend bewußt ungenau beschrifteten Graphik innerhalb eines Artikels von *ROLF LEBERT/DORIS GRASS/SVEN CLAUSEN/PETER EHRLICH* in: «Financial Times Deutschland», 13.9.2010.

[1359] «Frankfurter Allgemeine Zeitung», 16.11.2010.

[1360] Ebd.

[1361] Lt. *GRANDT* a.a.O., S. 148, der dies wenigstens hier ausdrücklich spezifiziert.

wendigerweise aufs Ausland, das heißt aber, im wesentlichen auf die dortigen *Banken,* entfallen *mußten* Immerhin weiß man überdies, daß im Sommer 2010, als die *EZB* soeben als «Notmaßnahme» für stolze 60 Mrd. Euro griechische Staatspapiere ankaufte, französische Banken «Griechenland-Anleihen im Wert von rund 80 Milliarden Euro auf ihren Büchern hatten, doppelt so viele wie die deutschen Institute»[1362].

Wie schon früher, so ist also auch hier wieder ernüchtert festzustellen, daß die Firma ROTHSCHILD ganze Batterien von Nebelkerzen zünden läßt, um ihre und ihrer Konsorten maßgebliche Rolle bei dieser grotesken wechselseitigen Kreuz- und Querverschuldung der *EU*- bzw. Industriestaaten zu verbergen. Denn die oben zitierten, von der *FAZ* in optisch ansprechender graphischer Aufbereitung kolportierten Zahlen waren offenbar wieder einmal **Muster ohne Wert.** Und das nicht etwa *obwohl,* sondern gerade *weil* sie erklärtermaßen von der Rothschildschen *BIZ* stammten! Da war nämlich am Fuß der *FAZ*-Graphik ausdrücklich vermerkt: «Quelle: Bank für Internationalen Zahlungsausgleich; Forderungen gegen Staat, Banken und andere Schuldner; Stand der Angaben: Juni 2010». Aber demzufolge hätten sich **sämtliche** Auslandsforderungen z.B. gegenüber Griechenland im Juni 2010 lediglich auf schlappe «175 Mrd. $» belaufen, wovon «53» auf «Frankreich» und «37» auf «Deutschland» entfallen wären, während doch die bloßen griechischen Staatsanleihen, die sich nur 14 Tage später, Mitte Juli 2010, allein im Besitz der **französischen** Banken, der **deutschen** Banken und der ***EZB*** befanden, bereits einen Wert von zusammen **180 Mrd. Euro** besaßen, was zu diesem Zeitpunkt rund **240 Mrd.** $ entsprach und somit die genannten «175 Mrd. $» um 65 Mrd. *übertraf.*!! Obendrein hatte MICHAEL GRANDT in einem Weltnetz-Artikel **schon etliche Monate vorher** gemeldet, Griechenland stehe «bei ausländischen Banken mit rund 302 Milliarden US-Dollar in der Kreide. Die größten Gläubiger sind: Frankreich: 75 Milliarden; Schweiz: 64 Milliarden; Deutschland: 43 Milliarden; USA: 16,4 Milliarden; Großbritannien: 12,3 Milliarden; Niederlande: 12 Milliarden; Portugal: 10,3 Milliarden.»[1363] Im selben Beitrag bezifferte GRANDT auch die *spanischen* Gesamtschulden im Ausland auf 1,15 Billionen $ - für die *FAZ* dagegen waren es bloß 876 Milliarden; Deutschland hatte gemäß GRANDT gegenüber Irland 193 Milliarden $ offene Forderungen - bei der *FAZ* schrumpften die jedoch um satte 55 auf nur noch 138 Milliarden, im *Handelsblatt* für nur *ein* Quartal später gar auf knappe 104 Milliarden[1364] . . . etc. etc.!

[1362] *ECKERT* a.a.O., S. 197; vgl. S. 198. — Auch *BANDULET* a.a.O., S. 44 versichert, es sei bekanntgeworden, «daß die Regierung in Athen einen Schuldenberg in Höhe von 300 Milliarden Euro angehäuft hatte und daß der größte Teil dieser Schulden nicht von Privatanlegern, sondern von Banken in Frankreich und Deutschland gehalten wurde». Allerdings hat er das auf S. 143f schon wieder komplett vergessen und ist anscheinend in der Eile irgendwelchen gegenteiligen Desinformationen aufgesessen; dort heißt es nämlich zur Verblüffung des aufmerksamen Lesers: «Ende 2009 waren die deutschen Banken mit rund 20 Milliarden Euro in griechischen Staatsanleihen engagiert.... Bei den französischen Banken sah es schon etwas anders aus, sie waren mit 34 Milliarden exponiert.» Nun sind aber 20 + 34 = 54 ganz sicher nicht «der größte Teil» von «300 Milliarden»! Daran würde sich auch nichts wesentliches ändern, falls *BANDULET* überdies die von *GRANDT* nachfolgend als griechische Gesamtschulden genannten 302 Mrd. Dollar irrtümlich in 300 Mrd. «Euro» verwandelt hätte .. .

[1363] *MICHAEL GRANDT* im Weltnetz, nachgedruckt in: «PHI», 30.4.2010, S. 134.

[1364] *KLAUSREGLING* im Gespräch mit *RUTH BERSCHELS* in: «Handelsblatt», 2.5.2011, Graphik, Zeile «Forderungen deutscher Banken an PIGS-Staaten» mit Angaben für «Sept. 2010». - Daß in der gesamten **RoTHSCHILD**-beherrschten Finanzwelt niemand das geringste Interesse an der Offenlegung des Bankenanteils präzise an den Staatsschulden hat, geht zur Evidenz daraus hervor, daß sämtliche von den Zeitungen und Magazinen noch so ansprechend präsentierten Gra-

Wer die diversen Presse-Angaben zur Auslandsverschuldung der PIIGS-Länder noch weiter mit kritischer Aufmerksamkeit verfolgte und verglich, kam aus dem Staunen über die Unverfrorenheit der nahezu allgegenwärtigen Zahlenmanipulationen ohnehin nicht mehr heraus! Um nur noch eines von mehreren mir vorliegenden Beispielen zu erwähnen: Anfang Juni 2011 sollte eine farbige Balken-Graphik im *Handelsblatt* Auskunft über die Verteilung der französischen, deutschen, britischen und italienischen Gesamtkredite an Griechenland auf jeweils die drei **Gläubiger**-Sektoren a) «Private und Unternehmen (ohne Banken)», b) «Banken» und c) «Staat» geben. Hätte diese Graphik der Wahrheit entsprochen, hätte sich im «Dezember 2010», auf den sich alle Angaben bezogen, der Anteil der französischen Banken an französischen Griechenlandkrediten in einer Gesamthöhe von 42,4 Mrd. Euro auf kümmerliche etwa 1,5 Mrd. Euro belaufen; derjenige der deutschen und britischen Banken lag praktisch genauso niedrig, bei deutschen und britischen Gesamtkrediten an Griechenland von immer noch 25,5 bzw. 10,6 Mrd. Euro; italienische Banken tauchten in den bloß 3,1 Mrd. Euro, die Italien Athen geliehen-hatte, erst gar nicht auf[1365]. Doch was las man **nur zwei Tage später** in der *FTD1* Allein die deutschen Banken hielten «im Januar und Februar 2011 Anleihen Athens über 10,3 Mrd. Euro»[1366] (nachdem sie seit Anfang Mai 2010 bereits solche in Höhe von 4 Mrd. abgestoßen hatten)! Das war ungefähr **siebenmal soviel** wie zwei Tage vorher im *Handelsblatt* behauptet, entsprach aber offenbar noch immer nicht der Wahrheit, denn die Kasseler/ZA^ redete nur eineinhalb Wochen darauf ganz unbefangen von den «deutschen Banken, die griechische Staatsanleihen im Wert von 18,3 Milliarden Euro halten»[1367] . . .! Da nahm das ganz real zu beobachtende **«Lügen wie gedruckt»** jedenfalls ganz neue, ungeahnte Dimensionen an.

Interessanterweise wollte auch die *EZB* schon Anfang Mai 2011 von jenen 60 Mrd. Euro an griechischen Staatsschulden, die sie allein bis Juli 2010 «gekauft» hatte (um von den im Herbst 2010 - siehe unten! - hinzugekommenen gar nicht zu reden), nur noch «rund 40 Milliarden»[1368] in ihrem Besitz haben. Ob die fehlenden 20 Milliarden (um erneut von den im Herbst 2010 hinzugekommenen nicht zu reden) als ausgesprochene «Kurzläufer» schon wieder mit Neukrediten irgendwelcher Geschäftsbanken *abgelöst* worden waren oder die *EZB* Papiere in dieser Höhe diskret an irgendwelche Geschäftsbanken *weiterveräußert* hatte, erfuhr man *nicht.* Angesichts solcher unsäglichen Mauscheleien auf allen Ebenen ist also in Wirklichkeit unbedingt damit zu rechnen, daß so gut wie jede «westliche» Industrienation inzwischen rund die Hälfte ihrer «Staatsanleihen» an irgendwelche **jeweils ausländischen** Zentralbanken, Geschäftsbanken, Invest-

phiken stets genau das **nicht** leisten. Die Autoren der graphischen Übersicht des *Handelsblatts* ziehen sich schlau aus der Schlinge, indem sie für Portugal, Irland, Griechenland und Spanien zuerst unter der Überschrift «Infolge der Krise wächst die Verschuldung» *eindeutig* die **«Staatsverschuldung** in Mrd. Euro» angeben, dann endlich unter «... wovon auch deutsche Banken betroffen wären» die soeben zitierten «Forderungen deutscher Banken **an PIGS-Staaten»** folgen lassen, eine *bewußt mehrdeutige* Ausdrucksweise, denn - das ergibt ein Vergleich mit den anderswo erhältlichen Zahlen - **tatsächlich gemeint** sind jetzt nicht **«von deutschen Banken gehaltene Staatsschuldpapiere»,** wie man problemlos *eindeutig* formulieren könnte, sondern **ohne weitere Aufschlüsselung** *alle* «Forderungen» an *sämtliche* nur möglichen Schuldner: Staat, Unternehmen und Privatleute gleichermaßen!

[1365] *H. ALICH/R. BERSCHENS/Y. OSMAN* in: «Handelsblatt», 7.6.2011, Graphik «Griechenlands Gläubiger».

[1366] *ANDRÉ KÜHNLENZ* in: «Financial Times Deutschland», 9.6.2011.

[1367] *DETLEF SIELOFF* in: «HNA», 18.6.2011.

[1368] Lt. *KLAUSREGLING* im Gespräch mit *RUTHBERSCHENS* in: «Handelsblatt», 2.5.2011.

mentbanken und/oder Bankentöchter aller Art «verkauft» hat, bei durchschnittlich weiter steigender Tendenz!

Besonders bemerkenswert: Im Spätsommer 2010 begann sich in den einschlägigen Kreisen Alarmstimmung bezüglich Griechenlands, Portugals und Irlands breitzumachen, und zwar präzise deshalb, weil ihre Staatsanleihen für das **Ausland** (!) nicht mehr attraktiv genug waren. Woraufhin die *EZB,* die ja gegenüber jedem ihrer Mitgliedsländer im wesentlichen das **Ausland** repräsentiert, unmißverständlich aufgefordert wurde, ersatzweise in die Bresche zu springen. Das las sich in der Presse recht unverdächtig so: «Die Risikoscheu der Anleger nähert sich bei Anleihen der hochverschuldeten Staaten der Euro-Zone wieder dem zuletzt im Frühjahr auf dem Höhepunkt der Schuldenkrise erreichten Niveau. Marktteilnehmer berichteten zwar, daß die *Europäische Zentralbank (EZB)* auch gestern wieder Papiere Griechenlands, Portugals und Irlands gekauft habe. Allerdings sei das eingesetzte Volumen nicht ausreichend, um den seit Wochen dauernden Trend steigender Risikoprämien dieser Staaten zu stoppen. „Wir haben einen Käuferstreik bei Peripherieanleihen[1369]", sagte ein Bondstratege einer europäischen Großbank. „Dieses Sterben auf Raten kann nur ein entschlosseneres Handeln der *EZB* stoppen." Neuemissionen [= Angebote neuer Schuldverschreibungen] dieser Staaten zeichnen nach Angaben aus Marktkreisen seit langem fast nur noch Banken aus den jeweiligen Staaten, institutionelle Investoren aus dem Ausland halten sich komplett zurück.»[1370]

Wie man ja inzwischen weiß, wurde das hier diskret, aber unmißverständlich angedeutete ‚Problem' bald darauf in noch eleganterer Weise als von diesem feinen anonymen «Bondstrategen» vorgeschlagen ‚gelöst': die besagten Länder sind jetzt per Euro-Rettungsschirm(en) direkt bei den Regierungen/Staatskassen der wirtschaftlich stärkeren Euroländer, also **im Ausland,** verschuldet, die ihrerseits dafür umso tiefer bei den internationalen Großbanken in der Kreide stehen, welche letzteren damit alle zugleich teils direkt, teils indirekt in der Hand haben wie gewünscht.

1369 Gemeint ist die «Peripherie» der *EU* bzw. der Euzrozone, d.h. die an ihrem *Rand* liegenden Staaten.

1370 *DORIS GRASS* in: «Financial Times Deutschland», 9.9.2010.

G. Die Verschuldung der Staaten als Druckmittel

Daß sie ein ideales Druckmittel sei, ist die These der PROTOKOLLE selber. Und man wird dieser These umso weniger widersprechen können, als ihre Wahrheit offen zu Tage liegt. Solange nicht näher bezeichnet werden muß, wer denn nun genau über dieses Druckmittel verfügt und es fortwährend benutzt, sind sich denn auch alle Beobachter einig. Daß es die ROTHSCHILDS und ihr Orbit «internationaler Bankiers» sind, mag man jedoch aus Gründen diplomatischer Zurückhaltung, aus Furcht um das eigene berufliche Fortkommen oder gar um den Arbeitsplatz, oder auch aus ideologischer Verblendung vielerorts absolut nicht zugeben oder zumindest absolut nicht frei heraus sagen. Wir werden es daher im letzten Unterkapitel dieses Buches für alle, denen die ganze, ungeschminkte Wahrheit am Herzen liegt, nachzuweisen haben. Hier begnügen wir uns zunächst noch mit Feststellungen und Nachweisen allgemeiner(er) Art.

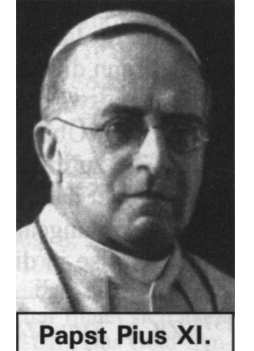
Wie auch die nachfolgenden Ausführungen zeigen, setzen **im aktuellen Schuldgeldsystem** die - zwar völlig *künstlich* erzeugten! - Staatsschulden die Politik grundsätzlich *immer* unter massiven Druck, auch dann schon, wenn sie gar nicht oder nur zu kleinen Teilen im Ausland liegen sollten. Die Auslandsverschuldung fügt dem allerdings noch eine praktisch hundertprozentige Garantie hinzu: die Garantie dafür, daß keiner der einmal im Netz zappelnden Staaten sich je aus eigener Kraft daraus zu befreien vermag. Und wenn schon kein Land auch bloß sich *selbst* befreien kann, wird erst recht keines irgendwelchen *anderen* Staaten bei etwaigen Befreiungsversuchen helfen können!

1) Staatsschulden als Hebel (allgemein)

Wo private Bankiers anstelle des oder der Staatslenker das Geld **schöpfen** und zugleich **ausleihen** dürfen, gerät der Staat ganz zwangsläufig, zumindest *rein geldtechnisch,* in ihre «Schuld». Daher war schon die Gründung der *Bank von England* der sprichwörtliche «Anfang vom Ende». Die Staatsverschuldung macht ihre Gläubiger nämlich sehr schnell zu den tatsächlich, wiewohl hinter den Kulissen, Regierenden. Personen von (im einzelnen freilich höchst unterschiedlichem) Rang und Namen haben diesen unstrittigen Tatbestand seit weit über hundert Jahren immer wieder beklagt oder begrüßt, je nachdem, auf welcher Seite sie standen. Einige wurden bereits weiter oben zitiert. Wir lassen nunmehr eine ganze Reihe weiterer zu Wort kommen und beginnen mit keinem geringeren als

a) Papst Pius XI. in seiner berühmten Sozial-Enzyklika *Quadragesimo anno* von 1931:

«105. Und was in erster Linie jedermann auffällt, das ist nicht nur die Anhäufung der Reichtümer, sondern die Zusammenballung einer ungeheuren Macht und wirtschaftlichen Diktaturgewalt in den Händen einiger weniger Herren, die zumeist nicht einmal Eigentümer, sondern lediglich Treuhänder und Verwalter anvertrauten Gutes sind, über das sie jedoch eigenmächtig und willkürlich schalten und walten.»


Papst Pius XI.

«106. Diese unumschränkte Macht wird von jenen Männern mit äußerster Rücksichtslosigkeit gehandhabt, die in ihrer Eigenschaft als Inhaber und oberste Herren der Finanzen auch den Kredit an sich reißen und die Gewährung von Darlehen selbstherrlich bestimmen. Demzufolge verwalten sie sozusagen das Herzblut des ganzen Wirtschaftskörpers, und es ist gleichsam der Lebensgeist dieses Wirtschaftskörpers dermaßen in ihre Hand gegeben, daß ohne ihre Zustimmung kein Mensch mehr atmen kann. (…)»

«109. (. . .) Dazu kommen noch jene schweren Schäden, die entstanden sind aus einer bedenklichen Verquickung und Verwechslung der Aufgaben und Pflichten der Staatsgewalt und der Wirtschaft. Einer der ärgsten ist z.B. die Dekadenz der staatlichen Oberhoheit; während sie doch völlig unparteiisch und einzig auf das Gemeinwohl und die Gerechtigkeit bedacht, hoch und erhaben wie eine Königin und oberste Schiedsrichterin thronen sollte, wird sie zur Sklavin herabgewürdigt, die der Willkür und dem Egoismus wehrlos ausgeliefert ist. Was aber die internationalen Beziehungen betrifft, so sind aus der einen Quelle zwei verschiedene Strömungen entsprungen: einerseits der „Nationalismus" oder Wirtschafts-„Imperialismus", andererseits der nicht minder unheilvolle und verwerfliche „Internationalismus" oder „internationale Imperialismus" der Hochfinanz, für den die Losung gilt: *Ubi bene, ibi patria* - Wo's mir gut geht, da bin ich daheim.»[1371]

Diesem Text läßt sich unschwer entnehmen, daß der Papst *genau wußte, welche* «internationalen Bankiers» die «staatliche Oberhoheit» bereits damals allenthalben zu ihrer «Sklavin» gemacht hatten . . .

b) **VINCENT CARTWRIGHT VICKERS,** «ein früherer Gouverneur der *Bank von England* und großer Waffenfabrikant, an dessen Gesellschaft die **ROTHSCHILDS** einen bedeutenden Anteil hielten», etwa um dieselbe Zeit:

«Finanziers übernahmen vielleicht nicht die Verantwortlichkeit, sicherlich jedoch die Macht, die Weltmärkte zu kontrollieren und daher auch die zahlreichen Beziehungen zwischen den Nationen, die internationale Freundschaft oder internationales Mißtrauen bedingen.»

«Kredite an auswärtige Länder werden von der Londoner City ohne jeden Gedanken an das Wohlergehen [jener] Nationen organisiert und arrangiert; sie haben vielmehr den einzigen Zweck, ihre Verschuldung zu erhöhen, auf welcher die City gedeiht und reich wird.»

«Dieser nationalen - und vornehmlich internationalen - Diktatur des Geldes, die ein Land gegen das andere ausspielt und die, mittels des Besitzes eines großen Teils der Presse, die Propagierung ihrer eigenen Privatmeinung in den Anschein einer allgemeinen öffentlichen Meinung verwandelt, darf nicht länger erlaubt werden, „demokratische Regierung" zu einem bloßen Spottnamen zu machen.»[1372]

Wie man sieht, stimmte VICKERS hier der Sache und teilweise sogar dem Wortlaut («Diktatur» ...!) nach Papst PIUS XI. vollinhaltlich zu.

c) Father **DENIS FAHEY**, katholischer Priester und entschiedener Vorkämpfer für die Königsherrschaft des Gottmenschen Jesus Christus über die menschliche Gesellschaft, im Jahre 1944:

«Wenn die Manipulatoren des Geldes die Kontrolle über die Regierung des Staates erlangen, wird die Regierung nicht mehr imstande sein, die Bankiers und Geldverleiher zur Übung der Tugend sozialer Gerechtigkeit anzuhalten, d.h. jener Gerechtigkeit, die zu ihrem Ziel das Gemeinwohl hat, und das Wohlergehen der ganzen Nation wird bitter darunter leiden. Wucher und [willkürliche] Änderung des Preisniveaus werden dann ungeahndet bleiben, und die wahre Souveränität im Staat wird unausbleiblicherweise in die Hände der Manipulatoren des Geldes übergehen. Das nächste Sta-

[1371] Zit. n. *EMIL MARMY* (Hrsg.), Mensch und Gemeinschaft in christlicher Schau. Dokumente. Herausgegeben von Dr. *EMIL MARMY* unter Mitwirkung von *JOSEF SCHAFER* und *ANTON ROHRBASSER,* Freiburg in der Schweiz 1945, S. 488f (innerhalb des Abdrucks der gesamten Enzyklika in deutscher Übersetzung ebd. S. 446-510).

[1372] Zit. n. *PIPER* a.a.O., S. 151.

dium wird der Schritt dazu sein, die nationale Souveränität unter die Herrschaft irgendeiner internationalen Organisation zu bringen, die dem Geld [finance] unterworfen ist. Dadurch wird die gegenwärtige antichristliche und naturwidrige Verkehrung der Ordnung, die in der Unterordnung der menschlichen Personen unter die Produktion materieller Güter und in der Unterordnung der Produktion und Verteilung materieller Güter unter das Geld [finance] liegt, immerwährend und weltweit werden.»[1373]

Genau dort ist bekanntlich die Welt inzwischen angekommen ...

d) BERNARD ESAMBERT, **«Direktor der** ROTHSCHILD-**Bank in Paris und Berater französischer Staatspräsidenten»[1374],** 1992:

Er beklagte - wahrheitsgemäß und doch scheinheilig! - am Fernsehen wörtlich die «wahnsinnige Vorherrschaft des Geldes», die zu «einem System gefuhrt hat, das absolut nicht mehr demokratisch kontrolliert werden kann, weder von den Zentralbanken noch von den Nationen»[1375]!

e) HORST KÖHLER, **Staatssekretär im Bundesfinanzministerium** (später Präsident des *Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes,* dann *IWF-Chef,* schließlich Bundespräsident), 1993:

«Gestatten Sie mir . . . eine Bemerkung in bezug auf die Frage, ob wir mit der Aufgabe der Währungssouveränität nicht unsere Staatlichkeit verlieren. Der Begriff „Souveränität" relativiert sich, wenn man die Abhängigkeit von internationalen Zusammenhängen kennt.... Glaubt denn jemand hier in der Republik, daß wir bei offenen Kapitalmärkten wirklich souverän sind? Wir sind de facto in diese Finanzmärkte eingebunden und von ihnen abhängig ,..»[1376]

f) *Bundesbank-***Präsident** HANS TIETMEYER im Februar 1996 auf dem Weltwirtschaftsforum in Davos:

«Ich habe aber bisweilen den Eindruck, daß sich die meisten Politiker immer noch nicht darüber im klaren sind, wie sehr sie bereits heute unter der Kontrolle der Finanzmärkte stehen und sogar von diesen beherrscht werden.»[1377]

Obwohl die vielgelesene *Frankfurter Al¡gemeine Zeitung (FAZ)* dieses für vorgebliche «Demokraten» höchst skandalöse Diktum eines prominenten ROTHSCHILD-Satrapen weithin publik machte, gab es weder öffentliche Aufregung noch öffentlichen Widerspruch . . .

g) GOTTFRIED FEDER, von HITLER zugunsten des Freimaurers SCHACHT verschmähter *Geldreformer,* 1920 bzw. 1921:

«Im Ausland sah ich dann, wie das Kreditbedürfnis kleinerer Staaten sorgsam genährt und darauf „großmütig" der Kredit, z.B. 1913/14 die 600 Millionen der *Diskonto-Gesellschaft* an Bulgarien, gewährt wurde; dann aber auch, welche demoralisierenden Abhängigkeitsverhältnisse aller Art sich daraus ergaben.»[1378]

1373 *FAHEY* a.a.O., S. 10f.

1374 *CREUTZ,* Das Geld-Syndrom . . . a.a.O., S. 371.

1375 Zit. n. ebd.

1376 Zit. n. *MEIER* a.a.O., S. 112.

1377 Zit. n. *ROLANDSPINOLA* in: «Humanwirtschaft», November/Dezember 2005, S. 38 unter Berufung auf *HELMUT CREUTZ* im Vorgängerorgan «Der 3. Weg» vom März 1996, dessen Quelle wiederum die *FAZ* vom 3.2.1996 gewesen sei, so daß *SPINOLAS* gleichzeitige Angabe, TIETMEYER habe das «im März 1996» gesagt, ersichtlich irrig ist. - Dasselbe Zitat findet sich auch, jedoch ohne Quellenangabe und nur grob mit «Davos 1996» datiert, bei *CREUTZ,* Das Geld-Syndrom ... a.a.O., S. 371.

1378 *FEDER* a.a.O., S. 13; der Text stammt aus «Völkischer Beobachter», 1920, Nr. 72. Die genannte *Diskonto-Gesellschaft* war übrigens, wie in Band 1/2 nachgewiesen, eine jüdische Gründung.

«Die Vorspiegelung, daß der Staat zur Befriedigung seines Geldbedarfes sich unbedingt an das Großkapital wenden müsse, wofür er Zinsen zu bezahlen hätte, ist eine bewußte Irreführung mit dem beabsichtigten und fast gelungenen Endzweck, die Regierungsgewalt in den ausschließlichen Dienst der Geldmächte zu pressen.»[1379]

h) Dr. HELMUT BÖTTIGER, kritischer Experte, 2010:

«Da Geld entscheidet, was in der Gesellschaft geschaffen wird und was nicht, liegt im Recht zur Geldschöpfung die eigentliche gesellschaftliche Macht. Demokratien verschleiern wie die komplizierten Regelungen der Geldschöpfung die tatsächliche Machtausübung. Schließlich gedeihen oder stürzen Regierungen in der Regel über mit der Geldschöpfung gesteuerte Verhältnisse. Das gilt auch für Politiker und Parteien, die zur systemkonformen Meinungsmache auf entsprechende Geldmittel angewiesen sind.»[1380]

i) Alexander Solschenizyn, russischer Literatur-Nobelpreisträger, 2002:

«Bei Ausbruch des Krieges gegen Japan [1904] und im engstirnigen Beharren auf die Rechte an Korea erkannten Zar NIKOLAUS II. und die ihn umgebenden hohen Amtsträger schlicht nicht, wie heikel die internationale Stellung Rußlands in den Augen des Westens und vor allem des „traditionell freundschaftlich gesonnenen" Amerika war. Sie übersahen die schnell wachsende Macht der westlichen Financiers, die längst erheblichen Einfluß auf die Politik der zunehmend von Krediten abhängigen großen Staaten nahmen.»[1381]

j) Dr. ALFRED MECHTERSHEIMER, Stiftungsvorstand und kritischer Experte, 2007, wiewohl ohne *explizite* Erwähnung speziell der Staatsverschuldung:

«Denn infolge der Entgrenzung der Volkswirtschaften durch die Globalisierung und der Pervertierung des Privateigentums als heilige Kuh des Kapitalismus verschiebt sich die Macht zugunsten des internationalen Kapitals, das eigentlich ein supranationales [= «¿»ernationales] ist. Der Trend führt zu einer Weltherrschaft der Finanzoligarchien mit den Regierungen als bloße Verwalter.»[1382]

k) MICHAEL ROWBOTHAM, britischer Ökonom, 2000:

«Die riesigen eigenen [domestic] Schulden selbst der wohlhabendsten Nationen bedeuten, daß die Regierungen, genau wie in der Dritten Welt, häufig gezwungen sind, politische Maßnahmen zu ergreifen, die weltumspannende Unternehmensinteressen begünstigen. In ihrer Steuerhoheit geschwächt durch wachsende Staatsschulden, finden sich jetzt alle Regierungen in den Schatten gestellt, ausmanövriert und der Macht multinationaler Unternehmen und der internationalen Finanz unterworfen.»[1383]

1) DR. HENRY MAKOW, systemkritischer kanadisch-jüdischer Buchautor, 2008:

«Wenn auswärtige Bankiers den Geldbeutel kontrollieren, wird der Staat unvermeidlicherweise synonym mit diesen Bankiers. Der Staat ist ein Täuschungsmanöver, das dazu dient, die Massen zu manipulieren; „öffentlich" ist er bloß dem Namen nach. . . . Diese Tyrannei ist zugleich die erste in der Geschichte, die nicht erwähnt werden darf, aus Furcht, als „antisemitisch" und als ein „Hasser" gebrandmarkt zu werden.»[1384]

[1379] Ebd. S. 135; dieser Text ist dem Buch von *FEDER/BUCKELEY* «Der kommende Steuerstreik» (Diessen 1921) entnommen.

[1380] *HELMUT BÖTTIGER* in: «Der freie Mensch» Nr. 1-2 (Januar-Februar) 2010, S. 37.

[1381] *ALEXANDER SOLSCHENIZYN*, «Zweihundert Jahre zusammen». Die russisch-jüdische Geschichte 1795-1916, München 2002, S. 334.

[1382] *MECHTERSHEIMER* a.a.O., S. 11.

13[97] *ROWBOTHAM,* Goodbye America!... a.a.O., S. 67.

[1384] *MAKOW* ***a.a.**O.,* S. 4.

Auch in der gelenkten Presse wird das Unleugbare gelegentlich zum Thema. Allerdings kommen dann immer nur die Wirkungen, nicht aber die Ursache, also die *Staatsverschuldung* oder gar das mit ihr von allem Anfang an unlösbar zusammenhängende **aktuelle Schuldgeldsystem** selber, zur Sprache. So wolkig wie möglich wird bloß vom «Kapital» oder den «Märkten» geredet. Und die Perspektive ist im Einzelfall durchaus eine verschiedene.

* FRIEDRICH GRAF VON WESTPHALEN, Kolumnist (zaghaft kritisch, aber resigniert): «Man wird daher auch sehen müssen, daß das Gleichgewicht zwischen Politik und Wirtschaft außer Kontrolle geraten ist. Denn die Wirtschaft lauscht den Gesetzen des Kapitals, während sich die Politik diesen Geboten [!] mehr und mehr öffnet. . . . Denn im Zeichen des Kapitals blühen bei allen Parteien inzwischen die Forderungen des Neoliberalismus .. ,»[1385]
* GÜNTHER NONNENMACHER, F4Z-Herausgeber (ironisch-amüsiert, gleichgültig): «Es fällt schwer, dem Eindruck zu widersprechen, daß Politik, gefangen in einem Netz vor allem wirtschaftlicher Sachzwänge, von „den Märkten" so stark eingeschnürt werde, daß in Berlin, London, Paris oder Washington nur noch ein Schauspiel aufgeführt wird, das demokratische Selbstbestimmung simuliert.»[1386]
* ROBERT B. REICH, jüdischstämmiger ehemaliger US-Arbeitsminister (laut jammernd darüber, daß sich die Wahrheit nunmehr auf breiterer Front Bahn zu brechen beginnt): «Hinter alledem steht ein tiefsitzender Verdacht der Tee-Party-Bewegung, daß die Regierung [big govemment] mit den Großunternehmen [big business] und der Hochfinanz [Wall Street] gegen den Rest Amerikas unter einer Decke steckt. Das war viele Jahre lang die althergebrachte Sichtweise unter linksgerichteten Verschwörungstheoretikern, doch jetzt taucht sie mit voller Wucht [full-throttle] bei der Rechten auf. . . . Unternehmensführer sollten diesem gefährlichen Schwachsinn [dangerous idiocy] entgegentreten .. ,»[1387]

Insbesondere am Beispiel der Länder der Dritten Welt wird deutlich, daß staatliche Verschuldung über kurz oder lang *immer* mit dem weitreichenden Verlust staatlicher Souveränität einhergeht. Das wird namentlich von eher linksgerichteten Experten ohne weiteres zugegeben und sogar als Skandal gebrandmarkt, solange nur immer fein unerwähnt bleibt, wer denn nun eigentlich zu guter Letzt, im einzelnen und ganz konkret, also **in Person,** jene *Gläubiger* der armen Länder sind, die dort *als solche* die reale Macht ausüben . .. Lassen wir auch dazu noch ein paar charakteristische Stimmen folgen.

* **Manfred Coppik und Jürgen Roth,** unabhängige Journalisten und Buchautoren, 1982:

  «Normalerweise werden die zwischen dem *Internationalen Währungsfonds* und einzelnen Ländern abgeschlossenen Verträge nicht veröffentlicht, weil damit sichtbar würde, wie wenig nationale Souveränität die um Kredit nachsuchenden Staaten noch haben.»[1388]
* JONATHAN CAHN, dem Namen nach dem talmudistischen Milieu zugehörig, 1993 gleichwohl sehr kritisch im *Harvard Human Rights Journal.*

  «Die *Weltbank* muß als eine Regierungs-Institution angesehen werden, die durch ihre finanzielle Hebelgewalt Macht ausübt, ganze Gesetzeswerke vorzuschreiben

1385 *FRJEDRICH GRAF VON WESTPHALEN* in: «Die Tagespost», 10.3.2005.

1386 *GÜNTHER NONNENMACHER* in: «Frankfurter Allgemeine Zeitung», 15.6.2010, zit. n. *HELMUT BÖTTIGER* in: «Der freie Mensch» Nr. 7-8 (Juli-August) 2010, S. 42.

1387 *ROBERTB. REICH* in: «The Wall Street Journal Europe», 1.11.2010.

1388 *(JOPPIK/ROTH* a.a.O., S. 172f.

[to legislate entire legal regimens] und sogar die Verfassungsstruktur kreditnehmender Staaten zu ändern. Von der Bank anerkannte Berater schreiben oft die Handelspolitik, die Steuerpolitik, die Anforderungen an den Staatsdienst, die Arbeitsgesetze, die Vorkehrungen für die Gesundheitsversorgung, die Umweltschutzbestimmungen, die Energiepolitik, die Wiederansiedelungsvorschriften, die Beschaffungsregeln und die Haushaltspolitik eines Landes um.»[1389]

* Der bekannte, zeitweilig auch in Großbritannien arbeitende US-Journalist GREG PALAST im März 2002 in einem amerikanischen Hörfunksender:

«. . . Ich sprach mit dem früheren Chefvolkswirt JOE STIGLITZ, der von der *[Welt-]Bank* gefeuert wurde. Ich verbrachte also in der *BBC* und beim *Guardian* im Prinzip einige Zeit damit, mich von ihm über seine verflossene Tätigkeit informieren zu lassen. . . . Dadurch bekam ich Einblick in das, was in der *Weltbank* geschieht. Darüber hinaus informierte er mich nicht, aber ich bekam einige andere Quellen. Er hätte mir keine internen Dokumente gegeben, doch andere Leute händigten mir einen riesigen Stapel geheimer Unterlagen der *Weltbank* und des *Internationalen Währungsfonds* aus. . . . Wir fanden in diesen Dokumenten, kurz gesagt, daß sie *[Weltbank/IWF]* von den Staaten verlangten, geheime Abmachungen zu unterschreiben, in denen sie sich verpflichteten, ihre Schlüssel-Einrichtungen auszuverkaufen, in denen sie sich verpflichteten, wirtschaftliche Maßnahmen zu ergreifen, die wirklich verheerend für die betreffenden Länder sind, und falls sie diesen Maßnahmen nicht zustimmten - es waren im Durchschnitt für jedes Land, das unterschrieb, einhundertundelf Punkte, zu denen ihre schriftliche Zustimmung gefordert wird falls sie also diese Maßnahmen nicht gehorsam durchführten, würden sie von jeglicher internationalen Kreditaufnahme abgeschnitten.»[1390]

* G. EDWARD GRIFFIN, diesbezüglich erfreulich hellsichtig, 2002:

«Obwohl die meisten Erklärungen der *Weltbank* zu ihrer Politik sich mit wirtschaftlichen Themen befassen, offenbart eine aufmerksame Beobachtung ihrer Tätigkeit eine Vorliebe für gesellschaftliche und politische Themen. Das sollte nicht überraschen, wenn man sich vor Augen hält, daß die Bank von ihren Gründern als ein Werkzeug für gesellschaftlichen und politischen Wandel gesehen wurde. Der Wandel, zu dessen Herbeiführung sie konzipiert wurde, war der Aufbau des Weltsozialismus, und genau das ist es denn auch, was sie heute bewerkstelligt. Diese verborgene Tagesordnung tritt klar wie Kristall in der Natur dessen zutage, was die Bank „sekto-

[1389] Zit. n. *ROWBOTHAM*, Goodbye America! . . . a.a.O., S. 66.

[1390] Zit. n. *JONES* a.a.O., S. 176f; die erste eckige Einklammerung ist original, die zweite von mir eingefügt, auch die fette Hervorhebung stammt von mir. - Die Authentizität der *PALAST* zugespielten Dokumente ist unstrittig, wie er im selben Rundfunk-Interview mit *ALEX JONES* ausführte: «. . . tatsächlich sollte ich in [dem weltbekannten US-Fernsehkanal] *CNN* mit dem Chef der *Weltbank*, JIM WOLFENSOHN [diskutieren], und er sagte, er werde niemals auf *CNN* erscheinen, falls sie mich hinzuzögen. Und folglich tat *CNN* das Dümmste und ließ mich fallen. . . . Ich habe kürzlich interne Unterlagen aus Argentinien bekommen, den Argentinien-Plan. Der ist von JIM WOLFENSOHN unterzeichnet, dem Präsidenten der *Weltbank*. Übrigens, nur damit Sie das wissen, sie sind richtig erbost darüber, daß ich diese Unterlagen bekommen habe, aber sie haben die Echtheit der Dokumente nicht bestritten. Zuerst taten sie es. Zuerst sagten sie, jene Dokumente gäbe es gar nicht. Ich zeigte sie jedoch am Fernsehen vor. Und dokumentiere einige im Weltnetz, ich habe nämlich Kopien von einigen . . . Daher ruderten sie zurück und sagten, na ja, die Dokumente sind schon echt, aber wir werden sie nicht mit Ihnen erörtern und wir werden Sie daran hindern, im Fernsehen aufzutreten. Soviel dazu.» - Im Originaltext steht zweimal falschlich «Wolfensen», was vorstehend stillschweigend korrigiert wurde.

rale Anleihen" und „Strukturanpassungs-Kredite" nennt. In der ersten Kategorie soll nur ein Teil des Geldes für die Kosten ganz bestimmter Projekte aufgewendet werden, während der Rest in politische Veränderungen auf dem Wirtschaftssektor gesteckt wird. In der zweiten Gruppe ist das *gesamte* Geld für politische Veränderungen und *nichts* davon für Projekte gedacht. In den letzten Jahren fiel fast die Hälfte der Kredite an unterentwickelte Länder in diese Kategorie.»[1391]

* Der ehemalige «wirtschaftliche Auftragsmörder» («Economic Hit Man - EHM») JOHN PERKINS - reuevoll - im Jahre 2004:

«Das ist die eigentliche Kompetenz der EHM: Wir bauen ein Weltreich auf. Wir sind eine Elite aus Frauen und Männern, die **internationale Finanzorganisationen** dazu benutzen, jene Bedingungen zu schaffen, mit denen **andere Länder der Korporatokratie** [= der Herrschaft der Großunternehmen[1392]] **unterworfen werden sollen.** Und diese Korporatokratie beherrscht unsere größten Konzerne, unsere Regierung und unsere Banken.» Die Kernaufgabe der EHM, so PERKINS weiter, besteht darin, die Regierungen der Entwicklungs- und Schwellenländer zur Aufnahme eigentlich unnötiger Kredite zu überreden. «Wenn ein EHM richtig erfolgreich ist, dann sind die Kredite so hoch, daß der Schuldner nach einigen Jahren seinen Zahlungsverpflichtungen nicht mehr nachkommen kann. Dann verlangen wir wie die Mafia unseren Anteil. Dazu gehören vor allem: **die Kontrolle über die Stimmen in der *Uno*, die Errichtung von Militärstützpunkten oder der Zugang zu wichtigen Ressourcen wie Öl oder die Kontrolle über den Panamakanal.** Natürlich erlassen wir dem Schuldner dafür nicht die Schulden - und haben uns so wieder **ein Land dauerhaft unterworfen.»**[1393]

2) Erpressung der Staaten mittels ihrer Schulden (Beispiele)

Hier soll nun eine Auswahl **bekanntgewordener** Fälle von entweder Erpressung/Abstrafung oder - umgekehrt - Belohnung **verschuldeter** Staaten vorgeführt werden. Aus dieser bloßen ‚Spitze des Eisbergs' läßt sich leicht auf den tatsächlichen, erschreckenden Umfang des nur zu beflissenen «Gehorsams» schließen, den unsere vorgeblichen «Machthaber» **im aktuellen Schuldgeldsystem** der wahren, also der «fünften Gewalt» tagtäglich bezeugen. Die Reihung der Länder ist alphabetisch.

a) Ägypten

Erstaunlich ist eigentlich nur die schamlose Selbstverständlichkeit, mit der die Rothschildsche «fünfte Gewalt» hier vor aller Welt politische Willfährigkeit belohnte. Ein französischer Beobachter konstatierte:

1391 *GRIFFIN* a.a.O., S. 95f; Hervorh. original.

1392 wie der nächste Satz im von uns zitierten Text verdeutlicht, spielt *PERKINS* hier so dezent wie möglich auf die ROTHSCHILDS und ihren Orbit an.

1393 *PERXJNS* a.a.O., S. 22f (vgl. auch S. 55), fette Hervorh. hinzugefügt; im Originaltext steht im ersten zit. Satz irrtümlich «EMH» statt richtig «EHM». - Das «wir» und «uns» bezieht sich zwar *vordergründig* auf «die USA» bzw. deren «Korporatokratie», aber der Autor weiß genau, daß es um sehr viel mehr geht, nämlich um das in den PROTOKOLLEN formulierte Endziel. Vgl. ebd. S. 22 (der letzte Satz vor dem Beginn des obigen Zitats!): «Dieser Krieg ist ein Teil des Kampfes um die Weltherrschaft und Ausdruck des Traumes einiger weniger gieriger Männer von einem Weltreich.»

«1991 war Ägypten unter dem Vorwand, daß es während des Golfkrieges zur „Front-koalition" gehört habe, in den Genuß einer Abschreibung von 50 % seiner Schulden beim *Pariser Club* gekommen. Der *Internationale Währungsfonds* hatte seinen Segen dazu gegeben, und die verbliebenen 50 % waren zu sehr günstigen Bedingungen umgeschuldet worden.»[1394]

Ein britischer Beobachter formulierte - berechtigtermaßen - noch schärfer: «Ägypten wurde offen bestochen, um den von den USA betriebenen Golfkrieg von 1991 zu unterstützen („G7 belohnen Ägyptens Rolle im Golfkrieg mit Schuldenerleichterung", *The Financial Times,* 23. Januar 1991).»[1395]

b) Bolivien

Ebenso wie Costa Rica und Ecuador, die wir daher nachfolgend nicht mehr eigens aufführen werden, sah sich das lateinamerikanische Land Ende der 1990er bzw. Anfang der 2000er Jahre genötigt, einem «Vorschlag» zuzustimmen, der bereits auf der 4. *World Wilderness Conference (Welt-Wildnis-Konferenz*) in Denver 1987 ausgeheckt worden war: alle drei Länder vollzogen Tauschgeschäfte der Art «Schulden gegen Natur». Dabei wurde der (nur teilweise ...) Schuldennachlaß durch die «Verpflichtung» erkauft, «Wildnis-Gebiete vor der Erschließung zu schützen. Eine LWO-Kontrolle über diese Landstriche ist unvermeidlich»[1396], die überschuldeten Länder sind somit nicht mehr Herr im vormals eigenen Haus - ein handfester Vorgeschmack der PROTOKOLLARISCHEN «Einen Welt»!

c) Chile

Die Regierungen der Präsidenten ALAN GARCIA in Peru und SALVADOR ALLENDE in Chile, welch letzterer prompt weltweit als ultra-gefährlicher «Sozialist» verschrien wurde, und zwar just von den bezahlten Schreiern der diskreten Erbauer des Eine-Welt-Sozialismus, «versuchten ihr eigenes Wirtschaftsprogramm zu verfolgen und einen Weg aus ihren Schuldenkrisen zu finden. Das umschloß die Verstaatlichung einiger in ausländischem Besitz befindlicher Unternehmen sowie Beschränkungen der Schuldenrückzahlungen auf einen solchen Teil der Ausfuhrerlöse, den sie für machbar hielten. Die ALLENDE-Regierung wurde von weiteren Krediten seitens der *Weltbank* und des geschäftlichen Kapitals [= der privaten Banken] abgeschnitten, ungeachtet der Tatsache, daß es sich um eine demokratisch gewählte, volkstümliche Regierung handelte. Später, unter General PINOCHETS Militärjunta, genoß Chile reichliche Unterstützung durch die *[Welt-]Bank,* als es deren Austeritäts- und Anpassungspolitik umfing, ohne Rücksicht auf die schlimmen Auswirkungen für die chilenische Bevölkerung.»[1397]

d) Deutschland

Just die aktuelle (Marionetten-)Bundeskanzlerin ANGELA MERKEL, von der man angesichts ihrer perfekten politischen Stromlinienform solches kaum je erwartet hätte, wurde im Berliner Konrad-Adenauer-Haus am 17. August 2009 ungewöhnlich deutlich; sie sagte wörtlich:

1394 *WINSTON SMITH* in: «Lectures françaises», n° 537 (Januar 2002), S. 14.
1395 «On Target», 6.&20.4.2002, S. 7.
1396 *GRIFFIN* a.a.O., S. 544 Anm. 1.
1397 *ROWBOTHAM,* Goodbye America!... a.a.O., S. 67.

«Ich sehe mit Sorge, daß, je stärker einige Akteure auf den internationalen Finanzmärkten werden und je größer die Not einiger Staaten ist, weil sie in die Verschuldung gehen mußten, um die Volkswirtschaften zu retten[1398], eine alte Arroganz sich wieder den Weg bahnt und sagt „Ihr seid doch von uns abhängig" ... . Und ich darf Ihnen für mich persönlich sagen, es ist mir ein festes Anliegen ..., daß wir als Politik aus dem Erpressungspotential einzelner Akteure herauskommen.»[1399]

Damit war also zugegeben, daß die «Politik» längst diesem mit der Staatsverschuldung gegebenen «Erpressungspotential» **unterliegt;** folglich wird sich niemand darüber wundem, daß den Worten keine Taten folgten, folgen *konnten.* Auch den Mäusen ist es trotz bester Vorsätze noch nie und nirgends gelungen, der Katze eine Schelle umzuhängen ...

Was die klugerweise von MERKEL nicht näher bezeichneten «einzelnen Akteure» vom deutschen Staat des näheren erpressen, fällt oft nur den Fachleuten überhaupt in die Augen. So wies der Bremer Ökonom RUDOLF HLCKEL, selber (*nolens volensl)* ein Mann des Establishments, Ende 2005 doch tapfer darauf hin, die *SPD* habe zwar in ihrem Wahlprogramm mit großer Geste die Einführung einer «Reichensteuer» gefordert, die indessen wegen ihrer faktischen Bedeutungslosigkeit «wohl eher Symbolik» bleibe. **«Auffällig ist aber, daß die Großkoalitionäre über eine stärkere steuerliche Einbeziehung der Kapitalgesellschaften nicht diskutieren.** Auch die Kapitalgesellschaften müssen ihren Beitrag zur Konsolidierung [der Staatsfinanzen] leisten. Denn bei der *Deutschen Bank* steigen die Gewinne, während die Steuerquote sinkt.»[1400]

Haben sie den Staat einmal glücklich verschuldet und damit an die kurze Leine gelegt, fällt es den ROTHSCHILDS & Co. begreiflicherweise gar nicht mehr ein, höhere Steuern zu zahlen als nun einmal unumgänglich ist, um den schönen Schein zu wahren und keine unkontrollierbare Volkswut zu erregen. Es fällt ihnen auch gar nicht mehr ein, sich vom Staat *überhaupt noch* irgendwelche Vorschriften machen zu lassen, die nicht unvermeidlich sind, um denselben Schein zu wahren und derselben Volkswut vorzubeugen. An Beispielen herrscht kein Mangel.

Echte (statt bloß geheuchelte) Bankenkontrolle durch den unrettbar bankenverschuldeten deutschen Staat? Daran ist gar nicht zu denken! Vielmehr: «Die Anwaltskanzlei, die zuvor dem *Bundesverband deutscher Banken* Tips gab, wie sich die Finanzinstitute der staatlichen Kontrolle entziehen könnten, formulierte das „Kontrollgesetz" im Auftrag des Wirtschaftsministeriums.»[1401]

Die mehr als merkwürdige Handhabung der jüngsten «Bankenkrise» durch die hiesige, hochverschuldete Bundesregierung provozierte selbst das Wochenblatt *Die Zeit,* ein allzeit devotes Werkzeug in der Hand der hocheingeweihten Vollstrecker der PROTOKOLLE, zu diesem Kommentar: «Wem liefe es nicht bei dem Stichwort „Krise ohne Alternative" kalt den Rücken hinunter - denn genau als solche wurde ja die Bankenkrise

[1398] Auch das ist eine - aus dem Mund der Kanzlerin - bemerkenswerte Äußerung, beweist sie doch, daß den Marionetten-Regierungen die im aktuellen Schuldgeldsystem absolut unverzichtbare Funktion der Staatsschulden - Versorgung der Bevölkerung und Unternehmen mit einem Minimum an für sie schuldenfreiem Geld - vollkommen bewußt ist, obwohl sie normalerweise nie darüber reden.

[1399] Zit. n. *GRANDT* a.a.O., S. 51.

1400 *RUDOLF HICKEL* im Gespräch mit *REINHARD NIXDORF* in: «Die Tagespost», 10.11.2005; Hervorh. hinzugefugt. - Die Steuerquote *der Deutschen Bank* lag damals schon bei null!

1401 *PAT CHRIST* unter Berufung auf den Experten WOLFGANG BERGER, in: «Humane Wirtschaft» Nr. 5 (September-Oktober) 2010, S. 32.

unserer Tage von den Politikern behandelt. Es galt als alternativlos, die Banken vor dem Bankrott zu bewahren, obwohl sie den Schaden angerichtet hatten, und als ebenso alternativlos galt es, ihnen ihre Freiheiten zu lassen, obwohl sie einen vergleichbaren Schaden jederzeit wieder anrichten können.»[1402]

Mit einem Wort: die Staatsverschuldung beschert der ROTHSCHILD-dominierten Bankenwelt hierzulande Narrenfreiheit.

e) Europäische Union

«Wie stark die Macht des Finanzsektors ist, verdeutlichte kürzlich eine Auflistung in der *Financial Times Deutschland.* Demnach sitzen in vier von zehn Expertengruppen zur Beratung der *EU* hochrangige Mitarbeiter des Wallstreet-Giganten *Goldman Sachs.* Die *Deutsche Bank* stellt in sieben Beratergremien sicher, daß ihren Interessen Gehör verschafft wird. Die französische Großbank *BNP Paribas* weiß in fünf Expertengruppen Politiker zu beeinflussen. Welche Standpunkte in diesen Zirkeln in Brüssel ausgetauscht werden, bleibt das Geheimnis der beteiligten Akteure, die Sitzungen sind nicht öffentlich.»[1403] Alle drei genannten Institute gehören, wie wir noch sehen werden, zum heimlichen ROTHSCHILD-Banken-Imperium!

f) Großbritannien

Selbst führende britische Politiker, obwohl unbedingt anzunehmenderweise durchweg freimaurerisch eingeweiht, haben sich wiederholt über ihre totale Abhängigkeit von der Geldmacht beklagt, die aus der mit dem aktuellen Schuldgeldsystem strikt gekoppelten Staatsverschuldung resultiert.

«Mr. THOMAS JOHNSTON, Mitglied des Parlaments, der 1931 Lordsiegelbewahrer in der Labour-Regierung war, schrieb: „Die City, die Finanziers und die Geldverleiher in New York und Paris weigerten sich, Kredite zugunsten eines ausgeglichenen Haushalts zu gewähren. Sie forderten eine Kürzung des Arbeitslosengeldes. Sie wollten die Menschheit an ein Kreuz aus Gold gekreuzigt haben. Wir lehnten das absolut ab und traten zurück. . . . Zwanzig Männer und eine Frau - ein ganzes britisches Kabinett - warteten am Nachmittag eines Schwarzen Samstags in einem Garten der *Downing Street* auf eine endgültige Entscheidung der *Federal Reserve Bank* von New York.»[1404]

Man beachte nebenher, wie raffiniert sich die Londoner ROTHSCHILDS bereits damals im Hintergrund zu halten verstanden, indem nicht etwa sie selber oder die von ihnen kontrollierte City, sondern die räumlich viele Tausend Kilometer entfernte, aber von ihnen ebenso beherrschte New Yorker *FED* als die scheinbar entscheidende Instanz vorgeschoben wurde.

«In ihrer Ausgabe vom 20. Juni 1934 zitiert die Londoner Zeitschrift *New Britain* die vernichtende Feststellung des ehemaligen britischen Premierministers DAVID LLOYD GEORGE, daß *„Großbritannien der Sklave eines internationalen Finanzblocks isf\»*[1405] Der britische Geldreformer FREDERICK SODDY notierte ein paar Jahre später, gemünzt auf die *Bank von England,* sarkastisch: «Aus einer sogenannten Bank der Bankiers ist sie inzwischen beinahe zur Regierung der Regierung geworden.»[1406]

1402 *JENS JESSEN* in: «Die Zeit», 20.12.2010, S. 49.

1403 *PAT CHRIST* in: «Humane Wirtschaft» Nr. 5 (September-Oktober) 2010, S. 30.

1404 Zit. *N.FAHEY* a.a.O., S. 14.

1405 *HODGSON BROWN A.A.O.,* S. 92f; Hervorh. original.

1406 ZIT. n *FAHEY* a.a.O., S. 13: «From being what is known as a bankers's bank, it has become now almost the Government's government.»

In der sogenannten «Suez-Krise» von 1956 waren die ROTHSCHILDS und ihr Orbit erneut so schlau, die britische (und französische) Regierung auf dem Umweg über Amerika spüren zu lassen, daß sie außenpolitisch keinen eigenständigen Spielraum mehr besaß. Die militärische Rückeroberung des Suezkanals, den Ägypten einseitig verstaatlicht hatte, wurde sogar vom Staat Israel unterstützt, machte bereits gute Fortschritte und wäre zweifellos gelungen. Doch die «fünfte Gewalt», die auch den Staat Israel kontrolliert und nötigenfalls in seine Schranken weist, hatte - im Hinblick auf das PROTOKOLLARISCHE Endziel - damals anderes im Sinn. Was also geschah? «Als London uneinsichtig blieb, zog Amerika die Währungskarte: Allein die Andeutung, Amerika könne britische Schuldentitel in seinem Besitz auf den Markt werfen, ließ den Kurs des Sterlings erzittern. Derart in die Enge getrieben, mußten London und Paris zähneknirschend einlenken . . .»[1407] Natürlich war Inhaber der britischen Staatsschuldpapiere nicht einfach «Amerika»; es waren die amerikanischen verdeckten ROTHSCHILD-Großbanken bzw. die *FED*. Und wenn trotzdem die amerikanische *Regierung* damit drohte, etwas «auf den Markt zu werfen», was sie als solche *gar nicht besaß* und worüber ihr *gar keine Verfiigungsgewalt* zustand, dann tat sie es - selber allezeit erpreßbar - einzig im Namen und auf Geheiß der besagten Banken bzw. ihrer in London und Paris ansässigen Eigentümer!

Längst genügen schon diskrete, aber genau berechnete «Erinnerungen» an Englands «Schulden» in der gelenkten Presse des Landes, um unbotmäßige Politiker zu «disziplinieren». Ein jüngeres Beispiel datiert vom Frühjahr 2002: «Am 24. März berichtete *The Observer* über das, was als eine bindende britische Verpflichtung betrachtet wurde, nämlich daß das Vereinigte Königreich bei den Vereinigten Staaten mit 243 Millionen Pfund aus dem Krieg von 1939 bis 1945 verschuldet bleibe. Eine ziemlich kleine Summe, aber immer noch groß genug, um eine Erklärung im Parlament sicherzustellen.»[1408] Eine vordergründig «den USA», hintergründig jedoch der «fünften Gewalt» *genehme* Erklärung, versteht sich.

g) Island

Sogar die gelenkte Presse mochte im Frühherbst 2010 nicht verhehlen, daß der extrem bevölkerungsschwache Inselstaat im hohen Norden nach dem Zusammenbruch seiner Banken und den dadurch entstandenen gigantischen (Auslands-)Staatsschulden politisch erpreßbar geworden war. Zwar angeblich nur seitens «der USA» . . . Doch wer *deren* Marionettenregierung *seinerseits* zu solchen Erpressungsmanövern erpreßt, kann nach allem bisher Gesagten nicht mehr zweifelhaft sein.

Da war also JULIAN ASSANGE, Gründer und Chef der inzwischen weltbekannten elektronischen Enthüllungs-Plattform *Wikileaks*. Durch die Veröffentlichung einer Unmenge geheimer US-Dokumente über den Krieg in Afghanistan etc. mit teilweise sehr peinlichem Inhalt hatte er sich klarerweise nicht bloß bei den Drah*puppen* in Washington, sondern auch und erst recht bei den Drahtz*iehern* in London unbeliebt gemacht. Er suchte daher «für seine Server schon seit längerem nach einem sicheren Hafen. Diesen hatte ASSANGE zunächst in Island ausgemacht, wo das Parlament im Frühjahr ein Gesetz zum Schutz des „investigativen Journalismus" verabschiedete. Es soll Medienschaffenden aus der ganzen Welt ermöglichen, von Island aus operieren zu können. Doch Island steht nach dem Zusammenbruch des Finanzsystems und der nachfolgenden Krise schlecht da. Ein Fingerzeig aus Washington reichte deshalb aus, um das kleine *Wikileaks*-Team wieder auf die Reise zu schicken.»[1409]

[1407] *ECKERT* a.a.O., S. 106.
[1408] «On Target», 6.&20.4.2002, S. 7.
[1409] *BRUNO KAUFMANN* in: «Tages-Anzeiger» (Zürich), 2.9.2010.

Doch nicht nur der beabsichtigte Schutz echter Pressefreiheit fiel staatsschuldenbedingt ins Wasser. Die jahrhundertelang stets hartnäckig auf ihre nationale Unabhängigkeit bedachten Isländer werden jetzt mittels desselben Hebels - drückende staatliche Auslandsschulden - dorthin befördert, wohin sie freiwillig nie wollten: «Vor dem Beinahe-Staatsbankrott wollte die Insel kein Vollmitglied in der *EU* werden, doch der isländische Botschafter HAUKUR JOHANNESSON forderte Ende 2009 zügige Beitrittsverhandlungen, schließlich sei das Land seit 1970 Partner der europäischen Integration .. ,»[1410]

h) Jordanien

König HUSSEIN, ein notorischer Freimaurer, bekam im März 1995 den Friedenspreis des *Simon- Wiesenthal-Zentrums* in Los Angeles. «HUSSEIN erhielt die Auszeichnung für seine Bemühungen, den Konflikt zwischen Arabern und Israeli zu beenden. Jordanien und Israel unterzeichneten im vergangenen Oktober nach jahrzehntelangen Feindseligkeiten einen Friedensvertrag.» Er erhielt aber für seine Unterwürfigkeit gegenüber dem zionistischen Staat noch mehr als nur das: «Los Angeles war die erste Station eines offiziellen Besuchs des jordanischen Monarchen in den USA. HUSSEIN hofft auf die Zusicherung wirtschaftlicher und militärischer Unterstützung durch die amerikanische Regierung. Vizepräsident AL GORE hat dem jordanischen Staatsoberhaupt in der vergangenen Woche einen Erlaß der Schulden versprochen, die sich auf 275 Millionen Dollar belaufen.»[1411] Viel Geld für das kleine Wüstenland, das außer dem Tourismus kaum Einkommensquellen besitzt. . .

i) Libanon

Vom 31. März bis zum 3. April 2001 hätte in der Landeshauptstadt Beirut eine internationale Konferenz zu den Themen Zionismus und Revisionismus stattfinden sollen. Alles, was auf dem Gebiet der *unabhängigen* Holocaust-Forschung international Rang und Namen hatte und noch nicht wegen häretischer Leugnung oder Bezweiflung des Holocaust-Dogmas irgendwo hinter Schloß und Riegel saß, hatte sein Kommen angesagt. Alles war vorbereitet. Und die Holocaust-Dogmatiker in heller Aufregung. Doch drei Tage, ehe das Ereignis begonnen hätte, am 27. März 2001, konnte die in jüdischem Besitz befindliche *International Herald Tribune* Entwarnung geben. Sie zitierte den libanesischen Premierminister RAFIK HARIRI mit den Worten: «Der Libanon hat wichtigere Dinge zu tun, als Konferenzen abzuhalten, die seinen internationalen Ruf beschädigen und seinen Namen beschmutzen.»[1412]

Was war der Hintergrund der plötzlichen Entscheidung, die bereits genehmigte Veranstaltung in beinahe letzter Sekunde zu verbieten? RENÉ-LOUIS BERCLAZ, düpierter eidgenössischer (Mit-)Organisator der geplatzten Konferenz, wußte es: «Geschwächt durch die

[1410] *GRANDT* a.a.O., S. 137f; die ebd. von *GRANDT* vertretene Ansicht, die neue ¿^-«Begeisterung» Islands beruhe auf der Hoffnung, sich als ¿'{/-Mitglied «gesundsparen» zu können, greift entschieden zu kurz, noch abgesehen davon, daß sie bereits in sich nicht plausibel erscheint, haftet doch die *EU* laut dem formal immer noch gültigen Lissabon-Vertrag eindeutig *nicht* für die Schulden ihrer einzelnen Mitgliedsstaaten!

[1411] Meldung in: «Neue Zürcher Zeitung», 27.3.1995.

[1412] Zit. n. «Bulletin d'information de l'Association Vérité et Justice» N° 8 (April 2001), S. 1: «Lebanon has more important things to do than holding conferences that hurt its international standing and smear its name.»

Folgen fünfzehn Jahre lang anhaltender innerer, von seinem sperrigen Nachbarn [Israel] geschürter Konflikte, wird der Libanon von seinen finanziellen Schutzherren - Frankreich und den Vereinigten Staaten - so gehalten, wie der Strick den Gehenkten hält. . . . Was RAFIK HARIRI nicht sagt, ist, daß die amerikanische Regierung auf den Libanon Druck ausgeübt hat, indem sie ihm androhte, eine Finanzhilfe von 25 Millionen Dollar zu streichen, falls die Konferenz ... stattfinden sollte (laut der großen Beiruter Tageszeitung *L 'Orient-Le jour,* aufgegriffen von *Le Temps* vom 23. März 2001).»[1413]

j) OPEC

Selbst die meisten der scheinbar «reichen» erdölexportierenden Länder sind - und zwar im «westlichen» Ausland - verschuldet. Diesen Hebel kann die Rothschildsche «fünfte Gewalt» im Bedarfsfalle dazu nutzen, anderswo auf dem Globus anderen ihrer staatlichen «Schuldner» den endlosen «Schuldendienst» zeitweilig zu erleichtem - natürlich nur im eigenen, Rothschildschen bzw. PROTOKOLLARISCHEN, Interesse.

So erfuhr man im Spätsommer des Jahres 2000: «Ölminister von Mitgliedsländern der *Organisation erdölexportierender Länder (OPEC)* haben nationalen Sicherheitsberatem auf dem Kapitol-Hügel diskret mitgeteilt, daß die Verminderungen der Ölproduktion - und die daraus resultierenden Preiserhöhungen - *auf das Ersuchen* der CLINTON-Regierung zugunsten Rußlands, Indonesiens, Mexikos und des Irans Zustandekommen. Von Rußland, Mexiko und Indonesien wird berichtet, daß sie ihre steigenden Öleinnahmen dazu verwenden wollen, überfällige Anleihen bei den Ländern des Westens zurückzuzahlen.»[1414] Rückgezahlt wurde und wird natürlich im Regelfall nicht «bei den Ländern» des Westens, sondern nur bei den (Groß-)Banken der Länder des Westens . . .

k) Pakistan

Nach dem 11. September 2001, als seine Mithilfe im verlogenen «Krieg gegen den Terror» auf dem Boden des Nachbarn Afghanistan dringend benötigt wurde, brachen für das hochverschuldete Land kurzfristig goldene Zeiten an. Mit schneidender Ironie notierte ein französischer Beobachter im Januar 2002:

«Die Unterwerfung unter die Mächtigen hat manchmal ihr Gutes. Dieses Jahr stand Pakistan an vorderster Front. Die Vereinigten Staaten hatten seinen Staatsführer deutlich wissen lassen, er müsse unverzüglich begreifen, daß die Zeit des Schutzes der Taliban vorbei sei. Mehr noch: daß er ohne Zögerlichkeit die demokratischen Länder in ihrem Kampf gegen die Verrückten Allahs zu unterstützen habe. Der pakistanische Präsident PERVEZ MUSCHARRAF zeigte eine bemerkenswerte Entscheidungsfähigkeit und vollzog die von ihm verlangte Kehrtwendung. Er hat, wie wir vorhersahen . . ., den Kundgebungen der Straße wacker standgehalten und die ersten angelsächsischen Interventionen unterstützt. Er hat gleichwohl seine Generalsmütze „verfrühstückt", denn die Vereinigten Staaten haben genau das getan, was er sie zu vermeiden bat, nämlich, die als Hauptfeind Pakistans angesehene Nordallianz zu stützen. Sei dem wie es sei, er hat es nicht mit Undankbaren zu tun. Schon hat der *IWF* darauf hingewiesen, daß man Pakistan dabei helfen müsse, seine Auslandsverschuldung (zwei Milliarden Dollar in drei Jahren) zu bedienen. Der pakistanische Finanzminister ist nach Paris gekommen und hat dort die

[1413] *RENE-LOUIS BERCLAZ* ebd.

[1414] *CHARLES SMITH* in: «On Target», 9.&.23.9.2000, S. 10.

Bestätigung erhalten, daß der *Pariser Club* auf französischen Druck hin für eine „großzügige Behandlung" seines Dossiers (1,4 Milliarden Euro) eintreten werde. Zufrieden mit dem Wirtschaftsprogramm, hat der *IWF* am 26. September die letzte Teilsumme eines Gesamtkredits von 600 Millionen Dollar ausgezahlt. Kurzum, sämtliche Gläubigerländer entdecken nur Gutes an der pakistanischen Verwaltung. Am vergangenen 7. Oktober hat die britische Entwicklungshilfeministerin CLÄRE SHORT für eine Nettorückführung der pakistanischen Verschuldung plädiert und LAURENT FABIUS hat eine bilaterale Hilfe vorgeschlagen.»

«Ein anderer großer Gläubiger Islamabads, Japan, hat am 26. Oktober die von ihm verhängten Sanktionen zur Verurteilung der pakistanischen Atomversuche aufgehoben. Washington hat dasselbe getan. Für das Jahr 1998 hat Tokio [rückwirkend!] fast 492 Millionen Dollar an Hilfe ausgeschüttet. Und die amerikanischen Regierenden haben angekündigt, daß sie „über eine Milliarde Dollar" und die internationalen Hilfsorganisationen „mehrere Milliarden Dollar" auszahlen werden. Mitte Dezember, als der pakistanische Finanzminister in Frankreich eingetroffen war, um mit den Gläubigern des *Pariser Clubs* die Reduzierung, ja sogar die fast völlige Streichung von rund 13 Milliarden Dollar an bilateralen Schulden auszuhandeln, konnte er sich bereits rühmen, sechs Milliarden Dollar an Hilfe kassiert zu haben.»[1415]

Die Geschichte fand ihre Fortsetzung im Frühjahr 2003. Darüber wurde weiter oben schon berichtet: am 4. April 2003 strichen die USA Pakistan ein Drittel seiner «bei ihnen» (sprich: bei den dortigen Banken) liegenden 3-Milliarden-Dollar-Schuld «als eine Belohnung für seine Unterstützung gegen den Terorrismus. . . . Der Vertrag reduziere Pakistans auswärtige Schulden auf 35,3 Milliarden Dollar und werde die Kosten für den Schuldendienst des Landes um fast 20 Prozent auf 40 Prozent seiner diesjährigen Einnahmen bis zum Juni senken»[1416], sagte damals erfreut ein pakistanischer Unterhändler .. .

l) Peru

Die «fünfte Gewalt» ließ dem Land seinerzeit, zu Beginn der 1970er Jahre, unzweideutig klarmachen, daß Staatsverschuldung nun einmal mit Souveränitätsverlust identisch ist. Kaum hatte der peruanische Regierungschef ALAN GARCLA, der Not gehorchend, beschlossen und bekanntgegeben, es könnten künftig nur noch 30 Prozent der Auslandsschulden bedient werden, da wurden peruanische Schiffe und Flugzeuge, die sich gerade im Ausland befanden, «auf Antrag der Gläubiger durch die Justiz beschlagnahmt. Somit kann in unserer vernetzten Welt kein verschuldetes Land der Dritten Welt die Zahlungsunfähigkeit erklären, ohne dabei gleichzeitig komplett auf den internationalen Handel zu verzichten.»[1417]

m) Türkei

Von den ihre /««^politische Handlungsfreiheit extrem einschnürenden Bedingungen, die der *IWF* den Türken zu Beginn der 1980er Jahre aufdiktierte, war weiter oben bereits ausfuhrlich die Rede. In jüngerer Zeit wurde die hohe Auslandsverschuldung dazu benutzt, a«/fe«politisches türkisches Wohlverhalten zu belohnen bzw. zu erzwingen: «In der Praxis . . . entscheiden häufig nicht wirtschaftliche Indikatoren, sondern politische

1415 *WINSTON SMITH'M* «Lectures françaises», n° 537/Januar 2002, S. 14f.

1416 Bloomberg-Meldung in: «BusinessReport» (Johannesburg), 7.4.2003.

1417 *BICHLMAIER* a.a.O., S. 478.

Umstände über die Kreditwürdigkeit eines Landes, wie die milliardenschweren Hilfspakete des *IWF* an die Türkei beweisen. „Die USA haben den *IWF* trotz ihrer offiziellen Abneigung gegenüber Großkrediten oder finanziellen Rettungsaktionen immer als Feuerwehr benutzt, wenn es politisch opportun erschien", sagt PETER NUNNENKAMP vom Kieler *Institut für Weltwirtschaft*.»[1418]

Umgekehrt verhielt es sich im Vorfeld des Irakkriegs vom Frühjahr 2003: «Als die Türkei den amerikanischen Truppen den Durchmarsch in den Irak verweigerte, wurde in Washington laut darüber nachgedacht, die Bonität, also die Kreditwürdigkeit, Ankaras herabzustufen. Ein Zufall kann das nicht gewesen sein.»[1419] Die Türkei hat gleichwohl das Glück, daß die ROTHSCHILDS und Konsorten sie im Hinblick auf das in den PROTOKOLLEN formulierte große Endziel gegenwärtig *noch* mit Samthandschuhen anfassen müssen[1420] ...

n) Ungarn

Im Juli 2010 stand ganz offen in den Zeitungen zu lesen, wie schamlos die Bankenwelt aufmüpfige Regierungen an die Kandare namens «Staatsschulden» nimmt: «Die Regierung in Budapest will Europas höchste Abgabe für Kreditinstitute einführen. Die Branche wehrt sich und schaltet den *IWF* ein.» Dessen Chef war damals übrigens noch der bekennende Talmudist DOMINIQUE STRAUSS-KAHN. Doch weiter im Text: «Unmittelbare Einflußmöglichkeiten hat der *IWF* tatsächlich: Derzeit verhandelt wieder eine Delegation des Währungsfonds in Budapest. Ende 2008 hatte Ungarn nach Ausbruch der Finanzkrise als erstes Land in Osteuropa einen Milliarden-Kredit von *IWF* und *EU* bekommen, um einen Staatsbankrott abzuwenden. Jetzt wacht der Währungsfonds darüber, daß Ungarn den zugesagten Sanierungskurs auch einhält. Das Kalkül der westlichen Geschäftsbanken: Gestattet der *IWF* der Budapester Regierung in diesem Jahr ein höheres Haushaltsdefizit, würde die geplante Bankensteuer wohl geringer ausfallen.»[1421] Kommentar: hoffentlich nicht mehr nötig!

o) USA

Der Historiker ANTONY SUTTON zitiert aus einem Brief von US-Präsident ANDREW JACKSON vom 26. Juni 1833 an seinen den Zentralbankiers allzu wohlgesonnenen Finanzminister WILLIAM DUANE, der bald darauf wegen unüberbrückbarer Differenzen mit dem Präsidenten zurücktrat. «JACKSON hatte noch das gewaltige und rapide Anwachsen der Schulden der Regierung bei der Bank [der 2. Zentralbank der USA] in Erinnerung, die binnen 16 Monaten um 28 Millionen Dollar oder 66 Prozent gestiegen waren. Er gab

1418 *KATRIN OLIVEIRA* in: «Die Tagespost», 30.4.2002.

1419 *BRUNO BANDULET* in: «Recht und Wahrheit» Nr. 7+8 (Juli-August) 2004, S. 20.

1420 So vermochte Ankara damals gegenüber dem jüdischen US-Vize-Verteidigungsminister WOLFOWITZ mit Gegenforderungen aufzuwarten, die den Eine-Welt-Architekten absolut nicht gleichgültig sein konnten. Vgl. etwa die folgende Dpa-Meldung in: «Die Tagespost», 20.7.2002: «Der stellvertretende amerikanische Verteidigungsminister PAUL WOLFOWITZ hat bei seinem jüngsten Besuch in der Türkei nach Angaben der Zeitung *Al-Hayat* Details zu Angriffsplänen gegen den Irak besprochen. Die Türkei habe als Gegenleistung für eine Unterstützung der amerikanischen Pläne zum Sturz des irakischen Präsidenten SADDAM HUSSEIN Militärhilfe sowie politische Unterstützung in der Zypern-Frage und bei der Annäherung an die *Europäische Union* gefordert, schreibt die arabische Zeitung in ihrer Freitagsausgabe.»

1421 *STEFAN MENZEL* in: «Handelsblatt», 12.7.2010.

daher den folgenden Kommentar dazu ab: „Man kann nicht mehr am Beweggrund für die beträchtliche Ausweitung der Anleihen zweifeln. Es ist unbestreitbar, daß dies geschah, um ihre [der Bank] Macht im Land zu festigen und die Regierung durch den Einfluß, den die Kreditgeber auf sie hätten, zu zwingen, ihr eine neuerliche Lizenz zu gewähren."» SUTTON seinerseits meint dazu lakonisch: «Vermutlich ist das die erste und letzte Erklärung eines amerikanischen Präsidenten bezüglich dessen, was heute viele argwöhnen: daß gewisse Banken (aber nicht alle Bankiers) die Schulden als eine Waffe zum Zweck politischer Kontrolle einsetzen.»[1422]

Das stimmt allerdings nicht, denn es gibt noch eine zweite: Präsident WOODROW WILSONS berühmte Klage über die totale Abhängigkeit der USA bzw. ihrer offiziellen Regierung vom «Kreditsystem», das in den Händen ganz weniger Leute liege, wurde bereits in Band 1/2 (S. 679) zitiert.


Louis T. McFadden

Im US-Kongreß erklärte der Abgeordnete LOUIS T. MCFADDEN 1934 wörtlich: «Die *FED* hat jede nur erdenkliche Anstrengung unternommen, ihre Machtbefugnisse zu verheimlichen, doch die Wahrheit ist: die *FED* hat die Regierung an sich gerissen. Sie kontrolliert alles hier, und sie kontrolliert alle unsere auswärtigen Beziehungen. Sie setzt Regierungen ein und stürzt sie wieder, ganz nach Belieben.»[1423]

Besonders aufschlußreich ist, was sich kurz nach Präsident BILL CLINTONS Amtsübernahme Anfang 1993 ereignete. «. . . fast gleich zu Anfang beredete sein hauptsächlicher Wirtschaftsberater, der frühere Vorsitzende von *Goldman Sachs* ROBERT RUBIN, den neuen Präsidenten, er solle sich vor den Schuldenmärkten verbeugen, was die berühmte Entgegnung des neuen Chefs auslöste: „Sie wollen mir sagen, daß der Erfolg meines [Wirtschafts-]Programms von der *Federal Reserve* und einem Haufen verdammter Schuldpapierhändler abhängt?"»[1424] Genau das hatte ihm der mächtige talmudistische Großbankier tatsächlich so schonend wie möglich beizubringen versucht...

Mehr ist dazu eigentlich nicht zu sagen. Auch in Amerika wurden jüngst die Banken, darunter mehrere der großen verdeckten ROTHSCHILD-Häuser, «gerettet», indem die US-Bundesregierung gehorsamst etliche **Billionen** weiterer «Schulden» auf sich nahm! Und der jüdische Staat Israel «kaufte» erst 2010 wieder 20 US-amerikanische Tarnkappenbomber im Wert von vier Milliarden Dollar - zum Nulltarif. «Die Finanzierung erfolgt über US-Militärhilfe», hieß es dazu lapidar in der Presse[1425]. Diese «Hilfe» ist nun aber - anders als alle *IWF*-, *Weltbank*- oder sonstigen Finanz«hilfen» der reichen für die armen Länder **kein** Kredit, sondern ein glattes **Geschenk.** Will sagen, ein Geschenk (und

1422 *SUTTON* a.a.O., S. 36f.

1423 Congressman *Louis T. MCFADDEN* on the Federal Reserve Corporation . . . a.a.O., S. 24: «Every effort has been made by the Fed to conceal its powers - but the truth is - the Fed has usurped the Government. It controls everything here and it controls all our foreign relations. It makes and breaks governments at will.»

1424 *pinups* a.a.O., S. 43f: «You mean to tell me that the success of my [economic] program hinges on the *Federal Reserve* and a bunch of f- ing bond traders?» - Wie praktisch alle (insoweit puritanisch beeinflußten) Amerikaner schreibt auch *PHILLIPS* hier das in keinem Englisch-Wörterbuch anzutreffende, weil der übelsten Gossensprache zugehörige, aber mündlich offenbar dennoch vielbenutzte Schimpfwort «fucking», das wörtlich noch Schlimmeres besagt als das deutsche «verdammt», nicht aus.

1425 Kurzmeldung mit der bemerkenswerten Überschrift «Israel kauft [!] neue Tarnkappenbomber» in: «Tages-Anzeiger» (Zürich), 16.8.2010.

kein Kredit) *an Israel,* wohl aber ein Kredit (und **kein** Geschenk) der Banken *an die US-Regierung*! Warum das so ist? Fragen Sie BILL CLINTON!

p) Usbekistan

Ja, auch das war unmittelbar nach dem US-Überfall auf Afghanistan von Ende 2001: «Präsident KARIMOW, der ehemalige erste Sekretär der örtlichen kommunistischen Partei, ist buchstäblich auf die Gelegenheit gesprungen, die ihm der Krieg bot. Ohne Moskau zu konsultieren, das seitdem wiederholt, daß er „Usbekistan für acht Milliarden Dollar verkauft hat", hat er die [Militär-]Basis von Khanahad an die Amerikaner „verpachtet". Mehr noch als diese Milliarden, die sie eingesteckt haben, erwarten die Usbeken amerikanische Investitionen, welche die seit dem Sturz des Kurses für Baumwolle dahinsiechende Wirtschaft wieder aufmöbeln sollen. Noch vor dem Eintreffen eines amerikanischen Verantwortlichen in Taschkent hatte der Botschafter Mitte November die **Freigabe einer Anleihe von 200 Millionen Dollar** verkündet. Darüber hinaus hat man durchblicken lassen, Usbekistan könnte für bestimmte seiner ärmsten Regionen von der für Afghanistan bestimmten humanitären Hilfe profitieren. Europa hat denselben Eifer an den Tag gelegt, indem es eine **Anleihe von 317 Millionen Euro** für die zentralasiatischen Republiken „mit Vorrang für Usbekistan" in Aussicht stellte. Der [zufälligerweise jüdischstämmige] Belgier LOUIS MICHEL hat sich vor Ort begeben, um den Ausrüstungsbedarf des Landes abzuschätzen. Schließlich hat ISLAM KARIMOW einen Brief der Präsidenten der *Weltbank* und der *Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung* erhalten, die ihm versprechen, **die Zinssätze ihrer Kredite nach unten zu korrigieren.** Eine wunderbare Wirkung des Krieges, denn noch vor einigen Monaten hatte der *Internationale Währungsfonds,* entrüstet über die Weigerung des usbekischen Diktators, die im Gegenzug für die ausgeschütteten beträchtlichen Hilfen verlangten Reformen durchzuführen, entschieden, das Land zu verlassen.»[1426]

q) Welt

BODO RAMELOW von der Partei *Die Linke* fragte vor einiger Zeit im Weltnetzauftritt seiner Partei: «Warum ist das Handeln mit Waren steuerpflichtig, während das Spekulieren mit dem Besitz an Handelsunternehmen steuerfrei bleibt? Warum muß eine Sache im Warenverkehr versteuert werden, ein Geldmarktprodukt aber nicht?»[1427]

Sein dem Talmudismus entsprossener Parteifreund GREGOR GYSI könnte ihm bestimmt die zutreffende Antwort geben ... Aber der skandalöse Sachverhalt betrifft ja keineswegs nur Deutschland: «„Finanzprodukte" sind praktisch die einzigen Produkte auf der Welt, die derzeit keiner Verkaufssteuer unterliegen», konstatiert die US-Amerikanerin ELLEN HODGSON BROWN[1428]. Nirgendwo.

Wieso das? Nun denn, jeder führende Politiker (Staatsmänner gibt es ohnehin längst keine mehr) gleich wo auf dem Globus, der gegenwärtig daran emstlich etwas zu ändern suchte, würde von den gelenkten Medien oder irgendeinem anderen Abgesandten der «fünften Gewalt» nachhaltig an die Staatsschulden seines Landes «erinnert» . . . und zöge alsbald kleinlaut den Schwanz ein.

1426 *WINSTON SMITH* in: «Lectures françaises», n° 537/Januar 2002, S. 13; fette Hervorh. hinzugefügt.

1427 Zit. n. «Humane Wirtschaft» Nr. 5 (September-Oktober) 2010, S. 40.

1428 *ELLEN HODGSON BROWN* in: «Der freie Mensch» Nr. 9-10 (September-Oktober) 2010, S. 59.

H. Rothschilds & Co. als Staatsverschulder

Die ROTHSCHILDS nahmen diese Rolle *in Europa* schon seit über achtzig Jahren ein, andere ihres Stammes sogar bereits seit rund zweihundert Jahren, als die PROTOKOLLE am Ende des 19. Jahrhunderts ihre helle Freude darüber zum Ausdruck brachten. Doch für unser Thema von eigentlichem Belang ist ja erst die Zeit *nach* der Abfassung der PROTOKOLLE, soll doch gezeigt werden, daß sich diese PROTOKOLLE inzwischen - im wesentlichen - *erfiillt* haben - globusweit.

Indessen: Ohne nochmaligen Rückblick auf die Anfänge des internationalen Bankhauses ROTHSCHILD und seine Entwicklung bis zum 1. Weltkrieg ist eine zusammenhängende Darstellung seiner entscheidenden Stellung bei der Verschuldung der Staaten nicht möglich. Es sollen jedoch, um die Leser von Band I keinesfalls zu langweilen, durchweg andere Quellen als die dort benutzten herangezogen werden. Bezüglich der USA müssen wir sogar noch etwas weiter in die Geschichte zurückgehen, fassen uns aber so knapp wie möglich. Die beiden darauf folgenden thematischen Abschnitte geben fürs erste einen kursorischen Überblick über den Werdegang der ROTHSCHILDS und ihrer Geschäfte zwischen den beiden Weltkriegen bzw. seit dem 2. Weltkrieg bis heute, auch hier ausschließlich unter Benutzung bisher nicht verwendeten Quellenmaterials. Erst dann kommen wir schrittweise zu den hochinteressanten Einzelheiten.

1) Die Rothschilds in Europa bis zum 1. Weltkrieg

NATHAN MEYER ROTHSCHILD, der 1777 geborene drittälteste/drittjüngste Sohn des Stammvaters MEYER AMSCHEL ROTHSCHILD, nahm 1798 im jugendlichen Alter von nur 21 Jahren, ausgestattet mit einem Startkapital von 250 000 Gulden, in England seinen Sitz, um dort nach anfänglichem Textil-Großhandel 1804 in der Hauptstadt ein Geldhaus zu eröffnen. Obwohl auch seine vier Brüder jeweils eine Bankniederlassung in Frankfurt/Main, Wien, Paris und Neapel gründeten, wurde London spätestens ab 1815 zum Zentrum der ganzen Bankiersdynastie und ist bis heute die Schaltzentrale geblieben.

NATHANS großer Coup war bekanntlich die gelungene Spekulation größten Stils gegen - britische Staatsanleihen! Die *Bank von England* und - später - die an ihr beteiligten Geschäftsbanken hatten auf dem Feld der Verschuldung des britischen Staates schon 120 Jahre lang «ganze Arbeit» geleistet, so daß ROTHSCHILD nur noch zu ernten brauchte, wo andere gesät hatten. Der schlaue Fuchs ließ also am 20. Juni 1815 den Börsenkurs der staatlichen Schuldtitel schlagartig abstürzen, indem er vorgab, schon in Erfahrung gebracht zu haben, daß NAPOLEON England in der Schlacht von Waterloo besiegt habe; in Wirklichkeit hatten seine Eilboten ihm die gegenteilige Nachricht zugetragen . . . Gleichzeitig ließ er mehrere Strohmänner alles, was er selber (und - durch ihn in Panik versetzt - alle anderen!) in der Londoner Börse an britischen Staatstiteln für ein Butterbrot auf den Markt warfen, sofort auch für eben dieses Butterbrot wieder aufkaufen. Der Kurs der Papiere schoß schon am nächsten Tag in ungekannte Höhen, als die amtliche Kunde von NAPOLEONS vernichtender Niederlage eintraf. ROTHSCHILD hatte mit List und Tücke das Familienvermögen auf einen Schlag vervielfacht. Es war also - nach dem Kurfürsten von Hessen-Kassel - bezeichnenderweise der bereits hochverschuldete britische Staat, der den ROTHSCHILDS *anhand* seiner Verschuldung faktisch zu ihrer absoluten Vorrangstellung unter allen Geldverleihern Europas bzw. der Welt verhalf.

Ein Jahrhundert später freilich mochten die Londoner ROTHSCHILDS nicht mehr gerne an die höchst anrüchige Art und Weise erinnert werden, auf die ihr Vorfahre diese unerhörte Machtstellung errungen hatte. «Die *New York Times* berichtete in ihrer Ausgabe

vom 1. April 1915, daß Baron NATHAN MAYER DE ROTHSCHILD versucht habe, eine gerichtliche Anordnung zu erwirken, ein von IGNATIOUS BALLA verfaßtes Buch mit dem Titel *The Romance of the Rothschilds [Die abenteuerliche Geschichte der Rothschilds]* zu unterdrücken, und zwar mit der Begründung, daß die Waterloo-Geschichte über seinen Großvater unwahr und verleumderisch sei. Das Gericht urteilte, die Geschichte sei wahr, wies die Klage ab und erlegte ROTHSCHILD sämtliche Prozeßkosten auf.»[1429] Wie man sieht, war wenigstens die Gerichtsbarkeit *damals* noch unabhängig . . .

Ein jüdisches Autorenkollektiv («SALO W. BARON, ARCADIUS KAHAN und andere») brachte, wie zu Eingang dieses Buches schon einmal erwähnt, 1975 im New Yorker jüdischen Verlagshaus *Schocken Books* eine «Wirtschaftsgeschichte der Juden» *(The Economic History ofThe Jews*) heraus, worin man las: «Nach dem Wiener Kongreß 1815 dehnten die ROTHSCHILDS ihr Geschäft auf die meisten europäischen Staaten aus, wobei sie sich auf die Abwicklung inflationierter Papierwährungen und auf die Finanzierung frei handelbarer [floating] Staatsschulden spezialisierten. Im Jahre 1818 begaben sie Anleihen an europäische Regierungen, beginnend mit Preußen, gefolgt von Ausgaben an England, Österreich, Neapel, Rußland und andere Staaten, teilweise in Zusammenarbeit mit *Baring, Reid, Irving & Company.* Zwischen 1815 und 1828 stieg das Gesamtkapital der ROTHSCHILDS von 3 332 000 auf 118 400 000 Francs.»[1430] Das entsprach rund einer Verfünfunddreißigfachung oder, und jetzt genau, einem Anstieg auf 3 553 Prozent, in dem allerdings die «wunderbare Geldvermehrung» von Waterloo enthalten sein dürfte.

Weil es so außerordentlich bezeichnend für die ungeheure Macht ist, die das **aktuelle Schuldgeldsystem** als solches den **ROTHSCHILDS** (die es ja keineswegs erfunden hatten) notwendigerweise verleihen mußte, sobald sie 1815 praktisch die gesamte Staatsschuld Englands so enorm «preiswert» «gekauft» hatten, wollen wir an dieser Stelle **ausnahmsweise** etwas mehr ins Detail gehen, denn alles wesentliche von damals gilt bis heute fort, nunmehr jedoch globusweit!

MICHAEL ROWBOTHAM, der an dieser Stelle weder die ROTHSCHILDS noch sonst jemanden namentlich erwähnt, schildert, was geschah, als die damalige englische Regierung immer wieder neu mit dem Mut der Verzweiflung versuchte, die - rein künstlich erzeugten! - «Staatsschulden» loszuwerden - wohl deshalb, weil sie erst jetzt voll zu spüren bekam, was es hieß, bei den ROTHSCHILDS verschuldet zu sein: nach ihrer Pfeife tanzen zu müssen ...

Noch im Jahr 1815, sagt also ROWBOTHAM, «begann der Geldbestand zusammenzubrechen. Die Gesamtheit der Bankeinlagen fiel von 48 Millionen Pfund 1814 auf 34 Millionen Pfund 1816 und zuletzt auf bloß noch 16 Millionen Pfund 1822. Das hatte die entsetzlichsten Folgen für das ganze Land ... Der Grund für die abnehmende Menge umlaufenden Papiergeldes war nicht, daß die Banken ihre Kredite zurückrufen wollten, sondern daß sie es mußten. Die Regierung hatte ihren Krieg ausgefochten und war jetzt entschlossen, so viel wie nur möglich von den Staatsschulden zurückzuzahlen. Die Staatsschulden bestanden damals wie heute aus einer Ausgabe zeitgebundener Schuldverschreibungen. Alles, was die Regierung zu tun hatte, war, die kurzfristigen Schuldpapiere bei Fälligkeit durch Besteuerung [der Bevölkerung] auszulösen und es gleichzeitig zu verschmähen, irgendwelches weitere Geld durch die Staatsschuld zu schöpfen. Das führte automatisch zum Abzug von Noten der *Bank von England* aus dem Umlauf und zu einer Verringerung der Geldversorgung insgesamt. Die Verringerung wurde verschlimmert durch den Umstand, daß die ländlichen Banken Noten der *Bank von England* als ihre

[1429] *GRIFFIN A.A.O.,* S. 227 Anm. 1.

[1372] Zit. n. PIPER a.a.O., S. 151.

Reserven benutzten. Als daher Noten der *Bank von England* eingezogen wurden, verstärkte sich die Auswirkung davon in den ländlichen Banken. In gewissem Sinne tat die Regierung nicht anderes als ihren finanziellen Verpflichtungen nachzukommen, und die *Bank von England* tat nichts anderes als die von der Regierung unternommene Schuldenrückzahlung zu handhaben, und die Stadt- und ländlichen Banken taten nichts anderes als ihre Kredite zu reduzieren, um einen klug bemessenen Teil von Noten der *Bank von England* als Reserve zu halten.»[1431]

Wir schieben hier nur den unerläßlichen Hinweis ein, daß die *Bank von England* spätestens ab Ende Juni 1815 nahezu synonym oder identisch mit den ROTHSCHILDS war, da sie plötzlich über das bei weitem *meiste* Kapital in der Londoner City und folglich auch über einen beherrschenden Anteil an der zentralen Notenbank verfugten.

Es kam also binnen kürzester Zeit zu einer furchtbaren Deflationskrise, die weite Bevölkerungskreise von jetzt auf gleich in Not und Elend stürzte! «1816 und 1817 wurde die Regierung tätig, um die Not zu lindem, indem sie die Staatsschulden [wieder] erhöhte. Das Parlament billigte die Ausgabe von Schatzbriefen in einer Gesamthöhe von 1 750 000 Pfund, um öffentliche Arbeiten zu finanzieren und der Hungersnot [!] abzuhelfen.» Das zeigte sofort Wirkung: «1818 gab es eine Periode relativen und kurzlebigen Wohlstands.»[1432]

Doch die Regierung wollte endlich wieder zum Goldstandard zurückkehren, den sie während der napoleonischen Kriege hatte aufgeben müssen. Dazu bedurfte es allerdings einer Verringerung der Papiergeldmenge, die ab 1819 emeut auf dem Wege des Abbaus der Staatsschulden erfolgte. Die bitteren Folgen ließen indes nicht lange auf sich warten; vor allem die ländliche Bevölkerung litt enorm unter dem deflationären Preisverfall für ihre Agrarerzeugnisse, denn die Bankschulden der Bauern waren natürlich *nicht* gefallen, ließen sich jedoch weithin nicht mehr «bedienen», so daß auch die ländlichen Banken reihenweise zusammenbrachen. Um es kurz zu machen: 1822 mußten doch wieder 4 Millionen Pfund zusätzliche Staatsschuldpapiere ausgegeben werden, und als das nicht reichte, 1824 etliche weitere Millionen. 1825 wurde der bis dahin mühsam gehaltene Goldstandard infolge einer negativen Handelsbilanz und des damit verbundenen Goldverlustes an das Ausland in Höhe von 6 Millionen Pfund schon wieder ausgesetzt. Ehe das schließlich geschah, hatten die Banken ihre nicht mehr genügend gold«gedeckten» Kredite massenweise zurückrufen müssen, «die Schuldner kamen scharenweise nach London, und Privatkredite bei der *Bank von England* wuchsen in gerade einmal zwei Wochen von 7 834 000 Pfund auf 14 987 000 Pfund an - zu jener Zeit ein nachgerade verblüffend hoher Geldbetrag»! Kurzzeitig machte diese gewaltige Privatverschuldung die ungenügende Höhe der Staatsverschuldung tatsächlich wett. Doch all das mußte ja auch früher oder später «zurückgezahlt» werden; die umlaufende Geldmenge nahm daher drastisch ab, und schon 1829, und wieder 1831, wurde die Regierung mit neuerlichen Hilfe-Ersuchen insbesondere der Landbevölkerung überschüttet[1433].

Mit einem Wort: es erwies sich als schlicht unmöglich, dem Netz zu entschlüpfen, solange man sich nicht mannhaft entschloß, das ganze boshafte Schuldgeldsystem mit einem Schlag abzuschütteln. Diesen objektivermaßen so ungeheuer naheliegenden Entschluß nie und nirgends Wirklichkeit werden zu lassen, das haben sich die ROTHSCHILDS und ihr Orbit freilich allezeit und über Generationen hinweg viel Geld kosten lassen - «viel» zumindest in den Augen jener ungezählten Zeitungsschreiberlinge, Öko-

[1431] *ROWBOTHAM,* The Grip of Death .. . a.a.O., S. 193.

[1432] Ebd. S. 195.

[1433] Ebd. S. 196 (d. wörtl. zit. Text); vgl. S. 197 für das übrige.

nomen, Parlamentarier, Minister und ggf. sogar Regierungschefs, die sich damit schändlicherweise «schmieren» ließen. Da diese einzige wirklich *wünschenswerte* Revolution also bis heute ausgeblieben ist, sitzt Großbritannien noch heute auf seinen Staatsschulden wie ehedem und kann sie noch heute so wenig wie vor fast zweihundert Jahren wirksam abbauen, ohne die Konjunktur brutal abzuwürgen und breite Schichten der Bevölkerung binnen kürzester Frist in materielle Armut zu stürzen. Die ROTHSCHILDS freut's . . .

Und ROWBOTHAM kommt dann schließlich doch noch auf sie zu sprechen: «Zur selben Zeit, da die Nation sich abmühte, ihr Finanzsystem zu stabilisieren, wobei sie mit einem Gesamtgeldbestand zwischen 16 und 35 Millionen Pfund operierte, und da besorgte Parlamentarier die Regierung ersuchten, die Staatsschuld zu erhöhen und [dadurch] Summen im Bereich von vielleicht 2 oder 3 Millionen Pfund zu schöpfen, gingen Bankiers und Finanziers mit Summen um, die einer ganz anderen Größenordnung angehörten. NATHAN ROTHSCHILD baute sein riesiges Vermögen just im frühen neunzehnten Jahrhundert auf. ROTHSCHILD behauptete, er habe sein Startkapital von 20 000 Pfund im'Verlauf von gerade einmal fünf Jahren um nicht weniger als das 2 500fache zu einem persönlichen Vermögen von insgesamt 50 Millionen Pfund vermehrt - enorm viel mehr als der gesamte Geldbestand Britanniens! ROTHSCHILD brachte das zustande, indem er viele der damaligen britischen Staatsanleihen aufkaufte, und auch durch den Handel mit den Staatsschulden anderer europäischer Staaten. Tatsächlich kam es soweit, daß sich die britische Regierung hinsichtlich seiner Fähigkeit, Gold im Ausland zu bekommen und es ins Land zu bringen, auf ihn persönlich verließ. Falls es unglaublich erscheint, daß eine einzelne Person es wirklich schaffen sollte, Gelder noch über den Geldbestand eines ganzen Landes hinaus zu erwerben, sollte man sich daran erinnern, daß die [britische] Staatsschuld damals um die 850 Millionen Pfund herum betrug[1434]. Durch Käufe von Regierungsschulden, Golderwerb im Ausland, Bankgeschäfte auf Bruchteil-Reserve-Basis und die dabei erfolgende Geldschöpfung, durch Zinsforderungen auf dieses Geld und durch andere Länder einbeziehende Devisenumtausch-Transaktionen errichteten ROTHSCHILD und andere Finanzimperien von kolossaler Macht, Imperien, die bis heute fortbestehen.»[1435]

Man wird es ROWBOTHAM nachsehen, daß er den ROTHSCHILDS noch ungenannte «andere» anfügt, die es jedoch in auch bloß von ferne *vergleichbarem* Maßstab gar nicht gibt; zu loben ist immerhin sein Mut, wenigstens an dieser einen Stelle, wenngleich in möglichst nebensächlichem Tonfall, zu bestätigen, daß das ROTHSCHILD-Imperium «bis heute fortbesteht». Selbst so beschlagene Autoren wie GRIFFIN oder HODGSON BROWN, die über die ROTHSCHILDS im 19. Jahrhundert gar mancherlei zu berichten wissen, werden nämlich ausgerechnet diesbezüglich extrem einsilbig, wenn nicht gar völlig stumm, je näher ihre Ausführungen an die Gegenwart heranrücken . ..

[1434] Angesichts dieser Zahl, die auch «zinsmäßig» in einem völlig plausiblen Verhältnis zu **(allein** NATHAN) ROTHSCHILDS «50 Millionen Pfund» steht, ist unerfindlich, wie es zu den extrem niedrigen Angaben kommen kann, die *PIPER* a.a.O. S. 137 unter Berufung auf den (von ihm allerdings als «ROTHSCHILD-freundlich» charakterisierten . . .) Biographen der Bankiersdynastie *NIALL FERGUSON* anführt. Demzufolge hätte nämlich das **gesamte Familienkapital** 1818 bei bloß «500 000 Pfund» und zehn Jahre später, 1828, bei erst «4 330 333 Pfund» gelegen. Andererseits behaupten *PIPER/FERGUSON* allerdings auch, der nächstgrößte «Wettbewerber» auf dem britischen Bankensektor, die schon genannte Firma *Baring,* habe im selben Jahr 1828 nur über den **vierzehnten** Teil dessen verfügt, was das ROTHSCHILD-Imperium an Kapital sein eigen nannte (alles lt. ebd.)!

[1435] *ROWBOTHAM,* The Grip of Death... a.a.O., S. 199.

Als 1830 der Aufstand der Flamen in Belgien mit der Installierung einer neuen Regierung sein Ende gefunden hatte, erklärte das Oberhaupt des Pariser Zweigs, JAMES ROTHSCHILD, wörtlich: «Jetzt ist der Augenblick, den wir ausnutzen sollten, um uns zu absoluten Herren der Finanzen dieses Landes zu machen. Der erste Schritt wird sein, uns mit dem neuen belgischen Finanzminister eng zu befreunden, um sein Vertrauen zu gewinnen ... und alle Staatsschuldverschreibungen zu übernehmen, die er uns nur immer anbieten mag.»[1436]

Elf Jahre darauf, 1841, verfaßte der jüdische Autor ALEXANDRE WEILL einen Aufsatz, dem er den Titel *Rothschild und die Finanzen Europas* gab. Darin besonders bemerkenswert war der folgende analytische Abschnitt: «Es gibt nur eine einzige Macht in Europa, und das ist ROTHSCHILD. Seine Satelliten sind ein Dutzend anderer Bankfirmen, seine Soldaten und Schildknappen alle achtenswerten Geschäftsmänner und Kaufleute, und sein Schwert ist die Spekulation. ROTHSCHILD ist eine Folge, die eintreten mußte, und wenn es nicht ROTHSCHILD gewesen wäre, wäre es irgendein anderer gewesen. Er ist jedoch keineswegs eine zufällige Folge, sondern eine erstrangige Folge, hervorgerufen durch die Grundsätze, welche die europäischen Staaten ab 1815 geleitet haben. ROTHSCHILD bedurfte der Staaten, um ein ROTHSCHILD zu werden, während die Staaten ihrerseits ROTHSCHILD benötigten. Jetzt jedoch braucht er die Staaten nicht mehr, wohl aber brauchen die Staaten immer noch ihn.»[1437]

1844 brachte der englisch-jüdische Literat und spätere Staatsmann BENJAMIN DISRAELI (1804-1881) seinen Schlüsselroman *Coningsby* heraus. Das große jüdische Nachschlagewerk *The Jewish Encyclopaedia* bezeichnete genau diesen Roman «als das „ideale Portrait" des Finanzimperiums der Familie ROTHSCHILD. So nun porträtierte DLSRAELI NATHAN ROTHSCHILD: „Der Herr und Geldmeister der Geldmärkte der Welt, und natürlich im Grunde genommen Herr und Meister von allem sonst. Er hielt buchstäblich die Einkünfte Süditaliens als Pfand, und Monarchen und Minister aller Länder bemühten sich um seinen Rat und ließen sich von seinen Winken leiten."»[1438]

Um dieselbe Zeit herum spottete der getaufte (aber unbekehrt gebliebene) Jude LUDWIG BÖRNE: «Wäre es nicht etwas Gutes für die Welt, wenn die Kronen auf ihre [der ROTHSCHILDS] Häupter gesetzt würden, statt zu ihren Füßen zu liegen, was sie gegenwärtig tun? ... Obwohl die ROTHSCHILDS noch nicht auf den Thronen sitzen, werden sie unbedingt um ihren Rat bezüglich der Wahl des Herrschers gefragt, sobald der Thron frei wird. Wäre es nicht ein großer Segen für die Welt, wenn alle Könige entlassen und die ROTHSCHILD-Familie auf ihre Throne gesetzt würde? Man bedenke die Vorteile. Die neue Dynastie würde niemals eine Anleihe aufnehmen, und sie wüßte besser als irgendjemand sonst, wie teuer solche Dinge sind, und allein daraufhin würde die Bürde ihrer Untertanen um mehrere Millionen im Jahr erleichtert.»[1439]

Als JAMES ROTHSCHILD, MEYER AMSCHELS jüngster, erst 1792 geborener Sohn, der Begründer des Pariser Zweigs, 1868 starb, bezifferte die amerikanische *Annual Encyclo-*

[1436] Zit. n. *GRIFFIN* a.a.O., S. 232; dort zit. n. dem RorascHiLD-Biographen *DEREK WILSON.*

[1437] Zit. n. *PIPER* a.a.O., S. 133.

[1438] *CHANG,* Future Fastforward . . . a.a.O., S. 184, Hervorh. original. Als Fundstelle in der *Jewish Encyclopaedia* gibt *CHANG* Band 10, S. 501f an. Hier auch der Originalwortlaut aus «Coningsby»: «The Lord and Money master of the money markets of the world, and of course virtually lord and master of everything else. He literally held the revenues of Southern Italy in pawn, and monarchs and ministers of all countries courted his advice and were guided by his suggestions.»

[1439] Zit. (möglichst genau rückübersetzt!) n. *PIPER* a.a.O., S. 134.

pedia of1868 sein persönliches Vermögen - in **damalige** US-Dollar umgerechnet - auf über 300 Millionen $. Begonnen hatte er seine Geschäfte nach Angaben desselben enzyklopädischen Jahrbuchs mit «nur» 200 000 $, die demnach binnen eines guten halben Jahrhunderts auf das 1 500fache angewachsen waren! Sein jährliches Einkommen hatte zuletzt bei 40 Millionen $ gelegen[1440], eine damals ganz ungeheuerliche Summe, die in heutigen Dollars weit mehr als dem Hundertfachen entspräche, wobei obendrein unbedingt zu berücksichtigen ist, daß damals die Volkswirtschaften nur einen **kleinen Bruchteil** jener Güter und Dienstleistungen produzierten bzw. jener Vermögenswerte aufwiesen, die *heute* einem solchen **Jahreseinkommen** von vielleicht 50, 60 oder 70 Milliarden *heutiger* US-Dollars gegenüberstehen . . .

HENRY MAKOW, wie schon gesagt der Herkunft nach selbst Jude, entnimmt dem streckenweise wüst geschichtsklitternden und antichristlichen Buch *Popes Against the Jews (.Päpste gegen die Juden)* des Juden DAVID KERTZER, erschienen 2001, einige sehr interessante, KERTZERS Kirchenhetze wider Willen als hohl und verlogen erweisende Tatsachen. Darunter ist auch die folgende, unser Thema direkt betreffende: «Die Naivität jüdischer Intellektueller wird durch KERTZER selbst schön illustriert. Er porträtiert den Widerstand des Vatikans gegen die freimaurerisch-jüdische Kontrolle als einen alten, aus Vorurteil, Neid und Furcht vor der Moderne geborenen Reflex. Doch er berichtet [gleichzeitig], daß sowohl BISMARCK als auch METTERNICH, der österreichische Kanzler, in den Taschen der ROTHSCHILDS steckten. METTERNICH hing von ihren Anleihen ab, um seine Regierung über Wasser zu halten, aber auch, „als Mitglieder seiner eigenen Familie finanzielle Hilfe benötigten" (S. 80).»[1441]

Der britische Parlamentsabgeordnete THOMAS DUNCOMBE brauchte nicht einmal den Namen «Rothschild» zu nennen, als er Ende der 1870er Jahre klagte: «Es besteht ... ein geheimer Einfluß hinter dem Thron, dessen Form nie sichtbar wird, dessen Name nie zu vernehmen ist, der Zugang zu allen Staatsgeheimnissen hat. ... Eng verbunden mit dieser unsichtbaren, dieser unkörperlichen Person existiert eine höchst feste und handgreifliche Gestalt, eine neue und furchtbare Macht, wie sie Europa bis auf diese Tage nicht gekannt hat; als Herr unbegrenzten Reichtums prahlt er [sie - he!] damit, daß er der Gebieter über Krieg oder Frieden ist **und daß der Kredit der Staaten von seinem Wink abhängt;** seine Korrespondenten sind unzählbar; seine Kuriere sind zahlreicher als die der souveränen Fürsten und absoluten Herrscher; Staatsminister stehen in seinem Sold [in his pay]. Maßgeblich in den Kabinetten Kontinentaleuropas, strebt er nach der Beherrschung unseres eigenen ... Daß solche geheimen Einflüsse existieren, ist allgemein bekannt ... Ich halte ihre Ziele für ebenso unsauber wie die Mittel, mit denen sie ihre Macht erworben haben, und klage sie und ihre Agenten an. ,..»[1442]

Ein Jahrzehnt später, 1889, veröffentlichte der amerikanische Baptistenprediger L.B. WOOFOLK ein Buch mit dem offenbar der Apokalypse entlehnten Titel *The Red Dragon (Der rote Drache* - vgl. Apk. 12, 3). MAKOW hat das Werk verdienstlicherweise der Vergessenheit entrissen und bringt die wichtigsten Abschnitte daraus sogar wörtlich. WOOFOLK erklärte demnach selber, «„der große rote Drache" sei das Symbol der Jüdischen Londoner Geldmacht". ... Im Jahre 1864, vor fast 150 Jahren, sei der Reichtum der Welt bereits in ihren Händen konzentriert gewesen, behauptet WOOFOLK. „Der Imperialismus des Kapitals, auf den ich anspiele, ist ein Haufen von Kapitalisten - fast

1440 Alles lt. ebd. S. 127; dort ist von «Jacob Rothschild» die Rede, obwohl sein Vorname gewöhnlich in der englischen Fassung «James» wiedergegeben wird.

1441 *MAKOW,* The Illuminati… a.a.O., S. 139f.

1442 Zit. n. *PIPER* a.a.O., S. 33; Hervorh. hinzugefügt.

allesamt [almost to a man] Juden die ihr Hauptquartier im Geldviertel Londons, in der *Threadneedle Street, Lombard Street* und weiteren benachbarten Straßen aufschlagen, wo die Bankiers ihr Domizil haben. Diesen jüdischen Kapitalisten ist es gelungen, in ihrer eigenen Hand die Industrie und den Handel der Erde zu zentralisieren. - **Sie besitzen fast die gesamten Schulden der Welt - die Schulden der Staaten,** [amerikan.] **Einzelstaaten, Bezirke, Kommunen, Unternehmen und Einzelpersonen -, die sich nach Schätzungen insgesamt auf fünfundsiebzig Milliarden Dollar belaufen, auf die sie jährlich etwa vier Milliarden Dollar an Zinsen erhalten.** - Sie besitzen die Manufakturen, die Schiffahrt und den Handel Großbritanniens und den größten Teil der Manufakturen, der Schiffahrt und des Handels der ganzen Welt. - Sie haben die Kontrolle über die Industrie und den Handel der ganzen Erde erlangt und zentralisieren rapide alles Geschäft in ihren eigenen Händen. Sie halten alle großen Handelslinien und die Geschäfte aller Art im Besitz und regulieren sämtliche Preise mit ihren eigenen, willkürlichen Methoden. Diese Geldmacht des Geldviertels von London ist der einzige große, allesüberragende [pre-eminent] Imperialismus, der auf der Erde existiert."»[1443]

Die Behauptung, es handele sich - Ende der 1890er Jahre - bei den Londoner Kapitalisten fast nur um Juden, wird tatsächlich gestützt durch die sehr genauen, aber unter dem *uns interessierenden* Aspekt wohl kaum vollständigen Daten, die WILFRIED EULER vor siebzig Jahren zusammengetragen hat[1444]. Um zu zeigen, daß die großen, maßgeblichen Anteilseigner der *Bank von England* auch schon vorher zum großen, wenn nicht gar größten Teil jüdischer Identität gewesen waren - und es bis ins PROTOKOLL ARISCHE Zeitalter hinein blieben -, beginnen wir mit dem ausgehenden 17. Jahrhundert, also mit der Ära der Begründung des **aktuellen Schuldgeldsystems** auf englischem Boden (und damit weltweit), und brechen die Liste erst mit jenen Persönlichkeiten ab, die zum Zeitpunkt des Erscheinens von WOOFOLKS Buch zumindest schon geboren waren. EULER nennt also - übrigens oft nur im Vorübergehen - folgende in der Londoner City wirkenden jüdischen Geldverleiher:

* **JONAS GABAY DE VILLA REAL**, «der 1673 als Bankier in London nachgewiesen ist» (S. 135);
* **JOSEPH DA COSTA**, der in der ersten Hälfte des 18. Jh. «zu den einflußreichsten Bankiers der City» gehörte (S. 112);
* **DAVID XIMENES-CARDOSO** sowie seinen Sohn **MOSES XLMENES** (1762-1832), der «zunächst das väterliche Bankgeschäft fortführte, sich aber 1802 mit der ganzen Familie taufen ließ und offenbar den Geldverleih aufgab (S. 147);
* **SAMPSON DE REHIEL ABUDIENTE GIDEON** (1699-1762), «den die jüdische Geschichtsschreibung den „Rothschild des 18. Jahrhunderts", den „Pfeiler des Staatskredits" [!] nennt» - er begann 1729 mit 25 000 Pfund und hinterließ nur 33 Jahre später, bei seinem Tod, ein Barvermögen von 580 000 Pfund, also gut das 23fache . . . (S. 123);
* **MEYER COHEN** als «vermögenden Citybankier» in der 2. Hälfte des 18. Jh. (S. 164);
* **BENJAMIN GOLDSMID** (1755-1808) und seine Brüder **GEORGE, ASHER** und **ABRAHAM GOLDSMID**, Söhne des Bankiers **AARON GOLDSMID** (+ 1782), die «die väterli-

[1443] *MAKOW* a.a.O., S. 40f; Hervorh. hinzugefügt.

1444 *WILFRIED EULER,* Das Eindringen jüdischen Blutes in die englische Oberschicht, in: Forschungen zur Judenfrage (Forschungsberichte der Forschungsabteilung Judenfrage des Reichsinstituts für Geschichte des neuen Deutschlands) Band 6, Nachdruck Viöl 1996 der 1941 erschienenen Ausgabe, S. 104-252. - Zur Entlastung des Fußnotenapparats werden die Seitenzahlen des jeweiligen Fundorts oben im Haupttext in Klammern angegeben.

che Firma zu bedeutendem Einfluß» brachten: «Schon 1792 waren sie in das große Staatsanleihegeschäft gelangt [!] und hatten eine monopolartige Stellung an der Effektenbörse.» Doch schließlich hatten sie sich mit millionenschweren Staatsanleihen überhoben und «gerieten in große geschäftliche Rückschläge, die die Brüder BENJAMIN und ABRAHAM in den Selbstmord trieben» (S. 158f), woraufhin ASHER GOLDSMID (+ 1822) als verbliebener «alleiniger Chef der väterlichen Firma» die Familie MOCATTA mit ins Boot holte, die dem Bankhaus zu neuer Blüte verhelfen würde (S. 160);

* MOSES MOCATTA (+ 1857) und seinen Neffen ABRAHAM MOCATTA (1797-1880) sowie dessen Sohn FREDERICK DAVID MOCATTA (1828-1905), jeweils «Teilhaber» des Bankhauses *Mocatta & Goldsmid* (S. 160/183);
* DAVID RICARDO (+ 1823), «Chef des väterlichen Bankhauses» (S. 138), besser bekannt als einflußreicher Nationalökonom, sowie seinen Bruder JACOB RICARDO, «Bankier», und dessen Sohn JOHN LEWIS RICARDO (1812-1862), «in der Generation nach DAVID RICARDO Chef des Bankhauses» (S. 143);
* MOSES SAMUEL (1740-1839), der «ein kleineres Bankhaus eröffnete», das sich erst «beim Heranwachsen der Söhne ... zu einer Finanzmacht in der City entwickelte», sowie drei dieser Söhne, nämlich SAMUEL MOSES SAMUEL, «Chef des väterlichen Bankhauses», PHINEAS SAMUEL (1777-1827), «Teilhaber der väterlichen Bank», und DENNIS ISMAEL SAMUEL (1782-1860), der sich zunächst «in Rio de Janeiro niederfließ], wo er sich zum hauptsächlichsten Staatsbankier und Vermittler des Warenexportes nach England entwickelte», dann aber nach[1445] England zurückkehrte (S. 166f);
* LEW BARENT COHEN, «Diamantenhändler und Bankier», dessen Tochter HANNAH 1806 die Ehefrau von - NATHAN MEYER ROTHSCHILD wurde (S. 168);
* LEW SALOMONS (1774-1843), der «das kleine väterliche Bankgeschäft» ausbaute, und seine Söhne PHILIP SALOMONS (1796-1877), «Chef des väterlichen Bankhauses», bzw. Sir DAVID SALOMONS (1797-1873): er «trat in die väterliche Bankfirma ein. 1832 gründete er die *London und Westminster-Bank*» und wurde «1855/56 als erster Jude Lordmayor von London» (S. 175), d.h. Bürgermeister der City;
* DAVID STERN (1807-1877), «Chef der Firma *Stern Brothers* in London und Direktor der *Imperial Bank*», dem seine Söhne SIDNEY JAMES DE STERN (+ 1912) und EDWARD DAVID DE STERN (+ 1933) im Bankgeschäft der City nachfolgten (S. 176);
* HERMANN STERN (+ 1887), Bruder des Vorgenannten, «Teilhaber der brüderlichen Firma» und «gleichfalls Direktor der *Imperial Bank*, der *Bank of Rumania* und der *London and St. Francisco Bank*», sowie seinen zweiten Sohn HERBERT DE STERN (1859-1919), der «dem Vater folgte» (S. 177);
* JAMES JULIUS STERN (+ 1901), Neffe der vorbezeichneten Brüder DAVID und HERMANN STERN und «gleichfalls Teilhaber der Firma *Stern Brothers*», sowie dessen Söhne HENRY JULIUS JOSEPH STERN (* 1873), «Bankier», und ALBERT GERALD STERN (* 1878), «nunmehriger Chef der Firma *Stern Brothers* und Direktor der *Midland Bank*» (S. 177);
* ALFRED CHARLES BARON DE ROTHSCHILD (1842-1918), der hier nur eingereiht sei, weil er zweiundzwanzig Jahre lang (1868-1890) als «Direktor der *Bank von England*», d.h. als eines - und mit Sicherheit das mächtigste - ihrer Vorstandsmitglieder, fungierte (S. 169);
* MOSES MONTEFIORE (1784-1885), «erfolgreicher Bankier, seit 1825 Direktor der *Provinzialbank von Irland*», daneben «Eisenbahnunternehmer und Mitbegründer der *Imperial Continental Gas-Gesellschaft*»-, seinen «Bruder und Teilhaber» ABRAHAM

[1445] Im Text steht, offenbar irrtümlich, «Rückkehr *aus* England».

MONTEFIORE (1788-1824) sowie dessen Söhne MOSES MAYER MONTEFIORE (1816-1880), «Direktor der *Nationalbank von Irland*», bzw. NATHANIEL MONTEFIORE (1819-1883), «Teilhaber der väterlichen Bank»; seinen weiteren Bruder HORATIO JOSEPH MONTEFIORE (+ 1867), «Bankier», sowie dessen Enkel Sir HARRY SIMON SAMUEL (1853-1934), «Teilhaber des *Bankhauses Montefiore*» (S. 172f);

* SALOMON SEBAG (+ 1831), «aus Marokko stammender Bankier», verehelicht mit MOSES MONTEFIORES Schwester SARAH, sowie seinen Sohn Sir JOSEPH SEBAG-MONTEFIORE, der «als einer der Haupterben seines [kinderlosen] Onkels dessen Familiennamen angenommen» hatte und «als Bankier, italienischer Generalkonsul und Lieutenant of the City in London» wirkte (S. 174);
* Sir JACOB MONTEFIORE (1801 -1895), ein Neffe des MOSES MONTEFIORE und «Direktor der *Bank of Australia*» (S. 174);
* SALOMON BENEDIKT BARON DE WORMS (+ 1882), «Chef» des «Bankhauses . . . *G. & A. Worms* (große Ceyloninteressen)» (S. 177) und Neffe von - NATHAN MEYER ROTHSCHILD (S. 167), sowie Baron GEORGE DE WORMS (1829-1912), Sohn des vorigen und «Chef des väterlichen Bankhauses» (S. 178);
* JOSEPH COHEN, Sohn des schon genannten LEVY BARENT COHEN, der (gemeinsam mit seinem Bruder SOLOMON COHEN [1776-1864] als «Teilhaber des väterlichen Bankhauses») «das väterliche Bankgeschäft fort[setzte]», sodann dessen Sohn LOUIS JOSEPH COHEN (1799-1882), «der die väterliche Firma unter eigenem Namen (später *Louis Cohen & Sons*) fortführte», und wiederum *seinen* Sohn LIONEL LOUIS COHEN (1832-1887), der ihm «als Chef des Bankhauses» folgte, weiter *dessen* Sohn Sir LEONARD LIONEL COHEN (1858-1939), der «als Teilhaber des Bankhauses ... ein führender Finanzmann der City» war, und endlich des letztgenannten beide Onkel Sir BENJAMIN LOUIS COHEN (1844-1909), der «nach dem Tode seines älteren Bruders Chef des väterlichen Bankhauses» wurde, und NATHANIEL LOUIS COHEN (1847-1913), ein «Teilhaber des Bankhauses» (S. 179f);
* HENRY LEWIS RAPHAEL (1832-1899), «Chef» des «Bankhauses» *R. Raphael and Sons*, das sein Vater LOUIS und sein Onkel JOHN RAPHAEL von ihrem Vater übernommen hatten (S. 181);
* CHARLES JOACHIM HAMBRO (1807-1877), «der 1839 in London ein Bankhaus errichtet hatte und zu den einflußreichsten Finanzleuten der City gehörte» (S. 189);
* Sir EVERARD ALEXANDER HAMBRO (1842-1925), Sohn des vorgenannten; er «folgte seinem Vater als Chef des Bankhauses» und war «als Direktor der *Bank von England* [!] führender Finanzmann der City», weiter *sein* Sohn HAROLD EVERARD HAMBRO (* 1876), der dem Vater «als Direktor der *Bank von England*» «folgte» (S. 190);
* Louis SAMUEL (1794-1859), der «nach London übersiedelte und dort ein kleines Bankgeschäft gründete», sowie seinen ältesten Sohn EDWIN LOUIS SAMUEL (1825-1877), «Seniorteilhaber der väterlichen Bank», vor allem aber einen weiteren Sohn Sir SAMUEL MONTAGU SAMUEL (1832-1911), «Chef der väterlichen Firma, die er zu einem Weltbankhaus erweiterte», und *seinen* ältesten Sohn Sir LOUIS SAMUEL MONTAGU (1869-1927), der seinem Vater als «Chef des Bankhauses» nachfolgte (S. 203f);
* GEORGE ISAAC LEON (+ 1885), Bankier, sowie seinen Sohn Sir HERBERT SAMUEL LEON (1850-1926) und wiederum dessen Sohn Sir GEORGE EDWARD LEON, jeweils «Chef des Bankhauses», weiter HERBERT SAMUELS Sohn aus zweiter Ehe REGINALD HERBERT LEON (* 1880 o. später), «Teilhaber des Bankhauses» (S. 207);
* HENRY LOUIS BISCHOFFSHEIM (* 1829), der sich «als Teilhaber des väterlichen Bankhauses *Bischoffsheim & Goldschmidt* in London» niederließ «und dort zu den größten Finanziers der City» gehörte (S. 208);

* MAURICE FREIHERR VON HIRSCH AUF GEREUTH (1832-1896), «Teilhaber der Firma *Bischoffsheim & Goldschmidt*» und «neben den ROTHSCHILDS einer der wesentlichsten wirtschaftlichen und politischen Führer des Weltjudentums im 19. Jahrhundert» (S. 208);
* **JOSEPH SCHUSTER** (1823-1906), «der das Bankgeschäft *Gebrüder Schuster*, später *Schuster, Son and Co.*, in London leitete, sowie seinen ältesten Sohn Dr. **ERNEST JOSEPH SCHUSTER** (* 1850), «Bankier», bzw. seinen dritten Sohn Sir FELIX OTTO **SCHUSTER** (1854-1936), nach ihm «Chef des Bankhauses», Direktor dreier weiterer Londoner Banken und «Präsident der Bankiersvereinigung» (S. 209f);
* HENRY MAURICE WILLIAM OPPENHEIM (1835-1912), der in London «die zum Bankgeschäft erweiterte Firma seines Vaters übernahm» (S. 212);
* SIGMUND NEUMANN (1857-1916), der «in Südafrika und London ein Bankgeschäft (S. *Neumann &* Co.)» gründete und dazu «Teilhaber des Bankhauses *Lübeck and Co.* und Direktor der *African-Banking-Corp.* und der *London-Joint-Stock Bank*» war (S. 223);
* SALOMON JACOB WALEY, «Bankier», bzw. seinen Sohn SIMON WALEY (1827-1875), der «das väterliche Bankgeschäft» «übernahm» (S. 226);
* DAVID QUIXANO HENRIQUES (1804-1870), «Direktor der *City Bank* und der *Bank of Australia*», seinen Bruder **JACOB QUIXANO HENRIQUES** (1811-1898), «Direktor der *Bank of Australia* und der *Kolonialbank*», und dessen Sohn DAVID QUIXANO **HENRIQUES** (* 1851), der «seinem Vater in seinen Bankinteressen» folgte (S. 227).

Die vorstehende, äußerst knappe Skizze läßt natürlich vieles weitere außer acht: so manche dieser Bankiers besaßen gleichzeitig große Handels-, Industrie- oder Verkehrsunternehmen bzw. waren daran beteiligt, erstaunlich viele von ihnen standen auch mit der sie alle um Längen überragenden Familie ROTHSCHILD durch Einheiratung in enger verwandtschaftlicher Beziehung. Da wir uns noch in der vor-PROTOKOLLARLSCHEN Ära befinden, soll das alles aber an dieser Stelle nicht weiter ausgebreitet werden. Es geht hier und im folgenden nur darum, zweierlei aufzuzeigen: 1) daß das Geschäft mit Staatsanleihen weder mit den ROTHSCHILDS erst begann noch auf sie allein beschränkt war; 2) daß die ROTHSCHILDS und ihr vor wie nach 1900 stetig um weitere Glanzlichter erweiterter Orbit neuer Millionäre/Milliardäre just auf der Schwelle zur PROTOKOLLARISCHEN Ära so absolut vorherrschend im Staatsschuldengeschäft engagiert waren, daß unmöglich angenommen werden kann, es wären irgendwann später andere, nichtjüdische «Anleger» - in welcher Form auch immer - an ihre Stelle getreten und hätten sie «abgelöst» oder gar «verdrängt».

Bestätigt hat das in seinem berühmten Enthüllungswerk *Tragedy and Hope* von 1966 kein geringerer als der Illuminat CARROLL QUIGLEY. Er «bezog sich auf die Namen der Bankiersfamilien BARING, LAZARD, ERLANGER, WARBURG, SCHROEDER, SELIGMAN, die SPEYERS, MIRABAUD, MALLET, FOULD und, wie er es ausdrückte, „über allen" die ROTHSCHILDS und die MORGANS», nannte also ganz überwiegend *jüdische* Namen, wobei er noch verschwieg, daß die MORGANS bloße ROTHSCHILD-Statthalter waren . . . «QUIGLEY schrieb: „Selbst nachdem diese Bankiersfamilien durch das Aufkommen des Finanzkapitalismus voll in die einheimische Industrie verwickelt worden waren, blieben sie auf verschiedene Weise von den gewöhnlichen Bankiers unterschieden. 1) Sie waren weltbürgerlich und international; 2) Sie standen den Regierungen nahe und befaßten sich insbesondere mit Fragen der Staatsschulden einschließlich ausländischer Staatsschulden, selbst in solchen Gegenden, die auf den ersten Blick risikoreich erschienen, wie Ägypten, Persien, die ottomanische Türkei, das kaiserliche China und Lateinamerika . . ,"»[1446]

[1446] *PIPER* a.a.O., S. 139.

Wir kehren also nun zu MAKOW zurück: «WOOFOLK spekuliert, daß die ROTHSCHILDS nicht allein handelten, sondern ein Syndikat jüdischer Bankiers repräsentierten. „Der Aufstieg des Hauses ROTHSCHILD ist denkwürdig als die erste große Zusammenfassung der Juden in einem Syndikat, zur Durchführung eines gigantischen Geschäfts, in dem all ihr Kapital vereint sein möchte. Die ROTHSCHILDS wurden zum Oberhaupt der jüdischen Geldkönige und sind seitdem allezeit das Oberhaupt der als ein Syndikat agierenden Juden gewesen. Dieses Haus steht wahrscheinlich an der Spitze der jüdischen Geldmacht der Welt. Der Reichtum der Geldmacht entzieht sich einfach der Berechnung. Er kann nicht weniger als 160 Milliarden $ betragen. Er liegt vermutlich näher bei zweihundert Milliarden ... Die Geldmacht hat jetzt soviel Geld, daß sie keine Anlage mehr dafür zu finden vermag. Bei einer nochmaligen Verdopplung wird sie sämtliches Vermögen der Erde besitzen. Am Beginn ihrer Laufbahn bedeutete eine Verdopplung ihres Kapitals 100 Millionen $. Jetzt bedeutet eine Verdopplung ihres Kapitals 400 Milliarden $. Und sämtliches Vermögen der Welt beträgt weniger als 600 Milliarden $."»[1447]

Das war nun freilich eine krasse Fehlkalkulation. Denn erstens hatte der Mann offenbar keine Ahnung von der tatsächlichen, *um eine ganze Größenordnung niedrigeren* Höhe des damaligen Weltvermögens; noch weniger Ahnung hatte er von der sogar *um zwei Größenordnungen niedrigeren* Höhe des Gesamtvermögens der damaligen Bankiers inklusive des Hauses ROTHSCHILD! Zweitens ist das - auch damals schon - **aktuelle Schuldgeldsystem** fatalerweise so konzipiert, daß sogar die Geldverleiher, die alles, was sie «verleihen», selber aus nichts schöpfen «dürfen», immer nur jenen Bruchteil davon in ihren bleibenden Besitz zu bringen vermögen, der durch den **Zins** repräsentiert wird. Gleichzeitig wird die Masse der immerfort zur «Ausleihe» von zinsbelastetem Schuldgeld gezwungenen Wirtschaftsteilnehmer eben dadurch auch genötigt, immer neue (reale + fiktive!) Vermögenswerte in Höhe der jeweiligen Gesamtsumme des «ausgeliehenen» Geldes (*einschließlich* der Zinsen) zu schaffen! Infolgedessen jagen selbst die hyperreichen ROTHSCHILDS und ihr (keineswegs *exklusiv* jüdischer!) Orbit mit ihrem derzeitigen Vermögen in Höhe einer unbekannten, aber sicherlich *zweistelligen* Zahl von Dollar**-Billionen** einem prinzipiell unerreichbaren Phantom nach. Zwar trachten sie natürlich stets danach, möglichst jene *vermeintlich* **«bleibenden»** «Werte» an sich zu bringen, die im engeren Sinne als «Vermögenswerte» gelten, also nicht sogleich während (Dienstleistungen!) oder nach ihrer Erzeugung schon wieder «konsumiert» werden. Doch selbst so «solide» Vermögens«anlagen» wie Wohn-, Gewerbe- und Industriegebäude samt ihrer ganzen Einrichtung (z.B. EDV, Maschinenpark, Warenlager) veralten immerfort und müssen von Zeit zu Zeit komplett ersetzt werden, ehemals wertvolle Grundstücke und Ländereien sind wegen veränderter Verhältnisse plötzlich zu nichts mehr nutze und damit auch nichts mehr wert, andere selbst für die ROTHSCHILDS grundsätzlich nicht zu erwerben, ganze Bestände an Fertigprodukten (Waren) fallen der rasch wechselnden Mode oder dem technischen Fortschritt zum Opfer . . . Daher können alle Bankeigentümer des Globus zusammengenommen über einen *maximal* vielleicht 50prozentigen Eigentumsanteil am jeweils aktuellen Sachvermögen **(reale** Güter, nicht fiktive «Werte»!) der ganzen Welt mit bloßen *banktechnischen* Mitteln **niemals** hinauskommen ...

Im übrigen jedoch haben gewichtige jüdische Stimmen WOOFOLKS These, die ROTHSCHILDS handelten stellvertretend für alle ihre Stammesgenossen, vor wie nach dem Erscheinen seines Buches bestätigt, ja sogar bekräftigt.

[1447] *MAKOW A.a.O.,* S.41f.

«Über die ROTHSCHILDS schrieb der israelische Historiker AMOS ELON in seiner eigenen Biographie des Gründungsvaters der Dynastie: „Im Gegensatz zu anderen assimilierten Juden betonten sie ihre ethnische Zugehörigkeit [ethnicity] und Religion, ja stellten sie sogar zur Schau." . . . Gemäß NIALL FERGUSONS jüngster (von der ROTHSCHILD-Familie begleiteter) Studie über die ROTHSCHILD-Familie waren die ROTHSCHILDS besonders beharrlich in ihrer Religiosität: „Jede Schwächung der jüdischen Einheit traf [die ROTHSCHILDS] als selbstschädigend in einer feindlichen Welt."» Derselbe NIALL FERGUSON «notierte, es habe eine Zeit gegeben, da die ROTHSCHILDS „einen mythischen, talismanartigen Status in den Augen anderer Juden [hatten]; nicht nur als die Juden der Könige, sondern auch als die ‚Könige der Juden' - gleichzeitig erhöht durch ihren Reichtum und doch eingedenk ihrer eigenen niedrigen Herkunft"».[1448]

Diese Zeit hat es aber nicht bloß gegeben - sie ist vielmehr jetzt erst richtig da! «Die ROTHSCHILDS», sagt MICHAEL COLLINS PIPER, «sind die „Könige der Könige", sei es auch nur kraft ihres unermeßlichen Reichtums. Und sie sind ohne Zweifel die königliche Familie des Judentums. Es ist daher kein Zufall, daß MOSES L. PA VA, ein jüdischer Professor für Geschäftsethik, am 2. Januar 2009 in der jüdischen Zeitung *Forward* offen einräumte: „Unsere jüdischen Gemeinden, die einstmals Rabbiner und Gelehrte ehrten, ehren jetzt fast ausschließlich jene mit den größten Bankkonten." Und jene mit den größten Bankkonten sind die ROTHSCHILDS.»[1449] Tatsächlich ist einer der frühesten Pariser ROTHSCHILDS, EDMOND (1845-1934), gegenwärtig auf einer israelischen 500-Schekel-Banknote verewigt, als «Vater Israels»[1450]. Es muß in diesem Zusammenhang aber daran erinnert werden, daß die berüchtigte BALFOUR-Erklärung, die den Juden einen eigenen Staat in Palästina zusicherte, an den damaligen *Lord* ROTHSCHILD, den Chef des *Londoner* Zweigs, gerichtet war, so daß der jüdische Staat Israel der *gesamten* ROTHSCHILD-Familie seine Existenz verdankt.

Übrigens haben die Pariser ROTHSCHILDS vom späten 19. Jahrhundert bis zum 2. Weltkrieg auch ununterbrochen ganz offiziell an der Spitze der beiden wichtigsten jüdischen Vereinigungen Frankreichs gestanden, des Konsistoriums von Paris (wo über die Hälfte aller französischen Talmudjünger lebten) und des Zentralkonsistoriums, dem hierzulande heute der *Zentralrat der Juden in Deutschland* entspräche. GUSTAVE DE ROTHSCHILD stand dem Pariser Konsistorium 53 Jahre lang vor, ehe sein jüngerer Bruder EDMOND DE ROTHSCHILD, der besagte «Vater Israels», ihn ablöste. Nach dessen Tod trat ROBERT DE ROTHSCHILD in seine Fußstapfen, bis er im Juni 1940 vor der herannahenden deutschen Wehrmacht ins Ausland flüchtete. Vor 1934 hatte derselbe ROBERT DE ROTHSCHILD den Vorsitz des Zentralkonsistoriums innegehabt.[1451]

Am Ausgang des 19. Jahrhunderts bestand in der informierten Öffentlichkeit gar kein Zweifel daran, daß die ROTHSCHILDS vor allen anderen Genossen dank der hauptsächlich bei *ihnen* liegenden **Staatsschulden** in ganz Europa und weit darüber hinaus die eigentlich Mächtigen waren. «Der berühmte deutsche Adelige und weitgereiste Autor Fürst HERMANN LUDWIG HEINRICH VON PÜCKLER-MUSKAU verglich ROTHSCHILD mit dem Sultan des Ottomanischen Reiches. Der Sultan, sagte er, sei der Herrscher aller Gläubigen, ROTHSCHILD dagegen „der Gläubiger aller Herrscher". Der deutsche Ökonom FRIED-

[1448] *PIPER* a.a.O., S. 32f.

1449 pbd § xill; hier *PAVAS* Text im Original: «Our Jewish communities which once honored rabbis and scholars, now almost exclusively honor those with the biggest bank accounts.»

[1450] Lt. ebd. S. 29 (vgl. die zugehörige Abbildung auf S. 56).

[1451] Alles lt. *JEAN-CLAUDE VALLA*, Ces juifs de France qui ont collaboré [Diese Juden Frankreichs, die kollaboriert haben], Paris (Dualpha) 2010, S. 37f Anm. 7.

RICH LIST sagte, ROTHSCHILD sei „der Stolz Israels, der mächtige Verleiher und Herr allen gemünzten und ungemünzten Silbers und Goldes in der Alten Welt, vor dessen Geldtruhe Könige und Kaiser sich demütig verneigen".»[1452]

Um die Wende zum 20. Jahrhundert, d.h. am Beginn der Ära der PROTOKOLLE, hatten die ROTHSCHILDS bereits «einen weltumspannenden Zugriff: Belgien, Ägypten, Portugal unter vielen, vielen weiteren Staaten. In Chile kontrollierten die ROTHSCHILDS die Nitrate. Brasilien wurde von den Krediten der ROTHSCHILDS so niedergedrückt, daß jemand schrieb, diesen lateinamerikanischen Riesen hätte man wohl am besten als „einen ROTHSCHILD-Staat" bezeichnet. Der ROTHSCHILD-Einfluß erstreckte sich nach Asien durch ihre Bande mit der Familie SASSOON, nach Australien durch die MONTEFIORES und nach Südafrika durch die ROTHSCHILD-Kontrolle über Diamanten und Gold, ein Einfluß, der durch CECIL RHODES und durch die Familie OPPENHEIMER ausgeweitet wurde, welche die Diamantenindustrie beherrschte.»[1453]

Es blieb also kein Erdteil verschont! Im Jahre 1902 fragte der englische Liberale J.A. HOBSON in seinem berühmtgewordenen Buch *Imperialism: A Study (Imperialismus - eine Untersuchung)*: «Glaubt irgendjemand im Emst, irgendein europäischer Staat könne einen großen Krieg unternehmen oder eine große Staatsanleihe aufnehmen, wenn das Haus ROTHSCHILD und seine Verbindungen sich dem widersetzen? Jede bedeutende politische Aktion, die einen neuen Kapitalzufluß oder eine starke Schwankung bei den Werten der schon bestehenden Investitionen [d.h. an der Börse!] bedingt, muß die Absegnung und die praktische Hilfe dieser kleinen Gruppe von Finanzkönigen erhalten.»[1454] Dieser Text wirft - um es hier bloß am Rande zu bemerken - übrigens auch eine Menge Licht auf die wahren Schuldigen am nur zwölf Jahre später «ausgebrochenen» 1. Weltkrieg . ..

Für das Jahr 1913 bezifferte der schon erwähnte, damalige ROTHSCHILD-Biograph IGNATIOUS BALLA das Vermögen der ganzen Dynastie auf über zwei Milliarden US-Dollar[1455]. Diese Zahl verweist die von WOOFOLK - wenngleich für die von den ROTHSCHILDS ,nur' *angeführte"* Banken-Kabale *insgesamt* - gemutmaßten ,160 bis 200 Milliarden' klipp und klar ins Reich der Fabel. Dabei erscheint sie durchaus realistisch, wenn man erstens bedenkt, daß die Summe der bei den ROTHSCHILDS jeweils *offenstehenden* - und immer fein aus nichts geschöpften! - **Staatsschulden** natürlich zu jeder Zeit ein Vielfaches ihres ins Trockene gebrachten persönlichen bzw. familieneigenen **Vermögens** betrug; gemessen an der gegenwärtigen Praxis etwa der US-Banken hätte sie theoretisch das *Fünfzigfache* und damit *100 Milliarden $* betragen können, sofern ja das gesamte 2-Milliarden-Vermögen als (teils liquide, teils liquidierftare) «Reserve» dienen konnte . . . Sie erscheint auch realistisch, wenn man zweitens weiß, daß annähernd zum selben Zeitpunkt, am 4. September 1912, das gesamte Eigenkapital sämtlicher 7 397 US-Atoiowa/banken 1 046 012 580 $, der darauf erzielte **Überschuß** 701 021 452 $ und

1452 PIPER a.a.O., S. 34; die zitierten Texte sind natürlich rückübersetzt, wobei immerhin das im Englischen nur begrenzt nachahmbare schöne Wortspiel Fürst PÜCKLERS wieder zum Vorschein kommt.

1453 Ebd. S. 127f.

1454 Zit. n. ebd. S. 130; hier der Originaltext: «Does anyone seriously suppose that a great war could be undertaken by any European state, or a great state loan subscribed, if the House of Rothschild and its connections set their face against it? Every great political act, involving a new flow of capital, or a large fluctuation in the values of existing investments, must receive the sanction and the practical aid of this little group of financial kings.»

1455 Lt. ebd. S. 127.

die **nichtausgeschütteten Gewinne** nochmals 242 735 174 $ betrugen[1456], alles zusammen also **weniger** als 2 Milliarden $! Zwar gab es in den USA zu diesem Zeitpunkt noch rund 21 400 weitere Banken (28 995 insgesamt![1457]), doch das waren praktisch ausnahmslos die kleinen, ländlichen Institute, deren Bilanzen sich mit denen der Nationalbanken nicht vergleichen konnten. Andererseits befanden sich mehrere der allergrößten Nationalbanken ganz oder teilweise in (verdecktem) ROTHSCHILD-Besitz, so daß man sagen kann: das damalige ROTHSCHILD-Vermögen lag im Jahre 1913 mindestens *bei* dem, eher noch *über* dem Gesamtkapital aller nicht ihnen selber gehörenden US-Banken zusammengenommen!

Eine förmliche Zentralbank gab es in den *USA* vor 1914 noch nicht, wohl aber in praktisch allen europäischen Staaten. GERTRUDE COOGAN stand im Jahre 1934 nicht an, diese europäischen Zentralbanken für - **bereits 1913** - von den ROTHSCHILDS kontrolliert zu erklären. Wörtlich schrieb sie: «1913 verabschiedete der Kongreß das „Federal"-Reserve-Gesetz. Es wurde lauthals als eine glorreiche Errungenschaft angepriesen.-Dem Kongreß wurde erzählt, es sei der letzte Schrei der modernen Bankgeschäftspraxis. Unzweifelhaft war es das auch für jene, die listige Klauseln einfugten und wesentliche Schutzvorschriften beseitigten. Man sagte den Kongreßmännern, sie sei nach dem Vorbild der *Bank von England,* der *Bank von Frankreich* und der deutschen *Reichsbank* entworfen, so daß sie gar nicht verfehlen könne, so gut wie perfekt zu sein. - Was man dem amerikanischen Volk nicht sagte, war, daß alle diese europäischen Banken *keine* Regierungseinrichtungen sind, wie ihre Namen suggerieren sollten, *sondern private Banken,* deren staatliche Zulassung das Ergebnis gesetzgeberischer Täuschung war und die Völker der betreffenden Staaten jahrhundertelang versklavt hat. Unserem Volk wurde *nicht* gesagt, daß das neue *Federal Reserve System* gemäß dem durch die **Rothschildschen europäischen Zentralbanken** mit ihren irreführenden Namen illustrierten System konzipiert war.»[1458]

2) Die Rothschilds in den Vereinigten Staaten bis zum 1. Weltkrieg

In der Neuen Welt, die in der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts nahezu völlig (und danach immer noch erheblich) vom *englischen* Schuldgeld abhängig gewesen war, begann die Einführung eines «eigenen» Schuldgeldsystems mit US-Finanzminister ALEXANDER HAMILTON und seiner *Bank der Vereinigten Staaten* von 1791. HAMILTON war in Westindien als Sohn eines reichen Pflanzers namens LEVINE zur Welt gekommen. Seine Mutter RACHEL wurde jedoch bald darauf, 1759, wegen ehelicher Untreue von LEVINE geschieden und lebte von da an mit JAMES HAMILTON zusammen[1459]. Obwohl das alles HAMILTON nicht wirklich zu einem Juden machte - wie COOGAN andeuten möchte -, tat er sich doch bereits 1784 mit dem Juden ISAAC ROOSEVELT und einigen weiteren Leuten zusammen, um die *Bank ofNexv York* zu gründen[1460].

[1456] Lt. *LLNDBERGH* a.a.O., S. 26; dem standen am 14. Juni 1912 Gesamt«einlagen» aller 25 195 US-Banken, die ihren Bilanzbericht eingereicht hatten, von etwas über 17 Milliarden $ gegenüber; 3 800 Banken hatten freilich die Abgabe des Berichts versäumt (lt. ebd. S. 25). Da diese «Einlagen» jedoch in Wirklichkeit bloß aus nichts geschöpfte Buchgeld«kredite» darstellten, die bei der «Rückzahlung wieder *vernichtet* werden mußten, können *sie* als «Vermögen» - sei es der Kreditnehmer, sei es der Banken - unmöglich angesprochen werden!

[1457] Lt. ebd. S. 27.

[1458] *COOGAN* a.a.O., S. 132; kursive Hervorh. original, fette Hervorh. hinzugefügt.

[1459] Vgl. ebd. S. 188.

[1460] Lt. *SUTTON* a.a.O., S. 23, wo der - nicht ausdrücklich als Jude bezeichnete - ROOSEVELT im Text hervorgehoben wird, obwohl die ebenfalls dort mitgeteilte vollständige Liste des Grün-

Sobald nun 1791 die erste amerikanische Zentralbank mit der gesetzlichen Genehmigung, vorerst zwanzig Jahre lang zu operieren, ihre Geschäfte aufnahm, begann auch schon die Verschuldung des Staates. Die Vorgehensweise war exakt dieselbe wie diejenige der Gründer der *Bank von England* ein knappes Jahrhundert früher: die - zwar heftig umstrittene - Bank «lieh» dem amerikanischen Staat auf Zins und Zinseszins «Geld», das sie selber gar nicht besaß, sondern erst aus nichts schöpfen mußte! Als Präsident THOMAS JEFFERSON, dem die Bank und ihr roßtäuscherisches System nie behagt hatte, die Betriebsgenehmigung 1811 auslaufen ließ ohne sie zu erneuern, wurde offenbar, was er immer befürchtet hatte: «18 000 der insgesamt 25 000 Bankaktien befanden sich im Besitz von Ausländern, die meisten davon waren Briten und Holländer»[1461]. Was für «Briten» das vornehmlich waren, kann man sich denken, denn eine ganze Reihe von ihnen wurde ja weiter oben bereits vorgestellt. . .

Der Londoner ROTHSCHILD allerdings war, auch wenn er ein weite Teile Europas umspannendes familieneigenes Banken*netzwerk* hinter sich wußte, damals noch einer unter anderen seiner Zunft. Von daher erscheint ziemlich zweifelhaft, was ihm persönlich ohne belastbare Quellenangaben zugeschrieben wird: er habe damals der US-Regierung unverhohlen mit Krieg gedroht, falls sie die Autorisierung der *Bank der Vereinigten Staaten* nicht verlängere[1462]. Sollte er das tatsächlich getan haben, dann wohl allenfalls als Sprachrohr der ganzen Londoner City. Tatsache ist freilich, daß England - seinerseits längst vollständig «in der Schuld» der City-Bankiers stehend - bereits im Folgejahr 1812 die USA ohne einen anderen triftigen Grund mit einem Krieg überzog.

Dieser Krieg hatte auch wirklich zur Folge, daß das dadurch wirtschaftlich und finanziell geschwächte Amerika im Jahre 1816 einer zweiten, neuen *Bank der Vereinigten Staaten* eine wiederum auf 20 Jahre befristete Geschäftserlaubnis erteilte. Vielfach wird - und jetzt mit weit mehr Recht - angenommen, daß der inzwischen zu gewaltigem Reichtum gekommene Londoner ROTHSCHILD in bzw. vermittels dieser zweiten[1463] US-Zentralbank schon maßgeblichen Einfluß ausübte. Der ROTHSCHILD-Biograph DERER WILSON schreibt, offenbar ohne nähere Zeitangabe: «Über die Jahre hinweg, seit N.M. [ROTHSCHILD], der Textilfabrikant aus Manchester, Baumwolle aus den Südstaaten gekauft hatte, hatten die ROTHSCHILDS sich kräftig in Amerika engagiert. NATHAN ... hatte Kredite an verschiedene Staaten der Union vergeben, war eine Zeitlang der offizielle europäische Bankier für die US-Regierung gewesen und erwies sich als ein geschworener Verfechter der *Bank der Vereinigten Staaten.*» GRIFFIN, der das zitiert[1464], möchte es auf die frühe, 1811 liquidierte Zentralbank bezogen wissen, was aber schon deshalb unmöglich ist, weil NATHAN ROTHSCHILD damals mit absoluter Sicherheit noch kein «offizieller europäischer Bankier für die US-Regierung» war!

dungsvorstands insgesamt 13 Personen umfaßt und weder HAMILTON noch **RooSEVELT,** sondern ein gewisser ALEXANDER MCDOUGAL der Präsident war. - *PIPER* a.a.O., S. 115 schreibt statt Isaac Roosevelt offenbar irrtümlich «Isaac Moses».

1461 *HODGSON BROWN* a.a.O., S. 104.

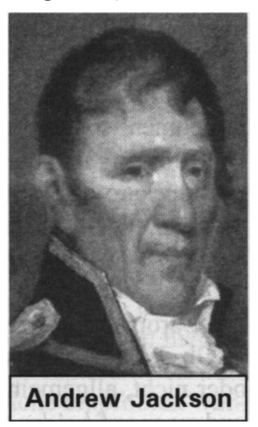
1462 Ygi ek(j § 105; die Autorin sagt selber vorsichtig bloß, das sei «angeblich» der Fall gewesen, und nennt in der Fußnote als ihre einzige Quelle - einen Videofilm (!) von 1998 ...

1463 In der Literatur herrscht bezüglich der Zählung leider eine gewisse Verwirrung. Da die allererste US-Zentralbank, schon 1781 von einem gewissen ROBERT MORRIS als *Bank of North America* gegründet, nur ein Jahr lang operierte, ehe sie scheiterte (vgl. dazu im einzelnen *GRIFFIN* a.a.O., S. 325ff), wird sie von *HODGSON BROWN* a.a.O. nicht mitgezählt, von *GRIFFIN* jedoch sehr wohl. Des letzteren «zweite» US-Zentralbank ist also *HODGSON BROWNS* «erste», und so weiter. Wir folgen dieser letzteren Zählweise.

1464 *GRIFFIN* a.a.O., S. 331.

Passend und zutreffend sind WILSONS Sätze hingegen, bezieht man sie auf die Periode der zweiten *Bank der Vereinigten Staaten* (1816-1835). Nur dieser Periode kann auch die folgende Bemerkung von GUSTAVUS MYERS in seiner *Geschichte der großen amerikanischen Vermögen (History of the Great American Fortunes)* von 1936 gelten: «Unter der Oberfläche hatten die ROTHSCHILDS lange einen mächtigen Einfluß auf die amerikanische Finanzgesetzgebung. Die Rechtsunterlagen zeigen, daß sie die Macht in der alten *Bank der Vereinigten Staaten* waren.»[1465]

Präsident ANDREW JACKSON war möglicherweise der einzige Politiker im ganzen «westlichen» Demokratismus, unter dem Europa und Amerika seit der sog. «französischen» Revolution zu leiden haben, der mit einem Wahlversprechen antrat, das er erstens zu halten fest beabsichtigte und zweitens - oh Wunder! - **auch wirklich hielt.** Das macht ihn zu einem wahren Staatsmann, einer absoluten Rarität in der modernen Welt. Er *wollte* die von vielen als freiheitsbedrohend erkannte Macht der zweiten *Bank der Vereinigten Staaten* **brechen** und *tat* es gegen schwerste, von den ROTHSCHILDS & Co. organisierte Widerstände (er überlebte nicht weniger als drei Mordanschläge![1466]), indem er 1836 die gesetzliche Genehmigung für die zentrale Notenbank erneut erlöschen ließ, nachdem er schon 1835 die Schulden der Bundesregierung auf Null gebracht hatte[1467]! Alles, was man ihm dennoch vorwerfen kann, ist, die Geldschöpfung und -ausgabe nicht gleichzeitig wieder exklusiv in die Hand der Regierung gelegt zu haben. Statt dessen herrschte knapp drei Jahrzehnte lang ein Währungschaos, da fast jede Bank ihre eigenen, durch mehr oder weniger Gold- und Silbermünzen «gedeckten» Noten herausgab. «1858 wurden 5 400 verschiedene Beschreibungen gefälschter Noten aufgelistet. 1862 gab es ungefähr 1 600 in den 29 Staaten zugelassene Banken, die zusammen 7 000 verschiedene Arten von Banknoten unterschiedlichen Werts herausgaben. Die Zahlung in Gold war von allen Banken eingestellt worden.»[1468]


Andrew Jackson

[1465] Zit. n. ebd. - *GRIFFIN* will auch das - fälschlich - auf die 1811 aufgelöste Institution beziehen, während *HODGSON BROWN* a.a.O., S. 105 denselben Text gar keiner näher bestimmten Epoche zuweist. Doch als 1790 (!) die Gesetzgebung für die «alte» *Bank der Vereinigten Staaten* im US-Kongreß debattiert wurde, war MEYER AMSCHELS jüngster Sohn noch gar nicht auf der Welt, lag der zuletzt geborene noch in den Windeln, war sogar der älteste (AMSCHEL MEYER) erst 17 Jahre alt! - Da meine Übersetzung begründetermaßen von deijenigen bei *HODGSON BROWN* (dt. Ausg.) abweicht, hier zum Vergleich der Originalwortlaut: «Under the surface, the Rothschilds long had a powerful influence in dictating American financial laws. The law records show that they were the power in the old Bank of the United States.»

1466 vgi *FRANK WALLACE/STEPHEN CLARK,* Truth About Money. The Worst Fraud/Scandal/Swindle/Crime In American History: The Federal Reserve Banking Act [Wahrheit übers Geld. Der (das) schlimmste Betrug/Skandal/Schwindel/Verbrechen in der amerikanischen Geschichte: das Bundes-Reserve-Bankengesetz], Diamondhead/MS 2007, S. 62: «JACKSON überlebte mindestens drei Anschläge auf sein Leben, und es ist zwar nicht bewiesen, aber doch am wahrscheinlichsten, daß sie von jenen ausgingen, welche die Zentralbankkonzepte begünstigten und unterstützten.»

1467 vgl. dazu im einzelnen *HODGSON BROWN* a.a.O., S. 108-111; ausführlicher *GRIFFIN* a.a.O., S. 347-360. Dieser staatliche Schuldenabbau war damals unter den speziell in den USA herrschenden, nämlich noch nicht wirklich «konsolidierten» finanziellen Verhältnissen ohne Abwürgung der Konjunktur möglich, während er sich zur selben Zeit in England - wie gezeigt - bereits absolut nicht mehr durchführen ließ.

[1468] *NORBURN* a.a.O., S. 2232.

Die ROTHSCHILDS waren zwar erbost über das vorläufige Scheitern ihrer Absicht, die US-Geldversorgung und mit ihr das ganze US-Bankensystem zentral unter ihre Kontrolle zu bringen. Sie «dankten» es den USA durch eine schwere Bankenpanik, die sogleich 1837 «eintrat». Ihrem Bestreben, die einzelnen Bundesstaaten wie auch die US-Regierung dauerhaft zu verschulden, kam aber diese Panik ebenso zustatten wie Präsident JACKSONS und seines Nachfolgers Versäumnis, die schuldenfreie und zinslose Geldversorgung der Nation zur vordringlichsten Staatsaufgabe zu machen.

Noch im selben Jahr 1837 schickten die ROTHSCHILDS nämlich ihren offiziellen Agenten AUGUST BELMONT (eigentlich SCHOENBERG) in die USA, der dort «große Kredite von den ROTHSCHILDS zugunsten der US-Schuldnerbanken aushandelte»[1469], die durch die Panik in Schwierigkeiten geraten waren. Der jüdische Autor STEPHEN BIRMINGHAM meint dazu: «Mit anderen Worten, er war dank des riesigen Umfangs des Rothschildschen Kapitalreservoirs in der Lage, in Amerika anzufangen, indem er sein eigenes *Federai Reserve-System* betrieb.» Was er damit sagen will, erläutert BIRMINGHAM so: «Das erste, was die New Yorker Gesellschaft an AUGUST BELMONT bemerkte, war, daß er Unmengen von Geld besaß. Es war, wohlgemerkt, ROTHSCHILD-Geld, aber er machte üppig davon Gebrauch. - Als ein Finanzier mit den Mitteln der größten Privatbank der Welt zu seiner direkten Verfugung war er sofort von Bedeutung nicht nur für amerikanische Unternehmen, sondern auch für die Regierung der Vereinigten Staaten, der immerfort das Geld ausging und deren Kredit ständige Infusionen von Bankiers benötigte.»[1470]

Man kam also sofort wieder ins Geschäft - mit den gerade erst abgeschafften US-Staatsschulden! «Als Agenten des US-Finanzministeriums 1842 in Paris an [JAMES ROTHSCHILD] mit dem Ersuchen um einen Kredit für die amerikanische Regierung herantraten, sagte er zu ihnen: „Sie haben den Mann gesehen, der an der Spitze der Finanzen Europas steht."»[1471]

Ob der amerikanische Bürgerkrieg nun von ihnen und den Ihrigen angezettelt wurde oder nicht, allgemein zugegeben wird, daß sie ihn mit ihrem Schuldgeld «finanzierten», und zwar auf *beiden* Seiten[1472]. Selbst der naiv wirkende junge Amerikaner MATT MARSHALL, der die ROTHSCHILDS & Co. nur an einer einzigen Stelle seines Buches, und da bloß in einer Fußnote, erwähnt, tut das ganz unschuldig so: «Die jüdische Frankfurter Familie ROTHSCHILD wurde weltweit führend bei den Staatsanleihen. Im Jahr 1861 verhalfen die ROTHSCHILDS ABRAHAM LINCOLN zu dem erforderlichen Geld für die Finanzierung des Bürgerkrieges und damit für die Abschaffung der Sklaverei in den Vereinigten Staaten von Amerika. Die jüdischen Bankiers *Erlanger & Söhne* aus Frankfurt halfen den Südstaaten, Geldmittel aufzutreiben.»[1473]

1469 *PIPER* a.a.O., S. 160.

1470 Zit. n. ebd. aus: *STEPHEN BIRMINGHAM* „Our Crowd": The Great Jewish Families of New York [„Unsere Leut',,: Die großen jüdischen Familien von New York], New York 1986.

1471 *GRIFFIN* a.a.O., S. 228; zitiert wird der von ROTHSCHILD gesprochene Satz gleichfalls nach *BIRMINGHAM* a.a.O.!

1472 Genaues dazu bei *PIPER* a.a.O., S. 161ff: AUGUST BELMONT unterstützte «ostentativ» die Sache des Nordens, arbeitete aber *gleichzeitig* eng mit «JUDAH BENJAMIN zusammen, dem jüdischen Justizminister, dann Kriegsminister und schließlich Außenminister der Konföderation», d.h. des Südens!

1473 *MARSHALL* a.a.O., S. 435 Anm. 42. - Lt. *PIPER* a.a.O., S. 162 war auch der Frankfurter Baron RAFAEL D'ERLANGER, dessen Sohn Baron FREDERICK EMIL D'ERLANGER eine Zweigniederlassung des familieneigenen Bankhauses in Paris leitete, «ein diskreter Vertreter der ROTHSCHILDS».

LINCOLNS Versuch, der rasch ausufernden Kriegsverschuldung bei den **ROTHSCHILDS** durch die zins- und schuldenfreie Ausgabe eigener, staatlicher Dollarnoten Schranken zu setzen, endete bekanntlich für ihn tödlich. Obendrein nötigte ihm ein von den Geldverleihern nach Kräften geschmierter Kongreß mitten im Krieg, 1863, das Nationalbanken-Gesetz ab, mit dem das von **JACKSON** leider nur mäßig erfolgreich bekämpfte **Schuldgeld-Prinzip** auch ohne förmliche Zentralbank in voller Kraft neu erstand. Jede Bank, die sich als «Nationalbank» registrieren ließ, konnte Banknoten gegen Staatsschuldpapiere als «Sicherheit» in Umlauf bringen; die Staatsschuldpapiere brauchte sie nur vorher mit aus nichts geschöpftem «Kredit» zu «kaufen»! Während sie dann auf die beim US-Schatzamt «hinterlegten» Staatsschuldpapiere Zinsen bezog, konnte sie gleichzeitig die dafür erhaltenen Banknoten an andere «Kreditnehmer» nochmals zinsträchtig «verleihen»! Das war im Grundsatz schon exakt dasselbe System wie noch heute. Als Tüpfelchen auf dem i kam aber noch hinzu: Noten aller übrigen, konkurrierenden Banken, die nicht «national», sondern nur innerhalb einzelner Bundesstaaten operierten, wurden mit einer hohen Steuer belegt, um sie aus dem Umlauf zu verdrängen[1474].

Auf dieses Nationalbank-Gesetz, den nach seinem offiziellen Urheber sogenannten *Sherman Act,* bezog sich ein komplett bekanntgewordener Briefwechsel, der zu wichtig ist, um ihn hier nicht fast vollständig zu dokumentieren[1475]:

«London, 25.Juni 1863

«An die Herren IKLEHEIMER, MORTON und VANDERGOULD, Wall St. No. 3, New York, USA

«Sehr geehrte Herren,

«Ein Herr JOHN SHERMAN hat uns aus einer Stadt in Ohio, USA bezüglich der Gewinne geschrieben, die sich im National-Banken-Geschäft unter einem kürzlich von Ihrem Kongreß erlassenen Gesetz erzielen lassen, wovon eine Kopie seinem Brief beilag. Offenbar ist dieses Gesetz gemäß der Vorlage konzipiert worden, welche hier im vergangenen Sommer von der *Britischen Bankiersvereinigung* aufgesetzt und von derselben Vereinigung unseren amerikanischen Freunden als eine solche empfohlen wurde, die sich, falls zum Gesetz gemacht, als hochprofitabel für die Banken-Gilde überall auf der Welt erweisen werde.

«Herr SHERMAN erklärt, es habe nie zuvor eine so günstige Gelegenheit für Kapitalisten gegeben, Geld anzuhäufen, wie die durch dieses Gesetz gebotene, und der alte Plan für [bloß] einzelstaatliche Banken sei so unpopulär, daß die neue Fassung demgegenüber höchst wohlwollend betrachtet werde, ungeachtet dessen, daß sie den Nationalbanken eine fast absolute Kontrolle über die nationalen Finanzen verleiht. „Die wenigen, die das System zu durchschauen vermögen", sagt er, „werden entweder so

1474 Vgl. *HODGSONBROWN* a.a.O., S. 123.

1475 Zit. n. der vollst. Dokumentation bei *COUGHLIN,* Money! Questions and Answers . . . a.a.O., S. 170ff. Nur einen kurzen Auszug aus diesem Brief zitieren auch *GRJFFIN* a.a.O., S. 389 sowie *HODGSON BROWN* a.a.O., S. 122 (wo aber falschlich bloß von «eine[r] Investmentfirma des Hauses ROTHSCHILD in London» die Rede ist), und zwar beide nach derselben, *späteren* Quelle: *ROBERTL. OWEN,* National Economy and the Banking System, Washington, D.C. 1939, S. 99f. OWEN hatte als Vorsitzender des Banken- und Währungsausschusses des US-Senats maßgeblich an der Formulierung des *Federal Reserve*-Gesetzes von 1913 mitgewirkt, ohne letztlich zu begreifen, wem er damit diente (vgl. seine eigene Darstellung im Vorwort zu *COOGAN* a.a.O., S. VIII-IX), und wurde später zu einem entschiedenen Gegner des aktuellen Schuldgeldsystems. - *SUTTON* a.a.O., S. 74-78 bringt ebenfalls beide Briefe vollständig, zitiert sie jedoch nach *JOHN R. ELSOM,* Lightning Over the Treasury Building, Boston 1941, S. 51-55. - Die Echtheit der Korrespondenz ist offenbar nie bestritten worden.

an seinen Gewinnen interessiert oder so von seinen Vorteilen abhängig sein, daß es seitens dieser Klasse keinen Widerstand geben wird, während auf der anderen Seite die breite Masse der Leute, geistig unfähig, die ungeheuren Vorteile zu begreifen, die das Kapital aus dem System zieht, seine Lasten klaglos und vielleicht sogar ohne jede Ahnung davon, daß das System ihren Interessen schädlich ist, tragen wird."

«Bitte unterrichten Sie uns vollständig über diesen Gegenstand und teilen Sie uns auch mit, ob Sie uns behilflich sein werden oder nicht, falls wir uns dazu entschließen, eine Nationalbank in New York City zu errichten. Wenn Sie mit Herrn SHERMAN bekannt sind (er scheint das Nationalbanken-Gesetz auf den Weg gebracht zu haben), werden wir uns freuen, etwas über ihn zu erfahren. Sollten die von ihm gelieferten Informationen für uns von Nutzen sein, werden wir uns selbstverständlich gebührend erkenntlich zeigen.

«In Erwartung Ihrer Antwort verbleiben wir

«Hochachtungsvoll die Ihrigen

«Gebrüder ROTHSCHILD.»[1476]

Im der Nachwelt ebenfalls vollständig erhaltengebliebenen Antwortschreiben vom 5. Juli 1863 sangen die Inhaber des jüdischen Bankhauses *Ikleheimer, Morton and Vandergould* beredt das Lob des alerten Herrn SHERMAN, ein Text, der in seiner Ungeschminktheit einen Blick direkt hinter die Kulissen der Macht erlaubt und *ohne weiteres* auf heutige Verhältnisse übertragbar ist:

«Er ist jung, durchtrieben und ehrgeizig. Er hält seine Augen auf die Präsidentschaft der Vereinigten Staaten gerichtet und ist bereits Mitglied des Kongresses. Er ist zutreffenderweise der Ansicht, er habe politisch wie finanziell (er hat auch finanzielle Ambitionen) alles davon zu gewinnen, sich gut mit Männern und Institutionen zu stellen, die über weitreichende finanzielle Ressourcen verfügen und die bisweilen nicht allzu wählerisch in ihren Methoden sind, sich entweder die Hilfe der Regierung zu sichern oder sich gegen unfreundliche Gesetze zu schützen. Wir trauen ihm hier unbedingt. Sein Intellekt und Ehrgeiz zusammengenommen machen ihn für uns

[1476] Hier wegen seiner eminenten Bedeutung der Originalwortlaut: «London, June 25th, 1863 - Messrs. Ikleheimer, Morton and Vandergould, No. 3 Wall St., New York, U.S.A. - Dear Sirs: A Mr. John Sherman has written us from a town in Ohio, U. S. A., as to the profits that may be made in the National Banking business under a recent act of your Congress, a copy of which act accompanied his letter. Apparently this act has been drawn upon the plan formulated here last summer by the British Bankers Association and by that Association recommended to our American friends as one that if enacted into law, would prove highly profitable to the banking fraternity throughout the world. - Mr. Sherman declares that there has never before been such an opportunity for capitalists to accumulate money, as that presented by this act and that the old plan, of State Banks is so unpopular, that the new scheme will, by contrast, be most favorably regarded, notwithstanding the fact that it gives the National Banks an almost absolute control of the National finance. „The few who can understand the system", he says „will either be so interested in its profits, or so dependent on its favors, that there will be no opposition from that class, while on the other hand, the great body of the people, mentally incapable of comprehending the tremendous advantages what capital derives from the system, will bear its burdens without complaint and perhaps without even suspecting that the system is inimical to their interests". - Please advise us fully as to this matter and also state whether or not you will be of assistance to us, if we conclude to establish a National Bank in the City of New York. If you are acquainted with Mr. Sherman (he appears to have introduced the National Banking Act) we will be glad to know something of him. If we avail ourselves of the information he furnished, we will of course make due compensation. - Awaiting your reply, we are Your respectful servants, Rothschild Brothers.»

außerordentlich wertvoll. Ja, wir sagen voraus, daß er sich, falls er am Leben bleibt, als der beste Freund erweisen wird, den die Geldinteressen der Welt in Amerika je besaßen.»

Weiter legten sie ein gesondertes Blatt mit detaillierten technischen Vorschlägen für die Ausgestaltung des gerade erst gesetzlich begründeten Nationalbanken-Systems vor und erklärten sich abschließend «mit Freuden» dazu bereit, den ROTHSCHILDS bei der Eröffnung einer eigenen Nationalbank in New York zur Seite zu stehen:

«Sollten Sie beschließen, eine Bank in dieser Stadt einzurichten, werden wird Ihnen mit Freuden behilflich sein. Wir können leicht finanzielle Freunde finden, um einen zufriedenstellenden Vorstand zu bilden und die Ämter zu besetzen, die nicht von den persönlichen Vertretern übernommen werden, die Sie herüberschicken werden.

«Ihre gehorsamsten Diener,

«IKLEHEIMER, MORTON und VANDERGOULD.»[1477]

Über die verschiedenen geheimen ROTHSCHILD-Fronten in den USA, die daraufhin exakt nach dem hier geschilderten Muster entstanden, wurde bereits in Band 1/2 ausführlich berichtet. Zu korrigieren ist lediglich eines: Wie nun endlich MICHAEL COLLINS PIPER herausgefunden und klargestellt hat, war und ist die Familie ROCKEFELLER als solche *nicht* jüdischen Ursprungs; zumindest ist ein solcher nicht belegbar und kaum wahrscheinlich! Die diesbezüglich seit Jahrzehnten weithin kursierende Desinformation, der auch der Verfasser dieser Zeilen noch in Band 1/2 leider erlegen ist, geht auf Personen zurück, die des jüdischen Autors STEPHEN BIRMINGHAM Hinweis[1478] auf einen anderen, früheren jüdischen Autor, MALCOLM H. STERN, mißverstanden bzw. nicht näher nachgeprüft hatten. STERN hatte 1960 eine genealogische Studie mit dem Titel *Americans o/Jewish Descent (Amerikaner jüdischer Abstammung)* veröffentlicht, und BIRMINGHAM hatte lediglich mitgeteilt, darin sei auch der Name «Rockefeiler» zu finden.

«Während manche auf diese Information sprangen und die Geschichte in Umlauf zu setzen begannen, das sei „Beweis" dafür, daß „die ROCKEFELLERS jüdisch sind", ergibt eine sorgfältige Lektüre des *ganzen* Buches, daß - soweit es in diesem Buch dokumentiert wird - *die* ROCKEFELLERS, *die* jüdisches Blut *haben,* aus der Linie GODFREY ROCKEFELLERS kommen, der eine gewisse HELEN GRATZ heiratete, die Jüdin war. Ihre Kinder und Erben wurden in der Episkopalkirche aufgezogen und haben wenig - falls überhaupt etwas - mit jüdischen oder israelischen Angelegenheiten zu tun.

«GODFREY ROCKEFELLER stammte tatsächlich aus einer gesonderten Linie der Familie ROCKEFELLER, war Nachkomme eines der Brüder von JOHN D. ROCKEFELLER

[1477] «Ikleheimer, Morton and Vandergould, Private Bankers, Dealers and Brokers in Stocks and Bonds and Gold, and American Agents for the Investment of English Capital - Number 3, Wall Street - New York City, July 5, 1863 - Messrs. Rothschild Brothers, London, England. - Dear Sirs: (...) He is young, shrewd and ambitious. He has fixed his eye upon the presidency of the United States and is already a member of Congress. He rightfully thinks he has everything to gain both politically and financially (he has financial ambitions too) by being friendly with men and institutions having large financial resources, and which at times, are not too particular in their methods, either of obtaining governmental aid, or protecting themselves against unfriendly legislation. We trust him here implicitly. His intellect and ambition combine to make him exceedingly valuable to us. Indeed, we predict that if his life is spared, he will prove to be the best friend the monied interests of the world have ever had in America. - (...) - Should you determine to organize a bank in this City, we shall be glad to aid you. We can easily find financial friends to make a satisfactory directory, and to fill official positions not taken up by the personal representatives you will send over. - Your most obedient servants, Ikleheimer, Morton and Vandergould.»

[1478] In seinem Buch ***The Grandees,*** New York 1971.

SENIOR und Cousin zweiter Linie der berüchtigten ROCKEFELLER-Brüder NELSON, DAVID, LAURANCE und JOHN D. III. Somit fußt die berühmte Geschichte von den ROCKEFELLERS als Juden - zumindest diese so oft angeführte - auf einer falschen Lesart dessen, was tatsächlich in BIRMINGHAMS vielzitiertem Buch stand.»[1479]

Im übrigen war aber eigentlich schon immer bekannt, daß die genannten «*berüchtigten*» ROCKEFELLERS ihren kometenhaften Aufstieg im wesentlichen ihrer Rolle als Treuhänder Rothschildschen Kapitals verdankten; bereits WOOFOLK konstatierte 1889 als unmittelbarer Zeitgenosse, was EUSTACE MULLINS im fortgeschrittenen 20. Jahrhundert wieder ausgraben sollte: «Laut WOOFOLK waren die ROCKEFELLERS und die meisten großen amerikanischen Industriellen/Finanziers bloße Agenten der Londoner Geldmacht. *Standard Oil* ist ein klassisches Beispiel dafür, wie sie ein Monopol auf jedem Untemehmensfeld errichtete. Als Besitzerin der für den Öltransport benötigten Eisenbahnen warf die Geldmacht die ROCKEFELLER-Wettbewerber aus dem Geschäft, indem sie deren zu zahlende Preise anhob.»[1480]

Die innige Zusammenarbeit sämtlicher ROTHSCHILD-Agenten auf amerikanischem Boden in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts bzw. in der Frühphase des PROTOKOLLARISCHEN Zeitalters ist sowohl jüdischerseits als auch amtlich bestens belegt. Der schon mehrfach genannte talmudistische Historiker STEPHEN BIRMINGHAM ist gewiß eine unverdächtige Quelle. «AUGUST BELMONT war mit J.P. MORGAN verbunden, der sich laut dem Autor STEPHEN BIRMINGHAM mit den ROTHSCHILDS ZU «einer Achse finanzieller Macht» zusammenschloß, mit der zu konkurrieren sogar dem großen Bankhaus *Seligman* schwerfiel. Am Ende schlossen sich die SELIGMANS jedoch den ROTHSCHILDS an, was BIRMINGHAM als „den machtvollsten Zusammenschluß in der Geschichte des Bankenwesens" bezeichnet: „die SELIGMAN-BELMONT-MORGAN-ROTHSCHILD-Allianz war so erfolgreich, daß [binnen eines Jahrzehnts] an der *Wall Street* Klagen laut wurden, ‚Londoner [und] in Deutschland ansässige Bankiers'[1481] hätten ein Monopol auf den Verkauf von Schuldverschreibungen der Vereinigten Staaten in Europa - was praktisch auch der Fall war."»[1482]

Es ist auch BIRMINGHAM selbst, der darüber berichtet, wie 1912, also bereits auf der Schwelle zum 1. Weltkrieg, amtlich festgestellt wurde, daß die jüdische Familie SCHIFF mit dem von ihr übernommenen Bankhaus *Kuhn, Loeb & Co.* ebenfalls dem ROTHSCHILD-Kartell angehörte. PIPER zufolge

«bestand 1912 ein Senatsausschuß, bekannt als der - nach seinem Vorsitzenden benannte - *Pujo-Ausschuß,* der die damaligen Geld-Konzerne untersuchte. Der Ausschuß brachte ans Licht, daß *Kuhn, Loeb* trotz seines Bündnisses mit J.P. MORGAN vor allem mit der RoCKEFELLER-kontrollierten *National City Bank* verbündet gewesen war. JACOB SCHIFF war lange Zeit ein Direktor dieses ROCKEFELLER-Instituts gewesen - und hing folglich mit beiden großen Finanzblocks zusammen, die auf amerikanischem Boden operierten und somit nicht so „unabhängig" waren, wie die Öffentlichkeit ansonsten womöglich geglaubt hätte. Tatsächlich steckten ‚jüdische" Interessen in beiden Machtgruppen.

1479 ***PIPER*** a.a.O., S. 166; Hervorh. original. Die dortige, falsche Schreibweise «Laurenee» wurde korrigiert gemäß *ROCKEFELLER* a.a.O., S. 56: «LAURANCE - die unübliche Schreibweise liegt daran, daß er nach unserer Großmutter benannt worden ist - . . . »

1480 *MAKOW* a.a.O., S. 42.

1481 «‚London [and] Germany-based bankers'», wobei das eingeklammerte «and» von *PIPER* stammt, der den Text jedoch mißzuverstehen scheint, denn offenbar spielt *BIRMINGHAM* hier lediglich auf die deutsche Herkunft (Ausgangs«basis») der Londoner ROTHSCHILDS an.

1482 *PIPER* a.a.O., S. 163f. Die allererste *A*«.sVanifaverschuldung der USA wurde also doch schon ***erheblich früher*** bewerkstelligt als weiter oben vereinfachend dargestellt!

«Gemäß STEPHEN BIRMINGHAM fand der *Pujo-Ausschuß* heraus, daß JACOB SCHIFF *beide* großen Finanzmächte steuerte: „Die MORGAN-BAKER-F/m *National Bank*-Gruppe und die RocKEFELLER-STLLLMAN-ZVAI/OWA/ *City Bank*-Gruppe bildeten den inneren Kreis. Die Mächte waren Stahl und Öl, jede mit ihrer massiven Bank. Entgegen dem was jedermann angenommen hatte, trat keine ‚Rivalität' zwischen diesen [Parteien] zutage. *Kuhn, Loeb,* befand der Ausschuß etwas vage, sei ‚nur mit der inneren Gruppe in qualifizierter Weise verbündet'. Während sich manche Leute fragten, was [das] heißen sollte, nahmen andere, insbesondere einige Angehörige der Presse, es so auf, daß JACOB SCHIFF einen inneren Zugang zu beiden führenden Mächten der *Wall Street* besitze, ja sogar zugebe, ihn zu besitzen."»[1483] Eine Deutung, die BIRMINGHAM offenbar nicht dementieren mag, weil jede andere keinen Sinn ergäbe.

Steht also fest, daß die ROTHSCHILDS schon in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts die US-Bankenwelt samt der bei den Banken **im aktuellen Schuldgeldsystem** notwendigerweise **immer** verschuldeten Großindustrie insgeheim beherrschten, so ist zugleich klar, daß **sie** (zum allermindesten . . .) die geistigen Urheber und Anstifter zweier für unser Thema hochinteressanter Rundschreiben waren, die damals sämtliche US-Bankiers «auf Linie» bringen sollten und auch wirklich brachten.

«... 1877 kam namens der *Associated Bankers ofNew York, Philadelphia, and Boston* ein Rundbrief heraus. Er war unterschrieben von einem gewissen JAMES BUEL, Sekretär, und wurde vom *Broadway* Nr. 247 in New York aus verschickt. Er wurde den Bankiers in allen Bundesstaaten zugesandt. Er lautete:

«„Sehr geehrter Herr - Es ist ratsam, daß sie alles in Ihrer Macht Stehende unternehmen, um jene prominenten Tages- und Wochenzeitungen zu unterstützen, vor allem die landwirtschaftliche und religiöse Presse, welche die Ausgabe von *Greenback*-Papiergeld bekämpfen; und daß Sie zugleich ihre [Anzeigen-jKundschaft allen Bewerbern versagen, die nicht willens sind, der Geldherausgabe durch die Regierung entgegenzutreten. Die Regierung mag die Münzen, und die Banken mögen das Papiergeld des Landes herausgeben, denn dann können wir einander besser schützen. Das Gesetz zur [Erlaubnis zur] Schöpfung von Banknoten abzuschaffen oder den Umlauf von durch die Regierung geschöpftem Geld wiedereinzuführen, wird bedeuten, die Leute mit Geld zu versorgen [!!!], und darum ernste Auswirkungen auf unsere persönlichen Gewinne als Bankiers und Kreditgeber haben. Suchen Sie sofort Ihren Kongreßabgeordneten auf und verpflichten Sie ihn darauf, unsere Interessen zu unterstützen, damit wir die Gesetzgebung zu kontrollieren vermöchten."»[1484]

Wir verdanken die Veröffentlichung dieses famosen Rundschreibens dem US-Kongreßabgeordneten CHARLES LINDBERGH sen.; die Echtheit des Textes wagte seinerzeit (1913) niemand zu leugnen. Was aber geht aus dem Text kristallklar hervor? Die «Leute» durften nach dem Willen der ROTHSCHILDS & Co. keinesfalls mit **«Geld» versorgt,**

[1483] Ebd. S. 165f; Hervorh. original.

[1484] *LINDBERGH* a.a.O., S. 57; hier wegen seiner Wichtigkeit der Originaltext des unmöglich völlig wörtlich ins Deutsche übersetzbaren Rundschreibens: «Dear Sir: - It is advisable to do all in your power to sustain such prominent daily and weekly newspapers, especially the agricultural and religious press, as will oppose the greenback issue of paper money; and that you also withhold patronage from all applicants who are not willing to oppose the government issue of money. Let the Government issue the coin and the banks issue the paper money of the country, for then we can better protect each other. To repeal the act creating bank notes, or to restore to circulation the government issue of money, will be to provide the people with money and will therefore seriously affect our individual profits as bankers and lenders. See your Congressman at once and engage him to support our interests, that we may control legislation.»

sondern mußten mit **«Kredit» abgespeist** werden! Nicht nur die «Leute», sondern auch der Staat, denn beides hing und hängt bis heute völlig untrennbar zusammen: sobald der Staat selber echtes, also zinsfreies Geld ausgäbe, wären nicht bloß die «Leute», sondern auch er selber alle Schulden los!

Den folgenden, damals erst zwanzig Jahre alten Text eines anderen Rundschreibens hat ebenfalls LLNDBERGH dokumentiert und wie folgt eingeleitet:

«Dieses [Schriftstück] trägt ein etwas späteres Datum, an das ich mich selbst noch erinnere. Ich las den „Panik-Rundbrief von 1893" zur Zeit, als er herauskam. Es war der Rundbrief, der mir den Anstoß dazu gab, die Probleme des Finanzwesens zu studieren. Das Rundschreiben wurde direkt von *The American Bankers 'Association* herausgebracht, einer Organisation, in welcher die meisten Bankiers Mitglied sind. Es trägt das Datum vom 11. März 1893 und wurde an die vertrauenswürdigen Nationalbanken in allen Bundesstaaten verschickt. Es lautete:

> «„Sehr geehrter Herr - Das Interesse der Nationalbanken verlangt eine sofortige Finanzgesetzgebung durch den Kongreß. Silber, Silberzertifikate und Schatzamtnoten müssen eingezogen, und Nationalbanknoten auf einer Goldbasis zum alleinigen Geld gemacht werden. Das wird die Genehmigung von fünfhundert bis tausend Millionen neuer [Staats-]Schuldverschreibungen als Grundlage des Geldumlaufs erfordern. Sie werden sofort ein Drittel Ihres [Banknoten-]Umlaufs aus dem Verkehr ziehen und die Hälfte ihrer Kredite aufkündigen. Achten Sie darauf, einen finanziellen Engpaß bei Ihren Kunden, insbesondere bei einflußreichen Geschäftsleuten, herbeizuführen. Befürworten Sie eine außerordentliche Sitzung des Kongresses, um die Kauf-Klausel des SHERMAN-Gesetzes abzuschaffen, und handeln Sie gemeinsam mit anderen Banken Ihrer Stadt, um mittels des hier beiliegenden Vordrucks eine große Bittschrift an den Kongreß zwecks ihrer bedingungslosen Abschaffung sicherzustellen. Machen Sie Ihren persönlichen Einfluß auf Ihren Kongreßabgeordneten geltend, und lassen Sie vor allem Ihre Senatoren Ihre Wünsche wissen. Die Zukunft der Nationalbanken, wie auch feste und sichere Investitionen, hängt von Ihrem unmittelbaren Tätigwerden ab, da die Stimmung zugunsten von der Regierung herausgegebener Noten als gesetzliche Zahlungsmittel und von der Regierung geprägter Silbermünzen zunimmt."»[1485]

Es braucht uns nicht im einzelnen zu interessieren, wie die Gesetzesklausel lautete, die da unbedingt abgeschafft werden sollte; offenbar sah sie die Option vor, daß der US-Bundesstaat seine «Schulden» bei den ROTHSCHLLD-dominierten Nationalbanken mittels

[1485] Ebd. S. 58; auch diesmal sei zum Vergleich der originale Wortlaut mitgeteilt (die [] eingeklammerten Buchstaben sind in der mir vorliegenden Buchausgabe, die nicht faksimiliert, sondern-komplett neu gesetzt wurde, kleingeschrieben, obwohl sie im Original - und in *LINDBERGHS* ursprünglicher Buchausgabe - höchstwahrscheinlich großgeschrieben wurden): «Dear [S]ir: - The interest of national banks requires immediate financial legislation by Congress. [S]ilver, silver certificates and treasury notes must be retired and national bank notes upon a gold basis made the only money. This will require the authorization of five hundred millions to thousand millions of new bonds as the basis of circulation. You will at once retire one-third of your circulation and call in one-half of your loans. Be careful to make a monetary stringency among your patrons, especially among influential business men. Advocate an extra session of [C]ongress to repeal the purchasing clause of the Sherman law and act with other banks of your city in securing a large petition to Congress for its unconditional repeal, per accompanying form. Use personal influence with your Congressman, and particularly let your wishes be known to your senators. The future life of national banks, as fixed and safe investments, depends upon immediate action, as there is an increasing sentiment in favor of government legal tender notes and silver coinage.»

eigenen Papier- und Silbergeldes «aufkaufte» - und damit nicht bloß den Banken ihre «festen und sicheren Investititionen» in «Staatspapiere» raubte, sondern auch den kurz vor ihrer Endredaktion stehenden PROTOKOLLEN gewaltig in die Suppe spuckte . . . Die von den ROTHSCHILDS in Auftrag gegebene «Panik» von 1893 sorgte natürlich - wie von ihren tückischen Urhebern vorhergesehen - für den benötigten Stimmungsumschwung und die heißersehnte Abschaffung der «gefährlichen» Klausel, zumal die gekaufte Presse den Leuten lügnerisch versicherte, mit staatlich herausgegebenem Geld werde alles noch viel schlimmer kommen, kurzum, das **Schuldgeldsystem** und die von den ROTHSCHILDS bzw. ihren Fronten besorgte **Staatsverschuldung** als dessen **finanztechnische Grundlage** blieb den genasführten Amerikanern erhalten - bis zu dieser Stunde!

Wir rücken nochmals, und jetzt endgültig, vor ins Zeitalter der PROTOKOLLE. Der Finanz- und Industriemagnat JOHN PLERPONT MORGAN SEN. sollte die seit 1907 eifrig vorangetriebene Gründung der *FED* 1913/1914 nicht mehr erleben. Dafür erlebte die amerikanische Öffentlichkeit, der seine wahre Rolle als bloßer ROTHSCHILD-Satrap" verborgen geblieben war, eine Überraschung, als er am 31. März 1913 starb und bald darauf das Testament eröffnet wurde. Der vermeintlich «reichste Mann Amerikas» hatte in Wirklichkeit bloß 19 Prozent der Holding *J.P. Morgan companies* sein eigen genannt! «Die restlichen 81 %?», fragt HLTCHCOCK, und gibt selbst die Antwort: «Im Besitz der ROTHSCHILDS.»[1486]

3) Die Rothschilds zwischen den beiden Weltkriegen

Als nach wie vor hauptsächliche Inhaber der stetig wachsenden Schulden der Staaten rund um den Globus gerieten die ROTHSCHILDS nach der Wende zum 20. Jahrhundert, und mehr noch nach dem «Ausbruch» des 1. Weltkriegs, seltsamerweise fast gänzlich aus dem Blickfeld der kritischen Öffentlichkeit. Das war jedoch nicht etwa Ausdruck eines Bröckeins ihrer unvorstellbaren Macht, sondern genau das Gegenteil dessen! Sie vermochten nämlich jetzt *sämtliche* in irgendeiner Weise Beteiligten - **alle** ihre Volks- bzw. Glaubensgenossen, die Politiker **aller** Parteien, die **gesamte** Presse, den **gesamten** Bankensektor, die **gesamte** Wirtschafts- und Finanzwissenschaft - zu kompromittierendem Stillschweigen zu *zwingen.* Wer noch den Mund aufmachte oder zur Feder griff, nannte einfach keine Namen mehr, am wenigsten den Namen «Rothschild» - aus lauter Furcht, sich dadurch die Laufbahn zu verderben oder gar das Leben zu verkürzen. Schon bei LLNDBERGH 1913 (und später), erst recht bei MCFADDEN in den frühen 1930er Jahren, bei Father COUGHLIN das ganze Jahrzehnt hindurch, bei VOORHIS 1943, bei WRIGHT PATMAN in den 1950er Jahren - um nur einige der prominentesten US-amerikanischen Kritiker des aktuellen Schuldgeldsystems und der davon unabtrennbaren Staatsverschuldung zu nennen - waren sie die großen Abwesenden. Man begnügte sich bestenfalls mit einer harmlosen Erwähnung am Rande oder mit vermeintlich vielsagenden, aber vom ahnungslosen Publikum gar nicht mehr begriffenen Andeutungen.

Gleichzeitig taten die ROTHSCHILDS auch ihrerseits alles nur Erdenkliche, ihr immer gigantischeres, weltumspannendes Imperium von Großgeldhäusern, bei ihnen liegenden «Staatsschulden» und von ihnen «gehaltenen» Großunternehmen hinter einer Unzahl nichtssagender Firmennamen, raffinierter unternehmensrechtlicher Schachtelkonstruktionen und vorgeschobener Strohleute zu verstecken. Beide, auf unterschiedlichen Ebenen angesiedelten Effekte kommen mustergültig in einem Anfang 2005 in den USA veröffentlichten Werk zum Tragen, über das ELLEN HODGSON BROWN berichtet:

[1486] ***HITCHCOCK*** a.a.O., S. 91.

«In seinem Buch *The Death of Banking* (zu deutsch: *Der Tod des Bankwesens)* schreibt der Finanzexperte HANS SCHICHT, daß er im Laufe seiner Karriere als Insider hautnah die Finanzjongleure beobachten konnte. Ihr Spiel habe sich derart zentralisiert und konzentriert, daß der größere Teil des US-amerikanischen Bankwesens und der US-Wirtschaft jetzt von einem kleinen Personenkreis von Insidern kontrolliert wird. SCHICHT nennt das Spiel „Spinnweben" und nennt einige seiner Regeln: - Jegliche Konzentration von Reichtum bleibt unsichtbar. - Ausübung der Kontrolle durch „fremdfinanzierte" Fusionen, Übernahmen und Ketten-Holdings, bei denen ein Unternehmen die Aktien anderer Firmen besitzt, sowie durch Kreditbedingungen etc. - Straffe persönliche Führung und Kontrolle mit einem Minimum an Insidern und Strohmännern, die selber nur einen Teil des Spiels kennen.»[1487]

Weiter kommt derselbe SCHICHT bei HODGSON BROWN mit den folgenden Sätzen *direkt* zu Wort: «„Durch ein anonymes finanzielles Spinnengewebe besitzen und kontrollieren einige wenige globale King Banker alles ... Jeder, die Bevölkerung, die Unternehmen, der Staat und das Ausland sind zu Sklaven geworden, gefesselt mit den Kreditstrikken der Bankiers."»[1488] Der gute Mann nennt also alles mögliche: «Finanzjongleure», einen «kleinen Personenkreis», die raffinierte Firmenverschachtelung, die Strohleute, «die Bankiers», ja, er rafft sich sogar ‚todesmutig' zu «einigen wenigen weltweit agierenden Bankierskönigen» (wie man hätte übersetzen sollen) auf; nur den einen Namen «Rothschild», auf den doch alles ankäme, den nennt er *nichtl* Denn das wäre ja nicht bloß «antisemitisch», sondern möglicherweise für seinen Verleger auch schon Grund genug gewesen, das ganze Manuskript empört abzulehnen.

Die ROTHSCHILDS und ihre entscheidende Rolle als die großen Staatsverschulder des Globus sind also aufgrund des großen Schweigens im 20. und 21. Jahrhundert nicht mehr so leicht nachweisbar wie zuvor. Dennoch vermochten sie ihre Spuren nie gänzlich zu verwischen. ARGENS etwa zitiert den US-Historiker CHARLES TANSILL mit dem folgenden, offenbar quellenbelegten Detail vom Vorabend des 1. Weltkriegs: «Schon ehe es zu den Feindseligkeiten kam, kabelte am 3. August 1914 das französische Bankhaus ROTHSCHILD an die amerikanische Großbank *Morgan & Co.* in New York, daß eine Anleihe von 100 Millionen Dollar aufgelegt werden solle. Ein beträchtlicher Anteil davon war dazu bestimmt, in Amerika zu bleiben, um die französischen Käufe amerikanischer Waren zu tilgen.»[1489] Die verdeckte US-ROTHSCHILD-Bank *Morgan & Co.* verschuldete also das kriegsbereite Frankreich im direkten Auftrag der in Europa sitzenden ROTHSCHILDS persönlich in den fernen USA um die ersten 100 Dollarmillionen, denen später ganz PROTOKOLLgemäß noch viele weitere folgen sollten.

Am Ausgang des 1. Weltkriegs wurde ihre - durch die ebenfalls in den USA aufgelegten hohen Kriegsanleihen für England noch gesteigerte - Macht indirekt darin sichtbar, daß das schuldenbewußte Londoner Parlament ihnen als den größten Anteilseignern der *Bank von England* geradezu unerhörte Privilegien einräumte. Father FAHEY berichtet, «daß die *Bank von England* durch das Einkommenssteuergesetz von 1918, Sektion 68 dazu ermächtigt wurde, sich selber zu veranlagen und zu besteuern, ohne daß irgendjemand das kontrollierte. Die *Bank von Irland* erhielt durch dasselbe (britische) Gesetz von 1918 dasselbe Privileg.»[1490] Letzteres erklärt sich daraus, daß Irland damals ein bloßes Anhängsel Großbritanniens und seine Zentralbank folglich ein bloßes Anhängsel der britischen Notenbank war.

[1487] *HODGSONBROWN* a.a.O., S. 19.
[1488] Ebd.
[1489] *ARGENS* a.a.O., S.310.
[1490] *FAHEY* a.a.O., S. 14.

Das hochverschuldete England wurde von seinen heimlichen Zwingherren auch vorgeschickt, mittels seiner eigenen ROTHSCHILD-Kredite das kommunistische Sowjetrußland zu finanzieren! «1922 etablierten die Sowjets ihre erste internationale Bank. Sie war kein Staatsbesitz und kein Staatsbetrieb, wie eigentlich von der kommunistischen Theorie gefordert, sondern wurde von einem Syndikat privater Bankiers errichtet. Dazu gehörten nicht bloß ehemalige zaristische Bankiers, sondern auch Vertreter deutscher, schwedischer[1491] und amerikanischer Banken. Der größte Teil des ausländischen Kapitals kam aus England, auch von der britischen Regierung selber. Der Mann, den man zum Direktor der Auslandsabteilung der neuen Bank ernannte, war MAX MAY, Vizepräsident von MORGANS *Guaranty Trust Company* in New York»[1492], also mit anderen Worten ein lupenreiner ROTHSCHILD-Frontmann.

Was sie den fast allesamt jüdischen Revolutionären 1917/18 durch ihren anderen großen Frontmann JACOB SCHIFF vorgeschossen hatten, nämlich die berühmten 20 Millionen $, das ließen sich die ROTHSCHILDS bereits 1920 von den nunmehr unangefochten über Rußland herrschenden Bolschewiken vollständig in bar bzw. in Gold zurückzahlen. «Die Ankunft dieser Schiffsladungen wurde von JACOB SCHIFFS *Kuhn, Loeb & Company* koordiniert und [die Ladungen] bei MORGANS *Guaranty Trust* deponiert.»[1493]

Nach MAKOWs Ansicht «kontrollierten» damals «die ROTHSCHILDS England (und Amerika)», und das «war praktisch allgemein bekannt (siehe HILAIRE BELLOC, „Die Juden", 1922)»[1494]. Die komplette Lektüre des genannten Buches des berühmten britischen Schriftstellers, der zum katholischen Glauben seiner Vorväter zurückgekehrt war, ergibt allerdings, daß die ROTHSCHILDS darin überhaupt nicht genannt wurden, dies freilich nur, weil BELLOC glaubte, den Juden den von ihm dringend angeratenen unspektakulären Rückzug aus der christlichen Gesellschaft zu erleichtern, wenn er konsequent auf die anprangernde Aufzählung von Namen verzichtete. Es ist in der Tat äußerst unwahrscheinlich, daß ihm die unanfechtbare Vormachtstellung der ROTHSCHILDS auf dem Gebiet der nicht bloß britischen Staatsschulden nicht lebhaft vor Augen gestanden hätte, erklärte er doch ohne Umschweife: «Es existiert bereits so etwas wie ein jüdisches Monopol in der Hochfinanz.» Und nochmals: «Sie könnten die großen jüdischen Bankiers, welche die internationale Finanz kontrollieren, um einen großen Speisetisch herum versammeln, und ich kenne Speisetische, die dann und wann nahezu alle von ihnen [versammelt] gesehen haben.» Endlich: Selbst wenn man ihnen alle neueren Monopole wegnähme, «so bliebe doch jenes teilweise Monopol (es ist keinesfalls ein vollständiges Monopol), das ein paar Juden nicht erst heute, sondern immer wieder im Laufe der Geschichte über die höchste Finanz, das heißt, über den Kredit der Staaten ausgeübt haben, und daher heute - wie nie zuvor - auch über das ganze Feld der weltweiten Industrie.»[1495]

[1491] Gemeint ist hiermit wohl der Stockholmer talmudistische Finanzier OLAF ASCHBERG, der 1922 sogar Präsident dieser neuen *Ruskombank* wurde und erst 1936 nach Frankreich ging, um von dort aus in STALINS Auftrag die spanische Volksfront mit Geld zu versorgen. Vgl. dazu *ANNE KLING,* Révolutionnaires juifs. Les principaux acteurs des révolutions bolcheviques en Europe (fin XIX° - 1950) [Jüdische Revolutionäre. Die hauptsächlichen Akteure der bolschewistischen Revolutionen in Europa (Ende 19. Jh. bis 1950)], o.O. (Éditions Mithra) 2008, S. 24f.

[1492] *GRIFFIN* a.a.O., S. 292 unter genauer Angabe entsprechender Unterlagen des US-Außenministeriums vom 28. August 1922.

[1493] Ebd., erneut unter exakter Angabe diverser Dokumente des US-Außenministeriums, diesmal jedoch vom Oktober 1920.

[1494] *MAKOW* a.a.O., S. 208.

[1495] *BELLOC* a.a.O., S. 91, 92, 94.

Im April 1919 veranschlagte man das ROTHSCHILD-Vermögen auf 40 Milliarden Reichsmark, eine Zahl, die man einer anderen gegenüberstellen muß: nur 12 Milliarden RM betrug zum selben Zeitpunkt das gesamte Industrievermögen des Deutschen Reiches, der größten europäischen Volkswirtschaft. In Wirklichkeit dürfte die Schätzung aber um mindestens 50 Prozent zu niedrig gelegen haben, weil GOTTFRIED FEDER, der sie damals kolportierte[1496] und von der massiven US-Präsenz der ROTHSCHILDS offenbar keine Ahnung hatte, gleichzeitig angab, parallel dazu würden die «Milliardäre der amerikanischen Hochfinanz, die Herren CAHN, LOB, SCHIFF, SPEYER, MORGAN, VANDERBILT, ASTOR . . . zusammen auf mindestens 60-70 Milliarden geschätzt»[1497]. Davon gehörte aber, wie schon gesagt, wenigstens der größte Teil des MORGAN-Imperiums wie auch des von SCHIFF dirigierten Banken- und Industriekonzerns ebenfalls den ROTHSCHILDS!

Wenn vom ROTHSCHILD-*Vermögen* die Rede ist, darf man allerdings nie vergessen, daß dieses Vermögen in gar keinem exakt definierten oder definierbaren Verhältnis zu ihrer «Kapazität» als *(Schu\d-)Geldverleiher* steht, verlangt doch das **aktuelle Schuldgeldsystem** bloß die Vorhaltung einer **Bruchteil**-Reserve! Die Reichweite der ROTHSCHILDS als Kreditgeber vornehmlich der Staaten lag daher schon damals beim Mehrfachen und beträgt heute ein zweistelliges Vielfaches ihres gigantischen «Eigenkapitals», noch abgesehen davon, daß sie vielerorts längst durchzusetzen vermögen, daß gewisse Regeln des Bankengeschäfts, an die andere Kreditinstitute noch gebunden sein mögen, für sie selbst nicht mehr unbedingt gelten[1498] . . .

Wie bereits in Band 1/2 mitgeteilt, gründete der mit SCHIFF verschwägerte jüdische Bankier PAUL WARBURG 1920 in New York die *International Acceptance Bank (IAB),* die rasch zum größten Institut dieser Art weltweit wurde. Der erstaunliche Geschäftserfolg kam indes nicht von ungefähr: «Das Gesamtkapital der amerikanischen Anteilseigner der *IAB* betrug 276 Millionen $, denen 271 Millionen $ von ausländischen Investoren gegenüberstanden. Ein beträchtlicher Teil davon entfiel auf die WARBURGS in Deutschland und die ROTHSCHILDS in England.»[1499] Unbedingt anzunehmenderweise entstammte auch eine gute Portion des scheinbar «amerikanischen» Kapitals ihrem Anlagevermögen. Man kann getrost sagen: überall, wo im 20. Jahrhundert irgendwo ein Geldhaus wirklich **groß** wurde, waren die ROTHSCHILDS zumindest **mit** dabei und machten hinter den Kulissen ihren alles überragenden Einfluß geltend.

Im Jahre 1935 notierte GERTRUDE COOGAN: «Die Goldmakler, so wird berichtet, kommen täglich in London im Büro der ROTHSCHILDS zusammen. Die ROTHSCHILDS sind [nämlich] sehr passenderweise die Agenten der Königlichen Münzanstalt.»[1500] Da England damals (seit 1931) den Goldstandard wieder hatte aufgeben müssen, während die USA daran festhielten, ließen sich durch die manipulative Anhebung des Goldpreises in London auf (bis 1935) 28 $ je Unze prächtige Spekulationsgewinne im internationalen Handel erzielen, denn in New York betrug der Goldpreis unveränderlich bloß 20,67 $![1501] COOGAN stand im selben Jahre 1935 nicht an, zu versichern, «das große

1496 Ygi *FEDER* a.a.O., S. 18 bzw. 98f; beide Texte stammen vom Februar bzw. April 1919.

1497 Ebd. S. 21.

1498 Oben wurde schon die von niemandem ernstlich beanstandete «negative Eigenkapitalquote» einer Finanzholding der *Deutschen Bank* in den USA erwähnt, die jedem anderen als ‚betrügerischer Bankrott' angerechnet würde, nur nicht diesem ROTHSCHlLD-kontrollierten Institut!

1499 *GRIFFIN* a.a.O., S. 482.

1500 *COOGAN a.a.O.,* S. 84.

1501 Lt. ebd. S. 85, wo die Autorin auch skizziert, wie und was die ROTHSCHILDS und andere Spekulanten dadurch gewinnen konnten: «Wenn ein [amerikanischer] Exporteur ein Guthaben

internationale Bankhaus ROTHSCHILD» *beherrsche* «durch seine Verbindung mit den europäischen Zentralbanken . . . immer noch die Finanzpolitik praktisch aller Länder der Weit»! 502

Ehe die maoistische Revolution - ganz und gar ein PROTOKOLLARISCHES Manöver - zeitweilig andere Prioritäten setzte, hatten die ROTHSCHILDS, vertreten durch die ihnen verwandtschaftlich eng verbundene jüdische Bankiersdynastie der SASSOONS (S. dazu Band 1/2), das Reich der Mitte auch schon einmal mit einer regelrechten Zentralbank und dem zugehörigen Schuldgeldsystem beglückt, nicht ohne dadurch zugleich die chinesische Politik zu kontrollieren! «T.V. SOONG, Chef der Sassoonschen *Bank von China,* hatte zahlreiche wichtige Posten in der Kuomintang-Regierung inne, darunter den des Gouverneurs der *Zentralbank von China* und des Finanzministers (1928-31, 1932-33), des Außenministers (1942-45), des Präsidenten der Exekutive [von{?}] Yüan (1945-1947) und des Premierministers (1949). Nachdem es ihm nicht gelungen war, die kommunistische mit der nationalistischen Partei zu versöhnen, ging er in die USA.»[1503] Doch damit sind wir bereits in der Nachkriegsära angelangt.

4) Die Rothschilds 1945 bis heute

Nach dem 2. Weltkrieg vermochten sie umso vollständiger jeder öffentlichen Aufmerksamkeit zu entgehen, als die maßgeblich von ihnen und ihresgleichen kontrollierten elektronischen Medien Rundfunk und Fernsehen in ganz neue Dimensionen immerwährender seichter Unterhaltung und schlauer Ablenkung der Massen vom eigentlich relevanten Weltgeschehen vorstießen. Die Nachrichten werden daher zunächst recht dünn, obwohl eine systematische Durchforstung der Presse-Archive bzw. der Jahrgänge kleiner, unabhängiger Zeitschriften fraglos noch vieles zutagebrächte, denn die ROTHSCHILDS haben ihr erdumspannendes Imperium nach 1945 mit Bienenfleiß immerfort ausgeweitet. In jüngerer Zeit ist sogar weltweit das Interesse an der Aufklärung ihrer maßgeblichen Rolle beim Aufbau der satanischen «Neuen Weltordnung» wieder spürbar gewachsen und hat dazu geführt, daß mehr über sie und ihre Wirksamkeit bekannt geworden ist, als ihnen lieb sein dürfte.

Was bereits in Band 1/2 an Einzelheiten gebracht wurde, soll hier nicht mehr wiederholt werden, soweit nicht unumgänglich. Wir begnügen uns in diesem Abschnitt mit einer Reihe von Schlaglichtern auf ihre völlig ungebrochene Präsenz.

in London besaß, das ihm Anrecht auf eine Unze Gold gab, solange sie in London lag, war sein Gold-Anspruch in eine Kaufkraft von 28 $ umtauschtbar. Versuchte er aber, sein Geld nach New York zu bringen, so konnte sein Guthaben in London lediglich in 20,67 $ Kaufkraft in New York umgetauscht werden. Man sieht leicht den großen Nachteil, den die Exporteure aus den Vereinigten Staaten - und das heißt, alle Erzeuger von Rohwaren - unter diesen Bedingungen zu erleiden hatten.» Wer demgegenüber - wie vor allem die ROTHSCHILDS bzw. ihre Fronten -jedoch in den USA Gold besaß, konnte es in London gegen einen erheblich höheren Pfund-Betrag eintauschen als dem US-Goldstandard des Dollars entsprach und mit dem so wunderbar vermehrten Geld, das nur noch in US-Dollars umgewechselt zu werden brauchte, in den USA auf «Einkaufstour» gehen . . . Die Einkäufe waren umso «preiswerter», als durch den Goldabzug aus den Vereinigten Staaten dort die *per Gesetz goldgebundene* Geldmenge abnahm, woraufhin die Preise deflationär fielen! Tatsächlich flössen vom Herbst 1931 bis Mitte April 1933 große Mengen Goldes nach Großbritannien, d.h. zu den dortigen ROTHSCHILD- und sonstigen Banken ab, was in den USA die umlaufende Geldmenge dramatisch verringerte und die Große Depression entsprechend verschärfte (vgl. ebd. S. 86), während sich die ROTHSCHILDS mittels ihrer Strohmänner munter in Unternehmen aller Art einkaufen konnten.

[1502] Ebd. S. 329.

[1503] *K.R. BOLTON* in: «Foreign Policy Journal» (http://www.foreignpolicyjournal.com), 18.8. 2010.

1946 kam die *Bank von England* vordergründig in staatliche Obhut, ohne daß ihre Direktoren aufgehört hätten, «aus der Welt der Banken, Versicherungen, Wirtschaftswissenschaftler und Großunternehmen rekrutiert» zu werden, wie uns weiter oben schon RICHARD GREAVES versichert hat. Dasselbe sagt ANDREW HITCHCOCK, der selber im Londoner Finanzsektor arbeitet. «Die Mitglieder des Direktorengremiums, die ihre Politik bestimmen und ihre Funktionen überwachen, entstammen fast sämtlich der Welt der Banken, Versicherungen, Wirtschaftswissenschaftler und Großunternehmen, und natürlich sitzt nach wie vor ein ROTHSCHILD in ihrem Vorstand.»[1504]

1973 gründete die Londoner Zentrale *N.M. Rothschild & Sons* «einen neuen Vermögensverwaltungszweig des Unternehmens, der weltweit Handelsgeschäfte betrieb. Daraus wurde schließlich *Rothschild Private Management Limited.»*[1505]

Im Juli 1996 titelte eine Brüsseler Wirtschaftszeitung: «ROTHSCHILDS lassen Belgien nicht los - Jüdische Bankiersfamilie steht für Stil und Tradition». Der Artikel verschwieg allerdings sehr bezeichnenderweise, daß die ROTHSCHILDS incógnito mittels des Finanzriesen *Groupe Bruxelles Lambert* einen großen Teil der Wirtschaft des Landes kontrollieren! Er begnügte sich mit der Feststellung: «Der Einfluß der Familie in Belgien ist immer noch sehr groß, wie die Beteiligung des Bankhauses an verschiedenen belgischen Privatisierungs-Dossiers veranschaulicht.» Konkret angesprochen wurden sodann folgende direkt unter dem Namen «Rothschild» getätigten Beratungsgeschäfte: «*N.M. Rothschild* trat als Berater bei der Teilprivatisierung der *ASLK-Bank* und der *Staatlichen Investitionsgesellschaft (.Nationale Investeringsmaatschappeij)* auf und wurde angeheuert, um den Börsengang eines Teils der *Distrigas-Aktien* in gute Bahnen zu lenken.»[1506]

Am interessantesten war freilich eine andere Mitteilung: *N.M. Rothschild* hatte im Juli des Vorjahres 1995 die Übernahme des «größten Marktmachers an der Londoner Börse» *Smith New Court,* der «auch international eine starke Position aufgebaut hatte», durch *«Merrill Lynch,* die größte Investmentbank der Vereinigten Staaten» arrangiert. Zu diesem Zeitpunkt war aber *N.M. Rothschild* «der wichtigste Anteilseigner des Börsenhandelshauses mit einem Anteil von 25,9 Prozent»[1507] gewesen. Das bedeutet nun nichts anderes, als daß die «Übernahme» in Wirklichkeit genau anders herum erfolgt war, als die Öffentlichkeit sie wahrgenommen hatte: die ROTHSCHILDS hatten sich bei *Merrill Lynch* eingekauft. Ein Schachzug, den sie übrigens im Jahre 2008 komplettierten, als ihre US-Front *Bank of America* den akut vom Zusammenbruch bedrohten Riesen *Merrill Lynch* nun seinerseits für den Umständen entsprechend wenig Geld «übernahm»[1508]!

Von der notorischen ROTHSCHILD-Kontrolle des «britischen» Ölkonzems *British Petroleum (BP)* war schon in Band 1/2 die Rede. ENGDAHL tut zwar so, als wüßte er das nicht, spricht jedoch von *BP* als «dem stärksten Unternehmen an der *Londoner Stock Exchange»* und unterstreicht: *«BP* vergibt durch Handel und Finanzgeschäfte weit mehr

[1504] *HITCHCOCK* a.a.O., S. 150f.

[1505] Ebd. S. 186.

1506 «(£)e Finacieel-Economische Tijd» (Brüssel), 12.7.1996, Rothschilds laten Belgie niet los - Joodse bankiersfamilie Staat voor stijl en traditie.

[1507] Ebd.

1508 Meldung in: «Die Tagespost», 20.09.2008. - Interessanterweise haben gewisse verdeckte **ROTHSCHILD**-Institute selbst in den schwersten Krisen als einzige immer noch genügend Geld, um ihre - meist selber jüdischen - Konkurrenten aufzukaufen. Dieselbe *Bank of America* hatte erst im Januar 2008 «mit vier Milliarden Dollar den größten US-Immobilienfinanzierer *Countrywide* aufgefangen], nachdem dieser aufgrund von geplatzten Risikodarlehen zusammengebrochen war» («Share international» Nr. 9, November 2008, S. 24).

Kredit als die meisten Banken der Welt.»[1509] Da ist doch hochinteressant die Tatsache, daß diese riesige ROTHSCHILD«bank» im Jahre 1999 bereits damit begonnen hatte, «ihre Bilanzen in Euro zu erstellen»[1510], obwohl Großbritannien, der Sitz dieses vorgeblich «britischen» Konzems, die neue Einheitswährung hartnäckig ablehnte. Sie fördern halt die protokollarische «One World» wo und wie sie nur können, die Herren des Weltgeldes!

2002 berichtete GREG PALAST im US-Rundfunk über die Verwicklung der Londoner ROTHSCHILDS in den Skandal um den kurz zuvor betrügerisch bankrottgegangenen US-Energiekonzern *Enron*: Lord WAKEHAM, der damalige geschäftsführende Vorsitzende der Londoner Zentrale *N.M. Rothschild & Sons,* saß «in um die 50 Aufsichtsräten», und es gab «keinen Interessenkonflikt, an dem er nicht beteiligt war». Einer davon bestand darin, daß «er vorgeblich der Chef des Kontrollausschusses war, der überwachte, wie *Enron* seine Bücher führte. Doch tatsächlich zahlte *Enron* ihm Extra-Beratungshonorare. Er war in MARGARET THATCHERS Regierung [gewesen], und er ist derjenige, der *Enron* ermächtigte, nach Britannien zu kommen und Kraftwerke hier in Britannien zu übernehmen. Sie besaßen auch ein Wasserversorgungssystem in Mittelengland. Das alles segnete dieser Bursche ab, und dann gaben sie ihm einen Posten im Vorstand. Doch nicht genug, daß er im Vorstand war: sie gaben ihm obendrein einen ganz dicken Beratungsvertrag. Und dabei war dieser Bursche angeblich mit dem [Vorsitz des] Kontrollausschussfes] betraut, um darüber zu wachen, wie sie ihre Konten führten.»[1511] Das bedeutete nicht bloß einen evidenten Interessenkonflikt, sondern verschaffte dem Haus ROTHSCHILD zugleich enormen, wenn nicht gar unwiderstehlichen Einfluß auf die Geschäfte des zigmilliardenschweren £>?ro«-Konzerns!

Ebenso «RoTHSCHiLD-kontrolliert» war und ist, wie auch HENRY MAKOW weiß[1512], der andere europäische Ölgigant *Shell.* Im Frühjahr 2010 haben «über 500 weltweit agierende Konzerne» im Vorfeld der Kopenhagener «Weltklimakonferenz» eine «Kopenhagener Verlautbarung» aufgesetzt und unterzeichnet, in der die unter physikalischer Rücksicht absolut schwachsinnige $C0_2$-Klimahysterie nach Kräften geschürt wurde. Weiter oben sahen wir, daß sogar schon eine Klima«börse» existiert, deren künftige Geschäfte von ihren Betreibern optimistisch auf «10 Billionen $» «geschätzt» werden. Zu den Unterzeichnern der «Kopenhagener Verlautbarung» gehörten nun: «JAMES SMITH, Vorsitzender von Großbritanniens *Shell Oil»* und «TONY HAYWARD, Vorstandsvorsitzender von *British Petroleum*»! Gleichfalls energisch unterstützt wurden die Forderungen der Verlautbarung durch den Chef des amerikanischen ROCKEFELLER-ROTHSCHILD-Ölriesen *Exxon Mobile,* REX TlLLERSON. Auf der Kopenhagener Konferenz selber engagierten sich PETER SUTHERLAND, der frühere Vorstandsvorsitzende von *BP,* wie auch «Lord GUTHRIE, Direktor von *N.M. Rothschild & Sons»,* im selben Sinne! Ein Sproß der finanziell allgewaltigen Familie, die sich üblicherweise diskret im Hintergrund hält und lieber Tausende von gutbezahlten Frontfiguren vorschickt, DAVID DE MAYER ROTHSCHILD, war sich nicht einmal zu fein dafür, im Jahre 2007 unter eigenem Namen ein Buch mit dem für sich selbst sprechenden Titel «77 entscheidende Qualifikationen den Klimawandel zu stoppen» auf den Markt zu bringen[1513].

1509 *FREDERICK WILLIAM ENGDAHL* in: «Der freie Mensch» Nr. 7-8 (Juli-August) 2010, S. 48.

1510 *MARSHALL* a.a.O., S. 382.

1511 Zit. n. *JONES* a.a.O., S. 182f.

1512 *MAKOW* a.a.O., S. 196: «Sir ROBERT WALEY-COHEN . . . war der Vorsitzende der ROTHSCHLLD-kontrollierten *Shell Oil* und der Anführer der *Britisch-Jüdischen Gemeinde.»*

1513 Alles lt. «PHI», 13.4.2010, S. 102ff.

Inzwischen ist die ROTHSCHILD-kontrollierte (vgl. Bd. 1/2, S. 455) Pariser Großbank *BNP Paribas* mit der ebenfalls ROTHSCHlLD-kontrollierten (vgl. Bd. *1/2,* S. 467) italienischen Großbank *BNL* zusammengegangen und nicht zuletzt dadurch zur «nach Einlagen größten und auch profitabelsten Großbank der Euro-Zone heran[ge]wachsen». Was bei den allermeisten heimlichen ROTHSCHILD-Banken diesseits wie jenseits des Atlantiks festzustellen ist, gilt auch für das solchermaßen vergrößerte Bankhaus *BNP Paribas,* in dessen Name die *BNL* gar nicht mehr auftaucht: «Besonders von der Finanzkrise hat das Pariser Institut als eines der wenigen profitiert.» Vor allem so: «Auf dem Höhepunkt der Krise gelang *BNP* die Übernahme der zuvor verstaatlichten belgisch-luxemburgischen *Fortis-BavAt,* dank der die Franzosen gleichermaßen ihr Eigenkapital und ihr Vertriebsnetz stärkten.»[1514]

In den USA bestand und besteht die lange Jahrzehnte hindurch nach außen hin von Mitgliedern der Familie ROCKEFELLER gelenkte[1515] *City Group, Inc.* aus «Satelliten der ROTHSCHlLD-kontrollierten Bankeneinrichtungen in der „City" von London. . , . Diese amerikanischen Bankengruppen mit der Vorsilbe „City" in ihren Namen waren immer Verlängerungen der ROTHSCHILD-Banken in London.»[1516] Gemäß Ross «veranschlagen sehr verläßliche Quellen das Gesamtvermögen der Familie ROCKEFELLER auf 11,48 Billionen $ im Jahre 1998»[1517]. Das wäre indessen nicht einmal dann möglich, wenn der allergrößte Teil davon treuhänderisch verwaltetes ROTHSCHILD-Kapital darstellte! Die von ROSS damit verknüpfte Spekulation, das Gesamtvermögen der ROTHSCHILDS habe hingegen im selben Jahr 1998 bei «über 100 Billionen $», ja sogar «möglicherweise bei 400 Billionen $ oder mehr» gelegen[1518], ist ebenso grotesk überzogen, beträgt doch so-

[1514] *LUTZ MEIER* in: «Financial Times Deutschland», mir vorliegender, aber versehentlich undatiert gebliebener Ausschnitt von irgendwann Ende Mai oder Anfang Juni 2011.

[1515] Dazu sagt *DAVID ROCKEFELLER* (a.a.O., S. 173 Anm. 7) selber: «Die *National City Bank* (jetzt *Citigroup)* war eher eine ROCKEFELLER-Bank als die *Chase.* WILLIAM ROCKEFELLER, Großvaters Bruder, besaß einen beträchtlichen Prozentsatz der Aktien der *National City* und war eng verbunden mit JAMES STILLMAN, dem Präsidenten der Bank von 1891 bis 1909. Zwei von WILLIAMS Söhnen heirateten zwei von JAMES STILLMANS Töchtern; ihr Clan wurde als „die STILLMAN ROCKEFELLERS" bekannt. Die Familie hielt über all die Jahre eine enge Verbindung zur *City Bank* aufrecht. In den 1960er Jahren war STILLMAN ROCKEFELLER, WILLIAMS Enkel, Vorstandsvorsitzender der *First National City Bank,* als ich Präsident der *Chase* wurde.»

[1516] *PIPER* a.a.O., S. 217.

[1517] *Ross* a.a.O., S. 248; Hervorh. original.

[1518] Ebd. S. 40. - Auf S. 26 hat *Ross* eine im Weltnetz gefundene «Berechnung» einer US-Goldhandelsfirma vorgelegt, die aber nur aufgrund unrealistischer Grundannahmen zu solchen Resultaten fuhrt: Der ROTHSCHILD-Biograph *FREDERIC MORTON* hat 1962 behauptet, das ROTHSCHILD-Vermögen sei auf «über 6 Milliarden $ im Jahre 1850» geschätzt worden; eine durchschnittliche jährliche Verzinsung von 7 % ergäbe dann für das Jahr 1998 unvorstellbare 125,189 Billionen $, eine solche von 8 % gar aberwitzige 491,409 Billionen $! - Viele gern kolportierte Schätzungen des ROTHSCHILD-Vermögens sind jedoch rein willkürlich angesetzt; wie bereits gezeigt, liegen *MORTONS* «6 Milliarden» um annähernd eine ganze Größenordnung jenseits des damals, 1850, überhaupt Möglichen! - Auf S. 81 präsentiert *ROSS* nochmals eine andere, ebenfalls aus dem Weltnetz kommende Kalkulation, die zwar leider ebenfalls mit *MORTONS* völlig unglaubhaften «6 Milliarden $» operiert und bei einer angenommenen Durchschnittsverzinsung von jährlich 6 % für das Jahr 2004 rund 64 Billionen $ erbrächte, was indessen trotz der viel zu hohen Ausgangssumme wegen der sicherlich zu niedrig angesetzten Verzinsung schon eher die Realität widerspiegeln könnte. - *RALF PRENGEL* (in: «Deutschland» Nr. 3/4 [März/April] 2005, S. 40) kam bei der doppelten Annahme ‚100 Millionen 1815' und ‚7,2 % jährliche Verzinsung' für 2005 auf über 45 Billionen, «welche Währung wir auch immer zugrunde legen wollen», ei-

gar das gegenwärtige, unmöglich genau bezifferbare jährliche BIP des ganzen Globus nach diversen Angaben von Fachleuten «nur» zwischen 50 und 60 Billionen $, und der größte Teil davon wird auch alljährlich buchstäblich **verbraucht,** ist also **weg!**

In Wirklichkeit lag und liegt der vielzitierte Reichtum der **ROCKEFELLERS** nur im unteren Bereich der Skala. Auch wenn es allzu naiv wäre, die von D**AVID ROCKEFELLER** in seiner Autobiographie an vielen Stellen freigiebig gelieferten Angaben zu seines Vaters, seinen eigenen und seiner fünf Geschwister Vermögensverhältnissen als vollständig zu betrachten, dürfte doch die Größenordnung (Aufteilung des väterlichen Milliardenerbes auf pro Kopf der Geschwister nur noch zwei- bis dreistellige Dollar-Millionenbeträge) stimmen. Da die in mehreren Generationen jeweils recht kinderreiche Sippe[1519] längst außerordentlich viele *einzelne* Erben zählt, die - als Großcousins oder noch weiter entfernte Verwandte - nicht mehr viel miteinander verbindet, und da die wenigen Bankiers unter ihnen das milliardenschwere Geldverleihgeschäft fast ausschließlich treuhänderisch mit fremdem, vorwiegend Rothschildschem Kapital betrieben[1520], konnte ein **echtes,** d.h. allen gemeinsames, oder gar ein billionenschweres **Familien**-Vermögen anders als bei den R**OTHSCHILDS** nie aufgebaut werden.

Die **ROCKEFELLER**-Dynastie ist *als solche* tatsächlich inzwischen fast vollständig zerfallen, so daß die **ROTHSCHILDS,** unbemerkt von der breiten Öffentlichkeit, bereits seit geraumer Zeit ihren Glaubensgenossen **MAURICE** R. G**REENBERG** als den eigentlichen Geschäftsführer «der Überbleibsel des **ROCKEFELLER**-Imperiums in einer Vielfalt von Bereichen» installiert hatten, «zusammen mit seinem Sohn **JEFFREY** G**REENBERG**. . . und seinem anderen Sohn **EVAN** G. **GREENBERG»,** auch sie jeweils Leiter einer großen Versicherungsfirma[1521]. **MAURICE GREENBERG**, 2006 bereits 81 Jahre alt[1522], hat freilich inzwischen mit seinem eigenen (?) Versicherungsriesen *AIG,* der als der weltgrößte galt, spektakulär Schiffbruch erlitten, wurde aber unter derart dubiosen und geheimnisumwitterten Umständen «gerettet»[1523], daß auch hinter *AIG,* wie mittlerweile hinter allen auf ihrem jeweiligen Gebiet «weltgrößten» Konzernen überhaupt, eine Menge **ROTHSCHILD**-Kapital zu vermuten ist. Der hochbetagte **GREENBERG** hat übrigens das Ruder der «geretteten» *AIG* zuletzt seinem Glaubensgenossen R**OBERT** B**ENMOSCHE** übergeben[1524].

ne Klausel, die - bei einer Relation von ca. 1 zu 100 zwischen Dollar und Yen! - aber kein irgendwie greifbares Ergebnis zuläßt…

1519 Allein DAVID ROCKEFELLER war eines von sechs Kindern nur *eines* der Söhne des Stammvaters JOHN D. (I) ROCKEFELLER, nämlich JOHNS D. (II), und hat seinerseits erneut sechs Nachkommen.

1520 YGI *ROCKEFELLER* a.a.O., S. 173 Anm. 7: «Allerdings besaßen STILLMAN [ROCKEFELLER] und seine Familie weniger als ein Prozent der *City-Bank-Aktien* und meine [DAVID ROCKEFELLERS] Familie ungefähr ein Prozent der CÄase-Aktien.»

1521 *PIPER* a.a.O., S. 208f.

1522 Lt. USA-Korrespondent *WALTER NIEDERBERGER* in: «Tages-Anzeiger», 22.9.2006.

1523 vg[*WOLFGANG BERGER* in: «Humane Wirtschaft» Nr. 3,2010, S. 5: «Der Kollaps der *American International Group (AIG)* - der größten Versicherungsgesellschaft der Welt - hätte z.B. auch bei der *Deutschen Bank* Milliardenlöcher gerissen. Durch einen Kraftakt der US-Regierung unter Federführung der *New York Federal Reserve* ist dieses Horrorszenario abgewendet worden. Am 14. Januar 2010 um 19:57 Uhr hat die Nachrichtenagentur *Reuters* gemeldet, daß nur zwei Mitarbeiter der US-Bankenaufsicht (*Securities and Exchange Commission - SEC)* die Unterlagen einsehen durften, in denen die Umstände und Bedingungen dieser Rettungsaktion dokumentiert waren. Diese Unterlagen werden jetzt gemeinsam mit Geheimdienstdokumenten aufbewahrt und sind auch Parlamentariern unzugänglich.»

1524 Lt. *MICHEL LEBLANC* in: «Lectures françaises» n° 634, Februar 2010, S. 40.

Stehen hinter der *Citigroup,* wie sie sich inzwischen schreibt, die ROTHSCHILDS, so ist auch STANLEY FISCHER, nach offiziellen Angaben des Büros des israelischen Premierministers «ein amerikanischer Jude, der hebräisch spricht», als ROTHSCHILD-Vertreter anzusehen, denn ehe er 2005 zum Gouverneur der *Bank von Israel* ernannt wurde, amtierte er noch als Vizevorsitzender der *Citigroup*[1525].

Parallel dazu hört auch das andere gewaltige Front- Imperium, das immer noch unter dem Namen «Morgan» firmiert, nicht auf zu wachsen. Dem Investment-Zweig *Morgan Stanley* steht die Geschäftsbank *JP Morgan Chase & Co.,* so ihr vollständiger Name, gegenüber bzw. zur Seite; in ihr ist vor einigen Jahren schließlich die berühmt-berüchtigte *Chase Manhattan Bank* des inzwischen 96jährigen ROTHSCHILD-Vasallen DAVID ROCKEFELLER, der sie aber nur bis 1981 leitete, aufgegangen. Beide *Morgan*-Zweige engagieren sich übrigens mit vergleichbarem Eifer im Staatsschuldengeschäft ... Es gilt freilich zu beachten, daß keine der verdeckten ROTHSCHILD-Großbanken den ROTHSCHILDS *allein* eignet. Vielmehr sind alle ROTHSCHILD-Fronthäuser in den USA und anderswo als börsengehandelte Aktiengesellschaften konzipiert, an denen sich theoretisch jedermann «beteiligen» kann, indem er Anteile erwirbt. Und es gehört sogar zum Geschäftsprinzip dieser Front-Imperien, möglichst viele andere, gerne auch nichtjüdische Geldgeber zur Bereitstellung des nötigen «Eigenkapitals» zu ermuntern, könnten sie doch andernfalls ihre Front-Funktion gar nicht erfüllen! Hauptsache, das Haus ROTHSCHILD behält - direkt oder indirekt über Strohleute/Briefkastenfirmen - eine zuverlässige Kontrollmehrheit. Tatsächlich ist beides zugleich der Fall. «Die ROTHSCHILDS sind Miteigentümer von *Morgan Chase,* der *Citigroup* und der *Bank of America* . . . sowohl über private Anteile als auch über ihre Firma *FMR Corporation (Fidelity Management & Research Corp.),* die in Deutschland *Fidelity Investment Services GmbH* heiß[t]»[1526]. Aller Wahrscheinlichkeit nach ist diese *FMR* jedoch nur eine von vielen solcher anonymen Beteiligungsgesellschaften in komplettem ROTHSCHILD-Besitz, die in den drei genannten Großbanken (und vielen weiteren!) investiert sind.

Während nun die übrigen, im Laufe der Zeit immer wieder einmal wechselnden Anteilseigner in den etablierten Medien durchaus beim Namen genannt werden, bleiben nur die ROTHSCHILDS eisern unerwähnt. Soweit aber - neben vielen unbedeutenden, kleinen - große nichtjüdische Geldgeber als «hochprozentige» Anteilseigner herangezogen werden, wird man in jedem Einzelfall, den man näher untersucht, feststellen, daß diese Leute oder Institutionen ihrerseits schon wieder anderweitig insgeheim den ROTHSCHILDS & Co. verpflichtet bzw. von ihrem Wohlwollen abhängig sind. Dafür nur vier Beispiele:

* Sogenannte «Staatsfonds» legen seit geraumer Zeit Zig und Hunderte von Milliarden Dollar in «westlichen» Großunternehmen aller Art, darunter auch Großbanken, an. Genannt werden außer Norwegen als dem angeblich .einzigen' «demokratischen Land» «China, Rußland und Staaten im Nahen Osten», dort wiederum des näheren «Kuwait», «Saudi-Arabien», «das Vereinigte Arabische Emirat Abu-Dhabi», dann auch noch «Singapur»[1527]. Sieht man einmal von dem freimaurerisch straff kontrollierten Norwegen ab, so sind insbesondere Rußland, aber auch China und Singapur, gleichzeitig im zwei- bis dreistelligen Dollar-Milliardenbereich im Ausland, d.h. bei den ROTHSCHILDS & Co. staatsverschuldet. Wie oben schon gezeigt, war es im Zuge des 1. Golfkriegs gelungen, sogar Saudi-Arabien, wohl erst recht aber Kuwait zumindest zeitwei-

1525 *MATTHIAS CHANG,* Future Fastforward . . . a.a.O., S. 255; *CHANG* buchstabiert den Namen jedoch irrtümlich «Fisher».

1526 *MORRIS* a.a.O., S. 196.

1527 *DOHMEN* a.a.O., S. 172f.

lig mit Zigmilliarden Dollar schweren ausländischen Staatsschulden zu überziehen. Überdies sind alle diese ölreichen Länder gezwungen, am «Weltmarkt» mit den ROTHSCHILDS, die diesen «Markt» unter zahlreichen Tamnamen fast monopolartig beherrschen, folgsam zu kooperieren. Letzteres gilt auch für die Erdölproduzenten Rußland und Norwegen. Eine Mitteilung wie die folgende: «So kaufte sich *Temasek*, der Staatsfonds Singapurs, im Dezember 2007 für fünf Milliarden Dollar bei der angeschlagenen US-Investmentbank *Merrill Lynch* ein . . ,»[1528], relativiert sich dramatisch im Lichte des gerade Gesagten. Tatsächlich wurde die Welt ja bald darauf Zeugin dessen, daß nicht etwa dieser oder irgendein anderer Staatsfonds, sondern die Rothschildsche *Bank of America Merrill Lynch* extrem günstig «erwarb». Sollte *Temarek* jetzt immer noch in der genannten Höhe an *Merrill Lynch* beteiligt sein, was gut möglich ist, wäre er es lediglich noch als Junior-Partner der ROTHSCHILDS, die ihn überdies via singapurische Staatsschulden unter Kontrolle hätten.

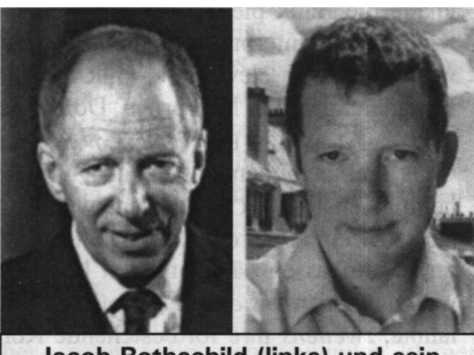
* Ab 1989 erlebten die USA eine Hypotheken- und Bankenkrise, die derjenigen von 2007 nicht unähnlich war. Unter den verdeckten Rothschildschen US-Großbanken stand damals wie erneut 2007 die offenbar innerhalb des diskreten ROTHSCHILD-Imperiums für solche Zwecke - als interne ,Bad Bank'! - ausdrücklich gedachte *Citibank* (später *Citicorp*, heute *Citigroup)* mit Abstand am schlechtesten da. Laut KEVIN PHILLIPS «hätte die Bank pleitegehen können, wenn die Aufseher die Definition eines faulen Kredits strikt interpretiert hätten. Sie taten es aber nicht. Der Präsident der *Federal Reserve-Bank* von New York, GERALD CORRIGAN, nutzte seine guten Beziehungen zur Einfädelung einer Milliarden Dollar schweren Rettungs-Investition des saudischen Prinzen AL-WALID BIN TAWAL.»[1529] Die Summe war mit 1,5 Mrd. Dollar[1530] keineswegs atemberaubend hoch, aber offenbar ausreichend, um das «Eigenkapital» der heimlichen ROTHSCHILD-Front wieder auf annehmbare Höhe zu bringen. Nun steht außer Zweifel, daß die ROTHSCHILDS selber diesen Kapitaleinschuß sozusagen aus ihrer «Portokasse» hätten tätigen können. Sie ließen jedoch dem Araber den Vortritt, weil das ihnen *erstens* den profitableren Einsatz dieser 1,5 Mrd. Dollar anderswo erlaubte, *zweitens* ihre fortbestehende Kontrolle des Bankgiganten nicht beeinträchtigte und *drittens* der Öffentlichkeit sogar den durchaus erwünschten Eindruck vermittelte, die Bank sei eher arabisch als von ihnen, den ROTHSCHILDS kontrolliert! *Viertens* standen sie ja mit dem ganzen mehrhundertköpfigen saudi-arabischen Königshaus in permanenter zigmilliardenschwerer Geschäftsbeziehung auf dem Erdölmarkt - als die bei weitem mächtigeren «Partner». Der Prinz wird es somit als eine Ehre betrachtet haben, dem Hause ROTHSCHILD seine bescheidenen Dienste erweisen zu dürfen ...

* Neuerdings wird China in ähnlicher Weise die Ehre zuteil, sich an dem ROTHSCHILD-kontrollierten Öl-Giganten *BP*, der *de facto* - durch Gewährung von Lieferkrediten - zugleich eine riesige Bank ist, zu beteiligen. *BP* hat eigene Anleihen aufgelegt, die auf Yuan lauten[1531] und folglich nur mit chinesischem Geld «gekauft» werden können. Wie groß jedoch der Einfluß der ROTHSCHILDS & Co. auf das «kommunistische» China allezeit gewesen ist und wie sehr er sich in jüngerer Zeit verstärkt, wurde weiter oben schon gezeigt bzw. werden wir gleich noch sehen.

* Im April 2011 wurde in der Wirtschaftspresse gemeldet, die japanische Großbank *Mitsubishi UFJ (MUFG*) wandele (offenbar nicht-stimmberechtigte) «Vorzugspapiere im

[1528] Ebd. S. 173.
[1529] *PHILLIPS* a.a.O., S. 42.
[1530] Lt. ebd. S. 183.
[1531] Lt. «PHI», 7.2.2011,S. 27.

Wert von 7,8 Milliarden Dollar», mit denen sie dem heimlichen ROTHSCHILD-Riesen *Morgan Stanley* «2008 mitten in der Finanzkrise unter die Arme gegriffen hatte, in Stammaktien um. Damit halten die Japaner nun 22,4 statt drei Prozent am stimmberechtigten Kapital von *Morgan Stanley.* Das US-Institut stärkt mit dem Schritt sein Kernkapital und muß nun weniger Dividenden zahlen - doch er kostet es auch zunächst zwei Milliarden Dollar.»[1532] Das war also wegen der Dividendenersparnis (stimmrechtslose Vorzugsaktien erhalten, wie der Name ja schon sagt, «bevorzugt» hohe Dividenden) eine längerfristig durchaus rentable Operation der ROTHSCHILDS. **Daß** sie selber eine Kontrollmehrheit in Höhe von jedenfalls **mehr als** 22,4 Prozent hielten, erhellte indirekt daraus, daß die Meldung a) weder behauptete, die Japaner seien jetzt die Hauptaktionäre, b) noch verriet, **wer** denn eigentlich die Hauptaktionäre seien! Im übrigen muß aber daran erinnert werden, daß die ROTHSCHILDS vermittels der ROCKEFELLERS schon 1989 im Besitz von nicht weniger als 40 Prozent des japanischen *Mitsubi*sÄ/-Konzerns waren (s. Bd. 1/2, S. 588), so daß dieses Beispiel aufs allerschönste demonstriert, wie sich zuletzt ROTHSCHILD doch nur wieder an ROTHSCHILD «beteiligt» (und sich selber sogar «Dividenden zahlt»), dies jedoch raffinierterweise unter für die ROTHSCHILDS völlig unschädlicher «Einbindung» riesiger Mengen fremden Kapitals zwecks «Verlängerung» ihres «Hebels» auf den «Märkten»!


Jacob Rothschild (links) und sein Sohn Nathaniel (rechts)

Die ferngesteuerte Presse nannte ihn kürzlich einen «Millionenerben», vermutlich das **«Understatement»** des Jahres, wenn nicht gar dasjenige eines ganzen Jahrzehnts! NATHANIEL ROTHSCHILD, aktuell 39 Jahre jung und hoffnungsvoller Sproß von Lord JACOB ROTHSCHILD, dem gegenwärtigen Oberhaupt der ganzen weitverzweigten Sippe, in der das heute zigbillionenschwere Familienvermögen in Wirklichkeit immer nur **ungeteilt** von einer ganzen Generation auf die nächste «vererbt» wird, hatte soeben an der Börse «1,35 Milliarden Pfund (rund 1,5 Milliarden Euro) eingesammelt», gedacht für «die Jagd nach lukrativen Übernahmen im Öl- und Gasgeschäft in Schwellenländern». Allerdings hatte er «seine Investmentfirma *Vallares* ausgerechnet mit TONY HAYWARD gegründet, dem Chef des Ölkonzerns *BP,* der in der Öl-Katastrophe im Golf von Mexiko . .. gehen mußte»[1533]. Doch das Staunen der Presse war geheuchelt, denn daß der Öl-Gigant *BP* seit eh und je vom Hause ROTHSCHILD kontrolliert wird, ist wahrhaftig längst kein Geheimnis mehr!

Als die *Deutsche Börse AG* 2004/2005 versuchte, die *London Stocks Exchange (,LSE)* zu übernehmen, was den ROTHSCHILDS gar nicht gefiel, schickten sie einen britischen Hedge-Fonds *(The Children 's Investment Fund - TIC)* bzw. dessen Chef CHRISTOPHER HOHN, mutmaßlich ein Glaubensgenosse[1534], vor, um das Vorhaben zu torpedieren. Dessen Drohung, seine Anteile an der *Deutschen Börse AG* auf den Markt zu werfen und dadurch ihren Kurs zum Absturz zu bringen, genügte, um die Mehrheit der übrigen An-

[1532] Reuters-Meldung in: «Handelsblatt», 26.4.2011.

[1533] *MICHAEL MAISCH* in: «Handelsblatt», 20.6.2011.

[1534] Siehe die von eifrigen Talmudisten selber penibel erstellte Namensliste aktuell bestehender jüdischer Familien auf *http://www.avotaynu.com/index.html* - «avotaynu» ist hebräisch und heißt soviel wie «unsere (Vor-)Väter».

teilseigner einzuschüchtern: sie stimmten schließlich gegen den Fusionsplan und nötigten den begriffsstutzigen Börsenchef WERNER SEIFERT zum Rücktritt. «Ein Großteil der nun nicht benötigten Barreserven wurde an die Aktionäre ausgeschüttet, und Lord JACOB ROTHSCHILD machte CHRISTOPHER HOHN als Anerkennung für seinen Coup in Frankfurt zum Direktor der Investmentgesellschaft *RIT Capital Partners.*»[1535] Sogar das *Handelsblatt* wußte jüngst zumindest im Nachhinein zu berichten, NATHANIEL ROTHSCHILD, JACOBS Sohn, sei als «Partner des New Yorker Hedge-Fonds *Atticus*» an dieser Aktion persönlich beteiligt gewesen[1536].

Wie schon früher gesagt: hinter jedem Hedge-Fonds steht eine Bank, und hinter HOHNS *TIC* steht also offenbar das internationale Bankhaus ROTHSCHILD. Hinter *RIT* [Rothschild Investment Trust?] *Capital Partners* sowieso. Aber auch hinter ungezählten weiteren. Die tragen - im Februar 2007[1537] - so unverdächtige Namen wie etwa:

* *Atticus Capital LP* (Sitz: New York; Gründer und Geschäftsführer: TIMOTHY BARAKETT; «wird u.a. von Lord NATHANIEL ROTHSCHILD geführt», besteht aber angeblich jetzt *nicht* mehr[1538]) mit 14 Mrd. $ Anlagevermögen und einer Beteiligung von 8,9 % - an der *Deutschen Börse AG!*
* *Avenue Capital Group* (Sitz: New York): «An der Hedge-Fonds-Gesellschafit, die rund 12 Mrd. $ verwaltet, ist die US-Investmentbank *Morgan Stanley* [die uralte ROTHSCHILD-Front!] mit knapp 20 Prozent beteiligt.»
* *Citigroup Property Investors, US* (die ebenfalls uralte ROTHSCHILD-Front!), mit Zugriff - per Schachtelsystem (12,5 % Beteiligung!) - auch auf die Londoner *Terra Firma Capital Partners Ltd.*
* *CVC Citicorp Venture Capital* (Sitz: London; auch in Frankfurt/Main als GmbH vertreten); unter vielem anderen - passend zum ehedem von den ROCKEFELLERS verwalteten Öl-Imperium - an der *Ruhrgas AG* «beteiligt».
* *EQTNorthern Europe Private Equity Fonds* (Sitz: Stockholm): «Der Investor gehört zur WALLENBERG-Gruppe», d.h. zum schwedischen Zweig der ROTHSCHILDS (s. dazu im einzelnen Bd. 1/2)! *EQT* brachte vor einigen Jahren «das Vorzeigeunternehmen *MTUFriedrichshafen* für nur 200 Millionen Euro in seinen Besitz, obwohl der Vorbesitzer *Daimler-Chrysler* einen Preis von 1,5 Milliarden Euro erhielt. Die fehlenden 1,3 Milliarden Euro wurden mit Bankkrediten finanziert. *MTU* muß nun seinen eigenen Verkauf zum größten Teil selbst bezahlen»[1539], denn die Bankkredite stehen als Verbindlichkeiten in seiner Bilanz ...!
* *J.P. Morgan Partners (JPMP*; Sitz: New York), ebenfalls Bestandteil der uralten Front.
* *One Equity Partners LLC (OEP;* Sitz: New York; Chef: RICHARD CASHIN): «gehört zur *Bank One Corp.,* die 2004 *J.P. Morgan* übernahm»!
* *Permira Funds* (Sitz: London; ein GmbH-Ableger auch in Frankfurt/Main): «in 15 Ländern aktiv», «aus der *Schröders Ventures Europe Ltd.,* London, hervorgegangen», «der größte Fonds in Europa und der viertgrößte weltweit»! Hier spricht neben dem Sitz in London und der Tatsache, daß die jüdische Bankiersfamilie SCHRÖ-

1535 *MECHTERSHEIMER* a.a.O., S. 8.

1536 *MICHAEL MAISCH* in: «Handelsblatt», 20.6.2011.

1537 Alle nachfolgenden Daten, soweit nicht ausdrücklich anders angegeben, lt. *MECHTERSHEIMER* a.a.O., S. 13-18; aufgeführt werden nur die eindeutig identifizierbaren Institute aus der dortigen kleinen Auswahl!

1538 Dies lt. *MICHAEL MAISCH* in: «Handelsblatt», 20.6.2011.

1539 *MECHTERSHEIMER* a.a.O., S. 4.

DER/SCHRODER als solche ausgestorben ist, unbedingt die schiere Größe für die ROTHSCHILDS als im Hintergrund maßgeblich: sie lassen nirgendwo etwas «Größtes» aufkommen, auf dem nicht ihre eigene Hand liegt. . .

* *Attara Capital LP* (Sitz: New York), Hedge-Fonds, in dem NATHANIEL ROTHSCHILD den Posten des 2. Vorstandsvorsitzenden bekleidet.[1540]
* *Monumental Capital Group LLC* (Sitz: Washington, D.C.), «spezialisiert auf Rüstung und auf Aufträge der US-Heimatschutzbehörde *Homeland Security»,* mit JAMES ROTHSCHILD als Vizepräsident.[1541]

Einige weitere ihrer Hedge-Fonds und ähnlich agierenden Private-Equity-Gesellschaften mußten die heimlichen US-ROTHSCHLLD-Banken zwar infolge der - geringfügig - schärferen Bankenregulierung nach der jüngsten Bankenkrise abgeben bzw. in die Selbständigkeit entlassen, zumindest formal. Es ist jedoch anzunehmen, daß die alten Bindungen auf Umwegen bestehen bleiben. Von der Presse[1542] im Frühling 2011 genannt wurden insbesondere:

* *BAML Capital Partners,* «fünf Milliarden Dollar schweres Private-Equity-Geschäft» der *Bank of America,* erst 2008 zusammen mit der jüdischen Investmentbank *Merrill Lynch* als deren Tochter übernommen. «Wie viele Manager die *Bank of America* verlassen, um *BAML Capital Partners* weiterzuführen, ist derzeit noch nicht bekannt», deutete die Presse dezent das wahrscheinliche Fortbestehen informeller personeller Verflechtungen an.
* *Ridgemont Equity Partners,* neuer Name «einer anderen Private-Equity-Einheit», die ebenfalls bis «vor Monaten», d.h. bis Ende 2010 oder Anfang 2011, der Rothschildschen *Bank of America* gehört hatte.
* *Frontpoint Partners,* ein Hedge-Fonds, den *Morgan Stanley* «2006 gekauft hatte».

Wie man sieht, ist in diesem Bereich vieles ständig im Fluß, was der Tarnung der tatsächlichen Besitzverhältnisse sehr zugutekommt. Sicher ist nur eines: nichts von Bedeutung entkommt ihrem geheimen Zugriff. «Zum Beispiel besitzen die ROTHSCHILDS 40 % einer der größten Zentralbanken der Welt, der *Bank von Japan.»*[i54i] Das war zu Beginn des 21. Jahrhunderts und höchstwahrscheinlich, wie weiter oben schon angesprochen, eine der durchaus beabsichtigten Folgen des japanischen Börsenzusammenbruchs samt anschließender Dauerdeflation.

Noch weniger wird es unsere oftmals patriotisch eingestellten, aber scheuklappenbewehrten «Geostrategen», die immer noch auf der Erdkarte Schach spielen möchten, obwohl alle Könige längst im Matt stehen, freuen zu hören, wie weit der Rothschildsche Einfluß auf ihren größten «Hoffnungsträger», die Volksrepublik China, bereits gediehen ist. Von MAOS Finanzminister ISRAEL EPSTEIN war schon die Rede; es steht außer Zweifel, daß er den Kontakt zu den ROTHSCHILDS hielt, denen es unter geschäftlichen wie auch PROTOKOLLARISCHEN Rücksichten nicht im Traum einfallen konnte, ausgerechnet das *größte* Volk der Erde auch nur einen Moment lang ungestört sich selbst zu überlassen. Von der anderen, amerikanischen Seite her waren insbesondere HENRY KISSINGER sowie DAVID ROCKEFELLER als Chef der - damals noch - *Chase Manhattan Bank* die wichtigsten Verbindungsleute.

[1540] Dies lt. *MORRIS* a.a.O., S. 191.

[1541] Ebd. S. 193.

[1542] Asd/Reuters-Bericht in: «Handelsblatt», 27.4.2011.

1543 *Ross* a.a.O., S. 44. - Demgegenüber versichert *HODGSON BROWN* a.a.O., S. 458 unter Berufung auf amtliche Quellen, die *Bank von Japan* sei im ‚Besitz' der japanischen Regierung. Vermutlich bezieht sich das jedoch nur auf den verbleibenden Mehrheitsanteil von 60 Prozent, der es ja erlaubt, formal weiterhin von Regierungs«besitz» zu sprechen ...

Nicht weniger als «rund 50mal» habe er China besucht, erzählt KISSINGER in seinem soeben auf Deutsch erschienenen Buch *China: Zwischen Tradition und Herausforde-rwrcg*[1544]! Ein ganzes Kapitel seiner Lebenserinnerungen widmet auch ROCKEFELLER unter der aufschlußreichen Überschrift «Durchdringung des Bambusvorhangs» fast ausschließlich seinen insgesamt sechs China-Reisen, bei denen er, genau wie sein Adlatus KISSINGER[1545], jedesmal mit der obersten Führung der KP bzw. der Regierung zusammentraf. Gleich der erste Besuch von 1973 war «historisch», meint ROCKEFELLER, «denn ich war der erste amerikanische Banker, der die Volksrepublik China (VRC) besuchte». Und, nein, was für ein Zufall aber auch, «als wir gerade chinesischen Boden betraten, erblickten wir W. MICHAEL BLUMENTHAL, den Präsidenten der *Bendix Corporation* und späteren Finanzminister, auf seinem Weg nach draußen»[1546]! Da gab also förmlich ein Vertreter der ROTHSCHILDS & Co. dem nächsten die Klinke in die Hand.



Henry Kissinger mit Mao Tse Tung . . . und mit Signal

Schon bei diesem ersten Treffen wurde auch sogleich «ein Abkommen unterzeichnet, demzufolge die *Chase* die erste amerikanische Korrespondenzbank der *Bank of China* seit der Übernahme der Kommunisten 25 Jahre zuvor sein würde»[1547]. Nur zwei Jahre später hatte der nächste ROCKEFELLER-Besuch im Reich der Mitte bereits «die Eröffnung einer Repräsentanz der *Chase* in Peking» zur Folge, ja, «und kurz danach vergaben wir unseren ersten Kredit an das chinesische Ministerium für Bergbau und Montanwesen»[1548]! Die allerersten auswärtigen Staatsschulden des kommunistischen China im Jahre 1975 waren also just solche bei der verdeckt Rothschildschen *Chase Manhattan* (heute *JP Morgan Chase*). . .

ROCKEFELLER unterrichtet uns auch über eine wichtige Persönlichkeit im Reich der Mitte, über deren Existenz und Wirken die Medienmafia allerdings seinerzeit ebenso ungerührt hinwegzusehen pflegte wie über MAOS Finanzminister EPSTEIN. Ein gewisser RONG YLREN, «Sproß einer alten Bankiers- und Fabrikantenfamilie in Schanghai, die vor der Revolution ausgedehnte Beteiligungen in China, Hongkong und den Vereinigten Staaten besessen hatte», vielleicht ja sogar diskretes Mitglied der berühmten mehrtausendköpfigen jüdischen Gemeinde von Schanghai, hatte unter MAOS ,antikapitalistischer' Schreckensherrschaft nahezu nichts gelitten, sondern sich des wirksamen Schutzes von DENG XLAOPING erfreut. «Nachdem DENG seine Macht in den späten 1970er Jahren gefestigt hatte, ernannte er RONG zum Chef der *CITIC»,* das heißt, der «China International Trust and Investment Corporation», ein Name, den man niemandem zu übersetzen braucht. «DENG war sich dessen bewußt, daß **China dringend ausländisches Kapital benötigte,** um seine Entwicklung zu finanzieren, und wandte sich an RONG als einen der wenigen Chinesen, der über die **erforderlichen** Kenntnisse und Kontake im Westen ver-

[1544] Lt. d. Rezension v. *MARKUS ZIENER* in: «Handelsblatt», 10.6.2011.

[1545] *ROCKEFELLER* a.a.O., S. 353 wird sogar mitgeteilt, daß «Henry» (sie!) «innerhalb des inneren Zirkels der chinesischen Führung» den Spitznamen «der Doktor» trug.

[1546] Ebd. S. 346.

[1547] Ebd. S. 335.

[1548] Ebd. S. 357f.

fügte. RONG war ein fähiger und weitsichtiger Geschäftsmann, an dem kein ausländischer Investor in China vorbeikam. Im Laufe der Zeit wurden wir gute Freunde.»

Der notorische ROTHSCHILD-Bankier DAVID ROCKEFELLER «gut befreundet» mit jenem «Chinesen», der sämtliche Auslandsinvestitionen (= Auslandskredite an die chinesische Regierung!) kontrollierte - das muß man sich auf der Zunge zergehen lassen! Zumal noch der vielsagende Satz folgt: «Die Tür nach China war weit geöffnet und die *Chase* wartete bereits auf der anderen Seite, als amerikanische Unternehmen langsam hindurchschritten.»[1549]

Bezeichnenderweise war es denn auch wiederum die *Edmond De Rothschild Banque,* ein Tochterinstitut des französischen ROTHSCHILD-Zweigs, die 2006 als erste ausländische Privatbank eine Zulassung des chinesischen Bankenregulierungsausschusses und damit hochoffiziell Zutritt zum chinesischen «Markt» erhielt[1550].

Daß ein weiterer notorischer ROTHSCHILD-Frontmann schon lange vor Ort tätig ist, wurde kürzlich eher beiläufig in einem Zeitungsbericht über die chinesische Fluggesellschaft *Hainan Airlines* erwähnt. Immerhin «18,6 Prozent» dieses Unternehmens «liegen beim US-Finanzinvestor GEORGE SOROS. Aktiv ist seine Investmentgesellschaft *American Aviation Investment* bereits seit 1995. Seinerzeit war es die erste ausländische Beteiligung an einer Fluglinie aus dem Reich der Mitte.»[1551] Heute ist es also *nicht* mehr die einzige ...

Meldungen wie diejenige vom April 2011, die chinesische Bank *ICBC* sei inzwischen «die nach Marktwert weltweit größte»[1552], müssen in diesem Lichte gesehen werden. Um es zu wiederholen, die ROTHSCHILDS lassen schon längst nichts «Weltgrößtes» mehr aufkommen, auf das sie nicht selber Zugriff besäßen! Immerhin hatte es Ende August 2010 noch geheißen, chinesischen Banken drohe wegen «fauler Kredite . . . eine Abschreibungswelle. . . . Allein von den Krediten an Provinzverwaltungen - mit einem geschätzten Gesamtvolumen von 7 700 Mrd. Yuan [ca. 770 Mrd. Euro] - dürfte rund ein Viertel nicht bedient werden. Chinas Banken brauchen daher dringend frisches Kapital. Am Dienstag [24.8.2010] startete Peking nun einen Rettungsversuch. Der heimische Arm des Staatsfonds *CIC* sammelte über eine Anleiheemission Geld ein, das an die Institute weitergegeben werden sollte. Doch die großen staatlichen Banken selbst kauften 80 Prozent der ausgegebenen Anleihen - ein Kreislauf, der die Experten eher besorgte als beruhigte.»[1553] Von größtem Interesse wäre natürlich gewesen, wer denn die übrigen 20 Prozent gekauft hatte . . . doch das wurde leider nicht mitgeteilt, auch wenn wir es uns in etwa denken können, denn:

Nur fünf Tage zuvor, also einen Tag nach dem chinesischen Anleiheverkauf, war berichtet worden: «Erst *Blackstone,* dann *Carlyle,* jetzt die *Texas Pacific Group (TPG):* Immer mehr Beteiligungsgesellschaften aus dem Land des Klassenfeindes USA legen zusammen mit chinesischen Kommunen Fonds in der Landeswährung Renminbi [= Yuan] auf, um das eingesammelte Geld leichter anlegen zu können als bisher.»[1554] *Blackstone* wird von dem Talmudisten STEPHEN SCHWARTZMAN geführt, *Carlyle* wurde von dem Talmudisten DAVID RUBINSTEIN gegründet. Doch zumindest SCHWARTZMAN fungiert

1549 Ebd. S. 358; Hervorh. hinzugefügt.

1550 Lt. *HITCHCOCK* a.a.O., S. 287.

1551 *MARTINA WEWETZER* in: «HNA», 19.4.2011.

1552 *FINNMAYER-KUCKUK* in: «Handelsblatt», 30.4.2011.

1553 *MARTINKAELBLE* in: «Financial Times Deutschland», 30.8.2010.

1554 *MARTIN ARNOLD/TIM BARTZ* in: «Financial Times Deutschland», 25.8.2010.

im Prinzip lediglich als ROTHSCHILD-Angestellter, wie ein Blick hinter die Kulissen lehrt: «RANDALL ROTHSCHILD ist einer der Direktoren der *Blackstone Group* und Chef der Immobilien-Sparte *Blackstone Real Estate Debt Strategies* („Immobilien-Schulden-Strategien"!!!). Lord JACOB ROTHSCHILD ist Mitglied des Verwaltungsrates.»[1555]

Ein Auge haben die ROTHSCHILDS natürlich nicht bloß auf das chinesische Geld, sondern auch auf das dortige Erdöl. Wie die jüdische Agentur *Bloomberg* am 26. Mai 2008 meldete, hatte die genannte *Edmond De Rothschild Banque* soeben einen 15,3prozentigen Anteil an der in Schanghai ansässigen *Zhonghai Fund Management Company* erworben. Die wiederum ist der größte Anteilseigner des chinesischen Ölriesen *China National Offshore Oil Corporation (CNOOC)*[1556] ... Sie operieren immer und überall gemäß diesem kapitalsparenden und doch hocheffizienten Schachtelprinzip, denn es genügt ja, mit 15,3 Prozent der größte unter vielen anderen, kleineren Mitbesitzern der erstgenannten Kapitalgesellschaft zu sein, um auch schon die Geschicke der letztgenannten Ölgesellschaft lenken zu können[1557]! Sollte das aber ganz ausnahmsweise einmal-nicht genügen, während gleichzeitig öffentliches Aufsehen unerwünscht ist, werden eben unverdächtige Strohmänner oder anonym registrierte Frontgesellschaften mit zusätzlichen Anteilen ausstaffiert.

Nach Angaben von TEXE MARRS sind auch die 25 in den letzten Jahren neuerrichteten Erdöl-Raffinerien Chinas «privatisierte Frontgesellschaften im Besitz der ROTHSCHILDS»[1558]. Derselbe MARRS verbreitet überdies in jüngster Zeit, seine intensiven Nachforschungen hätten ergeben, daß sogar *Goldman Sachs* nur noch eine ROTHSCHILD-Front sei. «Das offizielle Register der Eigentümer zeigt, daß zwar das Publikum einen großen Teil der *Goldman* Sacfo-Aktien besitzt, während aber ein Kontroll-Anteil in privater Hand liegt und von einem Konsortium oder Zusammenschluß von gerade einmal 221 Personen gehalten wird. Der Haupteigentümer ist indessen Lord JACOB ROTHSCHILD, und er sowie weitere Mitglieder der ROTHSCHILD-Familie beherrschen das Konsortium ..,»[1559]

Dazu paßt ganz sicherlich eine weitere wichtige Beobachtung: «Nachdem der Vorstandsvorsitzende von *Goldman Sachs,* HENRY PAULSON, GEORGE [W.] BUSHS Finanz-

[1555] *MORRIS* a.a.O., S. 189.

[1556] Lt. *VICTOR THORN* in: «American Free Press», 5.7.2010, S. 10; dort erweckt die Textformulierung zwar den Anschein, als habe die physische Person EDMOND DE ROTHSCHILD den Kauf getätigt, doch EDMOND wurde schon 1997 vor Gottes Gericht gerufen, so daß nur die nach ihm benannte Bank gemeint sein kann, es sei denn man hätte ihn mit seinem noch im besten Alter stehenden Sohn EDOUARD verwechselt.

[1557] Direkte Beweise dafür findet man immer wieder in der Wirtschaftspresse. So berichtete *FELIX WADEWITZ* in der «Financial Times Deutschland» vom 6.8.2010 detailliert darüber, wie der jüdische Multimilliardär und «Firmenjäger» bzw. «Investor» *CARL ICAHN* bei *Motorola* bereits schaltete und waltete, noch ehe er als (relativer) «Mehrheitseigner» auch bloß knappe 10 Prozent der Anteile dieser weltbekannten Unternehmensgruppe besaß: «Sein prominentestes Zielobjekt ist - mal wieder - der US-Technologiekonzern *Motorola,* der unter anderem Handys und TV-Receiver herstellt. Seit Jahren müht sich ICAHN an dem Unternehmen ab und drängt auf eine Aufspaltung. Nun endlich wird es ernst: Die Mobilfunk-Netzinfrastruktursparte wird für 1,2 Milliarden Dollar an *Nokia Siemens Networks* verkauft. In einem nächsten Schritt will ICAHN nun die Handysparte vom Geschäft mit Firmenkunden abspalten - in der Hoffnung, daß dies den Wert seiner Anteile drastisch steig[erg]t. Aus diesem Grund kauft er zur Zeit fleißig Aktien: Laut einer am Mittwoch veröffentlichten Pflichtmitteilung hält er inzwischen 9,99 Prozent - was ihn zum größten Anteilseigner macht.»

[1558] Zit. n. *VICTOR THORN* in: «American Free Press», 23.8.2010, S. 6.

[1559] *TEXE MARRS* in: «Power of Prophecy», April 2010, S. 1.

minister geworden war, besuchte er China 70mal.»[1560] Dabei ist gewiß nicht bloß über das Wetter geredet worden . . ., eher schon über die US-Staatsschulden und die Rolle, die China gefalligst dabei zu spielen habe. Auch der Chef der französischen ROTHSCHILD-Dachgesellschaft *Compagnie financière Edmond de Rothschild,* zu der die neue chinesische Tochterbank ja gehört, begibt sich gelegentlich ins Reich der Mitte. So geschehen etwa Ende Oktober 2009, gemeinsam mit einem Dutzend anderer (zweifellos sehr viel weniger . . .) gewichtiger französischer Firmenchefs und dem Vorsitzenden der Regierungspartei *UMP,* «um einen Besuch des chinesischen Handelsministers in Paris vorzubereiten, der [dann] am 26. und 27. November stattgefunden hat, bei welcher Gelegenheit Abmachungen unterzeichnet wurden»[1561].

Doch kehren wir nun zurück nach Europa. Im Herbst 2008 haben die ROTHSCHILDS deutschen Unternehmen sogar hochoffiziell, also unter eigenem Namen, eine neue «Beteiligungs»-Kampagne in Aussicht gestellt. Da hieß es nämlich: «Die Investmentbank *Rothschild* startet einem Zeitungsbericht zufolge mit 600 Millionen Euro ein eigenes Beteiligungsgeschäft und will auch in Deutschland investieren. . . . «„Wir glauben, daß es in Deutschland sehr viele interessante Beteiligungsmöglichkeiten gibt", sagte das Familienoberhaupt Baron DAVID DE ROTHSCHILD der *Süddeutschen Zeitung* . . . Seine Bank wolle Firmen nicht ganz übernehmen, sondern Minderheitsbeteiligungen eingehen.»[1562] Letzteres entsprach tatsächlich der überall zu beobachtenden Anlagestrategie, die genannte Summe lag allerdings eher im Bereich der berüchtigten Kopperschen «peanuts»; hier wurde offenbar bewußt tiefgestapelt. Übrigens ist auch nicht, wie fälschlich behauptet, DAVID, sondern JACOB das gegenwärtige «Familienoberhaupt».

Über die mit nur 60 Mitarbeitern relativ kleine, erst 1989 wieder errichtete offizielle Frankfurter ROTHSCHILD-Niederlassung berichtete im Frühjahr 2009 die Presse: «Die Finanz- und Wirtschaftskrise hat hierzulande 2008 bei der Investmentbank *Rothschild* Spuren hinterlassen. Dennoch dürfte sich das weltweit tätige Beratungshaus besser geschlagen haben als die Branche . . ,»[1563], ein Phänomen, das ja interessanterweise auch bei *Goldman Sachs* zu beobachten war, während die weniger glücklichen US-ROTHSCHILD-Frontimperien *Morgan, Citigroup, Bank of America*[1564] etc. sich von der US-Regierung unter entsprechender Erhöhung von deren Staatsschulden «retten» ließen. Besonders interessant: «Unter anderem berieten die [Frankfurter *Rothschild-]Banker* beim Einstieg des Finanzinvestors *CVC* bei *Evonik* . . ,»[1565] *CVC,* das ist der eben erst vorgestellte verdeckte ROTHSCHILD-Hedgefonds *Citicorp Venture Capital,* so daß also die ROTHSCHILD-Bank, unbegriffen vom breiten Publikum, wieder einmal einem ihrer eigenen Hedgefonds ins profitable Geschäft half!

1560 *TEXEMARRS.* zit. n. *VICTOR THORN* in: «American Free Press», 23.8.2010, S. 6.

1561 *PIERRE ROMAIN* in: «Lectures françaises» n° 632, Dezember 2009, S. 43.

1562 Zit. n. *MORRIS* a.a.O., S. 190; dort wiederum zit. n. «Focus Online», 25.9.2008.

1563 «Handelsblatt», 12.3.2009, zit. n. *ARGENS* a.a.O., S. 321, wo der Text faksimiliert aufscheint.

1564 Lt. *ADAMS* a.a.O., S. 117ff wurde die *Bank of America* 1904 als *Bankofltaly* von dem italienischen Einwanderer A.P. GLANNLNL gegründet. Ihr kometenhafter Aufstieg zur - schon 1946 - «größten Bank der Welt, die mit ihren Aktiva - 6 Milliarden $ - ihre beiden *Wall Street*-Rivalen, MORGANS *City National* und ROCKEFELLERS *Chase National,* um eine heiße halbe Milliarde übertraf» ist indessen ohne gewaltige, diskrete Injektionen von ROTHSCHILD-Kapital völlig undenkbar. Tatsächlich wurde schon 1991 vermeldet, die «Großaktionäre» des Bankenriesen seien «die ROTHSCHILDS von Chicago, Paris, London und der Schweiz» *(SHERMAN SKOLNICK* in: «CODE», Nr. 10 [Oktober] 1991, S. 23).

1565 «Handelsblatt», 12.3.2009, zit. n. *ARGENS* a.a.O., S. 321.

Anfang Februar 2010 kam die Nachricht, der nach seiner Insolvenz restrukturierte Warenhauskonzem *Woolworth* mit immer noch 161 deutschen Filialen suche nunmehr «einen Investor» und sei zuversichtlich, «daß das Bankhaus *Rothschild* einen Käufer für die Kette finden werde»[1566]. Man kann mit einiger Sicherheit davon ausgehen, daß einer «gefunden» wurde, der - per Schachtelsystem - dem eigenen Imperium zuzurechnen war, so daß sich das «Beratungs»geschäft gleich zweimal «lohnte».

«JNR UK Ltd (JACOB und NATHANIEL ROTHSCHILD) ist eine Bank, über die geheime Osteuropa- und Rußland-Geschäfte abgewickelt werden. *JNR* hat Filialen in der gesamten Welt.»[1567]

Die weltweit zweitgrößte Bewertungs-Agentur, *Moody's,* die sich - gemeinsam mit ihren beiden scheinbaren «Konkurrenten» *Standard & Poor's* bzw. *Fitch* - 2010/2011 einen Spaß daraus machte, griechische, irische, portugiesische und spanische Staatsanleihen ein ums andere Mal ohne wirklichen Grund immer weiter bis in die Nähe von «Ramsch»qualität herunterzustufen und dadurch einerseits die Zinsen auf solche Anleihen in die Höhe zu treiben, andererseits den zuletzt ungeheuerlich (pseudo-)inflationierten US-Dollar dennoch im Vergleich zum Euro auf «Kurs» zu halten, ist ein ziemlich lupenreines ROTHSCHILD-Unternehmen. Ihr Hauptaktionär ist der bis vor kurzem mit rund 60 Dollar-Milliarden angeblich «reichste Mann der Welt» WARREN BUFFETT, dem die internationale Presse, ganz anders als den unermeßlich reicheren ROTHSCHILDS, verdächtig viel Aufmerksamkeit widmet, den Beobachter jedoch längst als neue Frontfigur der ROTHSCHILDS ausgemacht haben[1568]. «Weitere Großaktionäre sind *Goldman Sachs* und die ROTHSCHILD-Bank *Barclays.»*[1569]

Daß die Londoner Bank *Barclays* von den ROTHSCHILDS zumindest kontrolliert wird, ist zutreffend. Diese Kontrolle geht sogar noch viel weiter, als in Band 1/2, S. 628 berichtet. «Im April 2010 wechselte MICHAEL HELOU von *NM Rothschild & Sons Ltd.* zu *Barclays,* einer englischen Großbank, deren Teilhaber die ROTHSCHILDS ebenfalls sind. *Barclays^]* Vorstandsvorsitzender MARCUS AGIUS ist mit KATHERINE DE ROTHSCHILD, der Tochter von EDMUND DE ROTHSCHILD verheiratet.»[1570] Wenn man daher im Jahre 2010 über den «phänomenale[n] Aufstieg von *BlackRock* zur größten Investmentgesellschaft der Welt» liest: «*BlackRock* . . . wurde erst 1988 in einem Ein-Zimmer-Büro von LAURENCE FINK gegründet und konnte sich 2009 *Barclays Global Investors,* eine Tochter der gleichnamigen britischen Bank, einverleiben»[1571], ist sonnenklar, daß hier lediglich eine neue ROTHSCHILD-Front aufgebaut und einem Glaubensgenossen zur Verwal-

1566 Meldung in: «Bergischer Anzeigen) (Remscheid), 4.2.2010.

1567 *MORRIS* a.a.O., S. 192.

1568 Z.B. *PIPER* a.a.O., S. 204 (Hervorh. original): «WARREN BUFFETT . . . ist *nicht* jüdisch, aber er ist einer der Chefs (und augenscheinlich gutbezahlten) Handlanger des ROTHSCHILD-Imperiums. Er ist ein besonders guter Freund von Lord JACOB ROTHSCHILD in London. Er ist eine perfekte „Front" für die ROTHSCHILDS, mit seiner Herkunft aus Nebraska, seinem schlichten Stil und seiner Identifizierung mit *Berkshire Hathaway*-Hemden . . . Obwohl BUFFETTS *Berkshire Hathaway* mit seinen Hemden identifiziert wird, ist das Unternehmen jetzt eine massive Holding-Gesellschaft für eine riesige Aufstellung von Vermögenswerten, die sich unter der Kontrolle dieser Hauptfigur auf den amerikanischen und weltweiten Aktienmärkten befinden, jedoch ROTHSCHILD-Interessen darstellen.»

1569 *BEATRIX ULLRICH* in: «Der freie Mensch» Nr. 9-10 (September-Oktober) 2010, S. 71 unter Berufung auf den investigativen Journalisten *JÜRGEN ROTH* in seinem Buch «Gangsterwirtschaft».

1570 *MORRIS* a.a.O., S. 196.

1571 *BANDULET* a.a.O., S. 104.

tung übertragen wurde, denn erstens geben die ROTHSCHILDS nichts einmal Erworbenes mehr wirklich aus der Hand, also auch keinen *Barclays*-Ableger; zweitens wird man im 21. Jahrhundert auf gar keinen Fall mehr «größte Investmentgesellschaft» - und das auch noch mit einem «verwalteten» Vermögen von ungeheuerlichen 12 Billionen [sie!] Dollar[1572], **gut einem Fünftel des BIP der ganzen Welt!** - gegen oder auch bloß ohne jene, die dieses Feld schon seit dem frühen 19. Jahrhundert globusweit monopolartig beherrschen ...

Tatsächlich liegt hier wieder eine äußerst raffinierte und komplexe Schachtelstruktur vor. Die *Barclays Bank* selber ist, wie gezeigt solide ROTHSCHLLD-kontrolliert. Sie hat zwar ihre Tochter *Barclays Global Investors* an *BlackRock* verkauft, hält jedoch selber rund 20 Prozent der Anteile von *BlackRock*, was wiederum einer Kontrollmehrheit entsprechen dürfte! Die Geschichte geht aber noch weiter. Das in der Schweiz angesiedelte weltgrößte Rohstoffhandelsunternehmen *Glencore*, ehemals die Domäne des Talmudisten MARC RICH, heute als *AG* auf viele Eigentümer verteilt, befindet sich - neben anderen «neuen Milliardären» - teilweise im Besitz dieser ROTHSCHLLD-kontrollierten *BlackRock*, teilweise (seit 2010, mit Anteilen im Wert von 40 Mio. $) im direkten Besitz von NATHANIEL ROTHSCHILD, dem Sohn des Familienoberhaupts. Der Schweizer Bergbaukonzern *Xstrata plc* wiederum gehört - neben anderen - zu rund 33 % dieser ROTHSCHILD-kontrollierten *Glencore AG* und zu weiteren Teilen dem New Yorker Hedgefonds *Attara Capital LP*, in dem wir erneut NATHANIEL ROTHSCHILD als dem 2. Vorstandsvorsitzenden begegnen![1573]

Sowohl WARREN BUFFETT, dessen vielbemühte «gute Nase» einzig seiner puren Statthalterfunktion für **die** großen «Insider» auf den Weitfinanz- und Börsenmärkten zu verdanken ist, als auch *Barclays* waren übrigens von der jüngsten Bankenkrise so auffallend wenig betroffen, daß schon daraus allein auf ihre diskrete Versorgung mit ROTHSCHILD-Kapital geschlossen werden müßte. Während *Barclays* genügend Geld besaß, die sogenannten «Filetstücke» der pleitegegangenen US-Bank *Lehman Brothers* zwar extrem «preisgünstig», aber doch für immerhin knappe zwei sofort hinzublätternde Dollar-Milliarden zu erwerben[1574], war BUFFETT «einer der wenigen, die auch während der Finanzkrise nicht davor zurückschreckten, Geld in die Hand zu nehmen»[1575], eine flapsig-dümmliche Phrase der gelenkten Presse, denn die meisten Leute *haben* eben **im aktuellen Schuldgeldsystem** gar kein Geld, das sie in solchen Größenordnungen «in die Hand nehmen» (Neusprech für «ausgeben») *könnten*! Das haben im wesentlichen immer nur die Bankeneigentümer, und deren ohne Vergleich größte sind nun mal die ROTHSCHILDS, die denn auch ihren Frontmann BUFFETT neuerdings mit soviel Dollar-Milliarden ausstaffieren, wie nur immer in seine ausgebeulten Hosentaschen passen wollen. Ende Februar 2011, da für viele die Krise noch längst nicht ausgestanden war, zeigte sich, oh Wunder, die «Kasse» der vordergründig von ihm besessenen[1576] «Beteiligungs-

1572 vgl *THORSTEN SCHRÖDER* in: «Financial Times Deutschland», 26.5.2011: «Heute ist die Firma der größte Vermögensverwalter der Welt, LARRY FINK verwaltet und kontrolliert rund um den Globus Werte in Höhe von rund 12 000 Mrd. Dollar - mehr als dreimal so viel wie das Bruttoinlandsprodukt von Deutschland. Keine Großbank, kein Versicherer hat eine solche Schlagkraft.»

1573 Alles lt. *MORRIS* a.a.O., S. 191.

1574 Lt. «Financial Times Deutschland», 24.2.2011.

1575 *Reuters/Dpa*-Artikel in: «Hildesheimer Allgemeine Zeitung», 28.2.2011.

1576 Die Redakteure der unumgänglichen *Forbes*-Liste besitzen auch 2011 wieder die Verlogenheit, die aktuell 52 Milliarden von *Berkshire Hathaway* als BUFFETTS «persönliches Vermögen»

gesellschaft» *Berkshire Hathaway* «mit 38 Milliarden Dollar prall gefüllt», hatte das Finanzunternehmen doch allein im Immer-noch-Krisenjahr 2010 «knapp 13 Milliarden Dollar» «verdient», rund ein Drittel dessen, was z.B. die deutschen ALBRECHT-Brüder, Gründerund Inhaber der Supermarktkette *Aldi,* in ihrem ganzen Leben zusammenzubringen vermochten . .. Nun ja, «ein Großteil» davon kam, wie man weiter erfuhr, «von Gewinnbeteiligungen großer Konzerne», darunter z.B. der US-Großbank *Wells Fargo*[1511], einem verdeckten ROTHSCHILD-Institut[1578]! Bei dem ist also BUFFETT mit im Boot, und dessen Gewinne darf er als (formaler) Mit-Eigentümer jeweils neu «anlegen». Da BUFFETT nicht mehr der jüngste ist, halten er und seine Hintermänner seit geraumer Zeit Ausschau nach einem geeigneten Nachfolger. Den glaubten sie in dem mutmaßlichen Glaubensgenossen der ROTHSCHILDS DAVID SOKOL gefunden zu haben. Doch der ließ sich peinlicherweise bei einem verbotenen Insider-Handel erwischen und kam daher nicht mehr in Frage[1579].

Daß und wie die ROTHSCHILDS & Co. die Londoner City mit eiserner Faust regieren, konnte ein US-Journalist im Jahre 2008 oder 2009 mit eigenen Augen feststellen. Die etablierten Medien allerdings haben, zumindest außerhalb Englands, mit keinem Sterbenswörtlein über die blutige Episode berichtet: «Bei einer Demonstration gegen die *Bank von England* machte der Verfasser dieser Zeilen Aufnahmen davon, wie Tausende von Menschen von der Polizei für bis zu sieben Stunden - ohne Nahrung, Wasser oder Toiletten - in immer kleinere Zonen zusammengepfercht wurden. Ein Mann, der lediglich nach Hause gehen wollte, wurde von der Polizei getötet, als man ihn mit dem Kopf voraus auf den Asphalt schleuderte. Die Menschen durften erst gehen, wenn sie einen Personalausweis vorzeigten und sich ablichten ließen. Offensichtlich trafen die Demonstranten eine blanken Nerv, indem sie sich gegen die *Bank von England* wandten.»[1580]

Interessanterweise hat das aktuelle Oberhaupt der Familie ROTHSCHILD - immer der älteste Sproß des *Londoner* Zweigs - in den Augen streng orthodoxer Talmudisten nicht einmal mehr eine jüdische Identität. «Der gegenwärtige Lord JACOB ROTHSCHILD, der Vierte Baron ROTHSCHILD, ist VICTORS Sohn aus erster Ehe mit BARBARA HUTCHIN-

zu deklarieren und ihn daraufhin zum (trotzdem «nur» noch . . . «zweitreichsten Mann Amerikas» auszurufen (vgl. ebd.)!

1577 Ebd.

1578 Das ist für Kenner der Materie notorisch. Laut *MORRIS* a.a.O., S. 208f war z.B. der jüdische Bankier und ROTHSCHILD-Agent PAUL WARBURG schon «ab 1910 Direktor von *Wells Fargo,* der heute viertgrößten Bank der USA. Nach erfolgreicher Gründung der *FED* wurde er 1914 einer ihrer Direktoren. Der Bankier JACOB SCHIFF folgte ihm bei *Wells Fargo* nach.» Der Talmudist SCHIFF war bekanntlich der wichtigste ROTHSCHILD-Statthalter auf amerikanischem Boden neben (wenn nicht noch vor) J.P. MORGAN und den ROCKEFELLERS.

1579 YG] DAZU *WALTER NIEDERBERGER* in: «Tages-Anzeiger», 7.4.2011: «Für BÜFFET ist der Fall umso peinlicher, als es ausgerechnet DAVID SOKOL betrifft, seinen designierten Nachfolger...»; vgl. auch die Bloomberg-Meldung in: «Financial Times Deutschland», 20.4.2011: «SOKOL war einst als Kronprinz BÜFFETS gehandelt worden. Doch im April mußte er seinen Hut nehmen: Er hatte privat Aktien von dem Chemieunternehmen *Lubrizol* gekauft und BUFFETT kurz darauf eine Übernahme der Firma empfohlen.» Der Name «Sokol» (= Falk) samt etlichen Abwandlungen fehlt in keiner Liste gebräuchlicher jüdischer Familiennamen. - Immerhin hatte BUFFETT «einen Teil des Portfolios von *Berkshire Hathaway*», nämlich die «Verwaltung des Wertpapierportfolios» bereits im Herbst 2010 dem bisherigen Hedge-Fonds-Manager TODD COMBS anvertraut, der damit als neue **RoTHSCHiLD**-Frontfigur engagiert war (vgl. *NORBERT KULS* in: «Frankfurter Allgemeine Zeitung», 27.10.2010).

1580 *LOUIS THOMAS MCFADDEN* (Pseudonym) in: «American Free Press», 20.&27.9.2010, S. 14.

SON, einer Nichtjüdin, die konvertierte. Nach jüdischem Gesetz ist JACOB ROTHSCHILD kein Jude.»[1581] Das gilt allerdings nur in den Augen der kleinen, orthodoxen bis ultraorthodoxen Minderheit, die echte Konversionen von Gojim zum Talmudismus als schlichtweg unmöglich erachtet. Bei den chassidischen Sektenoberhäuptern in New York und Jerusalem, die als die «geistliche» Gewalt neben, hinter und sogar noch über der Rothschildschen Geldmacht betrachtet werden müssen, wird indessen - zumindest nach außen hin - kein einziges Wort gegen den Londoner Geld«könig» laut. Und sein Pariser Großcousin EDOUARD DE ROTHSCHILD, ist im August 2010 sogar ganz offiziell dorthin «ausgewandert», wo viele Talmudokabbalisten in Bälde ihren Pseudomessias zu begrüßen hoffen: in das Land Israel. Freilich war er so klug, seine französische Staatsbürgerschaft zu behalten[1582] ...

Für HENRY MAKOW steht außer Zweifel, daß die RORTHSCHILDS die treibende Kraft hinter der PROTOKOLLARISCHEN «Neuen Weltordnung» sind, auch wenn er mit einer gewissen Berechtigung ihre pauschale Identifizierung mit «den» Juden in Frage stellt: «Das ROTHSCHILD-Bankensyndikat kündigte seine Absicht, die westliche Zivilisation über den Haufen zu werfen, nicht an. Es ging einfach hin und tat es. Die ROTHSCHILDS beanspruchen, das jüdische Volk zu repräsentieren, aber es hat niemals eine Abstimmung gegeben.»[1583]

Im Oktober 2010 konnte man im meistbeachteten Radio-Spätabend-Programm der USA *Coast to Coast*, dem rund 15 Millionen Hörer lauschen, eine kleine Sensation erleben: der jüdische Arzt Dr. LEONARD GEORGE HOROWITZ forderte «Juden und jedermann sonst dringend dazu auf, die *Protokolle der Weisen von Zion* zu lesen, weil er glaubt, daß sie eine boshafte ROTHSCHILD-Verschwörung gegen jedermann, einschließlich Juden, dokumentieren»[1584]! Die übrigen Massenmedien hüllten sich hinterher in peinlich berührtes Schweigen . . .

5) Die Rothschilds in London

Daß sie die Londoner City souverän beherrschen, wird für jeden, der überhaupt sehen kann und will, am völlig überdehnten Ausmaß der «britischen» Finanzwirtschaft deutlich. Dafür gibt es keine andere Erklärung. Wäre London nicht die Zentrale des weltweiten ROTHSCHILD-Imperiums, wäre sein historisches Bankenviertel, die City, geschäftlich längst auf ein normales Maß geschrumpft. Sechzig Jahre nach dem endgültigen Verlust aller britischen Kolonialbesitzungen gäbe es in und für London, in und für Großbritannien längst absolut keinen Bedarf und keinen Nährboden mehr für eine kraß überproportionale Geschäftstätigkeit auf dem Finanzsektor, die in manchen Bereichen das Zehn- und Zwanzigfache des eigentlich zu Erwartenden übersteigt!

Großbritannien zählt knapp 60 Millionen Einwohner. Das sind annähernd genausoviele Menschen wie in Frankreich oder Italien, aber weniger als drei Viertel der Einwohnerschaft Deutschlands, erheblich weniger als die Hälfte der Bewohner Japans, kein Fünftel der Bevölkerung der Vereinigten Staaten von Amerika und deutlich weniger als 1 Prozent der ganzen Menschheit. Man halte sich das immer wieder klar vor Augen, während man die folgenden, beinahe unglaublichen Fakten und Zahlenangaben auf sich wirken läßt:

1581 MAKOW a.a.O., S. 195. Auch JACOB ROTHSCHILDS Gattin SERENA DUNN ist lt. ebd. eine Nichtjüdin.

1582 Lt. «Lectures françaises» n° 642, Oktober 2010, S. 28.

1583 MAKOW a.a.O., S. 8.

1584 «American Free Press», 1.11.2010, S. 2.

* Die beiden «zentralen Handelsplätze für Öl und Gas» des ganzen Globus sind die *International Petroleum Exchange (IPE)* in **London** und neben ihr die *NYMEX* in New York (der *amerikanischen* ROTHSCHILD-Hauptstadt.. ,)[1585].
* 1999 waren 1,2 Millionen Menschen **in London** auf dem Finanzsektor tätig und erwirtschafteten «- je nach Abgrenzung - sieben bis zehn Prozent des britischen Sozialprodukts». Im selben Jahr wurden **in London** auf dem dortigen sogenannten Devisenmarkt *täglich* ca. 640 Milliarden $ umgesetzt, «etwa **ein Drittel des globalen Devisenumsatzes»[1586]!**
* Ebenfalls 1999 las man in der Presse: «Daß die City der wohl globalste Bankenplatz überhaupt ist, geht daraus hervor, daß dort **mehr amerikanische Banken als in New York** und **mehr japanische als in Tokio** ihre Niederlassungen haben.»[1587]
* Noch kein Jahrzehnt später, 2008, hieß es gar: «In der **City of London,** dem **größten Finanzplatz der Welt,** arbeiten rund **zwei Millionen** Menschen in dieser Industrie»[1588], die natürlich keine ist, sondern größtenteils aus purem Schmarotzertum besteht.
* **London** ist neben, wenn nicht noch vor New York die Welthauptstadt des Spekulantentums aller Schattierungen; im Jahre 2000 zählte die britische Hauptstadt 857 Fondsmanager an der Spitze ebensovieler Fonds, 113 Wertpapier-Handelshäuser (= Investment-Banken) und 3 637 Analysten.[1589]
* Ende 1999 war die **Londoner** Börse der **viertgrößte** Aktienmarkt der Welt nach den beiden Börsen von New York und derjenigen von Tokio. An fünfter Stelle lag Paris - worin sich die enorme Präsenz der ROTHSCHILDS auch dort spiegelte erst dann kam Frankfurt. Doch die sogenannte «Marktkapitalisierung» allein der Londoner Börse lag desungeachtet mit 2 855 Mrd. $ fast so hoch wie die der Aktienmärkte von Paris (1 502 Mrd. $) und Frankfurt (1 432 Mrd. $) **zusammengenommen![1590]**
* Bis 2007 war die *London Stock Exchange (LSE)* sogar auf den **dritten** Platz vorgerückt, ließ Tokio weit abgeschlagen hinter sich und verzeichnete mit über 10 Prozent des übrigens inzwischen um ein Mehrfaches gestiegenen (!) weltweiten Umsatzes eine weitaus regere Geschäftstätigkeit als die *Euronext* (Paris + Amsterdam + Brüssel + Lissabon!) und die *Deutsche Börse AG* in Frankfurt, die **alle zusammen** unter 10 Prozent blieben![1591]
* Ende 2010 hieß es: «. . . **60 bis 80 Prozent der Derivate** werden gegenwärtig auf dem Weg über die alten Banken der **City von London** gehandelt, was diefse] Aktivität jenseits der Reichweite der Gesetze der Vereinigten Staaten ansiedelt»[1592]. Das ist eine

[1585] *BICHLMAIER* a.a.O., S. 187.

[1586] *CREUTZ,* Das Geld-Syndrom ... a.a.O., S. 361; Hervorh. hinzugefügt. - Bei *MARSHALL* a.a.O., S. 359 fallen die Angaben bescheidener aus, was mit dem genannten Abgrenzungsproblem zusammenhängen dürfte. Doch auch er stellt den Stand des Jahres 1999 so dar: «London besitzt die aktivsten Finanzmärkte Europas. Allein in der Stadt arbeiten ungefähr 600 000 Menschen im Bereich Finanzdienstleistungen, das entspricht fast der Einwohnerzahl von Frankfurt am Main. Die britischen Devisenmärkte sind umsatzstärker als die in New York.»

1587 «]\[eue Zürcher Zeitung», 19.5.1999; Hervorh. hinzugefügt.

[1588] *DOHMEN* a.a.O., S. 197; Hervorh. hinzugefügt.

[1589] Lt. *NÖLTING* a.a.O., S. 126.

[1590] Lt. *MOTZKUHN* a.a.O., S. 18.

[1591] Lt. mir in Photokopie vorliegender Graphik des G/oòws-Instituts «Die Börsen der Welt - Weltweiter Börsenumsatz im Aktienhandel 2007 . . .» mit der Angabe «Quelle: World Federation of Exchanges».

[1592] *JEFFREY SMITH* in: «American Free Press», 27.12.2010, S. 9.

geradezu unglaubliche Zahl! Sie paßt aber perfekt mit allen verfügbaren Statistiken zusammen, die seit Jahren belegen, daß ganz wenige verdeckte US-ROTHSCHILD-Großbanken, die natürlich über beste Verbindungen zur Londoner Zentrale verfugen und in London mit riesigen «Tochterniederlassungen» vertreten sind, das Derivategeschäft in den USA zu — heute — weit über 90 Prozent für sich allein «gepachtet» haben[1593]. Schon am 31. Dezember 2003 hatten die drei verdeckten ROTHSCHILD-Riesen *JP Morgan Chase, Bank of America* und *Citibank* offene Derivatkontrakte über 36,8 bzw. 14,8 bzw. 11,1 Billionen $ in ihren Büchern stehen, zusammen also 62,3 Billionen $. Die 22 Banken mit den nächstgrößten offenstehenden Beträgen kamen **alle zusammen** bloß auf knappe 7,8 Billionen $, während die restliche vieltausendfältige Bankenwelt der USA sich lediglich mit nochmals insgesamt 3,3 Billionen $ am Derivatgeschäft beteiligte[1594]. Der ROTHSCHILD-Anteil betrug somit schon damals rund 85 %!

* Im Sommer 2010 erfuhr man aus der Finanzpresse, daß aktuell in der **Londoner City «80 Prozent** aller in Europa tätigen **Hedge-Fonds** beheimatet sind»[1595]!

Der «Wasserkopf» **London** bzw. «Londoner City» beschert unvermeidlicherweise auch dem ganzen Land «Großbritannien» im Finanzbereich fortwährend Wirtschaftsdaten, die ohne den übermächtigen ROTHSCHILD-Faktor unbegreiflich blieben:

* Schon 1995 stand Großbritannien für volle 30 Prozent des weltweiten Bruttoumsatzes auf den Devisenmärkten. Dahinter folgten die fünfmal größeren USA mit nur rund der Hälfte (16 %), das mehr als doppelt so große Japan mit nur einem Drittel (10 %) dessen[1596]! In jüngerer Zeit reicht der «britische» Anteil am Weltdevisenhandel sogar (2007) bis an ca. 40 % heran[1597].
* Ebenfalls 1995 betrug die «Börsenkapitalisierung in Relation zum Bruttosozialprodukt» in Großbritannien 128,4 Prozent und übertraf damit alle übrigen Staaten des Globus. Selbst die Schweiz, obwohl ebenfalls eine spezielle ROTHSCHILD-Domäne (vgl. Bd. 1/2), kam «nur» auf 116,2 Prozent, das an dritter Stelle liegende Amerika gar bloß auf 81,8 Prozent, während es «in Deutschland gerade mal magere 28 Prozent»[1598] waren!
* Im Jahre 2002 verzeichnete die Liste der 10 größten[1599] **börsennotierten** Konzerne *Europas* kein einziges deutsches Unternehmen, dafür aber **sieben** britische, darunter

1593 Vgl z B. *HODGSON BROWN* a.a.O., S. 237: «Nach Angaben der US-Bankenaufsichtsbehörde gab es Mitte 2006 fast 9 000 Geschäftsbanken und Sparkassen in den USA; jedoch 97 Prozent der von US-Banken gehaltenen Derivate waren in den Händen von nur fünf Banken konzentriert. An der Spitze der Liste standen *JP Morgan Chase* und *Citibank*», d.h. die beiden uralten **RorascHiLD**-Fronten!

1594 Vgl *CHANG*, The Shadow Moneylenders . . . a.a.O., S. IX, wo die Zahlen für die 25 ersten Banken einzeln aufgelistet sind, «jeweils aufgerundet zur nächsten Milliarde».

1595 *RUTHBERSCHENS* in: «Handelsblatt», 24.6.2010.

1596 Lt. *FRENKEL/GOLDSTEIN* a.a.O., S. 755 (Tabelle 8).

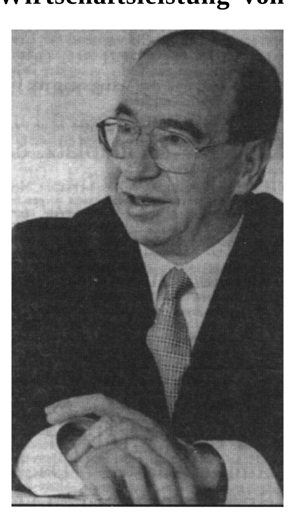
1597 vgl. *REISEGGER* a.a.O., S. 16 die entsprechende Tabelle und dort die Angabe für 2007.

1598 *BURY/SCHMIDT* a.a.O., S. 202. Vgl. auch *FRENKEL/GOLDSTEIN* a.a.O., S. 744 (Tabelle 5) mit den ganz ähnlichen Zahlen für das Vorjahr 1994. Zwar fehlt hier die Schweiz, dafür wird aber neben der «Marktkapitalisierung» auch der «Aktienumsatz» verzeichnet. Er betrug 1994 für Großbritannien atemberaubende 90,71 % des BIP, dahinter folgten weit abgeschlagen die USA mit 53,32 %, Frankreich (die *Pariser* **ROTHSCHILDS** lassen grüßen ...) mit 46,29 %, Kanada mit 29,32 %, Deutschland mit bloß noch 25,10 % und Japan mit 24,43 %!

1599 Gemessen an der damaligen «Marktkapitalisierung», d.h. Gesamtzahl der Aktien multipliziert mit dem damals aktuellen Börsenkurs.

natürlich die drei verdeckt Rothschildschen Öl-Giganten *BP Amoco* (Platz 1), *Royal Dutch* (Platz 5) und *Shell* (Platz lO)[1600]. Die Londoner ROTHSCHILD-Zentrale *N.M. Rothschild & Sons* selber, die alles andere unbarmherzig in den Schatten stellen würde, *kann* auf keiner Liste auftauchen, weil sie erstens *nie* börsennotiert *war* und zweitens als reines Familienunternehmen ihre «Unternehmensdaten» noch nie veröffentlichen *mußte,* die übrigens - gemäß einer bindenden Vereinbarung innerhalb der ROTHSCHILD-Familie - auch niemals veröffentlicht werden *dürfen* . . .

* Im Dreijahreszeitraum 2005-2007 hatten «die 17 größten Länder der *EU*» durchschnittlich 2,0 % ihres BIP «in amerikanische Wertpapiere investiert». Doch während die deutschen Investitionen in US-Papiere nur bei 0,3 % des BIP lagen, betrug das alle anderen aus dem Felde schlagende britische Engagement rund 15 % des BIP[1601]!
* GRANDT konstatiert in England für das Jahr 2009, ohne freilich tiefer über ihre Ursache nachzudenken, «eine Aufblähung der Bankbilanzen. So erreichte die Bilanzsumme britischer Banken fast 484 Prozent der Wirtschaftsleistung (Deutschland 317 Prozent; Euro-Raum 354 Prozent)»[1602]! Diese Aufblähung ist jedoch kein aktuelles Krisensymptom, wie GRANDT irrtümlich meint, sondern eine jahrzehntelange Konstante in den einschlägigen Statistiken und einzig den ROTHSCHILDS zu verdanken.
* In Wirklichkeit liegt freilich die reale Wirtschaftsleistung Großbritanniens noch sehr viel niedriger und folglich die Aufblähung der Bankbilanzen noch sehr viel höher, denn inzwischen (2008) «wird **ein Viertel der jährlichen Wirtschaftsleistung von Hedge-Fonds erzielt»[1603]** (!), die jedoch im wesentlichen nichts «leisten», sondern bloß schmarotzen. Wenn - zum Glück für die Briten - nicht im Inland, dann halt anderswo auf dem Globus...



Levene of Portsoken mit Signalen . . .

Im Jahre 1999 war der Lord Mayor, also der adelige Bürgermeister der Londoner City, ein gewisser Lord LEVENE OF PORTSOKEN, ausweislich seines Namens ein (zumindest eingebildeter) Sproß des altisraelitischen Stammes Levi. Im Zivilberuf fungierte er daneben als Vorsitzender der milliardenschweren Investment-Bank *Bankers Trust,* die zufälligerweise in jenem selben Jahr aus der ROTHSCHILD-Front *Morgan* herausgelöst und der ROTHSCHILD-Front *Deutsche Bank* angegliedert wurde. Wie die Presse weiter verriet, verfügte dieser ROTHSCHILD-Satrap über eine gediegene «Kenntnis der ehemals teilweise staatlichen Rüstungs-, Industrie- und Transportsektoren in Großbritannien», hatte er die doch «als ehemaliger Juniorminister in mehreren Kabinetten THATCHERS und als Berater ihres Nachfolgers MAJOR von innen gekannt» und «ihren Umbau zu erfolgreichen Aktiengesellschaften rrntoptraapnvJ 604, wnkP| man sich getrost etwas denken darf. . .

Weitere unübersehbare Hinweise auf London als Hauptquartier des globalen ROTHSCHILD-Imperiums liefern die vielzitierten, aber in ihrer eigentlichen Funktion wenig

1600 Lt. *MOTZKUHN* a.a.O., S. 14 (Tabelle); die Aufzählung der britischen Firmen aus der Tabelle im nachfolgenden Text (S. 15) vergißt merkwürdigerweise *Shell.*

1601 *MALTE FISCHER* in: «WirtschaftsWoche», 3.3.2008, S. 25.

1602 *GRANDT* a.a.O., S. 153.

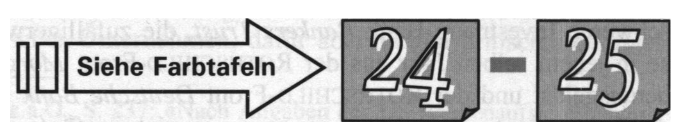
1603 *ARGENS* a.a.O., S. 54; Hervorh. hinzugefügt.

1604 «Neue Zürcher Zeitung», 19.5.1999.

begriffenen Steueroasen. Wenn die ROTHSCHILDS & Co. sie nicht unbedingt wollten, gäbe es sie vermutlich gar nicht. Weil sie aber zuletzt unliebsam ins Gerede gekommen waren, hat die *OECD* sie kürzlich allesamt - bis auf drei - abgeschafft . . . per Federstrich auf geduldigem Papier. Seitdem ist «bloße» Steuerfreiheit für Unternehmen aller Art in den Augen der *OECD* nämlich kein genügender Grund mehr, einen Ministaat oder einen sogenannten Finanzplatz amtlich als Steuerinsel oder Steueroase einzustufen! «Die *OECD* begründet dies damit, daß die Wahl des eigenen Steuersatzes in der Souveränität jedes einzelnen Staates liege. Nach ihrer Auffassung befinden sich auch alle Steueroasen außerhalb der *OECD*-Staaten, dabei [liegen] einige der beliebtesten . . . eindeutig mittendrin - das *Tax Justice Network [Netzwerk Steuer-Gerechtigkeit*] zählt aufgrund der dort ausgeführten Winkelzüge ebenfalls große Finanzplätze wie beispielsweise London [!], New York, Frankfurt und Zürich zu den Steueroasen.»[1605]

Die Londoner City als solche wird somit von Fachleuten schon den Steueroasen zugerechnet. Trotzdem bestehen dort natürlich noch einige «lästige» Einschränkungen, die nach Auffassung der ROTHSCHILDS & Co. die Profitabilität ihrer billionenschweren Geschäfte verringern würden - gäbe es da nicht noch viel schönere Ausweichmöglichkeiten. Das Interessante daran: die wichtigsten und von den ROTHSCHILDS augenscheinlich ganz vorrangig genutzten gehören allesamt zu Großbritannien - und müßten von daher eigentlich ohne Abstriche der dortigen Finanz-, Steuer- und Unternehmensgesetzgebung unterliegen. Daß sie es *nicht* tun, ist direkter Ausdruck der sozusagen schon «traditionellen» heimlichen ROTHSCHILD-Souveränität über Großbritannien, errungen und beständig aufrechterhalten auf dem Wege rein künstlicher «Staatsverschuldung»!

«So liegen die Kanalinseln nicht weit von der City of London, dem neben New York weltweit wichtigsten Finanzplatz. Jeden Morgen landen eine Vielzahl kleiner Flugzeuge auf Jerseys Flugplatz, daraus steigen die Geldmanager der City, abends fliegen sie wieder zurück.»[1606] Interessanterweise ist *N.M. Rothschild & Sons Ltd.* unter diesem Namen nicht bloß in London, sondern mit dem Zusatz «(C.I.)», also «*Channel Islands* - Kanalinseln» auch in genau diesen geographisch nächstgelegenen britischen Steueroasen vertreten, außerdem mit einer weiteren Holding-Gesellschaft namens *Rothschild Private Management (C.I.) Ltd.*[1601]



Es muß angenommen werden, daß die Hauptmasse der riesigen «flüssigen» und/oder rasch verfügbar zu machenden Vermögenswerte der ganzen großen ROTHSCHILD-Familie unter dem Dach dieser beiden von der Öffentlichkeit überhaupt nicht beachteten (Briefkasten-)Firmen lagert bzw. von dort aus zentral «verwaltet» wird. Die immerwährende.Vermehrung ihres Mammons, also das eigentliche «Kundengeschäft», betreibt die aus mehr als 150 Personen bestehende Sippe hingegen längst fast nur noch unter tausend und abertausend anderen, nichtssagenden Firmennamen, die in der Regel keinerlei Rückschlüsse mehr auf die tatsächlichen Eigentümer zulassen.

Von der Steuerfreiheit auf Jersey und weiteren britischen Kanalinseln (Guemsey, Isle of Man) profitieren die ROTHSCHILDS & Co. natürlich nicht erst seit gestern. Da sie den englischen Staat ja per Verschuldung längst in der Hand hatten, ließen sie halt die Steuergesetze so «beschließen» und von der Rechtsprechung so «auslegen», wie es ihnen paß-

1605 *QOHMEN* a.a.O., S. 141; dort steht irrtümlich «gehören» statt - wie von mir in Klammern eingefügt - «liegen».

1606 Ebd. S. 143.

1607 Vgl Rossa.a.O„ S. 27f (graphische Darstellung!.

te. Schon zu Beginn des 20. Jahrhunderts gab es, wie DOHMEN lakonisch formuliert, für diese internationalen Bankiers die ersten Gelegenheiten «grenzüberschreitender Steuervermeidung: Vermögende Engländer nutzten die im britischen Gesetz vorgesehene Unterscheidung zwischen Wohnsitz und Steuerdomizil, indem sie ihre Firmen beispielsweise auf Jersey ansiedelten. In den Zwanzigeijahren sorgten britische Richter für eine weitere Möglichkeit der Steuervermeidung für Personen, die sich internationale Mobilität leisten konnten. Sie entschieden, daß ein in Großbritannien eingetragenes Unternehmen von der Steuer befreit sei, solange der Vorstand seine Sitzungen im Ausland abhalte und die Geschäftstätigkeit ebenfalls vollständig im Ausland stattfinde.»[1608] Was hat das mit Jersey, Guernsey oder der Isle of Man zu tun? Die Inseln sind zwar «britisch», haben aber dennoch jede ihre *eigene* Regierung mit *eigenen* Steuer- (und anderen) Gesetzen und werden von daher als «Ausland» betrachtet. . . mit allen (steuerlichen) Folgen!

Zur *Durchführung* ihrer auf Zehntausende einzelner (Briefkasten-)Firmen verteilten *Geschäfte* in Billionenhöhe bevorzugen die ROTHSCHILDS und ihr Orbit ganz offensichtlich zwei weitere **britische** Besitzungen, diesmal allerdings viele Tausende Kilometer von der Londoner City entfernt: einmal die drei **Cayman-Inseln,** südlich von Kuba bzw. nordwestlich von Jamaika in der Karibik gelegen, von denen nur die größte, Grand Cayman, überhaupt bewohnt ist und die zusammen gerade mal 584 Quadratkilometer Fläche besitzen; sodann die rund 100 **Jungferninseln** *(British Virgin Islands)* ein wenig östlich von Puerto Rico, alle zusammen knappe 694 Quadratkilometer bedeckend, wobei nur die sechs größeren - spärlich - besiedelt sind. Daß die ansonsten völlig bedeutungslosen Eilande vorwiegend von diesen jüdischen Geldkönigen zwecks Verbergung ihrer Geschäfte und Profite genutzt werden, läßt sich neben ihrem «britischen» Charakter aus der schier unfaßbar hohen Zahl dort untergebrachter «Firmen» ersehen.

Auf den Jungferninseln, der weltweit größten Steueroase überhaupt, sind es rund 300 OOO[1609]. Die Cayman-Inseln dagegen haben es den Hedge-Fonds ganz besonders angetan. Genau 8 282 der rund 9 800 weltweit überhaupt bestehenden Hedge-Fonds hatten sich bis zum Herbst 2006 ausgerechnet *dort* registrieren lassen, 1997 waren es «erst» 1685 gewesen! Angeblich war die «Anweisung» zur reihenweisen Niederlassung aus der «Londoner City» gekommen . . ., und zwar, nachdem auf Grand Cayman 1993 ein spezielles Gesetz, das *Mutual Fund Law 1993,* in Kraft getreten war, das solche Registrierungen zu verlockenden Minimalbedingungen ermöglichte[1610]. Man kann die Zusammenballung der Hedge-Fonds auf den Cayman-Inseln gut begreifen, wenn man hört, was ihnen dort alles geboten wird: «Die Währungsbehörde dieser Karibik-Inseln, die *Cayman Islands Monetary Authority,* gewährt jedem dort registrierten Hedge-Fonds eine 100jährige Steuerfreiheit, schützt die Aktivitäten des Fonds hinter einer Mauer offiziel-

1608 *DOHMEN a.a.O.,* S. 145.

1609 Lt. ebd. S. 158. - Nach anderen Angaben hätte freilich Delaware Anspruch auf Rang 1. Vgl. *ULRIKE HENNING* in: «Humane Wirtschaft» Nr. 5 (September-Oktober) 2009, S. 21: «Obwohl sich BARACK OBAMA schon vor seiner Wahl zum US-Präsidenten als Gegner von Steueroasen profilierte, stand der US-Bundesstaat Delaware, bekannt als Sitz von ca. 620 000 Briefkastenfirmen, nicht auf der aktuellen Liste der *OECD* von 2009. Zur Unternehmensgründung ist auch in dem wirtschaftlich erfolgreichsten US-Bundesstaat kein Grundkapital erforderlich, ein Vorstand aus einer Person ist ausreichend, Vorstandssitzungen müssen nicht in Delaware stattfinden, ebensowenig besteht eine Publizitätspflicht.» - Daraus geht übrigens hervor, was weiter oben als Vermutung bereits geäußert wurde: es ist auch heute in den USA, zumindest in ihrem Bundesstaat Delaware, noch möglich, eine Bank *ohne* jegliches «Grund-» oder Eigenkapital zu gründen!

1610 *HODGSONBROWN* a.a.O., S. 384; vgl. ebd. S. 233.

ler Geheimhaltung, gestattet den Fonds, sich selbst regulieren zu können, und hindert andere Nationen an der Regulierung dieser Fonds.»[1611] Also ein wahres Dorado für die ROTHSCHILDS und ihre zahllosen Fonds!

Denn hinter jedem Hedge-Fonds steht - um es zu wiederholen - unweigerlich mindestens *eine* (Groß-)Bank, welche die Mittel für seine Großspekulationen in der Regel «leihweise» «bereitstellt»[1612]. Daß dies überwiegend die verdeckten ROTHSCHILD-Großbanken in New York und London sind, läßt sich erneut dem verfügbaren Zahlenmaterial entnehmen, dem zufolge nämlich «2005 die Hedge-Fonds für bis zu 50 Prozent der Transaktionen an den Börsen von New York und London verantwortlich» waren[1613]!

Natürlich gehören trotzdem längst nicht *alle* Briefkastenfirmen oder Hedge-Fonds den ROTHSCHILDS; sie sind auch nicht an *allen* beteiligt. Aber doch an einer so großen Zahl von ihnen, und zwar vor allem an den größeren und allergrößten, daß die Weltöffentlichkeit es auf keinen Fall erfahren darf. Neben der Steuerfreiheit liegt darum der höchste, ja ganz unschätzbare Vorzug der Steueroasen, die oft zugleich sogenannte «Regulierungsoasen»[1614] sind, darin, daß sie den ROTHSCHILDS und so manchen ihrer Konsorten ermöglichen, als Eigentümer der größten Vermögen des Globus unsichtbar zu bleiben. Ein - vermutlich die ROTHSCHILDS *nicht* betreffendes - Beispiel dafür, wie so etwas funktioniert, ist die in den USA tätige Firma *Séquoia Voting Systems*, ein Hersteller von notorisch manipulationsanfälligen elektronischen Wahl-Maschinen (sie!), die ja neuerdings überall an die Stelle der klassischen Wahlurnen treten. Als man sich im Frühjahr 2006 dafür interessierte, wem das Unternehmen denn eigentlich gehörte, stellte sich folgendes heraus: *Séquoia* war - seit dem Vorjahr - eine Tochtergesellschaft des **venezolanischen** Unternehmens *Smartmatic International.* Das wiederum gehörte einer **niederländischen** Firma. Die ihrerseits befand sich im Besitz einer Gesellschaft in **Curaçao,** einem niederländischen Steuerparadies vor der Küste Venezuelas. Letztere Gesellschaft hatte zu ihren Eigentümern eine Anzahl von ebenfalls in Curaçao ansässigen **Treuhandfirmen,** deren Anteile sich wiederum in der Hand von **«Strohmännern»** befanden, welche «anonyme Investoren» repräsentierten, von denen man lediglich - anhand *anderweitig* gewonnener *Indizien*! - **mutmaßen** konnte, daß sich unter ihnen «neben möglichen anderen» die beiden Venezolaner ANTONIO MUGICA und ALFREDO ANZOLA befänden[1615] ...

[1611] Ebd. S. 233.

[1612] Es erübrigt sich beinahe, in diesem Zusammenhang daraufhinzuweisen, daß das übliche flache Gerede von «Anlagegeldern», die von solchen Hedge-Fonds «verwaltet» würden, den wahren Tatbestand bewußt oder unbewußt verhüllt. Es handelt sich größtenteils um *frisch* **aus nichts geschöpfte** Milliarden«Äreii/7e» einer oder mehrerer Banken hinter dem jeweiligen Fonds, die dieser Fonds so «anzulegen» trachtet, daß dabei nicht nur die Bankzinsen, sondern auch noch hohe Gewinne auf eigene Rechnung herausspringen. Letzteres natürlich bloß, falls der Fonds *insoweit* bankenunabhängig sein sollte, denn andernfalls fällt auch diese zusätzliche «Rendite» der Bank als Muttergesellschaft zu. Die sogenannten «Anlagegelder» sind in beiden Fällen keine solchen etwaiger «Sparer», sondern solche **der Banken** und von ihnen überhaupt **nur zu diesem Zweck erzeugt** worden, wobei der Fonds *pro forma* die aus rechtlichen Gründen unumgängliche Rolle des «Kreditnehmers» spielt...

[1613] *HODGSONBROWN* a.a.O., S. 384.

[1614] Vgl. *ULRIKE HENNING* in: «Humane Wirtschaft» Nr. 5 (September-Oktober) 2009, S. 19: «Fachleute unterscheiden zwischen Regulierungs- und Steueroasen, wobei viele der so bezeichneten Territorien beides sind.»

[1615] Alles lt. *CHRISTOPHER BOLLYN* in: «American Free Press», 10.4.2006, S. 11.

Es gibt aber noch ein Gebiet, auf dem sich die Tatsache bemerkbar macht, daß - trotz aller Steueroasen - London zumindest die weltweite Schaltzentrale des ROTHSCHILD-Imperiums ist und bleibt, also jener Ort, an dem über die großen Geschäfte *entschieden* und ihre anschließende Durchführung an die jeweils geeignetsten Strohmänner und Frontinstitutionen überall auf dem Globus *delegiert* wird. Dieses Gebiet ist - die Staatsverschuldung! Mitte der 1990er Jahre fand in London beispielsweise «mehr Geschäft in DM-Anleihen und Bund-Futures [= deutsche Staatsanleihen] statt als an den Heimatmärkten in Deutschland»[1616]! Woraus man ableiten kann, bei wem unsere (künstlichen!) Staatsschulden vorrangig liegen: bei den ROTHSCHILDS und ihrem Orbit in der City. Dasselbe gilt aber auch für die USA. 2005 hielt «Großbritannien» US-Staatsanleihen «von fast drei Billionen Dollar, das ist fast dreimal soviel, wie Länder wie Frankreich oder Japan halten»[1617]! Und bemerkenswerterweise ist Japan bzw. neuerdings China als Gläubiger der USA in aller Munde, der Super-Gläubiger Großbritannien jedoch überhaupt nicht, Frankreich ebensowenig. Die ROTHSCHILDS scheuen nun mal in solchen Dingen das Licht der Öffentlichkeit. . . Um ihm zu entgehen, lassen sie offenbar sogar die Zahlen fälschen, daß es nur so kracht. So wäre etwa laut ANDREAS ARGENS, der einer solchen «Ente» aufgesessen ist, Ende 2008 Großbritannien zwar immer noch der ‚drittgrößte' (statt der mit Riesenabstand größte) ausländische Kreditgeber der US-Regierung gewesen, das aber nur mit schäbigen «338,4 Milliarden US-Dollar»[1618], eine Zahl, die auf jeden Fall femab jeder Realität liegt, beträgt sie doch kaum mehr als ein Neuntel der vorgenannten Schätzung von Experten, die diesen speziellen «Markt» fortlaufend so genau beobachten, wie überhaupt möglich!

Vom *Pariser Club,* der sich hingebungsvoll mit der äußerst einträglichen, ewigen Umschuldung der Staatsanleihen für Entwicklungsländer befaßt, war schon die Rede. Von seinem Gegenstück jenseits des Ärmelkanals, dem *Londoner Club,* der sogar ausdrücklich aus einer «Reihe von Privatbanken»[1619] (!) besteht, noch nicht. Es müßte eigentlich dem Dümmsten auffallen, daß beide elitären Gläubiger-Clubs, die nur ganze Staaten zu ihren «Schuldnern» zählen, praktischerweise in den beiden nach 1945 verbliebenen ROTHSCHILD-Hauptstädten des Globus angesiedelt sind ...

1616 *BURY/SCHMIDT* a.a.O., S. 207; die Autoren interpretierten das jedoch irrigerweise als Zeichen dafür, daß hierzulande nicht genügend «innovatives Wachstum» erzeugt werde!

1617 «PHI-Auslandsdienst», 29.4.2006, S. A81f; als Quelle für dieses Faktum angegeben war: «Bond Market Association, Holders of Treasury Securities: Estimated Ownership of U. S. Public Debt Securities», woraus hervorgeht, daß die ungeheuerliche Zahl sich wirklich und tatsächlich nur auf US-Staatsschulden bezieht.

1618 *ARGENS* a.a.O., S. 188; es wurde schon weiter oben daraufhingewiesen, daß auch die an derselben Stelle kolportierten, entsprechenden Zahlen für China und Japan mit desselben Autors weiteren Angaben zu China auf derselben Seite nur drei Absätze weiter völlig unvereinbar sind! - *GRANDT* a.a.O., S. 212 fuhrt in ähnlicher Weise als die «bisherigen Hauptabnehmer» von US-Staatsanleihen «1. China, 2. Japan, 3. Großbritannien,...» auf, ohne jedoch konkrete Zahlen zu liefern. Offenbar werden hier - zwar ungewollt, aber leichtfertig-unkritisch - die üblicherweise massenmedial gestreuten Desinformationen weitergegeben.

1619 YGI *REINHARD NIXDORF* in: «Die Tagespost», 7.2.2009: «Bisher gibt es kein formelles Insolvenzverfahren und keinen internationalen Gerichtshof, der ein Insolvenzrecht im Falle eines Staatsbankrotts durchsetzen könnte. . . . Ein Beispiel ist der *Pariser Club,* der zwischen Geberstaaten und Schuldnerländem vermittelt. Eine Reihe von Privatbanken haben sich als Gläubiger im sogenannten *Londoner Club* organisiert. Von daher liegt es letzten Endes im Ermessen des Gläubigers, ob ein Land wirklich insolvent wird, oder nicht.»

Eine weitere Ungeheuerlichkeit, über welche die gesamte Weltmedienmafia seit nunmehr einem ganzen Jahrzehnt schweigt wie ein Grab, ist die Aufteilung der Anteile an der *Europäischen Zentralbank.* Großbritannien hat sich bekanntlich, warum auch immer[1620], bis heute an der Europäischen Währungsunion *nicht* beteiligt und den Euro *nicht* eingeführt. Die wirtschaftlichen bzw. finanziellen Schwergewichte der Eurozone sind Deutschland, Frankreich und Italien. Wer aber verfügt über ein **dickes Sechstel,** nämlich **volle 17** %, der Anteile an der *EZB*? Nun, ausgerechnet die inzwischen auch formal wieder «unabhängige» *Bank von England,* angeblich bloße Hüterin des britischen Pfunds[1621]! Und wer beherrscht seit fast zwei vollen Jahrhunderten die *Bank von England*? Das internationale Bankhaus ROTHSCHILD. Wer beherrscht also die *EZB*? Die Frage stellen, heißt, sie beantworten.

Im Mai 1999 besuchte der schon vorgestellte jüdische Lord-Bürgermeister der Londoner City die Schweiz. Die gehörte zwar - und gehört bis heute - der Eurozone ebensowenig an wie England. Das hinderte Lord LEVENE aber nicht daran, in einer Rede vor der Britisch-Schweizerischen Handelskammer zu beteuern, «obwohl Großbritannien bei der Euro-Zone noch „out" sei, sei der Finanzplatz der City of London sehr „in" und helfe, den Euro zu dem Erfolg zu machen, der er in den ersten fünf Monaten war»[1622]. Wir verstehen jetzt besser, was er damit meinte, nicht wahr?

6) Die FED als Rothschild-Organ - ihr Aufbau

Noch viel bedeutsamer als die *EZB* war und ist jedoch für die ROTHSCHILDS das US-amerikanische *Federal Reserve System. Wie* die *FED* den amerikanischen Staat - und nicht bloß ihn! - verschuldet, ist schon gezeigt worden. Jetzt wollen wir Zug um Zug tiefer hinter die Kulissen blicken. Immerhin war und ist die US-Notenbank die wichtigste der Welt und daher auch das wirksamste Werkzeug in den Händen der ROTHSCHILDS und ihres Orbits zur Beförderung ihrer PROTOKOLLARISCHEN Ziele.

Es ist wenig bekannt, daß das seit 1914 aktive *Federal Reserve System* lediglich ein bereits sehr ähnlich strukturiertes Nationalbanken-System ablöste. Entgegen dem, was vielerorts zu lesen steht, war daher das eigentliche «Verbrechen» des US-Kongresses vom Dezember 1913 gar nicht so sehr die Schaffung der *FED* als solcher, sondern die darin zum Ausdruck kommende Fortschreibung und Perfektionierung des bereits vorhandenen **Schuldgeldsystems.**

Am Vorabend der Gründung der *FED* sah das System so aus: Es gab drei Klassen von Banken. 1) Die Banken der drei Großstädte New York, Chicago und St. Louis hießen **«Zentrale Reserve-Banken»** und dominierten die ganze US-Bankenwelt. 2) 47 weitere amerikanische Großstädte galten als «Reserve-Städte» und die dort ansässigen Banken als **«Reserve-Banken».** 3) Sämtliche übrigen Banken waren **«Nicht-Reserve-Banken».**

1620 Unbedingt anzunehmenderweise nur mit gnädiger «Erlaubnis» der ROTHSCHILDS, denen - zumal in London - der Fortbestand einer gesonderten Währung namens Britisches Pfund vielfache Möglichkeiten zu Devisen-, Zins- und sonstigen Spekulationen offenhält, die ansonsten ersatzlos wegfielen...

1621 Ygi prof *PAOLO FRANCESCHETTI* in: «Chiesa viva», Juni 2009, S. 19: «La cosa che salta agli occhi è che la Banca d'Inghilterra ha il 17 per cento del capitale della BCE. Ma l'Inghilterra è fuori dall'Euro, quindi non ha senso che una nazione straniera fuori dal circuito dell'Euro possa controllare i destini dei paesi dell'area Euro.» Nein, vordergründig hat das sicherlich keinen Sinn. Aber unter PROTOKOLLARISCHEN Vorzeichen war es ein durchaus zu erwartender, ja für die «fünfte Gewalt» beinahe unabdingbarer Schachzug.

1622 «ivfeue Zürcher Zeitung», 19.5.1999.

Diese letzteren mußten auf ihre aus nichts geschöpften Kredite 15 % «Reserve» halten, wovon sie aber 60 % gegen 2 % Zinsen an die Reserve-Banken ausleihen durften. Die wiederum mußten auf ihre aus nichts geschöpften Kredite 25 % «Reserve» halten, wovon sie aber 50 % gegen 2 % Zinsen an die Zentralen Reserve-Banken ausleihen durften. Diese Augenwischerei bedeutete in der Praxis, daß die **tatsächlich** verfügbare «Reserve» der allermeisten, nämlich der Nicht-Reserve-Banken, nur 6 %, und die «Reserve» der Reserve-Banken lediglich 12,5 % ihrer «Kredit»-«Einlagen» betrug[1623]. Immerhin sammelte sich durch diesen schlau erdachten Mechanismus das **Gold,** das ja ab 1900 den Dollar komplett «decken» mußte, weitgehend in den ganz wenigen Zentralen Reserve-Banken an, und wem **die** gehörten, kann gar nicht zweifelhaft sein: den ROTHSCHILDS bzw. ihren Frontmännern.

Das *Federal Reserve System* erhöhte nun die Zahl der «Reserve-Städte» auf zwölf, zufälligerweise oder nicht auch die Zahl der Stämme Israels. In jeder dieser Städte (mit der amtlichen Reihenfolge: Boston, New York, Philadelphia, Cleveland, Richmond, Atlanta, Chicago, St. Louis, Minneapolis, Kansas City, Dallas, San Francisco) gibt es aber nur eine einzige *Federal Reserve-B&vAt,* und die ist jeweils bloß eine Zweigniederlassung des gesamten, ja ausdrücklich so bezeichneten «Systems». Jeder der zwölf F£Z)-Niederlassungen ist ein eigener Distrikt zugewiesen; die zwölf Distrikte decken die gesamte Staatsfläche der USA einschließlich Alaskas und Hawaiis ab[1624].

Um diesem rein privat organisierten Netzwerk in harmlos-raffinierter Weise einen regierungsamtlichen Anstrich zu verleihen, vielleicht aber zugleich aus zahlenkabbalistischen Gründen, ist das **«dreizehnte»** Element der in der US-Hauptstadt Washington, D.C. angesiedelte Gouverneurs-Vorstand.

Wem gehört nun die *FED1* Darüber ist von verschiedenen Seiten viel Unsinn verbreitet worden. Die ROTHSCHLLD-hörige Medienmafia erweckt nicht bloß regelmäßig den *Eindruck,* sie gehöre «der US-Regierung», sondern *behauptet* das auch nicht selten mehr oder weniger ausdrücklich. Der VZZ-Wirtschaftskorrespondent WALTER MEIER entledigte sich z.B. 2006 dieser delikaten «Aufgabe», indem er die *FED* als «Bankenaufsichtsbehörde»[1625] bezeichnete, obwohl ihm bestens bekannt sein dürfte, daß es **private** «Behörden» gar nicht gibt! Kritische Autoren, von der zunehmend beunruhigten Medienmafia geifernd als «Verschwörungstheoretiker» verschrien, sind leider bisweilen schlecht informiert und verhelfen längst als solchen aufgedeckten Falschinformationen zu erstaunlich zähem Leben[1626], oder begnügen sich mit bloßen Mutmaßungen von zweifelhafter Güte[1627]. Dabei lag der Sachverhalt vordergründig eigentlich schon immer klar zutage:

[1623] Alles lt. *LINDBERGH* a.a.O., S. 30.

1624 Ygj *WALTER MEIER,* Ein vertiefter Blick auf die amerikanische Notenbank, in: «Neue Zürcher Zeitung», 7./8.10.2006.

[1625] Ebd.: «Das *Federal Reserve System,* das mit einem Kongreßbeschluß 1913 primär als Bankenaufsichtsbehörde ins Leben gerufen wurde ...»

[1626] So zitiert etwa *REISEGGER,* Wege aus dem Globalisierungschaos ... a.a.O., S. 53 Anm. 49 immer noch eine bereits vor Jahrzehnten von Desinformanten in die Welt gesetzte Liste von gerade einmal zehn sämtlich *jüdischen* Bankhäusern, darunter sechs, die gar nicht in den USA residieren, und mindestens drei, die unter dem genannten Namen nie existiert haben oder längst nicht mehr existieren; da hilft es auch nichts, wenn er von diesem Phantasiegebilde lediglich behauptet, es handele sich um die «den bestimmenden Einfluß ausübenden Banken».

[1627] Z.B. *WOLFGANG FREISLEBEN,* Die Geheimnisse der US-Notenbank, in: «Zeit-Fragen», 3.1. 2008, Weltnetzausgabe (www.zeit-fragen.ch): «Heute wird kolportiert - aber offiziell nicht bestätigt -, daß die ROCKEFELLER-Bankengruppe gegenwärtig 22 Prozent der Aktien der *Federal Reserve Bank of New York* und 53 % der Anteile am gesamten *Federal Reserve System* hält. Die *Bank of Japan* als größter Käufer von US-Staatsanleihen hält angeblich 8 %. Den rein ame-

Die ***FED*** gehört ***rein formal*** Tausenden von privaten US-Banken gemeinsam. Welche das im einzelnen sind und wie hoch ihre jeweilige Beteiligung ist, kann man sogar einem (freilich nur auf spezielles Ersuchen . . .) öffentlich zugänglichen Register entnehmen! Wir kommen noch dazu.

Einzelne gesetzliche Bestimmungen haben sich immer wieder geändert, tun aber auch nichts zur Sache. Im Jahre 1935 galt folgendes: «Jede Mitgliedsbank muß Anteile an der Zentralbank ihres eigenen Distrikts in Höhe von 6 % des Betrags ihrer ausstehenden Stammaktien erwerben. Wenn eine Bank z.B. 1 Million $ ausstehendes Stammkapital hat, muß sie Anteile für 60 000 $ an der ***Central Federal Reserve-***Bank ihres speziellen Distrikts kaufen.»[1628] Diese Vorschrift führt logischerweise dazu, daß die ***größten*** Geschäftsbanken auch die ***größten*** Anteile an den zwölf F££)-Banken halten.

Was Fr. COUGHLIN hier «ausstehendes Stammkapital» (***outstanding capital stock)*** nannte, bezeichnete der - übrigens jüdische - Direktor für Forschung und Statistik im FED-Vorstand EMMANUEL A. GOLDENWEISER in einem Antwortbrief an den Kongreßabgeordneten JERRY VOORHIS vom 14. Februar 1940 als «Eigenkapital und Überschuß» ***(their own capital and surplus)*** und präzisierte, von der gesetzlich geforderten sechsprozentigen Beteiligung an der jeweiligen Distrikts-F£D seien «3 Prozent einbezahlt worden» während die fehlenden 3 Prozent «auf Abruf» stünden. Im übrigen bot er höflich an: «Wenn Sie es wünschen, werde ich Ihnen mit Freuden eine Liste der annähernd 6 300 Banken, die dem ***Federal Reserve System*** angehören, und ihrer Anteile am ***Federal Reserve***-Kapital zukommen lassen.»[1629]

Der Beitritt zum ***FED-***System war für die Nationalbanken zwingend, den anderen, durchweg kleineren Banken hingegen freigestellt. Und obwohl Fr. COUGHLIN 1935 meinte, ungeachtet dessen sei es inzwischen «praktisch unmöglich für eine bloß einzelstaatlich zugelassene Bank [State bank], außerhalb des Systems zu bleiben»[1630], teilte die ***FED*** selber in ihrer schon ausgiebig zitierten Broschüre von 1939 auf S. 18 mit, es seien am 31. Dezember 1938 genau 5 244 Nationalbanken und 1 114 einzelstaatlich zugelassene Banken Mitglieder der ***FED*** gewesen, während «es über 8 000 andere einzelstaatlich zugelassene Banken und Treuhandgesellschaften gab, die dem System nicht angehörten»[1631]. Diese letzteren waren natürlich trotzdem ins System eingebunden, denn alle regionalen oder lokalen Banken, «die nicht Mitglied des Zentralbanksystems sind, halten ihre Reserven bei einer der Mitgliedsbanken»[1632]. Außerdem repräsentierten sie trotz ihrer Überzahl nur einen kleinen Bruchteil des «Einlage»kapitals der Mitgliedsbanken. So besaßen die «mehr als 6 000 Mitgliedsbanken im ***Federal Reserve System»*** im Jahre 1964 «85 Prozent der Einlagen in den 14 000 Banken in den Vereinigten Staaten»[1633], was

rikanischen Banken insgesamt werden Anteile von 66 %, den alten europäischen Bankhäusern 26 % (darunter 10 % ROTHSCHILD-Banken) zugeschrieben.» - Die beiden letzteren Angaben sind auf jeden Fall Unfug, weil schon rein rechtlich *überhaupt keine* ausländische Bank oder gar Zentralbank an der US-Notenbank förmlich *beteiligt* sein kann!

1628 *COUGHLIN,* Money ! Questions and Answers ... a.a.O., S. 45f.

1629 Zit. n. *VOORHIS* a.a.O., S. 153, wo der ganze Brief dokumentiert ist.

1630 *COUGHLIN,* Money ! Questions and Answers ... a.a.O., S. 46.

1631 Zit. n. *ADAMS* a.a.O., S. 17f: «On December 31, 1938, the membership comprised 5,224 National banks and 1,114 State banks. There were over 8,000 other State banks and trust companies that did not belong to the system.»

1632 *ROTHBARD* a.a.O., S. 73 Anm. 29. Das galt übrigens zum Zeitpunkt dieser 4. Aufl. von *ROTHBARDs* Buch längst nicht mehr, ist aber darin unkorrigiert stehengeblieben.

1633 *WRIGHT PATMAN,* The ABC's of America's Money System. Speech in the House of Representatives, Monday, August 3, 1964 (Congressional Record. Proceedings and Debates of the 88th

umgekehrt bedeutet, daß die knapp 8 000 Nichtmitgliedsbanken bloß 15 Prozent der «Einlagen» (d.h. «Kredite») aus nichts geschöpft hatten!

Seit der gesetzlich vorgeschriebenen strikten Trennung von Geschäfts- und Investmentbanken von 1934[1634], die erst 1999 wieder aufgehoben wurde, blieben allerdings die Investmentbanken, die ja auch selber gar keine «Kredite» schöpfen, von der Beteiligung an der F£D ausgeschlossen. Daher zählten US-Investment-Großbanken wie *Morgan Stanley, Merrill Lynch, Goldman Sachs* oder *Lehman Brothers,* die auch nach 1999 reine Investment-Institute blieben, noch 2003 selbstverständlich *nicht* zu den Anteilseignem der *FED*[ms].

Es geht zwar leider aus der von mir gesichteten umfangreichen Literatur nirgends hervor, doch möglicherweise ist irgendwann um das Jahr 1970 herum die gesetzliche Einteilung in «Nationalbanken» einerseits und «übrige» Institute andererseits als obsolet aufgehoben worden. Anders läßt sich kaum erklären, daß im Laufe der 1970er Jahre Hunderte von Banken, darunter offenbar auch viele bedeutendere, ihren Austritt aus der *FED* erklärten. Warum sie es taten, bliebe noch zu erforschen. Jedenfalls wurde diese Entwicklung ab 1978 für die ROTHSCHILDS in zunehmendem Maße beunruhigend[1636]. Ein neues Gesetz mußte her. «Also verabschiedete der Kongreß 1980 den *Monetary Control Act {Währungskontrollgesetz),* der der *Federal Reserve* die Kontrolle sämtlicher Geldinstitute übertrug, gleichgültig, ob die Banken vorher Mitglieder des Systems waren oder nicht.»[1637] Seitdem herrscht daher 1 OOprozentige Zwangsmitgliedschaft!

Aus den Gewinnen, welche die *FED* erwirtschaftet, zahlt sie ihren Mitgliedsbanken heute eine garantierte Jahres-Dividende von 6 Prozent[1638]. Trotzdem handelt es sich bei

Congress, Second Session) [Die Grundzüge von Amerikas Geldsystem. Rede im Abgeordnetenhaus von Montag, 3. August 1964 (Kongreß-Aufzeichnungen. Tagesordnungen und Debatten des 88. Kongresses, Zweite Sitzungsperiode)], Sonderdruck (Faksimile-Nachdruck d. Sonderdrucks, Palmdale, CA o.J.), S. 3.

1634 Auch dieses Gesetz (der sog. *Glass-Steagall Act),* das den Eindruck erweckte, die Banken wesentlich schärfer zu regulieren als zuvor, war ein gutes Stück weit bloße Fassade. Lt. *ROCKEFELLER* a.a.O., S. 187 «durften amerikanische Handelsbanken nicht an inländischen Investmentbankgeschäften teilhaben. Allerdings durften sie es durch die Bestimmungen des *Edge Act* von 1919 im Ausland», und das heimliche **RoTHSCHLLD**-Geldhaus *Chase Manhattan Bank* machte denn auch unter seinem neuen Vizepräsidenten *DAVID ROCKEFELLER* erstmals 1952 von dieser Umgehungsmöglichkeit Gebrauch.

1635 Vgl. *ROSS* a.a.O., S. 64-67, wo die Investmentbanken restlos fehlen. -*BANDULET* a.a.O., S. 103 stellt zwar fest, *GOLDMAN SACHS* zähle ‚seines Wissens' *nicht* «zum Kreis der FED-Aktionäre», scheint aber den Grund dafür nicht zu kennen. Übrigens dürfte *Goldman Sachs* seit kurzem nun doch FED-Mitglied sein, weil es sich aus taktischen Gründen inzwischen eine Geschäftsbanken-Abteilung zugelegt hat!

1636 vgl. *A. RALPH EPPERSON,* Die unsichtbare Hand. Der Einfluß geheimer Mächte auf die Weltpolitik, Rottenburg 2006 (Übersetzung d. amerikan. Originalausgabe von 1985), S. 180f. Die dort nur scheinbar zuverlässig zitierten Zahlen sind in sich kraß widersprüchlich, was dem Autor leider entgangen ist. Man vergleiche nur die Angabe «Allein im Jahre 1977 stiegen 15 größere Banken mit Gesamteinlagen von über 100 Milliarden Dollar aus» mit derjenigen wenige Zeilen später: «. . . im Dezember 1979 teilte ihr [der *FED]* Vorsitzender PAUL VOLCKER . . . mit, daß „... innerhalb der letzten vier bis fünf Jahre etwa 300 Banken mit Einlagen von 18,4 Milliarden Dollar die *Federal Reserve* verlassen haben."» Wenn der *FED* schon **allein 1977** Banken mit **über 100 Mrd.** $ Einlagen Ade sagten, können es unmöglich im ganzen Fünfjahreszeitraum **1975-1979** lediglich Banken mit **18,4 Mrd.** $ Einlagekapital gewesen sein!

1637 Ebd. S. 181.

1638 Lt. *WALLACE/CLARK* a.a.O., S. 102; *GRANDT* a.a.O., S. 33f; auch *WALTER MEIER* a.a.O. - Seit wann genau diese garantierten 6 Prozent gezahlt werden, war für mich nicht eruierbar. In einem

der *FED* um keine normale Aktiengesellschaft, denn die Mitgliedsbanken als solche verfugen über *kein* «normales Stimmrecht»[1639], d.h. sie können «nicht die üblichen Kontrollfunktionen und Vermögensrechte eines Aktionärs ausüben»[1640]! Das können nur ganz wenige von ihnen, und zwar gemäß *ungeschriebenen* Gesetzen ... Ehe wir aber enthüllen, wer das im einzelnen ist, sehen wir uns die Machtstruktur innerhalb der *FED* noch etwas genauer an.

Das System zählt zwar zwölf Niederlassungen, doch wie einer seiner intimen Planer, der übrigens nichtjüdische US-Magnat FRANK VANDERLIP 1935 in seiner Autobiographie schließlich einräumte, hatte diese scheinbare Aufteilung der Macht nie reale Bedeutung gehabt: «Das Gesetz, so wie es in Kraft gesetzt wurde», sagte er, «sah zwölf Banken statt einer einzigen vor,... doch die Absicht des Gesetzes war es, die zwölf durch den *Federal Reserve-V*orstand in Washington zu koordinieren, so daß sie faktisch als eine Zentralbank fungieren würden.»[1641]

Jede der zwölf regionalen F£Z)-Banken wird von einem neunköpfigen Direktorenvorstand geleitet. Von den neun Direktoren sind jeweils drei Vertreter der Banken und drei weitere Vertreter des Publikums; diese sechs werden von den Mitgliedsbanken des betreffenden F£D-Distrikts gewählt. Die drei übrigen jedoch werden vom Gouverneursvorstand in Washington ernannt, und nur aus diesen dreien können der Vorsitzende (Präsident) und Vizevorsitzende (Vizepräsident) der regionalen FFD-Niederlassung «gewählt» werden.[1642] In Wirklichkeit, sagt jedoch SUTTON, haben jene jeweils drei von neun Direktoren, die eigentlich das breite Publikum vertreten sollten, «*nie* die Bürger vertreten»; stattdessen ist es vielfach geübte Praxis, daß ein Direktor, der in einer ersten Amtsperiode die Banken repräsentiert hat, in einer anschließenden Amtsperiode als Repräsentant des Publikums weiterfungiert[1643] .. .

Die sieben Mitglieder des Gouverneursvorstands in Washington hingegen werden vom US-Präsidenten ernannt und vom US-Senat (jedoch unter Übergehung des fünfmal so großen Repräsentantenhauses ...) bestätigt. Diese in der Realität nahezu bedeutungslose, aber psychologisch sehr schlau erdachte Bestimmung im *FED*-Gesetz ist es denn auch vor allem, die so wirkungsvoll den Eindruck von «Staatlichkeit» erweckt. Zwei der sieben Gouverneure, deren (im Prinzip einmalige) Amtszeit volle 14 Jahre beträgt, wobei die Ernennungszeitpunkte gestaffelt sind, damit kein US-Präsident sie alle zugleich ernennen kann, werden zudem auf jeweils nur vier Jahre zum Vorsitzenden (Präsidenten) und Vizevorsitzenden (Vizepräsidenten) des Vorstands ernannt.[1644]

Das hauptsächliche Ausführungsorgan der *FED*, ihr Offenmarktausschuß, zählt wiederum zwölf Mitglieder. Der Ausschuß besteht aus dem gesamten Gouverneursvorstand, dem jeweiligen Präsidenten der *FED* von New York, der geborenes Mitglied ist, sowie vier weiteren Präsidenten anderer F£X)-Niederlassungen, die sich aber gemäß dem Rotationsprinzip alljährlich[1645] abwechseln müssen.[1646]

frühen Entwurf des *Federal Reserve-Gesetzes* von 1910 hatte man (lt. *GRIFFIN* a.a.O., S. 441) die Dividende für die Mitgliedsbanken auf höchstens 4,5 % beschränken wollen.

1639 *HODGSON BROWN* a.a.O., S. 195; die Autorin meint zwar einschränkend, das sei «heute» der Fall; in der gesamten Literatur findet sich aber kein Hinweis darauf, daß die Mitglieder *jemals* normale Stimmrechte besessen hätten.

1640 *WALTER MEIER a.a.O.*

1641 Zit. n. *GRIFFIN* a.a.O., S. 439.

1642 Lt. ebd. S. 590.

1643 ***sutton*** a.a.O., S. 139f.

1644 Lt. *GRIFFIN* a.a.O., S. 590.

1645 Dieses Detail lt. *WALTER MEIER* a.a.O.

Infolge dieser Leitungsstruktur liegt die eigentliche Macht der *FED* in Washington und New York, während die übrigen elf F£D-Regionalbanken keinen wirklichen Einfluß haben. Tatsächlich lag die eigentliche Macht von allem Anfang an überhaupt *nur* im amerikanischen Bankenzentrum New York. Amtlich bestätigt, wiewohl nur in diplomatisch verbrämter Ausdrucksweise, wurde das noch 1976 durch den *Banken- und Währungsausschuß* des Abgeordnetenhauses des US-Kongresses in seinem abschließenden Untersuchungsbericht *Federal Reserve Directors: A Study of Corporate and Banking Influence [Die Direktoren der Federal Reserve: Eine Untersuchung zum Unternehmens- und Bankeneinfluß].* Darin hieß es wörtlich: «Es bleibt festzuhalten, daß die Direktoren der *Federal Reserve* offensichtlich Vertreter einer kleinen elitären Gruppe sind, die den größten Teil des Wirtschaftslebens dieser Nation beherrscht.»[1647]

Ginge alles mit rechten Dingen zu, sähe das natürlich ganz anders aus. Auf dem Papier sind nämlich sämtliche Mitgliedsbanken der *FED* im ganzen Land gleichberechtigt: alle, die kleinsten wie die größten, verfügen nur über je eine gleich gewichtige Stimme[1648]! Aber das war und ist reine Theorie. ‚Gesetze sind dazu da, übertreten zu werden', mögen sich die ROTHSCHILDS gedacht haben, und mit welcher unglaublichen Dreistigkeit sie nunmehr fast ein Jahrhundert lang dieser Devise gefolgt sind, werden wir noch oft genug sehen.

Es begann gleich mit dem ersten Präsidenten der angeblich bloß «regionalen» *FED* von New York. BENJAMIN STRONG war Präsident der *Bankers Trust Company,* eines Bankhauses der MORGAN-Gruppe, und somit ein ROTHSCHILD-Frontmann gewesen, in dieser Eigenschaft überdies einer der Redaktoren des FED-Gesetzes von 1913. Man machte ihn denn auch sogleich zum ersten Vorsitzenden der New Yorker F£Z)-Niederlassung, wo er, wie FERDINAND LUNDBERG 1937 schrieb, «das Währungssystem des Landes nach dem Belieben von Direktoren manipulierte, welche die führenden New Yorker Banken repräsentierten. Unter STRONG wurde das *Reserve System,* ohne daß die Nation etwas davon ahnte, mit der *Bank von England* und der *Bank von Frankreich* verzahnt»[1649], wo die ROTHSCHILDS offen - als Vorstandsmitglieder - und geheim das Sagen hatten! Mit diesen mächtigen Antreibern im Rücken «regierte STRONG als Autokrat, der die Politik der *FED* oft festlegte, ohne sich mit dem *Federal Reserve-V*orstand in Washington auch bloß abzustimmen»[1650].

Bis 1921 operierten die einzelnen FfD-Niederlassungen noch unabhängig voneinander. Diesem «Mißstand» wurde 1922 durch Schaffung eines Offenmarktausschusses, des *Open-Market Committee,* abgeholfen, bestehend aus den zwölf regionalen *FED*-Präsidenten. Doch schon 1923 befand der Washingtoner Gouverneursvorstand, es sei besser, die Sache selber in die Hand zu nehmen, ersetzte den Offenmarktausschuß der Regionalpräsidenten durch seinen eigenen und ernannte STRONG in New York zu dessen Vorsitzenden. Das hatte zur - beabsichtigten - Folge, daß die Politik des Offenmarktausschusses ab sofort nur noch in New York gemacht wurde, ein Faktum, das man jedoch erst volle zehn Jahre später im Rahmen der soundsovielten Änderung des *Federal Reserve Act* förmlich Gesetz werden ließ[1651] .. .

1646 Lt. *GRIFFIN* a.a.O., S. 591.

1647 Zit. n. *SUTTON* a.a.O., S. 90.

1648 Lt. *GRIFFIN* a.a.O., S. 591.

1649 Zit. n. ebd. S. 473.

1650 Ebd.

1651 Lt. ebd. S. 487.

Wie der Kongreßabgeordnete MCFADDEN 1931 meinte, hatten die sämtlich über New Yorker Banken laufenden Kriegs- und Wiederaufbauanleihen für Europa eben diese New Yorker Banken und ihre örtliche *FED* bei weitem zu mächtig werden lassen (obwohl ihre Macht auch schon vorher immens gewesen war!). «Die für Europa bestimmten Milliarden wurden, wie es nun einmal so war, in einen riesigen Kanal gesogen, dessen Mündung die *Federal Reserve-Bank* von New York war, und strömten von dort aus über den Atlantik. . . . Ihre Möglichkeiten sind so groß wie es diejenigen eines von den USA nach Europa verlaufenden Tunnels aus Stein und Mörtel wären. Eine Neufassung des *Federal Reserve*-Gesetzes hätte 1925 in Angriff genommen und gesetzliche Maßnahmen hätten ergriffen werden müssen, um die Machtbefugnisse der *Federal Reserve*-Bank von New York zu beschneiden. . . . Obwohl seiner Natur nach lediglich eine untergeordnete Regierungsagentur, beansprucht das *Federal Reserve System*, beherrscht von einer Gruppe New Yorker internationaler Bankiers, jetzt das Recht, seine Machtbefugnisse unabhängig von regierungsamtlicher Kontrolle auszuüben.»[1652]

Tatsächlich gilt noch heute wie damals, vor nunmehr achtzig Jahren: «Die größte *Federal Reserve-Bank* befindet sich in New York City» und betreibt «auch als als einzige unter den F£D-Banken Auslandsgeschäfte»[1653]. Sie betreibt indes *überhaupt* alle Geschäfte, denn schon 1964 konstatierte der Vorsitzende des *Banken- und Währungsausschusses* des US-Kongresses WRIGHT PATMAN: «Im Zuge der Entwicklung des *Federal* Äeserve-Systems haben die 11 Mitgliedsbanken - außer derjenigen von New York mit ihren 5 000 Beschäftigten - das Geschäft praktisch aufgegeben. Die Vorstände und rund 15 000 Angestellten der übrigen 11 *Federal Reserve*-Banken unternehmen verzweifelte Anstrengungen, etwas zu finden, was sie tun können. Gegenwärtig verrechnen sie bloß Schecks und verteilen Papiergeld und Münzen an ihre Mitgliedsbanken. . .. Tatsache ist, daß die *Federal Reserve*-Bank von New York die Drehscheibe des Funktionsmechanismus der *FED* ist. ALFRED HAYES, der Präsident der New Yorker *Federal Reserve*-Bank, bekommt ein Gehalt von 70 000 $ - festgesetzt von der *Federal Reserve* und nicht vom Kongreß, obwohl er von den Steuerzahlern bezahlt wird. Nur der Präsident der Vereinigten Staaten bezieht ein noch höheres Gehalt von den Steuerzahlern.»[1654] Diese staatliche Besoldung des F£X)-Personals gab es übrigens ursprünglich nicht; sie gehört zu jenen Privilegien, die sich ihre heimlichen Betreiber der Reihe nach einfach - genommen haben! Erstens sparen sie dadurch Geld, zweitens verstärkt sich der gewollte Eindruck, die Notenbank stehe unter staatlicher Regie . . .

Für die Selbstherrlichkeit der New Yorker *FED*, die sich ggf. selbst über formelle Beschlüsse des Gouverneursvorstands in Washington hinwegsetzt, ohne daß dies irgendwelche disziplinarischen Folgen hätte, gibt es Beispiele bis in die jüngere Vergangenheit hinein, obwohl solche «Kompetenzüberschreitungen» innerhalb der ohnedies *privat* or-

[1652] Louis *MCFADDEN*, America's Interest in the Bank for International Settlements. Remarks of Hon. Louis T. McFadden of Pennsylvania in the House of Representatives, January 15, 1931 [Amerikas Beteiligung an der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich. Anmerkungen des Ehrb. Louis T. McFadden von Pennsylvania im Abgeordnetenhaus, 15. Januar 1931], Washington 1932 (Faksimile-Nachdr. Palmdale, CA o.J.), S. 4. - Wie man sieht, erlag sogar dieser Mann seinerzeit der Illusion, die *FED* sei eine «Regierungsagentur»! Doch bereits im Folgejahr 1932 war er, wie wir noch sehen werden, von diesem Irrtum kuriert.

[1653] *GRANDT* a.a.O., S. 31.

1654 *PATMAN* a.a.O., S. 2. - Lt. *WALTER MEIER* a.a.O. zählt die New Yorker *FED* heute nur noch «rund 2 900 Mitarbeiten), der *FED*-Vorstand in Washington «knapp 2 000», die übrigen 11 •FED-Banken «Mitarbeiterstäbe von zwischen 1 000 und 2 000 Personen».

ganisierten Institution normalerweise nicht einmal ruchbar werden! Als aber zu Beginn der 1930er Jahre der damalige Vorsitzende des Banken- und Währungsausschusses des US-Kongresses LOUIS MCFADDEN die Verbindungen der *FED* zur Rothschildschen *Morgan Company* näher untersuchte, «kam laut ihrer eigenen beschworenen Zeugenaussage heraus, daß die New Yorker *Federal Reserve*-Bank einen Kredit von dreihundert Millionen Dollar an England vergeben hatte, wofiir Mr. MORGAN eine Vermittlungsgebühr von eineinviertel Millionen Dollar erhielt. . . . Nun gibt es ja zwölf *Federal Reserve-Banken.* Die New Yorker Niederlassung verteilte den Kredit auf die elf verbleibenden Banken. Und diese elf *Federal Reserve*-Banken außerhalb New Yorks bezeugten, beschworen, daß sie bezüglich des Kredits nicht konsultiert worden waren und nichts davon wußten. Doch Mr. MORGAN, der finanzielle Botschafter Großbritanniens, wußte davon und profitierte dabei.. ,»[1655] Als Strohmann der ROTHSCHILDS, die offenbar diesen dreisten Coup in Auftrag gegeben hatten.

«Als im August 1984 das *Federal Open Market Committee (FOMC*), das Entscheidungsgremium der Notenbank, beschloß, die Leitzinsen unverändert zu lassen, konnte [FFD-Präsident PAUL] VOLCKER mit seiner Stimme im Ausschuß daran nichts ändern. Allerdings kontrolliert er die täglichen Operationen des *Open Market Desk* in New York. So gab er ungeachtet des FO MC-Beschlusses dem *Open Market Desk* die Anweisung, die Zinsen doch zu senken.»[1656] Und ANTHONY SOLOMON, jüdischstämmiger Chef der New Yorker *Federal Reserve,* der einzigen, die letztlich zählt, kommentierte später bloß treuherzig: «Ich wußte, welche Anweisungen er dem New York Desk gab, und dachte mir, daß er die Instruktionen des *FOMC* nicht getreu befolgte. Er ließ die Abteilung Maßnahmen ergreifen, die über den Rahmen der Direktive hinausgingen. Er nahm für sich zu viel Spielraum in Anspruch.»[1657] Natürlich waren es andere als er, die diesen «Spielraum» beanspruchten und eben dadurch öffentlich demonstrierten, daß in der Praxis nur die Bankengewaltigen des ROTHSCHILD-Imperiums die Politik der *FED* bestimmen und gar niemand sonst.

Die Tausende von Mitgliedsbanken *als solche* haben schon spätestens seit der Neufassung des US-Bankengesetzes von 1935 in der *FED* absolut nichts mehr zu sagen, falls sie es jemals vorher gehabt haben sollten. «Durch dieses Gesetz wurde den Mitgliedsbanken (Eigentümern) jedes Stimmrecht bezüglich des Geschäftsgebarens [all voice in management] genommen und beim vom [US-]Präsidenten ernannten Vorstand angesiedelt. Die Mitgliedsbanken haben keine Stimme bei der Festlegung der jeweiligen Politik und müssen den Diktaten des Vorstands folgen.»[1658] Auch die Offenmarkt-Operationen des FED-Offenmarktausschusses wurden durch dasselbe Gesetz von 1935 definitiv für alle Mitgliedsbanken verbindlich gemacht[1659]. Der Höhepunkt der Willkür ist allerdings erst seit einigen Jahren erreicht: «Während ursprünglich unter Offenmarktgeschäften der Kauf und Verkauf von Wertpapieren am offenen Markt verstanden wurde», sind das inzwischen schlicht «diejenigen Geschäfte, die die [US-]Zentralbank als solche bezeichnet»[1660] ...!

Aus dem Vorstehenden wird ersichtlich, daß die «Demokratie» innerhalb der *FED* ganz genauso funktioniert wie in den modernen, von den vermeintlichen Errungenschaf-

[1655] *COUGHLIN,* The New Deal in Money... a.a.O., S. 80.
[1656] *MARSHALL* a.a.O., S. 224.
[1657] Zit. n. ebd.
[1658] *COUGHLIN,* Money ! Questions and Answers ... a.a.O., S. 180f.
[1659] Lt. ebd. S. 181.
[1660] *GRANDT* a.a.O., S. 33.

ten der «französischen» Revolution geprägten Staaten. Vor dem Gesetz sind alle gleich, jeder hat nur eine Stimme, alle Stimmen besitzen gleiches Gewicht, doch, oh Wunder, gewählt wird wie von Zauberhand immer nur, wer der Geldmacht der ROTHSCHILDS & Co. genehm ist und ihre Politik durchsetzt! Nur die dümmsten Tröpfe halten denn auch gläubig an der Mär fest, innerhalb der *FED* sei tatsächlich jede Stimme gleich. Formal stimmt das, doch die *eigentliche* **Wahl** der FFD-Gewaltigen erfolgt schon im Vorfeld bzw. gänzlich außerhalb! Der per Staatsverschuldung und etlichen weiteren Mechanismen (Kontrolle durch Logenmitgliedschaft, Erpreßbarkeit wegen der nie fehlenden «Leichen im Schrank», Manipulation der persönlichen «Beliebtheitsskala» beim Wahlvolk durch die Medienmafia usf.) wie ein Hampelmann an unsichtbaren Fäden hängende US-Präsident «ernennt» willenlos zu Washingtoner F£D-Gouverneuren, wen immer die ROTHSCHILDS ihm durch ihre Mittelsmänner präsentieren lassen, und diese ROTHSCHILD-Vertrauten erhalten dann weitere Direktiven, wen sie jeweils zum Präsidenten und Vizepräsidenten der 12 regionalen FFD-Banken zu «ernennen» haben. Damit ist so elegant wie unauffällig sichergestellt, daß nie eine andere als die von den ROTHSCHILDS & Co. jeweils gewollte «Notenbank-Politik» auf die Tagesordnung kommt und niemals eine Revolte innerhalb des fast völlig marginalisierten Systems ausbricht.

Da sogar sechs der neun Vorstände jeder regionalen FFD-Niederlassung. also auch der *FED* von New York, unmittelbar dem Bankensektor entstammen müssen, ist eben dadurch gerade in New York auch schon garantiert, daß die ROTHSCHILDS als unumschränkte Herren der dortigen Bankenwelt über - mindestens - eine Zweidrittelmehrheit im örtlichen F£F>-Direktorium verfügen. Den «Rest» besorgt dann - selbstredend *hinter* den Kulissen - das schier unglaubliche finanzielle Übergewicht der New Yorker *FED* und ihrer zwei nächstgrößten Schwestern. Jede F£D-Mitgliedsbank in den ganzen weiten Vereinigten Staaten ist, wie gesagt, mit 6 Prozent ihres Stammkapitals an der *FED* beteiligt, doch dieses Banken-Stammkapital konzentriert sich so erdrückend in New York und ganz wenigen anderen US-Großstädten, daß der Kapitalanteil der *FED* von New York am gesamten *Federal Reserve System* im Jahre 2004 nicht etwa ein bloßes Zwölftel oder 8,5 %, sondern - ab Mitte des Jahres - fast das Dreifache, nämlich rund 23,5 % betrug! Fast genauso hoch war im selben Jahr der Anteil des südlich angrenzenden F/sD-Distrikts von Richmond[1661], so daß allein diese beiden FFD-Banken der berühmt-berüchtigten «Ostküste» knapp 47 % des gesamten US-Bankenkapitals repräsentierten, während sich die 10 übrigen in den Rest teilen mußten.

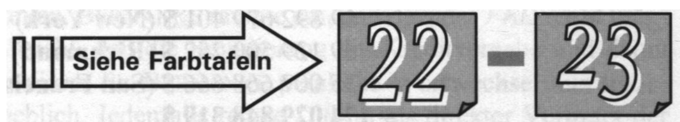
Schon gleich zu Anfang, 1914, beteiligten sich allein die **vier größten** Banken New Yorks (darunter **mindestens drei** ROTHSCHILD-Fronthäuser) zusammen mit über 35 % (die drei ROTHSCHILD-Institute für sich genommen mit 32,5 %) an der New Yorker *FED* und hatten sie damit zuverlässig in der Hand[1662]. Die von ROSS höchst dankenswerter-

[1661] Lt. *Ross* a.a.O., S. **64.** - Demgegenüber muß die von *HODGSONBROWN* a.a.O., S. **161** - übrigens ohne Quellenangabe - für *die New Yorker FED allein* genannte Zahl von **«53** %» leider als massive Fehlinformation bezeichnet werden!

1662 vgl *ROSS* **a.a.O. (seinerseits** *PATROBERTSON,* **The New World Order,** S. **130 wörtlich zitierend): «Von den - wie berichtet wurde - 203 053 Anteilen der** *Federal Reserve-***Bank von New York übernahm RoCKEFELLERs** *National City Bank* **30 000, MORGANS** *First National Bank* **15 000,** *Chase National* **6 000 und die** *National Bank of Commerce,* **heute bekannt als** *Morgan Guaranty Trust,* **21 000 Anteile.» Das waren zusammen 72 000 Anteile oder 35,45 %; zieht man die** *relativ* **bescheidenen 6 000 Anteile der** *Chase Bank* **ab, die anscheinend erst später unter endgültige RoCKEFELLER-und damit ROTHSCHILD-Kontrolle kam, waren es immer noch 66 000 Anteile oder praktisch exakt 32,5 %. (Lt.** *ROSS* **ebd.** S. **82 erwarb die 1877 gegründete** *Chase National Bank* **schon 1911 von der - wie gezeigt bereits 1910 vom ROTHSCHILD-Frontmann**

weise präzise zusammengestellten **offiziellen** Daten für sämtliche 12 F£D-Niederlassungen mit dem Stand vom 31. Dezember 2003[1663] zeigen jedoch eine seitdem noch gewaltig gewachsene ROTHSCHILD-Übermacht.

In der damals noch größten *FED* von **Richmond** verfügte allein die *Bank of America* über 52,55 % = die absolute Mehrheit der Anteile! An zweiter Stelle stand die *Wachovia Bank* mit 35,64 %, während alle übrigen Banken zusammen auf bloß 11,81 % kamen! *Wachovia* wurde übrigens 2009 von der Rothschildschen *Wells Fargo Bank* förmlich übernommen[1664]; inwieweit sie schon vorher Rothschildschem Einfluß unterlag, muß dahingestellt bleiben, aber nunmehr summiert sich die ROTHSCHILD-Kontrolle über die *FED* von Richmond jedenfalls auf sagenhafte *beinahe 90 Prozent!*



An der damals noch zweitgrößten, doch **ab Jahresmitte wieder größten** *FED* von **New York** hielten nach der Jahresmitte die *Citibank* 37,66 %, die *JP Morgan Chase Co.* weitere 28,53 % und die *Deutsche Bank Trust Co. America* nochmals 6,1 %, also zusammen 72,29 % oder eine beinahe Dreiviertelmehrheit!

In der damals drittgrößten *FED,* der von **San Francisco,** besaß die Rothschildsche *Wells Fargo Bank* mit 52,04 % ebenfalls die absolute Mehrheit der Anteile.

In der damals viertgrößten *FED* von **Chicago** war die kurz darauf, im Sommer 2004 mit *JP Morgan Chase* förmlich zusammengegangene *Bank One* bei einem Anteil von 30,40 % gewichtiger als die vier nächstgrößten Institute zusammengenommen. Das drittgrößte Geldhaus *National City Bank of Indiana* gehörte jedoch ebenfalls zu den heimlichen ROTHSCHILD-Banken und erhöhte somit deren Anteil auf 38,40 Prozent oder knapp zwei Fünftel.

In der an achter Stelle rangierenden *FED* von **Minneapolis** kamen die ROTHSCHILD-Ableger *Citibank (South Dakota)* mit 39,09 %, *Wells Fargo Bank Minnesota* mit 19,39 % und *Citibank USA* mit 5,07 % wiederum auf beinahe zwei Drittel aller Anteile (63,55 %).

In der an neunter Stelle liegenden *FED* von **Philadelphia** nannten die beiden zur *Morgan-Front* gehörigen Institute *Bank One, Delaware* 30,05 % und *Chase Manhattan Bank USA* 12,41 %, zusammen also 42,46 % und damit deutlich über zwei Fünftel der Anteile ihr eigen.

Inwieweit noch andere größere Anteilseigner am F£Z)-System (teilweise) mit ROTHSCHILD-Kapital operieren, läßt sich nicht feststellen, obwohl eine gewisse «Dunkelziffer» sicher in Rechnung gestellt werden muß. Höchst beachtenswert ist jedenfalls der fol-

PAUL WARBURG kontrollierten - *Wells Fargo Company* deren New Yorker Bankengeschäft, wodurch natürlich schon ein gewisser ROTHSCHILD-Einfluß gegeben war. 1930 ging sie mit der *Equitable Trust Company,* an welcher lt. *ROCKEFELLER* a.a.O., S. 172 JOHN D. ROCKEFELLER (II) in der Nachfolge seines Vaters JOHN D. (I) mit «etwa 10 Prozent» den *größten* Anteil hielt, zusammen und zählte spätestens jetzt zum heimlichen ROTHSCHILD-Bankenimperium der USA, denn es entstand durch diese Fusion nicht irgendein Geldhaus, sondern, wie der Enkel bzw. Sohn *DAVID ROCKEFELLER* ebd. S. 173 versichert, «die damals größte Bank der Welt»!)

1663 *Ross a.a.O.,* S. 64-67; als seine Quelle benennt der Autor die *FED* selber, des näheren (S. 67): «Die obigen Angaben über das *Federal* Reserve-System stammen aus dem Jahresabschluß-Stammkapital-Hauptbericht [year-end Capital Stock Master Report] der *FED* mit Zahlen vom 31. Dezember 2003 und sind das Resultat meiner brieflichen Anfrage beim Gouverneursvorstand des *Federal* Reserve-Systems gemäß dem Informationsfreiheits-Gesetz.»

1664 Lt. «American Free Press», 13.4.2009, S. 2.

gende Umstand: Die drei größten, von den ROTHSCHILD-Großbanken jeweils mit einer üppigen absoluten Mehrheit der Anteile beherrschten FFD-Distrikte von **New York, Richmond** und **San Francisco** verfügen zusammen wiederum über eine satte absolute Mehrheit des **gesamten** F/SD-Kapitals! Ihre Anteile hatten Ende 2003 einen Gesamtwert von

69 892 679 401 $ (New York)
+ 69 129 500 252 $ (Richmond)
+ 35 007 668 666 $ (San Francisco)
= 174 029 848 319 $.

Demgegenüber summierten sich die Anteile der neun übrigen /^D-Niederlassungen auf lediglich

30 843 959 117$ (Chicago),
22 547 726 351 $ (Cleveland),
16 385 399 906 $ (Atlanta),
14 947 372 783 $ (Boston),
11 557 418 658 $ (Minneapolis),
8 634 588 243 $ (Philadelphia),
7 613 466 367$ (St. Louis),
5 419 861 819 $ (Kansas City)
und **3 705 543 003 $ (Dallas),**

also zusammen bloß **121 655 136 238 $.**

Demzufolge dominieren bereits die drei größten, selber *absolut* ROTHSCHLLD-dominierten /^D-Distrikte die neun kleineren ebenfalls *absolut,* nämlich im Verhältnis von ca. **59** zu **41** % oder knapp **3** zu **2!**

Übrigens gilt die Rothschildsche *JP Morgan Chase,* hervorgegangen aus der Fusion des Morgan-Geschäftsbankbereichs mit der lange Jahre von DAVID ROCKEFELLER verwalteten *Chase Manhattan Bank* und aktuell die Nummer zwei unter den US-Geschäftsbanken gleich hinter der ebenfalls ROTHSCHLLD-kontrollierten *Bank of America,* kompetenten Beobachtern als das **maßgebliche** Geldhaus hinter der *FED.* «.. . der Wirtschaftsphilosoph DÄMON VRABEL nennt *JP Morgan Chase* „das mächtigste Mitglied der *Federai Reserve*". In ähnlicher Weise merkt der pensionierte Finanzprofessor MICHAEL S. ROZEFF an: ‚*JP Morgan Chase* ist ein entscheidender Spieler [a key player] an der Spitze des Bankensystems".»[1665]

Das gilt auch im Hinblick auf die **geopolitische** Umsetzung der PROTOKOLLE. Der aktuelle Präsident von *JP Morgan Chase,* JAMIE DLMON, ist nach eigenem Bekunden «griechisch-anatolischer» Herkunft, wird aber von manchen als jüdischstämmig betrachtet, «vor allem aufgrund dessen, daß seine Familie aus Smyrna und Saloniki, zwei von jüdischen Bankiers beherrschten Städten, kommt»[1666]. Unabhängig von diesen Spekulationen gehört DLMON - wie seinerzeit schon DAVID ROCKEFELLER - jedenfalls allen drei Zweigen der sogenannten Schatten-Weltregierung gleichzeitig an, also dem halbgeheimen *CFR* (und dort dem inneren Kreis) ebenso wie den noch viel diskreter operierenden *Bilderbergern* und der kaum weniger verschwiegenen *Trilateralen Kommission*[1667] ...

Genau dieser Leiter der einflußreichsten US-ROTHSCHILD-Großbank lieferte übrigens kürzlich direktes Anschauungsmaterial dafür, wer im US-Bankensystem die wirkliche Macht besitzt. DlMON erlaubte sich, das mittels eines Auftritts zu demonstrieren, über

1665 *VICTOR THORN* in: «American Free Press», 23.5.2011, S. 6.
1666 Ebd.
1667 Lt. ebd.

den die Presse wie folgt berichtete: «US-Notenbankchef BEN BERNANKE hat in einem ungewöhnlichen Wortwechsel Defizite der *FED* bei der Konjunkturbeobachtung eingestanden. In die Ecke gedrängt wurde er auf einer öffentlichen Pressekonferenz von JAMIE DIMON, dem Chef der zweitgrößten US-Bank, *JP Morgan.* DIMON wollte wissen, ob die *FED* in der Lage sei, die Auswirkungen der härteren Regulierung der Banken auf das Wirtschaftswachstum zu beurteilen. BERNANKE räumte ein, daß dies der *FED* nicht möglich ist. . . . DIMON ist der Ansicht, daß die Regulierung die Kreditvergabe und damit Wachstum behindert.»[1668] Ob dieser für BERNANKE peinliche Wortwechsel nun inszeniert war oder nicht, ist unerheblich. Jedenfalls redete DIMON als direkter Vertreter der übermächtigen Eigentümer der *FED,* der ROTHSCHLLD-dominierten privaten Banken, mit BERNANKE wie mit einem seiner Untergebenen, und das entsprach exakt der Realität.

7) Die FED als Rothschild-Organ - ihr privater Status

Sieht man nur auf die *äußerliche Form,* kann man mit CASPAR DOHMEN sagen: «Da die Mitgliedsbanken gleichzeitig die Eigentümer der *Federal Reserve* sind, das Direktorium aber vom Präsidenten der Vereinigten Staaten ernannt wird, ist das *Federal Reserve System* teils privat und teils staatlich strukturiert.»[1669] Allerdings wird man das wahre Wesen einer Sache nie erfassen, solange man sich mit dem äußeren Anschein begnügt.

Der staatliche «Teil» an der «Struktur» der *FED* erschöpft sich in ganzen *zwei* Punkten:

a) der siebenköpfige Gouvemeursvorstand in Washington, auch der Vorsitzende *als solcher,* wird vom US-Präsidenten ernannt und vom US-Senat bestätigt;

b) seit einigen Jahrzehnten (aber *nicht* in den ersten drei oder vier Jahrzehnten!) werden die FZsD-Angestellten staatlich besoldet.

Welchen Einfluß gewinnt jedoch dadurch der Staat *real* auf die *FED* und ihre Tätigkeit? Gar keinen! Wer einmal auf unverschämt lange 14 Jahre zum FED-Gouverneur oder auf 4 Jahre zum FZTD-Vorsitzenden ernannt ist, kann während dieser ganzen Zeit nicht mehr abberufen werden! Er genießt völlige Handlungsfreiheit, ist keinerlei Anweisungen der Regierung unterworfen, keinem Parlament verantwortlich. Er ernennt insbesondere die drei wichtigsten Direktoren (darunter der jeweilige Präsident und Vizepräsident!) jeder der 12 F£73-Niederlassungen, ohne daß ihm die Regierung da hineinreden kann! *FED*-Präsidenten sind zwar verschiedentlich mit großem theatralischen Aufwand zu sogenannten «Anhörungen» des US-Kongresses bzw. seines *Banken- und Währungsausschusses* zitiert worden, wo sie aber immer nur als «Zeugen» **befragt** wurden, sich hingegen nie für irgendwelche personalpolitischen, finanztechnischen oder finanzpolitischen Entscheidungen und Aktionen der *FED* zu **verantworten** hatten - dafür gab es keine rechtliche Grundlage.

Die staatliche Besoldung hat sich die *FED,* wie wir gleich sehen werden, erst Jahrzehnte nach ihrer Gründung erschlichen oder erpreßt. Sie hilft zwar, Staatlichkeit zu *suggerieren,* gewährt der US-Regierung aber nicht den geringsten Einfluß auf das Geschäftsgebaren der *FED.* Schlimmstenfalls könnte diese Besoldung vom US-Kongreß wieder abgeschafft werden, was jedoch den Mitgliedsbanken finanziell kein bißchen wehtäte.

Man mag versucht sein, als drittes Indiz für eine teilweise Staatlichkeit der *FED* die Tatsache zu werten, daß sie durch ein eigenes Gesetz gegründet wurde und zahlreiche gesetzliche Bestimmungen zu befolgen hat. Indessen kann von einer förmlichen Unter-

1668 Meldung (ben) in: «Handelsblatt», 9.6.2011.

1527 *DOHMEN* a.a.O., S. 172f.

nehmensgründung *per Gesetz* gar keine Rede sein. Das *FED*-Gesetz von 1913 hat nicht etwa einer Behörde namens *Federal Reserve System* befohlen, zwecks Erfüllung gewisser *hoheitlicher* Aufgaben ins Dasein zu treten, sondern vielmehr einer Gesellschaft erlaubt, unter diesen und jenen Auflagen ihre *private* Geschäftstätigkeit aufzunehmen. Das ist ein Riesenunterschied!

Auch alle übrigen Privatunternehmen gleich welcher Art bedürfen aller möglichen gesetzlichen Genehmigungen, müssen soundsoviele gesetzliche Bedingungen erfüllen, ehe sie legal tätig werden können. Dasselbe gilt im Hinblick auf die übrigen gesetzlichen Regulierungen, denen die *FED im laufenden Betrieb* - zumindest theoretisch ... - zu genügen hat. Derartige gesetzliche Vorschriften bestehen für alle übrigen Privatgesellschaften in oftmals noch sehr viel einschneidenderer Form - man denke nur an den Wust von gesetzlichen Auflagen, mit dem z.B. private Betreiber von Atomkraftwerken oder private Hersteller gefahrlicher Chemikalien, aber auch ganz normale Landwirte, Bäkker, Metzger etc. zu kämpfen haben! Aus der gesetzlichen Regulierung eines Unternehmens läßt sich also mitnichten auf dessen staatlichen Charakter schließen. Denn tausendfach gesetzlich reguliert sind wir alle sogar als Privat*personen*

Wenn daher GRIFFIN meint, die Vorstellung, die *FED* befinde sich in Privatbesitz, sei «eine legale Fiktion»[1670], stellt er den Sachverhalt auf den Kopf: legal fingiert, d.h. per Gesetz bloß vorgetäuscht, wird ja gerade im Gegenteil, der Staat habe die *FED* unter Kontrolle! Immerhin gelingt es demselben **GRIFFIN** gleich anschließend doch noch, den wahren Sachverhalt zu treffen: «In Wahrheit ist die *FED* weder ein Arm der Regierung noch privat. Sie ist ein Zwitter. Sie ist eine Vereinigung großer Geschäftsbanken, denen der Kongreß spezielle Privilegien gewährt hat. Eine noch präzisere Beschreibung wäre schlicht die, daß sie ein durch Bundesrecht geschütztes *Kartell* ist.»[1671] Diese letztere Definition ist einwandfrei, erweist aber **GRIFFINs** eigene frühere Behauptung als irrig!

Der kritisch-informierten US-Öffentlichkeit war *immer* wohlbekannt, daß das Tarnwort «Federal» («Bundes-» bzw. «bundeseigen») im sorgfältig gewählten Namen der *FED* die Realität lediglich verschleiern sollte.

* Der langjährige Vorsitzende des Banken- und Währungsausschusses des US-Kongresses LOUIS T. MCFADDEN, 1932: «Manche Leute meinen, die *Federal Reserve*-Banken seien Einrichtungen der Regierung der Vereinigten Staaten. Sie sind keine Regierungseinrichtungen. Sie sind private Kreditmonopole, welche das Volk der Vereinigten Staaten zu ihrem eigenen Vorteil und zu dem ihrer auswärtigen Betrüger ausplündern.»[1672]
* Fr. COUGHLIN, 1936: «Sind die Bundes-Reservebanken wirklich bundeseigen? - Sie sind es nicht. Die Bundes-Reservebanken sind private Aktiengesellschaften, die sich zur Gänze im Besitz anderer privater Unternehmen, der sogenannten Mitgliedsbanken befinden. Sie sind nicht mehr bundeseigen als die Bundes-Bäckerei oder die Bundes-Wäscherei»[1673], zwei ironisch benannte Phantasie-Institutionen, die es natürlich nicht gab und nicht gibt!

[1670] *GRIFFIN a.a.O.,* S. 567.

[1671] Ebd. S. 568; Hervorh. original.

[1672] Zit. n. *CHANG,* Future Fastforward . . . a.a.O., S. 190; das Zitat stammt vom 10. Juni 1932: «Some people think the Federal Reserve Banks are the United States government's institutions. They are not government institutions. They are private credit monopolies which prey upon the people of the United States for the benefit of themselves and their foreign swindlers.»

[1673] *COUGHLIN,* Money ! Questions and Answers . . . a.a.O., S. 45: «Are the Federal Reserve Banks really Federal? - They are not. The Federal Reserve Banks are private stock corporations owned entirely by other private corporations known as member banks. They are no more Federal than the Federal Bakery or Federal Laundry.»

* Der Kongreßabgeordnete JERRY VOORHIS 1943: «Der *Federal Reserve Advisory Council* [F£D-Beratungsgremium] und die Präsidenten der *Federal* Äeserve-Banken können sicherlich nicht in auch nur irgendeinem Sinne als öffentliche Angestellte betrachtet werden, und was den Gouverneurs-Vorstand angeht, so wird er zwar vom Präsidenten ernannt, doch seine Aufgabe besteht in erster Linie in der Leitung der Geschäfte der zwölf zentralen *Federal Reserve*-Banken, deren gesamtes Stammkapital sich im Besitz der privaten Mitgliedsbanken des Systems befindet.»[1674]
* Der langjährige Vorsitzende des *Banken- und Währungsausschusses* des US-Kongresses WRIGHT PATMAN, 1964: «Diese kleine, aber furchtbare Gruppe von Anbetern knappen Geldes und hoher Zinsen, die ich bekämpfe, sind die Insider, die [dem damaligen *FED-C*hef] WILLIAM MCCHESNEY MARTIN den Rücken stärken, wenn er arrogant ausspricht, wie unabhängig das *Federal Reserve System* ist und bleiben muß - und wie schlimm solche Politiker wie ich selbst sind, die diese mythische Unabhängigkeit beseitigen und die *FED* stattdessen lieber dem Präsidenten als einem Haufen von Geld-Schacherern verantwortlich machen wollen. Sie prahlen damit, gegen die Politiker - den Kongreß und den Präsidenten - abgeschirmt zu sein, doch sie leugnen nicht, daß sie eng mit den großen Bankiers zusammenarbeiten, die durch ihre Tätigkeit am meisten zu gewinnen haben.»[1675]

Es ist nicht nötig, diese Liste fortzuführen, denn in jüngerer Zeit hat sogar ein US-Bundesgericht den nicht-staatlichen, rein privaten Status der *FED* bekräftigt. Ein gewisser JOHN L. LEWIS war im Juli 1979 von einem Fahrzeug der *FED* angefahren worden und wollte daraufhin von der US-Regierung Schmerzensgeld einklagen. Doch am 24. Juni 1982 urteilte das US-Bundesberufungsgericht des Neunten Gerichtsbezirks, die Regierung könne nicht belangt werden, da die *FED* keine staatliche Behörde «im Sinne des Bundesgesetzes über Anspruch auf Schadensersatz» sei!

Im einzelnen vollführten die drei Richter, darunter zufälligerweise ein gewisser GUS J. SOLOMON, also ein mutmaßlicher Glaubensgenosse der ROTHSCHILDS, der - obwohl eigentlich bloß Distrikt-Richter von Oregon und damit niederen Ranges - eigens zur Mitentscheidung dieses diffizilen Falles abgestellt worden war[1676], in ihrer ausführlichen Urteilsbegründung einen wahren Eiertanz, um abwechselnd zu versichern, die *FED*-Banken seien staatlich und seien es auch wieder nicht! Gewiß, die FFD-Banken seien von der Rechtsprechung «zutreffenderweise als Werkzeuge der Bundesregierung unter gewissen Rücksichten» angesehen worden, so etwa im Sinne der «Bundes-Bestechungs-Richtlinien» oder auch hinsichtlich ihrer «Immunität von [einzel-jstaatlicher Besteue-

1674 *VOORHIS* a.a.O., S. 176: «The Federal Reserve Advisory Council and the presidents of the Federal Reserve banks can certainly not be held to be in any sense public officers at all; and so far as the Board of Governors is concerned, while it is appointed by the President, its job consists primarily of the administration of affairs of the twelve central Federal Reserve banks, the entire capital stock of which is owned by the private member banks of the System.»

1675 *PATMAN* a.a.O., S. 3: «This small but formidable group of tight money, high interest rate devotees I oppose are the insiders who back up William McChesney Martin when he arrogantly pronounces how independent the Federal Reserve System is and must remain - and how wicked the politicians like myself are who want to do away with this mythical independence and instead make the Fed responsive to the President rather than to a bunch of money hucksters. These are the people who want no reform of the Federal Reserve Board. They boast about being insulated against the politicians - Congress and the President - but they do not deny working closely with the big bankers who have the most to gain by their actions.»

1676 £r sej «sitting by designation», hieß es im Urteilstext, der zumindest offiziell freilich auch nicht von ihm, sondern vom Gerichtsbezirks-Richter POOLE aufgesetzt worden war.

rung», zumal sie «eine wichtige staatliche Funktion ausübten»[1677] . . . Nichtsdestoweniger: «Bundes-Reservebanken sind keine bundeseigenen Werkzeuge im Sinne des Bundes-Schadensersatz-Anspruch-Gesetzes; vielmehr sind sie unabhängige, in Privateigentum befindliche und örtlich kontrollierte Gesellschaften im Licht der Tatsache, daß die direkte Aufsicht und Kontrolle jeder Bank durch einen Vorstand erfolgt, die Bundes-Reservebanken, obwohl stark reguliert, örtlich von ihren Mitgliedsbanken kontrolliert werden, die Banken [auch] weder als „gänzlich besessene" Regierungsgesellschaften noch als Unternehmen in „gemischtem Besitz" aufgeführt werden; Bundes-Reservebanken erhalten keine vom Kongreß zugewiesenen Mittel, und die Banken sind ermächtigt, in ihrem eigenen Namen zu klagen und beklagt zu werden.»[1678] Lauter Argumente, deren Zutreffen dann im einzelnen nachgewiesen wurde und denen sich daher gar nicht widersprechen läßt!

Endlich «werden die *Federal Reserve*-Banken in den Telephonbüchern nicht als Regierungsorganisationen aufgeführt, ein kleiner, aber vielsagender Umstand»[1679].

Vielbeachtete Kritiker der *FED* hatten deren privaten Charakter immer wieder eindrucksvoll nicht zuletzt damit bewiesen, daß ihr Spitzenpersonal nicht vom Staat, sondern aus den eigenen Betriebsgewinnen bezahlt werde. So noch Fr. **COUGHLIN** 1936: «Die Bundesregierung zahlt nicht die Gehälter der gegenwärtigen Gouverneure des *Federal Reserve*-Vorstands . . ,»[1680] So noch 1943 gleich dreimal **JERRY VOORHIS**[1681], wobei er, viertens, u.a. zum Beweis *dessen* einen Antwortbrief des Beigeordneten Sekretärs des Washingtoner F£D-Gouverneurs-Vorstands an einen Mr. **ANDREW HILDEBRAND** aus Indiana vom 20. Dezember 1940 dokumentierte, worin es hieß: «Es ist jedoch Tatsache, daß die Operationen der *Federal* Reserve-Banken in Übereinstimmung mit den Bestimmungen des *Federal* Reserve-Gesetzes normalerweise hinreichend Einkommen einbringen, um ihre Kosten und die Kosten des Gouverneurs-Vorstands des *Federal Reserve Systems* zu decken . . ,»[1682]

1677 A.ii$_{es\ z}$it it. **¿ER** vollst. Dokumentation des endgültigen (*amended opinion)* Berufungsurteils in: «Bulletin Committee to Restore the Constitution», Nr. 421 (Februar 1997), S. 2-4: «The Federal Reserve Banks have properly been held to be federal instrumentalities for some purposes. . . . [e.g.] under the Federal Bribery Statute . . . The Reserve Banks are deemed to be federal instrumentalities for purposes of immunity from state taxation. . . . The Reserve Banks, which further the nation's fiscal policy, clearly perform an important governmental function.»

1678 Zit. n. ebd. S. 2: «Federal reserve banks are not federal instrumentalities for purposes of a [sic - anderswo im Text steht jedoch «the»] Federal Tort Claims Act, but are independent, privately owned and locally controlled corporations in light of fact that direct supervision and control of each bank is exercised by board of directors, federal reserve banks, though heavily regulated, are locally controlled by their member banks, banks are listed neither as „wholly owned" government corporations nor as „mixed ownership" corporations; federal reserve banks receive no appropriated funds from Congress and the banks are empowered to sue and be sued in their own names.» - ***CHANG*** a.a.O., S. 191 erwähnt den Fall ebenfalls, und zwar unter dem Aktenzeichen *Lewis* v *U.S., 608F 2d 1239 (1982) 9th* **Circuit.** Dabei handelt es sich jedoch um die noch nicht rechtskräftige Entscheidung (*decided*) vom 19. April 1982, als deren Datum er irrigerweise den 17. April angibt. - Ausführlicher geht ***REISEGGER*** a.a.O., S. 252f auf dasselbe vorläufige Berufungsurteil vom 19. April 1982 ein (bei ihm beginnt jedoch das Aktenzeichen mit 680F). Beide Autoren haben offenbar übersehen, daß die von ihnen zitierte Urteilsbegründung - obwohl im Tenor identisch - noch nicht die rechtskräftige war.

1679 *WALLACE/CLARK* a.a.O., S. 104.

1680 ***COUGHLIN***, Money ! Questions and Answers ... a.a.O., **S.** 119.

1681 YGI ***VOORHIS a.a.O.,*** S. 104, 152, 176.

1682 Zit. n. ebd. S. 155: «As a matter of fact, however, the operations of the Federal Reserve Banks in accordance with the terms of the Federal Reserve Act normally yield sufficient income to

Wie wir jedoch bereits sahen, hatte sich das irgendwann danach geändert, vermutlich in erster Linie genau zu dem Zweck, diesen störenden Beweis zu beseitigen. Laut PATMAN im Jahre 1964 erhielt zu diesem Zeitpunkt die FED-Führung ihr üppiges Salär mittlerweile auf Steuerzahlers Kosten! Daß jedoch damit keineswegs irgendeine Änderung des rein privaten Unternehmenscharakters der *FED* einhergegangen war, ließ sich einer Stellenanzeige der *FED* von San Francisco im Magazin *Computerworld* vom 16. Juli 1979, Seite 139 entnehmen. «Programmers», d.h. Computer-Programmierer wurden da gesucht, und der umfangreiche Text der Anzeige begann so: «Die *Federal Reserve-Bank* von San Francisco. **Manche Leute meinen immer noch, wir seien ein Zweig der Regierung. Das sind wir nicht. Wir sind die Bank der Banken.»**[1683]

Dasselbe räumte ein Jahrzehnt später erneut ausgerechnet die in jüdischem Besitz befindliche *Washington Post* ein. Versehentlich, denn Thema des betreffenden Artikels in der Ausgabe vom 3. Oktober 1989 war eigentlich bloß die soeben erfolgte Anhebung der Gehälter der Angestellten beim Gouverneurs-Vorstand der *FED* in Washington. Da-hieß es jedoch gegen Ende des Beitrags ganz unschuldig: «Der neue Tarif, der alle 1 500 Angestellten des Vorstands umfaßt, ist nicht ganz so hoch wie die aktuellen Tarife im privaten Sektor oder bei der *Federal Reserve*-Bank von New York, die ebenso wie die 11 anderen regionalen *Federal Reserve*-Banken technisch eine private Gesellschaft ist, der es laut einem Sprecher des Vorstands freisteht, die Gehälter festzusetzen wie es ihr gefällt.»[1684] *Quod erat demonstrandum,* hätten die alten Römer an dieser Stelle ausgerufen.

Zumal immer wieder neue Beweise auftauchen. So zitierte die in jüdischem Besitz befindliche *New York Times* am 26. September 1994 den damaligen jüdischen Vizepräsidenten der *FED* **ALAN BLINDER** mit den vielsagenden Worten: «Wenn wir irgendwelche Maßnahmen ergreifen, gibt es keine andere staatliche Stelle, die uns noch in die Zügel fallen könnte ..,»[1685] Obwohl hier lügenhaft impliziert war, die *FED* sei eine «staatliche Stelle», wurde doch im selben Atemzug zugegeben, daß ihr weder der US-Kongreß noch der US-Präsident irgendetwas zu sagen haben.

Bis heute sind die **ROTHSCHILDS** & Co. allerdings so ängstlich darum bemüht, gegenüber der Weltöffentlichkeit den strikt gegenteiligen *Anschein* aufrechtzuerhalten, daß die *FED* im Jahre 2004 sogar lieber dem amerikanischen Informationsfreiheitsgesetz willfahrtete, **dem sie als private Institution überhaupt nicht unterliegt** (!), und dem Buchautor **ROBERT GAYLON ROSS,** der sich listigerweise auf dieses Informationsfreiheits-Gesetz bezog, anstandslos alle von ihm gewünschten Unterlagen über ihre Anteilseigner und die genaue Höhe der jeweiligen Anteile aushändigte[1686], als erneut einen Gerichts-

cover their expenses and the expenses of the Board of Governors of the Federal Reserve System ...»

1683 Zit. n. d. Faksimile der Anzeige in: *SUTTON* a.a.O., S. 150; hier der Originaltext: «The Federal Reserve Bank of San Francisco. Some people still think we're a branch of the Government. We're not. We're the banks' Bank.»

1684 *VICTOR THORN/LISA GULIANI* (Hrsg.), Dirty Secrets. Crime, Conspiracy & Cover-Up During the 20th Century. A Compendium of the Writings of Michael Collins Piper . . . [Schmutzige Geheimnisse. Verbrechen, Verschwörung und Vertuschung das 20. Jahrhundert hindurch. Ein Kompendium der Schriften von Michael Collins Piper], 2. Aufl. State College, PA 2006, S. 72; auch hier der Originaltext des WP-Artikels: «The new pay schedule, which covers all 1.500 board employees, is not quite as high as those in effect in the private sector or at the Federal Reserve Bank of New York, which, like the 11 other regional Federal Reserve banks, technically is a private corporation free to set pay as it wishes, according to a board spokesman.»

1685 Zit. n. *SUTTON* a.a.O., S. 149.

1686 *ROSS* a.a.O., S. 67: Die von ihm seitenweise ausgebreiteten exakten Daten «sind das Resultat meiner brieflichen Anfrage beim Gouverneursvorstand des *Federal* Reserve-Systems

prozeß zu provozieren, der in peinlicherer Weise denn je zuvor die Wahrheit hochoffiziell publikgemacht hätte!

Das Schlußwort zu diesem Abschnitt überlassen wir MATTHIAS CHANG: «In dem Augenblick, wo man die unleugbare Wahrheit erfaßt, daß die *FED* eine Bank im Besitz von Privatinteressen ist, [wird auch klar, daß] egal welche von der *FED* ergriffenen Maßnahmen mit Notwendigkeit dem Schutz ihrer privaten Anteilseigner und deren finanzieller Interessen dienen müssen.»[1687]

Nun sind aber, wie schon gezeigt, die alles beherrschenden privaten Anteilseigner die ROTHSCHILDS; folglich dient die *FED* mit Notwendigkeit «deren finanziellen Interessen»!

8) Die FED als Rothschild-Organ - ihre Souveränität

Das Gesetz, das die *FED* regulieren sollte, hatten sich die ROTHSCHILDS in seinen entscheidenden Grundzügen bekanntlich von dem Großbankier PAUL WARBURG, einem ihrer Glaubensgenossen, entwerfen lassen. Es mußte einzig und allein den doppelten Zweck erfüllen, einerseits den ROTHSCHILDS & Co. in allen wesentlichen Dingen freie Hand zu lassen, andererseits die Öffentlichkeit über genau dieses Faktum hinwegzutäuschen. Um letzteres zu erreichen, enthielt das ursprüngliche F£D-Gesetz vom 23. Dezember 1913 eine Reihe wohlklingender Bestimmungen, die jedoch «auslegungsfähig» waren. Außerdem stand für die Interessierten von vornherein fest, daß sie bei nächster Gelegenheit «nachbessern» lassen würden. Höchstwahrscheinlich existiert überhaupt kein anderes Gesetz der Vereinigten Staaten, das in so kurzer Zeit so unverschämt, ja, so aberwitzig oft geändert wurde wie ausgerechnet das FZsD-Gesetz. Glaubt man GRIFFIN, SO gab es bis 2002 nicht weniger als 195 Neufassungen[1688], durchschnittlich mehr als zwei pro Jahr!

Doch GRIFFIN untertreibt; er hat nicht richtig mitgezählt. Bereits im Jahre 1964 konstatierte der Experte RUSSELL LEE NORBURN in seinem Abschlußgutachten für den Banken- und Währungsausschuß des Kongresses: «Das kleine von der *Federal Reserve* gedruckte Handbuch klingt recht hübsch, vermittelt aber keine Vorstellung davon, worum es geht. „Das Federal Reserve-Gesetz von 1913 mit Abänderungen und Gesetzen betreffs des Bankwesens", zusammengestellt von GLLMAN G. UDELL, Superintendent der Dokumentenabteilung des Abgeordnetenhauses, zeigt, daß der Kongreß vom 4. August 1914 bis zum 5. Juli 1958 mehr als 200 Abänderungen billigte. Diese ergeben zusammen mit dem 27seitigen Gesetz einen Band mit 487 kleingedruckten Seiten, der so kompliziert ist, daß der Durchschnittsbürger ihn nicht verstehen kann . . ,»[1689]

Über 200 Abänderungen des FFD-Gesetzes in weniger als 44 Jahren, das sind beinahe fünf Abänderungen pro Jahr! Gibt es einen anschaulicheren Beweis dafür, daß die ROTH-

gemäß dem Informationsfreiheits-Gesetz». Dieser *Freedom Of Information Act* (*FOIA*) verpflichtet jedoch nur Behörden, aber keine Privatunternehmen zur Offenlegung von Unterlagen!

1687 *CHANG,* The Shadow Money Lenders ... a.a.O., S. 86.

1688 VGL *GRIFFIN* a.a.O., S. 472.

1689 *NORBURN* a.a.O., S. 2234f. - Vgl. auch *ADAMS* a.a.O., 70 u. 89, dem die gedruckte Ausgabe des gerade wieder einmal kräftig veränderten Bankengesetzes von **1957** vorlag - sie umfaßte 252 Seiten! Der Text war so umständlich wie nur möglich gehalten, was *ADAMS* ebd. S. 90ff anhand der wörtlichen Dokumentation eines längeren Abschnitts *ad oculos* demonstrierte. - Die aktuelle deutsche Bankengesetzgebung ist, wie weiter oben schon mitgeteilt, jedoch von exakt der gleichen «Güte», kein Wunder angesichts der personellen Identität der hintergründigen Anstifter diesseits wie jenseits des Großen Teiches . . .

SCHILDS & Co. schon in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts souverän **über** einem Gesetz standen, das sie sich neu maßschneidern lassen konnten, so oft und wie immer es ihnen nur gefiel!?

Die gekaufte Presse, hier vertreten durch WALTER MEIER von der *NZZ,* läßt begreiflicherweise jeden Ehrgeiz vermissen, über derlei zu informieren; statt dessen erfahren wir lediglich, die *FED* sei laut dem sie vorgeblich regulierenden Gesetz verpflichtet, «die Ziele „maximaler Beschäftigung, stabiler Preise und mäßiger langfristiger Zinssätze" zu verfolgen»[1690]. Ei, wie fein. Da **das aktuelle Schuldgeldsystem** die beiden erstgenannten «Ziele» *prinzipiell* unerreichbar macht und die Geldverleiher am letztgenannten «Ziel» unmöglich *per se,* sondern höchstens einmal vorübergehend unter taktischen oder strategischen Rücksichten interessiert sein können, bleibt das alles bloßes unverbindliches Gesäusel. Irgendeine Handhabe, die FED-Verantwortlichen für die ewige «Verfehlung» dieser «Ziele» zivil- oder strafrechtlich haftbar zu machen, bietet das *FED*-Gesetz selbstverständlich - **nicht...!**

Von Anbeginn erlaubten sich die **ROTHSCHILDS** bzw. ihre Frontmänner in der neuerrichteten privaten US-Notenbank, das FED-Gesetz auf ihre eigene, sehr spezielle Weise, eben «souverän», zu interpretieren oder es nötigenfalls umgehend zu ihren Gunsten ändern zu lassen.

* «Wie vielen Amerikanern hat man den Unterschied zwischen dem *Federal Reserve*-Agenten und dem Vorsitzenden des *Federal* Reserve-Vorstands beigebracht? Die Wahrheit ist: als das Gesetz ursprünglich gebilligt wurde, machte man den Kongreß glauben, daß diese beiden Ämter von zwei verschiedenen Personen ausgeübt würden, von denen jedem genau entgegengesetzte Interessen am Herzen lägen. Mit anderen Worten, der eine würde den anderen überwachen. Der *Federal Reserve*-Agent sollte wirklich die Interessen des Volkes im Auge haben. Es war seine Aufgabe, sie zu schützen. Wieviele Amerikaner wissen, daß diese beiden Posten ein und derselbe Mann innehat? Selbstverständlich hat er zwei Büros, die einander quer über die Halle der großen zentralen *Federal* Reserve-Bank von New York hinweg gegenüberliegen. - Dieser eine Mann, der beide Stellen besetzt, ist, wenn er sich in dem einen Büro aufhält, der *Federal-Reserve*-Agent. Dort kümmert er sich um die Interessen des Volkes. Sobald er die Halle durchquert, wird er zum Vorsitzenden des *Federal* Reserve-Vorstands und muß dort nach Kräften die Interessen der *Federal* Reserve-Banken verfolgen.»[1691] COOGANS aus den vorstehenden Zeilen triefende Ironie erspart uns jeden weiteren Kommentar . . .
* Der ehemalige Banken- und Währungsausschußvorsitzende MCFADDEN warf der *FED* 1934 im US-Kongreß vor, «FED-Noten in Umlauf gebracht zu haben, ohne der zwingenden Vorschrift des FED-Gesetzes zu gehorchen, die den FFD-Vorstand verpflichtet, einen Zinssatz auf alle Ausgaben von FED-Noten an die FED-Banken festzusetzen, woraufhin der daraus resultierende Zins von den FED-Banken [als Gebühr] für die Nutzung der FED-Noten an die US-Regierung zu zahlen ist, und ich klage sie an, die Regierung und das Volk der Vereinigten Staaten durch das Begehen dieses Verbrechens um Milliarden Dollar betrogen zu haben . . ,»[1692] Indessen hatte er Unrecht. Es stimmte zwar, daß die Regierung Jahr für Jahr komplett leer ausgegangen war, doch ein Verbrechen begangen hatte die *FED* dadurch nicht. Sie hatte vielmehr den *Buchstaben* des Gesetzes durchaus getreulich befolgt und den Zinssatz alljährlich wie

[1690] A.a.O.

[1691] *COOGAN* a.a.O., S. 144f.

[1692] *Louis T. MCFADDEN* on the Federai Reserve Corporation ... a.a.O., S. 43.

vorgeschrieben neu festgelegt - allerdings stets auf glatte 0 Prozent[1693] . . .! Und man wird es dem **Agenten** der *Federal Reserve,* der die Zinsgebühr im Namen der Regierung einfordern und in Empfang nehmen sollte, kaum verübeln können, daß er in seiner **gleichzeitigen** Eigenschaft als **Vorsitzender** des F£D-Vorstandes diese Bankenabgabe so niedrig wie möglich zu halten suchte[1694] ...

* «Als das Gesetz ursprünglich verabschiedet wurde, bot man dem Volk einen Anreiz [sich damit abzufinden], indem die Regierung der Vereinigten Staaten an den Gewinnen beteiligt werden sollte, nachdem das Überschußkonto einen bestimmten Prozentsatz des investierten Gesamtkapitals erreicht hätte. Doch später wurden dem Gesetz sogenannte „Vollendungs-Abänderungen" hinzugefugt, so daß die Vereinigten Staaten heute [1935] keinen Anspruch auf auch bloß einen einzigen Cent aus den Operationen der *Federal* Reserve-Banken haben.»[1695] Auch diesbezüglich ging daher der amerikanische Staat ab 1933, dem Datum besagter Änderung[1696], vorerst völlig leer aus ...

* Wie es scheint, nötigte der 2. Weltkrieg die ROTHSCHILDS jedoch auf diesem Gebiet zu einem taktischen Rückzug. Nicht für allzulange Zeit, denn im Frühjahr 1951 machten sie den verlorenen Boden wieder gut. Unter dem Datum des 4. März 1951 notiert VENNARD in seiner Chronologie die folgende Abänderung des F£D-Gesetzes: «Das *Federal* Reserve-System wurde von der Verpflichtung befreit, das US-Finanzministerium zu unterstützen; alle künftigen Gewinne gehören dem *Federal Reserve*-System.»[1697]

* Irgendwann danach muß zwecks Beruhigung der in Teilen wachgewordenen Öffentlichkeit erneut ein - teilweiser - Rückzug erforderlich geworden sein: an den *FED*-Zinsgewinnen aus ihrer eigenen - künstlichen! - «Staatsverschuldung» wurde jetzt die US-Regierung zumindest «beteiligt», was nichts anderes hieß, als daß ihr die *FED* einen *Teil* der Zinsen wieder erlassen mußte, allerdings nach einem für sie immer noch erstaunlich vorteilhaften Modus: «Gegenwärtig [1964] hält die *Federal Reserve* in ihren New Yorker Tresoren Regierungs-Schuldverschreibungen im Wert von 34 Milliarden $. Die Steuerzahler - Sie und ich - zahlen über 1 Milliarde $ pro Jahr auf diese Wertpapiere. Die *FED* gibt von dieser 1 Milliarde $ soviel aus, wie ihr beliebt, ganz gleich für welchen Zweck, darunter 90 000 $ jährliche Beiträge für die *Amerikanische Bankiersvereinigung* . . . Was sie von dieser 1 Milliarde $ nicht ausgibt, erstattet sie dem Finanzministerium zurück.»[1698] - Das mochten also, mangels genauerer Vorschriften, im Extremfall doch wieder bloß - 0,00 $ sein!

* ELLEN HODGSON BROWN meint allerdings zuversichtlich, dank «der unnachgiebigen Agitation durch PATMANS Ausschuß» habe die *FED* sich schließlich dazu herbeigelas-

1693 YGI *COOGAN* a.a.O., S. 142: «Das *Federal Reserve*-Gesetz, Sektion 16, sah vor, daß sie eine vom *Federal* Reserve-Vorstand festgesetzte Zinsgebühr zahlen würden. Der *Federal Reserve-Vorstand* hat diesen Satz immer auf null festgesetzt.»

1694 ygi gbd s. 145: «Das Gesetz sagt, wenn das Papiergeld gedruckt und vom *Federal Reserve-Agenten* dem Vorsitzenden des *Federal* Reserve-Vorstands überbracht werde, solle eine Zinsgebühr erhoben werden. Tatsächlich ist die Zinsgebühr nie erhoben worden. Da er ins Belieben des *Federal Reserve*-Agenten gestellt war, wurde der Satz stets auf null gesetzt.»

1695 Ebd. S. 141.

¡696 ygi *COUGHLIN,* The New Deal in Money . . . a.a.O., S. 17f, wo der betreffende Passus aus dem Gesetz von 1913 wie auch die abgeänderte Fassung von 1933 wörtlich angeführt werden.

1697 *VENNARD* a.a.O., S. 36.

1698 *PATMAN* a.a.O., S. 4.

sen. «dem Finanzministerium den größten Teil der Zinsen, die sie auf Regierungsanleihen erhalten hatte, zu erlassen bzw. zu erstatten», und dabei sei es bis heute geblieben[1699]. «Laut Angaben der *FED* werden jetzt 95 Prozent ihrer Gewinne an das US-Finanzministerium zurückgegeben.»[1700] Was der *FED* bzw. ihren Mitgliedsbanken, also vor allen den **ROTHSCHILDS** & Co. dadurch entgeht, ist freilich leicht zu verschmerzen, denn erstens erfolgt ja, wie Kritiker bereits endlos moniert haben, keine unabhängige Prüfung der *FED*-Bilanzen, so daß die Höhe der jährlichen Gewinnausweisung gänzlich im Belieben der FFD-Gewaltigen steht. . .; zweitens nutzen die hinter ihr stehenden Geschäftsbanken immerhin die von der *FED* gehaltenen US-Staatspapiere als heißbegehrte «Reserven», auf die **vollverzinsliche** Unternehmens- und Privatkredite, aber auch **vollverzinsliche** Staatsanleihen an auswärtige Regierungen (!) in vielfacher Höhe vergeben werden können[1701].

* Bis 1933 gehörten dem F£Z>-Gouverneursvorstand in Washington immerhin noch zwei Mitglieder des Bundeskabinetts an: der Finanzminister und der sogenannte *Comptroller of the Currency,* dem die Aufsicht über die Währung oblag. Doch in jenem Jahr befanden die **ROTHSCHILDS** offenbar, solche «Staatlichkeit» vorgaukelnde Staffage sei nun endgültig überflüssig, und ließen dämm die beiden im Rahmen der soundsovielten Neufassung des FFD-Gesetzes, nein, nicht einmal dort, sondern im Rahmen eines ergänzend dazu erlassenen Bank-Gesetzes, einfach aus dem Vorstand kippen .. .![1702]
* Die *FED* kann sich der einzigen gesetzlich vorgesehenen Überprüfung ihrer Geschäfte souverän entziehen und tut das auch weitestgehend. Dem US-Generalinspekteur *(Office of Inspector General)* offenlegungspflichtig ist nämlich nur der Washingtoner Gouverneurs-Vorstand, aber keine der 12 eigentlichen F£D-Banken[1703]! Da nun, wie gezeigt, alle wichtigen Operationen in der Praxis nur von der New Yorker FFD-Bank beschlossen und getätigt werden, wiewohl gewöhnlich auf «Weisung» des *FED*-Vorsitzenden, kann die *FED* dem Generalinspekteur immerfort ganz legal eine lange Nase drehen . . .
* Am 23. März 2006 hat die *FED,* obwohl gesetzlich zur Gewährleistung von «Preisstabilität» «verpflichtet», selbstherrlich (= souverän) bekanntgegeben, sie werde ab sofort die jeweilige Höhe der Geldmenge M3, also des gesamten von ihr und den sie tragenden Mitgliedsbanken immer wilder aufgetürmten Dollar-Schuldgeldberges, nicht mehr

1699 *HODGSON BROWN* a.a.O., S. 203. - Das scheint *OLGA BELINSKAYA* nicht zu berücksichtigen, wenn sie Ende 2009 behauptet: «Gegenwärtig kassiert die *Federal Reserve* 2 Milliarden $ Zinsen pro Tag [!] von der Bundesregierung. Das bläht die 11,8 Billionen $ an Staatsschulden auf…» (in: «American Free Press», 9.11.2009, S. 19).

1700 *HODGSON BROWN* a.a.O., S. 208.

1701 Ygi ekd. S. 204 (Hervorh. original): «2006 betrug M3 (das umfassendste Maß der Geldmenge) fast zehn Billionen $, und die von der *FED* gehaltenen Schatzpapiere des US-Finanzministeriums beliefen sich auf etwa ein Zehntel dieser Summe. Somit hat sich die Geldmenge für jeden von der *Federal Reserve* monetarisierten [= in Geld verwandelten] Dollar Bundesschulden ungefähr um den Faktor Zehn vergrößert, und *diese gesamte Geldvermehrung besteht aus Darlehen, für welche die Banken Zinsen erhalten haben.* Es sind *diese* Zinsen, und nicht die an die *Federal Reserve* gezahlten Zinsen, die den Banken den wirklichen Riesengewinn einbringen.» - Die Rechnung ist allerdings insofern ungenau, als a) neben der *FED* auch die Geschäftsbanken selber stets **für sie vollverzinsliche** US-Schuldverschreibungen in beträchtlicher Höhe halten, während b) zwar ein Großteil, aber doch **nicht alle** Reserven, die der gesamten US-Schuldgeldmenge (M3) zugrundeliegen, US-Staatspapiere sind.

1702 Vgl *VENNARD* a.a.O., S. 28.

1703 Lt. *GRANDT* a.a.O., S. 35f.

veröffentlichen[1704]. Seitdem dürfen alle, die US-Regierung und ihr Präsident, angeblich der «mächtigste Mann der Welt», nicht ausgenommen, raten oder im Nebel stochern . . .

* Als die Generalinspektorin für die *FED*, ELIZABETH COLEMAN, am 6. Mai 2009 im US-Kongreß von dem Abgeordneten ALAN GRAYSON öffentlich danach befragt wurde, was hinter der Meldung der Nachrichtenagentur *Bloomberg* stecke, die *FED* habe «in den vergangenen acht Monaten» Transaktionen über unglaubliche «neun **Billionen** Dollar, das sind 30 000 Dollar für jeden Mann, jede Frau und jedes Kind in diesem Land», nicht in ihren Büchern bzw. ihrer Bilanz aufgeführt, stellte sich die Dame volle zehn Minuten lang strohdumm. Sie stritt nichts ab, gab aber standhaft vor, «noch» nichts zu wissen und daher «gegenwärtig» keine Auskunft erteilen zu können. Nach Angaben der *PHI* wurde diese Fragestunde sogar im US-Fernsehen übertragen, so daß man genau verfolgen konnte, wie eine direkt hinter Frau COLEMAN sitzende «junge Israelin, offenbar in leitender Stellung bei der *FED*», ihr «ständig ins Ohr flüsterte, was und wie sie zu antworten hatte»[1705]. Da sich die Souveränität der ROTHSCHILDS auf ihre *FED* überträgt, was der New Yorker «neue Milliardär» MICHAEL BLOOMBERG, der die Meldung ja nicht zufällig lancierte, offenbar der ganzen Welt demonstrieren sollte, blieb der ungeheuerliche Vorgang tatsächlich ohne Konsequenzen!
* Die *FED* hat genau 24 Zwischenhändler (= Banken) benannt, an die sich die US-Regierung wenden **muß,** wenn sie neue Staats«kredite» von der *FED* benötigt und ihr daher neue Schuldpapiere «verkaufen» will. Diese Händler streichen für jedes solche Geschäft ihre Provision ein, die natürlich von der Regierung zu zahlen ist. Direkte Kreditgeschäfte der Regierung mit der *FED* sind **nicht** möglich[1706], offenbar deshalb nicht, weil dann auf die Provision verzichtet werden müßte.
* Die *FED* war - da souverän - **allezeit steuerfrei** und ist es bis heute[1707], ganz gleich, ob sie nun gerade die Zinsgewinne auf US-Staatsanleihen behalten durfte oder wieder abführen mußte, und ungeachtet dessen, daß sie stets zugleich völlig unangefochtene Zinsgewinne auf alle möglichen anderen Schuldpapiere, auch solche auswärtiger Staaten, einfuhr/einfährt. . .
* Die *FED* ist so souverän, daß die wöchentlichen Sitzungen ihres Offenmarktausschusses streng geheim ablaufen, unter restlosem Ausschluß der Medien, des US-Kongres-

1704 Vgl *JOHN TIFFANYM:* «American Free Press», 17.4.2006, S. 6: «Laut einer amtlichen Ankündigung „stellte der Gouverneurs-Vorstand des *Federai* .Reserve-Systems am 23. März 2006 die Veröffentlichung der Geldmenge M3 ein. Der Vorstand beendete auch die Veröffentlichung der folgenden Bestandteile [von M3]: befristete Einlagen mit großem Nennwert, Rückkaufvereinbarungen und Eurodollars."»

1705 «pfjy» 30.11.2010, S. 361; dort und auf der Folgeseite ist die gesamte Anhörung von COLEMAN durch GRAYSON in deutscher Übersetzung wörtlich dokumentiert, allerdings leider fehlerhaft insoweit, als statt richtig von **Billionen** immer nur von «Milliarden» die Rede ist. Dabei genügt es zu wissen, daß die USA aktuell über 300 Millionen Einwohner haben, und die von GRAYSON ja ausdrücklich genannten «30 000 Dollar für jeden Mann, jede Frau und jedes Kind in diesem Land» damit zu multiplizieren, um auf neun **Billionen** zu kommen! - Bei *GRANDT* a.a.O., S. 36 hingegen wird über dieselbe Affäre zwar nur knapp berichtet, jedoch zutreffend von «billionenschweren Geschäften» gesprochen, ohne freilich die Zahl der Billionen anzugeben.

1706 Lt. *GRIFFIN* a.a.O., S. 591.

1707 *COUGHLIN,* Money ! Questions and Answers . . . a.a.O., S. 50f; auch ders., The New Deal in Money . . . a.a.O., S. 18: die *FED* zahlt lediglich Grundsteuer. - Aus dem oben zitierten Text des Gerichtsurteils von 1982 geht ebenfalls hervor, daß die einzelnen F£Z)-Banken von der Besteuerung durch den Bundesstaat, auf dessen Territorium sie jeweils sitzen, befreit sind.

ses und der US-Regierung, und dies «ungeachtet der Tatsache, daß auf diesen geschlossenen Sitzungen über die maßgeblichen Aktionen der *FED* hinsichtlich Geldpolitik und Zinssätzen entschieden wird»[1708]! Die Öffentlichkeit bekommt jeweils *sechs Wochen später* (!) als «Bericht» lediglich eine knappe Zusammenfassung zu sehen, während die ausführlichen Sitzungsprotokolle, denen die wahren Gründe für die jeweils getroffenen Entscheidungen zu entnehmen wären, vernichtet werden! «Mit dieser Politik», d.h. mit der Vernichtung der Sitzungsmitschriften, «wurde 1970 begonnen, als das Informationsfreiheitsgesetz verabschiedet wurde»[1709], das nämlich jedem US-Bürger ermöglicht hätte, die *FED* zur Herausgabe dieser Protokolle notfalls gerichtlich zu zwingen, dies freilich nur dank der von ihr selber lügnerisch aufrechterhaltenen Fiktion, sie sei ein «staatliches» Organ! Wie man daraus erneut ersieht, steht die Rothschildsche *FED* souverän über dem Gesetz: während alle *echten* Behörden ihre Unterlagen aufbewahren und auf Verlangen herausrücken müssen, «darf» sie die ihrigen unbehelligt auf Nimmerwiedersehen verschwinden lassen, obwohl sie gleichzeitig ungestraft den Eindruck erweckt, eine «Behörde» zu sein!

* Um diesen falschen, aber unverzichtbaren Anschein noch zu verfestigen, ließen sich die ROTHSCHILDS & Co. im Jahre 2011 sogar zu etwas herab, was sie bis dahin hochnäsig verschmäht hatten. Da «wollte» FED-Chef «BEN BERNANKE zum ersten Mal in der 97jährigen Geschichte der US-Notenbank vor die Presse treten, um die [jüngste] Entscheidung zu erläutern und Fragen zu beantworten. . . . Mit der Pressekonferenz, die künftig alle drei Monate stattfinden soll», hieß es weiter, «will BERNANKE die Arbeit der Notenbank transparenter machen.»[1710] Eine pure Floskel, denn was er tatsächlich preisgeben wird und was nicht, ist ja «freiwillig» und bleibt somit nach wie vor ganz ihm selber oder seinen Hintermännern überlassen.

Leute wie GRIFFIN, die - gegen alle stellenweise immer wieder bekundete bessere Einsicht - den Mythos von der staatlichen Kontrolle der Zentralbanken nicht wirklich fahren lassen mögen, weil sonst ihr unerschütterliches Credo zusammenbräche, der «Staat» mache die «Inflation» «mittels Fiat-Geld», behelfen sich angesichts der ihnen nur zu gut bekannten Souveränität der *FED* mit recht seltsamen Argumenten. Die *FED* dürfe zwar Schuldpapiere aller Art «kaufen», müsse aber solchen der US-Regierung «den Vorzug geben», weil andernfalls «die Partnerschaft auseinanderfiele und der Kongreß die ***FED*** abschaffen würde»[1711]! Oder auch, die *FED* sei trotz allem insofern «indirekt» staatlich kontrolliert, als «sie vom Kongreß geschaffen wurde und vom Kongreß ausgelöscht werden kann»[1712]!

Tatsächlich «kann» sie genau das *nicht*: abgeschafft werden; tatsächlich «kann» der Kongreß genau das *nicht* sie auslöschen. Wir reden hier nicht von dem, was auf dem bloßen Papier oder in der grauen Theorie getan werden «könnte», sondern von der harten Realität. Die hat längst gezeigt, daß die *FED* bzw. ihre wahren Herren, die ROTHSCHILDS & Co., den US-Kongreß noch weniger zu fürchten brauchen als einen zahnlosen Tiger, haben sie doch diesen Kongreß dank des aktuellen Schuldgeldsystems und der damit einhergehenden Staats«verschuldung» allezeit an der kurzen Leine, um von den zusätzlichen, weiter oben schon einmal angedeuteten Methoden der PROTOKOLLARISCHEN Machtausübung hinter den Kulissen der modernen «Demokratie» erst gar nicht

1708 *MARK ANDERSON* in: «American Free Press», 22.11.2010, S. 10

1109 *GRIFFIN* a.a.O., S. 591.

1710 «Handelsblatt» (brc), 28.4.2011.

1711 *GRIFFIN* a.a.O., S. 477; Hervorh. hinzugefügt.

1712 Ebd. S. 568; Hervorh. hinzugefügt.

zu reden! Das war sogar bereits der Fall, als die Staatsverschuldung der USA zumindest *rein formal* noch hundertprozentig im Inland, also ausschließlich bei der *FED* und ihren Mitgliedsbanken, lag. Damals, im Jahre 1943, brachte der uns inzwischen wohlbekannte Kongreßabgeordnete JERRY VOORHIS den Gesetzentwurf HR [House Resolution] 8209 ein, «der den Kongreß ermächtigte, seine Option im ursprünglichen *Federal Reserve-Gesetz* auszuüben, die 12 *Federal* Reserve-Banken und ihre Zweigstellen zum Preis des aktuellen Stammkapitals zu kaufen»[1713]!

Ja, diese Klausel hatte 1913 tatsächlich im F£D-Gesetz gestanden, um kritische Gemüter zu besänftigen, und obwohl sie offenbar inzwischen diskret daraus verschwunden war, hätte das von VOORHIS vorgeschlagene neue Gesetz sie wieder eingeführt und sie zugleich in die Realität umgesetzt. Die *FED* wäre dadurch wirklich und wahrhaftig zu einer staatlichen, unmittelbar vom US-Kongreß kontrollierten Behörde geworden. Aber nun zeigte sich eben, daß der Kongreß in der Praxis absolut nicht «konnte», was ihm in der Theorie ohne weiteres möglich gewesen wäre: VOORHIS blieb mit seinem Entwurf rätselhafterweise allein! Und bei der nächsten sich bietenden Gelegenheit, 1946, sorgte die «fünfte Gewalt» umgehend dafür, daß der in seinem Wahlbezirk sehr beliebte und bisher schon fünfmal gewählte Abgeordnete VOORHIS die Abstimmung verlor[1714] und somit aus dem Kongreß ausscheiden mußte.

9) Die FED als Rothschild-Organ - ihre Unkontrollierbarkeit

Dieser Abschnitt setzt den vorigen nahtlos fort, indem er noch näher zeigen wird, wie hartnäckig und wie erfolgreich sich die *FED* bis heute jeder staatlichen Aufsicht und Kontrolle entzogen hat, die mehr gewesen wäre als bloße Schaufensterdekoration.

Im US-Kongreß erinnerte am 11. Juli 1932 der Abgeordnete O'CONNOR daran, daß weder das US-Finanzministerium noch die *FED* je einer Buchprüfung unterzogen worden waren. Er fuhr fort: «Oh, wir hatten da eine dringende Warnung vom Finanzamt und der *Federal Reserve*, daß „Sie, wenn Sie das tun, Chaos in der Regierung hervorrufen werden".»[1715] Wen er da wörtlich zitierte, das war der damalige FED-Vorsitzende EUGENE MEYER, jener jüdische Bankier gewesen[1716], dessen Enkel noch heute die einflußreiche Tageszeitung *Washington Post* besitzt und dirigiert. MEYER hatte also für den Fall einer Buchprüfung der *FED* unverhohlen mit «Chaos in der Regierung» gedroht!

[1713] *VENNARD* a.a.O., S. 34.

1714 Ygi *VOORHIS* a.a.O., Vorwort des Verlegers zur Neuauflage von 1991 (unpaginiert), verfaßt von *MICHAEL COLLINS PIPER-,* «1946, als VOORHIS eine sechste Amtszeit im Repräsentantenhaus anstrebte, suchte eine gutbetuchte Clique von Finanziers und Industriellen (die sich selbst den „Ausschuß der Einhundert" nannte) einen Kandidaten aus und steckte ihm Geld zu, um VOORHIS bei der Neuwahl zu besiegen. Tatsächlich kam ein Abgesandter eines der größten New Yorker Bankhäuser . . . nach Südkalifomien, um sich mit dem geheimnisvollen Ausschuß zu treffen. Der Bankiersagent versprach Unterstützung für die Kampagne gegen VOORHIS, den er zu „einem der gefahrlichsten Männer in Washington" erklärte. Nichtsdestoweniger war der fest im Sattel sitzende VOORHIS zuversichtlich, wiedergewählt zu werden. Er wurde jedoch überrascht und dank einer besonders boshaften gegen ihn gerichteten Operation mit schmutzigen Tricks geschlagen . . .» Wer sich da als bankenbezahlter «Gegenkandidat» hergab, war übrigens kein anderer als der spätere US-Präsident RICHARD NIXON (lt. *HODGSON BROWN* a.a.O., S. 208 u. 473)!

[1715] Zit. n. Louis T. *MCFADDEN* on the Federal Reserve Corporation ... a.a.O., S. 55 (Dokumentation des «Congressional Report, House», S. 15147).

[1716] Lt. ebd. (eingeschobene Erläuterung d. Hrsg.).

Im Präsidentschafts-Wahlkampf desselben Jahres überboten die Wahlprogramme der beiden großen Parteien einander mit Versprechungen, dem Staat die Kontrolle über den Dollar zurückzugeben. Die Demokraten: «Wir verpflichten die Demokratische Partei darauf, unter allen Umständen eine gesunde Währung aufrechtzuerhalten. Die Demokratischen Kandidaten verbürgen sich für ihre hundertprozentige Unterstützung dieses Programms. Wir versprechen, den [Geld-]Wert des Eigentums wiederherzustellen und uns zu bemühen, einen Dollar von gleichbleibender, dauerhafter Schuldentilgungskraft [!] zu schaffen.» Die Republikaner: «Wir verbürgen uns für eine gesunde Währung unter allen Umständen. Wir werden die Vollmacht des Kongresses, welche ihm die Verfasssung anvertraut hat, wiederherstellen, alles Geld zu schöpfen [to coin all money] und seinen Wert zu regulieren.»[1717] Es geschah jedoch - **nichts!**

Statt dessen unternahm die Rothschildsche Geldmacht hinter der *FED* unter der nachfolgenden Präsidentschaft *ihres* Mannes FRANKLIN DELANO ROOSEVELT den frechen Versuch, den ohnehin bereits zweideutigen Spruch «In God We Trust - Wir vertrauen auf Gott» von der 1-Dollar-Note zu verbannen, gemeinsam mit dem Amerikanischen Adler. Sie brachte am 18. Dezember 1935 eine neue Serie heraus, auf der beides fehlte und durch ein **kommunistisches** Emblem ersetzt war. Eine entsprechende gesetzliche Erlaubnis hatte der Kongreß nie erteilt! Erst massive öffentliche Proteste zwangen die *FED* zum taktischen Rückzug[1718].

1936 war schon wieder Wahlkampf. Die Demokraten erneuerten ihr Versprechen, obgleich in vager Form («Wir billigen das Ziel einer dauerhaften gesunden Währung . . .»), während die Republikaner - da ja ohnedies nicht an der «Macht» - sogar wörtlich ihren Werbespruch von 1932 (s.o.) wiederholten[1719]. Nach der Wahl blieb alles beim alten, die *FED* durfte den Dollar nach Herzenslust manipulieren und der Kongreß hilflos dabei zusehen.. .

Am 3. Oktober 1936 starb der Kongreßabgeordnete LOUIS T. MCFADDEN, von 1920 bis 1931 Vorsitzender des Banken- und Währungsausschusses des Kongresses[1720] und in dieser Eigenschaft nicht ohne Grund zum erbitterten Gegner der *FED* samt ihrer Hintermänner geworden, eines jähen Todes durch angebliches «Herzversagen». Man geht davon aus, daß er vergiftet worden war. Am 14. Oktober jenes Jahres las man aus der Feder des Ökonomen und Publizisten ROBERT EDWARD EDMONDSON im Wochenblatt *Pelley 's Weekly* einen ungewöhnlichen Nachruf, der folgende Absätze enthielt:

«Nun, da dieser echte amerikanische Patriot dahingeschieden ist, kann enthüllt werden, daß nicht lange nach seiner öffentlichen Äußerung gegen die übergebührlichen Machtbefugnisse Judas unter seinen Vertrauten bekannt wurde, daß er zwei Anschläge auf sein Leben erlitten hatte. Der erste Anschlag erfolgte in Form zweier Revolverschüsse, die aus dem Hinterhalt auf ihn abgefeuert wurden, als er vor einem der Hotels der Hauptstadt aus einer Droschke stieg. Glücklicherweise verfehlten ihn beide Schüsse - die Kugeln bohrten sich in den Aufbau der Droschke.

«Er wurde sehr schwer krank, nachdem er bei einem politischen Bankett in Washington etwas gegessen hatte. Sein Leben wurde nur vor dem gerettet, was man hinterher als eine Vergiftung bekanntgab, weil auf dem Bankett ein befreundeter Arzt zugegen war, der sofort eine Magenpumpe herbeischaffte und den Kongreßmann einer Notfallbehandlung unterzog.»[1721]

[1717] Zit. n. *VENNARD* a.a.O., S. 28.
[1718] Alles lt. ebd. S. 32.
[1719] Vgl. ebd.
[1720] Dies lt. *HITCHCOCK* a.a.O., S. 132.
[1721] Zit. n. Louis *T. MCFADDEN* on the Federai Reserve Corporation ... a.a.O., S. 53.

Vor diesem Hintergrund kann man besser verstehen, was sich 1957 im US-Senat ereignete. Sein vierköpfiger Finanz-Untersuchungsausschuß war vom Kongreß ermächtigt worden, eine gründliche Überprüfung des gesamten US-Finanzwesens durchzuführen, wovon zwangsläufig in erster Linie die *FED* betroffen war. Betroffen **gewesen wäre,** muß man freilich richtiger formulieren, denn nach einem Monat fand die gerade erst begonnene Untersuchung ein abruptes Ende. Aber nicht bloß das: «Jeder Mann im Ausschuß erklärte öffentlich gegenüber der Presse, er werde sich nicht um eine Wiederwahl für den US-Senat bewerben.» Der Vorsitzende des Ausschusses, BYRD, gab anfänglich auf briefliche Anfragen hin noch Kopien des unvollständigen und manipulierten «Untersuchungsberichts» heraus, verwies dann aber schließlich die Bittsteller an den jüdischen Senator JAVITS, der wiederum die Anträge abschlägig beschied!

VENNARD, der das alles berichtet[1722], fährt fort: «Das „Lebensende" [„quietus"], das man der Untersuchung bereitete, und die „Abschiede" [„quits"], welche die Ausschußmitglieder der Presse bekanntgaben, wurden allesamt durch zwei oder drei drohende Worte erreicht, die man in die Ohren flüsterte. Ich wies die Ausschußleute [brieflich] darauf hin, sie hätten Meineid begangen und unterlägen den Strafen, die im Strafgesetzbuch für „Unterlassung einer Anzeige wegen Verrats" vorgesehen sind, außerdem der [möglichen] Verhaftung durch jeden Bürger entsprechend der US-Verfassung. Nur Senator BYRD besann sich und bewarb sich - erfolgreich - um seine Wiederwahl. JENNER, der einzige noch lebende, hat seinen Mund bis auf den heutigen Tag [1969] nicht aufgemacht ..,»[1723]

Unter WRIGHT PATMAN als dem nunmehrigen Vorsitzenden des Banken- und Währungsausschusses erfolgte nichtsdestoweniger in der ersten Hälfte des Jahres 1964 die - wie er selbst sagte - «offenbarendste und durchdringendste Untersuchung, die in den 50 Jahren des Bestehens der *FED* stattgefunden hat»[1724]. Doch selbst ihr war genau das verwehrt geblieben, was die ROTHSCHILDS stets mit allen Mitteln zu verhindern gewußt haben: die Aufdeckung der geheimen Beratschlagungen und Geschäfte der *FED* mit **auswärtigen** Zentralbanken, vor allem mit der unmittelbar von den ROTHSCHILDS manipulierten *Bank von England!*

«Es ist ironisch», bedauerte PATMAN, «daß unser Ausschuß, der gerne herausfände, was auf manchen dieser Übersee-Treffen passiert, keine Erlaubnis erhält, irgendwohin außerhalb der Grenzen der Vereinigten Staaten zu reisen. Der Beschluß, der unsere Vorrechte als Ausschuß festlegt, bestimmt: „Die zur Deckung der durch die Tätigkeiten des Ausschusses entstehenden Kosten genehmigten Mittel. . . sollen dem Banken- und Währungsausschuß nicht für Ausgaben seiner Mitglieder oder anderer Mitglieder oder Beschäftigten, die ins Ausland reisen, zu Verfügung gestellt werden." Da unser Ausschuß der erste in fünfzig Jahren ist, der Einblick in alle Stufen des *Federal* Reserve-Systems nehmen soll, erschiene es ratsam, daß unsere Mitglieder dasselbe Privileg, ins Ausland zu reisen, genössen wie die Funktionäre der *FED.* Sie würden dadurch befähigt, etwas zu erforschen, was sich als die enthüllendste Facette der Tätigkeit der *FED* herausstellen könnte. Eine solche Investititon von Steuergeldern könnte tausendmal soviel wert sein wie sie kostet.»[1725]

Aber nein, genau diese entscheidende «Investition» wurde selbstverständlich *nicht* getätigt! Auch der von PATMAN für 1965 angekündigte Gesetzesentwurf seines Ausschus-

1722 *VENNARD* a.a.O., S. 42f; nur die jüdische Identität von JACOB JAVITS bleibt dort unerwähnt.

1723 Ebd. S. 43.

1724 *PATMAN* a.a.O., S. 5.

1725 Ebd.

ses zur gründlichen Reform der *FED,* obwohl noch halbherzig genug[1726], blieb stecken. Nur in einem Punkt sahen sich die ROTHSCHILDS bzw. ihre F£D-Frontfiguren genötigt, nachzugeben; das war PATMANs Forderung, der Staatskasse die F£D-Zinsgewinne aus US-Staatspapieren zu erstatten. Unerfüllt blieb dagegen seine andere Forderung, «[d]aß durch den Präsidenten des Bundesrechnungshofes [Comptroller General] eine öffentliche Buchprüfung aller Ausgaben des *Federal Reserve*-Vorstands und der Reserve-Banken vorgenommen werde - es ist nie eine staatliche oder unabhängige Buchprüfung der 12 *Federal* Reserve-Banken erfolgt»[1727].

Inwieweit PATMANs F£Z)-Kritik überhaupt noch ernstgemeint war, ist ohnedies umstritten und nicht leicht zu entscheiden. VENNARD hielt ihn für einen Schauspieler[1728], HODGSON BROWN hingegen berichtet, man habe ihn schließlich als Ausschußvorsitzenden «abgesetzt, nachdem er diese Position zwölf Jahre lang innegehabt hatte»[1729].

Sein berühmter Vorgänger MCFADDEN hatte 1934 formell die Amtsenthebung des gesamten *FED*-Vorstands wegen verbrecherischer Verschwörung gegen das Volk der USA beantragt. «Dieser Antrag liegt heute immer noch beim Rechtsausschuß, und niemand wird es wagen, ihn nochmals einzubringen», stellte VENNARD 1969 fest und begründete seine Desillusion so: «Dreißig Jahre später (d.h. 1964], als der Verfasser jedem Mitglied beider Häuser [des Kongresses] [die Druckschrift] *Der Federal Reserve-Schwindel [The Federal Reserve Hoax]* geschickt hatte, riet ihm der Kongreßabgeordnete BOB CASEY: „Keine Aussicht. Niemand hier wird die Geldfrage anrühren."»[1730]

Man sieht: der US-Kongreß kontrolliert zwar nicht die *FED,* wohl aber die *FED* den US-Kongreß . . .! Und der wichtigste Kontrollhebel ist die «Staatsverschuldung», gegen die umso schwieriger anzugehen ist, als die breite Masse der Regierten von ihrer wahren Natur erstens keine Ahnung *hat* und zweitens - schlimmer noch - auch gar keine Ahnung haben *will,* so daß der ebenfalls von der «fünften Gewalt» beherrschten Medienmafia das Desinformieren, Lügen und Hetzen auf diesem Gebiet außerordentlich leicht fällt.

Bis in die jüngste Gegenwart vermochte sich die *FED* in der Tat jeder echten Prüfung oder gar Kontrolle ihrer bei weitem wichtigsten Operationen vollständig zu entziehen. HODGSON BROWN berichtete noch 2007: «Die *Federal Reserve* beteuert, daß ihre Bücher jetzt jährlich von *Price Waterhouse* und dem US-Bundesrechnungshof *GAO,* der dem Kongreß untersteht, geprüft werden - aber einige Funktionen bleiben für den Bun-

1726 Ygi eb(j $ w0 die hauptsächlichen zehn «Empfehlungen» vorgestellt werden, die in den Entwurf einfließen sollten.

1727 Ebd.

1728 *VENNARD* a.a.O., S. 19: «Der gegenwärtige Vorsitzende des Banken- und Währungsausschusses des Kongresses, WRIGHT PATMAN, behauptet, daß „der größte Fortschritt in der amerikanischen Geschichte das Nationalbanken-Gesetz (1863) und das *Federal Reserve*-Gesetz (1913) waren". Doch die unachtsamen Leute glauben, er sei ihr Vorkämpfer. Wenn er es wäre, würde er die Resolution von MCFADDEN [zur Abschaffung der *FED,* 1934] [als Gesetzentwurf] einbringen. Er erhält die Aufmerksamkeit der Presse [front-page coverage] in seinen Scheingefechten mit der *FED.* Er läßt es so aussehen, als plane er die *FED* zu reformieren, wo doch jeder weiß, daß man einen faulen Apfel nicht mehr polieren kann. Er war dabei, als der Finanz-Untersuchungsausschuß des Senats 1957 auszog, die Finanzen der Nation zu untersuchen. Der vorrangige Tagesordnungspunkt war das *Federal Reserve System.* Plötzlich wurde die Untersuchung gestoppt. Er tut so, als wüßte er nichts davon.» - Es ist freilich denkbar, daß PATMAN genau deshalb, weil er das alles miterlebt hatte, vorsichtig war und so diplomatisch wie möglich vorzugehen suchte.

1129 *HODGSON BROWN* a.a.O., S. 208.

1730 *VENNARD* a.a.O., S. 31.

desrechnungshof unantastbar, darunter die Transaktionen mit ausländischen Zentralbanken und die Offenmarktoperationen (die Operationen, bei denen die *FED* mit Hilfe von sogenannten „accounting entities" [Rechnungseinheiten] Geld schöpft). Damit bleibt die wichtigste - und höchst suspekte - Funktion der *FED* der Kontrolle durch die Öffentlichkeit entzogen.»[1731] Und noch Anfang 2010 fragte der F££)-kritische Kongreßabgeordnete **RON PAUL:** «Ist es möglich, daß unsere *Federal Reserve* ihre Hand bei der Rettung Griechenlands mit im Spiel hatte? Tatsache ist, daß wir es nicht wissen und die gegenwärtigen Gesetze Vereinbarungen zwischen der *FED* und auswärtigen Zentralbanken von jeder Offenlegung oder Buchprüfung ausnehmen.»[1732]

Anfang 1997 brachte der Kongreßabgeordnete des örtlichen Kongresses des Bundesstaates Arkansas[1733] **JIM SMITHSON** dort einen Gesetzentwurf zur Abschaffung der *FED* ein, weil sie «verfassungswidrig» sei. Ähnliche einzelstaatliche Gesetzentwürfe wurden zum selben Zeitpunkt in vierzehn weiteren US-Bundesstaaten (Arizona, Washington, Nebraska, North Carolina, South Carolina, Montana, Pennsylvania, Utah, Alabama, Idaho, Illinois, Texas, Virginia, Oregon und Indiana) eingebracht oder waren schon beschlossen[1734]. Doch die der «fünften Gewalt» hörige US- und Weitmedienmafia sorgte dafür, daß so gut wie niemand außer den unmittelbar Beteiligten überhaupt davon erfuhr, galt es doch, eine weitere Ausbreitung dieses für die **ROTHSCHILDS** & Co. hochgefahrlichen «Flächenbrandes» auf eine absolute Mehrheit der 50 US-Bundesstaaten unbedingt zu verhindern. Letzteres gelang - und die Sache verlief, wie schon so oft, im Sande. Eine vergleichbare Resolution zur sofortigen völligen Abschaffung der *FED* und zur Übernahme der Geldschöpfung bzw. ihrer Regulierung und Kontrolle durch den US-Kongreß, wie ja in der US-Verfassung ausdrücklich vorgesehen, hatte z.B. der Kongreß (Abgeordnetenhaus *und* Senat) des Staates Indiana schon einmal am 14. Februar 1983 in namentlicher Abstimmung angenommen - auch damals unter ohrenbetäubendem Stillschweigen der Massenmedien und ohne jeden praktischen Effekt[1735] ...

Um hier nicht zu weitschweifig zu werden, sei der jüngste Anlauf einiger weniger entschlossener FED-Kritiker im US-Kongreß, endlich eine lOOprozentige Offenlegung und Buchprüfung der F£D-Operationen zu erreichen, nur mit wenigen Strichen chronologisch nachgezeichnet.

25. Juni 2009: Der Kongreßabgeordnete RON **PAUL** hat im Repräsentantenhaus aus Anlaß der aktuellen Bankenkrise einen Gesetzesentwurf zur kompletten Durchleuchtung der *FED*, das sogenannte *Federal* Reserve-Transparenz-Gesetz, eingebracht, dem sich unter dem Druck der Umstände bereits 243 weitere Kongreßleute angeschlossen haben. Die Namensliste der Nicht-Unterstützer des Gesetzes im Kongreß verzeichnet auffallend viele jüdische Namen[1736] ...

1731 *HODGSONBROWN* a.a.O., S. 208.

1732 *RON PAUL* in: «American Free Press», 1.3.2010, S. 19.

1733 Auf Deutschland bezogen vergleichbar dem Landtag von z.B. Baden-Württemberg, obwohl die einzelnen US-Bundesstaaten deutlich größere Unabhängigkeit vom Bund genießen als unsere Bundesländer.

1734 Lt. «Bulletin Committee to Restore the Constitution», Nr. 421 (Februar 1997), S. 1.

1735 Ygi ebj § g; vollständige Dokumentation des Textes, der allerdings zugleich die vom US-Kongreß anzuordnende Rückkehr zum Goldstandard forderte.

1736 ygi «American Free Press», 6.7.2009, alphabetische Liste aller Mitglieder des Repräsentantenhauses, die den Entwurf **nicht** unterstützen: GARY ACKERMAN, HOWARD BERMAN, STEVE COHEN, ROSA DELAURO (jüdisch verheiratet), ELIOT ENGEL, BARNEY FRANK, JANE HARMAN, STEVE ISRAEL, RON KLEIN, SANDER LEVIN, JERROLD NADLER, DAVID PRICE, ADAM SCHIFF,

6. Juli 2009: Eine parallele Gesetzesinitiative des US-Senats, eingebracht von Senator BERNIE SANDERS, bleibt stecken, weil die Mitglieder der Demokratischen Partei sie blockieren[1737] bzw. endlos im Bankenausschuß des Senats debattieren[1738]; stimmt aber der Senat nicht zu, kann in den USA kein Gesetz rechtskräftig werden . . .

9. Juli 2009: Der zufälligerweise jüdischstämmige Vizevorsitzende der *FED*, DONALD KOHN, wamt den Kongreß im Rahmen einer Anhörung, sich aus dem Geschäft der privaten Notenbank herauszuhalten und ihre keine amtliche Buchprüfung aufzuerlegen. Wörtlich droht er, jede Einmischung werde «die Märkte negativ beeinflussen».[1739] Der Finanz-Dienstleistungs-Ausschuß des Repräsentantenhauses, vor dem diese und weitere Anhörungen stattfinden, wird übrigens zufälligerweise von dem jüdischen Abgeordneten BARNEY FRANK präsidiert[1740], der persönlich bis jetzt das F£X)-Transparenz-Gesetz *nicht* unterstützt.. .

27. Juli 2009: Eine große Zahl mehr oder weniger bekannter Persönlichkeiten, darunter viele Bankiers, aber noch viel mehr Akademiker diverser Sparten, haben kürzlich eine Petition gegen das FFD-Transparenz-Gesetz unterzeichnet! Diese Liste weist ebenfalls weit überdurchschnittlich viele ohne weiteres als solche erkennbare jüdische Namen auf[1741] ...

27.-28. Juli 2009: Eine an diesen beiden Tagen unter 1000 Erwachsenen getätigte Repräsentativ-Umfrage des bundesweit operierenden US-Meinungsforschungsinstituts *Rasmussen Reports* ergibt, daß 75 % der Amerikaner «dafür sind, die Bücher der *FED* zu prüfen und die Ergebnisse der Öffentlichkeit zugänglich zu machen»; nur 9 % sind dagegen, der Rest ist unentschlossen.[1742]

August 2009: Sogar der ehemalige Oberstaatsanwalt von New York ELIOT SPITZER, ein Talmudist, bezeichnet die *FED* im Fernsehsender *MSNBC* zutreffend als «ein Schneeballsystem», möglicherweise als Rache für seine noch nicht allzulange zurückliegende rüde Entmachtung durch einflußreiche Glaubensgenossen. Auch viele andere Prominente springen auf den fahrenden Zug auf.[1743]

25. September 2009: Jetzt zählt das FFD-Transparenz-Gesetz außer seinem Initiator RON PAUL schon 295 Unterstützer im Kongreß. Es findet eine weitere Anhörung

DEBBIE WASSERMAN SCHULTZ, HENRY WAXMAN, ANTHONY D. WEINER, ROBERT WEXLER, um nur die notorischen oder am Namen eindeutig erkennbaren Talmud-Jünger zu nennen - es gibt höchstwahrscheinlich etliche weitere.

1737 Lt. *CHRISTOPHER PETHERICK* in: «American Free Press», 13.**u**.20.7.2009, S. 9.

1738 Lt. «American Free Press», 7.U.14.12.2009, S. 8, wo auch erst SANDERS als Initiator vorgestellt wird.

1739 Lt. bzw. zit. n. *CHRISTOPHER PETHERICK* in: «American Free Press», 27.7.2009, S. 6.

1740 Yg] «American Free Press», 23.11.2009; dort wird FRANKS (im selben Blatt schon früher des öfteren erwähnte) jüdische Identität allerdings diesmal nicht eigens angesprochen.

1741 YGL. «American Free Press», 27.7.2009, S. 2, wo auch *nur* die Bankiers bzw. die Akademiker aufgelistet werden: unter den ersteren sind neben anderen «Kandidaten» erwähnenswert ein ROBERT MELLMAN und ein LAURENCE MEYER, unter den letzteren FREDERIC MISHKIN, MICHAEL ADLER, DOUGLAS bzw. PETER DIAMOND, MARTIN EICHENBAUM, JEFFREY ELY, EDUARDO ENGEL, MARK GERTLER, YAEL HOCHBERG, PAUL JOSKOW, MATTHEW KAHN, STEVEN KAPLAN, BRUCE LEHMAN, HILARIE LIEB, HANNO LUSTIG, TOBIAS MOSKOWITZ, MAURICE OBSTFELD, MICHAEL ROTHSCHILD, DAVID WEIL, PIERRE-OLIVIER WEILL, erneut neben vielen weiteren nicht ganz so eindeutigen Namen.

1742 Lt. bzw. zit. n. *CHRISTOPHER PETHERICK* in: «American Free Press», 17.8.2009, S. 3.

1743 Lt. bzw. zit. n. *CHRISTOPHER PETHERICK* in: «American Free Press», 24.8.2009, S. 15.

vor dem zuständigen Kongreß-Ausschuß statt.[1744] Dabei sagt der Experte THOMAS E. WOODS jr. wörtlich: «Die *FED* sollte sich die Trostworte zu Herzen nehmen, die das amerikanische Volk jedesmal dann zu hören bekommt, wenn ein neues Überwachungsprogramm der Regierung aufgedeckt wird: wenn ihr nichts Schlimmes tut, habt ihr doch gar nichts zu befurchten.»[1745]

9. November 2009: Der Abgeordnete RON PAUL bekräftigt in einer Kolumne in der alternativen Presse (die große, etablierte steht ihm nicht zu Verfugung . . .): «Was wir wollen, worauf wir bestehen, das ist, daß Entscheidungen von solchem wirtschaftlichen Gewicht nicht mehr länger in absoluter Heimlichkeit gefällt werden. Wir wollen wissen, welche Abmachungen die *FED* mit anderen Regierungen und Zentralbanken trifft. Wir wollen wissen, wer von den Aktionen der *FED* profitiert und welche Geschäfte gemacht werden.... Wir müssen wissen, mit wem die *FED* Geschäfte eingeht, was sie kauft, wieviel sie ausgibt und wer dabei gewinnt.»[1746]

23. November 2009: RON PAUL hat soeben bekanntgegeben, daß der jetzt federführend mit seinem FED-Transparenz-Gesetzentwurf befaßte Vorsitzende des Kongreß-Ausschusses für inländische Geldpolitik, MEL WATT, den Text radikal entschärft, ja, wie er wörtlich klagt, regelrecht «ausgeweidet» hat! Beobachter weisen daraufhin, daß WATT seinen letzten Wahlkampf ganz überwiegend mit Spendengeldern der Banken bestritten hat. Seine größten Geldgeber waren die Rothschildsche *Bank of America*, die ebenfalls Rothschildsche *Wachovia Bank*, das Kreditkartenunternehmen *American Express* sowie die zwangsläufig ROTHSCHILD-kontrollierte Bankiersvereinigung *American Banking Association*^*[1]...

Anfang Dezember 2009: Der zufälligerweise jüdische Chef der *FED*, BEN SHALOM BERNANKE, publiziert in der *Washington Post* des DONALD GRAHAM, eines Enkels des ehemaligen jüdischen FED-Chefs EUGENE MEYER, einen besorgten Meinungsartikel, der sich entschieden gegen eine gesetzliche Anordnung der Offenlegung der FED-Geschäfte und -Bilanzen ausspricht. Solche Bestrebungen stünden, behauptet er wörtlich mit drohendem Unterton, «nicht in Einklang mit dem weltweiten Konsens betreffs der angemessenen Rolle von Zentralbanken, und sie würden die Aussichten für wirtschaftliche und finanzielle Stabilität in den Vereinigten Staaten ernstlich verschlechtern»[1748].

11. Dezember 2009: Eingebettet in einen 1 279seitigen Gesetzesentwurf von BARNEY FRANK zur Reform der Börse und zum Verbraucherschutz wird RON PAULS «ausgeweideter» Text vom Repräsentantenhaus mitbeschlossen[1749]. Doch PAUL selber stimmt dagegen, weil dieses Mammut-Gesetz, wie er selbst sagt, insgesamt «die Vollmachten der *Federal Reserve* noch erheblich ausweiten würde»[1750], falls auch der Senat, ihm zustimmen sollte!

Dezember 2009-Januar 2010: Zwei Mitglieder des Bankenausschusses des Senats, darunter dessen Vorsitzender CHRIS DODD, kritisieren lebhaft den Beschluß des Re-

[1744] Lt. *RON PAUL* in: «American Free Press», 12.10.2009, S. 13.

[1745] *THOMAS E. WOODS JR.*, in: «American Free Press», 12.10.2009, S. 13 (Abdruck des vollst. Textes seines vorgetragenen Gutachtens ebd. S. 12f).

[1746] *RON PAUL* in: «American Free Press», 9.11.2009, S. 23. - PAUL ist jedoch leider bloß Anhänger des Goldstandards, statt Gegner des aktuellen Schuldgeldsystems.

[1747] Alles lt. «American Free Press», 23.11.2009, S. 8.

[1748] Zit. n. «American Free Press», 7.u. 14.12.2009, S. 8.

[1749] Lt. «American Free Press», 28.12.2009, S. 8.

[1750] *RON PAUL* ebd. S. 19.

präsentantenhauses zur (eh schon entschärften!) Durchleuchtung der *FED* und kündigen an, dessen Gesetzwerdung unbedingt verhindern zu wollen. DODD ist von der New Yorker *Wall Street*, wo all die großen verdeckten ROTHSCHILD-Banken sitzen, in den zurückliegenden fünf Jahren mit satten 3,8 Millionen Dollar an Spenden bedacht worden . . . kein Wunder, daß er sich jetzt dankbar erzeigen möchte![1751]

12. Mai 2010: Der Senat hat endlich eine Kompromißformel gefunden - und heute verabschiedet -, mit der auch die *FED* selber einverstanden ist. Dazu mußte freilich der ursprüngliche Entwurf von Senator SANDERS, der «unter dem Druck der *FED*, des Vorsitzenden des Senats-Bankenausschusses CHRIS DODD .. . und der OBAMA-Regierung . . . einknickte»[1752], in ähnlicher Weise verwässert werden wie PAULS eigener auch! «Der neue Text der SANDERS-Gesetzesabänderung verlangt von der *FED* eine [nur] einmalige Offenlegung ihrer 13(3)-Kreditlinien [facilities], ihrer Tauschgeschäfte mit ausländischen Währungen und ihrer hypothekenbesicherten Wertpapiere. . . . Abmachungen mit auswärtigen Zentralbanken werden von dem neuen Text der SANDERS-Gesetzesabänderung nicht berührt.»[1753] Kommentar überflüssig!

15. Juli 2010: Nachdem der Vermittlungsausschuß zwischen Abgeordnetenhaus und Senat, der die Entwürfe beider Häuser zu einem einzigen, endgültigen vereinen muß, zwischenzeitlich den Eindruck erweckt hat, es könne doch noch zu häufigeren und ausgedehnteren Überprüfungen eines Teils der FZsD-Geschäfte kommen[1754], wird das Gesetz vom Senat beschlossen und von Präsident OBAMA in Kraft gesetzt. Es bleibt bei einer einzigen «Buchprüfung der Vollmachten der *FED* zur Gewährung von Notfallkrediten»[1755], genauer gesagt, ihrer «Notfall-Operationen . .., die im Anschluß an den Beinahe-Zusammenbruch der US-Wirtschaft im Sommer 2007 durchgeführt wurden»[1756], *ausgenommen* ,natürlich' - siehe oben - das Zusammenspiel mit anderen Zentralbanken!

21. Dezember 2010: RON PAUL berichtet über massive Ungereimtheiten, die aus den ersten Unterlagen ersichtlich werden, welche die *FED* vor drei Wochen endlich herausgerückt hat: Bei über der Hälfte jener «Wertpapiere», welche die *FED* von den Geschäftsbanken in der Krise als «Sicherheiten» für Kredite entgegengenommen hat, fehlt vorschriftswidrig jegliche Bonitätsnote, offenbar deshalb, weil es sich um gänzlich wertlose «Schrottpapiere» handelt. Und bei 400 Milliarden Dollar, die angeblich im Rahmen eines gigantischen 1,25-Billionen-Dollar-Aufkaufprogramms der *FED* für die berüchtigten hypothekenbesicherten «Wertpapiere» ausgegeben worden sind, fehlt jeder Nachweis darüber, was damit von wem gekauft worden war. «Diese Art von begrenzten Offenlegungen durch die *FED*», klagt PAUL, «unterstreicht nur die Notwendigkeit einer vollen und kompletten Prüfung der Kontobücher der *FED*,»[1757] Die jedoch wird es nicht geben!

Ende März 2011: Die *FED* hat zähneknirschend gehorchen müssen, nachdem ihre Klage gegen das Gesetz rechtskräftig abgewiesen worden ist, beschränkt sich jedoch auf das absolute Minimum: sie hat der Öffentlichkeit kommentarlos Hunderte von Sei-

[1751] Lt. «American Free Press», 8.2.2010, S. 8.

[1752] ***Mark Anderson,*** in: «American Free Press», 24.5.2010, S. 9.

[1753] ***Ron Paul*** ebd. S. 23. - Die Zahlenangabe «13(3)» bezieht sich auf einen Abschnitt entweder im US-Bankwesengesetz oder im *FED-Gesetz.*

[1754] Vgl. «American Free Press», 5.7.2010, S. 8.

[1755] «American Free Press», 2.8.2010, S. 8.

[1756] «American Free Press», 22.11.2010, S. 8.

[1757] ***Ron Paul*** in: «American Free Press», 27.12.2010, S. 17.

ten unsortierter Daten betreffs ihrer in der jüngsten Bankenkrise getätigten **Auslandsgeschäfte** übergeben, aus denen zwar zu ersehen ist, welchen Banken sie wann wieviel Geld «lieh», nicht aber, aus welchen Gründen . . . Immerhin fällt auf, daß in Tausenden von Tranchen insgesamt Hunderte von Milliarden Dollar an Großbanken rund um den Globus «verliehen» wurden, neuerlicher Beweis dafür, daß es buchstäblich kein Land mehr gibt, das sich dem Rothschildschen Einfluß zu entziehen vermöchte. Die belgische Bank *Dexia* bekam 33,5 Mrd. Dollar, die nordirische *Depfa Bank* 24,5 Mrd., das Tokioter Geldhaus *Norinchukin* 6 Mrd., die *Bank of China* nur, aber immerhin, 198 Millionen. Von besonderem Interesse sind zwei Kredite über jeweils 1 Mrd. Dollar, die an zwei verschiedene Abteilungen der ROTHSCHILD-kontrollierten *Deutsche Bank AG* überwiesen wurden, bei der es also hinter den Kulissen doch stärker gekriselt haben dürfte als ACKERMANNS beruhigendes Dauergrinsen vermuten ließ . . . Sogar mit MUAMMAR GADDHAFIS Libyen waren die ROTHSCHILDS via *FED* im Jahre 2008 noch ganz dick im Geschäft: die libysche Zentralbank erhielt insgesamt 73 Kredite, die *Arab Banking Corporation,* an welcher dieselbe libysche Notenbank mit über einem Drittel beteiligt ist, wurde gar mit über 35 Mrd. Dollar beglückt[1758]! Welche konkreten **Motive** aber all diesen Auslandskrediten jeweils zugrundelagen, darüber kann nur gemutmaßt oder gerätselt werden .. .

Fazit: Der Berg kreißte - und gebar eine Maus. Wirklich in die Karten sehen lassen sich die ROTHSCHILDS nach wie vor **nicht.** Die *FED* **bleibt** außer staatlicher Kontrolle, der US-Kongreß und die US-Regierung **bleiben** unter der Fuchtel der *FED* Sichtbarstes Symbol dafür ist in der OBAMA-Regierung ihr Finanzminister TIMOTHY GEITHNER. Der Mann, wie schon gesagt ein Talmudist, war vor seinem Amtsantritt **Präsident der *FED* von New York[1759],** also genau deijenigen, wo allein die entscheidende F£D-Politik gemacht wird! Einen besseren Verwalter und Mehrer ihrer künstlichen US-Staatsschulden konnten und können sich die ROTHSCHILDS gar nicht mehr wünschen ...

Die einzige «Kontrolle», die sich die ROTHSCHILD-dominierte US-Bankenwelt gefallen läßt, ist - ihre eigene. Nach offizieller Lesart gehört nämlich «die Überwachung der Banken in ihrem Einzugsgebiet» zu den Hauptaufgaben «der regionalen FisD-Banken. Sie haben dafür zu sorgen, daß diese gesund und sicher sind. Ebenfalls eine Überwachungsfunktion übt die Notenbank in Bezug auf die Befolgung der zahlreichen Konsumentenschutzbestimmungen bei Finanztransaktionen durch die Banken aus, sei es im Bereich von Krediten, Hypotheken, Kreditkarten oder ähnlichem.» WALTER MEIER, der das mitteilt, fügt immerhin an: «In dieser Hinsicht scheint es merkwürdig, daß diese gleichen Banken - zwangsweise - auch die Aktionäre der .F£D-Banken sind.»[1760] Aber ist das wirklich bloß «merkwürdig»? Ist es nicht vielmehr ungeheuerlich, himmelschreiend, eine grausame Farce, Spott und Hohn? Jeder weiß doch, daß sogenannte «freiwillige Selbstkontrolle» in der Wirtschaft noch nie und nirgends funktioniert hat. Aber siehe da, die ROTHSCHILDS und ihr Orbit genießen exakt dieses Privileg! Und sie nutzen es: weiter oben wurde z.B. schon gezeigt, wie die Rothschildsche *FED* als «Aufseherin» der ebenfalls ROTHSCHILD-kontrollierten *Deutschen Bank* seit Jahr und Tag mit einer fadenscheinigen Ausrede «genehmigt», ihre US-Bankenholding *Taunus Corp.* mit einer «negativen Eigenkapitalquote», also im Dauerzustand der technischen Zahlungsunfähigkeit, operieren zu lassen!

Auch im historischen Rückblick mangelt es nicht an Beispielen dafür, daß scheinbar regulative' Bestimmungen der *FED* lediglich das Wohl der Banken und ihrer Eigen-

[1758] Alles lt. *CHRISTOPHER PETHERICK* in: «American Free Press», 18.4.2011, S. 3.
1759 Ygi z g *WALTER MEIER* a.a.O., wo der Name allerdings falsch «Gaithner» buchstabiert wird.
[1760] Ebd.

tümer, nicht aber dasjenige der Allgemeinheit zum Ziel hatten. Augenzwinkernd berichtet der hochgestellte ROTHSCHILD-Vasall DAVID ROCKEFELLER persönlich: «Anfang der 1930er Jahre hatte die *Federal Reserve* damit begonnen, den Zinssatz, den Geschäftsbanken auf Festgeldeinlagen zahlen durften, zu senken und die Zahlung von Zinsen auf Sichteinlagen verboten, die damals eine primäre Quelle fiir Einlagen wurden, die wiederum die Basis des Kreditgeschäfts bildeten. Dadurch kosteten uns die riesigen Summen, die wir für unsere kreditfähigen Einlagen benötigten, so gut wie gar nichts und steigerten gleichzeitig die Einnahmen der Bank.»[1761] Das «Verbot», das die *FED* als vorgebliche «Bankenaufsicht» aussprach, nutzte also tatsächlich bloß ihren Mitgliedsbanken; die wurden nämlich dadurch zu einem regelrechten Kartell mit der ganz offiziellen ‚Absprache': keiner von uns zahlt den Sparern höhere Zinsen als von unserer eigenen *FED* genehmigt'!

Andere «Verbote» der *FED* sahen zwar zumindest auf dem Papier besser aus, taten ihren Mitgliedsbanken aber nicht weh, weil es völlig legale Möglichkeiten gab, sie zu umgehen. Wieder berichtet DAVID ROCKEFELLER: US-Banken konnten eine sogenannte «Ein-Bank-Holding-Gesellschaft» gründen, und die «anderen großen Banken in New York City» hatten das in den 1960er Jahren auch schon längst getan, ehe die *Chase Manhattan* es unter ihrem neuen Präsidenten ROCKEFELLER ebenfalls tat, um «in eine Reihe von neuen und möglicherweise gewinnbringenden Geschäften einzusteigen, wie beispielsweise in Versicherungen, Hypothekengeschäfte, Management Consulting [= Unternehmensberatung] und EDV-gestützte Dienstleistungen - Unternehmungen, die Handelsbanken durch die *Feder al Reserve* untersagt waren»[1762]. Man brauchte seine *FED-«iegu*lierte» Geschäftsbank also nur unter ein größeres Unternehmensdach zu stellen - und schon fielen alle möglichen mit großer Geste zur Schau gestellten F£Z)-Regulierungen ersatzlos weg.

Schließlich genießen die ROTHSCHILDS & Co. dank ihrer alles beherrschenden «fünften Gewalt» auch noch den Vorzug, daß die handzahme Medienmafia ihre schamlos als «Kontrolle» deklarierte völlige Narrenfreiheit in und hinter der *FED* nach Kräften verschleiert. Während VZZ-Korrespondent MEIER mit seiner zaghaft geäußerten Verwunderung schon hart bis an die Grenze des ‚Erlaubten' geht, meldet dieselbe *NZZ* an anderer Stelle mit geheuchelter Unschuld: «Die amerikanische Notenbank *Federal Reserve Board* hat ROGER T. COLE zum Leiter der US-Bankenaufsicht ernannt. Er wird Direktor der (dem[1763] *FED* angegliederten) *Division of Banking Supervision and Regulation* [Abteilung für Bankenaufsicht und -regulierung], COLE hat bisher nicht besonders von sich reden gemacht. Beobachter meinen, das habe System. Demnach beruft das Board [= der Vorstand] der Notenbank mit Vorliebe eher unauffällige Kandidaten, die gleichwohl über ein gutes Urteilsvermögen sowie ausgewiesene Fachkenntnis verfügen.»[1764] Fein, wie sie uns das nahebringt, die gelenkte Presse, nicht wahr? *Natürlich* hat die Unauffalligkeit System, aber doch wohl genau deshalb, weil es einzige Aufgabe des selbstinstallierten «Kontrolleurs» ist, wegzuschauen und den Mund zu halten . . . Oder traut ihm wirklich irgendjemand den selbstmörderischen Ehrgeiz zu, völlig nutzloserweise das eigene Nest zu beschmutzen? Wie hieß es doch so schön weiter in der zitierten Meldung: «Mit der

[1761] *ROCKEFELLER* a.a.O., S. 271f.

[1762] Ebd. S. 293f.

[1763] Die *NZZ* (oder gar die Schweiz überhaupt?) erlaubt sich, das *Federal Reserve System* entgegen dem üblichen deutschen Sprachgebrauch als «das FED» (statt die *FED*) abzukürzen.

1764 Meidung in: «NZZ», 23.9.2009 (oder: 2010 - die Jahreszahl des mir original vorliegenden Ausschnitts ist leider daraus nicht eruierbar).

Berufung in die oberste Leitung der Bankenaufsicht findet eine jahrzehntelange Karriere bei der *FED* ihren vorläufigen Höhepunkt»!

Einen anderen Höhepunkt, den der Heuchelei, erklomm das *Handelsblatt,* als es im Juli 2010 auf der Titelseite salbaderte: «Am weitesten fortgeschritten ist die Finanzreform in den USA. Dort will Präsident OBAMA ... die „härtesten Auflagen für die Finanzindustrie seit der Weltwirtschaftskrise" erlassen. So soll die Notenbank künftig die Stabilität des Finanzsystems gewährleisten und kann alle großen Finanzinstitute inklusive der Hedge-Fonds durchleuchten. Nie zuvor hat die *Federal Reserve Bank* eine derartige Machtfülle besessen.»[1765] Es darflaut und schallend gelacht werden!

Zumal BERNANKES «Machtfülle», wie dasselbe *Handelsblatt* zehn Monate später berichtete, dann leider, leider dennoch bei der republikanischen ‚Opposition' im US-Kongreß an ihre Grenzen stieß. Die nämlich verweigerte plötzlich «die in dem Gesetz [zur strengeren Bankenregulierung] vorgesehene bessere Ausstattung der Behörden». Die Folge davon: «Es wird befürchtet, daß einige Aufsichtsbehörden deshalb die Fristen zur Umsetzung der Regulierung nicht einhalten könnten.»[1766] Eine wohlfeile Ausrede dafür, die Sache erst einmal auf die lange Bank zu schieben, war also bereits gefunden .. .

10) Die FED als Rothschild-Organ - ihr Personal

Da sie die amerikanische Regierung dank des aktuellen Schuldgeldsystems und der damit zwangsläufig einhergehenden (künstlichen) Staatsverschuldung fest in der Hand hatten, konnten die ROTHSCHILDS & Co. den Vorsitzenden des Gouverneursvorstands, also den Chef des gesamten *Federal* Äeserve-Systems, allezeit ganz nach ihrem Geschmack «ernennen» lassen, desgleichen die übrigen Gouverneure. Weil die *FED* aber im übrigen eine rein private Frontinstitution der Banken und jeder staatlichen Kontrolle entzogen war, konnten sie noch viel mehr als das. Mochte es auch zeitweilig nicht klug sein, einen Glaubensgenossen zum F£D-Präsidenten machen zu lassen, mußte man auch vielfach auf - allerdings freimaurerisch-loyale - Gojim im E£D-Präsidentensessel, im *FED*-Vorstand oder an der Spitze der New Yorker *FED* zurückgreifen, so war doch stets dafür gesorgt, daß dem von den ROTHSCHILDS persönlich angeführten Eine-Welt-Talmudismus das Szepter nie entglitt.

Darum kümmerte man sich anfangs direkt von London aus. «Daß MONTAGU NORMAN, der Gouverneur der *Bank von England,* die treibende Kraft in all diesen internationalen wirtschaftlichen, finanziellen und politischen Beziehungen ist, welche das *Federal Reserve System* einschließen, kann nicht bezweifelt werden; es kann auch kein Zweifel daran bestehen, daß es sein Einfluß auf den verstorbenen Gouverneur STRONG war, der die aktive Zusammenarbeit der *Federal Reserve-Bank* von New York herbeiführte und so das *Federal* Reserve-System mit hineinzog», stellte LOUIS MCFADDEN im Februar 1930 vor dem US-Kongreß fest. Er kam zwar weder auf NORMANS jüdische Identität noch auf seine Funktion als ROTHSCHILD-Statthalter zu sprechen, prangerte aber seine «häufigen Besuche hier, manche davon sehr geheim» an, «insbesondere sein[en] Besuch von 1926, als die Zusammenkunft mit dem Chef der *Reichsbank,* dem Chef der *Bank von Frankreich* und dem Reparationsagenten im Finanzministerium stattfand»[1767].

Bis zu seinem Tod 1928 fungierte BENJAMIN STRONG, obwohl «bloß» Präsident der *FED* von New York, in der Praxis tatsächlich als Chef der ganzen *FED,* denn er (und nie-

[1765] «Handelsblatt» (rut/tor), 8.7.2010.

[1166] *ROLF BENDERS in:* «Handelsblatt», 13.5.2011.

1767 *MCFADDEN,* The Federal Reserve System and The Bank of International Settlements . . . a.a.O., S. 10.

mand sonst!) war es, der vor allem nach dem 1. Weltkrieg regelmäßig mit den Zentralbankhäuptern von England, Frankreich und Deutschland konferierte und konspirierte. STRONG war zwar anscheinend kein Talmudist, wohl aber ein zuverlässiger ROTHSCHILD-Sachwalter, hatten ihn doch die beiden ROTHSCHILD-Großbanken-Gruppen *Morgan* und *Kuhn, Loeb Co.* gleich 1914 als ihren *gemeinsamen* Kandidaten erfolgreich in dieses Amt gehievt[1768], nachdem er vorher bereits eine Zeitlang Präsident der verdeckten ROTHSCHILD-Großbank unter J.P. MORGANS Verwaltung *Bankers Trust Company* gewesen war[1769]. Von 1930 bis 1933 saß dann im eigentlichen FfD-Chefsessel in Washington der jüdische Großbankier EUGENE MEYER JR. Er wurde zwar 1934 durch den Nichtjuden MARRINER ECCLES abgelöst. Aber da war ja nicht bloß die Banken-Frontorganisation «*FED*», sondern daneben die Banken-Fronteinrichtung «US-Finanzministerium», ab demselben Jahr 1934 geleitet von dem schon mehrfach erwähnten Israeliten MORGENTHAU, deren Hauptaufgabe darin bestand, den privaten Banken auf dem Weg über die *FED* immer neue und immer mehr US-Schuldpapiere zuzuschustern. Und es gebe tatsächlich einen Vorgang im US-Finanzministerium, enthüllte 1934 der Abgeordnete MCFADDEN im US-Kongreß,

«den ROOSEVELT nicht untersuchen lassen wird. Er hat von der Wall Street JAMES WARBURG, den Sohn von PAUL M. WARBURG mitgebracht. Mr. WARBURG ist der Chef der *Bank of Manhattan*[1710]. Mr. WARBURG, im Ausland geboren und Sohn eines Ausländers, der hier erst mehrere Jahre nach der Geburt dieses WARBURG eingebürgert wurde, ist ein Sohn eines früheren Teilhabers von *Kuhn, Loeb & Co.*, ein Enkel eines weiteren Teilhabers, ein Neffe eines früheren Teilhabers und ein Neffe eines gegenwärtigen Teilhabers. Er hat kein Amt in unserer Regierung, doch man sagt mir, daß er tagtäglich das Finanzministerium aufsucht und dort private Wohnräume besitzt! Mit anderen Worten, Herr Vorsitzender, *Kuhn, Loeb & Co.* kontrollieren und besetzen jetzt das US-Finanzministerium.»'[771]

Saß der Eine-Welt-Talmudist JAMES P. WARBURG, derselbe, der später, 1950 im US-Kongreß drohend ausrufen sollte, es werde auf jeden Fall eine Weltregierung kommen, wenn nicht freiwillig, dann durch Gewalt, saß also dieser willige Vollstrecker der PROTOKOLLE nicht offen in der *FED* wie noch 1914-1918 sein Vater und danach ein gewisser ALBERT STRAUSS bzw. MARCUS NADLER bzw. EMMANUEL GOLDENWEISER (S. Bd. 1/2), dann saß er eben heimlich, als Graue Eminenz, im Finanzministerium des rein *fachlich* eher unbedarften MORGENTHAU und forderte dort - nicht zuletzt auch noch im ganz persönlichen geschäftlichen Interesse - im Zusammenspiel mit der *FED* die Staatsverschuldung.

Im weiteren Verlauf des 20. Jahrhunderts erfreute sich vor allem die *FED* von New York immer wieder jüdischer Spitzenfunktionäre. Da sie weit weniger im Zentrum der massenmedialen Aufmerksamkeit stand und steht als der Gouverneursvorstand in Washington, vermochten die ROTHSCHILDS & Co. auf diese Weise ihre und der Ihrigen beherrschende Rolle in der *FED* geschickt zu verbergen. Wie in Band 1/2 schon erwähnt, war ab 1980 ANTHONY SOLOMON Präsident der *FED* in New York. 1987 hatte PETER G. PETERSON, auch er dem jüdischen Milieu entsprossen, dasselbe Amt inne[1772]. Irgend-

[1768] Lt. *GRIFFIN* a.a.O., S. 423, der als Beleg dafür den berüchtigten Insider CAROLL QUIGLEY zitiert.
[1769] Lt. ebd. S. 472.
[1770] Derselben, die später mit der *Chase Bank* zur *Chase Manhattan Bank* verschmolz, so daß hier erneut die übermächtige ROTHSCHILD-Kontrolle dieses Großgeldhauses zum Vorschein kommt.
[1771] Louis T. MCFADDEN on the Federal Reserve Corporation ... a.a.O., S. 40f.
[1772] Lt. *VICTOR THORN*, 9-11 Evil [Das Böse hinter dem 11. September 2011], State College/PA 2006, S. 76f. Das ist übrigens derselbe PETERSON, der bald darauf zusammen mit seinem Glau-

wann nach ihm bekleidete denselben Posten der weiter oben schon erwähnte MAURICE R. GREENBERG, der aber zeitweilig auch auf dem Sessel des Vizepräsidenten bzw. eines «einfachen» Direktors oder Gouverneurs im Vorstand von New York Platz nahm[1773]. Wie sehr diese Leute den PROTOKOLLARISCHEN Zielen, also auch der systematischen **Verschuldung der Staaten,** verpflichtet sind, beweist u.a. die Tatsache, daß derselbe GREENBERG, lange Zeit Chef des weltweit führenden Versicherungsriesen *AIG*, zumindest noch vor kurzem zugleich Ehrendirektor **und** Vizevorsitzender des berüchtigten halbgeheimen *Council on Foreign Relations (CFR*) war, ohne dessen «Segen» niemand auch bloß einen einzigen Gedanken daran zu verschwenden braucht, Präsident der USA werden zu wollen!

Seit rund einem Vierteljahrhundert steht nun auch an der *offiziellen* Spitze der *FED* wieder jeweils ein ausgewiesener Talmudjünger. Auf ALAN GREENSPAN (1987-2005), dessen Laufbahn bei der ROTHSCHILD-Front *Morgan* begonnen hatte[1774] und der die Staatsverschuldung jahrelang sogar im Tandem mit seinem Glaubensgenossen auf dem Sessel des US-Finanzministers ROBERT RUBIN betreiben konnte, folgte vor einigen Jahren mit BEN S. BERNANKE erneut ein Glaubensbruder. Das bekannte New Yorker jüdische Organ *Forward* freute sich am 31. März 2006: «Präsident BUSH hat BEN BERNANKE zum nächsten Vorsitzenden des *Federal* Reserve-Vorstands ernannte. BERNANKE, dessen voller Name BEN SHALOM BERNANKE lautet, würde auf ALAN GREENSPAN folgen, der ebenfalls jüdisch ist. Die am Montag angekündigte Ernennung BERNANKES geht jetzt zum US-Senat. BERNANKE, der in BUSHS *Rat von Wirtschaftsberatern* gedient hat, war vorher im Gouverneursvorstand des *Federal Reserve*-Systems.»[1775] Wenn der jüdische *Forward* beide Herrschaften so klar als «jüdisch» hinstellt, sind wir sicherlich berechtigt, daraus die gebotenen Schlüsse zu ziehen ...

Im übrigen: Je mehr sich die PROTOKOLLE ihrer endgültigen Erfüllung nähern, desto kühner wagen sich die hoffnungsfrohen Nutznießer der pseudomessianischen «Neuen Weltordnung» ans Licht. So durfte man im Frühsommer 2010 zur Kenntnis nehmen: «Präsident OBAMAS drei neue Kandidaten für den Gouvemeursvorstand des *Federal* Reserve-Systems sind sämtlich jüdisch: JANET YELLEN, Präsidentin der *Federal Reserve-Bank* von San Francisco, SARAH BLOOM RASKIN, die oberste Bankenaufseherin des Staats Maryland, und PETER DIAMOND vom *MIT [Massachusetts Institute of Technology],* Drei weitere der aktuellen Vorstandsmitglieder, der Vorsitzende BEN BERNANKE, DONALD L. KOHN und KEVIN WARSH sind gleichfalls jüdisch. Zwei Vorstandsmitglieder - ELIZABETH DUKE und DANIEL TARULLO - sind nichtjüdisch.»[1776] Wenn man bedenkt, daß diese jüdische «Dreiviertelmehrheit» im Vorstand der rein privaten *FED* ja letztlich bloß die Eigentümerstruktur der ROTHSCHILD-dominierten US-Bankenwelt widerspiegelte, wird man sich darüber nicht einmal wundem können. Allerdings erregte diese Dreifachemennung anscheinend doch soviel unliebsames Aufsehen, daß die Anführer der Opposition' im US-Senat alsbald mit Präsident OBAMA SO grund- wie endlos

bensgenossen STEPHEN SCHWARTZMAN den riesigen Anlage-Fonds *The Blackstone Group* gründete, der ebenfalls - siehe oben! - direkt von den ROTHSCHILDS kontrolliert wird.

1773 Lt. *PIPER* a.a.O., S. 209.

1774 Ygi QRjff!N a.a.O., S. 403 (unpaginiert, da im Bildteil): er war Vorstandsmitglied (Direktor) bei *J.P. Morgan & Company.*

1775 Zit. n. d. Faksimile der Meldung in: «The Truth At Last» No. 458 (ca. November 2006), S. 5: «President Bush nominated Ben Bernanke to be the next chairman of the Federal Reserve Board. Bernanke, whose full name is Ben Shalom Bernanke, would succeed Alan Greenspan, who is also Jewish....»

1776 Meldung in «American Free Press», 6.9.2010, S. 2.

um die angeblich mangelnde «Eignung» PETER DIAMONDs zu streiten begannen, eine Schauveranstaltung, die schließlich ein Jahr später mit DIAMONDs Rückzug endete[1777]. Im *FED*-Vorstand bleiben damit aktuell zwei Posten bis auf weiteres unbesetzt, an der absoluten Majorität (von nunmehr 5 zu 2) der Talmudisten ändert das jedoch sowenig wie an der ROTHSCHILD-Beherrschung.

An die Stelle eines JAMES P. WARBURG ist mittlerweile der Talmudjünger TIMOTHY GEITHNER getreten[1778]. Auch er hat es jedoch inzwischen gar nicht mehr nötig, heimlichzutun. GEITHNER war vorher der zweitwichtigste Mann der *FED,* nämlich Präsident ihrer New Yorker Niederlassung; er ist seit OBAMAs Amtsantritt, anders als seinerzeit WARBURG, ganz **offiziell** Finanzminister der USA! Die immer kräftiger ausufernden Staatsschulden Amerikas liegen also bei ihm, der das Metier von **beiden** Seiten her kennt und beherrscht, «in besten Händen» - zumindest aus Sicht der ROTHSCHILDS und Konsorten.

11) Die FED als Rothschild-Organ - ihre Politik

Ehe wir nochmals die Verschuldung der Staaten durch die *FED*, und zwar jetzt endlich in ihrer entscheidenden Rolle **als ROTHSCHILD-Organ,** ins Visier nehmen, sollen einige andere damit zusammenhängende Machenschaften der *FED* zur Sprache kommen.

In den 1920er Jahren war das britische Pfund noch die Weltleitwährung und daher der ROTHSCHILDS liebstes Kind. Konsequenterweise wurde die *FED* dazu benutzt, das weltkriegsgeschwächte Großbritannien finanziell wieder aufzupäppeln - auf Kosten der US-Bürger und «ihrer» Währung[1779].

Ein für alle «Eingeweihten» unübersehbares **kabbalistisches** Zeichen ihrer geheimen Herrschaft in der *FED* setzten die ROTHSCHILDS dann am Ende der Großen Depression:

1777 Ygi *WALTERNIEDERBERGER* in: «Tages-Anzeiger», 7.6.2011. Die Republikaner im Senat hatten bemängelt, «DIAMOND sei ein altmodischer Keynesianer und Anhänger von massierten Staatseingriffen in Krisenzeiten», tadelten ihn also für genau das, was die *FED* ohnehin seit Jahrzehnten tut: sie beglückt den amerikanischen Staat, ohne seine Einwilligung auch bloß abzuwarten, bei jedem neuen Konjunktureinbruch mit Unmengen neuen Schuldgelds, auf daß er damit der Konjunktur wieder aufhelfe! Der Zank war umso unglaubwürdiger, als es am Ende von *NIEDERBERGERS* Bericht hieß: «Ironie der Geschichte: BEN BERNANKE, der amtierende Chef der Notenbank, war einmal Schüler des nun abgelehnten Wirtschaftsprofessors.» Offenbar ließen die ROTHSCHILDS & Co. den dritten der drei talmudistischen Kandidaten als ,Bauernopfer' fallen, weil er mit 71 Jahren ohnehin der mit Abstand älteste war und diese Sinekure nicht mehr benötigte.

1778 ygi «Power of Prophecy», Dezember 2009, S. 3, wo *TEXE MARRS* Proteste gegen seine Behauptung, GEITHNER sei Jude, wie folgt zurückwies: «GEITHNER, der Finanzminister, ist in der Tat Jude, durch Abstammung und mehr. Meine ausgedehnte Nachforschung zeigt, daß GEITHNER in einem jüdischen Viertel in Brooklyn, New York, geboren wurde. Seine jüdische Familie kam ursprünglich, 1908, aus Deutschland, und sein Großvater soll für die korrupten Bankiers WARBURG gearbeitet haben. GEITHNERS Vater, PETER, war ein „säkularer Jude" und bekannt dafür, von Zeit zu Zeit eine Episkopalkirche zu besuchen, vielleicht um die Karriere seines Sohnes zu fordern.... TIM GEITHNER ist mit einer jüdischen Frau, CAROLE SONNENFELD, verheiratet... Meine eigenen Forschungsergebnisse untermauernd, hat die maßgebliche Zeitschrift *The Jewish Chronicle* berichtet, TIMOTHY GEITHNER sei jüdisch. In der Weltnetz-Ausgabe vom 6. November 2008 erwähnt SHMUEL ROSEN GEITHNER ausdrücklich als jüdisch und merkt an: „Die Juden [sind] dazu bestimmt, in OBAMAS Regierung eine zentrale Rolle zu spielen."»

1779 ygi cJazu im einzelnen *Louis T. MCFADDEN* on the Federal Reserve Corporation . . . a.a.O., S. 28f in Verbindung mit S. 11-14. - Zum Einsatz kamen bei diesen Manipulationen vor allem die weiter oben schon erwähnten «Akzepten».

ihre Zuarbeiter im US-Kongreß lösten vollbewußt - durch grundlose Verweigerung ausdrücklich vorgesehener staatlicher Überbrückungshilfen - einen landesweiten Bankenkrach aus, der dem bekannten Domino-Prinzip gehorchte und als Vorwand dazu diente, exakt **am 3.3.1933** sämtliche US-Banken für den Publikumsverkehr zu schließen[1780]! Das war gleich zweimal die ominöse «33», während die Quersumme des Datums nochmals eine nicht weniger okkult-symbolträchtige «22» ergab.

Als gehorsames Werkzeug der ROTHSCHILDS hat sich die *FED* gerade erst wieder bei der «Bewältigung» der jüngsten Bankenkrise erwiesen. Aus der damit verbundenen «Konsolidierung» des amerikanischen Bankensektors gingen nämlich dank entsprechender Hilfestellung der *FED* präzise die heimlichen ROTHSCHILD-Bankenriesen gestärkt hervor.

So konnte der ROTHSCHILD-Gigant *JP Morgan Chase* im März 2008 die ebenfalls jüdische Großbank *Bear Stearns* mit entsprechender «Hilfe» seitens der selber ROTHSCHLLD-dominierten *FED* zu äußerst günstigen Konditionen schlucken. Dem Publikum freilich wurde diese Bankenverschmelzung als «Rettung» verkauft. Ehe *Bear Stearns* schließlich von *JP Morgan Chase* übernommen wurde, war ihm nämlich die *FED* noch mit stolzen 25 Mrd. $ zu Hilfe geeilt. Als selbst das den drohenden Untergang nicht aufzuhalten vermochte, bekam *JP Morgan Chase* weitere 29 - nach anderen: 30 - Mrd. $, um den bankrotten Konkurrenten zu «erwerben»[1781]. Lauter flugs aus dem Nichts geschöpfte FED-Milliarden, erzeugt einzig zu dem Zweck, die ROTHSCHILD-Front *Morgan* um die Kapazität von *Bear Stearns* zu vergrößern!

Glaubte man freilich dem schlitzohrigen ROTHSCHILD-Satrapen an der *FED*-Spitze BEN BERNANKE, so war das einzig geschehen, «weil wir es für notwendig hielten, die Integrität und Lebensfähigkeit des amerikanischen Finanzsystems zu erhalten, das seinerseits unerläßlich für die Gesundheit der Wirtschaft ist»[1782]. In Wirklichkeit hatte die *FED* so offenkundig den Interessen der ROTHSCHILDS willfahrtet, daß Kritiker der «von der *FED* eingefädelten Übernahme» so bohrende Fragen wie die folgenden stellten: «Was ist der Grad der Zusammenarbeit zwischen der *FED* und *JP Morgan Chasel* War das ein bloßes Augenblicksbündnis, oder war es schon im voraus ausgeheckt worden? Wurde *JP Morgan* gegen seinen Willen dazu ausersehen, *Bear Stearns* zu schlucken, oder überreichte die Zentralbank *JP Morgan* eine Pflaume, nach der es bereits gierte?»[1783] Diese Fragen stellen, heißt auch schon, sie beantworten.

Erst die jüngste, gesetzlich erzwungene Offenlegung wenigstens der Einzelheiten der F£'D-«Hilfen» an Banken und Großunternehmen während der 2007 ausgebrochenen Finanzkrise brachte ans Licht, in welchem Ausmaß sich die ROTHSCHILDS - stets wohlverborgen hinter ihren vielen Frontunternehmen - von ihrer eigenen *FED* aus der selbstverschuldeten Klemme «helfen» ließen. *Merrill Lynch, Citigroup* und *Morgan Stanley* erhielten jeweils, also jeder für sich, unglaubliche «2 Billionen $ an Kurzzeit-Krediten zu fast null Prozent Zinsen», während *Goldman Sachs* und *Bank of America* sich mit je 750 Mrd. $ zufriedengaben. Allerdings wurde, wie schon erwähnt, *Merrill Lynch* wenig

1780 Yg] *COOGAN* a.a.O., S. 88: die vom US-Kongreß eigens zur Bankenrettung geschaffene *Reconstruction Finance Corporation* versagte Mitte Februar 1933 einer Reihe von krisengeschüttelten Banken im hochindustrialisierten Bundesstaat Michigan einen Überbrückungskredit, woraufhin Banken und Industrie quer durch die ganzen USA der Reihe nach zusammenbrachen.

1781 Vgl. ***REISEGGER*** a.a.O., S. 16 sowie die in den beiden hier folgenden Fußnoten genannten Artikel.

1782 Zit. n. *ANTONIUS J. PATRICK* in: «American Free Press», 21.4.2008, S. 3.

1783 *MARK W. HENDRICKSON* in: «American Free Press», 26.5.2008, S. 18.

später von *Bank of America* übernommen, so daß die *FED* alles in allem 7,5 Billionen frisch herbeigezauberter Dollars allein an die verdeckten US-ROTHSCHLLD-Banken ausreichte! Diese unvorstellbar hohen Beträge dienten zwar «nur» der momentanen Überbrückung finanzieller Engpässe und wurden angeblich ganz rasch wieder «zurückgezahlt[1784]. Sie verhalfen aber letztlich dazu, das **aktuelle Schuldgeldsystem,** dieses boshaft-absurde Schneeballsystem, das ohne sie endlich eingestürzt wäre, ein weiteres Mal zu retten - zugunsten der ROTHSCHILDS & Co., aber mehr noch im Interesse der endgültigen Verwirklichung der Ziele der PROTOKOLLE!

Demselben Interesse dienten auch die massiven «Käufe» sogenannter Wertpapiere durch die *FED* - immer gegen selbstgeschöpfte Dollars! - auf dem Höhepunkt der Bankenkrise, «Käufe», die just den US-ROTHSCHLLD-Großbanken trotz der prekären Situation auf den «Finanzmärkten» zu satten Profiten verhalfen. Der bekannte Finanzexperte F.W. ENGDAHL vermied zwar, wie stets, die eigentlich gebotene Nennung des Namens «Rothschild»; dennoch waren seine Beobachtungen sehr aufschlußreich:

«Die drei größten US-Banken *Bank of America*, *JP Morgan Chase* und *Citigroup* haben für das zweite Quartal [2009] Gewinne in Höhe von insgesamt 10,2 Milliarden Dollar gemacht, und das trotz wachsender Verluste bei Konsumentenkrediten. Auch *Goldman Sachs* meldet einen Quartalsgewinn in Rekordhöhe. Die Wall-Street-Banken kassieren diese geradezu unanständigen Profite durch Geschäfte mit der *Federal Reserve.* . . . Inmitten der Finanzkrise gehört die *FED* mittlerweile zu den größten Kunden der Wall Street; sie kauft in großem Umfang Wertpapiere, um damit zur Stabilisierung der Märkte beizutragen. In einigen Geschäftsbereichen, so zum Beispiel bei den hypothekenbesicherten Wertpapieren, kauft die *FED* mehr als jeder andere Beteiligte. Allerdings ist die *FED* ja kein typischer Marktakteur. Oft kündigt sie den Kauf bestimmter Wertpapiere schon vorher an. Dies ermöglicht es den Banken, die entsprechenden Wertpapiere zu überhöhten Preisen an die *FED* zu verkaufen[1785]. Die daraus erwachsenden Profite sind eine Art versteckter Subventionen für die Banken . . ,»[1786] Im Klartext: Die ROTHSCHLLD-dominierte *FED* subventioniert die verdeckten ROTHSCHILD-Großbanken, indem sie deren faule Wertpapiere durch frischgeschöpfte Dollars ersetzt. Der Vorgang gleicht dem berühmten Wurf mit der Wurst nach dem Schinken: die faulen Wertpapiere schmälern zwar die Gewinne der *FED* selber, tun ihr bzw. ihren Mitgliedsbanken aber nicht wirklich weh, denn sie als einzige von allen Banken kann ja **im aktuellen Schuldgeldsystem** niemals bankrottgehen! Dafür steigen umso schöner die *direkten* Gewinne ihrer von all diesem «Schrott» so mühelos befreiten Mitgliedsbanken, deren mit Riesenabstand größte die Rothschildschen Großgeldhäuser sind.

Staatsschuldverschreibungen der USA «kaufen» die *FED* oder andere, auswärtige Zentralbanken immer dann, wenn die übrigen Geschäftsbanken sie mal eben nicht selber kaufen können oder wollen. Manche Autoren machen um solche Vorgänge viel unnützen Wirbel. Sie glauben darin Vorboten eines baldigen Zusammenbruchs entweder der USA (unter ihren «Staatsschulden»), des US-Dollars (unter seiner «inflationären» Entwertung) oder gar des ganzen Weltfinanzsystems erblicken zu dürfen, wenn nicht gar zu müssen. Doch nichts davon trifft zu. In Wirklichkeit verschieben die ROTHSCHILDS & Co. lediglich die Staatsschulden jeweils genau dorthin, wo sie ihnen momentan am besten

[1784] Alles lt. *CHRISTOPHER PETHERICK in:* «American Free Press», 20.12. 2010, S. 4.

1785 Weil die Kaufankündigung ja die bereits vorhandene «Nachfrage» *verstärkt* und somit den Preis hochtreibt.

1786 *FREDERICK WILLIAM ENGDAHL* in: «Der freie Mensch» Nr. 9-10 (September-Oktober) 2009, S. 31.

aufgehoben scheinen - unter den taktischen wie strategischen Vorgaben der PROTOKOLLE. Hier ein paar Beispiele:

* Im Spätsommer 2007 orakelte die südafrikanische Zeitschrift *Impact,* fußend auf einem längeren Artikel des etablierten US-Wirtschaftswissenschaftlers LAURENCE KOTLIKOFF im von der *FED* selber publizierten (!) Magazin *Review* vom Juli/August des Vorjahres: «Andere Länder können nicht mehr länger gezwungen werden, US-Schatzanweisungen, -briefe und -Wechsel zur Begleichung von Schulden zu akzeptieren. Schon vor langem, Mitte 2004, errichtete [der damalige US-Finanzminister] ROBERT RUBIN heimlich Hedge-Fonds in der Karibik, um US-Schatzanweisungen zu kaufen, die von den Zentralbanken der Welt verschmäht wurden. Das wurde geheimgehalten, bis die *New York Times* am 18. November 2004 die Katze aus dem Sack ließ.»[1787]

  Nun sollte sich eigentlich längst hemmgesprochen haben, daß «Geheimnisse», welche ausgerechnet die jüdische *NYT* «enthüllt» und an welche ausgerechnet die *FED* selber «erinnert», garantiert keine solchen sind, deren Aufdeckung den PROTOKOLLEN und ihren willigen Vollstreckern nicht zustattenkäme. Die Behauptung, keine Zentralbank «wolle» mehr US-Staatsschuldpapiere «kaufen», war daher so todsicher irreführend, wie es keine Zentralbank auf dem ganzen Globus gibt, die von den ROTHSCHILDS und Konsorten nicht kontrolliert würde. Entsinnen wir uns daher lieber dessen, daß hinter *jedem* Hedge-Fonds unweigerlich eine Bank steht . . . und die Sache erscheint sofort in einem ganz anderen Licht. Es läßt sich halt kaum eine schlauere Methode denken, dem Rothschildschen globalen Bankenimperium völlig unbemerkt von der Öffentlichkeit US-Staatsschuldpapiere in unbekannter Höhe zufließen zu lassen, als diejenige, deren sich der Talmudist RUBIN, im Zivilberuf Bankier bei *Goldman Sachs,* da bediente, handelte er doch *scheinbar* «namens der US-Regierung» selbst!

* Anfang 2010 wurde in ähnlicher Weise darüber gerätselt, an wen denn eigentlich die US-Regierung im Steuerjahr 2009 ihre vermeintlich von niemandem mehr gewollten Schuldpapiere in einer Gesamthöhe von 1,885 Billionen Dollar veräußert habe. Das kanadische Vermögensverwaltungsunternehmen *SprottAsset Management* kam zu dem begründeten Schluß, das müsse zu großen Teilen «die *FED* selbst» gewesen sein, obwohl die Käufe in der offiziell veröffentlichten *FED*-Bilanz nicht aufschienen, sondern offenbar mittels ‚kreativer Buchführung' daraus eliminiert worden waren. Ein alternatives Presseorgan kommentierte die Angelegenheit dahingehend, das bedeute, «daß die *FED* ihre Bilanzsumme 2009 ungefähr verdreifacht hat, *indem sie gegen selbstfabrizierte Dollars einfach Staatsanleihen gekauft hat.* Das war wohl auch bitter nötig, denn die ausländischen Käufer, und davon vor allem die ausländischen Notenbanken, dürften nicht bereit sein, die USA weiterhin so üppig zu finanzieren wie bisher.»[1788]

  In Wirklichkeit haftete dem Vorgang unter den Voraussetzungen des **aktuellen Schuldgeldsystems** überhaupt nichts Ungewöhnliches an. «Die *FED* selbst» hat doch schon immer Staatsanleihen in bisweilen riesiger Höhe «gegen selbstfabrizierte Dollars» «gekauft». Daraus konnte aber noch nie schlüssig gefolgert werden, das geschehe, weil andere nicht kaufen «wollten». Vor allem deshalb nicht, weil es diese «anderen» ja gar nicht real, sondern nur scheinbar überhaupt *gibt]* Wenn die chinesische Zentralbank US-Papiere «kauft», sind die ROTHSCHILDS ebenso am Werk wie wenn die *Bank of Japan,* die *Bank of England,* die *EZB* - oder eben die *FED* - das tut. Sie lassen halt dort «kaufen», wo es ihnen unter Abwägung aller relevanten Umstände gerade am besten paßt . . . Ist es denn soooo schwer zu kapieren, daß **jede** Zentralbank der

1787 «Impact», August/September 2007, S. 1.
1788 «pHl», 10.2.2010, S. 45; Hervorh. original.

Welt «ihr» Geld selbst fabriziert, und zwar in jeder von ihren Kontrolleuren gewünschten Höhe!? Was soll also das Gerede von einer «üppigen Finanzierung» der USA, wenn diese Finanzierung doch ohnedies - egal wo auf dem Globus - immer bloß per Federstrich oder Mausklick erfolgt? Das wahre Problem ist die schamlos-freche «Finanzierung» in Form **rein künstlicher «Schulden»,** und gar nichts sonst. Fiele das **aktuelle Schuldgeldsystem** dahin und würde durch *staatliche* schulden/reie Geldausgabe ersetzt, wäre im selben Moment die Macht der ROTHSCHILDS definitiv gebrochen!

Von echter Bedeutung ist lediglich eines: ausländische Zentral- oder Geschäftsbanken gleichermaßen können US-Schuldpapiere nur gegen US-Dollars kaufen - und *die* können **nur** die *FED* bzw. ihre Mitgliedsbanken aus nichts schöpfen. Von daher sind es aber ohnedies in *schlußendlicher* Betrachtung **immer** die *FED* bzw. die sie beherrschenden ROTHSCHILD-Banken, die das Geschäft mit den US-Staatsschulden kontrollieren, manipulieren, orchestrieren und dirigieren - weltweit!

* Wiederum Anfang 2010 sagte der US-Experte für die Vermögensanlage in Edelmetallen JEFFREY LEWIS mit wichtiger Miene voraus, «die *Federal Reserve* werde ihre „Lockerungspolitik" fortsetzen müssen, eine wunderliche Redensart dafür, daß die *FED* die Druckerpresse anwerfen und die Geldzufuhr erhöhen wird, indem sie mehr Dollars in Umlauf bringt. Ein beträchtlicher Teil davon wird zum Aufkauf von Schatzpapieren verwendet werden, die sonst niemand haben will.»[1789]

Auch letzteres war erneut ein Irrtum. Die ROTHSCHILDS und ihre Konsorten **wollen** staatliche Schuldpapiere **immer** liebend gerne haben, bleiben jedoch an gewisse Restbestände von Geschäftsregeln gebunden, die sie nur zum gewaltigen eigenen Schaden über den Haufen werfen könnten. Dazu gehört nun einmal die Regel, daß auch gerade erst aus der Krise „gerettete" ROTHSCHILD-Großbanken Kredite nur in einem bestimmten Verhältnis zum vorhandenen Eigenkapital vergeben können (oder zumindest - im ureigensten Interesse! - *sollten)* und sich daher zum fraglichen Zeitpunkt angesichts immer noch akuten Mangels an solchem Eigenkapital leider vorerst zurückhalten *mußten* - woraufhin sie das gerade unter PROTOKOLLARISCHEN Aspekten völlig unverzichtbare Geschäft halt notgedrungen ihrer *FED* übertrugen. **Die** nämlich wird *niemals* über Mangel an «Eigenkapital» klagen können und vermag *jederzeit* einzuspringen - wie der Joker beim Kartenspiel! So einfach ist das. Die einzige echte Schwierigkeit liegt darin, solche Manöver der Öffentlichkeit mittels irgendwelcher mehr oder weniger passender Ausflüchte (schein-)plausibel zu machen. Die seit Jahren beliebteste und wirksamste Ausflucht lautet offensichtlich: ‚niemand sonst will mehr kaufen' . . .!

Als ROTHSCHILD-Organ kommt die *FED* aber vor allem außerhalb der USA, und zwar globusweit, zum Einsatz. Das erscheint zunächst ganz normal, denn immerhin ist der US-Dollar ja die Leit- und Reservewährung der ganzen Welt. Genau diese Eigenschaft des Dollars, die ihm die ROTHSCHILDS selber ja erst verschafft haben, bildet aber den enorm verlängerten Hebel der *FED* für ihre von den ROTHSCHILDS diktierte «Politik».

* Die sogenannten Leitzinssätze der *FED* und aller übrigen Zentralbanken des Globus haben zwar **im aktuellen Schuldgeldsystem** so gut wie keine reale Bedeutung, weil die Geschäftsbanken die erdrückende Masse ihrer ausgereichten «Kredite» nie vorher von der Zentralbank zu deren «Leitzinssätzen» beziehen, sondern schlicht aus nichts schöpfen, und zwar einzig zu jenen *möglichst hohen* Zinssätzen, die sie am «Markt» jeweils herauszuschlagen vermögen. Allenfalls liefern ihnen Leitzinserhöhungen den willkommenen Vorwand dafür, ihre selbstgeschöpften «Kredite» zu «verteuern», wäh-

[1789] *CHRISTOPHER PETHERICK* in: «American Free Press», 18.1.2010, S. 4.

rend Leitzinssenkungen ihnen erlauben, immer dann das Gesicht zu wahren, wenn sie sich wegen eingebrochener Nachfrage nach ihren «Krediten» momentan sowieso zu drastischen «Verbilligungen» genötigt sähen.

Weil das so ist, fällt der «Zinspolitik» der *FED* jedoch die Rolle zu, genau das nach Kräften zu verschleiern. Von realer Bedeutung ist die von der *FED* gehorsamst ausgeführte ROTHSCHILD-Zinspolitik dagegen, wie schon früher gezeigt, für das globale, zig Billionen schwere Spekulationsgeschäft. Viele dämliche Mitspieler nehmen nämlich die immergleichen in den Fachmedien und Fachbüchern wie auch auf den Fachkathedern der Hochschulen heruntergeleierten Lügenmärchen für bare Münze. Gewöhnlich unterstützen sogar die «wissenden» Mitspieler, d.h. die ROTHSCHILDS & Co., die von «ihrer» *FED* nach ihren eigenen tückischen Vorgaben vorgeblich auf dem «Markt» «erzwungenen» «Zinstrends» - zumindest solange, bis genügend Tölpel in die solchermaßen aufgestellte Falle getappt sind. Die ROTHSCHLLD-kontrollierten auswärtigen Notenbanken ergreifen gleichfalls immer fein die laut Lehrbuch erforderlichen (Gegen-)Maßnahmen zur Unterstützung (oder Abwehr) der FED-Manöver, obwohl sie um deren finanztechnische Bedeutungslosigkeit wissen.

Das alles vorausgesetzt, erweist sich dann die ROTHSCHILD-diktierte «Zinspolitik» der *FED* paradoxerweise als verblüffend wirksamer Hebel zur Beeinflussung nicht bloß der Derivate-, sondern auch der Weltdevisenmärkte (und indirekt all dessen, was wiederum *davon* abhängt!). «Viele ausländische Notenbanken in Asien und Lateinamerika orientieren ihre Zinspolitik an der Politik der *Federal Reserve Bank.* So kommt es vor, daß Notenbanken Zinserhöhungen vornehmen, weil sie der *Federal Reserve Bank* folgen müssen, um eine Abschwächung der Wechselkurse zu verhindern. Das passiert, obwohl ihre Volkswirtschaft eigentlich eine Zinssenkung benötigen würde, um das Wachstum zu stimulieren. Doch die meisten Währungen orientieren sich nun einmal am US-Dollar. Der überwiegende Teil des Welthandels wird in dieser Währung abgewickelt.»[1790]

* Die *FED* manipuliert in enger Abstimmung mit auswärtigen Zentralbanken, die ebenso wie sie strikter ROTHSCHILD-Kontrolle unterliegen, den globalen Umlauf von US-Dollars. Verfügt z.B. das kanadische Bankensystem (jenseits seiner «eisernen» Reserven . . .) nicht mehr über genügend US-Dollars, um die Nachfrage der kanadischen Unternehmen nach dieser Weltleitwährung zu befriedigen (die Unternehmen müssen fast alle ihre Import-Rechnungen in US-Dollar begleichen), kann die kanadische Zentralbank bei der *FED* US-Dollars gegen kanadische Dollars tauschen, die sie eigens für diesen Zweck selbst geschöpft hat, genau wie die *FED* die ihrigen! Die solchermaßen eingetauschten US-Dollars «leiht» die *Bank of Canada* dann den besagten Unternehmen auf dem Wege über deren jeweilige Geschäftsbank «aus». Auf diese Weise machen die ROTHSCHILDS & Co. mit US-Dollar-Krediten nicht bloß in der *FED,* sondern auch in weiteren 13 auswärtigen (und fast sämtlich *privatenl)* Notenbanken schöne Geschäfte. Es sind das im einzelnen - in alphabetischer Aufzählung - die Zentralbanken von Australien, Brasilien, Dänemark, England, der EU, Kanada, Korea, Mexiko, Neuseeland, Norwegen, Schweden, der Schweiz und Singapur[1791]. Natürlich erlaubt dieses diskrete Währungs-Tauschsystem zwischen lauter **ROTHSCHlLD**-kontrollierten oder gar -gelenkten Notenbanken «daneben» alle aus was für Gründen auch immer gewünschten Manipulationen *von zentraler Stelle aus:* Dollar-Schwemme in diesem, Dollar-Verknappung in jenem Land, Dollar-Überfluß heute, Dollar-Mangel morgen!

[1790] *MOTZKUHN a.a.O.,* S. 212.

[1791] Lt. *CHRISTOPHER PETHERICK* in: «American Free Press», 10.8.2009, S. 3.

* Selbst wenn sie im Einzelfall keiner *direkten* ROTHSCHILD-Kontrolle unterworfen sein sollten, was für die Notenbanken mancher weltwirtschaftlich eher unbedeutenden Staaten der 3. und 4. Welt zutreffen mag, werden die Zentralbanken des Globus doch mindestens indirekt durch die ROTHSCHILD-beherrschte *FED* straff an der Leine gehalten. Ohne US-Dollar-«Reserven» ist nämlich eine Teilnahme am Welthandel praktisch ausgeschlossen. Um in den Besitz solcher Reserven zu gelangen, muß man sich jedoch mit der *FED* gut stellen, denn von ihrer bzw. ihrer Hintermänner «Gutwilligkeit» hängt es letztlich ab, ob überhaupt und wenn ja, welche «Sicherheiten» sie im Austausch gegen die von ihr aus nichts geschöpften Dollars akzeptiert!
* Da sie zum größten Teil mit US-Dollar-Krediten operieren, hängen natürlich auch *IWF* und *Weltbank* bei ihrer systematischen Verschuldung der Staaten der 2., 3. und 4., ja neuerdings sogar der 1. Welt selber letztlich von der *FED* bzw. ihren ganz wenigen einzig maßgeblichen Mitglieds(groß)banken und damit von den ROTHSCHILDS ab, was sich ja auch unmittelbar in der zuletzt fast permanenten Besetzung ihrer Spitzenposten mit bekennenden Talmudisten (WOLFENSOHN, WOLFOWITZ, STRAUSS-KAHN) niederschlägt. Noch unter JAMES WOLFENSOHN vergab die *Weltbank* z.B. mit Datum vom 30. Juni 2004 insgesamt 51 Kredit-Tranchen in einer Gesamthöhe von beachtlichen 2,6 Milliarden Dollar - ausgerechnet an den Iran, den man gleichwohl kurz danach als *die* Gefahr für den Weltfrieden zu verteufeln begann[1792]. Es ist klar wie der lichte Tag, daß auch hier mit gezinkten Karten gespielt wird: ein Iran, der so essentiell von *FED*-erzeugten und *Weltbank-vs*rmittelten ROTHSCHILD-Krediten abhängt, wird Israel nur angreifen, wenn es ihm seine jüdischen Kreditgeber erlauben oder gar befehlen . . . unter den zynischen Auspizien der PROTOKOLLE eine gar nicht unwahrscheinliche Option!
* Als unumschränkte Beherrscher des US-Dollars sind die ROTHSCHILDS - abgeschirmt durch ihre *FED* und ihre sie tragenden US-Großbanken - letzte Kreditgeber («lender of last resort» - wörtlich: «Geldverleiher der letzten Zuflucht»!) der ganzen Welt. Auch für die Regierungen. Seit dem Jahre 1980 darf die *FED* - offenbar auf hintergründiges Drängen der ROTHSCHILDS vom US-Kongreß durch ein entsprechendes Gesetz nunmehr dazu «ermächtigt» - Staatsschuldpapiere sämtlicher Länder der Erde gegen selbstfabrizierte Dollars «kaufen»! Bezeichnenderweise blenden die Medien diesen Punkt aus ihrer einschlägigen Berichterstattung systematisch aus. GRIFFIN, auch er teilweise scheuklappenbewehrt, kommentiert den Tatbestand so: «Das war wahrhaftig eine revolutionäre Ausweitung der Befugnis der *FED*, zu inflationieren. Bis dahin durfte sie Geld nur für die *amerikanische* Regierung erzeugen. Jetzt war sie in der Lage, es für *jede beliebige* Regierung zu tun. Seither hat sie als eine Zentralbank für die ganze Welt fungiert.»[1793]

[1792] Vgl. *ED HAAS* in: «Zeit-Fragen», 26.4.2006 (Weltnetz-Ausgabe).

[1793] *GRIFFIN* a.a.O., S. 115; Hervorh. original. Auch die weitere These (ebd. S. 202), «der offenkundige Zweck dieser Gesetzgebung» liege darin, «die Rettung [bail out] solcher Regierungen zu ermöglichen, die Probleme damit haben, die Zinsen auf ihre Kredite von amerikanischen Banken zu zahlen», bleibt im Vordergründigen stecken (obwohl auch *Ross* a.a.O., S. 243 diesen Aspekt unterstreicht). Alle «verschuldeten» Staaten leisten - wie weiter oben eingehend gezeigt - letztlich bzw. unterm Strich keinerlei Zinsdienst, sondern schulden ewig bloß um! (Nur die 3. und 4. Welt entrichtet im Mittel ein Drittel der Zinsen in Form von Sachleistungen.) Außerdem macht es unter reinen Gewinn-Aspekten kaum einen Unterschied, ob Zinszahlungen den Geschäftsbanken direkt oder indirekt, nämlich als Teilhabern der *FED*, entgehen! Es läßt sich höchstens geltend machen, daß in letzterem Falle die Verluste *einiger* Banken auf *alle* Banken umgelegt werden, was den großen ROTHSCHILD-Banken als den hauptsächlichen Staatsverschul-

Daß die immerwährende **Pseudoinflation** das **aktuelle Schuldgeldsystem** so zwangsläufig begleiten **muß** wie der Schatten jedes beliebige besonnte Objekt, will GRIFFIN zwar nicht wahrhaben; insoweit verfehlt er das Thema. Richtig ist dagegen seine Beobachtung, die *FED* habe sich dadurch - und zwar ganz **direkt!** - zu einer Art von Weltzentralbank gemausert. Alles, was ihr bzw. den sie lenkenden ROTHSCHILDS & Co. noch fehlt, wäre die Befugnis, sämtliches Geld der Welt ganz allein herausgeben zu dürfen. Etwas, worauf sie jedoch getrost verzichten können, denn auch jetzt schon entkommt ja keine der übrigen Zentralbanken und Währungen ihrer Kontrolle. Weit bedeutsamer ist jedoch: Wenn die nachweislich vollkommen ROTHSCHLLD-beherrschte *FED* sämtliche Länder der Erde verschulden darf, ist damit klipp und klar bewiesen, daß die ROTHSCHILDS und ihre Konsorten die eigentlichen Gläubiger der Staaten sind - ganz wie von den PROTOKOLLEN vorgesehen . . .

12) IWF, Weltbank und EZB als Rothschild-Organe - ihr Personal



Die beiden «Zwillinge» von Bretton Woods «vermitteln» im Grunde genommen immer bloß **aus nichts geschöpftes Schuldgeld der privaten Großbanken** der sogenannten westlichen Welt an die ärmeren Länder des Globus. Gerade die allergrößten der Großbanken gehören nun aber *verdeckt* entweder zum **größten** oder zum **erheblichen** oder wenigstens zum **maßgeblichen**[1794] Teil den ROTHSCHILDS. Ihnen fließen daher zwar bei weitem nicht *alle* Gewinne aus den Staatsschulden der 2. bis 4. Welt zu; sie besitzen aber entscheidenden, durch ihre vielfach jüdischen (und ansonsten ausnahmslos freimaurerisch kontrollierten) Konsorten noch verstärkten Einfluß auf die Verschuldungslage aller Staaten des Globus.

Zusätzlich erleichtert und sichergestellt wird die Kontrolle über die PROTOKOLL-gemäße systematische Verschuldung der ärmeren Länder durch das häufig direkt dem Talmudismus entstammende Spitzenpersonal an den Schalthebeln von *IWF* und *Weltbank.*

Erster Präsident der *Weltbank* war zum Beispiel der schon mehrfach erwähnte jüdische Bankier EUGENE MEYER JR., der bis 1933 als Chef der *FED* amtiert hatte. MEYER verfügte über verwandtschaftliche Beziehungen zum Großrabbiner von Frankreich wie auch zu dem jüdischen Bekleidungs-Großuntemehmen LEVI-STRAUSS[1795]. Zwar kam das Staatsverschuldungsprojekt - rein umständehalber - unter seiner Ägide noch nicht so recht voran. Das sollte sich jedoch später drastisch ändern. Als der kommunistische Ostblock nach dem Wegfall des Eisemen Vorhangs per «Schocktherapie» des Talmudisten JEFFREY SACHS so brutal «reformiert» wurde, daß der «Kreditbedarf» aller betroffenen Staaten schlagartig in die Höhe schnellte, hieß «der für die Region zuständige» Vizepräsident der *Weltbank* zufälligerweise WILFRIED THALWITZ[1796]. Geschäftsführer

dem im Einzelfall durchaus zustatten kommen mag . . . Allerdings sorgt ja gerade die immerwährende Umschuldung in der Regel dafür, daß die *einzelnen* Gläubigerbanken je für sich durchaus pünktlich in den Genuß ihrer individuellen Zinsgewinne kommen.

[1794] Dazu genügt in vielen Fällen ein Anteil in Höhe weniger Prozent! Bedingung dafür ist, daß die Masse der «übrigen» Anteile sich a) entweder auf eine Vielzahl voneinander unabhängiger bzw. voneinander nichts wissender und politisch desinteressierter Eigner verteilt (sogenannter «Streubesitz») oder b) weitere Anteile in ähnlicher Höhe von zuverlässigen Konsorten bzw. straff kontrollierbaren Strohleuten gehalten werden.

[1795] Alles lt. *MICHAEL COLLINSPIPER* in: «American Free Press», 28.12.2009, S. B-2.

[1796] Lt. *JONATHANLYNN* in: «Deutsche Tagespost», 21.11.1992.

derselben *Weltbank* war im selben Zeitraum sein Glaubensgenosse ERNEST STERN[1797], ein weiterer ihrer Vize-Präsidenten 1991-1996 der ebenfalls jüdischstämmige CAIO KOCH-WESER[1798]. Bei solchen Leuten lag die planmäßige immer stärkere Verschuldung ganz Osteuropas also in «besten» Händen. Aber auch diejenige anderer «Regionen» des Globus. So hatte STERN in der peruanischen Niederlassung seines Instituts als dortigen Chef wiederum einen Glaubensgenossen namens LEVY sitzen. Und der gab im Frühjahr 1995 bekannt, die *Weltbank* werde Peru «in den nächsten Jahren Kredite in Höhe von etwa 425 Millionen Dollar pro Jahr gewähren»[1799]. Dollar-Kredite, die vorwiegend von den großen verdeckten US-ROTHSCHILD-Großbanken aus nichts fabriziert werden, deren «Rückzahlung» jedoch dank der unverschämten Zinsforderungen (siehe die weiter oben angeführten Beispiele für die perverse «Gläubiger-Arithmetik»!) nie gelingen kann.

Zahlreiche weitere Glaubensgenossen der ROTHSCHILDS in Schlüsselposten der *Weltbank* wurden bereits in Band 1/2 auf S. 484-485 namhaft gemacht. Unter ihnen für die Verschuldung der Staaten *direkt* von Bedeutung waren zweifellos HORACIO LAFER, einer von MEYERS Nachfolgern an der *Weltbank-Spitze* in den 1950er Jahren, aber auch JOHN ADLER, von 1968 bis 1977 Chef der Planungs- und Budgetabteilung der *Weltbank,* in der ja die Zuteilung der schönen ROTHSCHLLD-«Kredite» erfolgt, oder JESSICA P. EINHORN, noch im Jahre 2000 geschäftsführendes Vorstandsmitglied für die «Mobilisierung von Geldern und Ressourcen», d.h. von (Bank-)«Krediten» ...

Auf den Israeliten LARRY SUMMERS als *Weltbank*-Gouverneur folgte bekanntlich 1995 der Hebräer JAMES D. WOLFENSOHN, danach PAUL WOLFOWITZ, inzwischen abgelöst von ROBERT B. ZOELLICK, der zwar öffentlich beteuert hat, ungeachtet seines weithin entsprechende Assoziationen weckenden Namens *nicht* jüdischer Identität zu sein, was man jedoch glauben kann oder auch nicht. . .[1800], zumal der Mann es vorher noch zum Vizepräsidenten ausgerechnet bei der jüdischen (und verdeckt ROTHSCHLLD-kontrollierten) Großbank *Goldman Sachs* gebracht hatte[1801].

Ein ganz ähnliches Bild bietet sich beim *IWF-,* auch dort hat es bis hinauf in die höchsten Ränge an talmudistischen ROTHSCHILD-Satrapen nie gemangelt. Bis 2003 war dort beispielsweise «Chefvolkswirt» der Talmudist KENNETH ROGOFF, der seitdem als Professor an der //arv<W-Universität doziert[1802] und von den Weltmedien bemerkenswert häufig als «führender» Wirtschafts- und Finanz«experte» zitiert wird. Einer seiner Vorgänger in derselben einflußreichen /FFF-Spitzenposition war bis Ende 1991 JACOB FRENKEL gewesen, der Anfang 1992 passenderweise ins Amt des Gouverneurs der israelischen Zentralbank wechselte[1803]. 2005 hat ihn dort der weiter oben schon vorgestellte beken-

[1797] Lt. *JOHN SPRINGFIELD* in: «CODE» Nr. 9 (September) 1994, S. 30.

[1798] Lt. *REINHARD NIXDORF* in: «Deutsche Tagespost», 29.2.2000.

[1799] Dpa-Meldung in: «Deutsche Tagespost», 13.5.1995.

[1800] IJ, Band 1/1 läßt sich ausführlich nachlesen, wie unterschiedlich «jüdische Identität» von bekennenden «Juden» selber definiert wird. So kann z.B. jeder atheistische «Jude» guten Gewissens von sich sagen, er sei *kein* «Jude» im *religiösen* Sinne. Der - wie soviele jüdische Namen - zwar deutsch *anmutende* Name «Zoellick» ist in Deutschland extrem selten anzutreffen, was auf seine jüdische Herleitung hindeutet. Das «Telefonbuch für Deutschland» von 1997 auf CD-ROM verzeichnet **einen einzigen** Eintrag mit dieser Schreibweise, und just dieser in Hamburg ansässige Namensträger gibt nicht einmal den Vornamen, geschweige denn seine Adresse preis! Träger der Namens-Variante «Zöllick» sind ebenfalls vergleichsweise *sehr* dünn gesät (insgesamt 37 auf der genannten CD-ROM).

[1801] Lt. *CLAUDE VIGNON* in: «Lectures françaises» n° 597, Januar 2007, S. 48.

[1802] Lt. *MARKSCHIERITZ* in: «Financial Times Deutschland», 23.12.2004.

[1803] Vgl «CODE» Nr. 11 (November) 1991, S. 17.

nende Talmudist STANLEY FISCHER abgelöst, der von 1994 bis 2001 als «Vize-Generaldirektor» des *IWF* amtierte. In seine Zeit - und **ausdrücklich** in seinen «Aufgabenbereich» - fiel die Bewältigung der «Asienkrise» und der «Rußlandkrise»[1804], eine «Bewältigung», die völlig PROTOKOLLgemäß mit rapide wachsender Verschuldung der betroffenen «Regionen» einherging . . .

Seit dem Herbst 2007, und bis zu seinem selbstverschuldeten jähen Absturz im Frühjahr 2011, betrieb bzw. verwaltete das Geschäft der systematischen Verschuldung der Staaten vom/IfF-Chefsessel aus der französische Jude DOMINIQUE STRAUSS-KAHN. AUS seiner jüdischen Identität machte er - ganz anders als ZOELLICK - gar kein Hehl. Gegenüber der französisch-jüdischen Zeitschrift *Tribüne juive* erklärte er einmal frei heraus: «Ich halte dafür, daß jeder Jude in der Diaspora, und folglich auch in Frankreich, überall, wo er kann, Israel zu Hilfe kommen muß. Übrigens ist es aus diesem Grunde wichtig, daß die Juden politische Ämter übernehmen.» Und wiederum: «Mein persönliches Engagement als Jude hat Vorrang vor jeder politischen Erwägung.»[1805]

Letzteres war sicherlich ein besonders interessantes Geständnis für einen Chef des *IWF,* der seit Jahren über die «Kreditvergabe» des ROTHSCHILD-dominierten «westlichen» Bankenapparats an eine große Zahl von Ländern der Erde gewacht und noch im Februar 2011 gegenüber der Presse geprahlt hatte: **«Ich kann allen Staatschefs der Welt sagen, was geht und was nicht.»[1806]**

Zumal die devote Presse seine Bedeutung gar nicht genug hervorheben konnte. In der *Neuen Zürcher Zeitung* etwa hatte es im November 2010 euphorisch geheißen: «Bevor DOMINIQUE STRAUSS-KAHN im Oktober 2007 an die Spitze des *Internationalen Währungsfonds (IMF)* rückte, war diese Institution zu einem Nichts geworden. . . . Heute hingegen erstrahlt der *IMF* in nie dagewesenem Glanz. Die Finanzkrise hat ihn in den Mittelpunkt des Weltgeschehens gerückt. Von der *G-20* mit 850 Milliarden Dollar ausgestattet, ist der Fonds Dreh- und Angelpunkt globalen Krisenmanagements. Und der Mann, der ihn leitet, steht da wie ein König oder ein Erlöser oder jedenfalls ein Retter.»[1807] Zynischer kann man die ganz und gar PROTOKOLLgemäße Rolle dieser Figur wohl kaum noch «würdigen». In Wirklichkeit sind die vorgeblichen «Retter»[1808] der von ihnen im-

1804 Alles lt. *JACQUES DELACROIX,* Septembre 2001: Du paradigme de la sécurité - Février-juin 2005: Au paradigme de la paix [September 2001: Vom Paradigma der Sicherheit - Februar 2005: zum Paradigma des Friedens], Chateauneuf 2005, S. 22f.

1805 Zit. n. «Lectures françaises» n° 643, November 2010, S. 29: «Je considère que tout Juif dans la diaspora, et donc c'est vrai en France, doit partout où il le peut apporter son aide à Israël. C'est pour ça d'ailleurs qu'il est important que les Juifs prennent des responsabilités politiques.» - «Mon engagement personnel en tant que juif [sic] l'emporte sur toute considération politique.»

1806 So wörtlich lt. *LUTZ MEIER* in: «Financial Times Deutschland», 22.2.2011.

1807 *AXEL VEIEL* in: «NZZ am Sonntag», 28.11.2010.

1808 Nach seinem schmählichen Abgang rühmte man STRAUSS-KAHN sogar nach, er habe «die Finanzkrise genutzt, um die marktgläubige Wirtschaftsdoktrin im *IWF* durch einen sozialeren Ansatz zu ersetzen». Als Beispiel dafür wurde allerdings kein Land der 3. oder 4. Welt, sondern bloß das £¿/-Mitglied Polen genannt (*WOLFGANG PROISSL* in: «Financial Times Deutschland», 16.5.2011). Daß man *hier* zuletzt nicht mehr so brutal-rücksichtslos auftreten konnte wie anderswo, hat jedoch keine «sozialen» Gründe, sondern verdankt sich einzig den durch das Endziel der PROTOKOLLE vorgegebenen höheren Rücksichten. Polen per /IfF-Schulden derart zugrundezurichten wie viele andere Drittweltländer liefe ja direkt darauf hinaus, es wieder aus der *EU* zu katapultieren, in die man es gerade erst mühsam hineinbugsiert hat, und das wäre nun wirklich «kontraproduktiv»...

mer tiefer in künstliche Schulden gestürzten Nationen natürlich andere, und STRAUSS-KAHN war sich seines bloßen Statthalter-Daseins - wenngleich im Interesse der Seinigen - immerhin so sehr bewußt, daß es ihn bekanntlich zurück nach Frankreich zog, ins dortige, bis 2012 noch von seinem (nicht-[ganz]-bekennenden) Glaubensgenossen SARKOZY besetzte «politische Amt» des Staatspräsidenten. Ein Ziel, das er wohl erreicht hätte, wäre ihm nicht seine eigene Sittenlosigkeit zum Verhängnis geworden.

Bis zum Amtsantritt der neuen *IWF-C*hefin CHRISTINE LAGARDE fortgeführt wurden die Geschäfte des *IWF* von einem Glaubensbruder STRAUSS-KAHNS, der sich bis dahin während seiner immerhin fünfjährigen Amtszeit als 1. Vizedirektor so diskret im Hintergrund gehalten hatte, daß sogar die Presse titelte: «JOHN LIPSKY rückt jetzt ins Licht»[1809]. Als Nachfolger kam LIPSKY dummerweise nicht mehr in Frage, hatte der «frühere Wallstreet-Banker» doch nur wenige Tage vor STRAUSS-KAHNS Absturz für den Monat August seinen Rückzug angekündigt.

Auch die *EZB,* im Jahre 2010 erstmals - und £{/-vertragswidrig! - als direkte «Käuferin» von Staatsschuldpapieren angeblich «überschuldeter» ¿'{/-Mitgliedsstaaten in Erscheinung getreten (Staatsschulden aller übrigen Staaten der Erde darf sie sogar offiziell ganz nach Belieben «kaufen»!), wird selbstverständlich von ROTHSCHILD-Satrapen jüdischer wie nicht-jüdischer Identität gelenkt. Vom niederländischen ROTHSCHILD-Zögling WIM DUISENBERG als erstem £Zß-Präsidenten war schon die Rede. Ihm mehr oder weniger diskret zur Seite (oder sollte man besser sagen: hinter ihm?) standen aber auch etliche Glaubensbrüder der ROTHSCHILDS. Die mögen wohl im allgemeinen verläßlicher sein als noch so loyale Hochgradfreimaurer vom Schlage eines DUISENBERG, denn letzterer «ertrank» bekanntlich nicht allzulange nach seiner Pensionierung des nachts in einem Schwimmbecken seines Gartens, das er gemäß den Beteuerungen seiner Frau GRETTA zu Lebzeiten niemals benutzt hatte[1810] ...! Anscheinend wußte er zuviel und gab seinen vormaligen heimlichen Herren Anlaß zu Mißtrauen, auch wenn man ihn seinerzeit demonstrativ mit dem *Vision for Europe Award* der *Edmond Israel Foundation* ausgezeichnet hatte[1811].

Bereits die europäische Währungsunion als solche, an deren Ende ja die Gründung der *EZB* als inskünftige Produzentin der Euro-Banknoten stand, war im Jahre 1950 von einem mutmaßlichen Glaubensgenossen der ROTHSCHILDS unter klar PROTOKOLLARISCHEN Gesichtspunkten gefordert worden. JACQUES RUEFF[1812], damals schon im Ruhe-

[1809] *MARKUSZIENER* in: «Handelsblatt», 16.5.2011.

[1810] Vgl «pHI=Deutschlanddienst», 19.8.2005, S. 233: «WIM DUISENBERG, Ex-Chef der *Europäischen Zentralbank,* ist nicht in seinem Swimming-Pool ertrunken, sondern durch einen Herzanfall am Schreibtisch seiner Villa in Südfrankreich gestorben, sagte zum mindesten seine Frau, GRETTA DUISENBERG-BEDIER DE PRAIRIE, der niederländischen Presse. Sie beklagte, daß ihre Kommunikation zu den französischen Behörden gestört war und diese ohne Rücksprache mit der Familie die Presse informiert hätten. So wurde erklärt, daß WIM DUISENBERG tot im Swimming-Pool gefunden wurde, aber nach GRETTA DUISENBERG ist diese Information falsch. Sie fand ihren Ehemann nahe des Arbeitszimmers im Haus. Außerdem erklärte Frau GRETTA DUISENBERG erläuternd, ihr Mann habe den Swimming-Pool, in dem er ertrunken sein soll, nie benutzt. Einige Tage später widerrief sie diese Aussage und schloß sich der in der Presse verbreiteten Darstellung an. Nun ergibt sich die Frage, warum log Frau DUISENBERG, oder hat sie doch nicht gelogen und wurde unter Androhung erheblicher Nachteile dazu gezwungen, sich der offiziellen Version anzuschließen? GRETTA DUISENBERG ist in der Vergangenheit mehrfach durch sehr energische Kritik an Israel aufgefallen.»

[1811] Lt. «Recht und Wahrheit», Nr. 11+12 (November/Dezember) 2006, S. 40.

[1812] Zum Namen vgl. *http://www.avotaynu.com/index.html.*

stand befindlicher und daher «ehemaliger» Vizegouverneur der ROTHSCHLLD-gelenkten *Bank von Frankreich,* hatte - übrigens bemerkenswert hintersinnig! - erklärt: **«Europa wird durch das Geld entstehen oder gar nicht»[1813].** Insbesondere zwei andere Talmudisten zogen denn auch hinter den Kulissen die Fäden, als es darum ging, die Währungsunion und die *EZB* Realität werden zu lassen.

Der eine von ihnen war HERVÉ HANNOUN, den MARSHALL seinen Lesem als einen «Juden nordafrikanischer Abstammung» vorstellt. Unter (?) dem seinerzeitigen Gouverneur der *Bank von Frankreich* und aktuellen Gouverneur der *EZB* JEAN-CLAUDE TRICHET amtierte HANNOUN ab 1993 als einer von dessen zwei Stellvertretern, mithin als Vizegouverneur[1814], genauso wie ehedem sein mutmaßlicher Glaubensgenosse RUEFF. Zugleich fungierte er als «Chefsvolkswirt» derselben französischen Zentralbank[1815]. Nach Gründung der *EZB* gelangte HANNOUN, der gleichzeitig Vizepräsident der *Banque de France* blieb, dort ins unter PROTOKOLLARISCHEN Rücksichten besonders wichtige Amt eines **Vorsitzenden des Ausschusses für internationale Beziehungen[1816].** Daß diese «internationalen Beziehungen» der *EZB* eine Menge mit der stetig fortschreitenden Verschuldung der Staaten zu tun haben, bedarf keiner weiteren Erläuterung .. .

Die andere, noch wichtigere Schlüsselfigur war TOMMASO PADOA-SCHIOPPA, auch er ausweislich seines Namens[1817] dem Talmudismus entsprossen. Seine Karriere verlief größtenteils in der offiziell zugegebenermaßen zu 95 % **privaten** italienischen Zentralbank, der *Banca d'Italia*[m]*%.* In den 1980er Jahren hatte er den «Vorsitz im Ausschuß für Bankenaufsicht bei der *BIZ*» inne[1819]. Den italienischen Ministerpräsidenten GLULIO ANDREOTTI begleitete der dank all dessen inzwischen zum ROTHSCHILD-Vertrauten Avancierte im Dezember 1991 als persönlicher Referent nach Maastricht zu den Verhandlungen über die europäische Währungsunion[1820]; nebenher war er zeitweilig italienischer Finanzminister und konnte dort die Staatsverschuldung von der anderen Seite her fördern . . . Ehe er dann im Mai 1998 einer der sechs £Zß-Direktoren wurde, hatte er es bis zum Vizegouvemeur der *Banca d'Italia* gebracht[1821]. Kaum ein Jahr im Vorstand der *EZB,* nahm er Anfang Juni 1999 am hochgeheimen Treffen der berüchtigten *Bilderberger* im portugiesischen Sintra teil, gemeinsam mit u.a. STANLEY FISCHER vom *IWF,* JAMES WOLFENSOHN von der *Weltbank,* OTMAR ISSING von der *Bundesbank* und vielen anderen prominenten Mammonsdienern[1822] jüdischer oder freimaurerischer Provenienz.

[1813] Zit. n. *MARSHALL* a.a.O., S. 301, wo auch der Originalwortlaut mitgeteilt wird: «L'Europe se fera par la monnaie, ou ne se fera pas.»

[1814] Ebd. S. 115.

[1815] Ebd. S. 135.

[1816] Ebd. S. 232, wo der Name jedoch versehentlich «Hanour» buchstabiert wird.

[1817] Die von Talmudisten selber erstellte, unter *http://www.avotaynu.com/index.html.* auffindbare Namensliste bietet die drei Versionen «Padoa», «Padova» und «Padua», die Talmudistin *WEISS* a.a.O., S. 22 die Varianten «Padova», «Padovan» und «Padovani»; ebd. S. 129 führt sie dazu näher aus: «Wohl gibt es auch unter den nichtjüdischen Familiennamen vereinzelte Namen, die auf diese Weise entstanden sind (Türk, Schweizer, Böhm, Hamburger, Padovani, Mantuani). Bei den Juden sind solche Familiennamen jedoch viel häufiger, weil eine jüdische Familie nur in sehr seltenen Fällen an einem Ort sesshaft war, sondern ständig gezwungen war, ihren Wohnsitz zu wechseln.»

[1818] *MARSHALL* a.a.O., S. 345.

[1819] Ebd. S. 347.

[1820] Ebd. S. 95.

[1821] Ebd. S. 207.

1822 Vgl die Teilnehmerliste in: ««PHI-Auslandsdienst» Nr. A 12-13/1999, S. A90f.

In seiner Eigenschaft als ¿sZÄ-Direktor unterstand ihm zufälligerweise die «Generaldirektion internationale und europäische Beziehungen»[1823]. Er konnte sich also gemeinsam mit seinem Glaubensgenossen HANNOUN auf die allmähliche Herbeiführung des Endziels der PROTOKOLLE, die «Eine Welt» des Antichristen, mit finanz- und währungspolitischen Mitteln, sprich: auf dem Wege wachsender «internationaler» Verschuldung konzentrieren. PADOA-SCHIOPPA schied zwar 2005 im rüstigen Alter von 64 oder 65 Jahren[1824] aus dem *EZB*-Vorstand aus, arbeitet aber offenbar hinter den Kulissen emsig weiter. In der *Wirtschafts Woche,* wo er als **«geistiger Vater des Euro»** bezeichnet wurde, kündigte er Ende 2008 gut PROTOKOLLARISCH eine bevorstehende **«neue monetäre Weltordnung»** an, zu der er indessen **gegenwärtig noch nichts sagen wolle**[1825] . . . Diese schamhafte Zurückhaltung versteht man im Lichte der PROTOKOLLE, aber auch der Heiligen Schrift[1826], nur zu gut!

Anzunehmenderweise erfreut sich die *EZB* zu jedem Zeitpunkt einer unbekannten Zahl weiterer «Mitarbeiter» in Schlüsselstellungen, die dem Talmudismus verhaftet "sind. So wurde bei MARSHALL im Jahre 1999 ein gewisser FRANK MOSS[1827] erwähnt, «der flämisch sprechende belgische Chef der Protokollabteilung», über den es hochinteressanterweise weiter hieß: «Er hat direkten Zugang zu DUISENBERG. MOSS ist der Beamte, der an den Ratstreffen teilnimmt und das Sitzungsprotokoll führt. Er hat die Federführung und **entscheidet darüber, was niedergeschrieben und für die Geschichtsbücher festgehalten wird.** Er schreibt die Protokolle auf Englisch und gibt sie zur Übersetzung an die nationalen Notenbanken weiter.»[1828] Welchen enormen Spielraum für schwerwiegende Manipulationen diese Position zumindest *grundsätzlich* bietet, geht aus den fett hervorgehobenen Worten ganz von selbst hervor . . .

Im Vorstand der *Deutschen Bundesbank,* des gewichtigsten Mitglieds des *EZB*-Systems und der *EZB* selber, haben die ROTHSCHILDS gar einen engen Vertrauensmann installiert, von dem man wohl genau deshalb auffallend wenig hört und sieht: «ANDREAS DOMBRET (für Finanzstabilität, Märkte und Statistik [!!!] zuständig). Neben der deutschen besitzt Herr DOMBRET auch noch die amerikanische Staatsbürgerschaft. Er begann seine Karriere 1987 bei der *Deutschen Bank,* dann arbeitete er zehn Jahre bei *JP Morgan Chase* in London sowie in Frankfurt und betreute als Mitglied der Geschäftsleitung die deutschen Finanzinstitute. Danach war er vier Jahre lang als Co-Sprecher der Geschäftsleitung und Partner [!!!] bei *Rothschild* in Deutschland tätig. Von 2005 bis 2009 war er bei der *Bank of America* als Vice Chairman Europa [sie] und Vorsitzender der Geschäftsleitung für Deutschland, Österreich und die Schweiz verantwortlich.»[1829] Man sieht die lächerlichen Banken-Gewinn-Statistiken der *BB* mit ganz anderen Augen an, wenn man weiß, daß die sogar **unmittelbar** von einem Individuum kontrolliert werden, das seine *gesamte* Berufslaufbahn *ausschließlich* in geheimen wie auch öffentlichen Rothschildschen Großbanken absolviert hat!

1823 *MARSHALL* a.a.O., S. 235.

1824 vgl. ebd. S. 348: «PADOA-SCHIOPPA ist heute [1999] 58 Jahre alt.»

1825 Lt. *BICHLMAIER* a.a.O., S. 191, der sich auf die «WirtschaftsWoche» vom 17.11.2008, S. 139 bezieht.

1826 «Wer Böses tut, scheut das Licht...» (Joh. 3, 20).

1827 Der Name ist signifikant jüdisch; vgl. dazu *WEISS* a.a.O., S. 104: «Moss (aus Moses)» u. *http: //www. avotaynu. com/index. html.*

1828 *MXRSHALL* a.a.O., S. 212; Hervorh. hinzugefugt.

1829 *MORRIS* a.a.O., S. 84.

Um auch nach außen hin **symbolisch** deutlich zu machen, wer in der *EZB* das Sagen hat, wird ihr gegenwärtig noch im Bau befindlicher neuer Sitz in Frankfurt am Main etwas beinhalten, was mit Geld eher weniger, mit den PROTOKOLLEN hingegen sehr viel zu tun hat: eine «Holocaust-Gedenkstätte». Sieht man noch näher hin, ist aber die **heimliche** «Gedenkstätte» der ganze riesige neue *EZB*-Turm *selber*, denn er entsteht rein «zufallig» exakt an jener Stelle, wo der Presse zufolge «[mjehr als 10 000 Menschen ... bis 1944 zusammengetrieben» und «in die Vernichtung geschickt» wurden[1830].

Die ROTHSCHILDS höchstpersönlich bleiben unterdessen als die letztendlichen Staatsverschulder so weit im Hintergrund, wie sie nur immer können. Dennoch vermochten sie nicht zu verhindern, daß ein äußerst bezeichnender Vorgang ruchbar wurde: Im Jahre 1987 gründete EDMOND DE ROTHSCHILD die sogenannte *World Conservation Bank* («Welt-Erhaltungs-Bank»). Länder der 3. und 4. Welt, die ihre drückenden Staatsschulden bei *IWF, Weltbank* oder sonstigen «westlichen» Großbanken reduzieren wollen, «dürfen» seitdem in aller Verschwiegenheit die wertvollsten Teile ihres Staatsgebiets in den Besitz dieser speziellen ROTHSCHILD-Bank überschreiben, die dafür entweder einen «entsprechenden» Teil ihrer Schulden «zurückkauft».. ,[1831] oder, und dies natürlich vorzugsweise, neuerliche «Kredite» einräumt! Vier Jahre später, 1991, wurde das Institut, wahrscheinlich zu Tarnungszwecken, in «Global Environment Facility» umbenannt. Nach jüngsten Angaben eines früheren Mitarbeiters des Pentagons, der begreiflicherweise anonym bleiben wollte, erstrecken sich diese Rothschildschen Tauschgeschäfte «Land gegen Staatsschulden» aber keineswegs nur auf die ärmeren Länder, sondern auf den gesamten Globus. «Um weiterhin an Kredite zu kommen», erläuterte er gegenüber dem US-Jounalisten VICTOR THORN, «verwenden die Staaten Land als Sicherheit. Dann, wenn ihre Banken pleitegehen, wird diese ROTHSCHILD-Superbank auftauchen, um Eigentumsrechte an Ländereien überall auf der Welt geltend zu machen. Es ist ein auf Generationen angelegter Plan zur legalen Inbesitznahme des Planeten.»[1832]

13) Die unsichtbare Hand der Rothschilds hinter den Staatsschulden

Einiges dazu haben wir in verschiedenen Zusammenhängen vorstehend schon gesagt. Es lohnt sich jedoch, den größtenteils **«unterirdischen»** Verästelungen und Verzweigungen des weltweiten ROTHSCHILD-Imperiums speziell unter dem Aspekt der Verschuldung der Staaten noch ein Stück weit nachzuspüren, ohne den geringsten Anspruch auf Vollständigkeit. . .

a) Die Rothschilds hinter der Deutschen Bundesbank

Nein, **so** direkt wie hinter der *Bank von England,* der *FED* oder neuerdings auch der *EZB* konnten sie hinter der *Bundesbank* - im Gegensatz zur alten *Reichsbank*[mi]\ - nie

[1830] *CHRISTINEHORSTKORTE* in: «BILD», 11.8.2010.

[1831] Lt. *HITCHCOCK* a.a.O., S. 203.

[1832] Alles lt. bzw. zit. n. *VICTOR THORN* in: «American Free Press», 28.6.2010, S. 9.

[1833] Die nämlich wurde, unbezweifelbar auf Rothschildsches Betreiben, *komplett* zwangsprivatisiert, nachdem sie bis dahin zumindest *vordergründig* noch als «staatlich beaufsichtigt» gegolten hatte! Bewerkstelligt wurde ihre «Umwandlung in ein unabhängiges Institut kraft eines neuen Reichsbankgesetzes, das die Alliierten 1922 als Gegenleistung für eine vorübergehende Aussetzung der Reparationszahlungen durchsetzten» (*JAMES* a.a.O., S. 50). Der jüdische *Bundesbank-Präsident* HELMUT SCHLESINGER freilich stellte im Jahre 1992 diese Umwandlung interes-

stecken. Denn die *Bundesbank* gehörte ja nie den privaten deutschen Banken, sondern war zumindest *formalrechtlich* eine rein staatliche Behörde. Gehörte sie aber deshalb dem deutschen Staat, unterstand sie der deutschen Bundesregierung? Offenbar nicht. Sonst hätte sie dem deutschen Volk und dem deutschen Staat ja schuldenfreies Geld, eine schuldenfrei umlaufende Währung, eine schuldenfrei ausgegebene Deutsche Mark nicht bloß bescheren *können*, sondern sogar müssen. Oder kennen Sie, liebe Leser, *irgend)^*manden, und sei es auch ‚bloß' ein Politiker, der es, wenn er die freie Wahl hätte, allen Ernstes *vorzöge*, sich zinspflichtig zu verschulden, statt schuldenfrei durchs Leben zu gehen bzw. als Politiker die Staatsgeschäfte zu führen?

Schönster Beweis für die verborgene Hand der ROTHSCHILDS & Genossen hinter «unserer» *Bundesbank,* auch jetzt noch zumindest äußerlich mit gut 27 % Kapitalbeteiligung[1834] das Schwergewicht innerhalb der *EZB,* ist ein hochinteressanter Erlebnisbericht des Wiesbadener unabhängigen Finanzexperten Dr. HELMUT BÖTTIGER.

Am 5. Mai 2008 hielt der *Wirtschaftsrat der CDU e.V.* sein alljährliches Bundessymposium ab. Diesmal unter dem wohlklingenden Motto «Mit soliden Staatsfinanzen ins nächste Jahrzehnt: Paradigmenwechsel für den Modernen Staat». Dr. BÖTTIGER nutzte den Anlaß dazu, den Teilnehmern der hochkarätig besetzten Veranstaltung gleich am Saaleingang einen verschlossenen Umschlag zu überreichen. Im Umschlag befand sich eine nähere Darlegung *seines* Vorschlags für den einzigen echten «Paradigmenwechsel»: konsequente Abschaffung der bei den privaten Geschäftsbanken durch deren absurde Geldschöpfung aus nichts erzeugten Staatsschulden mit Hilfe der *Bundesbank!*

Der Vorschlag muß hinter den Kulissen, bei den Machern der heuchlerischen Veranstaltung, wie eine Bombe eingeschlagen und Alarmstufe Rot ausgelöst haben. Denn die beiden Podiumsdiskussionen fanden später zwar statt wie vorgesehen, doch an ihrem

santerweise so dar, als wäre sie freiwillig erfolgt: «Die Idee der Unabhängigkeit der Notenbank hat Deutschland erst nach dem Ersten Weltkrieg von den Engländern importiert» (zit. n. *GERT MEIER,* Das Ende der D-Mark . . . a.a.O., S. 142)! Ein weiteres starkes Indiz: Der amerikanische Geldexperte *STEPHEN ZARLENGA* hat in seinem Buch *The Lost Science of Money [Die verlorengegangene Wissenschaft vom Geld]* daraufhingewiesen, «daß die Hyperinflation [exakt] in dem Monat begann, in dem auf die Vorstellungen der alliierten Besatzer hin jeglicher Regierungseinfluß auf die *Reichsbank* beseitigt wurde» (*WALLACE/CLARK* a.a.O., S. 107). Wie weiter oben schon dargelegt, vermochten gewisse Großspekulanten, darunter zweifellos auch **ROTHSCHILD**-Agenten, aus der Hyperinflation binnen kürzester Zeit riesige Gewinne zu ziehen . . . Ein dritter aussagekräftiger Umstand: *SCHACHT* a.a.O., S. 222, damals selber bekanntlich Präsident der *Reichsbank,* erinnert daran, «daß die *Reichsbank* von 1924 bis 1930 einen Generalrat besaß, in dem neben sieben deutschen sieben ausländische Mitglieder saßen, die uns durch den Dawesplan aufgezwungen waren. So wurden alle Maßnahmen und alle Daten der *Reichsbank* vom Ausland kontrolliert. Jeder der sieben Ausländer vertrat ein anderes Land: die Vereinigten Staaten von Amerika, England, Frankreich, Italien, Belgien, Holland und die Schweiz.» Von besonderem Interesse ist da wiederum die Tatsache, daß der amerikanische Vertreter kein geringerer als der nachmalige Präsident des allein maßgeblichen Teils der **ROTHSCHLLD**-kontrollierten *FED,* nämlich der *FED* von New York, persönlich war (lt. *MCFADDEN,* The Federal Reserve System and The Bank of International Settlements . . . a.a.O., S. 7: «I have shown how the present chairman of the board of the Federal reserve bank [of New York] became a director of the Reichsbank of Germany under the Dawes plan . . .»)! Da *MCFADDEN* das am 26. Februar 1930 im US-Kongreß erwähnte, handelte es sich um **BENJAMIN STRONGS** Nachfolger (seit 1928) an der Spitze der New Yorker *FED.* Stark anzunehmenderweise waren auch die übrigen sechs Ausländer Repräsentanten ihrer insbesondere in England und Frankreich ganz direkt **ROTHSCHILD**-kontrolüerten Zentralbanken.

[1834] Lt. *MARTINA WEWETZER* in: «HNA», 29.4.2011.

Ende «fehlte - nach Aussagen des Moderators - „die Zeit, um - **wie sonst üblich** - auch das Publikum zu Wort kommen zu lassen"» . . .

Daraufhin entschloß sich Dr. BÖTTIGER, seinen Vorschlag während der Pause u.a. zwei prominenten Fachleuten vorzutragen. Der erste war ein gewisser THILO SARRAZIN, damals noch Finanzsenator des Bundeslandes Berlin, kurz darauf ins Direktorium der *Bundesbank* aufgestiegen, dann, Ende 2010, nach der Veröffentlichung seines als bloßes «Druck-Ablaßventil» gedachten Schmökers mit dem Titel *Deutschland schafft sich ab* unter riesigem Medienrummel vorgeblich «strafweise» in den ohnedies bevorstehenden Ruhestand mit üppiger Altersrente verabschiedet. Der zweite war ein amtierender *Bundesbank-Direktor,* Dr. HANS RECKERS.

BÖTTIGER trug jedem der beiden, getrennt voneinander, (wohl sinngemäß) folgendes vor: «„Die Geldversorgung der Wirtschaft geschieht einzig über die Kreditvergabe der Banken, so steht es auf der Homepage der *Bundesbank.* Die *Bundesbank* ist doch, wie der Name sagt, eine Bank?" Zustimmendes Nicken. „Warum verschuldet sich die öffentliche Hand aber bei Privatbanken? Wäre es nicht sinnvoller, sie würde bei ihrer eigenen Bank, der *Bundesbank,* einen Kredit von - sagen wir mal - zwei Billionen Euro aufnehmen und damit alle ihre Schulden bei den privaten Banken begleichen? - Mit der *Bundesbank* ließen sich niedrigere Zinsen zum Beispiel von nur 1 % vereinbaren, so daß die Zinszahlungen der öffentlichen Hand sich schlagartig auf weniger als die Hälfte reduzieren würden. Japans Regierung zahlt zur Zeit nur 0,5 % Zinsen. Die *Bundesbank* würde von den Einnahmen von rund 20 Mrd. Euro im schlimmsten Fall fünf Mrd. Euro für die eigene Geschäftstätigkeit benötigen, der Rest, 15 Mrd. Euro, würde als Gewinn der *Bundesbank* an den Bund zurückfließen. Warum also an fremde Banken so viele Zinsen abführen, wenn man sie sich selber zahlen könnte?"»[1835]

Der Vorschlag war, rein finanztechnisch betrachtet, keineswegs perfekt. Wir entsinnen uns: Im **aktuellen Schuldgeldsystem** verschwindet zurückgezahltes Schuldgeld - ausgenommen die Zinsen - im Nichts. Die zwei Billionen wären also buchstäblich «wie gewonnen, so zerronnen», für das dadurch entschuldete Staatswesen ebenso wie für die privaten Banken! Statt dessen stünde der Staat jetzt mit zwei Billionen bei **seiner eigenen** *Bundesbank* in der Kreide, hätte also scheinbar bloß «umgeschuldet». Doch faktisch bzw. real wäre die Staatsschuld tatsächlich weg, und die «verschwundenen» zwei Billionen würden niemandem fehlen, denn sie waren ja auch vorher nicht wirklich da, sondern standen lediglich als per Federstrich produzierte Ziffern in den Bilanzen der privaten Banken. Die neuen «Schulden» in gleicher Höhe bei der **staatseigenen** *Bundesbank* trügen zwar noch diesen Namen, stünden auch dort wieder als bloße Ziffern in den Büchern, wären aber jetzt pure Fiktion, weil niemand real bei sich selbst verschuldet sein kann. Auch die «Zinsen» wären keine wirklichen Zinsen mehr, denn maximal 5 Milliarden davon gäbe der Staat zum Unterhalt und Betrieb **seiner** *Bundesbank* aus, die 15 «restlichen» Milliarden blieben faktisch immer gleich in der Staatskasse. Und alle künftigen Staatsausgaben würden ab sofort nur noch aus Steuermitteln bestritten.

Der Vorschlag war *so isoliert* freilich in der Praxis unausführbar. Denn ohne *restlose* Abschaffung der Geldschöpfung durch private Banken, d.h. ohne den *totalen* Wegfall des **aktuellen Schuldgeldsystems** hätte man nur vorübergehend am Symptom kuriert. Im Handumdrehen müßte der Staat doch wieder künstliche «Schulden» bei den privaten Banken aufnehmen, um die Bürger mit dem unbedingt erforderlichen Minimum an *für sie* schuldenfreiem Geld auszustatten!

[1835] *HELMUT BÖTTIGER* in: «Recht und Wahrheit» Nr. 5+6 (Mai/Juni) 2008, S. 22; fette Hervorh. hinzugefugt.

Den Herren SARRAZIN und RECKERS hätte es also theoretisch gar nicht schwerfallen dürfen, Dr. BÖTTIGERS Vorschlag mittels Argumenten zurückzuweisen, die **unter den obwaltenden Umständen** als schlüssig betrachtet werden müssen. Doch beiden so unerwartet Angesprochenen fehlte in dieser Situation die Zeit zum ruhigen Nachdenken. Beide witterten, entsprechend konditioniert, aber sofort Gefahr für das gesamte **aktuelle Schuldgeldsystem** als solches, Gefahr auch für sich selbst, Gefahr sogar für ihre mächtigen Hintermänner, die dieses System seit eh und je straff kontrollieren und perfekt für ihre (PROTOKOLLARISCHEN) Zwecke ausbeuten. Beide gerieten daher in kaum verhohlene Panik. Daß die *Bundesbank* dem deutschen Staat ganz und gar nicht gehört, wagten sie nicht frei heraus zu bekennen. Die Existenz und Funktionsweise des **aktuellen Schuldgeldsystems** frank und frei zu bestätigen und auf dieser unappetitlichen Grundlage zu antworten wagten sie noch weniger. Über die **wahren** Kontrolleure der *Bundesbank* durften sie schon gar kein Wort verlieren. Was also tun?

SARRAZIN: «„Das geht nicht, die *Bundesbank* darf das nicht", fauchte der SPD-Senator. Warum nicht? Entgegenstehende, politisch eingeführte Vereinbarungen und Regeln lassen sich politisch ändern. „Die Bank kann nur im Rahmen ihrer Einlagen Kredit gewähren." ,Aber Herr S., Sie wollen mir doch im Ernst nicht dieses Ammenmärchen aufbinden? Privatbanken schöpfen im Rahmen gewisser gesetzlicher Einschränkungen, wie z.B. Mindestreserven, Kredit und damit Zahlungsmittel nach ihrem Gutdünken aus dem Nichts. Das können Sie selbst auf der Webseite der *Bundesbank* nachlesen."[1836] Darauf gab es keine Antwort mehr, da sich der Politiker rasch einer anderen Person seiner Gefolgschaft Hände schüttelnd zuwandte.»

RECKERS: «Der Bundesbanker war, obwohl schon dabei, in den Mantel zu schlüpfen, zunächst recht freundlich. Als er jedoch den Braten roch, hatte auch er seine Emotionen kaum besser im Griff. „Das geht nicht!", war die knappe unwirsche Antwort, und als Widerspruch kam, folgte das noch eindeutigere „Das wollen wir nicht!". Die Frage „Wir? Wer ist Wir? Ich dachte, die *Bundesbank* gehört und dient dem deutschen Volk?" blieb indes unbeantwortet. Der Gefragte suchte stattdessen mit einem „Sie entschuldigen mich!" hastig das Weite.»[1837]

Die heimliche Hand der ROTHSCHILDS & Co. wird bei näherem Hinschauen bereits an der Wiege der *Bundesbank* sichtbar. Die hochgelobte «Unabhängigkeit» des Instituts ist entgegen verbreitetem Irrglauben keine deutsche Errungenschaft, sondern war Vorgabe der US-amerikanischen Besatzungsmacht. «Obwohl vom deutschen Gesetzgeber 1957 erlassen, ist diese Bestimmung den Alliierten, insbesondere amerikanischem Einfluß, zu verdanken», stellt *Bundesbank*-Autor MANFRED NEUMANN fest. «Sie hatten 1948 vor Gründung der Bundesrepublik in Art. I Satz 3 des von ihnen erlassenen Militärregierungsgesetzes über die Errichtung der *Bank deutscher Länder* bereits verfügt, daß „die Bank nicht den Anweisungen irgendwelcher politischer Körperschaften oder öffentlicher Stellen mit Ausnahme der Gerichte unterworfen" ist.»[1838]

Der amerikanische Historiker MATT MARSHALL geht sogar noch weiter. Die *FED*, sagt er, war «die einzige Bank, die als Vorbild für die *Bundesbank* dienen konnte (tat-

1836 Hier irrt *BÖTTIGER* insofern, als der dortige Text bewußt zweideutig formuliert ist. Der Satz «Die Geldversorgung der Wirtschaft geschieht einzig über die Kreditvergabe der Banken» läßt listigerweise offen, ob die Banken ihre Kredite aus nichts schöpfen (wie tatsächlich der Fall) oder lediglich anhand der Spargelder ihrer Kunden «vergeben» (wie man uns auf breiter Front immer noch weismachen will)…

1837 *HELMUT BÖTTIGER* in: «Recht und Wahrheit» Nr. 5+6 (Mai/Juni) 2008, S. 23.

1838 *NEUMANN* a.a.O., S. 316.

sächlich hatten die amerikanischen Besatzungstruppen nach dem Zweiten Weltkrieg die *Bundesbank* nach dem Muster der *Federal Reserve* gegründet)»[1839]! Daß die US-Regierung seit fast hundert Jahren von der *FED* und den hinter ihr stehenden heimlichen ROTHSCHILD-Großbanken finanziell restlos abhängig ist, haben wir schon gesehen. Wer an der Regierungsunabhängigkeit der deutschen Notenbank alles Interesse haben mußte, ist ebenfalls klar: nicht die US-Regierung als solche, wohl aber die sie kontrollierenden ROTHSCHILDS und Konsorten.

Nun muß freilich zur Ehrenrettung der frühen ADENAUER-Regierung gesagt werden, daß sie sogar einen ernsthaften Versuch unternommen hat, die - damals noch - *Bank deutscher Länder* in die Gewalt des Staates zu bekommen, als sich eine günstige Gelegenheit zu eröffnen leider nur *schien.* Das war 1951. Damals boten die alliierten Besatzer an, ihre eigene Bankkommission, die bis dahin über die Tätigkeit der *BdL* wachte, aufzulösen, falls die Bundesregierung diesen Punkt durch eigene gesetzliche Bestimmungen regelte. «Daraufhin wurde vom Finanzministerium ein Gesetzentwurf ausgearbeitet, durch den im Gesetz über die Errichtung der *Bank deutscher Länder* der Begriff „Alliierte Bankkommission" überall durch den Begriff „Bundesregierung" ersetzt, die *BdL* also der Regierung vollständig untergeordnet worden wäre. Hiergegen erhob sich heftiger Protest von seiten der Bank und der Öffentlichkeit. Tatsächlich wurde der Gesetzentwurf daraufhin zurückgezogen.» *Bundesbank*-Autor CHRISTOPH BUCHHEIM, der das berichtet, resümiert: «Die viel gepriesene politische Unabhängigkeit der Notenbank in der Bundesrepublik Deutschland, die also unangetastet blieb, geht demnach auf ein alliiertes Gebot zurück, was ja ebenfalls für die Unabhängigkeit der *Reichsbank* während der Weimarer Republik galt.»[1840]

Jene «Öffentlichkeit», die da so «heftig» gegen die Regierungsabhängigkeit der *BdL* protestierte', waren im wesentlichen die damals sämtlich **von den Alliierten unter bestimmten Auflagen lizensierten** Zeitungen, also wiederum indirekt die Stimme der ROTHSCHILDS & Co. Daß die Direktoren der *BdL* ebenfalls ‚heftig protestierten', erstaunt noch weniger, hatte man doch schlauerweise dafür gesorgt, daß sie infolge ihrer «Nazi-Vergangenheit» perfekt erpreßbar waren! Die Wörter «Holocaust» oder «Shoah» gab es damals noch nicht, aber in Nürnberg waren gerade erst 11 nationalsozialistische Größen wegen der ihnen angelasteten Vernichtung von sechs Millionen Juden zum Tode verurteilt und hingerichtet worden. Hatte nicht die *Reichsbank* das HLTLER-Regime finanziell am Leben erhalten? Der Freimaurer HJALMAR SCHACHT, der noch beizeiten als *Reichs*-Z>aw£-Präsident zurückgetreten war, wurde in Nürnberg vor Gericht gestellt, jedoch freigesprochen. Nicht so glücklich war sein Nachfolger WALTER FUNK: er bekam eine lebenslängliche Haftstrafe! Was aber geschah mit anderen Direktoren der *Reichsbank* nach .dem Zusammenbruch des Dritten Reiches? Ja, ganz richtig, man stellte sie nicht etwa vor Gericht, sondern ernannte sie nacheinander zu - Präsidenten der *Bank deutscher Länder* bzw. der *Bundesbank*! Und damit hatten die ROTHSCHILDS sie fest in der Hand, selbst falls sie keiner Loge angehörten .. .

Da war einmal Geheimrat WILHELM VOCKE. Er hatte Anfang 1939 mit derselben Begründung wie SCHACHT, nämlich, HITLERS direkte Einmischung in die Geschäfte der *Reichsbank* wegen ihrer inflationären Auswirkungen nicht mittragen zu können, als Vorstandsmitglied (= Direktor) der *Reichsbank* seinen Hut genommen[1841]. Als 1948 der «Präsident des Direktoriums», also der Leiter der neuen *BdL* bestellt werden sollte, fiel

[1839] *MARSHALL* a.a.O., S. 149.

[1840] *BUCHHEIM* a.a.O., S. 114.

[1841] Lt. *JAMES* a.a.O., S. 74.

die Wahl, ausgeübt von den Präsidenten der Landeszentralbanken, zunächst auf HERMANN JOSEF ABS, den späteren Chef der *Deutschen Bank.* Doch ABS, obwohl nationalsozialistisch weit weniger «belastet», wurde bezeichnenderweise von der alliierten Bankkommission abgelehnt, «und vor allem die Amerikaner machten auch politische Vorbehalte . . . geltend». Sie erhoben jedoch keine Einwendungen, als daraufhin schließlich «WILHELM VOCKE zum Präsidenten des Direktoriums und WILHELM KÖNNEKER zu dessen Stellvertreter gewählt» wurden, obwohl «die beiden letzteren Mitarbeiter der *Reichsbank* gewesen waren, ja, VOCKE war sogar Mitglied ihres Direktoriums und ebenfalls im Vorstand der Reichsbankleitstelle Hamburg gewesen»[1842]! VOCKE blieb Präsident der *BdL* bis zu deren Ende.

Noch weitaus «skandalträchtiger» war indessen das Nachrücken von KARL BLESSING an die Spitze der deutschen Zentralbank anläßlich ihrer Umbenennung in «Deutsche Bundesbank» am 1. August 1957. Doch die «öffentliche Meinung», d.h. das Kartell der gelenkten Medien, quittierte den «Skandal» mit nachgerade unheimlichem Stillschweigen. Als der persönlich gekränkte HJALMAR SCHACHT 1966 noch einmal an seines ehemaligen Kollegen BLESSING nationalsozialistische *Reichsbank*-Karriere erinnerte, blieb auch das - gänzlich unbeachtet! SCHACHT schrieb:

«Am 7. Januar 1939 richtete das Reichsbankdirektorium mit Unterschrift aller seiner acht Mitglieder, also auch von BLESSING, ein Memorandum an HITLER, worin die Weigerung enthalten war, die Rüstungsausgaben des Reiches durch die *Reichsbank* zu finanzieren. Die Folge war, daß außer mir der Vizepräsident DREYSE und der Reichsetatsreferent der *Reichsbank* HÜLSE mit sofortiger Wirkung aus dem Amt entlassen wurden. Am selben Tage noch erließ HITLER die bereits erwähnte Verordnung, wonach die *Reichsbank* verpflichtet wurde, dem Reich Kredit zu geben in jeder Höhe, die HITLER anordnen würde. Darauf erbaten unsere Kollegen Geheimrat VOCKE, BLESSING und ERHARDT ihre Entlassung und erhielten sie. Auch sie wollten die Inflation nicht mitmachen. Die gesetzliche Verordnung wurde, um Aufsehen zu vermeiden, erst im Juni 1939 im Gesetzblatt veröffentlicht. Gleichzeitig wurde bei der *Reichsbank* ein geschäftsführender Ausschuß zur Unterstützung des Direktoriums gebildet, der bis Kriegsende amtiert und die ganze Inflation durchgeführt hat. In diesen Ausschuß trat BLESSING im Juni 1939 ein. Er hat die Inflation also sechs Jahre lang bis zum Kriegsende unterstützt.»[1843]

Ja, und genau dieser bis zum bitteren Ende getreue Vasall des doch so furchtbar bösen Nazi-Regimes und seines doch so diabolischen «Führers» durfte als erster der *Deutschen Bundesbank* vorstehen, ohne daß sich etwas rührte in den Weltmedien, im Weltjudentum, bei den emsigen Nazi-Jägem aller Farben oder sonstwo! Ein neuerlicher Beweis für die bereits damals bestehende Beinahe-Allmacht des Rothschildschen Mammons, die solch unerhörtes Schweigen im Walde durchzusetzen vermochte, und das auf Dauer. Doch wozu und warum? Nun denn, einen gehorsameren, unterwürfigeren Satrapen als diesen armseligen BLESSING konnten sich die ROTHSCHILDS und ihr Orbit neuer Millionäre bzw. Milliardäre gar nicht mehr wünschen, denn der Mann mußte beim geringsten Aufbegehren befürchten, daß man gegen ihn genau jenen furchtbaren Sturm entfesselte, der bei seiner Amtseinführung und in der Folge auf so wundersame Weise ausgeblieben war . . . Tatsächlich wurde BLESSING erst 1970 durch KARL KLASEN abgelöst, mehr als ausreichend Zeit für die ROTHSCHILDS, ihre Kontrolle über die «deutsche» Notenbank für alle Zukunft zu zementieren!

[1842] *BUCHHEIM* a.a.O., S. 116.

[1843] *SCHACHT* a.a.O., S. 197.

Wer an der Spitze der *Bundesbank* den ROTHSCHILDS brav und treu gute Dienste leistet, bekommt dafür auch gutes Geld. Nein, natürlich nicht von den ROTHSCHILDS, aber vom deutschen Steuerzahler. «Politisch unabhängig» ist sie zwar, die *Bundesbank*, aber entlohnen dürfen wir Steuerbürger die Frankfurter ROTHSCHILD-Satrapen dennoch aus unserer eigenen Tasche, denn offiziell gelten sie als «Staatsdiener», d.h. Beamte. Wie der *Spiegel* einmal genüßlich mitteilte, ist das Amt des *Bundesbank*-Präsidenten sogar - warum wohl? - dasjenige, «das dem jeweiligen Inhaber . . . **das höchste aus öffentlicher Hand bezahlte Gehalt** einbringt»[1844]! Für den Fall, daß weder dies noch ihr Logeneid genügen sollte, den «Brüdern» an der *Bundesbank-Spitze* den Mund zu verschließen, erlegt übrigens das Bundesbankgesetz allen «Bediensteten» dieses heimlichen ROTHSCHILD-Instituts eine **strafrechtlich bewehrte** «gesteigerte Schweigepflicht» auf[1845]. Dieser Umstand wiederum könnte auch schon erklären, warum sich *Bundesbank-Direktor* HANS RECKERS den bohrenden Fragen von Dr. BÖTTIGER so eilig durch schmähliche Flucht entzog . . . Nach ihrem altersbedingten Ausscheiden aus der *Bundesbank* winken den treuen Dienern der «fünften Gewalt» nochmals schön dotierte Pöstchen. Zu erwähnen wären etwa der vormalige *Bundesbank-Direktor* und (danach) £Z5-Chefvolkswirt OTMAR ISSING, «der seit 2007 für die US-Investmentbank *Goldman Sachs* tätig ist», oder der frühere *Bundesbank*-Präsident HANS TIETMEYER, den es hinterher in den «Beirat der französisch-amerikanischen Investmentbank *Lazard»*, tatsächlich ein jüdisches Institut mit engen ROTHSCHILD-Verbindungen (s. dazu Bd. 1/2), verschlug.[1846]

Vielleicht das Interessanteste an der «Unabhängigkeit» der *Bundesbank* ist, daß sie bis zum Jahre 1992 **überhaupt keinen Verfassungsrang besaß,** obwohl viele - aber nicht alle - Juristen die ROTHSCHLLD-liebedienerische Unverfrorenheit besaßen, das dennoch zu behaupten. Im Grundgesetz stand über die *Bundesbank* nur ein einziges dürres Sätzlein, nämlich der knappe Artikel 88: «Der Bund errichtet eine Währungs- und Notenbank als Bundesbank.» Mehr nicht! Dem zum Trotz ließ das logenkontrollierte Bundesverfassungsgericht es sich nicht nehmen, in einer Entscheidung vom 3. November 1989 zu faseln, die *Bundesbank* unterliege «kraft ihrer verfassungsrechtlichen [!!!] unabhängigen Stellung keiner Aufsicht anderer Organe der Exekutive»[1847].

Zur geplanten **systematischen Rechtsbeugung** enthalten die PROTOKOLLE wichtige Aussagen; das vorstehend zitierte Urteil liefert eine schöne Kostprobe von der mittlerweile längst stattgehabten Erfüllung auch dieser Androhung . . . Erst am 21. Dezember 1992 wurde Artikel 88 des Grundgesetzes neugefaßt, d.h. um einen zweiten Satz erweitert, der besagte, die *Bundesbank* dürfe nur in einer solchen *Europäischen Zentralbank* aufgehen, «die unabhängig ist». Der mutmaßlich jüdische Staatsrechtler KLAUS STERN meint daraus folgern zu dürfen, damit habe zumindest indirekt nunmehr endlich die Unabhängigkeit der *Bundesbank* eine «verfassungsrechtliche Garantie» erhalten[1848]. *Zwingend* läßt sich das jedoch auch diesem neuen Text sicherlich *nicht* entnehmen.

1844 *JAN FLEISCHHAUER* in: «Der Spiegel» Nr. 23/1997, S. 40; Hervorh. hinzugefugt.

1845 *STERN* a.a.O., S. 162.

1846 *MECHTERSHEIMER* a.a.O., S. 7.

1847 Alles lt. bzw. zit. n. *STERN* a.a.O., S. 180f.

1848 Ebd. S. 181f. Im übrigen vollfuhrt *STERN* ebd. S. 183 einen bemerkenswerten Eiertanz. Zuerst behauptet er (fette Hervorh. hinzugefügt): **«Entsprechend den verfassungsrechtlichen Vorgaben des Art. 88 GG** hat der (einfache) Bundesgesetzgeber im Bundesbankgesetz die Position der *Bundesbank* im Staatsgefüge geformt und ihr dabei **Unabhängigkeit** attestiert.» Wenige Zeilen später heißt es jedoch zur hellen Verblüffung des Lesers: «Obwohl zur Zeit der Entstehung des Bundesbankgesetzes **noch nicht das verfassungsrechtliche Gebot bestand,** entschied sich der damalige Gesetzgeber ... für die Schaffung einer **unabhängigen** *Bundesbank.»* Die Unvereinbarkeit beider Thesen ist evident.

Da ja nach dem Muster der *FED* installiert, ist die *Bundesbank* eine ganz ähnlich heuchlerisch konzipierte «Behörde» wie ihr ROTHSCHLLD-gelenktes Vorbild[1849]. Herr STERN versucht uns den *Bundesbank*-Status einer «politisch unabhängigen Behörde», also eines viereckigen Kreises, mittels verschiedener Formulierungen nahezubringen:

* Die *Bundesbank* hat «nicht die Qualität eines Verfassungsorgans» (S. 146).
* Sie ist vielmehr ein «oberstes Exekutivorgan besonderer Art» (S. 147).
* Laut Bundesbankgesetz § 2 Satz 1 ist sie eine «bundesunmittelbare juristische Person des öffentlichen Rechts» (ebd.).
* Schließlich muß aber auch er zugeben: «Die Problematik beginnt jedoch mit der in der Unabhängigkeit liegenden fehlenden Unterwerfung unter die Regierung und der daraus folgenden sogenannten Parlamentsfreiheit der *Bundesbank*», die ja strikt gleichbedeutend mit **fehlender «demokratischer» Kontrolle** ist. Trotzdem (!): «Schrifttum und Rechtsprechung sind sich im Ergebnis darin einig, daß die der *Bundesbank* verliehene Unabhängigkeit von der Regierung und der damit verbundene **Ausschluß von parlamentarischer Kontrolle** verfassungsgemäß sind.»[1850] Das ist auch STERNS eigene ,Überzeugung', für die er sogar eine eigene gedrechselte ,Begründung' zu liefern trachtet, da ihn die diversen gewundenen Begründungsversuche seiner Kollegen nicht recht befriedigen[1851]... Es ist sonnenklar: Wo nur noch der Wille der Rothschildschen «fünften Gewalt» darüber befindet, was «verfassungsgemäß» ist oder nicht, müssen naturgemäß die Verdrehungskünste der Rechtsgelehrten zu ungeahnter Blüte gelangen. Es lohnt nicht, länger dabei zu verweilen.

Was wurde und wird also ganz real mit der «Unabhängigkeit» der *Bundesbank* bezweckt? Wie eingangs schon angedeutet, galt es vor allem zu verhindern, daß die Frankfurter sogenannten «Währungshüter» jemals vom «rechten Weg» des globusweit installierten **aktuellen Schuldgeldsystems** abgewichen wären und den deutschen Staat aus seiner völlig *künstlichen* Verschuldung bei allen möglichen in- und ausländischen (ROTHSCHLLD-)Banken befreit hätten. Dieses Ziel wurde bekanntlich erreicht - bis zur Stunde. Daneben mußte die heimlich am Gängelband geführte *Bundesbank* jedes von London, New York oder Basel aus zentral gesteuerte internationale Währungsmanöver folgsam

1849 Zur Beruhigung der Öffentlichkeit muß sie ihre (nach eigener, kaum nachprüfbarer Beteuerung . . .) hauptsächlich durch Devisen-Geschäfte erwirtschafteten «Gewinne» jährlich an die Bundesregierung «abfuhren». Diese wenigen Milliarden sind für die ROTHSCHILDS bloße «peanuts» (= «Erdnüsse», also «Kleingeld»), auf die sie im höheren, PROTOKOLLARISCHEN Interesse gerne verzichten!

1850 *STERN* a.a.O., S. 190; Hervorh. original (dort allerdings nur kursiv statt fett)!

1851 Ygi gbd. s. 191: «Teils wird auf einen Selbstverzicht des Parlaments, teils auf den Ausnahmecharakter und das bestehende System von Abhängigkeiten sachlicher und personeller Art - so das Bundesverwaltungsgericht -, teils auf die Sonderregelung des Art. 88 GG, teils auf die „Natur der Sache", teils auf das „vorrechtliche Gesamtbild" verwiesen. Wenngleich in jeder Begründung richtige Elemente stecken, so wirkt keine für sich allein überzeugend . . .» *STERNS* eigener Rechtfertigungsversuch ebd. S. 191f hebt auf die «Stabilität der Währung» als «einen zwar zunächst [tatsächlich bis Ende 1992!!] nicht ausformulierten, aber dem Grundgesetz immanenten Verfassungsauftrag» ab. Auf dieser extrem wackeligen Grundlage errichtet er sodann wagemutig folgende These: «Die Unabhängigkeit *der Bundesbank*... schafft zur Wahrung eines hohen Verfassungsgutes ein den „politischen" Gewalten gegenüber neutrales, in höchstem Maße funktionstaugliches Gremium.» Daß die ROTHSCHILD-Statthalter in der *Bundesbank* jedoch gegenüber den ,finanziellen Gewalten', bei denen auch die *wahre* politische' Macht liegt, absolut nicht «neutral», sondern von ihnen total abhängig sind, wird man bei STERN natürlich nicht erfahren, am wenigsten im Rahmen ausgerechnet einer *Bundesbank*- Veröffentlichung selber .. .

mitmachen, jeweils in der ihr gerade aufdiktierten Rolle[1852]. Schöpferische Freiheit ließ man ihr nur darin, die jeweilige «Notwendigkeit», den jeweiligen «Sinn und Zweck» solcher Manipulationen dem breiten Publikum - unter hilfreicher Mitwirkung der gesteuerten Medien und der von A bis Z verfreimaurerten Politikerkaste nebst der ähnlich verfreimaurerten offiziellen Expertenwelt - möglichst kompliziert und wortreich irgendwie plausibel erscheinen zu lassen.

b) Die Rothschilds & Co. rund um den Globus

Überall profitieren sie und ihr Orbit neuer Millionäre/Milliardäre von der Anonymität des Handels mit den Staatsschulden, eine Anonymität, die sie selbst schon früh herbeigeführt haben. ANDREAS ARGENS macht deutlich, daß die Namenlosigkeit der Staatsverschulder schon rein umständehalber im selben Maße zunahm wie die Höhe der Staatsverschuldung selber - eine unter PROTOKOLLARISCHEN Gesichtspunkten nachgerade ideale «Entwicklung» . . .:

«Die internationale Finanzelite betrachtete es mit Wohlwollen, daß die Emissionsvolumen [= die Mengen der ausgegebenen Staatsschuldpapiere] und der Umsatz des Anleihemarkts ständig stiegen. So wurde es leichter, anonym in den Markt ein- und [aus ihm wieder] auszusteigen. Waren Ende 1997 nur vier Anleihemärkte auf über 100 Milliarden Dollar bewertet (USA, Deutschland, Japan und Großbritannien), mußten Ende 1999 bereits Italien, Frankreich, Kanada, Belgien und [die] Niederlande hinzugefügt werden. Weitere sechs Jahre später hatten Dänemark, Schweden und Spanien diese Schwelle ebenfalls überschritten.»[1853]

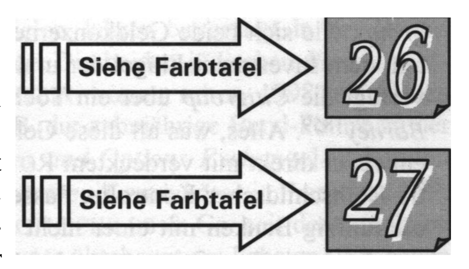
Interessant ist auch eine weitere Zahlenangabe: «Ende 1995 befanden sich 43 Prozent aller direkt gehaltenen Anleihen im Besitz von Privatpersonen.»[1854] Das ist freilich leider etwas mißverständlich ausgedrückt. Denn naturgemäß werden ausnahmslos *alle* Staatsanleihen, rein formal betrachtet, von irgend]emandem «direkt» gehalten. Bisweilen allerdings von sogenannten institutionellen Anlegern im Auftrag irgendwelcher Kunden und in diesem Sinne dann «indirekt». Bei den besagten «Privatpersonen» dürfte es sich, wie weiter oben vielfach aufgezeigt, großen- bis großenteils um Bankbesitzer, d.h. Banken-Anteilseigner handeln, weil nur die das Geld für derlei «Investitionen» besitzen. Möglicherweise sind die ROTHSCHILDS in dieser Zahl noch nicht einmal enthalten, da sie ihr privates «Anlagevermögen», darunter anzunehmenderweise auch große Mengen an Staatspapieren diverser Länder, in Form familieneigener «Holding-Gesellschaften» verwalten.

[1852] Um auch dies nochmals zu verschleiern, war die Bundesregierung bis zur europäischen Währungsunion rein theoretisch befugt, der *Bundesbank* hinsichtlich der Stabilisierung bzw. Anpassung des Außenwerts der D-Mark nun *doch* «politische» Weisungen zu erteilen! Die *Bundesbank* vermochte sich der Ausführung solcher Weisungen allerdings nach Belieben zu entziehen bzw. zu widersetzen, indem sie ggf. räsonnierte, dadurch werde die Stabilität des Binnenwerts der D-Mark gefährdet oder untergraben, für die sie allein verantwortlich und auf welchem Gebiet die Bundesregierung *nicht* weisungsbefugt sei . . . *Bundesbank*-Autor *NEUMANN* (a.a.O., S. 317, vgl. auch S. 335) unterstreicht mehrfach, dadurch seien «unvermeidlich Konflikte zwischen Bundesregierung und *Bundesbank*» entstanden. Klarerweise saß die **RoTHSCHiLD**-hörige *Bundesbank* jedoch bei solchen «Konflikten» grundsätzlich am längeren Hebel, zumal die Bundesregierung via Staatsschulden jederzeit erpreßbar blieb, von ihrer weitgehenden freimaurerischen Kontrolle noch ganz abgesehen.

[1853] *ARGENS* a.a.O., S. 222; gemeint ist der Jahresumsatz mit Staatsanleihen jedes einzelnen der genannten Länder.

[1854] Ebd. S. 223.

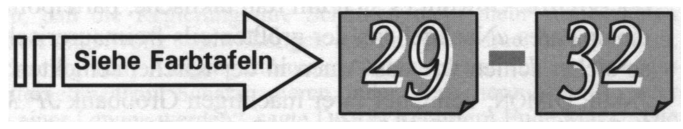
Die weitaus größere Masse der globusweiten Staatsschulden liegt freilich bei ihren heimlichen Großbanken und den meist in deren (relativem oder absoluten Mehrheits-)Besitz befindlichen Zentralbanken der sogenannten westlichen Welt und trägt dort unablässig ihre Zinsen. Die ROTHSCHILDS und wohl auch so manche ihrer geldmächtigsten Konsorten bleiben dabei in aller Regel aus zwei Gründen «unsichtbar». Erstens teilen sie sich den Besitz dieser Großbanken, die sämtlich als Aktiengesellschaften an der Börse firmieren, mit einer großen, ja unüberschaubaren Zahl anderer (Klein-)Aktionäre, unter denen sie samt etlichen Strohmännern jedoch die größten und bei weitem einflußreichsten sind, zumal sie «nötigenfalls» ihre Anteile per unauffälligen Zukauf jederzeit auf das für die effektive Kontrolle erforderliche Maß erhöhen können. Zweitens lenken die Massenmedien die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit bald auf diesen, bald auf jenen nur scheinbar bedeutenden Aktionär, so gut wie nie jedoch auf die ROTHSCHILDS und ihre wichtigsten Konsorten selber.



Wir beschränken uns nachfolgend auf einige wenige besonders aussagekräftige Beispiele, um das Prinzip zu verdeutlichen, ohne dabei aber den vorliegenden Band unnütz aufzublähen. Die Reihenfolge der Beispiele ist zwanglos und unsystematisch.

* DAVID ROCKEFELLER war schon zu Beginn der 1950er Jahre im Vorstand der verdeckt Rothschildschen *Chase* (ab 1. April 1955: *Chase Manhattan) Bank* für das Auslandsgeschäft zuständig, das er bis zu seinem alterbedingten Ausscheiden als Präsident und Geschäftsführer im April 1981 äußerst zielstrebig erweiterte[1855]. «Kredite für Regierungen», blickt er zurück, «waren eine der zahlreichen neuen Möglichkeiten. . . . Ich erinnere mich an die Bitte des brasilianischen Finanzministers, ihm kurzfristig einen 30-Millionen-Dollar-Kredit zu gewähren. Als Sicherheit bot er uns die gesamte Kaffeeernte an. Ich gab ihm den Kredit.»[1856]

* Im Jahre 1975, als der US-Dollar noch das Mehrfache seines heutigen Wertes besaß, war allein die Stadt New York mit zwei Milliarden «bei einer kleinen Gruppe von Banken» verschuldet, «die von der *Chase Manhattan* und der *Citicorp*» beherrscht wurde»[1857], d.h. von zwei Instituten, deren Geschicke von bloßen ROTHSCHILD-Strohmännern gelenkt wurden. Aus der *Chase Manhattan* erwuchs später die noch viel gigantischere *JP Morgan Chase*, aus der *Citicorp* erst die *Citibank*, dann die noch weit riesigere[1858] *Citi-*



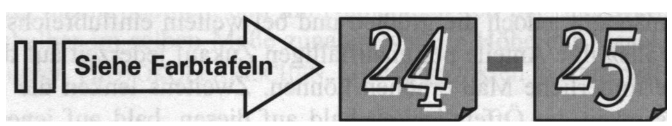
1855 Ygi *ROCKEFELLER* a.a.O., S. 290: Es «waren die 1960er-Jahre eine Zeit des wirklichen Fortschritts für die *Chase Manhattan* auf ihrem Weg zur internationalen Bank. Wir begannen das Jahrzehnt mit nur 11 Niederlassungen im Ausland und beendeten es 1969 mit direkten Operationen in 73 Ländern. Unser Netzwerk erstreckte sich über sechs Kontinente: Nord- und Südamerika, Europa, Asien, Afrika und Australien.»

1856 Ebd. S. 186.

1857 *GRIFFIN* a.a.O., S. 47.

1858 Lt. *ZACHARIASZACHARAKIS* in der «Financial Times Deutschland» vom 22.3.2011 war die *Citigroup*, seit 2007 (vordergründig) geleitet von dem indischstämmigen VLKRAM PANDIT, «einst die nach Börsenwert weltgrößte Bank», ist zwar «von Beginn der Finanzkrise im Sommer 2007 bis heute um 92 Prozent eingebrochen», wurde gleichwohl im März 2011 an der Börse immer noch «mit knapp 140 Mrd. Dollar (99 Mrd. Euro) bewertet» und war zu diesem Zeitpunkt

group, wie sich beide Geldkonzerne gegenwärtig nennen. Gemeinsam mit dem zweiten, dem Investment-Flügel der uralten Morgaw-ROTHSCHILD-Front, *Morgan Stanley*, verfugt die *Citigroup* über ein Tochterunternehmen: die Investment-Großbank *Smith Barney*[lS59]. Alles, was all diese Geldhäuser jeweils an Staatsanleihen besitzen, wurde entweder direkt mit verdecktem ROTHSCHILD-Kapital erworben oder unterliegt effektiv Rothschildscher Kontrolle. Passenderweise ist just die *Citigroup* als eine von nur ca. fünfzig Banken mit einer nicht näher genannten Zahl von Zweigniederlassungen auf der britischen Steueroase Jersey vertreten[1860], also in unmittelbarer räumlicher Nähe der beiden exklusiv ROTHSCHlLD-eigenen und höchst verschwiegenen Institute *N.M.Rothschild & Sons (Channel Islands) Limited* bzw. *Rothschild Private Management (Channel Islands) Limited*[1861]



* «Als der Iran Mitte der 1970er Jahre die internationalen Kapitalmärkte betrat, um seine großen öffentlichen Projekte zu finanzieren, übernahm die *Chase* die Führung bei acht laufenden Gemeinschaftskrediten. 1979 belief sich unsere Vermittlung von Gemeinschaftskrediten auf 1,7 Milliarden Dollar, wobei unser Anteil ungefähr 330 Millionen Dollar betrug. Das waren bedeutende, aber absolut keine ungewöhnlichen Summen, gemessen an den gesamten ausländischen Darlehensbeträgen der *Chase*, die sich Ende 1979 auf über 22 Milliarden Dollar beliefen.»[1862] Der größte Teil davon bestand mit Sicherheit aus Staatsanleihen, vergeben von einer einzigen heimlichen ROTHSCHILD-Großbank unter - weltweit - Dutzenden anderer!
* Dieselbe ROTHSCHlLD-kontrollierte *Chase Manhattan Bank* vernachlässigte aber auch das Inlandsgeschäft keineswegs. Sie verfügte nämlich über eine eigene «Anleihenabteilung», «die außer der Abwicklung des Anleihenhandels für Dritte auch US-Bundes-, Staats- und Kommunalanleihen auf eigene Rechnung hielt», und dies im großen Stil, denn der verantwortliche Abteilungsleiter «erhöhte» allein «Mitte 1974» den Bestand eben einmal «um eine Milliarde Dollar»[1863].
* Daran hat sich bis heute nichts wesentliches geändert. Im Frühjahr 2011 gab es im US-Kongreß keine Mehrheit für die schon wieder notwendige Anhebung der Schuldenobergrenze. Obwohl es sich um rein taktische, parteipolitische Spielchen handelte und ein späteres «Nachgeben» der größtenteils freimaurerisch organisierten Parlamentarier so sicher schien wie das Amen in der Kirche, schickten die ROTHSCHILDS unverweilt JAMIE DlMON, den Chef ihrer mächtigen Großbank *JP Morgan Chase & Co.* vor und ließen ihn gegenüber der Presse düstere Warnungen äußern. Bei dieser Gelegenheit bestätigte DlMON aber auch ausdrücklich, daß seine heimliche ROTHSCHILD-Großbank permanent offenbar nicht unbeträchtliche Mengen an Schuldverschreibungen der US-Regierung «hält»[1864].

«somit rund zweieinhalbmal größer als etwa die *Deutsche Bank*»\ Nicht gemessen am Gewinn, wohlgemerkt, sondern bloß am «Börsenwert», denn ihre Gewinne - siehe weiter unten! - rangieren durchaus in derselben Größenordnung wie die ihrer 'Schwestern' in den USA!

1859 Vgl. z.B. «Financial Times Deutschland», 9.9.2010.

1860 Lt. *DOHMEN* a.a.O., S. 150.

1861 Vgl Ross a.a.O., S. 27f.

1862 *ROCKEFELLER* a.a.O., S. 495.

1863 Ebd. S. 425f.

1864 Ygi «American Free Press», 25.4.2011, S. 8f: DIMON «sagte, er erwarte, daß Schuldpapierhändler mit dem Abstoßen von Schatzpapieren beginnen würden, sobald sie auch nur den leise-

* Deutsche Staatsschuldpapiere wechseln seit vielen Jahren bevorzugt in der ROTH-SCHILD-beherrschten Londoner City den Besitzer! Die beiden jüdischen *Bundesbank*-Autoren JACOB FRENKEL und MORRIS GOLDSTEIN wiesen schon 1998 auf diesen bemerkenswerten Umstand hin: «. . . so wird z.B. der zehnjährige Bund-Future an der *LIFFE [.London International Financial Futures and Options Exchange]* in London mit größeren Umsätzen gehandelt als an der *Deutschen Terminbörse* in Frankfurt»[1865].
* Mit deutschen Staatsanleihen spekulieren die ROTHSCHILDS & Co. seit der von ihnen selber betriebenen Einführung sogenannter **Derivate** überhaupt am liebsten. Wir haben es bereits gesehen: Der zu weit über 90 % in der Hand der heimlichen ROTHSCHILD-Bankenriesen liegende US-Derivatehandel wird zum größten Teil (nach Schätzungen von Fachleuten zu 60 bis 80 Prozent!) über die ROTHSCHLLD-dominierte Londoner City abgewickelt[1866], und dies schon seit geraumer Zeit. Erst mit dem Beginn der Europäischen Währungsunion Anfang 1998, stellte MARSHALL seinerzeit fest, überholte «die elektronische Terminbörse in Frankfurt. . . den Londoner *International Financial Futures and Options Exchange* beim Umsatz des **in Europa am häufigsten gehandelten** Derivats, nämlich **Terminkontrakte auf Bundesanleihen»[1867]!**
* Es ist kaum jemandem bewußt, wird auch öffentlich so gut wie nie thematisiert: Der deutsche Bankensektor ist gegenüber dem US-amerikanischen ganz unverhältnismäßig stark aufgebläht. Ablesen läßt sich das jedoch nicht am spekulativ manipulierten «Börsenwert», sondern an den *vergleichsweise* (!) weniger manipulierbaren Bankenbilanzen. Deutschlands Bevölkerung macht noch keine 25 Prozent der Einwohnerschaft der USA aus; die Bilanzsumme der deutschen Banken beträgt jedoch mehr als 75 % der Bilanzsumme der US-Banken[1868]! Nun sind aber die mit riesigem Abstand größten US-Banken sämtlich verdeckte ROTHSCHILD-Institute. Wer also wird sich dann hinter den - **relativ zur einheimischen «Kundschaft»** - noch viel gigantischeren deutschen Großbanken verbergen? Bei denen immerfort ein beträchtlicher Teil der deutschen Staatsschulden liegt?
* Das Fernseh-Enthüllungsmagazin *Panorama,* eine der seltenen «Oasen» in der deutschen Medienwüste, die immerhin *ab und zu* einen frischen Trunk **echter** Hintergrundinformation anzubieten haben, brachte am 18. April 2002 wenigstens einen Teil der

sten Hinweis darauf bekämen, daß die Regierung ihre Schulden nicht mehr zurückzahlen könne. Das werde mit Sicherheit unheilvolle Auswirkungen auf die Wertpapiermärkte haben, weil die Investoren alle gleichzeitig zum Ausgang stürmen würden. „Unternehmen wie das unsrige [!], jedes einzelne Unternehmen mit Schatzpapieren, jeder Versicherungsfonds, jeder [sonstige] Bedarf - es wird zu einer Lawine werden", sagte DLMON Reportern Ende März. „Die gesamte kurzfristige [Staats-]Finanzierung würde verschwinden."»

1865 *FRENKEL/GOLDSTEIN* a.a.O., S. 745.

1866 £jne gewjsse Bestätigung finden diese Schätzungen in jüngst veröffentlichten Berechnungen aus einem offiziellen Arbeitspapier der Brüsseler £(/-Kommission zur eventuellen Besteuerung sogenannter «Finanzaktivitäten» (Aktien-, Anleihen- und Derivatehandel). «Würden Derivate wie Aktien und Anleihen besteuert, entfielen 71 Prozent der Einnahmen auf London» *(REINHARD HÖNIGHAUS in:* «Financial Times Deutschland», 8.10.2010)!

1867 *MARSHALL* a.a.O., S. 379f; Hervorh. hinzugefügt.

1868 Ygi *GRANDT* a.a.O., S. 225: «Die Bilanzsumme der nationalen Banken der USA beläuft sich auf 10,6 Billionen Euro und die von Deutschland auf acht Billionen.» - Seltsam, daß *GRANDT* ebd. daraus keine anderen, viel wichtigeren Folgerungen zieht als bloß diese hier: «Bei einem angenommenen Ausfall in Höhe von nur 15 Prozent der Bank-Bilanzsumme würde sich demnach für die USA ein Abschreibungsbedarf von 1,6 Billionen und für Deutschland von 1,2 Billionen Euro ergeben.... Die Staatsverschuldung in den USA würde um 22 Prozent und die von Deutschland sogar um 75 (!) Prozent steigen.»

Wahrheit über die deutschen Staatsschulden an die Öffentlichkeit. Hier ein Auszug aus dem gesprochenen Text der Sendung: «Die Banken - Profiteure der Verschuldung. Für jeden Kredit kassieren sie Zinsen und Provisionen, jedes Jahr zig Milliarden Euro. Ein Bombengeschäft, und ganz diskret abgewickelt. Kein Wunder, daß die Liste der Gläubigerbanken nicht unbedingt an die Öffentlichkeit soll. Denn ihnen gehört Deutschland. Ganz oben die *Deutsche Bank*, dann *Morgan Stanley*, *Dresdner Bank*, *Merrill Lynch* - die Crème de la Crème der internationalen Hochfinanz. Kreditsummen und Zinsgewinne werden gehandelt wie Staatsgeheimnisse, Interviewanfragen zwecklos. Die *Deutsche Bank*: kein Kommentar. Die *Dresdner Bank:* Kein Kommentar. Die *Commerzbank* Kein Kommentar.»[1869]

Die *volle* Wahrheit wäre gewesen: Deutschland «gehört» via Staatsschulden der Crème de la Crème des heimlichen ROTHSCHILD-Bankenimperiums. Im Falle von *Morgan Stanley* als Inhaber deutscher Staatsschulden ist das evident. *Merrill Lynch* wurde zum fraglichen Zeitpunkt von den Israeliten JOHN GAINES HEIMANN und JAKOB FRENKEL als Präsident bzw. Vizepräsident geleitet (siehe dazu Bd. 1/2) und gehört inzwischen dank der Finanzkrise zur momentan (nach Börsenwert) größten US-Geschäftsbank *Bank of America*, einem längst diskret, aber zuverlässig ROTHSCHILD-beherrschten Geldhaus. Das - jahrzehntelang - «deutsche» Spitzentrio von *Deutscher*, *Dresdner* und *Commerzbank* muß ebenfalls, wie bisher schon vielfach angedeutet, zum heimlichen ROTHSCHILD-Imperium gerechnet werden, ohne Wenn und Aber. Dafür sprechen neben seiner schieren Übergröße eine Reihe weiterer Indizien, denen wir uns nun zuwenden wollen.

* Bei ihrer Wiederauferstehung nach dem 2. Weltkrieg gehörte die *Deutsche Bank*, obwohl sofort wieder *das* Spitzeninstitut im Lande, seltsamerweise keiner identifizierbaren Person oder Gruppe, hatte keinen einzigen herausragenden Großaktionär - genauso wie ihre beiden schärfsten «Konkurrenten», die *Dresdner* und die *Commerzbank*. HJALMAR SCHACHT versicherte 1966, es gebe aktuell «nur wenige Banken, die von Interessengruppen beeinflußt werden. Insbesondere sind die Aktien der drei großen Depositenbanken im deutschen Publikum verstreut. . ,»[1870] Natürlich war und ist das ein extrem unglaubwürdiges Szenario. Ein wirtschaftlich und finanziell so wichtiges Land wie das unsrige, Schauplatz des vielbestaunten «Wirtschaftswunders», durften die ROTHSCHILDS & Co. keinesfalls unbeackert lassen. Bloß eines mußten sie tun: ähnlich schlau vorgehen wie in den USA und den anderen Industrieländern, d.h. ihre neuerliche Anwesenheit, ja sogar Dominanz wirksam verschleiern. «Wußten Sie schon», fragte kürzlich HENRY MAKOW, «daß man nur 3 bis 4 Prozent der Anteile benötigt, um die am stärksten in Streubesitz befindlichen Unternehmen zu kontrollieren?»[1871]
* DiQ *Deutsche Bank* bildet seit Jahrzehnten mit der *Dresdner* und der *Commerzbank*, der *Münchener Rückversicherung* und dem /4//;a«z-Versicherungskonzern sowie einer Vielzahl jeweiliger «Töchter» ein undurchsichtiges bzw. unüberschaubares Geflecht von Überkreuzbeteiligungen, dem Kritiker bis vor kurzem geme den leider unzutreffenden Namen «Deutschland AG» gaben. Miteinbezogen ins Netzwerk waren auch die beiden nächstgrößten deutschen, später miteinander verschmolzenen Institute *Bayerische Vereinsbank* und *Bayerische Hypotheken- und Wechselbank*^[12]. An der *Com-*

1869 «Panorama» Nr. 612 vom 18.4.2002, zit. n. d Mitschrift des gesprochenen Textes in: «Recht und Wahrheit» Nr. 7+8 (Juli/August) 2003, S. 8.

1870 *SCHACHT* a.a.O., S. 265.

1871 *HENRY MAKOW* in: «American Free Press», 19.9.2010, S. 19.

1872 Yg| emeut die - extrem vereinfachte - graphische Darstellung dieser «Deutschland AG» bei *BURY/SCHMIDT* a.a.O., S. 36 sowie den zugehörigen Text ebd. S. 37-39; außerdem die weit de-

merzbank bestand z.B. keine direkte, sondern bloß eine indirekte Beteiligung auf dem Umweg über die *Münchener Rück*; mit der *Commerzbank* zusammen (jeweils zu 50 %) besaß die *Deutsche Bank* jedoch zumindest noch 1995 in Düsseldorf eine Leasinggesellschaft. Klar ist: Wer insgeheim die *Deutsche Bank* kontrolliert(e), übt(e) unbedingt auch diskreten, aber maßgeblichen Einfluß auf die gesamte «Deutschland AG» aus.

* Über welche Strohmänner oder Frontgesellschaften die ROTHSCHILDS nun genau die *Deutsche Bank* beherrschen oder zumindest kontrollieren, ist unbekannt. Sehr wohl bekannt ist jedoch, daß auf diesem Feld getrickst, getäuscht und gelogen wird, daß sich die Balken biegen, wenn es darum geht, die wahren Besitzverhältnisse zu tarnen. «Noch Anfang der neunziger Jahre galt auch Deutschlands zweitgrößtes Kreditinstitut, die *Dresdner Bank*, als Publikumsgesellschaft mit breitgestreutem Anteilsbesitz. In den einschlägigen Standardwerken konnte man damals lesen, daß kein Aktionär bei der *Dresdner Bank* mehr als fünf Prozent des Grundkapitals besitze. Gestimmt hat diese Information schon damals nicht. Denn unbemerkt von der Öffentlichkeit - bis-1995 mußten Beteiligungen erst nach Überschreiten eines Anteilsbesitzes von 25 Prozent offengelegt werden - hatte die *Allianz* bereits seit längerem einen erheblichen Anteil an der *Dresdner Bank* von mehr als zehn Prozent in ihrem Besitz. Ende Juli 1991 offenbarte die *Allianz* der überraschten Fachwelt, daß sie nun direkt mit 22,31 Prozent, und noch einmal indirekt, also über Tochterunternehmen, mit weiteren 0,67 Prozent an der *Dresdner Bank* beteiligt war. Und wie zufällig wurde zur selben Zeit bekannt, daß sich weitere rund 20 Prozent der Dresdner-Bank-Aktien im Besitz zweier Finanzverwaltungsgesellschaften, der *Frankfurter Gesellschaft für Finanzwerte (FGF)* und der *Vermo*, befanden, an denen die *Münchener Rück* und andere, von den beiden Münchner Versicherungsunternehmen abhängige oder mit ihnen „befreundete" Große aus der deutschen Finanzwirtschaft und Industrie beteiligt waren.»[1873] Dieser Detail-Ausschnitt beweist: es herrschten - und herrschen auch weiterhin - ideale Bedingungen für die ROTHSCHILDS & Co., um auf beinahe beliebig vielen und beliebig verschiedenen Kanälen unerkannt die Strippen hinter der «Deutschland AG» zu ziehen.

* Immerhin existiert gleichwohl eine reiche Fülle von konkreteren Indizien für die verschwiegene ROTHSCHILD-Kontrolle des größten deutschen Kreditinstituts. «Ihr Machtzentrum hat die *Deutsche Bank* ... in London mit dem Group Executive Committee [= Geschäftsführender Auschuß der Deutsche-Bank-Gruppe], und dort spricht man explizit von einer „De-Germanization" [= Entdeutschung] der *Deutschen Bank.*» Im Jahre 2003 «gründete man die *Initiative Finanzstandort Deutschland (IFD)*, deren Sprecher JOSEF ACKERMANN wurde. Mitglieder der Initiative waren ausschließlich amerikanische Investmentbanken, nämlich die deutschen Vertreter von *Lehman Brothers, Goldman Sachs, Morgan Stanley, JP Morgan, Citibank* und *Merrill Lynch.*»[1874] Also vier heimliche ROTHSCHILD-Banken und zwei mit ihnen kraft talmudistischer Solidarität innig verbundene Häuser, deren erstes, *Lehman,* inzwischen zugunsten der britischen ROTHSCHILD-Bank *Barclays* liquidiert und deren zweites, *Merrill Lynch,* inzwischen dem diskreten US-ROTHSCHLLD-Bankenimperium direkt einverleibt wurde! Wenn daher die *Deutsche Bank* als einziges hierzulande «heimisches» Institut diesem erlauch-

taillierte, aber längst nicht vollständige Darstellung (Einbeziehung der wichtigsten Bankenanteile an Industrie- und sonstigem Unternehmensbesitz) ebd. S. 40f. Natürlich war das erst der Stand der Jahre 1995/96.

[1873] Ebd. S. 38.

[1874] *KARLHEINZ KRASS* auf «www.sklaven-ohne-ketten.blogspot.com», zit. n. *MORRIS* a.a.O., S. 121.

ten Kreis angehört, dann doch offenbar wegen seiner ganz ähnlich straffen ROTHSCHILD-Kontrolle.

* Es gibt weitere gewichtige Indizien. Worauf schon in Band 1/2 ausfuhrlich eingegangen wurde: Just das mit Abstand größte Institut des Netzwerks namens Deutschland AG', die *Deutsche Bank,* hat nacheinander zwei heimliche ROTHSCHILD-Institute «übernommen», zuerst (1989) *Morgan Grenfell,* dann (1999) den gleichfalls zur *Morgan-Gruppe* gehörigen *Bankers Trust.* Das hätten die ROTHSCHILDS mit Sicherheit niemals hingenommen, wäre ihnen dadurch die effektive Kontrolle über diese beiden milliardenschweren Geldhäuser entglitten. Weiter: Genau wie die heimlichen US-ROTHSCHILD-Banken jenseits des Atlantiks, so hat auch hierzulande die *Deutsche Bank* **als einzige** Großbank die Finanzkrise auffallend gut, ja sogar noch besser, nämlich «ohne Staatshilfe», überstanden. Und genau wie ihre Gegenstücke dort «übernimmt» sie hierzulande beinahe reihenweise andere Großinstitute! Im Juli 2006 für 420 Millionen Euro die *Norisbank* mit 300 Filialen und 334 000 Kunden; im August 2006 für 680 Millionen Euro die *Berliner Bank* mit 60 Filialen und 340 000 Kunden[1875]; 2009, mitten in der Krise, für nur 1,3 Milliarden Euro die angeblich «größte Privatbank Europas» *Sai. Oppenheim,* ein bis dahin überwiegend in jüdischem Besitz befindliches Haus mit enormen 135 Milliarden Euro zu «verwaltender», d.h. anzulegender «Kundengelder», während sie selbst bis dahin «nur» 171 Milliarden Euro ähnlicher «Kundengelder» betreute[1876]; 2010 für 6,3 Milliarden Euro die *Postbank*[1*11] \ ebenfalls 2010 das Firmenkundengeschäfit der niederländischen Großbank *ABN Amro*[lsls]. JOSEF ACKERMANN, vorgeschobener «Chef» des Hauses, bekennt sich sogar offen zur weltweit beobachtbaren ROTHSCHILD-Strategie des Tarnens und Täuschens: Der bloße **Name** «Postbank» soll nach der bevorstehenden Übernahme erhalten bleiben, sagt er Mitte September 2010, denn: **«Wir wollen den Kunden nicht das Gefühl geben, daß alles eine einzige Bank ist»[1879] ...!**

* An der Spitze der *Deutschen Bank* sind Glaubensgenossen der ROTHSCHILDS zur Zeit besonders prominent vertreten. Seit seinem altersbedingten Ausscheiden als *FED*-Gouverneur leistet ALAN GREENSPAN dem Flaggschiff der «Deutschland AG» vortreffliche Dienste in der Investment-Abteilung[1880]. Mäuschenstill im Hintergrund verbleibender Vize-Vorsitzender der Bank ist der jüdischstämmige ehemalige Finanz-Staatssekretär CAIO KOCH-WESER, übrigens zugleich Mitglied des europäischen CF/f-Ablegers *European Council on Foreign Relations* (ZSCFÄ)[1881]. Über den - seit 2002 - Vorsitzenden JOSEF ACKERMANN selber, der sich in der Öffentlichkeit als biederer Eidgenosse gibt, schrieb die israelische Zeitung *Haaretz* am 28. Oktober 2008 ohne Umschweife, er sei «einer der herausragendsten Juden auf dem deutschen Finanzsek-

1875 Beides lt. *TIMBARTZ* in: «Financial Times Deutschland», 14.9.2010.

1876 Alles lt. AP-Meldung in: «HNA», 29.10.2009.

1877 Lt. *TIMBARTZ* in: «Financial Times Deutschland», 14.9.2010.

1878 Lt. Dpa-Bericht in: «HNA», 4.2.2011.

1879 Lt. *TIMBARTZ* in: «Financial Times Deutschland», 14.9.2010.

1880 Vgl «Deutschland» Nr. 9/10 (September/Oktober) 2007, S. 49: «JOSEF ACKERMANN: „Wir freuen uns, daß wir unseren Kunden im Investment Banking Zugang zur profunden Marktkenntnis von ALAN GREENSPAN bieten können." Als einer der Architekten des heutigen Finanzsystems sei GREENSPAN in einer einzigartigen Position, um die Kunden der *Deutschen Bank* bei wichtigen risikobezogenen Entscheidungen zu unterstützen.»

1881 Vgl <<pm>>> 16.3.2010, S. 78.

tor»[1882] . . . ACKERMANN wurde gar anläßlich des (nicht mehr ganz so . .) streng geheimen *Bilderberger*-Treffens vom Juni 2011 im Schweizerischen St. Moritz in der großen eidgenössischen Presse als Mitglied des «Lenkungsausschusses» der *Bilderberger* vorgestellt, «der die Treffen organisiert»[1883]. «Dessen Mitglieder sind auf vier Jahre gewählt; sie allein gelten als Mitglieder derÄ/Werierger-Konferenz.»[1884]

Ebenso wie die *Citigroup*[1885] zählt auch die *Deutsche Bank,* die übrigens vor allem in den USA, aber auch anderswo im Ausland über zahlreiche gewichtige Tochtergesellschaften verfugt und 2010 in Deutschland nur noch kümmerliche 28,4 % ihrer weltweiten Zigmilliardengewinne einfuhr[1886] (!), zu jener kleinen Elite großer Banken, die sich nicht bloß eine, sondern in diesem Falle eben mal 79 (in Worten: neunundsiebzig) «Zweigniederlassungen» auf der britischen Kanalinsel und zugleich als solcher berüchtigten **Steueroase** Jersey gönnen, nur einen Katzensprung entfernt von ihren heimlichen Herren, den dort gleichfalls *direkt* vertretenen ROTHSCHILDS selber . . . Insgesamt waren es 2009 sogar kaum glaubliche 499 «Tochtergesellschaften», welche die *Deutsche Bank* in notorischen Steuer- und Regulierungsoasen unterhielt, «darunter 151 auf den Cayman-Inseln»[1887]!

* Wer so mächtige Besitzer hat, erfreut sich gewisser für andere unerreichbarer Privilegien. Dazu gehört dasjenige, von den Behörden beizeiten diskret gewarnt zu werden, ehe die Polizei zwecks Durchführung einer «Großrazzia» anrücken darf... So geschehen im April 2010, als die heimlich vorangekündigte Fahndung in der Frankfurter Zentrale der *Deutschen Bank* Mitarbeitern des Hauses wegen vermuteter Steuerhinterziehung galt. Die Polizeiaktion war natürlich ein Schlag ins Wasser, anschließende staatsanwaltschaftliche Ermittlungen «gegen unbekannt» wegen «Verletzung von Dienstgeheimnissen» blieben ebenfalls fruchtlos[1888]! Steuern auf ihre Gewinne zahlt die *Deutsche Bank,* offenbar dank der besagten 499 Steuervermeidungs-«Töchter», übrigens hierzulande schon seit Jahren **keine** mehr; stattdessen bekam sie im Jahre 2000 vom Fiskus ‚zuviel gezahlte Steuern' in Höhe von **rund acht Milliarden** Euro **zurück** [1889]

1882 Zit. n. «Der freie Mensch» Nr. 1-2 (Januar-Februar) 2009, S. 52; dort zit. n. dem offiziellen Pressespiegel der Deutschen Botschaft in Tel Aviv vom 28.10.2008, im Weltnetz abrufbar unter *http://www. tel-aviv. diplo. de/Vertretung/telaviv/de/Medienspiegel.*

1883 *HUGO STAMM M.* «Tages-Anzeiger», 24.5.2011.

1884 *JÖRG KRUMMENACHER* in: «Neue Zürcher Zeitung», 10.6.2011.

1885 Lt. *DOHMEN* a.a.O., S. 150.

1886 Vgl *NINA LUTTMER/HELENE LAUBE* in: «Financial Times Deutschland», 4.5.2011: der Jahresgewinn 2010 betrug 8,80 Mrd. Euro in Deutschland, 10,95 Mrd. Euro im übrigen Europa + Nahen Osten + Afrika, 7,45 Mrd. Euro in Amerika, 3,77 Mrd. Euro im asiatisch-pazifischen Raum, zusammen also 30,97 Mrd. Euro. Von dieser Gesamtsumme sind 8,8 Mrd. etwas über 28,4 Prozent.

1887 *ULRIKE HENNING* in: «Humane Wirtschaft» Nr. 5 (September-Oktober) 2009, S. 18. Dort heißt es übrigens weiter: «Die *Commerzbank* mit ihrer neuen Tochter, der *Dresdner Bank,* wiederum hat 76 Töchter in Steuerparadiesen, davon 24 auf Jersey und 17 in Luxemburg.»

1888 Ygi Dpa-Meldung in: «Handelsblatt», 5.7.2010: «Die *Deutsche Bank* ist im April vor einer Großrazzia wegen Steuerhinterziehung gewarnt worden. . . . Woher der Tip kam, ist nicht bekannt. Die Suche nach der undichten Stelle bei den Behörden läuft bereits seit Mai.» Seitdem hat man von der Angelegenheit *nichts mehr vernommen!*

1889 *KARLHEINZ KRASS* auf «www.sklaven-ohne-ketten.blogspot.com», zit. n. *MORRIS* a.a.O., S. 122.

* Unter «Renten» versteht man im Börsenjargon festverzinsliche Wertpapiere. Die wiederum bestehen im wesentlichen aus entweder Unternehmens- oder **Staatsanleihen.** Im Juni 2011 las man nun ausgerechnet über die *Deutsche Bank*: «Im Rentenhandel ist die Bank nach eigenen Angaben mit einem Anteil von 16 Prozent Weltmarktführer.»[1890] Dies jedoch heißt nichts anderes, als daß neben Untemehmensanleihen «auch» eine riesige Menge von **Staatsanleihen** aller möglichen Länder ständig durch die Hände dieser ROTHSCHILD-Agentur gehen, wobei mit Sicherheit ein nicht vernachlässigbarer Teil davon an ihnen «kleben»bleibt. . .
* Bei der *Münchener Rückversicherung,* mit der *Allianz,* der *Deutschen Bank* und dem Rest der «Deutschland AG» innigst verflochten, ist der notorische ROTHSCHILD-Frontmann WARREN BUFFETT «mit mehr als 10 Prozent größter Aktionär»[1891]. Das bedeutet nichts anderes, als daß die ROTHSCHILDS mittels dieses ihres Satrapen hier selbst dann bereits eine **effektive Kontrolle** ausüben würden, wenn sie nicht auf noch vielfach anderen Wegen das ganze Netzwerk diskret beherrschten! Die Kontrolle erstreckt sich natürlich auch auf alle **Staatsanleihen,** in denen der Versicherungsriese große Teile seines Milliardenkapitals fortwährend «geparkt» hat.
* Es ist ein Problem, welches das *Handelsblatt* am besten redaktionsintem klären sollte: am 26. April 2011 nennt es BLLL GROSS den «Chef der weltweit größten Anlagefirma für Anleihen, *Pimco»,* tags darauf ist plötzlich ein gewisser MOHAMED EL-ERIAN «Chef des weltgrößten Anleihehändlers *Pimco,* einer Tochter der *Allianz*». Für uns von weit größerem Interesse als die Person des Chefs ist das Unternehmen *Pimco* als solches:

1) Es handelt nicht bloß mit Anleihen, sondern legt sie auch selber an, in «seinen Fonds»[1892], deren «verwaltetefs] Vermögen . . . innerhalb von zehn Jahren um 700 auf 928 Milliarden Euro geklettert»[1893] ist, wahrlich ein stolzer Betrag!
2) Es ist das **weltgrößte** seiner Art, eine Behauptung, die freilich in einer gewissen Spannung zur soeben referierten Angabe der *Deutschen Bank* steht, *sie* sei «Weltmarktführer» im «Rentenhandel» . . .
3) Die «Anleihen» sind natürlich hauptsächlich Staatsanleihen.
4) Dieser - neben der *Deutschen Bank* - weltgrößte Inhaber/Händler von Staatsanleihen gehört der Münchener ^//z'awz-Versicherung.
5) Die wiederum ist - siehe oben! - integraler Bestandteil des von der *Deutschen Bank* angeführten **Rothschildschen** Netzwerks namens ,Deutschland AG' . . . Schon 1998 konnte man in einer britischen Zeitschrift über den soeben als solcher abgetretenen Vorstandschef des ROTHSCHILD-Ölgiganten *British Petroleum (BP)* lesen: «[Lord DAVID] SIMON ist ausgewiesenes Mitglied des Vorstands der *Bank von England* wie auch ein Direktor der Rothschildschen *Rio Tinto Zinc (RTZ)* **und der** *Allianz AG.*»[m4]

* Übrigens ist diese, wie man sieht, gleich **mehrfach** ROTHSCHLLD-kontrollierte *Allianz AG* im Sommer 2011 **gemeinsam** mit von der Presse nicht näher bezeichneten «angelsächsischen Investoren», unter denen man sich z.B. gut die Londoner ROTHSCHILDS persönlich oder zumindest etliche ihrer großen Londoner bzw. New Yorker Front-Institute vorstellen könnte, wieder groß bei der freilich immer noch zu 25 % vom deut-

[1890] *KARSTEN RÖBISCH* in: «Financial Times Deutschland», 3.6.2011, übrigens unter der bezeichnenden Überschrift «*Deutsche Bank* umschifft Regulierung»!

[1891] *Reuters/Dpa*-Artikel in: «Hildesheimer Allgemeine Zeitung», 28.2.2011.

[1892] *INGONARAT in:* «Handelsblatt», 26.4.2011.

[1893] *INGONARAT* in: «Handelsblatt», 17.5.2011.

[1894] «On Target», 14. & 28.2.1998, S. 22.

sehen Staat gehaltenen *Commerzbank* eingestiegen . . .[1895] Wahrhaftig, der von wem auch immer in welcher Absicht auch immer «erfundene» Name **Deutschland** AG' steht diesem heimlichen ROTHSCHILD-Imperium ganz und gar nicht gut zu Gesicht!

* Angeblich um seine .Verschuldung wieder in den Griff zu bekommen', greift der Staat von Zeit zu Zeit zum Mittel der «Privatisierung» staatlichen Eigentums, das aus Steuermitteln der Bürger erworben wurde. Dummheit und Heuchelei reichen sich bei solchen Aktionen die Hand. An der staatlichen Verschuldungslage ändert sich nämlich überhaupt nichts, das **aktuelle Schuldgeldsystem** bleibt ja unangetastet! Doch die ROTHSCHILDS & Co. reiben sich die Hände, gelangen sie doch zu meist sehr günstigen Konditionen a) **unerkannt** b) in den Besitz milliardenschwerer **realer** Güter, die zugleich c) dauerhaft saftige **Renditen** abwerfen, während d) der jeweilige Staat bei ihnen verschuldet **bleibt** wie zuvor.

  So hieß es im Jahre 2005, hierzulande werde «der Wohnungsriese *Viterra* mit rund 150 000 Wohnungen für 7 Milliarden Euro an die *Deutsche Annington* verkauft, die der britischen Fondsgesellschaft *Terra Firma* gehört, an der sich zu diesem Zweck der US-Bankenriese *Citigroup* mit 15 bis 20 Prozent beteiligen wird»[1896]. *Viterra* war zwar eine private Gesellschaft, hatte ihren riesigen Wohnungsbestand jedoch in den Jahren zuvor aus ehemals staatlichem (Bund, Länder, Gemeinden) Besitz im Rahmen diverser «Privatisierungen» zusammengekauft[1897]. *Terra Firma* ihrerseits ist zwar in London ansässig, gehört jedoch «zur japanischen *Nomura-Bank*»™[9]^. Wem wiederum die gehört, ist eine interessante Frage, auf die wir noch zurückkommen werden. Jedenfalls war allein die Rothschildsche *Citigroup* mit bis zu einem Fünftel am 7-Milliarden-Geschäft beteiligt, einem Geschäft, das sich offiziell der ,Sanierung der hochverschuldeten öffentlichen Haushalte' verdankte ...

* Die Bundesrepublik Deutschland «versteigerte» 2009 «Anleihen und kurzlaufende Geldmarktpapiere mit einem Rekordvolumen von 329 Milliarden Euro». Die eifrigste «Käuferin» unter den 28 Banken, die an den insgesamt 60 Auktionen teilnahmen, war erneut - die in den USA registrierte Rothschildsche *Citigroup.* Auf den beiden nächsten Plätzen folgten bezeichnenderweise zwei weitere heimliche ROTHSCHILD-Häuser: die *Deutsche Bank* sowie *Merrill Lynch,* seit 2008 Tochter der ebenfalls ROTHSCHILD-beherrschten *Bank of America*™[99]. Es kann nicht schaden, daran zu erinnern, daß die Unmengen an «Kaufgeld» für derlei **zinspflichtige** Schuldpapiere immer bloß **aus dem Nichts** hervorgezaubert werden.

* Der britische Staat ist noch da, die ROTHSCHILDS sind ebenfalls noch da, beide als legitime Nachfolger NATHAN ROTHSCHILDS bzw. der damaligen englischen Regierung,

1895 Ygi *KARSTENRÖBISCH* in: «Financial Times Deutschland», 8.6.2011: «Angelsachsen ersetzen Staat bei *Commerzbank* - Institut gewinnt Investoren aus USA und Großbritannien . . . Auch Großaktionär *Allianz* übte diesmal seine Bezugsrechte aus. Im Frühjahr hatte Finanzvorstand PAUL ACHLEITNER angekündigt, der Versicherer werde sich in vollem Umfang beteiligen und rund 300 Mio. Euro investieren. Der frühere Eigentümer der *Dresdner Bank* [!], die 2008 an die *Commerzbank* abgestoßen wurde, hatte die Pflichtumtauschanleihe noch ausgeschlagen. Dadurch halbierte sich die *Allianz*-Beteiligung von knapp zehn auf fast fünf Prozent. Politiker hatten den Teilrückzug kritisiert, da die *Allianz* bei der Rettung ihrer ehemaligen Banktochter relativ gut weggekommen sei.»

1896 «PHI-Deutschlanddienst», 14.7.2005, S. 204.

1897 Lt. ebd.

1898 *MECHTERSHEIMER* a.a.O., S. 19.

1908 *GRANDT* a.a.O., S. 144.

deren Schuldpapiere NATHAN 1815 so enorm «günstig» aufkaufte. Staatsschulden, auch die britischen, werden, wie weiter oben nachgewiesen, im langjährigen Durchschnitt nie zurückgezahlt, sondern immer bloß umgeschuldet: neue, höhere Kredite dienen jeweils dazu, die alten Kredite samt Zinsen «zurückzuzahlen», so daß **unterm Strich** gar nichts zurückgezahlt wird, während die Schuld und die Abhängigkeit von den «Kreditgebern» wächst, die dennoch durch die Zinseinnahmen immer reicher werden[1900]! Es gilt daher bis heute, was GEORGE KNUPFFER 1971 feststellte: Die von den ROTHSCHILDS «während der napoleonischen Kriege geliehenen Summen sind noch nicht zurückgezahlt worden, und sie sind immer noch Bestandteil der Staatsschulden Großbritanniens, und sie werfen immer noch Zinseinkünfte ab, und sie werden das theoretisch ewig tun»[1901], bei unablässig (und dank Zinseszins exponentiell, d.h. immer rascher) steigender Tendenz.

* Japan und seine Banken! Die größte (und zugleich weltgrößte) war noch im Jahre 1991 die *Nomura-Bank*, die auch damals den monumentalen Frankfurter Messeturm fast zur Gänze erwarb[1902]. Der Messeturm mit seiner nachts hell erleuchteten Freimaurer-Pyramide machte seiner neuen Besitzerin, oder umgekehrt sie ihm, durchaus alle Ehre, waren ihre Aspirationen doch kein bißchen japanisch, dafür aber umso mehr PROTOKOLLARISCH! Das wiederum spricht dafür, daß das riesige Geldhaus mit angeschlossener Riesen-Versicherung und weiteren Geschäftszweigen, darunter das in London ansässige «Brokerhaus»[1903] *Nomura Research,* schon damals längst dem Einfluß der ROTHSCHILDS & Co. erlegen war.

Eine Reihe entsprechender Fakten hat ein französischer Forscher 1994 zusammengetragen: «So finanziert *Nomura Europe N. V.* das *Royal Institute of International Affairs* [= britisches Gegenstück des *CFR*] und *Nomura Securities Co, Ltd* seinerseits hat eine Schwäche für das *Institut Atiantique,* zwei Organisationen, die an der Verwirklichung einer Weltregierung arbeiten ... Um nicht zurückzubleiben, leisten die japanischen Leiter der *Nomura-Grwppz* Überstunden in einer beeindruckenden Zahl so gut wie geheimer Gesellschaften, sämtlich Eine-Welt-Zönakel. Um ein Beispiel zu bringen: YUKIO AIDA, Chef von *Nomura Securities* seit 1992, hat vom 19. bis zum 22. Mai 1993 an der dritten *Japanisch-Europäischen Aspen-Konferenz* teilgenommen (das *Aspen Institute* ist eine Eine-Welt-Organisation für die oberen Zehntausend aus Wirtschaft, Finanz und Politik). SETSUYA TABUCHI, Mitglied des Verwaltungsrats von *Nomura Securities Co, Ltd* ist Mitglied der *Trilateralen Kommission* [= Parallelorganisation des *CFR* und der *Bilderberger*], genauso wie KLICHLRO KITAURA, Präsident der *Nomura Securities Company.* Herr KLLCHI SAEKI, Vorkämpfer des Einweltlertums, ist Direktor des Instituts für Wirtschafits- und Technologieforschung von *Nomura* ebenso wie Mitglied der *IISS* und des Exekutivausschusses der *Trilateralen* ,..»[1904]

1900 Sie verbuchen - zur Erinnerung - die erhaltenen Zinsen als frei verfügbare Gewinne. Diese Gewinne werden für die gleichzeitige Vergabe der neuen (Umschuldungs-)«Kredite» in keiner Weise benötigt, denn die Schöpfung der «Kredite» erfolgt ja stets aus nichts!

1901 *KNUPFFER* a.a.O., S. 39.

1902 Ygi «Deutsche Tagespost», 2.3.1991: «Überhaupt scheint die Mainmetropole zu einer Stadt der aufgehenden Sonne zu werden. Denn Anfang dieses Jahres wurde eine weitere bedeutende japanische Transaktion bekannt. Danach ist der Messeturm, mit seinen 256 Metern das höchste Bürohaus Europas, inzwischen fast ganz in den Besitz der *Nomura-Bank* übergegangen. *Nomura* gilt als das größte Bankhaus der Welt.»

1903 *DAVID JONES* (Reuter) in: «Deutsche Tagespost», 17.3.1992.

1904 *DOMINIQUE SETZEPFANDT* in: «Sous la bannière» n° 56 (November-Dezember 1994), S. 25.

* Rein äußerlich betrachtet gehört Japans exorbitante Staatsschuld noch heute größtenteils den «japanischen» Banken. In der Tat haben die diversen japanischen Regierungen der langjährigen «Belagerung» durch die ROTHSCHILDS & Co. hinhaltenden Widerstand geleistet, so gut sie es vermochten. Die beiden jüdischen *Bundesbank-Kutoren* JACOB FRENKEL und MORRIS GOLDSTEIN, ersterer seinerzeit zugleich Chef der israelischen Zentralbank, beklagten noch 1998 das Vorhandensein zahlreicher Hemmnisse für eine stärkere Auslandsverschuldung Japans, dies freilich ganz unschuldig im Rahmen einer «Analyse» dessen, «warum Frankfurt und Tokio gegenüber New York und London im Nachteil» seien . . .! «In bezug auf Japan», meinten sie, «werden von Fachautoren und Marktteilnehmern am häufigsten als behindernde Faktoren genannt: das beschränkte Angebot an Schatzwechseln des Staates, die Umsatzsteuer auf Staatsschuldpapiere, die Quellensteuer für Zinseinkommen, die ungenügende Transparenz der bürokratischen Prozesse, die ungleichen Wettbewerbsbedingungen gegenüber den heimischen Finanzunternehmen, die relativ hohen Ausgabekosten am Markt für-Yen-Auslandsanleihen (Samurai-Bonds), die überholten Abrechnungsverfahren für Staatsschuldpapiere, die relativ langwierigen Genehmigungsprozeduren für neue Finanzinstrumente (insbesondere für Derivate) und die Zurückhaltung der *Bank von Japan,* wenn es darum geht, ausländischen Zentralbanken Dienstleistungen anzubieten (zu vergleichbaren Vorzugspreisen wie die *Federal Reserve Bank* in New York).»[1905]

Doch die Presse deutete noch im selben Jahr 1998 unmißverständlich an, daß an der nötigen «Abhilfe» bereits fleißig gearbeitet wurde, ja schon gearbeitet worden *war:* «Ausgerechnet beim eigentlichen Mißstand, dem Riesenberg fauler Kredite der Banken, schlägt Tokio den japanischen Weg ein. Steuergelder sollen die angeschlagenen Institute fit machen. Man will, offenbar eine Frage der Ehre, unter sich bleiben. Auf Vorschläge deutscher Banken, den Schuldenberg durch eine Art Altlastentilgungsfonds zu entschärfen, ist man nicht eingegangen. Und eine totale Übernahme von Geldhäusern durch ausländische Investoren wie in Indonesien [!], um so wachstumshemmende alte Strukturen aufzubrechen [!!], steht nicht zur Debatte. Noch [!!!] nicht, muß man wohl sagen, das internationale Kapital hat seine Aktivitäten im Land der aufgehenden Sonne verstärkt. Die globalen Geldströme und internationalen Finanzverflechtungen lassen keine andere Wahl mehr.»[1906]

Der zitierte Text ist vielsagend!

1) Indonesische Banken zum Beispiel waren also im Gefolge der damaligen, von dem ROTHSCHILD-Frontmann GEORGE SOROS ausgelösten «Asienkrise» von den ROTHSCHILDS & Co. («internationales Kapital» nennt sie im Zeitungstext verschämt der Autor) **gänzlich übernommen** worden - unter schlauer Beibehaltung ihrer vorherigen Namen, versteht sich.
2) Die «alten Strukturen», d.h. die wenigstens noch *ansatzweise* **nationale** Verfügungsgewalt über das schäbige **Schuldgeld,** sollten dadurch bewußt «aufgebrochen», d.h. **beseitigt** werden. Salopp gesagt: Platz da, wir, die ROTHSCHILDS & Co. kommen!
3) In Japan selber war es **«noch»** nicht so weit, stand aber, wie eben dieses «noch» ja besagen wollte, **nahe bevor.**
4) Japan hatte gar **«keine andere Wahl mehr»,** die heimliche Übernahme der japanischen Großbanken durch die ROTHSCHILDS und ihren Orbit war, um es mit dem offiziellen deutschen «Unwort» des Jahres 2010 zu sagen, **«alternativlos».**

1905 *FRENKEL/GOLDSTEIN* a.a.O., S. 745.

1906 *GERD PROBST* in: «Deutsche Tagespost», 29.8.1998.

Zu rund 94 % lagen die japanischen Staatsschulden im Jahre 2010 immer noch bei den inländischen Banken, hieß es weiter oben. Doch bei wem lagen sie also wirklich? Die Antwort ist evident!

* Was aber das soeben genannte Indonesien und die übrigen asiatischen «Tigerstaaten» angeht, so nutzten die ROTHSCHILDS & Co., nachdem ihre Frontfigur GEORGE SOROS tückisch die «Asienkrise» vom Zaun gebrochen hatte, den *IWF* als Rammbock, um die krisenerschütterten Festungsmauern definitiv einzureißen. Kritische Beobachter notierten im Januar 1998: «. . . der „Ausweg" aus den Krisen der asiatischen Länder ist den normalen Medien zu entnehmen: Der *Internationale Währungsfonds (IWF)* gibt Milliardenkredite - finanziert von den Steuergeldem der Mitgliedsländer - also von uns allen -, unter sogenannten strikten Bedingungen: **u. a. müssen die Auslandsbeteiligungen für inländische asiatische Banken und Versicherungen auf mindestens 50 Prozent erhöht werden.»**[1907] Klar, welche «Ausländer» sich da unbedingt zu «mindestens 50 Prozent» «beteiligen» wollten, an den asiatischen Banken **und den von ihnen jeweils gehaltenen Staatsschuldpapieren . ..**

* Schwedens größtes Geldhaus, die *Skandinaviska Enskilda Banken (SEB*), ist die Domäne der mit den ROTHSCHILDS durch solide eheliche Bande verknüpften israelitischen Familie WALLENBERG (vgl. Bd. 1/2). Dieser schwedische Zweig des Hauses ROTHSCHILD hat sich, sozusagen «naheliegenderweise», in puncto Staatsverschuldung besonders hingebungsvoll des geographisch benachbarten Baltikums angenommen. Die beiden größten schwedischen Kreditinstitute *SEB* und *Swedbank,* berichtet GRANDT Anfang 2010, «haben viel Geld in die nordeuropäischen Länder investiert. Am lettischen Kreditmarkt haben sie einen Marktanteil von 40 Prozent, in Litauen 55 Prozent und in Estland sogar 70 Prozent. Beide Banken haben zusammen 356 Milliarden Kronen, das sind rund 35 Milliarden Euro, ausgeliehen.»[1908] Und vor allem zuerst einmal **aus nichts geschöpft** - um fortan darauf endlose Zinsmilliarden zu kassieren! Man beachte außerdem, daß dieses ROTHSCHLLD-dominierte Tandem ausweislich der genannten Prozentzahlen im Baltikum eindeutig eine *marktbeherrschende Stellung* einnimmt, was eine - für die ROTHSCHILDS - «wohltuende» Wirkung auf die *Höhe* der verlangten Zinsen kaum verfehlen dürfte.

* Die beträchtliche Auslandsverschuldung der USA ausgerechnet in **Japan** war und ist kein Zufall. Vielmehr nutzten die ROTHSCHILDS 2003/2004 die japanische Dauerinflation dazu, Unmengen von US-Staatsanleihen nach Japan zu verbringen. ELLEN HODGSON BROWN hat darüber detailliert berichtet. BEN BERNANKE war noch nicht Präsident der *FED,* gehörte jedoch bereits ihrem Vorstand an, als er im Mai 2003 Japan besuchte. Seine bei HODGSON BROWN wörtlich zitierte «Empfehlung» für das deflationsgeplagte Japan lautete damals sinngemäß: ‚Senkt die Steuern für Haushalte und Unternehmen, damit denen mehr Kaufkraft zu Verfügung steht; gleicht den Steuerausfall einfach dadurch aus, daß eure Zentralbank entsprechend viele neue Staatsschuldpapiere kauft.'

Beabsichtigt war aber weder, Japan zu helfen, noch, die japanische Staatsschuld als solche zu erhöhen (obwohl «nebenher» auch das erreicht wurde!), sondern vielmehr, die neugeschaffenen japanischen Staatsschulden umgehend in US-amerikanische zu verwandeln. Was in der Folge auch geschah, und zwar so:

1907 «prisma-Informationsdienst», 23.1.1998, S. 4; Hervorh. hinzugefügt. Die Annahme, ‚unsere Steuergelder' wären da zum Einsatz gekommen, war freilich irrig.

1908 *GRANDT* a.a.O., S. 144.

1) Die - ROTHSCHILD-kontrollierte - *Bank von Japan* schöpfte binnen eines Jahres aus nichts insgesamt stolze 35 Billionen Yen und kaufte dafür vom japanischen Finanzminister immer neue, d.h. zusätzliche Staatsschuldpapiere.
2) Das japanische Finanzministerium, zweifellos von den ROTHSCHILDS auf den entsprechenden «Kanälen» (z.B. via *Trilaterale Komission,* Hochgradlogen u.ä. mehr) diskret dazu angehalten, tauschte die solchermaßen frisch als «Kredit» erhaltenen 35 Billionen Yen innerhalb Japans in 320 Milliarden dort als Devisen bereits vorhandene Dollar um[1909].
3) Für diese 320 Mrd. $ kaufte das japanische Finanzministerium anschließend US-Schatzpapiere.[1910]

Damit waren die neuen japanischen Staatsschulden im Handumdrehen zu US-amerikanischen geworden! Und zwar zu solchen, die jetzt in Japan lagen. Offiziell «gehalten» wurden sie zwar von der japanischen Regierung; die aber war und blieb ja in gleicher Höhe bei der ROTHSCHILD-kontrollierten *Bank von Japan* verschuldet. Folglich war die letztere - **und mit ihr die** ROTHSCHILDS - *indirekt* die neue «ausländische» Inhaberin dieser US-Schulden . . ,[1911]

* Etwas fallt bei der Staatsverschuldung der USA ganz besonders ins Auge, wenn man nur richtig sehen **will:** es sind längst nicht mehr die US-Regierung oder das US-Parlament, die etwa noch darüber zu entscheiden hätten, ob überhaupt, und falls ja, um wieviel die Verschuldung steigen soll. Vielmehr befindet darüber die ROTHSCHILD-dominierte *FED* aus eigener Machtvollkommenheit! **Daß** die *FED* **von sich aus** darüber befindet, ohne die Regierung oder das Parlament der Vereinigten Staaten überhaupt noch zu **fragen,** ob sie dies überhaupt **wollen,** steht sogar regelmäßig in der Zeitung.

[1909] Lt. *HODGSON BROWN* kam diese gewaltige Summe von nicht näher spezifizierten «Privatleuten», was wenig glaubhaft erscheint, falls damit japanische «Sparen) gemeint sein sollen. Die nach der Krise von 1989/90 angeblich ausgebrochene Sparwut «der Japaner» muß im Rahmen des **aktuellen Schuldgeldsystem** weit- bis weitestgehend als von den gelenkten Massenmedien emsig kultiviertes **Phantom** betrachtet werden, nur die relativ wenigen japanischen Banken(anteils)besitzer ausgenommen!

[1910] Alles lt. *HODGSONBROWN* a.a.O., S. 458ff.

[1911] Das sieht auch die Autorin, obwohl sie es falschlich als eher unbeabsichtigtes Ergebnis eines angeblichen «beispiellosen Experiments» zur «Finanzierung einer umfassenden Steuersenkung in den Vereinigten Staaten mit neu geschöpftem Geld» interpretiert. «Beispiellos» an dem «Experiment» soll folgendes sein: «Die Steuersenkungen gab es in Amerika, aber das Geld dafür wurde in Japan geschöpft» (ebd. S. 460). In Wirklichkeit mag sich Ähnliches schon vorher soundsooft in allen möglichen anderen auslandsverschuldeten Industrieländern abgespielt haben. Wie weiter oben anhand statistischer Daten unwiderlegbar aufgezeigt, besteht tatsächlich **im langjährigen Durchschnitt** *nirgendwo* in den *Industrieländern* ein ursächlicher Zusammenhang zwischen der Höhe der Steuersätze bzw. Steuereinnahmen einerseits und der Höhe der Staatsverschuldung andererseits, denn die letztere ist dort *nie* wirklich steuerfinanziert! Der tatsächliche Zweck der geschilderten Operation erhellt übrigens aus der folgenden Feststellung der Autorin selbst (ebd. S. 461): «Die Sache hatte nur einen Haken: Die US-Regierung war jetzt einer ausländischen Macht gegenüber verschuldet aufgrund des Geldes, das die Japaner per Bucheintrag geschöpft hatten - und dies Geld hätte die US-Regierung auch selber schöpfen können.» Eben, eben! Da in der Realität weder «die Japaner» noch «die US-Regierung» jemals ,selber Geld schöpfen', sondern immer nur ihre jeweilige straff ROTHSCHILD-kontrollierte Zentralbank, bleibt festzuhalten: Statt der «inländischen» *FED* sollte diesmal die «ausländische» *Bank von Japan* **unter geeignetem Vorwand** die neuen Staatskredite für die USA schöpfen, um gezielt und nachhaltig deren Auslandsverschuldung zu erhöhen - wie ja in den PROTOKOLLEN vorgesehen!

Wie kommt es nur, daß niemand das gebührend zur Kenntnis nehmen will, nicht einmal die zahlreichen fachkundigen Propheten des angeblich vor der Türe stehenden «Staatsbankrotts»? Man sehe sich nur einmal die folgenden Presseberichte bezüglich der jüngsten souveränen US-Staatsverschuldungs-Operation der *FED*, sprich: der ROTHSCHILDS & Co., an:

- *Financial Times Deutschland* (MARK SCHRÖRS), 12. August 2010: «Um die US-Wirtschaft zu stützen, die sich schwächer entwickelt als von der *FED* erwartet, pumpt sie wieder Geld ins System. Nach ihrer Zinssitzung kündigte sie an, fällige Wertpapiere in ihrer Bilanz - vor allem mit Hypotheken besicherte Anleihen (MBS) - zu ersetzen, indem sie für das freiwerdende Geld Staatsanleihen kauft.»

  Hat etwa der amerikanische Staat um weitere Kredite bei der *FED* **gebeten?** Offenbar **nicht.** Der Hase läuft genau anders herum: die *FED* kündigt schlicht und einfach an, daß sie gedenkt, den Staat um einen nicht etwa in *seinem*, sondern einzig in *ihrem* Belieben stehenden Betrag **höher** zu verschulden als bisher - basta! Hat irgendein Vertreter des amerikanischen Staats sich zu dieser selbstherrlichen *FED*-Ankündigung geäußert? Fehlanzeige. Der FTD-Artikel füllt zwar eine komplette Seite, vermeldet aber keinerlei *offizielle* Reaktion, stattdessen bloß Kommentare zweier - Chefvolkswirte von Banken! Doch die obere Hälfte der Seite füllt ein riesiges Farbphoto. Es zeigt *FED-C*hef BERNANKE allein in der *FED*-Zentrale. Er sitzt, **hoch am oberen Bildrand,** weit hinten am Kopfende eines riesigen, spiegelblanken Kon-



  ferenztisches, den ringsum leere Stühle säumen. Ganz vorne - und daher **ganz tief am unteren Bildrand** - spiegelt sich in der Tischplatte ganz groß das **amtliche Wappen der Vereinigten Staaten von Amerika.** Offenbar prangt es, auf dem Photo unsichtbar, hoch über BERNANKE an der Wand des Konferenzraums in seiner natürlichen Position, also aufrecht. Doch dank der Spiegelung erscheint es hier, in der Tischplatte, **auf dem Kopf stehend, umgestürzt!** Satirische Photokunst vom Feinsten.

- *Financial Times Deutschland* (MARK SCHRÖRS), 25. August 2010: «Sieben der aktuell 17 Notenbanker im obersten FfiD-Entscheidungsgremium, dem Offenmarktausschuß *FOMC*, argumentierten auf der jüngsten Sitzung gegen den Beschluß, er-

neut Staatsanleihen zur Stützung der Wirtschaft zu kaufen . . . Offiziell war die Entscheidung am 10. August mit neun zu eins Stimmen gefallen.»

Die Entscheidung der *FED,* wohlgemerkt, nicht etwa die der amerikanischen Regierung! Die US-Regierung brauchte ja selber gar keine neuen «Kredite», jedenfalls wurde das von niemandem behauptet; vielmehr sollte einfach ‚die Wirtschaft gestützt werden', und dies wiederum lediglich nach Ansicht der *FED,* nicht jedoch nach Auffassung der US-Regierung oder des US-Kongresses, denn diese beiden letzteren Instanzen wurden im großangelegten Artikel, dem die zitierten Sätze entnommen sind, nicht einmal erwähnt!

- *Financial Times Deutschland* (CHRISTINE MAI), 29. September 2010: «Die US-Notenbank *Federal Reserve {FED)* denkt über einen neuen Ansatz beim Kauf amerikanischer Staatsanleihen nach. 2009 hatte sie ein zeitlich befristetes Programm mit einem großen Volumen angekündigt. . . . Die *FED* hatte vergangene Woche angekündigt, sie sei bereit, mehr Geld in die Wirtschaft zu pumpen. Damit will sie sich gegen die stockende Erholung der US-Konjunktur und die aus ihrer Sicht wachsende Deflationsgefahr stemmen. Kauft sie Staatsanleihen, könnten die Kapitalmarktzinsen sinken, was wieder die Wirtschaft beflügeln würde.»

Etc. etc. Die *FED* denkt nach, die *FED* kündigt an, die *FED* will «aus *ihrer* Sicht». Was aber wollen demgegenüber der amerikanische Staat, das amerikanische Parlament, die amerikanische Regierung aus ihrer Sicht? Sie *haben* offenbar nichts zu *wollen,* denn - erneut fanden sie im gesamten fünfspaltigen Text mit großem BERNANKE-Photo keinerlei Erwähnung!

- *Financial Times Deutschland* (DORIS GRASS), 13. Oktober 2010: «Äußerungen der Vizevorsitzenden der *FED,* JANET YELLEN, am späten Montag unterstrichen . . ., daß ... es innerhalb der Notenbank keine einheitliche Meinung gibt. ... Zuvor hatten sich der Präsident der New Yorker *FED,* WILLIAM DUDLEY, und CHARLES EVANS von der *Chicago FED* für weitere Ankäufe von Treasuries [= US-Staatsschuldpapieren] ausgesprochen. Zwei weitere EED-Mitglieder hatten dagegen geäußert, sie hielten dies nicht für sinnvoll. . . . Der Chefökonom von *Goldman Sachs,* JAN HATZIUS, geht davon aus, daß die *FED* im November beschließen wird, US-Bonds im Volumen von rund 500 Mrd. Dollar (361 Mrd. Euro) bis Mitte kommenden Jahres anzukaufen.»

Welche Meinung hatten dazu die *offiziellen* Führer des amerikanischen Staates, der da über ihre Köpfe hinweg um eben mal eine halbe Billion Dollar höher verschuldet werden sollte? Ihre Meinung zählte nicht, denn über sie wurde im vierspaltigen Artikel mit großem YELLEN-Photo keine Silbe verloren!

- *Frankfurter Allgemeine Zeitung* (pwe.), 5. November 2010: «Die Entscheidung der amerikanischen Zentralbank *Federal Reserve,* für weitere 600 Milliarden Dollar Staatsanleihen zu kaufen, erregt die Gemüter von Ökonomen und Analysten. . . . Die Zentralbank hatte am Mittwoch beschlossen, bis zum Frühjahr 2011 Staatsanleihen im Wert von 600 Milliarden Dollar zu kaufen. Sie hielt sich dabei die Möglichkeit offen, das Programm gegebenenfalls anzupassen. Die *FED* begründete die Entscheidung mit der zu hohen Arbeitslosenquote von 9,6 Prozent und einer zu niedrigen Inflationsrate.»

Die Begründung war zweifellos interessant, besonders für alle Zeitgenossen, die sich immer noch treudoof einbilden, in den Notenbanken säßen die lieben Onkels, die sich nach Kräften bemühten, die Stabilität des Wertes ‚unseres Geldes' zu sichern . . . Es gibt eben Leute, die können, vorurteilsbeladen wie sie nun einmal sind, nicht lesen und werden es auch nie lernen, selbst wenn sie bisweilsen sogar selber Bücher am laufenden Band produzieren. Noch interessanter ist freilich, wer da alles an Debat-

tierern über Sinn oder Unsinn der souveränen /•'¿"¿»-Entscheidung, die USA kräftig weiterzuverschulden, namentlich genannt wurde. Es waren dies der Reihe nach: a) «der Ökonom BRADFORD DELONG von der *Universität Berkeley*»; b) «*Princeton-*Ökonom PAUL KRUGMAN»; C) *«Harvard-Ökonom* MARTIN FELDSTEIN»; d) «ALAN MELTZER . . . der ein mehrbändiges Standardwerk über die Geschichte der *FED* verfaßt hat»; e) «der Präsident der regionalen *FED* von Kansas, THOMAS HOENIG»; f) «der Vorsitzende derF££>, BEN BERNANKE»; g) «JOACHIM FELS und MANOJI PRADHAN von *Morgan Stanley*»; h) «JAN HATZIUS von *Goldman Sachs».*

Man sieht: In dieser regen Diskussion blieben alle möglichen ROTHSCHILD-Gefolgsleute, davon mindestens die Hälfte (FELDSTEIN, MELTZER, HOENIG, BERNANKE, FELS) Talmudisten, unter sich. Und US-Präsident OBAMA, US-Finanzminister GEITHNER, andere Bundesminister, fuhrende Kongreß-Abgeordnete oder Senatoren? Was meinten **sie** dazu, bis zum Frühjahr 2011 bei der *FED* mit satten 600 Milliarden $ mehr in der Kreide stehen zu «dürfen»? Im ganzen großen, vierspaltigen Artikel mit farbigem Photo des Gebäudes der *Federal Reserve* in Washington **komplette Fehlanzeige!**

• *Frankfurter Allgemeine Zeitung* (itz./rike./ruh.), ebenfalls 5. November 2010: «China ist entsetzt über Amerikas Geldpolitik» (Schlagzeile).. .

Noch mehr vom Selben! Ein Bericht über alle möglichen Reaktionen aller möglichen Leute - **außerhalb** Amerikas! «Chinesische Notenbanker», «Bundeswirtschaftsminister RAINER BRÜDERLE», «EZß-Präsident JEAN-CLAUDE TRICHET», «die *Bank von England*», «der chinesische Notenbank-Berater XIA BIN», «der Vorsitzende des Forschungsinstituts der Zentralbank, ZHANG JLANHUA», «XIAs Kollege Li DAOKUI» - aber **kein einziger amerikanischer Politiker!** Eigentlich «klar», wieso, nicht wahr? Schließlich «weiß» doch jedes (Dr.) Lieschen Müller, daß die *FED* selber ein «staatliches», ein «Regierungs»-Organ der USA ist, eben dasjenige, das die «Geldpolitik» macht! Wieso sollten dann «andere» Politiker dazu noch etwas zu sagen haben ...?

• *Frankfurter Allgemeine Zeitung* (bes./nks.), immer noch 5. November 2010: «Weltbörsen reagieren positiv auf neue Dollar» (sie, Schlagzeile). . .

Immer noch mehr vom Selben! Ein weiterer Bericht über weitere Reaktionen und Kommentare aller möglichen Leute, manche davon sogar **in** den USA, aber **kein einziger davon ein «demokratisch gewählter» Politiker:** «SATOSHI OKUMOTO vom japanischen Lebensversicherer *Fukoku Mutual*», «Analysten von *Nomura, Deutscher Bank* und *Barclays Capital*», der «Chefanleger der kalifornischen Rentenfondsgesellschaft *Pimco,* MOHAMED EL-ERIAN», «Analysten der Bank *Morgan Stanley»,* der «Chefökonom der Bank *Goldman Sachs,* JAN HATZIUS» - wer bisher gut aufgepaßt hat, wird feststellen, daß hier nicht «die Weltbörsen», sondern fast ausschließlich ROTHSCHILD-Angestellte zitiert wurden. Die US-Regierung selber dagegen kam nicht mit dem leisesten «Pieps» zu Wort. Sie würde die schönen neuen Kredite, welche die ROTHSCHILDS & Co. ihr da erbarmungslos aufs Auge drückten, schon irgendwo und irgendwie «brauchen» können, für irgendeinen ROTHSCHLLD-diktierten Zweck (Kriegsführung in Afghanistan, militärische Vorbereitung auf einen möglichen Überfall auf den Iran, Verstärkung der polizeistaatlichen Überwachungsmaßnahmen im Innern . . .), garantiert! Und auf jeden Fall für weitere Zinszahlungen . ..

Aber - war denn das **tatsächlich** eine *zusätzliche* Neuverschuldung? Konnte der FED-Beschluß nicht einfach bedeuten, daß lediglich **schon im Handel befindliche** US-Schuldpapiere zum Nennwert von 600 Mrd. $ aufgekauft werden sollten? Sicherlich, rein theoretisch hätte man die hier angeführten Zeitungsberichte so interpretieren können, denn **wem** man denn nun eigentlich für 600 Milliarden Dollar Staats-

papiere «abkaufen» wollte, wurde nie explizit gesagt. Bis endlich das *Handelsblatt* Ende April 2011 alle Unklarheiten beseitigte. Unter der ehrlichen Überschrift «BERNANKE heizt die Börsen an», also BERNANKE und nicht etwa OBAMA (!), las man da: «. . . das umstrittene Programm zum Ankauf von US-Staatsanleihen läßt BERNANKE erst einmal wie geplant weiterlaufen, zumindest bis Ende Juni. Anders ausgedrückt: **Die Zentralbank druckt Geld und überweist es direkt nach Washington.»**[1912] Damit war zweifelsfrei klargestellt, daß es sich wirklich nur um neue, frische, zusätzliche «Kredite» von eben mal 600 Milliarden $ handelte.

Übrigens: **diese** Art von «Ehrlichkeit» konnte sich das *Handelsblatt* problemlos leisten, «weiß» doch jedes (Dr.) Lieschen Müller, daß die *FED* . . . (Rest siehe oben!). Alles andere *wollen* die meisten (Dr.) Lieschen Müller nicht einmal wissen. Umso besser für die ROTHSCHILDS und Konsorten, umso besser für die zügige Verwirklichung der PROTOKOLLE!

- *American Free Press*, 8. August 2011 (Kurzmeldung): «Der 30. Juni markierte das Ende der zweiten Runde der Lockerungspolitik der *Federal Reserve*, in deren Rahmen die von Privatleuten besessene und kontrollierte US-Zentralbank US-Regierungsschuldverschreibungen in der Absicht kauft, die US-Wirtschaft mit billigem Geld zu überfluten. Doch gemäß dem kanadischen [Institut] *Global Research* sind zufälligerweise 12 jener 20 privaten Staatsanleihen-Händler, die Staatspapiere auf dem offenen Markt verkaufen dürfen, auswärtige Banken. Kurz gefaßt heißt das, daß alles „Geld", das über die *FED* angeblich in die US-Wirtschaft fließen sollte, nie wirklich dort ankam. Stattdessen landete es in den Händen ausländischer Banken. [Das stimmt allerdings so **nicht!]** Nur wenige Kenner sind überrascht.»

Ja, das war der abschließende Knalleffekt, über den aber die etablierte Presse lieber nicht mehr berichten mochte. Von der Rothschildschen *FED* eigenmächtig 'aufgelegte' und anschließend **auswärtigen** ROTHSCHILD-Banken zugeschanzte 600 Milliarden Dollar neue US-Staatsschulden, das hätte ja noch PROTOKOLLARISCHER gar nicht mehr ablaufen können! Und jetzt, gleich hinterher, im August 2011, heucheln sie wachsende,Besorgnis' über das Ausmaß der US-Staatsschulden, die ROTHSCHILD-kontrollierten Bewertungs-Agenturen *S&P*, *Moody 's* und so weiter . . .

* Allein zwischen 1949 und 1997 haben die USA dem Staat Israel knapp 85 Milliarden Dollar an «Hilfe» spendiert. Diese Milliarden mußte die US-Regierung allerdings von der *FED* und/oder anderen Banken als «Kredite» beziehen. Die Zinsen, welche die USA auf die genannten 85 Mrd. Dollar Israelhilfe an die ROTHSCHILDS & Co. zu entrichten hatten, beliefen sich im fraglichen Zeitraum auf weitere insgesamt knapp 50 Milliarden Dollar![1913] Das ist aber noch nicht alles. Als einziger auswärtiger Hilfsempfänger bekommt Israel, seit kurzem sogar offizielle Heimat von EDOUARD DE ROTHSCHILD, seine Milliardenhilfe nicht in einzelnen Tranchen quartalsweise ausgezahlt, sondern erhält die ganze Summe, mittlerweile Jahr für Jahr zwischen drei und vier Milliarden, jeweils gleich am Beginn des Jahres überwiesen. Für die Inempfangnahme und Verwaltung dieser Riesensumme unterhalten die Israelis in New York eine spezielle Bank. Und «weil sie all dieses Geld gar nicht auf einmal ausgeben können, kaufen sie dafür US-Schatzwechsel.»[1914] So verwandelt sich also ein erheblicher Teil der US-«Hilfen» für den jüdischen Staat alljährlich in von Israel gehaltene US-Staatsschulden, auf die für Tel Aviv noch schöne zusätzliche Zinsgewinne anfallen . . .

[1912] *JÖRG HACKHAUSEN/ANDREA CÜNNEN* in: «Handelsblatt», 30.4.2011; Hervorh. hinzugefügt.

[1913] Alles lt. *ROSS* a.a.O., S. 287.

[1914] «The Truth At Last» No. 455 (ca. Anfang 2006), S. 7.

* «Den Löwenanteil der Schulden der Dritten Welt halten heute internationale Banken mit Sitz in den USA», sagt ELLEN HODGSON BROWN und bezieht sich dabei auf eine Quelle aus dem Jahre 2005[1915]. Auch da, kurz vor der Finanzkrise, war die «Auswahl» solcher Banken schon nicht mehr viel größer als hinterher, also heute - und es waren fast allesamt ROTHSCHILD-kontrollierte bzw. sogar (hauptsächlich) mit heimlichem ROTHSCHILD-Kapital operierende Großbanken, das 2008 mutwillig «versenkte» Institut *Lehman Brothers* nicht ausgenommen . . .
* Am vorläufigen Ausgang der sogenannten Finanzkrise waren sie schon wieder überall fleißig mit dem Anstellen von Berechnungen beschäftigt, die verschiedenen ROTHSCHILD-Frontinstitute und -institutionen. Denn immer fein PROTOKOLLARISCH soll und muß sie ja weitergehen, die globale Staatsverschuldung, jedenfalls, solange die Eine Welt des Antichristen noch nicht «steht». Und da möchten die ROTHSCHILDS & Co. schon gerne wissen, worauf sie sich geschäftlich einzustellen haben, für die nähere Zukunft. Die Aussichten sind, wie kaum anders zu erwarten, glänzend, denn die gesamte internationale Staatenwelt *kann* ja **im aktuellen Schuldgeldsystem** gar nicht anders als nur immer noch tiefer in die «Schuldenfalle» rutschen:
  • Die ROTHSCHILD-Vasallen in der *Bank of America* haben lediglich für wenige Jahre im voraus kalkuliert, und auch bloß für die sogenannten PIGS-Länder, also die vier am meisten verschuldeten Staaten Europas. Das Ergebnis läßt sich trotzdem sehen, denn benötigt werden allein von Portugal, Irland, Griechenland und Spanien «bis 2013 an die zwei Billionen Dollar, davon 1,1 Billionen für Schuldenrückzahlungen und 0,8 Billionen zur Deckung der laufenden Haushaltsdefizite»[1916]. Selbstverständlich werden sich diese «Haushaltsdefizite» wenig später ebenfalls in «Schuldenrückzahlungen» verwandeln, genauer gesagt, in Zinszahlungen, denn Schulden als solche werden ja von den Industriestaaten **unterm Strich** *nie* beglichen.
  • Der ROTHSCHLLD-gelenkte *IWF* unter offizieller Obhut des bekennenden Talmudisten STRAUSS-KAHN war noch mutiger und hat schon bis 2015 vorausgeblickt: Im Euroraum «sollen sich die Staatsschulden ... ab 2010 bei rund 89 Prozent des BIPs stabilisieren (2009: 79 Prozent)», während bekanntlich nur 60 Prozent *EU-ve*rtraglich «erlaubt» sind . . . Noch weit besser sieht es dem *IWF* zufolge für seine Rothschildschen Auftraggeber in den USA aus. «Dort sollen die Staatsschulden von 11 897 Mrd. Dollar im Jahre 2009 bis 2015 auf 19 966 Mrd. Dollar zunehmen, was einem Anstieg von 84 auf 111 Prozent des BIPs entspricht»[1917]. In *absoluten* Zahlen gerechnet ist das ein Anstieg der heute schon riesigen US-Staatsschulden um atemberaubende 67,8 Prozent in bloß sechs Jahren!
  • Am weitesten aus dem Fenster gelehnt hat sich jedoch die ROTHSCHILD-kontrollierte *Deutsche Bank.* Ihre Forschungsabteilung veröffentlichte 2010 eine Studie über die künftige «Entwicklung» der internationalen Staatsschulden mit prozentgenauen Prognosen für das Jahr 2020! Moderat *sinken* soll die öffentliche Schuldenlast demzufolge nur in Dänemark, Schweden und den nicht näher spezifizierten «Schwellenländern», deftig steigen hingegen überall sonst in der westlichen Welt[1918] .. .
* Als Herren über die Erzeugung des US-Dollars vorzugsweise in Form immer neuer US-Staatsschulden, aber auch als direkte oder indirekte Inhaber des wohl überwiegenden

1915 *HODGSON BROWN* a.a.O., S. 524.
1916 *BANDULET* a.a.O., S. 166.
1917 «Financial Times Deutschland», 8.10.2010.
1918 Vgl. *BANDULET* a.a.O., S. 188 (Tabelle) sowie S. 202 (genauer Titel der auf Englisch verfaßten Studie).

Teils dieser rein künstlichen Staatsschulden haben die ROTHSCHILDS & Co. alles Interesse daran, sowohl den Dollar selber als auch die US-Staatsschuldpapiere an den «Märkten» soweit stabil zu halten, daß sie für die übrigen «Anleger» interessant bleiben; immerhin sind sie auf deren Mitwirkung angewiesen. Daher ließ beispielsweise die Vizechefin von *JP Morgan Chase* - und Chefin der Abteilung für Vermögensverwaltung dieses heimlichen ROTHSCHILD-Giganten - MARY CALLAHAN ERDOES, eine Dame mit angeblich «ungarischen Wurzeln»[1919], im Mai 2010 das investitionsbegierige Publikum wissen, «Staatsanleihen der USA oder der Schweiz» seien «in ihren Augen auch heute noch die sicherste Anlage innerhalb des Bondmarktes»[1920].

* Gelegentlich kommt ein Zipfelchen dessen, was die heimlichen ROTHSCHILD-Großbanken den Staaten an «Krediten» «gewährt» haben, ans Licht. Im Frühjahr 2010 berichtete die bekannte Nachrichtenagentur des «neuen Milliardärs» und New Yorker Bürgermeister MICHAEL BLOOMBERG, unter den US-Großbanken sei die zweitgrößte, nämlich *JP Morgan Chase & Co.*, ,am stärksten' in Staatsanleihen der fünf sogenannten PIIGS-Länder (Portugal, Italien, Irland, Griechenland, Spanien) engagiert, nämlich mit 36,3 Milliarden Dollar. Aus der Wahl dieser Formulierung[1921] ging hervor, daß auch die übrigen verdeckten ROTHSCHILD-Großbanken der USA auf zwar geringeren, aber zweifellos immer noch (zig-)milliardenschweren Nennwerten von Staatsschuldpapieren dieser kleinen europäischen Ländergruppe saßen. Nimmt man die weiter oben schon genannten 42 Milliarden Euro hinzu, die allein *deutsche* (!) Banken und Versicherungen, also in der Hauptsache die ROTHSCHLLD-kontrollierte «Deutschland AG», zum selben Zeitpunkt allein in *griechische* (!) Staatsanleihen gesteckt hatten, tritt bereits sehr plastisch hervor, wie enorm der Rothschildsche Anteil an der öffentlichen Verschuldung, auch und gerade an der «ausländischen», dieser Staaten ist, denn als weitere Gläubiger gesellen sich ja noch französische, englische, italienische, spanische etc. etc. Großbanken hinzu, in und hinter denen ebenfalls ROTHSCHILD-Kapital den Ton angibt...

14) Die unsichtbare Hand der Rothschilds hinter den jüngsten Finanzkrisen

Das Drama begann im Herbst 2007 mit der sogenannten Hypotheken-, Finanzmarkt- oder Bankenkrise. Es setzte sich nahtlos fort mit der gegenwärtig immer noch virulenten Schuldenkrise gewisser Staaten der Eurozone. Das aktuelle Schuldgeldsystem bringt es mit sich, daß alle diese sich hinziehenden Krisen letzten Endes immer nur auf Kosten außerplanmäßig wachsender Staatsschulden (scheinbar/vorläufig) «bereinigt» werden konnten und können. Von daher war und ist diese schier endlose «Krise» für die ROTHSCHILDS & Co. ein regelrechter Selbstläufer. Und der vorliegende Band bliebe sachlich unvollständig, würfe er nicht abschließend einen gründlichen analytischen Blick darauf, was diese Dauerkrise für die von den PROTOKOLLEN gewollte systematische (Auslands-) Verschuldung aller Staaten bedeutet.

[1919] Der Name «Erdos» wird bei *http://www.avotaynu.com/index.html* als jüdischer aufgeführt.

[1920] *CHARLOTTE JACQUEMART* in: «Neue Zürcher Zeitung am Sonntag», 17.5.2010 (Rubrik «Invest»).

[1921] Alles lt. *GREG HUNTER* in: «American Free Press», 24.5.2010, S. 7, der aus der fraglichen Bloomberg-Meldung folgendes wörtlich zitiert: *JP Morgan Chase & Co.* «has a larger exposure than any of its peers to Portugal, Italy, Ireland, Greece and Spain, according to Wells Fargo. JP Morgan's exposure to the five so-called PUGS countries is $36.3 billion ...»

a) Allgemeiner Sinn und Zweck der Manöver

Zunächst einmal veranschaulicht die seit 2007 unter wechselnden Namen vor sich hinschwärende Krise eindrucksvoll all das, was in diesem Buch über das boshafte **aktuelle Schuldgeldsystem** und seine von innen heraus gar nicht behebbaren Zwänge *grundsätzlich* ausgeführt worden ist, nämlich:

1) Um die *alten,* aus nichts geschöpften Kredite samt den darauf zusätzlich geforderten Zinsen pünktlich «zurückzahlen zu können, müssen die Schuldner, ob nun Einzelpersonen oder ganze Staaten, **durchschnittlich** Newkredite in Höhe der jeweils anstehenden Zinszahlungen aufnehmen. Sind einige so glücklich, das auf gleichbleibendem Niveau oder gar mit rückläufiger Tendenz leisten zu können, zwingt genau dieser Umstand andere dazu, von Mal zu Mal höhere Schulden- und Zinslasten zu tragen.
2) Viele Leute müssen somit - **wohlgemerkt, ohne ihre Schuld!** - immer höhere Neukredite aufnehmen, nur um ihre Altkredite samt Zinsen jeweils pünktlich «ablösen» zu können. Die sogenannte «Bonität» dieses **im aktuellen Schuldgeldsystem** *immer vorhandenen* weniger glücklichen Teils der Schuldner nimmt aber stetig ab, d.h. sie können den Banken keine genügenden «Sicherheiten» mehr für die jeweils benötigten Neukredite anbieten. Irgendwann und irgendwo stellt sich das schließlich ganz konkret heraus und führt auch ganz konkret zu einer entsprechenden «Krise».
3) Im aktuellen Fall: Erste Hypothekenschuldner in den USA (bzw. erste Mitgliedsstaaten der Eurozone) bekamen keine Neukredite mehr, weil ihre «Bonität» von den Banken endlich als gar zu gering eingestuft wurde. Daraufhin vermochten die betroffenen Schuldner (bzw. Schuldnerstaaten) ihre Altkredite einschließlich Zinsen nicht mehr «zurückzuzahlen. Die Folge: Bilanzen etlicher Banken gerieten ins Trudeln, weitere ausstehende Kredite ins Wackeln, der bekannte Teufelskreis.
4) Da die Banken auch einander wechselseitig munter zinspflichtigen «Kredit» zu geben pflegen, konnten in Schwierigkeiten geratene Banken ihre eigenen Altschulden bei anderen Banken nicht mehr durch Neukredite «finanzieren», denn als «Sicherheiten» hatten sie nur noch Kreditverträge mit nicht mehr «kreditwürdigen» und eben deshalb zahlungsunfähigen Schuldnern, also nur noch wertlose Schuldscheine, anzubieten.
5) Die Regierungen der diversen Staaten konnten, wollten oder **durften** (!) «ihre» Banken aber nicht einfach zusammenbrechen lassen, obwohl das eigentlich die beste Gelegenheit gewesen wäre, **das aktuelle Schuldgeldsystem** durch einen einzigen konzertierten Befreiungsschlag loszuwerden ... In ähnlicher Weise **durfte** (!) die Eurozone keines ihrer bei den Banken nicht mehr «kreditwürdigen» und daher *insolventen* Mitgliedsländer aus der Euro-Währungsunion entlassen, obwohl das eigentlich die beste Gelegenheit gewesen wäre, die Fesseln des freimaurerisch zwangs«vereinten» Europa als. der klar erkennbaren Vorstufe der «Einen Welt» der PROTOKOLLE bzw. des Antichristen mit einem einzigen Befreiungsschlag zu sprengen . . . Beides wußten die ROTHSCHILDS & Co. mittels des hohen Erpressungspotentials der schon bestehenden massiven Staatsverschuldung, aber auch durch weitere engmaschige Kontrollmechanismen (vielfältig logenorganisierte Politiker, gelenkte Massenmedien etc.) zu verhindern.
6) Anstelle dessen geschah daher, was **im aktuellen Schuldgeldsystem** seit annähernd dreihundert Jahren **immer, stets und überall** geschieht, wann und wo Schulden in größerem Umfang nicht mehr «bedient» werden können, eine Kettenreaktion einzusetzen beginnt und das ganze System - unter akuter finanzieller bzw. wirtschaftlicher **Abwürgung** der betroffenen Länder! - zu versagen droht: der Staat bzw. die Staaten bzw. ganze Staatengemeinschaften, nämlich die sogenannte Eurozone, ja sogar der den gesamten Globus vereinende *IWF,* warfen sich als Retter in der Not in die Bresche.

Grundsätzlich geschah also absolut nichts Neues. Des weiteren war bzw. ist jedoch *im einzelnen* folgendes zu beobachten oder anzumerken:

7) Vor dem Untergang «gerettet» wurden in der jüngsten, immer noch anhaltenden Dauerkrise entgegen dem, was man überall zu hören bekam, weniger irgendwelche Banken, und seien es selbst die großen heimlichen ROTHSCHILD-Banken, als vielmehr das gesamte boshafte **aktuelle Schuldgeldsystem!** *Natürlich* gehört zu dessen «Rettung» notwendigerweise *auch* die «Rettung» jener Banken, die allein es einerseits am Leben zu halten vermögen, um andererseits auch allein daraus unvorstellbar große Profite zu schlagen . ..

8) Die in der Öffentlichkeit unzähligemale aus Unwissenheit oder Heuchelei bedauerten «Steuerzahler» der westlichen Industriestaaten haben derzeit mit der Bewältigung der Krise so wenig zu tun wie auch schon bisher. Momentan zum Zweck der Augenwischerei angekündigte bzw. bereits verordnete massive «Sparprogramme» wie in Griechenland, Irland oder Portugal werden entweder nicht verwirklicht werden oder nicht lange Bestand haben. Staatsschulden werden nämlich in der ganzen sogenannten westlichen Welt **unterm Strich,** d.h. *im langjährigen Durchschnitt,* **nie** vom «Steuerzahler» berappt. Sie *können* auch gar nicht von ihm berappt werden, weil das der Logik und Mechanik des **aktuellen Schuldgeldsystems** strikt zuwiderläuft! Wir erinnern uns: Würden tatsächlich sämtliche von den Banken aus nichts erzeugten «Staatsschulden» «zurückgezahlt, besäße außer der kleinen Elite wohlhabender bis superreicher Banken(mit)besitzer niemand mehr auch bloß einen einzigen Cent oder Pfennig für ihn persönlich schuldenfreien Geldes. Alle wären immer und jederzeit hundertprozentig bei den Banken «verschuldet», ohne jemals entsprechende «Sicherheiten» stellen zu können; das jedoch würde **dem aktuellen Schuldgeldsystem** selber den Garaus machen...

9) **Niemand** unter den willigen Vollstreckern der PROTOKOLLE, weder die ROTHSCHILDS und ihr Orbit noch irgendjemand aus den ganzen Heerscharen ihrer gutbezahlten Satrapen, Vasallen, Liebediener und Speichellecker, also **wirklich niemand** unter den heute auf dem Globus finanziell, wirtschaftlich oder politisch allerorten (mehr oder weniger) Maßgeblichen **will** überhaupt schuldenfreie Staaten; niemand unter ihnen hat auch wirklich Angst vor einer «Überschuldung» Griechenlands, Portugals, Irlands oder egal welchen anderen Landes. Sie fürchten nicht einmal **an und für sich** den «Staatsbankrott» dieses oder jenes Landes, denn ehe der eintritt, haben die ROTHSCHILDS & Co., die ihn als einzige unvermeidlich kommen sahen und seinen genauen Zeitpunkt nicht bloß vorherzusagen, sondern sogar selbst zu bestimmen vermochten, all ihr schönes «Anlagekapital» längst in Sicherheit gebracht, und hinterher wird ja **das aktuelle Schuldgeldsystem** fröhlich von neuem etabliert, so als wäre nie etwas gewesen.. .

10) Von daher erklärt sich insbesondere der anhaltende Aufruhr um die drei Länder Griechenland, Irland und Portugal, aber auch - in geringerem Maße - um Spanien und Italien **vordergründig** aus den folgenden Motiven:

    a) Erzielung von Mitnahmegewinnen: ständige **massive** Veränderung des Kursverhältnisses zwischen US-Dollar und Euro je nach «Bedarf» (heute Stärkung des Dollars und Abwertung des Euros durch entsprechend lautes Mediengejammer[1922] über das «erschreckende» Ausmaß der europäischen «Staatschuldenkrise»;

[1922] Stets inbegriffen natürlich die vielen sich jeweils «beunruhigt» oder «zuversichtlich» gebenden «Fachleute», die aber ohne die ihnen ja nicht zufällig zuteilwerdende «Beachtung» durch die Massenmedien - *nichts* wären!

morgen umgekehrte Manipulation durch entsprechend schrilles «Entsetzen» der Medien über den «steilen Anstieg» der Staatsschulden in den USA . . .); je «volatiler» (= schwankender) der «Devisenmarkt», desto größer das spekulative, nein, nahezu narrensichere Gewinnpotential für die ROTHSCHILDS & Co., weil sie ja die Schwankungen selber erst erzeugen und darauf bestens vorbereitet sind.

b) Weitere Mitnahmegewinne: extrem hohe Renditen auf angeblich «hochriskante» Staatsanleihen der besagten «Krisenländer», wobei die ROTHSCHILDS & Co. genau wissen, daß gar keine reale Gefahr des «Kreditausfalls» besteht, weil ihre Vasallen ja schon gehorsam an der Entschärfung des Risikos arbeiten; Verluste erleiden nur jene vielen nicht (voll) eingeweihten Mitspieler an den Börsen, denen das dummerweise nicht klar ist, so daß sie sich zu Spottpreisen von nur vermeintlich risikobehafteten Staatsanleihen trennen . . .

c) Als Sahnehäubchen auf der Torte: Aneignung renditeträchtiger sogenannter Real- oder Sachwerte unter dem unverfänglich klingenden Stichwort «Privatisierung» (zwecks *vorgeblicher* Reduzierung der Staatsschulden, versteht sich!).

11) Nichts von alledem ist jedoch das wahre und eigentliche Motiv für die «Euro-Schuldenkrise», die ja fast nur in den Massenmedien, dort aber mit riesigem, nichtendenwollendem Getöse stattfindet. In Wirklichkeit sind wir gegenwärtig Zeugen des gigantischsten Erpressungsmanövers, das die ROTHSCHILDS & Co. jemals mittels der PROTOKOLLARISCHEN Verschuldung der Staaten durchgeführt haben. Gegenstand dieser Erpressung: die beschleunigte, zwangsweise Schaffung eines einzigen Staates (und nicht mehr bloß: «Staatenbundes») namens «Europäische Union» oder noch besser schlicht «Europa» als Kristallisationskern für den antichristlichen Weltstaat. Der nähere Beweis dafür wird im nächsten Abschnitt geführt werden. Beleuchten wir zunächst noch ein wenig die anderen genannten Punkte.

b) Die Rothschilds & Co. als Verursacher und Gewinner der Bankenkrise

Zuerst kam die Hypothekenkrise in den USA. Darüber las man im Frühsommer 2010: *«Goldman [Sachs]* gilt in der amerikanischen Öffentlichkeit seit langem als Hauptverursacher der Wirtschaftskrise.»[1923] Gemeint war natürlich die aus der Hypotheken- bzw. Bankenkrise erst *resultierende* Wirtschaftsflaute. Das ROTHSCHILD-dominierte Großgeldhaus *Goldman Sachs* hatte seinerzeit tatsächlich im großen Stil hypothekenbesicherte Wertpapiere (sog. CDOs, also *Collateralized Debt Obligations)* als angeblich empfehlenswerte Geldanlage an gutgläubige Kunden verkauft. Hinter deren Rücken hatte es jedoch gleichzeitig am Derivatemarkt in ähnlich großem Stil auf einen Kursverfall dieser selben Papiere spekuliert. Der jüdische Chef des traditionell jüdischen Hauses LLOYD BLANKFEIN und seine Leute *wußten* nämlich längst[1924], wie wenig die Hypotheken, welche die Papiere vorgeblich «besicherten», tatsächlich noch wert waren .. .

[1923] *ROLF BENDERS* in: «Handelsblatt», 11.6.2010.

[1924] Die ganze ROTHSCHILD-dominierte internationale (Groß-)Bankenwelt wußte es seit langem. Mit sechseinhalb Jahren Verspätung berichtete im August 2009 das Mammonsmagazin *Capital* über eine «Geheimsitzung» vom 16. Februar 2003, bei welcher die Vertreter der .deutschen' Großbanken mit dem RoTHSCHiLD-Satrapen JOSEF ACKERMANN an der Spitze Bundeskanzler SCHRÖDER und etliche seiner Minister über ihren bis dahin bereits angehäuften Riesenbestand an uneinbringlichen Hypothekenkrediten informierten und um «Hilfe» ersuchten. Vorläufig wurde aber nichts anderes unternommen, als mit - von der Politik offenbar geduldeten - Bilanzierungstricks munter weiterzuwursteln! Vgl. dazu im einzelnen *MORRIS* a.a.O., S. 23f.

Auch am Beginn der Griechenlandkrise im Februar 2010, die sich im weiteren Verlauf zur sogenannten (Staats-)Schuldenkrise ausweiten sollte, stand *Goldman Sachs,* jetzt jedoch verbündet mit einem weiteren heimlichen ROTHSCHILD-Bankenriesen. Das verwendete «Instrument» nannte sich diesmal nicht «CDO», sondern «CDS» (*Credit Default Swap,* d.h. Kreditausfallabsicherung), erfüllte aber einen ganz ähnlichen Zweck: mit ihm wurde an der Börse bzw. an den Derivatemärkten ostentativ darauf spekuliert, daß Griechenland seine Staatsschulden in Kürze nicht mehr werde «bedienen» können[1925]! «*JP Morgan* und *Goldman Sachs,* so meldete die *Neue Zürcher Zeitung* am 11. Februar 2010, würden verdächtigt, die griechischen Kreditausfallversicherungen (CDS) mit ihren Käufen auf einen Rekordstand getrieben zu haben. Sie hätten Unsicherheit und die Angst vor einem griechischen Staatsbankrott geschürt und die CDS-Kurse innerhalb von drei Tagen von 328 auf über 420 Basispunkte getrieben. 100 Basispunkte sind bekanntlich ein Prozent.»[1926] Wie man inzwischen weiß, kam daraufhin die neue «Krise» tatsächlich in Gang .. . Doch hier konzentrieren wir uns erst einmal auf die Finanz(markt)krise.

Es läßt sich zwar nicht leugnen, daß auch die verdeckten ROTHSCHILD-Großbanken selber auf dem Höhepunkt dieser Krise ernstliche Probleme hatten, dem Zusammenbruch wegen akuter Zahlungsunfähigkeit im Interbankenverkehr zu entgehen. Doch gerade sie wußten sich mit allen, auch unerlaubten, Mitteln zu helfen. Neben der dreisten Beanspruchung von zigmilliardenschweren Staats«hilfen» waren das Manipulationen z.B. jenes Zinssatzes, zu dem sich die Banken gegenseitig kurzfristig Gelder («Eigenkapital»/«Reserven»/Spekulationskapital für die «Eigenhandelsabteilung») leihen, die das eine Institut augenblicklich nicht braucht, während das andere sie gerade benötigt. Je höhere Zinsen die Kreditinstitute einander hier gegenseitig abverlangen, desto größer schätzen sie offenbar das Rückzahlungsrisiko (und desto niedriger die Kreditwürdigkeit der Schuldner-Banken) ein. Und weil alle sogenannten «Marktteilnehmer», unter denen sich vor allem im mittleren Segment (die Kleinbanken sind diesbezüglich sowieso bedeutungslos) immer noch genügend ROTHSCHILD-freie Häuser tummeln, die Höhe dieses Zinssatzes gerade in der Krise sehr aufmerksam beobachteten, um daraus entsprechende Schlüsse zu ziehen, gaben etliche international tätige Großbanken systematisch niedrigere Zinssätze bekannt, als sie tatsächlich an andere Konkurrenten hatten zahlen müssen! Andernfalls wäre das Mißtrauen ihnen gegenüber - berechtigterweise! - immer noch größer geworden und hätte ihre Refinanzierungsschwierigkeiten verschärft, ggf. bis hin zum Kollaps. Nach Presseberichten hatten die Bankenaufsichtsbehörden der USA, der *EU* und Großbritanniens im Frühjahr 2011 insbesondere fünf Verdächtige im Visier. Drei davon waren heimliche ROTHSCHILD-Banken, nämlich *Bank of America, Citigroup* und *Barclays*[1927] ...

1925 Wer solche Absicherungspapiere kauft, rechnet (zumindest vorgeblich) damit, sie irgendwann demnächst zu brauchen, während der Verkäufer umgekehrt darauf spekuliert, daß sie nie benötigt werden, so daß er zwar jetzt den Verkaufspreis erhält, jedoch künftig keine Versicherungsleistung zu erbringen braucht; der Verkaufspreis der Papiere ist dann in voller Höhe sein Gewinn. Muß er aber später tatsächlich die versprochene Versicherungsleistung erbringen, macht er natürlich Verlust, denn die Höhe der vereinbarten Versicherungsleistung übersteigt den Verkaufspreis der Papiere um ein Mehrfaches. Und die Käufer der Papiere können riesige Gewinne machen, wenn sie selber gar keine griechischen Staatsschuldpapiere besitzen (!), denn der Kreditrückzahlungsausfall, auf den sie spekulierten, muß ihnen, wenn er denn tatsächlich bei *anderen* Schuldpapierinhabern (!) eintritt, dennoch im vollen Nennwert der von ihnen erworbenen CDS-Papiere vergütet werden.

1926 *BANDULET A.A.O.,* S. 27.

1927 Vgl. *M. KURM-ENGELS/T. LUDWIG/M. MAISCH* in: «Handelsblatt», 4.5.2011: «EU prüft Zins-Manipulation - Mehrere Banken sollen in der Finanzkrise den Interbankensatz Libor nach unten gedrückt haben, um ihre Liquiditätsprobleme zu verschleiern.»

Dennoch: Bemerkenswerterweise ließ die Hypotheken- und Bankenkrise, die Hunderte von kleinen und mittleren Geldhäusern in den Abgrund riß, just die riesigen verdeckten ROTHSCHILD-Banken als Gewinner zurück. Gewiß, sie mußten sich «helfen» lassen, in den USA von ihrer eigenen *FED* und der US-Regierung, in der *EU* von ihrer eigenen *EZB* und den diversen nationalen Regierungen. Doch mitten in der Krise vermochten sie dank solcher «Hilfe» sogar etliche ihrer bisher größten Konkurrenten zu übernehmen und stehen heute besser da denn je zuvor.

Blicken wir zunächst in die Vereinigten Staaten. Im März 2008 eilte die ROTHSCHILD-beherrschte *FED* ihren Eigentümern, insbesondere den heimlichen ROTHSCHILD-Großbanken als den mit Abstand größten, zu Hilfe, indem sie deren teilweise oder ganz *wertlos gewordene,* weil direkt oder indirekt hypothekenbesicherte Wertpapiere gegen *werthaltige* US-Staatsanleihen umtauschte[1928]. Die Zinsen auf diese Staatsschuldpapiere, welche bis dahin die *FED* eingestrichen und anschließend als Dividende an alle ihre Mitgliedsbanken ausgeschüttet hatte, flössen also ab jetzt zum größten Teil *direkt* den heimlichen ROTHSCHILD-Banken, und nur ihnen, zu. Viel wichtiger für die ROTHSCHILD-Institute war aber die dadurch erzielte Bereinigung ihrer Bilanzen, in denen schlagartig statt Verlusten wieder Aktivposten standen. Auf den Verlusten saß zwar dafür jetzt ihre *FED.* Doch diese Verluste verteilten sich nunmehr anteilsmäßig auf ausnahmslos *alle FED*-Mitgliedsbanken. Außerdem hat die *FED,* da einerseits keiner unabhängigen Buchprüfung unterliegend, andererseits jedoch zur Geldschöpfung ganz nach eigenem Ermessen befugt, vielfältige Möglichkeiten, ihre Bilanz zu manipulieren, ohne irgendwelche Konsequenzen geschäftlicher oder rechtlicher Art fürchten zu müssen.

Die Rothschildsche *JP Morgan Chase & Co.* nutzte zum selben Zeitpunkt die Chance, eine zumindest scheinbar noch konkurrierende jüdische Großbank unter Einschaltung der *FED* günstigst zu erwerben und sie dabei gleichzeitig auf Kosten der *FED* von allen wertlosen Schuldpapieren zu befreien! «Als die US-Investmentbank *Bear Stearns* im März 2008 zu kippen drohte, erklärte sich Rivale *JP Morgan* bereit, das Institut für einen symbolischen Übernahmepreis von 10 Dollar je Aktie zu übernehmen. Dabei nahm *JP Morgan* aber auch die New Yorker *FED* ins Boot, da die Bank nur die Bankgeschäfte, nicht aber ein rund 30 Mrd. Dollar großes Portfolio an problematischen Wertpapieren übernehmen wollte. Diese wanderten in eine Zweckgesellschaft namens *Maiden Lane,* die von der *FED* mit einem Kredit von 29 Mrd. Dollar ausgestattet und verwaltet wurde.»[1929]

Da ließ sich also die oben beschriebene Vorgehensweise der ROTHSCHlLD-dominierten *FED* direkt beobachten. Wie schon früher gesagt, darf - in den USA genauso wie hierzulande - jede Bank sogenannte «Zweckgesellschaften» gründen, deren Geschäfte dann in der eigentlichen Bankbilanz nicht mehr aufscheinen. Die *FED* durfte sogar noch viel mehr: sie gründete nicht nur die Zweckgesellschaft, sondern «gewährte» ihr auch noch aus nichts einen Zigmilliardenkredit in Höhe des Nennwerts der faulen Wertpapiere, so daß selbst hier eine scheinbar geordnete Bilanz entstand! Erst als sich zwei Jahre später ein Abgeordneter des US-Kongresses «in einem drastischen Brief an die *FED*» nach dem Verbleib der wertlosen Papiere erkundigte, weil ja letzten Endes die amerikanischen Steuerzahler dafür haftbar seien (was nicht einmal der Wahrheit entsprach), tat die *FED* momentan so, als wolle sie die «Banken dazu zwingen, faule Hypotheken und andere Anlagen zurückzukaufen, die sich seit der Finanzkrise 2008 im Portfolio der *FED* befinden»[1930]. Sie *mußte* so tun, um die fleißig kultivierte und daher auch

1928 Ygi *EUGENS* a.a.O., S. 131 u. 141. Von der anfänglich behaupteten Befristung dieser Umtauschaktion auf 28 Tage war, wie von *ARGENS* bereits befurchtet, später keine Rede mehr - siehe oben in der Fortsetzung des Haupttextes!

1929 *CHRISTIAN KIRCHNER* in: «Financial Times Deutschland», 6.8.2010.

1930 Ebd. (unter der eindrucksvollen Schlagzeile «New Yorker *FED* will Banken ihren Schrott zurückgeben»).

immer noch weithin geglaubte Lügenmär von ihrem «staatlichen» Charakter nicht in ernstliche Gefahr zu bringen. Geschehen ist aber bis heute natürlich - nichts. Es fällt den ROTHSCHILDS gar nicht ein, sich von ihrer eigenen *FED* zu etwas «zwingen» zu lassen, was sie nicht mögen . . .

Neben ihrer eigenen *FED* nahmen die vier größten heimlichen ROTHSCHILD-Banken der USA (sie sind übrigens gleichzeitig «die vier größten Banken der Welt»[1931]) aber auch kräftig die US-Regierung in Anspruch. «Die *Bank of America* ließ sich eine 45-Milliarden-Dollar-Geldspritze von den US-Steuerzahlern geben. *JP Morgan* bekam ein 25-Milliarden-Dollar-Geschenk. Die *Citigroup* bezog über 25 Milliarden Dollar. *Wells Fargo* erhielt 25 Milliarden Dollar. Natürlich ist in diesem Geld noch keiner der speziellen „Vorzugs"käufe von Aktien durch das US-Finanzministerium zu Lasten der Steuerzahler und keines der geheimen „Liebesdiensf'-Geschäfte enthalten, die diese Banken mit der noch niemals buchgeprüften *Federal Reserve* abschlossen.»[1932]

Über das volle Ausmaß der vom amerikanischen Staat geleisteten «Hilfe» für die US-Bankenwelt war und ist naturgemäß nichts wirklich Sicheres zu erfahren. Kompliziert wird das Bild dadurch, daß die verschiedenen «Hilfsmaßnahmen» sehr unterschiedlicher Art waren. Entgegen dem gerade zitierten Zeitungstext stellten beispielsweise die staatlichen Zig-Milliardenzuschüsse an die verdeckten ROTHSCHILD-Banken keine «Geschenke» dar, sondern einerseits rückzahlbare Darlehen, andererseits vorübergehende staatliche Beteiligungen speziell an der *Citigroup.* Die hatte übrigens auf solche Weise nicht

[1931] ***ChristopherPetherick*** in: «American Free Press», 23.11.2009, S. 3.

[1932] Ebd. - Wie es scheint, funktioniert auch bei den heimlichen ROTHSCHILD-Riesen selber die amtliche Buchprüfung absolut nicht so wie sie müßte. Jedenfalls läßt sich beobachten, daß gerade diese Institute immer wieder ungestraft die widersprüchlichsten Zahlen über ihre geschäftliche Lage in die Welt setzen (oder setzen lassen . . .) dürfen. So berichtete ***petherick*** im hier zitierten Artikel, die vier genannten Großgeldhäuser zusammengenommen hätten bis September 2009 ihre «Bargeld-Reserven» («cash reserves»), was wohl kaum wörtlich gemeint sein, sondern eher das sog. Eigenkapital in jeder Form (bar, unbar, Gold) bezeichnen dürfte, auf rund 1,5 Billionen Dollar erhöht. - Doch derselbe ***petherick*** wartete vier Monate später («American Free Press», 29.3.2010, S. 9) mit völlig anderem Zahlenmaterial auf. Noch im Juni 2009, also nur ein Vierteljahr, ehe sie plötzlich auf angeblichen 1,5 Billionen Dollar Eigenkapital saßen, hätten die drei größten der vier Giganten zwar über «Aktiva» («assets» bzw. «investments») in folgender Höhe verfugt: *Bank of America* 2,3 Billionen $, *Citigroup* 2,2 Billionen $, ***jp** Morgan Chase* 2 Billionen $. Doch dabei wären jeweils enorme 2 221, 2 521 bzw. sogar 4 562 Prozent des in den genannten Summen offenbar enthaltenen «harten Kapitals» («real assets») lediglich ausstehende Derivatkontrakte gewesen! Wie sich leicht errechnen läßt, hätte demnach die «Bargeld-Reserven» oder das «Eigenkapital» der *Bank of America* nur rund 100 Mrd., das der *Citigroup* nur rund 88 Mrd. und dasjenige der ***jp** Morgan Chase* sogar bloß knappe 44 Mrd. Dollar betragen! Wie sie es dann aber geschafft haben sollten, zusammen mit der noch hinter ***jp** Morgan Chase* und *Citigroup* rangierenden *Wells Fargo Bank* binnen nur drei Monaten auf rund das Fünffache an Eigenkapital hochzuschnellen, ist absolut nicht nachvollziehbar! Es sei denn, es hätten im genannten kurzen Zeitraum Mauscheleien der von ***Petherick*** angedeuteten Art («sweetheart deals») mit der *FED* im allergrößten Stil stattgefunden. - Dafür spräche eine Meldung vom Dezember 2010: «Gemäß veröffentlichten Berichten hat die *Citigroup* mehr als 2,5 Billionen $ von den US-Steuerzahlern und der *FED* erhalten, um die viertgrößte Bank der Welt vor dem Untergang bewahren zu helfen» («American Free Press», 20.12.2010, S. 2, Hervorh. hinzugefügt). - Daß die Steuerzahler immer nur irrtümlich genannt werden, braucht hoffentlich nicht mehr jedesmal neu betont zu werden. Alles, was der Staat an «Hilfen» für die Banken aufbrachte und -bringt, mußte und muß er selber erst einmal als frisch aus nichts geschöpften Kredit bei den Geschäftsbanken oder der Zentralbank «leihen», in den USA genauso wie anderswo. Genaueres dazu weiter unten!

bloß 25, sondern insgesamt sogar 45 Milliarden $ an staatlicher «Hilfe» erhalten. Davon waren zwar Anfang Oktober 2010 41,5 Mrd. Dollar schon wieder zurückgezahlt, während der Staat aber immer noch rund 12 % der Anteile an dem heimlichen ROTHSCHILD-Riesen hielt und Probleme damit hatte, die am «Markt» verlustfrei wieder loszuwerden! Die drei anderen ROTHSCHLLD-konterollierten Großbanken sowie, fünftens, *Goldman Sachs* hatten indessen zu diesem Zeitpunkt sogar «ihre Staatshilfen bereits in voller Höhe erstattet»[1933].

Auf den ersten Blick hätten demnach die ROTHSCHILDS in den USA von der Krise kaum profitiert, zumindest nicht auf Staatskosten. Doch das Spiel läuft ja in Wirklichkeit viel raffinierter. Alles Geld, das die *FED* in nicht genau bekannter, aber - wie allein das Beispiel der *Citigroup* zeigt[1934] - jedenfalls Billionen-Höhe (!) ihren vier oder fünf maßgeblichen, sämtlich ROTHSCHLLD-beherrschten Anteilseignern zuschanzte, mußte sie *auf irgendwelche Titel hin* erst einmal aus nichts schöpfen. Der in solchen Fällen übliche Titel lautet nun aber «Staatsanleihen». Wir haben weiter oben schon gesehen, mit welcher von niemandem hinterfragten Selbstherrlichkeit die *FED* ggf. darüber befindet, zusätzliche US-Staatsschulden in Höhe von «gerade einmal» 600 Mrd. Dollar zu «kaufen». Wir haben auch schon gesehen, daß dieselbe *FED* gegen solchermaßen «gekaufte» Staatsanleihen großzügigerweise faule Hypothekenschuldpapiere der Banken «eintauschte». Auf solchermaßen verschlungenem Wege wurden also uneinbringliche Hypothekenkredite der - vorwiegend, denn sie beherrschen den US-«Geldmarkt» zu über 50 Prozent - heimlichen ROTHSCHILD-Giganten in US-Staatsschulden verwandelt.

Die zweite Methode der ROTHSCHILDS & Co., weitere Riesenmengen an Hypotheken-«schrott», der ihre Banken noch belastete, elegant per höherer Staatsverschuldung zu entsorgen, schilderte etwa die *Financial Times Deutschland* im August 2010 unter der Schlagzeile «GEITHNER füttert Zombies durch», so: «Trotz der katastrophalen Lage der staatlich gestützten Hypothekenfinanzierer *Fannie Mae* und *Freddie Mac* will die US-Regierung ihre Garantien für den Immobilienmarkt aufrechterhalten. Finanzminister TIMOTHY GEITHNER sagte .. . auf einer mit Spannung erwarteten Konferenz in Washington, daß staatliche Sicherheiten derzeit besonders wichtig seien. . . . Die beiden Hypothekenfinanzierer haben fast 150 Mrd. Dollar an Steuergeldern erhalten und dürfen in den kommenden drei Jahren unbegrenzt Staatskredite aufnehmen. Sie kaufen Banken Hypothekenkredite ab, bündeln sie zu Wertpapieren und veräußern sie am Markt weiter. Das schont das Eigenkapital der Banken, die wieder neue Darlehen vergeben können. Inzwischen halten oder garantieren *Fannie Mae* und *Freddie Mac* mehr als 90 Prozent aller US-Hypotheken.»[1935]

Warum aber «bündeln» die Banken nicht selber diese schönen Hypothekenkredite und «veräußern sie am Markt weiter»? Weil, wie jedermann inzwischen weiß oder zumindest wissen sollte, genau diese Bündelung und Veräußerung von Hypothekenramsch durch die Banken die Krise ja erst auslöste! Die beiden jetzt tatsächlich wieder *staatlichen* Hypothekenfinanzierer erhalten selbstverständlich am «Markt» für diesen Ramsch nur einen Bruchteil dessen, was sie den Banken dafür zahlten. Und die «Staatskredite», welche die beiden Hypothekenriesen bis 2013 «unbegrenzt» aufnehmen dürfen, kommen natürlich keineswegs vom «Steuerzahler», sondern - von genau jenen heimlichen ROTHSCHILD-Großbanken (sei es direkt, sei es über ihre *FED)*, deren Eigenkapital der amerikanische Staat dadurch «schont», so daß sie nicht zuletzt ihm (!) «wieder neue Darlehen vergeben können», die er an *Fannie Mae* und *Freddie Mac* weiterreicht.

1933 «Financial Times Deutschland», 4.10.2010, von dort auch die übrigen Angaben.
1934 Siehe vorvorige Fußnote.
1935 ***ZachariasZacharakis*** in: «Financial Times Deutschland», 18.8.2010.

Doch das ist nur Teil eins dieser perversen Art von Krisenbewältigung. Teil zwei läßt sich einer schlichten Meldung vom November 2010 entnehmen: «. . . drei riesige Banken - *Bank of America, JP Morgan Chase* und *Wells Fargo* - stehen jetzt für über 50 Prozent des 10 Billionen $ schweren Hypothekengeschäfts [in den USA] gerade.»[1936] Ja, über 90 Prozent aller US-Hypotheken werden inzwischen zwar von den beiden wiederverstaatlichten Hypothekenfinanzierern *Fannie Mae* und *Freddie Mac* «gehalten **oder garantiert»,** aber über 50 Prozent derselben Hypotheken liegen jetzt zinsbringend in den Händen der ROTHSCHILDS & Co. Das jedoch kann nichts anderes bedeuten, als daß der allergrößte Teil dieser von drei verdeckten ROTHSCHILD-Großbanken gehaltenen Hypotheken nunmehr auf dem Wege über *Fannie Mae* und *Freddie Mac* **staatlich garantiert** sind, wobei diese staatliche Garantie mit Staatsanleihen finanziert wird, die sich der Staat großenteils bei denselben ROTHSCHILD-Banken besorgen muß, denen er damit wiederum Garantie leistet…! Ein so wunderschönes *Perpetuum mobile* sich stetig selbst nährender, sich endlos selber aufschaukelnder Staatsverschuldung haben wohl nicht einmal die seinerzeitigen Verfasser der PROTOKOLLE erträumt.

Anfang Mai 2011 wurde in der Fachpresse eine vorläufige Bilanz gezogen. Der vielberedete US-Bankenrettungsfonds, auf 700 Mrd. $ veranschlagt, war bis dahin unterm Strich nur mit kümmerlichen 19 Mrd. $ beansprucht worden. Doch er war ja auch bloß die gezielt *in den Vordergrund geschobene* «Hilfsmaßnahme» gewesen, hinter der sich klammheimlich weitere «Hilfen» ganz anderen Kalibers auftaten. Präsident OBAMA hatte Ende 2010 behauptet, die Finanzkrise habe den Staat «weniger als ein Prozent des amerikanischen Bruttoinlandsprodukts» gekostet. «Das entspräche knapp 145 Milliarden Dollar.» Beim *IWF* wurde jedoch nunmehr eine ganz andere Rechnung aufgemacht: «Der *Internationale Währungsfonds* geht davon aus, daß sich die Nettokosten allein für den Finanzsektor auf 3,4 Prozent des Bruttoinlandsprodukts von 2010 belaufen.»[1937] Und das wären dann deutlich über 500 Mrd. $, eine Zahl, die erstaunlich gut zu jenen 600 Mrd. $ neuer, zusätzlicher US-Staatsanleihen paßt, welche die *FED* - siehe oben - vorgeblich zwecks Stabilisierung der US-Wirtschaft ja bis Ende Juni 2011 «ankaufen» wollte!

Für den noch viel größeren «Rest» der in der Krise explosionsartig angestiegenen US-Staatsschulden dürften zwar die Geschäftsbanken **weltweit** verantwortlich sein, die heimlichen ROTHSCHILD-Giganten immer munter vornweg. Aber auch die verdeckten ROTHSCHILD-Großbanken in den USA selber. Das war nämlich Teil drei des bitterbösen Spiels: die von der US-Regierung als «Hilfe» zu niedrigsten Zinssätzen geliehenen Milliarden wurden - sogleich wieder in den «Kauf» sehr viel höher verzinslicher US-Staatsanleihen «investiert»! Das Nachrichtenmagazin *Der Spiegel* zitierte dazu Ende 2009 mehrere US-Investmentbankiers mit Äußerungen, die an Frivolität kaum mehr zu überbieten waren. So erklärte der ROTHSCHILD-Satrap BILL WINTERS, Leiter der Investmentsparte von *JP Morgan Chase,* unverfroren, «für Banken» seien das «die profitabelsten Zeiten, die es jemals gegeben hat», während JOE PERELLA, gewesener ROTHSCHILD-Vasall als Leiter der Investmentsparte von *Morgan Stanley,* spottete: «Man muß wirklich kein Genie sein, um sich quasi umsonst Geld vom Staat zu leihen und damit eine Heidenkohle zu verdienen.» GRANDT, dem wir die Mitteilung dieser Äußerungen verdanken, fügt an: «Noch nie war das Schuldenmachen (sprich: Spekulieren) so billig: Mit billigem Geld der Notenbanken kauft man die weit höher verzinsten Anleihen des Staates.»[1938] Doch das ist irrig. Das «billige Geld» zum Erwerb von Staatsanleihen konnten die Rothschildschen und andere Banken in dem Augenblick wieder *selber* **aus nichts** erzeugen, in dem sie dank staatli-

[1936] ***Christopher Petherick*** in: «American Free Press», 15.11.2010, S. 9.

[1937] «Handelsblatt», 6./7.5.2011.

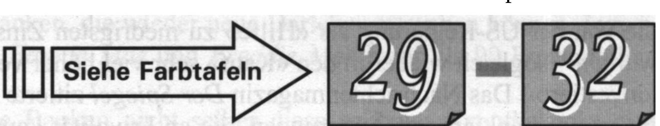
[1908] *GRANDT* a.a.O., S. 144.

eher «Hilfe» wieder über das nötige Minimum an «Reserven» bzw. «Eigenkapital» verfugten - eine zinspflichtige Kreditaufnahme bei ihrer eigenen *FED* war da gar nicht mehr erforderlich!

Auch unter mancherlei anderer Rücksicht verhalf die Krise den ROTHSCHILDS schlußendlich zu noch mehr Macht auf dem US-Bankensektor. Wir erinnern uns: Anteilseigner der *FED* können nur *Geschäftsbanken* sein; reine *Investmentbanken,* die ja auch gar keine *direkten* Kunden«kredite» erzeugen, sind als Teilhaber nicht zugelassen. Nun war zwar ab 1999 die strikte Trennung von Geschäfts- und Investmentbanken in den USA keine Pflicht mehr. Dennoch blieben die damals den Investmentmarkt beherrschenden fünf Großinstitute auch nach 1999 reine Investmentbanken - bis zur Krise. Im einzelnen waren das die allesamt jüdisch geführten und zumindest anteilig auch in jüdischem Besitz befindlichen Häuser *Goldman Sachs, Morgan Stanley, Merrill Lynch, Bear Stearns* und *Lehman Brothers* (vgl. dazu Bd. 1/2). Die beiden erstgenannten waren und sind verdeckt ROTHSCHILD-kontrollierte Banken[1939] und haben als einzige die Krise heil überstanden. Denn diese Krise erlaubte es den ROTHSCHILDS, das Investmentgeschäft in den USA nunmehr restlos unter *direkte* Kontrolle zu bekommen, was sie auf zweierlei Wegen erreichten: *Lehman Brothers,* obwohl geleitet von dem neuen Multimillionär RICHARD FULD, wurde gnadenlos liquidiert und ist somit vom Markt verschwunden. *Merrill Lynch* gehört heute zur Rothschildschen *Bank of America, Bear Stearns* zur ebenfalls Rothschildschen *JP Morgan Chase,* so daß jetzt beide Häuser der uralten *Morgan-Yxoni, Morgan Chase* genauso wie *Morgan Stanley,* ganz groß im als besonders «ertragreich» geltenden Investmentgeschäft tätig sind! Damit verfügen die ROTHSCHILDS in den USA dank der Krise nun definitiv über das Monopol bei der gewinnträchtigen «Begleitung» und/oder Durchführung aller größeren Firmenübernahmen, Firmenzusammenschlüsse, Unternehmensverkäufe, Börsengänge und dergleichen.

Gewonnen haben die ROTHSCHILDS aber auf noch viel breiterer Front. Außer der am schwersten angeschlagenen *Citigroup* konnten sich alle verdeckten ROTHSCHILD-Banken in den USA im Zuge der Finanzkrise erheblich vergrößern!

* Die *JP Morgan Chase & Co.,* stellte sogar die etablierte Presse fest, «gilt als Gewinner der Turbulenzen: Auch auf dem Höhepunkt der Krise schrieb sie noch Gewinne. Zudem schnappte sie sich die Investmentbank *Bear Stearns* sowie die Sparkasse *Washington Mutual,»*[1940] Dazu, das letztere Institut zu erwerben, ließ sich die *JP Morgan Chase*



[1939] Durchaus denkbarerweise in dem Bestreben, genau das vor allem bezüglich *Goldman Sachs* nicht weiter ruchbar werden zu lassen, als es dies unvermeidlicherweise bereits geworden ist, widmete die gelenkte Wirtschaftspresse verdächtig viel Raum einer bloßen Anekdote: wie WARREN BUFFETT (in Wirklichkeit eine reine ROTHSCHILD-Frontfigur) *Goldman Sachs* (einem ebenfalls ROTHSCHILD-kontrollierten Unternehmen) im Herbst 2008 mit einer «hilfsweisen» Beteiligung von läppischen fünf Mrd. $ durch die Krise half und daran angeblich prächtig verdiente. Vgl. z.B. *CHRISTINE MAI* in: «Financial Times Deutschland», 20.4.2011: «BÜFFETS Beteiligung war in dieser Phase ein bedeutendes Signal an die Märkte: Im Anschluß gelang es *Goldman Sachs,* bei anderen Anlegern weitere 5 Mrd. Dollar einzuwerben.» Immerhin: Da die ROTHSCHILDS an *Goldman Sachs* höchstwahrscheinlich prozentual weit geringer beteiligt sind als an BÜFFETS Fondsgesellschaft *Berkshire Hathaway,* dürfte für sie unterm Strich tatsächlich noch etwas herausgesprungen sein, bei diesem Geschäft innerhalb des eigenen Imperiums: «Zusammen mit möglichen Aktien Verkäufen winkt dem Investor ein Profit von bis zu 3,7 Mrd. Dollar» *(MATTHIASRUCH/JÖRNPETRJNG* in: «Financial Times Deutschland», 21.3.2011).

[1940] *ZACHARIAS ZACHARAKIS* in: «Financial Times Deutschland», 14.4.2011.

freilich nur «mit einer großzügigen 1,9-Milliarden-US-Dollar-Spritze des US-Einlagen-Sicherungsfonds FD/C»[1941] bewegen.

* Die *Bank of America* übernahm - ebenfalls ,auf dem Höhepunkt der Krise', nämlich 2008, nicht bloß die inzwischen «nur» noch drittgrößte Investmentbank der USA *Merrill Lynch,* sondern obendrein die Hypotheken-Großbank *Countrywide,* auch sie ein feines Schnäppchen, denn hinlegen mußte das derzeit weltgrößte heimliche ROTHSCHILD-Institut dafür gerade einmal 2,5 Mrd. Dollar, «nur ein Zehntel dessen . . ., was der Hypothekenfinanzierer noch im Jahr zuvor wert gewesen war»[1942]!
* Die *Wells Fargo Bank* erwarb, wie schon berichtet, 2009 den Giganten *Wachovia Bank,* der Ende 2003 *gemessen am Stammkapital* noch das drittgrößte Kreditinstitut der USA deutlich vor *JP Morgan Chase* und *Wells Fargo* selber gewesen war[1943]!
* *Goldman Sachs* kaufte die Hypothekenbank *Little Loan* «aus Houston im US-Bundesstaat Texas Ende 2007 für 428 Millionen Dollar»[1944].

Wenn später, ab dem Sommer 2010, ausgerechnet und (fast) nur und immer wieder *Goldman Sachs* von den US-Justizbehörden, aber auch - verdächtigerweise - von dem zufälligerweise jüdischen «Vorsitzenden des permanenten Untersuchungsausschusses des US-Senats, CARL LEVIN»[1945], wegen aller möglichen während der Krise begangenen Untaten an den Pranger gestellt wurde, während Bankchef LLOYD BLANKFEIN ein ums andere Mal mit alle «Wissenden» beruhigenden Signal-Photos grinsend in der Presse erschien, hatte das offenbar nur einen einzigen (Hinter-)Grund: die ROTHSCHILDS wollten unvermerkt ihre Anteile an der Großbank erhöhen, und zwar zu Niedrigstpreisen. Für genau die sollten LEVIN und andere mit ihren wilden Anschuldigungen an der Börse sorgen. Es genügt, als Beleg dafür ein paar wenige Schlagzeilen und Zwischenüberschriften der gelenkten Presse anzuführen:

* 19. Mai 2011: «US-Chefbankenjäger [= LEVIN] glaubt fest an Strafen für Institute - US-Bank *Goldman Sachs* am Pranger - **Aktie unter Druck»[1946].**
* 27. Mai 2011: «Neue Vorwürfe gegen *Goldman»* (Schlagzeile) — «Die Negativschlagzeilen bringen die **Aktie unter Druck»** (Zwischenüberschrift)[1947].

In Europa, das von der Bankenkrise ebenfalls erfaßt wurde, wurde die *EZB* von den ROTHSCHILDS und Konsorten für dieselben Zwecke eingespannt wie ihre *FED* in Amerika: sie «durfte» von allen möglichen Banken irgendwelche zu «Wertpapieren» gebündel-

1941 *MORRIS* a.a.O., S. 32.

1942 *ZACHARIAS ZACHARAKIS* in: «Financial Times Deutschland», 18.10.2010.

1943 Yg] Ross a a o., S. 67: Der eingezahlte Anteil der *Wachovia Bank* an der *FED* betrug damals gut 739 Mill. $, der von *Wells Fargo* demgegenüber bloß knapp 545,5 Mill. $ und deijenige der an sich etwas kapitalstärkeren *JP Morgan Chase* (in der Kategorie «Kapital & Überschuß» rangierte sie um gut 900 Millionen $ *vor* der *Wells Fargo)* nur rund 542,75 Mill. $.

1944 *ASTRIDDORNER* in: «Handelsblatt», 27.5.2011.

1945 *TOMBRAITHWAITE* in: «Financial Times Deutschland».

1946 Ebd; Hervorh. hinzugefügt. Im Text hieß es dann: «. . . der Fokus richtet sich klar auf *Goldman Sachs.* Die Aktie der Investmentbank entwickelt sich schwach und verlor binnen der letzten drei Monate rund 15 Prozent an Wert - unter anderem auch, weil Analysten einen steigenden politischen und regulatorischen Druck auf *Goldman* fürchten.» Daß die ROTHSCHILDS und somit auch *Goldman Sachs* diesbezüglich absolut nichts zu befürchten haben, sollte klar sein, auch wenn es zahllosen uninformierten Börsenspekulanten zu ihrem eigenen Schaden nicht klar zu sein scheint...

1947 *ASTRID DORNER* in: «Handelsblatt», Hervorh. hinzugefügt. Konkret wurde vermeldet: *«Standard & Poor 's* stufte das Papier Mitte Mai von „Kaufen" auf „Halten" herunter. Seit Ende April hat der Aktienkurs rund zehn Prozent verloren. Dabei gehörte *Goldman* zu jenen US-Banken, die die beispiellosen Turbulenzen an der Wall Street mit am besten überstanden haben.»

ten fragwürdigen Kredite, die sonst niemand mehr haben mochte, als «Pfander» entgegennehmen und dafür neugeschöpfte Kredite zu Niedrigstzinsen vergeben. «Die Firma *Goldman Sachs, JP Morgan* und mindestens sechs andere Investmentbanken packten auch weiterhin unbeliebte Hypothekenanleihen neu, um sie dann bei der europäischen *EZB* als Sicherheiten zu hinterlegen: Europas als Müllabladeplatz für die Spekulationen der Welt.»[1948] Die im letzten gerade zitierten Satz mitschwingende Empörung ist allerdings fehl am Platz, wenn man um den (vorherrschend) **privaten** Status der *EZB* weiß, denn bei diesem Spiel blieben die Banken bzw. die ROTHSCHILDS & Co. ja weitgehend sozusagen unter sich ...

In Deutschland erweckte schlauerweise das größte heimliche ROTHSCHILD-Institut, die *Deutsche Bank,* den Eindruck, ,ganz ohne Staatshilfe' durch die Krise gekommen zu sein. Doch alle übrigen Großbanken der «Deutschland AG», die ja mit der *Deutschen Bank* vielfältig verflochten sind, beanspruchten Zigmilliarden Euro an staatlichen Rettungsgeldern. Allein die *Hypo Real Estate* durfte weitgehend wertlose Papiere bzw. Forderungen im Nennwert von unglaublichen 191,1 Milliarden Euro in die vom deutschen Staat eingerichtete «Abwicklungsanstalt» *FMS Wertmanagement* auslagern[1949]. Die *Commerzbank,* die just ganz am Beginn der Krise noch schnell die viel größere *Dresdner Bank* «übernommen» hatte, mußte sich ihrerseits vom Staat «übernehmen» lassen, der im Februar 2011 immer noch mit stolzen 16,2 Milliarden Euro an ihr «beteiligt» war, ohne jedoch deshalb bei ihr das Sagen zu haben[1950]!

Überhaupt spielte sich die staatliche Banken«rettung» - fraglos auf Verlangen der ROTHSCHILDS - derart diskret ab, daß nie nähere Einzelheiten über die Besitzverhältnisse an den überschuldeten Banken, oder gar über ihre Gläubiger, an die Öffentlichkeit drangen. Man weiß nur, daß bereits die allererste, der *Industrie-Kredit-Bank (IKB)* geltende Rettungsaktion, die vollständig am Deutschen Bundestag vorbei erfolgte, just vom Chef der *Deutschen Bank,* JOSEF ACKERMANN, in Auftrag gegeben worden war, weil sein Haus sonst selber Milliardenverluste erlitten hätte. «Diese Praxis setzten Banken und Bundesregierung beim Bankrott der *Hypo Real Estate (HRE),* der *Dresdner Bank* und der *Commerzbank* fort. Wie es genau zum Bankrott kam und wer jeweils persönlich dafür verantwortlich war, das blieb auch hier ebenso geheim wie die Gläubigerbanken und unter welchen Bedingungen sie die Kredite an die Bankrotteure vergeben hatten . . . Für die Rettung der Banken beschloß der Bundestag nach der *IKB* den *Sonderfonds Finanzmarktstabilisierung (So FF in)'.* Die neue Behörde wurde nach dem Muster der *Treuhandanstalt* aus dem Parlament und dem Bundeshaushalt ausgelagert. Der *SoFFin* kann sich dabei auf eine Pauschalermächtigung über 480 Milliarden Euro stützen. Diese Hilfen vergibt die Behörde geheim. Es wurde zwar ein parlamentarisches Kontrollgremium aus neun Abgeordneten eingerichtet, aber sie sind zur Geheimhaltung verpflichtet und erhalten wichtige Berichte, etwa über die *HRE,* nur in geschwärzter Fassung.»[1951]

1948 ***Argens*** a.a.O., S. 131.

1949 Lt. ***Rolf Lebert/Peter Ehrlich*** in: «Financial Times Deutschland», 27.9.2010.

1950 vgl. den (grundsätzlich anonymen) Leitartikel der «Financial Times Deutschland» vom 24.2. 2011: die Bundesrepublik war zwar **faktisch** mit über 70 Prozent am Kapital der Bank beteiligt, doch hatte sie für die 16,2 Milliarden Euro nicht etwa (stimmberechtigte!) Aktien erworben, sondern damit lediglich eine «stille Einlage» getätigt, die ihr nicht einmal Zinsen einbrachte ... Vgl. dazu ebd. die ausgesprochen zynische Glosse: «Gesagt...: „Wir machen das ganz klar nach den Regeln. Es ist halt nun so, wie es ist" (MARTIN BLESSING, ***Commerzbank***-Chef, zu Vorwürfen, die Bank würde durch Bilanztricks Zinszahlungen für die Staatshilfe vermeiden)... Gemeint: Ich bin doch nicht so blöd und werfe dem Staat noch Geld in den Rachen.»

1951 «PHI», 7.2.2011, S. 25; vgl. ebd. S. 24.

Anfang Mai 2011 zog das *Handelsblatt* gleich zweifach Bilanz:

* «Der *IWF* beziffert die direkten staatlichen Hilfen für Banken, Broker, Fonds und Versicherungen allein in den acht am stärksten betroffenen Volkswirtschaften mittlerweile auf 1,5 Billionen Dollar. Davon konnten sich die Regierungen bislang nur 379 Milliarden Dollar zurückholen. Für Deutschland ist die Bilanz geradezu niederschmetternd: Mehr als zehn Prozent der Wirtschaftsleistung von 2010 wurden zur Rettung der Finanzhäuser eingesetzt, nur 0,1 Prozent hat die Bundesregierung zurückbekommen.»[1952]
* «Noch nicht absehbar sind die finalen Kosten der Bankenrettung. Über Jahre muß der staatliche Rettungsfonds versuchen, die faulen Kredite aus den Bad Banks [= Abwicklungsgesellschaften] von *Hypo Real Estate* und den Landesbanken möglichst kostengünstig abzuwickeln. Fest steht aber: Die Beteiligungen des Bundes erhöhen die Staatsschulden um 240 Milliarden Euro auf mehr als zwei Billionen Euro. Höhere Zinsen im Bundeshaushalt sind auf lange Jahre die Folge . . ,»[1953]

Beide Texte bedürfen der Erläuterung. 0,1 Prozent sind, um es deutlicher zu sagen, eben mal **ein Tausendstel!** Nur **ein** lachhaftes **Tausendstel** dessen, was sie den Geldhäusern und ähnlichen Instituten an «Hilfen» ausgeliehen hatte, war also der Bundesregierung bis zum Frühjahr 2011 zurückgezahlt worden. Aber selbstverständlich waren die staatlichen Hilfsgelder nicht etwa von der realen «Wirtschaftsleistung» des Jahres 2010 oder irgendeines anderen Jahres abgezweigt worden; vielmehr hatte der Staat sie selber als neue, zusätzliche, von irgendwelchen vorwiegend ROTHSCHiLD-kontrollierten Großbanken fröhlich aus nichts geschöpfte «Kredite» aufnehmen müssen. Genau deshalb war er ja nunmehr auch um 240 Milliarden Euro **mehr** «verschuldet» als zuvor. Die Folge davon waren/sind indessen nicht «höhere Zinsen im Bundeshaushalt» im Sinne höherer Zins*sätze*, sondern entsprechend höhere jährliche Zins*zahlungsbeträge* — die **unterm Strich** durch wiederum entsprechend höhere jährliche Nettokreditaufnahmen des Staates «finanziert» wurden und werden, der auf solche Weise völlig PROTOKOLLgemäß nur immer tiefer in die - rein künstliche! - «Schuld» der ROTHSCHILDS und ihrer Konsorten gerät.

Das betrifft jedoch nicht nur Deutschland. In England ließ sich die von der kontrollierten Presse verschämt sogenannte «Londoner City», sprich das Haus ROTHSCHILD samt seinen Konsorten, vom Staat mit sagenhaften umgerechnet 950 Milliarden Euro «retten»[1954]. Um den britischen Staat aber erst einmal in die Lage zu versetzen, soviel «Rettungs»geld aufzubringen, stellte ihm die mitten in der besagten Londoner City angesiedelte und von den ROTHSCHILDS beherrschte *Bank von England* großzügigerweise «immerhin 200 Milliarden Pfund» wie stets in Form sogenannter Kredite zu Verfügung, «25 Prozent der ausstehenden Staatsanleihen»[1955], die sich allerdings nunmehr insgesamt um die besagten 950 Milliarden Euro (ca. 730 Milliarden Pfund) erhöht hatten! Im Klartext: Die ROTHSCHILDS «retteten» sich selber mit selbstgeschöpftem Geld, dies aber unter zwangsweiser Zwischenschaltung des ihnen längst zu Füßen liegenden britischen Staates, der dadurch gleichwohl völlig PROTOKOLLgemäß **noch** tiefer in ihre «Schuld» geriet . . . Verglichen mit diesen Leuten war der Baron von Münchhausen, der sich am eigenen Haarschopf aus dem Sumpf zog, wahrhaftig bloß ein Waisenknabe!

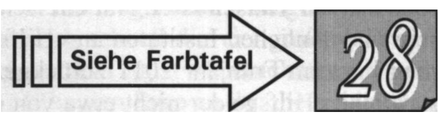
1952 *TORSTENRIECKE*, in: «Handelsblatt», 6./7.5.2011.

1953 «Handelsblatt» (dri), 6./7.5.2011.

1954 Yg] «Handelsblatt» (mm), 6./7.5.2011, wo von «den knapp 950 Milliarden Euro» die Rede ist, «die die Briten für die Rettung der Londoner City aufbringen mußten».

1955 *BANDULET* a.a.O., S. 165.

Zumal die Chuzpe dieser jüdischen Geldkönige hier immer noch nicht Halt machte. Schon 2001 hatte ROBERT MOTZKUHN vor dem raffinierten Agieren der großen international tätigen Investmentbanken gewarnt: mit ihrer «Politik, ,alles aus einer Hand' anzubieten», hätten nämlich «*Goldman Sachs, Morgan Stanley, Merrill Lynch* und andere eine Position erlangt, die nicht ungefährlich ist. Sie privatisieren nicht nur weltweit Unternehmen, sie bewerten die Unternehmen auch. Sie haben somit auch einen großen Einfluß auf den Erlös, den Staaten aus den Privatisierungen erwarten können.»[1956] Daran muß man nicht bloß denken, wenn man liest, daß die Londoner Privatbank *N.M. Rothschild & Sons* schon im Jahre 1985 die damalige britische Regierung in Sachen Privatisierung umfassend «beriet» und dabei nebenher etliche Milliarden Pfund einstrich[1957]. Daran muß man erst recht denken, wenn man erfährt, daß dasselbe Londoner Bankhaus *N.M. Rothschild & Sons* im Juli 2009 ganz direkt an «führende» britische Politiker mit dem sehr ernstgemeinten guten «Rat» herantrat, umgerechnet rund 200 Milliarden Dollar durch die «Privatisierung» des gesamten britischen Autobahn- und Kraftfahrstraßennetzes zu erlösen, um den - dank Bankenrettung - darniederliegenden Staatsfinanzen wieder aufzuhelfen[1958] . . . Man kann sich unschwer ausmalen, wen die ROTHSCHILDS als «Käufer» im Auge hatten: sich selbst und ihren Orbit, die gerade erst auf Staatskosten «Geretteten»!



c) Die Rothschilds & Co. als finanzielle Nutznießer der europäischen Staatsschuldenkrise

Daß und wie sie die Griechenlandkrise vom Zaun gebrochen hatten, wurde schon ausgeführt. Soeben haben wir überdies gesehen, wie die von ihnen ja ebenfalls zu verantwortende Finanzkrise den öffentlichen Schuldenstand aller betroffenen Industrieländer, auch denjenigen Griechenlands, enorm erhöht hatte, ehe sie auf den famosen Gedanken kamen, die schon wieder abklingende Krise flugs auf den Sektor der Staatsschulden auszudehnen und dadurch gewinnbringend zu verlängern. Ohne uns allzusehr in weniger belangreichen Einzelheiten zu verlieren, wollen wir die wichtigsten Gesichtspunkte hervorheben.

Zunächst einmal war die so plötzlich ausgebrochene «Besorgnis» über die angeblich akut gefährdete Zahlungsfähigkeit Griechenlands völlig unglaubwürdig. Sogar in Blättern

1956 *MOTZKUHN a.a.O.,* S. 148.

1957 Vgl. *HLTCHCOCK* a.a.O., S. 199, bezogen auf das Jahr 1985: «*N.M. Rothschild & Sons* berät die britische Regierung bezüglich der Privatisierung von *British Gas.* In der Folge beraten sie die [die ROTHSCHILDS] die britische Regierung bezüglich so gut wie aller ihrer übrigen Privatisierungen von Staatsvermögen: *British Steel, British Coal,* sämtliche britischen regionalen Stromanbieter und sämtliche britischen regionalen Wasserversorger. Sie werden im weiteren Verlauf mehrere Milliarden Pfund an dieser „Beratung" verdienen.»

1958 Ygi *MARK ANDERSON* in: «American Free Press», 25.1.2010, S. 6 über «jüngste Nachrichten von einem radikalen Plan, 200 Milliarden Dollar durch die Privatisierung des - wie die Briten es nennen - „Autobahn-Netzwerks" einzunehmen. Wie britische Quellen melden, wurde der Plan den drei wichtigsten politischen Parteien von *N.M. Rothschild,* der einflußreichen Investmentbank, unterbreitet. Die ROTHSCHILD-Bank, als „eine Architektin so mancher Privatisierung" bezeichnet, lief, wie berichtet wird, in den Wochen vor Beginn der Sommerferien am 21. Juli 2009 zu großer Form auf. Die Bankiers erklärten führenden Politikern, der Verkauf der von der [staatlichen] Autobahn-Behörde beaufsichtigten Straßen - alle Autobahnen und die meisten „großen Hauptstraßen" - könne dabei helfen, die ramponierten öffentlichen Finanzen wieder zu sanieren.»

wie der *Neuen Zürcher Zeitung,* die sich ihrerseits auf die jüdische *New York Times* berief, konnte man hinterher lesen, daß ausgerechnet die heimlichen **ROTHSCHILD**-Großbanken *Goldman Sachs* und *JP Morgan* schon seit rund eineinhalb Jahrzehnten «Instrumente» «entwickelt» hatten, die es «Politikern nicht nur in Griechenland, sondern in den neunziger Jahren auch in Italien und möglicherweise andernorts erlaubt[en], Kredite zu verstecken und über ihre Verhältnisse zu leben»[1959]. Man war also jederzeit über den **selber mutwillig bzw. PROTOKOLLgemäß[1960] herbeigeführten** hohen Schuldenstand Griechenlands und der übrigen PIIGS-Länder genau im Bilde gewesen.

Seit dem Frühling 2010 wurde und wird Griechenland also nun nach Strich und Faden «geholfen», mit Zig und Hunderten von Milliarden Euro, deren Fehlen man ganz unverhofft entdeckt haben will. Und die nun schon eineinhalb Jahre lang beinahe den ganzen Globus bewegende öffentliche Debatte über die erforderlichen Mittel zur «Hilfe», die nötige Höhe und Dauer der «Hilfe», den Sinn oder Unsinn dieser «Hilfe» dient größtenteils nur der Ablenkung vom wahren Hintergrund. Die Drahtzieher können sich ins Fäustchen lachen, denn alle möglichen Leute glauben, hier mitreden zu können bzw. zu sollen, obwohl die wenigsten von ihnen sich ausreichend informiert haben. Da wird beispielsweise völlig korrekt vorgerechnet, daß und warum Griechenland seine Staatsschulden trotz bzw. gerade wegen aller «Hilfen» (die ja sämtlich zusätzliche verzinsliche Neukredite sind!) nie zurückzahlen können wird[1961]. Doch dasselbe gilt ja im aktuellen Schuldgeldsystem für sämtliche anderen bei den **ROTHSCHILDS** & Co. verschuldeten Länder genauso: die Rückzahlung ist weder gewollt noch wäre sie möglich! Anderswo wird vollkommen zutreffend in Wort und Bild «der griechische Teufelskreis»[1962] veranschaulicht: «Sparen» würgt die Wirtschaft ab, reduziert Steuereinnahmen und zwingt den Staat zur Aufnahme noch höherer Schulden, was er vergeblich durch noch härteres «Sparen» zu vermeiden trachtet und so weiter und so fort. Auch das ist ohne echten Neuigkeitswert, denn dieses im aktuellen Schuldgeldsystem ewig wiederkehrende Grundmuster ließ sich - wie weiter oben gezeigt - mustergültig schon im **ROTHSCHILD**-verschuldeten England des frühen 19. Jahrhunderts beobachten, wo jedem staatlichen Sparversuch nach kurzer Zeit notgedrungen der nächste Verschuldungsschub folgte .. .

Dabei kann, wer ernstlich will, doch genau sehen, was tatsächlich gespielt wird. Frei handelbare zweijährige griechische Staatsanleihen, vom Expertenkartell und der Medienmafia mit aller Gewalt schlechtgeredet, fielen am «Markt» bis zum 27. April 2011 durchschnittlich auf rund 60 Prozent ihres Nennwerts und erbrachten jedem, der jetzt zugriff,

[1959] «Neue Zürcher Zeitung» (C.H.), 16.2.2010.

1960 BEI DIESEN Manipulationen ging es den **ROTHSCHILDS** & Co. freilich weniger darum, die Staatsverschuldung zu forcieren, als vielmehr darum, die wirtschaftlich schwachen südeuropäischen Weichwährungsländer um jeden Preis in die europäische Währungsunion bzw. die sog. «Eurozone» mit ihren heuchlerischen «Stabilitätskriterien» zu bugsieren, denn irgendwann und -wo mußte ja endlich ernstgemacht werden mit dem konkreten Aufbau des politischen Kerns der «Einen Welt». Vgl. z.B. *SEBASTIAN BRÄUER* in: «Neue Zürcher Zeitung am Sonntag», 25.4.2010: «Der griechischen Regierung half *Goldman* [Sacfa], den Haushalt schönzurechnen, um die Maastricht-Kriterien zu erfüllen.» Vgl. weiter *BEATRIX ULLRICH* in: «Der freie Mensch» Nr. 5-6 (Mai-Juni) 2010, S. 21 (unter Berufung auf einen Beitrag der Weltnetz-Nachrichtenagentur *www.heise.de* vom 18.2.2010), wo darauf verwiesen wurde, «daß sich Italien - parallel zu den griechischen Tricksereien - schon 1996 von der US-Bank JP *Morgan* dabei hatte helfen lassen, die Maastricht-Kriterien trotz hoher Budgetdefizite zu erreichen».

[1961] *BANDULET* a.a.O., S. 136f.

[1962] *MARTIN KAELBLE/MATHIAS OHANIAN* in: «Financial Times Deutschland», 20.4.2011: «Der griechische Teufelskreis - Harte Konsolidierung würgt Wachstum ab ...»

damit «erstmals» eine Rendite von über 25 Prozent[1963]. Pro Jahr! In harten Euro! Und wer wird da zugegriffen haben? Die **ROTHSCHILDS** und ihre besten Freunde, wer denn sonst, denn nur sie wußten ja ganz genau, daß der von allen möglichen weniger oder gar nicht eingeweihten Spekulanten befürchtete griechische Staatsbankrott und/oder ein Schuldennachlaß auf Kosten der «Investoren» überhaupt nicht eintreten wird - weil ***sie,*** die ***Rothschilds,*** ihn nicht wollen und nicht dulden werden!

Ehe Griechenland sich offiziell «retten» ließ, wurde aber noch ein bißchen Mummenschanz getrieben. Man tat allerorten so, als hätte man überhaupt keine Ahnung davon, bei wem denn die Staaten seit nunmehr fast 200 Jahren unentwegt verschuldet sind und wer selbstherrlich über die Bedingungen zu befinden pflegt, zu denen er ihnen großzügig «Kredite» «gewährt». Im April 2010 wollte daher die griechische Regierung, wie sie behauptete, erst noch einmal den «Markt testen». Denn scheinheilig verkündete offizielle Voraussetzung für die längst fest beschlossene £'t/-Griechenland«hilfe» war, «daß das Mittelmeerland mit der Plazierung einer Anleihe scheitert und dann gegenüber Eurogruppe und *Europäischer Zentralbank (EZB)* den Notfall erklärt. Noch immer hofft die *EU* darauf, daß sich die Griechen ... zu erträglichen Konditionen am Kapitalmarkt Geld leihen können - ohne daß die Europäer einspringen müssen.» Just am kabbalistisch symbolträchtigen **13.** April sollten also privaten «Investoren» Staatspapiere für 1,2 Milliarden Euro angeboten werden, verbunden mit der Ankündigung, wenn die bis zum 20. April keine Abnehmer zum aktuellen Zinssatz gefunden hätten, werde man halt leider, leider den FfZ-Rettungsschirm in Anspruch nehmen müssen[1964]. Jetzt brauchten sich die ROTHSCHILDS und Konsorten nur noch entweder vornehm zurückzuhalten oder ihre Zinsforderungen hochzuschrauben, beim «Kauf» dieser griechischen Staatsanleihen, was sie denn auch taten . ..

Die vielberedete «Umschuldung» fand also zwar - und findet auch weiterhin - statt, aber eben in Form von «Hilfen» seitens anderer Staaten (die /IfF-Mitgliedsländer, die Länder der Eurozone), «Hilfen», welche diese anderen Staaten selber erst einmal bei den **ROTHSCHILD**- und sonstigen Banken als zusätzliche «Kredite» aufnehmen mußten und müssen! Die Rückzahlung der alten, mit unglaublichen 25 Prozent rentierenden Anleihen Griechenlands war und ist somit garantiert - durch die besagten «Hilfen», für *deren* Rückzahlung nicht mehr das marode Griechenland, sondern die «helfenden» Staaten selber geradestehen mußten und müssen. Ein wunderschönes Spiel[1965], bei dem die **ROTHSCHILDS** und ihre Konsorten unter jeder Rücksicht, auch der **PROTOKOLLARISCHEN,** nur gewinnen konnten und können! Zum Beispiel über ihre *Deutsche Bank.* Zwar befand sich die größte Position griechischer Staatsanleihen in der Hand eines gewissen **SPIRO** J. **LATSIS.** Doch der Mann, der als der reichste Grieche gilt, war und ist erneut bloß eine

1963 Lt. *CHRISTIAN KIRCHNER* in: «Financial Times Deutschland», 28.4.2011.

1964 *JANDAMS/FLORIANHASSEL* in: «Die Welt», 12.4.2010.

1965 Außerdem wurde es ja nicht zum ersten Mal angewendet. Diese raffinierte Art der **stillen** «Umschuldung» von schlechten' auf ‚gute' Schuldner unter Erweckung des äußeren Anscheins, der Schuldner habe gar nicht gewechselt (!), hatte der damalige US-Finanzminister **NICHOLAS BRADY**, zweifellos von der Rothschildschen Hintergrundmacht dazu «inspiriert», schon in den 1980er Jahren praktiziert: «Er rettete mehrere lateinamerikanische Länder vor der Staatspleite. Ihre Schulden wurden in Wertpapiere konvertiert [= umgewandelt], die durch US-Staatsanleihen besichert waren» *(GERD HÖHLER* in: «Handelsblatt», 2.5.2011). Damit hatten also die USA die «Bürgschaft» und somit **in letzter Konsequenz** auch die «Rückzahlungs»pflicht für diese lateinamerikanischen Schulden übernommen. - Zuzugebenderweise stellt die jetzt in Sachen Griechenland angewandte Methode hinsichtlich ihrer Eignung zur Verschleierung des wahren Vorgangs eine nochmalige «Verbesserung» dar.

ROTHSCHILD-Frontfigur, nämlich «Chef eines riesigen Finanz- und Bankenimperiums, **an dem wiederum die *Deutsche Bank* und andere internationale Großbanken beteiligt sind»[1966].**

Zwei hochgestellte Persönlichkeiten hatten indes den seltenen Mut, das geschäftliche Interesse der Banken an der Krise wenigstens verschämt *anzudeuten* (und die Presse denjenigen, ihre verschämten Andeutungen zu drucken), obwohl der Name «Rothschild» selbstverständlich genauso tabu war wie die PROTOKOLLE. Der eine der beiden war KLAUS REGLING, frisch ernannter Chef des gerade erst eingerichteten sogenannten «Euro-Rettungsfonds» mit dem offiziellen Kürzel *EFSF* (für das amtliche Wortungetüm «Europäische Finanzstabilisierungsfazilität»), Im Gespräch mit dem *Handelsblatt* antwortete er Anfang Mai 2011 auf die Frage, ob Griechenland eine Umschuldung benötige, so: «Nein, und die Debatte darüber halte ich für völlig überzogen. Nicht nur die Medien heizen diese Diskussion an, sondern auch die Banken. Denn sie könnten mit einer staatlichen Umschuldung viel Geld machen.» Und auf Nachfrage erläuterte er: «In den 80er- und 90er-Jahren haben die Banken für die Restrukturierung von Staatsschulden in Lateinamerika und Asien sehr hohe Honorare kassiert. Das würden sie in Europa gerne wiederholen.» Als nochmals nachgehakt wurde, ob denn die Banken als Inhaber griechischer Staatsschuldpapiere nicht eher Verluste erleiden würden, meinte REGLING schließlich: «Die Verluste der Banken halten sich in Grenzen, die Honorare hingegen wären vielversprechend.»[1967] Zugegeben, das war bei weitem nicht die *ganze* Wahrheit. Das Umschuldungsgerede bescherte ja zu diesem Zeitpunkt den Banken bereits atemberaubende Jahresrenditen auf ihre griechischen Staatspapiere von bis zu gut 25 Prozent; darauf waren sie weit eher erpicht als auf *vergleichsweise* magere Umschuldungshonorare, zumal die Umschuldung doch in Kürze auf dem Umweg über REGLINGS *EFSF* beginnen würde, ohne ihnen auch nur ein Härchen zu krümmen!

Der zweite der beiden war kein geringerer als JEAN-CLAUDE TRICHET, der *EZB*-Präsident persönlich! Er glaube, so wurde gemeldet, «ebenfalls, daß die Banken den Schuldenschnitt Griechenlands herbeireden wollen. TRICHET habe die Finanzminister der Euro-Zone explizit davor gewarnt, sich mit Blick auf Griechenland von den Banken beeinflussen zu lassen, erfuhr das *Handelsblatt* aus Teilnehmerkreisen der Eurogruppe.»[1968] TRICHETS völlig unverhoffte Warnung vor den Banken, denen er doch zeitlebens so treu gedient hatte, erklärte sich offenbar daraus, daß seine Amtszeit sich ohnedies rapide dem Ende zuneigte. Außerdem daraus, daß sie den Bankenvorständen bzw. den ROTHSCHILDS nicht mehr als ein schwaches, verächtliches Grinsen abzunötigen vermochte. Trotzdem sollte er sich das warnende Beispiel seines kurz nach der Pensionierung unter ungeklärten Umständen jäh verstorbenen Amtsvorgängers DUISENBERG vor Augen halten und auf der Hut sein ...

Daß gerade die verdeckten ROTHSCHILD-Banken die «Unumgänglichkeit» einer «Rettung» Griechenlands und weiterer PIIGS-Staaten eifrig herbeizureden suchten, erhellte im übrigen aus Schlagzeilen in der Wirtschaftspresse wie etwa «*Morgan Stanley* glaubt an Staatspleite in Europa», verbreitet wohl kaum zufälligerweise von der Nachrichtenagentur des neuen Milliardärs MICHAEL BLOOMBERG. Demnach hatte der ebenfalls jüdische Chefvolkswirt von *Morgan Stanley*, JOACHIM FELS, irgendwo «geschrieben» (wo, wurde nicht mitgeteilt . . .), aufgrund «der Renditeaufschläge, die für Staaten der Peripherie wie Griechenland und Portugal weiter zunehmen», werde es «immer wahrschein-

1966 ¡*MORRIS* a.a.O., S. 86; Hervorh. hinzugefügt.

1967 *KLAUS REGUNG* im Gespräch mit *RUTH BERSCHENS* in: «Handelsblatt», 2.5.2011.

1968 *RUTH BERSCHENS* in: «Handelsblatt», 2.5.2011.

licher, daß die Hoffnungen der Regierungen der Euro-Zone, mit der bloßen Existenz des *EFSF* die Märkte zu beruhigen und die Fazilität nie in Anspruch zu nehmen, enttäuscht werden könnten»[1969].

Natürlich war das eine «Prophezeihung», die sich selbst erfüllen mußte. Erst kam das 110-Milliarden-Euro-«Paket» für Griechenland, dann ‚schlüpfte', wie es im Jargon der Medien so schön hieß, Irland, nach ihm auch Portugal widerwillig ‚unter den Euro-Rettungsschirm'. Der umfaßte im April 2011 insgesamt bereits 750 Milliarden Euro an Krediten bzw. Kredit-Garantien, von denen *pro forma* genau ein Drittel, nämlich 250 Milliarden auf den *IWF* entfielen, 440 Milliarden auf die *EFSF* und weitere 60 Milliarden Euro auf den ££/-Haushalt[1970]. Für Deutschland und die übrigen Staaten der Eurozone hieß das in der Praxis, daß sie 1. als Mitglieder des *IWF*, 2. als Mitglieder der *EFSF* und 3. als Mitglieder der *EU* die angeblich «nötigen» Mittel für alle diese «Rettungen» «bereitzustellen», also ihrerseits bei den (ROTHSCHILD-)Banken als zusätzliche «Schulden» aufzunehmen hatten!

Mit denen war denn auch *EFSF*-Chef KLAUS REGLING im Spätsommer 2010 schon fleißig im Geschäft. «Täglich besuchen ihn Vertreter großer Banken», berichtete der *Spiegel*, «sie alle bewerben sich um ein Beratungsmandat, um EFSF-Anleihen am Markt zu plazieren.» Das war natürlich schlau, denn wenn sie gleich selber als Käufer statt als bloße «Berater» und «Plazierer» aufgetreten wären, hätte man ja ganz offiziell genau gewußt, aus wessen Händen die schönen, neugeschöpften «Kredite» stammten . . . Der *Spiegel* freilich war sogleich dabei behilflich, in alle möglichen anderen Richtungen zu zeigen, möglichst weit weg von den ROTHSCHILDS und ihrem Orbit. In Peking sei Herr REGLING kürzlich gewesen, wußte das Magazin zu vermelden, «wo er den Staatsfonds Chinas und Singapurs die *EFSF* präsentierte. Beide zeigten sich interessiert an den neuen Anlagemöglichkeiten aus Europa.» Und, natürlich, die «milliardenschweren Pensionsfonds aus den USA» wolle REGLING «demnächst» ebenfalls mit einer «Werbetour» beglücken[1971].

Da war sogar der «neue Milliardär» und notorische ROTHSCHILD-Vasall GEORGE SOROS, der Mann mit dem ‚**großen Geld, das die Geschichte macht'** (vgl. Bd. 1/2, S. 673), noch ehrlicher. Er gab wenigstens zu, daß es in erster Linie **die Banken** sind, die Staatsanleihen, natürlich auch diejenigen von REGLINGS *EFSF*, zu «kaufen» pflegen. Kaum hatte nämlich die hiesige Bundesregierung im Juni 2010 in anscheinend sogar ernstgemeinter Weise von Sparpolitik, Haushaltskonsolidierung und Schuldenabbau zu reden begonnen, da protestierte SOROS gegenüber der hocheingeweihten Wochenzeitung *Die Zeit* lautstark gegen diese erstaunlich naiven Ankündigungen. Nein, ein Schuldenabbau .sei völlig kontraproduktiv, warnte er, denn damit zwinge Deutschland dem Rest Europas «eine falsche Wirtschaftspolitik auf. Es sei zur Überwindung der Krise jedoch besser, mehr Geld auszugeben und so Wachstum zu schaffen.» Unter den Vorgaben des **aktuellen Schuldgeldsystems** war diese Argumentation sogar korrekt. Das für uns ei-

1969 Bloomberg-Meldung in: «Financial Times Deutschland», 10.9.2010.

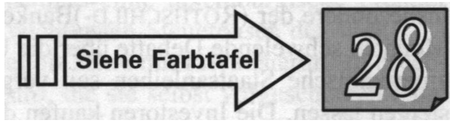
1970 Vgl. z.B. «Der Spiegel» Nr. 36/2010, S. 76 (Graphik); «Financial Times Deutschland», 8.4. 2011. - Nach anderslautenden, noch genaueren Angaben («HNA», 19.4.2011, Graphik) sollten allein die 17 Staaten der Eurozone sogar insgesamt 700 Milliarden Euro an Hilfsgeldem aufbringen, davon 80 Milliarden als «Bareinzahlung», die restlichen 620 Milliarden als «Garantien und abrufbares Kapital», wobei allerdings nur 500 Milliarden für die «effektive Kreditvergabe» und die 200 übrigen Milliarden als «Übersicherung der Kredite» gedacht waren.

1971 CHRISTIANREIERMANN in: «Der Spiegel» Nr. 36/2010, S. 78.

gentlich Bedeutsame kam aber erst zum Schluß: «SOROS riet den £¿/-Staaten zudem, sich nicht nur auf eine Senkung der Staatsschulden zu konzentrieren, sondern die Banken mit Mitteln aus dem europäischen Rettungsfonds zu rekapitalisieren. Denn die Banken könnten wegen ihrer ramponierten Bilanzen keine Staatsanleihen mehr kaufen, weshalb die Staaten in Finanzierungsnöte kämen, sagte SOROS dem Wochenblatt.»[1972]

Diese gezielte Wortmeldung war aus gleich mehreren Gründen hochinteressant:

* Hier ließ sich direkt beobachten, wie die ROTHSCHILDS vermittels ihrer Galionsfigur SOROS der deutschen Bundesregierung einen todernst gemeinten Warnschuß vor den Bug verpaßten: **Senkung der Staatsschulden definitiv unerwünscht!**
* Des weiteren wurde einmal mehr klar, was alle törichten Warner vor dem «Staatsbankrott» partout nicht wahrhaben wollen: die Rothschildsche Hintergrundmacht unternimmt derzeit alles, um jede etwaige Staatspleite in der westlichen Welt, **insbesondere aber in Europa,** zu verhüten, weil das den gerade erst erfolgreich installierten «Embryo» des PROTOKOLLARISCHEN Weltstaats, die *Europäische Union* mit ihrer Einheitswährung, wieder zersprengen würde.
* SOROS redete - wahrheitsgemäß! - weder von chinesischen Staatsfonds noch von amerikanischen Pensionsfonds als **maßgeblichen** «Käufern» europäischer Staatsanleihen, sondern ausschließlich von **den Banken!**
* Dabei enthüllte der ROTHSCHILD-Vasall SOROS - der faktischen Unangreifbarkeit seiner Sache offenbar absolut gewiß - mit beeindruckender Offenherzigkeit die schamlos zynische Absurdität der immer noch weiter laufenden «Bankenrettungen»[1973]: die Staaten nehmen bei den «ramponierten» Banken «Kredite» auf, geben sie denselben Banken als «Hilfe» zurück und versetzen damit dieselben Banken «wieder» in die Lage, ihnen, den Staaten, aus ihren «Finanzierungsnöten» zu «helfen» - **die sie gar nicht hätten,** wenn sie ihrerseits den Banken nicht «hülfen», **sondern das aktuelle Schuldgeldsystem ohne Wenn und Aber auf den Müll kippten und ab sofort ihr Geld selber herausgäben!**



Ja, wenn Dummheit weh täte, könnte man es in ganz Deutschland, in der ganzen *EU* vor unaufhörlichem Jammergeschrei nirgends mehr aushalten[1974]. Doch sie tut den mit ihr Geschlagenen überhaupt nicht weh, und so läßt sich denn auch das breite Publikum derartig boshaften Aberwitz nicht nur einmal, sondern

[1972] «Oberhessische Presse» (haz), 24.6.2010: «US-Spekulant greift Deutschland an - MERKELS Politik eine Gefahr für Europa - Der legendäre US-Großspekulant GEORGE SOROS sieht die Sparpolitik der Bundesregierung als Bedrohung für den Euro, die *Europäische Union* sowie den Frieden auf dem Kontinent.»

1973 vg] *KLAUS REGUNG* im Gespräch mit *RUTH BERSCHENS* in: «Handelsblatt», 2.5.2011: «In Griechenland sind etwa zehn Prozent des gesamten Kreditpakets für den Bankensektor vorgesehen. Eine ähnliche Größenordnung könnte ich mir auch für Portugal vorstellen.» - Tatsächlich waren es dann im Falle Portugals sogar über 15 Prozent: 12 der 78 Milliarden Euro «Hilfe» gingen an die portugiesischen Banken (lt. «Handelsblatt», 5.5.2011)!

[1974] Selbst den allerwenigsten Experten will der organisierte Schwachsinn als solcher auffallen - sind sie wirklich so dämlich, oder furchten sie um ihre Karriere? Eine rühmenswerte Ausnahme bildet der Wiener Ökonom FRANZ HÖRMANN, der gegenüber der Wiener Tageszeitung *Der Standard am* 13.10.2010 zu bedenken gab: «Die Zusammenhänge sind auch völlig absurd, wenn man sich folgendes überlegt: Der Staat verschuldet sich bei den Banken, um die Zinsen der Schulden, die er bei den Banken hat, zu begleichen oder um die Banken zu retten, bei denen er selber Schulden hat. Da versteht ja keiner mehr, wer eigentlich bei wem Schulden hat und was Schulden eigentlich sind» (zit. n. *MORRIS* a.a.O., S. 94).

zu wiederholten Malen widerspruchslos vorsetzen! Nachdem SOROS, der sich das am ehesten leisten konnte, ohne irgendwelche Unannehmlichkeiten furchten zu müssen, mit frecher Stirn vorangegangen war, folgte der Präsident der luxemburgischen Zentralbank, YVES MERSCH, mit einem ähnlich famosen Vorschlag. Anstelle der *EZB*, die das ja eigentlich gar nicht durfte und trotzdem getan hatte[1975], könne doch der neue europäische Rettungsschirm, also die *EFSF*, das «Mandat» erhalten, «Staatsanleihen aufzukaufen», regte MERSCH an[1976]. Und dies, obwohl die *EFSF* selber nur durch von den Banken «angekaufte» Staatsanleihen finanziert wurde und wird! Aber zuzugebendermaßen hatte seine Anregung dennoch eine gewisse Logik, hätte ihre Verwirklichung doch nur verdeutlicht, was unvermerkt ohnedies geschieht: Mittels der *EFSF* bzw. des gesamten 750 Milliarden Euro schweren Euro-Rettungsschirms werden Staatsanleihen mehr oder weniger maroder europäischer Länder, die bei den überwiegend ROTHSCHLLD-kontrollierten Banken liegen und dort saftige Zinsgewinne abwerfen, unauffällig-elegant in Anleihen der wirtschaftlich solideren Staaten transformiert bzw. durch sie nunmehr zumindest «garantiert», ohne daß deshalb die vorgenannten maroden Staaten im geringsten aus der Schuldknechtschaft entlassen würden!

Dafür steigen aber die Zinseinkünfte der ROTHSCHILDS & Co. - letztlich auf Kosten der (den Banken oder gar anderen Ländern) «helfenden» Staaten bzw. zu Lasten *ihrer* dadurch schneller wachsenden Verschuldung. Kaum hatte die Bewertungs-Agentur *Fitch* im Mai 2010 Spaniens Kreditwürdigkeit herabgestuft, stiegen die Zinsen für zehnjährige spanische Staatsanleihen auf 4,2 %, während vergleichbare deutsche Papiere «nur» mit 2,6 % verzinst wurden. Sogar die USA mußten sich ein Jahr später dasselbe üble Spiel gefallen lassen. Schon die bloße «Androhung» durch *Standard & Poor 's*, die aktuelle Bewertung der amerikanischen Kreditwürdigkeit könne eventuell binnen der nächsten zwei Jahre gesenkt werden - der «Dank» der ROTHSCHILDS & Co. für die «Rettung» ihrer Banken durch die US-Regierung! - ließ die Zinsforderungen der «Investoren», d.h. insbesondere der (ROTHSCHLLD-)Banken und/oder ihrer *FED*, weiter klettern. «Die seit Monaten schwelende Debatte über die US-Verschuldung hat die Rendite für zehnjährige amerikanische Staatsanleihen seit vergangenem Herbst von 2,4 auf rund 3,4 Prozent steigen lassen. Die Investoren kaufen die Papiere also weiterhin, lassen sich das höhere Risiko jedoch honorieren.»[1977]

Noch nicht ausführlicher gesprochen haben wir von der Privatisierung griechischen Staatseigentums als einem vorgeblich probaten, in Wirklichkeit völlig untauglichen Mittel zur Verminderung von Athens Staatsschulden. Dahinter steckt etwas ganz anderes: die ROTHSCHILDS & Co. lauern auf den dank eiliger ,Notverkäufe' besonders preisgünstigen Erwerb hochrentierlicher Sachwerte. Die Privatisierung wurde denn auch im Frühling 2011 nicht umsonst mit so verdächtigem Eifer fortwährend angemahnt:

1975 Lt. *MARTINA WEWETZER* in: «HNA», 29.4.2011 hatte die *EZB* bis Ende 2010 «72 Mrd. Euro für Anleihen angeschlagener ¿'[/-Staaten ausgegeben». An die heimliche ROTHSCHILD-Kontrolle der *EZB* sollte man sich in diesem Zusammenhang unbedingt erinnern ...

1976 Lt. *MARK SCHRÖRS,* der mit YVES MERSCH gesprochen hatte, in: «Financial Times Deutschland», 11.10.2010.

1977 *HEINZ-ROGER DOHMS/ANDRE KÜHNLENZ/MATHIAS OHANIAN* in: «Financial Times Deutschland», 19.4.2011. - Die Rendite ist zwar nicht mit den Zinsen identisch, resultiert aber aus dem Zinssatz einerseits und dem je aktuellen Kurswert der Anleihen am «Markt» andererseits. Steigende Zinsen erhöhen die Rendite ebenso wie fallende Kurse (letztere erhöhen sie freilich nicht für den Halter, sondern nur für den je aktuellen Käufer). Bei längerfristigem Renditeanstieg tragen nicht selten beide Faktoren dazu bei.

* 12. Mai: «Die *Europäische Zentralbank (EZB)*, der *Internationale Währungsfonds (IWF)* und die £{/-Kommission drängen auf schnellere Privatisierungen in Griechenland. 15 Mrd. Euro sollen durch Verkäufe bis 2013 eingenommen werden, 50 Mrd. Euro bis 2015. Athen plante zunächst nur 1 Mrd. Euro ein. . .. Der Staat sitzt allein auf Immobilien im Wert von geschätzt 300 Mrd. Euro - nahezu die Gesamtverschuldung Griechenlands.»[1978]
* 15. Mai: «Der *Internationale Währungsfonds (IWF)* legt Griechenland nahe, seine erdrückenden Schulden durch entschlossene Privatisierungen abzubauen. Griechenland sei „ein Land, in dem die Regierung ein außerordentlich großes Portfolio an Besitz hat, viel größer als in anderen Ländern Europas", sagte /IFF-Europachef ANTONIO BORGES ... in Frankfurt. „Das schafft eine Möglichkeit, die anderswo nicht existiert." Die griechischen Schulden seien „sehr groß", doch der Regierungsbesitz sei auch „sehr, sehr groß". . . . BORGES sagte, es gebe in Athen eine staatliche Grundstücksagentur, die Grundeigentum im Wert von 280 Mrd. Euro besitze. „Das ist nur das Grundbesitzportfolio und schließt nicht die Unternehmensanteile in börsennotierten Firmen und anderen wertvollen Besitz ein", sagte der/HF-Europachef. Auch JEAN-CLAUDE JUNCKER, Chef der Euro-Finanzminister, machte Druck. Die griechische Regierung müsse bei Privatisierungen „erhebliche Fortschritte" machen.»[1979]
* 16. Mai: «In dieser Woche treffen sich die £i/-Finanzminister. Sie müssen darauf pochen, daß Griechenland auch wirklich seinen Anteil aufbringt. Und dazu gehört dann beispielsweise die Umsetzung des angekündigten Privatisierungsprogramms. Dieses Programm muß wirklich kommen, das wäre ein wichtiges Signal.»[1980]
* 18. Mai: «Europas größter Schuldensünder Griechenland kommt massiv unter Druck. Die ¿'{/-Partner verlangen, daß Athen mehr Tempo beim Sparen macht und sein Tafelsilber verkauft. „Die Privatisierung in Griechenland ist in Verzug, das muß sich ändern", sagte die französische Wirtschaftsministerin CHRISTINE LAGARDE ... in Brüssel.»[1981]
* Ende Mai: Er gehe davon aus, sagte der hocheingeweihte luxemburgische Premier JEAN-CLAUDE JUNCKER (er verwaltet eine der wichtigsten Steueroasen der Welt . . .) dem *Spiegel*, «daß die griechische Regierung über die Jahre mit Privatisierungen erheblich mehr erlösen kann als die 50 Milliarden Euro, die sie selbst vorgeschlagen hat». Und die *EU* werde «das Privatisierungsprogramm künftig so eng begleiten, als würden wir es selbst durchführen»[1982].

Dieses ungeduldige Schieben und Drängen muß man, um seinen Hintergrund besser zu verstehen, zu der geflissentlichen Selbstdarstellung diverser ROTHSCHILD-Unternehmen in Beziehung setzen. Die *Rothschild Capital Group* empfiehlt sich so: «Bis zum Jahr 2000 hat ROTHSCHILD u.a. fast 40 Regierungen im Rahmen von Privatisierungen beraten.»[1983] Die Frankfurter ROTHSCHILD-Niederlassung ihrerseits wirbt im Weltnetz unter *www.rothschild.de* ebenfalls um «Beratungs»aufträge: «Mit seinen rund 950 beratenden Bankern in mehr als 35 Ländern weltweit ist ROTHSCHILD der bevorzugte [!] Berater von Regierungen [!], Finanzinstituten, Unternehmen und Privatpersonen.»[1984]

[1978] *MARKUSBERNATH* in: «Financial Times Deutschland».

1979 *WOLFGANG PROISSL/MARK* ***ScHRöRS*** *'M:* «Financial Times Deutschland».

1980 Österreichs Zentralbank-Chef *EWALD NOWOTNY* im Gespräch mit *MARIETTA KURM-ENGELS/ STEFAN MENZEL* in: «Handelsblatt».

[1981] Dpa-Meldung in: «HNA».

[1982] *JEAN-CLAUDE JUNCKER* im Gespräch mit *MICHAEL SAUGA/CHRISTOPH SCHULT* in: «Der Spiegel» Nr. 21/2011, S. 65.

[1983] Zit. n. *MORRIS* a.a.O., S. 194.

[1984] Zit. n. ebd. S. 187.

Griechenland wäre zwar entschieden besser ‚beraten', sich genau *diesen* aufdringlichen ‚Ratgebern' *nicht* anzuvertrauen, doch wird es ihrem ‚hilfreichen' Zugriff schwerlich entkommen. Wer sich dann am Ende im fröhlichen Besitz ganzer Landstriche Griechenlands wie auch eines Großteils seiner Infrastruktur[1985] befinden wird - dreimal, liebe Leser, dürfen Sie (zwar nicht be-, aber doch) raten!

Kommen wir zum letzten Punkt. Die gewaltigsten «Rettungsanstrengungen» für die verdeckten ROTHSCHILD- und sonstigen (kleineren) Großbanken entfielen auf die Vereinigten Staaten, die gleichzeitig als PROTOKOLLARISCHER Büttel bzw. sogenannter «Weltpolizist» seit Jahrzehnten unter einem gigantischen Rüstungshaushalt und allen möglichen «Polizeieinsätzen» vom Irak über Afghanistan bis nach Libyen ächzen, den ihnen die ROTHSCHILDS & Co. durch eine immer rapider wachsende Staatsverschuldung aus nichts «finanzieren». Dem Dollar tat das allerdings zuletzt an den Devisenmärkten nicht mehr gut. Da die ROTHSCHILDS und Konsorten ihn aber noch als Weltleit- und -reservewährung brauchen, solange die rein elektronische Weltwährung nicht eingeführt werden kann (das wird erst nach dem Herrschaftsantritt des Antichristen möglich sein), mußte man ihn also gegenüber dem Euro und dem Yen, an denen er hauptsächlich «gemessen» wird, stützen. Beide Krisen wurden nun auf je eigene Weise dazu benutzt, den gewaltig (pseudo-)inflationierten Dollar vor allem im Vergleich zum Euro immer wieder aufzupolieren.

a) Unmittelbar vor ihrer Auslösung der Hypothekenkrise in den USA hatten die verdeckten US-ROTHSCHILD-Banken europäischen Geldhäusern, teilweise auch ihren eigenen (!), bevorzugt aber den anderen (z.B. deutschen Landesbanken), eine große Menge gebündelter fauler Hypotkenpapiere angedient. Die europäischen Banken kauften die Papiere gegen Dollars, die sie sich *kurzfristig* liehen. In der Krise stellten sich die Hypothekenpapiere dann zwar als wertlos heraus, doch die für ihren Kauf aufgenommenen Dollar-Kredite mußten weiter mit ebenfalls in Dollar zu zahlenden Zinsen «bedient» und immer wieder kurzfristig umgeschuldet werden. Diese Dollarkredite waren für die europäischen Banken letztlich immer nur in den USA zu bekommen. Dort sorgten diese europäischen Banken also - zur längerfristigen Bedienung ihrer ursprünglich nur als kurzfristige Überbrückungen von Hypotheken-Spekulationsgeschäften gedachten Kredite **gezwungen - unfreiwillig** für eine konstante «Nachfrage» nach dem Dollar. Und diese Nachfrage hielt den Kurs des von der *FED* munter (pseudo-)inflationierten Dollars gegenüber dem Euro **künstlich** hoch. «Die Zeitungen schrieben, der Dollar sei stark, weil er in der Finanzkrise als „sicherer Hafen" gelte. Ein kompletter Unsinn! Niemand kaufte den Dollar, weil er ihn haben wollte. Die Banken in Europa fragten ihn nach, weil sie ihren Verpflichtungen nachkommen mußten, weil sie sich verspekuliert und im Dollar verschuldet hatten. . . . Auf diese Weise fügte sich die US-induzierte Finanzkrise perfekt in die globalstrategische Zielsetzung der USA **[nein, der ROTHSCHILDS & Co.!],** den Dollar als Leitwährung zu erhalten, ein.»[1986]

1985 Vgl Dpa-Bericht in: «HNA», 18.6.2011: «Zum Verkauf stünden unter anderem [!!]: * 17 Prozent der staatlichen Elektrizitätsgesellschaft (*DEI*). * Der alte Athener Flughafen *Hellenikon.* * Eine Beteiligung am neuen Großflughafen Athens *Eleflherios Venizelos.* * Das griechische staatliche Lotterie- und Wettunternehmen (*OPAP*) sowie die Landwirtschaftsbank *(ATE).* * Auch die staatliche Eisenbahn *(Trainose),* die Gaswerke und die Wasserwerke in der Hafenstadt Thessaloniki sollen privatisiert werden. * 75 000 Häuser, Wohnungen und Grundstücke, darunter mehrere Kleininseln.»

1986 *BANDULET* a.a.O., S. 100f. - Der Autor, letztlich jemand aus dem Serail (ehemals Mitglied der Chefredaktion des hocheingeweihten SPRINGER-Blatts *Die Welt),* würde sich vermutlich

b) Die Griechenlandkrise wurde denkbarerweise sogar ursprünglich *in erster Linie* zum selben Zweck der Stützung des trotz allem schon wieder bedrohlich schwächelnden Dollars vom Zaun gebrochen, ehe man sich entschloß, sie zum Hebel für den weit ambitionierteren Zweck der längst fälligen **totalen** «politischen Integration» Europas zu machen. Die Aktion war wunderschön orchestriert: Anfang bis Mitte Dezember 2009 setzte 1. die *EU* ein verschärftes Defizitverfahren gegen Griechenland in Gang, senkten 2. kurz nacheinander die beiden ROTHSCHILD-hörigen Bewertungsagenturen *Fitch* und *Standard & Poor 's* die Bonität Griechenlands auf sogenanntes «Ramschniveau», begannen 3. die ROTHSCHILDS und ihr Orbit am «Markt» ihre spekulativen Angriffe auf den Euro einerseits und auf griechische Staatsanleihen andererseits. «Die Hedgefonds und Banken verkauften ab November/Dezember 2009 den Euro leer[1987], bis er unter der Last der Attacke zusammenbrach, und gleichzeitig verkauften sie griechische Staatsanleihen und trieben damit die Kosten der Kreditausfallversicherungen auf diese Anleihen in die Höhe. Die teurer werdenden Kreditausfallversicherungen dienten als Argument für fallende griechische Rentenkurse [Rente = Staatsanleihe] - und umgekehrt.»[1988] Ab diesem Zeitpunkt ließen sich Dollar und Euro auf das prächtigste gegeneinander auspielen, indem die gelenkten Medien immer schön abwechselnd bald das Auseinanderbrechen der europäischen Währungsunion und das Ende des Euros, bald eine ausufernde amerikanische Staatsverschuldung samt drohender Dollar-Hyperinflation an die Wand malten . . . Zugleich ließen sich am dadurch extrem «volatil» gewordenen Devisenmarkt mühelos Milliardengewinne machen.

Zwei beliebig herausgegriffene Beispiele genügen, das zu belegen. Anfang Oktober, mit einem Abstand von vier Monaten, blickte die *Financial Times Deutschland* unter der ironisch zu verstehenden Überschrift «Der Devisenprofi empfiehlt» sarkastisch auf die heuchlerischen Unkenrufe zurück, die nicht zuletzt sie selber seinerzeit mit Fleiß in die Öffentlichkeit zu bringen geholfen hatte: «Am 7. Juni markierte der Euro sein Jahrestief bei 1,19 Dollar. Hier die schönsten Bankensprüche von damals. *BNP Paribas:* Wir sehen den Euro in Q3 2011 bei 0,97 Dollar. *Morgan Stanley:* Der Euro wird aus strukturellen Gründen noch weiter fallen, vielleicht auf Niveaus von 2003 (knapp über der Parität). *UBS Singapur:* Wir bleiben Euro-Bären, sehen ihn in drei Monaten bei 1,15 Dollar. *Goldman Sachs:* Bis Jahresende wird der Euro aufgrund der sich verschlimmernden Schuldenkrise auf 1,15 Dollar fallen. Die *Royal Bank of Canada* zu dem Thema: Aufgrund fehlender Nachfrage für die Währung wird der Euro auf 1,10 Dollar fallen. Das in London beheimatete *Centre for Economics and Business Research:* Der Euro wird 2011 bis zur Parität mit dem Dollar fallen, bevor der Euro-Raum zwingend auseinanderbricht.» Und so weiter und so fort. «Klar sind nachher alle klüger», endete die Glosse, «doch daß die Kurse die Prognose machen und nicht umgekehrt, hat sich hier wieder gezeigt.»[1989]

lieber die Hand abhacken, als auch nur ein einziges Mal den Namen ROTHSCHILD in irgendeines seiner Manuskripte zu tippen (vgl. das Personenregister seines hier zitierten Buches, wo er restlos fehlt). Das macht seine ansonsten noch so kompetenten und zutreffenden Analysen schlußendlich zu feiger Desinformation - aber damit steht er ja absolut nicht alleine da.

1987 Zur Erinnerung: «leer» verkauft werden an den spekulativen Finanzmärkten Wertpapiere oder - in diesem Falle - Devisenbestände, die der Verkäufer (noch) gar nicht als Eigentum besitzt, sondern bloß geliehen hat («gedeckter» Leerverkauf) oder gar zu besitzen bloß vortäuscht («ungedeckter» Leerverkauf)!

1988 *BANDULET* a.a.O., S. 21.

1989 «Financial Times Deutschland», 11.10.2010.

Was wirklich passiert war, durfte das Blatt natürlich nicht sagen: Als die ROTHSCHILDS den Euro Anfang Juni 2010 genügend heruntermanipuliert hatten, um den Dollar wieder vergleichsweise hell erstrahlen zu lassen, fuhren sie zwar fort, den Euro nach Kräften schlechtzureden, kauften ihn aber gleichzeitig in großen Mengen mit nunmehr teuren Dollars billig auf (immer noch das uralte, simple Erfolgsrezept von Urahn NATHAN 1815!), um ihn nach dem dadurch bedingten kräftigen Kursanstieg gemächlich wieder in billiger gewordene Dollars zurückzutauschen - mit Gewinnen im zweistelligen Prozentbereich!

So hoch können die Spekulationsprofite zwar nicht ständig sein. Doch der ultraschnelle elektronische Hochfrequenzhandel an den Devisenbörsen (kaufen und wieder verkaufen im Sekundenbruchteil-Takt!) freut sich auch schon über Doppelmanöver nach Art desjenigen, das am 18. April 2011 viele uneingeweihte Mitspieler erfolgreich verunsicherte und um Spieleinsätze in unbekannter, aber insgesamt zweifellos nicht unbeträchtlicher Höhe erleichterte: «Die **Gerüchte um eine mögliche Umschuldung Griechenlands** haben den Euro zum Wochenbeginn abrutschen lassen. Im Tief sank die Gemeinschaftswährung am Montag auf 1,4216 Dollar. Sie kostete damit deutlich weniger als im frühen Handel. Am Nachmittag stieg der Euro im Zuge des **gesenkten Ausblicks für die USA durch die Rating-Agentur S&P** wieder über die Marke von 1,43 Dollar, konnte sich auf diesem Niveau aber nicht lange halten. Zuletzt war die Gemeinschaftswährung noch 1,4202 Dollar wert.»[1990] Ja, das war sie, die oben schon erwähnte «Schaukel»: morgens beängstigende Gerüchte über griechische Staatsschulden streuen, auf daß der Dollar gegenüber dem Euro steige, nachmittags die Bewertung der Bonität von US-Staatsschulden senken, auf daß der Dollar gegenüber dem Euro wieder falle! Wer dieses Manöver geplant und durchgeführt hatte - und es ist sonnenklar, wer das war! - konnte an diesem einen einzigen Tag mit jedem vormittags investierten Dollar vermutlich irgendwo zwischen einem halben und einem ganzen Euro-Cent Gewinn machen, mit 10 Milliarden Dollar - für die ROTHSCHILDS ein «Pappenstiel» - also vielleicht 70 Millionen Euro. Er konnte nachmittags das Spiel in umgekehrter Richtung wiederholen und jetzt mit jedem investierten Euro rund 0,8 Dollar-Cent Gewinn erzielen, mit 10 Milliarden Euro also 80 Millionen Dollar! Zusammengenommen ein Tagesgewinn von rund 150 Millionen Dollar oder Euro, eine Tagesrendite von atemberaubenden 1,5 Prozent, die einer Jahresrendite von weit über 450 Prozent entspräche! Warum der Euro dann schließlich doch wieder fiel? Na, genau deswegen! Weil die ROTHSCHILDS ihn am Nachmittag massenhaft gegen billigere Dollars «auf den Markt geworfen» hatten!

d) Die jüngste Entwicklung

Während die Staatsschuldenkrise kein Ende nehmen will, wurde die Banken- oder Finanzkrise im Frühjahr 2011 für beendet erklärt. Überall waren in der Krise laute Rufe nach verschärfter Regulierung der Banken und Fonds erschollen, Politik und Fachwelt hatten große Dinge versprochen - doch geschehen war letztlich so gut wie nichts. Wer wußte, wie fest die ROTHSCHILDS und ihr Orbit gerade aufgrund der protokollarischen Verschuldung der Staaten längst im Sattel saßen, hatte freilich von vornherein nichts anderes als genau das erwartet.

Auf dem Höhepunkt der Krise mußten sie indessen wenigstens den Anschein rigiderer Kontrolle erwecken, die ROTHSCHILDS & Co. Und da sie sich in den USA just von ihrer eigenen *FED* «beaufsichtigen» lassen, verfügte eben die *FED* Anfang 2009 publi-

[1990] Dpa-Meldung in: «HNA», 19.4.2011; Hervorh. hinzugefügt.

kumswirksam, jede Bank müsse sich eine etwa beabsichtigte «höhere» bzw. «großzügige» Gewinnausschüttung an ihre Eigentümer jeweils einzeln von ihr, der *FED*, genehmigen lassen .. . Das war natürlich ein enorm auslegungsfähiges Kriterium. Die Farce ging aber noch weiter. Mitte März 2011 kam die *FED* zu dem Schluß, die Krise sei nunmehr bewältigt und die Banken dürften wieder Dividenden völlig nach eigenem Ermessen ausschütten. Vorher hatte sie nach eigenem Bekunden noch einen «Streßtest von insgesamt 19 Großbanken» durchgeführt, dies freilich wie folgt (man verkneife sich das Lachen, so man es fertigbringt...):

a) «Im Rahmen der Streßtests hatte die Notenbank nicht selbst die Bilanzen geprüft, sondern lediglich bei den Instituten angefragt, wie diese mit ökonomischen Belastungen wie etwa einer Rezession umgehen könnten.»
b) «Die Ergebnisse bleiben vertraulich .. .»[1991]

War denn im Emst etwas anderes zu erwarten gewesen, wenn die Rothschildsche *FED* die Rothschildschen Großbanken «testete»? Alles, was ihnen *wirklich* in die Parade gefahren wäre, wurde hingegen erfolgreich abgewimmelt:

* Bundeskanzlerin MERKEL raffte all ihren Mut zusammen und verfügte im «nationalen Alleingang» ein Verbot ungedeckter Leerverkäufe von Staatsanleihen. Mit solchen ungedeckten Leerverkäufen griechischer Staatsanleihen hatten, wie weiter oben dargelegt, die ROTHSCHILDS & Co. ja die Staatsschuldenkrise erst ins Rollen gebracht. Aber MERKEL blieb mit ihrer Initiative im Regen stehen. «Die Regierung in Paris hat nicht die Absicht, dem deutschen Beispiel zu folgen», meldete hämisch die Presse. «Auch die ¿¿/-Kommission hält nichts von Verboten. Leerverkäufe würden die Liquidität der Märkte befördern und könnten daher durchaus nützlich sein, meinen die Finanzmarktexperten der Kommission.»[1992] Klar, nützlich für die ROTHSCHILDS & Co.! Deshalb schimpfte auch der Präsident des *Bundesverbands deutscher Banken,* ANDREAS SCHMITZ, das deutsche Leerverkaufsverbot «habe für einen „schmerzlichen Vertrauensverlust an den Märkten" gesorgt»[1993]. FRED TAYLOR, Chef des angeblich «größten Währungsfonds der Welt», also unbedingt anzunehmenderweise einer ROTHSCHILD-Frontgesellschaft, warnte kurz darauf nochmals, sollten sich «die europäischen Regierungen» «auf ein Verbot aller Leerverkäufe von Euro-Staatsanleihen einigen», dann wäre das «eine Katastrophe»[1994]. Nun denn, die Regierungen hatten verstanden . . .
* Dadurch nunmehr vollends ewimutigt, legte die Bundesregierung zu rein kosmetischen Zwecken einen Gesetzesentwurf vor, mit dem eine «Bankenabgabe» zur Absicherung künftiger Bankenkrisen eingeführt wurde. Jährlich bloß lächerliche **1,3** Milliarden Euro - die Kabbala läßt grüßen! - sollte die deutsche «Finanzbranche» in einen Krisensicherungsfonds einzahlen müssen, bis schließlich nach mehreren Jahrzehnten (!) 70 Milliar-

[1991] *MATTHIAS RUCH/JÖRN PETRING* in: «Financial Times Deutschland», 21.3.2011: *«FED* erklärt US-Bankenkrise für beendet - US-Notenbank gibt Instituten nach Streßtests freie Hand für höhere Dividenden *II* Europas Banken im Nachteil».

1992 *RUTH BERSCHENS/HOLGER AUCH* in: «Handelsblatt», 10.6.2010.

[1993] *HANSNAGL/OLIVER STOCK* in: «Handelsblatt», 9.6.2010.

1994 ZIT. n «PHI-Sonderheft» S 27 mit dem Titel «Die schädlichen Folgen des Euro», 8.1.2011, S. 13f; dort zit. n. d. Unternehmer-Magazin «Impulse» vom 14.7.2010. Merkwürdigerweise haben die «PHI» den *Namen* der von ihnen als ‚weltgrößter Währungsfonds' bezeichneten Investment-Firma unterschlagen. Zu beachten ist auch, daß derartige Superlative fast immer nur unter einer bestimmten Rücksicht (z.B. Börsenwert, Umsatz, Anlagekapital, Jahresgewinn o.ä.) zutreffen, so daß es je nach Gesichtspunkt beinahe zu jeder Zeit gleich mehrere «weltgrößte» Unternehmen ihrer Art gibt!

den erreicht sein würden. Das verdeckte ROTHSCHILD-Großinstitut *Deutsche Bank*, von dem im Finanzministerium der Löwenanteil, nämlich 500 Millionen pro Jahr, erwartet wurde, ließ jedoch prompt durchsickern, sein Beitrag werde im ersten Jahr voraussichtlich nur bei 70 Millionen Euro liegen! «Offenbar haben die Bilanzexperten der *Deutschen Bank* ganz legal einen Weg gefunden, die Bankenabgabe erheblich zu verringern», kommentierte lakonisch das *Handelsblatt*[1995]. Daraufhin wollte der Bundesrat den Entwurf der Bundesregierung zu Fall bringen und durch eine wirksamere Fassung ersetzt wissen[1996]. Doch die kontrollierte Presse wußte bereits Rat, wie den ROTHSCHILDS auf ganz unverdächtige Weise auch aus dieser drohenden Patsche zu helfen sei: «Wenn der Bundesrat sich . . . auf gemeinsame Änderungswünsche einigt, ist erneut die Bundesregierung am Zug. Bei Verwaltungsanordnungen kann sie die Vorschläge des Bundesrats einarbeiten - oder sie zurückweisen.»[1997]

* «Als leere Drohung hat sich auch das Versprechen von US-Präsident BARACK OBAMA erwiesen», hieß es im Mai 2011, «daß künftig kein Produkt und kein Akteur auf den Finanzmärkten unkontrolliert bleiben soll. Die neuen Vorschriften für die Banken haben vielmehr dazu geführt, daß sich im kaum kontrollierten Feld der Hedge-Fonds und Finanzinvestoren ein Schattenreich etabliert hat. Nach Angaben der US-Notenbank belaufen sich die Verbindlichkeiten der Schattenbanken in den USA auf rund 16 Billionen Dollar und sind damit größer als die des traditionellen Bankensektors. MARIO DRAGHI, Chef des mit internationalen Finanzwächtern besetzten *Financial Stability Board (FSB)* und designierter Chef der *Europäischen Zentralbank*, will diese Schattenwelt zwar stärker beleuchten. Passiert ist bislang jedoch kaum etwas.»[1998]

Auch und erst recht auf dem Gebiet der Staatsschuldenkrise dachten die ROTHSCHILDS überhaupt nicht daran, sich irgendwelche Einschränkungen ihrer spekulativen Manipulationsmöglichkeiten gefallen zu lassen:

* Die berüchtigten Kreditausfallversicherungen CDS (Credit Default Swaps), Derivate, mit denen die Kurse griechischer und anderer Staatsanleihen mutwillig zum Absturz gebracht worden waren, sollten nach dem Willen der £ {/-Kommission wenigstens nur noch zentral an der Börse statt in den Hinterzimmern der Banken gehandelt werden dürfen, um größere «Transparenz» zu gewährleisten. «Doch eine umfassende Regulierung scheiterte bei den G-20-Treffen unter anderem am Widerstand von US-Amerika-

1995 *T. SIGMUND/S. AFHÜPPE/P. KÖHLER/Y OSMAN* in: «Handelsblatt», 30.4.2011.

1996 Lt. *HEIKE ANGER/DONATA RIEDEL* in: «Handelsblatt», 7.5.2011.

1997 *DONATA RIEDEL* in: «Handelsblatt», 7.5.2011; Hervorh. hinzugefügt.

1998 *TORSTEN RIECKE* in: «Handelsblatt», 7.5.2011. Lt. ebd. hatten jüngst sogar die ROTHSCHILD-Statthalter JOSEF ACKERMANN *(Deutsche Bank)* bzw. JAMIE DIMON *(JP Morgan Chase)* vor der mangelnden Regulierung dieses Schattensektors «gewarnt», und dies angeblich aus folgendem Grund: «Die Sorge der Spitzenbanker ist verständlich: So begrenzen die USA das Engagement der Banken bei Hedge-Fonds und Private-Equity-Geschäften. Die Folge ist, daß viele Finanzprofis ihre Sachen packen und ein Haus weiter wandern, wo kein Finanzwächter mehr so genau hinschaut.» Gleichwohl haben sich die ROTHSCHILDS so auffallend still mit der neuerlichen weitestgehenden Trennung von Banken und Hedge-Fonds in den USA abgefunden, daß die besagten «Warnungen» eher als theatralische Pflichtübungen angesehen werden müssen. Es gibt für die US-(ROTHSCHILD-)Banken beinahe zahllose Möglichkeiten, sich *scheinbar* von ihren Hedge-Fonds zu trennen und dennoch die volle Kontrolle über sie zu behalten! Nicht umsonst waren ja die meisten dieser Fonds schon vorher in Steuer- und Regulierungsoasen angesiedelt; nicht umsonst können auch weiterhin «außerbilanzielle Zweckgesellschaften» gegründet werden; nicht umsonst liegt ja die «Bankenaufsicht» bei der *FED* und damit nur wieder bei den Banken selber

nern und Briten - dem Vernehmen nach wollten die großen Investmenthäuser in London und New York das einträgliche Geschäft mit den Derivaten nicht an eine zentrale Börse abgeben.»[1999] In Klartext übersetzt: die ROTHSCHILDS wollten nicht, denn **sie** kontrollieren bzw. beherrschen ja fast alle «großen Investmenthäuser in London und New York».

* Der Gouverneur der *Bank von Frankreich,* CHRISTIAN NOYER, obwohl dort nur von ROTHSCHILDS Gnaden tätig, wagte Anfang Juni 2010 einen Vorschlag zur Abmilderung der Staatsschuldenkrise zu unterbreiten, über den die gelenkte Presse zwar berichtete, wobei ein unauffällig beigefügtes «Paß-Photo» NOYERs (das Gesicht starr geradeausblickend und ohne Fingerzeig, Hand im Bild oder sonstige Geste . . .) jedoch allen freimaurerisch oder sonstwie «Eingeweihten» klar **Mißbilligung** signalisierte: der deutsch-französische Kreditversicherer *Euler-Hermes* solle zu einer **unabhängigen** europäischen Bewertungs-Agentur ausgebaut werden, um das Quasi-Monopol des Trios *S&P, Moody 's* und *Fitch* zu brechen . . . Man hat seitdem davon nichts mehr gehört!
* «Europa bekommt Schulden-TÜV», titelte ein paar Monate später marktschreierisch die Presse. Kommissionspräsident BARROSO hatte in der Tat etwas derartiges in Aussicht gestellt: «neue, strengere Regeln für Schuldensünder», «schnellere Sanktionen» usw. Das war Ende September 2010. Natürlich konnten die ROTHSCHILDS & Co. an so etwas unmöglich ein echtes Interesse haben, außer als momentaner Beruhigungspille für durch die aktuelle Staatsschuldenkrise unnötig aufgewühlte Zeitgenossen. Auch um diesen Schulden-TÜV war es daher im Sommer 2011 trotz anhaltender Diskussionen um die griechische Staatsschuldenproblematik längst wieder totenstill geworden. BARROSO selber hatte es vorhergesagt: «In der nächsten Zeit wird es überhaupt keine Maßnahmen geben.»[2000]
* Deutsche Parlamentarier aus den beiden Regierungsfraktionen hatten monatelang **hartnäckig** verlangt, die «privaten Gläubiger» müßten ebenfalls ihren Teil zur «Rettung» der PIIGS-Länder beitragen[2001]. Doch unsichtbar, hinter den Kulissen, weigerten sich die ROTHSCHILDS & Co. **noch** hartnäckiger und überließen es am Ende, im Juni 2011, ihren Marionetten, insbesondere dem deutschen Finanzminister WOLFGANG SCHÄUBLE, der Öffentlichkeit eine lächerliche «freiwillige» Beteiligung der Banken statt der geforderten **«zwingenden** Beteiligung» dennoch als großen «Erfolg» zu verkaufen.

Doch verabschieden wir uns jetzt von der weiteren Verfolgung all dieser in jeder Zeitung nachlesbaren und je für sich genommen wenig bedeutsamen Einzelheiten. Die nämlich werden sich auch weiterhin ständig ändern und das breite Publikum erfolgreich davon abhalten, das viel größere Gesamtbild wahrzunehmen. Dabei gilt es doch, zu begreifen, was sich auf der **grundsätzlichen** Ebene abspielt! Und da geschieht derzeit folgendes: Die ROTHSCHILDS und ihre Konsorten haben endlich mit verzweifelter Entschlos-

1999 *SEBASTIAN JOST/ANDREA REXER* in: «Die Welt», 30.4.2011.
2000 *PETER EHRLICH* in: «Financial Times Deutschland», 30.9.2010.
2001 Ygi z 3 *PETER EHRLICH/TIMO PACHE* in: «Financial Times Deutschland», 21.4.2011: «Immer sei ihnen versprochen worden, daß private Gläubiger zwingend beteiligt werden müßten, wenn ein Euroland Hilfen aus dem Rettungsfonds erhält. Jedes Mal habe man nachgehakt, immer habe es geheißen, das komme in den Beschluß noch rein. „Von wegen", ereifert sich nun der *CSU*-Abgeordnete THOMAS SILBERHORN, „hier muß nachverhandelt werden: Wir brauchen die zwingende Beteiligung der Gläubiger, also eine Umschuldung." Aber das war in der *EU* nicht durchsetzbar [!!!]. Es sieht also schlecht aus für SILBERHORN und die übrigen Skeptiker bei *Union* und *FDP.*»

senheit jenen enormen Hebel in Bewegung gesetzt, den ihnen die (Auslands-)Verschuldung der europäischen Staaten eigentlich schon seit langem bot. Sie nutzen nunmehr diesen Hebel, um die Staaten der Eurozone mit unwiderstehlicher Gewalt sowohl finanziell als auch politisch zu jenem einheitlichen Staatsgebilde zusammenzupressen, das sich als sichere Ausgangsbasis Zug um Zug zum Einen Weltstaat des Pseudomessias erweitern läßt!

15) Die europäische Schuldenkrise als Hebel zur zwangsweisen «Einigung» Europas

Aber ist denn Europa nicht längst vereinigt? Wir leben doch schon seit vielen Jahren in der *Europäischen Union (EU)* Gewiß, alles ist auf bestem Wege, für die willigen Vollstrecker der PROTOKOLLE, nur das Tempo läßt doch allzu sehr zu wünschen übrig, und das muß sich jetzt endlich ändern, denn ihr unsichtbarer, aber grausam unerbittlicher Antreiber, «der Teufel ... hat **große Wut,** weil er **weiß,** daß er **nur noch kurze Frist** hat» (Apk. 12, 12).

Was sich vor allem ändern muß, ist die Mentalität. Die bloße Indoktrinierung durch Wort und Bild, obwohl schon jahrzehntelang auf allen Kanälen der «öffentlichen Meinung» und in allen Bereichen des öffentlichen Unterrichtswesens mit Macht betrieben, hat immer noch kein «europäisches Bewußtsein», keine «europäische Identität» der Bürger der vielen verschiedenen Länder Europas hervorzubringen vermocht. Deshalb ist jetzt Schluß mit dem bloßen Gerede! Fakten müssen her! Fakten, die den künftigen Europabzw. Weltbürgern zwar absolut nicht schmecken, die sie aber als «unvermeidlich» akzeptieren werden, sobald ihnen Politik, Experten und Massenmedien diese «Unvermeidlichkeit» lange und theatralisch genug eingetrichtert haben. Gemäß der Doktrin des talmudistischen Begründers des Kommunismus **KARL MARX** und seiner großenteils ebenfalls dem Talmudismus entsprungenen ideologischen Nachfahren bestimmt («determiniert») bekanntlich die Materie das Bewußtsein. Das ist zwar, soweit es *philosophisch-grundsätzlich* gelten soll, ein radikaler Irrtum bzw. eine teuflische Lüge und stellt die Wahrheit auf den Kopf. Auf rein *psychologischer* Ebene hingegen trifft diese Behauptung durchaus zu. Der daraus unmittelbar abgeleitete «pädagogische» Grundsatz lautet daher: ,Schaffe unumstößliche Fakten, und die Menschen werden sich, ob sie wollen oder nicht, so sehr daran gewöhnen, daß sie das anfangs vehement Abgelehnte zum Schluß als fraglose Selbstverständlichkeit empfinden und gar nicht mehr missen mögen!'

Der langen Vorrede kurzer Sinn: Nichts ist geeigneter, den «*Europäern*» endlich das nachhaltige Empfinden und Bewußtsein beizubringen, daß sie alle «in einem Boot sitzen», als ihre nunmehr **erzwungene «***europäische* Solidarität» auf dem Gebiet der «Materie», d.h. des Geldes, des Mammons, konkret: der **Staatsverschuldung,** einer Staatsverschuldung, von der man *«uns»* überall in Europa, ja sogar auf der ganzen Welt auch noch erfolgreich weismacht, sie werde aus jeweils «*unseren* Steuern» heute schon bezahlt oder künftig zu bezahlen sein! Die aus der **«europäischen** Solidarität» gleich anschließend möglichst schnell und nahtlos zu entwickelnde **«globale** Solidarität» mag dann vielleicht sogar auf demselben Wege mit ,sanfter Gewalt' herbeigeführt werden. Dabei ist «internationale (europäische, weltweite) Solidarität», sprich: **die kommunistische Gesellschaft,** aber keineswegs bloß der *Weg,* sondern zugleich das *Ziel* oder besser gesagt, die eine, die niedere, die «materielle» Hälfte des Ziels! Die andere, die höhere, die «spirituelle» Hälfte wird in der offenen Huldigung für Satan und seinen sichtbaren Stellvertreter bestehen.

Das **allgemeine Motto** der zweifellos (auf verschlungenen Wegen) ROTHSCHILD-finanzierten Kampagne existiert schon seit der «offiziellen» Ausrufung des «Neuen Zeit-

alters» («New Age») im Jahre 1975 durch die **ideologisch** höchsteingeweihte Abteilung der Synagoge Satans (vgl. Apk. 2,9; 3,9), die unter dem Namen *Lucis [= Lucifers] Trust* firmierenden Nachfahren der satanistisch geprägten *Theosophischen Gesellschaft.* Dieses Motto ist bis zu dieser Stunde nicht bloß *völlig unverändert beibehalten,* sondern auch mit unbeirrbarer Zähigkeit immer weiter auf dem Erdball **verbreitet** worden. Es lautet in seiner englischen Originalfassung, die dank «Globalisierung» in den meisten Sprachräumen nicht einmal mehr einer Übersetzung bedarf, ganz schlicht: **«Share international - Internationales Teilen».** Die deutsche (jeweils erheblich gekürzte) Ausgabe der in Amsterdam erscheinenden internationalen Zeitschrift gleichen Namens fügt dem Haupttitel **«Share international»** zur Verdeutlichung des Gemeinten sogar noch den Untertitel **«Ein Aufruf zum Teilen»** bei.



Das Problem bei der Durchsetzung der **prinzipiell kommunistischen** «Neuen Weltordnung», d. h. des Weltstaats unter der Weltregierung des talmudistischen **Pseudomessias,** den die biblische Offenbarung des Neuen Testaments für die Endzeit als den **Antichristen** prophezeiht, ist: (fast) niemand will seinen Besitz gerne *freiwillig* teilen. Im realexistierenden Kommunismus, der nur scheinbar,untergegangen' ist, wirkte sich das konkret so aus, daß niemand einsah, warum er für andere Leute arbeiten, die Früchte seiner eigenen Arbeit mit irgendwelchen (anonymen) anderen Leuten teilen sollte. Jeder arbeitete also immer nur soviel, wie er unter staatlichem Druck unbedingt mußte; das Resultat war *echte* Dauerinflation, nämlich ständiger *Warenmangel* bei gleichzeitigem **GeWüberhang.** Ahnliche Erfahrungen machten übrigens die jüdischen «Kibbuzim» im Staate Israel, deren anfänglicher Idealismus schnell verpuffte und die, soweit sie gegenwärtig überhaupt noch existieren, das Prinzip des uneingeschränkten «Teilens» der Früchte der gemeinsamen Arbeit längst auf ein Minimum reduziert haben, das nicht mehr viel größer ist als ein Feigenblatt.

Obwohl die Sache also weder freiwillig noch gezwungen funktioniert, steht sie doch weiterhin ganz oben auf der Tagesordnung der PROTOKOLLARISCHEN Vollstrecker der

«Neuen Weltordnung». Klarsichtig stellt HENRY MAKOW fest: «Das System sorgte für weitverbreiteten Wohlstand, um seine Macht zu festigen. Jetzt bewegt es sich schrittweise hin zum nächsten Stadium: Aufsaugen allen Reichtums und Versklavung der Massen (unter den Vorwänden der Verschuldung und des Kriegs gegen den Terror).»[2002]

Ja, die europäische Schuldenkrise, im Juli 2011 frisch - und dramaturgisch raffiniert - um den neuen Brandherd «Italien» erweitert, beweist es. Auf dem *Weltwirtschaftsforum* in Davos 2011 fand am letzten Tag, dem 29. Januar, «hinter verschlossenen Türen eine Sitzung statt, bei der sich auf der einen Seite die „Regulierer", das heißt Finanzminister wie Frau LAGARDE, der Chef der *Europäischen Zentralbank* JEAN-CLAUDE TRICHET, gewisse Zentralbank-Gouverneure, auf der anderen Seite große Führer der Bankindustrie wie JAMIE DIMON von der *JP Morgan Chase,* BOB DIAMOND von *Barclays,* GARY COHN, die Nummer Zwei von *Goldman Sachs,* BRADY DOUGAN vom *Crédit Suisse* ... wiederfanden»[2003]. Angeblich haben die Bankiers auf dieser Sitzung gefordert, in der Öffentlichkeit nicht länger als die Schuldigen der Finanzkrise angeprangert zu werden, während die Regulierer darauf bestanden haben sollen, das Bankengewerbe müsse schärferen Bestimmungen unterworfen werden. Diese Inhaltsangabe des geheimen Treffens, bei dem die «Regulierer» in Wirklichkeit entweder bloße Angestellte (TRICHET; die anderen Notenbank-Gouverneure) oder bloße Polit-Marionetten der ihnen gegenübersitzenden übermächtigen ROTHSCHILD-Bankiers waren, klingt jedoch wie ein Märchen - und dürfte denn auch ein solches sein. Wie aber, wenn stattdessen die nächsten Szenen des weiterhin aufzuführenden Dramas «Europäische Schuldenkrise und kein Ende» besprochen und die Hauptrollen verteilt worden wären?

1) Das Stück stand jedenfalls *im Prinzip* schon seit dem *EU-Ve*rtrag von Maastricht 1992 auf dem Programm; nur der Termin und die näheren Einzelheiten seiner Aufführung blieben noch offen. Beweise:
   a) Während der Debatte des Deutschen Bundestages am 2. Dezember 1992 über die Ratifizierung des Vertrags von Maastricht, dessen Hauptinhalt ja die europäische Währungsunion war, kritisierte der Abgeordnete WOLFGANG SCHULHOFF: «Einer der großen Gestalter der Römischen Verträge, MULLER-ARMACK, sah immer die Währungsunion als die Krönung des europäischen Integrationsprozesses und niemals als dessen Motor. Dieser bedeutende Nationalökonom wußte, warum er erst nach vollzogener politischer Integration [= Vereinigung] eine gemeinsame Währung einführen wollte. Was ökonomisch richtig ist, kann politisch nicht falsch sein.»[2004] Dabei bewies doch gerade der Maastricht-Vertrag, dem dann auch sein Kritiker SCHULHOFF, dem berühmten freimaurerischen «Fraktionszwang» gehorchend, zustimmte[2005], daß die allein maßgeblichen ROTHSCHILDS und Konsorten das nicht ohne Grund genau umgekehrt ‚sahen': War nach mehreren vergeblichen Anläufen erst einmal die Währungsunion, also der gemeinsame Euro, glücklich etabliert, würde man zum gegebenen Zeitpunkt mit dem Hebel «Staatsverschuldung» die politische' Einheit schon herbeizuzwingen wissen. Das war eindeutig der schnellere Weg! Erinnern wir nur nochmals an die weiter oben schon einmal zitierte Maxime des Vizegouverneurs der *Bank von Frankreich* - und damit engen ROTHSCHILD-Vertrauten - JACQUES RUEFF vom Jahre 1950: **«Europa wird durch das Geld entstehen oder gar nicht.»**

[2002] *MAKOW,* Illuminati 2 ... a.a.O., S. 21.

[2003] *CLAUDE VIGNON* in: «Lectures françaises» n° 647, März 2011, S. 45.

[2004] Zit. n. *GERT MEIER* a.a.O., S. 331.

[2005] Lt. ebd. S. 333.

b) Das hatte freilich auch *Bundesbank-Direktor* OTMAR ISSING im Jahre 1996 noch nicht begriffen, als er gut freimaurerisch-internationalistisch jammerte: «In Maastricht wurde allerdings ganz bewußt eine Diskrepanz geschaffen: in der Währungsunion völlige Vergemeinschaftung, eine europäische Notenbank, eine Währung, und in der politischen Union nicht viel mehr als die Fortschreibung des Status quo [= des bestehenden Zustands]. Das haben wir kritisiert. In der Regierungskonferenz in diesem Jahr ist in dieser Frage nicht sehr viel Neues zu erwarten. Ich sehe keine überzeugenden Gründe, wie sich hier ein Prozeß entwickeln soll, der zur politischen Gemeinschaft führt.»[2006] Nun denn, werter Herr Prof. ISSING, hier und heute sehen Sie ihn, den Prozeß samt seinen ,überzeugenden Gründen', falls Ihnen nicht schon kurz darauf bei Ihrem ersten Besuch des *Bilderberger*-Treffens im Juni 1997 die Augen aufgegangen sein sollten . ..

c) REIMUT JOCHIMSEN, damals Präsident der Landesbank von Nordrhein-Westfalen, damit zugleich Vorstandsmitglied der *Deutschen Bundesbank* und mithin ISSINGs Kollege, war jedenfalls, woher auch immer, hellsichtiger; er wußte schon im Mai 1995, daß die Klausel des Maastrichter Vertrags, die jede gegenseitige finanzielle Haftung der ¿[/-Mitgliedsstaaten auf dem Gebiet der Staatsverschuldung ausschloß, nie ernstgemeint gewesen war: «Dem Buchstaben nach setzt . . . zwar das Maastrichter Gebot, daß weder die nationalen Regierungen noch die Gemeinschaft für öffentliche Verbindlichkeiten einzelner Partnerländer haften („no-bailing-out"), klare Grenzen für Solidarität. Die reale Integrationswirkung und die wechselseitige Abhängigkeit läßt dies jedoch eher als frommen Wunsch bzw. als in den Starkwährungsländern gern gehörten Formelkompromiß erscheinen.»[2007]

2) Die Aufregung ist von A bis Z geheuchelt (einige als Mitläufer willkommene Hohlköpfe natürlich ausgenommen), die «Krise» massenmedial herbeigeschrieben und -geredet. Massenmedial deshalb, weil kein Politiker und kein Experte, auch kein ROTHSCHILD, sich jenseits der Massenmedien, außerhalb der Massenmedien, ohne die Massenmedien oder gar gegen die Massenmedien Gehör zu verschaffen vermag! Beweise:

a) Griechenland ist für die *EU,* zu deren BIP es gerade einmal 1 % beiträgt, wirtschaftlich bedeutungslos. Selbst wenn seine öffentlichen Schulden also im Frühjahr 2011 bei 157 % seines BIP lagen[2008], erhöhte das die Staatsverschuldung der gesamten *EU* - aber auch diejenige der kleineren «Eurozone» - lediglich um einen statistisch vernachlässigbaren Betrag. Übrigens war dieser Schuldenhöchststand erst erklommen worden, nachdem die ,Ausrufung' der ,Krise' den griechischen «Zinsdienst» für Staatsanleihen auf ein Mehrfaches erhöht und *gleichzeitig* die von Griechenland verlangten «Sparanstrengungen» die Wirtschaft des Landes zum Absturz gebracht hatten . . .! Wenn daraufhin dennoch «die Märkte», also vor allem die ROTHSCHILDS & Co., in hellen Aufruhr gerieten und ein ums andere Mal düsterste Gefahren für den Euro als solchen beschworen, war das ersichtlich bloß Schauspielerei.

b) Japans Staatsverschuldung lag im selben Jahr 2010, als urplötzlich der furchtbar ,kritische' Zustand der griechischen Volkswirtschaft ,entdeckt' wurde, bereits seit längerem bei stolzen 200 Prozent seines BIP, ohne jede Aussicht auf ,Besserung'. Die daraufhin aber wahrhaftig überfällige ,Yen-Krise' ist, wie jeder weiß, bis heute vollständig ausgeblieben, ohne daß dieser merkwürdige Umstand auch nur einem

2006 Zit. n. ebd. S. 192f.

2007 Zit. n. ebd. S. 156.

2008 Lt. *PETER PAPAHERAKLIS* in: «American Free Press», 30.5.2011, S. 4.

einzigen Mitglied der globalen Medienmafia oder des von ihr hofierten Expertenkartells aufzufallen geruht! Und warum? Weil diese ,Yen-Krise' - gemeinsam mit der ,Dollar-Krise' - erst **dann** ausgerufen werden kann, wenn die «Euro-Schuldenkrise» die Staaten des ehemals christlichen Abendlands mit brachialer Gewalt zum hinlänglich homogenen und damit auch stabilen Kristallisationskern der ,Einen Welt' zusammengepreßt haben wird ...

c) Island ist zwar wirtschaftlich noch bedeutungsloser als Griechenland, außerdem kein Mitglied der Eurozone, ja nicht einmal Mitglied der *EU.* Aber *seine* Staatsschulden nach (eigentlich nicht . . .) bewältigter Bankenkrise stellten alles andere in den Schatten. Unerhörte **1000 % des BIP** waren es **insgesamt,** davon nochmals **unerhörte 300 % des BIP allein gegenüber dem Ausland**[2009]**!** Verglichen mit dem zumindest *scheinbar* ,total bankrotten' Island stand Griechenland wahrlich **blendend** da.

Doch was geschah im Juni 2011 heimlich, still und leise im Windschatten der sich stetig «verschlimmernden» Euro-Schuldenkrise? Ausgerechnet Island, das sich sogar bis zur Stunde standhaft *weigerte,* ausländische Opfer seiner insolvent gewordenen Großbanken mit jenen Milliardenbeträgen, um die man sie geprellt hatte, zu entschädigen, war «am Markt» wieder «kreditwürdig» wie eh und je. Ohne Krisengeschrei, ohne Rettungsschirm, ohne alles! Einfach so! Und man bewundere nebenbei, wie elegant-unauffällig die gelenkte Presse die Neuigkeit zu melden verstand, ohne daraus die sich doch nachgerade aufzwingenden Folgerungen zu ziehen:

«Island zapft erstmals seit 2008 Kreditmarkt an»[2010], verkündete so harmlos wie nur möglich die Überschrift. Tja, wenn sogar das absolut bankrotte Island das so ohne weiteres ,tat', warum eigentlich tat Griechenland das nicht einfach **auch??** Fünfjährige Staatsanleihen «über bis zu 1 Mrd. Dollar noch in dieser Woche» wollte Island begeben. Die verdeckten ROTHSCHILD-Banken standen problemlos zu Diensten: «*Barclays Capital, Citigroup* und *UBS* organisieren die Plazierung.» Auch die *notorisch* ROTHSCHILD-kontrollierte Bewertungs-Agentur *Moody's* und ihre beiden großen Konkurrenten' waren unbegreiflich gnädig gewesen: «Island nutzt die Tatsache, daß es eine Herabstufung seiner Kreditwürdigkeit wegen des Streits über die Entschädigung ausländischer Sparer vermeiden konnte.» Nun gut, viel,herabzustufen' gab es da eh nicht mehr, aber auffallend war es doch - bei einer Weltrekord-Verschuldung von 1000 % des BIP - «daß die Rating-Agentur *Fitch* im Mai den Ausblick für das „Ramsch"-Rating von „negativ" auf „stabil" angehoben» hatte. Selbst die üblicherweise erbarmungslos renditegierigen CDS-Spekulanten hatten, kein Mensch wußte, wieso, ihr Herz für Island (wieder) entdeckt: «Die Kosten für fünfjährige Kreditausfallversicherungen (Credit Default Swaps - CDS) für isländische Staatsanleihen sind seit Ende April [d.h. binnen nur eines Monats!] um fast 20 Prozent gefallen. Das Risiko eines Zahlungsausfalls ist auf das Niveau von vor der Finanzkrise gesunken und liegt gemessen an den CDS inzwischen sogar unter dem von Spanien, Portugal, Griechenland und Irland.» Interessant, interessant! Die isländische Staatsverschuldung **in zehnfacher Höhe des BIP** war also **kein** Problem, aber wegen der griechischen Staatsverbindlichkeiten in Höhe von **gerade einmal dem Anderthalbfachen** des BIP drohte *zum gleichen Zeitpunkt* nichts weniger als der **Untergang des Abendlandes!** Wie un-

2009 Ygi *GRANDT* a.a.O., S. 135: ein «Schuldenberg vom Zehnfachen der bisherigen jährlichen Wirtschaftsleistung»; ebd. S. 137: «Islands Auslandsverschuldung beträgt das Dreifache seines Bruttoinlandsprodukts ...»

2010 *P)ORIS GRASS* in: «Financial Times Deutschland», 9.6.2011.

säglich dämlich oder wie abgrundtief feige und/oder korrumpiert ist eigentlich das gehobene Publikum der großen Wirtschafte- und Finanzpresse, daß es sich eine derartige «Berichterstattung» klaglos gefallen läßt?

Da wir jetzt nur noch den ganzen großen «Wald» und nicht mehr bloß seine einzelnen «Bäume» betrachten wollen, empfiehlt es sich, die «Handlungsstränge» des uns dargebotenen «Dramas» so knapp wie nur möglich darzustellen und auf die diversen, uns zumeist eh schon bekannten «Akteure» nicht mehr näher einzugehen. Sicher ist, daß sie alle mehr oder weniger folgsam ihren Part spielen, auch wenn mit Sicherheit nicht alle das komplette Stück überblicken und dessen «höheren» Zweck kennen.

Nur zu einem der «Akteure» im deutschen Raum ist etwas wichtiges zu bemerken. Das Massenblatt *BILD,* von Spöttern gerne auch *BLÖD* buchstabiert[2011], hatte und hat deutlich erkennbar eine spezielle Aufgabe, die jedem Spezialisten für sogenannte «Gehirnwäsche» wohlbekannt ist. Das Organ setzt seine Leserschaft einem stetigen Wechselbad der Gefühle aus, das sie auf längere Sicht in die Gleichgültigkeit treiben und apathische Schicksalsergebenheit erzeugen soll. Die Masche besteht darin, immer fein abwechselnd a) auf die angeblich «faulen Griechen» einzudreschen, die nun wirklich keinerlei Hilfe ausgerechnet von uns «fleißigen Deutschen» verdient haben, und b) haarklein-mitleidslos über die «trotzdem notwendigen» Rettungsschirme, Hilfszahlungen, Anschlußkredite in Höhe von Hunderten Milliarden Euro sowie speziell über den enormen deutschen Anteil daran zu berichten. Hier wird das **«Share International**»-Prinzip also mit brutaler (geistiger) Gewalt durchgesetzt. Am Ende soll die ‚Einsicht' stehen: Egal, ob nun berechtigt oder nicht, in der *EU* **müssen** wir alle **solidarisch** zusammenhalten; etwas anderes gibt es nun einmal nicht!

Nun also ein Ausschnitt aus der Inszenierung im Zeitraum Mai/Juni 2011, knapp dargestellt überwiegend anhand bloßer Presse-Schlagzeilen, auf deren paßgenaue Formulierung in manchen Fällen mehr Sorgfalt verwendet worden sein mag als auf den ganzen langen Artikel, der sie lediglich noch illustrierte'. Vergessen wir dabei nicht, daß die Medien in sämtlichen ¿[/-Ländern und darüber hinaus *mutatis mutandis* dieselbe Kampagne abspulen.

* Großes ‚Desaster' und wilde Diskussionen am 9. Mai: «//ö-Chef SINN: Griechenland soll aus dem Euro austreten»[2012]; *«EU* sucht Rezept gegen Griechen-Krise - Bei einem Geheimtreffen diskutieren Euro-Länder über neue Kredite und eine Umschuldung. Ein Austritt aus der Euro-Zone kommt für Athen nicht infrage»[2013]; «Ohne neue Hilfen seiner Partner geht Griechenland unter»[2014]; «Griechenland braucht Nachschlag - Euro-Staaten rechnen mit zweitem Hilfspaket — Neues Milliarden-Haushaltsloch»[2015]; «Banken lassen Athen doch hängen - Deutsche stoßen ein Drittel ihrer Anleihen ab - Spielraum für die Beteiligung privater Gläubiger sinkt»[2016].

* Fortsetzung des Aufruhrs am 10. Mai: «Griechenland: Das Hilfspaket für Athen reicht nicht aus»[2017]; «Euro-Austritt ist keine Lösung - Folgen wären nicht nur für

2011 *BEATRIX ULLRICH* in «Der freie Mensch»*passim.*

2012 «BILD».

2013 *R. BERSCHENS/G. HÖHLER/S. ALFHÜPPE/H. STEUER* in: «Handelsblatt».

2014 *RUTH BERSCHENS* ebd.

2015 *WOLFGANGPROISSL/PETEREHRLICH/CLAUSHECKING* in: «Financial Times Deutschland», Titelseite.

2016 *ANDRÉ KÜHLENZ* in: «Financial Times Deutschland».

2017 *SVEN AFHÜPPE/ANDREA CÜNNEN* in: «Handelsblatt».

Griechenland verheerend, sondern auch für Deutschland»[2018]. Ja, das leuchtet wirklich ein, denn wenn der Himmel einstürzt, sind *alle* Spatzen tot!

* Verstärktes Krisengerede am 11. Mai (wegen der kabbalistisch bedeutsamen Tageszahl?): «MERKEL bereitet Weg für neue Griechen-Hilfe - Bundeskanzlerin will aber erst Bericht der Prüfkommission in Athen abwarten - Slowakei plädiert für Umschuldung»[2019]; «Ein Land blutet aus - Die Wirtschaft liegt am Boden, das Volk schimpft und streikt. Dabei waren die Einsparungen des Voijahres von rund zehn Milliarden Euro nur der Anfang. Während die Krisenmanager der *EU* noch stärkere Sparanstrengungen fordern, fragen sich immer mehr Griechen: Werden wir kaputtgespart?»[2020]; «Euro-Rettungsschirm schützt die Schwachen nicht mehr - Krisenländer finden keinen Weg aus den Schulden - Bald Nachbesserungen»[2021]. So sieht echte Pressefreiheit' aus: jedes Blatt darf einen anderen Teil der ihnen allen vorgegebenen Story nach Kräften dramatisieren . . .
* 12. Mai: Das *Handelsblatt* spottet in seiner ständigen Kolumne «Pinocchio des Tages» - **scheinbar** - über den Schauspieler WOLFGANG SCHÄUBLE in der Rolle des Bundesfinanzministers. Der hat am 2. Mai 2010 «zum deutschen Anteil von 22,4 Milliarden Euro am griechischen Rettungspaket» gesagt: **«Das sind Obergrenzen.»** Die Zeitung kommentiert herablassend: «Angesichts der Dramatik, mit der sich die Schuldenkrise nicht nur in Griechenland entwickelt, erscheint SCHÄUBLES Satz aus heutiger Sicht geradezu naiv.. .. was SCHÄUBLE vor einem Jahr als Obergrenze bezeichnete, war bereits eine Woche später Makulatur. Denn da wurde der Euro-Rettungsschirm mit über 750 Milliarden Euro beschlossen. Der deutsche Anteil daran beträgt 123 Milliarden Euro. Jetzt wird bereits über weitere Griechenland-Hilfen von 60 Milliarden Euro diskutiert. Auch SCHÄUBLE mag keinen Höchstbetrag mehr nennen.» Natürlich nicht, denn darum geht es ja gar auch nicht! Die Dramatik muß vielmehr stetig wachsen, solange, bis alle sich entnervt dem «kleineren Übel» anbequemen und ein einziger Staat «Europa» einen einzigen, ungeteilten «Schuldenberg» vor sich herschiebt, der weder Griechenland noch Deutschland noch irgendeinem anderen Land mehr zuzuordnen ist.
* Am 17. Mai ist die *FTD* schon näher am eigentlichen Thema dran, denn es fallt das - hier nachstehend fett hervorgehobene - Stichwort: «Die Wucherzinsen der *Europäischen Union* - Der Vertrag von Lissabon sieht Hilfe „im Geiste der **Solidarität"** vor. Davon ist Irland gegenüber nichts zu spüren. Einige ZstZ-Partner beuten den Inselstaat aus»[2022]. Das *Handelsblatt* setzt andere, ähnlich beunruhigende Akzente: «Euro-Zone streitet über Umschuldung»[2023].
* Zwei Tage später das Besänftigungsmanöver für ein paar nichteingeweihte und daher nichts kapierende Hinterbänkler im Deutschen Bundestag: «SCHÄUBLE: Banken in die Pflicht nehmen - Der Bundesfinanzminister plant, private Gläubiger für Pleitestaaten zahlen zu lassen. Paris ist dagegen»[2024]. Ja, wie prächtig läßt sich doch mit verteilten Rollen operieren: Der eine ‚will' zwar, aber die anderen wollen leider, lei-

[2018] *HANNES KOCH* in: «HNA».
[2019] *MARKSCHRÖRS/CLAUDIA KADE/WOLFGANGPROISSL* in: «Financial Times Deutschland».
[2020] *GERD HÖHLER/RUTH BERSCHENS* in: «Handelsblatt».
[2021] *DETLEFDREWES* in: «HNA».
[2022] *PETER MATHEWS* in: «Financial Times Deutschland».
[2023] *RUTH BERSCHENS.*
[2024] *DONATA RIEDEL* in: «Handelsblatt», 19.5.2011.

der nicht - da *kann* gar nichts anderes herauskommen als das vorher verabredete - negative - Resultat!

* Dank wirklich genialer Rollenverteilung exakt zeitgleich ein Parallelmanöver der Kanzlerin: «MERKEL kritisiert Griechenland»[2025], und große Aufregung am Folgetag: «„MERKEL betreibt Populismus" - Heftige Kritik aus Griechenland, Spanien und Portugal an Forderung nach Mehrarbeit»[2026]. Natürlich ist die Forderung total *unsinnig,* denn dort wie hierzulande hindert das aktuelle Schuldgeldsystem ja Millionen arbeitswilliger Menschen definitiv daran, einen Broterwerb zu finden und zwingt weitere Millionen erbarmungslos zur Kurzarbeit. Doch MERKEL schließt sich hier der boshaften Holzhammer-Gehirnwäsche-Strategie von *BILD* und einigen weiteren Akteuren an ...
* Am 20. Mai die Gegenstrategie zu *BILD* (auf dessen Tiraden ausdrücklich Bezug genommen wird), um sicherzustellen, daß die ‚Faule Griechen'-Kampagne nicht versehentlich zum Rohrkrepierer wird: «Der sündige Grieche rechnet sich - Kurios, aber wahr: Wohl keiner verdient durch die Krise soviel Geld wie die Bundesregierung. Es ist Zeit, mit diesem Gewinn von rund 10 Mrd. Euro endlich die Zweifler zu beruhigen»[2027]. Beigefügt eine detailreiche Graphik mit vielen beweiskräftigen' Zahlen unter dem Titel «Eigennützige Hellenen-Hilfe». Offensichtlicher Zweck der Übung ist die Erzeugung der vermeintlichen Erkenntnis: ‚Euroweite Solidarität nutzt uns allen' ...
* 21. Mai: Ein vorgeblich «konservatives» Wochenblatt lanciert einen atemberaubenden Querschläger, atemberaubend wegen seiner gespielten oder - noch schlimmer! - womöglich gar *echten* Ahnungslosigkeit: «Der Dammbruch - Auch Berlin fallt der *EZB* in den Rücken: Sie soll Geld drucken für Athen»[2028]. Wer an dieser Stelle immer noch der Ansicht sein sollte, unter der gerade zitierten Überschrift erwarte den Leser ein kompetenter Aufklärungsartikel, für den wäre wohl leider der ganze vorliegende Band restlos umsonst geschrieben worden. ‚Merkel/Schäuble zwingen Rothschilds mit vorgehaltener Pistole, Griechenland durch verdammungswürdige Euro-Inflation zu retten', über derart abstruse Vorstellungen lachen nicht nur die Hühner, nein, da wackelt der ganze Bauernhof. Soviel Desinformation auf einem (Mist-)Haufen - das ist rekordverdächtig! Und die Drahtzieher freuen sich mächtig über so engagierte Mithilfe beim immer aktuellen Projekt‚allgemeine Volksverdummung'.
* 26. Mai: Ein ausgefallener Diskussionsbeitrag des jüdischen Herausgebers der *Zeit,* JOSEPH JOFFE, der die laufende Inszenierung für bare Münze zu nehmen scheint; zumindest tut er so: «Griechenland: Der Euro-Austritt ist eine Überlegung wert - Das Undenkbare zu denken muß auch in der Euro-Zone erlaubt sein. Argentinien hat den Schuldenschnitt erlebt - und überlebt.» Immerhin, er nennt es selber das «Undenkbare», macht also niemandem ernstliche Hoffnungen.
* Ende Mai: Der *Spiegel* Nr. 21 wartet mit seinem «Gespräch» der Woche auf: «„Athen ist nicht pleite" - JEAN-CLAUDE JUNCKER, luxemburgischer Premierminister und Chef der Euro-Gruppe, über Wege aus der Griechenland-Krise, seine Idee

2025 «Handelsblatt», 19.5.2011.

2026 «HNA», 20.5.2011.

2027 *THOMAS FRICKE* in: «Financial Times Deutschland».

2028 *HANS HECKEL* in: «Preußische Allgemeine Zeitung - Das Ostpreußenblatt», 21.5.2011. Bescheidener Vorschlag zur Güte: man benenne das Druckerzeugnis möglichst rasch um in «Das Ostfriesenblatt».

einer sanften Umschuldung und Notlügen in der internationalen Finanzpolitik», letzteres übrigens nur, weil der Mann sich kurz zuvor aus purer «Not» gezwungen sah, sogar den *Spiegel* selber zu belügen!

* Doch trotz JUNCKERS ,Wegen aus der Krise' kein Ende des Schlamassels! Am 30. Mai gibt es schon wieder eine Fülle schlimmer Neuigkeiten zu vermelden: «*IWF* bittet Europäer zur Kasse - Der *IWF* erwägt ein neues Hilfsprogramm für Griechenland - aber nur, wenn die Euro-Staaten auch mitziehen. Dort aber wächst der Widerstand gegen immer neue Milliarden-Zahlungen»[2029]; «Auch Irland braucht mehr Geld - Minister rechnet nicht mit Rückkehr an den Markt 2012»[2030]; «Athen droht schlechtes Zeugnis - Experten kritisieren Sparbemühungen»[2031]. Es ist zum Haare-Ausraufen, nirgendwo will sich etwas bessern!
* Am 31. Mai ist - endlich - Zahltag: «*EU* zapft Rettungsfonds für Griechen an - Deutscher Anteil am neuen Hilfspaket mindestens 6 Mrd. Euro - Ärger über Opposition in Athen wächst»[2032]. Tja, nichts als Ärger, und das muß auch laut Drehbuch so bleiben - bis zu dem Tag, an dem «Europa» unter dem zunehmenden Druck dieser endlosen «Krise(n)» perfekt zwangsvereint ist. Ein nervenaufreibender Monat liegt hinter uns «Europäern»; der nächste wird nicht besser werden.
* Alarm am 6. Juni: «Notenbanker sehen Gefahren für den Euro - Laut der *Bank für Internationalen Zahlungsausgleich* spitzt sich die Schuldenkrise immer weiter zu»[2033]. Es soll ja Leute geben, die immer nur das «sehen», was sie «sehen» wollen - oder sollen -, und die Baseler ROTHSCHILD-Satrapen gehören unverkennbar dazu.
* Neues Ungemach am 7. Juni: «Banken verweigern weitere Hilfe - Die Eurozone will private Anleger dazu bringen, freiwillig neue griechische Anleihen zu kaufen. Doch überzeugende finanzielle Anreize dafür fehlen - und die Geldbranche stellt sich taub»[2034].
* Eine weitere Hiobsbotschaft am Folgetag: «Slowenien - das nächste Griechenland? - Die Notenbank warnt davor, daß sich im einstigen Musterland Osteuropas das griechische Drama wiederholen könnte»[2035]. Könnte, denn die slowenischen Staatsschulden «werden» erst «Ende Dezember 42,8 Prozent des BIP ausmachen, nach 38 Prozent im Vorjahr». Hmmmm, trügt uns das Erinnerungsvermögen oder stimmt es, daß sogar laut den ,Maastricht-Kriterien' satte 60 Prozent des BIP ,erlaubt' sind, während Deutschland bereits 80 % überschritten hat, ohne daß es deshalb «das nächste Griechenland» zu werden droht? Trotzdem, den Artikel schmückt eine große, bunte, inhaltsreiche Graphik unter der Überschrift «Slowenien steckt tief in der Schuldenkrise», Betonung auf «tief». Hübsches Anschauungsmaterial dafür, wie umstandslos man selbst aus Mücken Elefanten machen kann, wenn man dummerweise mal gerade keine Original-Dickhäuter zur Hand hat!
* Nächster Tag, 10. Juni: höchste Zeit, endlich einmal die arme *EZB* zu bedauern, die zwischen allen Stühlen sitzt - oder etwa nicht? «*EZB* wird erpreßbar». Inwiefern das? Nun, SCHÄUBLE hat vorgeschlagen, alte, in Kürze auslaufende Griechenland-

2029 *RUTHBERSCHENS/GERD HÖHLER/DONATA RIEDEL* in: «Handelsblatt».
2030 *PETER EHRLICH* in: «Financial Times Deutschland».
2031 Dpa-Meldung in: «HNA».
2032 *PETER EHRLICH/WOLFGANG PROISSL* in: «Financial Times Deutschland».
2033 *KLAUS ENGELEN* in: «Handelsblatt».
2034 *H. ALICH/R. BERSCHENS/Y. OSMAN* in: «Handelsblatt».
2035 *STEFAN MENZEL* in: «Handelsblatt».

Anleihen gegen neue mit längerer Laufzeit umzutauschen. «Daß die *EZB* von dieser Idee nicht begeistert ist, liegt auf der Hand. Als größter Gläubiger Griechenlands muß sie es ausbaden, wenn die Umtauschaktion nicht klappt. Denn die Ratingagenturen würden die nicht getauschten Anleihen so stark abwerten, daß die *EZB* sie nicht als Sicherheiten akzeptieren dürfte. Weil die *EZB* aber keinen Zusammenbruch griechischer Banken will, muß sie die Anleihen doch akzeptieren - die *EZB* wird erpreßbar. Fatal für den Euro.»[2036] Ja, man kann die Sache drehen und wenden, wie man will, sie ist und bleibt «fatal», das walte weniger die Handvoll griechischer Banken als vielmehr das Haus ROTHSCHILD, bis zu dem Tag, da . . . (Rest siehe oben!). Nicht die Rothschildsche *EZB*, nein, wir «Europäer», **wir** sind «erpreßbar»!

* 11. Juni. *BILD* reißerisch (und verlogen) wie immer: «Griechenland-Pleite: Jetzt sollen auch die Banken bluten». Doch mit dem «Bluten» wird es nichts, davon ist unter der suggestiven Schlagzeile **nichts** zu entdecken außer SCHÄUBLES völlig harmlosem und unverbindlichen Umtausch-Vorschlag. Dafür am Schluß noch ein besonderes Schmankerl: «Die Mehrheit der Bundesbürger lehnt weitere Hilfen für Griechenland strikt ab. Das ergab eine Umfrage des ZDF-Politbarometers: 60 % der Befragten sind gegen zusätzliche Milliarden, nur 33 % sind dafür.» Warum fragt man die Bundesbürger nicht gleich danach, ob sie dafür oder dagegen sind, daß der Mond alle vier Wochen zu- und wieder abnimmt...?
* Am 18. Juni zur Abwechslung eine frohe Kunde: der Berg hat endlich gekreißt und wenigstens eine Maus geboren - das ist doch besser als nichts! «MERKEL und SARKOZY raufen sich zusammen - Deutschland und Frankreich wollen die Querelen um die Eurorettung beilegen - und die Banken ins Gebet nehmen» - und, ja, außerdem wollen «mehrere Dutzend Wirtschaftsführer aus Deutschland und Frankreich» eine Anzeigenkampagne «für die Einheitswährung und mehr **Solidarität** unter den Eurostaaten»[2037] starten, **«Share International - Internationales Teilen»** halt. Anderswo, unter der Rubrik «Ringen um Griechenland-Hilfe», zwar keine Griechenland-, dafür aber wenigsten eine Euro-Rettung (vorläufig . . .): «MERKEL: Euro wird gestützt - Griechenlandkrise: Frankreich und Deutschland einigen sich, auch Banken und Versicherungen ins Boot zu holen»[2038]. Na, wunderbar! Nur: **wollen** die denn überhaupt mitfahren? Was indessen Griechenland angeht, zwar eine massive Forderung im Raum («Athen muß Staatsbesitz versilbern - Verkauf von Immobilien und Unternehmen soll 50 Milliarden einbringen»[2039]), aber Rettung nicht in Sicht, vielmehr: «Kein Ausweg ohne hohes Risiko - Alle Szenarien für die Lösung der Griechenland-Krise bergen Unwägbarkeiten - Kernfrage ist: Wer zahlt?»[2040].
* Einen Tag später gleichwohl neue Zuversicht: «Küßchen für den Euro [mit Riesen-Photo ‚MERKEL küßt SARKOZY' - oder umgekehrt] - Die nächsten Milliarden für die Griechen sind sicher: ANGELA MERKEL und NICOLAS SARKOZY wollen den Euro retten, die Großkonzerne beider Länder ohnehin. Nur die Opfer der Banken sind vertagt»[2041], wohl bis auf St. Nimmerlein .. .
* Indessen, tags darauf, 20. Juni, die uralte Erfahrung: «Glück und Glas, wie leicht bricht das!» Gestern noch schien der Euro endlich gerettet, und jetzt so etwas!

2036 *MARTINA WEWETZER* in: «HNA».

2037 *DAVIDNAUER* in: «Tages-Anzeiger», Hervorh. hinzugefügt.

2038 Dpa-Bericht in: «HNA».

2039 Dpa-Meldung ebd.

2040 *DETLEF SIELOFF* ebd.

2041 *RALPH BOLLMANN/WERNER MUSSLER* in: «Frankfurter Allgemeine Zeitung», 19.6.2011.

«*Moody 's* gibt Warnschuß für Italien ab»[2042], nachdem einen Monat zuvor *Standard & Poor's* schon dasselbe getan hat, was man jedoch bereits vergessen wähnte. Nein, der Euro ist sowenig gerettet wie Griechenland oder - demnächst - Italien!

* Dennoch: «Wo Gefahr ist, wächst das Rettende auch.» Am selben Tag im selben Blatt ein aufbauender «Gastkommentar» des ehemaligen US-Botschafters in Deutschland JOHN KORNBLUM, ausweislich seines schönen botanischen Namens jemand mit talmudistischen Wurzeln. Der sympathisch dreinschauende Mann erklärt uns «Hand aufs Herz»[2043] endlich (beinahe) unver(korn)blümt, was das ganze Theater eigentlich soll: «Europa darf nicht davonlaufen - JOHN KORNBLUM fordert angesichts der Schuldenkrise eine deutsche Führungsrolle in der *Europäischen Union».* Von Solidarität redet er zwar nicht, dafür aber gleich mehrfach vom leider immer noch **fehlenden** politischen **«Konsens»** in der *EU,* der unter deutscher Führung nun aber bitte endlich hergestellt werden soll, sind doch offenbar «die politischen Strukturen der *EU* der neuen Dynamik auf den globalen Finanzmärkten nicht gewachsen» - bewundernswürdig, wie dezent er hier auf die Aktivitäten der ROTHSCHILDS & Co. Bezug nimmt, ohne daß (Dr.) Otto Normalverbraucher und (Dr.) Lieschen Müller es überhaupt bemerken. «Die Schuldenkrise sorgt hoffentlich für Veränderungen, die durch globale Ereignisse ohnehin erzwungen werden.» Erneut exzellent, wie diplomatisch er das «rüberbringt», der Herr Botschafter im Ruhestand, denn **«erzwungen»** ist hier genau das passende Wort. . . ganz gleich, ob nun durch nicht näher bezeichnete «globale Ereignisse» oder eben durch die Schuldenkrise selber.
* Die nimmt derweil ihren Fortgang: «Versicherungen flüchten aus Schuldenländern», kreischt der *Spiegel* in seiner Nr. 24.

Wir jedoch blenden uns an dieser Stelle aus und kehren zum Grundsätzlichen zurück. Im Grunde genommen ist nämlich schon alles entschieden - in der *EU,* unter «deutscher Führung», betreffs der **solidarischen** «Vergemeinschaftung» der Staatsschulden, was natürlich die Erstellung eines einzigen EtZ-Haushalts nach sich ziehen muß, woraufhin die Medien alsbald ,entdecken' werden, daß wir jetzt endlich in einem nichtigen' Staat namens «Europa» leben, mit dem so lange vermißten politischen «Konsens» ...

Daß der Beschluß längst gefaßt ist, mit Rechtswirksamkeit zum 1. Juli 2013, erfährt man ganz am Rande, als nämlich eine Journalistin «vorschlägt», seine Ausführung könne doch auch schon *vorgezogen* werden. Und wie lautet der Beschluß? Er setzt das um, was, wie schon berichtet, der luxemburgische Zentralbankchef YVES MERSCH Anfang Oktober 2010 so unschuldig ,angeregt' hat, nämlich: Der gemeinsame «Euro-Rettungsfonds» namens *EFSF* «kauft» jeweils die Staatsanleihen jener Mitgliedsstaaten, für welche die Banken warum auch immer momentan kein Interesse zeigen.[2044] Deutlicher ge-

2042 *KATHARINA KORT* in: «Handelsblatt».

2043 py[it diesem subtilen Freimaurer-Signal innerhalb seines Gastkommentars (wie an dieser Stelle im «Handelsblatt» prinzipiell üblich) nicht per Photo, sondern per - übrigens nicht signierter - Zeichnung präsentiert!

2044 vgl *RUTHBERSCHENS in:* «Handelsblatt», 9.5.2011 (Hervorh. hinzugefügt): «Für eine Lösung stehen zwei Varianten zur Wahl. Erstens: . . . Die Alternative wäre: Der Euro-Rettungsschirm *EFSF* kauft Griechenland nächstes Jahr alle neuen Staatsanleihen ab, die das Land am Markt nicht loswird. Damit wäre die drohende Finanzierungslücke gefüllt - allerdings auf eine rechtlich fragwürdige Weise. Eigentlich darf nämlich erst der *Europäische Stabilitätsmechanismus (ESM)* ab Mitte 2013 am Primärmarkt neu ausgegebene Staatsanleihen aufkaufen. Dem bis Mitte 2013 befristeten *EFSF* ist das nicht erlaubt. Die ¿'[/-Regierungschefs müßten also nachbessern ...» - Vgl. auch (aber erst etliche Wochen später) «Der Spiegel» Nr. 25/2011, S. 42: «Im März einigten sich die Euro-Mitglieder zudem darauf, daß sowohl der gegenwärtige Rettungsschirm

sagt: Das aus lauter «Mitgliedsstaaten» bestehende «Europa» kauft seinen «Mitgliedsstaaten» ihre Staatsschulden ab - mit dem Geld, pardon, den Bankenkrediten = Staatsschulden seiner «Mitgliedsstaaten». Tja, das erinnert wirklich verflixt an einen alten Ostfriesenwitz. Wie schraubt man in Ostfriesland eine Glühbirne ein? Einer hält die Glühbirne fest, zwanzig Leute drehen das Haus . . . Wetten wir: sobald dieser aberwitzige Mechanismus in Kraft getreten sein wird, wird man uns - wovor man sich jetzt noch hütet - mit der Nase auf diese Aberwitzigkeit stoßen. Auf allen Kanälen wird die Anklage ertönen: ‚Warum so kompliziert, wenn's sooo viel einfacher geht! Werft doch gleich alles in einen Topf, stellt einen einzigen Europa-Staatshaushalt auf und spart euch diesen enormen bürokratischen Aufwand!'


Jean-Claude Juncker (links) und Yves Mersch (rechts), jeweils mit (überdeutlichem) Signal ...

JEAN-CLAUDE JUNCKER, Premierminister der mit den ROTHSCHILDS & Co. besonders eng verbundenen Steueroase Luxemburg, ist sogar schon vorgeprescht. Vollkommen getreu jenem Rezept, das er einmal dem *Spiegel* Ende Dezember 1999 verriet: «Wir beschließen etwas, stellen das dann in den Raum und warten einige Zeit ab, was passiert. Wenn es dann kein großes Geschrei gibt und keine Aufstände, weil die meisten gar nicht begreifen, was da beschlossen wurde, dann machen wir weiter - Schritt für Schritt, bis es kein Zurück mehr gibt.»[2045] Was also hat dieser hinterlistige ROTHSCHILD-Vertraute kürzlich «in den Raum gestellt», um sodann ‚einige Zeit abzuwarten, was passiert'? Die sogenannte **«Transferunion»,** ein schlau gewähltes Edelwort für die Aufstellung eines einzigen «Europa»-Haushalts mit einem einheitlichen Posten «Europa-Staatsschulden»!

«Die Forderung der Etablierung einer Transferunion erging bereits Anfang November [2010] von seiten JEAN-CLAUDE JUNCKERS. Laut ihm sollen die Euroländer gemeinsam für Schulden haften. . . . „Das ist ein intelligenter Weg, um wirtschaftlich schwächere Euroländer auch künftig für Investoren attraktiv zu halten." **Zu diesem Zweck wären gemeinschaftliche Anleihen einzuführen.** Damit sollten die Euroländer künftig **solidarisch** für einen Teil der Gesamtschulden haften. Die Grenze soll bei dem Schuldenstand liegen, der 60 % der Wirtschaftskraft jedes Eurolandes entspricht, so viele Schulden sind nach ¿{/-Regeln gerade noch erlaubt. Diese Schulden sollten gebündelt und kollektiv garantiert werden, fordert JUNCKER. Für alle darüber liegenden Schulden müßten die Länder national haften.»[2046] Bis sie halt auch das leider nicht mehr ‚allein' ‚können'.

EFSF [??] wie sein Nachfolger *ESM* künftig Staatsanleihen mit schlechter Bonität von Pleitekandidaten aufkaufen dürfen. . . . Selbst MERKEL-treue Finanzpolitiker wie MICHAEL MEISTER von der *CDU* sagen: „Das Ergebnis liegt nahe an der Grenze zur Transferunion, die wir ablehnen."» Transferunion, das ist lediglich ein anderes Wort für den Staat «Europa» mit bloß noch einem einzigen Staatshaushalt! Siehe dazu oben die Fortsetzung des Haupttextes.

[2045] *JEAN-CLAUDE JUNCKER* im Gespräch mit «Der Spiegel», Nr. 52/1999, S. 136, hier zit. n. *GERD HONSIK* in: «Halt!» Nr. 117.

[2046] *DORIS AUERBACH* in: «politik-online», 9.1.2011, dies wiederum zit. n. «PHI», 25.1.2011, S. 11 (innerhalb der vollst. Dokumentation von *AUERBACHS* Artikel «Der Euro: Schlechte Noten»), jedoch die dortigen fetten Hervorhebungen durch eigene, andere ersetzt. Die von *AUERBACH* ge-

Dem Teufel bloß den kleinen Finger zu geben, funktioniert bekanntlich nicht - er nimmt dann gleich die ganze Hand! Und wer wüßte das besser als dieser ungemein schlaue Fuchs und seine Hintermänner!

Wer sich nur wenig später, in einer «Rede auf einer Konferenz der *EZB* in Frankfurt» am 20. November 2010 auch schon für die Kehrseite der Medaille, den **zentralen Europa-Haushalt,** starkmachte, war der mittlerweile unter dubiosen Umständen als *IWF*-Chef zurückgetretene bekennende Talmudjünger DOMINIQUE STRAUSS-KAHN. Wörtlich sagte er: «Die ehrgeizigste Lösung ... bestünde darin, eine zentralisierte Steuerbehörde zu schaffen, mit einer vergleichbaren Unabhängigkeit wie die *EZB.* Diese Behörde würde die Finanzpolitik jedes Mitgliedslandes festlegen und Mittel aus dem Zentralhaushalt vergeben.»[2047] Ei, wie fein! ,So unabhängig wie die *EZB*[1], das hieße ja nichts anderes als: **so direkt abhängig von den** ROTHSCHILDS **& Co. wie die** *EZB* .. .

Nun denn, ganz so weit ist es noch nicht. Aktuell kommt den Medien erst einmal die Aufgabe zu, uns todernst immer neu zu versichern, daß es zum Euro und zu gemeinsamen Staatschulden ,keine Alternative' gibt. Wir werden für die Dinge, die da kommen sollen, konditioniert. Zum Beispiel:

* 11. Mai: «Kein Euro ohne Griechenland - Der Austritt eines Landes würde die gesamte Währungsunion zerstören. Es wird keinen anderen Weg geben, als die Athener Schulden Schritt für Schritt zu sozialisieren»[2048], d.h. zu vergemeinschaften, auf uns alle umzulegen.
* 14. Mai: *BILD* bringt die grausame Wahrheit mit unbarmherziger Brutalität unter's Volk. «Euro in Gefahr - Geheim-Gutachten warnt vor Griechen-Hilfe! - Berlin - Der *Euro-Rettungsmechanismus ESM* könnte für die deutschen Steuerzahler zu einem Faß ohne Boden werden, ist möglicherweise verfassungswidrig!»[2049] Das Gefasel von den «Steuerzahlern» ist zwar Desinformation, denn Staatsschulden werden in der ganzen westlichen Welt **per saldo** nie aus Steuern, sondern immer bloß durch Neukredite «finanziert», aber das mit dem «Faß ohne Boden» trifft zu.
* 30. Mai: «Europa sitzt in der Griechen-Falle - Politik und *EZB* dringen auf Zusagen für neues Sparprogramm - Umstrukturierung vom Tisch - Pleite ausgeschlossen»[2050]. In der Falle, das heißt doch: eh nichts mehr zu machen! Wir sollen verinnerlichen: .Mitgegangen, mitgehangen', (erzwungene) .Solidarität' eben, **«Share International - Internationales Teilen».**

Zum so üppig wie raffiniert orchestrierten Ablauf der Dauerkampagne (Motto: «Steter Tropfen höhlt den Stein». . .) zählen aber auch gewisse Tartarenmeldungen gelenkter Presseorgane, die obendrein so dümmlich oder schief wie nur möglich kommentiert werden, um in der desinformierten Öffentlichkeit vordergründig Ärger oder gar Panikstimmung, schlußendlich aber stille Ergebung ins scheinbar Unvermeidliche zu erzeugen. Beispiele aus jüngerer bis jüngster Zeit:

* Da war einmal die *WirtschaftsWoche,* die am 18.2.2011 mit einer garstigen Enthüllung aufwartete: «Die *Bundesbank* finanziert den Rest der Euro-Zone stillschweigend mit einer dreistelligen Milliardensumme - und täglich wird es mehr Geld. . . . Die brisante Zahl versteckt sich unter den Posten „Forderungen innerhalb des Euro-Systems (netto)"

nannte Quelle für *JUNCKERS* Vorstoß war der Weltnetz-Auftritt *http://www.mmnews.de* vom 6.11.2010.

2047 Zit. n. ebd.; dort wiederum zit. n. «Strategie Alert» Nr. 47/24.11.2010.

2048 *WOLFGANG MÜNCHAU* in: «Financial Times Deutschland»

2049 *EIN AR KOCH.*

2050 *PETER EHRLICH/WOLFGANG PROISSL* in: «Financial Times Deutschland»

in den Monatsberichten *fax Bundesbank....* Allein die Forderungen an nationale Notenbanken in Euro-Ländern belaufen sich auf 326 Milliarden Euro. 2006, also vor Ausbruch der Finanz- und folgender Euro-Schuldenkrise, lagen die Forderungen insgesamt bei nur 18 Milliarden Euro.»[2051]

* In seiner nächsten Ausgabe schob das Magazin nach: «Weder die *Deutsche Bundesbank* noch die *Europäische Zentralbank (EZB)* sahen sich in der Lage, die Gründe für den Anstieg schlüssig zu erklären.»[2052] Wie sollten sie auch! Da *jede* nationale Notenbank innerhalb des £Z£-Systems genauso wie die *EZB* selber das Privileg genießt, theoretisch *jederzeit* Schuldgeldbeträge in theoretisch *grenzenloser* Höhe **aus nichts** zu produzieren, sei es lediglich in den Büchern, sei es in Form gedruckter Banknoten, ein Privileg, das sie sich freilich in puncto *Buchgeld* mit den Geschäftsbanken teilen und ihnen sogar weitgehend überlassen, waren diese «schockierenden» Berichte ebenso wie der ihnen zugrundeliegende Sachverhalt ohne echten Nachrichtenwert. Monatsberichte der *BB* erscheinen, wie der Name schon sagt, monatlich. Folglich konnte jeder, der wollte, den über Jahre hinweg erfolgten, unzweifelhaft manipulativen[2053] Anstieg dieser lächerlichen ‚Luftbuchung' von 18 auf 326 Milliarden auch allmonatlich beobachten. Wozu sollte - nach jahrelangem Dauerschlaf sämtlicher Wirtschaftsjournalisten der Republik - die plötzliche «Entdeckung» also tatsächlich dienen? Doch wohl zur Einstimmung auf das PROTOKOLLARISCH Unvermeidliche:,Reiches Deutschland finanziert ärmere Länder der Eurozone - **Share International - Ein Aufruf zum Teilen!'**
* Neuerliches Entsetzen im Mai 2011, diesmal zur Abwechslung ausgelöst durch einen «Bericht» des *Spiegels* über enorme «Risiken in den Büchern der *EZB»,* nämlich: «Die Dimension ist gewaltig: Für rund 480 Milliarden Euro hat die *EZB* strukturierte Wertpapiere, sogenannte Asset-Backed Securities (ABS) angenommen, weitere 360 Milliarden stehen als „nicht marktfähige Finanzinstrumente" in den Büchern.» Ja, und all dieses zweifelhafte oder wertlose Zeug stammte von den Geschäftsbanken. Das schrecklich Furchtbare daran: «Wenn Banken pleitegehen und ihre Sicherheiten nicht genug wert sind, müssen zunächst die Notenbanken für den Schaden aufkommen. Wenn deren Reserven nicht ausreichen, müssen die Steuerzahler einspringen.»[2054]

Wer das Unterkapitel des vorliegenden Bandes über Geldschöpfung aufmerksam gelesen hat, wird feststellen: Was der *Spiegel* hier betrieb, war purer Dummenfang. Eine Zentralbank, **das hat uns weiter oben sogar die *FED* selber in einer ihrer Informationsbroschüren eindringlich versichert,** *hat* keine und *benötigt* auch keine «Reserven», weil sie selber im **aktuellen,** ROTHSCHlLD-dominierten **Schuldgeldsystem** jederzeit solche in beliebiger Höhe aus nichts erzeugen kann und darf[2055]! Ihre «Reser-

[2051] Zit. n. *BEATRIX ULLRICH* in: «Der freie Mensch», Nr. 3-4 (März-April) 2011, S. 42f. Auch *MORRIS* a.a.O., S. 143 zitiert (teilweise) denselben Text, ordnet ihn jedoch - wie übrigens auch *ULLRICH* - leider genauso (falsch) ein, wie von den Urhebern der Kampagne beabsichtigt.

[2052] Zit. n. *ULLRICH a.a.O.,* S. 44.

[2053] «Ausleihen» von **Euros** zwischen Zentralbanken, die als Mitglieder ein und desselben *Europäischen Systems der Zentralbanken* sämtlich zur eigenen Erzeugung von **Euros** befähigt sind, sind evidentermaßen so überflüssig wie ein Kropf, entsprechende Zahlenangaben der *BB* somit nichts weiter als sprichwörtlich ‚fauler Zauber'! Es ändert **unterm Strich** nicht das geringste an meinen finanziellen Verhältnissen **nach außen hin,** wenn ich sage: .meine Portokasse schuldet meiner Haushaltskasse noch 20 Euro'.

[2054] *MATTHIAS BRENDEL/CHRISTOPH PAULY* in: «Der Spiegel» Nr. 23/2011, S. 23f.

[2055] Deshalb sind auch die gelegentlich als hübsch aufbereitete, farbige Kurvendarstellungen in der Wirtschafts- und Finanzpresse zu bestaunenden «Bilanzen» der *FED,* der *EZB* oder sonsti-

ven» werden also **immer** «ausreichen», um **noch so große** «Schäden» auszugleichen, vorausgesetzt, die ROTHSCHILDS geben ihren Satrapen dafür grünes Licht!

* Dennoch nutzte u.a. die *Financial Times Deutschland* die ihr vom *Spiegel* gelieferte «Vorlage», um den eigentlichen Punkt, auf den es ankam, gebührend zu vertiefen: «*Der Spiegel* berichtet, Banken aus den Euro-Krisenstaaten Griechenland, Irland, Portugal und Spanien hätten Risiken in Höhe von mehreren Hundert Milliarden Euro bei ihren jeweiligen Notenbanken abgeladen ... Sollte eine der Notenbanken als Folge der zweifelhaften Sicherheiten in eine Schieflage geraten, werden die Kosten auf alle Euro-Länder umgelegt. . . . Die *Bundesbank* müßte dann für 27 Prozent der Ausfälle aufkommen, das entspricht ihrem Anteil am EZÄ-Kapital.»[2056]

Na und, kann man da nur sagen, soll sie doch ruhig! Es kostet sie ja nur einen Eintrag in ihren Büchern oder Rechnern und ein paar anschließende «Überweisungen»! Wer als Journalist einer Finanzzeitung eine «Schieflage» einer «Notenbank» auch bloß ansatzweise für möglich hält, ist entweder für seinen «Job» absolut ungeeignet oder erfüllt feige und prinzipienlos einen ihm erteilten Auftrag zu massiver Desinformation. Für den Chefredakteur selbigen Blattes, der solchen himmelschreienden Unsinn absegnet, gilt das *a fortiori.* Noch nie und nirgends hat eine **Zentralbank** *als solche* Bankrott anmelden müssen - ein solcher ist bei ihr ja *rein bankentechnisch* **von vornherein** ausgeschlossen. Warum also schwindelt die Journaille dennoch so tolldreist? Wie der letzte zitierte Satz beweist, wollte man uns erneut auf das aus Sicht der PROTOKOLLE Unvermeidliche vorbereiten: ‚Reiches Deutschland muß ärmere Länder der Eurozone finanzieren - **Share International - Ein Aufruf zum Teilen!'**

ger Zentralbanken ohne jeglichen objektiven Aussage- und Erkenntniswert. Wer (im Gegensatz zu den Geschäftsbanken!) **völlig voraussetzungslos und unkontrolliert** jederzeit Schuldgeld **schöpfen** und wieder **vernichten** darf, müßte schon mit dem gern zitierten Klammerbeutel gepudert sein, wenn er es nicht schaffte, jederzeit irgendeine «ausgeglichene Bilanz» vorzuweisen. Das *eigentlich* Unverzichtbare für das permanente Gelingen dieses lächerlichen Mummenschanzes ist das bierernste Mitspielen der gelenkten Medien und der gekauften Fachwelt...

2056 *WOLFGANG PROISSL/MAREIKE SCHEFFER* in: «Financial Times Deutschland», 24.5.2011. Die beiden Desinformanten räumten übrigens immerhin ein, daß die «Umsetzung» der ‚zentral festgelegten Regeln' für ihr Geschäftsgebaren «den einzelnen Notenbanken überlassen [bleibt], die Fehler machen können - oder theoretisch sogar schummeln könnten. Die *EZB* hat hier keine Kontrollkompetenzen und die Euro-Zentralbanken kontrollieren sich auch nicht gegenseitig.» Da fragt sich bloß, wer 1) die Bilanz der *EZB* selber kontrolliert und wer b) eigentlich die Bilanz der *Bundesbank* daraufhin überprüft, ob sie auch wirklich ordnungsgemäß' alle - auf welche Weise eigentlich? - erwirtschafteten Gewinne' an den deutschen Fiskus abführt.

I. Ausblicke

Die PROTOKOLLgemäß installierte Staatsverschuldung, auch diejenige im Ausland, wird sich insgesamt noch verschärfen und der Welt bis zum nicht mehr fernen, bitteren Ende erhalten bleiben. Diese Vorhersage mag zwar wenig ermutigend sein. Sie entspricht aber der beobachtbaren Realität. Gleich mehrere Gründe, obwohl von sehr unterschiedlichem Gewicht, sprechen unbedingt dafür, daß sich bis zur Errichtung der satanischen «Neuen Weltordnung» (die freilich gemäß der Hl. Schrift nur 42 Monate lang bestehen wird) nichts Durchgreifendes mehr ändert. Zählen wir zunächst diese Gründe in der ihnen gebührenden Rangfolge auf, ehe wir sie näher erläutern bzw. durch etliche Beispiele illustrieren:

1) Sogar HENRY MAKOW, obwohl noch kein überzeugter Katholik, ist der Zusammenhang nicht entgangen: «Nicht von ungefähr fällt die „Aufklärung" in etwa zusammen mit der Errichtung der *Bank von England* im Jahre 1694 durch illuminierte Barikiers und mit der nachfolgenden Ausbreitung des Freimaurertums über ganz Europa.»[2057] Der Aufstand gegen Gott, Christus und seine Kirche, der bis heute von «Liberalen» aller Art unter dem blasphemischen Namen «Aufklärung» beklatscht wird, begann sich also schon im selben Moment, da er ausgerufen wurde, zu rächen. Heute sehen wir es ganz klar: «Das menschliche Experiment ist zum Scheitern verurteilt, weil die [vermeintlich „aufgeklärten"] Menschen zu korrupt oder zu unfähig waren, sicherzustellen, daß ihre Regierungen die Kontrolle über ihren eigenen Kredit behielten.»[2058]

Rein menschlich gesehen erscheint die Lage aussichtslos. «Das Problem der Menschheit ist systemimmanent und unlösbar, solange unsere Führer Kreaturen des Systems sind. Wir müssen unseren Schwerpunkt darauf legen, das System zu ändern, d.h. die Zentralbanken zu verstaatlichen und den Teil der Schulden zu repudiieren, der aus nichts geschöpft wurde. Jeder, sei er Politiker oder Experte, der anderer Meinung ist, ist Bestandteil des Systems.»[2059] Das stimmt absolut, aber gemessen an *diesem* Maßstab ist das System wirklich allgegenwärtig und unüberwindlich! Niemand wüßte das besser als MAKOW selber:

«Jeden Tag hören wir von Regierungen, die Milliarden „leihen", um die Wirtschaft zu stimulieren. Fragt irgendjemand im öffentlichen Leben, wer denn überhaupt diese Art von Geld zum Ausleihen zur Verfügung hat? Wird es aus dünner Luft geschöpft? (Dann werden wir es in derselben Weise zurückzahlen. Man sollte meinen, das wäre angemessen.) Doch die Frage wird niemals gestellt, weil jeder, der auf einem einflußreichen Posten sitzt, an dem Schwindel der ROTHSCHILDS beteiligt ist. Organisiertes Judentum und Freimaurerei sind die prominentesten Anteilseigner, doch jede Regierung, Religion, Gesellschaft, Kirche, Wohlfahrtseinrichtung, Nichtregierungsorganisation, Universität oder sonstige Organisation von Bedeutung ist mit von der Partie. Die Leute finden zum Geld genauso wie die Ameisen zur Marmelade.»[2060]

Nur mit Gottes machtvoller, übernatürlicher Hilfe könnte bei diesem verzweifelten Stand der Dinge das globale Verschuldungsmonopol zerstört und sodann durch eine wirklich «humane» Geld- und Wirtschaftsordnung ersetzt werden, wie sie im katholischen Mittelalter schon einmal bestand. Doch die Menschheit tut seit Jahrzehnten al-

2057 *MAKOW*, Illuminati 2 ... a.a.O., S. 9.

2058 Ebd. S. 10.

2059 Ebd. S. 23.

2060 Ebd. S. 21.

les, wirklich *alles*, um Gottes strafenden Zorn nur noch mehr herauszufordern. Daher wird sie diese humane Ordnung auch nicht erhalten. Alle anderen Gründe ergeben sich sachlich zwingend aus diesem Hauptgrund.

2) Gott- bzw. Glaubenslosigkeit oder, anders gesagt, die am schrecklichsten und unheilbarsten just in der «westlichen Welt» grassierende religiöse Beliebigkeit ohne wahre Hoffnung auf eine jenseitige ewige Glückseligkeit und ohne jede Furcht vor einer jenseitigen ewigen Pein ist absolut keine Grundlage für dauerhaftes und konsequentes sittliches Handeln, dafür aber umso sicherer Antrieb für **schrankenlosen Egoismus,** der infolge seines rein diesseitigen Glücksstrebens in letzter Konsequenz buchstäblich über Leichen geht. Genau deshalb
   a) existiert keinerlei Widerstand mehr gegen das **aktuelle Schuldgeldsystem** oder wenigstens seine schlimmen Auswirkungen seitens der (allgemein irrtümlich/ignorant als dieselbe betrachteten) «katholischen Kirche»;
   b) laufen selbst engagierte Kritiker des **aktuellen Schuldgeldsystems** oder wenigstens seiner schlimmen Auswirkungen schließlich, im wahrsten Sinne des Wortes «demoralisiert», schamlos zu ihm über;
   c) haben sich überall auf der Welt die Politiker, kleine und große, längst selber mit dem **aktuellen Schuldgeldsystem,** unter dem ihre Staaten ächzen, schwer kompromittiert und mögen es nicht mehr missen;
   d) treffen sich die wenigen dennoch verbleibenden *scheinbaren* Gegner des **aktuellen Schuldgeldsystems** mit dessen Betreibern auf ein und derselben weltanschaulichen Grundlage, der jüdisch-freimaurerischen, was ihre Gegnerschaft notwendigerweise sterilisiert.

3) Die praktisch vollständige Beherrschung der Weltmedien durch die «fünfte Gewalt» - integraler Bestandteil von Gottes strafender Zulassung - verunmöglicht jegliche echte Aufklärung bzw. **positive** Beeinflussung der Massen, die jedoch unabdingbare Voraussetzung für einen Umschwung wäre.

Zu 1) Ob es der gegenwärtigen Menschheit gefällt oder nicht: wir leben seit Anbeginn der Welt in keiner natürlichen, sondern in einer **Ubernatürlichen** «Weltordnung». Der einzige real existierende Gott, der dreipersönliche der christlichen Offenbarung, hat die Welt und insbesondere die Menschen einzig zu seinem Dienst erschaffen. Dienen sollten sie ihm seit der Menschwerdung der zweiten göttlichen Person in der einzigen real existierenden wahren Religion und Kirche, der römisch-katholischen, um durch Glaube, Hoffnung und Liebe die **übernatürliche,** ewige Seligkeit zu verdienen und eben dadurch der einzigen Alternative, der ewigen Verdammnis, zu entgehen. In ihrer Heiligen Schrift, der einzigen real existierenden, ist seit rund 1900 Jahren exakt prophezeiht, was sich, gut sechshundert Jahre lang Schritt um Schritt vorbereitet, seit rund fünfzig Jahren ereignet hat und nunmehr seinem Höhepunkt zustrebt: der endzeitliche weltweite Abfall vom Glauben an Christus und seine Kirche, der endzeitliche wütende Aufstand gegen Gott und alle seine heiligen Gebote.

Niemals hätten sich talmudistische Mammonsanbeter vom Schlage der ROTHSCHILDS und ihres Orbits zu Beherrschern des Globus aufzuschwingen vermocht, hätte nicht bereits im ausgehenden 14. Jahrhundert der schrittweise Abfall von der katholischen Kirche und die gleichzeitige schrittweise Zuwendung zu ihrem Gegenpol, dem **definitionsgemäß ««//christlichen** Kabbalismus/Talmudismus begonnen. Jene *große* katholische Nation, die im Zuge der protestantischen «Reformation» als erste praktisch vollständig, mit Mann und Maus, von der katholischen Kirche, ihrem Glauben und ihren Sakramenten abgefallen war, war exakt dieselbe, in der mit der Gründung der *Bank of England* das **aktuelle Schuldgeldsystem** seinen verhängnisvollen Anfang nahm. Mehr als eineinhalb

Jahrhunderte hatte, menschlich gesprochen, Gottes Langmut noch - vergebens - auf eine Umkehr der abgefallenen englischen Nation gewartet, ehe Er Seinen geschworenen Feinden endlich gestattete, als Werkzeuge Seines Zorns erstmals jene Geißel zu schwingen, unter deren unaufhörlichen Hieben heute, über dreihundert Jahre später, die ganze hartnäckig widerspenstige Menschheit stöhnt.

Zu 2 a) Es ist wiederum HENRY MAKOW, der als Außenstehender gleichwohl klipp und klar sagt: «Jahrhundertelang, bis nach dem 2. Weltkrieg, war die katholische Kirche die Bastion der westlichen Zivilisation und das Haupthindernis für die Weltherrschaft der Illuminaten.»[2061] Ja, das war sie, insbesondere dadurch, daß sie **das Zinsnehmen verurteilte und verbot.**

Davon will allerdings in jener jüdisch-freimaurerischen Frontorganisation, die sich der Welt seit dem Ende des 2. Vatikanischen Konzils 1965 als die «katholische Kirche» andient, niemand mehr etwas wissen, am wenigsten der sogenannte «Papst», dessen Hauptanliegen die «Freundschaft» mit den Talmudisten und die von ihren Anführern gewollte Herbeiführung einer freimaurerischen Welteinheitsreligion ist. Ein junger Italiener hat «BENEDIKT XVI.» im Februar 2011 eine mutige Offene Videobotschaft übersandt, worin er ihm *unter Beibringung von Beweisen* (!) vorhält, die Wahrheit über **das aktuelle Schuldgeldsystem** zwar genau zu kennen, sie aber noch nie ausgesprochen zu haben. Die komplette Übersetzung dieses wichtigen Dokuments findet sich im Anhang dieses Bandes.

Zu 2 b) «HANS MARTIN BURY . . . war von 1988 bis 1990 Vorstandsassistent einer Genossenschaftsbank und ist seit Dezember 1990 Mitglied des Deutschen Bundestages.» So stellte sich der .SPD-Abgeordnete und tapfere Streiter gegen «Das Bankenkartell» bzw. «Die Verflechtung von Geld, Macht und Politik» in seinem Buch von 1996, das diesen Titel und Untertitel trägt, selber vor. Das sorgfältig recherchierte Werk, verfaßt zusammen mit seinem «wissenschaftlichen Mitarbeiter» THOMAS SCHMIDT, bewirkte natürlich nichts, sondern wurde von der Medienmafia geflissentlich ignoriert, angesichts der wahnsinnigen Bücherflut hierzulande ohnedies eine leichte Übung. BURY, dennoch zum «Staatssekretär im Außenministerium und im Kanzleramt» aufgerückt, besann sich daraufhin offenbar eines «Besseren», nämlich seiner abgebrochenen Karriere als Genossenschaftsbankier, und diente sich nach seinem Ausscheiden aus dem Bundestag 2005 demselben «Bankenkartell» an, das er so wacker denunziert hatte: er wurde «einer der Direktoren von *Lehman Brothers*»[2062], einer jüdischen Großbank, die allerdings die jüngste Krise nicht überlebt hat.

BURYs nur scheinbar überraschender Schwenk ist jedenfalls typisch für Leute, die keine echten religiösen und oder sittlichen Prinzipien haben, also für die ganze unübersehbare Schar von egomanen Ehrgeizlingen, die sich fortwährend auf allen Ebenen in die Politik drängen, obwohl sie dem Gemeinwesen wenig oder gar nichts Aufbauendes anzubieten haben und obendrein schon sehr früh die Erfahrung machen, daß Loge und Geldmacht ihnen ohnedies keinerlei echten Gestaltungsspielraum lassen.

Andere Altlinke der 1968er-Generation, die später in der Politik Karriere machten, hat es anschließend ebenfalls zu den vorgeblich so verhaßten «Kapitalisten» verschlagen: Bundeskanzler GERHARD SCHRÖDER kroch bei den ROTHSCHILDS höchstpersönlich[2063],

2061 *MAKOW*, The Illuminati... a.a.O., S. 139.

2062 «PHI», 30.12.2010, S. 382.

2063 vgl. «Frankfurter Allgemeine Zeitung» (dri.), 24.3.2006 (hier zit. n. «Deutschland» Nr. 3-4 [März-April] 2006, S. 27): «Der ehemalige Bundeskanzler GERHARD SCHRÖDER wird Berater der Investmentbank *Rothschild.* Wie in Finanzkreisen zu hören ist, wird SCHRÖDER in den Euro-

Bundesaußenminister JOSCHKA FISCHER bei den ROTHSCHLLD-kontrollierten Banken *Barclays* und *Goldman Sachs* jeweils als «Berater» unter[2064]. Unverkennbar kommt ihnen u.a. die Funktion zu, informelle Kontakte zum «eingeweihten» Spitzenpersonal ihrer jeweiligen Partei, ja vermutlich sogar *aller* «demokratischen» Parteien zu halten und der «Politik» Rothschildsche «Wünsche» zu übermitteln, die ihr zumeist,Befehl' sind ...

Noch andere Leute, nur scheinbar prinzipienfester als die soeben Genannten, möchten gerne auf beiden Schultern Wasser tragen. Sie jammern zwar über die .ausufernde Staatsverschuldung', wissen auch durchaus um deren rein künstlichen Charakter im aktuellen Schuldgeldsystem mit seiner ständigen «Kredit»geldschöpfung aus nichts, prangern sie sogar wortreich an, plädieren aber schließlich *trotzdem,* wie z.B. BRUNO BANDULET, für den «Grundsatz einer mäßigen, kontrollierten Staatsverschuldung»[2065]! Und warum? Weil sie auf .sichere' Rentenpapiere nicht verzichten mögen - wo und wie soll man denn sonst sein .Vermögen' ,ertragbringend' ,anlegen' .. .? Auch Frau HODGSON BROWN, eine eigentlich hochkompetente und ehrlich engagierte Kritikerin des aktuellen Schuldgeldsystems, kann sich trotzdem nicht vorstellen, wie man seine «Altersvorsorge» anders bewerkstelligen sollte als mittels ,Anlage' in ,sicheren Staatspapieren'[2066]! Ist selbst *diesen* Leuten immer noch nicht klar, daß man unmöglich das eine ohne das andere haben kann? «*Mäßige* Staatsverschuldung» ist im aktuellen Schuldgeldsystem, das ja ein veritables Schneeballsystem ä la MADOFF darstellt, ein Ding der Unmöglichkeit, und die .Zinserträge' zwecks .Inflationsausgleich' bzw. .Werterhalt' zahlen sich die einfältigen kleinen «Sparer/Anleger» letztlich immer nur selber: der Zins *ist* die Inflation! Wer das nicht begreifen will, hält dem boshaften System die Stange, mag er sich auch ansonsten noch so lebhaft über die Geldschöpfung/Kreditvergabe der Banken aus nichts erregen. Wo aber sind die Anlageberater oder Verfasser von gegenwärtig wie Pilze aus dem Boden sprießenden So-retten-Sie-Ihr-Vermögen-Büchern, die dem aktuellen Schuldgeldsystem inklusive der davon unabtrennbaren Staatsverschuldung nicht fraglos ihren Tribut zollen? Und wie sollte sich dann etwas zum Besseren wenden!?

Zu 2 c) Der Staat, vertreten durch seine jeweils im Vordergrund agierenden politischen Galionsfiguren, ist längst heillos mit den geldschöpfenden Banken verfilzt und als Mittäter in ihr übles Schuldgeldsystem verstrickt, noch unabhängig von seiner eigenen Verschuldung. Das läßt sich nicht bloß in Deutschland, sondern überall auf der Welt beobachten. Und, nein, gemeint ist nicht einmal die - obwohl ebenfalls hierher gehörige! -

päischen Beirat (European Advisory Council) des traditionsreichen Bankhauses eintreten. Dort soll er seine internationale Expertise, vor allem in Wachstumsregionen wie Osteuropa, Rußland, Türkei und China, einbringen.» - Vgl. dazu auch *MORRIS* a.a.O., S. 197, der aus «Manager-Magazin.de», 9.4.2010 folgendes zitiert: «Schließlich überredete ihn im März 2006 der ehemalige Da/'ffi/er-Manager KLAUS MANGOLD, selbst seit einigen Jahren für Rothschild aktiv, zur Mitwirkung in dem feinen Bankhaus. DAVID DE ROTHSCHILD schickte SCHRÖDER, wie in solchen Fällen üblich, einen knappen Brief, in dem er sich für die Bereitschaft zur Zusammenarbeit bedankte und ihn zur nächsten Sitzung des europäischen Beirats einlud. Solch schlichte, aber kultivierte Art des Geschäftemachens fasziniert SCHRÖDER. „Man braucht keine langen Papiere, sondern spricht kurz über die Bedingungen, gibt sich die Hand, und dann funktioniert das."»

2064 Ygi *PETER HARTMANN* in: «Weltwoche» Nr. 20/2011, S. 11: «Der zum Großverdiener gehäutete FISCHER arbeitet, nach einem Gastspiel als Universitätsprofessor in Princeton, als Berater für Adressen wie *BMW* und *Siemens, Barclays* und *Goldman Sachs.»*

2065 *BANDULET* a.a.O., S. 96.

2066 ygi *ELLEN HODGSON BROWN* in: «Der freie Mensch» Nr. 3-4 (März-April) 2011, S. 51: «Unterdessen wurden die Zinssätze für US-Bundesanleihen ebenfalls auf ein sehr niedriges Niveau gedrückt, was Investoren dieser sicheren, stabilen Option für ihre Altersversorgung beraubt.»

Teilverstaatlichung krisengeschädigter Geschäftsbanken, sondern die seit Jahrzehnten in guten wie in schlechten Zeiten gängige Praxis. Alle deutschen Landesbanken beteiligen sich genauso wie die sie (mit-)tragenden Sparkassen seit eh und je mit größter Selbstverständlichkeit an der «Kredit»gelderzeugung und -vergäbe **aus nichts** und damit am **aktuellen Schuldgeldsystem.** Mehr noch: «*Rothschild* unterhält traditionell enge Beziehungen zur *Bayern LB*»[2061], plauderte am 31. März 2008 die *Financial Times Deutschland* aus dem ansonsten wohl verschlossen bleibenden Nähkästchen!

Nicht wenige Politiker betätigen sich denn auch dort «nebenher» selber als Bankiers, so z.B. der hessische Ministerpräsident VOLKER BOUFFIER, über den die Presse im Mai 2011 zu berichten wußte: «Als Mitglied in der Trägerversammlung *Landesbank Hessen-Thüringen* erhält er 6 000 Euro im Jahr plus 225 Euro pro Sitzung, die *Sparkasse Gießen* zahlt ihrem Verwaltungsratsmitglied 2 819 Euro plus 143,97 Sitzungsgeld. Von *der Kreditanstalt für Wiederaufbau* gibt's 5 113 plus 614 Euro Sitzungsgeld im Präsidialausschuß. . . . Behalten freilich darf der Regierungschef von all den Vergütungen genau 6 135 Euro pro Jahr .. ,»[2068], während alles übrige an die Staatskasse abgeliefert werden muß. Letzteres ist zwar gut und schön, ändert aber nichts an der dadurch bloß noch weiter zementierten Einbindung des Staats selber in jenes System, das ihn so unheilvoll kontrolliert und gängelt. Dabei sind es überdies nicht selten Glaubensgenossen der ROTHSCHILDS, die auch in den Staatsbanken schalten und walten: der gegenwärtige Finanzvorstand von Rußlands zweitgrößter Staatsbank *VTB* etwa trägt den nicht sehr russischen Namen HERBERT MOOS[2069] . . . Wie soll man unter solchen Umständen von Politikern egal welchen Landes und welcher Partei jemals eine *Abschaffung* des **aktuellen Schuldgeldsystems** erhoffen?!

Zu 2 d) Es gibt natürlich einige Personen, darunter sogar prominente, die sich gerade in jüngster Zeit in aller Deutlichkeit für die Abschaffung des **aktuellen Schuldgeldsystems** starkmachen. Doch siehe da: sie tun es entweder bewußt und ausdrücklich oder unbewußt und einschlußweise im Namen der antichristlichen «Neuen Weltordnung» bzw. des freimaurerischen «Gottesreichs auf Erden»!

PAULHELLYER, in den 1960er Jahren zuerst kanadischer Verteidigungsminister, dann Vizepremier, fand «im Februar 2011 auf dem Internationalen UFO-Kongreß in Arizona, USA» deutliche Worte. Nachgedruckt wurden sie jedoch verdächtigerweise just im weiter oben schon erwähnten, international mittlerweile in mehr als 20 Sprachen verbreiteten Organ *Share international* des jahrzehntelangen Propheten des «Maitreya-Christus» BENJAMIN CREME. HELLYER sagte u.a.:

«Das Weitfinanzsystem ist nichts als Schwindel. Es ist ein gigantisches Schneeballsystem, bei dem Banken dasselbe Geld mehreren Menschen oder Institutionen gleichzeitig verleihen und dann von jedem dafür Zinsen kassieren. Was die Banken jedoch in Wirklichkeit verleihen, ist ihr eigener Kredit, und was sie im Austausch dafür nehmen, sind Schulden, die mit Zinsen zurückgezahlt werden müssen. ... Ein Weltsystem, das sämtliches Geld als Schulden kreiert, ist auf eine fortwährende Katastrophe angelegt. . . . Das erste und dringlichste Projekt bedeutet, den Bankern die Flügel zu stutzen und die Geldschöpfung zu demokratisieren. Die Notenbank in den Vereinigten Staaten muß abgeschafft und ihre vorgebliche Aufgabe der Regulierung des Geldflusses von der Bundesregierung - oder einer Institution unter ihrer direkten Kontrolle - übernommen werden.

2067 Zit. n. *MORRIS* a.a.O., S. 197.
2068 *PETRA WETTLAUFER-POHL* in: «HNA», 2.5.2011.
2069 Lt. *KATHINKA BURKHARDT* in: «Financial Times Deutschland», 28.4.2011; zum Namen vgl. *WEISS* a.a.O., S. 116, wo «Moos» als Abwandlung von «Moses» gedeutet wird.

... Einige Währungsreformer empfehlen den Regierungen, neues Geld (Dollars oder Vergleichbares) zu einhundert Prozent schuldenfrei in Umlauf zu bringen. . . . Wird es dadurch zu einer massiven Inflation kommen, wie die Finanzkartelle sofort behaupten werden, denn das ist eines ihrer ältesten und erfolgreichsten Schreckgespenster? Die Antwort auf solche falschen Verlautbarungen ist ein deutliches „Nein". Wie jeder Ökonom wissen sollte, werden die Preise durch die Menge des Geldes, das im Umlauf ist, beeinflußt, und nicht dadurch, wer es druckt. . . . Wahre Freiheit wird nur dann möglich werden, wenn sich die Menschen von der Tyrannei der internationalen Banken befreit haben .. .»[2070]

Man sieht sofort: der Mann kannte sich perfekt aus; er hatte jenen Durchblick, an dem es leider noch so vielen anderen mangelt. Doch was wollte er an die Stelle der «Tyrannei der internationalen Banken» setzen? Genau diese selbe Tyrannei, diejenige der Judäo-Maurerei, also diejenige der PROTOKOLLE, nur wesentlich feiner ausgedrückt: «Sowohl die alte als auch die moderne Geschichte zeigen, daß es keine Hoffnung auf eine gerechte und friedliche Welt gibt, solange nicht alle Religionen - und auch diejenigen, die keiner Religion angehören - ihre Unterschiede vergessen und anfangen, zusammen das Reich Gottes auf Erden zu errichten.»[2071]

Mit dem ersichtlich hocheingeweihten Logenbruder HELLYER kämen wir also trotz Abschaffung des **aktuellen Schuldgeldsystems** bloß vom Regen in die Traufe, denn das «Reich Gottes auf Erden» ist das Gegenteil dessen, wozu Gott die Menschen berufen hat (aber «viele sind *berufen,* wenige **auserwählt»** [Matth. 20,16; 22,14]): zum Eintritt in das jenseitige, ewige **Reich Gottes im Himmel!**

GERHOCH REISEGGER, der das **aktuelle Schuldgeldsystem** ebenfalls radikal abgeschafft wissen will, läßt seinen Freund SIXTUS VON PLETTENBERG im selben Sinne zu Wort kommen. Der stellt sich explizit als «katholischer Christ» vor, schließt jedoch unmittelbar ein *Credo* lupenrein freimaurerischen Inhalts an: «Was steht eigentlich dem „Weg, der Wahrheit und dem Leben" zurück ins Paradies entgegen? Woran ist das irdische Paradies, das in unserer Vorstellung mit seiner ausgeglichenen Konjunktur für ein friedliches Zusammenleben unter Menschen und ihrer Umwelt steht, eigentlich verlorengegangen?»[2072]

Auch REISEGGER/VON PLETTENBERG erstreben mithin, ob sie wollen oder nicht, kein anderes als das jüdisch-freimaurerische «Gottesreich auf Erden», d.h. aber, die **Eine Welt des Antichristen,** denn ein anderes **«irdisches** Paradies» als dasjenige von Satans ‚Gnaden' ist nun einmal nach Gottes Anordnung seit Adams und Evas Sündenfall nicht mehr zu haben! So treffen sich also in dieser aktuellen Stunde der «Macht der Finsternis»

2070 *PAUL HELLYER* (gekürzte Fassung seines Vortrags) in: «Share international» (deutsche Ausgabe), Nr. 4 (Mai) 2011, S. 22-26.

2071 Ebd. S. 24.

2072 *REISEGGER,* Wege aus dem Globalisierungschaos.. . a.a.O., S. 381. Das Zitat Joh. 14,6 wird hier in objektiv schwer gotteslästerlicher Weise mißdeutet, denn Jesus ist als *wahrer Gott und •wahrer Mensch zugleich* a) kraft seines Erlösungstodes am Kreuz der Weg zum **jenseitigen, ewigen, übernatürlichen** Leben, b) die ewige, **absolute** Wahrheit **in Person** und c) das **ewige, Ubernatürliche** Leben **in Person!** Weitere Lästerungen dieses seltsamen ‚Katholiken' lassen nicht lange auf sich warten. Ebd. S. 385 faselt er glaubens- und schriftwidrig, «daß der Rabbiner Christus nach der Tempelaustreibung nur und ausschließlich hierfür gekreuzigt wurde». Endlich entlarvt er sein vorgebliches ‚katholisches Christentum' nochmals als puren freimaurerischen Naturalismus, indem er (ebd. S. 387; Hervorh. original) fordert, «daß jeder Konfessionalismus durch die *Neue Sachlichkeit* ersetzt wird. Diese geht für die Nachdenklichen von der *Essenz* des Christentums aus, das nichts anderes ist als die in die Schöpfung gelegte Organische Ordnung.»

(Luk. 22,53) «Geldreformer» aller Schattierungen trotz scheinbar bester Vorsätze immer bloß auf dem gemeinsamen Nenner der antichristlichen «Neuen Weltordnung». Genau deshalb wird ihre angestrebte Reform auch keinesfalls gelingen, sondern irgendwann demnächst mit der weltweiten Einführung jenes teuflischen Systems enden, in dem «niemand mehr kaufen oder verkaufen kann, der nicht das Malzeichen trägt, den Namen des Tieres [= des Antichristen] oder die Zahl seines Namens [= 666]» (Apk. 13, 17)!

Zu 3) Schon in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts machte der britische Geldreformer Sir REGINALD ROWE darauf aufmerksam, daß die «fünfte Gewalt» die «vierte Gewalt» in der Hand hat: «Die Presse ist enorm hoch kapitalisiert, hat Zinsen auf ihr Kapital zu zahlen und muß sich in jenem großen Maßstab finanzieren, der der Geldmacht so sehr am Herzen liegt. In der gegenwärtigen Lage allgemeiner Unwissenheit darf keine bedeutende Zeitung es wagen, die Geldmacht anzugreifen und herauszufordern, aus Furcht vor den Folgen. Unsere Krediterzeuger, die Banken, die ihrerseits dem ,großen Geld' dienen, könnten ganz leicht, durch eine Drehung an der Kreditschraube, jedem solchen Aufstand Einhalt gebieten.»[2073]

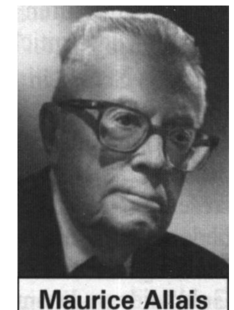
Hinzu tritt natürlich der Umstand, daß sich globusweit große Teile der Massenmedien gleich welcher Art direkt im Besitz oder unter der rigiden Kontrolle von Talmudisten befinden, die ohnedies keinerlei Grund dafür haben, sich mit den ROTHSCHILDS und ihrem Orbit neuer Millionäre/Milliardäre anzulegen. Viele direkte Lügen, dreiste Verdrehungen, verfängliche Halbwahrheiten oder gezielte Weglassungen, mittels deren die etablierten Massenmedien ihr Publikum auf dem Gebiet der «Geldwissenschaft» zu desinformieren pflegen, sind in diesem Band bereits zur Sprache gekommen. Ein paar weitere, besonders eklatante Beispiele anzuführen kann dennoch nicht schaden.

* In der *New York Times*, Eigentum der jüdischen Familie SULZBERGER, log ein gewisser Prof. Dr. MELVIN UROFSKY, auch er Talmudist, am 7. Februar 2009 der Leserschaft schamlos vor, das Gesetz vom Dezember 1913 zur Schaffung des *Federal Reserve System* habe es «dem Kongreß erlaubt, die Kontrolle der Banken über die Währung zu beseitigen»[2074]!
* In derselben *New York Times*, die noch vor der *Washington Post* als einflußreichste Tageszeitung der USA gilt, erschien am 11. Dezember 2010 auf der Titelseite unter der vielversprechenden Schlagzeile «Eine verschlossene Bankenelite beherrscht den Derivatehandel» («A Secretive Banking Elite Rules Trade in Derivatives») ein scheinbar kritischer «Enthüllungsartikel». Doch siehe da: ausgerechnet die ROTHSCHILDS und die ganze von ihnen regierte Bankenwelt der Londoner City, über die doch längst zwischen 60 und 80 Prozent des gesamten US-Derivatehandels laufen, blieben ungenannt![2075]
* Der französische Nobelpreisträger für Wirtschaftswissenschaft MAURICE ALLAIS, nicht ganz zufällig nur wenigen Fachleuten als entschiedener Kritiker des **aktuellen Schuldgeldsystems** wie auch der sogenannten Globalisierung bekannt, vermochte am 5. Dezember 2009 wenigstens in der *relativ kleinen* Wochenzeitschrift *Marianne* auszubreiten, welche Behandlung er persönlich **ungeachtet seiner hohen Auszeichnung** viele Jahre lang seitens der **großen** Medien erfahren hatte, nämlich:

  «Ich meinerseits wurde nicht zu den Fernseh-Gesprächssendungen eingeladen, obwohl ich seit über zehn Jahren ankündigte und schrieb, daß sich demnächst eine schwere Krise, begleitet von einer außer Kontrolle geratenen Arbeitslosigkeit, ereignen wer-

[2073] Zit. n. *FAHEY* a.a.O., S. 56.
[2074] Zit. n. *MICHAEL COLLINSPIPER* in: «American Free Press», 2.**u**.9.3.2009, S. 4.
2075 vgl *JEFFREY SMITH* in: «American Free Press», 27.12.2010, S. 9.

de. Ich gehöre zu jenen, denen nicht gestattet wurde, den Franzosen zu erläutern, was die wahren Ursachen der Krise sind ... In der Vergangenheit habe ich bestimmten Wirtschaftssendungen, die ich als Fernsehzuschauer verfolgte, die Nachricht zukommen lassen, daß ich bereitstünde, darüber zu sprechen, zu was sich die heutigen Banken schrittweise entwickelt haben, über die wahrlich gefährliche Rolle der Händler [auf den Finanzmärkten] und darüber, wieso gewisse sie betreffende Wahrheiten nicht ausgesprochen werden. Keine einzige Antwort auch bloß eines einzigen Fernsehsenders, nicht einmal eine negative, hat mich erreicht, und das über Jahre hinweg. Diese wiederholt an den Tag gelegte Haltung offenbart ein Problem bezüglich der großen Medien in Frankreich: bestimmte Experten sind dort zugelassen, andere hingegen nicht ... Wer besitzt eigentlich die Vollmacht, darüber zu befinden, ob ein Experte die Genehmigung bekommt, einen freien Kommentar in der Presse abzugeben oder nicht? ... Jene, die diese Entscheidungsgewalt besitzen, lassen uns nur die Wahl, entweder Dummköpfen oder Betrügern zu lauschen (écouter des ignorants ou des trompeurs).»[2076]


Maurice Allais

* Von der selber schuldgeldfinanzierten Medienmafia radikal totgeschwiegen wird auch jegliche ernstzunehmende Initiative einiger weniger von der allgemeinen Korruption noch nicht (völlig) erfaßter Parlamentarier, das aktuelle Schuldgeldsystem auf gesetzlichem Wege abzuschaffen. Allein Ende 2010 wurde sowohl in Großbritannien als auch in den USA unabhängig voneinander ganz offiziell je ein derartiger Gesetzesentwurf eingebracht. Die dortigen nationalen Massenmedien haben jedoch diesbezüglich *geschwiegen wie ein Grab,* die internationalen Medien ebenfalls. Über die britische Initiative war anscheinend lediglich aus der kleinen südafrikanischen (!) Zweimonatszeitschrift *Impact* etwas zu erfahren, von der US-amerikanischen Initiative berichtete einzig die dortige kleine, unabhängige Wochenzeitung *American Free Press.* Eine Übersetzung der wesentlichen Abschnitte aus beiden Berichten findet sich im Anhang des vorliegenden Bandes.

*

Es ist nur logisch, daß sich der nächste Band dieser Reihe «Die Protokolle der Weisen von Zion - erfüllt!» - *so Gott will* - mit jener «vierten Gewalt», d.h. den Massenmedien, befassen wird, die der «fünften Gewalt», d.h. der Rothschildschen Geldmacht, nicht bloß ergeben zu Füßen liegt, sondern auch von den PROTOKOLLEN ausgiebig «gewürdigt» wird . . . Freuen Sie sich schon auf eine umfassende Darstellung, wie sie bislang noch nirgends existieren dürfte!

[2076] Zit. n. *MICHEL SARLON-MALASSERT* in: «Lectures françaises» n° 644 (Dezember 2010), S. 6.

Anhang 1
Gegenüberstellung
der Thesen der sog. Freiwirtschaftslehre und der Realität

Freiwirtschaftliche Behauptung	Tatsache
1. Nur die **Notenbanken** schöpfen Geld aus nichts, und zwar ausschließlich als Bargeld (Banknoten).	1. Die **Geschäftsbanken** schöpfen den größten Teil des Geldes aus nichts, und zwar ausschließlich als **Buchgeld.** Daneben können **auch die Notenbanken** Buchgeld schöpfen.
2. Alles Buchgeld (Giralgeld) entsteht nur durch **wiederholte** Ausleihung und Wiedereinzahlung **derselben Banknoten** (und Münzen).	2. Alles Buchgeld (Giralgeld) entsteht nur als **Schöpfung des Bankensystems,** und zwar in der Hauptsache durch sog. Kreditschöpfung der Geschäftsbanken. Den Rest schöpfen die Notenbanken beim sog. Ankauf von Wertpapieren oder Devisen.
3. Alle Einlagen der Geschäftsbanken sind eingezahlte bzw. stehengelassene und dabei aufgezinste **Spargelder** privater Kunden.	3. Fast alle Einlagen der Geschäftsbanken sind aus nichts geschöpfte Kredite. Spargelder privater Kunden machen nur ganz wenige Prozent aus.
4. Die Reserven der Geschäftsbanken bei ihrer Notenbank bestehen **nur aus Spargeldern.**	4. Die Reserven einer Geschäftsbank bei ihrer Notenbank bestehen nur in geringem Maße aus Spargeldern, in der Hauptsache jedoch aus noch nicht bar eingelösten **Schecks/Überweisungen jeweils anderer Geschäftsbanken.**
5. Die Menge des umlaufenden Bargelds wächst **genau in dem Maße,** in dem die Geschäftsbanken zusätzliche Kredite vergeben.	5. Die Menge des umlaufenden Bargelds steht in **keiner** direkten Beziehung zur Kreditvergabe (= Kreditschöpfung) der Geschäftsbanken und spiegelt deren Umfang **nicht** getreu wider.
6. Die Geschäftsbanken halten ihre Kassenbestände an Bargeld so knapp wie möglich, weil darauf **Zentralbankzinsen zu entrichten sind.**	6. Die Geschäftsbanken halten ihre Kassenbestände an Bargeld so knapp wie möglich, weil sie möglichst viel Bargeld bei der Zentralbank als Reserve für ihre vielfach höhere Kreditschöpfung (in Form von Buchgeld) hinterlegen wollen.
7. Die grundsätzlich **staatlichen** Zentralbanken kontrollieren und regulieren die Kreditvergabe der privaten Geschäftsbanken.	7. Die großen privaten Geschäftsbanken kontrollieren und regulieren das Tun und Lassen der stets **privaten oder höchstens scheinbar staatlichen** Zentralbanken.
8. Die Zentralbanken erzeugen durch ständige Herausgabe von **zu viel Banknoten (und Münzen)** die Dauerinflation.	8. Mit Banknoten (und Münzen) werden nur rund fünf Prozent aller Zahlungen (bezogen aufs **Zahlungsvolumen, nicht** die Zahl der **Zahlungsvorgänge)** getätigt; **entsprechend vernachlässigbar** ist ihr Einfluß auf die Dauerinflation.

Anhang 1
Gegenüberstellung
der Thesen der sog. Freiwirtschaftslehre und der Realität (Fortsetzung)

Freiwirtschaftliche Behauptung	Tatsache
9. Die herrschende **Inflation** bedeutet (relativen) Geldüberhang bei (relativem) Warenmangel. Trotzdem bleiben stets erhebliche Warenmengen unverkauft, weil **massenhaft gehortetes Geld** sie **nicht nachfragt.**	9. Es herrscht immer nur eine **Pseudo-Inflation,** die sich als (relativer) Warenüberhang bei (relativem) Geldmangel äußert. Grund dafür ist nicht etwa die (praktisch **vernachlässigbare)** Geldhortung, sondern vielmehr der technische **Schuld**charakter **allen** vorhandenen Geldes.
10. Obwohl das Bankensystem alles (Bar-)Geld nur als Kredit (= Schuld) in Umlauf bringt, kann dieses (Bar-)Geld **in seiner Gesamtheit vielmals (= immer wieder neu)** auf Bankkonten gespart und als Kredit (= Schuld) in Umlauf gesetzt werden.	10. Weil das Bankensystem alles Bar- **und** Buchgeld nur als Kredit (= Schuld) in Umlauf bringt, kann **nur sehr wenig** überhaupt je gespart werden. Diese geringen Ersparnisse werden von den Banken jedoch **nicht** ausgeliehen, sondern als Kassenbestände bzw. Zentralbankreserven verwendet.
11. Zusätzliche Kredite werden aufgenommen, um **zusätzliches Wirtschaftswachstum** zu erzeugen.	11. Zusätzliche Kredite erzeugen zwar zusätzliches Wirtschaftswachstum, werden aber **nicht** zu diesem Zweck aufgenommen, sondern **per saldo** immer nur zur sog. **Bedienung** (Rückzahlung **plus Zinsen!) früherer Kredite.**
12. Zins und Inflation werden von den Zentralbanken als «Zuckerbrot und Peitsche» eingesetzt, um **Geld aus der Hortung zurück in den Wirtschaftskreislauf zu zwingen.**	12. Zins und Inflation sind (teil-)identisch gemäß der Formel: Aktuell **gezahlter** Durchschnittszins **minus** aktuelles Wirtschaftswachstum ist gleich aktuelle Inflationsrate. Außerdem werden Zinsen hauptsächlich von den Geschäftsbanken erzeugt, und zwar **ausschließlich zum Zweck maximaler Gewinnerzielung für ihre privaten Eigentümer.**
13. **Ausschließlich der Zins** bzw. Zinseszins erzeugt den ständigen Wachstumszwang.	13. Selbst **unverzinsliches Schuldgeld als solches** würde bereits einen ständigen Wachstumszwang erzeugen, weil schon **seine** pünktliche Rückzahlung ohne immer neue, zusätzliche Kreditaufnahme unmöglich wäre.
14. Eine staatlich festgesetzte **regelmäßige Verringerung des Wertes der umlaufenden Zahlungsmittel** («rostende Banknoten») würde alles gehortete Geld in den Umlauf nötigen, den Zins gegen Null treiben, Inflation und Wachstumszwang beenden.	14. Diese sog. Umlaufsicherungsgebühr würde **erstens** gehortetes Geld ebensowenig in den Umlauf zwingen wie gegenwärtig Zins/Inflation das vermögen; **zweitens** ist nicht die relativ unbedeutende Geldhortung, sondern das **Schuldgeld als solches** das wahre Problem.

Anhang 2
Nachschrift einer Filmbotschaft an Benedikt XVI.
von Daniele di Luciano

Seid gegrüßt,

ich weiß nicht, wie ich Sie anreden soll. Ich heiße **Daniele di Luciano** und bin Philosophiestudent. Ich hoffe, daß es Ihnen nicht mißfällt, wenn ich Sie als **„Herr Papst"** anreden werde.

Und ich hoffe, daß Sie mir meine Erregung verzeihen können, weil es das erste Mal ist, daß ich mich an jemanden von **„solchem Rang"** wende, und daß Sie mir auch meine Kleidung nachsehen. Ich bitte um Entschuldigung, wenn ich mich nicht für Tausende von Euros angezogen habe, aber ... ich habe sie nicht... und außerdem denke ich, daß es darauf ankommt, was gesagt wird, daß es auf die Worte ankommt und nicht auf darauf, wie deijenige angezogen ist, der sie ausspricht.

Kommen wir also zur Sache: **ich will von Ihnen die Wahrheit wissen, deshalb habe ich das Bedürfnis empfunden, Ihnen diese Botschaft zu senden.**

Noch eine Kleinigkeit zuvor: ich habe Ihre Worte vom 13. November 2010 gelesen, **wo Sie sagen, das Internet könne bei den Jugendlichen Verwirrung und Einsamkeit hervorrufen.** Ich habe es auf *Ansa* gelesen. Sicher, das könnte auch stimmen, aber ich frage mich: wieso all diese Angst vor dem Internet, wo doch das Fernsehen gleichfalls Verwirrung und Einsamkeit erzeugt? Ja, das Fernsehen erzeugt vielleicht sogar noch mehr Einsamkeit, weil man beim Fernsehen mit niemandem kommunizieren kann, bloß passiv zuhören kann; im Internet dagegen kann man mit anderen Personen kommunizieren. Dann die Verwirrung ... nun, **die Verwirrung, denke ich, kommt von den falschen Informationen.** Im Fernsehen gibt es nur falsche Informationen, im Fernsehen gibt es keine Wahrheit, im Fernsehen gibt es nur die Propaganda; Sie werden das besser wissen als ich ... aber im Internet dagegen, wenn man gut sucht, kann man zur Wahrheit vordringen ... und, wie Einer sagte, **„die Wahrheit wird euch freimachen".**

Es war Jesus, der das sagte. Sie werden das sicherlich wissen, Herr Papst. Und ich stimme Jesus zu, weil ich glaube, daß man nicht frei sein kann, ohne die Wahrheit zu erkennen, nämlich insofern: wie stelle ich es an, eine Wahl zu treffen, wenn ich die Wahrheit nicht kenne? Ich kann nur zwischen zwei Lügen wählen, während meine Wahl vielleicht anders ausgefallen wäre, wenn ich die Wahrheit gekannt hätte.

Ich will frei sein und ich bilde mir ein, frei zu sein.

Nun **frage ich Sie nach der Wahrheit, Herr Papst,** bezüglich einer speziellen Angelegenheit. Sie werden sich vielleicht nicht mehr entsinnen, ich weiß es nicht, doch vor etlichen Jahren, als Sie noch Kardinal waren, haben Sie jemanden kennengelernt; Sie haben **GIACINTO AURITI** kennengelernt, einen Dozenten für Rechtswissenschaft, der **für den Nobelpreis für Wirtschaftswissenschaft nominiert wurde,** weil er **den „induzierten Wert" des Geldes** entdeckt hatte. **Er hat die Bank von Italien und die damaligen Gouverneure CIAMPI und FAZIO, des „Betrugs", des „Wuchers", der „Bildung einer kriminellen Vereinigung", der „Bilanzfälschung" und der „Anstachelung zum Selbstmord" beschuldigt. AURITI** war Mitbegründer der Universität für Rechtswissenschaft in Teramo.

Also, um wieder am früher Gesagten anzuknüpfen, diese Informationen bekommt man nicht im Fernsehen, während sie sich glücklicherweise im Internet finden. Und im Internet habe ich auch diesen Film gefunden, den ich Ihnen hier zeige:

Professor AURITI, der sagt: „Vor ein paar Tagen hat mich ein Bischof gefragt: ‚aber was ist denn deiner Meinung nach die Soziallehre der Kirche?'. ‚Die Soziallehre der Kirche sind ein paar Worte, die im Vaterunser stehen: **unser tägliches Brot gib uns heute.** Fertig. Was heißt <unser>? Daß du uns nicht nur das Brot geben sollst, sondern auch das Recht, es in voller rechtlicher Würde zu beanspruchen, das heißt, als Eigentum! **Und das ist nur möglich, wenn wir einem jeden das Geld als Eigentum geben, um damit das Brot als Eigentum zu erwerben.** Deshalb ist es nicht möglich, die Soziallehre der Kirche zu verwirklichen, solange man nicht den Grundsatz des Volkseigentums am Geld verwirklicht.'"

„Es freut mich, daß am **vergangenen 21. in *Avvenire*** [der Tageszeitung der italienischen Bischofskonferenz] **auf der ersten Seite über das Buch von BRUNO TARQUINI berichtet wurde, das von Guardiagrele, vom *Simec*, von der Theorie des induzierten** [Geld**-]Werts redet, als ein Buch, das von der Kirche empfohlen wird. Und Kardinal RATZINGER hat mir ein Briefchen geschrieben, worin er mir wünscht, ich möge den Kampf für die Verwirklichung der Soziallehre der Kirche fortsetzen,** etwas, was wir gegenwärtig auch fleißig tun."

Sie hatten also **Professor AURITI** ein Briefchen geschickt, worin Sie ihn aufforderten, seinen Kampf fortzusetzen. Ich weiß sogar, daß im Gefolge dieses Briefchens **Sie und Professor AURITI sich getroffen und fünf Stunden lang miteinander gesprochen haben.** Tatsächlich habe ich im Internet auch dieses Photo gefunden: [das Photo zeigt «Kardinal» RATZINGER mit Prof. AURITI],

Nun, ich habe nie das Glück gehabt, mich fünf Stunden lang mit **Professor AURITI** unterhalten zu können, aber ich glaube, daß jeder, der auch immer dieses Glück hatte, dahin gelangt ist, die Auffassung von **GLACINTO AURITI** zu verstehen, nämlich daß wir, um Eigentümer des Brotes zu sein, Eigentümer des Geldes sein müssen, womit wir das Brot kaufen. Dagegen wird uns heutzutage **das Geld** schon im Zuge seiner Ausgabe bloß **geliehen, folglich als Schuld angerechnet. Sämtliche Bürger sind verschuldet, mit sämtlichem Geld, das von den privaten Bankiers ausgegeben wird.**

Sie wissen das und werden auch, nachdem Sie mit AURITI gesprochen hatten, verstanden haben, daß dies der größte Schwindel ist, den je ein Mensch zum Schaden anderer Menschen ersonnen hat... und das ist der Grund für meine Videobotschaft. Ich will die Wahrheit über diesen Punkt wissen, weil Sie sicherlich Ihre guten Gründe haben werde, die ich jedoch nicht kenne und daher gerne erfahren möchte: **warum sprechen Sie, der Sie, als Sie noch Kardinal waren, AURITI aufforderten, weiterzukämpfen, jetzt, da Sie sogar Papst geworden sind, nicht über diese Dinge?**

Heute zum Beispiel ist Sonntag, sie könnten darüber beim [mittäglichen öffentlichen Gebet des] ‚Engel des Herrn' sprechen. Sie sind der Papst, Sie haben eine gewisse Bedeutung auch auf politischer Ebene. Gewiß werden Sie Ihre guten Gründe haben, wenn Sie es nicht tun. Vielleicht werden Sie die Begegnung mit AURITI vergessen haben, obwohl mir das wenig wahrscheinlich vorkommt; dagegen ist es sehr viel wahrscheinlicher, daß Sie Beweggründe haben werden, derentwegen Sie es nicht für nötig halten, über diese Dinge zu sprechen.

Nun gut, wie Jesus sagte, **„die Wahrheit wird euch frei machen", und ich würde gerne die Wahrheit wissen, zumindest darüber, warum Sie die Wahrheit nicht sagen!**

Danke für Ihre Aufmerksamkeit, und, ich grüße Sie, Herr Papst.

Quelle: «Chiesa viva», Februar 2011, S. 12f.

Anhang 2

Wird die Bank von England in eine Staatsbank umgewandelt werden?

von Stephen Goodson

Am 15. September 2010 ereignete sich etwas Bemerkenswertes im britischen Unterhaus, als nämlich der konservative Abgeordnete für Clacton, DOUGLAS CARSWELL, einen privaten Gesetzesentwurf, den *Gesetzesentwurf über Finanzdienstleistungen (Regulierung von Einlagen und Krediten)*, einbrachte, „um die Kreditvergabe durch Banken und Bauunternehmen auf der Grundlage von Sichteinlagen ohne Erlaubnis des Kontoinhabers zu verbieten, und für damit in Verbindung stehende Zwecke".

Der Kern des Gesetzesentwurfs ist, daß private Geschäftsbanken künftig Voll-Reserve-Banken sein müssen, die 100 Prozent der Einlagen vorhalten und die-nicht mehr Geld aus nichts schöpfen dürfen, indem sie auf der Basis von Einlagen gegen Zinsen Kredite vergeben. Die Wirkung dieser Gesetzgebung wird sein, daß die *Bank von England* die einzige Schöpferin von Geld oder Zahlungsmitteln gegen null Prozent Zinsen sowie für sämtliche Ziele und Zwecke eine Staatsbank werden wird. Private Banken könnten nur noch Einlagen ausleihen, die sie erhalten hätten.

(...)

Gegenwärtig geben die Zentralbanken der Welt nur Geldscheine und Münzen aus, die einen sehr geringen Prozentsatz der gesamten Geldversorgung bilden. Weithin herrscht der Glaube, daß ‚die Zentralbanken der Welt Geld aus nichts schöpfen'. Das ist *keine* zutreffende Beschreibung des Zentralbankgeschäfts[1] und würde eine wesentliche Abweichung von ihrer Hauptrolle als Aufseher der privaten Banken darstellen.

(...)

Die Umsetzung einer solchen neuen Bankenpolitik würde das Ende der schädlichen Konjunkturzyklen mit ihrer Ebbe und Flut von Wachstum und Krise, der Notwendigkeit des Bestehens einer zinstragenden Staatsschuld und der Finanzierung der darauf fälligen Zinszahlungen mittels Einkommenssteuern[2] herbeiführen. In dem neuen System wären die Zentralbanken verantwortlich für die Schöpfung der Gesamtheit der Geldversorgung des jeweiligen Landes.

Doch werden die Superbankiers der Welt wie etwa die Familie ROTHSCHILD, die einen Mehrheitsanteil an der US-amerikanischen *Federal Reserve Bank* hält, die ihrerseits die *Bank für Internationale Zahlungsausgleich*, den *Internationalen Währungsfonds* und die *Weltbank* kontrolliert, dem zustimmen, ungeachtet der Tatsache, daß das bestehende Schulden/Zinsen-Finanzsystem sich in seiner Endphase zu befinden scheint?

Der Entwurf hat die Erste Lesung passiert, und die Zweite Lesung wird am 19. November 2010 debattiert werden. Anscheinend hat er die Sympathie des gegenwärtigen Gouverneurs der *Bank von England* MERVYN KING[3]. Wir werden die Entwicklungen mit Interesse beobachten.

Quelle: «Impact», Oktober/November 2010, S. 2.

[1] Ausgenommen allerdings die *FED* oder auch die *EZB*, was GOODSON hier zu präzisieren versäumt!

[2] Auch das ist leider unzutreffend.

[3] Nichts als Heuchelei, um keine schlafenden Hunde zu wecken!

Anhang 2

Auszüge aus einem Gesetzesentwurf zur Abschaffung des aktuellen Schuldgeldsystems in den USA

des Kongreß-Abgeordneten Dennis Kucinich

Der Entwurf nennt sich *National Emergency Employment Defense Act* (übersetzt etwa: *Nationales Notstandsgesetz zur Verteidigung der [Voll-]Beschäftigung),* abgekürzt *NEED* und trägt die laufende Nummer H.R. 6550. Offiziell im US-Kongreß eingebracht wurde er am 17. Dezember 2010 von dem demokratischen Abgeordneten aus Ohio DENNIS KUCINICH als einzigem Befürworter .. .!

Die entscheidenden Absätze des Entwurfs stehen ganz am Schluß von Abschnitt 2 (A) und ganz am Anfang des unmittelbar folgenden Abschnitts 2 (B); sie lauten:

«Ein auf Schulden fußendes Geldsystem, bei dem Geld hauptsächlich durch die Kreditvergabe privater Banken ins Dasein tritt, kann ein stabiles wirtschaftliches Umfeld weder schaffen noch erhalten, sondern hat sich als eine Quelle chronischer finanzieller Instabilität und häufiger Krisen erwiesen, wie ja durch den Beinahezusammenbruch des Finanzsystems im Jahre 2008 veranschaulicht wurde.

«Die Schöpfung von Geld oder Kaufkraft seitens Privatpersonen durch Ausleihe gegen Einlagen mittels des Bruchteil-Reserve-Bankengeschäfts oder mittels irgendetwas sonst wird abgeschafft.

«Die Bundesregierung wird in den Stand versetzt, neues Geld nach Maßgabe des Kongresses als Investition oder leihweise in den Umlauf zu bringen und die Mittel für staatliche Investitionen in die Kapitalinfrastruktur bereitzustellen.

«Das *Federal Reserve System* wird der Exekutivgewalt eingegliedert und dem Finanzministerium der Vereinigten Staaten unterstellt; es werden weitere Maßnahmen zur Neustrukturierung des *Federal Reserve System* getroffen.»

Quelle: «American Free Press», 3.U.10. Januar 2011, S. 6.

Literaturverzeichnis

Aufgeführt ist lediglich die von mir selbst direkt benutzte Literatur.

1. Nachschlagewerke/Lexika

Anonym, Bankrecht. Textausgabe mit Sachverzeichnis und einer Einführung von Prof. Dr. *franz häuser,* 35. neubearb. Aufl., Stand 1. März 2008, München 2008

Bin Gorion, Emanuel/Loewenberg, Alfred/Neuburger, Otto/'Oppenheimer, Hans (Hrsg.): Philo-Lexikon. Handbuch des jüdischen Wissens, Frankfurt am Main 1992 (Faksimile-Nachdr. d. Ausg. Berlin 1936)

Marmy, Emil (Hrsg.): Mensch und Gemeinschaft in christlicher Schau. Dokumente. Herausgegeben von Dr. *Emil marmy* unter Mitwirkung von *josef schafer* und *Anton Rohrbasser,* Freiburg in der Schweiz 1945

2. Bücher/Broschüren/Buchbeiträge

Adams, Silas Walter: The Legalized Crime of Banking and a Constitutional Remedy [Das legalisierte Verbrechen des Bankgeschäfts und eine verfassungsgemäße Abhilfe], 3. unveränd. Nachdr. Palmdale, CA 2004 (Erstausgabe 1958)

adessa, Franco: O.N.U. Gioco al Massacro? [UNO - Aufspiel zum Massaker?], Brescia 1996

argens, Andreas: Gebt unser Geld zurück! Vom Währungsuntergang zum Staatsbankrott, Tübingen 2009

Astle, David-, The Tallies, A Tangled Tale and The Beginning and the Ending. Two Essays [Die Tallies, eine verwickelte Geschichte und Der Anfang und das Ende. Zwei Aufsätze], Toronto 1997

Baader, Roland-. Geld, Gott und Gottspieler. Am Vorabend der nächsten Weltwirtschaftskrise, 2. Aufl. Gräfelfing 2005

Baltensperger, Ernst. Geldpolitik bei wachsender Integration (1979-1996), in: *Deutsche Bundesbank* (Hrsg.), Fünfzig Jahre Deutsche Mark. Notenbank und Währung in Deutschland seit 1948, S. 475-559

bandulet, bruno: Die letzten Jahre des Euro. Ein Bericht über das Geld, das die Deutschen nicht wollten, 2. Aufl. Rottenburg 2010

belloc, Hilaire: The Jews [Die Juden], 3. erw. Aufl. Frome - London 1937 [1. Aufl. 1922]

Bernholz, Peter: Die Bundesbank und die Währungsintegration in Europa, in: *Deutsche Bundesbank* (Hrsg.), Fünfzig Jahre Deutsche Mark. Notenbank und Währung in Deutschland seit 1948, S. 773-833

Bichlmaier, Simon: Zu Geld und Ökonomie. Von der Erstellung eines diskutierbaren Ganzen, Gelnhausen 2009

Bischoff, Reiner: Entmachtung der Hochfinanz. Demokratie, Frieden, Arbeit für alle, Natur- und Kulturbewahrung sind möglich, 2. verb. Aufl. Süderbrarup 2002

buchheim, Christoph: Die Errichtung der Bank deutscher Länder und die Währungsreform in Westdeutschland, in: *Deutsche Bundesbank* (Hrsg.), Fünfzig Jahre Deutsche Mark. Notenbank und Währung in Deutschland seit 1948, S. 91-138

Bury, Hans Martin/Schmidt, Thomas: Das Bankenkartell. Die Verflechtung von Geld, Macht und Politik, München 1996

Chang, Matthias-. Future Fastforward. The Zionist Anglo-American Empire Meltdown [Blick in die Zukunft. Der Zusammenbruch des zionistischen anglo-amerikanischen Imperiums], Washington, D.C. 2006 (Originalausgabe Malaysia 2005)

Chang, Matthias-. The Shadow Money Lenders and the Global Financial Tsunami [Die Schatten-Geldverleiher und der weltweite Finanz-Tsunami], Washington, D.C. 2009

Clauss, Andreas: Das Deutschland Protokoll II. Die wirtschaftliche Vernichtung Deutschlands, Gelnhausen 2008

Cleary, Patrick: The Church and Usury. An Essay on Some Historical And Theological Aspects Of Money Lending [Die Kirche und der Zins. Eine Studie zu einigen geschichtlichen und theologischen Aspekten des Geldverleihs], 3. Nachdruck Palmdale, CA 2000 (Originalausgabe Maynooth/Irland 1914)

Coogan, Gertrude: Money Creators. Who Creates Money? Who Should Create It? [Geldschöpfer. Wer schöpft das Geld? Wer sollte es schöpfen?], 13. unveränd. Nachdr. Palmdale, CA 1998 (Erstausgabe 1935)

Coppik Manfred/Roth Jürgen-. Am Tor der Hölle. Strategien der Verführung zum Atomkrieg, Köln 1982

coughlin, Charles E.-. Money! Questions and Answers [Geld! Fragen und Antworten], unveränd. Nachdruck o.A. (Erstausgabe 1936)

coughlin, Charles e.: The New Deal in Money [Der Neue Handel mit Geld], Royal Oak 1933 (Faksimile-Nachdruck o.A.)

Creutz, helmut. Das Geld-Syndrom. Wege zu einer krisenfreien Wirtschaftsordnung. Erweiterte Taschenbuchauflage, o.A. (ca. 2000)

Creutz, Helmut-. Die 29 Irrtümer rund ums Geld, München - Wien 2004

Del Mar, Alexander-. Barbara Villiers: or History of Monetary Crimes [Barbara Villiers oder Geschichte der Geld-Verbrechen], unveränd. Nachdruck Hawthorne, CA 1983 (Erstausgabe 1899)

Del Mar, Alexander-. Money and Civilization. Or, a History of the Monetary Laws and Systems of Various States Since the Dark Ages, and Their Influence Upon Civilization [Geld und Zivilisation. Oder, eine Geschichte der Geldgesetze und -systeme seit dem Mittelalter und ihres Einflusses auf die Zivilisation], unveränd. Nachdr. Hawthorne, CA 1975 (Erstausgabe 1886)

Delacroix, jacques-. Septembre 2001: Du paradigme de la sécurité - Février-juin 2005: Au paradigme de la paix [September 2001 : Vom Paradigma der Sicherheit - Februar 2005: zum Paradigma des Friedens], Chateauneuf 2005

dohmen, caspar-. Let's make Money. Was macht die Bank mit unserem Geld?, Freiburg 2008

eckert, Daniel-, Weltkrieg der Währungen. Wie Euro, Gold und Yuan um das Erbe des Dollar kämpfen, 2. Aufl. München 2010

epperson, a. Ralph-. Die unsichtbare Hand. Der Einfluß geheimer Mächte auf die Weltpolitik, Rottenburg 2006 (Übersetzung d. amerikan. Originalausgabe von 1985)

euler, Wilfried-. Das Eindringen jüdischen Blutes in die englische Oberschicht, in: Forschungen zur Judenfrage (Forschungsberichte der Forschungsabteilung Judenfrage des Reichsinstituts für Geschichte des neuen Deutschlands) Band 6, Nachdruck Viöl 1996 der 1941 erschienenen Ausgabe, S. 104-252

Fahey, denis: Money Manipulation and Social Order [Geldmanipulation und soziale Ordnung], 4. Aufl. Palmdale, CA 1992 (1. Aufl. 1944)

Fahey, Denis: The Rulers of Russia [Die Herrscher Rußlands], 3. durchges. u. erw. Aufl. 1939 ([21.] Nachdruck Hawthome, CA 1984)

Feder, Gottfried: Kampf gegen die Hochfinanz. Eine Hauptquelle zur Ideengeschichte und Frühzeit des Nationalsozialismus. Faksimile-Dokumentation der Ausgabe München 1935, Bremen 2003

Field, A. N. The Bretton Woods Plot [Das Komplott von Bretton Woods], unveränd. Nachdr. Palmdale, CA o.J. (Erstausgabe 1957)

Fleischhauer, Ulrich: Die echten Protokolle der Weisen von Zion. Sachverständigengutachten, erstattet im Auftrage des Richteramtes V in Bern, Erfurt 1935

franke, Günter: Notenbank und Finanzmärkte, in: *Deutsche Bundesbank* (Hrsg.), Fünfzig Jahre Deutsche Mark. Notenbank und Währung in Deutschland seit 1948, S. 257-306

Frenkel, Jacob A./Goldstein, Morris: Die internationale Rolle der Deutschen Mark, in: *Deutsche Bundesbank* (Hrsg.), Fünfzig Jahre Deutsche Mark. Notenbank und Währung in Deutschland seit 1948, S. 723-771

grandt, michael: Der Staatsbankrott kommt! Hintergründe, die man kennen muss, Rottenburg 2010

Griffin, G. Edward: The Créature from Jekyll Island. A Second Look at the Fédéral Reserve [Das Geschöpf von Jekyll Island. Ein zweiter Blick auf die Fédéral Reserve], 4. Aufl. Westlake Village, CA 2002

Hannich, Günter: Sprengstoff Geld. Wie das Kapitalsystem unsere Welt zerstört, 3. Aufl. o.O. 2000

Henri-Demont: Pour supprimer ce crime: la guerre. Plan Henri-Demont de 1908 développé et proposé aux alliés en 1918 [Zur Abschaffung dieses Verbrechens: des Krieges. Der Henri-Demont-Plan von 1908, weiterentwickelt und den Alliierten 1918 unterbreitet], 40. Tsd. Paris 1932

Hitchcock, Andrew Carrington: The Synagogue of Satan [Die Synagoge Satans], 2. Aufl. Austin, TX 2007

Hodgson Brown, Ellen: Der Dollar-Crash. Was Banker Ihnen nicht erzählen, Rottenburg 2008

Holtfrerich, Carl-Ludwig: Geldpolitik bei festen Wechselkursen (1948-1970), in: *Deutsche Bundesbank* (Hrsg.), Fünfzig Jahre Deutsche Mark. Notenbank und Währung in Deutschland seit 1948, S. 347-438

jäger, Lorenz: Hinter dem Großen Orient. Freimaurerei und Revolutionsbewegungen, Wien - Leipzig 2009

james, Harold: Die Reichsbank 1876 bis 1945, in: *Deutsche Bundesbank* (Hrsg.), Fünfzig Jahre Deutsche Mark. Notenbank und Währung in Deutschland seit 1948, S. 29-89

jones, Alex: Descent Into Tyranny. The New World Order's Dark Plans to Tum Earth Into a Prison Planet [Abstieg in die Tyrannei. Die finsteren Pläne der Neuen Weltordnung zur Verwandlung der Erde in einen Gefängnis-Planeten], Austin, TX 2002

Kitterer, wolfgang: Öffentliche Finanzen und Notenbank, in: *Deutsche Bundesbank* (Hrsg.), Fünfzig Jahre Deutsche Mark. Notenbank und Währung in Deutschland seit 1948, S. 199-256

Kling, Anne: Révolutionnaires juifs. Les principaux acteurs des révolutions bolcheviques en Europe (fin XIX° - 1950) [Jüdische Revolutionäre. Die hauptsächlichen

Akteure der bolschewistischen Revolutionen in Europa (Ende 19. Jh. bis 1950)], o.O. (Éditions Mithra) 2008

knupffer, George: The Struggle for World Power [Der Kampf um die Weltmacht], 3. gründl. durchges. Aufl. London 1971

Lindbergh, charles a. (sen.): Banking and Currency and The Money Trust [Bankgeschäft, Währung und das Geld-Kartell], unveränd. Nachdr. Palmdale, CA 2000 (Erstausgabe 1913)

Little, Kitty: Mammon Versus God. The Bankers' «New World» Disorder [Mammon gegen Gott. Die «Neue Weltunordnung» der Bankiers], London 1993

Makow, Henry: The Illuminati. The Cult that Hijacked the World [Die Illuminaten. Der Kult, der die ganze Welt zur Geisel nahm], Winnipeg 2008

Makow, Henry: Illuminati 2. Deceit and Seduction [Illuminaten Band 2. Täuschung und Verführung], Winnipeg 2010

Marshall, Matt. Die Bank. Die Europäische Zentralbank und der Aufstieg Europas zur führenden Wirtschaftsmacht, München 1999

McFadden, louis t.: America's Interest in the Bank for International Settlements. Remarks of Hon. Louis T. McFadden of Pennsylvania in the House of Representatives, January 15, 1931 [Amerikas Beteiligung an der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich. Anmerkungen des Ehrb. Louis T. McFadden von Pennsylvania im Abgeordnetenhaus, 15. Januar 1931], Washington 1932 (Faksimile-Nachdr. Palmdale, CA o.J.)

McFadden, Louis t. Congressman *louis t. McFadden* on the Federal Reserve Corporation [Der Kongreßabgeordnete Louis T. McFadden über die Federal-Reserve-Gesellschaft], 5. Aufl. Palmdale, CA 1996 (1. Aufl. O.A. [1936?])

McFadden, louis t. : The Federal Reserve System and The Bank of International Settlements. Speech of Hon. Louis T. McFadden of Pennsylvania in the House of Representatives, February 26, 1930 [Das Federal-Reserve-System und die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich. Rede des Ehrbaren Louis T. McFadden von Pennsylvania im Repräsentantenhaus vom 26. Februar 1930], Washington 1930 (Faksimile-Nachdruck Palmdale, CA 1996]

Mechtersheimer, Alfred: Zur Strategie der «Heuschrecken». Wie aggressive Finanzinvestoren die deutsche Wirtschaft ruinieren. Unser-Land-Studie 2/2006, 3. akt. u. erw. Aufl. Starnberg 2007

Meier, Gert. Das Ende der D-Mark. Vision oder Wahn? Reportage einer Diskussion unter Mitwirkung von *elke moll,* 2. Aufl. Tübingen 1996

Morris, Michael-. Was Sie nicht wissen sollen!, Fichtenau 2011

motzkuhn, Robert: Crashonomics. Vom Börsenkrach zur Weltwirtschaftskrise, Tübingen 2002

mullins, eustace-. The Secrets of the Federal Reserve. The London Connection. Jekyll Island Edition [Die Geheimnisse der Bundeszentralbank. Die Londoner Verbindung. Ausgabe von Jekyll Island], Staunton 1991

Neumann, Manfred J.M.: Geldwertstabilität: Bedrohung und Bewährung, in: *Deutsche Bundesbank* (Hrsg.), Fünfzig Jahre Deutsche Mark. Notenbank und Währung in Deutschland seit 1948, S. 309-346

nölting, andreas: Die neue Supermacht Börse. Wie Fondsmanager unsere Welt verändern, Hamburg 2000

norburn, RussellLee: The Federal Reserve System After Fifty Years. Hearings Before the Subcommittee on Domestic Finance of the Committee on Banking And Currency, House of Representatives. Eighty-Eighth Congress, Second Session, 1964, Vo-

lume 3. Concluding Statement [Das Federal-Reserve-System nach fünfzig Jahren. Anhörungen vor dem Unterausschuß für das heimische Finanzwesen des Banken- und Währungsausschusses, Repräsentantenhaus, Achtundachtzigster Kongreß, Zweite Sitzungsperiode, 1964, Band 3. Abschlußerklärung (Nachdruck Palmdale, CA o.J.)

olschewskl, Malte: Von den Karawanken bis zum Kosovo. Die geheime Geschichte der Kriege in Jugoslawien, Wien 2000

patman, wright. The ABC's of America's Money System. Speech in the House of Representatives, Monday, August 3, 1964 (Congressional Record. Proceedings and Debates of the 88th Congress, Second Session) [Die Grundzüge von Amerikas Geldsystem. Rede im Abgeordnetenhaus von Montag, 3. August 1964 (Kongreß-Aufzeichnungen. Tagesordnungen und Debatten des 88. Kongresses, Zweite Sitzungsperiode)], Sonderdruck (Faksimile-Nachdruck d. Sonderdrucks, Palmdale, CA o.J.)

perkins, John: Bekenntnisse eines Economic Hit Man. Unterwegs im Dienst der Wirtschaftsmafia, 2. Aufl. München 2005

Phillips, Kevin-, Bad Money. Reckless Finance, Failed Politics, and the Global Crisis of American Capitalism [Schlechtes Geld. Rücksichtslose Finanzwelt, gescheiterte Politik und die globale Krise des amerikanischen Kapitalismus], New York 2008

Piper, Michael Collins-. The New Babylon. Those Who Reign Supreme [Das neue Babylon. Jene, die unangefochten herrschen], 2. Aufl. Washington, D.C. 2009

rebbert-. Christenschutz - nicht Judenhatz. Ein Volksbüchlein, 3. Aufl. Paderborn 1876

Reisegger, Gerhoch: Wege aus dem Globalisierungschaos. Grundlagen für eine neue Wirtschaftsordnung, Tübingen 2009

reisegger, Gerhoch: Wir werden schamlos irregeführt! Vom 11. September zum Irak-Krieg, Tübingen 2003

Richter, Rudolf: Die Geldpolitik im Spiegel der wissenschaftlichen Diskussion, in: *Deutsche Bundesbank* (Hrsg.), Fünfzig Jahre Deutsche Mark. Notenbank und Währung in Deutschland seit 1948, S. 561-606

Rockefeller, David: Erinnerungen eines Weltbankiers, 1. Taschenbuchaufl. [Überarb. Neuaufl. d. Ausg. München 2008] München 2010

ROSS, Robert Gaylon Sr.: The Elite Don't Dare Let Us Tell the People [Die Elite wagt es nicht - laßt uns es den Leuten sagen], Spicewood/Texas 2004

Rothbard, Murray: Das Schein-Geld-System. Wie der Staat unser Geld zerstört, Gräfelfing 2000 (Übersetzung der 4. Aufl. Auburn/USA 1990)

Rowbotham, Michael: Goodbye America! Globalisation, debt and the dollar empire [Auf Wiedersehen, Amerika! Globalisierung, Schulden und das Dollar-Imperium], Charlbury (UK) - Sydney (Australien) 2000

Rowbotham, Michael: The Grip of Death. A Study of modern money, debt slavery and destructive economics [Der Todesgriff. Eine Untersuchung zu modernem Geld, Schuldensklaverei und zerstörerischem Wirtschaften], 2. Aufl. Charlbury (UK) 2000

rübel, Karl: Pläne zur Gründung eines internationalen Bankinstituts. Eine kritische Untersuchung, Erlangen-Bruck 1935

schacht, Hjalmar: Magie des Geldes. Schwund oder Bestand der Mark, Düsseldorf - Wien 1966

Schmidt, Helmut (Hrsg.), Facing One World. Report by an Independent Group on Financial Flows to Developing Countries, Chairman Helmut Schmidt [Im Angesicht der Einen Welt. Bericht einer unabhängigen Gruppe über die Finanzströme in die Entwicklungsländer, Vorsitzender: Helmut Schmidt], 1. Juni 1989 o.O.

Schwartz, E. Perrin(Hrsg.): Father Coughlin Answers His Critics [Hochwürden Coughlin antwortet seinen Kritikern], 3. Aufl. Marietta, GA 1997 (1. Aufl. 1940)

solschenizyn, alexander: «Zweihundert Jahre zusammen». Die russisch-jüdische Geschichte 1795-1916, München 2002

Steinhauser, Karl: Banken & Banditen, Wien o.J. (1994)

stern, Klaus: Die Notenbank im Staatsgefüge, in: *Deutsche Bundesbank* (Hrsg.), Fünfzig Jahre Deutsche Mark. Notenbank und Währung in Deutschland seit 1948, S. 141-198

streit, Manfred E.- Die deutsche Währungsunion, in: *Deutsche Bundesbank* (Hrsg.), Fünfzig Jahre Deutsche Mark. Notenbank und Währung in Deutschland seit 1948, S. 675-719

Striegel, Bernd: Über das Geld. Geschichte und Zukunft des Wirtschaftens, Blaubeuren bei Ulm 2004

sutton, antony c.: Le complot de la Réserve Fédérale [Die Federal-Reserve-Verschwörung], Lopérec 2009 [= franz. Übers./Neuausg. d. amerikan. Originalausgabe «The Federal Reserve Conspiracy» von 1995]

Thieme, H. JÖRG: Notenbank und Währung in der DDR, in: *Deutsche Bundesbank* (Hrsg.), Fünfzig Jahre Deutsche Mark. Notenbank und Währung in Deutschland seit 1948, S. 609-653

thorn, Victor/Guliani, Lisa (Hrsg.), Dirty Secrets. Crime, Conspiracy & Cover-Up During the 20th Century. A Compendium of the Writings of Michael Collins Piper . . . [Schmutzige Geheimnisse. Verbrechen, Verschwörung und Vertuschung das 20. Jahrhundert hindurch. Ein Kompendium der Schriften von Michael Collins Piper], 2. Aufl. State College, PA 2006

Thorn, Victor: 9-11 Evil [Das Böse hinter dem 11. September 2001], State College/PA 2006

Valla, Jean-Claude: Ces juifs de France qui ont collaboré [Diese Juden Frankreichs, die kollaboriert haben], Paris (Dualpha) 2010

vennard, Wickliffe B. sen.: Chronological History of Money Since Babylon [Chronologische Geschichte des Geldes seit Babylon], Palmdale, CA o.J. (1969)

von hagen, Jürgen-. Geldpolitik auf neuen Wegen (1971-1978), in: *Deutsche Bundesbank* (Hrsg.), Fünfzig Jahre Deutsche Mark. Notenbank und Währung in Deutschland seit 1948, S. 439-473

voorhis, Jerry-, Out of Debt, Out of Danger. Proposals for War Finance and Tomorrow's Money [Frei von Schulden, frei von Gefahr. Vorschläge für die Kriegsfinanzen und das Geld von morgen], Washington, D.C. 2010 (2. Faksimile-Nachdruck d. Originalausgabe 1943)

Wallace Frank/Clark, Stephen-, Truth About Money. The Worst Fraud/Scandal/Swindle/Crime In American History: The Federal Reserve Banking Act [Wahrheit übers Geld. Der (das) schlimmste Betrug/Skandal/Schwindel/Verbrechen in der amerikanischen Geschichte: das Bundes-Reserve-Bankengesetz], Diamondhead, MS 2007

Weiss, Nelly: Die Herkunft jüdischer Familiennamen. Herkunft, Typen, Geschichte, Bern - Frankfurt am Main - New York - Paris - Wien 1992

zur beek, Gottfried (Hrsg.): Die Geheimnisse der Weisen von Zion in deutscher Sprache herausgegeben, 8. Aufl. Charlottenburg 1923

•

Zitierte Periodika

Um dem Vorwurf zu entgehen, aus nicht nachprüfbaren Quellen zitiert zu haben, seien, **wie schon in Band I, ergänzend dazu** ein paar weitere im vorliegenden II. Band angeführte, jedoch *im allgemeinen weniger bekannte* Zeitungen und Zeitschriften in alphabetischer Reihenfolge mit ihrer genauen Bezugsadresse und ggf. auch mit ihrer ISSN (Internationale Zeitschriften-Standard-Nummer) aufgelistet. Ebenfalls von mir benutzte, aber weltbekannte Titel wie «Der Spiegel», «The Wall Street Journal Europe», «Neue Zürcher Zeitung», «Financial Times Deutschland» u.ä. werden nicht berücksichtigt.

Nur einen Teil dieser Periodika bezog oder beziehe ich regelmäßig; von den übrigen besitze ich (dank einer internationalen Lesergemeinde, die mich erfreulicherweise sporadisch oder gar regelmäßig an ihren Informationsquellen teilhaben läßt) lediglich einzelne Ausgaben, teils auch bloß einzelne Seiten bzw. Ausschnitte im Original oder in Photokopie; daher ist es mir in manchen Fällen nicht möglich, überhaupt eine Bezugsadresse zu nennen, während meine Angaben in etlichen weiteren Fällen möglicherweise nicht mehr dem aktuellen Stand entsprechen, denn Zeitschriften sind oft kurzlebig und zudem häufigen Veränderungen unterworfen. Der jeweilige Hinweis in eckigen Klammem «Stand: . . .» informiert daher zusätzlich über das «Gültigkeitsdatum» der von mir gemachten Angaben.

Angeführt sind immer nur die «aktuellsten» mir derzeit greifbaren Angaben; für evtl. unter anderen Herausgebern und/oder an anderen Orten etc. erschienene frühere Ausgaben wende man sich ggf. an die aktuellen Herausgeber.

Über die ganz wenigen völlig fehlenden Titel besitze ich zur Zeit gar keine Unterlagen (mehr) und eine spezielle Recherche wäre zu aufwendig; nichtsdestoweniger kann ich auch hier garantieren, daß mir die daraus zitierten Texte samt zuverlässigen Quellenangaben tatsächlich vorgelegen haben bzw. auch jetzt noch als Ausschnitte vorliegen.

Achtung! Die Angaben bedeuten keine Empfehlung, die (aus katholischer wie auch sonstiger Sicht) für einige Organe überhaupt nicht und für die übrigen meist nur - unter je verschiedenen Aspekten - eingeschränkt ausgesprochen werden könnte.

«Bulletin d'information de l'Association Vérité et Justice», hrsg. v. RENÉ-LOUIS BERCLAZ, Erscheinungsweise unregelmäßig (Case postale 355, CH-1618 Châtel-Saint-Denis [Stand: April 2001])

«Der freie Mensch», «Schrift für idealistische Ordnung», Nachfolge-Organ (ab Januar 2008) von «Deutschland», hrsg. v. «Wilhelm Kammeier Verein e.V.», Zweimonatszeitschrift (Postfach 450 322, D-50878 Köln [Stand: Juni 2011])

«DSG-Informationsdienst», «Informationsdienst der Deutschen Studiengemeinschaft (DSG)», hrsg. v. «Deutsche Studiengemeinschaft (DSG)», Erscheinungsweise unregelmäßig (Postfach 1701, D-71207 Leonberg [Stand: Dezember 2005]); inzwischen umbenannt in: **«Zeichen der Zeit»,** «Informationsdienst der Deutschen Studiengemeinschaft (DSG)» (Postfach 1216, D-72641 Oberboihingen [Stand: Mai 2008])

«Humane Wirtschaft», Nachfolge-Organ (ab Januar 2009) von «Humanwirtschaft», hrsg. v. «Förderverein Natürliche Wirtschaftsordnung e.V.», Zweimonatszeitschrift, ISSN 1617-9153 (Förderverein-NWO e.V., Luitpoldstr. 10, D-91413 Neustadt a.d. Aisch [Stand: August 2011])

«Impact», «Cultural, Biological and Politicai Analysis - Alternative Viewpoints», Zweimonatszeitschrift (Box 2055, Noorsekloof, Jeffreys Bay 6331, South Africa [Stand: Juli 2011])

«KOPP Exklusiv», «Informationen, die Ihnen die Augen öffnen», hrsg. v. JOCHEN KOPP, Wochenzeitschrift (Kopp Verlag, Pfeiferstraße 52, D-72108 Rottenburg [Stand: April 2009])

«Lecture et Tradition», «Bulletin littéraire contrerévolutionnaire», hrsg. v. JEAN AUGUY, Monatszeitschrift, ISSN 0024-0125 (SA D.P.F., B.P. 1, F-86190 Chiré-en-Montreuil), letzte (Doppel-)Ausgabe (N° 395-396 - Februar-März) erschienen 2010; 2011 wiederaufgenommen als «neue Reihe» (beginnend mit N° 1 - Mai 2011), jetzt hrsg. v. FRANÇOIS-XAVIER D'HAUTEFEUILLE , ISSN beantragt [Stand: Mai 2011]

«Stimme des Gewissens», «Lebensschutz-Informationen LSI», hrsg. v. «Weltbund zum Schutz des Lebens WSL-D und COLLEGIUM HUMANUM Akademie fur Umwelt und Lebensschutz e.V.», Zweimonatszeitschrift, deutsche Zeitschriftennummer 1D 20079 F (Bretthorststr. 221, D-32602 Vlotho [Stand: Oktober 1993])

«The Truth At Last», hrsg. v. Dr. EDWARD R. FIELDS, Erscheinungsweise unregelmäßig u. undatiert, aber numeriert (P.O. Box 1211, Marietta, GA 30061, USA), nach d. Erscheinen von Nr. 466 (ca. Mai/Juni 2008) fusioniert mit «The David Duke Report», dann - nach Erscheinen *einer* nicht-numerierten Ausgabe unter dem neuen Titel **«Truth At Last Book News»** - unter eben diesem Titel als Nr. 467 etc. in reduziertem Umfang wiederaufgenommen (Stand: August 2011)

Personenverzeichnis

Die ROTHSCHILDS als Familie/Sippe allgemein werden nur aufgeführt, sofern ihre Erwähnung im Text von konkreterer Bedeutung ist. Die unpaginierten farbigen Bildtafeln bleiben unberücksichtigt.

Sachverzeichnis

Berücksichtigt werden in der Hauptsache die Namen von Einrichtungen, Firmen und Organisationen, und zwar in der Regel nur sie (also beispielsweise «Federal Reserve Bank» etc., nicht aber «amerikanische Notenbank»!). Namen von Presseorganen und sonstigen Massenmedien werden nur mit ihrem Vorkommen im Text an solchen Stellen berücksichtigt, wo es um ihre (häufig jüdischen) Eigentümeri Besitzer oder (nur auswahlsweise) um außergewöhnlich wichtige Vorgänge geht, an denen sie beteiligt waren oder sind. Für die übrigen Sachbegriffe orientiere man sich ggf. am hinlänglich ausführlichen Inhaltsverzeichnis.

Die Namen sind zumeist in der vollständigsten irgendwo im Text vorhandenen Version aufgeführt (in wenigen Fällen sogar unabhängig davon um solche Zusätze wie «AG», «Company» etc. ergänzt), kommen jedoch im Text sehr häufig in unterschiedlich stark (nicht selten auch um den ersten Namensbestandteil!) verkürzten Varianten vor. Nur in begründeten Einzelfällen wird umgekehrt verfahren.

Lediglich bei solchen Namen, die nur einmal oder sehr selten auftauchen, wird ggf. auch die offizielle Abkürzung gesondert aufgeführt.

Was man nicht unter dem vollständigen Namen findet, suche man unter dem oder den (möglichen) unvollständigen Bezeichnungen oder umgekehrt. Was man nicht unter der deutschen Übersetzung eines Namens findet, suche man unter der fremdsprachigen Originalbezeichnung und umgekehrt. Personengesellschaften suche man entweder unter dem (häufig mit seinen bloßen Initialen abgekürzten) Vor- oder unter dem Nachnamen.

Schwankungen der (vor allem, wiewohl nicht nur, Groß- und Klein-)Schreibung vieler Namen gehen entweder auf das Konto der von mir zitierten Autoren oder auf dasjenige gelegentlicher (häufig bloß kosmetischer) Änderungen durch die Namensträger selbst. Nicht alle Varianten sind jeweils ausdrücklich angegeben.

Die unpaginierten farbigen Bildtafeln bleiben unberücksichtigt.

Inhaltsverzeichnis

Im Verlag Anton A. Schmid, Credo: Pro Fide Catholica, Pf. 22, D - 87467 Durach, Tel./Fax 0831/218 95 sind von Mag. theol. Johannes Rothkranz erschienen:

Die „Protokolle der Weisen von Zion" - erfüllt,
Bd. I, *TL* ***1,*** *425 S.,* ***Bd. I,*** *Tl* ***2,*** *524 S„ bebildert, je 29,90 €*
Freimaurersignale in der Presse - Wie man sie erkennt und was sie bedeuten
Bildband, 247 S., 21,80 €
Was am 11. September 2001 wirklich geschah, *394 S., zahlr. Abb. 32,90 €*
Sichere Zeichen der ENDZEIT, *32 S., 1,80 €*
Drei Herolde des Antichristen, *84 S„ 5,50 €*
666 - Die Zahl des Tieres, *150 S., erw. Ausgabe, viele Abb., 9,90 €*
Die kommende „Diktatur der Humanität" oder die Herrschaft des Antichristen
Bd. 1: **Die geplante Weltdemokratie in der „City of Man",** *133 S., 10,50 €*
Bd. 2: **Die Weltherrscher der Finsternis in Aktion,** *237 S., 32 Bildtafeln, 14,30 €*
Bd. 3: **Die vereinten Religionen der Welt im antichristlich. Weltstaat,** *259 S., 16Bildt„ 14,30 €*
Wußten Sie schon ...?, *32 S., 2,50 €*
Der Vertrag von Maastricht - Endlösung für Europa
Bd. *1: 352 S;* ***Bd.*** *2: 368 S.,je 32 Seiten Bildtafeln., je 16,80 €*
JA zu Europa heißt NEIN zu Maastricht, *32 S„ 2,70 €*
Der europäische Haftbefehl, *Agnoli/Rothkranz, 64 S„ 3,-€*
Die jüdische Frage in Europa - Artikelserie aus «La Civiltà Cattolica», *152 S., 11,50 €*
Totschlagwort Antisemitismus' - Klarstellungen zu e. «einzigart.Wortmißbrauch», *144 S„ 7,60 €*
44 **Irrtümer über das Judentum,** *160 S„ 15,90 €*
Die zehn Gebote Satans, *Hrsg. Rothkranz,* ***Bd. 1,*** *191 S.;* ***Bd. 2,*** *207 S.,je 13,90 €*
Die Verfinsterung der Kirche, *übersetzt von Graf/Rothkranz, 274 S., 17,95 €*
Mahl- oder Opfercharakter der heiligen Messe?, *308 S., 17,- €*
Die öffentlichen Meinungsmacher, *Hrsg. Rothkranz, 30 S„ 2,10 €*
Wer steuert den Islam?, *60 S., 4,40 €*
Die Konzilserklärung über die Religionsfreiheit - Ein Dokument des II. Vaticanums und seine Folgen, ***Bd. 1,*** *846 S.;* ***Bd.*** *2, 854 S.je 33,20 €*
Vorsicht! Wölfe im Schafspelz, *230 S. mit 48 Bildtafeln, 16,80 €*
Papsttreue - Heilige Pflicht jedes Katholiken, *34 S., 2,70 €*
Die Sedisvakanzthese widerlegt? - Antwort auf eine untaugliche Kritik, *32 S. 3,30 €*
Grundsatzerklärung zur Wahl eines Papstes, *64 S., 3,50 €*
Sind die neuen Sakramente noch gültig?, *32 S., 2,70 €*
Die dreifache Ungültigkeit der neuen Bischofsweihe, *73 S., 9,95 €*
Die Kardinalfehler des Hans Urs von Balthasar, *532 S., 23,- €*
Katholikenverfolgung durch die Konzilskirche, *107 S., reich illustriert, 8,80 €*
Der Fünfzackstern - „Markenzeichen" des Pontifikats Pauls VI., *32 S., viele Farbfotos, 4,20 €*
Die Zertrümmerung des christlichen Abendlandes, *64 S., 4,40 €*
Zartgefühl gegenüber Seelenmördern?, *32 S„ 2,60 €*
Die Lügen von Medjugorje, *89 S., 5,50 €*
Falsche und echte Papstweissagungen, *16 S., 1,40 €*
Der Vatikan als Fälscherwerkstatt, *16 S„ 2,70 €*
Falsche und echte Papstweissagungen, *15 S„ 1,40 €*
Die Affäre Williamson, *84 S., 12,90 €*
Das Kreuz wird siegen! - Hintergründe d. Kampagne gg. d. Kreuz Christi, *ili. 128 S., 7,80 €*

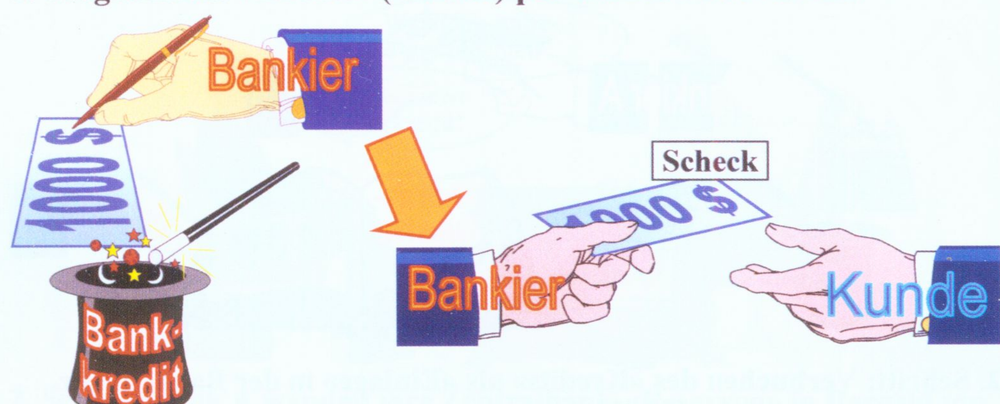
Zu S. 139, 155



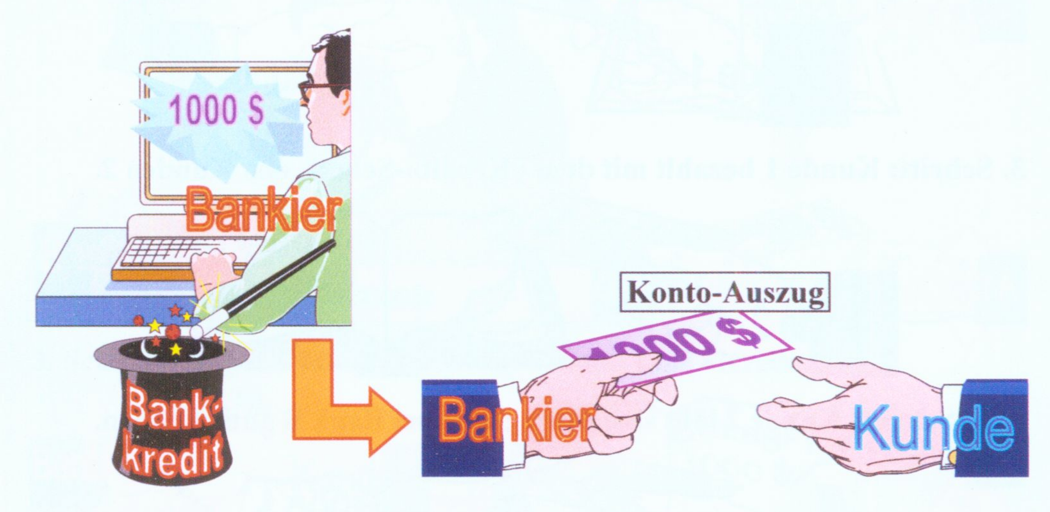
Geldschöpfung (1)

Die drei Varianten grundsätzlich

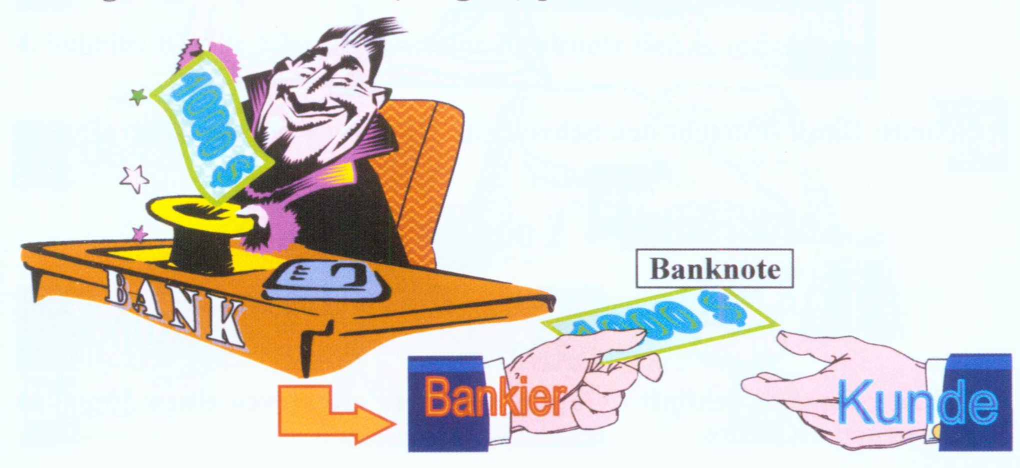
1. Möglichkeit: «Kredit» (Scheck) per bloßen Federstrich!



2. Möglichkeit: «Kredit» (Konto-Eintrag) per bloßen Mausklick!



3. Möglichkeit: «Kredit» (Bargeld) per Druckmaschine!



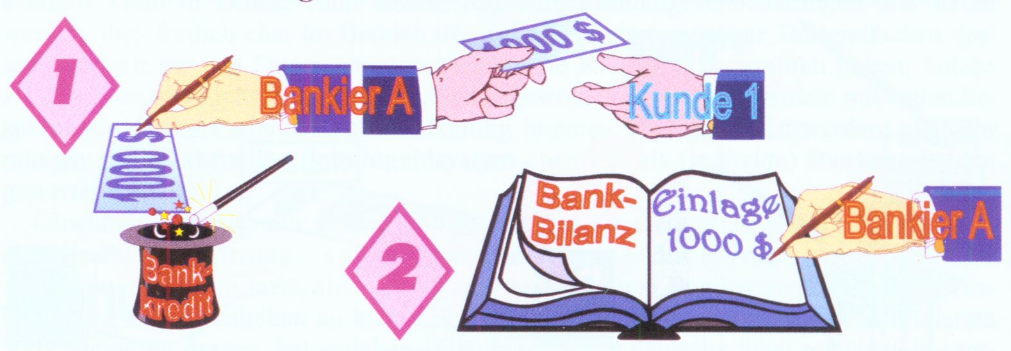
Zu S. 139, 155, 181



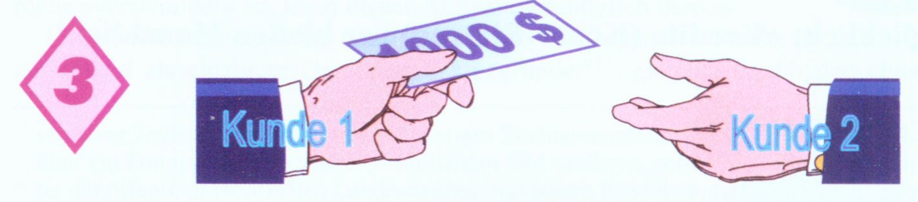
Geldschöpfung (2)

Kreditschöpfung als Buchgeld (Scheck)

1. Schritt: Ausstellung eines Schecks als «Kredit» an den Kunden.



2. Schritt: Verbuchen des «Kredits» als «Einlage» in der Bank-Bilanz.



3. Schritt: Kunde 1 bezahlt mit dem «Kredit»-Scheck den Kunden 2.



4. Schritt: Kunde 2 läßt sich den Scheck bei Bank B gutschreiben.



5. Schritt: Bank B macht den Scheck zur «Reserve» bei der Zentralbank.



6. Schritt: Bank B schöpft / vergibt auf diese «Reserve» einen <u>50mal</u> so hohen neuen «Kredit».

Zu S. 173, 181



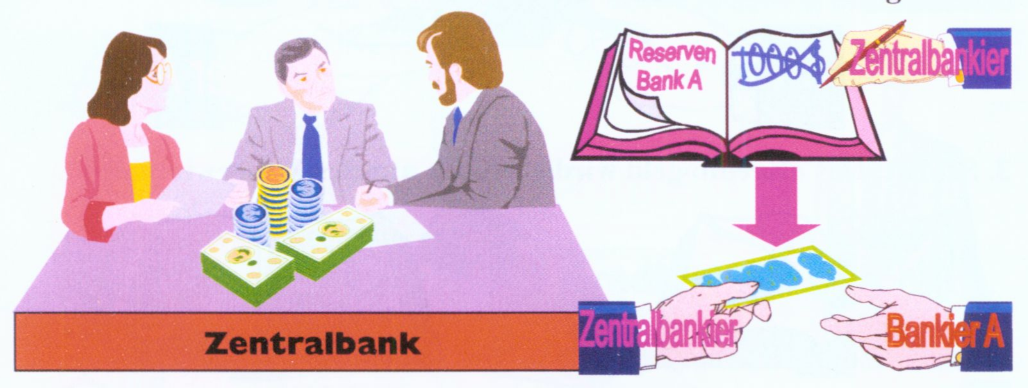
Geldschöpfung (3)

Kreditschöpfung als Bargeld (Banknoten)

1. Schritt: Kunde 1 verlangt von Bank A einen Kredit in bar.



2. Schritt: Bank A wandelt ihre Zentralbank-«Reserven» in Bargeld um.



3. Schritt: Vergabe der Banknote an Kunde 1 als «Kredit».





4. Schritt: Kunde 1 bezahlt mit der Banknote den Kunden 2.



5. Schritt: Bank B macht die Banknote wieder zu *ihrer* «Reserve».



Zu S. 181, 188



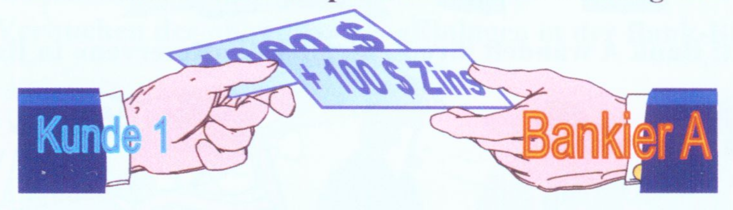
Geldschöpfung (4)

Kreditrückzahlung und Geldvernichtung

1. Schritt: Doppelter Eintrag des «Kredits» bei seiner Schöpfung.



2. Schritt: Kunde 1 zahlt «Kredit» per Scheck/Überweisung «zurück».



3. Schritt: Das «Kredit»geld wird gelöscht; nur der Zinsgewinn bleibt.



2. Schritt (*alternativ*): Kunde 1 zahlt «Kredit» bar «zurück».

3. Schritt (*alternativ*): Der bar «zurück»gezahlte «Kredit» wird als «Reserve» bei der Zentralbank eingelegt, der Zins als Gewinn einbehalten.

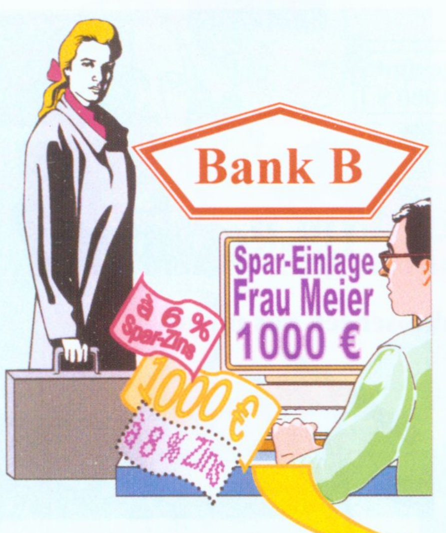


Zu S. 184, 247, 275

5 Warum so wenig Spargeld existiert











Der 1000-Euro-Schein wurde zuerst aus nichts geschöpft und «verliehen», dann wieder als Spargeld eingelegt und erneut verliehen. – Auf dem doppelt ausgeliehenen Geld liegt nun auch die doppelte Zinslast von 8 % Bankzins sowie weiteren 8 % Sparzins (darin enthalten: 2 % Bankmarge), also zusammen 16 %, zahlbar gleichzeitig bzw. parallel an Bank A (Bankzins), Frau Meier (Sparzins) sowie Bank B (Bankmarge)! Die 16 % = 160 Euro müssen aber von irgendjemandem zusätzlich als – aus nichts geschöpfter – «Kredit» beschafft werden. Verschuldung und (Pseudo-) Inflation steigen also um 16 statt «nur» um 8 %; entsprechend schneller sinkt jedoch die «Kreditwürdigkeit» insgesamt! Dieses unauflösbare «Dilemma» läßt daher gar keine Entstehung größerer Spargeldmengen zu!

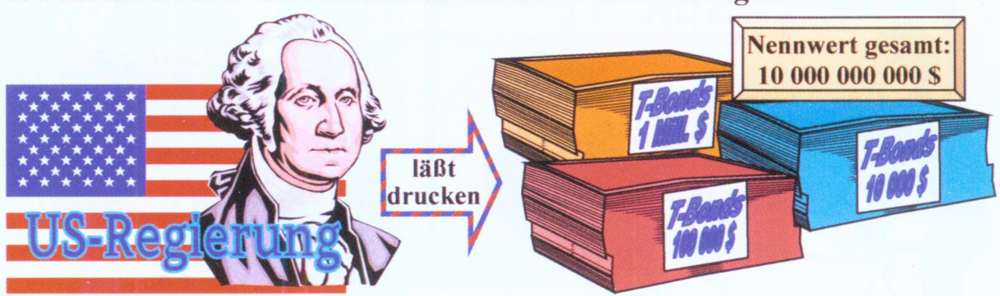
Zu S. 177, 296



Staatsschulden USA (1)

Erzeugung von Staatsschulden durch die FED (1)

1. Schritt: Druck von staatlichen Schuldverschreibungen.



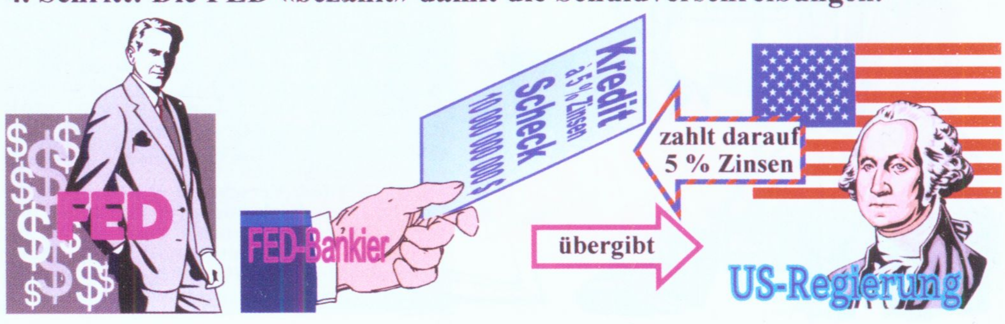
2. Schritt: «Verkauf» der Schuldverschreibungen an die FED.



3. Schritt: Die FED schöpft einen «Kredit»scheck aus nichts.



4. Schritt: Die FED «bezahlt» damit die Schuldverschreibungen.



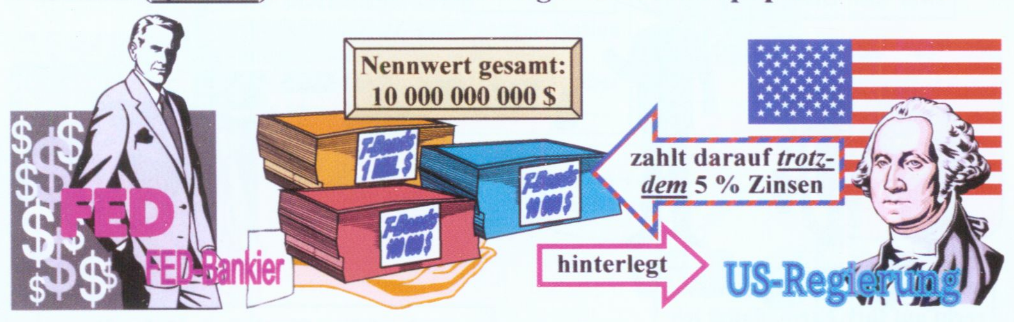
Zu S. 177, 296



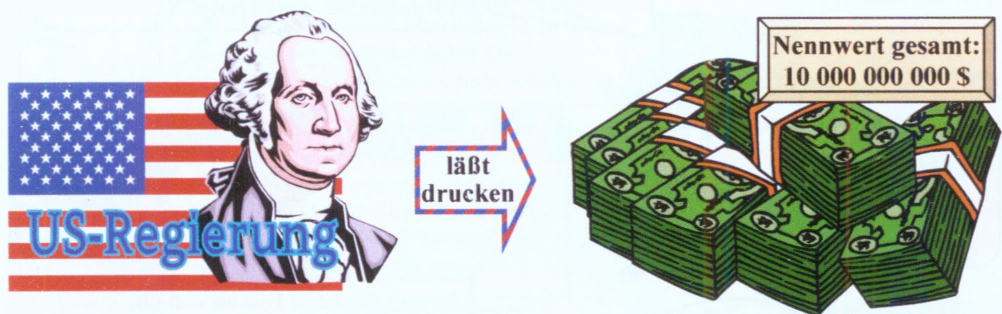
Staatsschulden USA (2)

Erzeugung von Staatsschulden durch die FED (2)

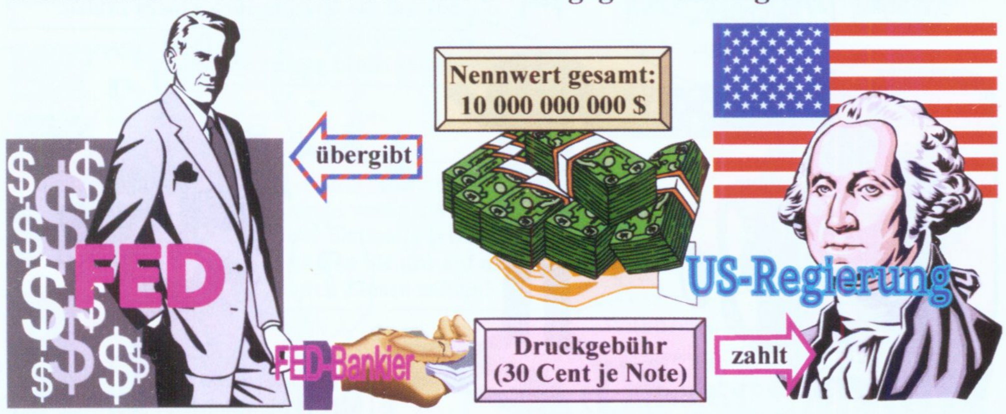
5. Schritt (*optional*): Die FED «hinterlegt» die Schuldpapiere wieder.



6. Schritt: Die US-Regierung läßt dafür Banknoten drucken.



7. Schritt: Die FED erhält die Banknoten gegen Zahlung des Drucks.



8. Schritt: Die FED «leiht» die Banknoten ihren Mitgliedsbanken «aus».

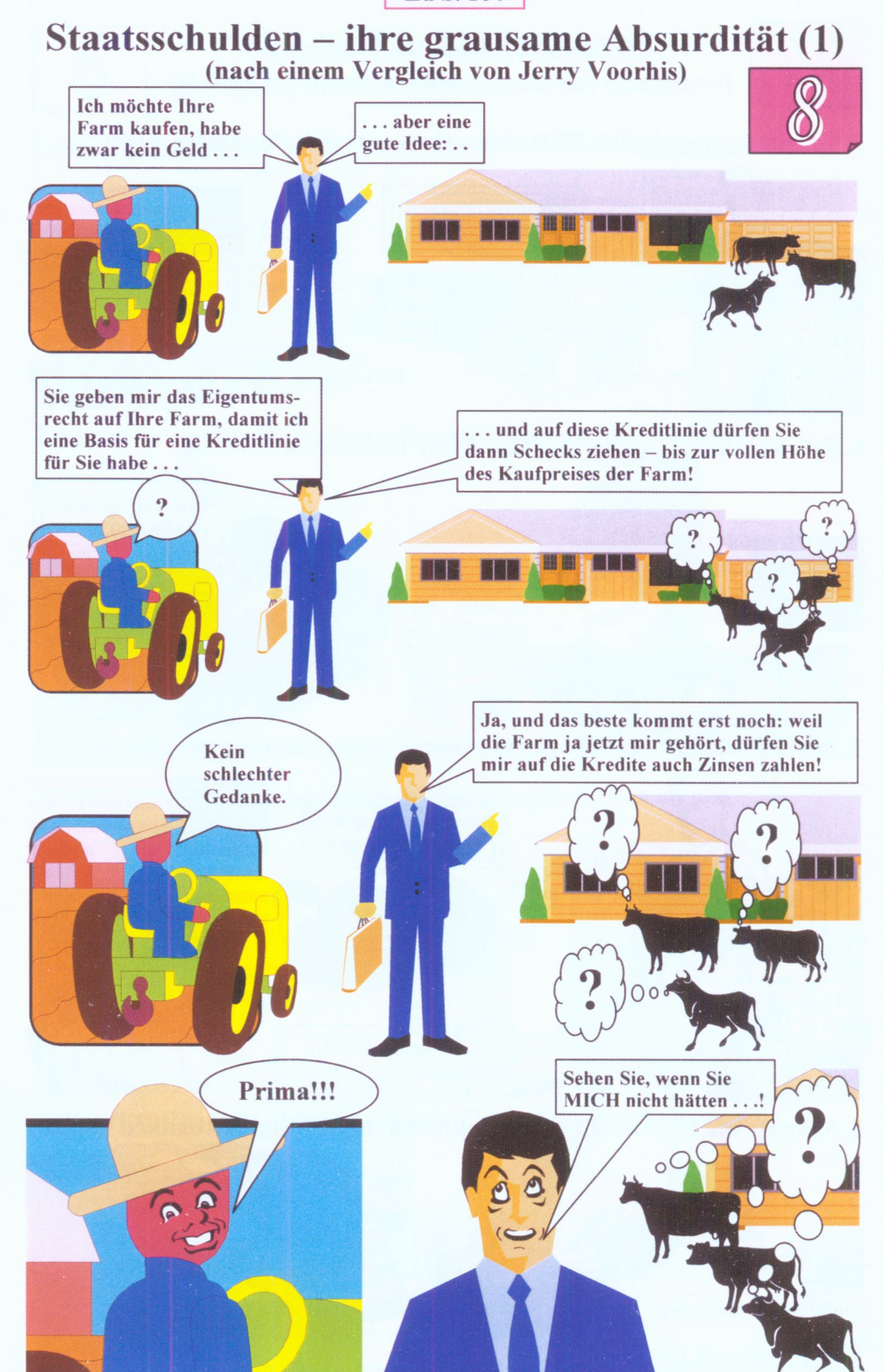


9. Schritt: Die Mitglieds(= Geschäfts)banken «verleihen» sie an Kunden.

Zu S. 164

Staatsschulden – ihre grausame Absurdität (1)

(nach einem Vergleich von Jerry Voorhis)

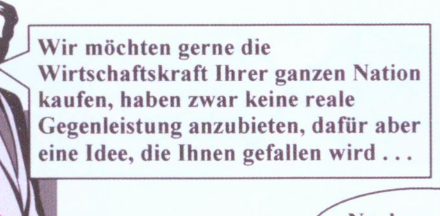


Zu S. 164

Staatsschulden – ihre grausame Absurdität (2)

(nach einem Vergleich von Jerry Voorhis)

9







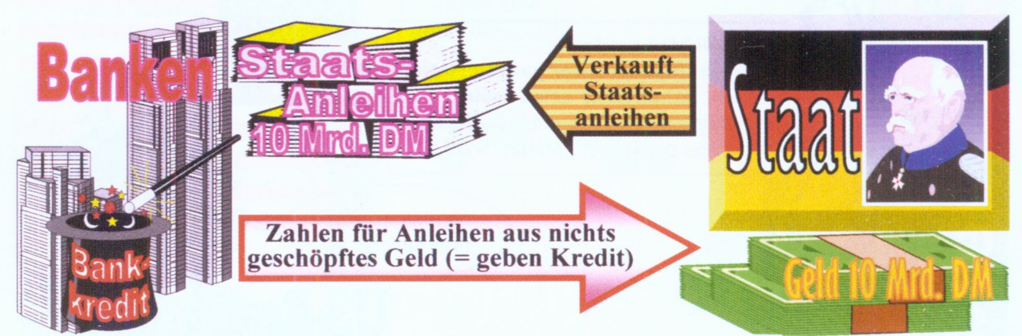


Zu S. 249, 252, 269

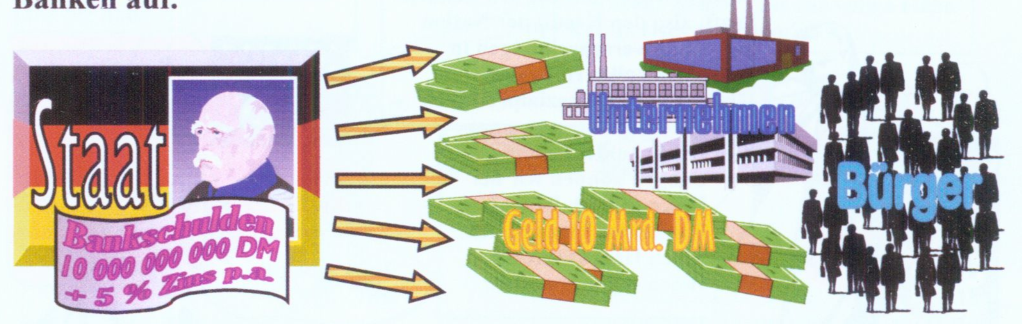


Staatsschulden – ihre Funktion (1)

Schematischer Überblick



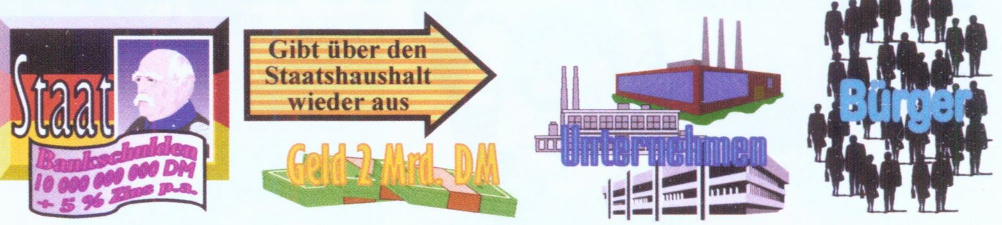
Jahr 0, Schritt 1: Der Staat nimmt 10 Milliarden DM «Kredit» bei den Banken auf.



Jahr 0, Schritt 2: Der Staat verteilt das Geld als Grundversorgung an alle Bürger und Unternehmen (z.B. deutsche Währungsreform 1948, damals aber nur ca. 5 Mrd.); er selber bleibt der «Schuldner» der Banken.



Jahr 0, Schritt 3: Der Staat kassiert von den Bürgern und Unternehmen im Laufe des Jahres Steuern in Höhe von 2 Mrd. DM.



Jahr 0, Schritt 4: Der Staat gibt die eingenommenen Steuern in Höhe von 2 Mrd. DM im Laufe des Jahres wieder bei den Bürgern (Löhne/ Gehälter) und Unternehmen (Güter/Dienstleistungen) aus.

Zu S. 249, 252, 269



Staatsschulden – ihre Funktion (2)

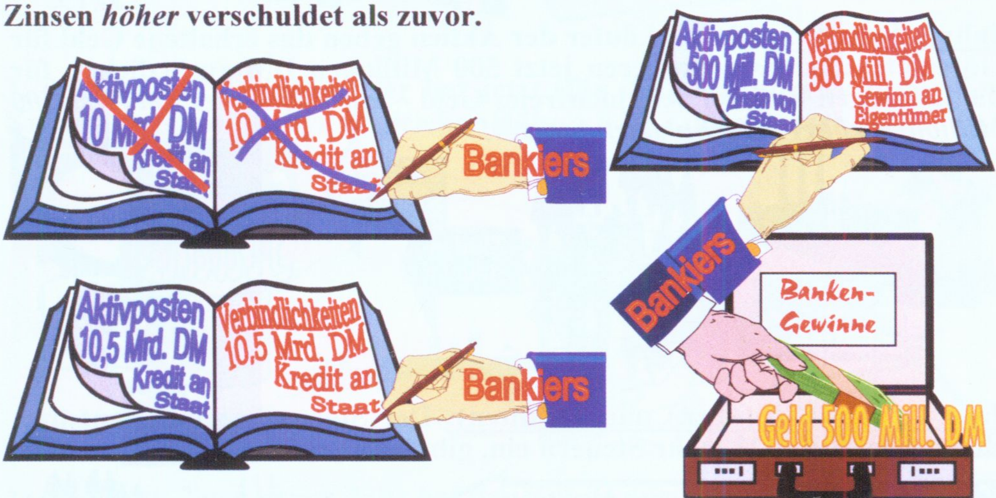
Schematischer Überblick (Fortsetzung)



<u>Jahr 1, Schritt 1:</u> **Der Staat verkauft den Banken neue Staatsanleihen im Wert von 10 Mrd. + 500 Mill. DM.**



<u>Jahr 1, Schritt 2:</u> **Der Staat zahlt den Banken mit dem neuen Geld die alte Schuld von 10 Mrd. + 500 Mill. Zinsen zurück; er ist jetzt jedoch mit 10,5 Mrd. DM + 5 % Zinsen um 500 Mill. DM sowie die neu anfallenden Zinsen *höher* verschuldet als zuvor.**

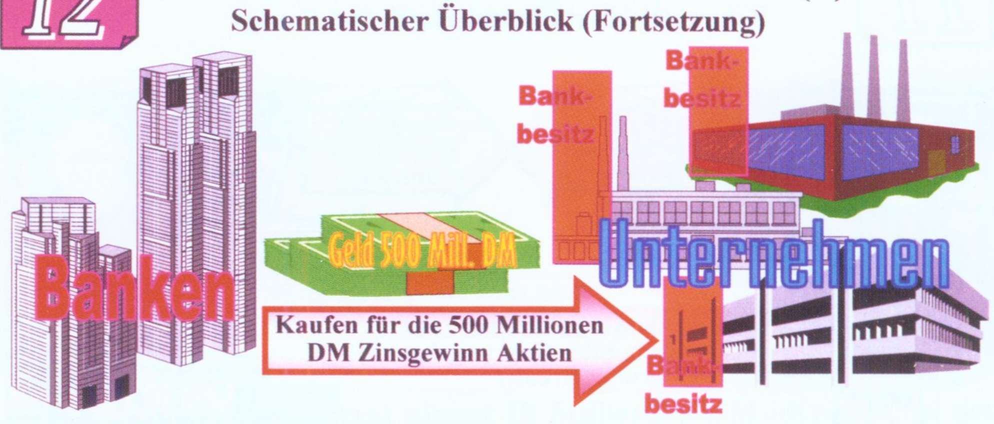


<u>Jahr 1, Schritt 3:</u> **Die Banken tilgen die zurückgezahlte Grundschuldsumme von 10 Mrd. DM aus ihren Büchern, verbuchen aber die 500 Mill. DM Zinsen als *Gewinn* für die Bankeigentümer. Sie tragen die neue Schuld von 10,5 Mrd. DM wieder als «Einlage» («Aktivposten») ein.**

Zu S. 249, 252, 269

12 Staatsschulden – ihre Funktion (3)

Schematischer Überblick (Fortsetzung)



Jahr 1, Schritt 4: Die Banken(eigentümer) «investieren» den Gewinn von 500 Mill. DM in den Kauf von Anteilen (Aktien) an großen geschäftlichen Unternehmen.



Jahr 1, Schritt 5: Die Verkäufer der Aktien geben das erhaltene Geld für Güter etc. aus. Es zirkulieren jetzt 500 Millionen DM zusätzliches, für die jeweiligen Besitzer schuldenfreies Geld – *auf Kosten des um diese 500 Millionen höher verschuldeten Staates!*



Jahr 1, Schritt 6 (oben) und 7 (unten): Der Staat nimmt dementsprechend 100 Mill. DM mehr Steuern ein, gibt sie aber auch wieder aus. Etc.



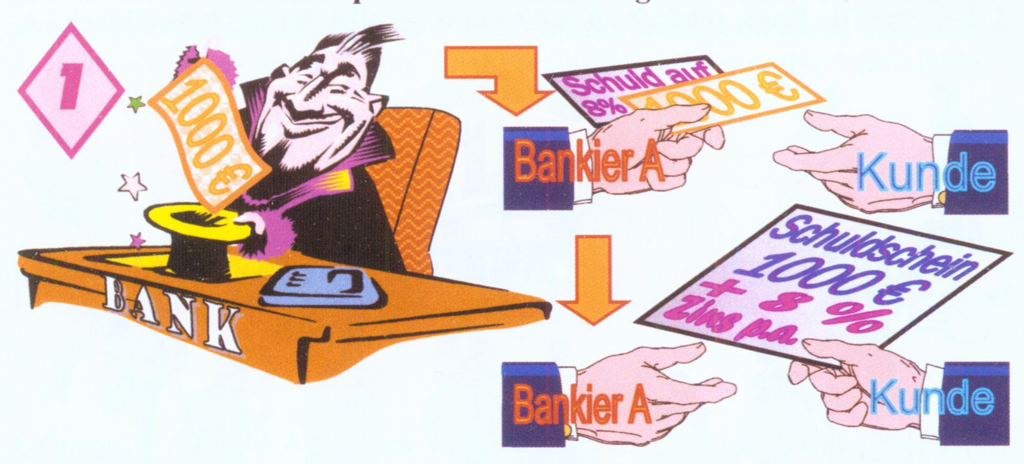
Zu S. 245



Schuldgeld (1)

Herausgegriffenes Einzelbeispiel

1. Schritt: Die Bank schöpft «Kredit» und vergibt ihn auf 8 % Zinsen.



2. Schritt: Der Kreditkunde gibt das Schuldgeld im Laden aus.



3. Schritt: Der Ladenbesitzer hat jetzt (für ihn) schuldfreies Geld; der Kreditkunde bleibt aber in gleicher Höhe + 8 % Zinsen verschuldet!



4.-6. Schritt: Nach einem Jahr hat der Kunde nur 800 € zwecks Rückzahlung wieder verfügbar (wofür jetzt *andere* Leute in dieser Höhe bei irgendwelchen Banken verschuldet sind); den Rest (200 € Tilgung + 80 € Zinsen) muß er erneut als «Kredit» aufnehmen, um die ganze Altschuld abzubezahlen. Er bleibt mit 280 € + 8 % Zinsen verschuldet.

Zu S. 245, 269

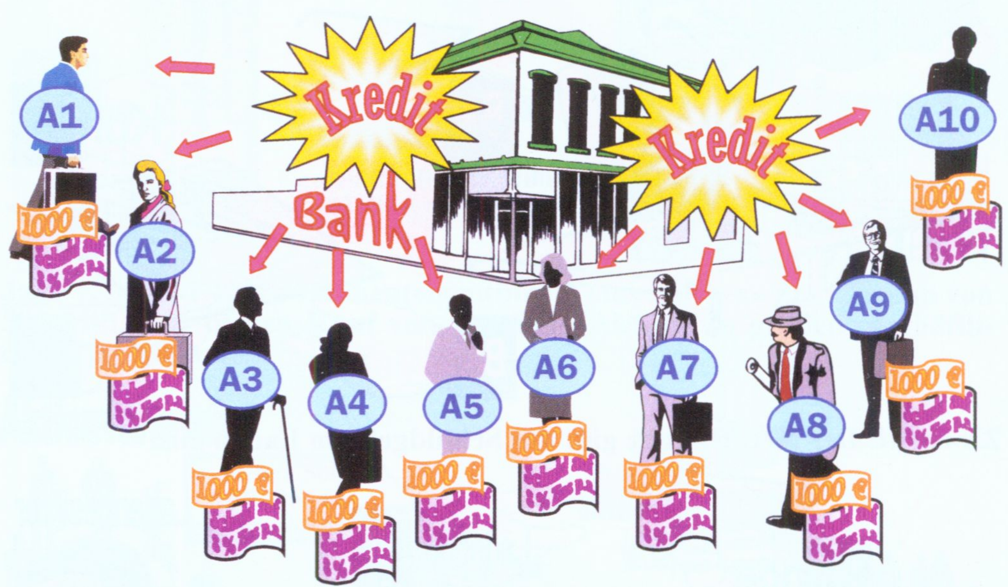


Schuldgeld (2)

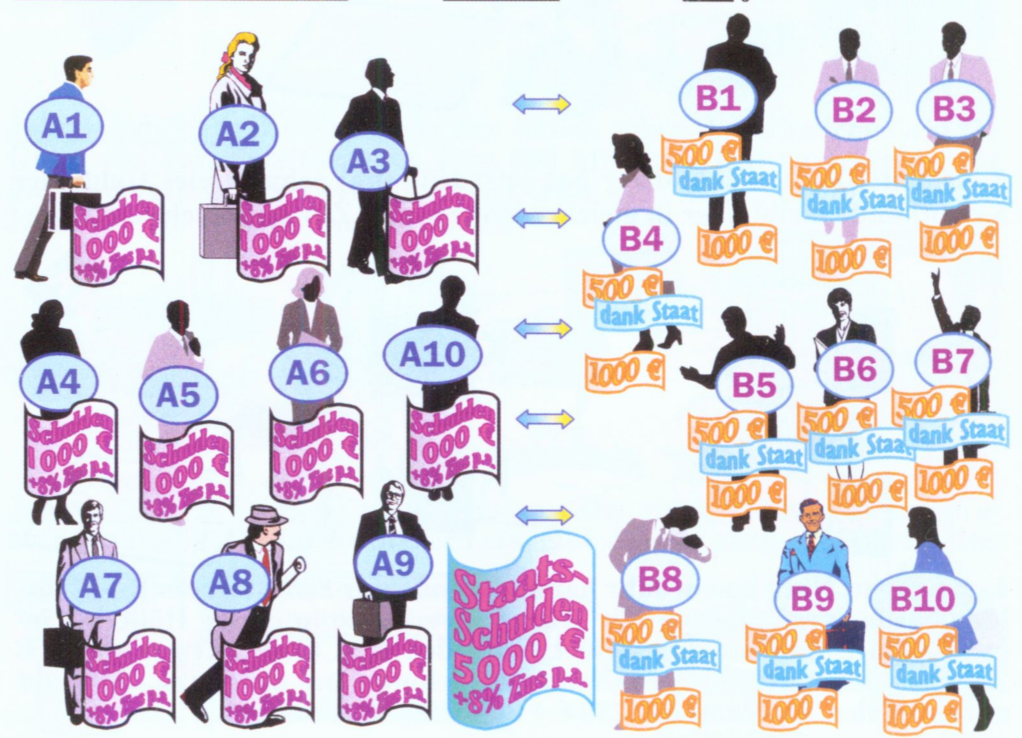
Schematischer Überblick (1)

(Grund-Annahme: jede Person benötigt pro Jahr *mindestens* 500, *einige* sogar 1000 €)

1. Schritt: Die Bank schöpft «Kredit» und vergibt ihn auf 8 % Zinsen.



2. Schritt: Die zehn Kreditnehmer A1 bis A10 geben ihr Schuldgeld für Waren und Dienstleistungen bei den Personen B1 bis B10 aus, deren jede *dank Staatsverschuldung* schon *subjektiv* schulden*frei* je 500 € besitzt.



Zu S. 245, 269



Schuldgeld (2)

Schematischer Überblick (2)

3. Schritt: Die Finanzen der 20 Personen, die miteinander Geschäfte machen, entwickeln sich im Laufe eines Jahres unterschiedlich. Die Rückzahlung von Zins und Tilgung wird am Jahresende in voller Höhe fällig.



Gruppe 1: **A1 und A2 haben wesentlich mehr als genug erwirtschaftet, um die Rückzahlung samt Zinsen leisten zu können. Doch dadurch ist jetzt bei B1 und B2, die ihnen dazu verhalfen, obwohl sie B3 bis B5 um fast ihre *gesamte* Barschaft erleichterten, hoher Kreditbedarf entstanden!**



Gruppe 2: **A3 bis A5 haben nur soviel eingenommen, um ihre Schulden abzutragen. B3 bis B5, *von denen sie die zusätzlichen Zinsen bekamen*, benötigen nun selber große Kredite, A3 bis A5 jedoch ebenfalls . . .**



Gruppe 3: **A6 bis A10 gelang es nicht, die rückzahlbare Summe hereinzuholen. Nur darum konnten B6 bis B10 ihren früheren Stand erheblich verbessern! A6 bis A10 brauchen trotzdem Neukredite – zum Überleben.**

Zu S. 245, 269



Schuldgeld (2)

Schematischer Überblick (3)

In Jahr 1 sind in Umlauf:

a) Unternehmens-/Privatkredite an die Personen A1-A10:	10 000 €
b) Ursprüngliche Kredite an den Staat, von ihm als Gehälter oder für Waren/Dienstleistungen ausgegeben, daher inzwischen im Besitz der Personen B1-B10:	5 000 €
Umlaufende Gesamtgeldmenge:	**15 000 €**

Zinsgewinne der Bank nach dem 1. Jahr:

a) von den Personen A1 bis A5: je 80, also 5 x 80 =	400 €
b) von den Personen A6 bis A10: als Bestandteil der insgesamt zurückgezahlten Schulden von 600 + 800 + 650 + 900 + 750 = 3700 x 8 % (= 37 x 8) =	296 €
c) vom Staat, dem die Personen B1-B10 je 500 Euro ihres schuldenfrei besessenen Geldes verdanken: 5000 x 8 % =	400 €
Gesamtgewinn:	**1096 €**

In Jahr 2 sind in Umlauf:

a) bei den Personen A1-A2 zus.	1 200 €
b) bei den Personen B1-2 zus.	2 000 €
c) bei den Personen A3-A5 zus.	1 500 €
d) bei den Personen B3-B5 zus.	3 240 €
e) bei den Personen A6-A10 zus.	2 500 €
f) bei den Personen B6-B10 zus.	6 300 €
g) beim Bankier der vorjährige Zinsgewinn =	1 096 €
Umlaufende Gesamtgeldmenge:	**17 836 €**

Jahres-Inflationsrate: 18,9 % *abzüglich Wirtschaftswachstum*.

Erläuterung: Die Jahres-Inflationsrate ist im dargestellten Jahr höher als der zu erwartende langjährige Durchschnitt, weil mehr Neukredite aufgenommen wurden, als zur bloßen Zinszahlung nötig gewesen wäre. In anderen Jahren verhält es sich umgekehrt.

Zinsgewinne der Bank nach dem 2. Jahr:

a) von den Personen B1 und B2 zusammen: 780 + 580 = 1360 x 8 % (= 13,60 x 8) =	108,80 €
b) von den Personen A3 bis A5: 500 + 500 + 500 = 1500 x 8 % (=15 x 8) =	120,00 €
c) von den Personen B3 bis B5: 1080 + 1080 + 1080 = 3240 x 8 % (= 32,40 x 8) =	259,20 €
d) von den Personen A6 bis A10: auf die *Alt*schulden von zusammen = 1596 x 8 % (= 15,96 x 8) =	127,68 €
e) von denselben Personen A6 bis A10: auf die *Neu*schulden von zus. = 2500 x 8 % (= 25 x 8) =	200,00 €
f) vom Staat, dem (durchschnittlich) B6-10 je 1000 Euro ihres schuldenfrei besessenen Geldes verdanken, der aber die 400 Euro Zinszahlung des ersten Jahres durch einen Neukredit von 400 Euro finanzierte und keine Tilgung leistete, zusammen: = 5400 x 8 % (= 54 x 8) =	432,00 €
Gesamtgewinn:	**1247,68 €**

Gewinnsteigerung gegenüber dem Vorjahr: 13,8 %.

Zu S. 85, 228



Zentralbanken

Ihre angebliche und ihre wahre Stellung im System



1. Die *angebliche* Stellung: Einrichtung des souveränen STAATS zur Regulierung der Geldversorgung und Kontrolle der Geschäftsbanken.



2. Die *tatsächliche* Stellung: Einrichtung der *Geschäftsbanken* (u.a. bzw. vor allem) zur Maskierung von DEREN allesbeherrschender Position.

Zu S. 110

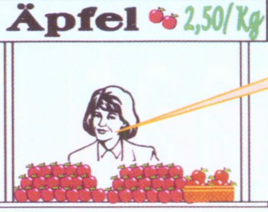
Echte Inflation versus Pseudo-Inflation (1)

18

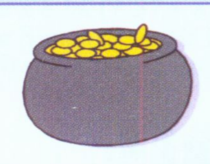
Echte Inflation

Der STAAT hält die GELD-Menge immer im selben Verhältnis zur je vorhandenen Menge der Waren und Dienstleistungen

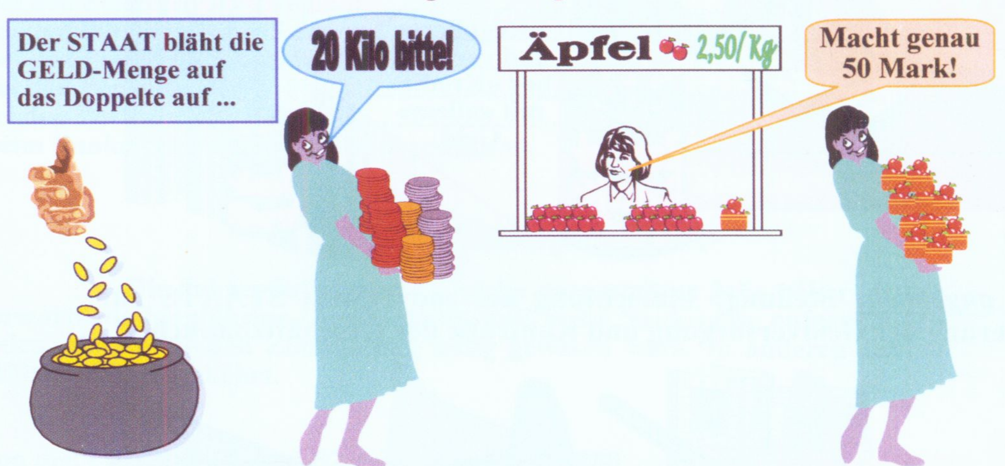




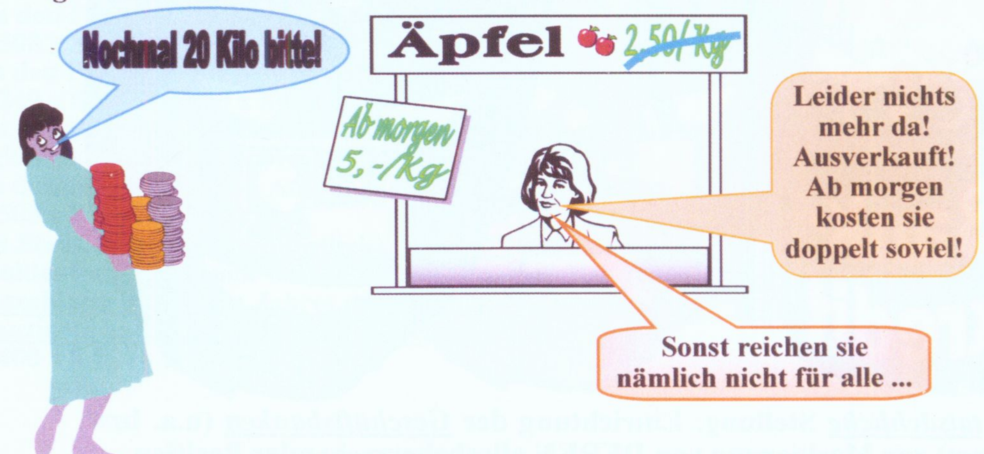
Macht genau 25 Mark!



1. Normale Situation: Ein Kilogramm Äpfel kostet 2,50 Mark.



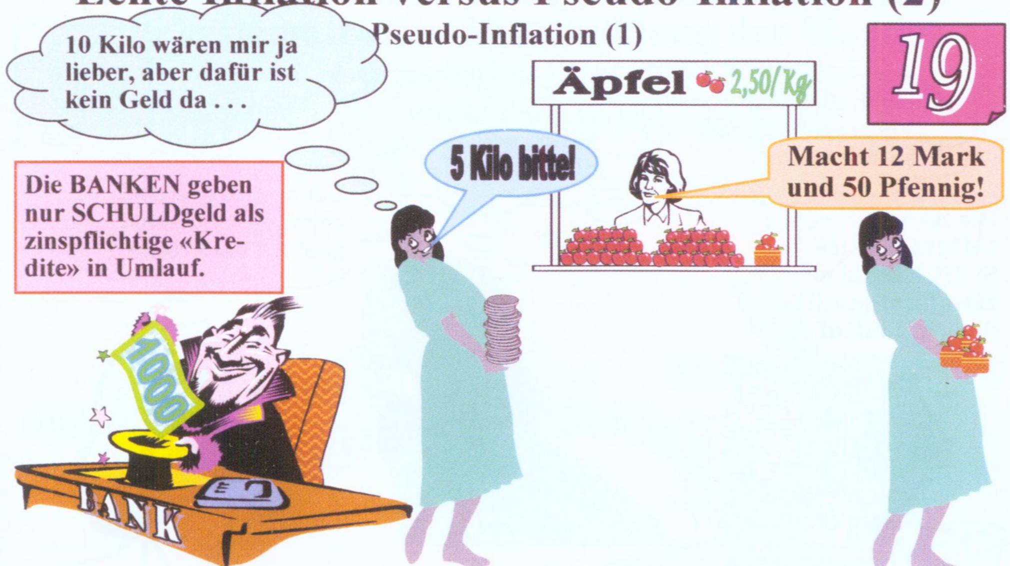
2. Beginnende Inflation: Alle haben mehr Geld und wollen mehr kaufen . . .



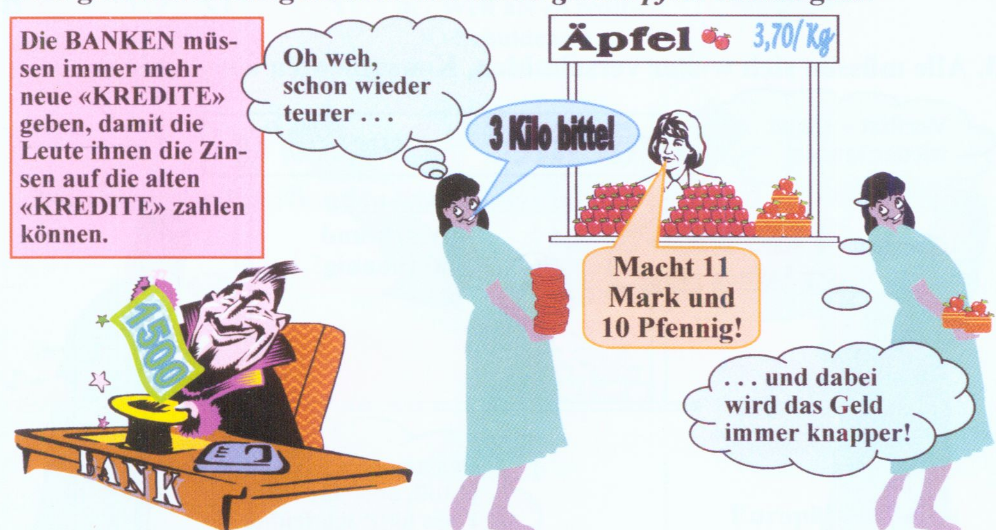
3. Voll durchgeschlagene Inflation: . . . aber es gibt nicht genug Waren!

Zu S. 110





1. Es gibt von Anfang an bloß *aus nichts geschöpftes* Schuldgeld.



2. Der Preis steigt, weil die Marktfrau Schulden hat und die Zinsen *zusätzlich* hereinholen muß, doch den Kunden geht es ganz ähnlich . . .

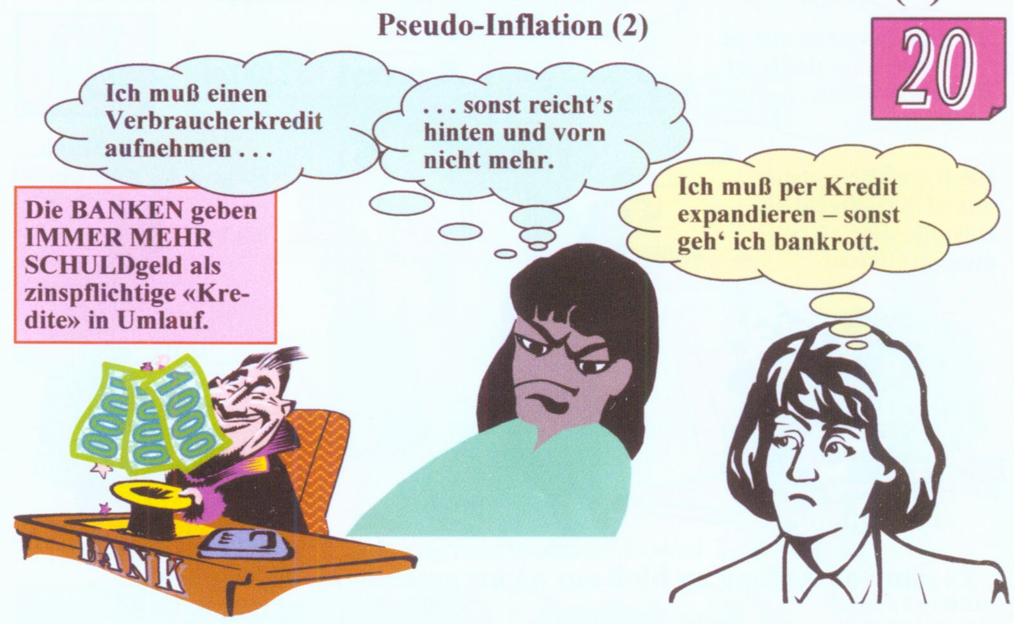


Zu S. 110

Echte Inflation versus Pseudo-Inflation (3)

Pseudo-Inflation (2)

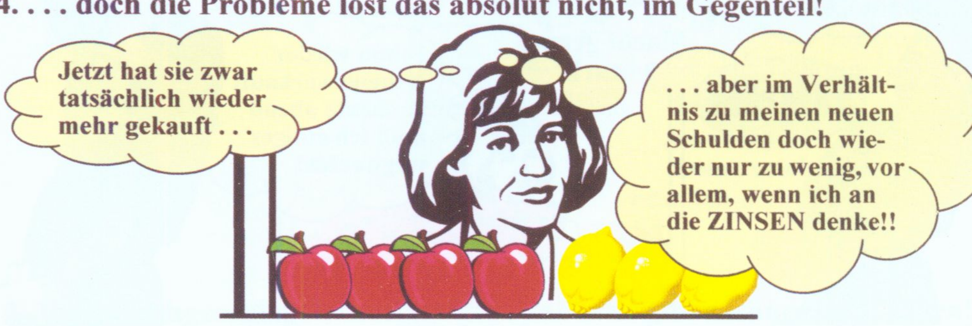
20



3. Alle müssen sich weiter verschulden, Konsumenten wie Anbieter . . .



4. . . . doch die Probleme löst das absolut nicht, im Gegenteil!



Zu S. 544

Das globale Rothschild-Instrumentarium zur systematischen Verschuldung der Staaten

(schematischer Überblick)

21

Zentrale Kontrollinstanz

Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ)

Koordiniert und orchestriert

Verschanzen sich hinter, kontrollieren, steuern, lenken

Private Großbanken (Geschäfts- wie Investmentbanken)

Schöpfen alles Geld der Welt als «Kredit» = «Schulden» aus nichts

Zentralbanken (FED, EZB, Bank von England, etc.)

Nutzen (teilweise) als scheinbar staatliche («internationale») Vermittlungsinstanzen

Internationaler Währungsfonds (IWF)

Internationale Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (Weltbank)

International Development Association (IDA)

International Finance Corporation (IFC)

Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung

Interamerikanische Entwicklungsbank

Afrikanische Entwicklungsbank

Asiatische Entwicklungsbank

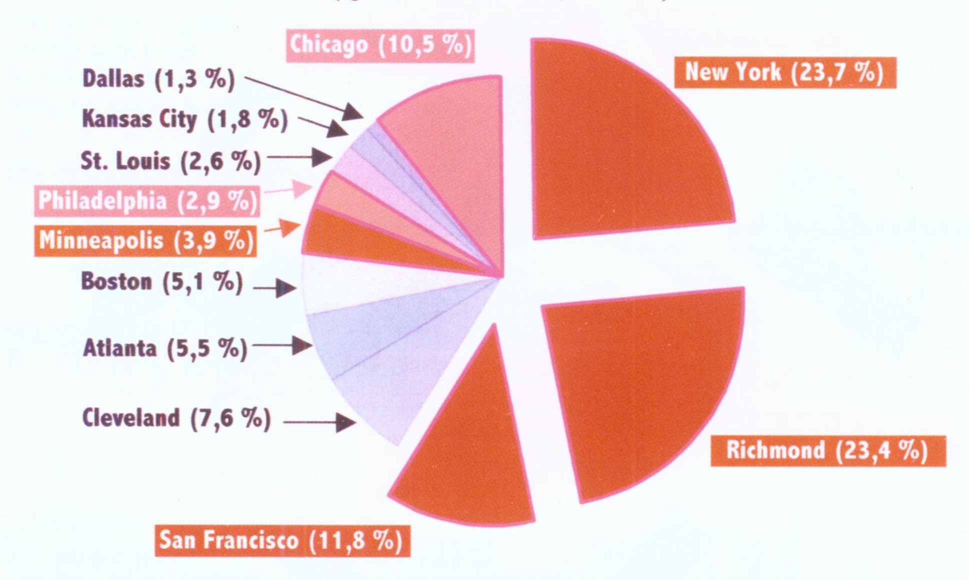
Etliche weitere ähnliche Institute

Zu S. 511

Kapitalanteile der 12 FED-Banken am gesamten Federal Reserve System (1)

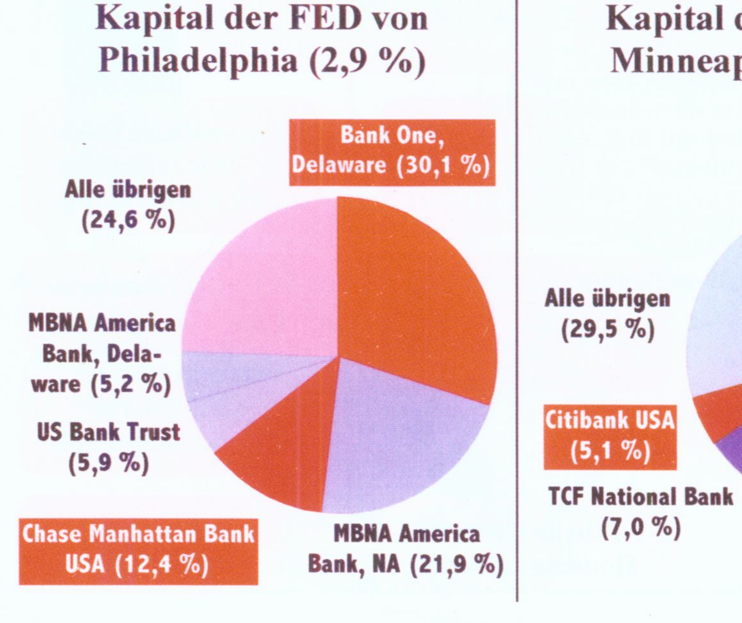
22

Stand: 31.12.2003 (unter Einbezug der Übernahme von *Bank One* durch *JP Morgan Chase* Mitte 2004)
(Quelle: *ROSS* a.a.O., S. 64-67)

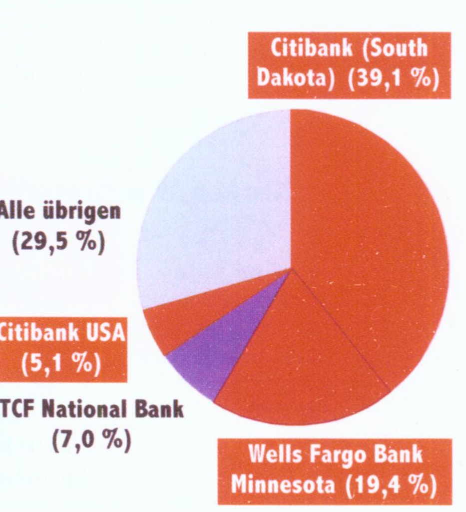


Die blutrot gefüllten Flächen markieren *FED*-Banken mit <u>absoluter</u> Kapitalmehrheit verdeckter ROTHSCHILD-Großbanken. Die hellrot gefüllten Flächen markieren FED-Banken mit <u>relativer</u> Mehrheit (über 35 %) einer oder mehrerer verdeckter ROTHSCHILD-Großbanken.

Kapital der FED von Philadelphia (2,9 %)



Kapital der FED von Minneapolis (3,9 %)

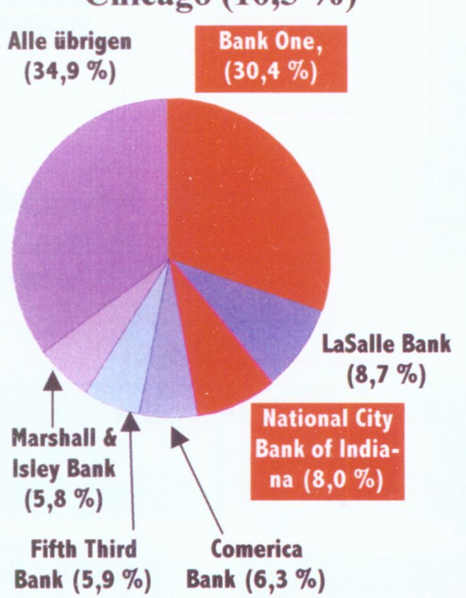


Zu S. 511

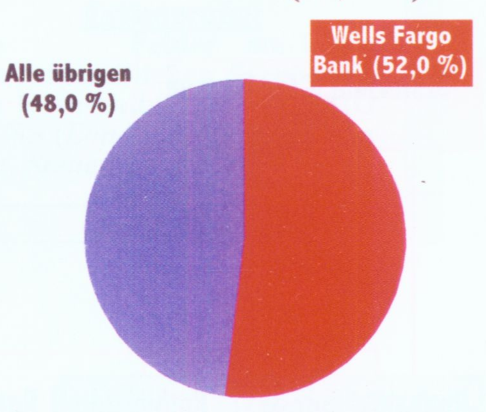
Kapitalanteile der 12 FED-Banken am gesamten Federal Reserve System (2)

23

Kapital der FED von Chicago (10,5 %)

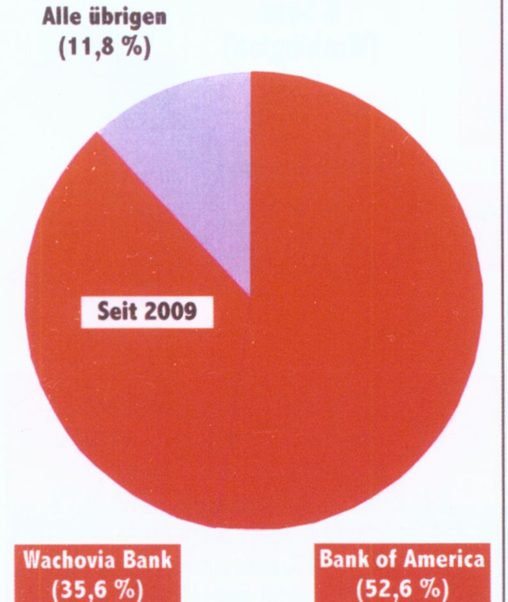


Kapital der FED von San Francisco (11,8 %)

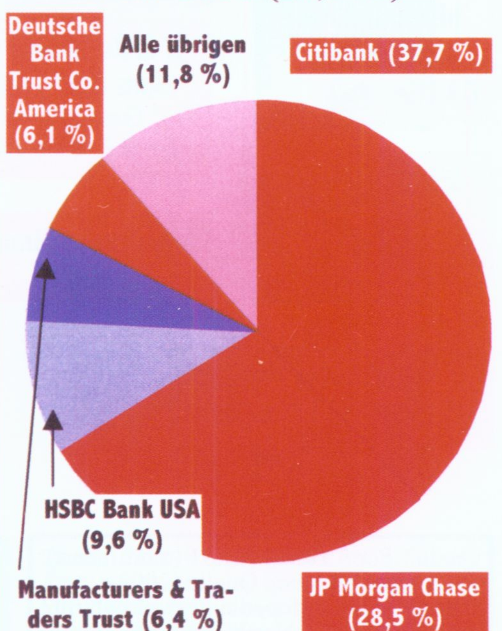


Erläuterung: «Alle übrigen» bedeutet jeweils, daß es sich um eine riesige Zahl «mittlerer» und kleiner Banken handelt, deren Anteile sich unterhalb von 2 Prozent (und meist im Promillebereich!) befinden.

Kapital der FED von Richmond (23,4 %)



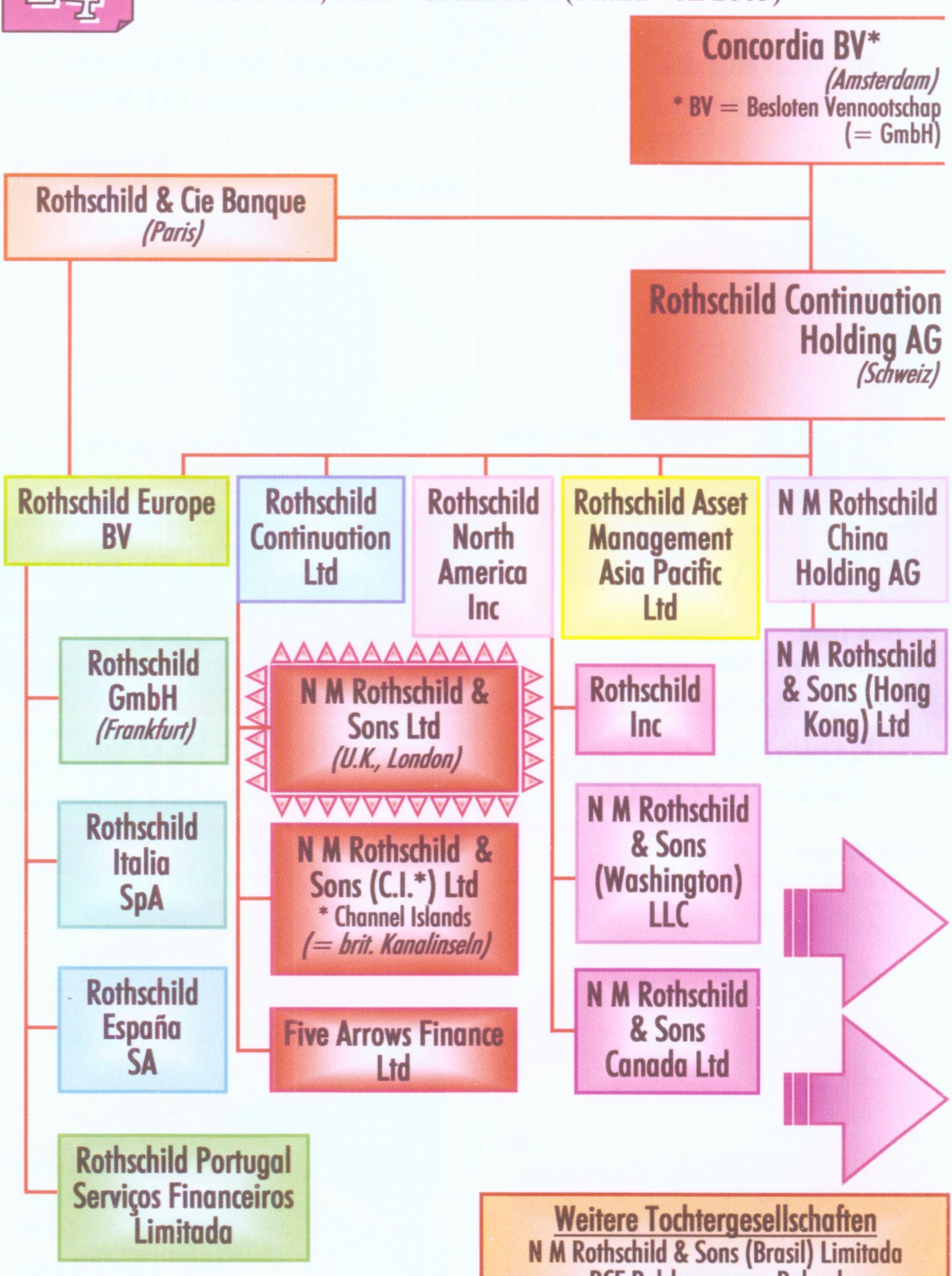
Kapital der FED von New York (23,7 %)



Zu S. 498, 560

Das globale Rothschild-Imperium ►►►
im *engsten* Sinne
Überblick, stark vereinfacht (Stand von 2003)

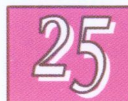
24



Quelle: *ROSS* a.a.O., S. 27f (modifiziert); *ROSS* nennt als *seine* Quelle (2003): http://www.disinfopedia.org/wiki.phtml?title=Rothschild_North_America

Zu S. 498, 560

◄◄◄ Das globale Rothschild-Imperium
im *engsten* Sinne
Überblick, stark vereinfacht (Stand von 2003)



Concordia BV*
(Amsterdam)
* BV = Besloten Vennootschap
(= GmbH)

Erläuterung:
Die roten Felder markieren den mutmaßlichen *Kernbereich* des Rothschildschen VERMÖGENS (*Londoner Zentrale* bzw. brit. *Steuerparadiese*).

Rothschild Continuation Holding AG
(Schweiz)

N M Rothschild & Sons (Singapore) Ltd

N M Rothschild Australia Holdings Pty Ltd

N M Rothschild & Sons (Australia) Ltd

Rothschild Private Management Ltd

Rothschild Private Management (C.I.*) Ltd
* Channel Islands
(= brit. Kanalinseln)

Rothschild Holding AG
(Schweiz)

Rothschild Bank AG

Rothschild Trust (Schweiz) AG

Rothschild Trust Corporation

Rothschild Trust Guernsey Ltd

Weitere Tochtergesellschaften
BICE Chileconsult Asesorias Financeiras SA, Chile
Merchant Banks of Central Africa Ltd, Zimbabwe

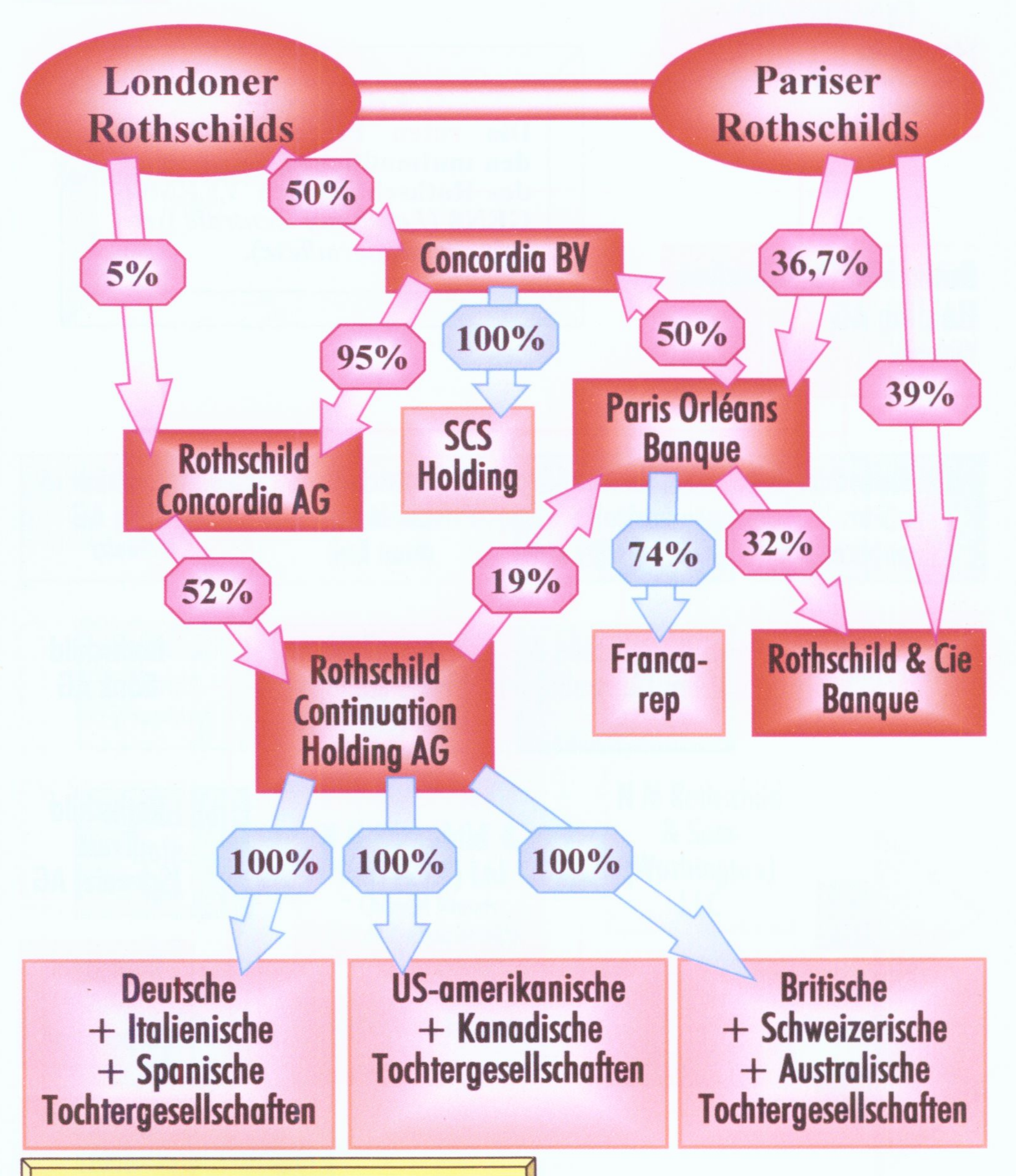
Quelle: *Ross* a.a.O., S. 27f (modifiziert); *Ross* nennt als *seine* Quelle (2003): http://www.disinfopedia.org/wiki.phtml?title=Rothschild_North_America

Zu S. 559

26

Die Schachtelstruktur des globalen Rothschild-Imperiums

Überblick, *extrem* stark vereinfacht (Stand von 2003)



Erläuterungen:

Die fehlenden Prozente liegen in der Hand von Strohmännern oder Konsorten. – Auch alle übrigen, hier ausgesparten Tochtergesellschaften (es sind sowieso noch viel mehr als auf den beiden vorigen Tafeln dargestellt [vgl. Bd. I/2!]) werden von der *Rothschild Continuation Holding AG* gehalten.

Quelle: Angaben bei *ROSS* a.a.O., S. 26f; *ROSS* nennt als *seine* Quelle (2003): http://www.disinfopedia.org/wiki.phtml?title=Rothschild_North_America

Zu S. 559



Das globale Rothschild-Imperium im *weiteren* Sinne

Rothschilds

Offen deklarierte Rothschild-Besitzungen (gebündelt unter dem Dach der Amsterdamer «Concordia BV» bzw. der Genfer «Rothschild Continuation Holding AG»)

Halten Anteile

Halten Anteile

Führen Gewinne ab

Banken

Verdeckte Rothschild-Großbanken weltweit (Aktiengesellschaften mit heimlicher Rothschild-«Beteiligung» in der jeweils zur effektiven Kontrolle/Beherrschung nötigen Höhe)

Halten Anteile

Konzerne

Verdeckte Rothschild-Industriekonzerne und Rothschild-Handelsunternehmen weltweit (Aktiengesellschaften mit heimlicher Rothschild-«Beteiligung» in der jeweils zur effektiven Kontrolle/Beherrschung nötigen Höhe)

Führen Gewinne ab

Halten Anteile

Zentralbanken

Zentral- oder Notenbanken weltweit (entweder scheinbar «staatlich», aber via Politik Rothschild-beeinflußt bis -kontrolliert, oder privat und dann via Banken Rothschild-gelenkt bis -beherrscht)

Zu S. 590, 595

Die aktuelle «Bankenkrise» als willkommener Beschleuniger der Staatsverschuldung

(schematischer Überblick)

28

«Bankrott-bedrohte» Rothschild- und übrige Großbanken

haben «Kredite» gegeben

haben «Kredite» erhalten

Staaten/Regierungen (bei «gefährdeten» Rothschild- und anderen Großbanken ***künstlich hochverschuldet)***

zahlen «Kredite» samt Zinsen ***«zurück»***

geben **ZUSÄTZLICH** «Hilfs-»Kredite

MÜSSEN ***neue*** «Kredite» zwecks «Rückzahlung» + Zinsbedienung der alten aufnehmen

MÜSSEN ***zusätzliche*** «Kredite» zwecks Finanzierung der «Bankenhilfen» aufnehmen

geben NEUERLICHE «Kredite» zwecks «Rückzahlung» + Zinsbedienung der alten

«Gerettete» Rothschild- und übrige Großbanken

Staaten/Regierungen (durch «Hilfen» für Rothschild- und andere Großbanken ***künstlich NOCH VIEL HÖHER verschuldet)***

geben ZUSÄTZLICHE «Kredite» zwecks Finanzierung der selbst erhaltenen «Hilfen» (!)

zahlen ***immer gewaltigere*** «Kredite» samt Zinsen ***«zurück»***

fordern IMMER HÖHERE ZINSEN wegen «Überschuldung» bzw. «mangelnder Bonität» der Staaten, die ihnen «helfen» MUSSTEN

«Gerettete» Rothschild- und übrige Großbanken

Staaten/Regierungen (durch nach «Hilfen» für Rothschild- und andere Großbanken ***explodierte Zinsen künstlich IMMER WAHNSINNIGER verschuldet)***

werden ***immer vollständiger zum Spielball der Banken***

Zu S. 559, 586

Das Werden der heute weltweit wichtigsten *verdeckten* Rothschild-Bank *JP Morgan Chase* (1)

(Quelle: Aufstellung bei *ROSS* a.a.O., S. 82f)

29

1877 (Gründung)
Chase National Bank

1921 (Fusion)
Chase National Bank
Metropolitan National Bank

1926 (Fusion)
Chase National Bank
Mechanics and Metals National Bank

1927 (Fusion)
Chase National Bank
Mutual National Bank

1929 (Fusion)
Chase National Bank
Garfield National Bank
National Park Bank

1930 (Fusion)
Chase National Bank
Interstate Trust Company
Equitable Trust Company

1931 (Zukauf)
Chase National Bank
Geschäftsbankbereich der American Express Bank and Trust Company

Zu S. 559, 586

Das Werden der heute weltweit wichtigsten *verdeckten* Rothschild-Bank *JP Morgan Chase* (2)

(Quelle: Aufstellung bei *Ross* a.a.O., S. 82f)

30

1955 (Fusion)
Chase National Bank
The Bank of the Manhattan Company

1957 (Fusion)
Chase Manhattan Bank
Staten Island National Bank and Trust Company

1959 (Fusion)
Chase Manhattan Bank
Clinton Trust Company
West Indies Bank and Trust Company

1969 (Fusion/Zukauf)
Chase Manhattan Bank
Shapiro Brothers Factors Corporation
Aktiva der Uni-Serve Corporation

1973 (Fusion)
Chase Manhattan Bank
Saugerties National Bank and Trust Company
Lincoln National Bank (of Buffalo)

Zu S. 559, 586

Das Werden der heute weltweit wichtigsten *verdeckten* Rothschild-Bank *JP Morgan Chase* (3)

(Quelle: Aufstellung bei *Ross* a.a.O., S. 82f)

31

1974 (Fusion)
Chase Manhattan Bank

First National Bank of Canton, NY

1983 (Zukauf/ Tochtergründung)
Chase Manhattan Bank

Chase Lincoln

Lincoln First Bank, Rochester New York

1990 (Fusion)
Chase Manhattan Bank

Seamen's Bank for Savings

1991 (Zukauf/ Tochtergründung)
Chase Manhattan Bank

Chase Manhattan Bank of Connecticut

Mechanics and Farmers

City Trust Bank of Connecticut

Zu S. 559, 586

Das Werden der heute weltweit wichtigsten *verdeckten* Rothschild-Bank *JP Morgan Chase* (4)

(Quellen: Aufstellung bei *ROSS* a.a.O., S. 82f; Pressemeldungen)

32

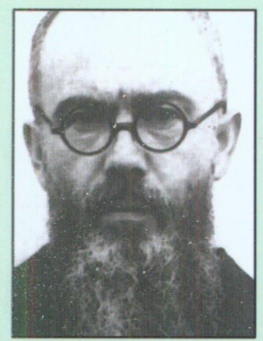
1993 (Fusion)
Chase Manhattan Bank
Chase Lincoln

1996 (Fusion)
Chase Manhattan Bank
Chemical Bank

2000 (Fusion)
Chase Manhattan Bank
J.P. Morgan & Co.

2004 (Fusion)
JP Morgan Chase
Bank One

2008 (Fusion)
JP Morgan Chase
& Company
Bear Stearns
Washington Mutual





Der ehrwürdige Diener Gottes **Pater Maximilian Kolbe** (* 1894), Gründer (1917) der «***Miliz der Immakulata***», Pionier des katholischen Presseapostolats, unerbittlicher Gegner der Freimaurerei und ihrer jüdischen Hintergrundmacht, aber ebenso des antichristlichen Nationalsozialismus (der ihn auch prompt ins Konzentrationslager steckte, wo der heiligmäßige Priester und Ordensmann 1941 stellvertretend für einen Familienvater freiwillig als «Geisel» im Hungerbunker starb), war von der Echtheit der «***Protokolle***» überzeugt; er nannte sie **«das wirklich grundlegende Buch der Freimaurerei»**.

In einem Artikel aus dem Jahre 1926 redete **P. Maximilian Kolbe** die Oberhäupter der Satanssynagoge gar direkt an: **«Und an euch, ihr kleine Schar von Juden, ihr „*Weisen von Zion*", die ihr vollbewußt bereits soviel Unheil hervorgerufen habt und noch mehr davon vorbereitet, an euch wende ich mich mit der Frage: welchen Nutzen zieht ihr daraus? (...) Eine große Menge Gold, Vergnügen, Unterhaltung, Macht: all das macht den Menschen noch nicht glücklich. Und selbst wenn dies das Glück brächte, wie lange würde es andauern? Vielleicht zehn, vielleicht auch zwanzig Jahre (...). Und dann?... Und ihr, ihr jüdischen Oberhäupter, die ihr euch vom Satan, dem Feind des Menschengeschlechts, verführen laßt, wäre es nicht besser, wenn auch ihr euch aufrichtig Gott zuwendetet?»** *(Zit. n. F. Adessa in: «Chiesa Viva», April 2003, S. 18)*



Auch der berühmte irische katholische Ordenspriester **Pater Denis Fahey** (1883-1954) rechnete mit der Echtheit der «***Protokolle***». Er verfaßte in den 1930er und 1940er Jahren mehrere bis heute immer wieder neu aufgelegte Bücher, in denen er das universale Königtum Jesu Christi entschieden verteidigte und seinen schlimmsten Widersacher, den Talmudismus, ebenso entschieden bekämpfte. Im Juni 1950 stellte er klar: **«Sehr viele** [Katholiken] **wissen überhaupt nicht, daß alle Katholiken die Pflicht haben, *positiv* für das Königtum Unseres Herrn in der Gesellschaft einzutreten, das im Gegensatz zum jüdischen Naturalismus steht. Infolgedessen kennen zahlreiche Katholiken die katholische Lehre so schlecht, daß sie die Beschuldigung des Antisemitismus ausgerechnet jenen entgegenschleudern, die für die Rechte Christi des Königs kämpfen, und so effektiv den Feinden Unseres Göttlichen Meisters helfen. (...) Für die Juden ist alles "Antisemitismus", was sich der naturalistisch-messianischen Herrschaft ihrer Nation über alle übrigen entgegenstellt. Ganz folgerichtig bilden sich die Führer der jüdischen Nation ein, das Eintreten für die Rechte Christi des Königs sei "antisemitisch". So wird der Ausdruck "Antisemitismus" mit all seinen kriegerischen Untertönen gegenwärtig derart ausgedehnt, daß er jede Form des Widerstands gegen die naturalistischen Ziele der jüdischen Nation und jede Aufdeckung der zum Erreichen dieser Ziele angewandten Methoden einschließt.»** (*Father Denis Fahey, C.S.Sp.: A Brief Sketch of My Life Work. Apologia Pro Vita Mea [1950], 2. Aufl. Palmdale/Kalifornien 1998, S. 26*)

Ende August/Anfang September 1997 fand in Basel eine Jubiläumsveranstaltung statt: Hochrangige Vertreter des Judentums aus aller Welt gedachten dort des 1. Zionistenkongresses, der am selben Ort vor genau 100 Jahren abgehalten worden war. Nur gelegentlich und ganz am Rande erwähnten die Medien, die über das Ereignis berichteten, in diesem Zusammenhang auch die berühmten «Protokolle der Weisen von Zion».

Tatsächlich deuten nach wie vor viele gewichtige Indizien darauf hin, daß diese «Protokolle» womöglich während des 1. Zionistenkongresses besprochen und endredigiert worden sind. Zwar ließ sich der *direkte, zwingende* Beweis dafür, daß das brisante Dokument in seiner vorliegenden Gestalt auf den 1. Zionistenkongreß von Basel 1897 zurückgeht, nie erbringen. Doch sind umgekehrt auch ausnahmslos alle Versuche kläglich gescheitert, die «Protokolle» *glaubhaft* als eine Fälschung des russischen Geheimdienstes oder irgendwelcher anonymer «Antisemiten» zu erweisen.

Indessen spielt die immer noch kontrovers beantwortete Frage nach der zionistischen Herkunft der «Protokolle» angesichts des Verlaufs, den die Weltgeschichte in den letzten 100 Jahren genommen hat, eigentlich gar keine Rolle mehr. Ein ganz nüchterner *Vergleich* der in den «Protokollen» *vor über 100 Jahren* dokumentierten politischen Zukunftsabsichten mit dem politischen Zustand der Welt *heute* wirkt wie ein Schock: Die Übereinstimmung des damals Geplanten mit dem heute Erreichten ist nahezu perfekt . . .!

ISBN 978-3-938235-63-8